

Dissertation 2012/Fakultät für Architektur/Karlsruhe Institut für Technologie

2007 2008 2009 2010 2011 2012

Israeli Separation Strategies and their Implications for Space Development in the Palestinian Territories

Mazen Shalbak

Dissertation / KTN MAURN

MAUERN

KONSEQUENZEN AUS KÜNSTLICHEN TRENNUNGEN IN
STÄDTISCHEN UND REGIONALEN AGGLOMERATEN

ISRAELISCHE TRENNUNGSSTRATEGIEN UND
IHRE FOLGEN FÜR RAUMENTWICKLUNG
IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

Eingereichte Dissertation

zur Erlangung

des akademischen Grades eines Doktor-Ingenieurs (Dr.-Ing.) von der
Fakultät für Architektur des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)

vorgelegt von

Dipl.-Ing. Mazen Shalbak

aus Jenin/ Palästina

Dissertationschrift

„Mauern: Konsequenzen aus künstlichen Trennungen in städtischen und regionalen Agglomeraten/
Israelische Trennungsstrategien und ihre Folgen für Raumentwicklung in den palästinensischen Gebieten“.

Gutachter:

Professor AA. Dipl. Alexander Wall,

Karlsruhe Institut für Technologie/ Fakultät für Architektur/ Fachgebiet Städtebau;

Professor Dr. Dr. Franz Josef Radermacher,

Universität Ulm/ Fakultät für Informatik/ Institut für Datenbanken/ Künstliche Intelligenz.

Weiteres Mitglied:

Professor D.P.L.G. Henri Bava,

Karlsruhe Institut für Technologie/ Fakultät für Architektur/ Fachgebiet Landschaftsarchitektur.

Tag der mündlichen Prüfung:

11. September 2012.

Karlsruhe, 2013

Dankeswort

Eine wissenschaftliche Arbeit ist nie das Werk einer einzelnen Person, deshalb ist es jetzt an der Zeit, mich bei allen Menschen und Institutionen zu bedanken, die mich in dieser spannenden Phase meiner akademischen Laufbahn begleitet und mir die Erstellung meiner Dissertation ermöglicht haben.

Zu allererst möchte ich meinen beiden Betreuern, Herrn Prof. Alexander Wall (KIT) und Herrn Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher (Universität Ulm) für ihre Offenheit und ihren festen Glauben an die Bedeutung dieser komplizierten Forschungsthematik herzlich danken. Ihnen danke ich sehr für ihre große mentale und substanzielle Unterstützung, für ihre wissenschaftliche Betreuung und für viele wichtige Anregungen und Korrekturen bis zum Abschluss der Arbeit im September 2012.

Herrn Prof. Alexander Wall danke ich für die großzügige Förderung und Aufnahme in seinem Lehrstuhl für Städtebau (KIT) sowie für die Gelegenheit zur Mitwirkung in Forschung und Lehre, die es mir ermöglicht hat, meine Forschungsergebnisse in Form von Vorträgen, Entwurfsseminaren und Workshops auszubauen und in akademischen Kreisen bekannt zu machen.

Ohne die umfangreiche intellektuelle, organisatorische und finanzielle Förderung des FAW/n in Ulm wären die Fertigstellung und die anschließende Veröffentlichung dieser umfangreichen Arbeit nicht möglich gewesen. Dank der Förderung durch das FAW/n wurde mir u. a. eine wichtige zweimonatige Forschungsreise nach Palästina und Jordanien zu Beginn der Forschungsarbeit, ein sechsmonatiges Stipendium sowie die Teildeckung diverser Kosten für Layout und Druck der Dissertationsschrift ermöglicht. Dafür bin ich dem FAW/n als Institution und seinem Leiter, Herrn Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, zutiefst dankbar.

An dieser Stelle danke ich auch Herrn Michael Gerth (FAW/n) für seine eingehende sprachliche Korrektur der Dissertationsschrift.

Prof. Henri Bava (KIT) möchte ich für seine freundliche Bereitschaft zur Mitwirkung in der Prüfungskommission und für seine kritischen und aufbauenden Bemerkungen über die Kulturlandschaft Palästinas herzlich danken. Ebenso danke ich Herrn Prof. Markus Neppel (KIT) für die freundliche mehrmonatige Aufnahme in seinen Institutsräumen.

Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern des ‚Department of Geography‘ der Birzeit University/ Palästina, insbesondere Herrn Prof. Dr. Kamal Abdelfattah, für die wertvolle Unterstützung während meines Aufenthalts in Ramallah/Palästina Ende 2006.

Danken möchte ich auch Herrn Dr. Azzam Al-Hdschoudsch, Abteilungsleiter der Regionalplanung im ‚Ministry of local Government‘ (MoLG) der Palästinensischen Autonomiebehörde für die konstruktiven Gespräche und Begegnungen in Ramallah/Palästina sowie für die Bereitstellung von wertvollem Infomaterial.

Den ewig Treuen, meinem geliebten Vater, der im Februar 2009 von uns gegangen ist, sowie meiner geliebten Mutter, bin ich für beispielhafte und bedingungslose Liebe und Unterstützung sehr verbunden.

Schließlich stehe ich tief in der Schuld meiner geliebten kleinen Familie, meiner Frau ‚Nahed‘ und meinen Kindern ‚Yazan‘ und ‚Yara‘. Ohne ihre liebevolle Unterstützung, ihre vielen „Opfer“ im Alltag, ihre Geduld, vielfältige Hilfe und ständige Inspiration während der gesamten Promotionszeit wäre die Fertigstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen.

*Für meine Familie,
meine Eltern, meine Frau ‚Nahed‘ und meine Kinder
sie waren immer die Quelle meiner Kraft und Inspiration!*

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	xiii
Einleitung	1
Kapitel 1: Historie der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch den israelischen Staat	11
1.1 Palästina – eine bewegte Geschichte	11
1.2 Land und Leute	15
1.2.1 Die Palästinenser: ein Volk zwischen Bejahung und Verneinung	15
1.2.2 Palästina: Definition eines umkämpften Landes	18
1.2.3 Die Entstehung der Grenze des Mandat Palästina	20
1.3 Die osmanische Herrschaft in Palästina (1517-1917)	24
1.3.1 Die osmanischen Reformen im 19. Jahrhundert: Wiederbelebungsversuche des erschöpften Reiches	24
1.3.2 Grundbesitzverhältnisse im osmanischen ‚Palästina‘	25
1.3.3 Das osmanische Musha‘a-System	25
1.3.4 Landgesetze von 1858-1887 und ihre Folgen	26
<i>Gesetzliche Änderungen des Landeseigentumssystems</i>	26
1.3.5 Folgen der Landgesetze von 1858-1887	28
1.3.6 Kritischer Rückblick auf die Landgesetze (1858-1887)	29
1.3.7 Europäische Penetration des Osmanischen Reiches	30
<i>I/ Wirtschaftliche europäische Penetration des Reiches</i>	31
<i>II/ Religiös-kulturelle europäische Penetration des Reiches</i>	33
1.4 Entstehung der zionistischen Ideologie im 19. Jahrhundert	34
1.4.1 Zionismus und die ‚Judenfrage‘	36
<i>Die Juden im vorkapitalistischen Europa</i>	36
<i>Zionismus und europäischer Antisemitismus</i>	37
1.4.2 Die zionistischen Vordenker	39
<i>I/ Leon Pinsker: Mahnrufe zur jüdischen Emanzipation</i>	39
<i>II/ Moses Hess: der sozialistische Zionist</i>	39
<i>III/ Rabbi Yehuda Alkalai</i>	41
<i>IV/ Rabi Kalischer</i>	42
1.4.3 Die ersten jüdischen Siedler in Palästina	43
1.4.4 Die ersten beständigen zionistischen Siedlungen in Palästina	44
1.4.5 Die Geburt des modernen politischen Zionismus	46
1.4.6 Theodor Herzl – ein umstrittener Pragmatiker und ‚Visionär‘	47
<i>Herzls Thesen zur Lösung der Judenfrage</i>	49
1.5 Palästina zwischen Sykes-Picot und Balfour	51
1.5.1 Sykes-Picot-Abkommen: Teilung des osmanischen Erbes	53
1.5.2 Die Balfour-Deklaration: der politische Grundstein für einen Judenstaat	53
1.6 Palästina unter britischer Herrschaft (1922-1948)	55
1.6.1 Das Mandat: eine Vorstufe zum zionistischem Traum	55
1.6.2 Die Landfrage in Palästina während des britischen Mandats	57
<i>Landgesetze des britischen Mandats</i>	57
1.6.3 Jüdische Einwanderung nach Palästina (1920-1948)	60
1.6.4 Folgen der britischen Landanordnungen	61
1.6.5 Eine unruhige Zeit – Palästina 1928-1939	64
<i>Die arabische ‚Buraq-Revolution‘, 1928</i>	64
<i>Der große arabische Generalstreik und die Revolution von 1936</i>	67

	<i>„McDonald-Weißbuch“ und der „zionistische Terror“ gegen die Briten</i>	71
1.6.6	UNO-Teilungsplan für Palästina, 1947	74
	<i>Britisches Mandat – Vorbereitung zur Teilung des Landes</i>	74
	<i>UNO-Teilungsresolution 181 (II) für Palästina vom 29.11.1947</i>	74
1.6.7	Ausbruch des ersten israelisch-arabischen Krieges im Mai 1948	7
1.6.8	Rückblick: die politischen Wurzeln der Palästinafrage	77
	<i>Der Zionismus: erfolgreich und doch umstritten</i>	77
	<i>Was macht den Zionismus so umstritten?</i>	78
1.6.9	Aus der beschriebenen Historie der jetzige Status Quo	87
	<i>Es begann mit dem Basler Programm, 1897</i>	87
	<i>Das eiserne Gesetz des Konflikts: Nichtbeachtung der Palästinenser</i>	88
	<i>USA, die neue Supermacht, ab 1956</i>	89
	<i>Das Zionistische Projekt: Entwicklung entgegen geschichtlichem Lauf</i>	91
Kapitel 2: Eine subtile Strategie der Landeseroberung		95
2.1	Eroberung, Grenze und Besiedlung	95
2.1.1	Ein territorialer und räumlicher Konflikt	98
	<i>Neuer Platz – neue Konstruktion</i>	99
	<i>„Plan Dalet“ – Blaupause der ethnischen Säuberung Palästinas</i>	100
2.1.2	Der Juni-Krieg (1967) und seine nachhaltigen Folgen	103
2.2	Siedlungspolitik im Westjordanland, ein (F)Akt ständiger Grenzverschiebungen	104
	<i>Fakt und Akt: Instrumente der Grenzverschiebung</i>	105
2.2.1	Erste Etappe (1967-1977) – Siedlungsstrategie der Arbeiter-Regierungen	107
	<i>Der Allon-Plan und die Bar-Lev-Linie</i>	107
	<i>Bar-Levs Linie versus Sharons andere Geometrie der Kontrolle</i>	112
	<i>Mythischer Raum „Grenze“ – die Schaffung einer „neuen jüdischen Nation“</i>	113
	<i>Sondereinheit 101 – staatlich abgesengtes Killerkommando</i>	116
2.2.2	Zweite Etappe (ab 1977) – Siedlungsstrategie der Likud, WZO, und „Gush-Emunim“	116
	<i>Der Drobless-Plan, 1977: die Verfeinerung der Siedlungskonzeption, 1977</i>	117
	<i>Der Sharon-Plan, 1981</i>	121
2.2.3	Dritte Etappe: Oslo II und danach – intensiver Siedlungsbau und Friedensgespräche	124
	<i>Siedlungs-Strategien und -Akteure</i>	124
	<i>Israelische Siedlungsstrategie nach Oslo II</i>	127
2.3	Anatomie der subtilen Siedlungsstrategie	128
2.3.1	Pionierzeit: Anfänge der israelischen Architektur	128
	<i>Verschanzungs- und Kontrollarchitektur</i>	128
	<i>„Innere Kolonisation“ des Landes und die „Bildung einer neuen Nation“</i>	130
2.3.2	Merkmale der israelischen subtilen Siedlungsstrategie in der West Bank	134
	<i>I/ Subtile rechtliche Auslegung des Siedlungsbaus</i>	135
	<i>II/ Verkomplizierung des Terrains durch Fragmentierung</i>	138
	<i>Britische Vermessung versus zionistischer Gegen-Landkarten</i>	146
	<i>Können Grenzen drei-dimensional sein?</i>	150
2.4	Ergebnisse der Siedlungspolitik	153
2.4.1	Von der „Wehrsiedlung“ zum „Suburban“	153
2.4.2	Ein schrumpfendes Land	155
	<i>Israelische Siedlungen auf palästinensischem Privatland</i>	160
2.4.3	Kritischer Rückblick auf die israelische Siedlungspolitik	162
	<i>Ein Konflikt aus Kontroversen</i>	162
	<i>Zwischenergebnis</i>	164
2.5	Oslo II: ein Fiasko oder nur ein fatales Missverständnis?	166
2.5.1	Israelische Sicherheit, palästinensische Beschützer	166

2.5.2	Die Konsequenzen von Oslo II	170
2.5.3	Fiasko oder nur ein Missverständnis?	172
Kapitel 3: Die israelische Mauer und weitere Mauern.....		175
3.1	Barriere gegen Terrorismus versus Barriere gegen Frieden	175
3.1.1	Fortsetzung israelischer Befestigungsarchitektur	177
3.2	Segregative Tendenzen der zionistischen Ideologie	179
3.2.1	Die Wurzeln der zionistischen Segregationsgedanken	181
	<i>Ze'ev Jabotinsky und seine ‚eiserne Mauer‘</i>	181
	<i>Jabotinskys Erben</i>	183
3.3	Die israelische Mauer im internationalen Kontext	184
3.3.1	Eine Welt aus Mauern	184
	<i>Melilla und Cueta: Exklaven und Vorposten europäischer Überwachung.</i>	189
3.3.2	USA, Europa und die Mauerkonstruktion	195
	<i>Politischer Kontext der israelischen Mauer</i>	195
	<i>USA: Schurkenstaaten und das ‚strict father model‘ der ‚neocons‘</i>	195
	<i>USA: Selbstverteidigung versus ‚Internationale Anarchie‘</i>	197
	<i>Rechtlose Menschen in rechtlosen Räumen</i>	198
	<i>09/11 und die politische Symbiose zwischen Israel und den USA</i>	199
	<i>Europäische Nahost-Politik, gibt es sie?</i>	202
	<i>Die europäische Identitätskrise</i>	203
	<i>Das zerrissene arabische Staaten-System</i>	205
	<i>Die US-amerikanische einseitige Haltung im Nahost-Konflikt</i>	206
3.3.3	Bush's ‚Road Map‘ (2002) und ‚Letters of Assurance‘ (2004)	210
3.4	Entstehungsgeschichte der israelischen Mauer	215
3.4.1	Die Anfänge: israelische offizielle Begründung des Mauerbaus	215
3.5	Sharons Mauerplan, 2001	220
3.5.1	Die innerisraelische Debatte über den Mauerbau	220
	<i>Warum ausgerechnet Ariel Sharon als Initiator der Mauer?</i>	224
3.5.2	Eine ‚demographische Mauer‘	225
	<i>Maximum Land – Minimum Araber</i>	225
3.5.3	Grundzüge des Sharon-Mauerplans	228
3.6	Mauerstreifen: physische Eigenschaften	231
3.6.1	Konstruktion der Maueranlage	232
	<i>Mauerstreifen/ Zaunbereich</i>	232
	<i>Stahlbeton-Mauer</i>	232
3.7	Trennungsstrukturen und der asymmetrische Zugriff auf die Landesressourcen	235
3.7.1	Eine Abkehr von der Politik der substanziellen Grenzverschiebung?	235
	<i>Politische Formungskräfte im Mauerprozess</i>	236
3.7.2	Mauer und die Landnahme im besetzten Westjordanland	238
	<i>Mauer-Gates: beinahe unpassierbare Durchgänge</i>	242
3.7.3	Zerstörung der palästinensischen Infrastrukturen	244
	<i>Spacocide: ein leeres Terrain – planbares Land für Zukunftsprojekte</i>	244
	<i>Hebron: ein besonders heftiger Fall der räumlichen Säuberung</i>	248
	<i>Hauszerstörungen in den besetzten Gebieten</i>	250
3.7.4	Belagerung und Gettoisierung palästinensischer Städte und Dörfer durch Mauern	253
	<i>Jerusalem: das Herzstück des Siedlungsprojektes</i>	255
	<i>Mythologie und Ideologie in der Geschichtsschreibung</i>	258
	<i>Eine hybridisierte Geschichte – Reproduktion einer Bibellandschaft</i>	259
	<i>Eine längst geteilte (vereinte) Stadt Jerusalem – jetzt durch Mauern</i>	264

	<i>Qalqilya, eine surreale Ghetto-Wirklichkeit</i>	267
	<i>Mauer-Kanton ‚Bethlehem‘</i>	268
	<i>Das Gebiet südöstlich des Hebron-Bezirktes</i>	270
	<i>Belagerung und Gettoisierung, auch durch Restriktion der Mobilität</i>	271
3.7.5	Wasserressourcen und Entwicklungsperspektiven im Westjordanland	274
	<i>Globale ‚Wasserverfügbarkeit‘ – ein durstiger Planet</i>	274
3.7.6	Kritische Ressource ‚Wasser‘ im Nahen Osten	277
	<i>Wasserknappheit versus ungerechter Wasserverteilung</i>	281
3.7.7	Wasser in der neuen Ära der Besatzung nach 1967	286
	<i>Festigung der israelischen Kontrolle über Land und Wasser</i>	286
	<i>Der Jordan-Bassin (Ost-Aquifer)</i>	286
	<i>Der Nord-Aquifer der West Bank</i>	287
	<i>Der West-Aquifer der West Bank</i>	287
	<i>Ungerechte Wasserverteilung zwischen Israelis und Palästinensern</i>	289
3.7.8	Wechselwirkung von Mauerstreifen und Wasserressourcen in der West Bank	291
	<i>Geographisch-hydrologischer Hintergrund der Wasserkrise</i>	292
	<i>Wasserverbrauch von beiden Konfliktparteien</i>	295
	<i>Rechtstreit um das Wasser des Westjordanlandes</i>	296
	<i>Mauer und Wasser-Entwicklungspotenziale im Westjordanland?</i>	298
3.7.9	Das Wasserproblem im Oslo II-Abkommen	300
3.8	Die israelische Mauer und das internationale Recht	307
3.8.1	Standpunkt der Palästinenser in der Mauerdebatte	307
3.8.2	Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur israelischen Mauer	308
	<i>Begründung des IGH-Urteils</i>	310
3.9	Apartheidmauer‘ oder ‚Sicherheitszaun‘?	315
	<i>Ist Israel mit Apartheid-Südafrika vergleichbar?</i>	315
3.9.1	Israel: Demokratie versus ‚jüdischer Charakter‘	322
	<i>Kein ‚Genozid‘, aber ein Akt der ‚räumlichen Säuberung‘</i>	322
3.9.2	‚Zwei-Staaten-Lösung‘ versus ‚binationaler Staat‘	325
Kapitel 4:	Eine arabische eiserne Mauer gegen Gaza	329
4.1	Das zerrissene arabische Staaten-System	329
4.1.1	Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2002-2009	335
4.1.2	Veruntreuung, Korruption und Vetternwirtschaft	337
4.1.3	Arabische politische Opposition, gibt es sie?	338
4.1.4	‚Israel‘, ein Umstand für arabische Entwicklung	340
4.1.5	Wollen die arabischen Regime das Palästina-Problem wirklich lösen?	342
4.2	Unilateraler Abzug aus Gaza – weiterhin eine umfassende Blockade	344
4.2.1	Sharons ‚Disengagement-Plan‘ für den Gazastreifen, August 2005	344
4.2.2	Eine umfassende Blockade gegen Gaza	347
	<i>Die Hamas gewinnt die palästinensischen Wahlen am 25.01.2006</i>	347
	<i>Juni 2007: Hamas kontrolliert den Gazastreifen</i>	350
	<i>Blockade, eine neue Art der Vertikalität des Konfliktes</i>	353
	<i>Tunnelwirtschaft: eine palästinensische vertikale Antwort auf die Blockade</i>	355
	<i>Die Dämonisierung der Hamas</i>	359
	<i>Aufkündigung der Hudna – nur Hamas-Schuld?</i>	362
	<i>Operation ‚Gegossenes Blei‘, 27.12.2008 bis 18.01.2009</i>	366
	<i>Hat die israelische Offensive ihre Ziele erreicht?</i>	375
4.2.3	Folgen der Blockade nach dem Krieg gegen Gaza	377
4.2.4	Folgen des Gaza-Krieges für den Friedensprozess	380
4.2.5	Erkenntnisse aus dem Gaza-Krieg	382

4.3	Statt Wiederaufbau, eine ägyptische ‚eiserne Mauer‘	383
4.3.1	Mauer und Blockade: Regime-Politik versus internationales Recht	388
4.3.2	Rechtlicher Stand des Rafah-Grenzganges	389
4.3.3	Ägyptische Blockade, Stahlmauer und das internationale Recht	390
4.4	Menschenrechte: eine erweiterte Kampfzone für Israel	398
4.4.1	Israelischer Angriff auf die Gaza-Hilfsflotte‘, 31. Mai 2010	399
4.5	Ist der israelische Staat nach dem Mauerbau friedensfähig?	405
4.5.1	Die Regierung Ehud Olmert: Ende des zionistischen Traumes?	405
4.5.2	Die Netanyahu-Lieberman-Regierung	407
	<i>Israels neue revisionistischen Zionisten: Ende von „Land gegen Frieden“</i>	407
	<i>Verhandlungen versus Frieden</i>	410
4.6	Der arabische Frühling: Das Volk gegen die Diktatur	418
4.6.1	‚face book‘ und ‚smart phone‘: Faszination des zivilen Widerstands	418
4.6.2	Das Palästina-Problem vor der UNO: zurück zum Anfang	420
	<i>Antrag auf die Aufnahme Palästinas als volles Mitglied der UNO, 23.11.2011</i>	420
	<i>UNESCO nimmt Palästina als Vollmitglied auf, USA stellen Zahlungen ein</i>	423
4.6.3	Eine kontraproduktive Nahostpolitik der USA	423
4.7	Sind die Araber optionslos im arabisch-israelischen Konflikt?	427
Kapitel 5: Planung in Palästina, ein weiteres Merkmal israelischer Subtilität.....		431
	<i>Barrieren gegen palästinensische Bauentwicklung</i>	431
5.1	Planung im Westjordanland vor ‚Oslo II‘ (1967-1994)	434
5.1.1	Gesetzliche und administrative Basis von Planung vor Oslo	435
	<i>Jordanisches Gesetz Nr. 79 (1966) versus israelische Militärorder</i>	435
5.1.2	Militärorder Nr. 418 (1971): Israelisierung der Planung im Westjordanland	439
	<i>Zivilverwaltung und ‚jüdische Siedlungsrate‘ in der West Bank</i>	442
5.1.3	Pläne für Entwicklung: für wessen Interesse?	447
	<i>Britische Regionalpläne ‚S15‘ und ‚RJ5‘</i>	448
	<i>Israelische Entwicklungspläne – für die jüdischen Siedlungen</i>	453
	<i>Teilregional Plan 1/82</i>	453
	<i>Road Plan No. 50</i>	456
	<i>Die ‚Village Plans‘</i>	459
5.1.4	Entwicklungstrends im Westjordanland vor der Zeit der PA	461
	<i>Verstädterung</i>	466
	<i>Ökonomie</i>	467
5.2	Planung im Westjordanland nach Oslo II (1994-heute)	471
5.2.1	MoLG und MOPIC (MOPAD): Euphorie versus Realität	472
5.2.2	MoLG: Errungenschaften, Versäumnisse und Hindernisse	473
5.2.3	MOPIC (MOPAD): Planen im komplexen Kontext	478
	<i>Der Regionalplan für die Distrikte der West Bank und des Gazastreifens, MOPIC, 1998</i>	479
	<i>Der Regionalplan für die Distrikte des Gazastreifens 2005-2015</i>	485
	<i>Medium Term Development Plan (MTDP) 2005-2007, MoP, 2004</i>	488
5.2.4	Salam Fayyad und der dritte Weg: revolutionäre Technokratie?	490
	<i>Staatsbildung von unten nach oben</i>	490
	<i>Unterstützer mit fraglichen Sicherheitsauflagen</i>	492
	<i>Rechtstaat ohne gewählte Legislative – Rezept für eine sanfte Diktatur?</i>	494
5.2.5	Kann die PA auf diesem Wege einen Staat Palästina aufbauen?	497
	<i>Ökonomie versus politische Rechte?</i>	501
	<i>Salam Fayyad und der arabische Frühling</i>	503

Kapitel 6: Schlussfolgerung und (ein) Blick in die Zukunft	505
6.1 Raum, Macht und Architektur(-Planung)	505
6.2 Blick in die Zukunft	513
6.2.1 Planung: eine komplizierte Aufgabe, auch ohne Fremdbesatzung	513
<i>Das reflektive Handeln der PA: weder tüchtig noch weise</i>	515
6.2.2 Rahmenbedingungen für ein konzeptionelles Rahmenwerk für Palästina	516
<i>Erfordernisse zur Erhöhung der Lebensfähigkeit eines Palästinenserstaats</i>	517
<i>Rahmenbedingungen für ein konzeptionelles Rahmenwerk eines Palästinenserstaates</i>	520
6.2.3 Raumplanungsstrategien zur Verstärkung der nationalen Entwicklung	521
<i>Stehenbleiben steht nicht zur Wahl</i>	523
<i>Szenarium 1: Dezentrale Planung der Distrikte</i>	526
<i>Szenarium 2: Zentrale Entwicklung der Peripherie</i>	528
<i>Szenarium 3: Geplante Ballungsgebiete und Entwicklungsachsen</i>	529
<i>Szenarium 4: Umfassende urbane und ländliche Entwicklung</i>	531
6.2.4 Effizienz, Identität und Zukunftsfähigkeit	534
6.2.5 Designing Palestine: ein besonderes Fenster ‚internationaler Urbanistik‘?	537
<i>Masterplan für den Gazastreifen: man muss nur das Richtige anpacken</i>	540
<i>Ein besonderes Fenster für Internationale Urbanistik?</i>	542
 Anhang	 A-1
I/ Abbildungsverzeichnis	A-3
II/ Bibliographie-Quellenhinweis	A-7
III/ Kartenanhang	A-21
IV/ Tabellenanhang	A-39
V/ Chronik	A-45
VI/ Erläuterungen und Begriffserklärungen	A-51
VII/ Die Wichtigsten UNO-Resolutionen im israelisch-arabischen Konflikt	A-59
VIII/ Die israelische Mauer in den UNO-Gremien (UNO-Generalversammlung und die ‚ICJ‘)	A-63
IX/ Friedensgespräche, -initiativen und -abkommen im palästinensisch-israelischen Konflikt	A-69
X/ Globale Menschenrechte	A-81

Abkürzungen

CBSI:	<i>Central Bureau of Statistics-Israel</i> (http://www1.cbs.gov.il);
ICAHD:	<i>The Israeli Committee Against House Demolitions</i> ;
ICJ:	<i>International Court of Justice</i> (Internationaler Gerichtshof ‚IGH‘) in Den Haag;
IDF:	<i>Israeli Defence Army</i> (Israelische Verteidigungsarmee);
JA:	<i>Jewish Agency</i> (Jüdische Agentur);
JWC:	<i>Joint Water Committee</i> (Nach Oslo II gegründetes Komitee aus Vertretern der PLO und der israelischen Wasserbehörden zum koordinierten Management der Wasser- und Abwasser-Systeme und -Ressourcen des Westjordanlandes)
MoLG:	<i>Ministry of Local Government</i> (Ministerium für lokale Kommunalverwaltung der PA);
MOPIC (MOPAD):	<i>Ministry of Planning and International Cooperation</i> ; heute heißt es ‚ <i>Ministry of Planning and Administrative Development</i> ‘ (MOPAD);
NAD-NSU:	<i>PLO-Negotiations Affairs Department-Negotiations Support Unit</i> (www.nad-plo.org);
Neocons:	<i>The Neoconservatives</i> (Die Neokonservativen);
UNOCHA/OPT:	<i>United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs/ Occupied Palestinian Territories</i> ;
PASSIA:	<i>The Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs</i> , Jerusalem;
PCBS:	<i>Palestinian Central Bureau of Statistics</i> (http://www.pna.cbs.gov.pl);
PLO:	<i>Palestine Liberation Organization</i> (Palästinensische Befreiungsorganisation);
PA (PNA):	<i>Palästinensische Autonomiebehörde</i> (Englisch: <i>Palestinian National Authority</i>);
Ttabu:	<i>Das osmanische Landesregister</i> (Eintragung vom Bodentitel und -Pächter);
UN:	<i>United Nations</i> (Vereinten Nationen); UNO: <i>United Nations Organization</i> ;
OHCHR:	<i>United Nations Human Rights Council</i> (UNO-Menschenrechtsrat) www.unhrc.org ;
UNRWA:	<i>United Nations Relief and Work Agency</i> for Palestine Refugees in the Near East;
WBGs:	Die palästinensischen Territorien ‚die West Bank‘ und ‚der Gazastreifen‘;
West Bank:	Englische Bezeichnung des Westjordanlandes, das infolge des ersten israelisch-arabischen Krieges (1948) produzierte und durch die Waffenstillstandslinie von 1949 markierte palästinensische Territorium westlich des Fluss Jordan;
WHO:	<i>World Health Organization</i> (Weltgesundheitsorganisation), http://www.who.int ;
WZO:	<i>World Zionists Organization</i> (Weltzionistenorganisation bzw. die zionistische Bewegung);

Einleitung

Mauerbau als ‚raumplanerisches‘ Mittel, um Konflikte zu lösen, hat es in der weltpolitischen Landkarte früher wie heute relativ oft gegeben. Eine der Konsequenzen dieser Art der Konfliktlösung ist die Schaffung folgenschwerer städtebaulich vollendeter Tatsachen. Das prägnanteste Beispiel unserer Zeit für den historischen Mauerbau als eine städtebauliche Trennungslinie war die Berliner Mauer. Aus der Perspektive der Stadtplaner entstand durch diese schonungslose Trennung eine Art Niemandsland, das Stadt- und Regionalplanung mehrere Jahrzehnte problematisch machte. Man kann heute, mehr als 20 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, kaum von einer konfliktfreien Stadtplanung Berlins sprechen, denn dieser Eingriff in den frühen 1960er Jahren schuf bedingt durch den eisernen Vorhang, den die Mauer versinnbildlichte, zwei unterschiedliche Entwicklungen in beiden Teilen der deutschen Hauptstadt. Die geschaffene Trennungszone zwischen beiden Teilen der Stadt war eine Trennungslinie zweier widersprüchlicher Rechtssysteme im geteilten Deutschland. Sie war aber vor allem auch für Stadtplanung eine doktrinäre Trennungslinie zwischen Ost und West, durch die zwei unterschiedliche Stadtgrundrisse entstanden. Ein ähnliches Phänomen findet man noch heute weltweit in vielen anderen Konfliktlinien. Hier sei an die Trennungsmauer zwischen den USA und Mexiko erinnert. Die Versuche Europas, sich vom Rest der unterentwickelten Welt, also Länder des Südens, abzuschotten haben auch zu drastischen städtebaulichen Maßnahmen geführt, angefangen mit den Sammellagern für Asylbewerber bis hin zu den spanischen Hochsicherheits-Maueranlagen auf marokkanischem Boden, Mauern, die der Migration aus Afrika ein Ende setzen sollten.

Diese Anlagen haben alle etwas gemeinsam: Sie bilden jeweils eine Art Frontlinie, an der Menschenrechtsverletzungen zum Alltag werden und sie kennzeichnen alle ein Versagen des politischen Handelns. Diese Maueranlagen auf dem Globus waren und sind in der Regel reflektive Handlungen durch Staaten, die sich in ihrer Sicherheit oder in ihrem sozialen Frieden bedroht fühlen. Die faktisch seit mehr als hundert Jahren von der zionistischen Bewegung in Palästina praktizierte, zuerst kulturelle und dann physikalische Segregation ist in der modernen Geschichte ein extremes Beispiel eines Trennungsprogramms, das wie sonst kaum jemals so umfassend und doktrinär-ideologisch gewollt und geplant war und immer noch ist. Dies ist ein viel stärkerer Beweggrund der israelischen Politik als die begleitende, instrumentelle Argumentation, hier sollten Anschläge gegen das eigene Staatsterritorium verhindert werden.

Seit dem arabisch-israelischen Krieg im Juni 1967 (Sechstagekrieg) und der daraus folgenden Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens, lag ein mächtiges Projekt der strategischen, territorialen und architektonischen Planung im Herzen des israelisch-palästinensischen Konfliktes. Auf der Oberfläche donnerten die Kanonen in mehreren Kriegen zwischen den Kontrahenten seit 1948. Die wahre Ursache dieses Konflikts liegt jedoch in der Besiedlung der von Israel besetzten arabischen Gebiete. Im Kontext der infolge des Kriegs vorherrschenden Asymmetrie der Macht war der israelische Staat in der Lage, ein Planungssystem (für *Mandatspalästina* seit 1948 sowie (für) die 1967 besetzten palästinensischen Territorien in Gang zu setzen, dessen Ziele nicht im entferntesten die Entwicklung der arabischen Gebiete war, wie dies das internationale Recht für Besatzungsmächte vorschreibt. Für die Besatzungsmacht Israel ist Planung viel mehr ein Instrument der Kontrolle über Land und Leute bzw. eines Raumdesigns, dessen Ziel das Produzieren und das Manipulieren von Fläche und Raum ist, um schließlich die umfassende Kontrolle über das eroberte Land zu erlangen. Ein kluger Beobachter hat den hier seit Jahrzehnten ablaufenden Prozess einmal wie folgt präzise charakterisiert: Ein Starker und ein Schwacher setzen sich an einem Tisch gegenüber und verhandeln über die Aufteilung einer auf dem Tisch stehenden Pizza, während der Stärkere sie vor den Augen des machtlosen Schwächeren Stück für Stück verzehrt, bis nichts mehr übrig geblieben ist.

Was die israelischen Pionierplaner der 1950er Jahre um den Bauhaus-Architekten Arie Sharon und den Geographen Walter Christaller mit dem Bau der so genannten Wehr- oder Grenzsiedlungen bzw. der ‚New Towns‘ auf den Ruinen der entvölkerten arabischen Gebiete begonnen haben, setzte man unmittelbar nach dem Sechstagekrieg 1967 in den neuen eroberten Gebieten fort. Der Politiker und Soldat Ariel Sharon plante die neuen Siedlungen nicht als linearen Wall, sondern als eine flexible Grenze, eine *Matrix aus Wehrdörfern*. Hier kann man allerdings nicht von einer Flexibilität einer üblichen Staatsgrenze reden, da es diese Grenze nicht gab, heute noch nicht gibt und dem ideologischen Verhaltensmuster von einem durch zionistischem Denken geprägten Staat nach wahrscheinlich nicht geben wird. Siedlungen sind dafür da, um bisherige Gebietseroberungen abzusichern

bzw. ihnen einen physischen Charakter zu geben. Flexibilität bedeutet in diesem Sinne die Beweglichkeit einer virtuellen, nicht wirklich existierenden Grenze und folglich eine Gewährleistung einer ideologisch gewollten Expansionsfreiheit.

Während des zwanzigsten Jahrhunderts veränderten verschiedene Arten von Kriegführung die Landschaft des historischen Palästina radikal. Die banalen Elemente von Planung und Architektur wurden zwangsverpflichtet, als taktische Instrumente in der israelischen Staatsstrategie zu funktionieren, die durch die Organisation von Raum und die Umverteilung der eigenen [jüdischen] Bevölkerung weitere nationale und geopolitische Ziele anstrebte. Israelische Siedlungen im Westjordanland gelten als Offenbarungen des zionistischen Pionierethos und als staatlich unterstützte Inseln territorialer und Personen-Demokratie. Sie wurden auf den Hügeln der West Bank mit Blick auf das dichte und sich schnell ändernde Gewebe der palästinensischen Städte und Dörfer platziert, penetrieren deren Raum und geben insgesamt ein beispielhaftes Kontrastbild zweier Welten, die sich auf einer fragmentierten territorialen Synthese ausbreiten. Die israelischen Enklaven veranschaulichen neben den arabischen Siedlungen ein territoriales Ökosystem äußerlich entfremdeter, innerlich homogener Enklaven. Beide sind, wie *erste* und *dritte* Welten, neben-, in-, über- oder untereinander in einer Konstellation platziert, in der die israelischen Siedlungen gemäß ihrer Aufgabe die tiefer gelegenen palästinensischen Agglomerationen panoptisch überwachen und der Befestigung von Gebietsansprüchen dienen.

Der israelisch-palästinensische Konflikt hatte seit seiner Entstehung eine symbiotische Beziehung zur Landschaft und zur Peripherie. Indem sich der Konflikt im Prozess der Transformation, Bearbeitung und Auslöschung der Landschaft und der gebauten Umwelt am deutlichsten zeigt, bestimmt das Terrain die Natur, Intensität und die Brennpunkte der Konfrontation, und der Kampf um das Terrain entfacht immer wieder Unruhen und Gewalt und bestimmt somit auch die Koordinaten des Konflikts. So wurden die Landschaft und die gebaute Umwelt zu Arenen des Konfliktes. Architektur wird zur *Waffe*, wie dies der israelische Architekt Eyal Weizman richtig beschrieben hat.

In diesem Kontext ist die Mauer (nur) eine Fortsetzung dieses Designs bzw. eine territoriale Zusammenfassung bisheriger Gebietseroberungen. Mit der Mauer soll eine Zwischenbilanz des bisherigen Transformationsprozesses der palästinensischen Landkarte bzw. Lebensraums gezogen werden. Die flexible Grenze aus dem geschaffenen Bollwerk (genannt Wehrdörfer) – die Ernte aus 60 Jahren territorialen Krieges, territorialer Eroberungen und territorialer Entrechtung – soll mit der zuerst als provisorisch propagierten Mauer zum ersten Mal in Teilen des Westjordanlandes einen physischen Charakter bekommen. Man sieht hier deutlich, dass eine Untersuchung der Mauer einer Untersuchung der israelischen Siedlungen in der West Bank gleich kommt bzw. diese voraussetzt.

Mauern und Ghettos haben in den zionistischen Projekten in Palästina, die schließlich alles andere als ein spontaner Transformationsprozess des Landes waren und sind, schon immer eine zentrale Bedeutung gehabt. Daher untersucht diese Arbeit die besonders wichtige Frage der in den letzten Jahren von vielen Beobachtern gerne hergestellten Korrelation zwischen dem ehemaligen rassistischen Apartheidsystem Südafrikas und dem in vielen Aspekten von einer *Segregationsideologie* bestimmten israelischen Staat. In Südafrika war die *Trennung* zwischen Weißen und Schwarzen offensichtlich. Die Situation in Palästina ist jedoch anders: die Hautfarbe scheidet als offensichtliches Differenzierungsmerkmal aus. In diesem Zusammenhang wird in dieser Arbeit der Zionismus als ein fundamentaler Bestandteil des europäischen Siedlerkolonialismus in seiner radikalsten Form untersucht, bei dem es nämlich nicht etwa darum geht, die ursprüngliche Bevölkerung als billige Arbeitskräfte auszubeuten, sondern vielmehr darum, das Territorium und die dort vorhandenen Ressourcen anzueignen. Jedoch funktioniert dieser zionistische Siedlerkolonialismus heute, insbesondere in einem Brennpunkt des Weltgeschehens, nicht mehr in so offensichtlicher Form wie zu Zeiten des historischen Siedlerkolonialismus. Das Vorgehen der israelischen Politik gegen die palästinensische Bevölkerung geschieht raffinierter und versteckt, wird geschickt getarnt und erfolgt in der Regel unterhalb der Aufmerksamkeitsschwelle der Medien.¹

Und wegen der wirtschaftlichen, medialen und militärischen Macht seiner Freunde (insbesondere der USA) und wegen der Möglichkeit der permanenten Instrumentalisierung des Holocaust gegen die daran völlig unschuldigen Palästinenser, kann Israel erfolgreich Teile der Weltöffentlichkeit so direkt und indirekt fehlleiten, dass ein zumeist verfälschter Eindruck über die Natur des Konflikts dominiert. Vor allem Dank dieser medialen Macht

¹ Vgl. diesbezüglich das hochinteressante Buch von Petra Wild „Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina – der zionistische Siedlerkolonialismus“, Verlag Promedia, Wien, 2013. Das Buch erschien nach Abschluss dieser Dissertationsschrift.

ist Israel – obwohl Unterdrücker – stets in der Lage, sich als Opfer des Terrorismus zu präsentieren, wobei aber die Opferzahlen auf der palästinensischen Seite regelmäßig um den Faktor 100 größer ist als auf der israelischen Seite.

Dieses Fehlleiten der Weltöffentlichkeit gilt auch mit Blick auf den „Friedensprozess“ ab 1991. Oslo trug und trägt weiterhin dazu bei, dass der Konflikt so verstanden wird, dass die Palästinenser *lediglich* um einen eigenen Staat kämpfen, während Israel als Gegenleistung seine Sicherheit sucht. Das mag oberflächlich richtig sein, aber es spiegelt in keiner Weise die tatsächlichen Wurzeln des Konflikts wider, denn der eigentliche Kampf der Palästinenser ist vielmehr ein Ringen um die eigenen historischen und politischen Rechte, die von Seiten Israels ignoriert werden und die durch Oslo stark beschnitten oder wenigstens relativiert wurden. Dies betrifft nicht nur die Palästinenser des Westjordanlands und des Gazastreifens (den Eindruck vermittelt Oslo ebenso), sondern und vor allem auch die 6 Millionen palästinensischen Flüchtlinge in ihrem Exil in und außerhalb Palästina, sowie die 1,5 Millionen palästinensischen Staatsbürger Israels, die heute zwar in israelischem Staatsterritorium leben, jedoch – eben aufgrund des oben genannten Siedlerkolonialismus – bei weitem nicht die vollen bürgerlichen Rechte wie ihre jüdische Mitbürger genießen.

Hier soll ergänzend erwähnt werden, dass es sich bei der hier untersuchten interregionalen Barriere viel mehr um ein ‚System von Mauern‘ denn um eine einzelne, exakt verlaufende Mauer handelt. Ähnlich wie beim Bau der sogenannten israelischen Wehrsiedlungen nach 1967 hat man diese Mauer(n) in unterschiedlichen Bauabschnitten und an verschiedenen Orten geplant und ausgeführt, nicht etwa wie der Bau eines Tunnels, der an zwei verschiedenen Punkten beginnt, um sich auf der Verbindungsstrecke, meistens Bergmitte, zu treffen, sondern in der Tat an völlig, dem Anschein nach, voneinander unabhängigen Orten. Und dennoch bilden sie zusammen eine Einheit, deren Antriebskraft sie aus dem politischen Willen schöpfen, möglichst viele israelische Siedlungen dem israelischen Kernland einzuverleiben. Die Mauer(n) orientieren sich nicht, wie man naheliegend vermuten würde, an die *Waffenstillstandslinie* von 1949 (Grüne Linie), sondern an dem Kontext der zerstreuten israelischen Siedlungen in der West Bank. Genau darin liegt der Grund, warum man hier nicht von einer einzigen Mauer sprechen kann.

Der amorphe Verlauf der Trennungsmauer ist also ein gestalterischer Versuch der israelischen Planer, das illegale israelische Siedlungsgewebe im Westjordanland dem israelischen Kernland einzuverleiben. Die Folgen für die Stadt- und Regionalplanung, für die sozioökonomische Entwicklung und sogar für die Bildung eines künftigen Palästinenserstaates sind nicht nur aufgrund der enormen Bodenverluste (mehr als 40% der Gesamtfläche des Westjordanlandes), sondern vor allem auch aufgrund der Fragmentierung ihres Landes bzw. der Schaffung von zusammenhangslosen Landfragmenten (Archipel) verheerend. Hinzu kommt die Tatsache, dass der Bau des nördlichen Mauerabschnitts zwischen Salem und El-Qana einige der wichtigsten palästinensischen Wasserquellen durch Planierarbeiten für die Baukonstruktion des Mauerstreifens auf konfisziertem arabischen Land zerstört und viele andere, die nun westlich der Mauer im Niemandsland liegen, für seine Besitzer unzugänglich macht.

Ob „Mauer“, „Sicherheitszaun“ oder gar „Apartheidmauer“, eines steht fest: diese größte Baumaßnahme in der Geschichte des israelischen Staates ist definitiv sehr umstritten. Allein ihre physischen Eigenschaften sind erschreckend. Geplant ist vorerst eine Mauerstrecke von etwa 900 km entlang der Grenze zum Westjordanland bzw. im Raum Jerusalem, von denen bereits im Jahre 2008 etwa 55% errichtet wurden. Der Verlauf des Mauerstreifens wurde je nach politischem Druck von Seiten der verschiedenen israelischen Parteien und Interessengruppen, insbesondere aus den Reihen der israelischen Siedler und des rechten Flügels, und nach der anfänglich strikten Ablehnung des Bauvorhabens, immer wieder korrigiert. Meistens kamen diese Korrekturen den Siedlern und deren Expansionsbestrebungen auf Kosten der palästinensischen Gemeinden zugute. Diese Baumaßnahme hat in der Tat verheerende sozioökonomische Folgen für das palästinensische Land, und ihre physikalische Existenz wirft für künftige Stadtentwicklung bzw. Raumordnung des Westjordanlands, aber auch Israels, viele wichtige und interessante Fragen auf.

Der paralyisierte sozioökonomische und städtebauliche Kontext in den besetzten palästinensischen Gebieten ist ein Resultat einer langen Periode der Konflikte und der fehlenden zivilen Planungsinstrumente. Für eine kontinuierliche palästinensische Baukultur, insbesondere für die langfristige Regionalplanung war die für die Bewohner Palästinas akute Chancenlosigkeit in der Stadt- und Regionalplanung für die eigenen arabischen

Städte und Dörfer ein großes Hindernis. Für die Besatzer hat es immer noch höchste Priorität, die Oberhand in Sachen Raumordnung sowie Bodenrecht zu behalten. Denn genau das sichert ihnen den Zugriff auf die begrenzten Ressourcen des Landes. Das Hauptziel der Besatzungsmacht ist und war immer das systematische Verhindern von Entwicklung in den arabischen Gebieten, um – entsprechend dem Slogan „Maximum Land-Minimum Araber“ – einen schleichenden Exodus der palästinensischen Bevölkerung herbeizuführen.

In der bisherigen Planungspolitik Israels steckt ein großes Gewaltpotenzial, mit dessen Hilfe der Status Quo forciert wurde. Er forderte bisher jedoch einen sehr hohen Preis, nämlich den für den Aufbau und für den Wohlstand in der Region nötigen Frieden. Frieden heißt im Fall des Palästinaproblems auf der einen Seite Menschenrechte, Chancengleichheit und der freie Zugriff zu den nationalen Ressourcen, insbesondere Boden und Wasser und in besonderem Maße die Souveränität. Auf der anderen Seite ist eine eigene Stadt- und Regionalplanung sowie eine vorausblickende Raumordnung nötig, um eine effektive, friedensfördernde und überregionale Planung in Grenzregionen zu erreichen sowie den Erfahrungsaustausch zwischen Nachbarn, inklusive Israel, zu praktizieren. Eine fundierte Raumordnung ermöglicht eine pflegliche und vorsorgende Nutzung der Räume (Raumgüter) und bildet die beste Gewährleistung für die Zukunftsfähigkeit eines Landes bzw. dafür, dass genügend Entwicklungschancen für nachfolgende Generationen bestehen bleiben.

Für diese Arbeit sind zwei Ereignisse von besonderer Bedeutung:

Durch den Abzug der Israelischen Armee aus Gaza im August 2005 ergab sich eine historische Situation, die im Falle eines günstigen politischen Kontexts eine langersehnte und einmalige Gelegenheit bietet, den Prozess einer neuen fundierten und modernen Stadtentwicklung im Gazastreifen in Gang zu setzen. Die Räumung der israelischen Siedlungen im Gazastreifen bedeutet einen freien Zugang zu etwa 30% der Fläche des 365 Km² großen Gazastreifens, die diese Siedlungen bis dato kontrollierten. Die israelische umfassende Blockade gegen Gaza seit Mitte 2007, die auch durch das kürzlich gestürzte ägyptische Regime maßgeblich getragen wurde, verwandelte jedoch das Gebiet am Mittelmeer in ein großes Freiluftgefängnis und setzte diesem Traum des Aufbaus vorerst ein Ende.

Seit Januar 2011 ergibt sich jedoch eine völlig neue Situation in der Region, und zwar durch die revolutionären Umwälzungen in den arabischen Ländern (*Arabellion*), verursacht durch Massendemonstrationen zumeist junger aufgeklärter Menschen, die gegen ihre Diktaturregime und mit großen Menschenopfern für ihre Grundrechte demonstrieren. Der Sturz arabischer Diktaturregime, insbesondere des Regime Mubarak in Ägypten bringt zwar enorme Herausforderungen mit sich, aber dadurch werden die politischen Karten neu gemischt und somit völlig neue Rahmenbedingungen für Entwicklung in den arabischen Ländern geschaffen.

Die Palästinenser werden mit Sicherheit zu den großen Gewinnern dieser Änderungen gehören, sowohl politisch als auch was die Entwicklung ihres Landes betrifft. Besonders interessant sind hier die neuen Rahmenbedingungen für den Gazastreifen nach der Entmachtung Mubaraks. Denn dies könnte nicht nur bedeuten, dass die langjährige Blockade gegen 1,5 Millionen Menschen dort aufgehoben würde, sondern vor allem auch, dass das neue Ägypten höchstwahrscheinlich großes nationales Interesse an der Entwicklung der Sinai-Halbinsel haben wird. Der Gazastreifen, der seit Jahrtausenden tatsächlich ein fundamentaler Bestandteil der nationalen Sicherheit Ägyptens ist, könnte an dieses Entwicklungsschemata angegliedert werden, so dass durch gemeinsame Projekte auf beiden Seiten der Grenze, wie beispielsweise den Ausbau eines (gemeinsamen) Flughafens und Bau eines leistungsfähigen Seehafens auf ägyptischem Boden, ökonomische und die nationale Sicherheit betreffende Strategien entwickelt werden, von denen beide Seiten profitieren können. Wichtige Themen sind dabei Nahrungssicherheit und demographische Streuung durch Stadtentwicklungsplanung.

Ziele der Arbeit

Unter den oben genannten außerordentlichen Gegebenheiten leitet der Verfasser bezüglich des im Jahre 2002 durch Israel begonnenen Mauerbaus im Westjordanland vier Grundgedanken ab, aus denen sich berechnete Fragestellungen ergeben, die in dieser Arbeit genauer studiert werden sollen:

Erster Grundgedanke: Die israelische Mauer ist an sich kein neues Phänomen in der israelischen politischen und territorialen Entwicklung, sondern ein neuer Höhepunkt des langjährigen segregativen Denkens bzw. eines Expansions- und Entwicklungsprozesses, der auf ethnische und religiöse Trennungsschemata aufbaut und der im israelischen Kernland selbst begonnen hat;

Zweiter Grundgedanke: Die Korrelation zwischen Mauer und den israelischen Siedlungen ist nicht nur präsent, sondern sie ist darüber hinaus organisch und fundamental. Die Mauer als Objekt und Subjekt versteht man nur, wenn sie selbst als eine inszenierte große interregionale Siedlung wahrgenommen wird, die eine seit 1967 von Israel forcierte Politik der substanziellen Grenzverschiebungen, des aggressiven Raumdesigns und nicht zuletzt des asymmetrischen Zugriffs auf die begrenzten Ressourcen der besetzten Gebiete fortsetzt;

Dritter Grundgedanke: Die Mauer sollte man vor allem in einem globalen Kontext sehen, in dem das Versagen der Politik durch eine Reihe von Mauern und Abschottungsmaßnahmen in der alltäglichen weltpolitischen Landschaft bestätigt wird. Besonders nach dem 11. September 2001 wurden ideale Bedingungen für Macht-orientierte und neokonservative Ideen geschaffen, in deren Rahmen im Namen der Sicherheit und Terrorbekämpfung eine neue Geopolitik praktiziert wird. Laut dieser neuen Geopolitik ging es in erster Linie um Profit im Sinne von (militärischer) Kontrolle über die Welt-Ressourcen, insbesondere fossiler Energien. Die Welt-Landkarte wurde dazu teils nach ethnischen und religiösen Kategorien neu definiert und geordnet;

Vierter Grundgedanke: Die Korrelation zwischen Entwicklung in den arabischen Ländern und dem Palästina-Problem. Das zerrissene System arabischer korrupter Diktaturregime manifestierte im Zuge der Verfolgung eigensinniger Ziele (als Regime) den dauerhaften Ausnahmezustand in den eigenen Ländern, blockierte die Entwicklung der eigenen Völker und verhinderte jegliche Interaktion mit den Nachbarstaaten. Ergebnis ist das Verpassen jeglicher Chancen auf ein gemeinsames Vorgehen zur Lösung akuter politischer und ökonomischer Probleme ihrer Länder sowie eines effektiven gemeinsamen Ganges, um eine anständige Lösung der Palästinafrage zu bewirken. Die Geschehnisse im Frühjahr 2011 (die Arabellion) waren bzw. sind die natürliche Folge einer solchen Politik der Unterdrückung. Was die Entwicklung der Länder betrifft, eröffnen vielfältige Fenster und Möglichkeiten.

Diese Grundgedanken führen zu folgenden Fragestellungen:

Erstens, bedeutet die Mauer als klar definierte Grenze wirklich ein Ende der Besatzungs- bzw. Expansionspolitik? Der Verfasser ist der Meinung, dass diese Mauer zwar eine klare Grenzziehung darstellt, jedoch bedeutet sie keineswegs ein Ende der Expansionspolitik. Die Begründung dieser Behauptung befindet sich in zwei Gegebenheiten der Mauersphäre: zum einen geht es bei der israelischen Barriere nicht nur um einen unilateralen Akt des israelischen Staates, der das internationale Recht verletzt, sondern auch um eine Angelegenheit, die noch Gegenstand der Verhandlungen ist, nämlich der Grenzfrage zwischen dem israelischen Staat und einem künftigen Palästinenserstaat auf dem Territorium der West Bank und des Gazastreifens. Das stellt die Glaubwürdigkeit der israelischen Seite in Bezug auf ihren ernsthaften politischen Willen zum Frieden in Frage; und zum anderen existiert hier ein gestalterisches Problem: der Mauerstreifen ist nicht linear klar definiert, so dass man konsequent eine unverkennbare Grenze ziehen könnte. Stattdessen werden hier mehrere Mauerabschnitte bzw. Mauerfragmente nach einem genauen strategischen Kalkül des israelischen Militärs geplant und ausgeführt. Das führt folglich zur nächsten Frage:

Zweitens, ist ein künftiger palästinensischer Staat im heutigen städtebaulichen Kontext, insbesondere im Kontext der Mauer, lebensfähig?

Dies ist eine wichtige Frage, wenn man bedenkt, dass die israelischen Politiker ununterbrochen von Garantien für das natürliche Wachstum der israelischen Siedlungsstrukturen reden. Es gibt faktisch keine Garantie dafür, dass die israelischen Siedlungen nicht zwischen den Mauerfragmenten (sozusagen in den Lücken) dieses von Israel gewünschte natürliche Wachstum suchen werden.

Drittens, die Arbeit folgt grundsätzlich dem Gedanken, dass der Konflikt planerischer Natur ist und folglich auch planerisch gelöst werden kann. Die Kraft visionärer Raumstrategien soll hier besonders hervorgehoben werden, die die scheiternde Politik inspirierend unterstützen könnte. In der Arbeit werden nach einer gründlichen Analyse des beängstigenden sozioökonomischen und städtebaulichen Kontexts in den besetzten palästinensischen Gebieten die Aussichten auf und die möglichen Strategien für die Schaffung eines lebensfähigen Palästinenserstaates im Kontext des aufgrund des israelischen Siedlungskontextes fragmentierten Westjordanlandes untersucht. Dabei werden *drei* wichtige Aspekte berücksichtigt:

Erstens, die Rolle der israelischen Trennungsstrukturen (Siedlerstraßen, Tunnel und Brücken) in der Schaffung des Status Quo. Gefragt wird, ob diese alternativ auch als vereinende und friedensstiftende Elemente genutzt

werden können. Die juristische Natur dieser Infrastrukturelemente ist hier von besonderem Interesse, da diese, je nach Staatsmodell einer Endstatuslösung des Konflikts, die Souveränität über diese Elemente betrifft. Dabei ist auch der Aspekt einer doppelten Souveränität (israelisch-palästinensische) über diese Infrastrukturen im Falle einer Zwei-Staaten-Lösung zu bedenken.

Der *zweite Aspekt* betrifft die Frage des Zugriffs zu den Ressourcen des Westjordanlandes und des Gazastreifens, z. B. Wasser, sowie die Kontrolle über die Grenzen mit Ägypten und Jordanien.

Der *dritte Aspekt* betrifft die Rolle der arabischen Diktaturregime in der Strangulierung jeglicher Wachstumsmöglichkeiten in ihren Ländern und die eventuellen Wachstumschancen, insbesondere auf dem Gebiet der grenzübergreifenden Regionalplanung, die aus dem seit Januar 2011 ablaufenden ‚arabischen Frühling‘ hervorgehen könnten.

Zur Struktur der Arbeit

Eine Arbeit, die sich mit einem gänzlich geschichtlichen und doch sehr präsenten Konflikt beschäftigt, wirft schon in den Anfängen und beim Formulieren der ersten Gedanken die Frage nach der Chronologie auf: Muss es einen Zeitfaden durch die Arbeit geben? Dem Autor war von Anfang an bewusst, dass eine Behandlung der Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts in einer wissenschaftlichen Arbeit der Fachrichtung Architektur und Stadtentwicklungsplanung mit dem Risiko behaftet ist, dass die Arbeit den gezeichneten Rahmen sprengen würde. Aber wie könnte man sonst den gegenwärtigen Kontext im besetzten Palästina verstehen, wenn man die geschichtlichen Abläufe eines der kompliziertesten Konflikte unserer Zeit außer Acht lässt? Außerdem ist der Verfasser davon überzeugt, dass der israelisch-palästinensische Konflikt ein territorialer Konflikt planerischer Natur ist, dessen Wurzeln in den früheren Planungen kolonialer Mächte liegen, die in der Sicht zahlreicher Analysen aus kulturellen und ökonomischen Gründen die zionistische Idee des Besatzungskolonialismus in Palästina begünstigten und den gegenwärtigen Konflikt mit entfachten. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Geschichte des Nahostkonflikts insofern kein Konstrukt ist, da sie heute, wie vor hundert Jahren, immer noch real gelebt wird und an Präsenz faktisch nichts verloren hat.

Und doch unterliegt die Ordnung in dieser Arbeit eher einer gedanklichen als einer zeitlichen Abfolge. Denn ein Ziel der Arbeit ist es, Bezüge zwischen Entwicklungen und Phänomenen herzustellen und hierfür auch die Grenzen zwischen den Disziplinen aufzulösen. Es geht hier um Zusammenhänge jenseits idealistischer Kontinuität, sozusagen um die Verbreitung von Ideen, um die Wiederkehr bestimmter Abläufe und Geschehnisse; und schließlich geht es hier um das objektive Beleuchten bewusster Verdrängungen oder Neuinterpretationen bestimmter Entwicklungen und Themen sowie das Hinterfragen einer weit verbreiteten und weitgehend befangenen Verinnerlichung des Konflikts.

Die vorliegende gründliche Bestandsanalyse des heutigen städtebaulichen Kontextes infolge einer langjährigen subtilen Strategie der Landeseroberung (Kapitel 2 und 3) beginnt im Kapitel 1 mit einem Versuch, die historischen Wurzeln des Konflikts im 19. und im 20. Jahrhundert zu ergründen und die Zusammenhänge zum gegenwärtigen Kontext künstlicher Trennungen von städtischen und regionalen Infrastrukturen, gewissermaßen den Siedlungen und der Mauer, in den besetzten palästinensischen Gebieten herzustellen. Dabei werden die Entwicklungsfähigkeit der Städte und Regionen des Westjordanlands und die infolge des Mauerbaus entstehenden Grenzen für eine solche Entwicklung genauer studiert.

Im Kapitel 4 werden die regionale Dimension der Palästinafrage behandelt und die katastrophalen Folgen der zerrissenen und beispielhaft rückschrittlichen Strukturen der arabischen Diktaturregime für die Entwicklung in den eigenen Ländern erklärt. Diskutiert wird auch der Missbrauch des Palästinaproblems für die Aufrechterhaltung der Zustände in diesen Diktaturen. Hier wird die Rolle des ägyptischen Regimes Mubarak besonders hervorgehoben, das maßgeblich an der Blockade gegen den Hamas-regierten Gazastreifen beteiligt war. Thematisiert wird auch der Bau der eisernen unterirdischen Mauer entlang der gemeinsamen Grenze.

Kapitel 5 widmet sich dem Thema Planung in den besetzten Gebieten und teilt sich chronologisch in die Phase vor Oslo II (1967-1991) sowie die Phase nach Oslo II (1991-heute). Hier wird unverkennbar gezeigt, dass Planung eines der wesentlichen Merkmale der im Kapitel 2 behandelten israelischen subtilen Eroberungsstrategie war

und ist. Und Planung in Palästina wird bis heute von den Planungsbehörden der israelischen Besatzungsmacht dominiert, die ihre eigenen Ziele verfolgt. Die Tatsache, dass mit der Gründung der palästinensischen Autonomiebehörde palästinensische Planungsbehörden geschaffen wurden, ändert nichts an dieser Tatsache, da die palästinensische Autonomiebehörde in dieser Hinsicht nicht über die nötige Souveränität verfügt.

Schließlich wird im Kapitel 6 nach einer Schlussfolgerung der Analyse der Versuch unternommen, vom Standpunkt eines Stadtplaners aus einen Blick in die Zukunft jenseits der verfahrenen aktuellen Politik zu wagen. Die Erfordernisse zur Erhöhung der Lebensfähigkeit eines künftigen Palästinenserstaats sowie die Rahmenbedingungen für ein konzeptionelles Rahmenwerk für Palästina werden hier optional mit Blick auf das jeweilige Staatsmodell einer Endstatuslösung des Konflikts diskutiert. Abschließend werden verschiedene mögliche Szenarien für Raumplanungsstrategien zur Verstärkung der nationalen Entwicklung in Palästina dargestellt und die besondere Bedeutung der Umsetzung einer umfassenden regionalplanerischen Friedensstrategie für Palästina für das ‚Besondere Entwerfen‘ herausgearbeitet. Eine brauchbare territoriale Lösung in der Region würde ein Beitrag zu einer „Internationalen Urbanistik“ sein, die beispielhaft zur Entschärfung vieler Konflikte auf dem Globus beitragen könnte.

Gründe und Grenzen der Arbeit

Am Anfang stehen die Faszination des Orients und die Herausforderung seiner Komplexität, selbst für einen Forscher mit orientalischen Wurzeln, wie den Verfasser. Wer sich mit den Themen Architektur und Stadt im Orient auseinandersetzt, wird schnell feststellen, dass die historische Struktur der Städte dort die Basis eines multiethnischen und multireligiösen Zusammenlebens und ein gesundes Maß an Abgrenzung zum Schutz der Privatsphäre individueller Wohnzellen bietet. Somit hat es im Orient äußerst selten künstliche Trennungen oder segregative Tendenzen im Städtebau gegeben. Diese Tatsache macht die israelische Mauer, und überhaupt die segregativen Tendenzen des zionistischen Gedankenguts sowie die von den Zionisten seit nun über 100 Jahren praktizierte kulturelle und ethnisch-religiöse Segregation in Palästina, die auch von vielen Israelis kritisiert wird, zu einem vielschichtigen Phänomen, das eine besondere Beziehung zwischen der Mauer und einem Architekten bzw. Stadtplaner herstellt. Diese Beziehung entsteht nicht einfach nur aus der territorialen und geographischen Natur des Konflikts, sondern auch aus der Tatsache, dass die Sprache des Konflikts planerischer Natur ist und sich in Anordnungen zur Gestaltung und zur Kontrolle von Raum artikuliert.

Man sieht hier, dass ein Wissenschaftler sich sinnvollerweise mit *Planungspolitik* auseinandersetzen muss, um bestimmte territoriale und sozioökonomische Kontexte zu verstehen. Der gegenwärtige politische und territoriale Kontext im Nahen Osten ist offensichtlich das Produkt eines langjährigen Konflikts, der sich mittels verschiedener Instrumente und Sprachen ausdrückte: politischer, militärischer und vor allem raumplanerischer Instrumente. Ein kurzer Rückblick auf die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland hilft, den heutigen städtebaulichen Kontext zu verstehen, aber auch die politischen Akteure und Zusammenhänge seit der Gründung Israels kennen zu lernen. Für eine wissenschaftlich vertretbare Studie über die israelische Trennungsmauer im Westjordanland ist es unverzichtbar, sich mit dem Kontext der von Israel geschaffenen Siedlungsstrukturen auseinanderzusetzen. Eine städtebauliche Bestandsaufnahme ist zugleich erforderlich, um künftige Aufbaustrategien des Palästinenserstaates zu entwickeln und die Rahmenbedingungen für ein tragfähiges Raumdesign des neuen Staates zu bestimmen.

Die Untersuchung von Städten und Regionen ist allein deshalb so schwierig, da eine Stadt oder eine Region als lebendiges Konglomerat von Menschen und Ideen in ihrer Entwicklung, Funktions- und Lebensweise unterschiedlichen Faktoren unterworfen ist, sodass sie ein einziger Beobachter nur schwer in ihrer Gesamtheit erfassen kann. Aber genau diese Vielfalt der Faktoren, die den Transformationsprozess in Palästina beeinflusst haben, macht den Kern und auch den intellektuellen Reiz einer solchen Untersuchung aus.

Meistens liegt gerade in einem Blick von außen eine große Chance, Sachlagen in Krisenregionen objektiv zu sehen und zu erforschen. In der Regel dominieren allerdings Forscher, die nur einen oder zwei Teilaspekte des Themas behandeln und ansonsten den gesamten Kontext nur zweckdienlich anschneiden, um das Gesamtbild der Arbeit abzurunden. Im Zuge des israelisch-arabischen Konflikts wurden unzählige wissenschaftliche Arbeiten verfasst, die aber fast ausschließlich nur Teilaspekte des Konflikts behandeln und zumeist empirische Daten anhand von ganz bestimmten Fallstudien nachweisen. Das Wasserproblem im Nahen Osten oder das Problem der eingeschränkten Mobilität in den besetzten palästinensischen Gebieten wurden beispielsweise

in vielen interessanten Werken behandelt, aber selten in einen größeren und umfassenderen Zusammenhang eingearbeitet. Dies hat bestimmt auch damit zu tun, dass Forscher im Zeitalter der Spezialisierung gedrängt sind, innerhalb des engen Rahmens ihrer Fachdisziplin zu bleiben. Hinzu kommen jedoch in diesem Fall die Komplexität des israelisch-palästinensischen Konflikts und die Tatsache, dass hier Architektur und Städtebau an einem der heißesten Krisenplätze der Welt diskutiert werden. Jeden Tag verändern sich die Verhältnisse und entwickeln sich weiter, so dass ein Forscher viel Mühe und Zeit aufbringen muss, um seine Arbeit ständig anzupassen und zu aktualisieren. Eine mit normalem Aufwand betriebene Forschung im Nahost-Konflikt erlaubt meist nur ein „Surfen“ durch die turbulenten Wellen der Geschehnisse dort. Ein fundiertes, vielseitiges Forschungsprogramm erfordert hingegen ein tiefes Eintauchen in die Hintergründe der Geschehnisse. Das Eintauchen in die Materie erfordert dabei ein Grundwissen über die Sphäre des Geschehens, das nur wenige Forscher, zumeist nur diejenigen Wissenschaftler besitzen, die ein Teil des Konflikts sind (sprich israelischer oder palästinensischer Abstammung sind, vereinzelt aber auch arabischer Herkunft). Diese haben dann oft ein persönliches Interesse an einer solchen Forschung, was ebenfalls ein Problem sein kann. So ist die Ausgangslage für die erforderlichen Forschungen nicht günstig.

Dabei kommt denjenigen heutigen Stadtplanern eine ganz besondere Rolle zu, die über ihr klassisches Berufsbild als Gestalter hinausgehen und andere weitere komplexe Aufgabenfelder einschließen. Stadtplanung erfordert heute zusätzlich Fachkenntnisse von Experten, wie z. B. Vorauskernern. Die Komplexität unserer Städte und Regionen macht es dringlich, tiefgreifende Studien zu unternehmen, die die Problematik der Stadtplanung umfassend und vor allem interdisziplinär untersuchen. Spezialisten werden dringend benötigt, aber wir brauchen auch Strategen und Vordenker oder, in einer anderen Terminologie, Universalisten.

Dass Stadtplanung eine in erster Linie politische Angelegenheit ist, sollte einen Forscher nicht davon abhalten, sich auch an diese Disziplin zu wagen und wenn nötig Partei zu ergreifen – zur Wahrheit und zur Objektivität. Dies ist – zugegeben – keine einfache Aufgabe, insbesondere im Kontext eines Konflikts, der viele und oft widersprüchliche Emotionen hervorruft, wie beispielsweise des israelisch-arabischen Konflikts. Was die meisten Forscher im Nahen Osten von einer gründlichen und umfassenden Analyse oder gar von Überlegungen zur Gestaltung von Zukunftsszenarien für das Territorium noch abschreckt ist die Tatsache, dass man bei einer solchen mühseligen Arbeit mit viel Kritik aus den Reihen der Lobbyisten der Konfliktparteien und auch aus den eigenen Reihen rechnen muss, wenn der Forscher in seiner Arbeit ein Mindestmaß an Objektivität einhält. Denn gerade diese Objektivität findet immer die Gegnerschaft und manchmal die Feindseligkeit der einen oder der anderen Seite, da jede Konfliktseite in ihrer Position ein gewisses Potenzial an subjektiver Argumentation innehat, hinter der sie sich oft versteckt.

Edward Saids Buch ‚Götter, die keine sind – Der Ort des Intellektuellen‘ ist in diesem Sinne auch eine Inspiration für den Verfasser, zu den Ereignissen in Palästina und der arabischen Welt in einer Weise Stellung zu nehmen, die die Verpflichtung eines Forschers gegenüber der Gesellschaft besonders hervorhebt. Im Grunde sind alle Menschen Intellektuelle – wie dies der italienische politische Philosoph und Mussolini-Gegner Antonio Gramsci in seinen Gefängnisbüchern schrieb – aber nicht alle Menschen haben in der Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen. Der Intellektuelle ist ein Individuum, der auf der Grundlage notwendiger universeller Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen handelt, der in der Gesellschaft eine spezifische öffentliche Rolle spielt und nicht einfach darauf reduziert werden kann, ein gesichtsloser Spezialist zu sein, ein einfaches, wenn auch tüchtiges Mitglied einer Klasse, das seinen Geschäften nachgeht.²

Keine Untersuchung kann je Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Eine erste Grenze ist die eigene Sichtweise. Eine weitere Schwierigkeit, aber auch Herausforderung, dieser Forschungsarbeit ist gewiss die dynamische und zum Teil dramatische Entwicklung und die Präsenz des Konflikts, die zu keiner Zeit eine Atempause erlauben. Auch die Auswahl des Materials und die Zugänglichkeit von Dokumenten bergen Grenzen in sich. Diese Grenzen wurden für den Autor besonders spürbar, als der Verfasser als gebürtiger Palästinenser aus dem Westjordanland – obwohl seit vielen Jahren deutscher Staatsbürger – von der wenig kooperativen Form des Umgangs der israelischen Behörden mit der palästinensischen Bevölkerung direkt betroffen war und weder Feldforschung in den betroffenen Gebieten unternehmen noch Zugang zu den israelischen Archiven haben durfte. Die Einreise nach Jerusalem, beispielsweise, wird seit einigen Jahren Palästinensern (unter 50 Jahren) zumeist verweigert. Entsprechende Anträge werden von den israelischen Behörden leider abgelehnt. Die Arbeit in

² Said, Edward W., *Götter, die keine sind – Der Ort des Intellektuellen*, Berlin Verlag, Stuttgart, 1997, S. 17.

unmittelbarer Nähe des Mauerstreifens ist ohne Erlaubnis der israelischen Militärbehörde mit großen Gefahren, auch der Gefahr der Erschießung durch Soldaten oder durch hochmoderne Selbstschießanlagen, verbunden. Eine weitere Grenze verbirgt sich hinter dem Umstand, dass es äußerst wenig konkrete Literatur auf dem Gebiet der Stadtentwicklungsplanung in Palästina gibt, die einer Arbeit in diesem Umfang auch nur annähernd gerecht werden könnte. Dafür existiert eine verhältnismäßig große Zahl an Berichten, zumeist journalistischer Art, und Berichte von Menschenrechtsorganisationen, die nur Teilaspekte des Konflikts behandeln und selten die Problematik der Stadtplanung in den besetzten Gebieten aufgreifen. Die daraus gewonnenen empirischen Daten waren oft nicht präzise genug und mussten ständig in einer langwierigen Arbeit verglichen und korrigiert werden. Der Verfasser hat daher mit großem eigenem Zeit- und Ressourceneinsatz, aus seiner Sicht für die breite Öffentlichkeit erstmalig, eine beachtliche Anzahl an Karten, Tabellen und Graphiken entwickelt und in die Arbeit integriert, damit diese Informationen einerseits nicht verloren gehen und andererseits von Interessierten in einem umfassenden Werk schneller gefunden werden können.

Und schließlich wurden Themen in der Arbeit behandelt, die nach Wissen des Autors und seiner wissenschaftlichen Gesprächspartner vorher in dieser Weise nicht behandelt wurden. Das gilt nicht nur für die angestrebte umfassende und interdisziplinäre Struktur der Arbeit, sondern insbesondere auch für das Phänomen der unterirdischen Mauer entlang der ägyptischen Grenze mit dem Gazastreifen, deren Bau das ägyptische Mubarak-Regime im Frühjahr 2010 im Rahmen der Blockade gegen den Gazastreifen begonnen hat (Kapitel 4). Wohl erstmals für die breite Öffentlichkeit wurden in dieser Arbeit Skizzen und Analysen erstellt, die ein Gesamtbild über die Situation dort geben können. Diese Skizzen hat der Verfasser spontan anhand vieler israelischer, arabischer und internationaler Berichte erstellt, die er vorher einer zeitaufwendigen Überprüfung und Korrektur unterzogen hat. Die ägyptische Regierung hält bis heute, auch nach dem Sturz des Mubarak-Regimes, die detaillierten Pläne der Stahlmauer unter Verschluss, aber die hier gezeigten Daten und Rekonstruktionsskizzen können den Beginn einer weiteren Erforschung des ägyptisch-palästinensischen Grenzgebiets anregen, insbesondere wenn man die längst fällige Entwicklung beider Territorien, des Sinai und des Gazastreifens, im Rahmen einer umfangreichen interregionalen Planung miteinander verbinden würde. Die Positionierung dieser Idee ist ein spezifischer Beitrag der vorliegenden Arbeit.

Kapitel 1: Historie der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch den israelischen Staat

1.1 Palästina – eine bewegte Geschichte

Es gibt Momente, Tage, Wochen und manchmal Monate, in denen Ereignisse in einer unglaublichen Intensivität stattfinden und sich Epochen machend überstürzen. Die Meilensteine dieser Ereignisse bestimmen maßgebend die Entwicklung und die Zukunft einer Nation, denn Geschichte ist die Summe aller Meilensteine der Vergangenheit und wird von Personen oder Gruppen dann *gemacht*, wenn diese in den Zeitzwischenräumen bzw. im jeweiligen gegenwärtigen politischen Kontext Chancen erkennen und diese dann auch nutzen. Geschichte ist somit die kritische Masse der Vergangenheit, die aus der Konsolidierung der epochalen Ereignisse entsteht; ihre Manifestation macht unsere Gegenwart aus, aus dem wir unsere Zukunft gestalten können. Der große restliche Teil der Vergangenheit verschwindet gewöhnlich aus dem Bewusstsein der Massen.

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist u. a. deswegen historisch, da sich beide Konfliktparteien auf tiefe Wurzeln in der fernen Vergangenheit berufen und, weil eine derartige Intensität eines territorialen Konfliktes in der Geschichte äußerst selten vorkommt. Ob die Gunst der Stunde oder eine Verschwörung gegen die ‚Araber‘ zur Errichtung des hebräischen Staates geführt hat, ist erst einmal nebensächlich. Fakt ist, dass die Zeit zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und Mitte des 20. Jahrhunderts, bezogen auf den mittleren Osten allgemein, unvergleichlich viele geschichtliche kritische Dynamiken umfasst, von denen der Zerfall des osmanischen Reiches das wichtigste Ereignis war. Die damals bereits aktiven Zionisten erkannten die große Chance, die sich ihnen darbot und nutzten sie. Sie setzten ihre ganze Kraft und oft ihre Beziehungen ein, um in einer sehr turbulenten, aber chancenreichen Zeit eine historische Nische zu finden, die es ihnen ermöglichen konnte mit aktiver Hilfe der Großmächte, ihren Traum von der Erschaffung einer Heimstätte für Juden in Palästina wahr zu machen. In ihren Bemühungen ähnelten sie einem Profi-Surfer auf wilden Wellen, der diese *nicht kontrolliert, sie aber versteht*. Analog galt für die Zionisten, dass sie die politischen Kräfte und Ereignisse zwar nicht kontrollierten, sie aber gut verstanden, denn sie waren dank ihres weit gefächerten Beziehungsnetzes in der Politik, Wissenschaft und natürlich im Geldwesen mitten drin im Geschehen. Trotz allem Zweifel an der juristischen und moralischen Aufrichtigkeit des Zionismus als Ideologie, steht fest, dass die Zionisten dieses *Medium* ‚Welle‘ perfekt nutzten, indem sie mit größter Vorsicht und Beharrlichkeit ihre wilde Energie absorbierten und diese als Element der Überbrückung zum sicheren Ufer instrumentalisieren. Der Traum, jene Vision, die noch vor wenigen Jahrzehnten von einzelnen, verspotteten Tagträumern propagiert wurde, wurde wahr, obschon die zielorientierte ‚*Surfer tour*‘ ein halbes Jahrhundert (1897-1947) in Anspruch nahm.

Geschichte besteht nicht nur aus Verschwörungen, das muss fest gehalten werden, aber diese sind ein fester Bestandteil und nicht selten ein Treiber des geschichtlichen Geschehens. Und zweifelsohne haben die Araber unglaublich viele und zum Teil unverzeihliche politische Fehler im arabisch-israelischen Konflikt begangen – so gesehen haben sie ihre Niederlage zum guten Teil sich selbst zuzuschreiben. Aber die Gunst der Stunde für die zionistische Bewegung wurde gerade deswegen günstig, weil man mit Hilfe der Großmächte jene Umstände für eine radikale Änderung der geopolitischen Landkarte im östlichen Mittelmeerraum günstig *gemacht* hat. Das war und ist weiterhin das Fundament, auf dem die Araber ihre Verschwörungstheorie gründen.

Bezogen auf den Westen spielte Palästina immer eine besondere Rolle in der Vorstellungskraft und Willensbildung der Mächte. Das biblische Denken in Bezug auf Palästina war immer ein Beweggrund und Anlass besonderer Aktivitäten der europäischen christlichen Mächte. Selbst die Bezeichnung ‚Palästina‘ war für den Westen immer eine Frage der Interpretation und des politischen Willens. Dieser magische Name, der eine „doktrinäre Manifestation“⁴¹ im politischen und religiösen Handeln des Westens war, besaß einen gewissen zauberhaften Sammelruffeffekt, der enorme Kräfte zusammentrommeln und bewegen konnte. Bestes Beispiel hierfür waren die Kreuzzüge, deren Siegestrophäe Palästina war, was man auch immer unter dem Begriff ‚Palästina‘ verstand.

Interessant hier ist, dass Palästina im westlichen Denken nicht durch seine Bewohner oder durch konkrete geschichtliche Abläufe bestimmt wurde, sondern durch seine gloriose, biblische Vergangenheit und sein scheinbar

1 Said, Edward W., *Zionismus und die palästinensische Selbstbestimmung*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1981, S. 25.

grenzloses Potential für Zukunftsentwürfe. Man war einem Mechanismus der Interpretation verfallen, der auf Ignoranz basierte, nämlich „die Nutzung einer Vergangenheit- oder zukunftsbezogenen Wunschvorstellung zur Tilgung einer Realität, die das betreffende Vergangenheits- oder Zukunftskonstrukt empfindlich stört“.² Dieses Nichtbeachten der demographischen und sozialpolitischen Fakten im Heiligen Land fand statt, obwohl man sich der Tatsache wohl bewusst war, dass unzählige arabische und europäische Geographen, Historiker, Philosophen und Dichter seit dem 8. Jahrhundert in zahllosen Referenzen und Hinweisen auf Palästina und seine Bewohner die Gegenwärtigkeit eines zivilisierten Volkes bezeugen.

Der gleiche Westen brachte auch in allgemeiner Übereinstimmung den modernen Zionismus hervor. Wie wir sehen werden, war die zionistische Ideologie, politisch wie kulturell, nicht nur Produkt des kolonialen Europas des 19. Jahrhunderts, wenn auch im Kontext von Antisemitismus und Judenverfolgung in Osteuropa, sondern und vor Allem auch ein Vehikel und Ziehkind des Westens, um die Fortsetzung der Kontrolle des Westens über dem Nahen Osten zu sichern. Das Gedankengut des Zionismus stimmte im Großen und Ganzen mit den fundamentalsten ideologischen Sichtweisen des imperialistischen Denkens in Bezug auf Palästina überein. Die Tatsache, dass der Zionismus jüdisch-national gefärbt ist, ändert nichts an der Richtigkeit dieser Korrelation, ganz im Gegenteil: sie gab und gibt ihr die nötige religiös-moralische Grundlage zur Kolonisierung Palästinas – das an sich war kein neuer Beweggrund für die Besetzung des Landes, jedoch waren es dieses Mal neue Akteure.

Daher müssen die Feindseligkeiten zwischen Palästinensern und Zionisten, so Edward Said, „als Antagonismus zwischen Gegenwärtigkeit und Interpretation verstanden werden“³, dessen Wurzeln spätestens im kolonialen Europa des 19. Jahrhunderts zu finden sind. Die *Interpretation* des Begriffes Palästina gewinnt in diesem Konflikt bis heute die Oberhand über die Tatsache, dass die palästinensischen Araber *gegenwärtig* waren und sind, ganz gleich wie rückständig oder unzivilisiert sie sein mögen und mochten.⁴ Die Zionisten, anders als alle bisherigen Besatzungsmächte, sind gekommen um zu bleiben, mit der Konsequenz, dass die einheimische palästinensische Bevölkerung für die neuen (dieses Mal jüdischen) Siedler Platz machen muss. Für ihre Wunschvorstellung über die Zukunft Palästinas muss die palästinensische Realität getilgt werden.

Um den Konflikt in und um Palästina verstehen zu können, soll Palästina in diesem Zusammenhang als Teil des so genannten ‚Orient‘, des ‚Anderen‘ gesehen werden. Eine Sichtweise, die heute im Zeitalter des ‚Krieges gegen den Terrorismus‘ mehr denn je von großer Wichtigkeit ist, wenn man den globalen Charakter des Palästinaproblems verstehen möchte. Und noch mehr würde man in einem weiteren Schritt aus dieser Perspektive heraus den internationalen Kontext der israelischen Trennungswand erkennen. Die Bezeichnung des Konfliktes in und um Palästina als die ‚Palästinafrage‘ kann und soll hier in einem engen Zusammenhang mit dem Sammelbegriff ‚Orient‘, wie ihn Edward Said in unzähligen Büchern und Artikeln⁵ ausführlich erklärte, gesehen werden. Und die eigenartige Bezeichnung des Palästinaproblems als ‚Frage‘ beinhaltet – bedingt durch die Deutungen, die sie in sich trägt – die konstituierenden Elemente eines akuten und zumindest scheinbar ausgewogenen Konfliktes, wie ihn der israelisch-arabische Konflikt darstellt. Diese Elemente sind:

1. der *besondere Charakter* des betreffenden Problems, der es erfordert, das Problem getrennt von allen anderen zu behandeln (*Absonderung*);
2. hinzu kommt die juristische langwierige und drängende Natur des *Problems als Rechtsfrage*; sowie
3. seine *vagen Umrisse*, die Fragwürdigkeit seiner Ursprünge und die vorherrschenden *Mythen* seiner Entstehung.

Die Palästinafrage ist tatsächlich ein Sammelbegriff für all diese Elemente. Das Territorium Palästina existiert in einer anderen als der wohlbekanntesten westlichen Welt und wird im Rahmen des Kampfes um das osmanische Erbe jenseits der imaginären Grenze des *Orients* irgendwo östlich von Griechenland und der Türkei, als Synonym für Komplexität, Probleme und Konflikte erlebt. Beim schwierigsten Nachkriegsproblem von internationalem Rang geht es auch um Palästina. Denn anders als bei fast allen anderen Territorien der Region, gab es für Palästina eine *außerordentliche weltpolitische Konstellation*, die das Land für die Gründung einer

2 Ebenda.

3 Ebenda, S. 24.

4 Im kolonialen Denken Europas des 19. Jahrhunderts begründete man die Beherrschung und Ausbeutung eines unterentwickelten Landes als gottgewollter und moralischer Akt im Dienste der Zivilisation (A.d.V.).

5 Wie z. B. das berühmte Buch Saids ‚*Orientalismus*‘, Ullstein Verlag, 1981

Heimstätte für die Juden vorsah. Ein Zusammenkommen europäischer politischer Kräfte mit Beteiligung der inzwischen sehr aktiven zionistischen Bewegung, hatte zur Folge, dass das Land Palästina quasi für einen anderen Zweck reserviert wurde.⁶ Eine andere *Planung* hat somit begonnen, die die arabischen Palästinenser ausschloss und diese als politische Einheit ignorierte. Genau hier, in der *Nichtbeachtung* der einheimischen palästinensischen Araber durch die Großmächte, wurde lange vor 1948 die Keimzelle gelegt, aus der das Palästina-Problem entstanden ist.

In diesem Abschnitt der vorliegenden Arbeit soll keine Vergangenheitsbewältigung Palästinas stattfinden und es ist nicht von besonderer Bedeutung, diese Geschichte detailliert darzulegen. Denn zum einen ist darüber genug geschrieben worden. Und zum anderen soll diese Arbeit über den engen Rahmen einer wissenschaftlichen Bestandsanalyse hinausgehen und mögliche Zukunftsszenarien im Sinne einer Staatsbildung für die Palästinenser identifizieren und wenigstens ansatzweise diskutieren. Das erfordert jedoch ein Verstehen des heutigen politischen und folglich städtebaulichen Kontextes in den besetzten Gebieten. Deswegen kommt einer geschichtlichen Darlegung des Konfliktes ein großes Gewicht zu, in der jene Stationen moderner Geschichte Palästinas kurz erläutert werden sollen, die für die heutige schier ausweglose Lage des Nahen Ostens verantwortlich sind.

Ein grundsätzlicher Aspekt dieser Arbeit betrifft den, den man allgemein *Planung* nennt, ein hoheitlicher Sektor, der den Palästinensern theoretisch seit über hundert, praktisch jedoch seit fünfhundert Jahren vorenthalten wurde, wenn man die osmanische Zeit (1517-1917) dazu rechnet, während der die Planung für die Reichsprovinzen eine hierarchisch zentrale Angelegenheit war. Die darauf folgenden Erben des Reiches, die europäischen Großmächte, hatten etwas anderes im Sinne als der einheimischen Bevölkerung des östlichen Mittelmeerraumes ihre Selbstbestimmung zu gewähren. Ein wichtiger Aspekt der Selbstbestimmung ist das souveräne Verwalten eigener staatlicher Hoheitssektoren, insbesondere die Kontrolle über eigene Landesressourcen und eine umfangreiche Planung im weitesten Sinne des Begriffes.

Vom Gesichtspunkt eines Planers aus war die Palästinafrage von Anfang an ein Problem planerischer Natur. Dies hat sich bis heute nicht geändert. In diesem Zusammenhang ist es um so wichtiger, sich kurz mit einem der heikelsten Kapitel palästinensischer Geschichte auseinanderzusetzen, nämlich mit der Entstehung der zionistischen Ideologie, die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem sozialistischen Philosophen Moses Hess ihren Anfang nahm und etwa ein halbes Jahrhundert später mit dem Journalisten Theodor Herzl ihre politische Reife erreichte⁷. Dass die Wurzeln des heutigen Palästina-Problems in den Grundgedanken der zionistischen Bewegung liegen, ist inzwischen kein Geheimnis mehr. Viele Forscher haben diese Tatsache bestätigt. Viktoria Waltz, Raumplanerin und eine der ersten europäischen Forscher auf diesem Gebiet, erkannte diesen Umstand und schrieb bereits 1985 dazu: „In der Entstehungsgeschichte der Grundgedanken dieser Bewegung meinen wir die Wurzel all der Probleme erkennen zu können, die durch den zionistisch orientierten, jüdischen Staatsaufbau bis heute entstanden sind“.⁸

Diese Phase palästinensischer bzw. nahöstlicher Geschichte ist vor allem deswegen so wichtig, da der historische Prozess, in dessen Verlauf die Palästinenser ihr Land verloren, lange davor begann, als eine außerordentlich hohe Zahl zionistischer Siedler Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts ihre Kolonien in Palästina errichteten. Dieser Prozess wurde von externen Faktoren angetrieben und war in seiner Intensität und Konsequenz umfassender, großflächiger und nachhaltiger als irgend ein anderer, der aus einer natürlichen Entwicklung der palästinensischen Dörfer und Städte oder der frühen Siedlungen der osteuropäischen jüdischen Kolonisten in Palästina, je hätte entstehen können.⁹ Der schleichende demographische Prozess zielte von Anfang an darauf ab, soviel arabisch-palästinensisches Land wie nur möglich zu erwerben und immer mehr jüdische Immigranten in Palästina anzusiedeln. Und hier hat, als Folge der zionistischen Ideologie und im Kontext des osmanischen bodenrechtlichen Rahmens, eine beispiellose systematische Enteignung der einheimischen palästinensischen Araber stattgefunden.¹⁰

6 Der überwiegende Teil des heute als Mandat Palästina bekannten Territoriums wurde bereits in der Begleitkarte zum berichtigten Sykes-Picot-Abkommen von Mai 1916 (siehe Anhang 8.5.3) als internationale Zone gekennzeichnet. Die Balfour-Deklaration vom Nov. 1917 (siehe Anhang 8.5.4) zeigte die Absichten der Großmächte in Bezug auf Palästina auf. Nämlich: das fragliche Territorium wurde reserviert, um eine Heimstätte für Juden in Palästina zu errichten und so die europäische Judenfrage zu lösen (mehr dazu: unten).

7 Mehr zu Moses Hess und Theodor Herzl: siehe Abschnitte 1.4.2 bzw. 1.4.6 dieser Arbeit.

8 Zschesche/Walz, *Die Erde hat ihr uns genommen: hundert Jahre zionistischer Siedlungspolitik*, das arabische Buch, Berlin, S.19.

9 In: Nijim/Bishara, *Toward the De-Arabisation of Palestine/Israel 1945-1977*, Kendall/Hunt publishing company, Dubuque, Iowa, 1984, S. 1.

10 Ebenda; siehe auch Pappe, Ilan, *Die ethnische Säuberung Palästinas*, Deutsche Ausgabe, Verlag Zweitausendeins, Frankfurt a. M., 2007.

Natürlich kann man die Entstehungsgeschichte der zionistischen Ideologie nicht studieren, ohne den politischen und sozioökonomischen Kontext der europäischen Juden im 19. Jahrhundert zu kennen und folglich zu verstehen. Denn die Schaffung einer Heimstätte für Juden in Palästina war trotz der unermüdlichen Arbeit der zionistischen und ideologisch-christlichen Akteure einer einzigartigen weltpolitischen Konstellation zu verdanken, die es ermöglichte, dass eine Teillösung der so genannten ‚Orientalischen Frage‘, also der Frage nach der Zukunft des zerfallenen Osmanischen Raumes, in den Augen der damaligen Kolonialmächte zur Lösung der seit dem Mittelalter existierenden ‚Judenfrage‘ wurde. Mit anderen Worten: die Interessen europäischer Kolonialmächte haben sich mit den Interessen der zionistischen Weltorganisation überschritten, und das nicht nur im imperialistischen Sinne, sondern auch durch die zunehmend bedrohliche demographische Entwicklung der Juden in Westeuropa, die durch Massenmigration aus den osteuropäischen Ländern bis Ende der 1920er Jahre verursacht wurde.¹¹

Die langjährige Überzeugungsarbeit der zionistischen Akteure und ihrer europäischen Verbündeten hat mit der berüchtigten ‚Balfour-Erklärung‘ von 1917 die ersten Früchte getragen.¹² Diese grundsätzliche *Sympathieerklärung* für die Jüdisch-zionistischen Bestrebungen, nämlich eine Nationalstätte für Juden in Palästina zu errichten, führte 1947 zum berüchtigten UNO-Teilungsplan und schließlich zum Grundstein des heutigen israelischen Staates. Zu beachten ist dabei, dass zu diesem Zeitpunkt die arabische Welt weitgehendst unter kolonialer Kontrolle stand und insofern in der UNO ohne Stimme war.

Die Historie gewinnt gerade deswegen mehr Gewicht in diesem Konflikt, da die politische Einstellung der mächtigeren Seite der Konfliktparteien gegenüber dieser Region durch den Trend beherrscht wird, dass weder Gedanken über die Vergangenheit noch über die Zukunft erwünscht sind. Nur solche Gedanken sind für sie erwünscht, die sich mit dem historisch sehr labilen *Status quo* beschäftigen. Die hier gemeinte historische Labilität drückt sich darin aus, dass die USA und viele arabische Diktatur-Regime sich eigensüchtig und äußerst kurzsichtig darauf konzentrieren, die *gemachten* Barrieren, die die Staaten innerhalb des Konfliktgebietes voneinander trennen, aufrecht zu erhalten. Das Dilemma dieser Haltung liegt nicht nur darin, dass man versucht, die großzügigen und, zugegeben, oft illusionären Strukturen arabischer Einheit auszuhöhlen, sondern vor allem auch darin, dass man gewillt ist, einem durch und durch historischen Konflikt seine geschichtliche Dimension zu entziehen. Ein dauerhaft bleibender *Status quo* im arabisch-israelischen Konflikt kommt einem von Israel gewünschten Ende der Geschichtsschreibung gleich, denn Israel möchte gerne den Status seiner auf dem Boden *vollendeten Tatsachen* in Palästina unberührt sehen – eine moralisch wie juristisch unakzeptable Wunschvorstellung, der die Mindestanforderungen für eine gerechte Lösung fehlen und die daher nicht nachhaltig sein kann.

In den folgenden Abschnitten dieses Kapitels wird kurz der Begriff dessen erörtert, was wir heute so selbstverständlich als ‚Palästina‘ zu kennen meinen. Die moderne Geschichte Palästinas – bis zur Gründung des israelischen Staates – wird dann in zwei Zeitphasen kurz erläutert werden. In der ersten Phase wird die Entstehungsgeschichte des Zionismus im Kontext der europäischen Nationalstaatsbewegungen des 19. Jahrhunderts bzw. des Zerfalls des osmanischen Reiches beleuchtet. Die englische Mandatszeit über Palästina (1922-1948), in der die Bildung des israelischen Staates Konturen annahm, soll dann kurz behandelt werden. Die Zeit zwischen 1947/48 und 1967 (dritte Phase) ist für diese Arbeit besonders wichtig, weil hier – mit der Gründung des israelischen Staates und der jüdischen Pionierarbeit, Planung und der inneren Kolonisation des Landes nach Staatsgründung – das Palästina-Problem geschaffen und die politische Landkarte des Nahen Ostens radikal verändert wurden. Die Zeit der israelischen Besatzung bzw. der systematischen Durchdringung und Besiedlung der besetzten Gebiete nach 1967 wird dann in den *Kapiteln 3 bis 5* dargestellt werden. In dieser Zeitphase, die faktisch bis heute andauert, kann man von der Zeit vor Oslo II (1967-1995) bzw. nach Oslo II (1995-heute) sprechen. Mit dem Bau der israelischen Mauer, einem Kern dieser Untersuchung, erreicht das Siedlungsprojekt der Besatzungsmacht einen neuen Höhepunkt.

11 Zwischen 1880 und 1929 und aufgrund der Judenverfolgung in Osteuropa, insbesondere wegen den kaiserlich-russischen Pogromen gegen Juden, immigrierten etwa 4 Millionen Juden in die westlichen Länder. Davon gingen 3.250.000 in die USA, und 120.000 nach Palästina. (Vgl. Fußnote Nr. 99 dieses Kapitels).

12 Die Balfour-Erklärung vom 02. November 1917, siehe Anhang VI/ B/ 4.

1.2 Land und Leute

1.2.1 Die Palästinenser: ein Volk zwischen Bejahung und Verneinung

Palästina (oder ‚*Filastin*‘, wie es seine einheimischen arabischen Einwohner nennen), das Land zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan, hat seinen Namen von den Philistern, die die Küstenebene im 12. Jahrhundert v. Ch. besiedelten und sich mit den ansässigen arabischen Kanaanitern vermischten.

Wegen seiner geographisch strategischen Lage¹³ am Scheideweg der Weltimperien wurde das ‚*Land Kanaans*‘¹⁴ in seiner langen Geschichte von Ägyptern, Israeliten, Assyrern, Babyloniern, Persern, Griechen, Römern und Byzantinern in Besitz genommen, bevor es im Jahre 636 n. Ch. von den arabischen Moslems unter der Herrschaft des zweiten Kalifen Omar wieder erobert wurde. Seitdem hat das Land seine islamisch-arabische Färbung, obschon das Land und die Mehrheit seiner indigenen Bewohner, den Kanaanitern, arabisch-semitische Wurzeln haben.

Gerade wegen des demographischen Aspektes des Palästinaproblems, der auf der Basis der Nichtbeachtung der Jahrtausende alten arabischen Präsenz in Palästina steht – übrigens ein Mythos der vom Standpunkt des Zionismus aus heute noch eine Schlüsselrolle spielt – muss dagegen erwähnt werden, dass die heutigen palästinensischen Araber nicht lediglich die Nachkommen der moslemischen Eroberer des 7. Jahrhunderts sind, sondern die Summe aller Rassen, die seit dem Anfang der Geschichte in Palästina eingewandert waren und sich dort angesiedelt hatten. „Sie gingen sowohl den Juden als auch den Arabern voraus und absorbierten sie“. Ihre Kultur „war arabisch seit den ersten Jahrhunderten des christlichen Zeitalters, war aber vorher seit Urzeiten jüdisch und heidnisch gewesen“.¹⁵ Der Historiker *Sabatino Moscati* vermerkte in seinem Buch ‚*Geschichte und Kultur der Semitischen Völker*‘¹⁶, dass die Israeliten, die Palästina gegen Ende des 2. Jahrtausend v. Chr. eroberten, nicht die ersten Semiten waren, die in dieses Gebiet eindrangten. Andere, und zwar viele Gruppen, waren ihnen vorausgegangen. Auch wenn sich das erste Datum für den Eintritt dieser Völker nach *Kanaan* nicht genau festlegen lässt, so ist es doch wahrscheinlich, dass es in die Zeit um 3000 v. Chr. fällt.¹⁷ Moscati stellte ebenfalls fest, dass Palästina eine durch den dauernden völkischen und politischen Wechsel weitgehend aufgesplitterte Geschichte hat. Diese sei doch von höchstem Interesse, da in ihr die Erscheinung des Hebräertums entstand und sich entwickelte, das reich an Elementen ist, die für die europäische Kultur bestimmend sind.¹⁸ Eines steht jedenfalls fest: Palästina und Palästinenser durchlebten beinahe alle und waren Teil vieler bekannter großer Weltreiche der Menschheitsgeschichte. Darin liegen ihr Reichtum und ihre Tragödie zugleich.

Die israelitische Präsenz im Heiligen Land hatte, zweifelsohne, Spuren hinterlassen, auch bevölkerungsstrukturell, wenn man das, bezogen auf das Wort ‚*Rasse*‘, so bezeichnen kann. Der Gedanke scheint interessant und keineswegs abwegig zu sein, dass das israelitische Element auch ein Bestandteil der oben erwähnten Summe aller Rassen sein könnte. Mit den Mitteln der heutigen fortschrittlichen Gentechnik ist relativ leicht nachzuweisen, ob die die heutigen ‚*Palästinenser*‘ auch genetische Spuren der Israeliten in sich tragen könnten. Das gleiche gilt für den Versuch, die genetische Zugehörigkeit der heutigen Juden aus aller Herren Länder zum biblischen Volk von Israel zu beweisen. Ob ein solcher Nachweis überhaupt einen Sinn ergibt, ist eine andere Frage.

Die Osmanen hielten Palästina, wie alle anderen Regionen des östlichen Mittelmeerraumes, seit 1517 und bis zum Reichsuntergang im Jahre 1917 unter ihrer Herrschaft. Sie fertigten ziemlich regelmäßig seriöse Aufzeichnungen über Bevölkerungszahlen an sowie über ihre Städte und Dörfer. Frühe osmanische Steuerelemente liefern eine nützliche und detaillierte Aufzählung der palästinensischen Bevölkerung, ihre ethnische und soziale Beschaffenheit sowie die Zahl und Größe der Dörfer und die ökonomische Aktivität der Gegenden Palästinas,

13 Palästina war insofern strategisch wichtig, da die Hauptverkehrswege zwischen den drei (alten) Kontinenten dort zusammenliefen. Das war der Grund, warum der kurze Landstrich eine Folge von Wanderungen und Einfällen über sich ergehen lassen musste, ohne eine dauerhafte Möglichkeit zur Bildung kräftiger Staatswesen zu haben. Die großen Reiche erprobten dort in ihrem Ausdehnungsdrang und gegenseitigen Kampf die Kräfte. Vgl.: Moscati, Sabatino, *Geschichte und Kultur der Semitischen Völker* (unten).

14 Kanaan ist ein antiker Name für das Gebiet im Vorderen Orient, das allgemeiner mit West-Palästina bezeichnet wird. Die nichtisraelitischen Einwohner der kanaanäischen Stadtstaaten bezeichnet man als Kanaaniter. Die Kanaaniter (auch Kanaanier) sind die ältesten bekannten Einwohner des syrisch-palästinensischen Gebietes.

15 Khalidi, 1972, *Das Palästinaproblem, Ursachen und Entwicklung 1897-1948*, Verlag für Zeitgeschichtliche Dokumentation, Rastatt, 1972, S.15

16 Moscati, Sabatino, *Geschichte und Kultur der Semitischen Völker, eine Einführung*, Kohlhammer, 1953.

17 Ebenda, S. 93-94

18 Ebenda.

die ein Teil des Osmanischen Reichs waren. Das detaillierte osmanische Register (genannt ‚*daftar-il-mufassal*‘) erfasste die Bewohner Großsyriens des Jahres 1596, etwa 80 Jahre nachdem Palästina dem osmanischen Reich einverleibt wurde. Nach diesem Register wurden in Palästina 955 Dörfer gezählt, von denen heute nur 196 andere oder unbekannte Namen haben. Mit Berücksichtigung der leichten Abweichung der damaligen Grenzen Palästinas von denen des späteren *Mandat Palästina*, konnten die Zahl und die Namen der 759 identifizierten Dörfer von 1596 mit denen der 827 Hauptdörfer Palästinas im Jahre 1948 verglichen werden.¹⁹ Die Analogie zwischen beiden Aufzeichnungen in über 350 Jahren ist recht bemerkenswert. Nach osmanischen Statistiken lebten zu Beginn des ersten Weltkrieges (1914-1915) 722,143 Menschen in Palästina, darunter 602,377 Moslems, 81,012 Christen und 38,754 Juden. Von den Juden waren 12,332 osmanische Staatsbürger, der Rest waren europäische Immigranten.²⁰



Karte 1-1: Palästina, Teil des Osmanischen Reiches (1517-1917).

Dieser Aspekt spielt eine besonders große Rolle in Bezug auf das Rückkehrecht der palästinensischen Flüchtlinge, dem Kernproblem des Palästinaproblems schlechthin. Die Palästinenser wurden 1948 zum überwiegenden Teil mit militärischer Gewalt aus ihren Heimatstädten und -dörfern vertrieben bzw. sie flüchteten, verständlicherweise, vor dem Terror der israelischen militanten Gruppen, wie der ‚*Hagana*‘ und der ‚*Irgun*‘ (Vorläufer der heutigen israelischen Armee), die in vielen Gegenden schreckliche Massaker gegen die palästinensische Zivilbevölkerung ausübten.²¹ Laut Geschichtsschreibung hatte es nie eine Auswanderung der palästinensischen Araber oder der Kanaanäer aus ihrem Land ‚Palästina‘ gegeben. Und ihr Exodus seit 1948 war kein freiwilliger, wie die zionistische Propaganda immer wieder behauptet, sondern das Ergebnis eines gewalttätigen und systematischen Aktes der ethnischen Säuberung gegen die indigenen Bewohner des Landes Palästina.

Palästina ist – im Westen – als ein symbolträchtiger Begriff heftig umstritten und angezweifelt. Dieser Name ist je nach Konfliktpartei positiv oder negativ besetzt. Dass die Weltöffentlichkeit heute die Gegenwärtigkeit der Palästinenser nicht mehr leugnet, war bis Mitte der 1970er Jahre nicht selbstverständlich. Für die Gegner der Palästinenser – dazu zählte, teils unbewusst, der Westen insgesamt – kam der Name ‚Palästina‘ der „Abwehr einer latenten Bedrohung“ gleich.²² Im heutigen Israel hat sich durchgesetzt, dass man von den ‚so genannten Palästinensern‘ spricht, eine milde Umschreibung der krassen Aussage *Golda Meirs* von 1969, dass Palästinenser *gar nicht existieren*. Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren herrschte eine äußerst eingeschränkte Sichtweise des Nahostkonflikts als ein Problem oder Konflikt zwischen Arabern und Israelis. Die Hauptschwierigkeit dieser Aussage liegt darin, dass Palästina, oder vielmehr Israel, als ein vom restlichen Nahost getrenntes, abgeblocktes Gebiet wahrgenommen wird. Das dominierende Bild über das Nahost-Problem, das in

19 Angaben aus Abu-Sitta, *Atlas of Palestine 1948*, first published by Palestine Land Society (Hrsg.), London, 2004, S. 11; siehe auch Anhang V/ Chronik 1 (Zeittafel, A2-Blatt).

20 Abu-Sitta, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.11.

21 Siehe zu diesem Thema das Buch vom israelischen Historiker Ilan Pappé: *Die ethnische Säuberung ... a.a.O.*, insbesondere Untersuchung über den zionistischen Plan Dalet zur gewaltigen Vertreibung der palästinensischen Araber (Kapitel 5, S. 125-176).
auch Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S. 97-102.

22 Said, Edward W., *Zionismus und palästinensische Selbstbestimmung*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1981, S.20.

den westlichen Medien und in der Literatur dieser Zeit vermittelt wurde, war *das Szenarium endloser Kriege zwischen einer Reihe von fanatischen arabischen Staaten und dem jungen Staat der Holocaust überlebenden Juden*. Abgesehen von dem vermittelten Rollentausch von Opfern und Tätern – das ist ja noch verständlich in einem Kriegsgeschehen – wurde die Existenz des palästinensischen Volkes einfach ignoriert. Denn vermittelt wurde nicht die Tatsache, dass es bis 1948 eine Entität ‚Palästina‘ gab und dass Israels Existenz, seine so genannte ‚Unabhängigkeit‘ auf der Auslöschung Palästinas beruhte. Stattdessen wurde und wird teilweise bis zum heutigen Tage der ‚Mythos‘ der *tugendhaften Israelis gegen die bösen Araber* vermittelt.²³ Das *Kamp-David-Abkommen* zwischen Israel und Ägypten im Jahre 1978 symbolisiert diese oben genannte Sichtweise des Nahostproblems am stärksten, denn trotz der zentralen Bedeutung des Palästinaproblems und trotz der Existenz des berüchtigten UNO-Teilungsplans von 1947 sowie über 60 den Konflikt betreffenden UNO-Resolutionen seit 1948, wurde Palästina als Entität mit keinem einzigen Wort in diesem Abkommen erwähnt. Der damalige israelische Premierminister *Menachem Begin* bestand bei den Verhandlungen darauf, die Palästinenser der besetzten Gebiete als ‚Bewohner von Judäa und Samaria‘ zu bezeichnen, was dem biblisch-ideologischen Diskurs der Zionisten in Bezug auf das Territorium ‚Palästina‘ entsprach und zugleich die palästinensische Identität bzw. die territoriale Integrität der Palästinenser einfach ignorierte. Schon damals konnte man klar voraussehen, dass die Besetzung in der politischen Agenda Israels kein vorübergehendes Phänomen war, weder in Jerusalem, noch im ganzen besetzten Territorium.

Es ist offensichtlich, dass die grundsätzlichen Schwierigkeiten der Palästinafrage immer noch bestehen. Eine ganze Reihe ironischer Aspekte im Leben der Palästinenser wurde bereits von der Historie geliefert. Andere werden durch die dauerhafte Gegenwärtigkeit der Probleme hinzugefügt. Zur Zeit der Kolonialmächte wurde die Jahrtausende lang ununterbrochene Anwesenheit der Palästinenser von den Zionisten einfach nicht beachtet, um sie darauf hin in den Jahren nach 1948 mit der systematischen Vertreibung zu bestrafen. Später widerfährt ihnen wegen ihrer Abwesenheit von Palästina das Gleiche noch einmal. Die zentrale Bedeutung des Palästinensers beim gesamten Nahostproblem basiert ironischerweise auf seinem *gemachten* ausgestoßenen, transnationalen und „exterritorialen Wesen“²⁴, und nicht zuletzt auf seiner Eigenschaft als eine unterdrückte *Non-Entität* innerhalb Israel bzw. in den besetzten Gebieten. Es ist die akute Allgegenwärtigkeit der Palästinenser, die nicht nur ihre *Frage* zu einer Weltfrage macht, sondern auch den heimatlosen Palästinenser zum Symbol der arabischen Machtlosigkeit und folglich zum Gegenstand einer Reihe widersprüchlichster Gefühle – vom Hass über Solidarität, bis hin zur Bewunderung.

Sie sind auch für arabische Mächte (Regime) ein Gegenstand der Begierde, der Liebe, des Hasses und des Ausbeutens: die Palästinenser werden einerseits ironischerweise als ‚Juden der Araber‘ bezeichnet und ihre Frage, die ‚Palästinafrage‘ mit der ‚Judenfrage‘ in eine Korrelation gebracht. Die Juden, hochbegabt und Überlebenskünstler, wurden in Europa verfolgt, diskriminiert und vielseitig ausgenutzt; die Palästinenser, ein aus der Not und Überlebenserfahrung mit Schweiß und Blut geformtes, gebildetes und hochbegabtes Volk, werden immer wieder von den arabischen Regimen nicht nur für den Aufbau ihrer reichen Länder (z. B. Golfstaaten) benutzt. Die destabilisierenden Effekte des Palästinaproblems werden darüber hinaus von manchen arabischen Regionalmächten (zumeist Diktaturen) politisch auf billigste Art missbraucht, um politisches Versagen, Rückständigkeit sowie eine zum Teil dauerhafte Verhängung des Ausnahmezustandes in den eigenen Ländern zu kaschieren. Man benutzt das Palästinaproblem, als Sinnbild der Labilität und des Ausnahmezustandes, für die Begründung ihrer Herrschaftsform in den eigenen Ländern, um so eine Selbstlegitimierung zu erreichen (mehr dazu im Kapitel 4).

Die Natur dieses Konflikts wird durch *Widerstand* charakterisiert: der Zionismus und Israel auf der einen Seite weigern sich von Anfang an, die Existenz palästinensischer Araber als eine mit dem Land verbundene Bevölkerung hinzunehmen. Für sie sind die Palästinenser Personen, die sich in *Israel* aufhalten bzw. dort wohnen aber keineswegs Bürger des Landes sind. Auf der anderen Seite wird die palästinensische Realität von einem Akt des Widerstands gegen diesen neuen fremdgesteuerten Kolonialismus bestimmt. Die Palästinafrage ist daher ein inzwischen mehr als hundert Jahre andauernder *Kampf zwischen Bejahung und Verneinung*, der den Hintergrund für die gegenwärtig schier aussichtslose Situation zwischen den arabischen Staaten und Israel bildet.

23 Über die Nutzung dieses Mythos durch die Israel-Lobby bzw. die Neokonservativen in den USA, vergleiche das interessante Arbeitspapier von Mearsheimer, John J. & Walt, Stephen M.: Die Israel-Lobby und die US-Außenpolitik, März 2006 (siehe Bibliographie).

24 Said, Edward W., *Zionismus und palästinensische ... a.a.O.*, S.180.

Wie auch immer, es stimmt zwar, dass Palästina als *politische Entität* heutzutage faktisch nicht vorhanden ist, jedoch existiert es als Erinnerung oder viel wichtiger „als Idee, als politisches und menschliches Erfahrungspotenzial und als Akt eines dynamischen öffentlichen Willens“.²⁵ *Es wäre töricht, etwas anderes zu behaupten. Allerdings ist die seit über hundert Jahren offene oder unterschwellige Nichtbeachtung der Palästinenser bzw. ihrer Gegenwärtigkeit genauso töricht. Das Nichtvorhandensein einer Entität* namens ‚Palästina‘ schließt weder die Gegenwärtigkeit des palästinensischen Volkes, oder dieser *ethnischen Gruppe*, wenn man diese Selbsteinschätzung der Palästinenser als Volk ablehnt, aus, noch kann sie das Faktum seiner Jahrtausende alten gelebten zivilisatorischen Kultur und den Landesaufbau in Palästina widerlegen.

1.2.2 Palästina: Definition eines umkämpften Landes

Die Komplexität des Palästinaproblems begann bereits bei der Definition des Begriffs ‚Palästina‘, bei der Bestimmung seiner geographischen Koordinaten und folglich bei der Frage, ob es nur ein ‚Palästina‘ gibt, das jedermann heute zu kennen meint. Dies ist eine komplexere Frage, als man zuerst denkt. *Valentin Schwöbel* hielt bereits 1914 in seinem Buch ‚Die Landesnatur Palästinas‘ beim Versuch, diese Frage zu beantworten, fest: „Eine nähere Definition, was wir hier mit Palästina meinen, ist nicht zu umgehen. Denn die Abgrenzung dieses Begriffs ist durchaus nicht überall die gleiche“.²⁶

Wenn man von ‚Grenze‘ spricht, denkt man zwangsläufig an die Kartographie des Landes, sprich ob es diese überhaupt gibt und welche Natur die Grenzlinien der eventuell bestehenden Landkarte haben. Die ersten bekannten Skizzen für die Küste des Landes Palästina stammen aus Quellen der russischen Marine im 17. Jahrhundert. Die imposantesten Karten von der palästinensischen Küste entstanden jedoch während der französischen Invasion in Ägypten und Großsyrien (1798-1799). Auf der Basis der Skizzen des französischen Vermessungsingenieurs Pierre Jacotin veröffentlichte man im Jahre 1810 insgesamt 6 große Karten im Maßstab von 1:100.000.²⁷ Bis etwa Mitte des 19. Jahrhunderts entstand aus europäischer privater und kommerzieller Hand eine Vielzahl Landkarten, auf denen jeweils ein Teilgebiet des Landes dargestellt wurde (wie Jerusalem 1818 und 1835, Negev 1839 und Totes Meer 1850). Jedoch nahm die offizielle Kartographie des Landes ab 1840 ständig zu. Englische, französische und US-amerikanische Vermessungsingenieure der Marine und/oder des Militärs haben bis etwa 1915 eine große Zahl von Karten für die Gebiete Palästinas und des Sinai angefertigt. Die Osmanen haben erst ab 1909 im Rahmen der Reichskartierung zusammen mit den Deutschen begonnen, Landkarten von Palästina zu produzieren. In dieser Zeit produzierten die Deutschen 39 Pläne im Maßstab 1:50.000 von Zentralpalästina.²⁸

Man kann sagen, dass die systematische Kartierung des Landes (vor allem durch die Briten) erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts stattgefunden hatte. Die Tatsache, dass das Gebiet heilig war, war offensichtlich kein ausreichender Ansporn gewesen für mögliche Unternehmer, um die Vermessung des Landes zu organisieren und zu finanzieren. Die verspätete Kartierung des Landes fand erst dann statt, als das Land für die europäischen Mächte der Zeit von geopolitischer und strategischer Bedeutung wurde – die Europäer sahen sich seit der Geburtsstunde der so genannten Orientfrage zunehmend zu den Geschehnissen im Osmanischen Raum hingezogen und spätestens nach der Penetration des schwachen Reiches in internationale Auseinandersetzungen im Mittleren Osten verwickelt.

Die europäische Kartierung des Landes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bezeugte eine kaum revidierbare Tatsache, nämlich dass es charakteristisch für die Geschichte der Kartographie und zugleich bezeichnend für den weiteren politischen Verlauf des Landes Palästina war, dass dieses von den Gläubigen aller drei monotheistischen Religionen hoch verehrte Land, ernsthaft kartographiert wurde, nur um die militärischen Bedürfnisse moderner imperialistischer Staaten zu erfüllen bzw. um die kolonialen Bedürfnisse nach ‚kontrollierbaren Grenzen‘ zu sichern.²⁹ Auch die spätere britische Vermessung und Kartierung des Landes während der ersten Jahre des Mandats, so präzise sie war, war streng genommen ein Instrument des Kolonialismus, die in ihren Auswirkungen nicht weniger verheerend waren als ihr Gegenstück in Amerika zwei Jahrhunderte früher waren.³⁰ Das Produzieren von Grenzen, die die Region noch nie in dieser *trennenden* Form erlebt hat – hinzu in einer gänzlich historisch gewachsenen Kulturlandschaft – konnte erwartungsgemäß nur mit bedeutsamen

25 Ebenda, S. 20.

26 Schwöbel, Valentin: *Die Landesnatur Palästinas, Teil I*, Leipzig, 1914, S. 5.

27 Mitia Frumin, Rehav Rubin, and Dov Gavish, A Russian Naval Officer's Chart of Haifa Bay (1772), Artikel in *The International Journal for the History of Cartography 'Imago Mundi'* (no. 54, 2002, pp. 125-128), in Wood, Denis, *Rethinking the Power of Maps*, Guilford Press, 2010, S.237.

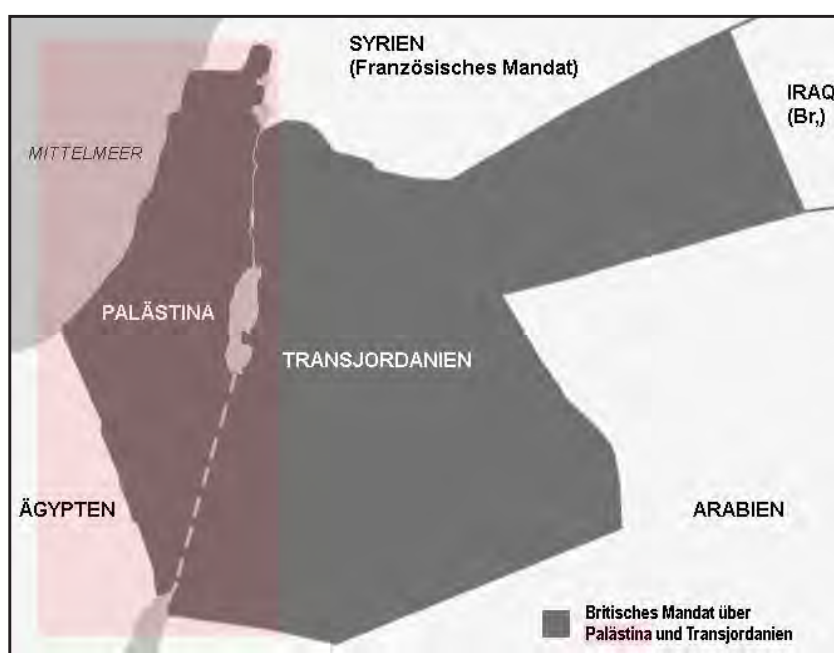
28 Wood, Denis, *Rethinking the Power ... a.a.O.* S.237.

29 Zur detaillierten Diskussion über dieses Thema, siehe Abu Sitta, Salman, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S. 4-10.

30 Vgl. „Mythischer Raum ‚Grenze‘“, Abschnitt 2.2.1 dieser Arbeit.

Konsequenzen für das politische und sozioökonomische Umfeld erfolgen. Es gibt in der Tat wenige Länder in der Welt, deren Staatsgrenze(n) die Quelle von so vielen Konflikten ist wie im Falle Palästina. Das, was wir heute das ‚historische Palästina‘ nennen, in seiner Form eines Faustkeils zwischen Ägypten auf der afrikanischen und Transjordanien, Syrien und dem Libanon auf der asiatischen Seite, ist offensichtlich das Land, das uns durch das britische Mandatsgebiet in den Grenzen von 1923-1948 vor Augen schwebt.³¹

Die Bezeichnung ‚Mandat Palästina‘ für dieses Territorium wird heute noch von vielen Nahostexperten verwendet. Über die Richtigkeit dieses Begriffs bzw. des Territoriums, das er impliziert, lässt sich gerade deswegen diskutieren, da es offensichtlich ein Produkt aus kolonialer Zeit ist. Nach Alexander Schölch war das Ergebnis dieser Grenzziehung des Mandatsgebiets, später die allgemein bekannten Grenzen des Landes Palästina, jedoch „kein willkürliches, künstliches Reißbrett-Produkt der Kolonialmächte; vielmehr hatte Palästina im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts im Bewusstsein seiner Bewohner und auch der Zentralregierung [des osmanischen Reichs] langsam Gestalt angenommen“.³² *Obwohl das Land unter osmanischer Herrschaft nicht als eine Einheit verwaltet wurde, verfochten die einheimischen Bewohner des historischen Palästina, überwiegend Araber und mit großer Mehrheit Bauern, ein Bewusstsein von „Filastin“ als einer geographischen und kulturellen Besonderheit.*³³



Karte 1-2: Palästina und Transjordanien unter britischem Mandat (1920-1948).

Der südliche Teil Palästinas wurde von dem unabhängigen Regierungsbezirk (türkisch: Sandschak) von Jerusalem verwaltet, während der Norden ein Teil der Großprovinz (türkisch: Wilajet)³⁴ von Beirut war. In der letzten administrativen Zuordnung Palästinas unter türkischer Herrschaft (bis 1914) bestand Palästina aus vier Regionen: Akko (arabisch: Akka), Nablus, Gaza und Jerusalem (arabisch: Al-Ouds).³⁵

Das bis zum Ende des osmanischen Reiches in dieser Form *administrativer Zuordnungen* (Karte 1-3) bestehende Land, hatte zwar als administrative Entität den Namen ‚Palästina‘ nicht getragen, jedoch gab es seitens der *Hohen Pforte*³⁶ in Istanbul seit 1830 die ersten Versuche, Palästina administrativ zu vereinheitlichen und ohne die Zwischenschaltung der Gouverneure von Beirut und Damaskus zu regieren. Allerdings zögerte die osmanische Regierung, diesen Plan umzusetzen, denn eine Zusammenlegung aller Verwaltungsbezirke hätte bedeutet, dass eine ‚Provinz Palästina‘, wie sie die Europäer gerne gesehen hätten, sämtliche christliche

31 Schölch, Alexander, *Palästina im Umbruch 1856-1882*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, 1986 S. 17.

32 Ebenda.

33 Nijim/Bishara: *Toward the De-Arabisation ... a.a.O.*, S.1

34 Das Vilayet (Arab.: wilaya = Herrschergewalt) war eine Bezeichnung einer Großprovinz des Osmanischen Reiches ab 1845 (in der Reformperiode).

35 Abu-Sitta: *Atlas of Palestine 1948...a.a.O.*, S. 4. Abu Sitta datiert hier das Jahr 1914, sprich den Beginn des I. Weltkrieges, als das faktische Ende der osmanischen Herrschaft über Palästina. Die osmanische Herrschaft (vielmehr Einfluss) über das Land dauerte bekanntlich bis Ende des Krieges (1917) an.

36 Die Hohe Pforte (Arab.: al-bab-il-ali) war ursprünglich im **Arabischen Sprachraum die allgemeine Bezeichnung der Eingangspforte zu Städten und königlichen Palästen, später insbesondere die zum Palast des Sultans in Istanbul. Von 1718 bis 1922 wurde der Begriff zur Bezeichnung des Sitzes des osmanischen Großwesirs bzw. der Osmanischen Regierung verwendet, im Gegensatz zum Hof des Sultans.**

und jüdische ‚heilige Stätten‘ im Land umfasst hätte, insbesondere Safad, Tiberias und Nazareth im Norden, sowie Jerusalem, Bethlechem und Hebron im Süden. Das hielten die Osmanen wegen der Sonderstellung des Landstreifens, strategisch wie religiös, für geostrategisch riskant und folglich politisch gefährlich. So gut wie alle Europäer, insbesondere die Zionisten, dachten biblisch-historisch, wenn sie versuchten, die Grenzen des Heiligen Landes zu bestimmen. Deswegen hat die Hohe Pforte diese Pläne nie zugestimmt. Und mittels administrativer Verkomplizierung versuchte die osmanische Regierung, die europäische Penetration des Heiligen Landes entgegen zu wirken.³⁷

Dennoch, wie wir heute wissen, waren diese europäischen Vorstellungen im Kontext der europäischen Penetration des Landes und der politischen Bevormundung des hoch verschuldeten Osmanischen Reiches durchaus eine Kraft, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Und die Grenzen des sogenannten ‚Mandat Palästina‘ reflektierten die europäischen Versuche, ‚spheres of influence‘ (Einflusszonen) im Nahen Osten einzurichten, sowie die Versuche der zionistischen Organisation, einen exklusiv jüdischen Staat im Land Palästina zu errichten. Bereits im Entstehungsprozess dieser Einflusszonen nahm die Grenze der zionistischen territorialen Vorstellung Gestalt an. Die Siegestrophäe langer Verhandlungen zwischen den kolonialen Siegermächten und Vertretern der zionistischen Bewegung war die Eingrenzung und Fragmentierung der administrativen Zuordnungen des osmanischen Reiches. Auch die Grenzen Palästinas nahmen in Form dessen Gestalt an, was man seit Anfang der 1920er Jahre als ‚Mandat Palästina‘ definiert.

1.2.3 Die Entstehung der Grenze des Mandat Palästina

Die südlichen Grenzen Palästinas³⁸ waren das Ergebnis einer Reihe von Entwicklungen in der Region seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts, einschließlich den osmanisch-britischen Interessen und des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens von 1979. Jedoch wurde die erste (administrative) Grenzziehung zwischen Ägypten und den palästinensischen Regionen im osmanischen ‚Firman‘ (Türkisch: Anordnung des Sultans) von 1841 beschrieben. Diese Anordnung garantierte *Mohammed Ali Basha*, Herrscher und Wegbereiter des heutigen Ägypten, bzw. seinen Nachkommen die Herrschaft über Ägypten, falls er sich von Großsyrien, das er zwischen 1831 und 1840 erobert hielt, zurückzog.

Nach diesem *Firman* verläuft die Grenzlinie geradlinig von Rafah bis Suez und lässt zweidrittel von Sinai in Großsyrien (Karte 1-3).

Darüber hinaus wurde *Mohammed Ali Pascha* von Seiten des Sultans die Erlaubnis garantiert, dass Wachposten (Stationen) entlang der ägyptischen Pilgerroute außerhalb dieser Grenzlinie auf der ganzen Strecke zwischen Suez und Aqaba errichtet wurden. Mit dieser Pilgerroute gewann Mohammad Ali eine zusätzliche Einflusszone, so dass Sinai faktisch unter ägyptische Herrschaft fiel.

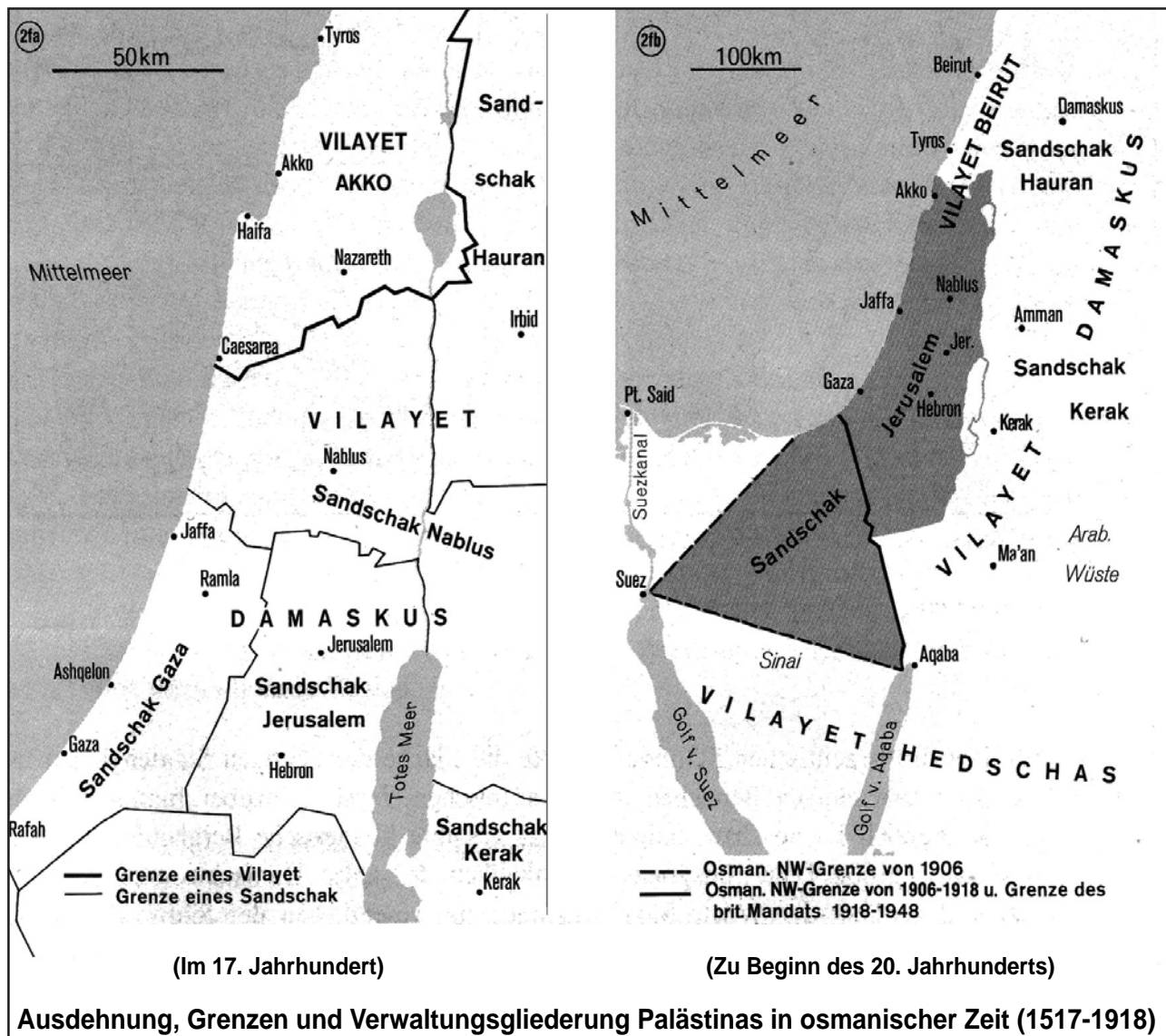
Diese administrative Grenze sollte bis in die 1880er Jahre unverändert bleiben. 1882 konnten die Engländer ihre militärische Präsenz in Ägypten in Kooperation mit dem damaligen Herrscher von Ägypten *Khedevi Tawfic* festigen. *Khedevi Tawfic* brauchte die englische militärische Assistenz beim Niederwerfen einer Revolte (der *Urabi-Bewegung*) gegen die Herrscherfamilie. Das wurde für Ägypten zum Verhängnis, denn die Engländer waren ab diesem Datum die faktischen Herrscher über Ägypten. Ihre Herrschaft dauerte sieben Jahrzehnte an und endete erst nach der Suez-Krise (*Tripartite Aggression*) im Jahre 1956. Das geschah zu einer Zeit, als eine neue aufsteigende Macht immer mehr Einfluss im Nahen Osten gewann und die Rolle der alten traditionellen Kolonialmächte übernahm – die USA.

In der Zeit, in der die heute bekannte Grenze zwischen Ägypten und Palästina bestimmt wurde, war *Lord Cromer* Generalkonsul von Ägypten. Ihm gefiel das *Firman* von 1841 nicht, da laut diesem die Städte *Rafah* und *Aqaba* außerhalb der ägyptischen bzw. der englischen Kontrolle lagen. Daraufhin intensivierten die Briten ihre militärische Präsenz in der Sinai-Wüste deutlich und provozierten eine Reihe von militärischen Auseinandersetzungen, denen das angeschlagene osmanische Reich nicht standhalten konnte. Es ist interessant zu erwähnen, dass Lord Cromer im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen bezüglich des Grenzkonfliktes zwischen Großbritannien und dem Osmanischen Reich das Verschwinden des *Firman* von 1841 beklagte, welches die administrative Grenze Ägyptens bestimmte. Die Türken konnten jedoch dieses wichtige Dokument, aus unerklärlichen Gründen, ebenfalls nicht vorzeigen.

³⁷ Schölch, Alexander, *Palästina im Umbruch ... a.a.O.*, S.17

³⁸ Angaben, wenn nicht anders angegeben, aus Abu Sitta, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.4-5.

Die Briten fanden darin einen Vorwand, ihre Truppen bis zur Küste vor Rafah sowie Aqaba zu entsenden und drohten dem Sultan, diese zu erobern, falls er die neue Grenze, die geradlinig zwischen beiden Städten verlief, nicht akzeptierte. Am 12. September 1906 wurde der türkische Sultan praktisch gezwungen, einen Erlass (arabisch: „Irade“) zu unterschreiben, der den englischen Forderungen entsprach. Die neue Grenze verlief somit fast geradlinig von der Militärstation Um Rashrash (Später Eilat) östlich von Taba am Golf von Aqaba bis Rafah an der Mittelmeerküste.



Karte 1-3: Ausdehnung, Grenzen und Verwaltungsgliederung Palästinas (1517-1918).

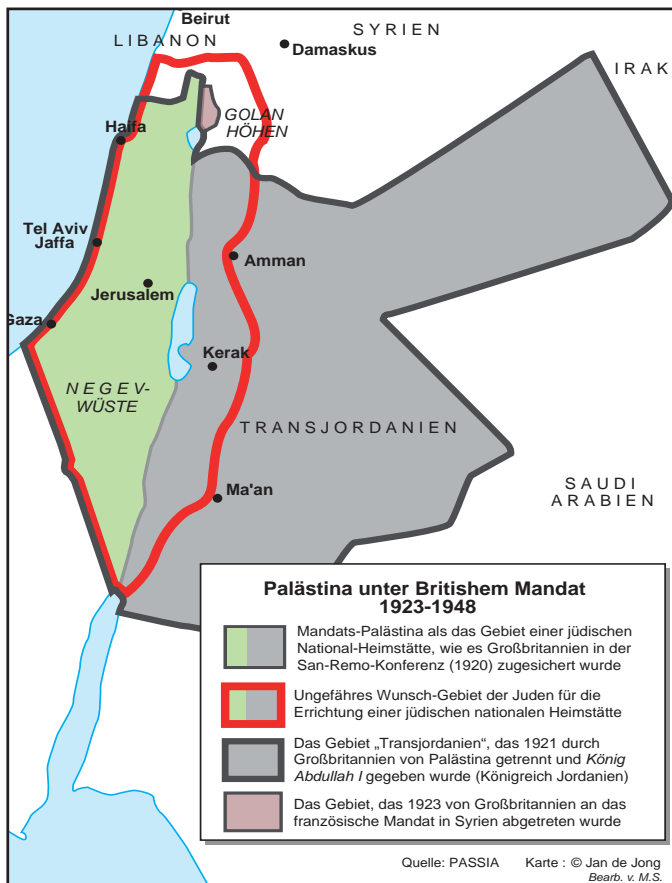
Das endgültige Abkommen zur Markierung der ‚administrativen Linie‘³⁹ zwischen der Hijas-Provinz, dem Jerusalem-Verwaltungsbezirk und der Sinai-Halbinsel wurde am 1. Oktober 1906 von Vertretern Ägyptens und der Türkei unterzeichnet. Diese administrative Linie von 1906 wurde erst im Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel im Jahre 1979 als internationale Grenze anerkannt.

Nach dem ersten Weltkrieg und in Übereinstimmung mit dem Sykes-Picot-Abkommen⁴⁰ von 1916 zwischen Großbritannien und Frankreich, wurde das so genannte Großsyrien in das heutige Syrien und Libanon geteilt. Der Völkerbund bewilligte Frankreich die Mandatsmacht im Libanon, Palästina und Transjordanien (heute: Jordanien) wurden auf der anderen Seite unter britisches Mandat gestellt.

Während der Friedenskonferenz von 1919 in Versailles saßen britische und französische Beamte mit Vertretern der zionistischen Weltorganisation (WZO) zusammen, um Vorschläge bezüglich der künftigen Grenzen von

39 Die administrative Linie war noch keine Grenze.
40 Siehe Anhang VI/ B/ 3.

Palästina vorzustellen, die den jeweiligen Interessen der Teilnehmer dienen würden. Es ist bemerkenswert und bezeichnend zugleich, dass ausgerechnet die hoch umstrittene Friedenskonferenz, die, wie *Lenin* sie beschrieb, für eine Reihe von Ländern Verhältnisse geschaffen hat, „unter denen eine wirtschaftliche Existenz materiell unmöglich ist, Verhältnisse völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung“⁴¹, die ‚Plattform‘ war, auf der die zionistische Bewegung ihr Anliegen gemeinsam mit den kolonialen Siegermächten demonstrierten bzw. ihre *Ansprüche* geltend machten. Grundlage der Diskussion auf der Friedenskonferenz wurde die von den Zionisten eingereichte Landkarte (Karte 1-4), die die gewünschten Grenzen von Palästina zeigt, die sie von Großbritannien als Schutzmacht gerne garantiert bekommen hätten, um auf dem Territorium eine „nationale Heimstätte für die Juden“⁴² zu errichten.



Karte 1-4: Das von der WZO gewünschte Territorium eines künftigen Judenstaates, Versailles (1919), San Remo (1920).

Die Wunschgrenzen der Zionisten gingen tief in das Gebiet Transjordanien hinein und beinhalteten alle Wasserressourcen Palästinas am Fluss Yarmouk, Tiberias-See, Hula-See, Golan und dem südlibanesischen Fluss (Litani) bis zum antiken Mittelmeerhafen von Tyre (Sur).

An sich waren diese Grenzen eine Synthese aus allen überlieferten Raumvorstellungen aus biblischer Zeit. Diese ‚historischen Grenzen‘ sollen nach Vorstellung der Zionisten das so genannte ‚historische Recht‘ der Juden auf Palästina untermauern. Eine hoch komplizierte und äußerst subjektive Formel, die einer Diskussion mit den Arabern bis heute im Wege steht. Für die Araber untermauern die so genannten *historischen Grenzen* nichts anderes als den *Expansionismus* der zionistischen Bewegung und seit 1948 des israelischen Staates.

Die Grenzen des Mandats wurden schließlich zugunsten der Zionisten verschoben, jedoch blieben sie hinter den von ihnen gewünschten Grenzen zurück. In den Grenzabkommen von 1920 und 1923 erhielt das Mandatsgebiet seine nördlichen Grenzen und „Hier fielen die britischen und die zionistischen Interessen nach einer Zurückdrängung des französischen Mandats über Libanon und Syrien zusammen; die arabische Seite hat es hier nur dem französischen Imperialismus [und somit den spezifischen Interessen der damaligen Kolonialmacht Frankreich] zu [ver]danken, dass die Zionisten ihre nördlichen Ziele nicht erreichten“.⁴³ So sehr die Franzosen Sympathien für das zionistische Projekt zeigten, fanden diese

41 W. I. Lenin: ‚Entlarvt ist der Frieden von Versailles‘, aus Lenin-Ausgabe, Ostberlin, Band 31, S. 205, in: Hafner, Sebastian: *Versailles 1919*. Aus der Sicht von Zeitzeugen, Herbig Verlag, München, 2002, S.373.

42 Gideon Biger, *An Empire in the Holy Land: Historical Geography of the British Administration in Palestine, 1917-1929*, New York: St. Martin's Press and Jerusalem: The Magnes Press and Hebrew University, 1994, p.47, in Abu-Sitta, Salman: *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.6. Siehe auch Wagner, Heinz, *Der Arabisch-israelische Konflikt im Völkerrecht*, Duncker & Humblot (Schriften zum Völkerrecht, Heft 15), Berlin, 1971, S.148.

43 Vgl. Wagner, Heinz, *Der Arabisch-israelische Konflikt ... a.a.O.*, S.150

Sympathien doch dort Grenzen, wo territoriale Einflusszonen Frankreichs in Syrien und im Libanon tangiert wurden. Die Franzosen waren sehr daran interessiert, einen christlichen Staat im Libanon zu errichten, der auch lebensfähig sein sollte. Mit ihren Schützlingen im Libanon, den christlichen Maroniten, hegten sie seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine intensive politische Beziehung, die auf Vormundschaft basiert, um die französische Präsenz im Nahen Osten zu festigen.

In diesem Kontext soll erwähnt werden, dass der Versailler Vertrag, der die bestehende Ordnung Europas mit ihrem sorgfältig gepflegten Gleichgewicht der Kräfte in die Luft sprengte und die bis dahin vorherrschenden Vielvölkerreiche wie das Habsburgische und das Osmanische Reich zerstörte, seinen eigenen „Todeskeim“⁴⁴ in sich selbst trug, da seine diktierenden Regelungen viele der schwersten politischen Fehler der 1920er und 1930er Jahre nach sich zogen. Dieser *Gewaltfrieden*, wie ihn Antidemonstranten jener Zeit bezeichneten, hat sich in der Tat als eine Illusion und eine zu verfrühte Vorfreude der Alliierten erwiesen, wie man zehn Jahre später feststellen musste. Denn in seinen Regelungen war praktisch das Münchner Abkommen (1938-1939) vorgebildet, jenes Abkommen, mit dem Adolf Hitler seine Absichten der territorialen Expansion ausdrückte, das dem Versailler Vertrag den Gnadenschuss versetzte.⁴⁵ Somit ergab sich für die unterzeichnenden Siegermächte eine Situation, in der der Sieg schnell vergessen wurde. In Europa waren Alle auf einmal Verlierer, bis auf eine einzige Partei: Die Zionisten.

Im Nahen Osten kamen aus der Versailler- Friedenskonferenz zwei Parteien als Verlierer hervor: das palästinensische Volk und das kurdische Volk – während die ersten später zugunsten von neuen Emigranten aus ihrem kleinen Lebensraum zum großen Teil vertrieben wurden, wurden die Kurden als ethnische Gruppe auseinander gerissen, indem man ihren großen Lebensraum zerstückelte und unter den großen benachbarten Staaten (Türkei, Irak, Iran und Syrien) aufteilte. Beide Völker dürfen bis heute keine eigene Staatlichkeit auf ihrem Territorium haben. Die Motive hierzu haben direkt mit der territorialen Größe ihrer Lebensräume zu tun: In Palästina (musste) die schwächere Seite durch eine territoriale Verschiebung ihr Heimatland den stärkeren Eindringlingen überlassen, da dem kleinen Land die geostrategische Tiefe fehlte, um eine Koexistenz zweier vorhersehbar verfeindeter Volksteile gewährleisten zu können. Die Kurden, andererseits, durften in ihrem wesentlich größeren und von anderen Mächten in Besitz genommenen Heimatland bleiben, aber eben ohne eigene Staatlichkeit und als Volk territorial auseinander gerissen. Wagt man an dieser Stelle einen Sprung zur Gegenwart, so droht den in Palästina gebliebenen Palästinensern – im Kontext der internen Kämpfe zwischen Fatah und Hamas bzw. der daraus resultierenden geographischen Spaltung seit Juni 2007 – nach den Vertreibungen von 1948 und 1967 zusätzlich eine Kurdisierung ihres Problems. Interessant am ganzen Geschehen der Grenzbestimmung des Mandats war nicht nur, dass diese Grenzen alle wichtigen Wasserquellen annektierten, sondern vor allem auch die Tatsache, dass die einheimischen Bewohner aller Regionen – im Gegensatz zu den externen zionistischen Kräften – in die Gespräche gar nicht involviert waren, so als gäbe es sie nicht. Besonders schwer wurden Menschen in Grenzgebieten von der künstlichen Teilung ihres über viele Jahrhunderte gewachsenen Lebensraumes getroffen. Denn dadurch, dass diese Menschen nie wirkliche Grenzen kannten – abgesehen von den administrativen Grenzen des osmanischen Reiches – entwickelten sich hier über Jahrhunderte hinaus Kultur- und Wirtschaftsregionen, die die heutigen Grenzen weit überschreiten.

Um den Verlust dieser Menschen näher darzustellen, stelle man sich das heutige Europa ohne die Regionen vor. Die europäische Wiederentdeckung der *Region* ist wahrscheinlich eine der größten Errungenschaften der europäischen Union. Es ist unstrittig, dass ihre grenzüberschreitenden kulturellen und ökonomischen Projekte einen immer größeren Beitrag für das friedliche Miteinander der benachbarten und ehemals oft verfeindeten europäischen Länder leisten.

Insofern kann der obigen Aussage von *Alexander Schölch*, dass die Grenzen des ‚Mandat Palästina‘ kein willkürliches, künstliches Reißbrett-Produkt der Kolonialmächte sei, widersprochen werden. Beinahe alle gezeichneten Grenzlinien wurden von den Bestimmungen der Mandatsmächte über Palästina und den Libanon beeinflusst, die das Ziel verfolgten, die entsprechenden anglo-französischen Interessen in der Region zu schützen. Das Ringen um die Kontrolle über die Wasserressourcen spielte hier insbesondere für die Zionisten eine fundamentale Rolle.

44 Hafner, Sebastian: *Versailles 1919... a.a.O.*, S.402

45 Ebenda.

1.3 Die osmanische Herrschaft in Palästina (1517-1917)

Ost und West, das islamische Reich und Europa, standen seit dem frühen Mittelalter in vielfältiger Interaktion. Im Mittelalter existierte jedoch ein angemessenes Gleichgewicht der Mächte zwischen Orient und Okzident. Neu war ein zunehmendes Ungleichgewicht der Macht im 19. Jahrhundert, das die westliche Durchdringung des Nahen Ostens in politischer, militärischer und kultureller Hinsicht ermöglichte. Zu der Zeit stand Palästina, wie fast alle heutigen arabischen Staaten, unter osmanischer Herrschaft.

Das Osmanische System baute auf die „Gottgegebene“ Überlegenheit der Muslime gegenüber anderen auf. Die Unterordnung der orientalischen Christen und Juden unter die muslimische *millet-il hakime*⁴⁶ wurde religiös begründet. Im Jahre 1798/99 wurde das osmanische System und seine Weltanschauung mit der Invasion *Napoleon Bonapartes* in Ägypten und Palästina erschüttert. Das Reich galt bis dahin als mächtig und unangreifbar. Jedoch, anders als die bereits aufgeklärten europäischen Staaten der Zeit, hatte dieses enorm große und zentral regierte Reich keine Eigendynamik der Aufklärung und Reformation erlebt und somit den Zeitgeist verpasst. Die Gleichgewichtswende war vorprogrammiert. Der napoleonische Angriff, wenngleich auch keine direkte Niederlage, im Herzen des Reiches und in einer strategisch wichtigen Geographie am Wendepunkt der Kontinente Asien und Afrika (Ägypten und Palästina), zeigte offensichtlich die Verwundbarkeit des Imperiums auf und weckte folglich das koloniale Interesse der damaligen europäischen Mächte. Die Planung zum Untergang des Reiches hatte somit ihren Anfang genommen. Das war die Geburtsstunde der so genannten ‚*Orientalischen Frage*‘. Die dringende Frage, auf die, kurz später, die damaligen Kolonialmächte eine sinnvolle Antwort suchten, war: was geschieht mit dem osmanischen Raum?

1.3.1 Die osmanischen Reformen im 19. Jahrhundert: Wiederbelebungsversuche des erschöpften Reiches

Während der napoleonische Feldzug (1799) für Palästina ein vorübergehendes und schnelles Ereignis war, das keine ernsthaften Spuren hinterließ, stellte hingegen die relativ kurze ägyptische Herrschaft über Syrien und Palästina (1831-1840) unter *Mohammed Ali Pascha* allerdings eine neue Phase dar, die in erster Linie durch die sekundären Entwicklungen ihre Bedeutung gewann, die sie bewirkte: *die Öffnung des Landes für die europäische Penetration* gegen Ende der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts. Das markierte den Anfang konkurrierender osmanischer Reformpolitik unmittelbar nach der Rückeroberung Palästinas bzw. nach der Übereinkunft zwischen dem Sultan und Mohammed Ali. Die osmanischen Reformen gingen in die Geschichte als die ‚*Tanzimat*‘ ein, und bezeichnen im Allgemeinen die Periode tief greifender Reformen im Osmanischen Reich, die 1839 begann und 1876 mit der Annahme der osmanischen Verfassung endete. Der letzte osmanische Sultan *Abdelhamid II* wird von einigen Historikern, wie dem amerikanischen Osmanisten Stanford Shaw, als ein radikaler Reformler bezeichnet, dessen Maßnahmen, getragen von seinem autokratischen Selbstverständnis, weit über die Reformversuche der *Tanzimat* hinausgingen. Die Regierungszeit des Sultan *Abdelhamid II* (1876-1908) wird daher als Fortsetzung der *Tanzimat* gesehen.

Die ersten osmanischen Reformen (die so genannte *Tanzimat*-Periode 1839-1856) stellten seit 1840 auch für Palästina eine neue historische Etappe dar.⁴⁷ Diese *sozialpolitischen Transformationsprozesse* wurden seitens Konstantinopels als Reaktion auf die damaligen internen und äußeren politischen Herausforderungen eingeführt. Sie waren das Produkt sowohl erfolgloser Bemühungen der Krone, das Reich zu modernisieren, um mit den Europäern im eigenen Gebiet konkurrenzfähig zu sein, als auch die Folge der unter europäischem äußeren Druck entstandenen Anforderungen nach Maßnahmen, die ihren Schuldnern und Klienten (Kaufleute, Missionare und Unternehmer aller Art) von Nutzen waren. Kurz: die *Tanzimat* sind entstanden in Folge der Konfrontation des Vorderen Orients mit dem sich industrialisierenden Europa des 19. Jahrhunderts, das ökonomisch und militärisch expandierte. Insbesondere die Reform von 1856, war eine Antwort der türkischen Regierung auf den Druck Englands, Frankreichs und Österreichs, die begonnenen Reformen zu vertiefen. Der Kern dieser Reform von 1856 war die Auflösung des *Millet-Systems*, durch die alle drei *Millets* (Religionsgemeinschaften: orthodoxen Christen, armenischen Christen und Juden) das osmanische Untertanen-Recht bekamen.

Das schwache osmanische Reich ging nach dem Krimkrieg faktisch seinem Ende zu, dennoch nicht ohne ge-

⁴⁶ Millet-il-hakime (arabisch: die weise [islamische] Religionsgemeinschaft). Das Millet-System regelte im Osmanischen Reich zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert den Minderheitenstatus der Nichtmuslime und die Autonomie von Religionsgemeinschaften. Die *Millets* wurden also auf der Basis von Religionen und nicht nach ethnischen Gesichtspunkten gebildet.

⁴⁷ Schölch, Alexander, *Palästina im Umbruch ... a.a.O.*, S.12.

wisse Belebungsversuche unternommen zu haben. Im Jahre 1856 begann die zweite osmanische Reformphase (zweite Tanzimat-Periode 1856-1876). Hatte die osmanische Politik in Palästina während der ersten Tanzimat-Periode (1839-1856) keine nennenswerte Transformation der sozialpolitischen Struktur zur Folge, so sollten die nächsten Reformen energischer und effektiver werden. Das Ziel war eine unangefochtene administrative Kontrolle und eine finanzielle wie militärische Erschließung des Landes, zwei Aspekte, die bei der Schar korrupter osmanischer Beamten klar zum Landesgesetz von 1858 führen mussten. Für die Bewohner Palästinas (überwiegend Bauern) waren die Reformen um 1858, das Gesetz über den Boden, schicksalhaft, da sie zu einer bruchartigen Änderung der bisherigen Landeigentumssysteme geführt haben, die der Kolonialen Welt den Weg ebneten und die Kolonisation des Landes ermöglichten.

1.3.2 Grundbesitzverhältnisse im osmanischen ‚Palästina‘

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Entstehung des Zionismus eng damit zusammenhing, wie die Juden Osteuropas Ende des 19. Jahrhunderts unter den rassistischen Pogromen des zaristischen Russland lebten. Darauf hin, 1882, begannen die ersten jüdischen Siedler aus Russland ins *Heilige Land* zu kommen. Vor ihnen hatte es kleinere und vereinzelte Gruppen jüdischer Kolonisten gegeben. Die Einwanderung der Juden war möglich, da ihre bisherigen Herkunftsländer nichts dagegen hatten, wenn Juden ihre Länder verließen und, weil das osmanische Reich seit der Vertreibung der Juden aus Spanien Ende des 15. Jahrhunderts und bis zum Ende des 19. Jahrhunderts diese grundsätzlich herzlich aufnahm. Jedoch waren es nicht nur die osmanischen administrativen Erleichterungen, die die jüdischen Einwanderer anlockten. Ende des 19. Jahrhunderts befand sich Palästina, objektiv gesehen, in einer sozioökonomisch katastrophalen Lage und das herrschende Bodenrecht machte es den zionistischen Einwanderern möglich, ihr Ziel, nämlich Landkauf in und die Besiedlung von Palästina, zu erreichen.⁴⁸ Das führt wiederum zu der berechtigten Frage, warum hier speziell vom ländlichen Raum die Rede ist. Die unten stehende nähere Schilderung dieser Zeitphase wird diese Frage klar beantworten. Eine kurze Antwort wäre jedoch die, dass der ländliche Raum in seiner *labilen rechtlichen Lage* im Kontext der damals herrschenden Ignorierung seitens der osmanischen Regierung eine größtmögliche *Angriffsfläche* darbot, die eine fremde systematische Besiedlungswelle ermöglichte. Die Stadtbevölkerung war hingegen nicht nur relativ aufgeklärt, sondern befand sich darüber hinaus rechtlich in einer sicheren Lage.

Bevor man sich mit der Entstehungsgeschichte des Zionismus im 19. Jahrhundert auseinandersetzt, ist es sinnvoll zu wissen, wie zur gleichen Zeit die Angehörigen der anderen Konfliktpartei, nämlich die palästinensischen Araber unter osmanischer Herrschaft gelebt haben. Denn die sozioökonomischen Bedingungen, unter denen diese Gruppe zeitgleich mit den ersten Zionisten gelebt hat, stellten den politischen Kontext her, der die Großmächte, Erben des osmanischen Reiches, und folglich ihr Ziehkind, die Zionisten, dazu verlockte, die einheimischen Palästinenser zuerst zu ignorieren und dann zu entrechten. Gerade die Zeit ab Mitte des 19. Jahrhundert und die darauf folgenden osmanischen Reformen veränderten die bisherige Lebensweise der palästinensischen Landbevölkerung maßgeblich, da sich vor allem die Grundbesitz- bzw. bodenrechtlichen Verhältnisse von Grund auf veränderte.

Besonders wichtig wird dieser Aspekt, da der arabisch-israelische Konflikt schon immer territorialer Natur war und heute noch ist. Und für diese Arbeit ist es daher interessant zu erfahren, in welcher bodenrechtlichen Sachlage sich das Land Palästina befand, als die ersten Zionisten Ende des 19. Jahrhunderts nach Palästina kamen und welche Konsequenzen die osmanischen Reformen (*Tanzimat*) für Palästina und seine Bewohner hatten.

1.3.3 Das osmanische Musha'a-System

Eine der Zentralthesen der zionistischen Organisation, mit derer Hilfe sie ihre bodenpolitische Praxis moralisch zu begründen versucht, ist die Behauptung, dass Palästina vor allem ein ödes, verlassenes und rückständiges Land gewesen sei, und dass die palästinensischen Bauern, wie auch mögliche Investoren kein Interesse an langfristigen Verbesserungen auf ihren Feldern gehabt hätten.⁴⁹ Vor allem das so genannte ‚Musha'a-System‘⁵⁰, wird für die von den Zionisten beschriebene Rückständigkeit der palästinensischen Landwirtschaft verantwortlich

48 Jiryis, Sabri, *A History of Zionism, Vol. 1: Zionist Infiltration into Palestine (1862-1917)*, PLO- Research Centre (Hsg.), Beirut, 1977 (Arab.), S.112.

49 Vgl. Weinstock, Nathan: *Das Ende Israels? Nahostkonflikt und die Geschichte des Zionismus*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 1975, S.69.

50 A. Granott: *The Land System in Palestine*. London, 1952, S.214, in Nijim/Bishara: *Toward the De-Arabisation ... a.a.O.*, S.1; sowie Weinstock, Nathan: *Das Ende Israels... a.a.O.*, S. 70; und Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.49.

gemacht.

Bis zum 19. Jahrhundert wurde das Ackerland in Palästina durch das System vom so genannten ‚gemeinschaftlichen Dorfeigentum‘ verwaltet, bekannt als das ‚Musha‘a-System‘. Das Recht, ein bestimmtes Grundstück zu bestellen, wurde unter den Bauern einer Dorfgemeinschaft abwechselnd, meistens halbjährlich, erlangt. Land konnte weder gekauft noch verkauft werden, nur das Recht auf das Bestellen des Landes konnte geerbt werden. Das war die dominierende Lebensart palästinensischer Bauern. Jedoch verfügte die palästinensische Landbevölkerung zu jener Zeit nur in begrenztem Maße über Gemeindeland, vor allem in Küstengebieten und Ebenen. In den dicht besiedelten Bergregionen Palästinas herrschte im Prinzip Privatbesitz vor und somit kein ‚Musha‘a-System‘. Die Küstenebenen sind vor allem aufgrund ihres Zitrusfrüchteanbaus von großer ökonomischer Bedeutung für den Export aus Palästina gewesen, und konnten daher keineswegs rückständig gewesen sein.⁵¹

1.3.4 Landgesetze von 1858-1887 und ihre Folgen

Gesetzliche Änderungen des Landeseigentumssystems

Das bereits in der Antike bekannte Musha‘a-System war beinahe bis zum Ende des osmanischen Reiches das typische Landpachtsystem in weiten Gebieten der arabischen Welt. Varianten dieses Systems findet man ebenso in vielen Ländern des Ostens vor der Kolonialzeit. In Palästina, wie in anderen Ländern, bröckelte dieses System im Angesicht der europäischen kapitalistischen Penetration und der Zunahme ausländischer Interessen auf palästinensischem Boden, bei gleichzeitigem Interesse der osmanischen Regierung an höheren Steuerleistungen ihrer palästinensischen Untertanen. Aus wirtschaftlichem Interesse bestand demnach in doppelter Hinsicht „ein Bedürfnis nach Kodifizierung des Bodenbesitzes und an der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche außerhalb der besiedelten Gebiete“⁵². Das erforderte eine Änderung der rechtlichen Bodenverhältnisse mittels einer Reform.

Diese Änderung der Bodenverhältnisse initiierten die osmanischen Behörden mit dem Erlass und der Umsetzung von vier aufeinander folgenden Land-Gesetzen (Tanzimat), die als Vorstufe für die endgültige Säkularisierung des Bodenrechts 1913-1914 dienten:

1. Das Land-Gesetz von 1858

Das bekannteste der oben genannten Reform-Gesetze war ‚das osmanische Land-Gesetz von 1858‘, das erstmals die bis dahin geltenden Rechtsnormen, die im Rahmen des islamischen Rechts entstanden waren, schriftlich fixierte. Der Grundgedanke des islamischen Rechts war, den Erhalt an bebaubarem Boden zu sichern sowie seine Nutzung zu garantieren und daneben Land für staatliche Projekte zur allgemeinen Nutzung bereitzustellen. Nach diesem Gesetz gab es demnach folgende Hauptformen des Bodenbesitzes:

- a) **Mulk-Land**: privat in Besitz befindliches Land (ehemals von der osmanischen Regierung als erobertes Land privat verliehen). Mulk war hauptsächlich in den besiedelten Gebieten verbreitet, also in den Städten und Dörfern;
- b) **Miri-Land**: Staatsland (größtenteils, soweit bebaubar, zur Nutzung an Private vergeben). Eine Form des quasi privat genutzten Staatslandes, die außerhalb der Städte und Dörfer vorherrschte, bildete die Grundlage für die (Land-)wirtschaftliche Nutzung des Bodens. Nach dem Gesetz von 1858 sollte das Nutzungsrecht dieses Landes auch die Nutzungspflicht beinhalten: wer drei Jahre den ihm verliehenen Boden nicht bebaute, verlor sein Nutzungsrecht. Das Land wurde dann wieder zu Staatseigentum und konnte an Dritte weitergegeben werden. Nach 15 Jahren regelmäßiger Nutzung konnte Miri-Land allerdings zu Mulk-Land, also quasi privat in Besitz befindliches Land werden. Das Nutzungsrecht war vererbbar, auch wenn das Land nicht wirklich privat war. Das wichtigste Merkmal dieser Land-Form war die Tatsache, dass Miri-Land die Steuer-Hauptentnahmequelle für die osmanische Regierung blieb. Die gängigste Form der Besteuerung war

51 Zschiesche/ Waltz, *Die Erde habt ihr...a.a.O.*, S. 49.

52 Ebenda, S.50.

53 Angaben entnommen aus: Eisenmann, Robert, *Islamic Law in Palestine and Israel*, Leiden, 1978, S.52ff und S.136 ff, sowie Goadby, Frederic and Doukhan, Moses, J., *The land law of Palestine*, Tel Aviv 1935, in Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr...a.a.O.*, S.50; siehe auch Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey of Israel's Policies*, (American Enterprise Institute/ Studies in Foreign Policy; 398), Washington/London, 1984, S.32-33.

die Einschätzung des Bodenertrages. Folglich schöpfte die Regierung in Form des ‚Zehnten‘ oder anderen Pflichtzinsen einen Teil der Bodenerträge ab. Die Regierung war deshalb an der Erhöhung der Bodenernte durch neue Investitionen interessiert.

- c) **Mewat-Land**: so genanntes ‚Totes‘ Land, das als nicht anbaubar eingestuft worden ist;
- d) **Metruki-Land**: zurückgegebenes, vorher verliehenes Land, das für öffentliche Zwecke (Straßen, Kanäle,...) oder Gemeinschaftszwecke (z. B. Dreschplatz) genutzt werden sollte. Dieses Land, das etwa 1,5 Meilen außerhalb der bebauten Gebiete lag, durfte ‚wild‘, d. h. als Weidefläche u. ä. benutzt werden. Die Regierung war allerdings bestrebt, dieses Land, sobald es intensiver genutzt wurde, in Miri-Land zu verwandeln, um Abgaben darauf erheben zu können; und
- e) **Waqf-Land**: dieses Land wurde den islamischen Institutionen zu religiösen Zwecken gewidmet und bestand im Prinzip aus Mulk, denn nur echte Besitzer konnten Bodenbesitz weitergeben.

Neben der Kodifizierung der verschiedenen Rechtstitel auf Boden sah das Land-Gesetz von 1858 auch eine erstmalige Registrierung des Miri-Landes bzw. dessen produzierenden Pächtern vor sowie die Vergabe von Nutzer-Dokumenten durch die zuständige osmanische Landesregistrierungsverwaltung (türkisch: Tabu). Diese Pächter mussten gemäß der Dreijahresfrist ihr geliehenes Land regelmäßig nutzen.

Mit diesen Verwaltungsmaßnahmen, die nur langsam umgesetzt werden konnten, begann „ein Prozess der Säkularisierung des islamischen, osmanischen Rechts“⁵⁴ in Richtung der Schaffung von Privateigentum zur Erhöhung der Bodennutzung und damit der Steuereinnahmen. Nathan Weinstock sieht den Sinn dieses Gesetzes – aus der Perspektive eines Sozialisten – etwas radikaler und schreibt diesbezüglich: „Der Zweck dieses Gesetzes war die Auflösung des kollektiv- und Stammeseigentum zugunsten des privaten. Die Eintragung der Eigentumsrechte zielt auf die Erhöhung der Steuern, »derart, dass der höchstmögliche Gewinn aus dem Boden gezogen werden kann«. Daher haben die Dorfbewohner auf alle möglichen Listen zurückgegriffen, [um] dieser Eintragung [in das osmanische Register] zu entgehen, so dass schließlich das für die Anwendung des Gesetzes eingerichtete Grundbuch nichts mehr mit den wirklichen Verhältnissen gemein hat“.⁵⁵

Das Gesetz von 1858 hatte das Ziel, einen Säkularisierungsprozess des islamischen, osmanischen Rechts in Gang zu setzen, mit dessen Hilfe die Schaffung von Privateigentum und folglich eine Erhöhung der Bodennutzung ermöglicht werden konnte, um schließlich Steuereinnahmen zu maximieren. Jedoch war dieses Gesetz der wichtige Anfang einer **Reihe nachfolgender Gesetze** und Gesetzesergänzungen, die diesen Prozess der Säkularisierung beschleunigten. Hiervon gelten die folgenden Gesetze als die bedeutendsten:

2. Das Gesetz von 1867

hier wurde die Miri-Land-Nutzung erweitert, indem der Landesbesitz im Rahmen der osmanischen Gesetze auf Fremde erweitert wurde;

3. Das Gesetz von 1874

hier wurde die Registrierung und Titelverleihung auch für Waqf-Besitz ermöglicht; sowie

4. Das Gesetz von 1887

hier wurden den Miri-Nutzern erweiterte Rechte zur Nutzung anderer als bisher geltender Kulturen und die Ausbeutung von Rohstoffen ermöglicht. Den Nicht-Moslems wurde zum ersten Mal die Gleichbehandlung in Bezug auf Kauf und Weiterverkauf von Miri-Land zugesichert.

Alle diese Gesetze zusammen waren quasi eine Vorbereitungsphase bzw. sie ebneten den Weg für das Land-Gesetz von 1913-1914, das speziell für Palästina folgenreich war und heute noch ist.

5. Das Erste Landgesetz 1913-1914 – die Säkularisierung des Bodenrechts

Der eigentliche Säkularisierungsprozess des Bodenrechts beginnt mit dem Erlass eines Gesetzespaketes in den Jahren 1913 und 1914, nach der so genannten ‚Jung-Türken-Revolution‘ im Jahre 1908. Die Konsequenzen

54 Zschiesche/ Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.51.

55 Weinstock, Nathan: *Das Ende Israels? ... a.a.O.*, S.73.

dieses Gesetzes, genannt das „*Erste Landesgesetz*“ sind für die Palästinenser verheerend, da es alle bisherigen Gesetze zusammenfasst, ohne diese ausdrücklich außer Kraft zu setzen. Die Kernaussage dieses Gesetzes ist *„die Benennung von juristischen Personen wie Regierungen, Handels- und Wohltätigkeitsorganisationen sowie osmanische Körperschaften als mögliche Privatbesitzer“*. Später wird der israelische Staat mit Hilfe dieses Gesetzes das Miri-(Staats-)Land als *„israelisch-jüdisches Staatsland“* übernehmen, während die Anwendung weiterer ehemals osmanischer Bestimmungen, z. B. die Weitergabe brachliegenden Bodens an neue Nutzer, zu einer weiteren, quasi rechtlich gesicherten Landnahme führt.⁵⁶

1.3.5 Folgen der Landgesetze von 1858-1887

Die Landgesetze von 1858 bis 1887 stellten in ihren verheerenden Konsequenzen eine Wende im sozialpolitischen sowie im ökonomischen Leben der Palästinenser insgesamt dar. Die Folgen dieser Gesetze kann man in *drei Hauptaspekten* zusammenfassen:

1. Das Phänomen der neuen Großgrundbesitzerschicht

Die vielleicht folgenreichste Konsequenz der osmanischen Landgesetze war die *Entstehung einer neuen Großgrundbesitzerschicht*, die teilweise ganze Dörfer besaß. Man kann sagen, dass die Existenz von *Großgrundbesitzern* das wichtigste Merkmal der palästinensischen Landwirtschaft um die Mitte des 19. Jahrhunderts war. Die Vorherrschaft der Großgrundbesitzer wurde verstärkt durch „*etatistische Tendenzen*“⁵⁷ der osmanischen Regierungen, die das Gesetz von 1858 und seine nachfolgende Gesetze verkündeten. Die Bestimmungen dieser Gesetze begünstigten die Eigentumskonzentration in den Händen einiger reicher Familien, da diese Vorschriften die Beschlagnahme jenes Bodens vorsehen, der drei Jahre lang brachgelegen hat und aus diesem Grund als herrenlos betrachtet wird. Man kann sich die Missbräuche vorstellen, die sich aus dieser Maßnahme in einem Land ergeben mussten, dessen Ländereien man in regelmäßigen Zeitabständen brachliegen ließ. Vor allem die beduinischen Nomaden wurden somit ihres Landes durch die Regierung beraubt. Die eigentlichen Besitzer des Landes, die kleinen Bauern, wurden zu Pächtern dieser mächtigen Familien auf eigenem Grund und Boden. Eine Entwicklung mit verhängnisvollen Folgen: die neuen Großgrundbesitzer, die an den landwirtschaftlichen Erträgen des Landes interessiert waren, förderten die Entwicklung dieses Landes bzw. gingen ihren Pflichten gegenüber den Dörfern und Bauern nach, solange der daraus erzielte Gewinn für sie groß genug war. Mit der Ankunft der europäischen Siedler, die bessere Produktionsmethoden mit ins Land brachten, waren die palästinensischen Bauern unter Druck geraten, da sie nicht in der Lage waren, mit den neuen Siedlern Schritt zu halten. Die neuen offiziellen Besitzer übten enormen Druck auf die Pächter aus, indem sie immer mehr Produktivität verlangten, da der Ertrag angeblich die Steuerverpflichtungen nicht deckte. Viele Bauern mussten ihr restliches Eigentum verpfänden, um einen zeitlichen Aufschub zur Tilgung ihrer Schulden zu erhalten. Die Großgrundbesitzer entwickelten sich zu Wucherern und die Schulden der Bauern summierten sich. Schließlich mussten sie ihr Eigentum abtreten und in bestem Fall als Pächter bei den neuen Besitzern für einen Hungerlohn arbeiten.

Unter diesem Umstand, beschleunigt durch die Schieflage der Produktivität (im Vergleich zu den neuen Siedlern), wurde der Boden zur Ware, denn der Verkauf des Bodens brachte für die neuen Großgrundbesitzer mehr ein als seine produktive Nutzung. Die Ware ‚*Boden*‘ wurde mit Hilfe der späteren osmanischen Gesetze (ab 1867) an ‚*abwesende Landlords*‘ weiter verkauft. Diese neuen Besitzer waren bereit, selbst ‚*das Existenzrecht der palästinensischen Bauern*‘ zu verkaufen, auch an Zionisten. Die bekannteste Affäre dieser Art ist der Verkauf großräumiger Ländereien in der Ebene *Marj Ibn Amer* (später die Ebene Yezraeel), vor allem durch die Familie *Sursuq* aus Beirut⁵⁸;

2. Die Erhöhung der Bodenpreise

Die Ankunft der ersten europäischen Siedler entfachte eine allgemeine Tendenz zu Bodenspekulationen. Natürliche Folge dieser Spekulationen waren selbstverständlich enorme Preiserhöhungen des Bodens. Eine Entwicklung, mit der die einfachen einheimischen Bauern nicht mithalten konnten, so dass sie ihren von ihnen Jahrhunderte lang gepflegten und bewirtschafteten Grund und Boden nicht kaufen bzw. *urkundlich* besitzen konnten; und schließlich

56 Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.52.

57 Weinstock, Nathan, *Das Ende Israel ... a.a.O.*, S.73.

58 Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.51.

3. Die Schaffung optimaler Umstände zur Landnahme durch die Zionisten

Vor allem durch *das Erste Landgesetz* von 1913-1914, das juristische Personen zu möglichen Privatbesitzern machte, konnten die Zionisten zuerst über die Jüdische Agentur (JA), in der Mandatszeit und vorher, Landerwerb in Palästina betreiben. Später konnte der israelische Staat dann quasi per Gesetz sogar palästinensisches Land als jüdisches Staatsland konfiszieren. Aber auch das Gesetz von 1858 sollte sich vor der Staatsgründung 1948 im Rahmen der Kodifizierung privater Besitzrechte an Boden für die zionistische Landnahme positiv auswirken. Der Grund dafür war der Umstand, dass die palästinensische Landbevölkerung in diesem Gesetz nur die Tatsache sah, dass ihre Gewohnheitsrechte als Pächter nicht mehr anerkannt wurden. Und diejenigen der Dorfbewohner, die ihr Land noch hatten, haben alle möglichen Tricks verwendet, um der Zahlung von Steuern und folglich der gesetzlichen Eintragung in das osmanische Register zu entgehen. Die Eintragung der Eigentumsrechte wurde meistens nicht auf die eigentlichen Namen der Besitzer, sondern auf den Namen der ältesten oder des Oberhauptes der größten und einflussreichsten Familie eines Dorfes oder einer Dorfgruppe übertragen, da die kleinen Bauern zum einen den Schutz ihrer Rechte bei diesen Familien suchten und zum anderen nichts mit den gefürchteten Behörden zu tun haben wollten. Ein anderer Grund war natürlich, dass sie dadurch weniger Steuern zu zahlen glaubten, indem sie ihre Grundstücke in größeren Einheiten zusammenfügten. Andere haben ihren Ertrag vor staatlichen Übergriffen geschützt, indem sie ihr Land religiösen Stiftungen (*Waqfs*) schenkten.

1.3.6 Kritischer Rückblick auf die Landgesetze (1858-1887)

Unter normalen sozialpolitischen Umständen (aus heutiger Sicht) wären solche Gesetzesänderungen selbstverständlich eine sinnvolle progressive Bodenreform gewesen, die es den *Bürgern* hätte ermöglichen können, ökonomisch wie sozial emanzipatorische Erstschritte für ihre Zukunft zu machen. Versetzt man sich aber in die Lage der osmanischen Untertanen in Palästina und anderswo innerhalb des Reichs, so wird man mit der Tatsache konfrontiert, dass dieses Gesetzpaket aus verschiedenen Gründen nicht der armen und überwiegend zahlungsunfähigen Landbevölkerung zugutekam, sondern vielmehr den Finanzierungsanforderungen eines wirtschaftlich maroden osmanischen Regimes im 19. Jahrhundert diente. Die Nachteile für die einfachen Bauern waren sehr groß, nicht weil das Gesetz an sich schlecht gewesen wäre, sondern weil die Mechanismen seiner Umsetzung in einer Zeit großer Armut und verbreitetem Mangel an Bildung an der Basis und ohne eine Übergangsregelung niemals zum erhofften Ziel führen konnten.

Man kann sagen, dass die äußerst schwierigen ökonomischen und politischen Umstände, in denen sich die osmanische Regierung bzw. ihre Untertanen befanden, die Bestimmungen der Landgesetze ab 1858, die offensichtlich sozialpolitisch nicht genügend durchdacht waren, zu Instrumenten machten, die zu einer sozialpolitischen Schieflage führten. Zu allererst ist hier zu vermerken, dass die *Hohe Pforte* die Reichsuntertanen offensichtlich nicht als ihre *Bürger*, sondern lediglich als *Untertanen* und Steuerzahler ansah. Im normalen Fall hätte der osmanische Staat das Land an die Landesbevölkerung verteilen sollen und können, um seinen Untertanen ein Zeichen zu setzen und Impulse bzw. Ansporn zu einer größeren Effizienz der in der Landwirtschaft angewandten Methodik und folglich zu einer besseren Bodenproduktivität zu geben. Davon einmal ganz abgesehen, wurden die Gesetze ohne Rücksicht auf die einfachen Leute und ihre Bedürfnisse erlassen. Denn die osmanische Herrscherschicht sah, wie bei Feudalsystemen typisch, keinen Unterschied zwischen *ihren* Untertanen und *ihrem* Territorium, auf dem diese lebten. Beide hielt das osmanische Regime für sein Eigentum und seine ‚Ware‘, die es nach dem jeweiligen *Ertrag* bewertete: die *Ware* ‚Untertanen‘ hat mehr Steuern zu produzieren, die *Ware* ‚Boden‘ mehr Ertrag. Der Lebensraum (Heimat) der Menschen entwickelte sich im Kontext der neuen Gesetze zu einer ‚Milchkuh‘, die man auch verkaufen kann, wenn ihre weitere Existenz nicht mehr rentabel ist.

Im Falle der Bewohner Palästinas im Osmanischen Reich findet man ein klassisches Modell eines von der Feudalherrschaft unterdrückten Volkes wieder – mit dem kleinen Unterschied, dass die Herrschaft in diesem Fall wirklich eine *fremde* ist bzw. eine, die in Palästina nicht die eigene Heimat sah. Die fehlende Mindestverbundenheit mit dem Land und seinen Menschen von Seiten der Oberschicht führte zu einem fahrlässigen und unmenschlichen Umgang mit Land und Leuten in Palästina, der auch die Möglichkeit vorbereitete, Kuh und Stall in einem Deal loszuwerden. Man kann insgesamt die negativen Folgen bzw. Konsequenzen dieses Gesetzes vor allem auf folgende Umstände zurückführen:

1. *Schlechte wirtschaftliche Lage der Landbevölkerung*

Ein dramatisches Element der damaligen Umstände war die Tatsache, dass ein beachtlicher Teil der Landbevölkerung sich, genauso wie das osmanische Reich selbst, in einer sehr schlechten wirtschaftlichen Lage befand und dementsprechend sein Recht auf Bodenregistrierung nicht wahrnehmen konnte. Dadurch verlor eine beachtliche Anzahl von Bauern ihren Boden;

2. Fehlende Optionen der Steuerzahlung

Das Gesetz ließ verschuldeten Bauern keine andere Option, als ihre (Schulden) in der Gesamthöhe unmittelbar beim Staat zu zahlen. Die Option der Ratenzahlung war vom Staat nicht vorgesehen, so dass die armen Bauern bald unter den gnadenlosen Einfluss der alt-neuen feudalen Schicht gerieten;

3. *Fehlende Aufklärung*

Am meisten wäre hier die Tatsache zu beklagen, dass es der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung neben den materiellen Dingen einfach an Bildung bzw. Aufklärung fehlte: trotz allgemein verbreitetem Analphabetismus unternahm die osmanische Regierung nicht den Versuch, ihre Untertanen darüber aufzuklären, welche Vorteile vor allem die Eintragung in das osmanischen Landesregister mit sich brachte. Das gleiche gilt für die Eliten (Effendis) des Landes, die zum Teil diesen Umstand zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzten, indem sie bereits vorhandene Ängste schürten und die Bauern dazu bewegten, nach Auswegen zu suchen, die Behörden zu vermeiden bzw. zu umgehen. Diese Nichtbeachtung der einfachen Landbevölkerung von Seiten der Obrigkeit erzeugte eine anhaltende Stimmung der Machtlosigkeit und sollte bis heute das inzwischen aufgeklärte palästinensische Volk begleiten;

4. *Das ‚Hidden Agenda‘ der Großmächte in Bezug auf Palästina*

Hier spielt das erste Landgesetz von 1913/14 – mit diesem Gesetz nahm der eigentliche Säkularisierungsprozess des Bodenrechts seinen Anfang – eine ganz besondere Rolle. Es wurde nach der so genannten ‚Jung-Türken-Revolution‘ im Jahre 1908 erlassen. Die Bestimmungen dieses Gesetzespakets, die Zeitwahl seiner Erlassung und die ideologische Nähe der Jungtürken (spätere Anhänger Kemal Atatürks) zum Westen lassen einen berechtigten Verdacht zu, dass zwischen beiden Parteien ein politisches Arrangement in Form eines Faustpfandes stattgefunden hat. Denn die Interessen des Westens an Palästina und dem Nahen Osten allgemein waren kein Geheimnis mehr. Um die weitreichenden Ziele dieser Mächte zu erreichen, wurde ein politisches Spiel von Seiten der Obrigkeit in die Wege geleitet, das die Völker der Region vollständig ausschloss und ihre historischen Rechte vollkommen ignorierte. In den Augen der einfachen Bewohner dieser Region, insbesondere der palästinensischen Araber, waren diese Machenschaften ein Akt der *Verschwörung*, dem sie nicht gewachsen waren.

Schließlich soll noch erwähnt werden, dass man für das 19. Jahrhundert kein genaues Bild mehr darüber abgeben kann, wie die Situation der Bodenverteilung im Einzelnen ausgesehen hat und wie sie sich in Folge der neuen osmanischen Landgesetze verändert hat. Jedoch ist sicher bekannt, dass ein großer Teil der Bauern, die das Land über Jahrhunderte hinweg in Familienproduktion bewirtschafteten, nicht in den Besitz von Eigentumsurkunden gekommen waren. Stattdessen kam es in Folge der neuen Gesetze zu einer Zunahme der Bodenkonzentration von großen Landflächen in den Händen einzelner Besitzer.⁵⁹ Dieser Umstand spielte der bei der Enteignung der palästinensischen Araber vor und nach der israelischen Staatsgründung eine überaus wichtige Rolle.

1.3.7 Europäische Penetration des Osmanischen Reiches

Das Gesetz von 1858 mit seinen ungerechten Bestimmungen, die einen maximalen Profit auf Kosten der Landbevölkerung zum Ziel hatten, war das Symptom einer maroden Wirtschaft und Vorzeichen des Untergangs eines ehemals großen Reiches. Aber warum wurde dieses Gesetz ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, 1858, erlassen? Die Antwort liegt in den weltkriegsähnlichen Ereignissen, die etwa zwei Jahre vor diesem Datum liegen, dem Krimkrieg (1853-1856)⁶⁰, aus dem die Osmanen die Lehre gezogen haben – wenngleich auch unter dem Druck der europäischen imperialen Mächte – dass ihr Reich einer grundlegenden sozioökonomischen bzw. politischen Reform bedurfte.

Man mag darüber geteilter Meinung sein, ob diese Reformen gut oder schlecht waren, Tatsache ist, dass die osmanische Regierung den ernsthaften administrativen und finanziellen Probleme des Reiches nicht gewachsen war. Es war offensichtlich so, dass das osmanische Reich – auch gerade wegen des Missmanagement und

⁵⁹ Zschiesche/ Waltz, *Die Erde hat ihr... a.a.O.*, S.54.

⁶⁰ Siehe Anhang VI/ B/ 1.

der Korruption der Obrigkeit – einer politischen Entwicklung unterlag, die seine Grundstruktur, ja sogar das System selbst, in Frage stellte. Wie in anderen Feudalsystemen dieser Zeit in Europa, gab es auch hier die tendenzielle Entwicklung, das alte und marode System in eine moderne Staatsform zu transformieren. In den anderen europäischen Staaten war dieser Prozess eine logische Folge von Aufklärung und Industrialisierung bzw. der daraus folgenden grundlegenden sozialpolitischen Umwälzung der europäischen Gesellschaft. Karl Marx bezeichnete diesen Prozess als eine ‚*Abstraktion des politischen Staates*‘. Diese Abstraktion setzt allerdings die Trennung derjenigen Sphären voraus, „die als klassische Indikatoren für die Konstitution rechtsförmiger bürgerlicher Herrschaft angesehen werden: der „öffentlichen“ und der „privaten“ Sphäre bzw. der „Politik“ und der „Ökonomie“.⁶¹ Das Feudalsystem ist, abstrakt dargestellt, die grundherrschaftliche Einheit von *Terra* und *Territorium* bzw. von Nutzung und Herrschaft.⁶² Eine Auflösung dieser Herrschaftsform wird erst durch ein vorausgehendes Privateigentum bzw. durch die Warenzirkulation möglich. Diese Trennung zwischen *Terra* und *Territorium* ist zwingend für eine ‚*bürgerliche Gesellschaft*‘.⁶³

Die sich ausbreitende Warenzirkulation zieht hingegen zwangsläufig eine Trennung von ökonomiefreier Herrschaft und herrschaftsfreier Ökonomie nach sich. Ein anderer wichtiger Aspekt ist das herausragende Charakteristikum der Ware, nämlich die *Mobilität*, die aus dem Bedürfnis der Bewegung der Ware vom geographischen Punkt ihrer Produktion zu dem ihrer Konsumtion entsteht. Die Mobilität der Ware bedeutet die Loslösung vom Boden und erfordert zugleich einen ebenfalls mobilen Schutz, der die (*Schutz und Schirm*)-Funktion des feudalen Herrn ersetzt oder viel mehr zu einer neuen konkreten Form der Gewaltausübung weiterentwickelt. Diese neue Schutzform bildete sich erst dann zu einer *Abstraktion des politischen Staates* im Sinne von Karl Marx, als der historische Territorialherr in die Abhängigkeit des Handels geriet und sich so zum funktionalen Garanten des Warenaustausches wandelte.⁶⁴ Die alte herrschaftliche Gewalt (der Feudalherr) wurde mit Hilfe des Kapitals, das eine gesicherte Zirkulation seiner Waren brauchte, zur Keimzelle der sich herausbildenden Staatsgewalt.

Der Versuch, diesen Prozess der Säkularisierung bzw. der Trennung von *Terra* und *Territorium* auf das rückständige und strukturell schwache Osmanische Reich zu übertragen musste vor allem deswegen scheitern, da mindestens zwei wesentliche Glieder dieser Entwicklungskette fehlten, nämlich die ‚*Aufklärung*‘ und die ‚*Industriegesellschaft*‘, der eine Ökonomie der Manufaktur und Warenzirkulation vorausgehen.

Wenn ein Feudalsystem, wie das Osmanische Reich, nicht mehr in der Lage ist, sein Territorium ökonomisch wie administrativ unter Kontrolle zu halten, dann ist eine solche wie die oben geschilderte fatale Entwicklung der Reformen vorprogrammiert. Die Reformen hätten, wie in anderen ehemals feudalen Staaten Europas, funktionieren und für die Untertanen des Reiches viele Vorteile bringen können, wären diese wirklich ein ureigener politischer Wille der Osmanen gewesen. Außerdem hätten diese Reformen in jedem Fall früher geschehen müssen, spätestens beim Auftauchen der ersten Schwächesymptome des osmanischen Reiches unmittelbar nach Napoleons Invasion in Ägypten und Palästina (1898/99), die den ‚Appetit‘ anderer imperialer Mächte anregten. Die Kolonialmächte fanden logischerweise in einem Säkularisierungsprozess des Bodenrechts im maroden Reich, der Ökonomie und Staat voneinander trennt, eine Lücke, durch die sie in das Reich wirtschaftlich und kulturell penetrieren konnten. Nach einem solchen Akt der Penetration wäre die Kontrolle über Raum und Territorium des osmanischen Reiches nur noch eine Frage der Zeit. Genau das geschah gegen Ende des ersten Weltkrieges. Diese Penetration des osmanischen Reiches nahm zwei Formen an, eine wirtschaftliche und eine kulturelle:

61 Vgl. Diner, Dan, *Israel in Palästina: Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient*, Athenäum Verlag, Königstein/Ts, 1980, S.16.

62 Otto Brunner, in: Diner, Dan, *Israel in Palästina ... a.a.O.*, S.16.

63 Ebenda.

64 Ebenda, S.17.

I/ Wirtschaftliche europäische Penetration des Reiches

Mit dem Krimkrieg zwischen Russland auf der einen und dem Osmanischen Reich, Frankreich, Großbritannien und ab 1855 auch Piemont-Sardinien⁶⁵ auf der anderen Seite, und dem anschließenden Friedensabkommen von Paris begann eine qualitativ neue Etappe der ökonomischen Penetration des osmanischen Reiches, vor allem in Form von Kapitalinvestitionen und der politischen Bevormundung durch die europäischen Mächte.⁶⁶ Mohammad Ali Paschas Sohn Mehmet Said (1854-1863) öffnete den Europäern zum ersten Mal die Tore des Landes Ägypten, was unter anderem zum Baubeginn des Suezkanals 1859 führte. Im Libanon landeten nach den „Unruhen von 1860“ zwischen den christlichen Maroniten und den Drusen französische Truppen, um ihren Schützlingen (den Maroniten) beizustehen. Schon 1861 wurde als Folge dieser militärischen Präsenz Frankreichs im Libanon die als Quasi-Protectorat bestehende „reichsunmittelbare“ administrative Einheit des Mount Libanon geschaffen.⁶⁷

Das osmanische Reich war, nach den Worten von Zar Nikolas I, „ein sehr kranker Mann“.⁶⁸ Die Symptome seiner Schwäche erkennend, haben sich große Teile des Reiches, naturgemäß, emanzipiert und die abgelegenen Provinzen wurden vom Reich abgeschnitten: die Serben, die Montenegriener, die Griechen, die Bulgaren und die Bosnier haben Ende des 19. Jahrhunderts gegen Konstantinopel rebellierte, offensichtlich mit der vitalen Unterstützung der europäischen Mächte, die auf den Untergang des Reiches bzw. auf eine weitere Schwächung und spätere Teilung dessen Überreste begierig warteten. Es waren die gleichen Mächte, die sich im Krimkrieg auf die Seite des Osmanischen Reiches gestellt haben, um den expansionistischen Bestrebungen des kaiserlichen Russland ein Ende zu setzen, das versuchte, den osmanischen Raum im östlichen Mittelmeerraum unter dem Vorwand des Schutzes der orthodoxen Christen im osmanischen Reich sowie der Schirmherrschaft über alle Christen im Heiligen Land, unter seinen Einfluss zu bringen. Sie tendierten eher dazu, ein schwaches Osmanisches Reich aufrechtzuerhalten, als ein starkes Russland zuzulassen. In der Orientalischen Frage über ‚Sein oder Nichtsein‘ des Reiches waren sie, anders als Russland, der Meinung, das Osmanische Reich, das in jener Zeit noch immer eine gewaltige Ausdehnung besaß, müsse erhalten bleiben. Ferner wurden die nordafrikanischen Provinzen von den europäischen Staaten als Kolonien an sich gerissen: Marokko (dies war kein Teil des Reiches) fiel in die Hände Spaniens, Algerien wurde von Frankreich annektiert und Ägypten mit dem strategisch wichtigen Suezkanal wurde von Großbritannien kontrolliert und ab 1882 sogar militärisch besetzt.

Auch innerhalb der noch vom Osmanischen Reich kontrollierten Gebiete übten die europäischen Mächte zunehmenden Einfluss aus. Die deutsche Eisenbahn verlief quer durch das Reich. Der französische und britische Handel in Ländern des osmanischen Reiches nahm beachtliche Dimensionen an und die Schulden des Reiches bei den europäischen Banken wuchsen astronomisch an.⁶⁹ Nach 1881 ging das Reich offiziell in den Bankrott. Für die Verwaltung der osmanischen Schulden wurde ein Zusammenschluss europäischer Kreditgeber ermächtigt, die Staatseinnahmen einzukassieren. Natürlich nahm dadurch der politische Einfluss europäischer Staaten in den Provinzen des Reiches zu und sie erhielten Privilegien. Ihr Einfluss dehnte sich aus und drang in das Herz des kulturellen Lebens der Minderheiten religiöser Splittergruppen, deren Interessen mit denen der europäischen Mächte in der Region in Einklang standen. Diese Gruppen wurden von den europäischen Mächten, wohl gemerkt in der Zeit der europäischen Nationalbewegungen, genutzt, um die Autorität des osmanischen Reiches in diesen Provinzen zu unterminieren.⁷⁰ So haben die Russen die griechisch orthodoxen Christen, Frankreich die Maroniten, Großbritannien die Drusen und die Juden (usw.) in ihren (nationalen) Bestrebungen nicht nur begleitet, sondern sie haben diese Bestrebungen, die weder historisch noch geopolitisch bedeutsam waren, maßgebend gemacht. Diese ethnisch-religiöse Teilung des Gebietes sollte, vor allem im Libanon, schwere Folgen haben. Sie haben auf das Land bis heute politisch eine zerreißende Wirkung. Zu diesem Zeitpunkt, der von dieser europäischen Außenwirkung dominiert wurde, war Palästina mit all seinen strategischen, historischen und religiösen Dimensionen wieder einmal das Zentrum des Interesses. Dieser Zeitpunkt kann als das Datum an-

65 Piemont-Sardinien war der politisch prägende Vorläuferstaat des späteren Italien, das im Rahmen der politischen Umgestaltung Europas auch ein Ergebnis des Krimkrieges war.

66 Schölch, Alexander, *Palästina im Umbruch ... a.a.O.*, S. 12.

67 Ebenda.

68 Der russische Zar Nikolaus I. prägte den Spruch vom „Kranken Mann“ erstmals 1852 in einem Gespräch mit dem britischen Botschafter. Demnach könnte die Orientalische Frage bzgl. des Fortbestandes des Osmanischen Reiches, binnen kurzem ein für alle Mal gelöst werden, sofern Russland und England sich einig seien. Jedoch bezog er sich auf den kranken Sultan Abdülmejid I als er dem britischen Botschafter sagte: „Wir haben einen kranken Mann auf den Armen. Es wäre ein Unglück, wenn er uns eines Tages entfallen sollte“. □ In der Folge wurde diese Formulierung von Nicolas I zum sprichwörtlichen Begriff für das zerfallene Osmanische Reich.

69 Nijim/Bishara: *Toward the De-Arabisation ... a.a.O.*, S.1.

70 Ebenda.

gesehen werden, ab dem die Kontrolle über das palästinensische Land Schritt für Schritt verloren ging. Und es war kein Zufall, dass zu jenem Datum die ersten jüdischen Kolonisten aus Russland in das Heilige Land kamen, die dann auch die ersten jüdischen Siedlungen errichteten. Man bezeichnet diese erste jüdische Einwanderung in Palästina als die „erste Aliya“. ⁷¹

II/ Religiös-kulturelle europäische Penetration des Reiches

Eine Penetration Palästinas, mit kolonialen Ambitionen

Nach dem Krimkrieg, der nach außen hin wegen kontroverser Fragen hinsichtlich des Status der heiligen Orte ausbrach, wurden alle christlichen Kirchen in Palästina fieberhaft aktiv: Franzosen, Engländer, Deutsche und Russen errichteten Kirchen und gründeten religiöse Institutionen. Diese Aktivität war streng genommen ein „friedlicher Kreuzzug, der, man ahnt es, offensichtlich profane nationale Interessen verdeckt“. ⁷² Auch jüdische Organisationen der bedeutendsten, im Sinne des Imperialismus handelnden, Länder beteiligen sich aktiv an der kolonialen Expansion ihrer Vaterländer. ⁷³ Diese alt-neue europäische politische und religiös-kulturelle Durchdringung in Palästina hat bereits Ende der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts begonnen. ⁷⁴ Ähnlich wie zur Zeit der Kreuzritter im Mittelalter, waren hier „geo-theologisch“ inspirierte christliche und jüdische Kräfte unter der säkularen Oberfläche westlicher Moderne am Werk. Diese deuteten die Moderne auf dem Hintergrund biblischer Heilsgeschichte als „Endzeit“. Sie prophezeiten die Epoche globaler Evangelisierung bzw. des nationalen jüdischen Wiederaufbaus als Vorspiel zum „Reiche Gottes auf Erden“. Allen Akteuren gemeinsam war die Idee der theologischen und historischen *Abwertung des Islams*, dessen Fall sie erwarteten. Es war Ziel und Ansporn zugleich. Die Vorarbeit für diese Aktivitäten wurde lange vorher begonnen: Im Jahre 1818 gründete das ‚American Board of Commissioners for Foreign Mission‘ eine Mission in Palästina, Syrien und Kleinasien und erwartete zum einen eine „Entmachtung des Islams“ und zum anderen die ‚Wiederherstellung der Juden‘ (als Volk). Nathan Weinstock bezeichnet diese Aktivitäten als einen kapitalistischen Einbruch in Palästina, der sich in *drei* Phasen vollzogen hat ⁷⁵:

1. Die *erste Phase* war die Errichtung christlicher Kirchen, für die bedeutende Grundstückskäufe vorgenommen wurden;
2. die *zweite Etappe* war gekennzeichnet durch die Ankunft deutscher Siedler 1867-1868 und 1906/07, Angehörige des Tempelordens, die ihre modernen landwirtschaftlichen Kolonien errichteten; und
3. die *dritte Phase* der Kolonisierung wurde mit der jüdischen Einwanderung eröffnet, die mit der Gründung von *Petach-Tikva* im Jahre 1878 begann.

Weinstock fügt hinzu, dass die ersten zwei Phasen der europäischen Kolonisierung die Grundlage für die zionistische Kolonisierung gelegt haben, in dem sie das Land mit einer gewissen Zahl von Verbindungswegen (Infrastrukturen) ausgestattet haben. Tendenzen, sich um städtische Zentren und in näheren Umgebungen niederzulassen, waren wegen der leichteren Mobilität und der verwendeten besseren landwirtschaftlichen Technik zu beobachten.

Die politischen Gegenspieler, die osmanischen Reformbeamten, der Sultan und die lokalen muslimischen Eliten, denen die Wiedererstarkung des Islams bzw. der Bestand lokaler Verhältnisse am Herzen lag, reagierten weitgehend ratlos und uneinig auf das fundamentale Infragestellen ihres Selbstverständnisses als religiös legitimierte Machttäger. Aber auch die selbstbewussten europäischen Diplomaten waren sich unschlüssig darüber, wie die „*Orientalische Frage*“ sinnvoll zu beantworten war. Die europäischen Mächte hatten offensichtlich koloniale bzw. imperiale Interessen im Gesamtgebiet des Osmanischen Erbes. Diese Interessen waren letztendlich wirtschaftlicher Natur und machten von der politischen und militärischen Überlegenheit der Europäer Gebrauch. Im Gebiet ‚Palästina‘ selbst gab es neben den wirtschaftlichen Ambitionen einen anderen wichtigen Aspekt, der die europäischen Mächte bewegte: Palästina wurde, genauso wie heute, wegen seiner *strategischen und religiösen Wertstellung als Ort christlich-jüdischer Heilsgeschichte sowie als macht- und kulturpolitische Einflusszone* wahrgenommen. Die islamische Geschichte der Region und ihre überwiegend muslimische demographi-

71 „Erste Aliya“ bezeichnet die jüdische Einwanderung nach Palästina zwischen den Jahren 1882 und 1903. In dieser ersten Aliya sind etwa 25.000 jüdische Kolonisten nach Palästina gekommen, siehe Anhang VI/ A/ 2.

72 Granott, S.159; Ben Halpern, *The Idea of the Jewish State*, Cambridge 1961, S.109, in Weinstock, Natahn: *Das Ende Israel? ... a.a.O.*, S.71.

73 Wie die Jewish Board of Deputies, Hilfsverein deutscher Juden und die Alliance Israélite Universelle (A.I.U), siehe: Weinstock, Natahn: *Das Ende Israel? ... a.a.O.*, S.71.

74 Schölch, Alexander, *Palästina im Umbruch ... a.a.O.*, S.12.

75 Weinstock, Natahn: *Das Ende Israel? ... a.a.O.*, S. 71-72.

sche Struktur erschienen vielen von ihnen als Hindernis für den zivilisatorischen bzw. heilsgeschichtlichen ‚Fortschritt‘. Diese dialektische Vorgehensweise und Argumentation wird man später für die Begründung der Kolonisierung weiter Teile Afrikas und Asiens sehr oft hören. Die europäischen Kolonialmächte zeigten in der Glanzzeit des Imperialismus im Namen nebulöser Begriffe wie „die Verantwortung des weißen Mannes“, oder wie im Falle Palästina „die göttliche Verheißung“ bzw. „die biblische Erfüllung“ die Bereitschaft, die Rechte einheimischer Bevölkerungen zu ignorieren.⁷⁶ In den zionistischen Schriften bezeichnete man die eigenen ‚Kolonisatoren‘ messianisch als ‚Erlöser des Boden Israels‘, die das Heilige Land aus den Händen der ‚Fremdherrschaft‘ befreien wollen.⁷⁷ Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, zeitgleich zur Geburtsstunde der orientalischen Frage, sprach man in Europa von einer humanistischen „Loskaufung Palästinas“⁷⁸ durch die jüdischen Bankiers. In dieser Tradition setzten sich die ideologischen Grundgedanken der US-amerikanischen Neokonservativen, insbesondere zur Regierungszeit von G. W. Bush, in Bezug auf das Heilige Land fort. Man mag sich darüber streiten, ob das Vorgehen der amerikanischen Regierung im Nahen Osten seit dem 11. September 2001 eine Renaissance des Imperialismus im Sinne von ‚*divide et impera*‘ (trenne und herrsche) ist – vieles deutet wirklich darauf hin – in jedem Fall ist es offensichtlich, dass die politische und militärische Präsenz der USA im Nahen Osten ein Hauptziel verfolgt, nämlich die Kontrolle über die heiß begehrten Ressourcen des Nahen Ostens.

Zeitgleich zu den Geschehnissen in Europa und im Osmanischen Reich bzw. im Kontext der europäischen Nationalstaatenbewegung des 19. Jahrhunderts hatte eine Gruppe der europäischen religiösen Minderheiten mehr als alle anderen unter diesen Umwälzungen unter Verfolgung und sozialpolitischer Isolation gelitten: die Juden Europas. Jene turbulente Zeit bot jedoch die ideale Keimzelle zur Entstehung eines jüdisch-nationalen Denkens. Und Aufrufe nach einer, auch einer territorialen, Lösung der Judenfrage, vermehrten sich. Diese Bestrebungen zur Lösung der Judenfrage erreichten mit der Entstehung der zionistischen Ideologie bzw. mit dem von Theodor Herzl propagierten politischen Zionismus an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, ihren Höhepunkt. Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit der Entstehungsgeschichte der zionistischen Philosophie bzw. Ideologie, die bis heute das politische Geschehen im Staat Israel und folglich im Nahen Osten bestimmt.

1.4 Entstehung der zionistischen Ideologie im 19. Jahrhundert

Der Zionismus war ein Kind des letzten Quartals des 19. Jahrhunderts und „ist geboren im Widerschein des durch die russischen Pogrome des Jahres 1882 in Russland und den Skandal der Dreyfus-Affäre hervorgegangenen Feuers“.⁷⁹ Die zwei genannten Ereignisse waren tatsächlich von äußerster Wichtigkeit, denn sie machten die zunehmende Verschärfung des jüdischen Problems im 19. Jahrhundert deutlich. Sie wurden von den zionistischen Vordenkern derzeit aufgegriffen und es entfachte sich in der Folge eine heftige Auseinandersetzung unter den jüdischen Intellektuellen darüber, wie man die *Judenfrage* lösen könnte. Das war an sich nichts Neues, denn die Judenfrage beschäftigte die Geister schon seit Ende des 18. Jahrhunderts und intensiver seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Dennoch muss eine aufrichtige Behandlung dieses Themas die Gründe darlegen, die zu jenen Ereignissen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geführt haben, insbesondere die Gründe des großen Erfolgs der zionistischen Bewegung unter solchen Bedingungen, die alles andere als günstig zu sein schienen. Und das führt wiederum zu der Frage, ob jene Umstände für die Zionisten wirklich so ungünstig waren, wie es zu sein schien. Eine weitere offene Frage, die der Zionismus nie ernsthaft gestellt hat, ist: Warum haben die Juden während einer zweitausendjährigen Diaspora nie den Versuch unternommen, nach Palästina *zurückzukehren*? Warum musste man bis zum Ende des 19. Jahrhunderts abwarten, damit Theodor Herzl die Notwendigkeit einer Rückkehr erkennen sollte? Und noch dringender ist die Frage, warum Theodor Herzl Erfolg hatte, während seine Vorgänger, wie zum Beispiel der berühmte *Sabbatai Zewi* und seine Anhänger⁸⁰, wie Ketzer von den orthodoxen Juden grausam verfolgt wurden. Die Antwort kann nicht auf die ‚Religion‘ zurückgeführt werden – bzw. es wäre eine unangemessene Vereinfachung, dies zu tun – denn die Religion war bisher für alle Vorreiter des Zionismus – *Rabbi Alkalai* (1834), *Rabbi Kalisher* (1862), *Moses Hess* (1862) und *Leon Pinsker* (1882) – jener im Weg stehende Stolperstein als es darum ging, einen Nationalstaat für die Juden zu schaffen, um die ewige Judenfrage zu lösen. Die jüdischen Massen hatten, nach herkömmlicher Glaubenstradition, auf die Ankunft des Messias und Erlösers zu warten, um ins *Gelobte Land* zurückkehren zu dürfen. Seit Ende der 1890er Jahre, der

76 Khalidi, Walid: *Das Palästina-Problem ... a.a.O.*, S.7.

77 Vgl. z. B. Ben-Gurion, David: *Israel*, Roven Verlag, Olten, 1960, S.114.

78 Z. B. die französische Schrift von Ernest Laharanne „Die neue orientalische Frage“, 1860, in Hess, Moses: *Ausgewählte Schriften ... a.a.O.*, S.279.

79 León, Abraham: *Judenfrage & Kapitalismus*, Trikont Verlag, München, 1973, S. 102.

80 Sabbatai Zewi (1626-1676), ein so genannter „falscher“ Messias, dessen Wirkung und Auftreten so stark waren, dass noch Mitte des 18. Jhts Jakob Frank, der sich ebenfalls als Messias ausgab und eine sabbatianische Sekte begründete, sich auf ihn berief. In: León, Abraham: *Judenfrag & ... a.a.O.*, Anmerkung V/22, S. 138.

Zeit Theodor Herzls, stellt die Religion plötzlich nirgendwo mehr ein, jedenfalls kein ernsthaftes, Hindernis für den Zionismus dar.

Die Juden in Europa des 19. Jahrhunderts waren als Kinder ihrer Zeit aufgeklärt und wussten sehr genau Bescheid darüber, was auf der weltpolitischen Bühne geschah. Zugleich hat sich die Lage der Juden Europas gegen Ende des gleichen Jahrhunderts verschlechtert, obwohl man in dieser Zeit eine Lösung der akuten Judenfrage in der *Assimilation* zu finden glaubte. Die Idee einer nationalen Wiedergeburt der Juden, an sich nichts Neues, wurde von einigen Vorreitern des Zionismus wieder aufgegriffen. Die *Gunst der Stunde*, da das Osmanische Reich seinem Ende zuging, wollte man ausnutzen. Das koloniale Europa war begierig darauf, das Reich unter sich aufzuteilen. Und genau hier fielen zwei Weltfragen, nämlich die *orientalische Frage* und die *Judenfrage* zusammen. Die Natur der *orientalischen Frage* verlockte zum ersten Mal zu einer *territorial-kolonialen Lösung* der Judenfrage, indem man in einem Teil des zerfallenen Osmanischen Reiches – in Palästina – einen Nationalstaat für die Juden schafft und folglich zwei große Ziele mit einem Akt erreicht: die Entschärfung der Judenfrage in Europa, indem man große Teile der Juden in den neuen Staat im fernen Nahen Osten transferiert, sowie eine dauerhafte Präsenz der europäischen Mächte im ressourcenreichen Nahen Osten, eben durch diesen Europa-loyalen jüdischen Staat.

Daher mag es nicht verwunderlich sein, dass ausgerechnet in dieser Umbruchzeit die zionistische Bewegung als eine weltpolitische Institution geboren wurde und binnen kurzer Zeit in der Lage war, zielbewusst, beharrlich und hoch motiviert zu handeln. Vergleicht man die Erscheinungsdaten der Hauptwerke und Manuskripte der zionistischen Vordenker seit Moses Hess (Rom und Jerusalem, 1862)⁸¹, die eine Lösung für die Judenfrage in Europa suchten, wird man sehr schnell feststellen, dass eine Wechselwirkung zwischen diesen und den „Wegmarken“⁸² der historischen Entwicklung des Osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert existierte. Die Zeit zwischen beiden osmanischen Reformperioden, und in besonderem Maße die zweite Tanzimat-Periode (1856-1876), ist in diesem Zusammenhang besonders hervorzuheben, da sie maßgebend bestimmend für die Weiterentwicklung in Palästina und im gesamten osmanischen Raum war. Mit der ersten ernst zu nehmenden jüdischen Emigration aus Osteuropa, etwa 1882, wurden die ersten jüdischen Siedlungen auf arabischem Boden gegründet, wohl nicht ohne politischen Druck der inzwischen einflussreichen europäischen Mächte, insbesondere Großbritanniens, das zeitgleich seine Kontrolle über Ägypten verfestigte.

Diese epochale Entwicklung, die die palästinensische Bevölkerung um 1882 wohl kaum als solche wahrgenommen hatte, war tatsächlich ein Beginn zweier irreversibler Entwicklungslinien, des britischen Imperialismus und der immer weiter gehenden Ausdehnung des von Großbritannien kontrollierten Kolonialreiches einerseits und des Zionismus bzw. der zionistischen Bewegung andererseits, die sich aufeinander zubewegten und schließlich während des ersten Weltkriegs zusammentrafen⁸³; das war eine bzw. der Beginn einer Entwicklung, die die nahöstliche und ganz speziell die palästinensische geopolitische Landkarte etwa ein halbes Jahrhundert später radikal verändern sollte. Im Folgenden sehen wird gezeigt, wie sich die zionistische Idee aus einzelnen verspotteten Träumen von jüdischen Individuen, die die sozialen und ökonomischen Probleme der Juden in Europa zu lösen versuchten, zu einer organisierten politischen Nationalbewegung der Weltjuden im Kontext des europäischen Kolonialismus und als dessen Bestandteil weiterentwickelt hat.

Die politischen Umstände, die Herzl zum Teilerfolg und seine Nachfolger zum großen Erfolg der zionistischen Ideologie verhalfen, waren tatsächlich einzigartig. Diese Umstände hatten auch unmittelbar mit den sozioökonomischen und politischen Lebensbedingungen der europäischen Juden zu tun, mit der so genannten ‚Judenfrage‘, die im Laufe des 19. Jahrhunderts der ‚Agitator‘ zur Entstehung der zionistischen Ideologie war. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland sollte sich diese ‚Judenfrage‘ zum ‚Agitator‘ zur Errichtung eines Staates für die Juden auf arabischem Boden entwickeln – eine, wie es Herzl ausgedrückt hätte, aus der ‚Not‘ forcierte Umsetzung der zionistischen Ideologie in territoriale Schemen bzw. in Form eines Siedlungskolonialismus. In den folgenden Abschnitten wird der Versuch unternommen, jene Situationen der Juden im 19. Jahrhundert zu beleuchten.

81 Mehr zu den zionistischen Vordenkern, siehe Abschnitt 1.4.2 dieser Arbeit.

82 Schölch, Alexander, *Palästina im Umbruch ... a.a.O.*, S.13.

83 Ebenda.

1.4.1 Zionismus und die ‚Judenfrage‘

Unter ‚Judenfrage‘ versteht man *die Probleme des Judentums in der nichtjüdischen Umwelt*. Doch jene Probleme des Judentums lassen sich alle auf eine zentrale Frage zusammenfassen, nämlich ‚*wie konnten Juden und Judentum in dieser nichtjüdischen Umwelt leben und überleben?*‘

Die Probleme stellten sich zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich dar. Seit dem Mittelalter durchlebten die Juden in Europa, verschärft durch ihre religiös-soziale Stellung, eine einzigartig bewegte Geschichte, im Großen und Ganzen eine Geschichte von Verfolgungen aller Jüdischen, die unterschiedlichste Formen annahm. Ab 1492, dem Datum der Rückeroberung der Iberischen Halbinsel – dieses seit 800 Jahren als das arabisch-islamische Andalusien bekannte Land, wurde als ein einzigartiges, multikulturelles Experiment und „Ornament der Welt“ angesehen⁸⁴ – durch Königin Isabella I und König Ferdinand II, brachen für Nicht-Christen, insbesondere für Moslems und Juden, im fanatischen Europa neue schwierige Zeiten an. Jüdische Händler galten als Vermittler der Kulturen, insbesondere des maurischen Spaniens, und Sündenböcke versagender Politik der europäischen Herrscher zugleich. Man spricht hier über die europäischen Juden, unter deren Reihen die zionistische Ideologie im 19. Jahrhundert entstand. Der Ort dieser Szenen ist nicht Palästina, nicht der Nahost und nicht einmal Asien, sondern Europa. Aus dem sozialpolitischen Kontext der Juden heraus, der mit den rassistischen Pogromen von kaiserlichen Russland gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine neue schärfere Form bekam, wurde zweifelsohne der erste aktive Kern der zionistischen Bewegung geboren.

Diese Bewegung wurde „aus der Noth der Juden“⁸⁵ geboren und der Zionismus suchte folglich eine Antwort auf die ewig akute ‚Judenfrage‘ und die ‚Judenfrage‘ wurde bald zu einer *jüdischen* Nationalfrage. Theodor Herzl, der eigentliche Gründer des so genannten ‚politischen Zionismus‘⁸⁶, definierte den Zionismus 1897, gleich nach dem ersten Zionistenkongress in Basel, mit einem einfachen, aber rationalen Satz: „Der Zionismus strebt die Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte an für diejenigen Juden, die sich an ihren jetzigen Wohnorten nicht assimilieren können oder wollen“.⁸⁷ Die Definition Herzls mag eine schmucklose sein, dennoch sind die Konsequenzen des besagten und berüchtigten Kongresses, auf dem diese Aussage getroffen wurde, alles andere als einfach. Denn diese Bewegung verursachte mit ihrer Ideologie eines der komplexesten und für den Weltfrieden gefährlichsten politischen Problemen unserer Zeit: Das Palästina-Problem.

Im Folgenden wird eine kurze Erläuterung zu den sozioökonomischen Bedingungen gegeben, unter denen die europäischen Juden seit dem europäischen Mittelalter leben mussten, zu den Umständen wie die ersten Vorreiter des Zionismus im ersten Drittel des 19. Jahrhundert hervortraten und schließlich zur Entstehung der zionistischen Bewegung als nationale Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts führten:

Die Juden im vorkapitalistischen Europa

Die vorkapitalistische Periode, die in Westeuropa etwa bis zum 17. Jahrhundert dauerte, sich aber in Osteuropa noch bis Ende des 18. Jahrhunderts hinzog, war „eine Periode größten Reichtums für die Juden“⁸⁸, in der sie von Königen und Prinzen geschützt wurden und ihre Beziehung zu den anderen Klassen normalerweise gut war. In dieser Periode herrschte immer noch die feudale Wirtschaftsform vor. Die Juden spielten als Vertreter des vorkapitalistischen Handels- und Kaufmannskapitals die „Vermittlerrolle zwischen den Bauern und den [Feudal-] Herren. [] Die Juden gaben ihnen Kredite, aber sie verlangten hohe Zinsen. Sie mischten sich in allen Handelsgeschäften des Landes ein. Sie waren ebenfalls Bankiers“⁸⁹. So bildeten sie als Händler und Geldverleiher eine Sonderschicht und erlangten dadurch großen Einfluss und Reichtum.

Diese Situation hielt im Westen Europas bis zum Beginn einer Periode intensiver wirtschaftlicher Entwicklung im 11. Jahrhundert an. Die Entwicklung in Westeuropa war in ihrem ersten Stadium gekennzeichnet durch die Entstehung einer ständischen Industrie und der Warenproduktion. Im zweiten findet eine Komplementierung des landwirtschaftlichen Bereichs durch den Handel statt. Diese Entwicklung führte zur Bildung einer einheitlichen Händler- und Kaufmannsschicht, die die Juden völlig aus dem Handel verdrängte. Jedoch waren die so

84 Marie Rosa Menocal: *The Ornament of the World: How Muslims, Jews, and Christians created a culture of Tolerance in Medieval Spain*, Back Bay Books, 2003.

85 Herzl, Theodor: *Der Baseler Congress*, Wien : Verlag der „Welt“, 1. Ausgabe, 1897. S.4.

86 Siehe Abschnitt 1.4.6 dieser Arbeit.

87 Herzl, Theodor: *Der Baseler Congress ... a.a.O.*, S.4.

88 León, Abraham: *Judenfrage & ... a.a.O.*, 1973, S.9. Siehe auch Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.20.

89 Ebenda, S.73: Zitat aus einem Reisebericht eines französischen Soldaten in Russland, Anfang des 19. Jhs.

genannten ‚Kaufmannsjuden‘ in der Regel wohlhabend geworden, so dass sie gegenüber der sich entwickelnden neuen (einheimischen) Mittelschicht und sogar gegenüber dem Adel als Kapitalgeber auftreten konnten.⁹⁰ Die ehemaligen jüdischen Händler und Kaufleute wurden zum Teil per Gesetz in ihren Aktivitäten beschränkt und zum Teil in die Rolle von Wucherern gedrängt. Ihre hauptsächliche Kundschaft waren Adelige und Könige. Jedoch hatten die Transformationen in der Agrarwirtschaft zur Folge, dass die Juden auch aus diesen Positionen verdrängt wurden. Der neue wirtschaftliche Aufschwung und der relative Überfluss an Geld erlaubte es dem Adel, das Joch der Wucherer abzuschütteln. In der neuen Situation beschäftigten sich die Juden hauptsächlich damit, dem Volk, vor allem Bauern und Handwerkern, Kredite zu geben. Die Folge war, dass die Juden zu kleinen Wucherern absanken, die das Volk ausbeuteten und immer wieder zu Opfern blutiger Aufstände wurden. So ist der mittelalterliche Kapitalismus im Allgemeinen die Periode der grausamsten Judenverfolgungen, in der das ‚jüdische Kapital‘ in Konflikt mit allen Gesellschaftsklassen geriet.⁹¹

In Westeuropa wurden die Juden allmählich verdrängt. Diejenigen die dort blieben, wurden zum Teil in die Rolle von Hausierern, Lumpensammlern und fahrenden Händlern gezwungen. Dank dieser erzwungenen Rolle wurden mit dem Begriff ‚Jude‘ Assoziationen erzeugt, die faktisch bis Ende des zweiten Weltkrieges anhalten sollte und, die erheblich zur weiteren gesellschaftlichen Isolation der Juden in Europa beigetragen haben. Eine andere Gruppe wohlhabender Juden passte sich der gesellschaftlichen Entwicklung Westeuropas an und suchte sich in der aufstrebenden kapitalistischen Gesellschaft einen Platz. Ein Teil von ihnen, wie die Familien Hirsch und Rotschild, wurden sogar Mitglieder der Finanzbourgeoisie Westeuropas. Dieser Teil der Juden hat sich an der Schaffung des modernen Kapitalismus beteiligt. Und in diesem Rahmen begann im Westen ein Prozess, der die Assimilierung der Juden als eine Antwort auf die *Judenfrage* erscheinen ließ. Abraham Leon stellte fest: „Wo immer sich die Juden in die Kapitalisten-Klasse integrieren, erfolgt auch ihre Assimilierung. Der Jude als Großunternehmer und Aktionär der Indisch-Holländischen oder Indisch-Englischen Kompanie schreckt auch vor der Taufe nicht zurück, [...] Der Fortschritt des Kapitalismus geht Hand in Hand mit der Assimilierung der Juden in Westeuropa.“⁹² Die Assimilierung der Juden hing also stark mit dem Fortschritt des Kapitalismus zusammen.

Als schließlich die Wucherei in Westeuropa verboten wurde, verließ ein großer Teil der Juden Westeuropa und wanderte in die osteuropäischen Länder und in das osmanische Reich ab, wo der mittelalterliche Kapitalismus nahezu nicht existierte bzw. es keine Trennung zwischen Kaufmanns- und Wucherkapital gab. Im Osten Europas herrschte weiterhin die feudale Herrschaftsform bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Die Juden, die ihren Reichtum der feudalen Wirtschaftsform verdankten, bewegten sich deswegen mehr und mehr in Richtung Osteuropa⁹³ und versuchten, in den Nischen der dort noch vorhandenen Feudalgesellschaften im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeit als Kaufleute und Geldverleiher ein Auskommen zu finden.⁹⁴

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die Juden in ihrer überwiegenden Mehrzahl in rückständigen osteuropäischen Ländern konzentriert. Dort konnten sie ihre traditionellen Tätigkeiten in den noch vorherrschenden feudalen Gesellschaftsverhältnissen zunächst weiter ausüben. Überall lebten Juden in den kleinen Städten und Dörfern Osteuropas, insbesondere in der ehemaligen königlichen Republik Polen. Sie saßen, wie Karl Marx es ausdrückte, „in den Poren der polnischen Gesellschaft“.⁹⁵ Jedoch hielt diese Situation der Ostjuden nur solange an, wie die gesellschaftliche und politische Situation der osteuropäischen Länder unverändert blieb. Mit dem Niedergang des feudalen Systems und der damit einhergehenden fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus in Osteuropa veränderte sich auch dort die Lage. Die Juden wurden Opfer der kapitalistischen Widersprüche, ihre Jahrhunderte alte Stellung wurde tief greifend erschüttert. Sie wurden verfolgt und sahen sich schließlich wie zuvor in Westeuropa antisemitischen Pogromen ausgeliefert.

Zionismus und europäischer Antisemitismus

Im 19. Jahrhundert schien es für die Judenfrage im westlichen Teil Europas die Antwort der Assimilierung zu geben, und aus diesem Blickpunkt wurde die Judenfrage von den Reformisten, wie Abraham Mendelsohn, gesehen. Die Französische Revolution beseitigte die letzten rechtlichen Hindernisse, die sich der Integration der Juden entgegensetzten. Sie „vereinheitlichte die Ergebnisse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

90 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt Ihr ... a.a.O.*, S.20.

91 León, Abraham: *Judenfrage & ... a.a.O.*, S.10.

92 Ebenda, S.11.

93 Ebenda, S.10.

94 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt Ihr ... a.a.O.*, S. 20.

95 Marx, Karl, „Das Kapital“, Bd. I, MEW 23, Berlin 1969, S.93 und Bd. III, op. Cit., S.78, in: León, Abraham: *Judenfrage & ... a.a.O.* S.66.

Entwicklung des Judentums in Westeuropa und schloss sie ab⁹⁶. Abraham Leon geht sogar so weit zu behaupten, dass das Judentum in Westeuropa deshalb nicht völlig verschwunden ist, weil ein massiver Zufluss von Juden aus Osteuropa erfolgte. Ferner meint er, dass die jüdische Frage, wie sie heute auf internationaler Ebene besteht, in erster Linie auf die Situation des Judentums in Osteuropa zurückgeführt werden muss.⁹⁷

Das Merkmal dieser Zeitphase euro-jüdischer Geschichte war die Tatsache, dass zur gleichen Zeit als die jüdische Frage in Westeuropa völlig an Bedeutung verlor und man in der Assimilation die Antwort zu finden glaubte, sie im Osten erneut und mit doppelter Schärfe auftrat. Durch die antisemitischen Pogrome der osteuropäischen Länder, insbesondere der kaiserlich-russischen Pogrome von 1881 nach der Ermordung des Zaren Alexander I, mit denen die lokalen Regierungen das Versagen ihrer Innenpolitik auf Dritte abzuschieben versuchten, entflammte eine besonders aggressive Welle des Antisemitismus. Nun standen die Juden wieder vor dem wirtschaftlichen ‚Aus‘ und ihre soziale wie wirtschaftliche Position in Osteuropa wurde zerstört. Die Folge war eine massive Emigration der osteuropäischen Juden in alle Welt. Zwischen 1880 und 1929 emigrierten etwa vier Millionen osteuropäische Juden in den Westen (zurück), wobei die Vorfahren dieser Auswanderer zum großen Teil von Westeuropa gekommen waren. Die absolute Mehrzahl (3.250.000 Auswanderer) sind in die USA gezogen. Nach Palästina emigrierten im gleichen Zeitraum etwa 120.000 Juden.⁹⁸

Der Zustrom jüdischer Emigranten aus Osteuropa verschärfte überall – wenn auch in verschiedenen Formen – das jüdische Problem. So wurde die Geschichte der Ostjuden für die Judenfrage zum entscheidenden Faktor.⁹⁹ Wie weiter unten gezeigt wird, war das demographische Problem, das durch diese jüdischen Emigranten entstand, eine der Hauptbeweggründe für die Westeuropäer, insbesondere für die Engländer, bzw. für die bereits ansässigen und assimilierten westeuropäischen Juden, eine territoriale Lösung für die akute Judenfrage zu finden. Die Angst um ihre bisherige soziale Stellung wurde für die Westjuden zu einem Beweggrund, diese Massenmigration der Ostjuden zu steuern, ein Faktum, das die zionistische Organisation voll ausnutzte, indem sie es später während des englischen Mandats über Palästina (1922-1948) in ihren Bemühungen um die Gunst der Großmacht Britannien als politische Druckkarte erfolgreich einsetzte.

In dieser Umbruchzeit – also zeitgleich zu der zweiten osmanischen Tanzimat-Periode bzw. der europäischen Penetration im Nahen Osten (Ägypten, Palästina, Syrien und Libanon) sowie im Kontext der aufstrebenden Nationalstaatenbewegungen der durch das kaiserliche Russland bzw. die Monarchien Österreich-Ungarn unterdrückten europäischen Völker – hatte die zionistische Ideologie, wie wir sie heute kennen, ihre Keimzelle. Der jüdische Nationalismus entwickelte sich beschleunigt und in direktem Zusammenhang mit den oben genannten antisemitischen russischen Pogromen. Er wurde vor allem von solchen jüdischen Kreisen, Intellektuellen und Studenten getragen, die ihre kleinbürgerlichen Privilegien nach dem Erlass der Aussonderungsgesetze nicht mehr aufrechterhalten konnten und den sozialen Abstieg fürchteten.¹⁰⁰ Die ideologische Orientierung fanden sie in der europäischen Nationalstaatenbewegung der Zeit. Jedoch, anders als die anderen zeitgenössischen europäischen Bewegungen, fehlten bei der jüdischen Nationalbewegung von Anfang an zwei wichtige Voraussetzungen, um den Erfolg auf normalem Wege hätte herbeiführen können:

Zum einen (*a*) ist es das Vorhandensein eines einheitlichen, wenn auch verstreuten, *jüdischen Volkes*; und natürlich das notwendig dazugehörige zusammenhängende eigene *Territorium*. Hinzu kommt (*b*) der Umstand, dass ihre Verfechter keine Rückendeckung von den jüdischen Massen erhielten, nicht zuletzt, da sie als Privilegierte nicht volksnah waren. Besonders die religiösen Teile der Juden lehnten diese Bewegung am Anfang heftig ab.

96 León, Abraham: *Judenfrage & ... a.a.O.*, S.83.

97 Ebenda, S.11.

98 Vgl. Weinstock, Nathan: *Das EndeIsraels?... a.a.O./* Tabelle S.48, sowie León, Abraham: *Judenfrage & ... a.a.O.*, S.86.

99 León, Abraham: *Judenfrage & ... a.a.O.*, S.66.

100 Zschiesche, Waltz: *Die Erde habt ihr... a.a.O.*, S.21.

1.4.2 Die zionistischen Vordenker

I/ Leon Pinsker: Mahnrufe zur jüdischen Emanzipation¹⁰¹

Das Datum 1881 ist in vielerlei Hinsicht ein geschichtlich bedeutsamer Zeitumbruch, denn er markiert die Geburtsstunde der ersten politischen jüdischen Manuskripte, die als Reaktion auf die russischen Pogrome die Fiktion einer nationalen Wiedergeburt der Juden propagierten; etwa im Jahre 1882, entstand das berühmteste dieser Manuskripte, Leon Pinskers ‚Autoemanzipation‘.¹⁰² Pinsker war bis zu den Ausschreitungen von 1881 in Russland einer der größten Anhänger der kulturellen Assimilation. Die Frucht seiner Erkenntnis vom Scheitern des Assimilationsmodells war eine Broschüre, die anonym in Berlin erschien und zu einem Meilenstein in der Entwicklung der zionistischen Idee wurde.¹⁰³

Das Manuskript verfasste Pinsker als Mahnruf an seine Stammesgenossen, in dem er die Lage der Juden seiner Zeit analysierte. Nach seiner Auffassung liegt der Kern der Judenfrage darin, dass die Juden ein unerwünschtes heterogenes Element im Schoße der Völker bilden, unter denen sie leben.¹⁰⁴ Der Grund, warum die Juden so verachtet würden, läge darin, dass bei der Beziehung der Völker zu den Juden nicht von einer *Ebenbürtigkeit* die Rede sei. Pinsker sieht in dem Akt der Emanzipation selbst nichts anderes als einen Ausdruck tiefster nationaler Demütigung. So genügt die bürgerliche und politische Gleichstellung der Juden nicht, um sie in der Achtung der Völker zu heben, denn sie ist und bleibt eine gesetzliche Emanzipation, die keinen gesellschaftlichen Rückhalt besitzt und man wird sie nie als einen spontanen Ausdruck menschlichen Gefühls sehen können.¹⁰⁵ Pinsker vertritt bezüglich des Antisemitismus die These, dass Vorurteile und Aberglauben nicht mit Argumenten beseitigt werden können, wie stark und klar diese auch sein mochten.¹⁰⁶ Eine mutige und revolutionäre These in einer Zeit als man glaubte, mit Überzeugungsarbeit und Geduld die Assimilation auch gesellschaftlich vollenden zu können.

Pinsker sah die Lösung der Judenfrage in einem Akt der jüdischen *Selbstbefreiung*, indem die Juden sich endlich als eine Nation sehen bzw. ihr nationales Dasein in der räumlichen Zusammenfassung aller Juden in einem ihnen allein gehörigen Territorium anstreben. Die Örtlichkeit des Territoriums ist ihm dabei nicht so sehr wichtig und er bestand nicht auf das Land Palästina, denn „nicht das »heilige« Land soll jetzt das Ziel [ihrer] Bestrebungen werden, sondern das »eigene«“.¹⁰⁷

Die zionistischen Ideen Pinskers waren durchaus nichts Neues, dennoch waren sie wie bei keinem seiner Vorgänger, abgesehen vom vergessenen Moses Hess (siehe unten), systematisch, klar und folgerichtig dargelegt. Und keiner vor ihm hat mit so viel Leidenschaft und Überzeugung über die Bedeutung der jüdischen *Selbsthilfe* und *Selbstbefreiung* geschrieben, sofern die Juden aus ihrer prekären Lage herauskommen wollen.¹⁰⁸ Und sein Manuskript wurde selbst von *Ben-Gurion* als die wichtigsten zionistische Schrift überhaupt gesehen, sogar bedeutender als Herzls ‚Judenstaat‘, denn Pinsker begründete nicht nur die Idee der ‚Unmöglichkeit der Assimilation‘, sondern vor allem auch die so genannte ‚Judenphobia‘ (die Angst vor den Juden), die sich später als ‚Antisemitismus‘ verbreitete und die für das zionistische Denken zeit- und raumübergreifend ist.

II/ Moses Hess: der sozialistische Zionist¹⁰⁹

Der deutsche Sozialist Moritz (Moses) Hess, stellte lange vor Pinsker (bereits 1840) fest: dass die Art und Weise, wie die Judenverfolgung in Europa und selbst im aufgeklärten Deutschland aufgefasst wird, einen Wendepunkt

101 Leon Pinsker (auch als Leo Pinsker bekannt) war ein Arzt und Journalist sowie ein Vorläufer und Wegbereiter des Zionismus. Pinsker wurde im Jahre 1821 in Tomaszow geboren, das zu dieser Zeit zum russischen Kongresspolen gehörte. Jedoch gilt er für Historiker als russischer Jude. Er starb 1891 in Odessa.

102 Pinsker, Leon: *Autoemanzipation* (1. Auflage 1882), verwendet wurde hier die 6. Auflage, Keller & Co./ Mährisch-Ostrau, 1933.

103 Laqueur, Walter, *Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus*, Europa Verlag, Wien, 1972, S. 88.

104 Pinsker, Leon: *Autoemanzipation...a.a.O.*, S. 5.

105 Ebenda, S. 11-12.

106 Ebenda, S. 10.

107 Ebenda, S. 21.

108 Laqueur, Walter, *Der Weg zum ... a.a.O.*, S. 88.

109 Moses Hess wurde 1812 in Bonn geboren und war ein deutsch-jüdischer Philosoph und Schriftsteller, ein Mitbegründer des deutschen und europäischen Sozialismus (Frühsozialismus) und später ein Vorreiter des sozialistischen Zionismus. Zusammen mit Karl Marx, Friedrich Engels u. A. war er im Kreise der Junghegelianer aktiv. Auf diesen hatte er bei der Weiterentwicklung der junghegelianischen Doktrin zum Kommunismus einen bedeutenden Einfluss. Mit Marx verband ihn zeitweise die Zusammenarbeit an der deutschen Ideologie. Hess sah die Frage der nationalen Identität als so wichtig für das moderne Leben an, wie die des Klassenbewusstseins. Der Sozialismus und der Zionismus wurzelten bei ihm in dem Wunsch nach Erlösung aus gesellschaftlichen Verhältnissen, die er als unterdrückend und antisemitisch auffasste. Hess starb im Jahre 1875 in Paris.

im Judentum hervorrufen muss. Existierende Scheidemauern zwischen den okzidental Juden und den europäischen Völkern wie „zu den Zeiten des traurigen religiösen Fanatismus“¹¹⁰ sind hier deutlich sichtbar. Bereits damals habe er seinen „jüdisch-patriotischen Gefühlen“ in einem Schmerzenschrei Ausdruck geben wollen, „der jedoch bald wieder erstickt worden ist durch den größeren Schmerz, den das europäische Proletariat“¹¹¹ in ihm erweckte.

Hess war, in Anlehnung an seinen Freund, den jüdischen Historiker *D. H. Grätz*, der Überzeugung, dass die jüdische Geschichte des nachalmudischen Zeitraums immer noch einen nationalen Charakter hat und nicht bloß eine Religions- oder Kirchengeschichte ist.¹¹² Im Jahre 1862 veröffentlichte Hess sein Buch ‚Rom und Jerusalem- Die letzte Nationalitätsfrage‘¹¹³. Die Herkunft des zuerst mystischen Titels wird bereits in der ersten Seite von Hess selbst angedeutet. Er schrieb:

„Mit dem feindlichen Verhältnis des Christentums zur Kultur hört auch sein feindliches Verhältnis zum Judentum auf; [] mit der Wiedergeburt Italiens auch die Wiederauferstehung Judäas. □ Auch Jerusalems verwaiste Kinder werden teilnehmen dürfen an der großen Völkerpalingenesis, an der Auferstehung aus dem totähnlichen Winterschlaf des Mittelalters mit seinen bösen Träumen“.¹¹⁴

An dieser Stelle soll an die Folgen des Krimkriegs und der damit verbundenen Umgestaltung Europas erinnert werden, zu der schließlich die politische und territoriale Neugestaltung des heutigen Italien gehörte. Solche weltpolitischen Ereignisse konnten an einem politisch engagierten Intellektuellen wie Moses Hess nicht einfach vorbeigehen.

Hess erstellte in diesem Buch eine Analyse des (deutschen) Antisemitismus, die zutiefst pessimistisch war. Die Lage der Juden sei ausweglos, da der Rassenantagonismus der Deutschen gegenüber den Juden naturwüchsig sei und selbst bei gebildeten Deutschen bestehe eine Rassenantipathie gegen jüdische Nationalitätsbestrebungen, die tief sitzt und mächtiger sei als jedes rationale Argument.¹¹⁵ Er greift aber auch die jüdischen Assimilationsanhänger, wie Mendelsohn, massiv an und meint, dass Assimilation, deren Anhänger die Ausmerzung der Zeichen des Judentums und die Verleugnung der eigenen Rasse hinnehmen würden, den Juden nicht retten würde und „selbst die Taufe erlöst ihn nicht von dem Alpdruck des deutschen Hasses. Die Deutschen hassen weniger die Religion der Juden als ihre Rasse, weniger ihren eigentümlichen Glauben als ihre eigentümlichen Nasen. □ Weder Reform noch Taufe, weder Bildung noch Emanzipation erschließt den deutschen Juden vollständig die Pforten des sozialen Lebens“.¹¹⁶

Der intellektuell-politisch denkende Moses Hess entwickelte in seinem Buch, unter Hinweis auf Erfolge anderer europäischer Nationalbewegungen, die Idee eines *Nationalstaates* für das *jüdische Volk* in Palästina. Er kam zu der Schlussfolgerung, dass die Lösung der Judenfrage die Rückkehr in die alte Heimat ‚Palästina‘ sei, nach der die Juden aus allen Winkeln der Erde ihren Blick immer gerichtet hätten. Seine Begründung bildete die später von Theodor Herzl weiter verfolgte These, dass die latent vorhandene Tendenz der Menschheit zum Antisemitismus, eine dauerhafte Assimilation der Juden in anderen Ländern ausschließt. Hess stellte vor allem die besondere weltgeschichtliche Bedeutung der ‚jüdischen Rasse‘ heraus, die allerdings nur durch die *territoriale Wiedergeburt Israels* zur Geltung kommen kann. Er schrieb dazu:

„Im Exil kann das Judentum nicht regeneriert [] werden. [] Die jüdische Volksmasse wird sich an der großen geschichtlichen Bewegung der modernen Menschheit erst dann beteiligen, wenn sie ein jüdisches Vaterland haben wird“.¹¹⁷

Nach dieser Schlussfolgerung versuchte Hess die jüdischen Gemeinschaften, insbesondere in Osteuropa, von der Notwendigkeit der Auswanderung nach Palästina zu überzeugen. Für ihn kam nur Palästina als Ort für den angestrebten jüdischen Nationalstaat in Frage und er zögerte nicht, sich bei der Begründung des Standortes (Palästina) kolonialer Ansätze zu bedienen. Neben der altbekannten und magischen *göttlichen Verheißung*, bot Palästina die günstige *geostrategische Lage* auf der Route nach Indien und China. Hess knüpfte hier an und hoffte bei der jüdischen nationalen Wiedergeburt in Palästina auf Hilfe der Großmächte, vor allem von der

110 Hess, Moses: *Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalfrage*, 1862, in: Hess, Moses: *Ausgewählte Schriften*, ausgewählt und eingeleitet von Horst Lademacher, Josef Melzer Verlag, Köln, 1. Auflage 1962, S. 241.

111 Ebenda, S. 240; zu der Zeit war er mit seinen sozialistischen Schriften beschäftigt (Anm. d. V.).

112 Ebenda, S. 225.

113 Hess' Buch ‚Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalfrage‘ erschien zum ersten Mal 1862, wurde dann hundert Jahre später (1962) von Horst Lademacher in seinem Buch ‚Hess, Moses: Ausgewählte Schriften‘ wieder publiziert (siehe oben).

114 Hess, Moses: *Rom und Jerusalem ... a.a.O.*, S. 223.

115 Ebenda, S. 234.

116 Ebenda, S.235.

117 Ebenda, S.287.

Kolonialmacht Frankreich, da er glaubte, dass Frankreich – die Wiege der großen Revolution und Aufklärung – daran gelegen sein müsse, „die Straße nach Indien und China von Völkern besetzt zu sehen, die ihm bis in den Tod folgen, um die geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, die ihm seit seiner großen Revolution zugefallen ist“.¹¹⁸

Hess erkannte aber auch, dass ein jüdischer Nationalstaat ohne den Schutz der europäischen Großmächte nicht lebensfähig sein kann. Weder an jüdischen Arbeitern, noch an jüdischen Talenten und schon gar nicht an Kapitalien würde es dem jüdischen Staat fehlen; was der israelische Staat hingegen bitter notwendig hätte, wäre die Gönnerschaft und den Schutz einer oder mehrerer Großmächte. Und die Juden würden sich für die großmütige Hilfe als sehr dankbar erweisen.¹¹⁹ Dazu soll erwähnt werden, dass Hess seine Schrift zu jener Zeit verfasste, als die *neue orientalische Frage* in Europa und sogar in den USA von neuem aufgeworfen und Überlegungen zur „Loskaufung Palästinas“¹²⁰ und Wiederherstellung des alten Judäa entwickelt wurden. Dieser Aspekt zeigt deutlich, dass die Gründung eines jüdischen Nationalstaates von Hess, lange vor Theodor Herzl, in direktem Zusammenhang mit den kolonialistischen Interessen der europäischen Großmächte gesehen wurde.

Für seine Ideen wurde der ‚Sozialist‘ Hess – für viele religiöse Juden war er auch ein Atheist – sowohl aus den Reihen der Reformjuden wie auch der orthodoxen Seite heftig kritisiert. Denn er strebte eine ‚Regeneration des Judentums‘ an, die Assimilation, also ein Aufgehen in anderen Nationen, verwarf er. Zugleich unterwarf er die jüdische Orthodoxie einer fortwährenden ‚geistigen Erneuerung‘, sprich er vertrat eine *dynamische* Kategorie des Judentums.¹²¹ Er sah im Judentum eine weltgeschichtliche Mission, deren Zeit gekommen ist. Jedoch erfüllte sich für ihn die Messianische Erwartung in der Bildung des nationalen Staates bzw. in der Anerkennung des jüdischen Patriotismus. Sein jüdisches Zukunftsbild stellte er in einen allumfassenden Menschheitsrahmen und er begriff das Judentum dabei als Ausgangspunkt einer Erneuerung, „die der ganzen Menschheit zum ewigen Heile reichen wird“.¹²² Gerade dieser Aspekt, nämlich das ‚*Heil‘ der gesamten Menschheit mit der ‚nationalen Wiederauferstehung‘ der Juden gleich zu stellen*, wurde später unaufhörlich als Eckstein der zionistischen Ideologie gesehen. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum Hess auch als der Gründer des so genannten ‚*sozialistischen Zionismus*‘ gesehen wird.

III/ Rabbi Yehuda Alkalai

Die Idee der nationalen Wiedergeburt der Juden in Palästina war die Kernaussage von Hess Analyse. Jedoch wurde die Angelegenheit einer jüdischen politischen Unabhängigkeit bzw. Wiederherstellung des ‚Landes von Israel‘ bereits im Jahre 1834 vom *Rabbi Yehuda Solomon Alkalai* (1798-1887)¹²³, vermutlich als ersten, thematisiert.¹²⁴

Bis Ende der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts gab es vereinzelte Zuwanderungsströme mancher religiöser jüdischer Gruppen in das Heilige Land, die rein religiös handelten und in der Nähe der heiligen Stätten leben wollten. Diese Gruppen hatten keine Verbindung zu den Aufrufen mancher nichtjüdischer Abenteurer, die aus verschiedenen Gründen einen jüdischen Staat im Orient gründen wollten. Mit Rabbi Yehuda Alkalai begann, wenigstens theoretisch, jene Epoche zionistischer Geschichte, die die Keimzelle des Zionismus bildete, aus der viel später der jüdische Staat, in seiner politischen und sozialen Begrifflichkeit, geboren wurde. Bereits vor seiner Schrift ‚*Höre o‘ Israel*‘ von 1834 rief er die Juden dazu auf, Palästina zu besiedeln. Diese Aufrufe standen jedoch in Widerspruch zum bisher verbreiteten jüdischen Glauben, dass die Erlösung der Juden nur durch das Gebet kommen kann, das die Wiederkehr des lange erwarteten Messias beschleunigen kann. Diese gläubigen Juden betrachteten Alkalais Aufrufe als Ketzerei und bekämpften sie heftig. Zuerst war Alkalai in die Studien der jüdischen *Kabbala*¹²⁵ vertieft und erstellte *Zeitberechnungen, die das Jahr 1840 als das Jahr der Erlösung der Juden proklamierte. Als seine Voraussagen nicht zutrafen, änderte er seine Meinung und behauptete, dass*

118 Ebenda, S.297.

119 Ebenda, S.288.

120 Ebenda, S.279.

121 Ebenda, S.40; Vgl. auch Hess‘ ‚siebenten Brief, S. 251-257.

122 Ebenda, S.41; Vgl. auch Hess‘ zweiten Brief, S.229-230.

123 Alle Angaben über Rabbi Yehuda Solomon Alkalai entnommen aus der Webseite ‚Zionism and Israel‘: http://www.zionism-israel.com/bio/alkalai_biography.htm sowie aus Jiryis, Sabri, *A History of Palestine ... a.a.O.*, S.71-76.

124 Der erste Jude, der zur Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina war der Rabbi Yehuda Solomon Alkalai (1798-1887). 1834 griff die Angelegenheit einer jüdischen politischen Unabhängigkeit bzw. Wiederherstellung des Lands von Israel zum ersten Mal auf. Somit gilt er, vor Herzl, als der eigentliche Gründer des politischen Zionismus. Siehe mehr dazu in http://www.zionism-israel.com/bio/alkalai_biography.htm, sowie Jiryis, Sabri, *A History of Palestine ... a.a.O.*, S.71-76.

125 Die Mystik der jüdischen Religion. Ziel und Bestreben des Kabbalisten ist es, alles zu erreichen, dessen ein Mensch, als ein denkendes und fühlendes Wesen, das höchste aller Geschöpfe unter der Gnade des Schöpfers, fähig sein kann.

die Erlösung nicht auf einmal komme, sondern mit Hilfe einer fleißigen Vorbereitungsarbeit der Juden verbunden sein müssen. Die Juden müssen eine viel größere Arbeit leisten, um alle Angehörigen des Judentums in Palästina anzusammeln. Nur dann wird Gott die aufrichtige Reue der Juden für ihre Sünden anerkennen und folglich die Rückkehr des Erlösers erlauben.

Alkalai, der in Sarajewo/ Bosnien, geboren wurde war natürlich von den Nationalstaatenbestrebungen der europäischen Völker seiner Zeit direkt beeinflusst, insbesondere von der serbischen Nationalbewegung gegen das osmanische Reich. Er sah die Besiedlung Palästinas nur mit Hilfe der reichen Juden als möglich an, da sie, so meinte er, genug Macht besaßen, um das äußere politische Umfeld zu beeinflussen sowie über interne Angelegenheiten der Juden zu entscheiden. Diese hätten keine Schranken, die ihnen verbieten würden, die Großmächte um Erlaubnis zur Rückkehr der Juden in das Land der Väter zu bitten. Ein anderer Aspekt, den Alkalai fleißig verfolgte war die Wiederbelebung und Erneuerung der *hebräischen Sprache* und derer Vereinheitlichung. Denn er glaubte, dass die Juden, wenn sie wieder in Palästina sind, ohne eine gemeinsame Sprache niemals eine erfolgreiche Nation sein würden. Dazu verfasste er ein Lehrbuch über die hebräische Sprache und ihre Regeln, das später die Grundlage der Wiederbelebung der hebräischen Sprache bilden sollte.

In seinen letzten Lebensjahren wanderte Alkalai nach Palästina aus und starb 1887 in Jerusalem. Vorher versuchte er eine Kolonisationsaktivität in Palästina zu starten, ohne Erfolg. Dennoch gilt er als einer der Führer und Vorreiter der zionistischen Ideologie. Seine Ideen beeinflussten viele Juden seiner Zeit, insbesondere seinen Kollegen und Mitstreiter Rabbi *Zwi Hirsch Kalischer* (1795-1874), der später neben Moses Hess zu den wichtigsten zionistischen Akteuren gehören sollte.

IV/ Rabi Kalischer¹²⁶

Rabbi *Kalischer* war der Rabbi der ehemals deutschen Stadt Thorn (heute in Polen) und war in seinen letzten fünfzig Lebensjahren einer der ersten zionistischen Vorreiter des religiösen Lagers. Neben seiner Arbeit für die Gemeinde engagierte sich Kalischer sein ganzes Leben lang für die Ansiedlung in *Eretz Israel*, die für ihn der notwendige erste Schritt vor der Ankunft des Messias war. Als einer der ersten, die offen die Meinung vertraten, dass es einen aktiven menschlichen Beitrag zur Erlösung des jüdischen Volkes geben müsse, und trotz dem enormen Widerstand seitens der orthodoxen Juden, nahm Kalischer bereits in den 1830er Jahren Kontakte mit den reichen jüdischen Familien, wie den Rothschilds, auf und schlug ihnen vor, Palästina von seinem Herrscher *Mohammad Ali Pascha* (1831-1840) zu kaufen, um das Land mit osteuropäischen jüdischen Einwanderern zu besiedeln. Als diese Versuche fehlschlagen, wendete er sich mit derselben Idee an *Sir Moses Montefiore*.

1862, wenige Monate vor Moses Hess' ‚Rom und Jerusalem‘ veröffentlichte Kalischer sein Werk ‚Drischat Zion‘ (Die Suche nach Zion), in dem er die These aufstellte, dass die Erlösung der Juden auf zwei Ebenen stattfinden werde, sowohl auf der irdischen Ebene, eben durch die Rückkehr nach ‚Eretz Israel‘ und die Arbeit im Land, sowie auf der überirdischen Ebene durch die Ankunft des *Messias*. Das neue an Kalischers Argumentationen liegt darin, dass er bemüht war, seine Behauptungen und religiösen Auslegungen der *Tora* mit Zitaten aus den alten weisen Schriften des Talmuds, zu untermauern, um die Fehler seiner Vorgänger zu vermeiden, die von den Orthodoxie wie Ketzer verfolgt wurden. So kam er auf die dringende Notwendigkeit der Kolonisierung Palästinas und fasste die Gründe hierfür in vier Hauptaspekten zusammen:

- A) *Erster Aspekt*: Für die Kolonisierung spricht das Prinzip der Nationalität. Wie alle anderen Völker sollen die Juden auch mit der größten Opferfreudigkeit ihr Blut und Gut einsetzen, um ihre Nationalität, das nationale Besitztum, das heiligste Erbgut der Väter, wieder zu erlangen;
- B) *zweiter Aspekt*: Die Kolonisierung Palästinas sei eine heilige Pflicht, Wohltätigkeit das bestgeeignete Mittel, den frommen Brüdern in Palästina Hilfe zu leisten. Spenden, hingegen machen diese „treuen Hüter des Heiligen Grabes der jüdischen Nationalität“¹²⁷ zu Bettlern und lösen ihre Probleme nicht;
- C) *dritter Aspekt*: Für sein Ziel spricht, dass mit der Verwirklichung dieses Planes viele Gebote aus der *Tora* erfüllt werden können, die an den Boden Israels geknüpft sind, und zu der jeder Israelit verpflichtet ist; und

¹²⁶ Angaben über Rabbi Zwi Hirsch Kalischer wurden entnommen aus der Webseite ‚Judentum und Israel‘: www.HaGalil.com, sowie aus:<http://www.zionismus.info/grundlagentexte/vordenker/kalischer/...html>; sowie aus der Webseite ‚Jewish Agency for Israel‘: www.jafi.jewish-life.de (http://jafi.jewish-life.de/zionismus/people/Zwi_Hirsch_Kalischer.html); sowie aus Jiryis, Sabri, *A History of Palestine ... a.a.O.*, S.71-76.

¹²⁷ So bezeichnete Kalischer in seinem Buch „Dreschat Zion“ die Juden, die zu seiner Zeit in Palästina lebten. Die Bezeichnung ist eindeutig dem Slogans des Heiligen Krieges der Kreuzritter entnommen, die das Grab Christi von den Händen von Muslimen und Ketzern befreien sollten. Siehe Kalischers Buch-Ausschnitt in Hess, Moses: *Rom und Jerusalem... a.a.O.*, Seite 291

D) *vierter Aspekt*: Durch die Erreichung dieses Zieles bringen die Juden auch die göttliche Erlösung um einen großen Schritt näher, denn sie erfüllen dadurch die Vorbedingung zu ihrer künftigen Erlösung.

Kalischers Buch ‚Dreschat Zion‘ hatte einen starken Einfluss auf einige jüdische Denker dieser Zeit. Selbst der Sozialist Moses Hess war von seinen Ideen angetan und griff Teile dieser Schrift in seinem Buch ‚Rom und Jerusalem‘ auf. Hess nahm insbesondere den Teil von Kalischers Buch auf, in dem Kalischer sich an die reichen und mächtigen Juden wandte, Männer wie Montefiore, Albert Cohn, Rothschild, Fould und andere, die er als *wahre jüdische Fürsten* bezeichnete, um eine *Gesellschaft zum Aufbau des Heiligen Landes* ins Leben zu rufen. Kalischer hatte sogar eine Vorstellung vom Programm bzw. der Tätigkeit dieser Gesellschaft.

Zusammengefasst könnten diese Tätigkeiten aus folgenden Aktivitäten bestehen¹²⁸:

1. *Landkauf*: Geldspenden sammeln, um Boden im heiligen Lande aufzukaufen. Hier bezeichnete Kalischer viele palästinensische Städte als öde und sogar den fruchtbaren und kultivierten Norden Palästinas als eine *„Wüste zum Libanon und einen Trümmerhaufen“*;
2. *Ansiedlung von Juden*: Förderung der Landwirtschaft in Palästina durch die Ansiedlung russischer, polnischer und deutscher Juden, die unter der Leitung von geschulten Landwirten Feldarbeit betreiben sollen;
3. *Militär und Sicherheit*: Anstellung militärisch geschulter Stammesgenossen (Juden), um die räuberischen Einfälle der Beduinen abzuwehren, Polizeifunktion auszuüben, dem Gesetz Kraft zu geben und die Ordnung im Lande herzustellen ; sowie
4. *Bildung*: Gründung einer landwirtschaftlichen Schule, um junge Juden in praktischen Ackerbau in Palästina zu unterrichten.

Die Ideen Kalischers trugen noch zu seiner Lebenszeit Früchte. Mit der Eröffnung der landwirtschaftlichen Schule ‚Mikwe Israel‘ (bei Jaffa) im Jahre 1870, sah Kalischer den Beginn der Verwirklichung seiner Ideale, da die Gründung landwirtschaftlicher Schulen für die Jugend von Beginn an zu seiner Vision gezählt hatte. Kalischer erwog sogar, auf Einladung des Schuldirektors nach *Mikwe Israel* zu übersiedeln, um die Einhaltung der Gebote, die in Zusammenhang mit Eretz Israel stehen, zu prüfen, wozu es jedoch nicht mehr kam.

Die Ideen und Vorschläge Kalischers hatten einen unübersehbaren Einfluss auf den politischen Zionismus, der Ende des 19. Jahrhundert Gestalt annahm. Das zionistische Programm nach dem ersten Zionistenkongress in Basel (1897) war im Wesentlichen eine Weiterentwicklung von Kalischers Vorschlag von 1862, gepaart mit den sozialistischen Gedanken Moses Hess‘, um die größtmögliche Basis der Weltjuden zu erreichen. Dies sollte eines der stärksten Merkmale des modernen Zionismus sein, nämlich die Fähigkeit, religiöse und weltliche Juden aller Richtungen zu absorbieren und für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren.

1.4.3 Die ersten jüdischen Siedler in Palästina

Anfang der 1880er Jahre und mit Ausbruch der Gewaltakte gegen die Juden in Osteuropa begannen, wie vorhin geschildert, eine große Anzahl der Ostjuden auszuwandern. Ein Teil dieser Juden, wenn auch ein relativ kleiner, ging nach Palästina und bildete den ersten Kern der so genannten ‚Ersten Alija‘. Im Jahre 1882 und mit der neuen jüdischen Zuwanderung von mehr als zwanzig Tausend osteuropäischen Juden zählte man in Palästina insgesamt 24.000 Juden.¹²⁹ Jedoch fanden die zionistischen Versuche zur Kolonisierung Palästinas lange vor 1882 statt, wenn auch diese Versuche zum überwiegenden Teil von einzelnen jüdischen Gruppen unternommen wurden.

Im Jahre 1855, mit der Ankunft zahlreicher jüdischer Pilger und Rabbiner, zählte man insgesamt rund 11.000 Menschen jüdischer Religion unter den etwa 400.000 Einwohnern Palästinas. Jedoch war diese jüdische Gemeinschaft keineswegs homogen.¹³⁰ Bis Ende der Siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts existierten noch keine Siedlungen rein jüdischen Charakters. Im Jahre 1868 verzeichnete man etwa 13.000 Juden in Palästina, von denen nur eine Minderheit (etwa 15%) einer einträglichen Beschäftigung nachging. Und es gab keine jüdi-

128 Hess, Moses, *Rom und Jerusalem ... a.a.O.*, S.290.

129 Angaben aus: Israeli Central Bureau of Statistics (ICBS), statistical abstract 2007, in www.cbs.gov.il.

130 Weinstock, Nathan, *Das Ende Israel? ...a.a.O.*, S.70.

schen Landwirte innerhalb dieses Gemeinwesens.¹³¹ Der jüdische Bevölkerungsanteil lebte zum überwiegenden Teil, wie die Juden der meisten damaligen Länder, in den größeren Städten des Landes, vor allem aber in Jerusalem, in Safad und in Tiberias.¹³² In jener Zeit waren die sozioökonomischen Bedingungen der Juden in Palästina denen der Juden in Osteuropa in vielen Aspekten ähnlich, mit dem Unterschied, dass sie vom Rest der Bevölkerung nicht diskriminiert wurden. Die Gesamtbevölkerung Palästinas lebte damals unter miserablen ökonomischen Bedingungen, genauso wie die Juden.

Erst im Verlauf der 1870er Jahre begann sich diese Situation allmählich zu verändern. 1870 wurde in der Nähe von Jaffa, nach den Idealen von Rabbi Kalischer, die landwirtschaftliche Schule ‚Mikwe Israel‘ gegründet, die der Ausbildung jüdischer Siedler, die in der Landwirtschaft tätig werden wollten, dienen sollte. Erst im Jahre 1878 wurde die erste rein jüdische Siedlung in Palästina, ‚Petach Tikva‘ von religiösen Juden aus Jerusalem in der Nähe von Jaffa gegründet. Jedoch musste dieses Siedlungsprojekt sehr bald aufgegeben werden, da die Siedler, die keine Erfahrung in der Landwirtschaft hatten, ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten hatten und von verschiedenen Krankheiten befallen wurden. Später wurde sie jedoch auf dem Boden des palästinensischen Dorfes ‚Malb‘¹³³ erneut gegründet und spielte später als die *Mutter aller zionistischen Siedlungen in Palästina* eine wichtige Rolle innerhalb der zionistischen Gemeinschaft in Palästina: Petach Tikva wurde zu einer Übergangsstation der jüdischen Siedler aus Russland und Polen während der ‚Zweiten Alija‘ (1904-1914). Auf der Basis der existierenden Kontakte zwischen den Siedlern und den arabischen Arbeitern aus der Umgebung, die sie beschäftigten, entwickelten die Ideologen der zionistischen Arbeiterbewegung einige ihrer Theorien und Prinzipien bezüglich der Schaffung einer zionistischen Entität in Palästina, wie die Prinzipien der ‚hebräischen Arbeit‘¹³⁴, die die Stagnation der einheimischen arabischen Ökonomie bei gleichzeitigem Ausschluss arabischer Arbeitskräfte in den so genannten zionistischen Kollektivsiedlungen vorsahen, die exklusiv rein jüdische Arbeitskräfte beschäftigen sollten.

1.4.4 Die ersten beständigen zionistischen Siedlungen in Palästina

Die Siedlungsprojekte vor der Wende von 1881 waren überwiegend religiöser Natur und waren offensichtlich nicht politisch motiviert. Die Anhänger von Rabbi Kalischer bildeten hier eine große Ausnahme, denn diese wollten in der Tat eine nationale Wiedergeburt der Juden in Palästina erreichen. Wie auch immer, diese Siedlungsprojekte befanden sich in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Glaubensbrüdern in Europa und die Siedler hatten dabei keine eigene ökonomische Motivation. Noch wichtiger war, dass sie mit den einheimischen Arabern im Großen und Ganzen in Harmonie lebten, da die Palästinenser in ihnen noch keine Gefahr für die eigene Existenz sahen. Das blieb jedoch nicht lange so.

Wie oben festgestellt wurde, führten die kaiserlich-russischen Pogrome von 1881 und die dadurch verursachte Massenmigration der osteuropäischen Juden zur Verschärfung der Judenfrage. Eine geistige und politische Auseinandersetzung in den jüdischen Kreisen in Ost wie West war ein folgerichtiger Nebeneffekt dieser Verschärfung der Lage. Die Ostjuden befanden sich, sozioökonomisch und politisch, in einer äußerst prekären Lage und mussten einen Ausweg finden. Den Westjuden war völlig klar, dass ein jüdischer Massenzustrom aus Osteuropa den Antisemitismus im Westen wieder entfachen könnte und folglich ihre privilegierte Lage gefährden würde. Daher durfte, aus ihrer Sicht, die Zuflucht der Ostjuden keineswegs in den Westen führen, darüber waren sich alle einig: die westeuropäischen Staaten, die Westjuden, etwas später die USA und vor allem die zionistische Bewegung, für die es nur ein einziges territoriales Ziel und nur einen möglichen Zufluchtsort gab: Palästina.

Im Sommer 1881, und infolge der direkten Angriffe gegen Juden in Russland und Polen, begann eine neue Welle jüdischer Emigration aus Osteuropa. Die meisten gingen nach Amerika. Geringe Zahlen (etwa 20.000) wanderten nach Palästina aus. Zuerst war diese Immigration spontan und unorganisiert. Aber bald, (1881-1882), wurden nach Aufrufen einiger zionistischer Führer und Intellektueller, *Vereine* in verschiedenen Orten in Russland unabhängig voneinander gegründet, die

- die jüdische Auswanderung nach Palästina förderten;

131 Ebenda.

132 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ...a.a.O.*, S.56.

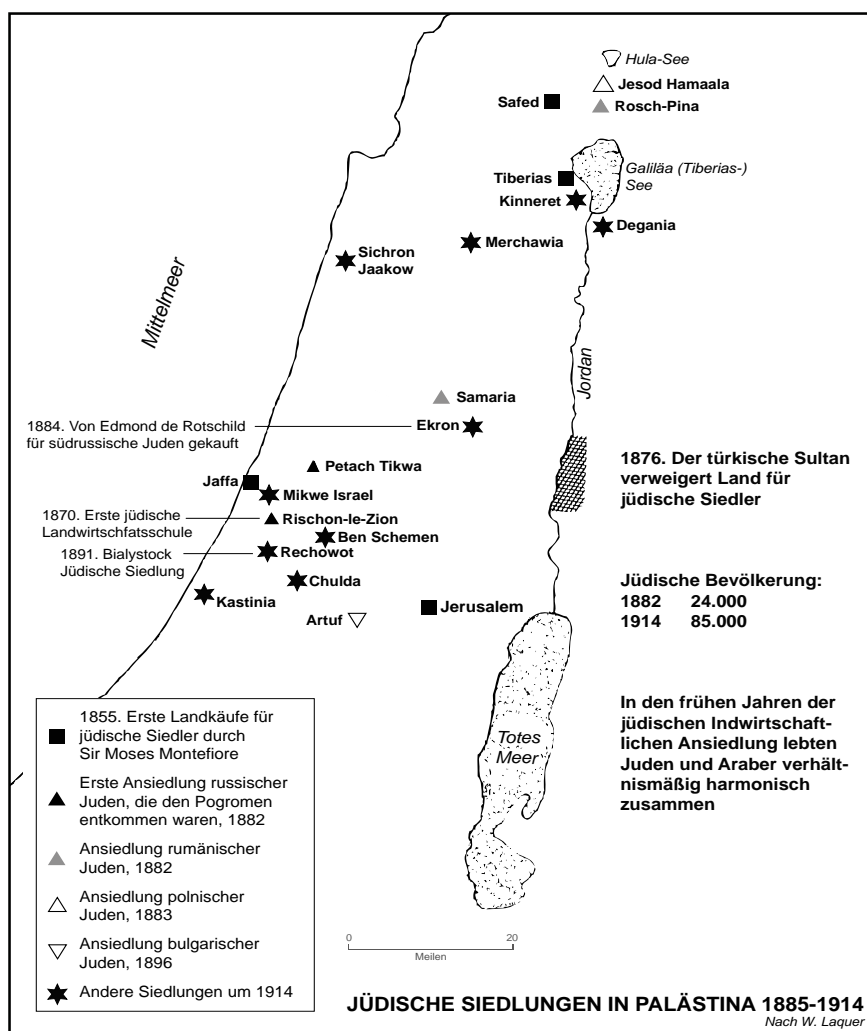
133 Ebenda.

134 Jiryis, Sabri, *A History of Palestine...a.a.O.*, S.69.

- die Emigranten betreuen; und
- den Lebensunterhalt der Emigranten in Palästina absichern sollten.¹³⁵

Spenden wurden für diesen Zweck gesammelt. Die neue Qualität dieser Siedlerbewegung war die Tatsache, dass diese Siedler und die Genossenschaften, die sie unterstützten, politisch motiviert waren.

Die Siedlerbewegung aus Russland, Polen und Rumänien, die die ersten zionistischen Siedlungen in der Zeit zwischen 1881 und 1904 gegründet haben, bezeichnet man als die *Lover of Zion*-Bewegung. Bekannt ist diese Migrationswelle auch als die ‚Erste Aliya‘. Nach dem missglückten Versuch von 1878 (*Petach Tikva*) konnten die *Lover of Zion* im Jahre 1882 mit Hilfe des Stellvertretenden britischen Konsul in Jaffa, trotz des Widerstandes des türkischen Statthalters von Jerusalem, ein Stück Land zwölf Kilometer südlich von Jaffa von den türkischen Behörden kaufen. Auf dem 3340 Dunum (1 Dunum = 1000 m²) großen Gelände entstand dann im August 1882 tatsächlich die Basis der ersten beständigen, zionistisch-jüdischen Ansiedlung in Palästina, die Siedlung ‚Rishon le Zion‘ (Hebräisch: die erste für Zion).¹³⁶ Diese Siedlung wurde von osteuropäischen Juden gegründet, die fast ausschließlich Handwerker und Intellektuelle waren und die nach dem Ausbruch der Judenpogrome von 1881 ihre Heimatländer in Osteuropa verlassen hatten.



Karte 1-5: Jüdische Siedlungen in Palästina, 1885-1914.

Ein Teil der Auswanderer verstand ihre Siedlungstätigkeit als Rückkehr nach Zion und war von den jüdisch-nationalistischen Ideen dieser Zeit stark beeinflusst. Sie wollten mit ihrer Siedlungstätigkeit die jüdische Nation in Palästina auf der Basis der Landwirtschaft aufbauen. Für die deutsche Raumforscherin Viktoria Waltz war dieser Teil der Einwanderer „bereits Vertreter einer zionistischen Idee, wenn auch der organisierte Zionismus als politische Bewegung erst ab 1897 existiert“.¹³⁷

135 Laqueur, Walter, *Der Weg zum ... a.a.O.*, S.92.

136 Jiryis, Sabri, *A History of Palestine ... a.a.O.*, S.103, sowie Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ...a.a.O.*, S.56.

137 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S. 57.

Im Rahmen dieser Zielsetzung wurden in den ersten Jahren fünf weitere landwirtschaftliche Siedlungen gegründet, vor allem in der Küstenregion und in der Nähe des Jordantals. Jedoch drohte dieses Vorhaben der ‚Pioniere der landwirtschaftlichen Kolonisation‘ sehr bald zur Katastrophe zu werden, da die Siedler nicht über die erforderlichen landwirtschaftlichen Kenntnisse verfügten und das Siedlungsprojekt daher vor dem finanziellen Ruin stand. Unter diesen Umständen waren die Siedler dringend auf die finanzielle Unterstützung der Glaubensbrüder im Ausland angewiesen. Diese wurde dann 1883 vom französischen Baron Edmond Rothschild gewährt. Er stellte die Siedlungen unter seine Verwaltung und ließ bis zum Jahre 1899 vierzehn weitere Siedlungen in Palästina errichten. Im Jahre 1899 lebten in diesen Siedlungen 4.983 jüdische Siedler auf einer Fläche von insgesamt 275.000 Dunum, jedoch in völliger Abhängigkeit von Edmond Rothschild.¹³⁸

Waren die Jahre 1882-1884 für die *Lover of Zion* der Beginn ihrer Siedlungsaktivitäten in Palästina, so erlebten sie zur gleichen Zeit das Ende ihrer unabhängigen Aktivitäten. Das war einer der wichtigsten Aspekte, die Theodor Herzl an den bisherigen Methoden zur Ansiedlung von Juden in Kolonien, wie in Palästina und Argentinien, kritisierte. In seinem Tagebuch notierte Herzl am 02. Juni 1895 seine Unterredung mit Baron Hirsch in Paris, in der er versuchte, Hirsch von der Sinnlosigkeit seiner und Rothschilds Siedlungsunternehmen in Argentinien und Palästina zu überzeugen: „Um die Juden aufs Land zu ziehen, müssten Sie ihnen ein Märchen der Goldgewinnung erzählen. Phantastisch konnte es so lauten: Wer ackert, sät und erntet, findet in der Garbe Gold“ [und da die Ernte am Anfang klein sein wird müsste man den Bauern sagen:] „Wer am besten wirtschaftet, bekommt eine Prämie, die sehr hoch sein kann“.¹³⁹ Herzl war offensichtlich strikt gegen das Prinzip der Wohltätigkeit bzw. direkter Finanzhilfe zur Motivation des Zuzugs von Juden in die Kolonien. Abgesehen davon war er davon überzeugt, dass die Kolonien keine wirkliche Lösung der Judenfrage seien, da die bisherigen Kolonisierungsversuche in Palästina und Argentinien „nach dem falschen Prinzip der Infiltration von Juden“¹⁴⁰ stattgefunden haben, die immer schlecht enden musste. Es sei eine Frage der Zeit, bis die Regierungen auf Drängen der sich bedroht fühlenden Bevölkerung den weiteren Zufluss von Juden absperren würden. Folglich habe die Auswanderung nur dann einen Sinn, so Herzl, wenn ihre Grundlage eine *gesicherte Souveränität* der Juden ist.¹⁴¹

Einige Jahre später, 1899, und trotz allen finanziellen Aufwands, gelang es Edmond Rothschild nicht, die bestehenden 19 Siedlungen in Palästina auf eine wirtschaftlich gesunde Basis zu bringen. Das Scheitern war vorprogrammiert, und die Rothschild'schen dirigistischen Verwaltungsmethoden waren an sich, langfristig gesehen, der eigentliche Grund für das Scheitern des kolonialen Projekts in seinen ersten Phasen. Unter diesem System der Loyalität gegenüber dem Gönner Rothschild sowie der absoluten Kontrolle und der Einmischung in jede Angelegenheit der Siedler von Seiten der Verwalter, haben diese die Siedlungen nach Belieben verwaltet und genossen dabei die Privilegien einer regierenden Schicht, der sich die Siedler nicht widersetzen konnten.¹⁴² Sie unterschieden sich nicht viel von den Effendis, die die einheimischen palästinensischen Bauern ausgebeutet haben. Folglich waren Korruption und schlechte Ergebnisse die Folge.

1.4.5 Die Geburt des modernen politischen Zionismus

Die oben geschilderten schwierigen Lebensumstände der Siedler waren den Führern und Ideologen der *Lover of Zion* sehr wohl bekannt und sie versuchten, diese zu korrigieren, einige verlangte sogar, die Aktivitäten der Bewegung grundsätzlich zu überdenken. Einer der ersten dieser Aktivisten war der russische zionistische Philosoph *Ascher Ginsburg* (1856-1927), berühmt unter seinem Pseudonym ‚Achad Ha'am‘¹⁴³ (Hebräisch: einer aus dem Volk), mit dem er seine kritische Schriften und Artikel unterschrieb. Achad Ha'am gilt als der Vater des so genannten *kulturellen Zionismus* und war einer der herausragenden Kritiker der *Lover of Zion*-Bewegung. Im Jahre 1889 schrieb er sein erstes Essay über ein zionistisches Thema: ‚Das ist nicht der Weg‘, in dem er den Führern der Bewegung unterstellte, dass ihr Interesse darauf beschränkt sei, wenige armselige Siedlungen in Palästina gedeihen zu sehen. Als dies nicht geschah, versuchten sie die Schuld auf Rothschild und seine Verwalter zu schieben. Er warf ihnen vor, dass sie, da sie große Taten zu früh vollbringen wollten, auf den natürlichen langen Entwicklungsweg zur Umsetzung einer Idee (die Kolonisierung Palästinas) verzichteten und

138 Jiryis, Sabri, *A History of Palestine ... a.a.O.*, S. 117-119, sowie Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr... a.a.O.*, S.57.

139 Zitat aus einem Notiz in Herzls Tagebuch vom 02. Juni 1895, nach einem Treffen mit Maurice de Hirsch, in: Herzl, Theodor: *Briefe und Tagebücher*, Bd. 2, *Zionistisches Tagebuch 1895 bis 1899*, Propyläen Verlag, 1983, S.59.

140 Herzl, Theodor, *Der Judenstaat: Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*, Breitenstein Verlag, Wien, 1896 (1. Auflage). Die hier verwendete Ausgabe: 2. Auflage, Manesse Verlag, Zürich, 1996 (Manesse Bücherei; Bd. 18); Zitat auf S.39.

141 Ebenda, S.40.

142 Jiryis, Sabri, *A History of Palestine ... a.a.O.*, S.123-124.

143 Angaben über Achad Ha'am sind entnommen aus Jiryis, Sabri, *A History of Palestine ... a.a.O.*, S. 127-130.

stattdessen eine junge Idee realisieren wollten, bevor sie reif genug war. Und wegen dieser Ungeduld scheiterte ihre Arbeit. Er meinte weiter, dass sie sich übertrieben viel für kleine Taten interessieren, statt für das große Ziel zu arbeiten, nämlich, gemäß Moses' Tora, sich für den Erfolg der gesamten Nation im Vaterland, ohne Rücksicht auf das Glück einzelner Personen einzusetzen. Nicht die Menge solle in dieser Phase die Messlatte der zionistischen Arbeit in Palästina sein, sondern ihre Qualität, und diese könne nur dann erreicht werden, wenn man die Herzen des Volkes gewinnt, was viele Jahre Arbeit brauche.

Achad Ha'am glaubte an die jüdische Renaissance und an das jüdische ethische System, das die nationale Identität unterstützt. Er glaubte zwar, dass Antisemitismus kein vorübergehendes Phänomen ist, das mit dem Fortschritt der Menschheit verschwindet, dennoch lehnte er es ab, den Antisemitismus als den Motor zur nationalen Wiedergeburt des Judentums zu akzeptieren. Seine These baute auf der Theorie der *jüdischen Mission unter den Nationen* auf – ein ureigenes Thema der jüdischen *Haskala*¹⁴⁴, deren Hauptziele die Erneuerung und Säkularisierung der jüdischen Religion war – und hob die Notwendigkeit der Reformation der Juden im Exil als Vorbedingung ihrer Rettung hervor. Achad Ha'am wollte mit seiner Theorie alle Probleme des Judentums lösen, als Religion, als Mission sowie als Kultur und nicht die Lösung der Probleme der Juden als Individuen. Gemäß diesen Gedanken, erklärte er, dass das Ziel des Zionismus die Errichtung eines ‚Nationalen und Spirituellen Zentrums‘ in Palästina sein muss, das die Kontinuität und Weiterentwicklung des Weltjudentums und nicht die politische und wirtschaftliche Basis des jüdischen Volkes garantieren soll.¹⁴⁵

Mit seinen Artikeln provozierte Achad Ha'am leidenschaftliche Reaktionen in den Reihen der Zionisten, da seine Ideen den fundamentalen Prinzipien der *Lover of Zion*-Bewegung widersprachen. Vor allem der zionistische Gelehrte und Verfechter des so genannten *politischen Zionismus* Moshe Lilienblum (1843-1910) befand sich bis zu seinem Tode mit Achad Ha'am in einer langen und heftigen Diskussion. Lilienblums Verständnis des Zionismus basierte, genauso wie bei Theodor Herzl, auf dem Aspekt des ‚negativen Antisemitismus‘, das heißt auf der ‚Existenz eines externen Feindes‘, der die Juden vereinen kann.¹⁴⁶ Achad Ha'ams Grundideen standen offensichtlich im Widerspruch zum politischen Diskurs des Zionismus, der wenige Jahre später vorherrschen sollte.

1.4.6 Theodor Herzl – ein umstrittener Pragmatiker und ‚Visionär‘¹⁴⁷

Theodor Herzl (1860-1904), diese fast mythische Persönlichkeit, ist in keiner Studie über den Zionismus oder gar über den Staat Israel weg zu denken, denn das Wirken dieser Person im politisch-visionären Geschehen um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert im Kampf um die Errichtung eines Judenstaates war nicht nur bahnbrechend, sondern vor allem auch nachhaltiger und beständiger als alle anderen Ideen zionistischer Vorreiter zusammen.

Herzl kam aus einer Familie, die eine gewisse religiöse Tradition pflegte, jedoch kulturell völlig assimiliert war. Erstaunlicherweise war die Judenfrage während seiner Studienzeit und seiner späteren Tätigkeit als Jurist und dann Journalist nicht Herzls Hauptsorge. Seine Hauptsorge war, als deutschsprachiger Schriftsteller und Bühnenautor anerkannt zu werden.¹⁴⁸ Das sollte sich allerdings im Verlauf seines Wirkens ändern.

Die *Dreyfus-Affäre* im Jahre 1894, in der Herzl als Journalist für die Wiener Zeitschrift ‚Neue freie Presse‘ den ersten Prozess gegen den jüdisch-französischen Offizier Alfred Dreyfus beobachtete, bedeutete für Herzl nicht nur eine Verschärfung der Judenfrage – dieses Mal im Westen – sondern auch eine Wende in seinem politischen Denken. In Paris verbrachte er mehrere Jahre, die zur entscheidenden Periode seines Lebens wurden. Dort, im Zentrum der zivilisierten Welt und Sammelpunkt aller politischen und kulturellen Strömungen, lernte Herzl viele führende Geister jener Zeit kennen und gewann dadurch einen beachtlichen Einblick in die Entwicklung Frankreichs und der europäischen Politik und wurde vor allem auch – durch die Dreyfus-Affäre und das Wiederaufleben des Antisemitismus in Frankreich – wieder mit der Judenfrage konfrontiert. Es waren

144 Haskala entstammt aus der hebräischen Sprache und bedeutet unter anderem Verstand. Abgeleitet bedeutet Haskala auch Bildung und Aufklärung. So bezeichnet sie insbesondere die jüdische Aufklärung in der Zeit von 1770 bis 1880, die unter dem Einfluss der französischen Revolution stand.

145 Laqueur, Walter, *Der Weg zum ... a.a.O.*, S.97, sowie Jiryis, Sabri: *A History of Palestine ... a.a.O.*, S.129.

146 Herzl war der Meinung, dass die Volkspersönlichkeit der Juden nicht kann, will oder muss untergehen. Sie kann nicht, weil äußere Feinde sie zusammenhalten, vergleiche Herzl, Theodor, *Der Judenstaat ... a.a.O.*, S. 21.

147 Theodor Herzl (geboren am 2. Mai 1860 in Pest, dem heutigen Budapest, gestorben am 3. Juli 1904 in Edlach, Gemeinde Reichenau an der Rax, Niederösterreich), war ein österreichischer Schriftsteller, Publizist, Journalist und zionistischer Politiker. Er schrieb 1896 anlässlich antisemitischer Tendenzen in Paris (Dreyfus-Affäre) sein Buch *Der Judenstaat*, das wesentlich zur Gründung des modernen Staates Israel im Jahr 1948 beitrug.

148 Laqueur, Walter, *Der Weg zum ... a.a.O.*, S. 104.

bewegte Jahre, in denen Herzl Charakterschliff und Selbstvertrauen gewann.¹⁴⁹

Seine ganze Kraft hatte Herzl nach den prägenden Pariser Jahren in eine alt-neue Idee investiert, von der er schier besessen war: *der nationalen Wiedergeburt der Juden*. Zuerst versuchte er diese Idee in Form eines Romans zu fassen, einem Werk von unendlicher Größe, wie er es nannte, das wie ein mächtiger Traum aussieht. Herzl schrieb dazu: „Aber seit Tagen und Wochen füllt es mich aus bis in die Bewusstlosigkeit hinein, begleitet mich überallhin [] und berauscht mich [] Wird aus dem Roman keine That, so kann doch aus der That ein Roman werden. Titel: das gelobte Land!“¹⁵⁰ Das war die Vorskizze seines Lebenswerkes ‚Der Judenstaat‘ von 1896. Und er, der begabte Journalist und Essayist, sollte in seiner sehr kurzen Lebenszeit für den Zionismus die ‚treibende Kraft‘ und ‚Lokomotive‘ werden, die nicht davor Halt machte, Könige, Fürsten, Herzoge, Bankiers, ja sogar den osmanischen Sultan zu treffen, um die Judenfrage propagandistisch und journalistisch präzise vorzutragen. Ihm war völlig bewusst, dass seine Feder eine Macht war, die einen ganzen Plan für den Judenstaat *entwarf*. Er wusste auch ganz genau, was er zur Verwirklichung des Planes brauchte: „Geld, Geld, Geld...[und] vorher die gewaltige Propaganda“. Ein Konzept, in dem die Kräfte der großen „Geldjuden“ und die der „Geistesjuden“ zusammen kamen und wirkten.¹⁵¹ Das Bündeln dieser Kräfte war notwendig, denn hier ging es für ihn um nicht weniger als die Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Weltjuden, die zudem von den Großmächten *rechtlich gesichert* sein musste.

Das Projekt, dessen Entwurf Herzl im Kopf und im Sinne hatte, war unvergleichlich größer als Edmond Rotschild oder Baron Hirsch es sich je hätten denken können. Er wollte gleich hoch nach den Sternen greifen und einen Staat für die Juden gründen – einfach aus dem Nichts. Für Herzl war eine Kolonie nach dem Muster von Hirsch oder von Rothschild auch ein kleiner Staat, aber ein Staat ist eben eine *große Kolonie*. Und Herzl wollte, im Gegensatz zu den beiden jüdischen Fürsten, „[...] eine große Kolonie machen“.¹⁵² Zu dem Zeitpunkt war Herzl weder für noch gegen Palästina als Örtlichkeit für einen künftigen jüdischen Staat. Dennoch, gleichgültig ob Palästina oder Argentinien, das neue Territorium war für ihn nur eine große Kolonie, ein Medium, das ein ganz bestimmtes Ziel zu erfüllen hatte.

Im Jahre 1896 veröffentlichte Herzl mit 36 Jahren in seinem Buch ‚Der Judenstaat: Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage‘¹⁵³, die Früchte seiner unermüdlichen politischen Arbeit und seines Gedankenguts. Die Ideen, die er in seinem Büchlein formuliert hatte, hatten in der Tat gemäß seiner Erwartungen eine Umwälzung in der jüdischen Geschichte bewirkt und das Buch sollte später, nach anfänglichem Spott der Gegner, zum ‚Evangelium‘ der zionistischen Bewegung werden. Für Walter Laqueur beginnt der moderne *politische Zionismus* mit der Veröffentlichung des *Judenstaats*.¹⁵⁴ Herzl gilt für Historiker und Forscher als der tatsächliche Begründer des *politischen Zionismus*.¹⁵⁵

Herzl behauptete nicht, im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit der Judenfrage eine sensationelle Entdeckung gemacht zu haben. Dazu schreibt er auf der ersten Seite seines Buches Folgendes: „Der Gedanke, den ich in dieser Schrift ausführe, ist ein uralter. Es ist die Herstellung des Judenstaates. [...] Ich erfinde weder die geschichtlich gewordenen Zustände der Juden noch die Mittel zur Abhilfe“¹⁵⁶

Aber worin unterschied sich Herzl von seinen Vorgängern, so dass er und seine politische Linie so erfolgreich wurden? Eine kleine Zusammenfassung bisheriger zionistischer Leistungen kann hier Hilfe leisten:

- *Rabbi Alkalai* wird die Idee einer jüdischen politischen Unabhängigkeit bzw. der Wiederherstellung des ‚Land von Israel‘ als eine Lösung der Judenfrage zugeschrieben;
- *Rabbi Kalischer* verfeinerte die Idee seines Vorgängers Alkalai, versuchte sie religiös zu begründen und entwickelte sie mittels praktischer Vorschläge, um sie dann in die Tat umzusetzen;
- *Moses Hess‘* Leistung war, dass er in ‚*Rom und Jerusalem*‘ zum ersten Mal die zionistische Idee in ihren

149 Ebenda, S. 105.

150 Zitat aus einem Notiz im Herzls Tagebuch am Pfingsten 1895 (Paris), in: Herzl, Theodor: *Briefe und Tagebücher*, Bd. 2, *Zionistisches Tagebuch ... a.a.O.*, S. 43.

151 Vgl. Herzls Brief an Baron Hirsch vom 03. Juni 1895, in dem er versucht, Hirsch nach ihrem vorherigen Treffen am 02. Juni 1895 noch Mal seinen Plan zu erläutern, in Theodor Herzl: *Briefe und Tagebücher*, Bd. 2 ... *a.a.O.*, S.63-64

152 Zitat aus einem Notiz aus Herzls Tagebuch vom 19. Juli 1896 nach einem Gespräch mit Edmond Rotschild, in Theodor, Herzl, *Briefe und Tagebücher*, Bd. 2 ... *a.a.O.*, S.410.

153 Herzl, Theodor, *Der Judenstaat ... a.a.O.*

154 Laqueur, Walter, *Der Weg zum ... a.a.O.*, S.102.

155 Z. B. Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr... a.a.O.*, S.23.

156 Herzl, *Der Judenstaat ... a.a.O.*, S.7.

grundsätzlichen Aussagen skizzierte: „Errichtung eines jüdischen Nationalstaats in Palästina unter Berufung auf Nationalstaatsbestrebungen in Europa und im Einklang mit den Interessen der europäischen imperialistischen Mächte“¹⁵⁷; und

- *Leon Pinskens* „*Autoemanzipation*“ war eine erstmalige systematische, klare und folgerichtige Darlegung der zionistischen Gedanken, die zu einer nationalen und territorialen Selbstbefreiung der Juden aufrief.

Der Nationalitätsgedanke dieser zionistischen Vordenker blieb „reine Theorie, ohne Fleisch und Blut“¹⁵⁸. Sie alle scheiterten mehr oder weniger daran, ihre Ideen umsetzen zu können und ihre Ideen sind für lange Zeit in Vergessenheit geraten. Dennoch waren ihre Gedanken das Fundament, auf dem die zionistische Ideologie aufgebaut wurde. Und was später als Herzls *politischer Zionismus* bekannt werden sollte, war nichts anderes als eine Fortführung der Nationalstaatsgedanken seiner Vorgänger, die er in seinem Buch ‚Der Judenstaat‘ zum ersten Mal zum ‚politischen Programm‘ entwickelte. Genau hier zeigt sich der Unterschied zwischen Herzl und seinen Vorgängern und hier erkennt man auch den wichtigsten Aspekt seines Erfolgs. Ein *zweiter Aspekt* ist weltpolitischer Natur und eröffnet eine historische Gelegenheit, die mit der Altersschwäche des Osmanischen Reiches eine radikale politische Veränderung in der nahöstlichen politischen Landkarte ermöglichte. Die ‚Gunst der Stunde‘ war allen anderen Vorgängern Herzls vorenthalten. Und obwohl Herzl sich noch nicht sehr lange mit der Judenfrage beschäftigte, war seine Analyse über die Lage der Juden nicht nur erfrischend realistisch, sondern er erkannte darüber hinaus den weltpolitischen Kontext seiner Zeit gut genug, um zu wissen, dass eine visionäre Lösung der *Judenfrage* möglich werden könnte, wenn diese mit der Lösung der so genannten *orientalischen Frage* verbunden worden wäre, die die Kolonialmächte seit einigen Jahrzehnten beschäftigt hatte.

Herzls Thesen zur Lösung der Judenfrage

Herzls Analyse baute auf zwei Thesen auf, die die Tragsäulen des so genannten praktischen Zionismus bilden:

A) *Erste These: Die Unumgänglichkeit des Antisemitismus*

Ebenso wie Moses Hess hielt Herzl den Antisemitismus für eine unumgängliche Erscheinung, der nur durch die nationale Organisation der Juden im Rahmen eines eigenen Territoriums entgegengetreten werden konnte. Dazu schrieb er: „Die Judenfrage besteht überall, wo Juden in merklicher Anzahl leben. Wo sie nicht ist, da wird sie durch hinwandernde Juden eingeschleppt“¹⁵⁹. Jeder aufrichtige Versuch der Juden, sich in die sich umgebende Volksgemeinschaft zu integrieren und nur den Glauben ihrer Väter zu bewahren, ist den Juden nicht gestattet worden. Sie wurden in ihren seit Jahrhunderten angestammten Heimatländern oft von Teilen der Bevölkerung als Fremdlinge abgestempelt, deren Geschlechter viel später als die Juden ins Land einzogen. Und er meinte: „Wer der Fremde im Lande ist, das kann die Mehrheit entscheiden; es ist eine Machtfrage, wie alles im Völkerverkehre [] im jetzigen Zustande der Welt und wohl noch in unabsehbarer Zeit geht Macht vor Recht“¹⁶⁰; und

B) *Zweite These: Die weltpolitische Dimension der Judenfrage*

Herzl hielt die Judenfrage „weder für eine soziale noch für eine religiöse, wenn sie sich auch noch so und anders färbt. Sie ist eine nationale Frage und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu regeln sein wird“¹⁶¹. Ähnlich wie Moses Hess erkannte Herzl die Notwendigkeit einer politischen und materiellen Unterstützung seitens der Großmächte.

Herzl wollte seinen alt-neuen Gedanken vom Judenstaat nicht als Phantasie, sondern als eine *Kombination* alter Ideen verstanden wissen, aus der er einen *Entwurf* zu einer [Staats-] „Konstruktion“¹⁶² entwickelte, der im Gegensatz zu einer Utopie eine in der Wirklichkeit vorkommende *Treibende Kraft* verwendet: „Auf diese Treibende Kraft kommt es an. Die Judennot“¹⁶³. Die Judennot, die durch den Antisemitismus verursacht wurde, war für Herzl von Anfang an ein ‚Agitator‘ seiner zionistischen Ideen und sollte einem Heizkessel ähnlich die treibende Kraft sein, die, „richtig verwendet, mächtig genug ist, eine große Maschine zu treiben, Menschen und Güter zu befördern“¹⁶⁴, ganz gleich wie die Maschine aussehen mag.

Eine neue und außergewöhnliche Qualität in Herzls Denken war, dass er Kritik und Schikanen der Antisemiten

157 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr...* a.a.O., S.23.

158 Ruppin, Arthur, *Die Juden der Gegenwart. Eine Sozialwissenschaftliche Studie*, 2. Auflage, Jüdischer Verlag, Köln/Leipzig, 1911, S. 277.

159 Herzl, Theodor, *Der Judenstaat ... a.a.O.*, S.15-16.

160 Ebenda, S.17.

161 Ebenda, S.16.

162 Ebenda, S.7-8.

163 Ebenda, S.8.

164 Ebenda, S.9

nicht als ganz ungerechtfertigt ansah und sogar Verständnis für den Antisemitismus zeigte, da das *Ghetto* – das nicht von den Juden geschaffen wurde – in ihnen gewisse soziale Eigenschaften gezüchtet habe.¹⁶⁵ In Paris schrieb Herzl 1895: „Ich begreife den Antisemitismus. Wir Juden haben uns, wenn auch nicht durch unsere Schuld, als Fremdkörper inmitten verschiedener Nationen erhalten. Wir haben im Ghetto eine Anzahl gesellschaftswidriger Eigenschaften angenommen. Unser Charakter ist durch den Druck verdorben, und das muss durch einen anderen Druck wieder hergestellt werden.“¹⁶⁶ Mittels Gegendruck wollte er den jüdischen Charakter wieder in Ordnung bringen. Was er mit diesem Gegendruck meinte, erfuhren wir Jahrzehnten später im Kontext dessen, was die Zionisten gerne als die *Schaffung einer neuen jüdischen Nation* bzw. die *Erschaffung des neuen, modernen Juden* bezeichneten, jenen Klischees, die im westlichen Denken bis heute das Bild von und über Israel bestimmen.

Herzl lehnte die emanzipatorischen Versuche mancher europäischen Juden (z. B. Moses Mendelsohn) entschieden ab. Für ihn war Antisemitismus tatsächlich die Folge der Judenemanzipation, denn die Juden kamen zwar durch eine Verfügung im Reichsgesetz aus dem Ghetto heraus, dennoch blieben sie zunächst noch die Ghettojuden, die erst einmal die Chance bekommen sollten, sich an die Freiheit zu gewöhnen. Diesen Großmut oder auch diese Geduld hatte die umgebende Bevölkerung aber nicht, denn die Gleichberechtigung der Juden hätte bedeutet, dass sie auch die ihnen bisher vorenthaltenen Berufe hätten ausüben dürfen, was einen fürchterlichen Druck in die Erwerbsverhältnisse der Mittelstände gebracht und Ängste geschürt hätte.¹⁶⁷ Später hielt Herzl diesen Gedanken in seinem Buch ‚Der Judenstaat‘ fest, um durch dieses Verständnis des Antisemitismus die politische Dringlichkeit der Judenfrage zu bestätigen: „Ich glaube den Antisemitismus, der eine vielfach komplizierte Bewegung ist, zu verstehen. Ich betrachte diese Bewegung als Jude, aber ohne Haß und Furcht. Ich glaube zu erkennen, was im Antisemitismus roher Scherz, gemeiner Brotneid, angeerbtes Vorurteil, religiöse Unduldsamkeit – aber auch, was darin vermeintliche Notwehr ist.“¹⁶⁸

Dennoch glaubte Herzl an die Nützlichkeit des Phänomens ‚Antisemitismus‘, nicht nur als Agitator und Quelle der *Treibenden Kraft* für die Sache der Weltjuden, sondern auch als eine harte Probe, die für den verdorbenen Charakter der Ghettojuden eine erzieherische und heilende Wirkung haben könnte. Er hielt in seinem Tagebuch fest:

„Der Antisemitismus, der in der großen Menge etwas Starkes und Unbewußtes ist, wird aber den Juden nicht schaden. Ich halte ihn für eine dem Judencharakter nützliche Bewegung. Er ist die Erziehung einer Gruppe durch die Massen [...] Erzogen wird man nur durch Härten.“¹⁶⁹

Dieser Grundgedanke Herzls bedeutete die Herstellung einer effektiven Wechselwirkung zwischen Zionismus und Antisemitismus, ein Aspekt, der von Herzl wie von den späteren Zionisten konsequent instrumentalisiert wurde, um eigene Ziele zu erreichen.

In seiner sozialwissenschaftlichen Studie ‚Die Juden der Gegenwart‘ fasste der zionistische Sozialdarwinist Arthur Ruppin, 1906, die Wechselwirkung zwischen Zionismus und Antisemitismus folgendermaßen zusammen: „... Der Antisemitismus [ist] der stärkste Agitator für den Zionismus und der Niedergang des Antisemitismus würde hier auch den Niedergang des Zionismus im Gefolge haben.“¹⁷⁰

Herzl glaubte deutlich und fest an die Möglichkeit der Ausführung seiner Ideen und hielt in seinem Buch ‚Der Judenstaat‘ fest: „der Judenstaat ist ein Weltbedürfnis, folglich wird er entstehen.“¹⁷¹ Dabei setzte Herzl bei der Umsetzung seiner Idee auf *zwei Zielgruppen*, die bei einer Förderung dieser Idee viele Vorteile davon haben würden:

a) *Die erste Zielgruppe* wäre die *jetzige Landeshoheit* (im Fall Palästina wäre es die osmanische Regierung) gewesen, der die *Geldjuden* ungeheure Vorteile gewährt und einen Teil ihrer Staatsschulden übernommen hätten. Und schon durch das Entstehen des modernen und zivilisierten Judenstaats hätten die Nachbarstaaten dazu gewonnen, weil die Kultur eines Landstriches den Wert der Umgebung erhöht hätte¹⁷²; und

165 Laqueur, Walter, *Der Weg zum ... a.a.O.*, S.105.

166 Herzl, Theodor, *Briefe und Tagebücher, Bd. 2...a.a.O.*, S.48.

167 Ebenda, S.49.

168 Herzl, Theodor, *Der Judenstaat... a.a.O.*, S.16.

169 Herzl, Theodor, *Briefe und Tagebücher, Bd. 2 ... a.a.O.*, S.49.

170 Ruppin, Arthur, *Die Juden der Gegenwart ... a.a.O.*, S.278.

171 Herzl, Theodor, *Der Judenstaat ... a.a.O.*, S.8.

172 Ebenda, S.40.

b) Die zweite Zielgruppe wären die europäischen Kolonialmächte gewesen, deren Interessen im Vorderen Orient mit der Schaffung eines ihnen kulturell nahen Judenstaates bestens geschützt gewesen wären. Zusätzlich hätten die Juden dort für Europa „ein Stück des Walles gegen Asien bilden, [und sie würden] den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen“.¹⁷³

Vor allem der letztere Gedanke Herzls, nämlich die Bildung eines Stücks des Walles für das zivilisierte Europa gegen das barbarische Asien, wird für die Bewegung im Zuge der Entwicklung des separatistischen Denkens der zionistischen Ideologie schicksalhaft – mit der Geburt des so genannten *revisionistischen Zionismus* Anfang der 1920er Jahren von radikalen Zionisten um *Ze'ev Jabotinsky*, wird eine zionistische Politik der eisernen Mauer entwickelt, die das ganze politische Geschehen in Israel bis heute bestimmt. Dieser Aspekt wird im Kapitel 3 dieser Arbeit ausführlich diskutiert.

Herzl versuchte vehement, den letzten osmanischen Sultan *Abdel Hamid* von seiner Idee zu überzeugen, indem er ihm die Sanierung seiner Staatsschulden durch die Geldjuden anbot, wenn er Palästina den Juden gäbe. Seine Reisen nach Konstantinopel¹⁷⁴ haben den Sultan, trotz der lukrativen finanziellen Angebote, aber nicht von seiner Idee überzeugen können. Alles, was der Sultan ihm gab war, sein Reich allen Juden zu öffnen, die türkische Untertanen werden wollten, wobei die Regierung von Fall zu Fall die Ansiedlungsbezirke der Juden bestimmen sollte. Aber *Palästina sollte eine Ausnahme sein*: Juden sollten überall im Reich „colonisieren dürfen, nur in Palästina nicht! Ein Charter ohne Palästina!“¹⁷⁵ Kurz vor seiner Rückreise nach Wien notierte Herzl in seinem Tagebuch: „[...] ich erwartete sogar, dass mich der Sultan nicht würde abreisen lassen. Indessen kam es anders. Bei ihm kommt immer alles anders, als man erwartet. Ich werde wol auch den Charter einmal in einem ganz unvorhergesehenen Augenblicke bekommen – wenn überhaupt. Wenn wir ihn nämlich nicht erst nach der Theilung der Türkei von den Mächten bekommen werden“.¹⁷⁶

Sultan *Abdel Hamid* hatte in Bezug auf die hohe Stellung Palästinas in der islamischen Welt eine klare Meinung. Er erteilte Herzl eine weitere, noch deutlichere, Absage als er diesem mitteilte: „Ich kann keinen einzigen Quadratfuß von Palästina verkaufen. Palästina ist das Erbe [Waqf] der Muslime und ich werde es nicht einmal für das Gold der ganzen Welt verkaufen. Die Juden sollen ihre Millionen behalten. Falls das Reich geteilt wird, so werden die Juden Palästina vielleicht umsonst bekommen, aber nur über unsere Leichen“.¹⁷⁷

Herzls Versuche, die europäischen Mächte für seine Idee zu gewinnen scheiterten ebenfalls, nicht etwa weil sie von seinen Ideen nicht überzeugt gewesen wären, sondern da die Zeit für sie noch nicht reif genug war. Den westeuropäischen Mächten war ein schwaches Osmanisches Reich viel lieber als ein zu mächtiges Russland, und das Osmanische Reich war für sie das Bollwerk gegen den Ehrgeiz des russischen Zaren. Das blieb so bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges. Doch Theodor Herzl starb lange vorher mit 44 Jahren im Jahre 1904, ohne dass sein Traum verwirklicht worden wäre.

1.5 Palästina zwischen Sykes-Picot und Balfour

Die Zionisten haben Herzls Arbeit nach dessen Tod im Jahre 1904 fortgesetzt. Die Intension bzw. die Ernsthaftigkeit dieser Arbeit bekam etwa zur Zeit des ersten Weltkrieges Konturen, da der lang ersehnte Zerfall des Osmanischen Reiches bevorstand und die Zionisten darin das Verschwinden einer politischen Barriere bezüglich ihrer territorialen Ziele näher rücken sahen, insbesondere, da der osmanische Sultan den finanziellen Verlockungen der Zionisten als Gegenpreis zur ‚Loskaufung‘ Palästinas nicht folgte und Herzl ein deutliches ‚Nein‘ erteilt hatte.

Dennoch bestand das zionistische Bemühen um die Verwirklichung der Idee, Israel aus den Ruinen des arabischen Palästina entstehen zu lassen, aus einer Strategie der schleichenden Änderung, und man äußerte sich mit vorsichtiger Umsicht, immer darauf bedacht, der expansiven Konzeption des Kolonialismus zu entsprechen, die der Blütezeit des europäischen Imperialismus zugrunde lag. Die Absicht, die die Zionisten im Hinblick auf die

173 Ebenda, S.41.

174 Herzl hatte umfangreiche Korrespondenz mit den Osmanen um Sultan Abdel Hamid II gehabt und wurde von der zionistischen Weltorganisation beauftragt, dem Sultan ihre Angebote zu unterbreiten. In der Zeit vom 15. bis zum 19. Februar 1902 hielt er sich für diesen Zweck in Konstantinopel auf, hatte jedoch keinen Erfolg. Vgl. hierzu Herzls Tagebuch-Eintragungen der gleichen Tage, in: *Briefe und Tagebücher*, Bd. 3 ... a.a.O., S.343-356.

175 Ebenda, Herzl, Eintragung am 17.02.1902, S350.

176 Ebenda, Eintragung am 19.02.1902, S.356.

177 Zitat in: An-Natshe, Rafiq Shaker: *Sultan Abdel Hamid II and Palestine* [Arab.], Beirut: Arab Institute for Studies and Publishing, 1991, S. 178-179, wieder Zitiert in Abu Sitta, Salman, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.1.

palästinensische Bevölkerung und der Beschlagnahme ihres Landes verfolgten, hat Theodor Herzl bereits im Jahre 1895 deutlich geäußert. In seinem Tagebuch vom 12. Juni 1895 notierte er folgenden Satz:

„Bei der Landnahme bringen wir dem Aufnahmestaate gleich Wohlfahrt zu. Den Privatbesitz der angewiesenen Ländereien müssen wir sachte expropri[er]en. Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muss ebenso wie die Fortschaffung der Armen, mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über dem Werth zu verkaufen. Aber zurückverkauft wird ihnen nichts“.¹⁷⁸

Der oben genannte schleichende Akt zeigt sich auch in Herzls Vorstellung von diesem Enteignungsprozess: dieser sollte mit der Hilfe von Geheimagenten umgesetzt werden, die sich einheimischer Subagenten hätten bedienen müssen. Diese hätten allerdings nicht wissen dürfen, dass ihr Auftraggeber selbst ein geheimer Agent war und den Anweisungen der Güterkauf-Kommission der „Society of Jews“ gehorchte.¹⁷⁹

Grade diese Geheimaktionen des Landkaufs brachten die Zionisten in den Verdacht, etwas Unheilvolles für die palästinensische Bevölkerung und sogar für die Gesamtregion im Schilde zu führen. Herzls denkwürdige Notizen – Herzl wird unter den Zionisten als relativ gemäßigt angesehen – beinhalten zwei entscheidende Aussagen:

1. Die *stillschweigende Vertreibung der einheimischen Bevölkerung*; und
2. die Schaffung von *exklusiv jüdischer Arbeit* im Land.

Seine Skizzen über Land und Leute beinhalteten die Grundgedanken einer planmäßigen Vertreibung der einheimischen Palästinenser. Daher hatte man es hier mit zwei Aspekten zu tun, die in der modernen Sprache folgerichtig nur eine Sache bedeuten konnten: die *planmäßige ethnische Säuberung* zu Lasten der indigenen Bewohner des zu besiedelnden Landes. Diese von Herzl skizzierte Vorgehensweise im Umgang mit dem Land Palästina und seiner Bevölkerung sollte bis heute den Leitfaden der Zionisten bilden. Damals wie heute, praktizierten die zionistischen Regierungen linientreu einen menschenverachtenden Mechanismus der Enteignung, Ausschluss und Vertreibung der palästinensischen Araber aus ihrem Land.

Dass es die Zionisten in dieser Zeit mit ihren Plänen für Palästina ernst machten, ist die eine Sache. Die gleiche Sache bekommt jedoch eine völlig neue Bedeutung, sobald erkannt wird, dass dies ohne die Zusammenarbeit mit den Großmächten, insbesondere Großbritannien, niemals Früchte hätte tragen können. Jene Großmächte fuhren gegenüber den Arabern eine nebulöse politische Linie, die durch zwei widersprüchliche Versprechen, an die Araber einerseits und an die Zionisten andererseits, bestimmt war. Aus dem Doppelspiel, das zugunsten der Zionisten entschieden wurde, kamen die Araber mit leeren Händen heraus. Ein bis heute andauernder Konflikt wurde so entfacht.

Seit dem Krimkrieg galt das Osmanische Reich für Großbritannien als Bollwerk gegen die Ausbreitung Russlands. Das war einer der Hauptgründe für die bisherige Erhaltung des alten maroden Reiches. Aufgrund des Eintrittes des Osmanischen Reichs in den Ersten Weltkrieg auf Seiten der Mittelmächte (Deutsches Reich und Österreich-Ungarn) gab Großbritannien diese Politiklinie schließlich auf. So verlockend das lang ersehnte Aufteilen des osmanischen Erbes unter den westlichen Mächten auch war, so gab es eine geopolitische Barriere, die im Weg stand, nämlich die Präsenz einer noch intakten türkischen Armee im ressourcenreichen östlichen Mittelmeerraum, der Gegenstand der Begierde war und dessen Einnahme ohne die aktive Mithilfe der Araber nicht machbar gewesen wäre.

Zurückblickend wissen wir heute, dass der Untergang bzw. der Herauswurf des Osmanischen Reiches aus den Gebieten der heutigen arabischen Länder nur zum geringen Teil ein Ergebnis der von Großbritannien genährten arabischen Revolution war, denn das Reich hatte bereits seit mehr als einen halben Jahrhundert durch seine politische und ökonomische Schwäche seine Bezeichnung als ‚der Kranke Mann‘ eindeutig verdient. Und obwohl viele Araber große Opfer brachten und Treue für bzw. zur Revolution gezeigt haben, war ihre Rolle doch darauf

¹⁷⁸ Herzl, Theodor, *Zionistisches Tagebuch, Bd. 2 ... a.a.O.*, Eintragung am 12.06.1895, S.117-118.

¹⁷⁹ Ebenda, Eintragung am 12.06.1895, S.118-119; Über die Landnahme bzw. Landergreifung und die Funktion der ‚Society of Jews‘ Schrieb Herzl ausführlich in seinem Buch ‚Der Judenstaat‘ ab S. 90. Für ihn war die ‚Society of Jews‘ ein Gestor der Juden, ein „neuer Moses“ (S. 95).

beschränkt, das Reich von Innen weiter zu schwächen und folglich seinen Untergang zu beschleunigen. Diese Rolle war jedoch für die Engländer, die bereits in Ägypten eine militärische Präsenz hatten, eine Angelegenheit von äußerst vitalem Interesse. Denn abgesehen von der Tatsache, dass sie im reichen Nahen Osten Fuß fassen wollten, hätten sie mit einem von ihnen finanziell und logistisch präzise kontrollierten Beitritt der Araber zum Kampf gegen die Türken ihre militärische Präsenz in der Region quasi legitimieren und folglich das wichtigste Ziel erreichen können, dass dadurch nämlich ein eventueller Widerstand der Araber gegen die neuen Besatzer, die europäischen Mächte, wenigstens für eine gewisse Zeit, verhindert worden wäre – mehr wollten sie nicht. Deswegen waren die Mächte bereit, mit den damaligen arabischen Führern über die geopolitische Zukunft des Territoriums zu verhandeln. Ein reger Austausch in Form einer Geheimdiplomatie zwischen den Briten und *Hussein Bin Ali*, dem Scherif von Mekka, fand am Vorabend des ersten Weltkrieges statt, der ein Hauptziel hatte: die Araber sollten die Briten in ihrem Kampf gegen die Türken unterstützen. Als Gegenleistung sollen sie (die Araber) ihre Unabhängigkeit bekommen, damit sie ein großes arabisches Reich gründen konnten.

Das wird sich sehr bald als eine große Illusion erweisen und mündete in der Summe in einem großen politischen Fiasko der Araber, denn die Mächte hatten andere Pläne für den an Ressourcen reichen Nahen Osten. Das Höchste, was sie zu erlauben gedachten, war eine Reihe von Scheinunabhängigkeiten, verkörpert in einer Vielzahl von arabischen ‚Kranke-Mann‘-Staaten, die sich ganz im Sinne der goldenen Regel ‚trenne und herrsche‘ von Gnaden der westlichen Mächte über Wasser halten.

1.5.1 Sykes-Picot-Abkommen: Teilung des osmanischen Erbes

In einer Korrespondenz (1915/1916) zwischen *Scherif Hussein* und dem britischen Hochkommissar in Ägypten *Henry McMahon*, wurde den Arabern die Selbstständigkeit versprochen, sollten sie Großbritannien im Kampf gegen die Osmanen unterstützen (Anhang VI/ B/ 2). Wie es sich herausstellen sollte, haben sich zur gleichen Zeit im Jahre 1916 die Außenminister Frankreichs und Großbritanniens, *Francois George-Picot* und *Mark Sykes*, zu Geheimgesprächen getroffen, um eine Übereinkunft darüber zu treffen, wie sie den Raum des Nahen Osten nach dem ersten Weltkrieg in ‚*Einflussosphären*‘ unter sich aufteilen sollten. Die Frucht dieser geheimen Gespräche war das berühmt-berüchtigte *Sykes-Picot-Abkommen* vom 16. Mai 1916 (Anhang VI/ B/ 3).

Das geheime Abkommen, das erst nach Ende des Krieges bekannt gemacht wurde¹⁸⁰, kam den Arabern, die auf der Seite Großbritanniens gegen ihre Glaubensbrüder gekämpft haben, wie ein Schlag ins Gesicht und wie eine Verschwörung gegen ihren Traum von Unabhängigkeit vor und einem bitteren Verrat gleich. Das Ausmaß dieser verschwörerischen Geheimdiplomatie bekam nur ein Jahr später mit der *Balfour-Deklaration*¹⁸¹ einen neuen Höhepunkt. Der politische Diskurs der kolonialen Mächte missachtete erneut auf das äußerste die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung Palästinas. In einem folgenschweren Brief des britischen Außenministers *James Arthur Balfour* vom 02.11.1917, gerichtet an *Lord Rothschild* und andere führende Vertreter der jüdischen Gemeinde, wurde eine Sympathieerklärung der britischen Regierung für das zionistische Vorhaben in Palästina zum Ausdruck gebracht. Die *Balfour-Deklaration* (Anhang IV/ B/ 4) war eine Erklärung des Wohlwollens der britischen Regierung für eine jüdische Heimstätte in Palästina, wo der ‚Sprengsatz‘, den die Zielsetzung darstellte, mit dem Wort ‚Heimstätte‘ geschickt verharmlost wurde. Seit dem ersten Zionistenkongress in Basel im Jahre 1897, haben die Zionisten eifrig alle Kräfte bewegt, um ein Versprechen von Seiten einer Großmacht, speziell Großbritannien, zu bekommen, das den Juden das Recht auf einen eigenen Staat zusichert. Obwohl die Zionisten mehr erwarteten, war die Erklärung genau das ‚*Charter*‘, das Theodor Herzl in seiner Rede auf dem dritten Zionisten-Kongress (1899) in Basel anstrebte, um eine öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte für die Juden zu schaffen.¹⁸²

1.5.2 Die Balfour-Deklaration: der politische Grundstein für einen Judenstaat

Die *Balfour-Deklaration* war das Ergebnis einiger Geheimgesprächen zwischen dem renommierten jüdischen Wissenschaftler und Zionisten Professor *Chaim Weizmann* und dem damaligen britischen Außenminister *James Arthur Balfour*, die darauf zielten, die Schaffung einer nationalen Heimstätte für Juden in Palästina in Gang zu

¹⁸⁰ Später wurde das Abkommen erweitert, um Italien und Russland einzubinden. Jedoch führte die Oktoberrevolution von 1917 dazu, dass Russlands Ansprüche hinsichtlich des Erbes des Osmanischen Reiches verworfen wurden. Lenin veröffentlichte zu dieser Zeit den Inhalt des geheimen Sykes-Picot-Abkommens wie auch weiterer Verträge, was große Verärgerung unter den Entente-Mächten (GB, Frankreich neben Russland) und wachsendes Misstrauen bei den Arabern hervorrief.

¹⁸¹ Zum Wortlaut Balfour-Deklaration vom 02. November 1917, siehe Anhang IV/ B/ 4.

¹⁸² Vgl. *Rede von Dr. Theodor Herzl gehalten auf dem dritten Zionisten-Congress zu Basel*, Verlag des Congressbureaus, 1899.

setzen. Erste Entwürfe dieser Erklärung blieben hinter Schloss und Riegel, damit die Araber, die auf der Seite der Briten gegen die Osmanen kämpften, davon keine Kenntnis nehmen konnten. Erst nachdem ein Telegramm vom britischen *General Allenby*, vermutlich am 01. November 1917, London mit der Nachricht erreichte, dass die südpalästinensische Stadt *Beersheba* (arab.: ‚*Bi’r Al-Sabe’*) nach einem überraschenden Angriff der britischen ‚*Egyptian Expeditionary Force*‘ gegen die kleine türkische Garnison eingenommen wurde, nahm Balfour seine berühmte *Deklaration* aus der Schublade heraus und ließ sie dem jüdischen Fürsten und Finanzier Edmond Rothschild zukommen.

Es hat heute keinen Sinn, sich über die Balfour-Deklaration als eine offizielle Verlautbarung zu beklagen. Es ist wichtiger, ihren *Stil* und *Charakter* als Teil einer historischen Konstellation zu begreifen, aus der das Palästina-Problem in seiner heutigen Form hervorgegangen ist. Als Balfour mit einem Federstrich die anglofranzösische Deklaration vom 07.11.1918 zur Befreiung jener Länder und Völker ignorierte, die bis dato unter osmanischem Joch standen, war er sich der Widersprüchlichkeit der Versprechungen bewusst, die den verschiedenen politischen Kontrahenten auf der Nahost-Bühne gemacht worden waren. Ebenso waren seine Vorstellungen in Bezug auf die missbrauchten Araber klar und unmissverständlich. In einem Memorandum vom August 1919 brachte Balfour die Absichten Großbritanniens in Bezug auf die versprochene Unabhängigkeit der Araber, insbesondere in Palästina, deutlich zum Ausdruck. Die versprochene Unabhängigkeit der Araber sei, so *Balfour*, im Falle eines Zustandekommens empörend; sie wäre allerdings noch schockierender „im Falle eines unabhängigen palästinensischen Staates. Denn wir haben nicht vor, auf die Wünsche der sich dort befindlichen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen [] Die vier Großmächte haben sich auf den Zionismus festgelegt [] Der Zionismus wurzelt in Jahrhundertealter Tradition; er entspricht gegenwärtigen Bedürfnissen und auf die Zukunft gerichteten Hoffnungen, die wesentlich ernster zu nehmen und bedeutender sind als die krasen Wunschvorstellungen und Vorurteile der 700.000 Araber, die zu diesem Zeitpunkt das klassische Land bewohnen“.¹⁸³

Den Experten derzeit war es klar, wie schwierig es sein wird, ein solches Versprechen umzusetzen ohne dass daraus ein langwieriger und blutiger Konflikt entsteht – und genau das geschah auch. Die Ablehnung der Araber war naturgemäß eine Gewissheit: Allein der offensichtliche Verrat der Großmächte an der arabischen Sache wäre Grund genug für die Gemeinschaft der arabischen Völker gewesen, die sich zu jenem Zeitpunkt, anders als behauptet wird, bereits vollauf gerüstet war, dem kolonialen Projekt den Kampf zu erklären. Es gibt darüber hinaus eine Verflechtung politischer und juristischer Gründe, die diese Ablehnung erklären. Der palästinensische Jurist *Henry Cattán* fasste die Ablehnung dieser Deklaration von Seiten der Araber in folgender Bemerkung zusammen: „Die Balfour-Deklaration war juristisch ungültig, moralisch schlecht und politisch bössartig“ – und er begründete diese Haltung wie folgt¹⁸⁴:

1. *Juristisch* war die Balfour-Deklaration ungültig, da zum einen nach der Zustimmung der indigenen – und nach ihrer Trennung von der Türkei juristisch im weitesten Sinne souveränen – Bewohner Palästinas nie gefragt bzw. dieselbe nie eingeholt wurde. Und zum anderen, da die britische Regierung in Bezug auf Palästina eine fremde Macht war, die nie die Souveränität, noch das Bestimmungsrecht oder die rechtliche Zuständigkeit über Palästina besaß, die es ermöglichte, fremden Leuten irgendwelche politische oder territoriale Rechte über das Territorium von Palästina zu garantieren;
2. *Moralisch* war die Balfour-Deklaration schlecht, da sie darauf hinausläuft, dass eine Nation (Großbritannien) feierlich einer andere (den Juden) das Heimatland einer dritten Nation (der Palästinenser) verspricht. Mit seinem Versprechen an die Juden, ihnen eine nationale Heimstätte in Palästina zu errichten, verweigert Großbritannien den Bewohnern Palästinas die Möglichkeit, in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts, ihre Unabhängigkeit zu erreichen; und
3. *Politisch* war die Balfour-Deklaration schädlich, da sie einen blutigen Konflikt zwischen Juden und Arabern entfachte, die vorher Jahrhunderte lang in Palästina und in anderen arabischen Ländern in Frieden und Harmonie miteinander lebten.

Mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches brach eine neue epochale Änderung in der Weltpolitischen Landkarte an, von der das Gebiet im östlichen Mittelmeerraum am meisten betroffen war. Man kann sagen,

¹⁸³ Zitiert nach Christopher Sykes, *Crossroads to Israel, 1917-1948*. Bloomington: Indiana University Press, 1973, p. 5, in Said, Edward W.: *Zionismus und palästinensische Selbstbestimmung* a.a.O., S.30-31. Siehe auch Abu Sitta, Salman, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.1.

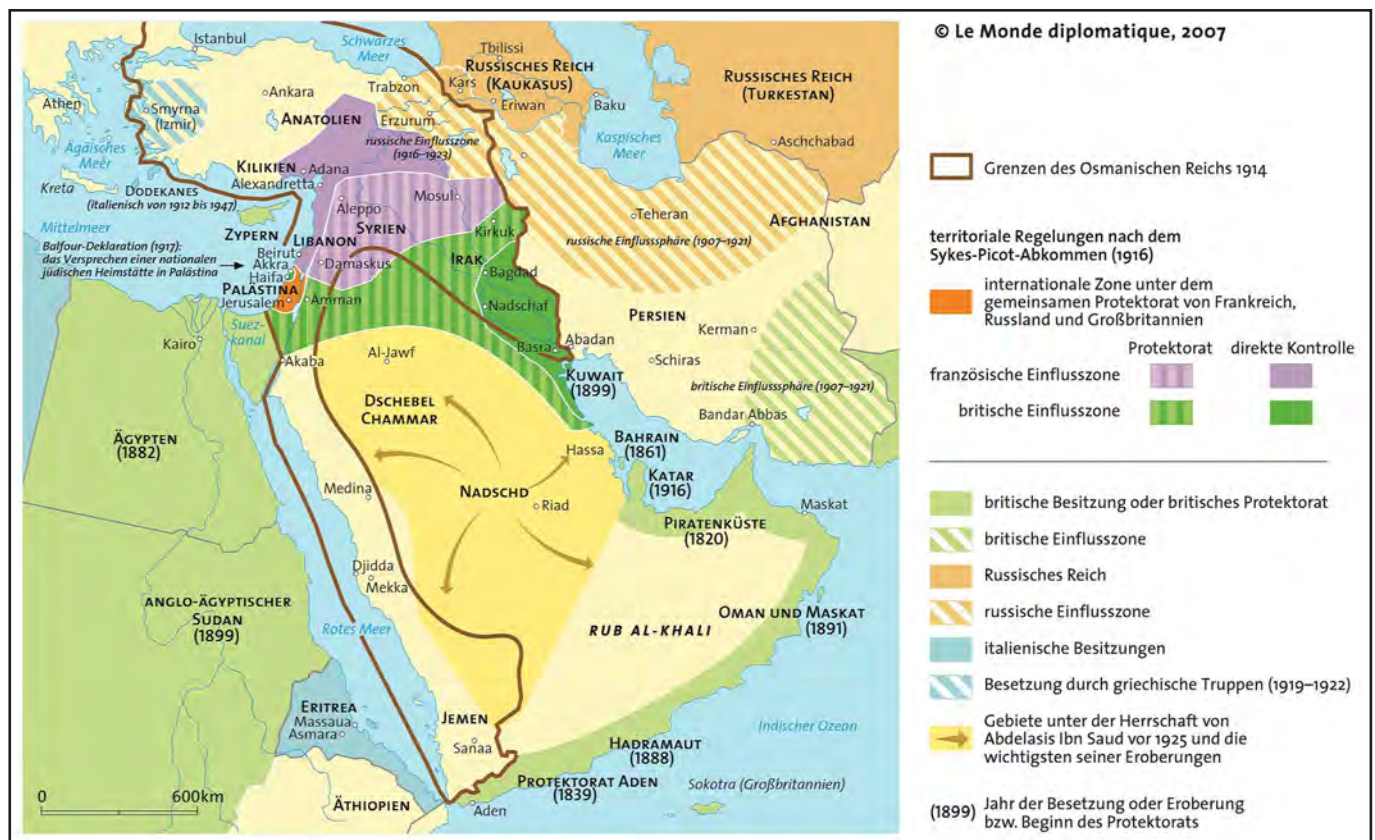
¹⁸⁴ A. L. Tibawi, *Anglo-Arab Relations and the Question of Palestine 1914-1921*, London, Luzac & Company Ltd, 1977, in: Abu Sitta, Salman, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.1.

dass die komplizierte Orientfrage sich auf ein Teilgebiet des großen Osmanischen Reiches konzentrierte, das einen Bruchteil der Fläche des einstigen Reiches ausmachte. Seine Probleme aber hat das Territorium zwischen Türkei und Ägypten behalten und es bekam sogar ein neues hinzu: den europäischen Kolonialismus. Palästina, das nun unter britisches Mandat fiel, war besonders betroffen, denn die Großmächte, wie man den Worten des *J. A. Balfour* entnehmen kann, hatten nicht vor, auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung in Palästina Rücksicht zu nehmen. Stattdessen soll das Land für die Schaffung einer Heimstätte für die Juden der Welt benutzt werden. Genau hier lag die Kernaufgabe der britischen Mandatsmacht in Palästina, und genau hier liegt der Beginn eines blutigen Konflikts, der bis heute die Welt immer wieder in Atem hält.

1.6 Palästina unter britischer Herrschaft (1922-1948)

1.6.1 Das Mandat: eine Vorstufe zum zionistischem Traum

Durch den Sieg der Briten im Ersten Weltkrieg wurde 1917 die osmanische Herrschaft beendet. Von Ägypten her eroberte General *Edmund Allenby* Südpalästina. Nach der Kapitulation des Osmanischen Reichs besetzten Großbritannien und Frankreich die von ihnen im *Sykes-Picot-Abkommen* ausgehandelten Gebiete: Frankreich eroberte den Libanon und Syrien; Großbritannien Palästina und den Irak. Der amerikanische Präsident *Thomas Woodrow Wilson* vertrat die Auffassung, Gebietsgewinne durch den Weltkrieg sollten möglichst verhindert werden. Allerdings war man der Ansicht, die vorher von den unterlegenen Mächten kontrollierten Länder nicht sich selbst überlassen zu können. Die Lösung, die von dem damaligen südafrikanischen Premier *Jan Christiaan Smuts* vorgeschlagen wurde, war die Einrichtung eines Mandats in diesen Gebieten.



Karte 1-6: Völkerbundmandate im Nahen Osten 1920/1922.

Palästina gehörte, wie Syrien, in die Kategorie A, das heißt die Unabhängigkeit war ein mittleres Ziel, die Staaten wurden als relativ entwickelt angesehen, aber noch nicht reif für diesen Schritt. Auf der Völkerbundkonferenz von San Remo 1920 wurde Palästina von den Siegermächten Großbritannien als Mandatsgebiet übertragen. Im Jahre 1922 übertrug der Völkerbund auf der Friedenskonferenz von Paris das Mandat für Palästina für das Gebiet, das heute gemeinsam von Israel und Jordanien eingenommen wird, an Großbritannien (Karte 1-6).

Zu den Mandatsbedingungen gehörte, dass die Briten die Verwirklichung der *Balfour-Deklaration* ermöglichen

sollen, in der sie am 2. November 1917 die „Gründung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ versprochen hatten, deren Grenzen jedoch nicht bestimmt waren. Hierzu wurde die Mandatsmacht aufgefordert, die jüdische Einwanderung zu ermöglichen, die jüdischen Einwanderer geschlossen anzusiedeln und hierfür auch das ehemalige osmanische Staatsland zu verwenden. Es sollte dabei ausdrücklich dafür Sorge getragen werden, dass „nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und die religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung, deren sich die Juden in irgendeinem anderen Lande erfreuen, präjudizieren könnte“.¹⁸⁵

Daraus kann man unmissverständlich erkennen, dass die wesentliche Aufgabe des englischen Mandats in Palästina die ausdrückliche Förderung der jüdischen Migration nach Palästina war, um, gemäß der berühmten Balfour-Deklaration, die Errichtung eines Judenstaates im Land vorzubereiten. Der Mandatstext sicherte den Zionisten im Mandatsgebiet westlich des Jordan das Recht auf eine nationale Heimstätte und unterstützte die weitere jüdische Einwanderung. Das englische Mandat war das von den Zionisten lang ersehnte Brückenmedium zu ihrem Ziel. Mandats(*text*) und Mandats(*macht*) waren Herzls *Charta* und *Schutzmacht* für den Judenstaat.

Der Mandatstext sagte Nichts über die nationalen Rechte der arabischen Bevölkerung Palästinas aus, obwohl sie damals die absolute Mehrheit im Lande bildeten. Aus dem Wortlaut der Mandat-Charta des Völkerbunds von 1922 wurde sehr klar ersichtlich, dass die indigenen Bewohner Palästinas, das arabisch-palästinensische Volk, an keiner Stelle als eine politische Gemeinschaft erwähnt wurden. Ihre historischen und politischen Rechte sind ausgelöscht worden, in dem die alliierten Mächte lediglich von der Nichtbeeinträchtigung religiöser und bürgerlicher Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften sprachen. Dagegen äußerten sie sich im gleichen Wortlaut – in Anlehnung an die (biblisch)-historische Verbindung – ausdrücklich positiv zu der Schaffung einer nationalen Heimatstätte für die Juden in Palästina. Das kam einer Entrechtung der palästinensischen Araber gleich.

Aufgrund der Balfour-Erklärung und der anschließenden Mandatsübernahme kam das zionistische Projekt in Palästina einen beachtlichen Schritt voran: Das britische Mandat bedeutete für die Zionisten vor allem die Bereitschaft Großbritanniens, sein Versprechen an sie in Form der Kolonisierung Palästinas in die Tat umzusetzen. Und „der Wortlaut der – Balfour-Erklärung– wurde in die Präambel zum Mandatstext angenommen, die bezeichnenderweise die arabische Bevölkerung Palästinas, die immerhin 91,8 Prozent der gesamten Bevölkerung des Landes ausmachte, als solches nicht erwähnt“.¹⁸⁶

Gleich am 01. Juli 1920, als eine Zivilverwaltung in Palästina ins Leben gerufen wurde, erhielten die britischen Zionisten wichtige Funktionen in ihr, so dass bei der Errichtung des englischen Mandats über Palästina günstige Rahmenbedingungen für die zionistische Kolonisation bereits geschaffen waren. Von Anfang an und mit Hilfe der Briten fokussierten sich die Bemühungen der Zionisten auf zwei Hauptaspekte:

die systematische Organisation bzw. Legitimation der jüdischen Einwanderung nach Palästina; und soviel arabisches Land wie nur möglich zu kaufen, um die zionistische Präsenz in Palästina territorial breitflächig zu festigen und folglich die höchstmöglichen Gebietsansprüche bei einer bereits geplanten Teilung des Landes zu erlangen.

Es folgten eine Reihe gesetzlicher Ausnahme-Regelungen, die ab 1920 der erste britische Hochkommissar für Palästina, *Herbert Samuel*¹⁸⁷, einführte. *Samuel* betreute in seiner Amtszeit als Hochkommissar (1920-1925) den Erlass von über hundert Anordnungen, die den Weg für die Schaffung einer *Grundinfrastruktur* für einen jüdischen Staat ebneten. Diese Anordnungen beinhalteten, für Land und Leute, tief greifende Regeln, die den Alltag bestimmten, wie¹⁸⁸

- A) Gesetzgebung für Immigration und Landnutzung;
- B) Anerkennung der hebräischen Sprache als offizielle Sprache;
- C) Bestätigung des Sabbat als offiziellen Feiertag;

185 Aus dem Mandats-Text, siehe Anhang VI/ B/ 5.

186 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr... a.a.O.*, S. 67.

187 Herbert Louis Samuel (1870-1963) war ein britischer Politiker und Diplomat und überzeugter Zionist. Als die Briten 1917 im Zuge des Ersten Weltkrieges Palästina eroberten, wurde Samuel zu einem potentiellen Kandidaten für die Vertretung britischer Interessen in der Region. Er bekam 1920 schließlich den Posten des Hohen Kommissars, sobald das Britische Mandat vom Völkerbund übertragen worden war. Samuel wurde 1910 als erster nicht konvertierter Jude überhaupt ins britische Kabinett berufen, in dem er zuerst Postminister und dann Innenminister war. Er brachte 1915 die Idee vor, ein britisches Protektorat über Palästina einzurichten und seine Ideen beeinflussten die berühmte Balfour-Deklaration.

188 Vgl. Abu Sitta, Salman: *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.2.

- D) Genehmigung und Eröffnung von Kreditbanken, um den jüdischen Landkauf zu unterstützen;
 E) Errichtung von jüdischen Genossenschaften.

1.6.2 Die Landfrage in Palästina während des britischen Mandats

Die wichtigste Errungenschaft der zionistischen Organisation, die nur durch die Hilfe des britischen Hochkommissars *Herbert Samuel* möglich wurde, war die Gründung der *Jüdischen Agentur* (JA), die die Aufgabe hatte, die Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina mit der britischen Administration zu koordinieren. Die ‚Jüdische Agentur‘ unterscheidet sich in ihrer Funktion nicht viel von Theodor Herzls Vorstellung einer *Society of Jews*, die mit Hilfe von Samuels Anordnungen die intensive jüdische Immigration nach Palästina organisierte und finanzierte; sowie die Entwicklung einer separaten wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur der jüdischen Gemeinschaft vorantrieb.¹⁸⁹

Eine weitere Errungenschaft war die Schaffung eines Genossenschaftswesens, mit dessen Hilfe neue Siedlungen überall im Land errichtet und der jüdische Wirtschaftssektor aufgebaut wurden. Bereits 1920 wurden alle Genossenschaften in der zionistischen Einheitsgewerkschaft ‚Histadrut‘ zusammengefasst. Bald entwickelte sich diese ‚Gewerkschaft‘ des zionistischen ‚Arbeiterflügels‘ zu einem der bedeutendsten Machtinstrumente des Zionismus in Palästina. Sie umfasste im Jahre 1920 etwa 4500 stimmberechtigte Mitglieder. Im Jahre 1930 waren es dann bereits mehr als 27000 Mitglieder, womit mehr als 70% aller jüdischen Arbeiter in der ‚Histadrut‘ organisiert waren.¹⁹⁰ Die Hauptaufgabe der ‚Histadrut‘ war nicht etwa die Vertretung der wirtschaftlichen Ziele der jüdischen Arbeiterschaft. Sie war vielmehr eine Institution und ein Machtinstrument der zionistischen Organisation zur Mobilisierung der jüdischen Arbeiter für die zionistischen Ziele. Die wichtigste Aufgabe der Histadrut bestand darin, die so genannte ‚jüdische Arbeit‘ zu propagieren bzw. zu fördern. Sie forderte mit aller Schärfe den Ausschluss ‚arabischer Arbeitskräfte‘ aus den jüdischen Betrieben.¹⁹¹

Um das Erreichen ihrer Ziele in Palästina zu ermöglichen sahen die zionistischen Institutionen, vor allem die ‚Jüdische Agentur‘, ihre zentrale Aufgabe darin, durch die intensive Zusammenarbeit mit den Briten die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um *Landerwerb* in Palästina forcieren zu können – genau das geschah auch:

Landgesetze des britischen Mandats

Den Zielen des Mandats folgend bot die britische Mandatsregierung den gesetzlichen Rahmen, der den zionistischen Akteuren die größtmögliche Bewegungsfreiheit ermöglichte. Und zusätzlich begünstigten neue Bodengesetze der Mandatsverwaltung die Landnahme durch die zionistische Organisation.¹⁹² Sie hatte zwischen 1920 und 1931 eine Reihe von Land-Gesetzen (Anordnungen) erlassen, die die Übertragung von arabischem Land an die Juden regulieren oder dessen Neuerwerb durch Araber stark einschränken sollten. Andere Pachtgesetze wurden geschaffen, die die Renditen aus arabischem Grundeigentum verringerten, was die einheimischen Großgrundbesitzer dazu brachte, ihre Ländereien an die zionistischen Gesellschaften zu verkaufen.¹⁹³

Im Folgenden sollen die wichtigsten britischen Landgesetze für Palästina kurz erläutert werden:

1. *Das Landübertragungsgesetz* (The Land Transfer Ordinance, 1920)

Dieses Gesetz wurde im Oktober 1920 entwickelt, um die landwirtschaftlichen Pächter, deren Land durch die Großgrundbesitzer verkauft wurde, vor Vertreibung zu beschützen. Das Gesetz setzte eine Reihe von Bedingungen zum Landerwerb voraus, wie:

- Diejenige Person, die Land erwerben wollte, musste in Palästina ansässig sein;

189 Ebenda.

190 Angaben aus Granott, Abraham: *Agrarian Reform and the Record of Israel*, London, 1956, S.110, in Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.68.

191 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.68.

192 Ebenda, S.67.

193 Ebenda.

- diese Person darf nur Land erwerben, das den Wert von 3000 palästinenschen Pfunden oder in Fläche 300 Dunums nicht überschreitet;
- sie muss beabsichtigen, das Land selbst und unverzüglich zu kultivieren; sowie
- die Auflage, dass der Abtretende – falls er selbst der Besitzer war, oder der Pächter, der das Land in Miete bearbeitet hatte – ausreichend Land im Distrikt oder an einem anderen Ort für seinen Lebensunterhalt bekommen würde.

Das Gesetz beinhaltete *zwei Hauptaspekte*, die für die arabische Bevölkerung Palästinas ein Grund zur Sorge waren:

A) *Erster Aspekt*: Der Distriktgouverneur besaß durch dieses Gesetz in Bezug auf den Bodenkauf *außerordentliche Befugnisse*, denn seine Erlaubnis war erforderlich, damit solch eine Transaktion überhaupt stattfinden konnte. Er entschied nämlich, ob eine Person die Vorlagen erfüllte oder nicht. Der britische Hochkommissar *Samuel* besaß diesbezüglich annähernd unbegrenzte Autorität, insbesondere in der Abwesenheit eines legislativen Rats. Die Araber haben damals die unbegrenzte Autorität des Hochkommissars hinterfragt, da sie ihre Interessen dadurch als bedroht sahen. Obwohl die Zionisten ähnliche Vorbehalte gegen das Gesetz hatten, sahen sie dessen Bestimmungen viel gelassener, da sie bereits Ende 1919 den Gesetzesentwurf einsehen konnten, wodurch ihnen mit Hilfe von *J. A. Balfour* ermöglicht wurde, eine Klausel in *Artikel 8* des Landtransfersgesetzes einzubringen, die dem Hochkommissar die Option erlaubte, jeden Antrag auf Landerwerb zur Disposition an eine Kommission zu verweisen, die er benennen konnte.¹⁹⁴ Obwohl die Präsenz einer solchen Klausel die absoluten Vorrechte des Hochkommissars in seiner Entscheidung über eine Disposition verminderte, war er doch in der Lage, die Kontrolle über die Benennung der Mitglieder einer solchen Kommission zu behalten. Die politische Gemeinschaft der arabischen Palästinenser, die sich vor Samuels pro-zionistischem System hüteten, glaubten, dass eine solche Kommission nur zionistischen Interessen dienen würde; und

B) *Zweiter Aspekt*: Das Landgesetz setzte voraus, dass eine Person in Palästina ansässig sein musste, insofern diese Land erwerben wollte. Die Araber (Moslems und Christen) betrachteten eine solche Beschränkung als offensichtlich pro-jüdisch, da sie ausdrücklich in Ägypten und Syrien ansässige Araber vom Landerwerb in Palästina ausgeschlossen hat. Der Grund dafür war möglicherweise, dass Großbritannien befürchtete, dass es durch Landbesitz eine finanzielle und politische Verteidigung des arabischen Landes ‚Palästina‘ von Seiten der Ägypter und Syrer geben könnte. Zu diesem Zeitpunkt waren etwa 500.000 Dunums Land in Palästina im Besitz von auswärtigen Arabern. Eine solche Beschränkung bedeutete einfach eine Verneinung jeglicher zukünftiger Aneignung von Land, die aus Spekulations- oder Investitionsgründen erfolgte. Die palästinensischen Araber wussten, dass kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges die Juden der einzige finanziell überlebensfähige Teil der Bevölkerung Palästinas war. 1920 hielt die absolute Mehrheit der arabischen politischen Aktivisten in Palästina dieses Gesetz für einen „Verschleierungsmechanismus zur Unterstützung von jüdischem Landerwerb in Palästina“.¹⁹⁵

Kaum war das Gesetz in Kraft getreten, führten die Zionisten Gespräche mit dem britischen ‚Colonial Office‘ und diskutierten eine mögliche Überarbeitung des Gesetzes. Die Zionisten waren vor allem daran interessiert, die Beschränkungen gegen den Umfang des erworbenen Landes aufzuheben, denn sie befanden sich bereits in der Endphase von Verhandlungen über große Bodenflächen, hauptsächlich im Besitz der libanesischen *Familie Sursock* (siehe Abschnitt 1.6.4), in der Flachebene von ‚Marj Ben Amer‘ (später Yezraeel Valley). Das ‚Colonial Office‘ glaubte, dass eine Beschränkung über den Umfang einer Bodentransaktion letztendlich nutzlos sein würde, denn die Palästina-Administration hätte keine Zuständigkeit über Land gehabt, das von Abwesenden verkauft worden wäre und dabei nur die Registrierung solcher Kaufaktionen, nicht aber die Transaktion selbst hätte kontrollieren können.¹⁹⁶ Eben wegen diesen Beschränkungen wurden zionistische Institutionen wie die ‚Jewish National Fund‘ und die ‚Palestine Land Development‘ dazu ermutigt, Ankaufsverhandlungen mit abwesenden Bodenbesitzern fortzusetzen.

Am 15. Dezember 1921 trat eine geänderte Fassung des Landübertragungsgesetzes in Kraft, die das Gesetz von 1920 ersetzte. In der neuen Fassung wurden die Beschränkungen über Wert und Umfang des erworbenen Landes, sowie Bedingungen über den Aufenthalt des Käufers, aufgehoben. Und so wurde den Zionisten

¹⁹⁴ Stein, Kenneth W.: *The Land Question ... a.a.O.*, S.43 u. 47.

¹⁹⁵ Ebenda, S.48.

¹⁹⁶ Ebenda, S.49.

der Weg freigelegt, große Bodentransaktionen in die Wege zu leiten. Die Zionisten nahmen Kontakte mit Großgrundbesitzern auf, die außerhalb Palästinas wohnten. Die heute verfügbaren bestdetaillierten und repräsentativsten Dokumentationen betreffen die ‚Marj Ben Amer‘- Flachebene zwischen *Beisan* und *Haifa*. Die Kaufaktionen wurden dort mit den Boden-Besitzerfamilien Sursock, Karkabi, Tueini, Farah und Khouri, überwiegend Bewohner von Beirut, abgewickelt. Diese Familien verkauften den größten Teil dieses Landes an die ‚Jewish National Fund‘ und an die ‚American Zion Commonwealth‘. Der Kauf einer Gesamtfläche von etwa 240.000 Dunums wurde in schätzungsweise zwanzig Kaufverträgen zwischen 1921 und 1925 abgewickelt. Karten 1-7 und 1-8 zeigen diese Bodentransaktionen deutlich, und wie diese die Landkarte Palästinas veränderte.

2. Die Mewat-Land-Anordnung (1921)

Diese Anordnung schränkte den Anbau vom ‚Mewat-Land‘ ein, wie es in *Artikel 103* des osmanischen Landgesetzes von 1858 festgelegt war. *Artikel 103* erlaubte jeder Person nach Erhalt einer amtlichen Erlaubnis, das ‚Mewat-Land‘ zu entwickeln. Sollte der neue Pächter jedoch das Land ohne einen stichhaltigen Grund für die Dauer von *drei* aufeinander folgenden Jahren nicht bearbeiten, so wurde das Land einem anderen gegeben. Falls jemand ein ‚Mewat-Land‘ ohne offizielle Genehmigung bewirtschaftete, so durfte er dies weiterhin tun, musste aber dafür eine Steuerabgabe (*Badil methl*) an die Behörden zahlen. Die neue Anordnung der Mandatsverwaltung setzte den letzten Paragraphen außer Kraft und stellte jeden, der das ‚Mewat-Land‘ ohne amtliches Erlaubnis kultivierte als Eindringling hin, der als solcher auch bestraft wurde. Sie hat die Option des *Badil Methl* ebenfalls abgeschafft und verlangte von denjenigen, die keine Erlaubnis besaßen, dies der Mandatsregierung bis zum 18. April 1921 mitzuteilen, da sie ansonsten das Gesetz verletzen würden.

3. Anordnung zum Schutz der Landwirte (Protection of Cultivators Ordinance, 1929)

Diese Anordnung von 1929 annullierte die Bedingungen des Gesetzes von 1921, das erforderte, dass im Falle einer Bodenkauf-Transaktion eine Regelung gefunden werden musste, um dem Landbesitzer, der das Land bewirtschaftete, ein vergleichbares Ersatzland anstelle seines enteigneten Eigentums bereitzustellen. Das Gesetz wurde mit dem Ziel herausgegeben, die Landwirte zu schützen, die mindestens zwei Jahre den Boden kultiviert halten, indem es den ‚Landlords‘ vorschreibt, dass sie dem Landwirten eine einjährige Kündigungsfrist gewähren mussten, bevor das Pachtverhältnis aufgekündigt oder die Miete erhöht werden konnte. Schutz bot das Gesetz auch bei einer Abfindungszahlung an den Landwirt, wenn dieser zur Verbesserung der Bodenqualität bzw. des Ertrags beigetragen hatte. Weiter schrieb die neue Anordnung vor, dass die ‚Landlords‘ dem Pächter, wenn dieser für die Dauer von mindestens fünf Jahren das Land pflegte, eine zusätzliche Abfindung in Form von einer Geldsumme, die der durchschnittlichen Jahresrente des Pachtlandes entspricht, auszahlt.

4. Landübertragungsvorschriften (Land Transfer Regulations, 1940)

Der Erlass dieser Vorschrift richtete sich nach den *Bestimmungen des McDonald White Paper* vom Mai 1939, nach den heftigen Unruhen und Protesten der Araber zwischen 1936 und 1939. Dieses machte auf *Artikel 6* der Mandat-Charta von 1922 aufmerksam¹⁹⁷, um einen Siedlungsstopp durch Juden im Land anzuordnen. Die *White Paper- Bestimmungen* wiesen darauf hin, dass die Gutachten einiger Fachkommissionen bezeugten, dass infolge des natürlichen Wachstums der arabischen Bevölkerung und des anhaltenden Verkaufs von arabischem Boden an Juden in den letzten Jahren, in bestimmten Gebieten kein Platz mehr für weitere Übertragungen von arabischem Land war; weiter mussten solche Bodenkäufe in anderen Gebieten begrenzt werden, wenn arabische Landwirte ihren bestehenden Lebensstandard beibehalten sollten, um der Entstehung einer bodenlosen arabischen Bevölkerungsschicht vorzubeugen.

Nach den Vorschriften von 1940 wurde das Land Palästina in folgende *drei Zonen* geteilt:

Zone A: Hier war Landübertragung an Nicht-Palästinenser, außer unter bestimmten Umständen, verboten. Diese Zone schloss eine Fläche von 16.680.000 Dunums im Bergland als Ganzes ein. Hinzu kamen bedeutende Flächen in den Jaffa- und Gaza-Subdistrikten, einschließlich dem nördlichen Teil des Beersheba-Subdistrikts;

Zone B: Hier war Landverkauf durch einen palästinensischen Araber, außer an einen palästinensischen

¹⁹⁷ Artikel 6 schrieb vor, dass bei der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und die religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina beeinträchtigen würde. Vgl. auch Wortlaut des Mandats, Anhang VI/ B/ 5.

Araber unzulässig. Nur in speziellen Fällen konnten andere Gruppen Bodenkäufe betreiben. Diese Zone hatte eine Gesamtfläche von 8.348.000 Dunums, die sich im nördlichen Flachland, im östlichen Galiläa, in einem Landstrich der Küstenebene südlich von Haifa, in einem Gebiet nordöstlich vom Gaza-Subdistrikt und im südlichen Teil des Beersheba-Subdistrikts verteilte; und

Zone C: Hier war Landerwerb uneingeschränkt erlaubt. Diese Zone umfasste insgesamt 1.292.000 Dunums. Sie setzte sich aus der Haifa-Bucht, dem größten Teil der Küstenebene, einem Gebiet südlich von Jaffa, dem Stadtplanungsgebiet von Jerusalem und aus allen städtischen Gebieten zusammen.

Diese Landübertragungsvorschriften traten erst dann in Kraft, nachdem die Juden in den Besitz einer beträchtlichen Menge des fruchtbarsten Lands der Küstenebene sowie des nördlichen Flachlands Palästinas gekommen waren. Bedeutende Schlupflöcher in den Vorschriften von 1940 ermöglichten den Juden, Land auch in den verbotenen und begrenzten Zonen zu erwerben, indem sie unter erfundenen Namen und mittels anderen fraglichen Methoden Scheingeschäfte abwickelten.¹⁹⁸

1.6.3 Jüdische Einwanderung nach Palästina (1920-1948)

Wie bereits erklärt wurde, war die Förderung und Legalisierung der jüdischen Einwanderung nach Palästina ein Hauptziel des britischen Mandats über Palästina. Die oben genannten Anordnungen, die der überzeugte Zionist *Herbert Samuel* in die Wege leitete, wurden ungeachtet der Bedürfnisse der palästinensischen Araber – letztlich ganz im Sinne des J. A. Balfour – exklusiv auf die Schaffung von nicht nur neuen demographischen, sondern auch und vor allem von neuen Bodenbesitz-Verhältnissen zugunsten der Juden hin ausgerichtet. Hierzu muss erwähnt werden, dass die demographischen Verhältnisse zum Zeitpunkt dieser britischen Anordnungen, diese sowohl politisch wie auch juristisch in keiner Weise rechtfertigen konnten, denn sie wurden nicht zum Wohle der Allgemeinheit geschaffen, sondern in der Verfolgung einer Interessenpolitik Großbritanniens, die eine überwiegend fremde Minderheit gegenüber einer absoluten Mehrheit der indigenen Bevölkerung des Landes per Diktat bevorrechtete. Und die Zahlen sprechen für sich (Tabelle 1-1):

Jüdische Einwanderung nach Palästina während der englischen Mandatszeit (1920-1946)					
Dritte Alija		Vierte Alija		Fünfte Alija	
1920	5.514	1924	12.856	1932	9.553
1921	9.149	1925	33.801	1933	30.327
1922*	7.844	1926	13.081	1934	42.359
1923	7.421	1927	2.713	1935	61.854
Summe	29.928	1928	2.178	1936	29.727
Hauptsächlich Juden aus Russland		1929	5.249	1937	10.536
		1930	4.944	1938	12.868
		1931*	4.075	1939	16.405
		Summe	78.897	1940	4.547
Hauptsächlich Juden aus Polen				1941	3.647
				1942	2.194
				1943	8.507
				1944	14.464
				1945	12.751
				1946	7.851
				Summe	267.590
Die fünfte Einwanderungswelle stand unter dem Eindruck des deutschen Nationalsozialismus und seiner gewaltsamen Ausbreitung in Europa. Die existenzielle Bedrohung der Juden in Europa gab einen gewaltigen Auftrieb für die Zionisten.					
Quelle: Survey of Palestine, op. Cit., Vol.1, Table 1, p.185 and Supplement; and McCarthy, Table A9-1, A9-2, p.171. In Abu Sitta, Salman, "Atlas of Palestine 1948", Palestine Land Society, 2004, Tabelle 2.3, S. 12					
*) 1922 und 1931: Britischer Zensus					

Tabelle 1-1: Jüdische Einwanderung nach Palästina 1920-1946.

198 Abu Sitta, Salman, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.29.

Der letzte osmanische Zensus für das Gebiet Palästina fand 1914/15, also am Vorabend des Ersten Weltkrieges, statt. Laut diesem lebten bis dato insgesamt etwa 722.000 Menschen in Palästina, darunter etwa 39.000 Juden (5,4%). Im Jahre 1922 gab es den zweiten Zensus durch die englische Mandatsregierung in Palästina. Laut dieser Zählung lebten in Palästina zu dem Zeitpunkt etwa 752.000 Menschen, darunter etwa 84.000 Juden (11,2%).¹⁹⁹ Die Juden besaßen damals bereits – wegen bzw. trotz des enormen Aufwandes der zionistischen Bewegung zum Landerwerb in Palästina – nur etwa 2,5% des Landes. Die palästinensischen Araber verfügten noch über 97,5% ihres Bodens.²⁰⁰

Tabelle 1-1 gibt einen Einblick über die demographische Entwicklung in Palästina, insbesondere während des britischen Mandats (1922-1948), in der die Zahl der jüdischen Migration ins Land mit Hilfe von Mandats-Einwanderungsgesetzen für die Juden übermäßig gefördert wurde, so sehr, dass die Juden in Palästina sich sprunghaft von einer Minderheit von weniger als 8% der Gesamtbevölkerung im Jahre 1918 zu einem beachtlichen Bevölkerungsanteil von beinahe 33% gegen Ende 1946 entwickelt haben.

Im Gefolge der Balfour-Deklaration und der anschließenden Mandatsübernahme kam es zu einer deutlich steigenden Einwanderung von Juden nach Palästina. Diese wurde ab 1924 noch verstärkt durch die Einführung einer restriktiven Einwanderungsquote in den Vereinigten Staaten. Zwischen 1924 und 1931 wurden etwa 79.000 weitere Juden in das Land hinein gelassen (*Tabelle*).

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland erreichten die jüdischen Einwandererzahlen nach Palästina eine dramatische und für die palästinensischen Araber bedrohliche Marke. Wenn man sich die jüdischen Einwandererzahlen jener Jahre genauer ansieht, können die Beweggründe einiger arabischer Revolten, insbesondere des großen arabischen Aufstandes 1936-39 (Abschnitt 1.6.5) besser nachvollzogen werden. Alleine 1933 kamen mehr als 30.000 jüdische Einwanderer in das kleine Land, 1934 waren es etwa 42.000, 1935 sogar fast 62.000 und 1936, im ersten Jahr der arabischen Revolte gegen die Briten, kamen mehr als 29.000 weitere hinzu. In der so genannten *fünften Alija* (1932-1946) ließen die Engländer 267.590 Juden ins Land. Während der gesamten Mandatszeit und bis zur UNO-Teilungsresolution für das Land im November 1947, konnten zwischen 1920 und 1946 mehr als 376.000 Juden mit Hilfe der Mandats-Einwanderungsgesetze ins Land eingeschleust werden.

1.6.4 Folgen der britischen Landanordnungen

Zu allererst muss hier fairerweise erwähnt werden, dass die Landbesitzverhältnisse in Palästina bzw. die miserable Lage, in der sich die palästinensischen Araber am Vorabend der Landesteilung im Jahre 1947 befanden, ein verzwicktes Ergebnis der Bodenpolitik aus osmanischen und britischen Zeiten war. Die neue Qualität der Mandatszeit war die Tatsache, dass die Briten zugunsten einer dritten fremden Partei (der Zionisten) politische und territoriale Rechtsgrundlagen forciert haben, die diesen nicht zustanden.

Karte 1-7 zeigt eine Übersicht der Landkäufe durch die Zionisten in Palästina. Man kann hier deutlich ablesen, wie fundamental wichtig das britische Mandat für die Zionisten war, wenn es um Landerwerb ging. Beängstigend waren nicht nur die Menge und die Qualität des gekauften Bodens. Noch wichtiger war hier die Verortung der Parzellen, der kleinsten Mosaiksteine, die wenig später (1947) das Gesamtbild des UNO-Teilungsplans definitiv bestimmten und zu einer vorher undenkbaren territorialen Teilung der Landesfläche führten.

Um die Ziele der Zionisten erreichen zu können, sah die ‚Jüdische Agentur‘ ihre zentrale Aufgabe darin, zunächst einmal den weiteren Ausbau der schon vor der Mandatszeit bestehenden Siedlungsschwerpunkte auszubauen, um die bisher erreichte Position zionistischer Macht in Palästina zu sichern. Zu diesem Zweck wurde mit der Verdichtung des zionistischen Siedlungsnetzes in den 1920er Jahren in der Küstenebene zwischen den Städten Haifa und Jaffa begonnen. Der jüdische Landbesitz in dieser Region konnte in großem Umfang ausgedehnt werden. Das ermöglichte die Errichtung zahlreicher neuer jüdischer Siedlungen in dieser Etappe der Kolonisation, vor allem im zentralen und im südlichen Teil dieser Ebene.²⁰¹

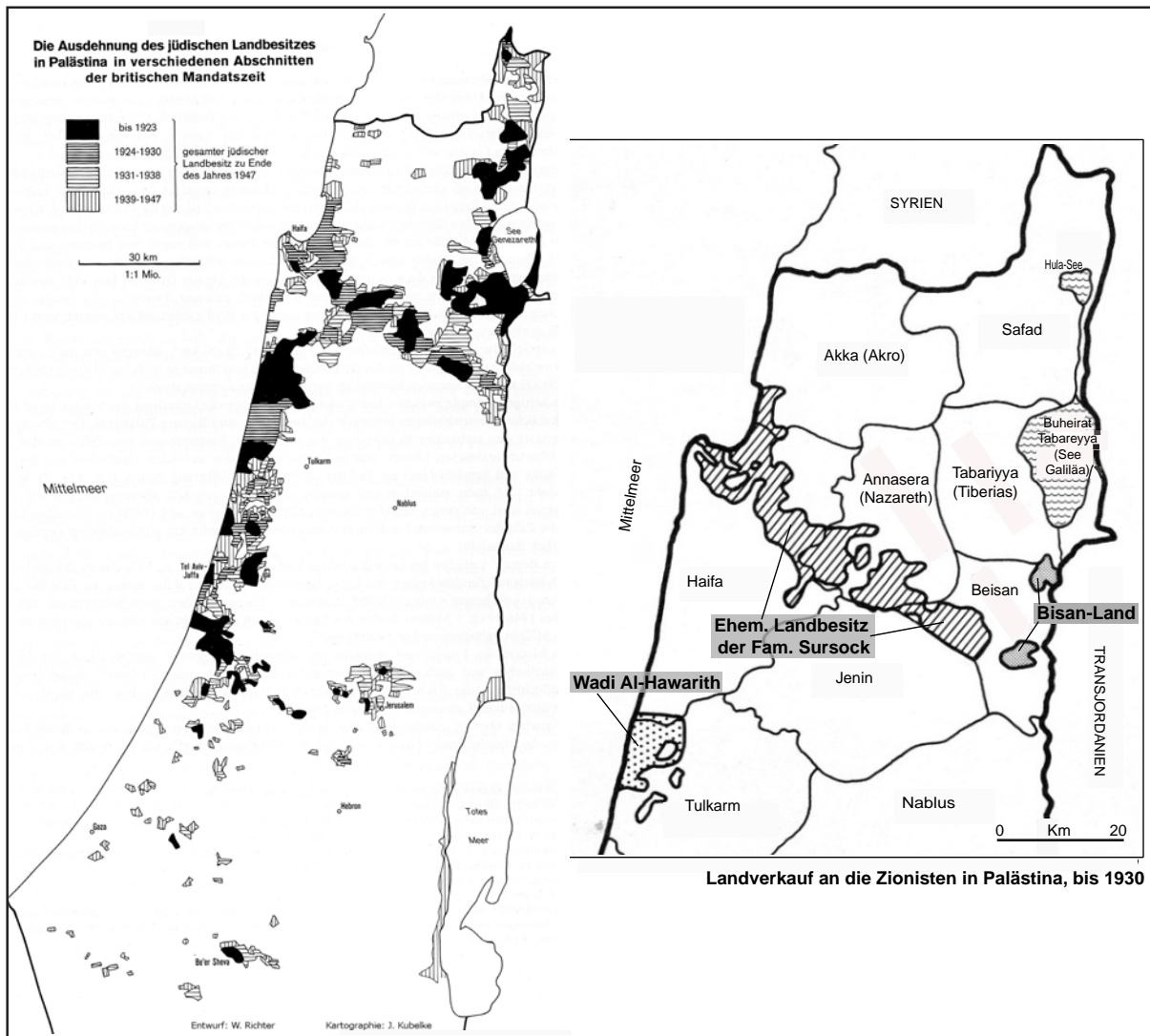
Am Vorabend des Ausbruchs der arabischen Revolte gegen die britische Mandatsmacht war der ländliche Raum

199 Britischer Zensus für Palästina 1922, Vgl. Abu Sitta, 1948, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, Tabelle Nr. 2.1, S.11.

200 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr... a.a.O.*, S.67.

201 Mehr dazu in Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.82-83

eine der Hauptarenen des Konfliktes dieser Zeit. Dort nahm der Konflikt seine vorwiegend nationale Form an, insbesondere da große Anteile des nach Palästina hineingeflossenen jüdischen Kapitals für den Bodenkauf im ländlichen Raum bestimmt waren. Und trotz der Präsenz der britischen Militärmacht bzw. des immensen Druckes einer den Zionisten wohlgesinnten administrativen Maschine erreichte man, im Vergleich zum groß angelegten zionistischen Ziel der Besiedlung des Landes, nur ein minimales Ergebnis. Bis dahin (1936) konnten sie insgesamt nur 6.752 neue Kolonialsiedler für ihre Zwecke gewinnen. Und dennoch gefährdeten sie den Status der palästinensischen Landesbevölkerung. Denn die britischen Bodengesetze für Palästina hatten im Bezug auf die Bodenbesitzverhältnisse eine große Wirkung gezeigt. Der Landbesitz der jüdischen Gruppen wuchs von 300.000 Dunum im Jahre 1929 auf statt 1.250.000 Dunum im Jahre 1930. Innerhalb von nur einem Jahr wurden mit Hilfe vom Kapital und Gesetz, sprich von ‚Macht‘ und ‚Wissen‘, *eine Million* Dunum Land – etwa *ein Drittel* des landwirtschaftlichen Bodens im Land – zugunsten des zionistischen Projektes erworben. Das führte zur weiteren Verelendung der ohnehin armen palästinensischen Bauern und Beduinen. Um 1931 wurden 20.000 Bauernfamilien von den Zionisten aus diesem erworbenen Land vertrieben. Natürlich geschahen diese Käufe ohne Wissen der einfachen Landesbevölkerung.²⁰²



Karte 1-7: Landverkauf an die Zionisten in Palästina bis 1947.

Bis 1931 waren nur 159 von 1000 Juden. – im Vergleich dazu waren es 637 Araber – von der Landwirtschaft abhängig. Von etwa 119.000 Bauern waren etwa 11.000 Juden, sprich weniger als 10% der Bauern im Land.²⁰³ Im

202 Daten aus: Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin: Khalfiyyat wa tafasil wa tahlil* [Dtsch.: Die Revolte von 1936 in Palästina: Hintergründe, Details und Analysen], Studienabschnitt „Die Bauern“, Beirut, Volksfront zur Befreiung Palästinas, 1974 (arabisch). Kanafani, geboren in Akka im Jahre 1936, der Sohn eines Anwalts, dessen Familie 1948 aus Palästina zuerst in den Libanon vertrieben wurde, war ein Schriftsteller und Redakteur mehrerer arabischer Zeitschriften. Er galt als einer der besten arabischen Schriftsteller für Kurzgeschichten im 20. Jahrhundert. Schwerpunkte seines Schaffens waren die Vertreibung, der Verlust des Landes, Exil und Widerstand. In den 1970er Jahren wurde er Sprecher der sozialistischen ‚Volksfront zur Befreiung Palästinas‘. Er starb 1972 durch eine vom israelischen Geheimdienst an seinem Auto angebrachte Bombe. Schwerpunkte seines Schaffens waren die Vertreibung, der Verlust des Landes, Exil und Widerstand.

203 Hamadeh, Said (Hrsg.), *Economic Organisation of Palestine*, American University of Beirut, 1939, p.32, in: Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi*

Jahre 1931 wuchs dieser Anteil der jüdischen Bauern auf 19,1% gegenüber 59% der palästinensischen Araber, die sich aus dem Bodenanbau ernährten. Die ökonomischen Folgen dieses Zusammenpralls waren sehr gefährlich und konnten nur national-politisch in Gänze begriffen werden. Die Bodengesetze hatten eine für die palästinensischen Bauern katastrophale Folge, da diese am Ende nicht genug Land besaßen, aus dem sie sich ernähren konnten: im Jahre 1941 besaßen nur 30% der arabischen Bauern in Palästina eigenes Land, während beinahe 50% der restlichen arabischen Bauern Grundstücke hatten, die zu klein waren, um die eigenen Lebensbedürfnisse zu decken. In der Zeit verfügten 250 Landlords über 4 Millionen Dunum Land, während 25.000 Bauernfamilien kein Land und 46.000 Bauernfamilien jeweils durchschnittlich 100 Dunum besaßen. Etwa 15.000 Familien arbeiteten als Bauern auf dem Besitz von Landlords. Laut einer Statistik aus dem Jahre 1936, die aus Daten aus 322 palästinensischen Dörfern basierte, besaßen 47% der arabischen Bauern jeweils weniger als 7 Dunums und 65% weniger als 20 Dunums. Berücksichtigt man die damalige Produktivität des Bodens, so kommt man zu dem Ergebnis, dass es an Wunder grenzt, dass die Bauern damals nicht verhungert sind. Denn die damalige erforderliche Mindestbodenfläche für die Ernährung einer durchschnittlichen Bauernfamilie waren etwa 130 Dunum.²⁰⁴

Und selbst die arabischen Großgrundbesitzer standen unter dem enormen Druck der zionistischen Invasion bzw. der von den Briten auferlegten hohen Steuern. Das Halten des Bodens war für viele Landbesitzer, die zu Anfang der Mandatszeit überwiegend aus dem arabischen Raum, jedoch außerhalb von Palästina, wohnhaft waren, nicht mehr rentabel, dafür aber der Bodenverkauf. Um das Ausmaß dieser Bodengeschäfte zu begreifen, sollte man die statistische Verschiebung des von Zionisten gekauften Landes, *nach Herkunft bzw. Wohnort der Bodenverkäufer* (ob Landlords oder einfache Bauern), zwischen 1920, also unmittelbar vor dem Mandat, und 1936 genauer betrachten:

- Zwischen 1920 und 1922 wurden 75,4% des zionistischen Bodenerwerbs von Landbrots gekauft, die außerhalb Palästina wohnten (abwesende Landlords), 20,8% waren in Besitz von einheimischen Großgrundbesitzern, und 3,8% wurden von kleinen Bauern (Fellachen) gekauft;
- Zwischen 1923 und 1927 wurden 86% der Bodenkäufe aus Quellen abwesender Landlords, 12,4% aus Besitz einheimischer Großgrundbesitzer und 1,6% von den Fellachen gekauft;
- Zwischen 1928 und 1932 wurden 45,4% der Bodenkäufe aus Quellen abwesender Landlords, 36,3% aus Besitz einheimischer Großgrundbesitzer und 18,3% von den Fellachen gekauft;
- Zwischen 1933 und 1936 gehörten etwa 14,9% des insgesamt gekauften Bodens abwesenden Landlords, 62,7% einheimischen Landbesitzern und 22,5% kleinen Bauern.²⁰⁵

Die Statistik zeigt eine gewaltige Zunahme der zionistischen Bodenkäufe von einheimischen Besitzern. Bis 1927 waren die Großgrundbesitzer fast ausschließlich diejenigen, die den zionistischen Gesellschaften Land anboten. Ab 1928 verkauften jedoch in zunehmendem Maße auch Kleinbauern, genötigt durch wirtschaftlichen Druck, die ihnen nach dem Gesetz zugefallenen Parzellen des ehemaligen Gemeindelandes.²⁰⁶

Durch die neuen Boden- und Steuergesetze des Mandats verminderte sich die Rentabilität des Bodenertrages so stark, dass vor allem die neuen palästinensischen Bodenbesitzer (Efendis), die oft das Land der verängstigten kleinen Bauern mit Hilfe der osmanischen Gesetze an sich reißen konnten, darin einen Vorwand fanden, den Boden an Dritten zu verkaufen – oft waren es europäische oder arabische Unterhändler, die das Land wiederum an die Zionisten weiterverkauften. Sowohl diese neuen Efendis, als auch die einfache palästinensische Bevölkerung wussten diese Vorgänge sehr genau, zu interpretieren und was für eine Zukunft für ihr Land mit Hilfe der Mandatsmacht geschmiedet wurde. Aber diese kleinen palästinensischen Efendis waren nicht von Interesse im Vergleich zu den anderen Landlords, die außerhalb Palästinas residierten und die dubiosesten Geschäfte mit den Zionisten machten.

Filastin ... a.a.O.

204 Daten aus Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

205 Angaben nach Weinstock, Nathan, *Contra Israel*, Maspero, Paris, 1969, in: Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*; siehe auch Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O. Tabelle 4, S.74.*

206 Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O. Tabelle 5, S.75.*

Die britischen Bodengesetze waren eigentlich dafür gemacht, die Anforderungen des jüdischen Siedlungsbaus zu erfüllen. Sie wurden so formuliert, dass der Eindruck entstand, die kleinen palästinensischen Bauern davor zu beschützen, ihr Land unter Zwang verkaufen zu müssen oder aus ihrem Land vertrieben zu werden. In der Realität boten diese Gesetze dahingehend keinerlei Schutz. Die Bodenkäufe konzentrierten sich dann auf die abwesenden Landlords, die nur Profit gesucht haben und große dubiose und für die Palästinenser äußerst schädliche Geschäfte mit den Zionisten machten – mit Hilfe der britischen Landanordnungen, versteht sich. Das berühmteste Beispiel dieser dubiosen Geschäfte ist der Fall der ‚Wadi Al-Hawareth‘, ein 40.000 Dunum großes Territorium in der Flachebene von ‚Marj Ben Amer‘ (später Yezraeel Valley, 240.000 Dunum). Dieses Areal, das das palästinensisch-arabische Dorf *Schatta* mit seinem 16.000 Dunum und viele andere Dörfer umfasste, gehörte der Beiruter Feudalfamilie *Sursock*, die bereits Anfang der 1920er Jahre die ersten geheimen Gespräche mit Vertretern der Jewish Agency durchführte. Alle arabischen Bewohner dieses Areals wurden in der Folge von den Zionisten, den neuen Besitzern, aus *ihrem* Land vertrieben. Das Beispiel der Feudalfamilie *Sursock* war nicht das einzige, viele andere Familien haben aus Habgier Bodenkaufgeschäfte mit den Zionisten geführt, obwohl sie alle wussten, was mit den Bauern dieses Landes geschehen wird, nämlich Vertreibung.

Und schließlich sprachen die Endzahlen über die tatsächlichen Bodenbesitzverhältnisse (Dunum/Person) um 1936 eine deutliche Sprache: während die 50.000 jüdischen Bauern in Palästina in den Besitz von 1.200.000 Dunum Land (durchschnittlich 24 Dunum/Siedlungsbewohner) kamen, verfügten 500.000 arabische Bauern über weniger als 6 Millionen Dunum Land (durchschnittlich 12 Dunum/Bauer).²⁰⁷ Die Hauptaussage dieser Zahlen ist die Tatsache, dass die britischen Bodengesetze der Verwirklichung des zionistischen Traumes in Palästinas dienen sollten und keineswegs, wie es sich einer Mandatsmacht und Treuhand gehört, einen Bodenreform zu entwickeln, die der Bevölkerung des Landes dazu verhilft, die verhasste Feudalherrschaft abzuschütteln und das eigene Land nach demokratischen progressiven Prinzipien aufzubauen.

Diese Aufklärung in den Reihen der arabischen Bevölkerung Palästinas trug wesentlich zum arabischen nationalen Bewusstsein bei, das ab Ende der 1920er Jahren einen immer größer werdenden Widerstand gegen die Mandatsmacht und ihr zionistisches Projekt in Palästina entwickelte. Die Jahre zwischen 1928 und 1939 gehörten zu den unruhigsten und kritischsten Zeiten der modernen arabischen Geschichte. In dieser Zeit wurden die ersten Widerstandszellen der palästinensischen Revolution gegründet, aber auch der Rahmen zum Landesteilungsplan skizziert, nachdem die britische Armee die arabischen Revolten und Generalstreiks blutig niedergeschlagen hatte. Spätestens bei der blutigen Niederschlagung der arabischen Revolte 1936-1939, als die militanten zionistischen Gruppen von den Briten ausgebildet wurden und ihrerseits die Araber maßgebend aktiv mit unterdrückt haben, hat Großbritannien sein wahres Gesicht und seine wahren kolonialen Absichten gezeigt.

1.6.5 Eine unruhige Zeit – Palästina 1928-1939

Die rapide Entwicklung der jüdischen Einwanderung nach Palästina war den Arabern bereits Anfang der 1920er Jahre aufgefallen. Alles ging ihnen entschieden zu schnell, denn sie wussten sehr wohl, dass das Land weder wirtschaftlich, noch geographisch in der Lage war, so viele Immigranten aufzunehmen, ohne dass die einheimische Bevölkerung benachteiligt werden würde. Schließlich führte die Mandats-Judenpolitik in Palästina Ende der 1920er Jahre zu blutigen Unruhen mit der arabischen Bevölkerung. Die Ignoranz der Mandatsmacht gegenüber arabischer Bedürfnisse führte ab Mitte der 1930er Jahre zur ersten größeren Krise im modernen Palästina, der arabischen Revolte von 1936 bis 1939, die von den Briten und mit maßgeblicher Beteiligung der militanten Zionistengruppe *Hagana* und der dort tätigen Kriegsveteranen (1. Weltkrieg) blutig niedergeschlagen wurde.

Die arabische ‚Buraq-Revolt‘, 1928

Die 1920er Jahre waren insgesamt von einer großen Unzufriedenheit der palästinensischen Araber wegen der britischen Politik in Palästina sowie von einem großen Potenzial an Gewaltbereitschaft der Massen in beiden Konfliktparteien gekennzeichnet. Die Zeit zwischen 1924 und 1928 war eine Periode der Beruhigung, die den jüdischen Siedlungsbau gestattete, sich unter britischem Schutz zu festigen. Gegen Ende des Jahrzehnts erreichte die Unzufriedenheit bzw. das Misstrauen der arabischen Bevölkerung einen gefährlichen Höhepunkt, so sehr, dass das einfache Aufstellen eines Mobiliars in Form einer hölzernen *spanischen Wand*, die zwischen

²⁰⁷ Angaben nach Collection of testimonies in Palestine before the British Royal Commission, al-Itihad Press Damascus, 1938, p.34, in: Kanafani, Ghassan: *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

männlichen und weiblichen betenden Juden an der Klagemauer (arabisch: Ha'it Al-Buraq)²⁰⁸ am 23. September 1928 – am Vorabend von Jom Kippur aufgestellt wurde – aufzeigte, wie explosiv die Lage im Heiligen Land war. Diese Aktion wurde von den Scheichs im Islamischen Gerichtshof, dessen Bau einen direkten Fensterblick auf die Buraq-Mauer hatte, als eine Provokation von Seiten der Zionisten gesehen, denn selbst diese einfache Maßnahme (das nach damaliger zionistischer Behauptung *vorübergehende* Aufstellen von Mobiliar) weckte in den Muslimen den Verdacht, dass die Juden versuchten, der Klagemauer den Status einer Synagoge zu geben, um sie auf diese Weise langfristig in ihren Besitz zu bringen. Außerdem war es eine wenn auch geringfügig Veränderung des bis dahin eingehaltenen Status Quo über den Zugang zur Klagemauer in Jerusalem, zu dem sich die Mandatsmacht verpflichtet hatte. Die Scheiche forderten den damaligen britischen Distriktkommissar von Jerusalem Edward Keith-Roach dazu auf anzuordnen, die Wand unverzüglich zu entfernen. Sie setzten die Trennwand in Beziehung zum zionistischen Programm und zur Balfour-Deklaration und befürchteten, dass jede Maßnahme, die die Klagemauer so behandelte wie eine Synagoge, als erster Schritt zur Enteignung der Muslime zu deuten wäre. Die Araber wussten auch sehr gut über die britischen Pläne zur Errichtung einer Heimstätte für Juden in Palästina Bescheid und haben diese stets abgelehnt. Gepaart mit den zionistischen Wünschen in Bezug auf Jerusalem traf das Ganze auf einen sehr empfindlichen Nerv in einem explosiven Konflikt, der auf Leidenschaft und Politik beruht.

Ganz gleich, ob die Zionisten zu dieser Zeit beabsichtigten, die Moscheen auf dem Al-Haram Al-Sharif zu zerstören oder nicht bzw. den behaupteten salomonischen Tempel wiederaufrichten oder nicht, eins steht fest: sie haben tatsächlich die religiöse Sehnsucht nach einem Tempel zunutze gemacht, besonders bei ihren Bemühungen um das Einwerben finanzieller Mittel. Schon der Begriff ‚nationale Heimstätte‘ ist an sich eine indirekte Anspielung auf den Tempel, da das hebräische Wort für Haus, Bajit, traditionell auch das ‚Haus Gottes‘ bezeichnet.²⁰⁹ Das ist wohl der Grund, warum die ultrarechtsradikale Gruppe um den heutigen israelischen Außenminister *Avigdor Libermann* den Namen ‚Israel Betheinu‘ (Israel unser Haus) für ihre Partei auswählten. Wenige Monate vor den Ereignissen von Jom Kippur herrschte unter den jüdischen radikalen Gruppen, vor allem unter den Reihen der zionistischen Revisionisten um *Ze'iv Jabotinsky*, eine Rhetorik vor, die einen Staat für die Juden in Palästina, in Ganzpalästina, im heutigen Jordanien sowie in Teilen des Libanons und vor allem die ‚Befreiung‘ des Heiligen Tempelbergs aus den Händen der Araber forderten.²¹⁰

Die Angst in der arabischen Öffentlichkeit war also nachvollziehbar und begründet, obschon die Unruhen von politischen Agenden auf beiden Seiten geschürt worden waren. Und statt des Einsatzes einer sanften Hand der Diplomatie, spielte man mit dem Feuer, das sich schlagartig zu einem Flächenbrand entwickelte. Und dennoch muss man hier hinzufügen, dass die undiplomatische Entfernung der Wand durch derbe britische Soldaten am frühen Morgen des 24. September 1928 zu heftigen aber gesteuerten jüdischen Protesten führte. Der Jom-Kippur-Vorfall löste in der Folge eine Welle der Gewalt aus. Diese Gewalt war viel mehr das Ergebnis wachsender innerer Spannungen zwischen Juden und Arabern, als die Folge des Aufstellens einer einfachen provisorischen Holztrennwand.

Die Spannung, von den zionistischen Extremisten (Revisionisten) vorsätzlich geschürt, verschärfte sich in den nächsten 12 Monaten so sehr, dass zwischen dem 20. und 23. August 1929 erneute Aggressionen in Jerusalem, Hebron und Safad, wie auch in mehreren landwirtschaftlichen Siedlungen, in denen sich jüdische Gemeinden befanden, auftraten. Während dieser Gewaltakte wurden insgesamt 133 Juden getötet und 355 verletzt. Die Verluste der Aufständischen im Zuge der von den Ordnungskräften durchgeführten Zwangsmaßnahmen betragen 116 Tote. Einige jüdische Vergeltungsaktionen wurden registriert.²¹¹

Die arabische Revolte, die in der arabischen Geschichtsschreibung den Namen ‚Buraq Revolution‘ trägt, regt logischerweise zur fundamentalen Frage an, welche Politik Großbritannien in Wirklichkeit verfolgte. Eine andere Frage ist auch, warum die Mandatsmacht so kläglich scheiterte, die Lage im Griff zu halten. Bereits am Anfang der Mandatszeit verlor Großbritannien seine Glaubwürdigkeit als Treuhänder und Vermittler zwi-

208 Die 28 Meter lange westliche Mauer des Al-Haram Al-Sharif (des Heiligen Bezirks) trägt den arabischen Namen „Ha'it Al-Buraq“ und gewinnt seine Heiligkeit bei den Moslems aus der nächtlichen Himmelfahrt des Propheten Mohammad. Diese Mauer sehen die Moslems als die äußere Umfassung des Heiligen Bezirks, an der der Prophet auf seiner Himmelfahrt sein Reittier (Buraq) angebunden hatte. Die Juden sehen in der Westmauer das letzte Teilstück, das von der Umfassungsmauer des herodianischen Tempels erhalten geblieben sein soll und, das zum konkreten Symbol religiös und explosiv formulierter Ansprüche und Klagen wurde.

209 Segev, Tom: *Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels*, Pantheon Verlag, 2005, S.331.

210 Ebenda.

211 Zahlenangaben aus Weinstock, Nathan: *Das Ende Israel?... a.a.O.*, S.119.

schen den Kontrahenten. Statt der Stärkung einer balancierten Vermittlerposition bzw. der gleichberechtigten Unterstützung beider Parteien bis sie ihr Ziel, getrennt oder gemeinsam, erreicht hätten, praktizierte die Mandatsmacht eine Politik, die ein komplexes Durcheinander der widersprüchlichen Versprechungen sowohl an die Zionisten als auch an die Araber reflektierte. Die Juden gegen die Araber auszuspielen war im Ganzen nur eine Version der alten Kolonialpolitik ‚divide et impera‘. Der fatale Fehler Großbritanniens war, dass man, ausgehend von der besonderen Lage Palästinas, viele Zukunftspläne für den Standort, geschmiedet hatte, ohne die Dynamik des Geschehens an diesem hochsensiblen Ort zu verstehen. Die Großmacht wird, wie unten gezeigt wird, sich am Ende in ihrer eigenen Falle wieder finden und ihr Spiel wird am heftigen Druck nationalistischer und religiöser Leidenschaften scheitern. Und genau das führte zum Untergang – wenigstens zum moralischen – des in Folge von zwei Weltkriegen (materiell wie politisch) faktisch abgewirtschafteten und müden Kolonialreiches.

Die britische Mandatspolitik bestand in Wahrheit aus einer langen Kette von geschaffenen ungerechten Rahmenbedingungen, die auf der Ignoranz gegenüber den indigenen Palästinensern basierten. Der Standort Palästina, in seiner besonderen Lage, wurde bereits Anfang der 1920er Jahren aus verschiedenen Gründen zu einem ‚Mekka‘ arabischer kultureller Aktivitäten, die sich schnell zu Parzellen des literarischen Widerstandes gegen die britisch-zionistischen Pläne im Nahen Osten entwickelten. Es wundert daher nicht, dass die britische Politik vor allem diese Tendenz zur Aufklärung und Bildung in der arabischen Gesellschaft entschieden bekämpft hat. Im Jahre 1930, 13 Jahre nach Beginn der britischen Besatzung über Palästina, gab der Erziehungsdirektor der britischen Mandatsmacht in einem Bericht zu, dass die Mandatsregierung seit Beginn der Okkupation Palästinas sich nie verpflichtet hat, genug Geldmittel für die Errichtung einer einzigen Schule im Land zur Verfügung zu stellen. Und im Jahre 1936 lehnte die Mandatsregierung 41% der palästinensisch-arabischen Anträge für Schulbau ab. In den damaligen 800 palästinensischen Dörfern gab es nur 15 Mädchenschulen und 269 Jungenschulen und nur 15 Dorf-Mädchen erreichten bis dato die siebte Schulklasse. Ferner waren insgesamt 517 palästinensische Dörfer ohne Schulen – weder für Jungen noch für Mädchen – und es existierte kein einziges Gymnasium in den 800 palästinensischen Dörfern. Darüber hinaus zensierte die Mandatsregierung Bücher, beanstandete jeglichen kulturellen Kontakt mit der arabischen Welt und tat fast Nichts, um das Bildungsniveau der Landesbevölkerung zu erhöhen.²¹²

Im Jahre 1931 waren die ethnisch-religiösen Unterschiede auf dem Bildungssektor deutlich sichtbar: während in der muslimischen palästinensischen Bevölkerung 251 von 1000 männliche Personen und (nur) 33 von 1000 weibliche Personen die Schule besuchten, taten es bei der christlichen Bevölkerung bereits 715 männlichen und 441 weiblichen Personen (von jeweils 1 Tausend). Für die jüdische Bevölkerung sahen die Zahlen völlig anders aus: bei den Juden besuchten 943 männliche und 715 weibliche Personen eine Schule.²¹³

Die britischen Behörden wussten sehr genau, dass diese Zahlen nur etwas über die Bildungssituation der Landesbevölkerung aussagten, keineswegs aber über Gesamtpalästina. Palästina spielte nämlich seit der Wiederauferstehung des arabischen Nationalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Pionierrolle in Bildung und Kultur. Eine große Zahl politischer und literarischer Verlage wurde vor Beginn des englischen Mandats gegründet. Alleine zwischen 1904 und 1922 erschienen über 50 arabische Zeitschriften. In der Zeit zwischen Beginn der britischen Herrschaft über Palästina und bis zum Vorabend der großen arabischen Revolte von 1936 erschienen zusätzliche 10 weit verbreitete Zeitungen im Land.

Diese Tatsache wurde den britischen Behörden ziemlich unbequem, da die aufgeklärte Bewegung arabischer Intellektueller die Pläne der britischen Regierung durchkreuzten. Und die britischen Behörden waren offensichtlich nicht daran interessiert, die Lage in den arabischen Dörfern zu verbessern und fuhren bewusst eine Politik der Verdummung der Landesbevölkerung, die sie in den Städten nicht mehr betreiben konnten. Das, obwohl eigentlich im Sinne des Völkerbundes, eine der zentralen Aufgaben einer Mandatsregierung der Aufbau von kultureller und schulischer Einrichtungen ist. Hier erinnert man sich gerne an die Worte von Lord J. A. Balfour über die britischen Zukunftspläne in Palästina, die für die Wünsche von 700.000 dort ansässigen Arabern keinen Platz vorgesehen haben. Wie wir unten sehen werden, hatte der ehemalige britische Minister für Kolonien Balfour ein ganz besonderes Verhältnis zu Macht und Wissen gehabt. Er sah, ganz im Sinne des

212 Angaben aus Collection of Arab testimonies in Palestine before the British Royal Commission, Al-Itihad Press Damascus, 1938, p.54, in: Kanafani, Ghassan: *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

213 Angaben aus Hamadeh, Said (ed.), Economic Organization of Palestine, American University of Beirut, Beirut, 1939, P.32, in: Kanafani, Ghassan: *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

britischen Philosophen und Staatsmanns Francis Bacon, Wissen als ein Machtinstrument, das man als dominierende Seite den beherrschten Völkern vorenthalten sollte.²¹⁴ So wird klar, dass die Bildungspolitik in Palästina eine Schlüsselrolle besaß. Sie sollte den Palästinensern vorenthalten werden, um sie schwach zu halten. Diese britische Boden- und Einwanderungspolitik sowie der diskriminierende Umgang mit den Arabern führten zwangsläufig dazu, dass die Lage immer kritischer wurde. Die Araber sahen sich in ihren nationalen Hoffnungen enttäuscht und begannen, sich gegen die jüdischen Einwanderer zu wenden, nicht nur weil diese ihnen den Lebensraum wegzunehmen drohten, sondern weil die arabisch-jüdischen Gegensätze sich weiter verstärkten und gleichzeitig die Unzufriedenheit der arabischen Mehrheit gegenüber der britischen Mandatsmacht wuchs, die keine Schritte unternahm, um die Unabhängigkeit Palästinas im Sinne der arabischen Anliegen zu verwirklichen. Sie sahen wie die neuen jüdischen Einwanderer durch die von den Briten geschaffenen Institutionen vom Volumen immer mehr Rechte bekamen, während sie, die indigenen Bewohner und Inhaber des Landes, in ihren politischen, sozialen und ökonomischen Grundrechten diskriminiert wurden. Nicht nur die einfachen Bauern und Arbeiter bekamen die Diskriminierung der britischen Behörden am eigenen Leibe zu spüren. Immer mehr Menschen aus dem Mittelstand spürten die katastrophalen Änderungen ihres politischen und sozioökonomischen Kontextes, die durch die wachsende ökonomische Macht der von der britischen Mandatsmacht unterstützten Zionisten verursacht wurde. Hinzu kam, dass die arabische städtische Bourgeoisie in dieser Zeit der ökonomischen Transformation, die gewiss stattfand, zu schwach und unfähig war, die Gesellschaft zu führen. Manche dieser ehemaligen einheimischen Effendis fungierten weiterhin als parasitäre Handlanger der britischen Macht. Diese Umstände schufen eine politische Führungslücke, die junge Intellektuelle, zumeist Kinder von reichen Bauernfamilien, zu füllen versuchten. Sie spielten eine prominente Rolle in der Mobilisierung der ohnehin aufgebrauchten Masse zur Revolution gegen die Briten. Sie kehrten aus ihren Universitäten in eine Gesellschaft zurück, in der sie die Formalitäten der alten Beziehungen (Effendis und Kleinbauern) ablehnten und, in der sie zugleich von den neuen Formalitäten der britisch-zionistischen Rahmenordnung abgelehnt wurden. Diese Intellektuellen haben zwar eine zentrale Rolle in der darauffolgenden Revolte und später in der Gründung der PLO gespielt, ersetzen jedoch nicht die alte traditionelle Führung des Großmuftis von Jerusalem (zu dieser Zeit war dies Haj Amin-Alhusseini).

Nachdem die Briten den zionistischen Führer der ‚Jischuw‘ (die jüdische Bevölkerung Palästinas vor israelischer Staatsgründung) – als Antwort auf die arabischen Unruhen und Anschläge auf jüdische Einrichtungen (siehe oben) – erlaubten, den Schutz der jüdischen Einrichtungen selbst zu übernehmen und *geeignete* Mitglieder der jüdischen Terrorgruppe ‚Hagana‘ unter britischer Führung und Weisung auszubilden und zu bewaffnen begann²¹⁵, wurde die Schiefelage in der Parteinahme Großbritanniens zugunsten der Zionisten offensichtlich. Denn dieser Schritt war für sie eine klare Legitimierung einer jüdischen Terrororganisation durch die Briten, während zugleich der Besitz einer Schusswaffe bei einem Araber oft mit der Todesstrafe bestraft wurde. Dieser Schritt ermutigte andere jüdische Terrorgruppen wie die ‚Irgun‘ zu versuchen, die arabische Bevölkerung einzuschüchtern. Die damaligen palästinensischen Führer glaubten daher an kein aufrichtiges Interesse Großbritanniens an einer Unabhängigkeit Palästinas.

Der große arabische Generalstreik und die Revolte von 1936

Historiker streiten sich darüber, welches Ereignis der Auslöser für den Ausbruch der arabisch-palästinensischen Revolte im April 1936 war. Über zwei Ursachen sind sie sich allerdings einig: zum einen über die unerträglichen Zustände im Land, verursacht durch die englische Mandatspolitik und, zum anderen, über den zunehmenden Einfluss der Qassamisten, der Anhänger des Scheich Izz Al-Din Al-Qassam, die die Arbeit ihres Anführers gegen das zionistische Projekt nach dessen Tode fortsetzen wollten.²¹⁶

214 Mehr zu Bacons Ideen über Wissen Als Machtinstrument und ihre Anwendung in der kolonialen Politik Großbritanniens im Nahen Osten, siehe Abschnitt 3.2 dieser Arbeit.

215 Der britischen ‚Palestine Police‘ lagen seit längerem Berichte vor, dass die Hagana Waffenlager anlegte. Um eine unüberlegte Selbstverteidigung, die sich in einen Bürgerkrieg hätte ausweiten können, zu verhindern, machte die Palestine Police folgende Vorschläge: Die britische Mandatsregierung sollte dem Jischuw erlauben, geeignete Personen vorzuschlagen, die unter britischer Führung und Weisung zu Polizisten ausgebildet würden. Ihre Bewaffnung sollte aus Pistolen und Riot-Guns bestehen. Die Gewehre und Maschinengewehre der illegalen Waffenlager durften nur im äußersten Notfall benutzt werden, falls Verstärkung durch britische Polizei oder Militär nicht zu erwarten sei. So entstanden die Notrim, die in die Jewish Supernumerary Police und die Jewish Settlement Police aufgeteilt wurden. Siehe hierzu Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

216 Scheich Izz Ad-Din Al-Qassam, war ein syrischer einflussreicher islamischer Geistlicher und Freiheitskämpfer während der englischen Mandatszeit in Palästina. 1930 gründete er die Untergrundorganisation „Schwarze Hand“, die das Ziel hatte, gegen die Briten und Zionisten in Palästina zu kämpfen. Er führte diese Bewegung bis zu seinem Tod bei einem Feuergefecht (25.11.1935) mit der britischen Polizei in den Bergen von Ya'bad (bei Jenin). Während Al-Qassam in Palästina und in der arabischen Welt bis heute als einer der wichtigsten und legendärsten Freiheitskämpfer gilt, wurde er und seine Organisation von den Briten als terroristisch eingestuft. Die Qassam-Brigaden der heutigen Hamas wurden nach ihm benannt.

Die Situation in Palästina Mitte der 1930er Jahre war umfassend explosiv und die Mandatsmacht versuchte alles, um die angestrebten nationalen Ziele der Palästinenser durch Ignoranz zu ersticken. Demonstrationen wurden verboten. Der prominenteste Fall dieser Demonstrationen und einer der Gründe zum Ausbruch der Revolte von 1936, war die antibritische Massendemonstration vom 19. April 1936 in der Stadt Jaffa, die von der britischen Palestine Police blutig zerschlagen wurde.²¹⁷

Obwohl es britische Kolonialpolitik war, Zionisten und arabische Nationalisten gegenseitig auszuspielen, wurde die zionistische Bewegung vom britischen Imperialismus, d. h. von Großbritannien als Kolonialmacht in Palästina, bevorzugt gefördert. Denn beide Seiten betrieben Palästina-Politik unter der Zielsetzung, palästinensisch-arabische Unabhängigkeitsforderungen zu unterbinden. Die Zionisten, um durch expansive Siedlungspolitik eine breite territoriale Basis für ihr Staatsprojekt zu schaffen (auf Kosten der arabischen Bewohner, die vielfach verdrängt oder vertrieben wurden); die Briten, um ihren Status als Kolonialmacht nicht zu schwächen. Daher duldeten die Mandatsregierung u. a. den Aufbau jüdischer Militärverbände (Hagana, Irgun), die Gründung der Histadrut sowie die Aktivitäten der staatsähnlichen Jewish Agency. Hingegen durften die Araber Palästinas nicht einmal auf lokaler Ebene ihre Führer wählen.²¹⁸

Der etwas spätere Bericht der Royal Commission (Lord-Peel-Untersuchungskommission 1937, siehe unten) führte den Ausbruch der Revolte von 1936 auf zwei Hauptgründe zurück:

1. Der Wunsch der Araber, die nationale Unabhängigkeit zu gewinnen; sowie
2. ihre Abneigung bzw. ihre Angst vor der Gründung einer jüdischen Heimstätte in Palästina.

Der gleiche Bericht benannte darüber hinaus „sekundäre Faktoren“, die zum Ausbruch der „Störungen“ vom April 1936 geführt haben sollten. Diese waren:

1. Die Ausbreitung des Geistes des arabischen Nationalismus außerhalb Palästinas;
2. Die zunehmende jüdische Einwanderung seit 1933;
3. Die Tatsache, dass die Juden in der Lage waren, die öffentliche Meinung in Britannien zu beeinflussen;
4. Der Mangel an Vertrauen der Araber in die guten Absichten der britischen Regierung;
5. Die Angst der palästinensischen Araber vor weiteren Bodenkäufen durch die Juden; sowie
6. Die Tatsache, dass die Endziele der Mandatsregierung nicht klar waren.²¹⁹

Alle diese Gründe waren wahr und zutreffend, dennoch ist die Existenz der nationalen Aspiration der palästinensischen Araber in diesem Bericht zeitlich nicht ganz wahrheitsgemäß dargestellt worden, denn diese existierte, genauso wie in Syrien und Ägypten, bereits vor der britischen Herrschaft über Palästina und war nicht lediglich ein Gedankengut, das erst nach Beginn der britischen Herrschaft aus benachbarten Ländern importiert worden war. Außerdem sprach der Bericht sinngemäß von den ‚guten Absichten‘ der britischen Regierung in Palästina, was den Fakten widersprach.

Die Art, wie die spätere Führung der palästinensischen Nationalbewegung die Gründe der Revolte verstand, konnte man aus den Slogans bzw. Forderungen, die sie an die britische Regierung richteten ablesen. Als Reaktion auf die destruktive britische Palästina-Politik und nicht zuletzt auf die Hagana-Eingliederung in die britische *Palestine Police* durch die Briten, gründete Haj Amin Al-Husseini am 25. April 1936 das *Hohe Arabische Komitee* (HAK) als Rahmen für die Errichtung eines Staates in Palästina. Und noch im April 1936 legte das Komitee der britischen Mandatsmacht drei Forderungen vor:

1. Der sofortige Stopp der jüdischen Einwanderung;
2. Das Verbot des Besitztransfers von arabisch-palästinensischem Land an jüdische Siedler; und
3. die Bildung einer demokratischen Regierung.²²⁰

Um diese Forderungen zu bekräftigen, rief das Komitee am 15. Mai 1936 die palästinensischen Araber dazu

217 Bednarz / Lüders, *Palästina Protokolle: Bestandsaufnahmen und Perspektiven* – Dieter Bednarz und Michael Lüders führten Gespräche über Menschenwürde mit Israelis und Palästinensern, Fackelträger Verlag, Hannover, 1981, S.180.

218 Ebenda.

219 Angaben aus *Collection of Arab testimonies in Palestine before the British Royal Commission*, Al-Itihad Press Damascus, 1938, p.96, in Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

220 Hadawi, George: *Palestine under the Mandate, 1920-1940*, *Palestine Studies*, Kuwaiti Alumni Association, pp.34, in: Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

auf, (a) keine Steuern an die Briten zu zahlen, (b) in einen zunächst sechsmonatigen Generalstreik zu treten und (c) den Siedlungsbau zu beenden. Die Araber hielten sich tatsächlich an diese Forderungen des HAK. Daraus wurde damals der längste Generalstreik der Geschichte Palästinas und es kam zu einem umfassenden Stillstand im ganzen Land. Die Araber wollten mit diesem bis zum Jahre 1939 andauernden Aufstand Großbritannien zu Konzessionen an sie zwingen, die sie sonst bei anhaltender Ignoranz der Kolonialmacht nie erhalten hätten. Die Mandatsmacht erfuhr durch diesen zivilen Ungehorsam einen sehr harten Schlag, auf den sie nicht etwa mit Diplomatie und Dialog, sondern mit äußerster Härte reagierte. Die britische Regierung war nicht im Geringsten dazu bereit, die Wünsche der aufständigen Araber zu diskutieren. Sogar in den Jahren der Revolte (1936-1939), setzte der britische Kolonialismus sein ganzes Gewicht dafür ein, die zionistische Präsenz in Palästina zu festigen. Der Streik ging bald in einen bewaffneten Aufstand über, als bewaffnete Gruppen Angriffe auf britische und jüdische Ziele durchführten. Die daraus entstehende breite arabische Bewegung gegen die Mandatsmacht erhielt dann zunehmend antikoloniale Züge.

Die britische Regierung versuchte die Revolte zu untergraben, indem sie (a) einerseits äußerst brutal gegen die aufständigen Palästinenser vorging und (b) andererseits ihren umfangreichen Einfluss in Zusammenarbeit mit den arabischen Regimen, um die Revolte zu beenden.²²¹ Am 30. Juli 1936 erklärten die Briten das Kriegsrecht. Sie verstärkten ihre Truppen und gingen massiv gegen die Aufständischen vor. Die ausgerufenen Notstandsgesetze spielten eine wichtige Rolle in den blutigen Niederwerfungsversuche der Revolte durch die britische Palestine Police, die nun mit aktiver Hilfe der jüdischen militanten Gruppen (Hagana) agierte, spielten. Oft wurde die Todesstrafe für Revolutionäre verhängt und es wurden hohe Haftstrafen für ihre Helfer oder auch nur für den Besitz einer Waffe verhängt. Bereits während des Jahres 1938 wurden (seit Beginn der Revolte) etwa 2000 palästinensische Araber zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Im Gefängnis von Acro (arabisch: Akka), in dem etwa 5000 Personen und die meisten arabischen Revolutionäre inhaftiert waren, wurden in der gleichen Zeit insgesamt 148 Arabische Revolutionäre von der Palestine Police hingerichtet (gehängt). Die wichtigsten arabischen Anführer wurden verhaftet oder ins Exil deportiert.

Die Briten führten außerdem erstmalig die so genannte Politik der ‚administrativen Haft‘ (Inhaftierungen ohne Anklage oder Prozess) sowie die Politik der breitflächigen Zerstörung von Häusern als Kollektivstrafe gegen die palästinensischen Zivilbevölkerung ein. Diese sollten später oft und systematisch von Israel bzw. der Besatzungsmacht nach 1967 gegen die Palästinenser eingesetzt werden. Am 18. Juni 1936 wurde eine Kollektivstrafe gegen die bedeutende Stadt Jaffa durch die britische Polizei verhängt, indem sie einen Stadtteil zerstörte und dabei insgesamt 220 palästinensische Häuser sprengte. Das machte etwa 6000 Palästinenser aus Jaffa obdachlos. Die Mandatsregierung gab damals an, dass die Zerstörung der meisten Häuser in Jaffa städtebauliche Sanierungsmaßnahmen gewesen seien, um der Stadt ein besseres Gesicht und eine gesündere Atmosphäre zu geben.

Die britischen Truppen agierten nach ihrer Verstärkung mit 20.000 zusätzlichen britischen Soldaten (30. September 1936) und 14.500 gut ausgebildeten und ausgerüsteten Freiwilligen der Hagana kraftvoll. Sie konnten mit dieser asymmetrischen Macht ihre Politik der gnadenlosen Repression gegen die Revolte und gegen den Generalstreik fortsetzen. Nach Vermittlung der pro-britischen Regierungen von Ägypten, Irak, Saudi-Arabien und Transjordanien, rief das AHK in einem Statement vom 11. Oktober 1936 dazu auf, den Generalstreik und damit die Revolte abubrechen. Exakt ein Monat später, am 11. November 1936, kündigte das Generalkommando der arabischen Revolution in Südsyrien-Palästina an, dass es einen kompletten Stillstand aller Gewaltakte unterstützt, um die laufenden Verhandlungen zwischen den arabischen Führern und der britischen Regierung nicht zu stören. Auf deren Erfolg hofften die Araber, um ihre vollen Rechte im Land zu bekommen.²²² Währenddessen setzte die britische Regierung Ende 1936 die königliche Peel-Kommission ein, um die Situation zu untersuchen. Nach umfangreichen Recherchen und Anhörungen arabischer und jüdischer Führer veröffentlichte diese am 7. Juli 1937 ihren Bericht. Die Untersuchungskommission, ausgehend von der Unmöglichkeit eines Zusammenlebens von Juden und Arabern, schlug erstmalig vor (Vgl. Karten-Anhang 1):

1. die *Teilung Palästinas* in (a) eine jüdische Zone (Staat) im Nordwesten; (b) in eine arabische Zone bestehend aus einer Vereinigung eines größeren arabisch besiedelten Teils, der auch den Negev umfasste, mit dem Emirat Transjordanien (späterer Staat), sowie (c) die Schaffung einer Verbindung von Jerusalem und Umgebung

221 Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

222 Documents of the Palestine Arab Resistance (1918-1939), Beirut, pp.457, in: Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

mit Jaffa über einen bis ans Mittelmeer reichenden Korridor und Verbleib dieses Territoriums unter britischer Herrschaft;

2. die Höchstzahl von jüdischen Einwanderern auf 12 000 Menschen jährlich festzulegen.

Sowohl das arabische Hochkomitee als auch die Zionisten (in ihrem 20. Zionistenkongress) lehnten den Vorschlag ab. Abgesehen davon, dass beide Seiten Anspruch auf Jerusalem (als heilige Stadt der Juden, Christen und Muslime) erhoben, waren die Gründe dieser Ablehnung, insbesondere auf arabischer Seite, vielfältig:

1. Auf arabischer Seite:

- a) diese hätten mit diesem Plan nicht nur (fast alle) ihre wichtigen Städte im Norden und Nordwesten, sondern auch noch den fruchtbarsten Boden und die Wasserquellen im Norden, verloren;
- b) außerdem sprach der Plan ausdrücklich von einem ‚jüdischen Staat‘, während die Palästinenser eine Angliederung an Transjordanien bekommen hätten, das noch nicht den Status eines Staates hatte;
- c) hinzu kommt, dass die Peel-Kommission die Umsiedlung Tausender arabischer Familien aus dem Gebiet des projektierten jüdischen Staates vorgeschlagen hatte.

2. Im jüdischen Lager hat es eine große Pro-Contra-Debatte gegeben:

- a) Die jüdische Rechte sowie Teile der Linken waren strikt gegen den Plan, einerseits wegen der historischen Entscheidung, einen Teil des talmudischen Landes, darunter Jerusalem, preiszugeben, und andererseits, weil sie das angebotene Territorium für zu klein hielten;
- b) David Ben-Gurion und Chaim Weizmann befürworteten den Plan, obwohl sie nicht mit allen seinen Details einverstanden waren. Ben-Gurion sah in ihm den ersten Schritt auf dem Weg dahin, das ganze Land, beidseits des Jordans, später zu beanspruchen.

Besonders wichtig hier ist die Haltung Ben-Gurions, denn diese Politik der schleichenden Schritte war (Vgl. UNO-Teilungsplan 1947, unten) die generelle fundamentale Haltung Ben-Gurions und der israelischen Politik nach ihm. Ein anderer Grund ließ Ben-Gurion den Plan begeistert zustimmen: der Vorschlag der Peel-Kommission, große arabische Bevölkerungsteile aus dem Gebiet des projektierten jüdischen Staates umzusiedeln. Er schrieb in seinem Tagebuch begeistert darüber: „Damit bekommen wir etwas, das wir niemals besaßen, selbst nicht in den Zeiten des Ersten Tempels noch in der des Zweiten Tempels“ Dabei schrieb er das entscheidende Wort „Zwangstransfer“ und unterstrich es nachdrücklich. Er fuhr fort, der Vorschlag sei von „enormer Tragweite“, denn erstmals in der Geschichte stehe ein „wirklich jüdischer“ Staat kurz davor, Realität zu werden (er Unterstrich auch das Wort „jüdischer Staat“). Der Vorschlag biete den Juden eine Möglichkeit, die sie bisher auch in ihren kühnsten Fantasien nicht zu träumen gewagt hatten. Und er schrieb schließlich: gegenüber diesem Kommissionsbericht – „unserer Unabhängigkeitserklärung“ – verblasse sogar die Balfour-Deklaration an Bedeutung.²²³

Aber schließlich musste Ben-Gurion selbst bei diesem für die Juden einmaligen Vorschlag dem Druck der radikalen Zionisten nachgeben und sein Bedenken bei den britischen Behörden äußern. Wie auch immer, eine Zusage der Araber zum Peel-Vorschlag hätte auch Nichts gebracht, da die einflussreichen zionistischen Lobbyisten in London ihr ganzes Gewicht aufbrachten, um diesen Plan, der nicht annähernd dem zionistischen Ziel in Palästina entsprach, zu Fall zu bringen. Bereits am 09.11.1938 ließ Großbritannien nach einem 310 seitigen Bericht der britischen Woodhead-Kommission (1938), diesen Teilungsplan fallen. Die Woodhead-Kommission hatte die Aufgabe gehabt, zu untersuchen, wie die Empfehlungen ihrer Vorgängerin durchgeführt werden konnten. Unvermeidlich kam sie zu dem Schluss, dass eine Teilung des Landes nicht durchführbar sei, weil weder Juden noch Araber sie wollte.²²⁴

Der Peel-Teilungsplan wurde zwar nie umgesetzt, doch zeigte er zwei aufeinander aufbauende fundamentale Aspekte des Konfliktes auf, nämlich

1. dass die Stoßrichtung der zionistischen Politik nach wie vor in Richtung Trennung zwischen Juden und Arabern wies; außerdem

²²³ Segev, Tom: *Es war einmal ein Palästina ... a.a.O.*, S.441.

²²⁴ Palestine Partition Commission Report, Cmd. 5854, London 1938, in: Segev, Tom: *Es war einmal ein Palästina ... a.a.O.*, S.453.

2. hatte der Plan eine für die Zukunft des Konfliktes bestimmende Entwicklung ins Rollen gebracht, nämlich dass die Jewish Agency in Reaktion auf die Peel-Kommission einige Ausschüsse einrichtete, die die *Planung für einen Staat* in Angriff nehmen sollten. Denn der Peel-Teilungsvorschlag hatte dem zionistischen Traum plötzlich eine zeitlich überschaubare, sehr praktische Dimension verliehen.²²⁵

Die britische Unterdrückung, die während der Jahre 1937 und 1938 in einem ungeahnten Maße eskalierte (polizeiliche Razzien, Masseninhaftierungen und Exekutionen von Arabern), hatte zwar die Revolte geschwächt, jedoch nicht beenden können. Nach dem Scheitern der Peel-Kommission verschärfte sich die Lage sehr. Im September 1937 verboten die britischen Mandatsbehörden das Arabische Hochkomitee und verhafteten die meisten politischen Führer der Araber oder verwiesen sie des Landes. Der offizielle Grund dieser Maßnahme waren Kontakte des Muftis von Jerusalem, Haj Amin Al-Husseini, mit Nazi-Deutschland, zuerst über einen nach Berlin gesandten Unterhändler, denen erste Kontakte mit dem Deutschen Konsul in Jerusalem im Juli 1937 vorausgingen. Die Briten setzten Haj Amin Al-Husseini als Präsident des obersten islamischen Rates ab, der daraufhin im Oktober 1937 in den Libanon floh, um dem Galgen zu entgehen.

Das Arabische Hohe Komitee beschloss daraufhin bei einer Klausur im September 1937, dass Großbritannien zwischen der Freundschaft mit den Arabern und der mit den Juden wählen müsse. Großbritannien müsse seine Politik in Palästina ändern, oder die Araber würden sich die Freiheit nehmen, sich anderen europäischen Mächten anzuschließen, deren Politik Großbritannien feindlich gesinnt war. Damit war Nazi-Deutschland gemeint, welches die Situation ausnutzte.

„McDonald-Weißbuch“ und der „zionistische Terror“ gegen die Briten

Obwohl 20.000 zusätzliche britische Truppen und 14.500 gut ausgebildete und ausgerüstete Freiwillige der Hagana versuchten, den Aufstand niederzuschlagen, dauerte er über drei Jahre. Die arabischen Revolutionäre verschärften ihren Widerstand und kontrollierten zeitweise große Gebiete im Land. Erst mit einer großangelegten Offensive konnten die britischen Truppen im Herbst 1938 ihre Kontrolle über Palästina weitgehend wiederherstellen. Bis zum Sommer 1939 wurden dann nur noch einzelne Aktionen von arabischen Freischärlern gemeldet. Dennoch erkannte Großbritannien, das den Teilungsplan der Peel-Kommission im November 1938 verwarf, spätestens nach Ausbruch der arabischen Revolte die Sinnlosigkeit seiner Palästina-Politik und vor allem der Besetzung Palästinas überhaupt. Im Sommer hieß es, die Briten blieben nur, weil sie offensichtlich nicht wüssten, wie sie sich zurückziehen sollten, insbesondere da die Lage in Europa, wenige Monate vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939, wegen der Auseinandersetzung mit Nazi-Deutschland immer kritischer wurde, und Großbritannien seine Truppen und Finanzen anders brauchen würde.

Die Briten versuchten im Februar 1939 in der sogenannten St.-James-Konferenz (auch als „Konferenz des runden Tisches“ bekannt) in London eine Übereinkunft zwischen den arabischen Staaten und der Jewish Agency herbeizuführen. Die arabische Delegation verweigerte sich allerdings einem formalen Treffen mit ihren jüdischen Verhandlungsgegnern und erkannte diese nicht an. Die Konferenz endete am 17. März, ohne dass ein Fortschritt erzielt werden konnte.

Die britische Regierung formulierte daraufhin ihre Palästinalpolitik im sogenannten „Weißbuch“ (auch bekannt als das „McDonald-Weißbuch“), das am 17. Mai 1939 veröffentlicht wurde. In diesem Weißbuch wurde eine neue, von der britischen Regierung verfolgte Politik niedergeschrieben, die die Idee einer Teilung des britischen Mandats über Palästina (Peel-Kommission-Teilungsvorschlag) zugunsten einer gemeinsamen jüdisch-arabischen Regierung aufgab. Es war weniger beeinflusst von der katastrophalen Lage der Juden in Europa, als vielmehr von dem Versuch, als Gegengewicht zur deutschfreundlichen Politik von Haj Mohammed Amin al-Husseini die Araber vor dem heraufziehenden Zweiten Weltkrieg auf die britische Seite zu ziehen. Außerdem wurde es unter dem Druck der vorangegangenen arabischen Aufstände veröffentlicht.

Im britischen „Weißbuch“ wurden folgende Punkte festgehalten:

1. Das Weißbuch forderte die Errichtung eines vereinigten Staates in Palästina innerhalb der nächsten zehn Jahre (binationaler Staat). Die Grenzen dieses Staates sollten der Jordan und das Mittelmeer sein.
2. Die jüdisch nationale Heimstätte, wie sie in der Balfour-Deklaration ins Auge gefasst worden war, ist nun-

225 Vgl. Segev, Tom: *Es war einmal ein Palästina ... a.a.O.*, S.452.

mehr erreicht. Ihre weitere Ausdehnung wäre eine Verletzung der Zusagen an die Araber;

3. In den nächsten fünf Jahren sollen 75 000 Juden nach Palästina kommen dürfen (10.000/ Jahr und 25.000 Flüchtlinge zusätzlich), danach sollte der weitere jüdische Zuzug nur mit arabischer Zustimmung gestattet werden;
4. Während dieser fünf Jahre sollte der Landerwerb durch Juden beschränkt werden;
5. In diesen fünf Jahren sollten Institutionen der Selbstverwaltung eingerichtet werden.

Im arabischen Lager waren die Reaktionen auf das Weißbuch gemischt. Ein Teil der Bevölkerung war bereit, das Weißbuch zu akzeptieren, bezweifelte jedoch die Aufrichtigkeit der britischen Regierung. Ein anderer Teil war dagegen, da es mit den Bestrebungen der Araber nicht völlig in Einklang stand, die auf ein Ende der Balfour-Deklaration und des Mandats sowie auf die Unabhängigkeit hofften.

Verglichen mit dem Status Quo war das Ergebnis doch eine außerordentliche Niederlage für die jüdische Seite, die es als Verrat an dem britischen Versprechen (der Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina) ansah. Das Weißbuch bestimmte die britische Politik in Palästina bis 1947, als die Briten klarmachten, dass sie ihr Palästinamandat aufzugeben wünschten.

Zunächst legten nun beide Parteien zeitweise die Waffen nieder, um die britischen Kriegsanstrengungen auf Grund des Kriegseinbruchs nicht zusätzlich zu belasten. Gleichzeitig organisierten die Zionisten die illegale Einwanderung von Juden nach Palästina, die aus dem Dritten Reich vor dem Tode flüchteten.

Interessant war hier die Stellungnahme der USA zum obigen Weißbuch. Präsident Roosevelt, der den Westen im Kampf gegen den Nationalsozialismus anführte und der wegen seiner liberalen Innenpolitik großes Ansehen bei den US-Juden genoss, stand zwar dem Zionismus wohlwollend gegenüber, verhielt sich jedoch gemäßigt in seiner Unterstützung des Zionismus. Vor allem die Frage der jüdischen Flüchtlinge beschäftigte ihn in den letzten Jahren seines Lebens. Er sah voraus, die wachsenden Anforderungen des jüdischen Flüchtlingsproblems an Palästina und die USA nach Ende des Krieges zu einer vordringlichen Frage werden würde und dass diese von dem kleinen Land Palästina nicht getragen werden könnten. Er suchte auf dem Wege der Privatdiplomatie spezifische Zusagen einzelner Länder zu bekommen, die die Aufnahme einer festgelegten Anzahl von Juden gewährleisten sollten. Der Widerstand der Zionisten gegen diese Mission war sehr groß.²²⁶ Im Februar 1945, traf sich Präsident Roosevelt mit König Ibn Saud, um von ihm die arabische Stellungnahme zur Palästinafrage zu erfahren. In einem Brief vom 05. Februar 1945 an Ibn Saud erklärte Roosevelt, dass (1) er persönlich als Präsident nie etwas gegen die Araber tun würde und (2) die Regierung der USA keine Veränderungen ihrer grundsätzlichen Politik einleiten würde, ohne Juden und Araber vorher eingehend konsultiert zu haben.²²⁷ Eine Woche später starb Roosevelt und sein Vizepräsident Harry S. Truman wurde der 33. Präsident der Vereinigten Staaten.

Die Truman-Ära war in Bezug auf die prozionistische Politik der USA eine völlig neue, die bis heute in ihrer Parteinahme zum Zionismus bzw. zum Staat Israel andauern sollte. Truman begann diese Politik mit einem Schreiben vom 24. Juli 1945 an die britische Regierung, in dem er die „drastischen Einschränkungen der jüdischen Einwanderung, die durch das britische Weißbuch vom Mai 1939 bewirkt worden sind“ scharf kritisierte. Diese rufen nach wie vor den leidenschaftlichen Protest aller Amerikaner hervor, denen Palästina und das jüdische Problem ein Anliegen ist. Diese Amerikaner „fordern mit Nachdruck die Aufhebung dieser Einschränkungen, die den durch die erbarmungslose Verfolgung heimatloser Juden den Eintritt in das Land verweigern, das für so viele von ihnen die einzige Überlebenschance bietet“.²²⁸

Die Hervorhebung der Flüchtlingsfrage war kein Zufall. Sie zielte direkt und ausdrücklich auf das Weißbuch vom Jahre 1939. Die Aufhebung des Weißbuchs war das wichtigste Ziel der Zionisten, da ohne diese Aufhebung das erklärte zionistische Programm zur Beherrschung Ganzpalästinas nicht realisierbar gewesen wäre. Und angesichts der als Folge der barbarischen Methoden der Nazis erzeugten Weltmeinung zugunsten der Juden konnte es keine bessere politische Linie für die Zionisten geben als die Behauptung, die Aufhebung des Weißbuchs stelle aus *menschlichen* Gründen die *einzig*e gegebene Lösung dar. Während das Einwanderungsland ‚USA‘ die

226 Khalidi, Walid, *Das Palästina-Problem, Ursachen und Entwicklung 1897-1948*, Verlag für zeitgeschichtliche Dokumentation, Rastatt, 972, S.60-62.

227 William A. Eddy, FDR meets Ibn Saud, New York, 1945, S.33-37, in Khalidi, Walid, *Das Palästina-Problem ... a.a.O.*, S.63.

228 Vgl. Khalidi, Walid, *Das Palästina-Problem ... a.a.O.*, S.63-64.

jüdischen Flüchtlinge nur im Rahmen der normalen Quoten aufzunehmen bereit war, stellte sich sein Präsident höchst persönlich hinter die zionistische Meinung und stellte die Aufhebung der im Weißbuch enthaltenen Einschränkungen als die *einzigste Überlebenschance* für die Flüchtlinge dar. Vom Standpunkt der Logik und der Gerechtigkeit war das nicht zu vertreten, denn der Krieg war beendet, der Nationalsozialismus vernichtet und die unglückseligen NS-Lagerinsassen aus den schrecklichen Lagern waren unter der Aufsicht der alliierten Streitkräfte in verschiedenen Fürsorgezentren untergebracht.

Truman sollte mit dem Brief vom Juli 1945 an den britischen Premierminister mit einem sicheren Gefühl für die Erfordernisse der politischen Selbsterhaltung richtig liegen: einerseits (1) zerstreute er die Befürchtungen einiger Kongressmitglieder und der amerikanischen Öffentlichkeit, dass die USA ‚allein‘ die Lasten der ‚Invasion‘ von 300.000 unglückseligen jüdischen Menschen und Überlebenden des Holocausts tragen müssten; andererseits (2) befreite er die Führer des amerikanischen Judentums von der peinlichen Notwendigkeit, die Einwanderung in die USA für Tausende von ihren europäischen Glaubensbrüdern verlangen zu müssen; und schließlich (3) gewann er so die Herzen der zionistischen Führungsspitze.²²⁹ Und das alles tat er im Namen der höchsten zivilisatorischen, ethnischen Werte seines Landes. Im Ergebnis sollten die jüdischen Flüchtlinge nur einen Weg nehmen, nämlich den in Richtung Palästina. Diese Truman'sche Nahost-Politik-Schule trägt bis heute wesentlich zur andauernden Entfremdung der arabischen Welt vom Westen bzw. zu einer empfindlichen Störung einer balancierten politischen Entwicklung im Nahen Osten, bei.

Als auch nach Kriegsende die Einwanderung nicht freigegeben wurde, bildete der Druck durch das Weiße Haus in die beschriebene Richtung den Hauptvorstoß der zionistischen Offensive gegen London. Dieser diplomatische Druck bildete auch die Kulisse für eine anti-britische zionistische Politik, die zwei Spitzen hatte²³⁰:

- A) *Die erste Operation* war die überreichlich finanzierte und sorgfältig inszenierte illegale Einwanderung von besonders ausgebildeten jüdischen Vertriebenen, die versuchen, ihre „einzigste Überlebenschance“ in Palästina „wahrzunehmen“ – Dies, kombiniert mit einem heftig propagierten neuen Image der zionistischen Führung (infolge des Holocausts), verstärkte die Verlegenheit der britischen Mandatsmacht;
- B) *Die zweite Operation* war eine Reihe von genauso sorgfältig inszenierten Gewaltakten gegen die Mandatsmacht, die ihren Ausgangspunkt ausgerechnet in den noch vor wenigen Jahren von den Briten geduldeten und unterstützten zionistischen Militärbasen in Palästina hatten.

Die zionistischen Militäraktionen gegen die britische Mandatsmacht, die ehemalige Gönnerin, verschärfen sich immer mehr, so sehr, dass man bereits wenige Monate nach Kriegsende vom zionistischen Terror sprach. Der bekannteste Fall dieser Terrorakte war der Terroranschlag vom 22. Juli 1946, in dem als arabische Arbeiter verkleidete Mitglieder der vom späteren israelischen Premierminister *Menachem Begin* geführten radikal-zionistischen Terrororganisation ‚Irgun‘ einen Bombenanschlag gegen das King David Hotel in Jerusalem verübten. Das Hotel beherbergte damals einige Abteilungen der britischen Mandatsregierung und Büros des Generalstabs der britischen Armee für Palästina. Der größte Teil des Komplexes wurde aber immer noch als Hotel genutzt.

Die Koordination der drei Aktionsebenen, d. h. der ‚diplomatischen‘ (des Weißen Hauses), der ‚inszenierten‘ (illegalen Einwanderung) und der ‚militärischen‘ (gesteuerte Gewalttätigkeit in Palästina) wurde ohne Frage zentral vorgenommen und zeigte den transkontinentalen Umfang und die Hilfsmittel der zionistischen Weltorganisation auf. Jedoch war die US-amerikanische Kulisse dieser Aktionen, nämlich der politische Druck, der große Hebel dieser Aktionen. Und genau das gab den Zionisten einen beinahe unbegrenzten Spielraum in ihren terroristischen Aktivitäten in Palästina, selbst gegen eine westliche Macht, für die sie nie bestraft wurden. Die ‚Immunität‘, die die Zionisten in ihrer Konfrontation mit den Briten genossen, war wirklich einmalig. Ebenso einmalig war die Trägheit der ‚Schutzmacht‘ Großbritannien in ihrer Beantwortung der Angriffe der Widersacher von ‚Recht und Ordnung‘. Einmalig war auch die Tatsache, dass die Zionisten ihre ‚Rebellion‘ und Konfrontation mit einer imperialistischen Macht auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet und mit einem solch geringen Einsatz überlebt haben. Mit der Kriegsmüdigkeit der Großmacht Großbritannien ist das alles nicht zu erklären. Vergleicht man diese Trägheit Großbritanniens mit dessen Vorgehen gegen die Rebellion der palästinensischen Araber (1936-1939), dann stellt man unschwer zwei Tatsachen fest, nämlich dass (1) einige Menschen ‚gleicher‘ sind als andere, vor allem, wenn sie unter dem schützenden Schirm des Weißen

229 Ebenda, S.67.

230 Ebenda, S.72.

Hauses stehen und (2) dass diese Trägheit Großbritanniens nur mit einem größeren politischen Druck einer größeren und vielleicht dynamischeren Macht zu erklären war: der USA. Mit anderen Worten, Großbritannien wurde politisch auf die Knie gezwungen und durfte auf die zionistische Rebellion nicht wirklich reagieren. Wahrscheinlich war dieses politische Kräftemessen, nur ein Jahr vor dem Abzug Großbritanniens aus Palästina und wenige Jahre vor der Suezkrise (1956), der erste und entscheidende Bruch im politischen Einfluss der europäischen Mächte im Nahen Osten, der bis heute andauert.

1.6.6 UNO-Teilungsplan für Palästina, 1947

Britisches Mandat – Vorbereitung zur Teilung des Landes

Eine der wesentlichen Aufgaben des englischen Mandats in Palästina war die ausdrückliche Förderung der jüdischen Migration nach Palästina, um die Errichtung eines Judenstaates im Land vorzubereiten. Aus dem Mandatstext, verabschiedet vom Rat des Völkerbundes am 24.07.1922 kann man diesbezüglich folgendes lesen²³¹:

„[...] daß die alliierten Hauptmächte ferner übereingekommen sind, daß der Mandatar verantwortlich sein soll für die Verwirklichung der ursprünglich am 2. November 1917 durch die Regierung Seiner Britischen Majestät erlassenen und von den erwähnten Mächten anerkannten Deklaration zugunsten der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina, wobei klar verstanden ist,

daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und die religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung, deren sich die Juden in irgendeinem anderen Lande erfreuen, beeinträchtigen würde; und

daß dadurch die Anerkennung der historischen Verknüpfung des jüdischen Volkes mit Palästina und der Grundlagen für die Wiedererrichtung seiner nationalen Heimstätte in diesem Lande erfolgt ist [...]“.

Das Projekt stieß von Anfang an auf heftigen Widerstand der arabischen Palästinenser und ihrer arabischen Nachbarn. Zum einen sahen es die Araber nicht ein, dass die Judenfrage – eine rein europäische Angelegenheit und europäisch geistiges Produkt, welches die die Araber nichts anging – auf ihre Kosten gelöst werden sollte. Zum anderen wurde aus dem Wortlaut der Mandat-Charta des Völkerbunds von 1922 sehr klar ersichtlich, dass das Palästinensische Volk – das in Palästina seit Jahrtausenden ansässige Volk – an keiner Stelle als eine politische Gemeinschaft erwähnt wird. Seine historischen und politischen Rechte wurden ausgelöscht, in dem die alliierten Mächte lediglich die Stellung der absolut mehrheitlichen indigenen Palästinensern in eine „nicht-jüdische Gemeinschaft“ herab reduzieren. Dagegen sprachen sie im gleichen Wortlaut – in Anlehnung an die (biblisch)-historische Verknüpfung – ausdrücklich von der Schaffung einer nationalen Heimatstätte für die Juden in Palästina. Für die Araber bedeutete das die Entrechtung der palästinensischen Araber. Und der neue jüdische Staat mitten im Herzen der arabischen Welt wäre für sie eine neue Form des europäischen Kolonialismus, den sie ablehnten.

UNO-Teilungsresolution 181 (II) für Palästina vom 29.11.1947

Am 29.11.1947 beschloss die Vollversammlung der Vereinten Nationen, den Mehrheitsplan anzunehmen und das britische Mandatsgebiet Palästina in einen ‚jüdischen Staat‘, einen ‚arabischen Staat‘ und die Stadt Jerusalem als ‚corpus separatum‘, gestellt unter UN-Verwaltung, zu teilen.²³² Alle drei Komponenten sollten in einer Wirtschaftsunion zusammengeschlossen werden. Die arabische Hafenstadt Jaffa sollte als Enklave zum ‚arabischen Staat‘ gehören. Der Plan sah keine ethnisch bzw. religiös homogenen Staaten vor, sondern regelte die Rechte der jeweiligen Minderheit.

Von 56 UNO-Mitgliedsstaaten – in der die arabische Seite als Staaten nicht vertreten waren – stimmten 33 für die Resolution. Bereits bei den Vorbereitungen herrschte in der UNO-Vollversammlung Ungewissheit darüber, ob die Vereinten Nationen überhaupt berechtigt waren, über die Situation in Palästina zu entscheiden. Von insgesamt 54 anwesenden Delegierten bejahten 21 die aufgeworfene Frage, 20 verneinten sie, 13 enthielten sich der Stimme. Trotz dieser sehr knappen Entscheidung wurde der Teilungsplan, der von der bereits nach Palästina entsandten Untersuchungskommission (UNSCOP) empfohlen wurde, vorbereitet und beschlossen. In

²³¹ Aus dem Text der Mandat-Charta des Völkerbunds für Palästina (24.07.1922), siehe Anhang VI/ B/ 5.

²³² UNO-Teilungsresolution 181 (II), 29.11.1947, Ausschnitte des Wortlauts, siehe Anhang VII/ 1 bzw. Karten-Anhang 1.

der gleichen Versammlung wurde ein Vorschlag, in Palästina ein Referendum durchzuführen, von der UNO abgelehnt.²³³ Die UNO-Teilungsresolution 181 (II) teilte den Juden die Gebiete zu, in denen sie starke demographische Präsenz nachwies bzw. die wasserreichen Gebiete im Norden Palästinas (in Folge des Kompromisses aus dem Friedenskonferenz in Versailles (1919), an der auch die ZWO teilnahm). Der zugeteilte Flächenanteil des jüdischen Staates betrug etwa 56,47% von ‚Mandat Palästina‘. Die Araber bekamen, obwohl sie in der Mehrheit waren und bisher fast alles besaßen, 42,88%. Der Rest von 0,65%, das Stadtgebiet Jerusalem, sollte einen internationalen Status bekommen.²³⁴

Aus arabischer Sicht war der Teilungsplan weder demographisch noch geopolitisch gerecht, juristisch erst recht nicht. Denn eine Kolonialmacht (GB), die einen Mandatsauftrag hatte, versprach ein Land, das einem anderen Volk gehörte, einer dritten Partei, die das Land kolonisieren wollte. Der Plan wurde von den Arabern abgelehnt und folglich brach der erste israelisch-arabische Krieg von 1948 aus.

Während die Zionisten die UN-Teilungsresolution trotz Vorbehalten begrüßten, wurde sie von arabischer Seite erwartungsgemäß abgelehnt. Die Zionisten akzeptierten den Plan, jedoch zielten sie auf weit mehr als das, was Ihnen die Kolonialmächte im Namen der Weltgemeinschaft gab. 1937, zehn Jahre vor der Teilung des Landes, schrieb *David Ben-Gurion* seinem Sohn *Amos* folgenden denkwürdigen Satz, der zutreffend die zionistischen tatsächlichen Absichten verriet:

„Ich bin sicher, wir werden irgendwann in der Lage sein, in all den anderen Teilen dieses Landes zu siedeln, sei es durch gegenseitiges Einverständnis mit unseren Nachbarn, sei es durch Gewalt. Errichtet jetzt einen jüdischen Staat, selbst wenn es nicht das ganze Land ist. Der Rest wird im Laufe der Zeit noch kommen. Er muss kommen.“²³⁵

Die Ablehnung der UNO-Teilungsresolution bzw. des -Teilungsplans von Seiten der Araber basierte eigentlich auf den gleichen juristischen, moralischen und politischen Argumenten, die bei der Ablehnung der Balfour-Deklaration angeführt wurden. Hinzu kommt – und das ist grundsätzlich wichtig – ein *territorialer Aspekt*. Die Araber waren der Meinung, dass der Teilungsplan die Juden, damals noch die Minderheit, gegenüber der mehrheitlich arabischen Bevölkerung Palästinas territorial, flächenmäßig und von der Bodenqualität her begünstigte. Die Fakten sprachen diesbezüglich für sich:

Bis zum Ausbruch des Krieges Mitte 1948 lebten in Palästina (Landfläche ohne Gewässer (100%), ca. 26,337 km²) insgesamt 1.943,441 Menschen, darunter 1,355,579 Araber und 587,862 Juden, die bis zum gleichen Zeitpunkt und mit massiver Hilfe der Engländer etwa 6,35% vom *Mandatspalästina* erwerben konnten. Nach dem UNO-Teilungsplan (gemäß UN-Resolution 181 vom 29. Nov. 1947) sollte der jüdische Staat über 53% der Gesamtlandfläche Palästinas verfügen, der Araberstaat über 43,7%, Jerusalem (0,7%) sollte eine internationale Zone werden. Hinzu kam eine Wasserfläche (Hula-See, Tiberias-See und die Hälfte des Toten Meers) von insgesamt 708 km². Somit hat Palästina eine Gesamtfläche von 27,045 km².²³⁶

Außerdem wurden laut diesem Teilungsplan die wichtigsten Städte, wie die relativ dicht bevölkerten Küstenstädte *Jaffa*, *Haiifa* und *Akka*, dem künftigen israelischen Staat zugesprochen. Diese Städte besaßen intakte historische Häfen und bildeten das Tor Palästinas in die Welt. Sie besaßen gut ausgebaute Infrastrukturen und waren neben Jerusalem wirtschaftliche wie kulturelle Zentren des Landes.

1.6.7 Ausbruch des ersten israelisch-arabischen Krieges im Mai 1948

Nach der Proklamation der Staatsgründung Israels durch *Ben-Gurion* am 14. Mai 1948, eskalierte die Lage. Nach Ablehnung des UNO-Teilungsplans von Seiten der arabischen Staaten eskalierte die Lage im Nahen Osten und gipfelte bereits am 15. Mai 1948 in den ersten israelischen-arabischen Krieg, der für die Palästinenser kata-

233 Flüchtlingskinder im Libanon e.V. (Hrsg.), *Begleitheft zur Wanderausstellung ‚Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948‘*, Druck: Deile, Tübingen, 2007, (Ausstellungstafel Nr. 3, Heftseite 8). Angaben über Abstimmung in der UNO-Vollversammlung, nach Norman Paech, Das Palästina-Problem vor den Vereinten Nationen, EMS, Informationsbrief Nahost 6/1998, S.10-16.

234 Ebenda.

235 David Ben-Gurion an seinen Sohn Amos, zitiert nach Schlaim, Avi: *The Iron Wall – Israel and the Arab World*, Penguin Verlag, London, 2001, S.21 (Englisch). Siehe auch Abschnitt 2.1.1 dieser Arbeit, vor allem ‚Plan Dalet – Blaupause zur ethnischen Säuberung Palästinas‘ (1947), an dem Ben-Gurion maßgebend beteiligt war.

236 Alle Daten können aus Abu Sitta, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, Tabellen 1.1, 1.2 und 1.3, S.3, entnommen werden. Vgl. auch Anhang IV/ Tabellen 1 und 2 dieser Arbeit (Demographie und Bodenbesitzverhältnisse in Palästina am Vorabend der UNO-Teilungsresolution Nr. 181 (II), 1947). Vgl. auch Karten-Anhang 1 dieser Arbeit.

strophale Folgen hatte: Neben der gewaltartigen Vertreibung von mehr 800.000 Palästinensern aus ihrer Heimat fand eine territoriale Grenzverschiebung und Gebietseroberung zugunsten des jungen Judenstaates statt, die in der Definition der bekannten *Waffenstillstandslinie* (Grünen Linie) von 1949 gipfelte – einer Vorstufe zur Schaffung zweier territorialer Fragmente Palästinas, die heute als die ‚West Bank‘ und der ‚Gazastreifen‘ bekannt sind.²³⁷ Israel kontrollierte damit 78% von *Mandat Palästina*. Dieser Krieg mit seinen Folgen legte die Keimzelle des Palästinaproblems in seiner menschlichen wie territorialen Dimension.

Mit der Gründung des israelischen Staates im Jahre 1948 beginnt eine neue Phase des zionistisch-arabischen Konfliktes, der sich in vorher unbekanntem Ausmaß verschärfte. Im Ergebnis des israelisch-arabischen Krieges war die Kriegsbeute des israelischen Staates weit größer als es sich die Israelis je erträumt hatten. Die Folgen für die palästinensischen Araber waren hingegen weit mehr als katastrophal: der Verlust ihrer Heimat, das Führen eines Flüchtlingsdaseins sowie der Beginn eines der blutigsten Konflikte der heutigen Zeit, der alle Nahost-Länder bis heute in seinen Bann zieht.

Hier hat die planmäßige innere Kolonisierung Palästinas ihren Anfang genommen. Bisher hatten die Juden unter der Leitung des ZWO und mit Hilfe der Mandatsmacht Britanniens an einer systematischen politischen Planung für die Errichtung eines rechtlich gesicherten Judenstaats in Palästina gearbeitet. Das geschah, indem beide mittels massiver jüdischer Einwanderung demographisch vollendete Tatsachen in Palästina schufen und ein fremdes Land, soweit es ging, kolonisierten. Trotz des unglaublich hohen Aufwandes der ZWO, Land in Palästina zu erwerben, konnten sie bis 1948 nur etwa 6% der Fläche Palästina erwerben, obwohl sie bis dahin etwa *ein Drittel* der Gesamtbevölkerung ausmachten, die sich natürlich in den Gebieten konzentrierten, die sie aufkauften bzw. in den Küstenstädten Haifa, Cesaria und in der 1909 gegründete jüdischen Stadt Tel Aviv.

Der größte Schatten, den diese Katastrophe bis heute wirft, ist das palästinensische Flüchtlingsproblem. Der Forscher *Salman Abu Sitta* dokumentierte insgesamt 531 palästinensische Städte und Dörfer, die zerstört und/oder von ihren arabischen Bewohnern durch die zionistischen militanten Gruppen in den Jahren 1948 und 1949 evakuiert wurden. 89% der damaligen arabischen Bewohner wurden mit Waffengewalt und Terrorakten vertrieben, 10% wurden durch den systematischen psychologischen Krieg (gesteuerte Gerüchte über Morddrohungen, wenn man nicht freiwillig flieht) in die Flucht getrieben. Diese 531 Wohnstätten, die diesen Menschen gehörten, entsprachen etwa 92% der Fläche des israelischen Staates. Er spricht von insgesamt 935.000 vertriebenen Personen, die 85% der arabischen Bevölkerung Palästinas ausmachten und denen dieses Land, laut internationalem Recht, heute noch gehört.²³⁸

Den Arabern wird noch bis heute die Tatsache verübelt, dass sie den UNO-Teilungsplan ihres Landes nicht akzeptiert haben. Die Israel-Lobby glaubte und glaubt heute weiterhin damit einen gewichtigen Grund zu haben, den Status Quo, der das Ergebnis von Krieg, Vertreibung und Missachtung des internationalen und humanitären Rechts der palästinensischen Araber ist, aufrecht erhalten zu dürfen. Aber sie wissen, genauso wie Jabotinsky bereits 1923 es wusste (Vgl. Abschnitt 3.2.1), dass noch niemand in der Geschichte je die Teilung seines Landes durch Fremdmächte freiwillig hinnehmen würde. Die palästinensischen Araber bilden hier keine Ausnahme. Ihr Widerstandskampf gegen die Besatzer und ihre Heimatliebe machen das immer wieder deutlich. Sie wissen, dass sie historische Rechte auf Palästina haben und dass es ihre Pflicht ist, dieses zu verteidigen. Wir wissen aber auch aus der Menschheitsgeschichte, dass ein Volk von einer Fremdmacht kaum je für immer besetzt gehalten werden kann und aber auch, dass die Fremdmacht nie wirklich freiwillig das Land verlässt.

Eine der vielen Paradoxien des arabisch-israelischen Konfliktes ist die Tatsache, dass seine zentrale Frage, nämlich die Notlage der Palästinenser, von der Weltöffentlichkeit für lange Zeit als eine Randerscheinung betrachtet wurde. Diese Haltung wurde offensichtlich, sobald hunderttausende palästinensische Araber im Zuge des ersten israelisch-arabischen Krieges (1948) vom gerade proklamierten Staat Israel gewaltig aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Die Vereinten Nationen erachteten die Ergebnisse des Krieges fatalerweise als unumkehrbar und unternahmen keinen Versuch, gemäß ihrer eigenen Resolution die Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates, durchzusetzen. Das kam einem Totschlag der UNO-Teilungsresolution von 1947 gleich, so dass diese Resolution seit Mai 1948 für einen „Toten Brief“ gehalten wird. Von nun an zeigten die Vereinten Nationen zwar Interesse für das Leiden der Palästinenser, keineswegs aber für ihre Souveränität im Sinne

237 Mehr zur Entstehung der so genannten ‚Grünen Linie‘, siehe Anhang VI/A/4 dieser Arbeit.

238 Abu Sitta, Salman in einem Gespräch im arabischen Sender Al-Jazeera am 04.06.2004.

der UNO-Teilungsresolution selbst. Während die UNO-Resolution 191 vom 11.12.1948 die palästinensischen Flüchtlinge vor die Wahl stellte, zurückkehren zu dürfen oder entschädigt zu werden, sprach die wichtigste den Konflikt betreffende UNO-Sicherheitsratsresolution (Res. 242, 22.11.1967) nur noch von einer *einfachen Beilegung des Flüchtlingsproblems* und das ohne die Palästinenser gar beim Namen zu erwähnen. Für die UNO-Resolution 338 vom 22.10.1973 gilt ähnliches.²³⁹

1.6.8 Rückblick: die politischen Wurzeln der Palästinafrage

Der Zionismus: erfolgreich und doch umstritten

Es ist unbestreitbar, dass die zionistische Ideologie, die Zionisten und später der israelische Staat einen beispielhaften politischen wie militärischen Erfolg errungen haben. Natürlich trug dabei eine einzigartige weltpolitische Konstellation zu diesem Erfolg bei, die sich Ende des 19. Jahrhunderts und mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem I. Weltkrieg und des darauffolgenden zionistenfreundlichen britischen Mandats über Palästina ergab, eine wesentliche Rolle zu diesem Erfolg bei. Nicht weniger wichtig waren die – aus zionistischer Sicht – historischen Führungspersonlichkeiten wie Theodor Herzl und Chaim Weizmann, die die Gunst der Stunde als eine einmalige historische Chance begriffen und dann auch durch unermüdliche innerjüdische, weltpolitische Überzeugungsarbeit und viel Geheimdiplomatie zusammen mit den Großmächten die Initiative ergriffen, um ihre Ziele in Palästina zu erreichen.

Aus der bisherigen Untersuchung der Entstehungsgeschichte des Zionismus, die auch die Entstehungsgeschichte des israelischen Staates ist, stellt man fest, dass sich diese ‚historische Komponente‘ wesentlich in *fünf* zusammenhängenden Aspekten wieder spiegelt:

1. Der heraufbeschworene Kampf zwischen den Kolonialmächten um das osmanische Erbe seit Mitte des 19. Jahrhunderts;
2. Die Entstehung der Idee des Nationalstaates als Folge der französischen Revolution, die als Vorbild für die zionistischen Vorreiter eine wesentliche Rolle spielte;
3. Die Existenz der akuten Judenfrage in Osteuropa und folglich in Westeuropa durch die Masseneinwanderung aus dem Osten;
4. Die Machtlosigkeit der Araber und das Fehlen eines arabischen politischen und militärischen Gegengewichts ist ein immer noch existierender Aspekt. Dagegen waren die verschiedenen zionistischen politischen Strömungen, abgesehen von der materiellen und logistischen Unterstützung des Westens, äußerst gut organisiert und von der ‚Jewish Agency‘ politisch gut vertreten, wenngleich diese Agentur aus arabischer Sicht juristisch illegale sowie moralisch verwerfliche Ziele verfolgte; und
5. Hinzu kommt ein wichtiger Aspekt, der zu den weiteren politischen wie militärischen Erfolgen des israelischen Staates maßgeblich beiträgt, nämlich der immer andauernde politische Diskurs Israels, nach dessen Richtlinien die israelischen Politiker ständig die *Gönnerschaft und den Schutz der Großmächte* der jeweiligen Zeit suchen. Nach *Moses Hess* war dieser Aspekt vor allem Theodor Herzl bewusst und spielte in seinem Buch ‚Der Judenstaat‘, sowohl im kolonialpolitischen Sinne wie auch im Glauben an die Auserwähltheit bzw. an die zivilisatorische Überlegenheit der europäischen Juden gegenüber den Arabern, eine fundamentale Rolle. Nach Herzls Vorstellung und Aussage, soll ein *ausgewähltes Volk* (die Juden) in einer *ausgewählt* strategischen Geographie (Palästina) im Dienste der *ausgewählten* europäischen Zivilisation stehen, indem es europäische Kultur und Interessen gegen den asiatischen *Barbaren* vertritt und sind dort *verschanzt*. Keiner vor *Theodor Herzl* hat die Aufgabe des jüdischen Staates als *Bollwerk* und *Schutzmauer* so präzise artikuliert.²⁴⁰

Herzl hatte insofern einen Erfolg errungen, indem er mit seinem Buch einen gewaltig ergreifenden Sammelruf der Juden in die Welt setzte. Seine zionistischen Gedanken wirkten, so Arthur Ruppin, auf die beklagenswerten und von Zerrissenheit gezeichneten Vorzionismus-Juden geradezu wie eine Erlösung, da sie den begeisterten jungen Juden das jüdische Selbstbewusstsein und die Identität gegeben und eine Brücke zwischen ost-, mittel-

239 Vgl. Heikal, Mohamed H., *Secret Channels – the Inside Story of Arab-Israeli Peace Negotiations*, Harper Collins Publishers, London, 1996, S.293.

240 Mehr zur Segregation im Zionismus, siehe Abschnitt 3.2 dieser Arbeit.

und westeuropäischen Juden geschlagen haben.²⁴¹ Für diese Arbeit ist der letzte Aspekt (5) besonders wichtig, da er zeigt, dass Herzl den Grundgedanken für eine Segregation der Palästinenser skizzierte. Wie in den nächsten zwei *Kapiteln* gezeigt wird, war und ist der Schatten von Herzls Trennungsgedanke lange genug, um in der israelischen Politik bis heute wie ein Gespenst herumzugespennen – so sehr, dass alles, was Israel baute oder plante auf das eine Ziel hinauslief: Separation der Juden von den Arabern. Man kann durchaus behaupten, dass der Bau der israelischen Mauer (Gegenstand dieser Untersuchung), faktisch von *Ariel Sharon* im Jahre 2002 begonnen wurde, fiktiv wurde sie aber lange davor begonnen – im Jahre 1896, durch *Theodor Herzl*.

Und dennoch konnten die Zionisten trotz ihres Erfolges auf allen Ebenen, das Eis, das zwischen ihnen und ihren alt-neuen Nachbarn gebildet wurde, nicht zum Schmelzen bringen. Sie wurden und werden von den Arabern nicht akzeptiert – um nicht zu sagen, dass die Araber in ihnen weiterhin die Erzfeinde und Aggressoren sehen, die bekämpft werden müssen. Der Streitpunkt hier ist keineswegs das Judentum, denn im Orient hat es schon immer ein ethnisches Mosaik koexistierender Glaubensgemeinschaften gegeben. Der Streitpunkt ist die zionistische Ideologie als solche, die die neuen Kolonisatoren tragen und auf derer doktrinärer Basis sie die expansionistische Kolonisierung des Landes umsetzen.

Was macht den Zionismus so umstritten?

Der Zionismus ist ein besonders komplexes Phänomen. Der so genannte jüdische Nationalismus war in seinen Anfängen eine Erscheinung, die selbst unter breiten Teilen der Juden des 19. Jahrhunderts alles andere als selbstverständlich war. Zur Zeit der Nationalstaatenbewegungen war Nationalismus, wie ihn die europäischen Völker kannten, vereinfacht definiert, *ein Streben einer sich als Nation verstehenden Bevölkerung nach politischer Selbständigkeit*. Das ist allgemein verständlich und im Prinzip akzeptabel. Spricht man jedoch vom jüdischen Nationalismus dieser Zeit, so wird es schnell klar, dass dieses Streben der Zionisten nach politischer Selbständigkeit oder gar Staatlichkeit alles andere als selbstverständlich war. Denn der jüdische Nationalismus wich damals in allen Details vom Normalfall ab. Und das aus folgenden Gründen:²⁴²

1. *Kultureller und territorialer Aspekt:*

Den Juden fehlten die Hauptelemente, die eine Menschengruppe zu einem „Volk“ machen, nämlich:

- a) *eine gemeinsame Sprache* und gemeinsam gelebte Kultur bzw. Geschichte; sowie
- b) *ein gemeinsames Vaterland*, sprich ein eigenes Territorium.

Für gewöhnlich wird ein Nationalstaat von zwei Hauptsäulen getragen: Die erste Säule ist die Bezeichnung einer Menschengruppe als *Volk* oder *Nation*, die eine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte besitzt. Die zweite ist ein *Vaterland* im Sinne eines zusammenhängenden *Territoriums*, auf dem diese Gruppe lebt. Beide Aspekte konnte der jüdische Nationalismus nicht nachweisen. Bis zur Gründung des jüdischen Staates 1948 hat es keine jüdische Gemeinschaft gegeben, die zumindest in ihrem Kernbereich von allen fraglos als Volk angesehen wurde. Und die Juden bewohnten bis dahin auch kein gemeinsames Gebiet und besaßen im landläufigen Sinne keine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte. Wenn ein Volk die nationale Unabhängigkeit anstrebt, wird normalerweise dessen Verbindung zu seinem Territorium, mit möglicher Ausnahme der Grenzgebiete, problemlos hergestellt.

2. *Geopolitischer Aspekt:*

Es herrschte von Anfang an eine Schieflage in der Verbindung der Juden mit dem Land Palästina, der angestammten Heimat der Palästinenser.

Die jüdische Forderung auf ein bestimmtes Gebiet, nämlich auf Palästina, wurde zum Problem. Die nationalen Aspirationen anderer Völker bzw. anderer nationalstaatlich ambitionierter Gruppen müssen auch nur die allgemein üblichen Argumente auf sich anwenden. Sie müssen aufzeigen, dass sie nach mehr oder weniger allgemein akzeptierten Kriterien ein Volk wie andere nationalstaatlich organisierte Völker sind und daraus ihr Recht auf eine nationalstaatliche Organisation ableiten. Dagegen musste der jüdische Nationalismus erst einmal weitgehend seine eigene Basis entwickeln, um die sonst fraglosen Gegebenheiten, zum Beispiel die Verbindung seiner

²⁴¹ Ruppin, Arthur: *Die Juden der Gegenwart ... a.a.O.*, S.280-281.

²⁴² Vgl. Wagner, Heinz: *Der arabisch-israelische Konflikt ... a.a.O.* S. 23.

Menschen mit einem bestimmten Gebiet, zu begründen; und

3. Die Auseinandersetzung mit den Palästinensern

Fakt war und ist, dass die Palästinenser, die das Land Palästina bereits seit mehreren Jahrtausenden bewohnen und kultivieren, die indigenen Einwohner des Landes und keineswegs eine Fremdherrschaft im Land der Neankömmlinge waren und sind, wie die zionistische Literatur behauptet. Der Zionismus hatte schließlich nicht wie die meisten Nationalbewegungen eine Fremdherrschaft auf eigenem Territorium abzuschütteln, wofür er allgemein auf Verständnis hätte rechnen können, sondern musste sich mit der Existenz einer einheimischen Bevölkerung auseinandersetzen, die ihrerseits die zionistische Fremdherrschaft im eigenen Land abzuschütteln versuchte.

Daher war der so genannte ‚kulturelle Zionismus‘, wie ihn der palästinensische Literat Ghassan Kanafani bezeichnete, der wichtige logische Beginn des zionistischen kolonialistischen Prozesses zur Erschaffung einer Heimstätte in Palästina, der fundamentale zionistische kulturelle Begriffe und sogar die Idee von ‚Israel‘ selbst so wieder definierte, wie es die Veränderungen im europäischen kolonialen Prozess erforderten. Die ‚reine‘ kolonialistische Siedlung, wie im Falle Israel, ist allein in der Lage, beides ‚das Land‘ und ‚die Arbeit‘ zu kontrollieren, denn ihre ideologische Struktur beinhaltet eine Ablehnung und eine Ignoranz der Existenz der indigenen Bewohner des Landes, indem man diese aus dem wirtschaftlichen Leben, selbst als billige ausgebeutete Arbeitskräfte, ausschließt. Die Hauptaufgabe des Zionismus war es die organische Verbindung zwischen dem *jüdischen* Menschen und dem Land ‚Palästina‘ – sprich ‚Eretz Israel‘ – künstlich herzustellen. Die ‚Mission‘, die die zionistische Bewegung bzw. ihre akademischen Organe später verfolgte, war von Anfang an kultureller Natur. Sie verkörperte sich in der Erfindung einer Erzählung (Narrativ) und eines kollektiven Bewusstseins, eines neuen Menschen, einer quasi toten Sprache, einer Idee und eines Heimatterritorioms bei gleichzeitiger Abschaffung Palästinas und der Palästinenser aus dieser neuen kulturellen Basis. Diese Mission war aus einem zentralen Grund eine äußerst schwierige Aufgabe, nämlich wegen der beinahe absoluten Abwesenheit ‚Palästinas‘ in der jüdischen Geschichte und in Studien, die sich bis zur Gründung der zionistischen Bewegung mit den jüdischen Angelegenheiten in Europa – nur in Europa – auseinandergesetzt haben. Der zionistische Diskurs ‚ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land‘, leerte Palästina *zuerst sinngemäß* von seinen Bewohnern und erfand ein Land ohne Volk, um eine *wirkliche* spätere ethnische Säuberung der Palästinenser (1948) umzusetzen. Dieser Diskurs war also nicht reine Propaganda, sondern er war mit einer kolonialistischen kulturellen Struktur verbunden, die dialektisch mit den zionistischen Politik und Praktiken zusammenhing – und das bis heute.

Das sind die Aspekte, die den Zionismus als Bewegung von den restlichen Nationalstaatenbewegungen unterscheiden. Das brachte die Zionisten in die prekäre Lage der *Selbsterschaffung* bzw. der *Erschaffung einer jüdischen Nation*, die es nicht gab. Hinzu kam natürlich das Fehlen eines eigenen Territoriums. Der Weg, den die Zionisten einschlugen, um ihre Ziele zu erreichen, war im besten Fall unkonventionell und in seinen Grundzügen den Palästinensern gegenüber ignorant und menschenverachtend. Dies war für die Araber Grund genug, wie die Antwort auf die untere Frage zeigen wird, um diese Ideologie abzulehnen.

Warum lehnen die Araber den Zionismus ab?

Es ist durchaus kein Geheimnis, dass nicht nur die unter dem jüdischen Nationalismus leidenden palästinensischen Araber, sondern fast alle Araber, dem Zionismus feindselig gegenüberstanden und stehen. Denn sie stellen die gedanklichen Grundlagen des Zionismus in Frage. Die Basis dieser Ablehnung des Zionismus von Seiten der Araber bilden folgende Aspekte:

1. Kongruenz von Zionismus auf der einen Seite und Kolonialismus sowie Rassismus auf der anderen Seite.

Herzls Essay und Evangelium der Zionisten ‚Der Judenstaat‘ lässt den Ursprung des Zionismus als eine Reaktion auf die steigende Woge des Antisemitismus in der modernen Welt erscheinen. Herzl macht in seinen Schriften kein Geheimnis daraus, dass die Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Juden im Einklang mit den Interessen der kolonialen Großmächte und unter deren Schutz stehen muss. Jedoch versucht er dieses auf Palästina bezogene offensichtlich imperialistisch-koloniale Vorhaben mit dem so genannten *historischen Recht* der Juden auf Palästina zu ummanteln. Der Zionismus beansprucht seinen Ursprung in einer mehr als zweitausendjährigen Vergangenheit zu haben, während er in Wirklichkeit ein Produkt der letzten Phase des bereits

brüchigen imperialistischen Kapitalismus ist.²⁴³ Dazu soll erwähnt werden, dass abgesehen von der Absurdität dieses *exklusiv jüdischen* Rechtsanspruchs nach zwei Tausend Jahren, dieses historische Recht, außer in den biblischen Darlegungen in keiner einzigen wissenschaftlichen Quelle nachweisbar ist. Dass im Mandatstext von 1922 die *historische Verknüpfung* des jüdischen Volkes mit dem Land Palästina anerkannt wird, ist weiterhin kein Beweis für das historische Recht der Juden auf Palästina, denn diese basierte auch auf der biblischen Geschichtsschreibung, die keine wissenschaftliche Quelle sein kann.

So erfolgreich der jüdische Nationalismus auch war, er hat nie die betroffenen Araber von der Richtigkeit seiner Grundlagen oder auch nur von ihrer subjektiven Vertretbarkeit überzeugt. Die Araber sehen im Zionismus genau das Gegenteil einer nationalen Bewegung, nämlich den unverkennbaren Kolonialismus, Errichtung einer imperialistischen Fremdherrschaft über die nationalberechtigte Bevölkerung und die Vertreibung der palästinensischen Araber aus ihrer Heimat. Sie halten die theoretische Begründung nicht nur für objektiv falsch, sondern auch für subjektiv zynisch. Keine arabische Schrift fasst diesen Punkt mit allen denkbaren Aspekten besser zusammen wie *Artikel 22 der palästinensischen Nationalcharta* vom 17. Juli 1968:

„Der Zionismus ist eine politische Bewegung, die organisch mit dem internationalen Imperialismus verbunden ist und im Widerspruch zu allen Aktionen der Befreiung und der progressiven Bewegung in der Welt steht. Er ist rassistischer fanatischer Natur; seine Ziele sind aggressiv, expansionistisch und kolonialistisch; seine Methoden sind faschistisch und nazistisch. Israel ist das Instrument der zionistischen Bewegung und ein personeller wie geographischer Stützpunkt des Weltimperialismus. Er ist ein Konzentrations- und Anlaufpunkt für Imperialismus, im Herzen des arabischen Heimatlandes gelagert, um die Hoffnungen des arabischen Volkes auf Befreiung, Unabhängigkeit und Fortschritt zu bekämpfen“.²⁴⁴

Die arabischen Bewohner Palästinas sahen sich aufgerufen, ihre Heimat und ihr Dasein zu verteidigen und diese ‚Aggression‘ von Seiten einer imperialistischen Fremdherrschaft zu bekämpfen. Diese arabische Einsicht bezüglich des Zionismus wurde von den meisten Ländern der Welt geteilt, was sich im Text der *Resolution Nr. 3379* der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. November 1975 äußert. Diese verurteilte den Zionismus als eine „Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung“.²⁴⁵ Jedoch konnte Israel mit Hilfe der arabischen Länder und in Folge der Madrider Friedenskonferenz die *UNO-Resolution 46/86* (Dezember 1991) durchsetzen, in der die UNO-Vollversammlung die Bestimmungen der Resolution 3379 widerrief.²⁴⁶ Durch das Annullieren der *Resolution 3379*, wurde die Bezeichnung des Zionismus als *eine Form des Rassismus* – wenigstens offiziell – aufgehoben.

Die Zionisten waren sich diesen Gegensätzen in der Sichtweise zwischen Ihnen und den Arabern sehr früh bewusst. Während der arabischen Revolte (1936-1939) gegen die britische Mandatsmacht und die zionistischen Milizen, die auf der Seite der britischen Armee die Revolte blutig nieder geschlagen haben, machte *David Ben-Gurion* in einem Treffen der ‚Jewish Agency Executive‘ am 7. Juli 1938 folgende Bemerkung über die Hintergründe der arabischen Revolte: „We must see the situation for what it is. On the security front, we are the attacked and who are on the defensive. But in the political field we are the attackers and the Arabs are those defending themselves. They are living in the country and own the land, the village. We live in the Diaspora and want only to immigrate [to Palestine] and gain possession of [lirkosh] the land from them“.²⁴⁷

Jahre Später, nach der Gründung des israelischen Staates, zeigte sich *Ben-Gurion*, in einer Unterredung mit einem der damaligen zionistischen Führer *Nahum Goldman*, alles andere als optimistisch, dass die Araber, nun nach ihrer militärischen Niederlage, bereit gewesen wären, Frieden mit Israel abzuschließen. Seine pessimistische Haltung begründete er seinem Gesprächspartner *Goldmann* in folgendem denkwürdigen Satz:

„I don't understand your optimism... Why should the Arabs make peace? If I was an Arab leader I would never make terms with Israel. This is natural: We have taken their country. Sure, God promised it to us, but what does that matter to them? Our God is not theirs. We come from Israel, it's true, but two thousand years ago, and what is that to them? There has been anti-Semitism,

243 Vgl. Leon, Abraham, *Judenfrag & ... a.a.O.*, S.108.

244 Angenommen auf der Kairoer Konferenz vom 10.-17. Juli 1968; Text: New Middle East 1970, S.48 (Englisch), in Wagner, Heinz, *Der arabisch-israelische Konflikt ... a.a.O.*, S.24.

245 Die Resolution Nr. 3379 mit dem Titel ‚Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung‘ (englisch: Elimination of all forms of racial discrimination) wurde am 10. November 1975 von der UN-Generalversammlung beschlossen. Sie stellte Israel in eine Reihe mit den Apartheid-praktizierenden Staaten Südafrika und Rhodesien und besagte in ihrem letzten Satz, dass Zionismus eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung sei; siehe online unter: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/000/92/IMG/NR000092.pdf?OpenElement>.

246 Resolution 46/86 (English: Elimination of racism and racial discrimination) vom 10. Dezember 1991: Siehe online unter: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/581/74/IMG/NR058174.pdf?OpenElement>.

247 David Ben-Gurion, Protocol of meeting of JAE, 7 July 1938, BGA, zitiert in: Morris, Benny: *1948 – The First Arab-Israeli War*, Yale University Press, New Haven and London, 2008, S.393.

the Nazis, Hitler, Auschwitz, but was that their fault? They only see one thing: We have come here and stolen their country. Why should they accept that?"²⁴⁸

Man sollte diesen Worten des ehemaligen israelischen Premierministers *David Ben-Gurion* nicht etwa entnehmen, dass Israel sich wirklich nach Frieden sehnte. Israel sehnte sich zwar nach Frieden, jedoch sollte dieser Frieden den Status Quo nach dem katastrophalen Krieg vom Mai 1948 festigen. Israel war nie bereit, erobertes Land gegen Frieden mit den Arabern einzutauschen, noch war es je bereit, das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge auch nur zu *diskutieren*. Die ersten Friedensgespräche fanden nicht etwa 1978 (mit Ägypten), sondern bereits viel früher statt, nämlich auf der *Lausanne Konferenz* im April/Mai 1949, also ein Jahr nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg 1948. Während die arabischen Delegationen – Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und Palästinenser (Arab High Commission) – im Mai 1949 ein Protokoll unterschrieben, in dem Sie das Prinzip der UNO-Teilung Palästinas vom November 1947 als Verhandlungsbasis akzeptierten, lehnte Israel es vehement ab, die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu diskutieren, da solche Gespräche grundsätzlich Israel verpflichten könnten, wenigstens Teile der eroberten arabischen Gebiete zurückzugeben.²⁴⁹ Diese verpasste Chance von Seiten Israels verwundert gar nicht, wenn man sich die kolonialistisch-expansionistische Tendenz der zionistischen Ideologie vor Augen hält – diese Tatsache sollte sich in den darauf folgenden Kriegen und Krisen bestätigen.

2. Der Anspruch der Zionisten auf den universellen Humanismus und die Ethik ihrer Ideologie, entsprechend der Auserwähltheitstradition des Judentums

Das zionistische Selbstverständnis und die arabische Sicht klaffen in der ethischen Einschätzung der jüdischen Nationalbewegung weit auseinander. Große Gruppierungen des Zionismus verstehen sich als sozialistisch-progressiv, andere als religiös-sozialistisch. Dennoch betonen Denker aller zionistischen Richtungen ununterbrochen den universellen Humanismus und die hohe Ethik ihrer Ideologie. Der Zionismus versucht ständig den Mythos des ewigen Judentums zu schaffen, das immer wieder mit denselben Verfolgungen zu kämpfen hat. Im zionistischen Selbstverständnis wird der Kampf des jüdischen Nationalismus, ganz der Auserwähltheitstradition des talmudischen Judentums entsprechend, als Vorbild für eine humanere Welt verstanden.²⁵⁰ Die arabische Gegenansicht verbindet den Zionismus mit völlig anderen Kategorien, wie Vertreibung, Flüchtlingslager und Napalm²⁵¹; und

3. Die expansionistische Natur bzw. der ideologisch-ökonomische Aspekt des Zionismus.

Die Politik der WZO bzw. des israelischen Staates, basierte seit den Anfängen auf mehreren Hauptfundamenten, die die Umsetzung des zionistischen Projekts tragen sollten und sollen. *Zwei* dieser *Fundamente* sind besonders wichtig:

- *Erstes Fundament*: Die Schaffung günstiger Bedingungen, die es ermöglichen, dass immer mehr Weltjuden nach Palästina gelockt werden; und
- *Zweites Fundament*: Der Siedlungsbau im ganzen *Mandat Palästina*, die die neuen jüdischen Emigranten aufnehmen sollen.

Und die Bedingungen, von denen hier gesprochen wird, sind *Sicherheit* und *wirtschaftliche Entwicklung*, zwei ewige Themen des zionistischen Projektes.

Seit 1948 haben alle israelische Regierungen eifrig viel Geld und Zeit investiert, um eine starke Armee aufzubauen, die in der Lage war, die zionistischen Errungenschaften, insbesondere die Gebietszugewinne und Eroberungen abzusichern bzw. zu beschützen. Gleichzeitig haben die israelischen Politiker darauf geachtet, die wirtschaftliche Entwicklung in Israel so aufrechtzuerhalten, dass höhere Wachstumsraten entstehen, um den sozioökonomischen Wohlstand sicherzustellen. Folglich gewinnt der Standort eine Anziehungskraft für neue jüdische Einwanderer. So gesehen wurde die Ökonomie in den Dienst der höheren Ziele und Strategien der zio-

248 David Ben-Gurion, in: Goldman, Nahum, 'The Jewish Paradox', Trans. Steve Cox, London: Weidenfeld and Nicolson, 1978, p.99, zitiert in Morris, Benny: *1948 – The First ... a.a.O.*, S.393.

249 Mehr über die Lausanne Konferenz (1949), siehe Pappe, Ilan: *The Making of the Arab-Israeli Conflict 1947-1951*, I.B. Tauris Publishers, New York, 1994, Kapitel 10, S.203-243.

250 Vgl. z. B. Hess, Moses, *Rom und Jerusalem ... a.a.O.*, S. 252.

251 Wagner, Heinz: *Der arabisch-israelische Konflikt ... a.a.O.*, S. 24.

nistischen Weltorganisation gestellt.

Dass der Zionismus koloniale Ziele verfolgt, wurde oben gezeigt. Allerdings konnten die ersten zionistischen Siedler, anders als die erfolgreichen europäischen Kolonialmächte im 19. Jahrhundert in Nordafrika, Australien und Neuseeland, nur einen geringfügigen Erfolg nachweisen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Palästina ist nicht reich an natürlichen Ressourcen und Bodenschätzen und das Land ist darüber hinaus flächenmäßig sehr klein. Die Eigenartigkeit des zionistischen Projektes liegt deshalb darin, dass es überhaupt unter den damaligen ökonomischen Umständen nicht verworfen wurde, obwohl die demographischen und ökonomischen Fakten im neuen Land eine deutliche Sprache hatten: die palästinensische Wirtschaft war nicht in der Lage, große Zahlen von jüdischen Emigranten aufzunehmen und die Aufnahme-prozedur unterlag nicht den wirtschaftlichen Maßstäben von Gewinn und Verlust auf der Preisbasis, die der Markt bestimmte. Stattdessen wurde der Erfolg buchstäblich künstlich am Leben erhalten und zwar zunächst durch den Einsatz einer dritten Komponente, die es ermöglichte, das Projekt ohne Rücksicht auf die einheimische palästinensische Bevölkerung und ohne Rücksicht auf Gewinn und Verlust zu finanzieren.

Die zionistische Arbeiterbewegung in Palästina konnte ihre Ziele durch eine mächtige Allianz mit der finanzstarken zionistischen Organisation erreichen. Letztere hatte den so genannten ‚jüdischen Nationalfonds‘ (JNF) errichtet, mit dessen Mitteln die Zionisten ihre jüdischen Einrichtungen in den neuen Siedlungen finanziell unterstützen konnten. Diese materielle und logistische Unterstützung war *exklusiv für Juden* gedacht und die jüdischen Arbeiter wurden entsprechend bezahlt, was den Arbeitsmarkt in Palästina in zwei Klassen teilte. Die bisherigen jüdischen Siedlungen, nicht alle waren zionistisch verwaltet, haben dann auch ab 1901 das zionistische Modell der Kolonisierung angenommen, indem man mit dem Bau so genannter Kollektivsiedlungen begonnen hat, die arabische Arbeitskräfte ausschlossen. Etwa ein Drittel Jahrhundert nach der ersten *Alija* hat die neue Ideologie schließlich gesiegt und man verpflichtete sich den Mechanismen des zionistischen ökonomischen Diskurses. Diese schufen mit Hilfe der britischen Mandatsmacht zuerst koloniale Bedingungen, die Landkauf bzw. Landeroberungen ermöglichten, um dann in einem zweiten Schritt eine starke rein jüdische wachsende Ökonomie zu etablieren. Die neue Ökonomie verdrängt bis heute im Rahmen einer Politik der Behinderung die arabisch-palästinensische Wirtschaft. In diesem Zusammenhang wird die vorhandene einheimische Wirtschaft von ihrer territorialen arabischen Tiefe isoliert und zunehmend verunmöglicht. Und das besetzte Volk wandelt sich zu einer Gruppe von Konsumenten und bis zum Jahre 2000 zu billigen Arbeitskräften einer feindlichen Siegerwirtschaft.

Wie man unten (Kapiteln 2 und 3) sehen wird, wurde in diesem Kontext eine Architektur erzeugt, die sich hinter Mauern in einem fremden Umfeld verschanzte und mittels Überwachungstürmen jegliche Möglichkeit äußerlicher Annäherung massiv reduzierte.

Sechs Jahrzehnte nach Staatsgründung verfügt Israel über die relativ (auf die Größe des Landes bezogen) größte regionale Wirtschaftskraft, die größte militärische Macht im Nahen Osten und folglich einen Lebensstandard, der mit dem der USA, Australien und von manchen Ländern der europäischen Union mithält.

Allerdings muss man dabei berücksichtigen, dass ein fester Bestandteil der zionistischen Strategie, bis heute darin besteht, immer wieder neue starke Alliierte zu finden, die bereit sind, die Gönner-Rolle zu spielen und neben der politischen Unterstützung Israels eine großzügige finanzielle und militärische Hilfe zu gewährleisten. Heute besteht dieses Gönner-Rollen-Szenarium in einer Konstellation mit den USA als Hauptdarsteller, der beinahe bedingungslos Israel unterstützt. Viel Unterstützung kommt nach wie vor von den Akteuren Großbritannien, Frankreich und dem Sonderfall Deutschland. Dank einer solchen Unterstützung und keineswegs nur aus eigener Kraft, kann ein kleines Land wie Israel, das in einer fremden ‚feindlichen Umgebung‘ (um das israelische Narrativ zu benutzen), mit der es seit sechs Jahrzehnten in einem quasi Kriegszustand lebt, so einen Lebensstandard haben.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Israels betrug im Jahre 2007 die stolze Summe von 197,6 Milliarden US\$ bzw. ein Pro-Kopf Volumen von etwa 28.300 US\$ (Im Vergleich dazu: Die EU-Länder zusammen: 1.454 Milliarden US\$ bzw. 32.900 US\$ im Jahre 2007). Im Jahre 2009 betrug Israels ‚BIP‘ etwa 205,2 Milliarden US\$, sprich etwa 28.400 US\$ pro Kopf.²⁵² Das ist ein auffallend hoher Lebensstandard, wenn man bedenkt, dass die arabischen Völker – und offiziell die arabischen Regime – israelische Produkte aller Art boykottieren, einschließlich

252 Alle Daten aus: ‚CIA- The World Fact Book Februar 2010, online unter: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/is.html>.

der Länder, mit denen Israel bereits ein Friedensabkommen abgeschlossen hat: Ägypten und Jordanien.

Der Zionismus hatte schon immer einen ökonomischen Aspekt, der auf Zuflüssen aus der internationalen Ökonomie (jüdisches Kapital) aufbaute und ständig in Korrelation mit den geführten Kriegen gegen die Araber bzw. mit der Ablehnung von Friedeninitiativen stand und weiterhin steht.

Und dennoch besitzt der israelische Staat im internationalen Kapitalsystem, erstaunlicherweise, eine mittlere Position zwischen den so genannten Kapitalzentren und den Randstaaten. Das Einnehmen irgendeiner Position im internationalen Finanzsystem, setzt eine entsprechende wirtschaftliche Rolle voraus, die an der Höhe des Beitrages zum internationalen Bruttoprodukt gemessen wird. Oder diese Rolle wird durch die Natur der ökonomischen Aktivitäten im jeweiligen Land definiert (Industrie, Landwirtschaft oder gemischt). Laut dieser Klassifizierung scheint Israel mit seinem nationalen BIP von 205 Milliarden US\$ im Jahre 2009 absolut unwichtig zu sein, denn diese Summe macht weniger als 0,3% des gesamten Weltwirtschaftsproduktes im gleichen Jahr aus, das auf mehr als 70 Billionen US\$ geschätzt wird.²⁵³ Mehr noch: die wirtschaftlichen Zahlen und Gegebenheiten, geben Israel, selbst unter den Ländern des Nahen Ostens, keine sonderliche oder gar herausragende wirtschaftliche Rolle. Israel kommt mit seinem obigen BIP weltweit zwar an 51. Stelle, aber in der Region – nach dem Iran (876 Milliarden), der Türkei (861,6 Milliarden), Saudi Arabien (581 Milliarden), Ägypten (470,4 Milliarden) und nach Algerien (244,3 Milliarden) – nur an *sechster* Stelle.²⁵⁴ Außerdem besitzen alle genannten Länder eine viel größere demographische Basis (Bevölkerungszahlen) und eine entschieden jüngere Gesellschaft als Israel. Selbst wenn alle Weltjuden – etwa 13 Millionen Menschen – nach Israel emigrieren würden, könnte der israelische Staat mit seinen Nachbarn, was die demographischen Zahlen angeht, nicht mithalten. Würde die israelische Wirtschaft komplett von der weltökonomischen Bühne verschwinden, so würde das das internationale Finanzsystem gar nicht beeinflussen. Es besteht zwar keine Zweifel daran, dass die israelische Gesellschaft innovativer und produktiver ist und, dass ihre Governance besser ist als in allen arabischen Ländern, dennoch ist es – gemessen an dem wirklichen Volumen dieses Landes – ein merkwürdiges Phänomen, dass Israel eine mittlere Position in der Weltwirtschaft genießt. Das ist mit der wirtschaftlichen Kraft Israels alleine nicht erklärbar.

Nur wenige Länder der mittleren Position im internationalen Kapitalsystem, wie ehemals das Apartheid-Südafrika und jetzt Israel, erfüllen nicht die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die sie qualifizieren, diesen Platz einzunehmen, obwohl einige Indikatoren wie das oben gezeigte hohe Pro-Kopf-Jahreseinkommen, anscheinend das Gegenteil zeigen.

Die ökonomisch wichtige mittlere Position im internationalen Finanzsystem kann manchmal, wie im Falle Israel, aus einer regionalen politischen oder militärischen Rolle resultieren, die diese Länder zugunsten des Finanzzentrums bzw. stellvertretend zu den größeren Mächten spielen. Mit anderen Worten: ihre wirtschaftliche Wichtigkeit beziehen diese Länder aus ihrer Aufpasserrolle (als ‚Polizisten‘) in einem ressourcenreichen Gebiet, die das Anhäufen des globalen Kapitals garantieren und erleichtern soll und nicht aus ihrem direkten wirtschaftlichen Beitrag. Natürlich bekommen diese Länder ihren ‚Sold‘ in Form von wirtschaftlicher und militärischer Hilfe sowie der äußerst wichtigen politischen Rückendeckung – vor allem in Israel ist diese Tatsache sehr deutlich spürbar.

Diese Behauptung wird durch die Tatsache untermauert, dass die israelische Wirtschaft von Anfang an von einer starken Tendenz zur Waffenindustrie geprägt wird, nicht nur wegen des relativ hohen Gewinns, der auf diesem Feld möglich ist, sondern auch wegen der politischen und militärischen – nicht der wirtschaftlichen – Natur des hebräischen Staates innerhalb des internationalen Kapitalsystems. Das erklärt einen Teil der strukturellen offensiven, wenn nicht feindseeligen Natur des Zionismus und seines Projektes. Es erklärt weiter den Fortbestand des israelisch-arabischen Konfliktes sowie das Scheitern aller Schlichtungsversuche des Konfliktes seit 1949, trotz des immensen arabischen Verzicht auf einen großen Teil des historischen Rechts auf Palästina und trotz der Bereitschaft der meisten Araber seit 1949, Israel anzuerkennen, wie es die israelischen Neohistoriker bestätigen.

Diese Tendenz belegen auch die Zahlen in Bezug auf Israels militärische Ausgaben seit Mitte der 1950er Jahren.

253 Ebenda, online unter: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/xx.html>.

254 Ebenda, online unter: <http://www.cia.gov/library/publications/the-world-fact-book/2001rank.html?countryName=Israel&countryCode=is®ionCode=me&rnk=51#is>.

Diese übertreffen zumeist die militärischen Ausgaben aller anderen Länder in der Region: sie betrug Mitte der 1950er Jahre 13% des israelischen BIP; Ende der 1960er Jahren: 22%; in den 1970er Jahren: 32% und 24% in den 1980er Jahren, trotz des Friedensabkommens mit Ägypten, dem größten und militärisch stärksten arabischen Land und trotz der Tatsache, dass die Araber und die PLO, seit Mitte der 1970er Jahren die Strategie der politischen Verhandlungen zur Konfliktbeilegung adoptiert haben (10-Punkte-Programm der PLO).²⁵⁵ Erst nach der Jahrtausendwende kamen die israelischen Militärausgaben zu einer gewissen Normalität, die sich zwar auf zwischen 7% und 9% des israelischen BIP belaufen, aber dennoch mit Rang 6 bis 8 der Weltspitze, nicht richtig zur Landesgröße passen (Tabelle 1-2).

In einer vergleichbaren Logik waren die israelischen Militärausgaben auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges (Pro Kopf) 2-mal so hoch wie die US-amerikanische und 4-mal so hoch wie die britischen, französischen und deutschen Militärausgaben zusammen. Es existiert offensichtlich eine feste Verbindung zwischen der politisch-ökonomischen Struktur Israels und deren militanten, oder mindestens offensiven Natur, denn Krieg und Aggression waren und sind weiterhin für breite Teile der israelischen Gesellschaft ein lohnendes Geschäft.

Militärausgaben Israels 2003-2008 (anteilig vom BIP)		
Jahr	Militärausgaben in % (vom BIP)	Welt-Rang
2003	8,75%	8
2004	8,7%	7
2005	8,7%	7
2006	7,7%	7
2007	7,3%	6
2008	7,3%	6

Quelle: CIA World Factbook - Version May 16, 2008 (http://www.indexmundi.com/de/Israel/anteil_am_bip_militärausgaben.html)

Tabelle 1-2: Israelische Militärausgaben, anteilig vom BIP, 2003-2008.

In der *ersten Phase* der israelischen Ökonomie (1948 bis Anfang der 1970er Jahre) konzentrierten sich die Investitionen der großen israelischen Konzerne und Banken auf den Militärssektor, in dem der größte Ertrag zu erwarten war. Sie begleiteten darüber hinaus das allgemeine israelische wirtschaftliche Wachstum dieser Zeit und spielten folglich eine wesentliche Rolle in der israelischen Makro-Wirtschaft, sprich diese Investitionen trugen – in der Verteilung der Erträge – wesentlich zur Konjunkturbelebung anderer wirtschaftlicher Sektoren bei. Was diese Phase in Bezug auf die Beziehung zu den arabischen Palästinensern am meisten kennzeichnete, war dass die zionistischen Bestrebungen während dieser Zeit, das ökonomisch unattraktive Palästina durch private Initiativen zu kolonisieren, zwangsläufig fehlschlagen. Der Grund dafür war die von den Zionisten seit Theodor Herzl gewollte und geplante so genannte ‚hebräische Arbeit‘. Die vorwiegenden zionistischen Kolonisationsmethoden basierten auf Mechanismen, die in der Landnutzung und in den Arbeitsverhältnissen *nicht* marktbezogen waren. Diese Methode war gewollt, nicht nur um die Löhne der jüdischen Arbeiter – die sonst in andere attraktivere Länder emigriert wären – zu subventionieren, sondern und vor allem auch um die landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe für arabische Arbeitskräfte abzusperren, so billig sie auch sein mochten. Kapitalistische Gewinnkalkulationen, die die Verpflichtung billiger arabischer Arbeitskräfte auf jüdischem Landbesitz erforderten, standen in Konflikt mit dem zionistisch-nationalistischen Ziel, eine jüdische Mehrheit im Land zu schaffen. Die demographischen Bedürfnisse des Zionismus in Palästina begünstigten die sozialistischen Methoden und kooperativen Institutionen der Arbeiter-Siedlungs-Bewegung (Labor Settlement Movement ‚LSM‘), da diese (a) die massive jüdische Einwanderung nach Palästina sowie (b) die Disziplinierung selbst der neuen jüdischen Migranten im Dienst der nationalen Ziele förderten. Die Arbeiter-Schirmorganisation der LSM war die *Histadrut*, die faktisch bis Mitte der 1970er Jahre die arabischen Arbeitskräfte programmatisch ausschloss.²⁵⁶

255 Anfang Juni 1974, verabschiedete der Palästinensische Nationalrat auf seiner 12. Sitzung das „10-Punkte-Programm“, welches eine zentrale Bedeutung besitzt, da es die Etablierung einer staatlichen Autorität auf jedem Stück befreiten Bodens fordert und die Abkehr von der Befreiung Gesamtpalästinas impliziert. Am 14. Oktober des gleichen Jahres wurde die PLO von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt (Resolution 3210), das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit wurde betont (Res. 3236) und die PLO erhielt einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen (Res. 3237). Einen Monat zuvor hatte die Arabische Liga auf ihrer Konferenz von Rabat die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt. Seit diesem Zeitpunkt verfolgte die PLO zur Erreichung ihres Zieles verstärkt politische und diplomatische Strategien, wenn auch dem bewaffneten Kampf erst mit Beginn des Friedensprozesses eine Absage erteilt wurde (Quelle: Generaldelegation Palästinas in Berlin, online unter: <http://www.palaestina.org/politik/plo/plo.php?name=politik>).

256 Shafir, Gershon & Beled, Yoav, *The New Israel: Peacemaking and Liberalization*, Westview Press, Boulder, Colorado, USA, 2000, S2-3.

Seit Beginn der 1970er Jahre wurde weiterhin in der israelischen Militärindustrie stark investiert, obwohl diese keine makro-wirtschaftliche Rolle in dieser (*zweiten*) Phase mehr spielte und aufgrund der weltwirtschaftlichen Veränderungen keinen Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum hatte. Da trotz einer existenten Schieflage des Nutzen-Kosten-Verhältnisses auf dem Militärssektor weiterhin in diesen investiert wurde, erkannte man hier die ersten Symptome eines klassischen Faschismus-Rezeptes. In dieser Phase begann, was Gershon Shafir und Yonav Beled als ‚das neue Israel‘ bezeichneten, Gestalt anzunehmen. Insbesondere nach der Bildung der israelischen Einheitsregierung unter *Shimon Peres* im Jahr 1985, wurden drastische ökonomische Maßnahmen getroffen, die die bisherige astronomische Inflationsrate von 466% zu überwinden versuchte, indem folgende Schritte umgesetzt werden sollten:

1. die Schrumpfung der staatlichen Kontrolle über Kapitalmärkte;
2. die Öffnung der israelischen Ökonomie zur globalen Marktwirtschaft; sowie
3. der Rückgang bzw. der Zusammenbruch der ökonomischen und sozialen Grundidee der Histadrut, nämlich des *Wohlfahrtsstaates*.²⁵⁷

Die ökonomische konstitutionelle Revolution der 1990er Jahre manifestierte diese drastischen Änderungen in Israel und schuf, abstrakt gesagt, ein neues ‚neoliberales‘ Israel zugleich, ein System das wirtschaftlich nach außen expandierte, nach innen hin aber – sowohl politisch als auch sozial – genauso wie seit Staatsgründung äußerst konservativ, ethnokratisch und rassistisch blieb. Die Öffnungsversuche der israelischen Politik gegenüber der Nachbarn, oder was als der ‚Friedensprozess‘ bezeichnet wird, zielte in Wahrheit nur darauf ab, Israel aus seiner *wirtschaftlichen* Krise herauszuziehen, indem man Allianzen und regionale Märkte mit der arabischen wirtschaftlichen Elite zu gestalten versuchte, und nicht um Frieden zu schaffen.

Gerade wegen der zentralen Stellung der militärischen Wirtschaft in Israel und abgesehen von irgendwelchen Friedensabsichten oder Bereitschaftserklärungen, existieren mächtige und einflussreiche zentrale Kräfte in Israel, deren Interessen strukturell und strategisch dem Prinzip einer Übereinkunft zur Beilegung des Konflikts zutiefst widersprechen, selbst wenn diese, wie Oslo II, den Palästinensern so gut wie gar nichts gebracht hat. Die wichtigsten *zwei* dieser mächtigen Gruppen sind:

C) das israelische Militär, das in Israel eine beinahe uneingeschränkte Macht besitzt. Aufgrund der Tatsache, dass die besetzten arabischen Gebiete unter direkter Kontrolle des Kriegsministeriums stehen, hat die israelische Armee sowohl als Institution wie auch als eine Gruppe von Individuen ein großes Interesse am Fortbestand der israelischen Besatzung. Die israelischen Soldaten genießen nicht nur eine Sonderstellung in der israelischen Gesellschaft, sondern auch enorme finanzielle Vorteile. Beispielsweise erhält ein 45 jähriger israelischer Offizier der in Rente geht, neben einer lebenslänglichen Staatsrente zusätzlich eine hohe Geldabfindung, die einen astronomischen Betrag von 2 Millionen US\$ erreichen kann²⁵⁸; und

D) die Siedler bzw. die Siedlerorganisationen. Denn zusätzlich zur Tatsache dass die israelischen Siedlungen im Westjordanland und in den Golanhöhen einen Kontrollmechanismus über das Land darstellen, sind sie eines der Fundamente und Faktoren zur Anlockung von Investoren aus dem In- und Ausland. Die großen staatlichen Subventionen für die Siedlungen, die von systematischer Enteignung des arabischen Landes begleitet werden, schaffen ideale Bedingungen für große – auch globale – Konzerne wie z.B. den israelischen IT-Konzern ‚Matrix‘, einen Vertragspartner von Microsoft Corporation, die billige Arbeitskräfte mit einer westlichen Orientierung (Israel gilt als ein West-Staat) suchen, die mit den Löhnen auf dem asiatischen Markt konkurrieren können. Außerdem sind Immobilien und Bauprojekte in den Siedlungen, nicht zuletzt aufgrund der quasi kostenlosen annektierten arabischen Landflächen, eines der wichtigsten wirtschaftlichen Sektoren in Israel und sehr lukrativ für Investoren aus den Kreisen des Großkapitals. Die Siedlungen bilden also nicht bloß Ansammlungen für einige jüdische Rassisten und Fundamentalisten, deren Evakuierung, wie die israelische Regierung immer behauptet, eine sehr mutige politische Entscheidung voraussetzen würde. Sie sind eines der Fundamente der zionistischen Wirtschaft und eine starke Quelle für finanziellen Gewinn, die mächtige und einflussreiche ökonomische Kräfte außerhalb der Siedlungen anlocken.

Diese Phase ist gekennzeichnet durch den Aufstieg und die Dominanz einer neuen Sozialschicht in Israel, deren Investitionen in die Militarisierung der Gesellschaft bemerkenswert hoch waren und deren neue Macht

257 Ebenda, S.6-7.

258 Angaben nach Isaaq Laur von der israelischen Organisation ‚Breaking the Silence‘.

den Aufstieg der Likud-Partei an die Spitze der israelischen Politik ausdrückte. Dieser Machtwechsel in Israel wurde von Beobachtern in der Regel als *rein* politischer ‚Umschwung‘ interpretiert, der die anwachsenden Auswirkungen demographischer, ethnischer, kultureller, religiöser und nationaler Änderungen Ausdruck verliehte. Außerdem litt das bis 1977 dominierende sozialistisch-autoritäre Wirtschaftsmodell der Arbeiterregierung im Kontext der globalen Änderungen bzw. der Ausbreitung der US-amerikanischen Ideale des kapitalistischen Marktwirtschaftsmodells, an Imageverlust und wurde als unangemessen und nicht nachhaltig angesehen.²⁵⁹ Wenn auch die oben genannten engen politischen Betrachtungen bezüglich der Argumentation des Wahlsieges der Likud an sich nicht falsch sind, darf eine andere potenziell wichtigere Entwicklung dieser Zeit, nämlich die abnehmende Wichtigkeit offizieller Politik insgesamt, nicht außer Acht gelassen werden. Der Aufstieg des Likud-Blocks erschütterte zwar das Modell der dominanten Partei, aber die Macht wurde zunehmend immer mehr vom ‚dominanten Kapital‘ als von den Wahlurnen bestimmt.²⁶⁰ Die Likud-Funktionäre waren von Anfang an loyale Anhänger der bürgerlichen Mentalität von ‚Freien Märkten‘ und ‚kleinen Staaten‘. Im Zuge ihres Liberalisierungsprozesses, öffneten sie die Tore für das große Kapital, in Kriegsökonomie zu investieren und luden dieses faktisch zur Machtübernahme ein. Für das dominante Kapital Israels waren Stagflation (volkswirtschaftliche Stagnation und Inflation), Zunahme der Militärausgaben, größere Abhängigkeit von den USA und die rasch steigenden Staatsschulden, die Grundbestandteile für eine erfolgreiche ‚differenzielle Akkumulation‘. Diese schiefe Kapitalanhäufung schuf auch die Basis für die heute in Israel vorherrschende ‚soziale Schieflage‘, die im März 2011 hunderttausende israelische Jugendliche dazu antrieb, erstmalig (wohl vom arabischen Frühling in benachbarten arabischen Ländern inspiriert) an großen Demonstrationen in den Straßen von Tel Aviv und anderen israelischen Städten teilzunehmen.

Die Politik stand weiterhin im Einklang mit den Interessen dominanter Kapitalgruppen in den USA, insbesondere denen der Waffen- und Ölindustrie, die von der Eskalation des israelisch-arabischen Konfliktes profitierten und, die eine wichtige Rolle in der Gestaltung der US-israelischen Beziehungen spielten. Und die meistversprechende politische Plattform in Israel für das Erreichen dieser Ergebnisse, war eine Kombination aus einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und rassistischem Militarismus. Die Partei, die an diese Prinzipien glaubte und, die auch bereit war sie umzusetzen, war die Likud.²⁶¹

Und nichts bezeugte die israelische Hegemonie, als ein Produkt der militärisch-ökonomischen Struktur bzw. des zionistischen Projektes insgesamt, als die israelische Invasion in den Libanon im Jahre 1982. Israel war gezwungen in den Libanon einzumarschieren, nicht wegen der behaupteten ‚Sicherheit von Galiläa‘, sondern aus strategischen Gründen bzw. aufgrund der Friedenskampagne der PLO, die die Zwei-Staaten-Lösung akzeptiert hatte. Die Invasion fand statt, obwohl die PLO sich penibel an eine unilateral erklärte Waffenruhe zwischen Juli 1981 und Mai 1982 gehalten hat. Kein einziger Angriff seitens der PLO-Kämpfer fand in dieser Zeit statt, obwohl die UNO in der gleichen Zeit über 2000 Verletzungen der libanesischen Lufthoheit durch israelische Militärflugzeuge sowie mehr als 600 Verletzungen durch israelische Bodentruppen und die Kriegsmarine verzeichnete.

Heute spielt die zionistische Lobby weltweit, insbesondere im Westen, eine bestimmende Machtrolle in der Gestaltung der Weltpolitik. Es stimmt zwar, dass der Zionismus doktrinär aus dem Imperialismus des 19. Jahrhunderts entsprungen ist, dennoch kann man heute nicht mehr von einer hierarchischen Korrelation zwischen Imperialismus und Zionismus im Sinne von ‚Vater‘ und ‚Ziehkind‘ bzw. vom Zionismus als ‚Instrument‘ in den Händen des internationalen Imperialismus sprechen. Vielmehr haben wir es heute – im Zeitalter der Spekulationen bzw. des Wuchergewinns aus nicht produzierenden Kapitaltransaktionen, die die heutigen Realwirtschaften in die Krise treiben – mit einer organischen Verbindung zwischen beiden Ideologien, mit einem untrennbaren *siamesischen Zwillingsspaar*, zu tun, in der das ‚globale Kapital‘ die Hebel der Weltpolitik bewegt.

Der Zionismus spielt also nicht nur eine regionale Rolle in der arabischen Welt, sondern er ist vor allem und grundsätzlich ein internationales Phänomen, denn er ist politisch, wirtschaftlich und kulturell mit internationalen Netzwerken eng verbunden, die sich organisch mit den sozialen Schichten überschneiden, die den Mainstream beherrschen und faktisch die Welt regieren. Durch das Kapital ist der Zionismus ein strukturelles Phänomen,

259 Nitzan, Jonathan & Bichler, Shimshon, *The Global Political Economy of Israel*, Pluto Press, London, 2002, S.133.

260 Ebenda, S.134.

261 Ebenda, S.135.

das das internationale kapitalistische System mit dem ‚Geldgeschäft‘ so stark färbt, dass man in dieser Phase von einem Imperialismus im Verfallsstadium sprechen kann. Daher ist die israelische Besetzung durch den zionistischen Staat nicht lediglich eine örtliche Besetzung wie jede andere Okkupation von irgendwelchen anderen 27.000 km² in der 14 Millionen km² großen arabischen Welt. Der Konflikt mit Israel ist eigentlich weit komplizierter als das, denn er entsteht aus dem ewigen und existenziellen Widerspruch der ‚arabischen Nation‘ mit dem ‚internationalen Imperialismus‘, des legitimen Strebens nahöstlicher Völker nach Freiheit, Wachstum und Wohlstand und der Waffen- und Erdöl-Finanzgruppen, die ihren immensen Reichtum aus der Eskalation der Konflikte in der Region bzw. aus der Instabilität derer Länder ziehen. In diesem Sinne reichen die politischen Grenzen Palästinas von Marokko am atlantischen Ozean bis hin zum Persischen Golf.

1.6.9 Aus der beschriebenen Historie der jetzige Status Quo

Das palästinensische Land ist zum großen Teil fruchtbar, vor allem im Norden. Seit jeher haben die Palästinenser ihre fruchtbaren Täler und selbst die bergige Landschaft des Westjordanlandes kultiviert: mit viel Sorgfalt und Liebe errichteten sie an den Hängen Natursteinterrassen, die die Grundstücke entlang der Höhenlinien der Berglandschaft vor Erosion schützen und ideale Voraussetzungen für den Anbau von Gemüse, Obstbäumen und nicht zuletzt Olivenbäumen schaffen. In der Naqab-Wüste (Negev) im Süden herrschte eine andere Form des Nutzungsrechts der Weidegründe zwischen den Beduinenstämmen. Hier braucht nicht groß erwähnt zu werden, dass der palästinensische Norden, der mit dem berühmten *Marj Ibn Amer* (später: Yezraeel-Ebene) bei Jenin südöstlich von Haifa beginnt, eines der fruchtbarsten und der ältestkultivierten Gebiete der Menschheitsgeschichte ist. Laurence Oliphant, der Palästina in den 1880er Jahre besuchte, beschrieb bildhaft einen großartig bewachsenen *Marj Ibn Amer* wie folgt: „Ein gewaltiger grüner See aus wogenden Weizenfeldern, Dörfer krönen seine Erdhügel, die Inseln gleichen; und es stellt eines der eindrucksvollsten Bilder üppiger Fruchtbarkeit dar, die man sich denken kann“.²⁶²

Palästina war und ist von Natur aus eine fruchtbare Gegend, die wandernde Völker in der Geschichte immer anlockte.²⁶³ Es fehlte der Landesbevölkerung Palästinas weder an fruchtbarem Land, noch an Arbeit in ihrer Heimat. Ganz im Gegenteil: Sie lebten Jahrhunderte lang in ihrem Land und kultivierten es, obwohl sie seit Anfang des 19. Jahrhunderts unter dem Joch eines Feudalsystems lebten, in dem sie zum einen von den Großgrundbesitzern (Effendis) bzw. vom Regionalmarkt schier ausgebeutet wurden und zum anderen von den korrupten Steuereintreibern der Zentralregierung abhängig wurden, deren jährliche Besuche für die Bauern zu einer Quelle des Elends wurden. Es war immer wieder die Machtlosigkeit gegenüber einer korrupten und hoch verschuldeten Obrigkeit, die den Bauern das Leben unerträglich machte. Hinzu kam, dass das brennende Problem der Landesverschuldung, die osmanische Regierung veranlasste, die Steuerzahler zu zwingen, ihre Steuern, statt wie traditionell in Naturalien, nun in Bargeld zu entrichten.²⁶⁴ Ein System, das den Nährboden für Wucher und Ausbeutung der Bauern durch die Effendis schuf. Während der ausgebeutete Bauer sein Leben lang in Angst vor Überschuldung lebte, ergab sich für die sich von den Abgaben der Bauern mästenden Effendis eine Situation, die nicht besser hätte sein können. Die Schulden der armen Bauern wurden selbstverständlich vererbt und schließlich war der von Steuern und Schulden überladene Bauer schnell bereit, sein Eigentum abzutreten wobei er im günstigsten Fall als ausgebeuteter Pächter auf eigenem Grund und Boden arbeiten durfte. Ergebnis war die stufenweise Enteignung der Fellachen und die Bildung einer Bauernklasse ohne Boden.²⁶⁵ Ähnliche Tendenzen konnte man später, nach der Gründung des israelischen Staates, beobachten, wenn die palästinensischen Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten in Israel bzw. in den israelischen Siedlungen, nicht selten auf eigenem enteignetem Grund und Boden, als billige Arbeitskräfte von den neuen Herren beschäftigt wurden.

Es begann mit dem Basler Programm, 1897

Eines der Hauptmerkmale des Palästina-Konfliktes, im Gegensatz zu den meisten großen Gewaltakten der modernen Geschichte, ist die Tatsache, dass er ein ‚gemachter‘ Konflikt ist.²⁶⁶ Der Konflikt verfügt über einen genau zu bestimmenden Ausgangspunkt: das Jahr 1897. In diesem Jahr beschloss die zionistische Weltorganisation im Verlauf ihres ersten Kongresses in Basel in einem beschönigend verfassten Programm, auf das Ziel der

262 Oliphant, Laurence, Haifa, Our Life in Modern Palestine, New York, Harper & Bros., 1887, S. 60, zitiert in Nijim/Bishara, *Toward the De-Arabisation ... a.a.O.*, S.2.

263 Vgl. auch Moscati, Sabatino, *Geschichte und Kultur ... a.a.O.*, S.93.

264 Weinstock, Nathan: *Das Ende Israels? ... a.a.O.* S.72.

265 Ebenda.

266 Das ist Leitgedanke und Essenz von Ilan Pappes Buch „The Making of the Arab-Israeli Conflict 1947-1951“, I.B. Tauris Publishers, NY, 1994.

Errichtung eines jüdischen Staates auf palästinensischem Boden hinzuarbeiten. Dieses Programm, das in die Geschichte als das *Basler Programm* eingehen würde, wurde in einer Zeit beschlossen, als über 95% der Bevölkerung Palästinas Araber waren und sich 99% des Grundbesitzes in arabischen Händen befand. Eine Nichtbeachtung dieser Realitäten von Seiten der in Basel versammelten jüdischen Führer stimmte, wie bereits gesagt, mit der herrschenden Gesinnung der damaligen europäischen Kolonialmächte überein. Die berüchtigten Worte der ehemaligen israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir (1969-1973) *„Es gäbe so etwas wie das palästinensische Volk nicht“*²⁶⁷, zeigte deutlich diese Einstellung. Diese leugnende Bemerkung über das palästinensische Volk ist nicht nur wörtlich zu verstehen, sondern auch qualitativ zu werten. Auch David Ben-Gurion, der 1906 nach Palästina kam, bezeichnete Palästina als ein ödes Land und als einen „vergessenen Winkel des türkischen Reiches, ja des Erdballes“²⁶⁸, das niemand haben wollte und schon gar nicht die Palästinensischen Araber. Weiter argumentierte er, die Juden hätten „ein unbestreitbares Recht auf das Land [] Nicht das Recht, es anderen wegzunehmen (es gäbe keine anderen), aber das Recht und die Pflicht, seine Leere zu füllen, seine Unfruchtbarkeit zu beleben“.²⁶⁹ Das war 1908; Ben-Gurion, zwei Jahre nach seiner Ankunft in Palästina, leugnete pauschal die Existenz der arabischen Palästinenser in einer „unfruchtbaren Wildnis“²⁷⁰ namens Palästina, zu einer Zeit, als die Juden in Palästina weniger als 1% der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachten. Es hatte den Anschein, dass er es, wohl aus propagandistischen Gründen, den damaligen arabischen Palästinensern, die ihr Land sehr wohl über Jahrtausende hinaus kultivierten, übel nahm, dass sie die dünn besiedelten Peripherien und die ‚Sahra‘ Al-Naqab‘ (Negev-Wüste) im 19. Jahrhundert nicht kultiviert hätten – eine Argumentation, die selbst heute im 21. Jahrhundert nicht nur als provokativ unsachlich, sondern auch lächerlich bezeichnet werden würde. In seinem Buch ‚Das Palästina Problem – Ursachen und Entwicklung‘ bemerkte der Historiker *Walid Khalidi* folgendes über den *Basler Kongress* und seine verheerenden Folgen für die palästinensischen Araber und für den Nahen Osten:

„Alle erschütternden Krisen, die seitdem Palästina und den Nahen Osten zerrissen haben- die große palästinensische Rebellion gegen die Briten 1936-1939, der Palästina-Krieg und der Exodus der palästinensischen Araber im Jahre 1948, der israelische Angriff auf Ägypten im Jahre 1956 [in der Suez-Krise, zusammen mit Großbritannien und Frankreich] und der arabisch-israelische Juni-Krieg von 1967- sowie alle darauffolgenden Auseinandersetzungen- entspringen direkt oder indirekt dem Basler Kongress von 1897“.²⁷¹

Für Khalidi liegt die *Quintessenz der Tragödie Palästinas* einerseits in der Entschlossenheit der Zionisten, die Basler „Vision“ zu verwirklichen, ungeachtet dessen, dass Palästina und sein Hinterland arabisches Erbe sind bzw. arabischen Charakter tragen und auf der anderen Seite in dem dadurch ausgelösten wachsenden arabischen Widerstand gegen die zionistische Usurpation und Selbstverwirklichung, die nur auf ihre Kosten hätte verwirklicht werden können.²⁷²

Die Ignoranz bzw. Nichtbeachtung der Gegenwärtigkeit der palästinensischen Araber war schon immer ein fester Bestandteil des zionistischen Unternehmens in Palästina, das vom Mythos der ‚Göttlichen Verheißung‘ getragen wird. Rational gesehen gleicht dieser Mythos zwei Seiten einer Medaille: auf der einen Seite steht das vorrangige, von der ‚Göttlichen Verheißung‘ abgeleitete ‚Rückkehrrecht‘ (vielmehr Rückkehrgesetz) der Juden. Die andere Seite trägt die stillschweigende oder auch ausdrückliche Nichtbeachtung der jahrtausendelangen ununterbrochenen arabischen Präsenz in Palästina.

Das eiserne Gesetz des Konflikts: Nichtbeachtung der Palästinenser

Bis heute ist die Politik Israels und seiner Unterstützer von einer konsequenten Nichtbeachtung der Palästinenser bestimmt. Hier liegt die Ironie des politischen Handelns des Westens in der Palästinafrage. Und eine zentrale Dynamik bzw. ein „eisernes Gesetz“²⁷³ des Konfliktes über Palästina, seit seinem Anfang im 19. Jahrhundert, ist die jahrzehntelange felsenfeste Ablehnung der mächtigsten Konfliktparteien (Zionisten, Europa und USA), die Existenz der Palästinenser als eine *politische Gemeinschaft* anzuerkennen oder dieser politischen Existenz Freiraum zu schaffen. Das war eine Nichtanerkennung, die es den Zionisten ermöglichte, einen gemachten Konflikt weitgehend ungehindert weiter zu betreiben, wobei sie einen zweimotorigen Mechanismus der Kontrolle praktizierten, nämlich (a) die *territoriale Besitznahme* und (b) die *demographische Verschiebung der*

267 Sunday Times, London, 15. Juni 1969, S.12.

268 Ben-Gurion, David, *Erinnerung und Vermächtnis*, S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., 1971, S.28.

269 Ebenda.

270 Ebenda, S.78.

271 Khalidi, Walid: *Das Palästina-Problem a.a.O.*, S.7-8.

272 Ebenda, S.8.

273 Doumani, Beshara: Palestine versus Palestinians?, in: *Journal of Palestine Studies* (JPS), Summer 2007, S.49.

Palästinenser – Vertreibung – von ihrer angestammten Heimat. Außerdem wird diese Politik ständig von einem *medialen Schutzschild* begleitet und erklärt, um schleichend ein zentrales Bild und eine öffentliche Botschaft in den Köpfen einzunisten, die an sich eine entgegengesetzte Darstellung der Realität ist, nämlich, *dass es Israels Existenzrecht²⁷⁴ ist, was anerkannt zu werden muss, und nicht das der Palästinenser.*

Diese Korrelation zwischen Israel und den Großmächten hat seit den Anfängen existiert. Nicht die Liebe zu Israel hat diesen Diskurs bestimmt, sondern ausschließlich die politischen und ökonomischen Interessen der jeweiligen Großmacht. Und wie es in der Weltpolitik üblich ist, gibt es auch für Israel keine dauerhaften Freunde. Diese Tatsache ist für den politischen Diskurs Israels programmatisch und fundamental. Das zeigt sich deutlich im politischen Geschehen nach dem zweiten Weltkrieg, aus dem die USA als Siegermacht stärker denn je herauskamen:

USA, die neue Supermacht, ab 1956

Großbritannien – solange es noch Weltmacht war – verfolgte eine nahöstliche außenpolitische Strategie, die eine kostengünstigere, indirekte Machtausübung ermöglichte und folglich den quasi-kolonialen Status der Länder des Nahen Osten verschleierte. Die Zauberformel dieser Strategie war die Schaffung einer „arabischen Fassade“ schwacher und kooperationsbereiter Regierungen und absolutistischen Monarchien, die auch bereit gewesen wären, den imperialen Mächten freie Hand zu geben, militärische Macht gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen, sollte diese sich nicht freiwillig unterwerfen²⁷⁵, eine Strategie, die im Wesentlichen bis heute immer wieder gern verwendet wird.

Der Zweite Weltkrieg schuf eine neue weltpolitische Realität, eine Weltordnung, in der die Siegermacht ‚USA‘ als kapitalistischer Hauptakteur hervorkam. Die von den Briten geschaffenen Rahmenbedingungen wurden von der neuen Macht USA übernommen und durch weitere *Kontrollmechanismen* ergänzt. Der Kern der neuen Strategie der USA bildete die Schaffung von *peripheren*, vorzugsweise nicht-arabischen Staaten, die, wie sie Präsident Nixon beschrieb, die Rolle von ‚Streifenpolizisten vor Ort‘ übernehmen sollten, während das Polizeihauptquartier in Washington und ein Nebenbüro in London blieben. Von Anfang an gehörte die Türkei zu dieser Eingriffstruppe, 1953 stieß der Iran dazu, nachdem die Regierung des demokratisch gewählten Premierministers *Mohammad Mossadegh* von einem durch die USA und Großbritannien lancierten Militärputsch gestürzt wurde und der Schah wieder auf den Thron zurückgekehrt war. Ganz im Sinne dieses Diskurses intensivierten sich die politischen Beziehungen zwischen Israel und den USA nach dem quasi-mythisch gewonnenen israelisch-arabischen Krieg von 1948.

Zunächst ging es den USA mehr um die Vorherrschaft im Nahen Osten und weniger um den direkten Zugang zu den Erdölressourcen, denn Nordamerika galt nach dem 2. Weltkrieg noch als der weltweit führende Ölproduzent. Die Kontrollmechanismen im Nahen Osten sollten dennoch aufrechterhalten werden, weil deren Fortbestehen den amerikanischen und britischen Energiekonzernen enorme Profite sicherte. Außerdem gewann die Strategische Lage der Region als Hebel für die Beherrschung der Welt extrem an Bedeutung. Für die US-amerikanischen Strategen hat diese Erkenntnis bis heute nicht an Gültigkeit verloren. Denn die Energieressourcen der Golfregion werden in den nächsten Jahren sogar noch mehr an Bedeutung gewinnen. Heute sorgt ein System von Militärstützpunkten auf dem Gesamtglobus beträchtlich für die Logistik von Operationen, die die USA in den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Osten durchführt. Die US-Militärstützpunkte mitten im Herzen der Ölregion – in Afghanistan, im Irak, in Katar und v. m. – verschaffen US-Konzernen einen guten Ausgangspunkt im Wettlauf um die dortigen Ressourcen.²⁷⁶

Ähnlich wie die Zeit an der Schwelle zum 20. Jahrhundert, in der die zionistische Bewegung Fuß fasste, war die zweite Hälfte der 1950er Jahre für die internationale Politik eine Zeit von überragender Bedeutung und unglaublich reich an einschneidenden Ereignissen, deren Folgen bis in die Gegenwart reichen. Den Beginn dieser Epoche markierte die Verstaatlichung des Suezkanals durch Präsident Nasser, nachdem die USA und

274 Wie man an vielen Stellen dieser Arbeit sehen wird, ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels eine ständige Forderung und Voraussetzung von Seiten Israels und des Westens an die Araber. Das Problem dieser Forderung ist die Tatsache, dass im Völkerrecht Staaten sich gegenseitig anerkennen oder nicht, aber so etwas wie die Anerkennung des Existenzrechts eines Staates gibt es im Völkerrecht eigentlich nicht. Man hat hier offensichtlich den Begriff für den israelischen Staat erfunden, um eine Korrelation zwischen den Holocaustüberlebenden (deren Existenz tatsächlich bedroht war) und dem Staat Israel, um die Opferrolle des Staates im feindlichen Kontext hervorzuheben. Und selbst eine im Völkerrecht übliche Anerkennung des Staates Israel hätte das Problem, das man (die Araber) vor der Frage stehen würden, welches Israel sie anerkennen sollten, wenn seine Grenzen sich ständig verschieben?

275 Chomsky, Noam: *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Europa Verlag, Hamburg, Wien 2003, S.195.

276 Ebenda, S.197.

die Weltbank die Zusage zur Finanzierung des Assuan-Hochdamms im Süden Ägyptens zurückzogen. Dies entfachte die berühmte Suezkrise (1956), an der Israel neben Großbritannien und Frankreich nicht nur maßgebend beteiligt, sondern auch deren Agitator war. Die Invasion gegen Ägypten schlug fehl, nicht zuletzt, da die USA, die neue aufgehende Supermacht, einen diplomatisch ausgeklügelten Akt von geschichtlichem Ausmaß durchführte, der zuerst auf Neutralität im Sinne von Nichteingreifen im militärischen Geschehen setzte, um dann eine historische Weltmachtücke zu erkennen, die das Scheitern der übermüdeten Weltmächte Großbritannien und Frankreich hinterließ. Das amerikanische ‚Veto‘ zum militärischen Geschehen mitten in der Suezkrise kennzeichnete das Ende der europäischen Supermächte bzw. den Beginn des amerikanischen Zeitalters. Die Einfluß-Sphären im Nahen Osten gehörten von nun an der neuen ‚Power‘. Der damalige israelische Premierminister *Ben-Gurion* erkannte diese Tatsache bereits vor Beginn des Angriffs und war während den Verhandlungen mit den Alliierten äußerst darauf bedacht, die USA in das Geschehen zu involvieren. Da das Liebäugeln mit den Amerikanern zuerst keine Früchte trug, bestand *Ben-Gurion* auf unverhältnismäßig großen Garantien zum Schutz des jungen israelischen Staates von Seiten Großbritanniens und Frankreichs. Sollte das Abenteuer scheitern, würde Israel mit dem großen Nachbarn Ägypten allein stehen.

Die Regierung Eisenhower musste sich in dieser Zeit (um 1958) gleichzeitig mit drei Krisenherden beschäftigen: Indonesien, Nordafrika und Nahost. Der Gegner waren nicht die Sowjets, sondern vielmehr der vertraut gefürchtete und von der USA verteufelte ‚radikale Nationalismus‘. In Algerien kämpfte man um die Unabhängigkeit von Frankreich. Nasser, der charismatische arabische Führer, ägyptischer Präsident und Mitbegründer der im Westen nicht beliebten Bewegung der ‚Blockfreien Staaten‘, unterstützte dabei die Algerier und löste bei der britischen und amerikanischen Regierung solche Panik aus, dass sie ihn als den ‚neuen Hitler‘ denunzierten. Diese Verleumdung des arabischen Führers gelang natürlich vor allem mit Hilfe Israels, das ein starkes und großes arabisches Nachbarland wie Ägypten nicht dulden wollte und konnte. Nasser, der die Idee des arabischen Nationalismus (Panarabismus) vertrat, konnte sich auf eine beispiellos begeisterte Anhängerschaft aus den arabischen Massen in allen arabischen Ländern stützen und wurde zum Symbol von Freiheit, Antikolonialismus und Selbstbestimmung der arabischen Massen. Und genau das machte ihm wiederum große mächtige Feinde – auch inner-arabische Feinde – die sein Programm nicht guthießen. Für Israel war er zu gefährlich geworden. Und er stand den amerikanischen Plänen im Nahen Osten einfach im Wege und musste, wenn nötig, beseitigt werden. Das war die gemeinsame Basis, aus der eine bis heute andauernde Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel hervorging.

Die Krise mit Präsident Nasser war allerdings nicht der einzige Aspekt, der die US-Amerikaner und die Israelis zusammenbrachte. Die inneren politischen Kräfte in den USA spielten seit dieser Zeit eine immer größere Rolle – das hielt auch bis heute an: Seit der Zeit des 33. amerikanischen Präsidenten *Truman* (1945-1953) herrscht bezüglich Palästinas ein eigenartiges Phänomen in den USA, nämlich die Rolle der Innenpolitik im Entscheidungsprozess Amerikas über Palästina, sprich die heutige US-Innenpolitik ist inzwischen komplett von der Nahostpolitik ihrer Regierung abhängig. Die Strategie der Zionisten bzw. des Israel-Lobbys in den USA bestand darin, die politische Karte der jüdischen Wähler in den USA als Köder zu benutzen, der aus zwei Korrelationen bestand (und bis heute besteht), die vom jeweiligen Präsidenten herzustellen waren:

1. der Korrelation zwischen Idealismus und Zionismus; und
2. der Korrelation zwischen Pro-Zionismus und einer langen Amtszeit als Präsident.

Das Spiel ist einfach und genial zugleich. Es besteht eine Dreiecksbeziehung zwischen der nichtjüdischen schützenden Großmacht, dem zionistischen Zentralsitz und der jüdischen Gemeinschaft (der Masse). Je größer die Parteilichkeit der nichtjüdischen Macht, desto größer ist die Selbstsicherheit des zionistischen Zentralsitzes. Dieser gewinnt in Folge der gewonnenen Selbstsicherheit mehr politischen Einfluss auf die jüdische Gemeinschaft bzw. er kann sie effektiver mobilisieren. Diese starke Mobilisierung vergrößert den politischen Einfluss auf die nichtjüdische Macht. Und je größer der politische Einfluss der jüdischen Masse auf die Machthaber, desto größer wird ihre Parteilichkeit für die Zionisten.²⁷⁷

In diesem Sinne stellt der Boykott der Palästinensischen Nationalbehörde, nach dem Wahlsieg von Hamas im Januar 2006, durch Israel, die USA und zu einem geringeren Grad durch die europäische Union, keineswegs einen Bruch dar, sondern vielmehr eine Fortsetzung eines fundamentalen Verhaltensmusters in der Geschichte

²⁷⁷ Vergl.: Khalidi, *Das Palästina-Problem* a.a.O., S. 68-69.

des Konfliktes – ein Schema, das eine lange Vorgeschichte hat, angefangen von dem zionistischen Slogan „*ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land*“²⁷⁸, über die politische, sorgfältige Ausrottung der einheimischen Bewohner im Wortlaut der Mandat-Charta des Völkerbunds für Palästina²⁷⁹ im Jahre 1922 bis zur UNO-Teilungsresolution 181 (II) für Palästina im Jahre 1947, jenem Teilungsplan, der von einer UNO durchgesetzt wurde, deren Entscheidungen von Siegermächten dirigiert wurden, die das zionistische Projekt in Palästina seit Anfang des 20. Jahrhunderts favorisiert und unterstützt hatten. Hinzu kamen Länder (die ehemaligen Kolonien, insbesondere in Afrika), die den Großmächten ergeben waren bzw. sowohl politisch als auch wirtschaftlich immer noch in der Laufbahn ehemaliger Kolonialherren kreisten und somit keine eigene freie Entscheidung treffen konnten. In diesem Kontext bildete Deutschland eine Ausnahme, da es – aufgrund des Genozids an den Juden – tief in der Schuld der Holocaustüberlebenden stand und selbst eine moralisch verwerfliche Tat wie die Teilung des Landes ‚Palästina‘ ohne Rücksicht auf dessen einheimischen Bewohner, den palästinensischen Arabern, als eine Art der Wiedergutmachung zustimmte, soweit das damals *besetzte* Deutschland, überhaupt seine Stimme erheben konnte.

Das Zionistische Projekt: Entwicklung entgegen geschichtlichem Lauf

An dieser Stelle stellt sich zusätzlich die wichtige Frage, ob die Befürworter des zionistischen Projektes nicht doch einen, man möchte sagen, tödlichen geschichtlichen Fehler gemacht haben, indem sie zugelassen haben, dass die Schaffung des zionistischen Staates wider Natur der geschichtlichen Schreibung geschehen konnte. In der Tat, erlebte das Projekt in den Augen seiner Schöpfer nun seit über einhundert Jahren eine Reihe von großen Erfolgen, jedoch nimmt es in seiner Entwicklung eine dem geschichtlichen Lauf entgegengesetzte Richtung ein. Das zionistische Projekt ist in seinem Wesen genau so ein *Siedlungskolonialismus* wie das nordamerikanische (USA), das kanadische und das australische Siedlungsprojekt, die alle darauf zielten, die einheimischen Bewohner des Landes zugunsten der neuen Siedler eigener Gattung aus ihrem Land zu vertreiben. In den anderen Beispielen scheint es tatsächlich zu funktionieren. Aber im Falle Israel ist es grundsätzlich anders, auch wenn sie scheinbar alle ähnlich sind. Der Grund dafür ist simpel: im Gegensatz zum *Experiment* ‚Israel‘ haben die anderen Länder *eine Entwicklungsgeschichte, die mit dem geschichtlichen Lauf konform verläuft*. Die US-amerikanischen, kanadischen und australischen geopolitischen und territorialen Kolonialprojekte unterscheiden sich vom zionistischen Projekt in *drei* wesentlichen Aspekten:

1. Diese früheren Experimente, auch wenn sie in ihrer anfänglichen Entstehungsphase die indigenen Bewohner des Landes diskriminiert und zum Teil sogar ausgerottet haben, waren auf Prinzipien der Öffnung und Integration aufgebaut, die es anderen Menschen aus allen Ländern ermöglichten, ein Teil des sozialpolitischen Gewebes des Landes werden zu können. Das führte dazu, dass die ursprünglichen Besitzer des Landes – wenn auch sehr spät – sich überwiegend als *Bürger* in das neue soziale Gewebe einfügten;
2. Die Tatsache, dass die indigenen Bewohner der anderen drei Länder keine sozialpolitische, religiöse oder ethnische geographische Tiefe außerhalb ihrer Heimat hatten. Die palästinensischen Araber hatten und haben in der arabischen und islamischen Welt eine weit gefächerte und äußerst komplizierte soziale, politische, geographische und ethnische Tiefe in ihrer unmittelbaren Umgebung und weiter hinaus; und schließlich
3. Im Falle der anderen Experimente haben wir es mit enormen Landflächen zu tun, die äußerst dünn besiedelt waren, so dass Millionen von Siedlern sich leicht und bequem im neuen Land einnisten konnten – das trifft im Falle Palästinas in keiner Weise zu.

Das israelische Projekt verlief in allen oben genannten Aspekten komplett anders. Die Palästinenser wurden bekanntlich nicht ausgerottet, dafür aber in sehr großen Zahlen aus ihrer Heimat hauptsächlich in die direkten benachbarten arabischen Staaten vertrieben und entwurzelt. Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge schuf Israel das akute und existenzbedrohliche Problem, dass die Konfliktberührungsflächen so groß sind, dass eine Befriedung der Grenzen mit den Nachbarstaaten, in denen heute Millionen von Flüchtlingen leben, niemals ohne eine tragbare Lösung des Flüchtlingsproblems erreicht werden kann. Wenn Israel diesen Menschen ihre Rechte nicht zurückgeben will, so muss das zionistische Projekt alternativ für immer seine qualitative militärische und ökonomische Überlegenheit gegenüber seiner natürlichen Umgebung aufrechterhalten. Und das ist so gut wie unmöglich, da die Geschichte immer wieder zeigt, dass Machtsysteme im Verlauf der Zeit aus welchen Gründen auch immer an Einfluss verlieren und damit eine dauerhafte Überlegenheit einer Macht

278 Mehr zu diesem Slogan, siehe Anhang VI/ A/ 3.

279 Wortlaut der Mandats-Charta, siehe Anhang VI/ B/ 5.

nicht möglich ist. Der Lauf der Geschichte ist heterogen. Keiner weiß das mehr als die Zionisten, die auch einer solchen geschichtlichen Konstellation der Schwäche und Stärke an der Schwelle zum 20. Jahrhundert die spätere Gründung des israelischen Staates verdanken. Mächte steigen auf, wenn andere untergehen. Dabei besteht eine Äquivalenz zwischen dem, wie schnell eine Macht untergeht und deren geschichtlichen Entwicklung, wenn diese entgegen der Geschichte läuft. Mit anderen Worten: ein künstliches geopolitisches Produkt – wie die ehemalige ‚Sowjetunion‘ – das wider menschlichen Natur errichtet wird, kann nicht sehr lange und schon gar nicht dauerhaft überleben, so mächtig es auch sein mag.

Die Politik der Stärke Israels war im Verlauf des arabisch-israelischen Konfliktes so bestimmend, dass jede Aussage eines Mitgliedes der israelischen Regierung sehr ernsthaft wahrgenommen wurde. Entsprechende Reaktionen der Verbitterung und Enttäuschung kommen immer wieder zum Ausdruck. Dieses Gefühl der Überlegenheit in der israelischen Politik wurde so empfunden, als stelle Tel Aviv eine neue heilige ‚hohe Pforte‘ in der arabischen Region dar, die nicht zuhören will. Seit der ersten Runde im *Lausanne Konferenz* im April 1949 – genauso auch in den Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten – existiert die unübersehbare Tatsache und Wahrheit, dass in Israels relativ kurzen Geschichte alle Machthaber seit *Ben-Gurion*, was den *Frieden* betrifft, nicht weiter blicken konnten und können, als auf ihre eigene Füße und *bis dato* Nichts anderes sagten als das, was ihnen von ihrer eigenen Macht-Berauschtigkeit vorgegeben wurde.

Dies ist jedoch eine täuschende Berauschtigkeit, denn sie ist aus dem Glauben gewonnen, dass die legendäre israelische Armee in zwei Kriegen alle arabischen Armeen geschlagen habe – aber sie stecken den eigenen Kopf gerne in den Sand, um der Wahrheit nicht ins Gesicht blicken zu müssen, dass die arabischen Armeen weder 1948 noch 1967 wirklich gekämpft haben (konnten) und, dass die legendäre israelische Armee nicht nur im Oktober-Krieg 1973 eine ernstzunehmende Niederlage erlebt hat. Sie hat im Juni 2006 eine bittere Lektion von nur 3.000 *Hisbollah*-Kämpfern erhalten und das gleiche gilt für den seit Juni 2007 unter kompletter Blockade leidenden Gazastreifen, den Israel nicht aufbrechen kann, weil einige Hunderte hungriger und erschöpfter Hamas-Kämpfer sich dort eingenistet haben und Widerstand leisten.

Wären die israelischen Politiker wirklich weise, würden sie viel eifriger einem tragbaren Frieden mit den Arabern hinterher laufen und einen Palästinenserstaat innerhalb der Waffenstillstandslinie von 1949 akzeptieren. Die israelischen Politiker scheinen nicht wahr haben zu wollen, dass die israelischen Juden eine winzig kleine religiöse Minderheit mitten im Meer einer arabischen Mehrheit (etwa 300 Millionen Araber) sind. Allein aus diesem Grund – vor allem für das eigene Selbsterhalten – sollten sie als eine Minderheit alles Mögliche tun, um Frieden und gute Nachbarschaft mit den Arabern zu erreichen. Die Vorteile der 2002 proklamierten arabischen Initiative – diese war übrigens eine Initiative aus der arabischen Schwäche heraus – hätte für Israel nicht nur eine große Chance auf einen echten Frieden mit 22 arabischen *und* weiteren 56 islamischen Staaten bedeutet. Israel hätte durch diesen Frieden vor allem den Zugang zu einem der weltweit größten Märkte sowie zur ressourcenreichen Nahostregion bekommen. Noch besser wäre es allerdings für alle gewesen, wenn die Israelis einen Zweivölkerstaat auf dem ganzen Gebiet von *Mandatspalästina* angestrebt hätten, in dem volle Bürgerrechte für alle garantiert worden wäre und der sich dank seiner *besonderen geographischen Lage* zu einer wirklichen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Drehscheibe hätte entwickeln können. Wahrscheinlich ist diese Kurzsichtigkeit der israelischen Politiker das eigentliche Dilemma Israels – und des Nahen Ostens. Denn sie sollten endlich verstehen, dass ihre Machtstellung und ihre Freunde nicht ewig erhalten bleiben werden. Und die Machtlosigkeit der Araber kann auch nicht von Dauer sein – Und dann hilft Israel bei anhaltender heutiger Politik wahrscheinlich selbst ein Rückzug zu den UNO-Grenzen von 1947, die die Araber damals ablehnten, nicht mehr. Natürlich gibt es berechtigte Ängste von Seiten der Israelis, weiterhin in ihrer arabischen Umgebung nicht akzeptiert zu werden. Aber die Voraussetzung für eine Akzeptanz ist zuallererst die Aufarbeitung der Geschichte und das beginnt mit dem Sich-Bekennen zum gegenseitig geschehenen Unrecht durch die Konfliktparteien. Ein zweiter Schritt ist die Wiedergutmachung im Sinne von Rückgabe der fundamentalen Rechte, die die UNO-Charta bzw. einige Duzend Resolutionen seit 1947 (inklusive der Teilungsresolution) immer wieder bekräftigt haben: Rückkehrrecht, Entschädigung und Rückgabe der zu Unrecht bemächtigten Besitztümer. Freiheit im umfassenden Sinne des Wortes ist der kürzeste Weg zum Wohlstand und die einzige wirkliche Garantie für Frieden.

Das Gleiche gilt auf alle Fälle für die absolutistischen arabischen Regime in Bezug auf Freiheit und Menschenrechte ihrer Völker. Denn nur freie Menschen können tragbare bzw. schicksalhafte und generations-

überdauernde Entscheidungen treffen, wie die Anerkennung Israels. Die gleichen Menschen sollten in völliger Freiheit entscheiden können, ob und wie sie ihren Lebensraum mit den gleichen Menschen (Israelis) teilen wollen, die für sie in Wahrheit bis heute als Sinnbild für Aggression, Feindseligkeit und als Verfechter der übelsten Form des Neokolonialismus gelten.

Kapitel 2: Eine subtile Strategie der Landeseroberung

2.1 Eroberung, Grenze und Besiedlung

Das Verstehen des Phänomens der israelischen Mauer als Faktum und als Subjekt erfordert das Erkennen der Mentalität israelischer Architektur, ihres Diskurses und ihrer bestimmenden Elemente. Eigentlich spiegelt die israelische Architektur – oder das, was man als solche bezeichnen kann – seit Ende der 1880er Jahre, intensiv seit Anfang des englischen Mandats über Palästina, ganz genau das Denken und das Handeln der zionistischen Gesellschaft mit ihrer Bestrebung nach Kolonisierung des Landes Palästina wider, ohne Rücksicht darauf, dass das Land bereits bewohnt war und ist. Bei dieser ideologischen Verneinung des existenten palästinensischen sozioökonomischen und städtischen Gewebes war die Kollision der Neuankömmlinge mit dem bestehenden Kontext – menschlich und materiell – schier vorprogrammiert und brachte alle Seiten in eine defensive Zwangslage. In den neuen zionistischen Siedlungen drückte sich diese Zwangslage architektonisch in der Dominanz von zwei Begriffen aus, die ihren Diskurs seit den frühesten Anfängen bestimmten: ‚Grenze‘ (Frontier) und ‚Befestigung‘ (Fortification). Dies sollte bis heute so bleiben.

Allgemein kann man den Begriff ‚Grenze‘ in zwei verschiedenen Kontexten betrachten¹:

1. als *gegenseitig anerkannte und demarkierte Grenze*, wie man sie in den modernen souveränen Staaten kennt;
2. als ein rationales *System von Anordnungen*, das die Grenzräume ferner Provinzen am Limit der Expansion moderner Reiche – wie z. B. die des Römischen und des Osmanischen Reiches – bestimmte. Mit Hilfe dieses Systems konnten diese Mächte jene Nachbarn kontrollieren, die von ihnen bereits vorher als *barbarisch* definiert wurden. Wenn man will, kann man diese Art Grenze als eine unilaterale kulturelle Selbstabschottung des *Überlegenen* gegenüber dem anderen *Unterlegenen* auffassen. Der Bau der chinesischen Mauer bildete in diesem Zusammenhang eine in ihrer Dimension vielleicht einzigartige Entwicklung von einer kulturellen Grenze zu einer gemauerten und physischen Abschottung der Gegenseiten. Zu einer Befriedung kommt es jedoch hierbei in diesem ‚Modell‘ nicht.

Beide Bedeutungen des Begriffs ‚Grenze‘ sind insofern verschieden, dass sie unterschiedliche Organe, Institutionen und Formen territorialer Räume involvieren. Dennoch haben sie beide – als von der Staatsgewalt geformte Abgrenzung zweier Rechtssysteme – grundsätzlich zwei Dimensionen gemeinsam, nämlich die Grenze als *(a) Mittel zur Kontrolle über die Bevölkerung*; und *(b) Gefahr- und Bedrohungsquelle*.

Eine *dritte* Bedeutung des Begriffs ‚Grenze‘ leitet sich aus den abwechslungsreichen Erfahrungen der Grenze ab. In diesem Sinne ist sie *(3) eine sich bewegende und verstellbare Grenzlinie der Eroberung und Besiedlung* zwischen verschiedenen Völkern. Diese so genannte Völkerwanderung war, und ist in beschränktem Maße heute noch, eine Konstante der Menschheitsgeschichte. Im Regelfall bestimmte die *Suche nach Sicherheit und Nahrung* diese Bewegung von Volksgruppen zwischen den Ländern. Dennoch wurden nicht selten bei kriegerischen Auseinandersetzungen besiegte einheimische Gruppen entweder beinahe ausgerottet oder aus ihrem Territorium vertrieben, um Platz für die neuen ‚Herren‘ und Besatzer zu schaffen. Neue politische und ethnische Grenzen wurden dadurch forciert.

Während die zweite Bedeutung des Begriffs ‚Grenze‘ eher auf die europäischen Kolonialmächte des 19. Jahrhunderts – ebenso für frühere Reiche wie das römische und das osmanische Reich – zutrifft, ist die *dritte* Bedeutung für diese Untersuchung von besonderem Interesse, da sie auf den Staat Israel präzise zutrifft. Diese Tatsache ist darüber hinaus bemerkenswert, da dieser demographische und territoriale Transformationsprozess im Regelfall relativ lange Zeit (meistens Jahrhunderte) braucht bis er vollendet ist. Im Falle Israel brauchten die neuen jüdischen Besatzer nur wenige Jahrzehnte – nach Staatsgründung sogar wenige Monate – um ihren Eroberungszug in Palästina zu vollbringen. Das ist ein qualitativer Unterschied zu herkömmlichen Völkertransformationsprozessen.

Wie auch immer, die Eckpfeiler der israelischen Politik in Palästina, nämlich die Eroberung von arabischen

¹ Vgl. Hirst, Paul: *Space and Power – Politics, War and Architecture*, Polity, 2005, S.77.

Gebieten und deren Sicherung, waren ständig von einer beispiellos schnellen Bewegung und Verstellung der Grenze begleitet. Diese Tatsache ist so sehr spürbar, dass man in diesem israelischen Bestreben seit 1948 berechtigterweise von einer Politik der ‚elastischen Geographie‘² sprechen kann, keineswegs aber von dem Bedürfnis des jungen Staates, sichere Grenzen zu schaffen, die dem blutigen Konflikt ein Ende hätte setzen können, ob- schon die zionistischen Politiker im Rahmen einer subtilen Verzerrung von geschichtlichen Fakten den Mythos des von einer Schar feindlicher Nachbarn *bedrohten* jüdischen Staates viele Jahrzehnte erfolgreich propagiert haben.

Die Juden in Palästina hatten bis Ende des englischen Mandats (1948) einen Siedlungsbau betrieben, der immer und ohne Ausnahme auf Sicherheit und Verschanzung im feindlichen Kontext konzipiert wurde – ein Aspekt, der weiterhin bis heute zum mentalen Bestandteil der israelischen Architektur gehört. Dieses Phänomen blieb weiterhin bestehen, selbst als die jüdische Gesellschaft nach Staatsgründung (Israel) sowohl militärisch wie auch politisch eine wesentlich bessere Position gegenüber ihren Nachbarn innehatte. Das Bedürfnis nach Sicherheit war dem inzwischen militärisch starken und mehr offensiven denn defensiven Staat offensichtlich noch lebenswichtig. Dieser Umstand führte dazu, dass man bereits sehr früh begonnen hat, Planung als Kontrollmechanismus zu betrachten, der gewonnenes Land absichert und die indigenen Nachbarn, die Palästinenser, ausschließt. Mit architektonischen Mitteln schufen die zionistischen Planer-Pioniere ‚interne Grenzen‘ und eine Architektur der Verschanzung. In einer Studie³ aus dem Jahre 2001 stellt der israelische Wissenschaftler *Oren Yiftachel* fest, dass der Zionismus nach Staatsgründung – ausgerüstet mit der Macht eines souveränen Staates – die Prioritäten seiner Ziele wechselte und zwei *Projekte* als äußerst wichtig hervorhob:

1. die Judaisierung des Staates; und
2. die Aufnahme und Assimilierung der jüdischen Emigranten.

Diese erklärten Zielprojekte wurden von den in Israel dominierenden *Ashkenazi-Juden* geplant und – meistens auf Kosten der einheimischen Palästinenser und in weit geringerem Ausmaß auch auf Kosten der *Mizrahi-Juden*⁴ – umgesetzt. Und das Projekt der Judaisierung hatte das Ziel, die jüdische Kontrolle über das gesamte israelische Territorium auszuüben, das damals noch einen palästinensisch-arabischen Bevölkerungsanteil von etwa 14% umfasste, der nach dem Krieg von 1948 im Land übrig geblieben war. Die Judaisierung zielte eben darauf, diesen arabischen Bevölkerungsteil im jungen Staat zu isolieren, politisch, sozial und wirtschaftlich. Die damals etwa 155.000 im Land gebliebenen Palästinenser wurden zum großen Teil im Rahmen einer israelischen *Gebietssäuberung* zwangsumgesiedelt, in größeren arabischen Dörfern und Städten wie *Nazareth* im Norden und *Um Al-Fahem* in der Landesmitte zusammengepfercht und zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht.⁵ Die noch wichtigere Aufgabe des zionistischen Projektes war, mittels rein jüdischem Siedlungsbau und demographisch vollendeter Tatsachen im durch Krieg neu gewonnenem Land die potenzielle Rückkehr von etwa 750.000 Palästinensern zu ihren Häusern und Dörfern zu blockieren, die im Kriegsgeschehen im Jahre 1948 zu Flüchtlingen gemacht wurden.⁶

Dem interessierten Leser wird es nicht entgehen, in den oben genannten zionistischen Projekten den Kern des Palästinaproblems zu erkennen. Ebenso ist zu erkennen, dass unter diesen Voraussetzungen eine Konfrontation mit den einheimischen Arabern vorprogrammiert war. Nicht nur das: die Tatsache, dass die gleichen Projekte in den Jahren nach dem Junikrieg von 1967 in den besetzten arabischen Gebieten, insbesondere in der West Bank, umgesetzt wurden, zeigt auf, dass der Verdacht einiger Historiker⁷ einer bewussten israelischen Provokation in jenen Jahren zwischen 1947 und 1967, die zu den katastrophalen Kriegen führten, durchaus berechtigt war und ist. Der israelisch-arabische Konflikt war also ein *gemachter* Konflikt. Den militärisch und technisch weit überlegenen zionistischen militanten Gruppen und später der israelischen Armee war bewusst, dass sie jede militärische Auseinandersetzung leicht zu ihren Gunsten entscheiden und dadurch das arabische Land als leich-

2 Weizmann, Eyal, *Hollow Land*, Verso, 2007, S.6.

3 Yiftachel, Oren: *The Power of Planning – Spaces of Control and Transformation*, Kluwer, 2001, S.118.

4 Ashkenazi-Juden sind Juden aus Mittel- und Westeuropa, hauptsächlich aus dem deutschsprachigen Raum, während Mizrahi-Juden die Juden sind, die aus den arabischen und islamischen Ländern stammen.

5 Laut des Statistischen Jahrbuchs für Palästina 2007 des PCBS, betrug die Zahl der in ihrem Land nach Gründung Israels (1948) gebliebenen Palästinenser 154.900 Menschen. Laut CBS Statistical Abstract of Israel 2008 lebten Ende 2007 etwa 1.450.000 Araber neben 5.478.200 Juden und 315.400 Anderen im israelischen Staatsterritorium (einschließlich den jüdischen Siedlern im Westjordanland).

6 Morris, Benny, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem 1947-1949*, Cambridge University Press, 1987, in Yiftachel, Oren, *The Power of Planning...* a.a.O., S.120.

7 Siehe z. B. Pappe, Ilan, *The Making of the Arab-Israeli ... a.a.O.*, sowie *Die ethnische Säuberung ... a.a.O.*; und die kritische Analyse des Junikrieges von 1967 in: Segev, Tom: *1967 – Israels ... a.a.O.*

te Kriegsbeute einnehmen würden. Streng genommen ist der Aspekt der Landeroberung und -Kontrolle der Grund dafür, warum der arabisch-israelische Konflikt als ein Streit um *territoriale* und *räumliche* Ansprüche bezeichnet wird.

Wie in den Jahrzehnten vor der Staatsgründung, wurde der architektonische Diskurs auch danach von einer Ideologie bestimmt, die jetzt nicht nur expansionistische Ziele verfolgt, sondern auch in jedem Fall darauf abzielt, die israelische militärische Oberhand in der ganzen Region zu halten, um niemals die Situation zuzulassen, dass irgendein arabisches Land je in der Lage sein wird, mit Israel militärisch auf Augenhöhe zu stehen. Wie unten im Kapitel 3 und im Zusammenhang mit der Mauer noch erläutert wird, dreht sich die israelische Politik immer um den einen und einzigen Punkt, nämlich aus der Position einer eisernen Mauer der militärischen Stärke heraus, den *unterlegenen* Gegner einen Diktatfrieden aufzuzwingen⁸ – ein Teil dieses (Friedens) ist die widerwillige Akzeptanz des Status Quo mit den immer wieder neuen territorialen vollendeten Tatsachen von Seiten der *besiegten* Araber. Die israelische Führung blieb bis heute dem Grundsatz *Ben-Gurions* treu, dass das Ende des israelischen Staates mit dem ersten verlorenen Krieg beginnen würde.

Der Junge Staat hätte mit dem mythischen Sieg gegen die Araber auch einen ersten Baustein für Frieden und gegenseitiger Anerkennung einsetzen können. Aber genau das geschah leider nicht. Folglich schuf dieser politisch-ideologische Diskurs ideale Voraussetzungen für eine militante israelische Gesellschaft, die immer radikaler wurde. Selbst für die Architektur der Pionierzeit der 1950er Jahre konnte dieser Diskurs nur eine logische fatale Folge haben, nämlich die *Bildung einer jüdischen Nation* bei gleichzeitiger *Verleugnung* der legitimen Existenz des palästinensischen Nationalismus, eine doppelte Strategie, die mit dem Beginn der Verhandlungen mit den PLO-Vertretern bzw. mit der Anerkennung der PLO, scheinbar bis in die frühen 1990er Jahre andauerte. Der mitten im städtebaulichen Gewebe der West Bank und des Gazastreifens existierende palästinensische demographische bzw. sozialpolitische Kontext wurde einfach ignoriert und ausgeblendet.

In der zionistischen Ideologie gab es nie einen Platz für Araber, denn der zionistische Raum sollte ‚rein‘ sein im Sinne von Maximierung der jüdischen Kontrolle und Exklusivität im Land, territorial, ökonomisch und sozial.⁹ Dieser doktrinäre Grundsatz wurde genährt durch die Euphorie des Sieges gleich in zwei Kriegen innerhalb von nur 19 Jahren (1948, 1967), was das Gefühl der Überlegenheit, ja des göttlichen Beistandes der *Guten Israeliten* gegenüber den *bösen Philistern* verstärkte. Nicht ‚*Keine Gefangenen*‘ war die Devise des Krieges, obschon überall im Land Menschen massakriert und vertrieben wurden, sondern viel mehr folgten die israelischen Politiker einem nationalistischen Rezept territorialer Tiefe und wollten ‚*keine Araber im Lande Israel*‘ haben. Das ganze wurde also eng mit dem rein jüdischen Territorium verknüpft gesehen. Und folglich fand jedes Mal und nach jeder militärischen Auseinandersetzung eine systematische Welle der Vertreibung einheimischer Palästinenser statt. Dies geschah vor allem im heutigen israelischen Kernland bis Ende der 1950er Jahre, um für neue jüdische Siedlungen und *New Towns* Platz zu schaffen. Ethnische Grenzen wurden dadurch bereits unmittelbar nach Kriegsende (1948) geschaffen, die heute weiterhin existieren. Wir wissen heute, dass das Geschehen etwa in den ersten zehn Jahren nach Staatsgründung für Israel fatale sozial-ethnische Folgen hatte und weiterhin hat, denn ausgerechnet der Staat, der die Verankerung seiner Legitimität in der globalen Moralität (UNO) in Folge des Genozids im zweiten Weltkrieg findet, entwickelte sich zu einem „*ethnischen Staat in einer pluralistischen Gesellschaft*“¹⁰ bzw. zu einem „*ethnokratischen Regime*“¹¹, das die Ethnisierung eines besetzten Territoriums fördert, indem es die Kontrolle der eigenen dominanten ethnischen Gruppe über das besetzte Territorium und dessen politisches System begünstigt. Hier haben wir es mit einer Gesellschaft zu tun, die viel mehr eine ethnische denn eine multikulturelle Vielfalt nachweisen kann, wie sich Israel selbst preist.

Die israelische Demokratie ist inzwischen sehr in Frage gestellt – und sie befindet sich heute tatsächlich in einer ernsthaften Zwangslage, die man zu *zwei* Hauptfaktoren zurückführen kann:

1. Der erste Faktor betrifft zum einen den *bürgerlichen Status* der im Land lebenden *nichtjüdischen* Menschen und zum anderen den von den Zionisten beharrlich gewollten *rein jüdischen* Charakter des Staates. Die Zionisten bestehen darauf, dass Israel der Staat aller Juden, und nur von Juden, sei. Dass der Zionismus eine

8 Siehe die Separationsdenken in der zionistischen Ideologie und Jabotinskys ‚Eiserne Mauer‘, Abschnitt 3.2 dieser Arbeit.

9 Yiftachel, Oren, *Ethnocracy: Land and Identity Politics in Israel/Palestine*, University of Pennsylvania Press, Philadelphia, z. B. Chapter 2, S.54.

10 Vgl. hierzu Natan Sznaiders Artikel ‚Israel: Ethnischer Staat und Pluralistische Gesellschaft‘ in: *Internationale Politik und Gesellschaft* Nr. 1/2003, FES (Hrsg.), Dietz Verlag, 2003, S.123-138.

11 Yiftachel, 2006: *Ethnocracy: Land ... a.a.O.*, z. B. Chapter 2, S.11.

organische Bindung zwischen der jüdischen Religion und der Nationalität herstellte, war von Anfang an eine Notwendigkeit, um aus den sehr heterogenen jüdischen Gemeinden das erwünschte Volk zu produzieren, das einst das nationale Territorium besiedeln sollte, das es ebenso noch nicht gab. Jedoch bedeutet diese, nun wirklich alt-neue¹², zionistische Korrelation, dass es hier keine Trennung zwischen Staat und Religion gibt und dass nur Juden in Israel vollwertige Staatsbürger sein können und dürfen. Folglich ist der jüdische Staat, wie es sich selbst sieht und definiert, kein Staat für einen großen Teil seiner Bürger.¹³ Diese ethnisch-religiös-nationale Basis, die den Diskurs des Staates bestimmt, widerspricht zutiefst einer weltlichen Demokratie, zu der sich Israel seit seiner Gründung bekennt – das widerspricht ebenfalls der multiethnischen Kultur im Vorderen Orient, die sich hier über Jahrhunderte hinaus etablierte und zu der übrigens auch die jüdische Minderheit in Palästina immer gehörte. Dem Lippenbekenntnis zur Demokratie steht eine politische Praxis gegenüber, die von vielen Menschenrechtsorganisationen und Völkerrechtsexperten als rassistisch und völkerrechtswidrig bezeichnet wird¹⁴;

2. Zum anderen ist es die *israelische Besatzung* und die damit eng verbundene jüdische Besiedlung des besetzten arabischen Landes. Die Besatzung bringt eine ganz besondere Art des kulturellen Denkens in Bezug auf den *Anderen* hervor bzw. sie schafft eine verfehlte Korrelation zwischen Demokratie und dem von Israel als heilig erklärten Begriff ‚Sicherheit‘ sowie dem dauerhaften Gefühl der *Bedrohung*, alles Elemente, die in Israel fixe Werte darstellen und nur sehr schwer kritisiert werden können.

2.1.1 Ein territorialer und räumlicher Konflikt

Im Kapitel 1 wurde erwähnt, dass der Palästinakonflikt ein ewiger Kampf um Bejahung und Verneinung ist, in dem es sich Israel, die stärkere Seite des Konfliktes, weigerte, faktisch bis Anfang der 1990er Jahre die Gegenwärtigkeit der palästinensischen Araber bzw. ihre Existenz als mit dem Land verbundene Bevölkerung hinzunehmen. Die territoriale Dimension dieses Konfliktes entspringt nicht nur der arabischen Ablehnung der neuen Form des europäischen ‚Kolonialismus‘, der mit der Gründung des israelischen Staates gipfelte, sondern vor allem aus der offensichtlichen Ablehnung der Zionisten, im *Land Israel* eine andere *Rasse* außer der Ihrigen zu akzeptieren. Der fundamentalste Aspekt des israelisch-palästinensischen Konfliktes ist die Tatsache, dass es hier nicht um einen Grenzstreit und Gebietsansprüche zwischen zwei benachbarten Staaten und Völkern geht, sondern vielmehr um zwei Gruppen, die einen Anspruch auf das gleiche Land erheben. Das war für die Zionisten kein einfaches Vorhaben, da sie mitten im *Feindesland*, dem ihnen zahlenmäßig weit überlegenen *Feind*, diesem sein eigenes Land streitig machten. Es war den Zionisten klar, jedenfalls dachten und denken sie weiterhin so, dass dies erst dann funktionieren würde, wenn sie dauerhaft die militärische Oberhand in der Region halten und es dem jungen Staat ermöglichen würden, eine territoriale und demographische Schieflage künstlich am Leben zu erhalten. Die Konsequenz dieser Politik ist ein konsequentes Fortdauern eines Kriegszustandes oder im besten Fall eines kalten Krieges.

Daher war die Erhaltung der politischen, militärischen und technischen Überlegenheit Israels gegenüber den Palästinensern und Arabern im Allgemeinen seit Staatsgründung die größte Sorge aller bisherigen israelischen Regierungen. Um eine Politik der vollendeten Tatsachen in den besetzten palästinensischen Gebieten umsetzen zu können, bedurfte es jedoch weit mehr als dem mythischen Begriff einer *mächtigen Legende*¹⁵, wie Theodor Herzl das *Land der Verheißung* ‚Palästina‘ in seinem *Tagebuch 1895* beschrieben hatte. Neben dem ideologisch-politischen Hintergrund, als *Motor und Antriebskraft*, musste man hier einen enormen politischen, technischen und nicht zuletzt materiellen Aufwand betreiben, um Palästina nach der Verwirklichung des Traums von der ‚Rückkehr ins Gelobte Land‘ (UNO-Teilungsplan von 1947) aufbauen zu können. Planung und strategisches Denken sind die Instrumente, mit denen die hohen politischen Ziele verfolgt wurden. Zuerst wurde bis 1967 eine Siedlungspolitik im Rahmen der „Inneren Kolonisation und demographischen Veränderungen“¹⁶ im Landesinneren (im israelischen Teil des UNO-Teilplans sowie in den 1948-1949 eroberten Gebieten, insgesamt 78% des *Mandat Palästina*) verfolgt, ohne dabei den Rest Palästinas aus den Augen zu verlieren. Jerusalem und die Hügel des

12 Vgl. die zionistischen Vordenker wie z. B. Moses Hess, Abschnitt 1.4.2 dieser Arbeit

13 Außer anderen Minderheiten und Gastarbeitern sind 20% der israelischen Staatsbürger arabische Palästinenser, die in ihrem Land während und nach dem Krieg von 1948 geblieben sind. Große Teile von Ihnen wurden in den ersten Jahren nach Staatsgründung aus ihren ursprünglichen Dörfern vertrieben und zwangsumgesiedelt und leben heute konzentriert in den größten arabischen Ortschaften und Städten innerhalb des israelischen Staates. Allerdings genießen sie nicht die vollen Bürgerrechte.

14 Zu diesem Thema, Rechte der Araber in Israel, gibt es inzwischen viel Literatur, siehe z. B. die Zeitschrift INAMO, Heft 64, Winter 2010 mit dem Titelthema „Palästina in Israel“ (Beiträge von Oren Yiftachel, Yousef Jabareen, Gideon Levy, u. a.).

15 Herzl, Theodor, *Briefe und Tagebücher*, Bd. 2 ... a.a.O. S. 30.

16 Vgl. Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.141.

Westjordanlands standen seit jeher im Mittelpunkt des Interesses der Zionisten und deren Sehnsucht, denn die Berge spielen eine spezielle Rolle in der zionistischen Heiligkeit. Die Siedler drängen in das hügelige Terrain der West Bank und hinauf zu ihren Gipfeln, „wo sich politische Ansprüche und Spiritualität vereinen“.¹⁷

Neuer Platz – neue Konstruktion

Der offizielle Diskurs der Wiedergeburt, des Aufbaus vom Land Israel und dessen Besiedlung, waren die erklärten zentralen Ideen israelischer Architektur seit ihrem Anfang in den 1950er Jahren. Der *neue Platz* und eine *neue Konstruktion* waren der Ort und das Werkzeug mit denen das Projekt der Ansiedelung von Juden in das Land von Israel realisiert wurde. Zu dieser Zeit bestand die Einzigartigkeit der israelischen Architektur in ihrer Symbolik, in der Ausdruckskraft, die aus der Notlage und dem Drang der Staatsgründung geschöpft wurde. Und „Selbst eine Hütte hatte etwas Utopisches an sich in den Augen der Einwanderer aus den Ghettos. Ästhetik wurde von Ethik genährt und fußte auf ihr. Ein Bau, ob gut oder schlecht, war großartig, weil er überhaupt existierte. Wie auch immer sein Entwurf sein mochte, seine schöpferische Treibkraft war die messianische Sehnsucht“¹⁸. Wie bereits Theodor Herzl in seinem Buch ‚Der Judenstaat‘ verkündete, handelt es sich hier nicht um eine Utopie, sondern um einen *Staatsentwurf*, um eine *Staatskonstruktion* zur Lösung der Judenfrage in der Welt. Gegen die Bezeichnung seiner Ideen als ‚Utopie‘ enthält Herzls ‚Entwurf‘ die Verwendung einer in der Wirklichkeit vorkommenden Treibkraft, auf die es ankommt, nämlich „die Judennoth“.¹⁹

Ferner spricht Herzl von einem ‚Plan‘ für die Okkupation des Landes. Anders als die primitiven Landeroberungen bzw. Landverteilungsmethoden der Kolonisten früherer Zeiten, wie z. B. in Amerika, sollten hier alle modernen technischen, sozialwissenschaftlichen Errungenschaften und Erfindungen für die Ausführung des Planes verwendet werden. Und hier wird von vornherein „alles auf eine planvolle Art festgestellt sein. An der Ausarbeitung dieses Planes, den ich nur anzudeuten vermag, werden sich unsere scharfsinnigsten Köpfe beteiligen“²⁰, schrieb Herzl.

Der neue Platz und die neue Konstruktion lagen von Anfang an im Herzen des territorialen Konfliktes und wurden zu zentralen Werten und Hauptmetaphern des nationalen Ethos Israels. Seit ihren Anfängen ist das Hauptmerkmal der israelischen Architektur die Destruktion der gewachsenen Strukturen palästinensischer Agglomerationen und Landschaften. Hier hat man es mit einem Akt einer *geplanten* Destruktion, der der israelische Architekt und Raumforscher *Eyal Weizman* die Bezeichnung „destruction by design“²¹ gab. Man plant und baut, um den Gegner, sein Dasein und seine Spuren zu zerstören. Mit dem Historischen Palästina zwischen 1947 und 1967 und im Rahmen der inneren Kolonisation des Landes gingen die zionistischen Planer ähnlich mit dem neu besetzten Land um wie die Römer mit ihrem Beutegut.²² Und das Szenario geht heute noch in den 1967 besetzten Gebieten weiter, von den arabischen Städten und Ortschaften im heutigen Kernland Israel ganz zu schweigen. Die Darbietung der Aggression äußert sich nicht nur in Schlachtszenen und Unterdrückung des besiegten Volkes, sondern auch im *entfremdeten Beutecharakter der Architektur- und Kunstwerke selbst*. Ein Vorgang destruktiver Transformation und Demontage des bestehenden Stadt- und Landschaftskontexts sollte und hatte tatsächlich zu einer verzerrten Zusammensetzung historisch gewachsener Strukturen in Palästina geführt.

Nach 1967 und mit der Eroberung der arabischen Gebiete sind die israelischen Strategen planmäßig und systematisch eine Linie gefahren, die Stadtplanung und Architektur für die Verfolgung der hohen Ziele der zionistischen Weltorganisation (WZO) instrumentalisiert hat. Das Siedlungsprojekt der West Bank ist der Höhepunkt der zionistischen Fahrt von der Ebene in die Berge. Denn die Tatsache, dass der UNO-Teilungsplan von 1947 den Juden das Küstengebiet (dort lebte bis 1947 die absolute Mehrheit der Juden in Palästina) und nicht das von ihnen erstrebte *biblische Land* in den Höhen der heutigen West Bank zugeteilt hat, war für die Zionisten eine paradoxe Raumteilung. Die WZO hatte eine andere Vorstellung vom Territorium des künftigen israelischen Staates gehabt. Das haben auch ihre Vertreter auf der Friedenskonferenz von 1919 zum Ausdruck gebracht (Siehe Karte 1-4, Abschnitt 1.2.3).

17 Weizman, Eyal, *The politics of verticality*, Teil 3, Essay in Open Democracy, 25.04.2002.

18 Bruno Zevi in: Sharon, Arieh, *Kibbutz + Bauhaus. An architect's way in a new land*, Massada and Karl Krämer Verlag, Stuttgart, 1976, S.8.

19 Herzl, Theodor: *Der Judenstaat ... a.a.O.*, S.7-8.

20 Ebenda, S.99.

21 Zum Thema ‚Destruction by Design‘, Vgl. Weizman, Eyal: *Hollow Land ... a.a.O.*, S.37-38.

22 Mehr dazu in: Bammer, Anton: ‚Aggression und römische Architektur‘ in: Stekl, Hannes: *Architektur und Gesellschaft*, Verlag Wolfgang Neugebauer, Salzburg, 1980, S. 53-59.

Sie haben jedoch schließlich den Plan, im Gegensatz zu den Arabern, akzeptiert, da sie politisch und zum Teil militärisch noch nicht in der Lage waren, ein solches Angebot abzulehnen. Hinzu kommt, dass die Zionisten nicht nur sehr viel mehr als Herzls ‚Charta‘ bekommen haben, nämlich einen jüdischen Staat, sondern darüber hinaus eine ihnen zugeteilte Fläche, die anhand der demographischen und Bodenbesitz-Verhältnisse²³ in Palästina zur Zeit der Teilung

1. flächenmäßig absolut zu ihren Gunsten ausfiel,
2. ihnen fast alle Wasserreserven des Landes zusicherte, und
3. ihnen die wichtigsten Städte des Landes an der Küste zum Mittelmeer mit ihren komplett ausgebauten und intakten Infrastrukturen de facto schenkte.

Durch diese Fakten war die Landesteilung für die Zionisten nicht nur eine tatsächlich leichte Beute, sondern sie garantierten hinzu einen bequemen Start zum Staatsaufbau. Und das alles geschah mit der nötigen und ersehnten politischen Unterstützung der Großmächte. Die Zionisten hatten tatsächlich absolut keinen Grund dieses Angebot abzulehnen. Die Teilungsresolution bedeutete für sie darüber hinaus keineswegs die Endlösung der Palästinafrage. Für Ben-Gurion, damals Chef der *Jewish Agency* und später der erste Premierminister Israels, existierte in der Geschichte so etwas wie ‚Endarrangements‘ nicht: in einem Brief an seine Frau Paula und seine Kinder schrieb er später folgendes:

„Ein jüdischer Staat ist nicht das Ende, sondern der Beginn. Wir werden eine hoch entwickelte Verteidigungsmacht organisieren – eine Elitarmee. Ich habe keine Zweifel daran, dass unsere Armee eine der besten weltweit sein wird. Und ich bin sicher, dass wir dann nicht daran gehindert werden, andere Teile des Landes zu besiedeln, ob mit beidseitiger Zustimmung mit unseren Nachbarn oder mit anderen Mitteln“.²⁴

Der Verlauf der Geschichte des Landes in den Jahren danach hat uns deutlich gezeigt, von welchen Mitteln Ben-Gurion sprach.

Diese UNO-Zuteilung, die auf der demographischen Verteilung der arabischen und jüdischen Bevölkerung Palästinas im Jahre 1947 basierte (Karte 2-1), war den Zionisten offensichtlich nicht genug. Ihre Akzeptanz des Teilungsplans war mit der Absicht verbunden, planmäßig und systematisch das Ziel zu verfolgen, die restlichen Territorien des historischen Palästina zu erobern, wenn der richtige Zeitpunkt angekommen ist. Und wieder war es Ben-Gurion, der diesbezüglich aussagte, dass die Zionisten nach der Aufstellung einer großen jüdischen Armee im Gefolge der Staatsgründung die UNO-Teilung verwerfen und im ganzen Land Palästina expandieren werden.²⁵ Und sie mussten nicht lange warten bis die erste Gelegenheit kam. Erwartungsgemäß haben die Araber den Teilungsplan abgelehnt. Eine Reihe von Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Juden fanden statt und wurden von den Zionisten geschürt, so dass der UNO-Teilungsplan mittels militärischer Eroberungsoperationen vor allem in Berührungsgebieten (*kissing points*) Korrekturen zugunsten der besser bewaffneten Zionisten bekam. Die Eskalation gipfelte im ersten israelisch-arabischen Krieg, der im Mai 1948 begann und, der für die palästinensischen Araber katastrophal und schicksalhaft endete.

‚Plan Dalet‘ – Blaupause der ethnischen Säuberung Palästinas

Wie man der Karte 2-1 entnehmen kann, konnte die Errichtung eines rein jüdischen Staates, den die Zionisten von Anfang an wollten, nur mit der Zerstörung bzw. Entvölkerung vieler palästinensischer Dörfer mit ihren arabischen Einwohnern geschehen. Als die Ereignisse von 1948 vorbei waren, waren weit mehr als die Hälfte der ursprünglichen Bevölkerung Palästinas, annähernd 900.000 Menschen, entwurzelt. Von den 1948 registrierten 827 palästinensischen Hauptdörfern²⁶ wurden im Zuge des Krieges von 1948 insgesamt 531 palästinensische Dörfer von israelischen Terrororganisationen komplett zerstört und 11 Stadtteile entvölkert.²⁷ Die entwurzelt-

23 Bis zum Ausbruch des Krieges Mitte 1948 lebten in Palästina (Landfläche ohne Gewässer (100%): 26,337,260 Dunum= ca. 26,337 km²) insgesamt 1.943,441 Menschen, darunter 1,355,579 Araber und 587,862 Juden, die bis zum gleichen Zeitpunkt 1.671,620 Dunum, etwa 6,35% vom Mandats-Palästina erwerben konnten. Nach dem UNO-Teilungsplan (gemäß UN-Resolution 181 vom 29. Nov. 1947) sollte der jüdische Staat über 53% der Gesamtlandfläche Palästinas verfügen, der Araberstaat über 43,7%, Jerusalem (0,7%) sollte eine internationale Zone werden. Hinzu kommt eine totale Wasserfläche (Hula-See, Tiberias-See und die Hälfte des Toten Meers) von insgesamt 707,982 Dunum. Somit hat Palästina eine Gesamtfläche von 27,045,242 Dunum= 27,045 km². Quelle: Abu Sitta, Salman, *Atlas of Palestine ... a.a.O., Tabellen 1.1, 1.2 und 1.3*, S.3.

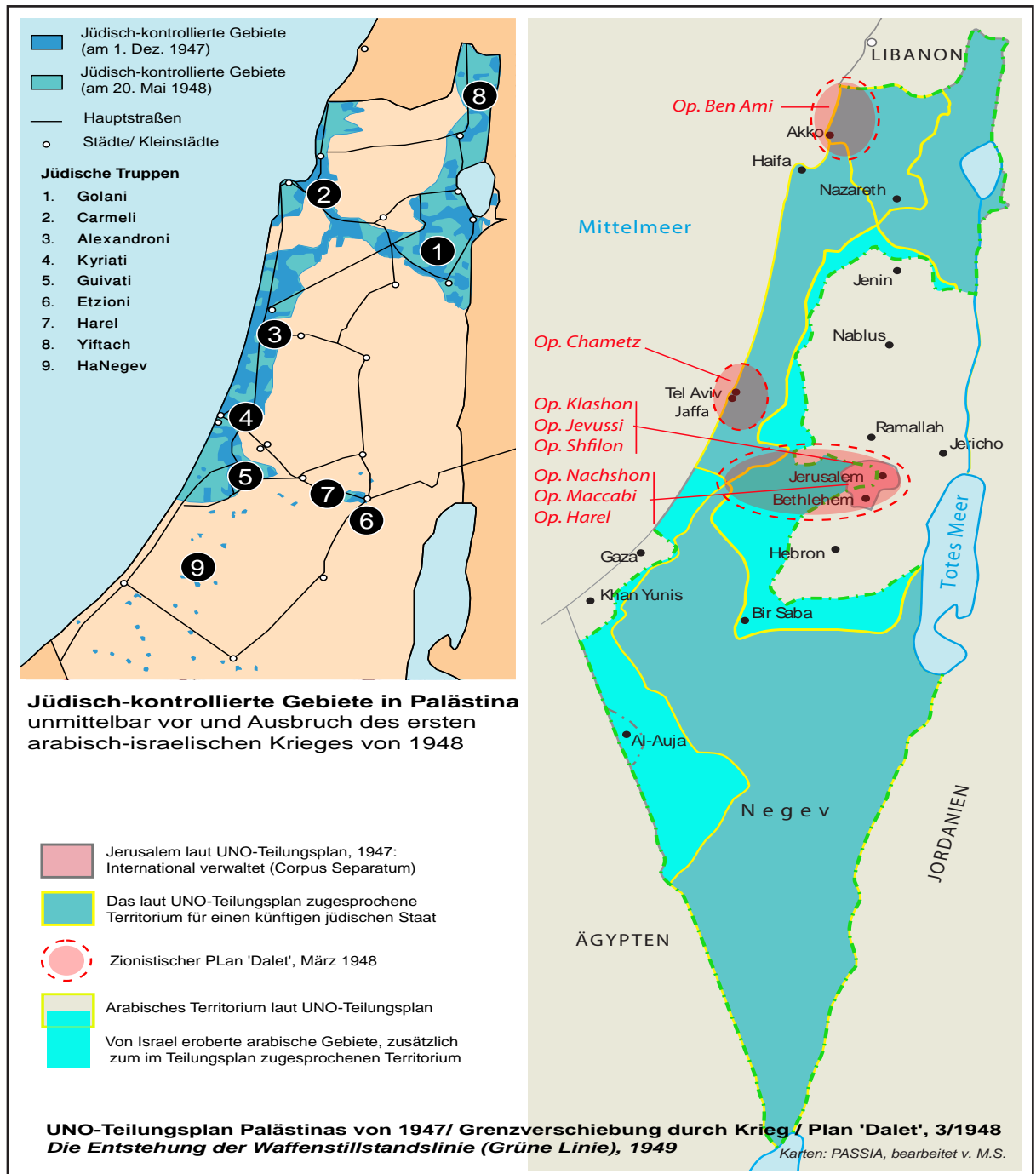
24 Falppan, Simcha: *The Birth of Israel, Myths and Realities*, London: Croom Helm, 1987, supra note 30, P. 22, in: Abu Sitta, Salman: *Atlas of Palestine... a.a.O.*, S.3.

25 Abu Sitta, Salman, *Atlas of Palestine ... a.a.O.*, S.3.

26 Ebenda, S.11.

27 Pappe, Ilan: *Die ethnische Säuberung ... a.a.O.*, S.11.

ten palästinensischen Araber wurden aus ihrer Heimat vertrieben bzw. zu Flüchtlingen gemacht. Was für die Araber als Katastrophe (Nakba), und für die Israelis als der Unabhängigkeitskrieg galt und heute noch gilt, sieht der israelische Neohistoriker Ilan Pappé als einen klaren Fall „ethnischer Säuberung, die nach heutigem Völkerrecht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gilt“.²⁸



Karte 2-1: UNO-Teilungsplan von 1947 und israelische Landerobertung bis 1949/ Plan 'Dalet', 3/1948.

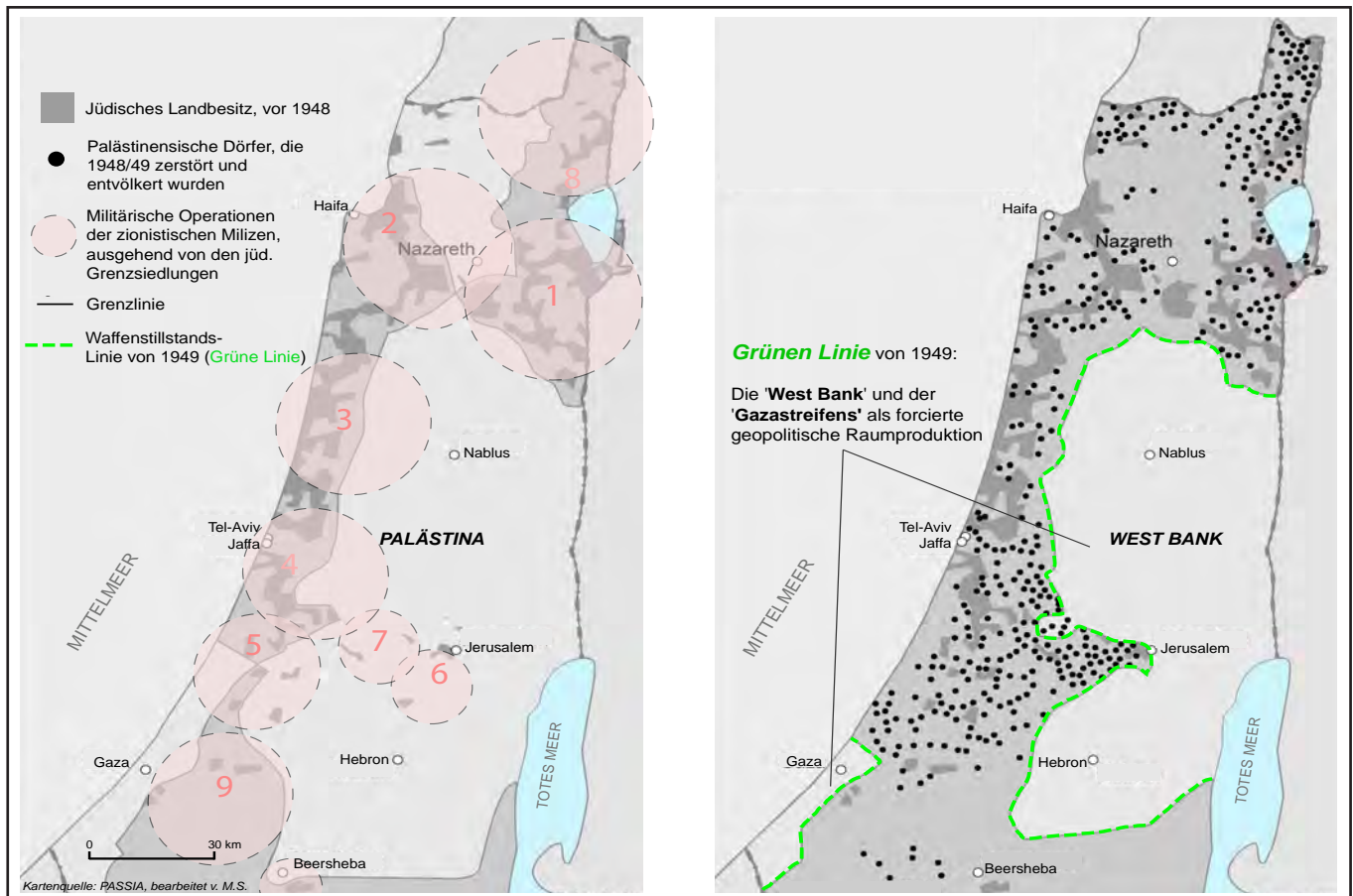
Ein Eckpfeiler in der Gründungsideologie Israels war von Anfang an *die forcierte Beseitigung der indigenen Bevölkerung Palästinas*, eine Strategie, die bis heute andauert. Die zionistischen Aktionen kurz vor und während des (Unabhängigkeits-) Krieges waren schon lange vorher geplant worden. Ben-Gurion und seinen Beratern war die Ungeheuerlichkeit der Aufgabe bewusst, die vor ihnen stand: “Palästina ethnisch zu säubern und sicherzustellen, dass arabische Bestrebungen die jüdische Übernahme nicht verhinderten“.²⁹

Und die Zionisten wussten sehr genau, dass die israelische militärische Macht am Tag der offiziellen Beendigung der britischen Mandatsmacht ihre tatsächliche Stärke zu zeigen begann: für die Umsetzung des grundlegen-

28 Ebenda.

29 Ebenda, S.126.

den *Plan Dalet*³⁰ standen etwa 50.000 Mitglieder der jüdischen Terrororganisation ‚Hagana‘ (Vorläuferin der israelischen Armee) – die Hälfte von ihnen wurden während des zweiten Weltkrieges, andere während der arabischen Revolte in Palästina 1936-1939 von der britischen Armee ausgebildet – zur Verfügung. *Plan Dalet* wurde von einer Gruppe von 11 alt gedienten zionistischen Führern und jungen Offizieren unter der Leitung von David Ben-Gurion nach einem Zusammenkommen am 10. März 1948 – etwa 3 Monate vor Kriegsbeginn – beschlossen. Sie legten letzte Hand an einen Plan für die *ethnische Säuberung Palästinas*. Und noch am selben Abend ergingen militärische Befehle an die Einheiten vor Ort, die systematische Vertreibung der Palästinenser aus weiten Teilen des Landes vorzubereiten.³¹



Karte 2-2: Grenzsiedlungen als Ausgangspunkte der militärischen Eroberungsoperationen.

Diese *Blaupause* der ethnischen Säuberung war ein *militärischer Masterplan* zur Okkupation ganz Palästinas, der eine ganze Reihe von militärischen Operationen enthielt, die darauf zielten, die palästinensischen Araber aus ihrer Heimat zu vertreiben und so viel palästinensisches Territorium zu besetzen wie möglich.

Ben-Gurion und seine Beratergruppe begründeten ihre Aggression und Gebietseroberungen mit ihrer Besorgnis über den Ausgang der Entwicklungen an Orten, an denen ein offensichtliches Ungleichgewicht zwischen isolierten jüdischen und einer potenziellen arabischen Armee bestand – wie es in abgelegenen Teilen Galiläas und des Negev sowie im Raum Jerusalem der Fall war. Jedoch wusste Ben-Gurion ganz genau, „dass diese lokalen Nachteile nichts am Gesamtbild ändern konnten: an der Fähigkeit der jüdischen Truppen, viele Gebiete, die der UNO-Teilungsplan dem jüdischen Staat zusprach, noch vor dem Abzug der Briten einzunehmen. Und »einnehmen« bedeutete nur Eines: die massive Vertreibung der dort lebenden Palästinenser aus ihren Häusern, Geschäften und von ihrem Grund und Boden in den Städten wie auch auf dem Land“.³²

Die jahrzehntelange Planung von zionistischen Siedlungen mitten im Feindesland hat sich für die Zionisten durchaus gelohnt, da ihre bloße Existenz Gebietsansprüche mit sich brachte und die nun nach dem UNO-Teilungsplan berücksichtigt wurden. Noch wichtiger war das Faktum, dass diese Siedlungen, die architektonisch auf *Sicherheit* und *Verschanzung* konzipiert waren, jetzt als Grenzsiedlungen die Rolle von militärischen Basen

30 Alle Angaben über *Plan Dalet* sind aus Pappé, Ilan: *Die ethnische Säuberung ... a.a.O.*, S.125-176, sowie aus Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt Ihr... a.a.O.*, S.97-102 entnommen.

31 Pappé, Ilan: *Die ethnische Säuberung ... a.a.O.*, S.10.

32 Ebenda, S.126.

und Ausgangspunkte der Operationen der Zionisten optimal spielen konnten. Der militärische Wirkungskreis jeder einzelnen Siedlung sollte im Gesamtgeschehen der nächsten Monate eine wesentliche Rolle spielen bei der Eroberung des feindlichen (palästinensischen) Umlands. In der Summe konnte mit Hilfe dieser Grenzsiedlungen eine forcierte Grenzverschiebung zugunsten des jungen Staates erreicht werden (Karte 2-2).

Dazu soll erwähnt werden, dass der Rückzug der britischen Armee aus verschiedenen Regionen des Landes Schritt für Schritt stattgefunden hatte, obwohl die britische Verwaltung *de jure* noch die Herrschaft über Palästina ausübte. Das geschah, ohne dass irgendwelche arabische Truppen die Möglichkeit gehabt hätten, nach Palästina einzurücken, um die Rechte der arabischen Bevölkerung zu sichern. So konnten die zionistischen Terrortruppen ihre Aktionen problemlos auch auf diejenigen Teile Palästinas ausdehnen, die nach dem UNO-Teilungsplan den palästinensischen Arabern zugesprochen wurden.

2.1.2 Der Juni-Krieg (1967) und seine nachhaltigen Folgen

In der Zeit zwischen den Kriegen von 1948 und 1967 wurde diese Politik der ethnischen Säuberung gegen die palästinensische einheimische Bevölkerung bzw. der Gebietsausweitung – dieses Mal durch die israelische Armee – fortgesetzt. Ähnlich wie die Zeit vor dem Krieg von 1948, wurde die zweite Eskalation durch Massaker an Teilen der arabischen Bevölkerung in Israel, Landbeschlagnahme, regelmäßige Überfälle in Grenzgebieten und Erniedrigungen regelrecht provoziert. Es kam daher folglich zum zweiten israelisch-arabischen Krieg, dem Juni-Krieg von 1967, der die geopolitische Landkarte des Nahen Osten ein drittes Mal seit dem Zerfall des osmanischen Reiches radikal zugunsten des Siegers Israel veränderte und den Mythos der Unbesiegbarkeit der israelischen Armee schuf, da diese allen arabischen Armeen Ägyptens, Jordaniens und Syriens eine beinahe vernichtende Niederlage bereitete, die bis heute verhängnisvolle Folgen hat (Vgl. Karten-Anhang 1).

Für den israelischen Historiker *Tom Segev* hätte dieser Krieg, dessen Folgen bis heute eine der wesentlichen Ursachen für die explosive Situation in der Region des Nahen und Mittleren Osten sind, entgegen der offiziellen israelischen Geschichtsdarlegung, vermieden werden können. Es war im Falle des Juni-Krieges von 1967 „nicht wirklich so, dass Israel bedroht wurde und sich dieser Bedrohung zu erwehren suchte. Stattdessen handelte Israel in vollem Bewusstsein, dass sein Handeln seinen eigenen Interessen zuwider läuft“.³³ Vor allem die Eroberung der West Bank machte überhaupt keinen strategischen Sinn und konnte nicht im Interesse Israels liegen, denn laut inzwischen zugänglichen Dokumenten über strategische Beratungen auf höchster Ebene zwischen Geheimdienstchefs und Repräsentanten des Auswärtigen Amtes Israels, die sechs Monate vor dem Krieg stattfanden, war den beteiligten bewusst, dass die Eroberung der West Bank mit Gefahren behaftet war³⁴, weil sie

- A) von Arabern verschiedener Länder bevölkert war;
- B) die Gefahr des Terrorismus heraufbeschwören; und
- C) die Sicherheit der israelischen Mehrheit in Israel gefährden könnte.

Der Juni-Krieg war für Israel zweifelsohne ein großer militärischer Sieg, aber politisch war er eine fatale Niederlage, denn statt ihm wirklich ernsthafte friedenspolitische Schritte folgen zu lassen, verfolgte Israel eine andere politische Schiene, nämlich die Besetzung der arabischen Gebiete, ihre Besiedlung und die Unterdrückung der arabischen Bevölkerung. Aus dem militärischen Sieg erntete Israel langfristig keine wirklichen politischen Vorteile und es steht heute noch vor denselben Problemen wie damals, „als sei das Jahr 1967 immer noch nicht vorbei. Es ist das längste Jahr in der israelischen Geschichte und wir leben es noch immer“.³⁵

Mit dem Krieg von 1967 endete die Eroberung arabischer Gebiete offensichtlich noch lange nicht. Ganz im Gegenteil, es begann eine neue Phase der Landnahme, des israelischen Siedlungsbaus und vor allem der *Destruktion* arabischer Strukturen durch die Besatzungsmacht. Die israelischen Regierungen führen seit 1967 einen Krieg gegen die Topographie, auf dessen Schlachtfeldern im Zuge der Spurenbeseitigung nicht nur Häuser und Landschaften des Gegners zerstört, sondern auch andere für die eigenen Leute errichtet werden. Sie glauben ernsthaft daran, durch die Besiedlung der eroberten Gebiete mit jüdischen Siedlern Israels Herrschaft stabilisieren zu können. In Wirklichkeit wird es mit jedem neuen Siedler schwieriger, zu einem Friedensschluss mit

33 Zeitschrift *Conturen* 2/2007, Gespräch mit Tom Segev: *Israel muss mit der Hamas reden*, Holos Verlag, S.16-22. Artikel auch als PDF-Datei online erhältlich, unter: <http://www.conturen.net/conturen-1/jahrgang-2007/>.

34 Ebenda.

35 Ebenda, S.18.

den Palästinensern zu kommen.

Natürlich spielt hier die Übermacht Israels gegenüber ihren Gegnern eine zentrale Rolle, denn diese ermöglicht Israel, auch ohne politische Unterstützung seine Ziele durchzusetzen. Politisch gesehen, ist das Handeln der israelischen Regierungen bezüglich des Siedlungsbaus in der West Bank nicht nur fahrlässig, sondern und vor allem auch langfristig gesehen nicht nachhaltig. Dennoch ist das Handeln der israelischen Planer und Strategen, die ohne Zweifel ideologisch gesteuert sind, äußerst durchdacht und subtil. Nicht nur was den ganzheitlichen strategischen Planen angeht sind sie einfallreich, sondern auch dann, wenn es darum geht, die Fakten über die fatalen Folgen solcher Pläne für die palästinensischen Bevölkerung juristisch zu verdrehen, um diese Pläne dann noch außenpolitisch zu ‚verkaufen‘. Die subtile und zugleich gefährliche Mischung kluger politischer und technokratischer Kräfte, die in Israel an einem Strang ziehen, um politische und territoriale ‚Vollendete Tatsachen‘ zu schaffen, ist die eiserne Mauer, die jeder nachhaltigen Lösung des Konfliktes im Wege steht.

2.2 Siedlungspolitik im Westjordanland, ein (F)Akt ständiger Grenzverschiebungen

Mit der Besetzung der restlichen palästinensischen Gebiete, der West Bank und des Gazastreifens, beginnt eine neue Phase der Kriegsführung, nicht gegen Armeen, sondern gegen die palästinensische Topographie und gegen das historische Gewebe arabischer Städte, Dörfer und Peripherien – mit architektonischen Mitteln.

Im Rausch des Sieges von 1967 verfolgten die von der Arbeiterpartei geführten israelischen Regierungen eine Expansionspolitik der „*substanziellen Grenzverschiebungen*“³⁶. Dieser von *Ben-Gurion* begonnene Diskurs wurde in den 1970er Jahren von Premierministerin *Golda Meir* und durch die aktive Hilfe des Westens in einem noch intensiveren Maße fortgeführt. Entgegen der US-Geschichtsschreibung, an der auch die Medien fleißig mitwirkten, war der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel im Jahre 1978 nicht das Ergebnis friedensstiftender US-amerikanischer Diplomatie der Epoche *Henry Kissingers*, dem Architekten der US-Außenpolitik, der stellvertretend für sein Land eine nicht auf Verhandlungen, sondern auf Gewalt setzende Nahostpolitik vertrat.³⁷ Bereits im Februar 1971 machte der ehemalige ägyptische Präsident *Anwar Al-Sadat* Israel ein umfassendes Friedensangebot, das sogar das Problem eines Palästinenserstaats weitgehend ausklammerte. Natürlich erkannte *Golda Meir* bei diesem ‚großzügigen Angebot‘³⁸ seitens der größten arabischen Macht die sich bietende Chance. Dennoch schlug sie das Angebot Ägyptens aus, um weiter expandieren zu können. Und die Antwort der israelischen Politik war die Vertreibung von Tausenden von Beduinen im Nordosten der Sinaihalbinsel durch die israelische Besatzungsarmee, unter der Führung von Ariel Sharon, und die Zerstörung ihrer Dörfer, Moscheen, Friedhöfe und Häuser, damit schließlich an ihrer Stelle die exklusive jüdische Stadt *Jamit* errichtet werden konnte. Die Ignoranz, mit der Sadats Bemühungen um eine diplomatische Lösung mit Israel begegnet wurde und folglich die israelische Expansionspolitik wurden von *Henry Kissinger* unterstützt, was schließlich zum Krieg von 1973 führte, der Israel an den Rand einer Niederlage und die Supermächte in die Nähe der Konfrontation brachte.³⁹ Erst nach diesem Ereignis wurde den US-Diplomaten wirklich klar, dass eine Nahostpolitik, die Ägypten als am Konflikt hauptbeteiligte Partei ignoriert, keinen Erfolg haben kann.

Schließlich wurde der Vorschlag Sadats von 1971 politisch interessant, da er

1. das Problem eines Palästinenserstaats weitgehend ausklammerte; und
2. die Möglichkeit bot, die wichtigste, stärkste und für Israel, politisch wie militärisch, gefährlichste arabische Frontlinie zu befrieden.

36 Aus den Memoiren von General Schlomo Gazit, der zwischen 1967 und 1974 die israelischen Truppen in den besetzten Gebieten befehligte, in: Chomsky, Noam: *Keine Chance für Frieden – Warum mit Israel und den USA kein Palästinenserstaat zu machen ist*, Europa Verlag, Leipzig, 2005, S.11.

37 Wie kein anderer Politiker stand und steht der 1923 in Fürth/Bayern geborene Henry A. Kissinger für die US-amerikanische Politik des Imperialismus und propagiert in seiner Beraterrolle bzw. in Artikeln und Interviews eine Hardliner-Politik gegen die arabischen und islamischen Länder, um „die westliche Fähigkeit, die Geschichte dieser Region zu beeinflussen“ nicht zunichte zu machen. Er bezeichnet den radikalen Islam als ein „Virus“, der droht, sich überall in der islamischen Welt auszubreiten und er möge den Begriff ‚Krieg gegen den Terror‘ nicht, da der Terror eine Methode sei, gegen die man nur schwer Krieg führen kann. Für ihn sei der US-amerikanische Krieg (der G. W: Bush-Administration) ein „Krieg gegen den Islam“, der die säkularen Strukturen der westlichen Gesellschaft herauszufordern versuche (Der Spiegel / Nr. 8, 18.02.2008, S 110-113). Auch die OPEC-Mitgliedsstaaten wurden von ihm nach der Ölkrise angegriffen und diese als monopolistisch bezeichnet.

38 Nach Baruch Kimmerling hätte der Krieg von Oktober 1973 verhindert werden können, hätte sich Golda Meir auf das großzügige Angebot Ägyptens eingelassen. Vgl.: Kimmerling, Baruch: *Polizid. Ariel Sharons Krieg gegen das palästinensische Volk*, Diederichs Verlag, München, 2003, S.65.

39 Chomsky, Noam: *Keine Chance für Frieden ... a.a.O.*, S.11, sowie Kimmerling, Baruch, *Polizid ... a.a.O.*, S.63.

Der letzte Aspekt mag der Hauptgrund sein, warum das übermächtige und vom Westen voll unterstützte Israel überhaupt bereit war, ein Friedensabkommen mit Ägypten zu unterzeichnen; und es war schon immer das Ziel Israels, vorher Großbritanniens, das Palästina-Problem von der restlichen Nahostfrage abzukoppeln und separat zu behandeln, um Palästina territorial von seiner natürlichen Umgebung und die Palästinenser von ihrer arabischen strategischen Tiefe zu isolieren.

Die Beharrlichkeit der israelischen Politik bezieht sich nicht nur auf die militärische Kontrolle der besetzten Gebiete, sondern auch darauf, dass diese auch von den Organen der Besatzungsmacht verwaltet sein sollen, mit allen Konsequenzen. Und erstaunlicherweise wurden Sicherheitsgutachten des israelischen Geheimdienstes sowie des Militärs von der israelischen Politik einfach ignoriert, die eine Selbstverwaltung der palästinensischen Bevölkerung der besetzten Gebiete, auch aus Gründen der nationalen Sicherheit, befürworteten.⁴⁰ Die israelische Politik sprach nach dem militärischen Sieg von 1967 weiterhin eine andere Sprache: nicht Frieden wurde angestrebt, sondern mittels Planung territoriale Kontrolle, Expansion und Verwischung der arabischen Spuren im Lande zu erreichen. Das vorhin beschriebene Szenarium in den nun besetzten arabischen Gebieten ging weiter, angetrieben von der gleichen Ideologie, jedoch mit einem kleinen Unterschied: hier geht es in Wahrheit nicht um das Überleben des jüdischen Staates und nicht nur um territoriale Expansion, sondern auch um die heiligen Berge der West Bank, um Jerusalem, den Fokus jüdisch-christlich-islamischer Sehnsucht und Heiligkeit. Dass diese Politik ihren teuren Preis haben wird, war den zionistischen Politikern sehr wohl klar: die *Konfrontation* mit den einheimischen Arabern war vorprogrammiert.

Genauso wie 1948, folgten dem militärischen Sieg von Juni 1967 keine wirklich ernsthaften friedenspolitischen Schritte und der israelische Staat erzielte von seinen militärischen Eroberungen keinen einzigen (politischen) Vorteil, der das Land näher zum Frieden gebracht hätte. Stattdessen wurde eine Planungspolitik forciert, die bis heute extrem zur Explosivität des Konfliktes beiträgt, in dem sie im eroberten Land der Gegner vollendete Tatsachen schuf und deren Lebensraum vertilgte, ein Prozess, der seit der Aufnahme der Friedensgespräche zwischen den Konfliktparteien eines der größten Hindernisse im Friedensprozess darstellt. Der israelische Historiker *Tom Segev* spricht, zu Recht, in seinem neuen Buch ‚1967 – Israels zweite Geburt‘⁴¹ von der Sinnlosigkeit und von der Vermeidbarkeit des Juni-Krieges, insbesondere was den Krieg gegen Jordanien (Eroberung der West Bank) und gegen Syrien (Eroberung der Golanhöhen) betrifft. Gerade die verfehlte politische Aufarbeitung der Kriegsergebnisse führte dazu, dass Israel und das ganze Nahost-Gebiet geistig immer noch im Jahre 1967 leben. Politisch bedeutet das für den Nahen Osten und vor allem für Israel als (Eindringling) einen kostspieligen Krieg. Die Folgen des israelischen 1967er Abenteuers der Besetzung arabischer Gebiete müssen bis heute von allen getragen werden: das bedeutet für die Palästinenser einen unerträglichen und perspektivlosen Lebensumstand und für Israel eine Blockade jeglicher Chancen auf Frieden und Sicherheit, und folglich das Verspielen der einzigen Eintrittskarte zur natürlichen geographischen Umgebung, die nun Mal arabisch ist. So entwickelt sich die Besetzung für Israel zu einem folgeschweren Widerspruch dessen, was sie nach den Aussagen israelischer Politiker bringen soll: statt Sicherheit für die Juden ist sie nun eine politische, moralische und immer mehr gar eine militärischen Gefahrquelle für Israel geworden. In einem Gespräch mit der Zeitschrift ‚Conturen‘ bestätigte *Segev* die von Israel verpasste Friedenschance und bezeichnete den 1967er Sieg als ‚Pyrrhus-Sieg‘ und das Jahr 1967 als das „längste Jahr in der israelischen Geschichte“, da es politisch immer noch nicht vorbei ist.⁴²

Fakt und Akt: Instrumente der Grenzverschiebung

Die Folgen des Junikrieges von 1967 waren für den Nahen Osten, insbesondere für die Araber verheerend und sehr schwerwiegend. Von der Vertreibung weiterer mehrerer hunderttausend Araber aus ihrem Land, vor allem ins benachbarte Land Jordanien, einmal abgesehen, kontrolliert Israel auf einmal *vier* Mal so viel Land der Größe des eigenen Staatsterritoriums und trotz des Erlasses der UNO-Resolution 242 am 22. November 1967, in dem Israel zum Rückzug seiner Streitkräfte aus (den)⁴³ Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden, aufgefordert wird, zog sich Israel nicht hinter die Waffenstillstandslinien von 1949 zurück.

40 Aus den Memoiren von General Schlomo Gazit, der von 1967 bis 1974 die israelischen Truppen in den besetzten Gebieten befehligte, in: Chomsky, Noam: *Keine Chance für Frieden ... a.a.O.*, S.11.

41 Segev, Tom: *1967 – Israels zweite Geburt*, 1. deutsche Auflage, Pantheon Verlag, 2009

42 Zeitschrift *Conturen* 2/07, Gespräch mit Tom Segev: Israel muss mit der Hamas reden ... a.a.O., S.18.

43 In der Originalfassung (Englisch) dieser Resolution (UNO-RES/242, 1967) steht der Wortlaut ‚from territories‘ (ohne Artikel!), im französischen ‚des territoires‘ (mit Artikel). Der fehlende bestimmte Artikel (the) in der englischen Version, offensichtlich ein Tippfehler, veranlasste Israel die besetzten Gebiete als „umstrittene Gebiete“ zu bezeichnen, was Israel formal nur zu einer Teilrückgabe verpflichten würde. Diese Vorgehensweise wurde von Seiten Israels bewusst gewählt, obwohl es sinngemäß sehr wohl bekannt war, dass damit die infolge des Juni-Krieges 1967 von der israelischen Armee besetzten arabischen Gebiete gemeint sind. In dieser Auslegung des Begriffs steht Israel allerdings ziemlich alleine (Anm. d. Verf.).

Israel begann stattdessen schon bald und in klarer Verletzung der *IV. Genfer Konvention*⁴⁴ von 1949 mit dem intensiven Bau von staatlich geförderten Wehrdörfern und Siedlungen in den betroffenen Gebieten. Obwohl nur Ostjerusalem offiziell und die Golanhöhen damals de facto annektiert wurden⁴⁵, deutete dies auf den israelischen Willen hin, diese Gebiete langfristig zu kontrollieren oder gar zu behalten. Tatsächlich geschah folgendes: die Besiedlung der West Bank und des Gazastreifens verlief bis heute durchgehend planmäßig, auf einander aufbauend und im Einklang mit den Vorstellungen der zionistischen Weltorganisation (WZO), nämlich *die Festigung der israelischen Präsenz in der besetzten West Bank anzulegen*.⁴⁶ Und nach dem Flüchtlingsproblem von 1948, dem Aushängeschild und der *Essenz*⁴⁷ der Palästinafrage, schuf man ein weiteres komplexes territoriales Problem, das die Lage im Nahen Osten noch mehr eskalieren ließ.

Es war offensichtlich, dass das Projekt der Entwicklung der so genannten *jüdischen Nation* fortgesetzt wurde, dieses Mal in den Höhen der West Bank, deren historischer Raum der Mittelpunkt eines Planungsprozesses bildete – Architektur, gleich bedeutend ob destruktiv oder konstruktiv, spielte in diesem Kontext immer eine zentrale Rolle. Bis Ende der 1950er Jahre wurden Siedlungen im Kernland und in Grenzgebieten als Bollwerke gebaut. Ab 1967 sollten Architekturkonzepte weiterhin als ein Mittel zur Sicherung von eroberten Gebieten funktionieren. Demnach sollen neue Siedlungen so konzipiert werden, dass in den Grenzgebieten eine *Architektur der Befestigungsanlagen* entsteht. Wie im weiteren Verlauf gezeigt wird, hat sich diese architektonische Konzeption in den nachfolgenden Konfliktjahren weiterhin manifestiert. Dabei zeigt sich immer deutlicher, dass sich das israelische Lager in Bezug auf die Besiedlung der West Bank und anderer besetzter Gebiete bzw. in der Definition (oder auch Nichtdefinition) von Staatsgrenzen in zwei Gruppen geteilt hat und, die sich in den großen Zielen niemals Uneins waren: in die Arbeiterpartei, die Teile der besetzten Gebiete überwiegend als Faustpfand für künftige Friedensgespräche in der Hand hielt, und in die stark nationalistischen *Cherut-Partei* (dt.: Freiheit), später *Likud-Partei* (dt.: Zusammenschluss), die die jüdischen Siedlungen als Teil des historischen ‚Israel‘ betrachten und Gebietsrückgaben ideologisch grundsätzlich ablehnen. Diese Unterschiede bestimmten auch den politischen Diskurs des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten und skizzierten jeweils ihre eigenen Siedlungsrahmenpläne.

Jedoch bedeutet die Existenz des einen Masterplans der gerade regierenden Partei in Israel keineswegs den Ausschluss des anderen. Alle Gruppen haben mit- oder nebeneinander gearbeitet: Regierung, Opposition und Siedler verfolgten alle und im Einklang mit den Vorstellungen der WZO nur das eine Ziel: die Festigung der jüdischen Präsenz in Palästina durch die Schaffung von vollendeten Tatsachen im Lande. Die Arbeiterpartei wollte mit der Eroberung der arabischen Gebiete neben dem territorialen Zuwachs eine bessere Ausgangsposition für eventuelle Verhandlungen haben; Likud und die Siedler dachten gar nicht daran etwas vom ‚Land Israel‘ zurückzugeben, jedenfalls nicht freiwillig.

Der israelische Siedlungsprozess in der West Bank und im Gazastreifen vollzog sich planmäßig und aufeinander aufbauend in *zwei* verschiedenen Hauptetappen, in denen die Grundlinien der Siedlungspolitik manifestiert wurden und in denen jeweils nach einem oder mehreren Hauptmasterplänen systematisch gearbeitet wurde. Eine *dritte* Phase fängt mit dem Beginn der Friedensverhandlungen zwischen der PLO und Israel und der Unterzeichnung der Friedensvereinbarungen von Oslo II (1995) an. In dieser Phase beobachtet man eine nie da gewesene starke Intensivierung des Siedlungsprojektes in der West Bank. Mit dem Baubeginn der Mauer bekam diese Siedlungspolitik eine neue Phase, die man als die *vierte* Etappe bezeichnen kann.

Wie in den folgenden Abschnitten noch geschildert wird, ist es den zionistischen Regierungen offensichtlich gelungen, einen politischen und taktischen Marsch der Okkupation und Besiedlung der besetzten West Bank aufrechtzuerhalten, der die Geographie des Territoriums und folglich seinen Menschen binnen nur vier Jahrzehnten irreparable Schäden zugefügt hat. Edward Said hat dieses Vorgehen der zionistischen Regierungen mit folgenden wenigen Sätzen zutreffend beschrieben: „Seit den Anfängen war der Konflikt um Palästina ein Kampf um territoriale Souveränität: »Ein weiterer dunam, eine weitere Ziege« war das Motto der zionistischen Siedler unter Chaim Weizmann [...] Der zionistische Leitgedanke war immer, spezifische konkrete Schritte mit einem Grundprinzip zu koordinieren, das sich selten ändert. So beanspruchen die Israelis Souveränität und bauen Siedlungen; sie nehmen sich Land und Wasser, bauen Straßen,

44 IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, Abschnitt III (Besetzte Gebiete), Artikel 49 und 53; für genauen Wortlaut, siehe Anhang X/ 1. Siehe auch Abschnitte 3.8.2, 4.2.3 und 5.1.1 dieser Arbeit.

45 Der Golan wurde 1981 offiziell von Israel völkerrechtswidrig annektiert.

46 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.295

47 Bishara Azmi: 'Refugees are the essence', Artikel in Al Ahram Weekly, 12.-18. Juni 2008, Online unter: <http://weekly.ahram.org.eg/2008/901/op5.htm>.

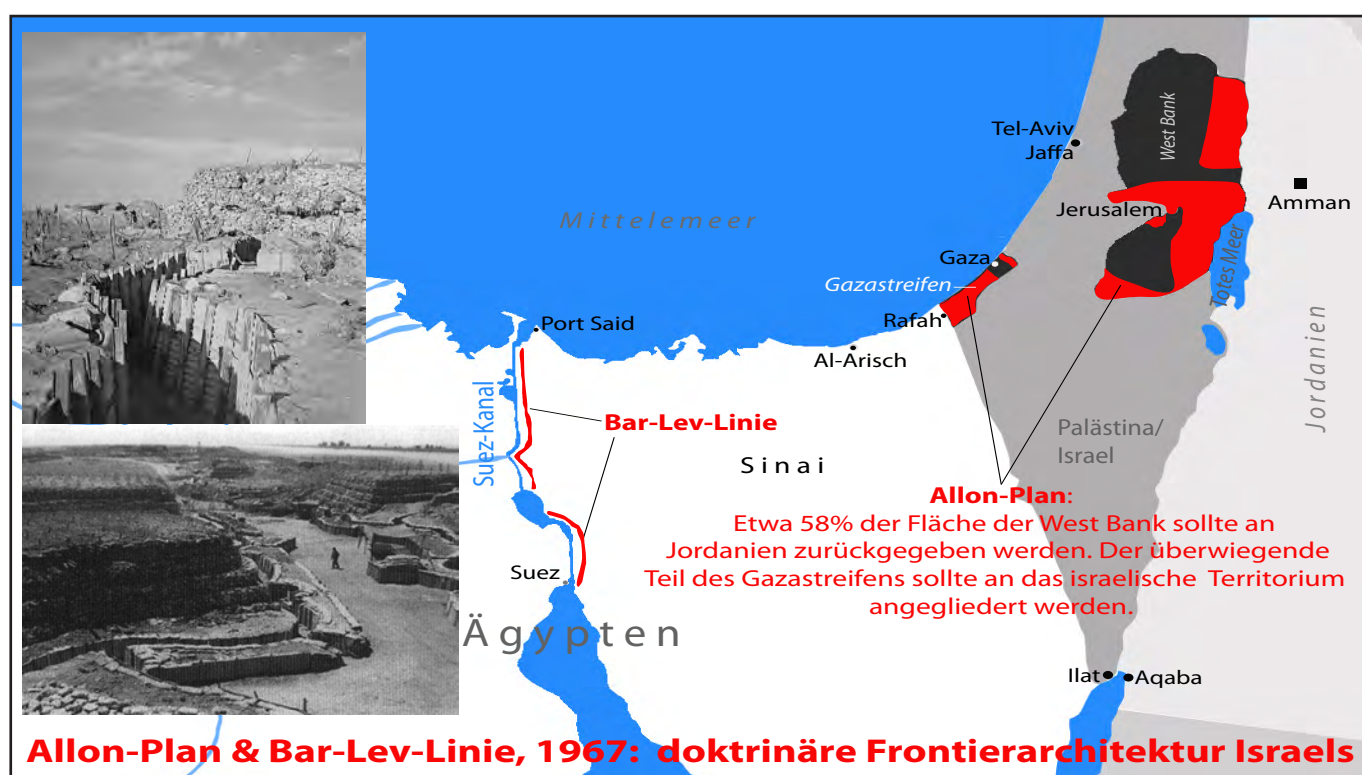
stationieren bewaffnete Kräfte und proklamieren dann ihren Wunsch nach Frieden“.⁴⁸

2.2.1 Erste Etappe (1967-1977) – Siedlungsstrategie der Arbeiter-Regierungen

Der Allon-Plan und die Bar-Lev-Linie

Doktrinäre Frontier-Architektur des Arbeiterblocks in den besetzten Gebieten

Die Architektur der Befestigungsanlagen nach 1967 wird hauptsächlich dem ehemaligen Premierminister *Ariel Sharon* zugeschrieben, der schon sehr früh (1967) an der Seite des Generalstabchefs *Chaim Bar-Lev* und des damaligen Ministers für Landwirtschaft und Direktor des Regierungssiedlungskomitees General *Yigal Allon* als Mitstreiter und Widersacher zugleich wirkte. Beide Minister engagierten sich stark bei der Befestigung verschiedener Fronten der 1967 besetzten Gebiete. Sie waren beide Generäle der Armee und Mitglieder der Arbeiterpartei. Und sie schufen zwei verschiedenartige Fronten, die jedoch Produkte der gleichen Doktrin waren: General *Bar-Lev* kreierte die weltberühmte und nach ihm benannte *Bar-Lev-Linie*, Verteidigungslinie und damals eine der sichersten Befestigungsanlagen der Welt, an der äußersten Grenze der Territorien, entlang des strategisch wichtigen Suezkanals.



Karte 2-3: Bar-Lev-Linie & Allon-Plan: Doktrinäre Frontierarchitektur Israels in den besetzten Gebieten.

General *Allon* agierte mit anderen Mitteln zur Absicherung der Kriegsbeute ‚West Bank‘ und entfachte mit seinem nach ihm benannten Plan zur Besiedlung des arabischen Territoriums westlich des Jordans einen territorialen und demographischen Transformationsprozess, der bis heute andauert.

Der *Allon-Plan* (1967-1977) plädierte für eine Neudefinition der *Staatsgrenzen* entlang der topographischen Besonderheit der Region, dem tiefen Jordangraben (400 m unter dem Meeresspiegel), der die östliche Grenze der besetzten Territorien bildet. Allon wollte mit seinem Plan ein Maximum an Sicherheit und Territorium für Israel mit einem Minimum an indigenen Arabern erreichen. Die Tatsache, dass dieses Gebiet von Arabern dünn besiedelt war, ist darauf zurückzuführen, dass das israelische Militär, mit der Absicht, Israels neue Grenzen zu sichern, dieses Gebiet während des Junikrieges von seinen arabischen Bewohnern überwiegend evakuiert und bis auf die kleine Stadt Jericho die palästinensischen Dörfer des Jordantal zerstört hat.⁴⁹ Als überwiegend trockener, und nun dünn besiedelter, Streifen war das Jordantal für Allon ein geeignetes, man kann sagen jungfräuliches territoriales Laboratorium für die Errichtung einer Reihe von israelischen landwirtschaftlichen

⁴⁸ Said, Edward, *Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina*, Palmyra Verlag, 1997, S.74.

⁴⁹ Vgl. Weizman, Eyal, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.67-68.

Kibbuz- und Moshav-Siedlungen, sowie einiger paramilitärischen Außenposten der NAHAL-Kompanie.⁵⁰

Die Errichtung des *Allon*-Siedlungsstreifens wurde als die Regeneration des *Arbeiter-Zionismus* und noch wichtiger als die Neuinszenierung seines *landwirtschaftlichen Pioniergeistes* wahrgenommen.⁵¹ Die ideologische Tiefe des Allon-Plans besteht darin, dass er mittels Architektur Gebietsabsicherung zu betreiben versucht, insbesondere da er versucht, Landwirtschaft in einem trockenen Gebiet zu betreiben, ein Akt, der von den Zionisten als der Versuch ‚*Die Wüste zum Blühen zu bringen*‘, der ewige zionistische Mythos, hoch gepriesen wird. Das für dieses Vorhaben notwendige Wasser wird durch die übermäßige Ausbeutung des Bergaquifers der arabischen West Bank gewonnen.



Karte 2-4: Der Allon-Plan, 1967 und 1970 (detailliert).

Der Allon-Plan, der die strategische Umsetzung des Arbeiter-Blocks beinhaltete, verfolgte außer den oben genannten ideologischen und politischen Zielen, auch praktische Kernforderungen, die das zionistische Projekt in Palästina einen beachtlichen Schritt weiterbringen sollten. Diese waren:

1. Die Schaffung eines 115 km langen und 20 km breiten israelischen „Siedlungsstreifens“ entlang des Jordans;
2. die Annexion von Gesamt-Jerusalem; sowie
3. die Errichtung von jüdischen Siedlungen an strategisch wichtigen Punkten an verschiedenen Stellen der West Bank, insbesondere im Jordan Graben.

⁵⁰ NAHAL-Kompanie ist der Siedlungsarm der israelischen Militärs.

⁵¹ Weizman, 2007, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.58.

Der offensichtlich wichtigste Aspekt des Allon-Plans war die Schaffung eines *Siedlungsstreifens* entlang des Jordantals, der mehrere Aufgaben zu erfüllen hatte:

1. Der Allon Siedlungsstreifen sollte als eine territoriale Abtrennung der besetzten West Bank vom benachbarten Jordanien funktionieren, die de facto zu einer Unterbrechung der ökonomischen Beziehungen zwischen beiden Flussteilen führen sowie – und das ist noch wichtiger – die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat verhindern sollte;
2. Der Siedlungsstreifen sollte darüber hinaus die Kontrolle über die arabische Bevölkerung der West Bank ermöglichen, indem man sie in räumlich klar eingegrenzten Regionen aufteilte. Parallele Tendenzen fand man in den *Homelands*⁵² im *Apartheid-Südafrika*, die nur vor wenigen Jahren (seit 1959) systematisch umgesetzt wurden.

Karte 1-1:¶

Für die Palästinenser im Westjordanland sollten nach diesem Plan nur zwei klar abgegrenzte Gebiete – unter jordanischer Verwaltung – verbleiben:

- Gebiet 1: der dicht bevölkerte Teil der West Bank von Ramallah über Nablus nach Jenin;
- Gebiet 2: der südliche Teil der West Bank mit den Städten *Bethlehem* und *Hebron* sowie der sie umgebenden Bergregion.

Diese beiden ‚Kantone‘ sollten laut Bestimmungen des Allon-Plans durch einen schmalen Korridor, eine *außerterritoriale* Straße, östlich von Jerusalem miteinander verbunden werden. Ein weiterer, enger Korridor über die Stadt Jericho sollte den Anschluss an Jordanien herstellen.

Der Gazastreifen nach dem Allon-Plan

Eine ähnliche Infrastruktur sollte die Verbindung der West Bank mit dem Gazastreifen ermöglichen, von dem die Palästinenser, nach Allon, nur den nördlichen Teil um Gaza-City erhalten sollten, ein Kanton, in dem sie zusammengepfercht werden sollten. Der südliche Teil sollte hingegen von Israel komplett annektiert werden, was eine territoriale wie demographische Abkoppelung der Palästinenser von Ägypten zur Folge haben würde.

In Palästina konnte sich mit der Annexion des östlichen Teils der West Bank und nach der Teilung des Landes 1947 der geopolitische Kreis schließen: im Norden, im Westen und im Süden war die West Bank bereits vor 1967 vom israelischen Staat umzingelt. Daraus ist ersichtlich, dass Planungen im großen Maßstab für die gesamte West Bank am Anfang standen. Sie folgten einer politischen Strategie der Labour-Regierung der ersten zehn Jahre der Besatzung, die mittels Siedlungsbau die Sicherung der Grenzen versuchte. Eine formale Organisation und Manipulation des Raumes – in diesem Fall des palästinensischen Terrains – war Folge einer ‚politischen Strategie‘.⁵³ Und lange vor dem Baubeginn der israelischen Mauer im Jahre 2002 begann mit dem Allon-Plan der Prozess der Fragmentierung und des Zerfalls der palästinensischen Landkarte.

Während der Regierungszeit des Arbeiterblocks zwischen 1967 und 1977 wurden insgesamt 95 israelische Siedlungen in den gesamten 1967 besetzten arabischen Gebieten gegründet. Von diesen 95 Siedlungen befanden sich im Jahre 1977 insgesamt 48 im Westjordanland, 4 im Gazastreifen, 11 auf der Sinaihalbinsel sowie 25 Siedlungen auf den Golanhöhen (Tabelle 2-1).⁵⁴ Ost-Jerusalem verzeichnete in der gleichen Zeit hingegen als große Ausnahme einen Bevölkerungszuwachs von 45 bis 50 Tausend Einwohnern.

Das Siedlungsprojekt in den 1967 besetzten arabischen Gebieten zeigte bereits in den ersten 10 Jahren israelischer Besatzung auf, dass diese faktisch keine vorübergehende Angelegenheit war und es gab auch kein Anzeichen, dass die Israelis je freiwillig aus den Gebieten abziehen würden. Die große Zahl der Siedlungsprojekte in dieser relativ kurzen Zeit (10 Jahre) zeigte deutlich einen forcierten zionistischen Transformationsprozess des arabischen Landes und, wenn man die hohen materiellen und politischen Kosten berücksichtigt, die Absicht einer

⁵² Zum Begriff ‚Homelands‘, siehe Abschnitt 3.9 dieser Arbeit.

⁵³ Siehe Interview mit E. Weizman in ‚AnArchitektur‘, Heft Nr. 06, Februar 2003, S.4.

⁵⁴ Angaben nach Zschesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.273; nach Benvenisti, Meron, *The Westbank Data Project*, 1984 sowie nach Lesch, Ann, *Israeli Settlement in the Occupied Territories 1967-1977*, Beitrag in *Journal for Palestine Studies (JPS)*, Nr. 25, Vol.VII, Nr.1, Beirut 1977.

mindestens langfristigen, wenn nicht dauerhaften, Besetzung der Territorien durch Israel.

Vor allem in den besetzten Golanhöhen wurden rund 15 Millionen DM allein in die Infrastruktur einer jeden Golan-Siedlung investiert.⁵⁵ Diese enormen Investitionen der zionistischen Regierungen in die einzelnen Siedlungsprojekte sprachen eine deutliche Sprache: die mittel- bis langfristige Annexion des Territoriums. Und tatsächlich wurden die Golanhöhen am 14. Dezember 1981 offiziell annektiert, nachdem man ein Jahr vorher (am 30. Juli 1980) die größte palästinensische Stadt ‚Jerusalem‘, wieder als Ausnahme in der West Bank, annektiert hat. Beide israelischen Annexionsgesetze wurden vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für nichtig erklärt.⁵⁶ Diese zionistische Euphorie wurde jedoch im von Arabern dicht besiedelten Westjordanland offensichtlich dadurch gebremst, dass alle Versuche, diese Siedlungen für Juden lukrativ zu machen, wenig Resonanz in der jüdischen Bevölkerung hervorrief, so dass im Jahre 1977 insgesamt etwa 10.000 Siedler in der West Bank lebten. Folge war, dass die staatlich stark geförderten Siedlungen insgesamt mit durchschnittlich 105 EW/Siedlung nur äußerst schwach bewohnt waren.

Anzahl der Siedlungen im Jahre 1977*		Anzahl der jüdischen Siedler*
Territorium	Anzahl der Siedlungen	
Westjordanland	48	10.000 Siedler
Gazastreifen	4	
Sinai	18	
Golanhöhen	25	
Gesamt	95	

Mit durchschnittlich etwa nur 105 EW/ Siedlung waren die israelischen Siedlungen äußerst schwach bewohnt.
* Angaben ohne Ost-Jerusalem; in der gleichen Zeit verzeichnete Ost-Jerusalem einen jüdischen Bevölkerungszuwachs von 45.000-50.000 Einwohnern.

Tabelle 2-1: Siedlungsaktivitäten des israelischen Arbeiterblocks in den besetzten arabischen Gebieten, 1967-1977.

Kurz vor den Wahlen zum israelischen Parlament im Jahre 1977, die schließlich zur historischen Machtübernahme durch den Likud-Block führten, gab die Arbeiter-Regierung unter Yitzhak *Rabin* ihre weiteren Pläne für die Besiedlung der 1967 besetzten Gebiete bekannt. Noch im Rahmen der Politik der Grenzabsicherung des Arbeiter-Blocks plante die Regierung für den nordwestlichen Teil der West Bank die Errichtung eines weiteren Siedlungsgürtels bzw. eines Siedlungsschwerpunktes, der westlich von Jenin beginnt, die Städte Tulkarm und Qalqilia einschließt, und im Latron-Gebiet (auch Sharon-Finger genannt) nordwestlich von Jerusalem endet (Karte 2-6). Dieser Siedlungsstreifen entlang der Waffenstillstandslinie von 1949, der bis zu acht Kilometer in das Gebiet der West Bank eindringen sollte, wurde zur Frontlinie der israelischen Penetration in der West Bank. Die Siedlungen in diesem Streifen wuchsen wenige Jahre später rapide, entwickelten sich zu Stadtstrukturen mitten im Herzen der West Bank und bestimmten als vollendete Tatsachen einige Jahrzehnte später die Konturen der israelischen Barriere (vgl. Kapitel 3).

Es ist zwar richtig, dass die Siedlungspolitik des Arbeiter-Blocks mehr auf die Absicherung der Grenzen setzte, dennoch hat es gegen Ende ihrer Regierungszeit einige Ausnahmen gegeben, die für das besetzte Westjordanland destruktive Folgen hatten, indem israelische Siedlungsvorposten mitten im Territorium errichtet wurden, wie etwa im wasserreichen *Dotan-Tal* südwestlich von Jenin. Im Süden wurde der *Gush-Etzion* Siedlungsblock um weitere Siedlungen vergrößert sowie die Verbindung dieses Blocks mit Jerusalem (Al-Quds) durch eine Schnellstraße über die Siedlung *Gilo* geschaffen.⁵⁷ Natürlich wurde Jerusalem (Al-Quds) zu einem besonderen Schwerpunkt des Interesses in den Plänen des Arbeiterblocks. Während man in West-Jerusalem keine bedeutenden Bauvorhaben vorsah, plante man die Errichtung von 18.000 neuen Wohneinheiten in den Vororten *Ramot*, *East Talpiot* und *Gilo* sowie zwischen den Vororten *French Hill* und *Neve Ya'acov*. Ziel war die Verschmelzung der einzelnen Vororte Jerusalems zu einer städtischen Einheit.⁵⁸

Für das Westjordanland sahen die Pläne der *Rabin*-Regierung eine intensive (mittelfristige) Siedlungsaktivität vor, die bis zum Jahre 1985 die Errichtung von insgesamt 48 neuen Siedlungen in der West Bank anstrebte, wobei der überwiegende Teil im wasserreichen nordwestlichen Bereich der West Bank und im Raum Jerusalem lag.⁵⁹ Hier sind, zumindest ansatzweise, die ersten Vorbereitungen zum späteren Verlauf der israelischen Mauer

55 Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt Ihr ... a.a.O.*, S.274

56 Die Annexion Ostjerusalems wurde mit der Resolution Nr. 478 (vom 20. August 1980), die Annexion der Golanhöhen mit der Resolution Nr. 497 (vom 17. Dezember 1981) des UNO-Sicherheitsrates für nichtig erklärt.

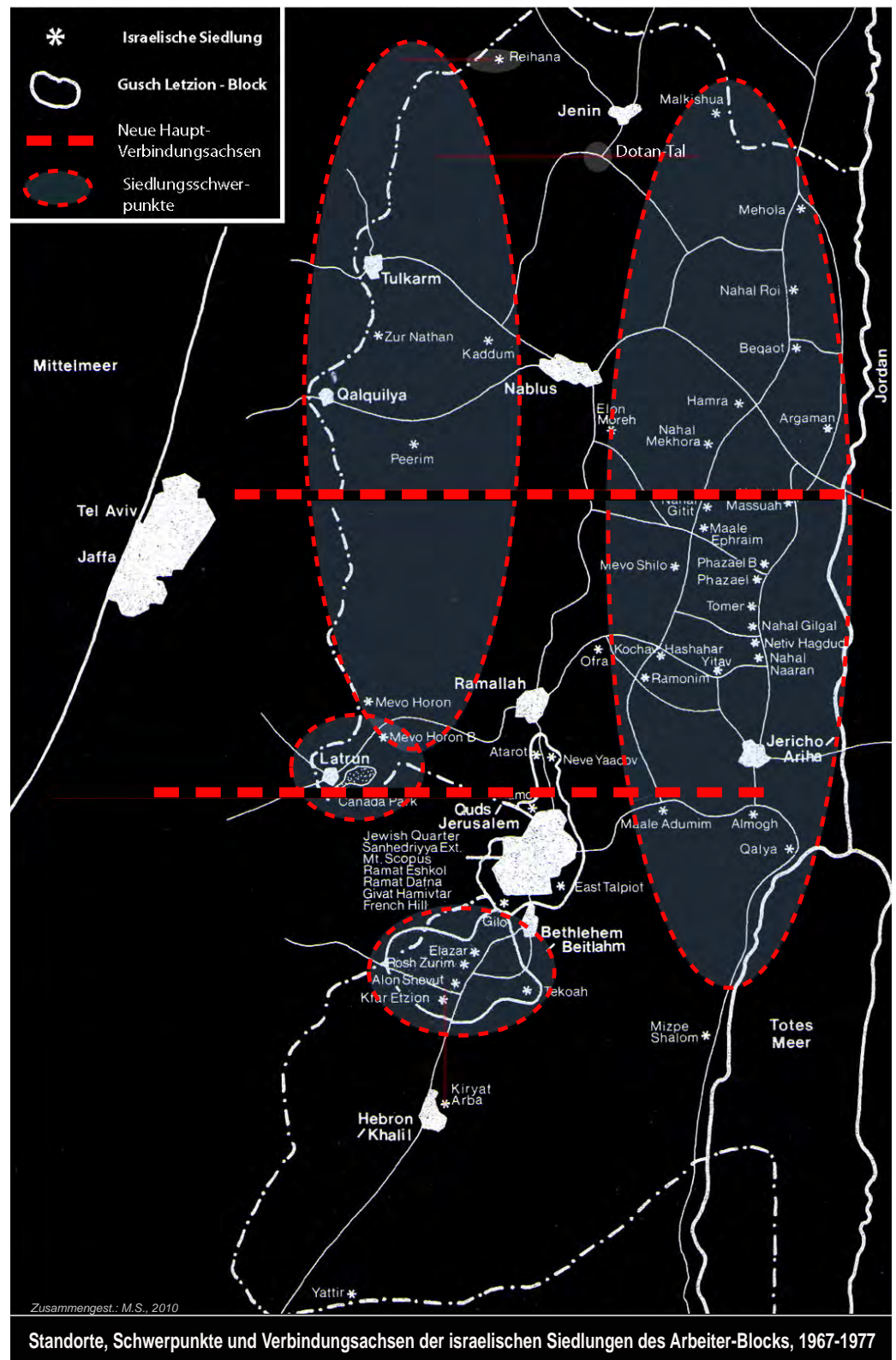
57 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt Ihr ... a.a.O.*, S.274.

58 Ebenda.

59 Ebenda.

zu erkennen, deren Idee ebenfalls aus den Reihen der Arbeiterpartei stammt (Vgl. Abschnitt 3.5.1).

Dass der *Allon-Plan* und die *Bar-Lev-Linie* auf der gleichen Doktrin basierten bzw. dem gleichen Ziel dienten, kann man aus der jeweiligen Konzeption ablesen. Während der *Allon-Plan* das Jordantal als ein *Hybrid* aus militärischer und ziviler Verteidigungszone begriff, die durch mehrere parallele Straßen geteilt war, die eine Vielzahl von militärischen Basen und landwirtschaftlichen Siedlungen aneinanderreihen, versuchte die Festung ‚*Bar-Lev-Linie*‘, mit einem militärischen Bollwerk zu erreichen, was der *Allon-Plan* mit einer Kombination aus militärischen und zivilen Mitteln zu erreichen versuchte. Man kann sagen: die *Bar-Lev-Linie* war ein *militärisches Ebenbild* des *Allon-Plans*.⁶⁰



Karte 2-5: Siedlungsschwerpunkte des Arbeiter-Blocks in der WB, 1967-1977.

60 Weizman, Eyal, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.59.

Bar-Levs Linie versus Sharons andere Geometrie der Kontrolle

Eine weitere Gemeinsamkeit der Konzeptionen (Bar-Lev/Allon) war, dass beide davon ausgingen, dass die Frontlinien, die sie schufen, eine *Stative Staatsgrenze* Israels bildeten. Und genau hier setzten die Kritiker der Arbeiter-Block-Strategie an, angeführt von Ariel Sharon. Sie wählten diese Vorgehensweise, obwohl die *Rabin*-Regierung die neuen Pläne für die besetzten Gebiete vorstellte. Sicherlich spielte die politische Atmosphäre in Israel eine wichtige Rolle, in der der Arbeiter-Block vom Diskurs seiner Grenzarchitektur leicht abwich, um in die bewohnten Bereiche der besetzten Gebiete einzudringen. Und die rechtsradikale Konkurrenz der zionistischen Revisionisten (aus deren Reihen waren später viele Likud-Pioniere) war eine ernstzunehmende politische Herausforderung, da diese inzwischen stärker wurden und eine härtere und aggressivere Siedlungs- und Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten forderten und dies auch mit ihrem Wahlgewinn bzw. Machtübernahme erzwangen. Die Arbeiter-Regierung unter *Rabin* versuchte mit den oben genannten Plänen die politische Lage unter Kontrolle zu halten und übernahm mit der Intensivierung des Siedlungsbaus im Herzen der West Bank mehr oder weniger die Ideen radikaler Gruppen in Israel.

Ariel Sharon war zu dieser Zeit ein scharfer Kritiker der *Bar-Lev-Linie*. Er hielt sie für strategisch wertlos, da sie Israel in einen Stellungskrieg zwang und nur mangelnde strategische Tiefe möglich machte. Nicht nur Sharon war gegen die *Bar-Lev-Linie*, sondern auch *Ben-Gurions* politische Gegnerin *Golda Meir*, die den Suezkanal besetzt halten wollte, um politisch in der Lage zu sein, Ägypten aus der Position der Stärke heraus einen Frieden nach Israels Maß zu diktieren. Als Premierministerin sollte sich *Golda Meir* in den kommenden Jahren die eiserne politische Linie der zuvor erwähnten *substanziellen Grenzverschiebungen* zu Eigen machen und umsetzen.

Sharon und seine Mitstreiter entfachten mit ihrer Kritik der *Bar-Lev-Linie* die erste Generaldebatte innerhalb der israelischen militärischen Führung bezüglich des Verteidigungskonzepts Israels. Seine Argumente in dieser Debatte polarisierten sich zunehmend in *geometrischen Begriffen*, so lange bis die Verteidigungsvorschläge in zwei räumlichen Modellen verkörpert und in einem gewissen *Plan Sirius* skizziert wurden (Karte 2-6): Eine *lineare Befestigungsanlage* (Bar-Lev-Linie) und eine *dynamische Verteidigung*, eingestuft in einem Netzwerk aus so genannten „Strongpoints“⁶¹ in der territorialen Tiefe des eroberten Sinai. Sharon kritisierte den *Stativen* Charakter der Bar-Lev-Linie und forderte die Militärführung dazu auf, diese mit einem ‚flexiblen System der Verteidigung in strategischer Tiefe‘ zu ergänzen. Dieses System sollte, nach Sharons Vorstellung, eine Vielzahl von zerstreuten und unabhängigen strategischen militärischen Stützpunkten einschließen, die weit weg von der Frontlinie auf Berghöhen des Sinai platziert werden und zusammen ein Netzwerk bilden.

Mit seinem Plan wollte Sharon eine Maximierung des visuellen Zusammenwirkens dieser Punkte als Feuer- und Bewegungslinien quer durch das Terrain erreichen, so dass sie im Falle eines feindlichen Angriffs sich gegenseitig helfen könnten. Sie sollten konzeptionell für die israelische Armee bequem erreichbar sein, und zugleich das Attackieren der Flanken des Feindes und deren Umzingelung ermöglichen.⁶²

Der Sirius-Plan skizzierte eine ‚militärische Matrix‘⁶³ der Verteidigung, nicht nur entlang einer Frontlinie (Suezkanal), sondern auch in der geographischen Tiefe (Sinai). Sharon konnte dem Generalstab der IDF von seinem Plan für den Sinai nicht überzeugen, jedoch fand er das zuvor eroberte Territorium der West Bank als geeignetes Ziel zur Umsetzung seines Plans: in seiner Rolle als Direktor des militärischen Trainings war er in der Lage, viele Bauten und Trainingslager unter seinem Kommando mitten in der Tiefe der ganzen West Bank zu platzieren. Zudem sah Sharon in den militärischen Anlagen die *erste Stufe* der Beherrschung und Einverleibung der großen besetzten Territorien. Die Militäranlagen waren für Sharon eine *Urzelle* der späteren zivilen Besiedlung der Gebiete, deren Layout und Infrastruktur sollten für ihre zivile Kolonisation durch Siedlungen eingesetzt werden.⁶⁴

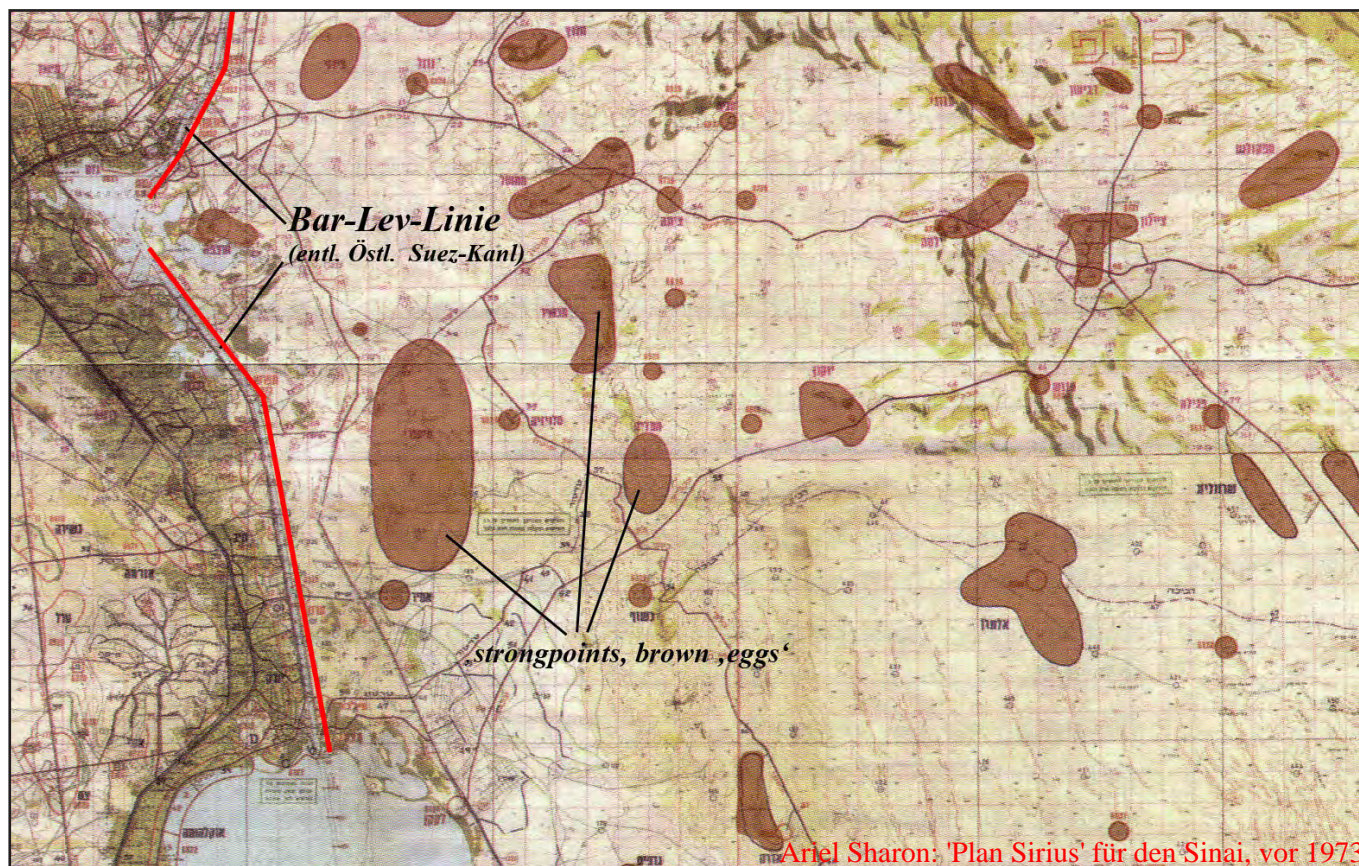
Seine Kritik galt auch dem Allon-Plan, da dieser auf dem gleichen Gedankengut basierte und dem israelischen Staat eine für ihn unerwünschte Grenze schaffen könnte. Das lehnte *Sharon* ab, selbst wenn der Allon-Plan einen Palästinenserstaat definitiv ablehnte und eine Gebietsrückgabe nur an Jordanien vorsah.

61 Sharons Bezeichnung dieser Anlagen als ‚Strongpoints‘ sollte eine Differenzierung zum Begriff ‚Strongholds‘ (militärische Stützpunkte) darstellen. Er wollte den punktuellen und elastischen Charakter dieser Stützpunkte bzw. ihre dynamische Schlagkraft betonen.

62 Weizman, Eyal, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.62.

63 Ebenda, S.64.

64 Chanoff, David, *Warrior. The Autobiography of Ariel Sharon*, New York: Simon & Schuster, 2001, S.219.



Karte 2-6: Sharons ‚Plan Sirius‘, vor 1973 – Flexibles Verteidigungssystem in der territorialen Tiefe.

Ariel Sharon und seine nationalistischen Mitläufer verfolgten völlig andere Ziele. Der ideologische Grundsatz der Nationalisten (genannt: zionistische Revisionisten) war und ist heute noch, auf keinen Fall eroberte Gebiete an Nichtjuden zurückzugeben oder gar zu verkaufen. Die Expansionsfreiheit des israelischen Staates könne nur mittels *elastischer Geographie mit ausdehnbaren Grenztopographien* aufrechterhalten werden. Die Grenze darf nie fixiert werden, sie muss immer ausdehnbar und flexibel bleiben. Hier liegt der Kern des Unterschiedes zwischen dem Arbeiterblock und dem Likud-Block in Bezug auf die Kolonisierung der West Bank. Sharons Linie setzte sich jedoch siegreich in dieser Debatte durch und seine flexiblen Befestigungsanlagen bestimmen bis heute doktrinär die Siedlungsarchitektur in den besetzten Gebieten.

Mythischer Raum ‚Grenze‘ – die Schaffung einer ‚neuen jüdischen Nation‘

Israel und das amerikanische Experiment im Mittleren Westen

Es muss hierbei gesagt werden, dass das israelische Siedlungsprojekt in den 1967 besetzten arabischen Gebieten, so wie wir es heute in seinem verheerenden Ausmaß kennen, von Anfang an mit einer Person eng verbunden war: Ariel Sharon. Er gilt nicht nur als der Patron der Siedlungen in den besetzten Gebieten, sondern auch als der radikale Strategie, der den Diskurs des Siedlungsbaus, aus seinen vielen politischen und militärischen Ämtern heraus, wesentlich mitbestimmte. Er wurde im Laufe seiner militärischen Karriere zum israelischen ‚*Mythos der Grenze*‘⁶⁵, der die Überschreitung aller Arten von Linien und Grenzen feierte. Für Israel, ähnlich wie für seinen Vorgänger USA ein mythischer Raum, der den Charakter und die Organe der jüdischen Nation *formt*. Er ist ein Laboratorium für die Entstehung von und das Experimentieren mit neuen räumlichen Strategien und territorialen Formen. Zwischen 1948 und 1967 schuf der israelische Staat eine Serie von ‚rhetorischen und institutionellen Mechanismen‘, die die Grenzregionen als das symbolische Zentrum der Nation und ‚Laboratorium‘ für die Schöpfung eines *neuen Juden* präsentierten.⁶⁶

In diesem Kontext ist der Vergleich mit der Expansion in und Besiedlung von Nordamerika durch die europäischen Siedler und der Entstehungsgeschichte von dem was man heute als ‚die Vereinigten Staaten von Amerika‘ kennt, gar nicht abwegig. Das *Frontier* spielte eine wesentliche Rolle in der amerikanischen Geschichte bzw. in

65 Adriana Kemp: ‚Border Space and National Identity in Israel‘, *Theory and Criticism, Space, Land, Home, On the Normalization of a ‘New Discourse‘*, issue no. 16, Spring 2000, p. 282, in: Weizmann, Eyal, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.63.

66 Ebenda.

der ‚Formung‘ der US-amerikanischen Nation. Der amerikanische Historiker *F. J. Turner*⁶⁷ veröffentlichte 1893, zeitgleich zur Chicago-Weltausstellung, sein berühmtes Essay ‚*The Significance of the Frontier in American History*‘ und entwickelte damit seine *Frontier-These*, die bis heute einflussreich geblieben ist.

Als *Turner* sein Essay schrieb, hat sich Chicago von einem Dorf mit 100 Einwohnern im Jahre 1830 zu einer Metropole mit einer Einwohnerzahl von mehr als einer *Million* im Jahre 1890 entwickelt. Das rapide Wachstum dieser Stadt und der damit verbundene territoriale und demographische Transformationsprozess zeigt sich in den Statistiken zwischen 1880 und 1890 am deutlichsten: die Einwohnerzahl in jenem Jahrzehnt hat sich von 0,5 Millionen auf 1,1 Millionen mehr als verdoppelt.

<i>Chicago: Einwohnerzahlen 1830-1900</i>		CHICAGO und Die Bedeutung des FRONTIERS in der amerikanischen Geschichte <i>Quelle: United Census Bureau</i>
Jahr	Einwohnerzahl	
1830	100	
1840	4.470	
1850	29.963	
1860	112.172	
1870	298.977	
1880	503.185	
1890	1.099.850	
1900	1.698.575	

Tabelle 2-2: Chicago – Einwohnerzahlen 1830-1900.

Turners Frontier-These entstand zum Anlass einer amtlichen Bekanntmachung der Statistik von 1890, in der die signifikante Aussage erschien, dass das Land im Zuge der Expansion bis einschließlich 1880 eine Siedlungsgrenze hätte, die man immer wieder überschreiten konnte und territorial weiter expandierte. 1890, so die Statistik, würde aber das unbesiedelte Land von isolierten Massen von Kolonien (so genannten Siedlungstaschen) dermaßen aufgebrochen, dass man kaum sagen könnte, dass ein Frontier noch existierte. Im Rahmen der Debatte über ihre Ausdehnung, ihre Bewegung westwärts, etc., könne sie daher keinen Platz mehr in den statistischen Berichten haben. Für *Turner* markierte dieses offizielle Statement die ‚*Auflösung*‘ einer großen historischen Bewegung, denn bis zu jenem Tag war die amerikanische Geschichte, so *Turner*, zu einem hohen Grad die Geschichte der *Kolonisation des großen Westens* gewesen und die Existenz freier Landflächen, die fortdauernde Rezession des okkupierten Landes und die Zunahme amerikanischer Ansiedlung gen Westen, begründen Amerikas Entwicklung.⁶⁸ Hier liegt die Kernaussage von Turners These. Diese Grenzverschiebung durch den Vormarsch der Siedler verformte ebenso den Charakter sowie die Institutionen der Amerikaner und ermöglichte ihnen die Bewegungsfreiheit, der örtlichen Kontrolle zu entkommen und den einfachen Menschen, das eigene Schicksal zu bestimmen und in Freiheit zu leben.

Kritiker der These *Turners* greifen diese vor allem deswegen an, da *Turner* im Zuge seiner Argumentation den zivilisatorischen Vormarsch verherrlichte und dabei Ausrottung der indigenen Indianerstämme im Namen der Demokratisierung de facto begründete. Er meinte, das Frontier sei die fortgeschrittene Kante der Amerikanisierungswelle, der Schnittlinie zwischen Barbarei und Zivilisation. Der weiße Mann musste die Wildnis und die Wilden zuerst meistern, um das Land transformieren zu können. Und Tatsache ist, dass das neue Produkt dieses Transformationsprozesses nicht europäisch sondern amerikanisch. Am Anfang war das Frontier die atlantische Küste. Es war faktisch eine Grenze zu Europa. Indem sich die Grenze im Prozess der Kolonisierung immer mehr westwärts bewegte, wurde sie mehr und mehr amerikanisch. Daher bedeutete die Entwicklung der amerikanischen Grenze westwärts auch eine stetige Bewegung weg vom Einfluss Europas bzw. eine stetige Zunahme der Unabhängigkeit an den amerikanischen Linien. Genau das macht das westliche Frontier so einzigartig und signifikant für die politische und sozioökonomische Entwicklungsgeschichte der

67 Frederick Jackson Turner (1861-1932) legte mit seiner berühmten These „The existence of an area of free land, its continuous recession, and the advance of American settlement westward explain American development“ das Fundament für die moderne Studie des amerikanischen Westens und präsentierte damit eine Frontier-These, die bis heute einflussreich ist.

68 Vgl. F. J. Turner, *The Frontier in American History*, Ausgabe 1962, Verlag Holt, Rinehart and Winston, New York / Chicago / San Francisco / Toronto / London, S.1-4; siehe auch Hirst, Paul, *Space and Power ... a.a.O.*, S.78.

USA.⁶⁹

Viele wundern sich über die Natur und Festigkeit der Beziehungen zwischen dem hebräischen Staat und der Supermacht USA, die auf einer beinahe bedingungslosen Unterstützung Israels durch die USA basiert. Diese kann man keineswegs allein mit dem Interessenspiel der Länder, aber auch nicht mit der Rolle des regionalen Agenten (Aufpassers) erklären. In Wahrheit ist diese Beziehung eine alte starke kulturelle Bindung theologischer Natur, die bereits seit der Gründung des Staates existiert und, die erst mit dem israelischen Sieg gegen die Araber im Juni 1967 ihre *strategische Tiefe* bekam. Denn dieser Sieg hatte zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges eine symbolträchtige Überlegenheit des US-amerikanischen (westlichen) Waffenarsenals gegenüber dem *Sowjetischen* in sich getragen. Die israelische Armee entschied diese Schlacht für das westliche Lager und manifestierte sich als eine wichtige *strategische Macht* für den Westen in der Region. Erst nach Juni 1967 konnte man von einem US-amerikanischen Verstehen der Tiefe und Ernsthaftigkeit der möglichen israelischen Rolle sprechen. Bis dahin war Israel zu seinem eigenen Überleben auf die Hilfe anderer Supermächte, nicht als Partner sondern viel mehr als Fortsetzung des europäischen Kolonialismus, angewiesen. Nach der Suezkrise 1956 wurde der Rückgang der bisherigen Mächte Großbritannien und Frankreich bzw. der Aufstieg der neuen Macht USA sichtbar. Israel versuchte bis Mitte der 1960er Jahre, der neuen Macht von seiner strategischen Hauptrolle zu überzeugen. Der Sieg im Juni 1967 sowie der Erfolg in der Bildung eines anti-arabischen und folglich anti-sowjetischen Beziehungsnetzes um die Welt (die Türkei des Militärs, der Iran des Schah, Äthiopien des Haile Selassie, Südafrika, ...) überzeugte schließlich die USA unter *Lyndon B. Johnson* von der strategischen Wichtigkeit Israels für den Westen.

Dieser Erfolg eröffnete dennoch weite Horizonte und Möglichkeiten für versteckte sanfte kulturelle Kräfte, die nach den *theologischen* Prinzipien der Siedlerbewegung in den USA erzogen wurden, ihren Einfluss in der Gesellschaft auszuweiten und folglich dem politischen Diskurs des Landes, wenigstens was den Nahen Osten betrifft, wesentlich mitzubestimmen. Diese Kräfte waren bereit, eine Allianz mit Israel aufzunehmen, das sich ideologisch-politisch gleich wie sie artikuliert. Seit dem ersten Basler Kongress im Jahre 1897 wurden einige Konferenzen von US-amerikanischen Zionisten und Sympathisanten aus den intellektuellen Kreisen sowie aus dem Mittelstand an der Ostküste gehalten. Sie hatten jedoch bis Mitte der 1960er Jahre nur einen beschränkten Einfluss auf die Politik der USA. Die Siedlerbewegung der USA – vor allem an der Ostküste, die eine traditionsreiche Ausdehnung der Grenze gen Westen hat – hatte in ihrem Diskurs ins neue Land, gemäß dem anglo-sächsischen Protestantismus, die alte jüdische Siedlungssprache des Alten Testaments benutzt, um ihre überwiegend grausame Vorgehensweise mit Land und Leute zu legitimieren. Sie adoptierte talmudische *erlöserische* Begriffe wie ‚das jungfräuliche Land‘, bzw. ‚das Land der Verheißung‘. Sie propagierte im gleichen Zug einen Umgang mit den indigenen Indianern Nordamerikas wie den biblischen Umgang mit den Kanaanitern und anderen Völkern im Land Palästina – jene Völker, die zur Vernichtung durch die Israeliten vorgesehen waren⁷⁰ – und gab folglich den Siedlern den religiösen Anlass und Ansporn zugleich für ihre Gräueltaten gegen die ungläubigen indigenen Bewohner des neuen Landes.

In diesem Sinne geschah eine völlige kulturelle und ideologische Übereinstimmung zwischen dem biblischen Land und dem neuen Land am anderen Ende des Globus, selbst in den benutzten Namen: New Jerusalem, New Bethlehem, usw. Sobald sie das neue Land eroberten, wurden biblische Namen für die neuen Territorien verwendet und eine biblische Mission nahm ihren Anfang. Die Kolonisierung des neuen Landes und die Raumproduktion für die Neo-Israeliten legitimierten die *historische Aufgabe* der Erlösung der Menschen durch die Vernichtung oder wenigstens Versklavung der Neo-Kanaaniter. Diese Ideologie und Sichtweise kam mit dem Sieg Israels im Junikrieg 1967 und der Eroberung des eigentlichen Heiligen Landes (Westjordanland) an die Oberfläche. Die Ablehnung des geschichtlichen Laufes Israels von Seiten der Nordamerikaner würde bedeuten, den Verlauf der eigenen Geschichte in Frage zu stellen.

69 F. J. Turner, *The Frontier in American ... a.a.O.*, S.4.

70 „Wenn der Herr, dein Gott, dich in das Land geführt hat, in das du jetzt hineinziehst, um es in Besitz zu nehmen, wenn er dir viele Völker aus dem Weg räumt - Hetiter, Girsaschiter und Amoriter, Kanaaniter und Perisiter, Hiwiter und Jebusiter, sieben Völker, die zahlreicher und mächtiger sind als du -, wenn der Herr, dein Gott, sie dir ausliefert und du sie schlägst, dann sollst du sie der Vernichtung weihen. Du sollst keinen Vertrag mit ihnen schließen, sie nicht verschonen und dich nicht mit ihnen verschwägern. Deine Tochter gib nicht seinem Sohn und nimm seine Tochter nicht für deinen Sohn! Wenn er deinen Sohn verleitet, mir nicht mehr nachzufolgen, und sie dann anderen Göttern dienen, wird der Zorn des Herrn gegen euch entbrennen und wird dich unverzüglich vernichten. So sollt ihr gegen sie vorgehen: Ihr sollt ihre Altäre niederreißen, ihre Steinmale zerschlagen, ihre Kultpfähle umhauen und ihre Götterbilder im Feuer verbrennen. Denn du bist ein Volk, das dem Herrn, deinem Gott, heilig ist. Dich hat der Herr, dein Gott, ausgewählt, damit du unter allen Völkern, die auf der Erde leben, das Volk wirst, das ihm persönlich gehört“, das 5. Buch Moses 7, (siehe: http://www.bibelserver.com/index.php?mode=text&ref=Dtn7%2C1&trl_esig=EU&language=de&gw=go#/text/EU/5.Mose7).

Sondereinheit 101 – staatlich abgesegnetes Killerkommando

Bereits in den Anfängen des zionistischen Staates wurde der Begriff ‚*Grenzüberschreitung*‘ in seinem umfassenden Sinne für die Zionisten eine Selbstverständlichkeit. Wenn man Grenzen überschreitet, ist das im geopolitischen Sinne auch ein Akt der Ignoranz und der Verwischung von Staatsgrenzen bzw. von Abgrenzungen, die sie zwischen ‚innerhalb‘ und ‚außerhalb‘ der politischen Entität schaffen. Es war der israelische Premierminister Ariel Sharon, der die völkerrechtswidrigen so genannten ‚*außergerichtlichen Liquidations-Sondereinheiten*‘ in den besetzten Gebieten förderte, um palästinensische Aktivisten gezielt zu töten. Für den ‚*Warrior*‘⁷¹ Sharon war das Nichts Neues: ihm wurde – als junger Offizier – auch die Leitung der 1953 von Ben-Gurion gebildeten berüchtigten israelischen ‚*Sondereinheit 101*‘ betraut, die die Hauptaufgabe hatte, Abschreckungsoperationen tief im Feindesland und ohne Rücksicht auf zivile Opfer zu unternehmen – quasi ein staatlich abgesegnetes *grenzüberschreitendes Killerkommando*. Die Einheit, die unabhängig von der israelischen parlamentarischen Kontrolle operierte, überschritt und verdrehte, bereits in den ersten Monaten ihrer Entstehung, Grenzen verschiedenster Art⁷²:

1. *Geopolitisch* waren ihre militärischen Operationen grenzüberschreitend;
2. *hierarchisch* folgten ihre Mitglieder keinen Befehlen oder militärische Richtlinien und operierten oft auf eigene Initiative;
3. *disziplinarisch* trugen ihre Mitglieder keine Uniform, waren arrogant, intolerant und nahmen militärische Befehle als höfisch altmodisch und bürokratisch wahr; und
4. *rechtlich* verletzte die Natur ihrer Operationen und ihre ungeheuerlichen Missachtung von zivilem Leben das israelische sowie das internationale Gesetz.

Der Akt der Abschreckung, den die ‚*Einheit 101*‘ innehatte, richtete sich hauptsächlich gegen zivile Opfer in Grenzgebieten, wie dem jordanischen Grenzdorf *Qibia* (östlich von Jerusalem), das im Jahre 1953 von der ‚*Einheit 101*‘ angegriffen wurde und 69 seiner zivilen Bewohner grausam in ihren brennenden Häusern ums Leben kamen, da sie ihr Dorf nicht evakuieren wollten.

Wie man im Folgenden sehen wird, war Sharon eine Zentralfigur in der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Aber umso bedeutender wurde seine Arbeit in den folgenden Jahren nach dem Wahlsieg der Likud im Jahre 1977. Denn ab diesem Zeitpunkt begann die zweite Etappe der Siedlungspolitik und Sharon, der den ‚*Mythos des Frontiers*‘ personifizierte⁷³, konnte beinahe unbehindert seine radikalen Ideen in der West Bank durchsetzen. Die Subtilität der Planung erreichte neue Dimensionen, die bis heute eine uneingeschränkte Machtdemonstration angriffslustiger Politiker des israelischen rechten Flügels darstellt und die rücksichtslos alle denkbaren Grenzen niederwalzt.

2.2.2 Zweite Etappe (ab 1977) – Siedlungsstrategie der Likud, WZO, und ‚Gush-Emunim‘

In dieser Etappe wurde der Bau von jüdischen Siedlungen in der West Bank vom regierenden Likud-Block dominiert. Bestimmende Generalpläne, die als Leitlinie der Siedlungspolitik des rechten Likud-Blocks in Zusammenarbeit mit der Gush-Emunim- Bewegung dienten, waren der *Drobless-Plan* von 1977 (benannt nach *Matitiahn Drobless*) sowie der *Sharon-Plan* von 1981 (benannt nach *Ariel Sharon*).

Nach der Machtergreifung der konservativen Likud-Partei (1977) kam es in Israel zu einer bedeutenden Änderung im Kolonisierungsprozess in den besetzten palästinensischen Gebieten. Von nun an wurde der Siedlungsplan der Gush-Emunim-Bewegung zur offiziellen Siedlungspolitik der zionistischen Weltorganisation. Dieser Plan forderte die Gründung von etwa 60 neuen Siedlungen in den zentralen Bergen und in den westlichen Gebirgsausläufern des Westjordanlandes auf.

Diese Gush-Emunim-Strategie, die wenig später durch den Drobless-Plan (unten) klar artikuliert wurde, ver-

71 Bezeichnung aus Chanoff, David, *Warrior ... a.a.O.*

72 Vgl. Weizmann, Eyal, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.63.

73 Ebenda.

folgte genau definierte Ziele, die Schritt für Schritt erreicht werden sollten:⁷⁴

1. Eine dichte Kette von jüdischen Siedlungen in den zentralen Bergen würde eine zuverlässige Barriere bilden, die einer starken und einheitlichen arabischen Front im Osten, die Israel bedrohen könnte, im Wege stehen;
2. Diese Siedlungsbarriere würde den jüdischen Siedlern des Jordangraben, die die erste israelische defensive Mauer im Osten bildeten, ein Gefühl der Sicherheit geben und würde die Situation verhindern, dass diese sich durch *feindliche* Bevölkerung vom Osten und Westen bedrängt;
3. So genanntes Staats- und unkultiviertes Land in der West Bank und im Gazastreifen sollten sofort beschlagnahmt werden. Die Flächen *zwischen* und *ringsum* den palästinensischen Agglomeraten sollten dann jüdisch besiedelt werden, um die Möglichkeit der Gründung eines anderen arabischen Staates in dieser Region auf ein Minimum zu reduzieren. So würde es für die Palästinenser schwierig sein, eine territoriale Kontinuität und eine politische Einheit zu bilden, wenn ihr Territorium durch jüdische Siedlungen fragmentiert sein würde.

Ariel Sharon und der Likud-Block entwickelten eine grundlegend andere Strategie für die Besiedlung der Territorien. Deren Idee bestand darin, „das besetzte Terrain der besetzten West Bank so zu verkomplizieren“⁷⁵, dass das Territorium durch keine nachfolgende Regierung wieder zwischen Arabern und Juden aufgeteilt werden konnte. Die ‚Erzeugung räumlicher Komplexität‘ hätte zur Folge, dass keine ‚zusammenhängende Gebiete‘ mehr herstellbar sind.

Der Drobbles-Plan, 1977: die Verfeinerung der Siedlungskonzeption, 1977

Im September 1977 wurde *Ariel Sharon* zum Landwirtschaftsminister unter Premierminister *Menachem Begin* ernannt. Er hatte gleich nach Amtsantritt an der Umsetzung seiner Ideen im Sinai gearbeitet. Es existierten bereits aus der Labour-Ära etwa 48 israelische Siedlungen in der West Bank, die jedoch weiträumig verteilt waren. Diese Situation musste nach Sharons Vorstellung geändert werden. Denn seine *Urzellen*, obwohl immerhin existent, waren für ihn qualitativ weder von ihrem Umfang her noch von der Art ihrer Verortung zufriedenstellend. Viele der damaligen Siedlungen konnten aus ihren jeweiligen isolierten Lagen mitten im *Feindesland* die von Ariel Sharon gewünschte Aufgabe nicht ganz erfüllen, nämlich dass sie konzeptionell als Urzellen des militärischen Handelns und der Expansion agieren könnten.

Sharon wusste, dass dieses Wunschcharakteristikum einer nach internationalem Recht illegalen *militärisch* konzipierten *zivilen* Siedlung, deren Hauptaufgabe es ist, auf fremdem Feindesland zu expandieren, zwei Grundvoraussetzungen erfüllen musste: (1) eine militärische defensive sowie offensive Stärke und (2) die schnelle Erreichbarkeit von Unterstützung aus den anderen benachbarten Siedlungen, weil so eine einzelne Zelle, so stark sie auch sein mag, aus der Position der Isolation hinaus zeitlich nicht uneingeschränkt gegnerische Angriffe überleben kann.

Sharon proklamierte noch 1977 – als Landwirtschaftsminister – seine Grundthese über die Siedlungspolitik der Likud und gab die Devise aus, in fünf Regionen der West Bank⁷⁶, statt weiträumig verteilte Siedlungen regelrechte ‚*Verbundsysteme*‘ israelischer Siedlungen anzulegen. Diese Siedlungssysteme sollten die israelischen Siedlungen aus ihrer zumeist isolierten Lage herausbringen, sie in Komplexen mehrerer Siedlungseinheiten organisieren und somit die räumlichen Voraussetzungen für eine Festigung der zionistischen Strukturen in der West Bank anlegen.⁷⁷ Sharons ‚Strongpoints‘ erhielten somit einen territorial zusammenhängenden Kontext mitten im Herzen des palästinensischen Landes. Dieses Netzwerk verschlang nicht nur enorme Flächen des besetzten Westjordanlandes. Die Verbundsysteme funktionieren darüber hinaus entsprechend der Natur ihres Daseins als Basen zu weiteren Expansionen innerhalb der West Bank.

Ende der 1970er Jahre skizzierte *Sharon* seine Ideen über diese ‚Strongpoints‘ auf den Hügeln der West Bank. Er erstellte eine Art Ideen-Rahmenplan, auf dem er die Stellen markierte, die zu besetzen waren und von de-

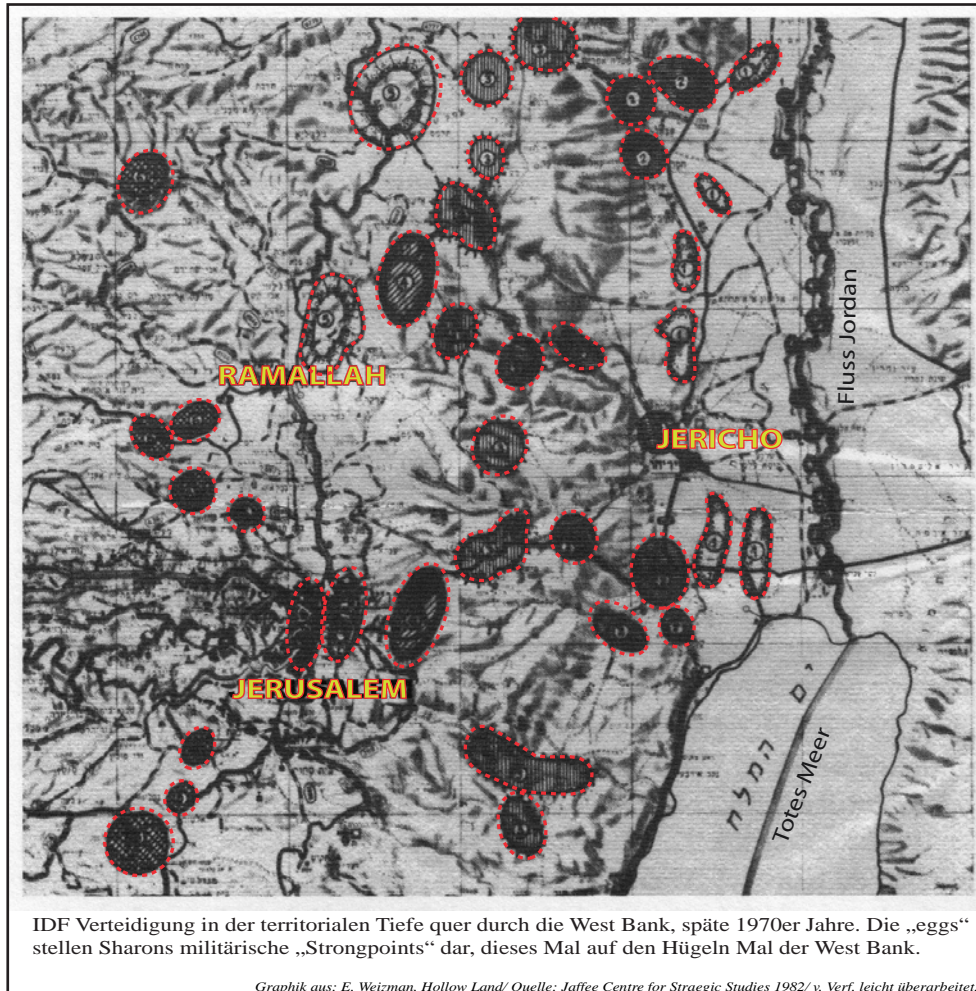
⁷⁴ Matitiahn Drobbles: Settlement in Judea and Samaria, WZO, Jerusalem, September 1980, p.3, in: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.52.

⁷⁵ Eyal Weizman in: ‚AnArchitektur‘ Nr. 06, Februar 2003, S.4.

⁷⁶ Laut Meron Benvenisti (*The West Bank Data Project ... a.a.O.*) handelte es sich um die Regionen ‚Binyamin‘ (Ramallah/Bireh), ‚Har Hebron‘ (Khalil und Umgebung), ‚Gush Etzion‘ (Betlehem); ‚Shamron‘ (Nablus, Jenin, Tulkarm), ‚Jordantal‘, neben Jerusalem. Vgl. auch Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt Ihr ... a.a.O.*, S.289.

⁷⁷ Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt Ihr ... a.a.O.*, S.288-289.

nen aus der Expansionsprozess starten sollte – eine israelische Strategie der militärischen Penetration in der West Bank. Karte 2-7 stellt einen Ausschnitt des Sharon-Rahmenplans dar, der diese ‚Strongpoints‘ im Raum Jerusalem/Ramallah zeigt. Die so genannten ‚Eggs‘ – militärisch präzise und subtil verortet – umzingelten die palästinensischen Zentren bzw. durchschnitten ihre Wege zueinander. Diese militärischen Ideen, einst für den flächenmäßig große (61.000 Km²) aber fast menschenleere Sinai gedacht, sollten nun mitten im palästinensischen Lebensraum des dicht besiedelten Westjordanlandes umgesetzt werden, deren Gesamtfläche (5.800 Km²) nur ein Zehntel (10%) der Fläche des Sinai ausmacht.



Karte 2-7: Sharons ‚Strongpoints‘ auf den Hügeln der West Bank, Ende 1970er Jahre.

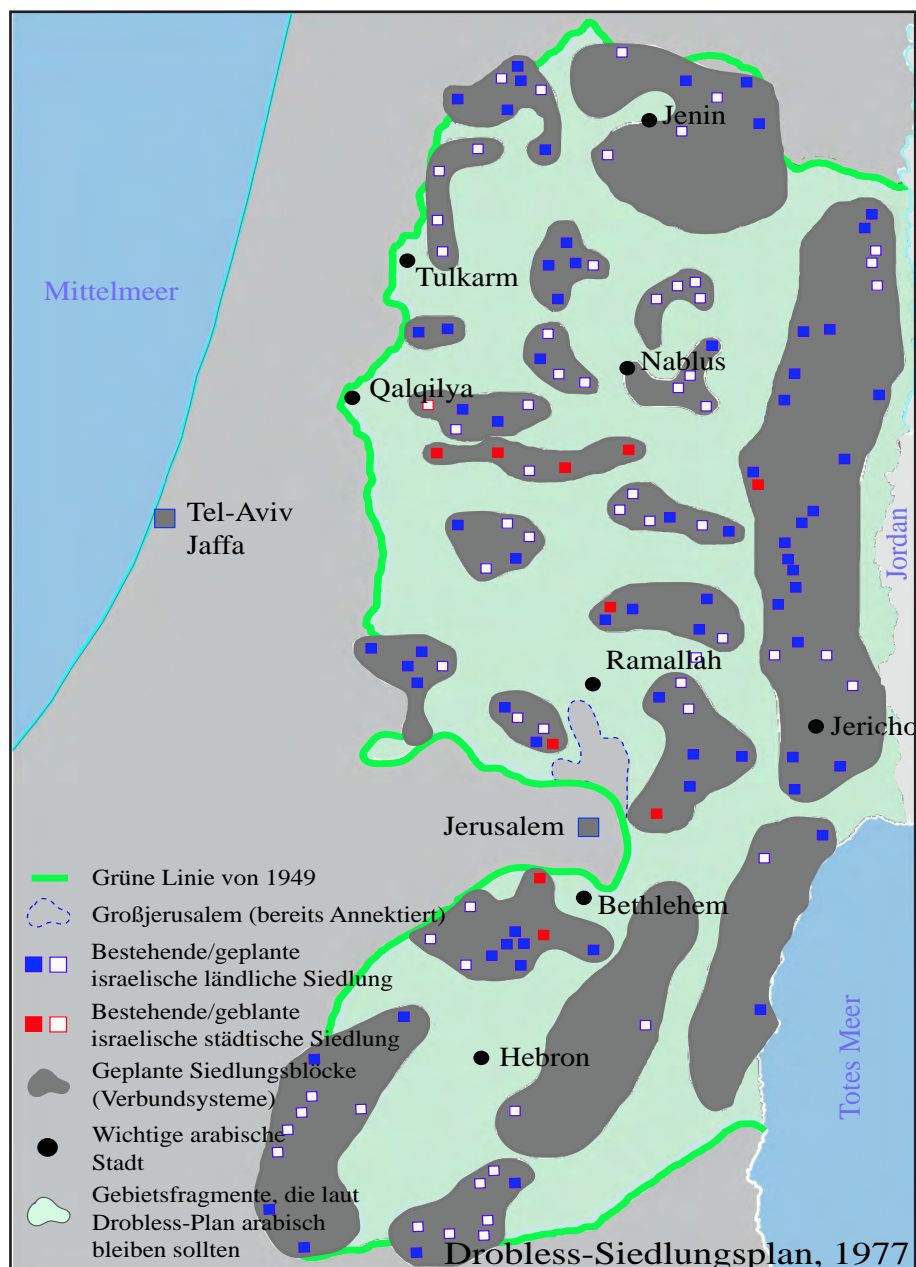
Dass diese böartigen Pläne nicht nur ein schlechter Witz waren, mussten die Palästinenser sehr bald feststellen, als 1978 die Ideen Ariel Sharons das Interesse der Zionistischen Weltorganisation (WZO) weckte und diese sich bereit erklärte, deren Umsetzung zu unterstützen. Mit Hilfe der WZO sollten die Ideen Ariel Sharons von einem Konzept zu einem Plan entwickelt werden, der bis zum heutigen Tage systematisch umgesetzt wird: den *Drobless-Plan* (Karte 2-8). Aus den wahnwitzigen Ideen Sharons wurde in der Tat eine neue bittere Realität und eines der schlimmsten Kapitel des Konfliktes nahm damit seinen Anfang.

Matitiahn Drobless, Leiter der WZO-Siedlungsabteilung verfeinerte gemeinsam mit Vertretern des Landwirtschaftsministeriums und von der Siedlerbewegung ‚Gush-Emunim‘ Sharons Konzept und entwickelte den nach ihm benannten Plan, der eine weit reichende Besiedlung der besetzten Gebiete vorsah. Die Quintessenz des Drobless-Plans war die Schaffung der sogenannten *Verbundsysteme*. Ein Verbundsystem ist ein Zusammenschluss mehrerer Siedlungseinheiten in Siedlungsblöcke, mindestens zwei Siedlungsblöcke schließen sich zusammen und bilden dann ein Verbundsystem.

Die Siedlungsstrategie des Drobless-Plans baute konzeptionell auf drei Tragsäulen, die die Ziele der WZO bzw. der Gush-Emunim-Bewegung in der West Bank verwirklichen sollten:⁷⁸

⁷⁸ Matitiahn Drobless, *Settlement in Judea ... a.a.O.*, in: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.52/53.

1. Die *erste Säule*: Die Situation verhindern, dass irgendeine Siedlung isoliert gelassen werden wird, weder ökonomisch noch sicherheitstechnisch. Daher Sollten neben jeder existierenden Siedlung neue Siedlungen errichtet werden, so dass Siedlungsgruppen aus jeweils mehreren Siedlungen zu soliden Siedlungsblöcken geformt werden könnten;
2. Die *zweite Säule*: Die künftige Entwicklung einzelner Verbundsysteme zu städtischen Siedlungen; und
3. Die *dritte Säule (Zeitplan)*: Die meisten jüdischen Siedlungen würden zunächst als ländliche Gemeinden errichtet. In den kommenden 5 Jahren [ursprünglich: 1979-1984, Zeitplan wurde später jedoch geändert in 1980-1985 und dann in 1981-1986] sollten 12-15 ländliche und städtische Siedlungen pro Jahr errichtet werden, so dass 60-75 zusätzlichen jüdischen Siedlungen in der West Bank hinzu kämen und die Zahl der jüdischen Siedler dort auf 100 bis 120 Tausend wachsen würde.

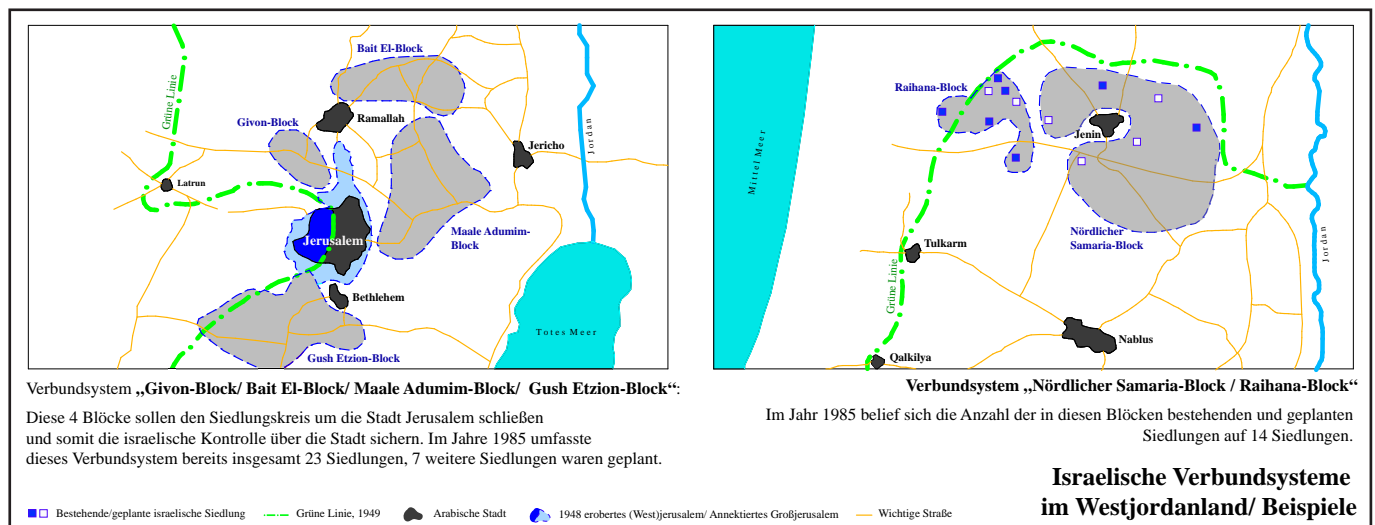


Karte 2-8: Der Drobless-Plan, 1977.

Zur praktischen Umsetzung dieser Siedlungskonzeption begann die Likud-Regierung mit der Definition von 22 *Siedlungsblöcken* auf dem gesamten Territorium der West Bank. Als Vorbild diente der südwestlich von Bethlehem gelegene *Gush-Etzion-Block*, der schon zu Zeiten der Arbeiterregierung als geschlossene Siedlungseinheit betrachtet wurde. Seitdem konzentrierten sich die Siedlungsaktivitäten der Zionistischen Weltorganisation und der Likud-Regierung vorrangig auf die Errichtung neuer Siedlungen innerhalb der

Grenzen dieser Siedlungsblöcke.⁷⁹

Ferner sollten neben den bestehenden Siedlungsketten im Jordantal (*Allon-Plan*) eine dritte Siedlungskette auf den *heiligen Bergen* der West Bank – von Nablus bis Hebron (AL-Khalil) – errichtet werden, um die Sicherheit der jüdischen Siedler im Jordantal zu erhöhen.



Schema-Karte 2-1: Israelische Verbundsysteme im Westjordanland, Beispiele.

Die neue Qualität der Siedlungsstrategie bestand darin, dass durch die Bildung geschlossener räumlicher Einheiten die israelische Präsenz in den besetzten Gebieten *organisatorisch* auf eine neue Ebene gehoben und auf Dauer zementiert wurde. Dieser Prozess wird von insgesamt *drei* Entwicklungsstufen gekennzeichnet⁸⁰:

1. In einer *ersten Stufe* werden die einzelnen Siedlungen zu einheitlichen Siedlungsblöcken verbunden, die an regional-strategisch wichtigen Standorten vorläufig als relativ unabhängige, israelische Systeme innerhalb der palästinensischen Umwelt fungieren.
2. In einer *zweiten Stufe* werden dann die verschiedenen Siedlungsblöcke zu großräumigen Verbundsystemen zusammengelockert, denen jeweils spezifische Funktionen im Rahmen der räumlichen Kontrolle über die verschiedenen Regionen der West Bank zu kommen.
3. Die *dritte Stufe* bringt schließlich den Zusammenschluss dieser Verbundsysteme zu einem die gesamte West Bank überspannenden Gitternetz, das durch seine Dichte einen großen Teil der Fläche der West Bank okkupiert und durch eine Anbindung an den Staat Israel die endgültige Umwandlung der 1967 besetzten West Bank in ein jüdisches Territorium vorbereitet.

Schema-Karte 2-1 zeigt zwei Beispiele dieser Verbundsysteme, in denen jeweils mehrere Siedlungsblöcke zusammengefasst sind. Insgesamt lassen sich in der West Bank *neun* Verbundsysteme feststellen, die im Rahmen der faktischen Annexion der West Bank wichtige Teilaufgaben übernehmen.

Die Fragmentierung der Fläche der West Bank mitten im Lebensraum der Palästinenser nimmt durch den *Drobbles-Plan* neue ungeahnte Dimensionen an. Streng genommen, kann man daher sagen, dass die explizite Zielsetzung bzw. die Konsequenz dieses Planes das Verhindern eines autonomen Palästinenserstaates ist. Denn die Zusammenkoppelung einzelner Siedlungsblöcke zu großräumigen Verbundsystemen ermöglicht den Besitzern die Kontrolle über Teilräume der West Bank und behindert zugleich die palästinensische Gesellschaft in ihrer räumlichen Entwicklung. Die Strategie des *Matitiahn Drobbles* war deutlich: umzingeln die Verbundsysteme die palästinensischen Städte und Dörfer, so würden die verschiedenen Palästinensergruppen in ihren daraus resultierenden Teilgebieten (Kantone) jeweils zu einer Minderheitsbevölkerung werden.

Und wenn die Palästinenser erst durch die israelischen Siedlungen voneinander abgeschnitten sind, würden sie es schwierig finden, eine territoriale und politische Kontinuität zu finden. Somit erhielten die Verbundsysteme

⁷⁹ Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt Ihr ... a.a.O.*, S.289.

⁸⁰ Ebenda, S.289/290.

eine *doppelte Funktion*, nämlich

1. einerseits die Erdrosselung der wichtigsten arabischen Städte, in denen die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung konzentriert lebt; und
2. andererseits die weiträumige Vereinnahmung der einzelnen West-Bank-Regionen.

Bis Ende der 1980er Jahre stellte man *neun* solcher großräumiger Verbundsysteme fest, die im Rahmen der faktischen Annexion des Westjordanlandes eine wichtige Teilaufgabe übernehmen würden. Ähnlich wie in den 1950er und 1960er Jahren in Galiläa – im Zuge der so genannten Innenkolonisation des Landes – sollten nun die unbewohnten Gebiete zwischen den arabischen Siedlungen der West Bank von Juden besiedelt werden, um die Verbindungen zwischen diesen Siedlungen zu erschweren, die Kontrolle zu erhöhen und ein einheitliches arabisches Siedlungsgebiet zu zerstören.

Die oben geschilderte israelische Siedlungspolitik in der West Bank war das eine Instrument zur systematischen Kontrolle über den Rest des palästinensischen Landes. Die völlige Kontrolle über das Planungssystem durch die militärische Besatzung bzw. Behinderung der arabischen Einheimischen, ihre eigene Städte und Dörfer selbst zu planen, war das zweite Instrument, mit dem Entwicklung und Wachstum in den besetzten Gebieten stark behindert wurden. Auch ein Ergebnis der Siedlungspolitik der militärischen Besatzung. Dazu mehr im Kapitel 5.

Ähnlich wie der Allon-Plan, wirkte der *Droblless-Plan* (WZO-Plan) in den ersten Jahren als eine *allgemeine Richtlinie*, aber nicht als eine feste Vorgabe, die alle Akteure des Siedlungsbaus band. Jedes involvierte Ministerium versuchte seine eigenen Ideen zu verwirklichen, so dass es zu einer Verschmelzung mehrerer Pläne kam. Dennoch war der *Droblless-Plan* mit seinen territorialen und demographischen Zielsetzungen ein neuer Wendepunkt in der Besatzungspolitik: es war den Akteuren des *Droblless-Plans* (WZO, Gush-Emunim und die israelische Regierung) in erster Linie wichtig, dass mit Hilfe neuer Siedlungen in der West Bank ein demographischer Transformationsprozess zugunsten von Juden in Gang gesetzt werden konnte. Bis 1984 sollten 16.000 jüdische Familien in 46 neuen Siedlungen und 11.000 Familien in den alten Siedlungen auf der West Bank angesiedelt werden. Die zionistischen Planer prognostizierten, dass mit Hilfe ihrer Siedlungsplanung eine jüdische Gesamtbevölkerung von 190.000 Siedlern in den besetzten Gebieten, inklusive der Erweiterung der jüdischen Gebiete in Ost-Jerusalem, im Jahre 1984 im besetzten Westjordanland leben werden würden.

Am 19. September 1978 wurden die ‚Camp-David-Rahmenvereinbarungen‘ zwischen Israel und Ägypten unterzeichnet, denen die Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen beiden Ländern am 26. März 1979 folgte. Die Bestimmungen des *Droblless-Plan* wurden nur einen Monat später veröffentlicht. Und Israel demonstrierte der Öffentlichkeit – ohne Rücksicht auf diese neuen politischen Rahmenbedingungen (Frieden) – seinen Willen, an Groß-Israel festzuhalten. Die Intension, mit der die Likud-Regierung den Siedlungsbau betrieb, war einzigartig. In der Zeit zwischen 1977 und 1984 wurden insgesamt 99 neue israelische Siedlungen in der West Bank errichtet. In der gleichen Zeit erhöhte sich jedoch die Zahl der israelischen Siedler in der West Bank von 4.400 im Jahre 1977 auf 32.600 im Jahre 1984⁸¹ – also weit unter den hohen optimistischen Erwartungen der WZO und Gush-Emunim. Das Siedlerpotential, das aus idealistischen Gründen in die West Bank zog, wurde offensichtlich stark überschätzt.

Darauf aufbauend und begleitend zugleich, entwickelte dann der inzwischen wohl bekannte *Ariel Sharon* 1981, dieses Mal als Verteidigungsminister, seinen eigenen Plan, der zusammen mit dem *Droblless-Plan* die Umrisse für den späteren Mauerplan quer durch die West Bank vorskizzierte.

Der Sharon-Plan, 1981

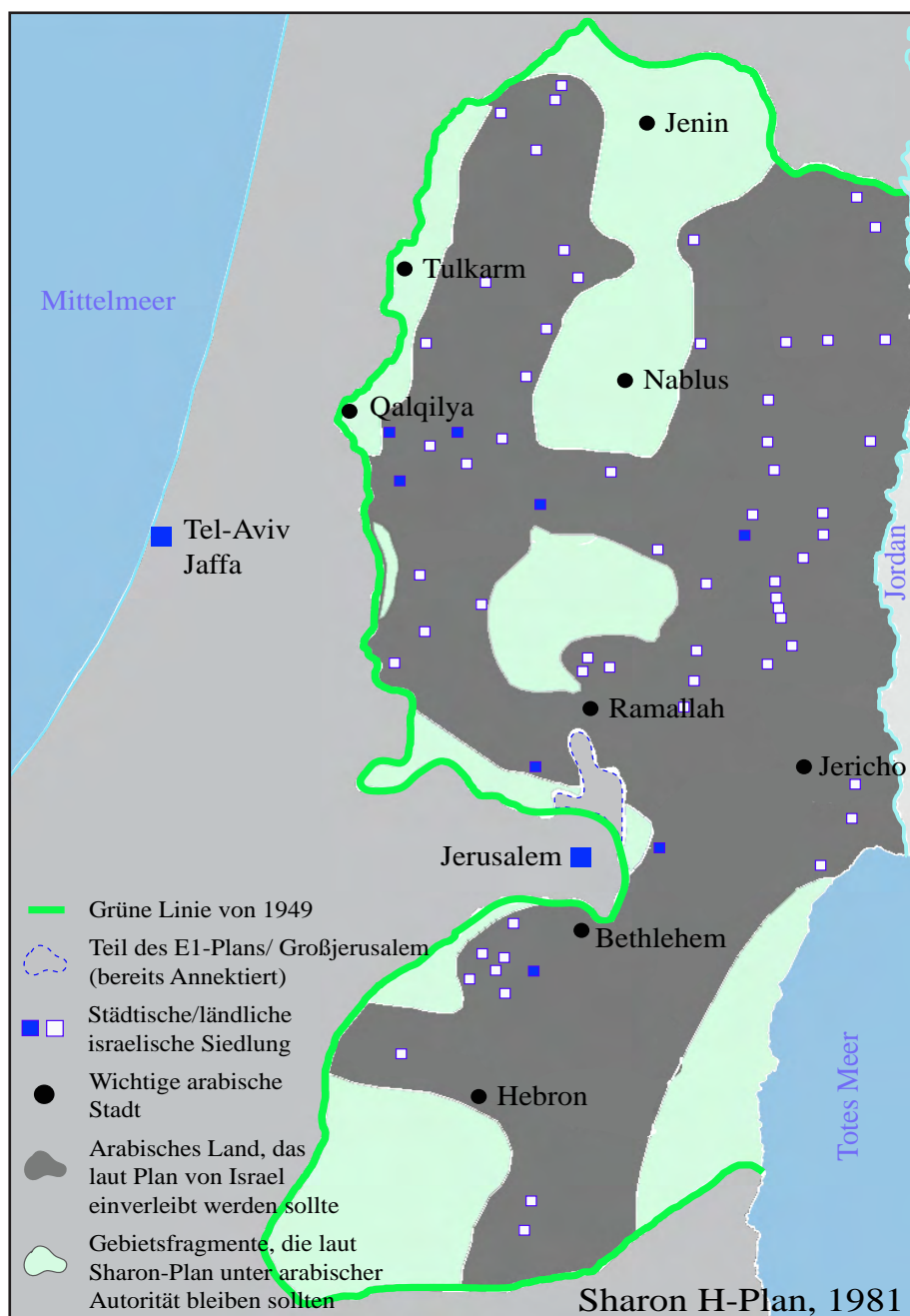
Die Idee für die Besiedlung, Eroberung und Kontrolle des Terrains war einfach und raffiniert: die Siedlungen dort anlegen, wo das Gelände am schwierigsten zu unterteilen ist, nämlich inmitten der bestehenden arabischen Städte. Die Verortung der Siedlungsstrukturen geschah nach einer gründlichen und systematischen Untersuchung durch die Armee, die bestimmte, welche Orte strategisch wichtig waren bzw. an welchen Orten es besonders schwierig sein würde, Siedlungen aufzulösen.

Genau diesem Transformationsprozess entsprechend, der einen vollständigen *Zerfall und Zusammenbruch der*

⁸¹ Vgl. Anhang V/ Graphik 2 (Entwicklung der jüdischen Siedlerzahlen im Westjordanland seit 1967).

Oberfläche des Westjordanlandes verursachen sollte, entwickelte Ariel Sharon seinen Plan von 1981 (Karte 2-9), den so genannten *H-Plan*, der sich auf die Errichtung von drei ‚Haupt-Siedlungsachsen‘ stützte:

1. Die *erste Siedlungsachse* umfasste bereits existierende Siedlungen im ‚Jordantal‘ und auf den Höhen des Jordan-Riffs. Ziel dieser Achse war die räumliche Isolation der West Bank von Jordanien und somit die Abschaffung ihrer arabischen geopolitischen Tiefe;
2. Die *zweite Siedlungsachse* verlief entlang der westlichen Höhenzüge der West Bank und erstreckte sich von *Latron* (westlich von Ramallah) bis zum nördlichen Teil der West Bank. Ziel dieser Achse war eine *Grenzverschiebung* in die dicht bevölkerte nördliche West Bank hinein und somit das Blockieren einer palästinensischen räumlichen Ausdehnung; und
3. Die *dritte Siedlungsachse* verlief in west-östlicher Richtung und zerschnitt die West Bank zwischen den Städten Ramallah und Nablus. Ziel dieser Achse war die *Spaltung der letzten komplexen Raumeinheit in der West Bank und die Schwächung einer palästinensischen Bevölkerungskonzentration*.



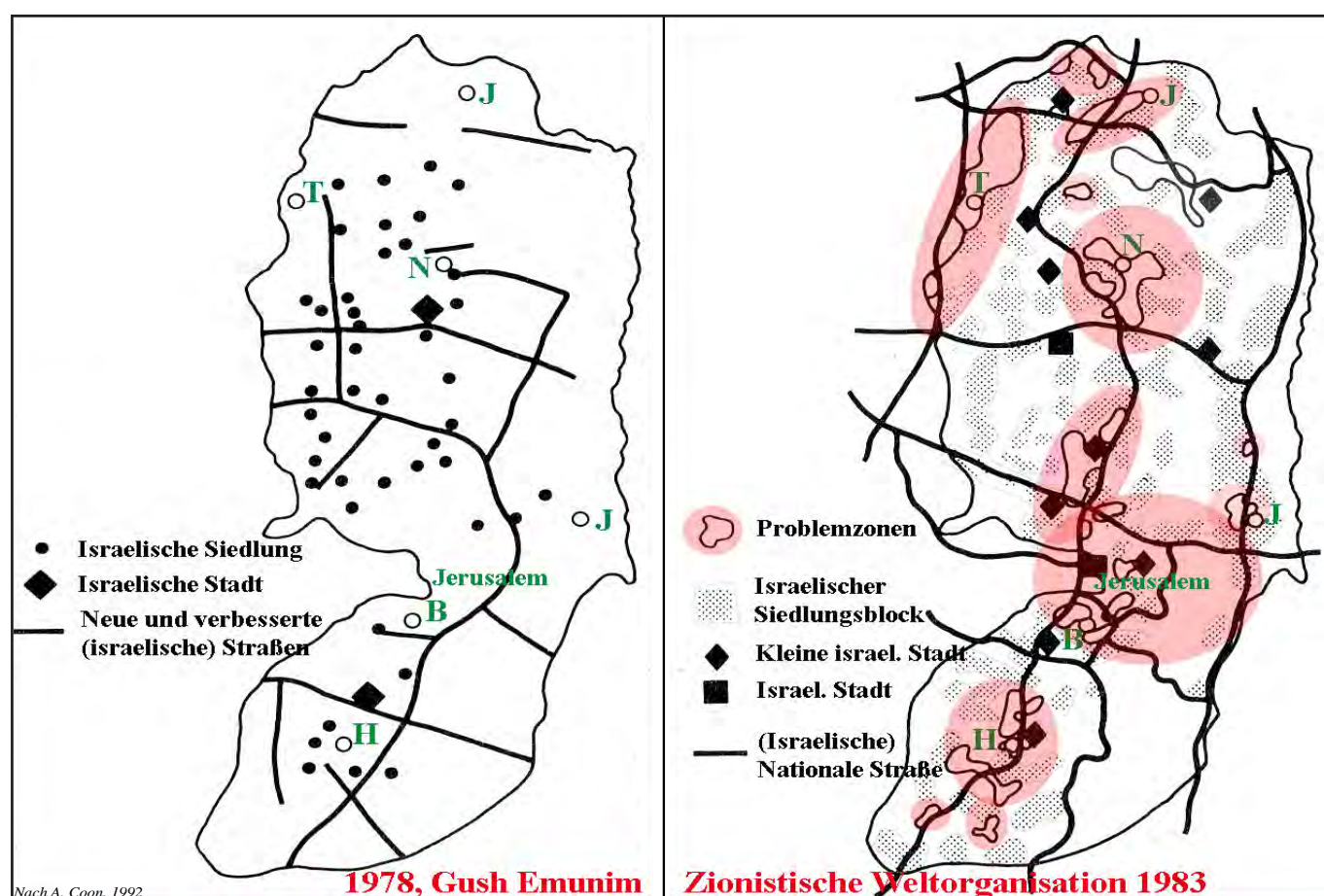
Karte 2-9: Der Sharon-Plan (H-Plan), 1981.

Der destruktive Charakter des Sharon-Plans wird dadurch abgerundet, indem er auch den Bau neuer ‚Ost-West-Verkehrsverbindungen‘ (Schema-Karte 2-2) vorsah, die exklusiv von Israelis benutzt werden sollten. Diese soll-

ten auch die okkupierte West Bank mit dem Kernland Israel verbinden und, zur gleichen Zeit, die historisch gewachsenen Strukturen und städtischen Geweben der West Bank schleusenähnlich zerschneiden:

1. Die *erste Verkehrsachse* lag im Norden der West Bank und verlief im Gebiet zwischen Jenin und Nablus;
2. Die *zweite Verkehrsachse* lag in der Mitte der West Bank, auch „Trans- Samaria- Autobahn“ genannt. Sie sollte die oben genannte dritte Siedlungsachse verkehrstechnisch erschließen; und
3. Die *dritte Verkehrsachse* lag im Süden der West Bank und durchschnitt den südlichen Teil der West Bank und sollte einen Riegel zwischen Jerusalem und Hebron legen.

Durch den intensiven Siedlungsbau inmitten von bestehenden palästinensischen Stadtgefügen sowie zwischen den Städten entstand eine Reihe neuer israelischer Siedlungen und städtebaulicher Infrastrukturen, die sich zum Teil zu urbanen Stadtstrukturen entwickelt haben. Die Stadt *Maale Adumim*, östlich von *Jerusalem* ist ein typischer Fall der strategischen Zersiedelung von bestehenden Stadtgebieten, während die Städte *Reihana* bei *Jenin* im Norden der West Bank und Ariel zwischen Ramallah und Nablus die Zersiedelung der Peripherie und somit neue Zwischenstädte darstellen.



Schema-Karte 2-2: Siedlungsstrategien Gush Emunim & WZO - Neue israelische Städte und Straßen im besetzten Westjordanland, 1978-1983.

Hier erkennt man, dass diese Strategie der *Likud*, nicht nur darauf zielte, Wohnsiedlungen in ihren geografischen Koordinaten als Folge einer militärischen Strategie anzulegen, sondern vor allem auch durch Verkomplizierung des Terrains unauflösbare vollendete Tatsachen zu schaffen, die sich – da sie von einer nach internationalem Recht *vorübergehenden* Besatzungsmacht errichtet werden sollten – zu einem permanenten Provisorium entwickeln sollten.

Bei einem Vergleich zwischen dem Allon-Plan von 1967 und dem weiter entwickelten Sharon-Plan von 1981 wird deutlich, welche qualitative Richtung die Siedlungspolitik mit dem Likud-Block eingeschlagen hat. Die Zahl der israelischen Siedlungen stieg während der Regierungszeit des Likud-Blocks rapide an. Doch nicht nur in quantitativer Hinsicht hatte die Likud-Regierung das israelische Siedlungsnetz verdichtet, sie bemühte sich auch um dessen qualitative Verfeinerung.

2.2.3 Dritte Etappe: Oslo II und danach – intensiver Siedlungsbau und Friedensgespräche

Siedlungs-Strategien und -Akteure

Eine der interessantesten Fragen, der ein Forscher dieses Themas begegnen muss ist, ob die Labour- und die Likud- Siedlungsstrategien wirklich so wesentlich unterschiedlich sind wie sie den Eindruck erwecken. Und keine Zeitphase kann diese scheinbar einfache Frage besser beleuchten als die Ära des *vorsichtigen Friedens* nach der Unterzeichnung der *Prinzipienerklärung* von Seiten der PLO und Israel am 13. September 1993. Denn in dieser Zeit befand sich der israelische Staat auf dem Höhepunkt seiner militärischen und politischen Macht und man konnte daher den Faktor ‚Sicherheit‘ als Argumentation für den Weiterbau von Siedlungen nicht mehr so einfach gelten lassen. Gerade wegen dieser umfassenden Überlegenheit Israels gegenüber den Arabern und nicht zuletzt wegen der *Euphorie* des Friedens Anfang der 1990er Jahre, hatte man erwartet, dass das Siedlungsprojekt gestoppt oder wenigstens stark gebremst werden würde. Dem war aber nicht so: diese Phase kann mit Sicherheit dem Umstand zugeordnet werden, dass die israelische Regierung und die anderen Akteure der Siedlungspolitik ab Anfang der 1990er Jahre ihre Siedlungsaktivitäten umfassend und wie nie zuvor intensiviert haben, um unumkehrbare vollendete Tatsachen zu schaffen. So wollten sie im Falle von künftigen Endstatusverhandlungen über die Siedlungen in der West Bank sowie über die Frage Ostjerusalems einen Vorsprung gewinnen und deren Verlauf bestimmen – diese wurden übrigens auf Forderung der Israelis immer wieder weiter auf einen späteren Zeitpunkt weiter verschoben. Die Zeit nach Oslo war ebenso die Phase, in der die israelischen Behörden eine streng konzentrierte Aktion der Enteignung von Land bzw. der Besiedlung der Gebiete um die Stadtmauern Jerusalems, sowie der Umsetzung der Politik der Gettoisierung der Heiligen Stadt bzw. ihrer Isolierung vom Rest der West Bank, um nicht den Begriff der *Judaisierung* der Stadt zu nennen, durchführten.

Unabhängig von der politischen Parteizugehörigkeit der jeweiligen Politiker oder Militärs, hat es unter den Entscheidungsmachern in Israel bezüglich der Besiedlung oder Nichtbesiedlung bestimmter Territorien in der West Bank schon immer *zwei* konkurrierende Gruppen gegeben:

1. *Die erste Gruppe* waren die so genannten *sicherheitspolitischen Pragmatiker*, die einen sicherheitspolitisch relevanten Siedlungsbau bevorzugten und die meisten so genannten *ideologischen Siedlungen* grundsätzlich ablehnten. Sie bezeichneten nicht alle Siedlungen als Friedenshindernisse. Hauptanliegen dieser Gruppe – dazu gehörte der ehemalige Premierminister *Yitzhak Rabin* sowie der ehemalige Verteidigungsminister *Ezer Weizmann* (1977-1980) – war, streng genommen, eine Politik der ‚territorialen Separation‘ umzusetzen, die letztlich darauf zielte, mit militärischer Macht zwei geschlossene *nebeneinander* stehende arabische und jüdische Siedlungsgebiete – also eine klare sozialpolitische und territoriale Separation – zu erzeugen;

2. *Die zweite Gruppe* waren die *Anhänger der so genannten ideologischen Siedlungen*. Sie betrieben Siedlungsbau nicht aus Sicherheitsgründen, auch wenn sie (als Besatzungsmacht) ihre Aktivitäten juristisch so begründen mussten, sondern grundsätzlich aus ideologischen Gründen. Sie glaubten an das *uneingeschränkte Recht* der Juden überall in Palästina (Eretz Israel) zu siedeln. Ihr Hauptanliegen war das definitive Verhindern eines Palästinenserstaates bzw. sie lehnten die Rückgabe von irgendwelchen Teilen des *Land Israels* – wie sie glaubten – an die Palästinenser grundsätzlich ab. Zu dieser Gruppe gehörte Ariel Sharon (bis zum Abzug aus Gaza im August 2005) und der heutige Premierminister *Benjamin Netanyahu*.

Jedoch gab und gibt es bis heute bei beiden Gruppen in *zwei* Siedlungskategorien einen ziemlich großen Konsens, die für sie auch die höchste Priorität besaßen. Diese waren:

1. Die Region *Greater Jerusalem*; sowie
2. Die Siedlungen entlang der (offiziellen) Staatsgrenze. Dazu gehörten das Gebiet des Jordantals entlang der *Allon-Achse*, sowie die westliche Seite der West Bank entlang der *Grünen Linie* von 1949 – genau jene Siedlungen, die die heutige israelische Barriere einverleiben soll.

Bei genauerem Studieren der Aspekte dieser Übereinstimmung zwischen der Likud und der Labour stellt man unschwer fest, dass beide Parteien von einer starren Grundsätzlichkeit ausgehen, die jeweils viel mehr eine ergänzende Wirkung hat, als sie beide politische Kontrahenten trennt. Der Konsens bezieht sich auf Gegebenheiten,

die beide Parteien abwechselnd oder gemeinsam seit 1967 schufen. Weder die Labour- und noch weniger die Likud-Politiker haben je die Siedlungsaktivitäten der anderen Partei revidiert oder rückgängig gemacht. In Bezug auf die oben genannten Prioritäten, insbesondere Jerusalem, haben die israelischen Regierungen die Politik ihrer Vorgänger fortgesetzt. Und selbst die so genannten *ideologischen* Likud-Siedlungen, wurden nie von einer Labour-Regierung abgebaut. Stattdessen wurden sie – gemäß der historischen politischen Linie der Arbeiterpartei – als *Faustpfand* und Verhandlungsbasis mit den Palästinensern benutzt. Streng genommen handelte die Arbeiterpartei genau so ideologisch wie die Likud, wenn es um Gebietsrückgabe an die Araber ging.

Die Positionen der Labourpartei, die lange dem *Allon-Plan* folgte, und der Likudpartei haben sich offensichtlich im Verlauf der Zeit angeglichen. Seit jener Ära, in der die Likud das Siedlungsprojekt maßgebend bestimmte (1977-1983), wird das Siedlungsprojekt in der israelischen Öffentlichkeit als legitim und als ein Pionierprojekt von grundlegender Sicherheitsbedeutung angesehen. Bereits Ende der 1970er Jahre verkündete die Likud-Regierung, dass die Zahl der jüdischen Siedler in der West Bank bis zum Jahre 1987 auf 100.000 bis 150.000 erhöht werden solle, um schließlich die hoch gestreckte Marke von 1,4 Millionen Siedler im Jahre 2010 zu erreichen.⁸²

Es existieren offensichtlich grundsätzliche Unterschiede zwischen beiden Siedlungsstrategien der klassischen Regierungsparteien Israels. Dennoch kann man nicht ohne weiteres behaupten, dass die Siedlungspolitik der einen Partei eine *Antipolitik* der anderen ist. Denn, abgesehen davon, dass sie sich bisher wunderbar ergänzt haben, sind sie nicht die einzigen bestimmenden Akteure des Siedlungsbaus in der West Bank, und somit können sie – auch wenn sie mehr Entscheidungsmacht haben als die anderen Akteure – nicht ganz frei das Siedlungsprojekt bestimmen.

Der vielleicht schwierigste Aspekt des israelischen Siedlungsprojekts in den besetzten Gebieten ist gewiss die Vielzahl der am Prozess beteiligten *Akteure* in und außerhalb Israel. Das ist ein weiterer Grund für die Schwierigkeit der oben gestellten Frage. Die wichtigsten dieser Akteure sind:

1. Die *Zionistische Weltorganisation* (WZO): eine halbstaatliche Organisation, die die Aufgabe hat, in der Diaspora Gelder für den allgemeinen Siedlungsbau und die jüdische Einwanderung nach Israel zu sammeln. Die WZO ist mit der *Jewish Agency* (JA) gekoppelt, die vor der Staatsgründung die Instanz der jüdischen Verwaltung in Palästina war. Seit 1968 haben beide (WZO/JA) keine Zuständigkeit mehr für die israelische Einwanderungspolitik, dafür aber entwickeln sie gemeinsam mit der Regierung – in einem paritätisch besetzten Gremium – die Richtlinie der Siedlungstätigkeit in Israel und auch in den besetzten Gebieten;
2. Das *Interministerielle Siedlerkomitee*: dieses bestand von 1977 bis 1984 jeweils aus sieben Ministern und sieben WZO-Repräsentanten unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers (1977: Ariel Sharon). Es sollte alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Besiedlung der besetzten Gebiete überwachen und vor allem die *basic guidelines*, die *Lage* und die *Größe* der Siedlungen, sowie die verantwortlichen Behörden und die staatlichen Finanzhilfen festlegen. Jedoch wurde dieses Komitee mit dem Beginn der Großen Koalition ab 1984 aufgelöst, da die Diskrepanzen hinsichtlich der Siedlungspolitik zwischen Likud und Labour noch stärker waren und es keine Einigung in einem solchen Gremium gegeben hätte;
3. Das *Verteidigungsministerium*: die West Bank steht seit 1967 unter einer Militärverwaltung, da das Gebiet offiziell als besetzt gilt und kein israelisches Staatsterritorium ist. Somit hat offiziell das Verteidigungsministerium weiterhin die formale Verantwortlichkeit über die Bereiche, die dieses Gebiet betreffen. Nach Oslo II (1993) hat sich diesbezüglich nur in den Gebieten etwas verändert, die laut Abkommen unter palästinensischer Verwaltung fielen (Gebiet A). Diese machen nur einen sehr geringen Anteil der West-Bank-Fläche aus. Interessant ist hier zu erwähnen, dass das Amt des israelischen Verteidigungsministers bis 1980 überwiegend von *sicherheitspolitischen Pragmatikern* besetzt war. Wie seine Vorgänger *Moshe Dayan* und *Shimon Peres* war auch Verteidigungsminister *Ezer Weizmann* (1977-1980) pragmatisch genug, um neue Siedlungen von der ideologischen Gush-Emunim grundsätzlich nicht zu unterstützen, es sei denn sie passten in sein Strategiekonzept. Er war zusammen mit *Dayan* der israelische Architekt des Friedensvertrages mit Ägypten. Er lehnte den Enthusiasmus der Gush-Bewegung ab, da er in ihren großspurigen Plänen eine Gefährdung des Friedensvertrages mit Ägypten sah. Erst nach seinem Rücktritt und der Amtsübernahme durch Ariel Sharon – bisher Landwirtschaftsminister und großer Förderer des Siedlungsbaus – konnten die *Ideologen* der WZO und der Gush-Bewegung zusammen

82 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.279.

mit den Hardlinern der israelischen Politik, mit der Umsetzung ihrer großspurigen Pläne für die West Bank zum großen Teil beginnen. In seiner Amtszeit (1981-1983) gründete Sharon 30 Militärposten (*Strongpoints*) – so genannte *Nahal* – entlang und zum Schutz der Verbindungsstraßen. Diese *Nahal* wurden wenig später in zivile Siedlungen umgewandelt. Nur so konnte Sharon die zahlreichen Regelungen und die erforderlichen Genehmigungen der Regierung für Siedlungsgründungen umgehen. Denn die Kompetenz für die Errichtung von militärischen Posten in den besetzten Gebieten lag alleine beim Verteidigungsminister;

4. Das *Landwirtschaftsministerium*: Der Landwirtschaftsminister spielt durch die Kontrolle über die *Israel Land Authority* sowie durch den Vorsitz im *Interministeriellen Siedlerkomitee* (bis 1984) eine wichtige Rolle in der Siedlungspolitik Israels. Er kontrolliert zusammen mit der Jewish National Fund/WZO die *Israel Land Authority*, die eine bedeutende Rolle bei der Identifizierung, der Größe und der Entwicklung von Land für die Besiedlung spielt. Durch Anordnung der *Israel Land Authority* wurden für die Besiedlung benötigte Ländereien *enteignet* und freigegeben. Beim Besitz der Abwesenden *absentee property* – Besitz von vertriebenen Palästinensern – muss die *Lands Authority* jedoch mit dem *Custodian of absentee property* (Militärverwaltung) zusammenarbeiten. Die Etats der Siedlungsabteilungen von Landwirtschaftsministerium und WZO sind in einigen Bereichen gekoppelt. Dieses Zusammenspiel der verschiedenen Behörden kann jedoch nur dann funktionieren, wenn eine Interesseneinheit besteht. Diese Zusammenarbeit mit der *Lands Authority* war zum Beispiel während der Amtszeit des Verteidigungsministers *Ezer Weizmann* stockend, so dass der große Siedlungsschub erst unter seinem Nachfolger Ariel Sharon ab 1981 stattfand, der eine sehr aktive Rolle bei der Landnahme spielte. Sharon benutzte sein Amt als Verteidigungsminister – genauso wie zuvor als Landwirtschaftsminister – um ein Maximum an Land zur Besiedlung der West Bank freizugeben;

5. Das *Bauministerium*: ist das dritte Ministerium, das bei der Besiedlung der besetzten Gebiete eine große Rolle spielt. Das Ministerium steht in scharfer Konkurrenz zur WZO-Siedlungsabteilung, die für relativ kleine Siedlungen (Größe von bis zu 300 Familien) zuständig ist, während das Bauministerium für größere Siedlungen (über 300 Familien) die Verantwortung trägt. Der Konflikt um Zuständigkeitsansprüche zwischen beiden Gremien beginnt, sobald eine Siedlung über diese demographische Richtgröße hinaus wächst. Und hier sieht man ein interessantes weiteres Beispiel dafür, wie der oben genannte Konsens zwischen Labour und Likud funktioniert: der eher pragmatische Likud-Politiker *David Levy* war ununterbrochen für die Dauer von 12 Jahren (1979-1991) Bauminister Israels. In der eher turbulenten politischen Landschaft Israels ist das äußerst ungewöhnlich. Levy setzte den Schwerpunkt auf den schnellen Ausbau der Siedlerstädte Maale Adumim, Maale Ephraim, Ariel, Kiryat Arba und Efra, die fast alle in das Konzept der *sicherheitspolitischen Pragmatiker* passen – oder wie *Maale Adumim* zum *Greater Jerusalem* angehören; sowie

6. Das *Innenministerium*: bekam erst Anfang der 1980er Jahre mit der Errichtung einer zivilen Verwaltung im Westjordanland Kompetenzen übertragen. Damit wurde die West Bank ähnlich wie das israelische Staatsgebiet eingestuft, als ein Territorium, in dem Militär stationiert ist, die Verwaltung jedoch unter Aufsicht des Innenministeriums steht. Gesetzlich waren die *regional councils*, die als Verwaltungsinstanzen eingerichtet wurden, dem Militär untergeordnet; de facto funktionierten sie jedoch wie die israelischen councils, unter direkter Kontrolle des Innenministeriums. Diese *regional councils* besaßen durch eine Kombination von Landbesitz (Staatsland) und Planungsautorität vor Ort eine beträchtliche ökonomische und exekutive Machtposition in den besetzten Gebieten.

Das Zusammenspiel all dieser Akteure hat nicht immer gut funktioniert. Und dennoch lief das Siedlungsprojekt zügig voran, wenn nicht mittels eines offiziellen Masterplans, dann eben durch mehrere Siedlungsaktivitäten der verschiedenen Gruppen. Das machte das Siedlungsvorhaben hoch kompliziert und kaum überschaubar. Bemerkenswert ist hier die außerordentliche Rolle, die Ariel Sharon als Akteur gespielt hat. Zuerst als Landwirtschaftsminister, dann als Verteidigungsminister und später als Ministerpräsident hat er sein volles politisches Gewicht in die Dienste des Siedlungsprojekts – im Dienste der Ideologie – gestellt und hinterließ in und aus jeder Position unverwechselbare Spuren, einerseits des Aufbaus und andererseits der Destruktion und Zerstörung. Die zügige Umsetzung im Verlauf des israelischen Siedlungsprojekts hat zweifelsohne unmittelbar mit Sharons politischem Weiterkommen in den verschiedenen Ämtern zu tun. Sein Engagement und seine, wenn man will, *böse Genialität* im subtilen Planen in Kombination mit seiner politischen und militärischen Macht, gaben ihm einen enormen Vorsprung und dadurch konnten viele Fäden nur durch ihn gezogen werden. Vielleicht war es der Erfolg Ariel Sharons, der dazu führte, dass die Grenze zwischen den Kontrahenten in Bezug auf die Besiedlung der West Bank verwischte und dass ihre Programme während der so genannten

Friedensjahre sich überschritten haben.

Die *Friedensjahre* schienen eine Art Konsens darüber geschaffen zu haben, wie und wo die israelischen Regierungen ihre Schwerpunkte der Siedlungsaktivitäten in der West Bank legen mussten. Denn die letzten und dominantesten Masterpläne der Kontrahenten, der *Allon-Plan* und die *Drobbless/Sharon-Pläne*, haben nie ihre Gültigkeit verloren bzw. haben ihre gesetzten Ziele zum größten Teil erreicht. Was dann folgte waren Details der Verfeinerung und Manifestierung der Beute. Nachdem die palästinensische Osloer Führung Verhandlungen – aus der Situation der Schwäche heraus – als die *einzig* strategische Option angenommen hat und einige dieser Politiker ‚Widerstand‘ zum Teil als ‚Unsinn‘ und ‚verwerflich‘⁸³ bezeichnet haben, versuchten die Israelis – aus der Situation der Stärke heraus – eine nachträgliche politische Legitimation ihres Siedlungsprojektes zu erreichen.

Israelische Siedlungsstrategie nach Oslo II

Ausgehend vom Allon-Plan und den folgenden Likud-Plänen wurde das Siedlungsprojekt immer mehr ausgeweitet und von beiden großen Parteien getragen. Es hat seitdem niemals aufgehört und ist immer weiter fortgeschritten, sowohl durch die Konfiszierung von Land als auch durch ständig neue Siedlungen. Diese Entwicklung hat die *demographische* und *geographische* Lage der besetzten palästinensischen Gebiete dramatisch verändert.

1992 erlitt die rechte Koalition unter Premierminister *Shamir* eine vernichtende Wahlniederlage und *Rabin* wurde zum zweiten Mal nach 1974 Premierminister Israels. Bis dahin gab es bereits mehr als 103.000 jüdischen Siedler in der West Bank, 140.872 in Ostjerusalem und etwa 4.500 im Gazastreifen.⁸⁴

Als im September 1993 die Prinzipienklärung von der PLO (*Arafat*) und Israel (*Rabin*) in Washington unterschrieben wurde (genannt die Osloer-Verträge), hatte das Siedlungsprojekt ein Stadium erreicht, das in keiner politischen Lösung außer Acht gelassen werden konnte. Den israelischen Politikern war bewusst, dass die Besiedlung des Westjordanlandes und des Gazastreifens, so wie sie bisher lief, das von ihnen avisierte Ziel, bis zum Jahre 2010, 1,4 Millionen Juden in die besetzten Territorien zu bringen, nicht erreicht werden konnte. Die Oslo-Ära brachte eine *Verschiebung der Prioritäten* Israels und der sicherheitspolitische Pragmatiker *Yitzchak Rabin* stellte seine Pläne zur *Segregation* der Palästinenser und Israelis in Verbindung mit einem *Rückzug* vor. Zum ersten Mal wird der Begriff ‚Segregation‘ in einem offiziellen politischen Statements Israels erwähnt. Auch die Idee des Rückzugs wurde zuvor von Seiten Israels nur selten erwähnt.⁸⁵ Aus den Segregationsplänen Rabins wurden dann im September 1995 die berüchtigten Gebietsteilungen – die A-, B- und C-Zonen – des Interimsabkommens (Oslo II) geboren, das mit seinen territorialen und sicherheitspolitischen Bestimmungen für die Palästinenser zum Verhängnis wurde.⁸⁶ Bereits 1994 präsentierte *Moshe Shahal*, der israelische Polizeiminister unter *Rabin*, ein Projekt das einen Rückzug und den gleichzeitigen Bau einer *Mauer* vorsah. Die Mauer sollte bei zukünftigen Verträgen verhindern, dass die Palästinenser zusätzliches Land unter ihre Kontrolle bekommen.

Vor Oslo waren jüdische Siedlungen für *Rabin* immer ein Zeichen der andauernden *Vitalität* des Zionismus und seines *moralischen Anspruchs*. Sie erfüllten ihren Dienst, indem sie die Araber dazu zwangen, die jüdische Souveränität als eine unbestreitbare *Gegebenheit* hinzunehmen und mit Israel zu verhandeln. Im Kontext der neuen Realität der 1990er Jahre revidierte *Rabin* jedoch seine Haltung etwas. Ihm war völlig klar, dass sich Israel auf dem Höhepunkt seiner militärischen Stärke befand, dennoch erkannte er zugleich, dass das Siedlungsprojekt deswegen nicht ewig weitergehen konnte, da zum einen die Araber in absehbarer Zeit in der demographischen Überlegenheit gewesen wären und zum anderen nicht genug Juden gewillt waren, das zionistische Siedlungsunternehmen selbst mitzutragen und in die besetzten Gebiete zu ziehen. Hinzu kam seine persönliche Erfahrung mit dem ersten Aufstand der Palästinenser in den palästinensischen Gebieten Ende 1987, die deutlich zeigte, dass eine jahrzehntelange aggressive Besatzung den Willen der Palästinenser zum Widerstand nicht brechen konnte. Und noch wichtiger: die Palästinenser haben aus der Vergangenheit (1948, 1967) die Lehre

83 Z. B. Mahmoud Abbas, der Architekt von Oslo, sowie Yasir Abed-Rabbo (palästinensischer Initiator der Genfer Initiative).

84 Vgl. Anhang V/ Graphik 2. Angaben über Siedlerzahlen im Gazastreifen sind geschätzte Zahlen. Laut ‚Statistical Abstract of Israel 1996‘ lebten im Gazastreifen bis Ende 1995 insgesamt 4.800 jüdische Siedler, Ende 1990 waren es 3.300 Siedler.

85 Hasan Ayoub, *Die Apartheidmauer – Ein Siedlungsprojekt zu Annexion des palästinensischen Landes*, Ein Text aus der Broschüre ‚Weg mit der Mauer in Palästina‘, ein Arbeitsheft, S.18-20, herausgegeben im Juli 2005 vom ‚Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel‘ (www.stopptdiemauer.de). Broschüre ist Online lesbar unter: http://www.stopptdiemauer.de/media/2005/arbeitsheft_palaestina_0507.pdf.

86 Das Interimsabkommen zwischen Israel und der PLO (Oslo II) vom 28. September 1995, siehe Anhang IX/ 3 dieser Arbeit.

gezogen und sie würden sich in keiner Weise und von keiner Macht aus ihrem Heimatland vertreiben lassen. Für *Rabin* als sicherheitspolitischer Pragmatiker und überzeugter Zionist konnte es daher nur eine Lösung geben, wenn Israel ein *rein jüdischer Staat* sein sollte: *Segregation*. Das bedeutete eine Änderung der Prioritäten und folglich eine Differenzierung zwischen verschiedenen Arten von besetzten Territorien, sprich zwischen ‚sicherheitspolitisch relevanten‘ und ‚ideologischen‘ Siedlungen. *Rabin* bezeichnete nicht alle Siedlungen als Friedenshindernis. Für die Beurteilung der Relevanz einer Siedlung spielte für ihn der ‚Sicherheitsaspekt‘ die wesentliche Rolle. Genauso wichtig war für ihn der Raum ‚Jerusalem‘. Über den Rest müsste man verhandeln.

Rabin lehnte in erster Linie die so genannten ‚politisch-ideologischen Siedlungen‘ der Likudpartei in den arabischen besetzten Gebieten ab. Dennoch ließ er sie nie einfach räumen, da er diese, nachdem die Araber die Stärke Israels hinnehmen mussten, ganz im Sinne der Labour-Tradition für den nächsten Schritt brauchte: als Faustpfand für Verhandlungen mit den Arabern, aus der Position der Stärke, versteht sich.

Die Region *Greater Jerusalem* und die Siedlungen entlang der (offiziellen) Staatsgrenze hatten für die *Rabin*-Regierung und die folgenden Regierungen höchste Priorität. Die Integration dieser an den Ballungsräumen *Tel Aviv* und *Jerusalem* nahe gelegenen Siedlungen – und im Falle des besetzten Jordangraben die Isolation des Territoriums der West Bank von seiner arabischen geographischen Tiefe (Jordanien) – bedeutete eine *Grenzverschiebung*, die zu einem enormen Landgewinn für Israel und zum erhöhten Schutz der nahen Küstenregion führen würde. Die Natur der neuen Besiedlung der West Bank nach Oslo, die beispiellos intensiv voranging, wurde daher von zwei Begriffen bestimmt:

1. Segregation der Palästinenser und Israelis; und
2. die Verdichtung der Siedlungsstrukturen in größeren Siedlungseinheiten, die sich tatsächlich zum Teil zu großen Städten in der West Bank entwickelten – und das bevor irgendwelche Endstatusverhandlungen zwischen den Kontrahenten beginnen würden.

2.3 Anatomie der subtilen Siedlungsstrategie

2.3.1 Pionierzeit: Anfänge der israelischen Architektur

Verschanzungs- und Kontrollarchitektur

Dieses Kapitel versucht unter anderem eine Antwort auf die Frage zu finden, ob es so etwas wie *israelische Architektur* gibt und wenn ja, wie man diese Architektur verstehen kann. Um das herauszufinden wäre es sinnvoll, die ersten Objekte zionistischer Siedlungstätigkeiten in Palästina aufzusuchen und sie zu studieren, um ihre konstituierenden Elemente zu erkennen. Diese Aufgabe dürfte nicht so schwer sein, denn die zionistische Präsenz in Palästina/Israel ist relativ jung und es existieren noch einige Zeitzeugen der frühesten jüdischen Siedlungen in Palästina des 19. Jahrhunderts. Außerdem ist die ganze zionistische Siedlungsaktivität seit den 1880er Jahren ausreichend dokumentiert.

Der israelische Architekt *Sharon Rotbard* hat eine Analyse der israelischen Architektur seit den frühen 1950er Jahren gemacht und kam zum Ergebnis, dass die Wiege des israelischen architektonischen Handelns in der so genannten ‚*Homa Umigdal*‘ (Mauer und Turm) liegt. Das *Homa Umigdal* Projekt ist ein Siedlungssystem, eine vorgeblich defensive aber tatsächlich offensive Siedlungsform, das zum ersten Mal 1936 von den Mitgliedern des Kibbuz *Tel Amal* in der *Yezraeel* Ebene (*Marj Ibn Amer*), heute *Kibbuz Nir David*, eingesetzt wurde. Das System wird dem Gründungsmitglied des Kibbuz *Schlomo Gur* zugeschrieben und wurde vom Architekten *Yohanan Ratner*⁸⁷ entwickelt und unterstützt. Ziel dieses Siedlungstyps war, das Land zu kontrollieren, das von Israels Landesverwaltung (*KaKal*) offiziell erworben⁸⁸ wurde und nicht besiedelt werden konnte.⁸⁹

87 Yohanan Ratner (1891-1965), Architekt und ehemaliger Offizier der Roten Armee, war der leitende Architekt und strategischer Planer der jüdischen Terrororganisation ‚Hagana‘ (die Vorgängerin der israelischen Verteidigungsarmee). Er wurde später General der IDF. In den 1950er Jahre wurde er Lehrer und Dekan der Architektur fakultät des Technions in Haifa.

88 Deals zum Erwerben von palästinensischem Land wurde zwischen dem Jüdischen Nationalfonds (JNF) und hauptsächlich großen Landbesitzerfamilien aus der türkischen Zeit gemacht. Diese Familien waren meistens aus dem benachbarten arabischen Raum. In unsrem Fall wurde das Gebiet in der Region nördlich von Jenin, insgesamt 200.000 Dunum (20.000 ha.), von zwei libanesischen Familien gekauft; Familie Surkus und Familie Touini.

89 Sharon Rotbard: ‚Wall and Tower (Homa Umigdal) – The Mold of Israeli Architecture‘, in Weizmann & Segal, *A civilian occupation - The Politics of*

Die primäre taktische Anforderung an eine *Homa-Umigdal-Siedlung*, war die notwendige Erfüllung von bestimmten Auflagen: sie musste so geplant werden, dass sie innerhalb eines einzigen Tages, später sogar innerhalb einer Nacht, gebaut werden konnte und sie musste in der Lage sein, sich selbst so lange zu verteidigen, bis Unterstützung von außerhalb die Siedlung erreichte. Und schließlich musste sie mit einem Kraftfahrzeug erreichbar sein.⁹⁰

Die ersten jüdischen Bauten in Palästina, noch vor der Gründung des jüdischen Staates, waren also die Schutzanlagen der landwirtschaftlichen Siedlungen: *Die Mauer und der Überwachungsturm*. Nicht der Einfluss des einheimischen Klimas war für die Konstruktion des Überwachungsturms maßgeblich, sondern vielmehr war der Einfluss des politischen Klimas für die einheimische Architektur in Israel von Bedeutung.⁹¹



Foto: Sultan Kluger 1939

Bild 2-1: Wachturm/ Kibbuz Hanita- West Galiläa, 1939.

Ein anderer Aspekt in der Planung israelischer Architektur ist *juristischer* Natur: der israelische Staat und lange davor die jüdischen Einwanderer wussten sehr gut mit herrschenden Landesgesetzen umzugehen. Insbesondere das türkische Bodenrecht gab den jüdischen Einwanderern Möglichkeiten, *legal*, Bauten zu errichten, die sie normalerweise nicht hätten bauen dürfen. Der Bau der *Homa Umigdal* Siedlungen wurde mit Hilfe einer Lücke im türkischen Baugesetz möglich. Das türkische Baugesetz untersagt das Bauen von Objekten außerhalb von markierten Städten und Dörfern ohne ausdrückliche Genehmigung der osmanischen Behörden. Allerdings schützt das gleiche Gesetz alle bestehenden Bauten und erlaubte auch dann keinen Abriss, wenn diese ohne Genehmigung errichtet wurden. Deswegen haben die jüdischen Siedler der osmanischen Zeit ihre Siedlungsstrukturen innerhalb eines Tages und später sogar über Nacht gebaut. Sie wussten, dass ihre, bei Nacht und Nebel, errichteten Bauten dann einen gesetzlichen Bestandschutz hatten und nicht abgerissen werden durften.

Um das architektonische Erbe des israelischen Staates zu verstehen, muss ein Forscher ähnlich wie *Sharon Rotbard* sich mit einem der frühen Modelle israelischer Verschanzungsarchitektur vor Staatsgründung auseinandersetzen. Denn heute, genauso wie bereits in der spätosmanischen Zeit (1882-1917), muss eine zionistische

Israeli Architecture, Babel (Tel Aviv) and Verso (London, New York), 2003, S.41.

⁹⁰ Ebenda, S. 43.

⁹¹ Ebenda, S.40.

Siedlung zwei völlig auf *Sicherheit* konzipierte architektonische Elemente aufweisen, nämlich *Mauer* und *Turm*. Das politische Klima in Palästina schuf und schafft bis heute einen Kontext, in dem die israelische Architektur doktrinär als ein *Verschanzungs-* und *Kontrollmechanismus* verstanden wird und folglich bedient diese sich architektonischer Instrumente – eben *Mauer* und *Turm* – die diesen Grundgedanken ermöglichen.

‚Innere Kolonisation‘ des Landes und die ‚Bildung einer neuen Nation‘

In der euphorischen Stimmung in Israel der 1950er Jahre wurden alle Kräfte zusammengebündelt, um den Traum einer ‚Bildung der neuen jüdischen Nation‘ zu verwirklichen. Und wie in keinem anderen Plan wird das strategische Denken der zionistischen Planer so sichtbar wie im ersten *National Master Plan* (NMP) Israels. Dieser umfassende Nationalplan für den Staat Israel wurde in den Jahren 1948-51 zum ersten Mal formuliert. Ein 180-Mann-Team, geleitet vom Architekten und Stadtplaner *Arieh Sharon*⁹² (*nicht mit dem Politiker Ariel Sharon zu verwechseln*), *zeichnete einen Rahmenplan, der das Gesicht des jungen Staates für die ersten zwei Jahrzehnte seiner Entstehung maßgebend formen sollte.*

In dem jungen schwach bevölkerten Staat – die Bevölkerungszahl betrug damals 800.000 Einwohner mit einer Bevölkerungsdichte von 43 EW/km² – waren Zersiedelung des Landes, das Kultivieren von Land sowie Landesentwicklung die Hauptziele der Regierung unter Ben-Gurion. Der NMP verfolgte eine klare geopolitische Aufgabe, nämlich aus Sicherheitsgründen eine bessere Bevölkerungsverteilung in den so genannten ‚leeren Räumen‘ des Staatsterritoriums, insbesondere in den ‚bedrohenden Grenzgebieten‘, in die Wege zu leiten. Der junge Staat war mit dem Umstand konfrontiert, dass bei der ersten Bevölkerungsbestandsaufnahme nach seiner Gründung, am 11. November 1948, mehr klar wurde, dass mehr als drei Viertel (77,5%) der jüdischen Bevölkerung auf nur 11,1% seiner Fläche, hauptsächlich in den Distrikten Haifa und Tel Aviv, konzentriert waren.⁹³ Der Stadtplaner Sharon suchte mit seinem Plan eine Antwort auf folgende herausfordernde Frage: *Wie verteilt man vernünftig eine Bevölkerung, die sich innerhalb von 10 Jahren voraussichtlich von 800.000 auf 2.500.000 Einwohner verdreifachen würde?*

Der Plan, der genau den durch die jüdische Einwanderung erwarteten rapiden Zuwachs der Bevölkerungszahlen in den ersten 20 Jahren des Staates voraussagte, setzte die Richtlinie zur Gründung von mehr als zwei Duzend sogenannten ‚development towns‘, hunderten von landwirtschaftlichen Siedlungen sowie zentralen Versorgungseinrichtungen fest, wie das Bewässerungsprojekt ‚Tiberias-See/ Nördliche Naqab-Wüste (Negev)‘, ‚the National Water Carrier‘ und eines ‚Tief-Wasser-Hafens in Ashdod‘.⁹⁴

Neben Arieh Sharon wirkte zu dieser Zeit eine andere Person, deren Ideen in Bezug auf die Zersiedelung des palästinensischen Landes einen bei weitem größeren und nachhaltigeren Einfluss hatten als der große Architekt Sharon: es war der deutsch-jüdische Nationalökonom Walter Christaller.⁹⁵

Christaller beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Agrargeographie und Stadtplanung in Süddeutschland. Aus seinem Hauptwerk ‚*die Zentralen Orte in Süddeutschland*‘ von 1933 entwickelte er das ‚*System der zentralen Orte*‘ bzw. ‚*die Theorie der Zentralen Orte (ZOT)*‘.

In seinem Modell versuchte *Christaller*, in idealtypischen homogenen Räumen eine Struktur zentraler Orte auf unterschiedlichen Hierarchiestufen zu entwickeln. Demnach weisen die zentralen Orte höherer Hierarchiestufe (z. B. größere Städte) Ausstattungsmerkmale auf, die den zentralen Orten niedrigerer Hierarchiestufe fehlen (z. B. bestimmte Verwaltungs- und Dienstleistungsfunktionen in Kleinstädten). Ein zentraler Ort weist damit einen Bedeutungsüberschuss für das ihn umgebende Ergänzungsgebiet auf. *Christaller* bestimmte die Zentralität oder den Bedeutungsüberschuss eines Ortes als das Verhältnis zwischen den Diensten, die insgesamt für den zentralen Ort und sein Ergänzungsgebiet bereitgestellt worden sind und den Diensten, die nur für die Bewohner

92 Arieh Sharon war ein israelischer Architekt (1900 in Polen geboren, 1984 in Israel gestorben), emigrierte 1920 nach Palästina und konstruierte einige Bauten im Kibbutz Gan Shemuel. 1926-29 studierte er an der Bauhausakademie unter Gropius und Meyer. 1929-31 arbeitete er mit Meyer zusammen und führte dessen Berliner Büro. 1931 kehrte er nach Palästina zurück und vertritt als praktizierender Architekt den Bauhausstil in Mandatpalästina. 1948 wurde er zum Direktor und Chefarchitekt des israelischen nationalen Planungsamtes und war verantwortlich für die Erstellung des ersten israelischen Nationalmasterplans unter dem ersten Premierminister David Ben-Gurion. Er gilt als einer der produktivsten und wichtigsten Pionierarchitekten in Israel.

93 Vgl. Spiegel, Erika, *Neue Städte/New Towns in Israel*, Karl Krämer Verlag, Stuttgart, 1966, S.12.

94 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.19, sowie in Linde, Horst: Bericht über eine Exkursion nach Israel, Okt./Nov. 1964, Lehrstuhl für Hochschulplanung und Entwerfen, Prof. Dr. h. c. Horst Linde, Abteilung für Architektur, Technische Hochschule Stuttgart, 1964, S.35-36.

95 Walter Christaller: ein deutsch-jüdischer Geograph (1983-1969), studierte Volkswirtschaftslehre und Geographie. Er führte erstmals quantitative und statistische Methoden in die Geographie ein. Schwerpunkt seiner Arbeiten war Agrargeographie und Stadtplanung in Süddeutschland. Aus seinem Hauptwerk ‚*Die zentralen Orte in Süddeutschland*‘ von 1933 entwickelte er das System der zentralen Orte (ZOT).

des zentralen Ortes selbst benötigt wurden. Die Differenz beider Werte entspricht dem Bedeutungsüberschuss. Je höher die Zentralität eines Ortes, desto größer ist die Anzahl von Dienstleistungen je Bewohner. Christaller unterscheidet nach dem Versorgungsprinzip 10 Hierarchiestufen (von einem ‚Hilfszentralen Ort‘ bis zur ‚Reichshauptstadt‘ hin). Er überprüfte seine Theorie in der Praxis mit Hilfe der Zahl und Verteilung der damals vorhandenen Telefonanschlüsse.

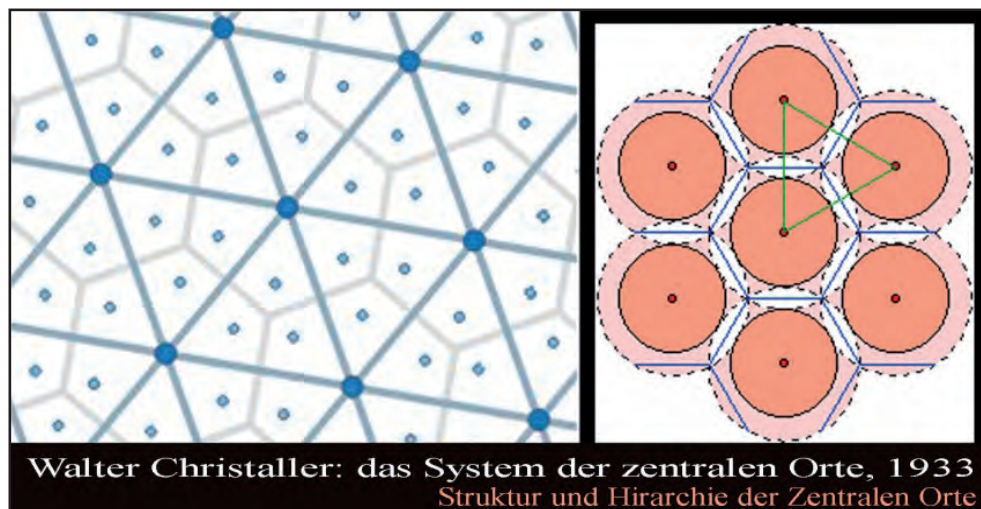


Abb. 2-1: Walter Christaller: System der Zentralen Orte – Struktur und Hierarchie der Orte.

In der Zeit nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland hatte Raumplanung als neu errichtete Profession (1935) von Anfang an rein politische Aufgaben zu erfüllen. Der Grund für die Errichtung der neuen Profession war die Suche nach geeigneten Truppenübungsplätzen. Jedoch bekam Raumplanung einen anderen Beigeschmack als die politische Entwicklung in Deutschland dieser Zeit von dem *Drang nach Osten* bestimmt wurde. Und dieser Drang war mächtig genug, um planerisch-politische Ziele im Osten zu verfolgen. Die *Osteroberung* bedeutete folgerichtig die Ergreifung der Planungshoheit durch das NS-Regime, Re-Kolonisierung der eroberten Territorien und schließlich die *Germanisierung*. Raumplaner waren ab 1939 integraler Bestandteil der nationalsozialistischen ‚Ostfeldzüge‘. Und sie wurden „zu Ideologen und Praktiker dessen, was im Partei- und Staatsjargon „Eindeutschung“ hieß“. ⁹⁶

Die Vorstellung, in der Rolle von Raumplanern in einem ‚gestaltlos‘ erachteten Raum wirksam zu werden, faszinierte neben Architekten und Stadtplanern auch Soziologen, Geographen und Juristen. Im Jahre 1940 und in diesem politisch ideologischen Kontext bzw. während der Ostkolonisierung versuchte der damals 47 jährige Nationalökonom *Walter Christaller* die Gliederung der Verwaltung im „deutschen Ostraum“ auf der Basis des von ihm entwickelten Modells der *zentralen Orte* zu realisieren. Für die NS-Führung endete die Grenze nicht mit dem „deutschen Ostraum“. Mit den Ostfeldzügen wollten sie viel mehr *eine neue Ordnung Europas, ja der Welt* einleiten. Diese beabsichtigte Neuordnung der *Machtverhältnisse* konnten nur Eines bedeuten: *die Neuordnung des Raumes*, die auch auf Wissenschaft basierte *Ordnungsmodelle* benötigte. Basierend auf seinem Modell der zentralen Orte arbeitete *Christaller* unermüdlich an der Verfeinerung dieser Ordnungsmodelle. Dabei war in diesem Fall nicht der ostdeutsche, sondern der gesamteuropäische Raum Gegenstand des Interesses und Ziel dieses Ordnungswahns.

Zehn Jahre später (1950), legte Christaller einen Beitrag mit dem Titel ‚Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa‘⁹⁷ vor (Abbildung 2-2). Christaller schrieb in der Einleitung, dass es die Aufgabe dieses Beitrages sei, „für Europa eine bestimmte räumliche Ordnung“ zu skizzieren, nicht zuletzt um dadurch „gerade auch das Nichtgeordnete, das Ordnungswidrige erkennbar“ zu machen. Und Hinweise auf Um- und Neuordnung wurden in der Analyse ermöglicht, damit man dem „Ideal der Ordnung oder der idealen Ordnung, der dringenden Aufgaben unserer Gegenwart, näherkommen“ kann.⁹⁸

Nach dem Krieg emigrierte Christaller nach Israel. Seine Theorie fand eine willkommene Anwendung zur

⁹⁶ Gutschow, Niels: *Ordnungswahn – Architekten planen im „eingedeutschten Osten“ 1939-1945*, Bauwelt Fundamente 115, Birkhäuser, 2001, S.181.

⁹⁷ Christaller, Walter: *Der Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa*, in: *Frankfurter Geographische Hefte*, 24. Jg. H. 1, 1950, in: Gutschow, Niels: *Ordnungswahn ... a.a.O.*, S.181.

⁹⁸ Gutschow, Niels: *Ordnungswahn ... a.a.O.*, S.181.

Umsetzung des oben genannten von Arieh Sharon entwickelten ersten Generalmasterplans Israels. In Anlehnung an die Utopien der Ostkolonisierung des NS-Deutschland fanden sich vor allem in den 1950er Jahren Konzepte der utopischen Besiedlung in Israel wieder: für die Verwirklichung ihres Ziels, *Neue Städte im Hinterland* zu schaffen, bedienten sich die israelischen Planer der hierarchischen Ordnung Walter Christallers, die insgesamt fünf Stufen, vom Dorf (A-Zentrum) bis zur Großstadt (E-Zentrum), umfasste. Diese Hierarchiestufen (A-, B-, C-, D-, E- und F-Zentrum) sind, funktional gesehen, vom ländlichen Zentrum (B) angefangen, als „Zentrale Orte“ verschiedener Ordnung eingeteilt.⁹⁹ Die Orte wurden also als Keimzellen, die ‚development towns‘ als zentrale Orte des NMP definiert. Ein ‚development town‘ verkörpert das Zentrum für verschiedene Orte, das ständig wachsen kann und soll.

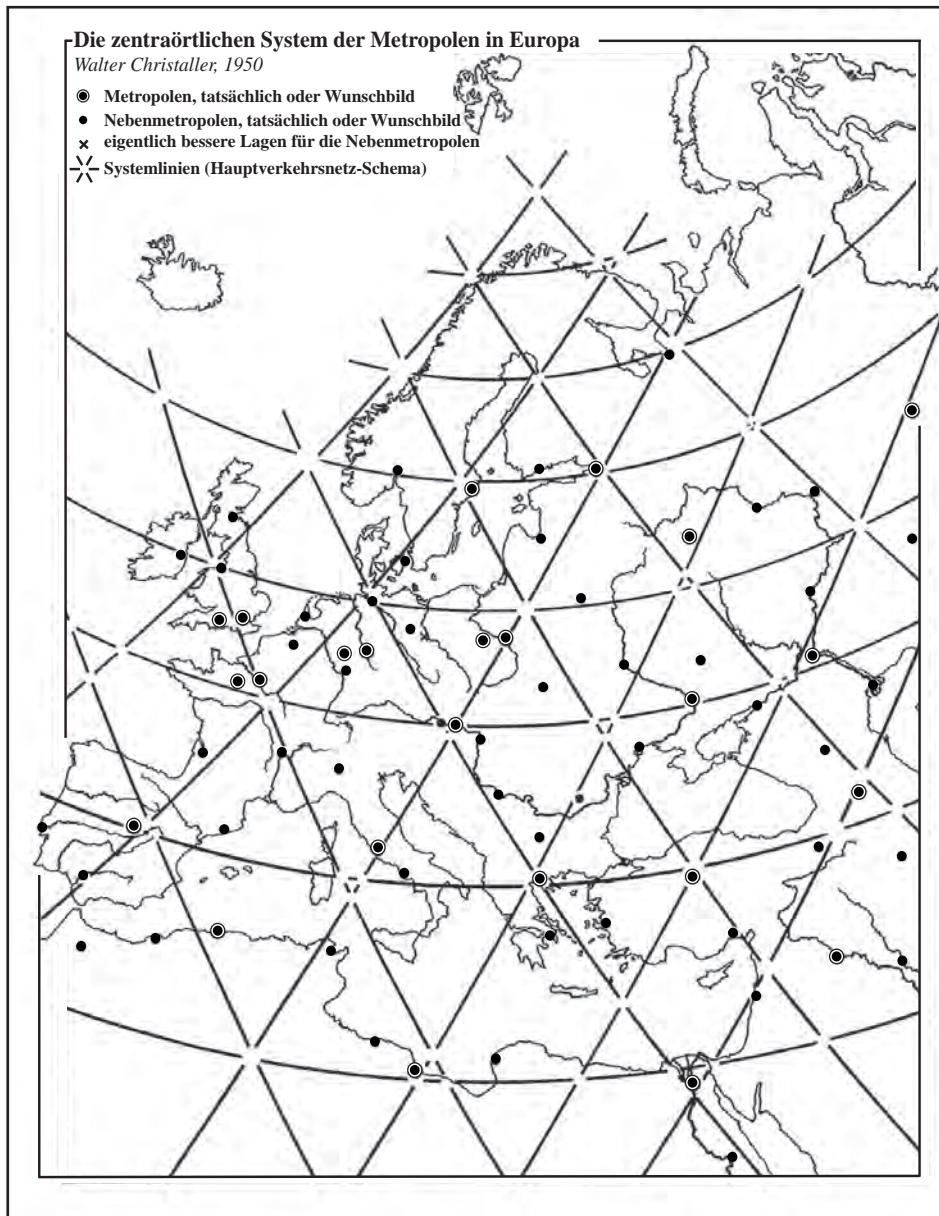


Abb. 2-2: ‚Die zentralörtlichen Systeme der Metropolen in Europa‘, Walter Christaller, 1950.

Prominentestes Beispiel dieser Entwicklung ist die Besiedlung der Lakish-Region zwischen 1955 und 1967.¹⁰⁰ Die Lakish-Region wurde als Vorranggebiet zur Wassergewinnung und zur Neulanderschließung behandelt. 1955 wurde mit der Planung begonnen. Das Planungsgebiet umfasste rund 750.000 Dunum Land, wovon etwa 40% landwirtschaftliche Nutzfläche guter Qualität und etwa 60% Weideland waren.

Die Planung des Lakish-Gebietes, die Bewässerung, Landgewinnung, Besiedlung und landwirtschaftlichen Siedlungen und den Bau einer neuen Stadt ‚Kiryat Gat‘ vorsah, sollte zum Modellfall für den Aufbau neuer jüdischer Regionen werden (Abbildung 2-3). ‚Kiryat Gat‘ sollte, entsprechend der *Theorie der Zentralen Orte*,

⁹⁹ Spiegel, Erika, *Neue Städte/New Towns ... a.a.O.*, S.19.

¹⁰⁰ Ebenda, S.121-132. Vgl. auch Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.182-186.

zum neuen Verwaltungs- und Handelszentrum für die landwirtschaftlichen Produkte der Region aufgebaut werden. Die Zahlen bezeugen, wie wichtig dieses Projekt für den ‚Judaisierungsprozess‘ in der Lakish-Region war: 1944 hat es nur 7 jüdische Siedlungen neben 50 palästinensischen Dörfern in diesem Gebiet gegeben. 1967 waren es bereits 50 israelische Siedlungen. 1968 hat es dort kein einziges palästinensisches Dorf mehr gegeben. Das Projekt wurde von einem Prozess der Zerstörung der palästinensischen Dörfer und der Vertreibung ihrer Bewohner begleitet. Diese Strategie der Innenkolonisation von Territorien baute auf der *demographischen Planung durch Gestaltung vom Raum*. Das bedeutet wiederum die Zersiedelung von mehr Boden, die Schaffung von neuen Grenzen und folglich die Verdrängung bestehender arabischer Strukturen. Und das gleiche System sollte später, nach 1967, von Ariel Sharon für die Verwirklichung der Siedlungsblöcke und Verbundsysteme in der West Bank angewendet werden.

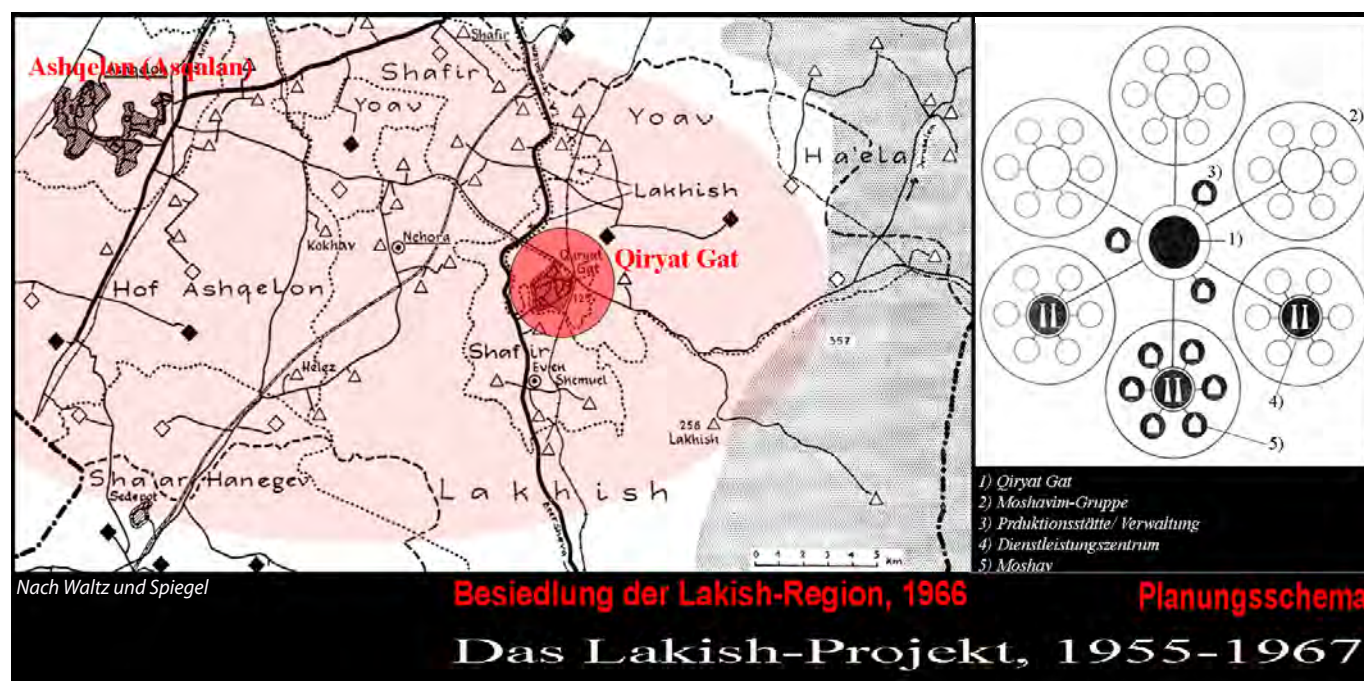


Abb. 2-3: Das Lakish-Projekt, 1955-1967.

Im Wirken vom zionistischen Architekten *Sharon* sowie vom Geographen *Christaller* wird ein deutliches Muster erkennbar, dass auf kultureller Ebene Ideologien ein fester Bestandteil der Planung sein können. Die symbolische Raum-Eroberung gewinnt somit an Bedeutung. Das wird mit dem Bau neuer jüdischer ‚development towns‘ klar, die im Hinterland entlang der neuen ‚Staatsgrenzen‘ einen „organische Mauer“ (eine organische Mauer) gegenüber den neuen unerwünschten Nachbarn schaffen sollten.¹⁰¹

Im Ergebnis wurde die israelische Architektur zum Hauptträger und Medium der herrschenden politischen Agenda der zionistischen Regierung. Die Pionierarchitektur Israels hatte drei Hauptaufgaben zu erfüllen, nämlich (1) die Notaufnahme der jüdischen Emigranten, (2) den Schutz der neu gewonnenen Gebiete durch den Bau der so genannten Grenzsiedlungen und (3) den Aufbau der israelischen Städte und Gesellschaft. Auf dieser Basis wurde diese Architektur, abstrakt gesehen, von drei wichtigen Begriffen bestimmt, nämlich (a) Aufnahme, (b) Frontier und (c) Aufbau. In der neuen, in ihrer Umgebung unerwünschten israelischen Gesellschaft, drehte sich alles um *Sicherheit* und *Verschanzung*. Sowohl die *Homa Umigdal* Siedlungen vor Staatsgründung als auch die vielen Zentralen Orte mit ihren Satelliten-Siedlungen der 1950er Jahre, wie alle späteren West Bank-Siedlungen, wurden immer in erster Linie nach präzisen *Schutz- und Sicherheitstechnischen Richtlinien* konzipiert und von diesen formal und funktional schwer beeinflusst.

Mehr als 120 Jahre liegen zwischen den ersten zionistischen Besiedlungsversuchen in Palästina und dem Baubeginn der israelischen Trennungsmauer quer durch die West Bank, und doch sind es alle, heute wie damals, architektonische Verschanzungsversuche in einem feindlichen Umfeld. Die doktrinäre Essenz aus der sie schöpfen, ist die gleiche: eine ‚Schutzmauer‘ und ein ‚Überwachungsturm‘. Wenn es, überhaupt, eine israelische Architektur gibt, dann kann man genau hier ihre Keimzelle bzw. ihre elementarsten Bestandteile suchen.

¹⁰¹ Auf der Basis dieses Prinzips der „organischen Mauer“ sollten die Neuen Städte Israels nach Ben-Gurions Vorstellung konzipiert bzw. in ihren fremden Umfeld platziert werden. Zitat in: Weizman, Eyal, *The politics of Verticality, Teil 1 ... a.a.O.*

Die Idee von *Mauer* und *Turm* bestimmt bis heute maßgebend die Architektur in Israel, ist weiterhin allgegenwärtig und taucht, wenn auch manchmal weniger sichtbar, immer wieder auf. Der sich heute im Bau befindende israelische Mauerstreifen ist seit dem Bau der oben beschriebenen *Bar-Lev-Linie* entlang des östlichen Ufers des Suezkanals, die erste israelische monumentale Festungsanlage, die in ihrer architektonischen Funktion zum Selbstzweck errichtet wurde – ein Bauwerk, das expressiv die ureigentliche Aufgabe einer Maueranlage erfüllen soll: *Verschanzung*.

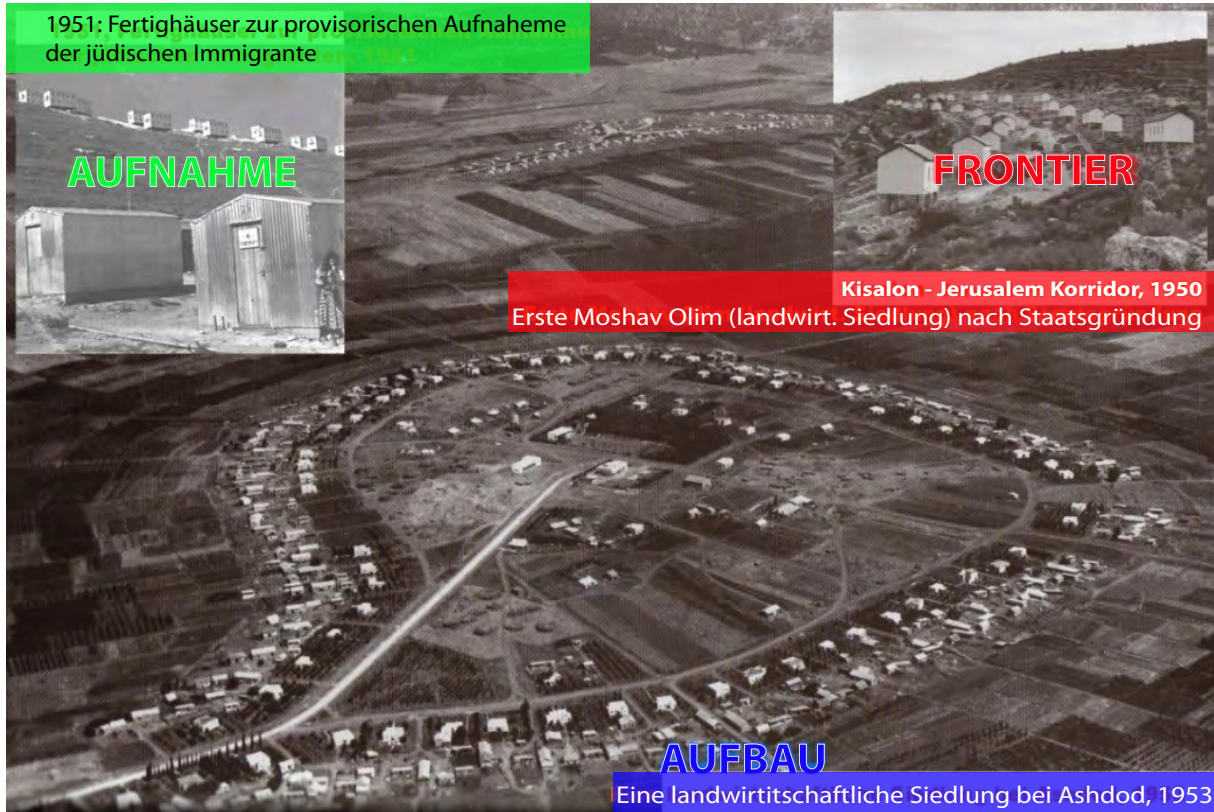


Abb. 2-4: Israelische Pionierarchitektur – Immigrantenaufnahme, Frontier und Aufbau.

2.3.2 Merkmale der israelischen subtilen Siedlungsstrategie in der West Bank

Wie weiter oben bereits dargelegt, verfolgten alle israelischen Regierungen eine Siedlungspolitik, die zwischen *Fakt* und *Akt* hin und her wanderte – zwischen Befestigungsanlagen und elastischer Geographie. Beide Stilrichtungen vervollkommen sich gegenseitig: die *elastische Geographie* verkörpert den Eroberungszug einer Übermacht, bei dem Territorien kontrolliert werden, nachdem man mittels einer *Befestigungsanlage* (in der Regel einer paramilitärischen Siedlung) ein ‚permanentes Provisorium‘ aufbaut, das wiederum als Operationsbasis für weitere Raubzüge dient. Für ein kleines Land wie Palästina kann eine solche Strategie der Landnahme nur fatale und äußerst destruktive Folgen haben, für das Terrain, für sein städtebauliches und soziales Gewebe und natürlich für die Ressourcen des Landes.

Jedoch bedarf es weit mehr als einer ‚militärischen Macht‘, um diese Gebietseroberungen abzusichern. Und der Bau von illegalen israelischen Siedlungen, als Garant für eine jüdische demographische und territoriale Präsenz in den besetzten Gebieten, bedeutete nicht das Ende der zionistischen Fahrt in die Berge der West Bank. Denn diese Siedlungen mussten von der Besatzungsmacht Israel nicht nur geschützt, sondern und vor allem auch *juristisch* begründet werden – wenigstens vor den Gerichten im eigenen Lande. Aus dieser Notlage heraus, waren die zionistischen Planer und Politiker mittels juristischer Tricks und raffinierter geometrischer Formgebung der Siedlungsobjekte, eine einzigartige subtile Korrelation zwischen dem laut internationalem Recht für eine Besatzungsmacht nicht zulässigen Bau von *zivilen* Siedlungen und der militärischen Notwendigkeit der gleichen Siedlungen herzustellen. Das war eine Korrelation, die es den israelischen Regierungen seit 1967 ermöglichte, ihre Siedlungsprojekte vor einheimischen israelischen Gerichten – falls eine Klage überhaupt vorlag – fast immer durchzusetzen. Ferner wussten die israelischen Planer sehr genau, wie man durch kontextuelles

Verkomplizieren des palästinensischen Territoriums einen Zustand schaffen konnte, von dem scheinbar kein Zurück mehr möglich wäre. Nur so konnten ihre illegalen *Siedlungen* in der West Bank den Status eines permanenten Provisoriums bekommen.

Die subtile Strategie der Expansion und der Landkontrolle wurde über Jahrzehnte weiter entwickelt. Die wichtigsten ‚Tragsäulen‘ dieser Strategie sind:

1. Militärisches Denken;
2. Die raffinierte Auslegung des internationalen Rechts;
3. Der rechtzeitige Einsatz von militärischer Übermacht bei günstigen Machtverhältnissen im internationalen politischen Kontext; und vor allem
4. Die systematische und intelligente Planung.

Das Zusammenspiel garantierte den Erfolg des Siedlungsprojekts, das zweifelsohne eine Austilgung des palästinensischen Raumes bzw. eine Manipulation der Landkarte zur Folge hatte. Das Endprodukt dieser Strategie nahm immer geometrische Formen an, wenn sie in den besetzten palästinensischen Territorien umgesetzt wurde. Das ‚intelligente Planen‘ war weiterhin ein Garant zum Erfolg dieses Zusammenspiels. Diese Subtilität des israelischen Handelns in den besetzten arabischen Gebieten nahm verschiedene Gesichter an und hatte mehrere spezifische *Merkmale*. Diese waren zugleich die spezifischen Merkmale der *räumlichen Säuberung* („spacocide“) des Westjordanlandes, die unten im Abschnitt 3.7.3 beschrieben wird. Von besonderem Interesse für diese Arbeit sind diejenigen Merkmale oder Instrumente, die für die *Planung* und *Besiedlung* der besetzten West Bank entscheidend sind. Diese sollen unten kurz erläutert werden:

I/ Subtile rechtliche Auslegung des Siedlungsbau

Bei einer räumlichen Untersuchung des israelisch-palästinensischen Konfliktes werden Zusammenhänge und Bedeutungen erkennbar, die im Nebel des täglichen politischen Diskurses verdeckt bleiben. Sicher ist dann, dass ein durch Infrastruktur- und Siedlungsbau bestimmter Prozess zunehmender *räumlicher Fragmentierung* der West Bank ablesbar wird. Das könnte problemlos als die schwerwiegendste Konsequenz des zionistischen Siedlungsprojektes in Palästina aufgefasst werden. Und folgerichtig wurde das erklärte Ziel der Osloer Verhandlungen und Verträge, die territoriale Lösung des Konfliktes, bei der durch Grenzziehung eine Zweistaatenlösung erreicht werden sollte, durch die *planerisch erzeugte Komplexität* des Terrains *unmöglich* gemacht. Denn Planung wird einer militärischen Logik unterworfen, die in der Architektur ein Mittel zur *Kontrolle über Raum* sieht und diese entsprechend instrumentalisiert.

Für gewöhnlich sind Menschenrechtsverletzungen ein Resultat militärischer Übergriffe und jede Art direkten gewaltsamen Schadens im Rahmen von schnell ablaufenden Prozessen. Das nimmt aber im palästinensisch-israelischen Konflikt eine andere zusätzliche Dimension an: In diesem Konflikt wird Planung zum strategischen Mittel zur Gestaltung, Manipulation und Kontrolle von Raum benutzt– Architektur wird zum Kriegsmittel, sie wird als ‚Waffe‘¹⁰² missbraucht.

Im Völkerrecht ist *Besatzung* definiert als eine zeitweise bestehende Lage, die nur durch Verhandlungen geklärt werden kann. Es verbietet der Besatzungsmacht alle Maßnahmen, eine Kontrolle auf Dauer einzurichten, es verbietet insbesondere, die eigene Bevölkerung in das besetzte Gebiet umzusiedeln und dafür Siedlungen einzurichten. Das ist nicht alles: Das Völkerrecht macht die Besatzungsmacht für das Wohlergehen der Zivilbevölkerung in den von ihr kontrollierten Gebieten verantwortlich.¹⁰³

Erstaunlicherweise stützt sich die israelische Strategie der Landnahme für den Siedlungsbau auf *Artikel 53* der IV. Genfer Konvention von 1949, die eine Zerstörung von privatem oder öffentlichem Eigentum erlaubt, wenn diese Zerstörung wegen militärischer Operationen unerlässlich werden sollte.¹⁰⁴ Israelische Strategen nehmen *Artikel 53* nicht ganz wörtlich und zerstören palästinensische Infrastrukturen, um darauf eine ‚*militärisch erforderliche Besiedlung der besetzten Gebiete*‘ zu betreiben. Die Dekonstruktion arabischer Infrastrukturen schafft Raum für die Konstruktion eigener Siedlungen. Und um dem Ganzen eine legitime Verpackung zu geben haben sich die Siedlungsstrategen ein raffiniertes Detail ausgedacht: die architektonische bzw. städtebauliche

102 Eyal Weizman in: ‚AnArchitektur‘ Nr. 06, Februar 2003, S.8.

103 IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten/ Abschnitt III: besetzte Gebiete, Artikeln 49 und 53. Vgl. Anhang X/ 1 dieser Arbeit.

104 Ebenda.

Form der Bauten muss nach *militärischem Denkmuster* geplant und ausgeführt werden. Die Aspekte Sicherheit und Selbstverteidigung sind für die architektonische Form und die städtebauliche Anordnung der israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten maßgebend und bestimmend, obwohl sie von Zivilisten bewohnt werden.

Bei einigen Klagen gegen israelische Siedlungen vor israelischen Gerichten mussten die Richter daher feststellen, ob eine zivile Siedlung von militärischem Nutzen ist. Die Antwort auf diese Frage fanden sie meistens bei der *Anordnung der Bebauung* in den Bergsiedlungen der West Bank, da diese sich kreisförmig um einen Gipfel lagern, um Übersichtlichkeit und Überwachung zu ermöglichen (Abb. 2-5, Schema-Plan 2-1).

Die israelische Regierung argumentiert oft, dass die Siedlungen zwar von Zivilisten bewohnt seien, aber die Funktion einer militärischen Befestigung haben. Deswegen sind fast alle israelischen Siedlungen, seit der Staatsgründung, so genannte Wehrsiedlungen. Die Allon-Siedlungen im Jordantal sind alle aus diesem Grund *Kibbuzim* und paramilitärische, paralandwirtschaftliche *Nahal*. Diese Siedlungen wurden immer so gebaut, dass zu allererst die Schutzmaßnahmen durchgeführt wurden. Erst dann hat man die eigentlichen Bauobjekte nebeneinander gereiht. Diese ‚Legitimierungsstrategie‘ hat in den meisten Fällen funktioniert.

Jeder weiß heute, dass viele der israelischen Bergsiedlungen in der West Bank eigentlich nur als Schlafstädte funktionieren und, dass sie militärisch gar keine Funktion haben, außer der Kontrolle über die Landesressourcen (Boden und Wasser). An sich sind sie in keiner Weise stark genug für eine Selbstverteidigung. Ganz im Gegenteil: sie sind schutzbedürftige Objekte, deren Sicherheits- und Schutzmaßnahmen dem israelischen Staat jedes Jahr enorme Summen kosten. Und dennoch existieren tatsächlich einige andere Siedlungen, die als Außenposten und als Brennpunkte dienen, von denen aus die Armee Druck ausübt und sich neu organisiert. Das sind zum großen Teil die ‚Strongpoints‘ Ariel Sharons.

Das Hochland, die Bergregion des Westjordanlandes, ist den israelischen Besatzern auch deswegen so attraktiv, da es *drei* strategische Vorteile bietet:

1. Große taktische Stärke;
2. Selbstverteidigung; und
3. den weiten Blick.

Dieses Prinzip gibt es so lange wie die Militärgeschichte selbst. Die Kreuzfahrerburgen – einige von ihnen sind nicht weit weg von den heutigen Siedlungen gebaut – praktizierten vor einigen Jahrhunderten an gleicher Ort und Stelle „die Verstärkung der bereits von der Natur gegebene Stärke“.¹⁰⁵ Diese Reihe von Bergspitzenfestungen waren militärische Instrumente für die territoriale Vorherrschaft der Kreuzfahrer im Heiligen Land. Die jüdischen Siedlungen in der West Bank sind nicht viel anders. Sie sind nicht nur Wohnorte, sondern sie kreieren auch ein großräumiges Netzwerk von ‚ziviler Verschanzung‘, das ein Teil des Verteidigungsregionalplans der Armee ist und eine ‚taktische territoriale Überwachung‘ ermöglicht. Ein einfacher Akt der Häuslichkeit, ein Einfamilienhaus, „passt sich den Zielen der territorialen Kontrolle an“.¹⁰⁶

Der Unterschied zwischen den israelischen Bergsiedlungen und den Burgen vergangener Zeit liegt allerdings darin, dass manche der Bergsiedlungen bis vor wenigen Jahren keine Befestigungen besaßen. Die Siedler haben es abgelehnt, mit einer Mauer oder Zaun umschlossen zu werden. Sie behaupteten, dass sie ‚eine Kontinuität mit der heiligen Landschaft‘ gestalten müssen und, dass es die Palästinenser seien, die eingezäunt werden sollten. Aber spätestens nach dem Ausbruch der zweiten, bewaffneten Intifada im September 2000 entflammte wieder eine Debatte über Schutzmaßnahmen für die Bergsiedlungen.

In diesem Kontext soll gesagt werden, dass die Form der Bergsiedlungen entsprechend einem geometrischen System konstruiert ist, das die Effizienz der Sichtweite (Berglage) mit der räumlichen Anordnung vereint. Die Parzellen sind entlang der Höhenlinien so angeordnet, dass das hintere und zugleich topographisch höher gelegene Haus versetzt zwischen zwei vorderen und tiefer gelegenen Nachbarhäusern platziert ist. Dadurch werden *Wohnhäuser*, streng genommen, als panoptische Festung konzipiert und produziert und Blicke zu vielen unter-

¹⁰⁵ Weizman, Eyal, *The Politics of Verticality, Teil 5 ... a.a.O.*

¹⁰⁶ Ebenda.

schiedlichen Enden erzeugt.¹⁰⁷ Wichtigste Aspekte bei diesem geometrischen System sind:

1. Kontrolle: in der Überschaubarkeit der arabischen Städte und Dörfer;
2. Strategie: in der Überschaubarkeit der Hauptverkehrsader; und
3. Selbstverteidigung: durch die Überschaubarkeit der unmittelbaren Umgebung und Anfahrtsstraßen.

Diese Siedlungen sind ein gutes Beispiel dafür, wie Siedlungen als städtische und optische Mittel für Überwachung und Ausübung von Macht funktionieren können. Allerdings gelingt das nur solange, bis die Bewohner der Siedlungen gewillt sind, ein verschanztes Dasein zu führen oder bis die gegnerische Seite militärtechnisch auf gleicher Augenhöhe operieren kann.

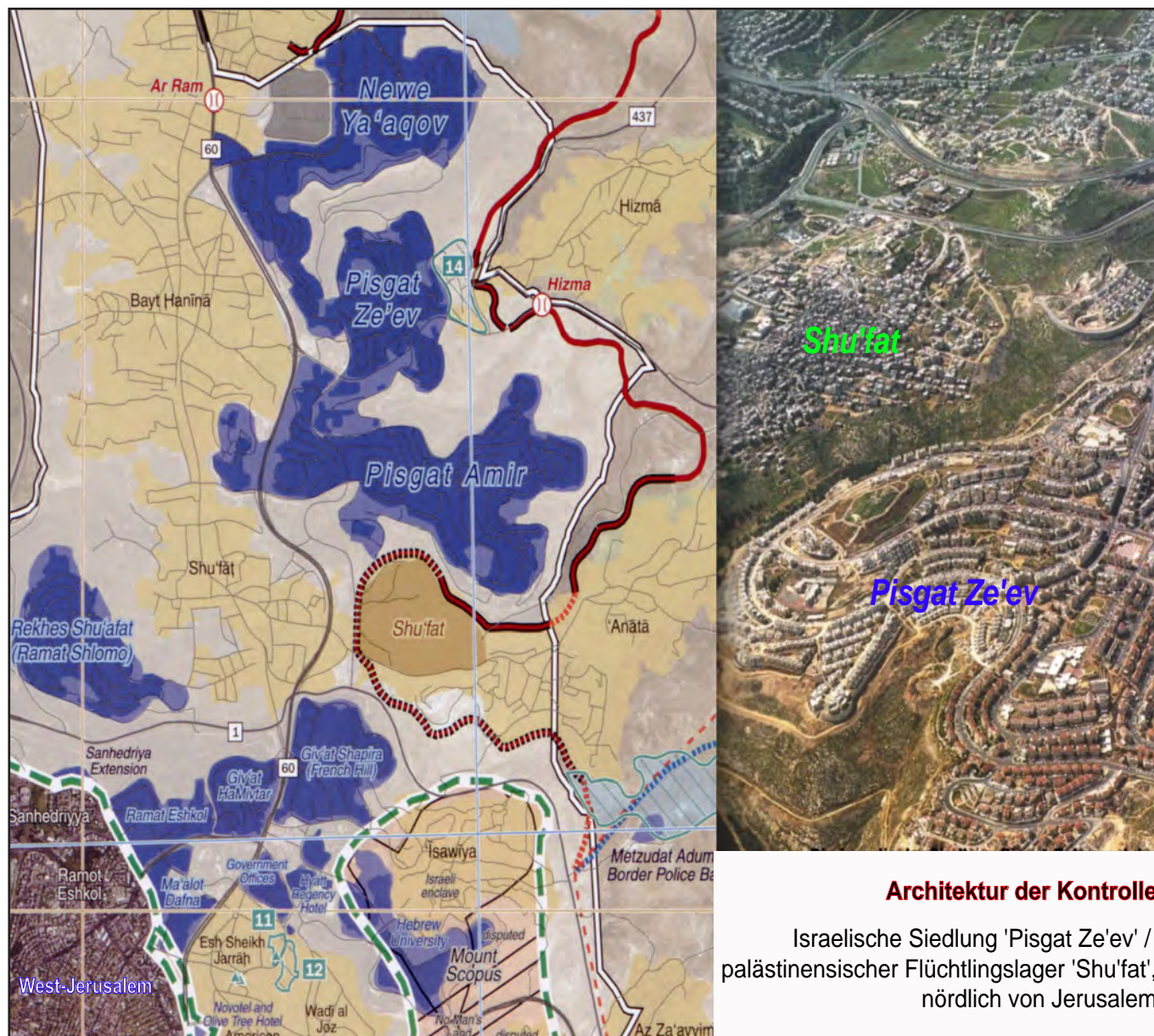
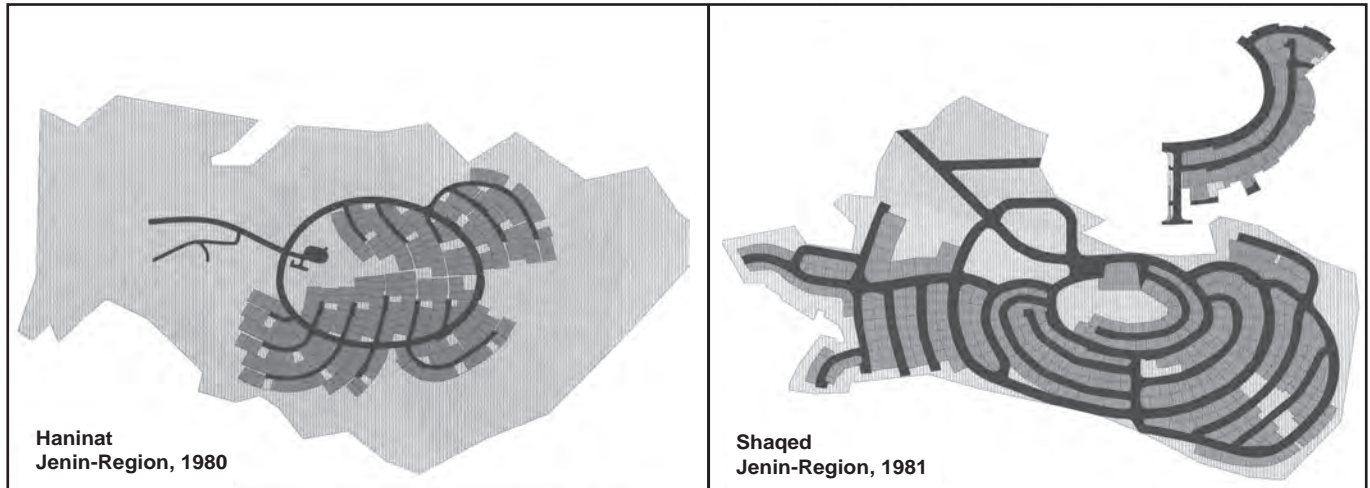


Abb. 2-5: Architektur der Kontrolle – Luftaufnahme der Siedlung Pisgat Ze'ev, nördlich von Jerusalem.

Da die Begründung, dass eine Siedlung militärisch notwendig sei, vor Gerichten nicht immer erfolgreich war, hat die Likud-Regierung ein altes osmanisches Bodenrecht wieder belebt und zu einer neuen Strategie entwickelt, die auf der Basis „Unkultiviertes Land ist Staatsland“ arbeitete. Wie oben im Kapitel 1 erwähnt wurde, wurden die türkischen Reformgesetze nie abgeschafft und wurden nach Belieben zugunsten der neuen Besitzer ausgenutzt. Dieses Faktum ist einer der verhängnisvollsten Aspekte im israelisch-palästinensischen Konflikt. Die Erklärung der Likud-Regierung war und ist noch heute für die Landnahme zwecks Siedlungsbau ein zentraler Punkt, der auch später beim Bau des Mauerstreifens sogar eine doppelte Rolle spielen sollte: abgesehen vom konfiszierten Land für den Mauerstreifen selbst (70-150 m breit auf der Gesamtlänge von etwa 900 km)

107 Ebenda.

wurden wenige Monate nach Baubeginn des nördlichen Abschnitts der Mauer (2002) ganze Dörfer und insgesamt etwa 9,5% der Gesamtfläche der West Bank plötzlich von ihrer geographischen Tiefe, der West Bank, abgeschnitten. Sie liegen jetzt auf einmal westlich der Mauer eingefangen zwischen Zäunen und Mauern und haben Dank der oben genannten Erklärung der Likud-Regierung auch einen völlig neuen Status: Das Land ist *de facto* von Israel annektiert, da es von ihren wahren Besitzern nicht kultiviert werden kann. Man bedient sich hier und heute im 21. Jahrhundert Kontrollmitteln aus feudaler Zeit, da sie den eigenen Zielen und Ideologien dienen – und das ist eine neue Qualität des Landdiebstahls.



Schema-Plan 2-1: Beispiele von Siedlungsgrundrisse (Haninat und Shaqed: Art der Bebauung als subtile Legitimierungsstrategie).

II/ Verkomplizierung des Terrains durch Fragmentierung

Architektur als kontextuelle Waffe

Die bisherige israelische Politik der Landnahme und die daraus folgende Zerstörung jeglicher palästinensischer Infrastruktur sowie die planmäßige Verkomplizierung des Terrains hatten und haben heute noch fatale Folgen für die Entwicklung der palästinensischen Gebiete. Der Eingriff auf die Landkarte der West Bank verursacht den vollständigen Zerfall und den Zusammenbruch der Oberfläche. Das israelische Siedlungsprojekt im Westjordanland hat mittels intelligenter Planung und mit Hilfe von inzwischen 500.000 Siedlern¹⁰⁸ die *Geographie des Terrains* in nur 40 Jahren radikal verändert. Tatsachen wurden hier geschaffen, die bis heute das palästinensische Territorium lahm legen. Die Fläche kann diese extremen Teilungen nicht länger verkraften. Karten-Anhang 7 zeigt deutlich die zerstückelte Fläche der West Bank mit den von Israel kontrollierten Flächen, sowohl bereits gebaute Siedlungen als auch Gebiete die von Israel *de facto* annektiert sind. Die israelischen Siedlungsstrukturen (Blau dargestellt) durchdringen erkennbar den palästinensischen Raum und polarisieren ihn. Selbst wenn man sich mit den illegalen Siedlungsstrukturen abfinden würde, wird durch diese Durchdringung eine angemessene und vernünftige Linie, die alle blauen Flecken (israelische Siedlungen) auf die eine Seite und alle braunen Flecken (palästinensische Städte und Dörfer) auf die andere Seite sortiert, nicht mehr möglich. Diese Flecken auf dem palästinensischen Gewebe kontrollieren nicht nur weit über 50% der Fläche der West Bank, sondern sie sind zusätzlich so verortet, dass sie das ganze palästinensische Land durch ihren fragmentierenden Effekt paralysieren. Das Ergebnis ist nahe liegend verhängnisvoll: Eine Lösung des Konflikts, die auf Teilung basiert ist, kann auf dieser Oberfläche nicht mehr erzielt werden.

Diese *territoriale Komplexität* ist das Ergebnis der zionistischen Manipulationsarbeit vieler Jahrzehnte in Palästina, die einem genau studierten Muster der systematischen Vorgehensweise mit dem Land der Palästinenser folgte. Sie zeigt sich vor allem geometrisch, und das in verschiedenen Aspekten, von der Eroberung bis zum Bau der Siedlungsstrukturen. Im Folgenden sollen die wichtigsten *drei* Aspekte dieser erzeugten Komplexität näher erläutert werden:

108 Inklusive den Siedlern in Ostjerusalem.

1. Aspekt: Grundelemente der Eroberungsstrategie

Um die ganze Reichweite der räumlichen Manipulation durch Planung in der besetzten West Bank zu verstehen, muss man ihre *konstituierenden Elemente* verstehen: *Punkt, Linie, Oberfläche und Volumen/Raum* (Abb. 2-5)::

Der Prozess der räumlichen Manipulation, der mit der Polarisierung der West Bank endet, beginnt mit der Auswahl von Punkten auf dem Gelände (Fläche), über das Macht ausgeübt werden soll. Die Lage der Punkte (die Koordinaten) wird durch militärisches Denken bestimmt. Der Punkt wird meistens auf einem Hügel oder auf einer Bergspitze als Aussichtspunkt geortet, ein einfacher Container, ein so genannter Außenposten. Der Punkt ist ein Standort zur Überwachung von Hauptverkehrsachsen, einer Kreuzung oder einer palästinensischen Siedlung. Man beginnt, diese zivilen Minisiedlungen zu multiplizieren. Sie funktionieren als Detektoren zur Sammlung von Informationen. Sie sind Brennpunkte, von denen aus die Armee Druck ausübt und sich neu organisiert. Der israelische Friedensaktivist *Jeff Halper* bezeichnet diese Brennpunkte zusammen mit der israelischen Mauer als „Überwachungsmatrix“¹⁰⁹. Auf diese Weise kann das Territorium kontrolliert und paralyisiert werden. Diese Muster räumlicher Kontrolle operieren sehr effektiv durch Präsenz an strategischen Punkten als Vorposten einer durchgängigen Besetzung großer Gebiete.

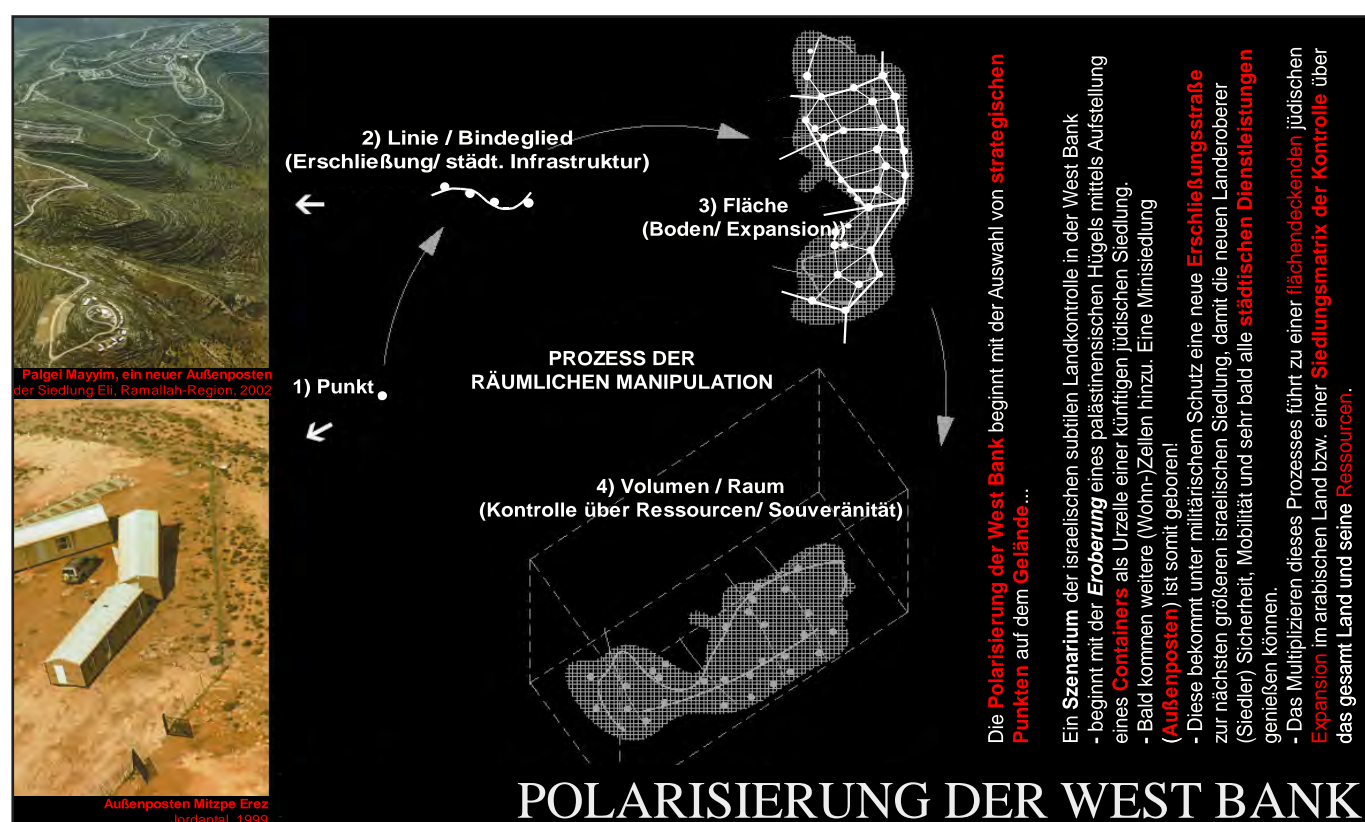


Abb. 2-6: Prozess der israelischen räumlichen Manipulation in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Der so genannte ‚Außenposten‘ (Punkt) ist der Beginn eines Prozesses der Frontlinien- bzw. der Verschanzungsarchitektur. Diese Art der Besetzung von arabischem Boden hat sich ironischerweise nach Unterzeichnung des Osloer Abkommens intensiviert. Das Osloer Abkommen (1993) sollte dem Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis ein Ende machen. In Folge dieses Abkommens wurde es vermehrt schwieriger für die israelische Siedlerbewegung, offizielle Genehmigungen für die Errichtung neuer Siedlungen in der West Bank zu bekommen.

Die Hände der israelischen Regierung, die dennoch bestrebt war, neue israelische Siedlungen in der West Bank entstehen zu sehen, waren gebunden, sowohl wegen der eigenen israelischen Gesetze als auch wegen den internationalen Verpflichtungen. Folglich bedienten sich die Siedler neuer aufwändigerer Methoden der ‚Piraterie‘, um der israelischen Regierung zu helfen, die eigenen Verpflichtungen zu umgehen. Dieser Akt der Piraterie war der Bau von so genannten ‚Außenposten‘. Für die Errichtung eines solchen Außenpostens bedienten sich die Siedler der banalsten Gründe, um die Hügel der Landschaft zu besetzen.

Zur Errichtung des größten dieser Außenposten ‚Migron‘ reichte die Aufstellung eines Antennenmasten durch den israelischen Mobiltelefonprovider ‚Orange‘ auf einem höheren Hügel auf der Strecke zwischen Jerusalem und Nablus auf arabischem Boden, indem ein paar jüdische Siedler zuerst einen Container aufstellten, der den Beginn der Eroberung signalisierte. Später wurde daraus eine kleine Siedlung mit militärischem Schutz.¹¹⁰ ‚Orange‘ wollte ursprünglich nur einen Mast aufstellen, um die Empfangsqualität für die Siedler der Region zu verstärken. Selbst wenn man der Firma die Zusammenarbeit mit den offensichtlich ungesetzlich handelnden Siedlern nicht unterstellen wollte oder konnte, könnte man ‚Orange‘ in jedem Fall unterstellen, illegal fremdes arabisches Eigentum ohne Erlaubnis für eigene Zwecke ausgenutzt zu haben, was durchaus als ein Akt der Piraterie gelten kann.

2. Aspekt: Dreidimensionalität des Konfliktes

Die israelischen Strategen zielten offensichtlich darauf ab, so viel arabischen Boden wie nur möglich zu anektieren. Aber genauso wichtig war ihnen die Kontrolle über die begrenzten Ressourcen der West Bank. Die Oberfläche alleine ist nicht ausreichend, um die absolute Souveränität über die besetzten Gebiete zu behalten. Die Lufthoheit und die Kontrolle über die Wasserressourcen der West Bank sind zentrale Elemente der israelischen strategischen Planung. Für sie gilt, dass um jeden Preis verhindert werden muss, dass ein lebensfähiger Palästinenserstaat in der West Bank entstehen kann.

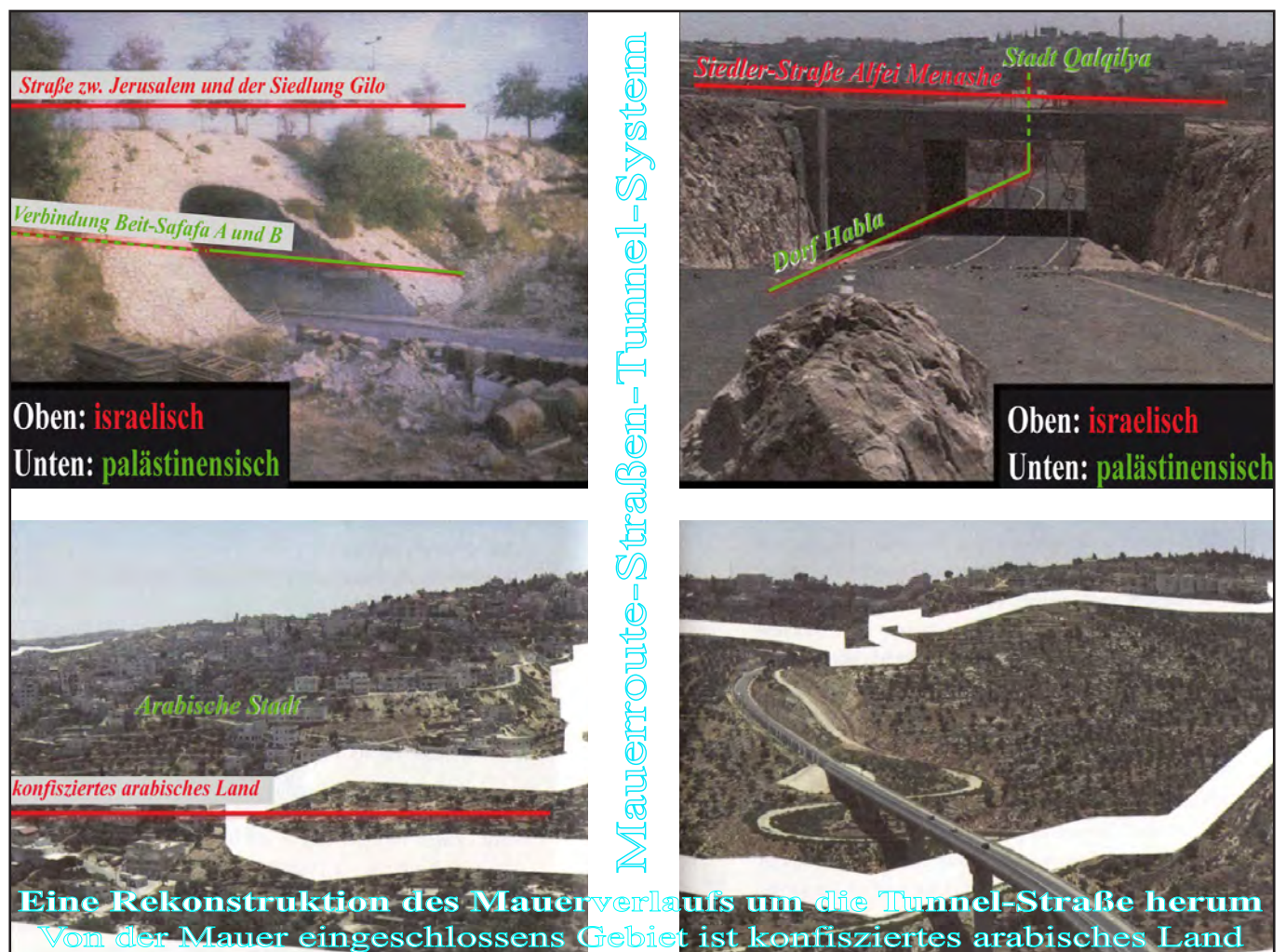


Abb. 2-7: Segregation im Verkehrssystem – die Schaffung komplizierter Grenzen mittels exklusiv jüdischen Infrastrukturen.

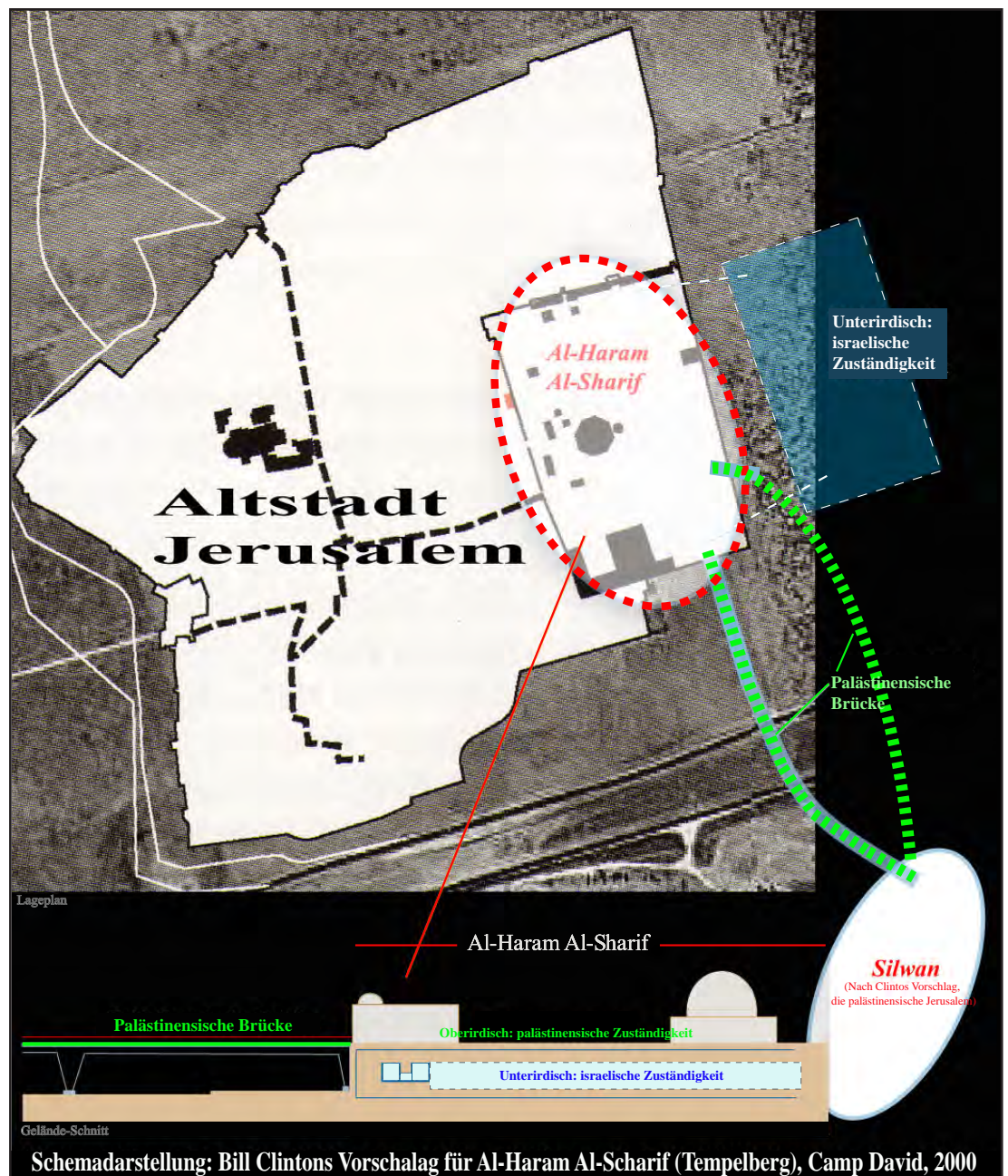
Um die Beherrschung der West Bank zu erreichen, so Eyal Weizman, musste eine neue Verständigung über den Begriff *Territorium* entwickelt werden. Die besetzten Gebiete wurden nicht mehr als eine *zweidimensionale Fläche* gesehen, sondern als ein großes *dreidimensionales Volumen*, das mit strategischen, religiösen und politischen Ebenen (Layer) beschichtet ist.¹¹¹

110 Zur Geschichte des Außenpostens ‚Migron‘, Vergl. Weizman, 2007, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.60

111 Weizman, Eyal: *The Politics of Verticality, Teil 1 ... a.a.O.*

Somit wurde eine neue Definition der Landkarte in der West Bank erfunden, deren wichtigstes Merkmal die Erfindung neuer komplizierter Grenzen war. Dieses Phänomen wurde 1995 deutlich sichtbar, als die israelischen Strategen sich selbst übertroffen und neue Arten von Grenzen, die so genannten ‚temporären Grenzen‘, erfunden haben, die dann später für das Osloer Interimsabkommen (Oslo II, 1995) festgelegt wurden.

Nach diesen neu definierten Grenzen bekamen die Palästinenser die Kontrolle über isolierte territoriale ‚Inseln‘, während Israel, zusätzlich zum großen Rest der West Bank, die komplette Kontrolle über den Luftraum und das Sub-Terrain behielt. Faktisch wurde der Palästinensischen Autonomiebehörde lediglich die zivilrechtliche Zuständigkeit für die bewohnten Bereiche der palästinensischen Städte und Dörfer zugesprochen (Gebiete A und B). Die Sicherheitsfragen, Grenzen sowie die Kontrolle der Ressourcen blieben unter israelischer Hoheit. Gebiet C, das größere restliche Umland (58% der WB- Fläche), blieb komplett, sowohl zivilrechtlich als auch sicherheitstechnisch, Israels Zuständigkeitsgebiet – solange bis Endstatusverhandlungen stattfinden würden.



Schema-Plan 2-2: Schemadarstellung: B. Clintons konstruktive Vorstellung zur Teilung des Alharam Al-sharaiif, 2000.

Diese *Politik der Vertikalität*, um Eyal Weizmanns zutreffenden Begriff zu verwenden – begann als ein Ideensatz, Strategien, Projekte und Vorschriften, die seit der Okkupation der West Bank 1967 von israelischen Technokraten, Armeeoffizieren, Archäologen, Planern und Straßenbauingenieuren geplant wurden. Folge war eine

vertikale Aufteilung des Territoriums der West Bank und dessen Durchtrennung in verschiedene zusammenhangslose Schichten. Die Teilung des Territoriums mittels dreidimensionaler Infrastrukturen – eine Matrix aus Straßen, Brücken und Tunnels – stellt für Israel eine praktische und vielleicht einzige Lösung dar, das unteilbare Territorium zu teilen; eine Brücke oder ein Tunnel sind in diesem Sinne Medien der Vergrößerung der Torte vor derer Teilung¹¹².

Man kann die Geometrie der Besetzung, die man hauptsächlich Ariel Sharon verdankt, nur in ihrer dreidimensionalen Auffassung verstehen. Denn sie verursachte die Verkomplizierung des Terrains und hinterließ bezüglich der Zukunftsplanung der Gebiete zu viele offene bzw. ungelöste Fragen, die mit dem Grundwasser, Abwasser, Tunnels, Brücken, Lufthöheit, Archäologie usw. unmittelbar zu tun haben. Die offensichtlich komplexen Fragen, die zweifelsohne auch geometrischer Natur sind, haben den Verhandlungsteilnehmern mehrfach die Unmöglichkeit einer zweidimensionalen Lösung bewiesen. Denn der israelische Vorschlag in Oslo basierte darauf, den Palästinensern eine beschränkte zivile Souveränität auf die Oberfläche bzw. obere Bodenschicht (*Null-Ebene*) eines Teiles des Territoriums zu geben, während Israel die Kontrolle über den Rest des Territoriums, über das Subterrain (*Untere Ebene*) und den Luftraum (obere Ebene) behält. Mit anderen Worten: man hat es hier mit einer *Sandwich*-Souveränitätsform zu tun (Israel-Palästina-Israel) entlang der vertikalen Achse. Die zuständigen Friedens-Technokraten und Kartographen kamen auf verrückte Vorschläge zur Lösung der internationalen Grenzen auf dreidimensionaler Basis.

Nicht nur israelische Politiker arbeiteten an dreidimensionalen Okkupations- und Trennungsstrategien, um noch weitere tief in das palästinensische Territorium eindringende Gebiete zu kontrollieren und zugleich den dort verorteten Kolonien ein Minimum an Begegnungsflächen mit den einheimischen Palästinensern bzw. ein sozusagen barrierefreies Dasein zu gewährleisten. Selbst der ehemalige US-Präsident Bill Clinton glaubte, während den Verhandlungen in Camp David (2000) aufrichtig an eine vertikale Lösung für das Problem der Teilung des *Al-Haram Al-Scharif* (Tempelberg) in Jerusalem (Schema-Plan 2-2).

Auf dem *Camp David-Gipfel* vom 05. bis zum 25.07.2000 wurde die Stadt Jerusalem zum Hindernis auf dem Weg zur Findung einer Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt (Anhang IX/7). Die israelischen Unterhändler um PM Ehud Barak bestanden darauf, dass Juden auf *Al-Haram Al-Scharif* beten können. Das wiesen die Palästinenser entschieden zurück. Dann schlugen amerikanische Rechtsexperten vor, dass mit Hilfe eines internationalen Komitees, bestehend aus dem UNO-Sicherheitsrats und Marokko, die Palästinenser die Aufsicht über den Tempelberg bekommen sollen, während die *Souveränität* über den Ort bei Israel liegen soll. Der Vorschlag wurde durch Clintons Idee abgerundet, dass die Palästinenser *den oberirdischen Teil des Al-Haram Al-Scharif (Tempelberg) benutzen dürfen, während Israel den unterirdischen Teil kontrolliert*. Jerusalem sollte nach diesem Vorschlag fragmentiert werden. Für verschiedene Stadtteile sollten verschiedene System gelten. Alles in allem sollte sich die palästinensische Souveränität auf die Teile Ostjerusalems beschränken, die nicht Teil Jerusalems in den Stadtgrenzen von 1967 gewesen waren. Die so genannte Hauptstadt der Palästinenser ‚Ostjerusalem‘ hätte aus drei Dörfern bestanden: Abu-Dis, Al-Aisaria und Salwan. Dem aufmerksamen Beobachter würde hier sofort auffallen, dass die nun palästinensische quasi zweidimensionale horizontale Ebene auf dem heiligen Platz sich, bedingt durch die neue *Verortung* ihrer Hauptstadt in die oben genannten Stadtgebiete, zu einer Enklave entwickelt hätte.

Diese topographische Trennung der Palästinenser von ihrem *Al-Haram Al-Scharif* könne nur mit Hilfe einer konstruktiven Lösung, die sich einer Ingenieur-Leistung bedient – sprich einer Brücke – umgesetzt werden. Das hat Clinton auch vorgeschlagen, jedoch ließ er den technischen Teil des Vorschlages verständlicherweise offen, auch wenn man ahnen kann, was er damit meinte.

Clintons Vorschlag war offensichtlich eine technische und konstruktive Lösung, die versucht hat, eine unmögliche Geographie eines historischen Raumkontextes zu umgehen (Vgl. Schema-Plan 2-3). Er war auf alle Fälle eine gewagte und radikale Manifestation der vertikalen Schizophrenie des Konfliktes. *Ehud Barak* akzeptierte Clintons Vorschlag grundsätzlich und sah die Möglichkeit einer Brücke zur Erschließung der moslemischen Besucher auf dem *Al-Haram Al-Scharif*. Die Palästinenser lehnten den Plan rundweg ab und forderten, dass *Al-Haram Al-Scharif* im Rahmen einer Endstatuslösung an die Palästinenser abgegeben werden muss: oben, unten und die Seiten – geographisch und topographisch.

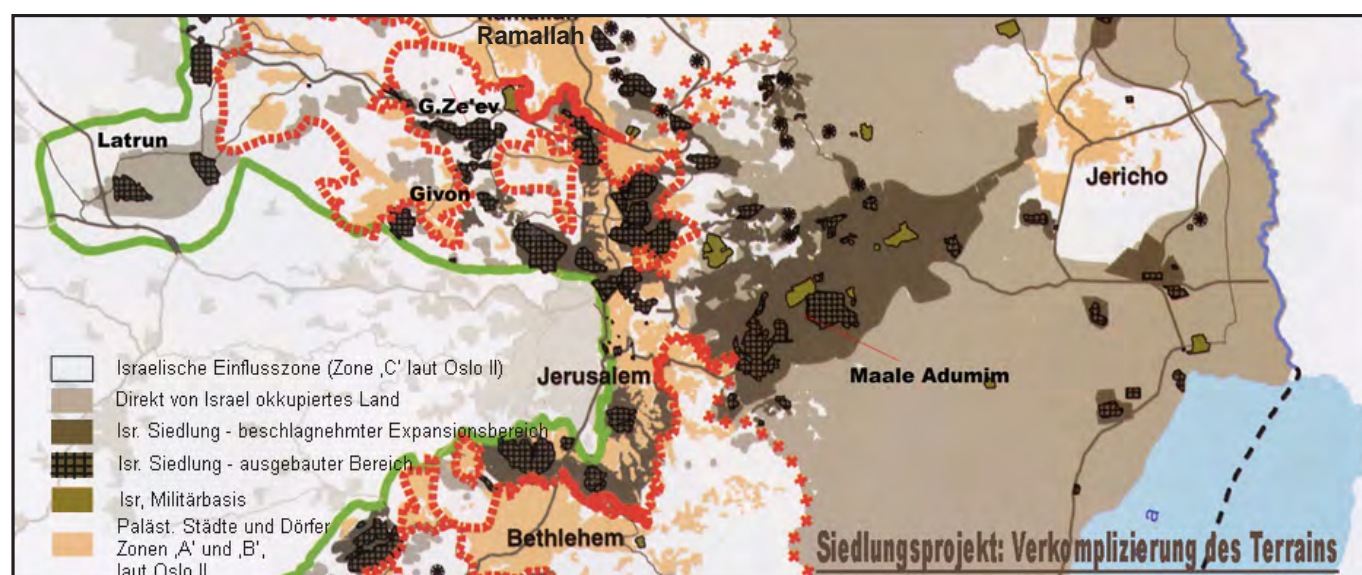
¹¹² Gilead Sher, israelischer Verhandlungsleiter in Camp David II, 2000, in Weizman, Eyal: *The Politics of Verticality, Teil 1 ... a.a.O.*

3. Aspekt: Dekonstruktion der Landkarte/ Zwei-dimensionale Karten versus Drei-dimensionale Realität

Eines der Hauptmerkmale der israelischen ‚Politik der Vertikalität‘ ist, dass sie eine Revision der existierenden kartographischen Techniken mit sich bringt. Während herkömmliche kartographische Techniken die tatsächliche dreidimensionale Topologie eines Territoriums in seine zweidimensionale Oberfläche herab projiziert, fordert die ‚Politik der Vertikalität‘ eine *Escher'sche* (nach dem Künstler Escher genannt) Raumdarstellung, ein „territoriales Hologramm“¹¹³, in dem politische Aktivitäten der Manipulation und Multiplikation vom Territorium eine zwei-dimensionale Oberfläche in ein drei-dimensionales Volumen transformieren.

Eine starke Fragmentierung der Landoberfläche der West Bank und die Verteilung von deren Raum sind von Seiten der Besatzungsmacht politisch gewollt und über viele Jahrzehnte systematisch verfolgt bzw. in die Tat umgesetzt worden. Sie kann als solche niemals ohne politischen und raumdesignerischen Konsequenzen bleiben. Die Palästinenser, Hand in Hand mit der internationalen Gemeinschaft, streben seit den ersten Friedensverhandlungen mit Israel (1991), wenn auch nicht leidenschaftlich, nach einer *Zwei-Staaten-Lösung* auf der Basis von ‚Land gegen Frieden‘. Die palästinensische Führung hat auch große Geduld und Flexibilität bewiesen, als sie überhaupt die Zwei-Staaten-Option in Erwägung zog und am Ende auch akzeptierte. Eine Option, die Israel immer zum eigenen Vorteil angeboten hatte.

Wenn man den räumlich-formalen Aspekt der territorialen Vorschläge und Lösungen erfasst (Oslo-, Barak- und Sharon- Vorschläge), versteht man, dass es einen bestimmten Verlauf der Grenzen gibt, die auch eine 97%-Lösung *unmöglich* macht, denn mit den restlichen 3% kann man das ganze Gebiet kontrollieren und paralysieren.



Karte 2-10: Raum Jerusalem, fragmentiert und völlig kontrolliert.

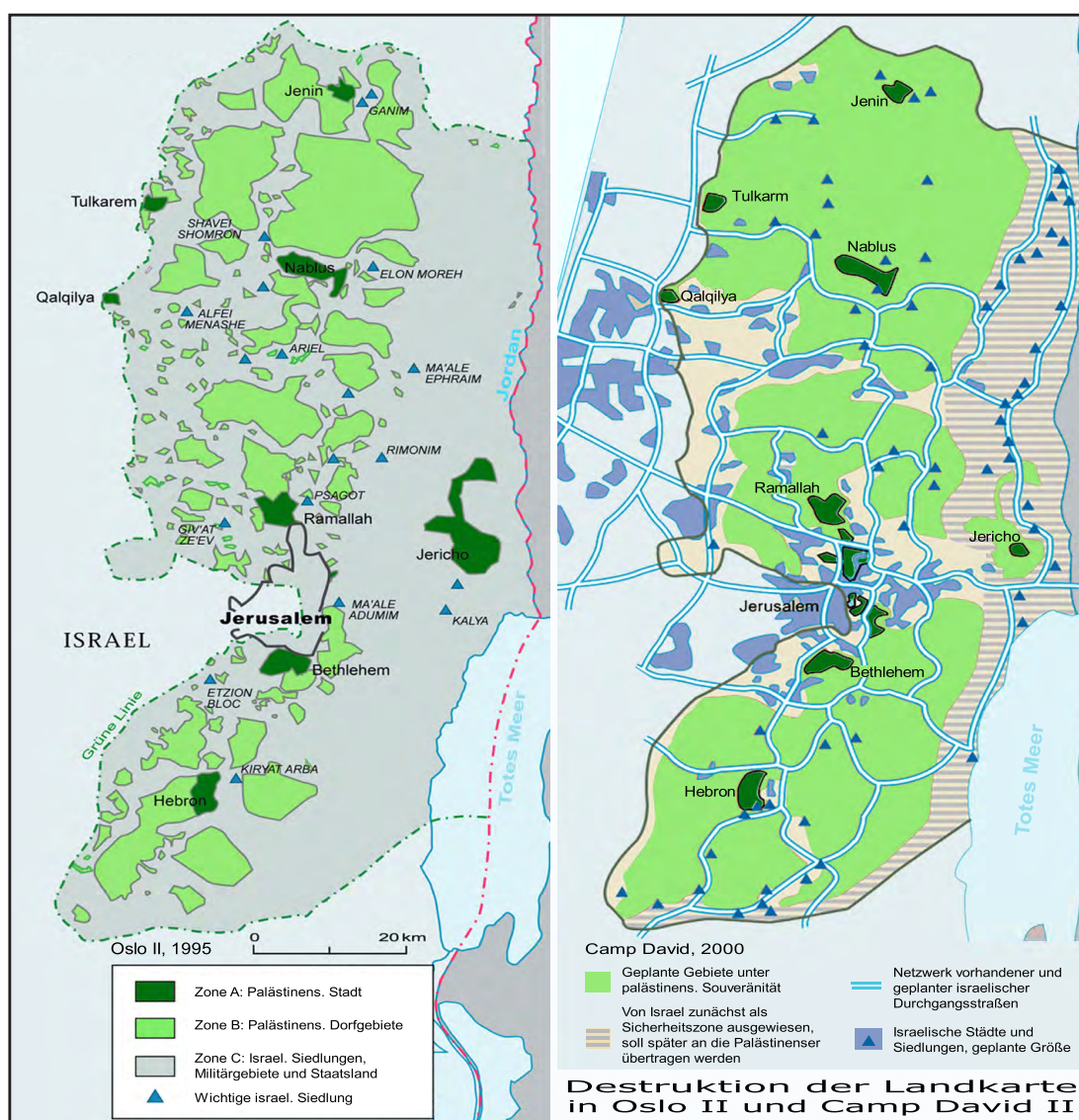
Im Fall Jerusalem sieht man, dass selbst mit dem Verzicht auf weniger als 1% der Territorien eine territoriale Lösung fast unmöglich werden kann. Es geht eben nicht nur darum, wie viel man für den Frieden aufgibt und opfert, sondern auch, wo man dies tut und, ob man überhaupt dadurch weiter kommen kann. Immerhin waren die Palästinenser im Osloer Friedensabkommen bereit, fast 80% der Fläche vom *Mandatspalästina* für einen (gerechten) Frieden aufzugeben.

Ein Beispiel dieses Umstandes stellt der Angriff auf die Oberfläche der Stadt Jerusalem und ihre Umgebung dar (Karte 2-10). Jerusalem macht 0,55% der Gesamtfläche Palästinas aus. Ein Teil dieser Stadtfläche ist von Israel annektiert. Dennoch macht die Belagerung der Stadt durch die israelischen Siedlungen eine territoriale Lösung *unmöglich*. Der jüdische Siedlungsgürtel schafft hier eine unmögliche Geographie, die sich in einem Grenzverlauf ausdrückt, die keine wirkliche Grenze ist, dafür aber eine Nord-Süd-Spaltung des Westjordanlandes an dieser Stelle bewirkt und nicht zuletzt das palästinensische kulturelle und wirtschaftliche Zentrum ‚Jerusalem‘ von

113 Weizman, Eyal: *The Politics of Verticality, Teil 2 ... a.a.O.*

seinem arabischen Umland isoliert.

Wie aus den obigen Ausführungen ersichtlich, wurden zwischen Oslo (1993) und Camp David II (2000) neue Formen nationaler Hoheitsgebiete erfunden: den Palästinensern wurde die zivile (Kontrolle) über isolierte territoriale Inseln übertragen. Israel behielt die Kontrolle über den Luftraum und den Untergrund. ‚Luftraum‘ und ‚Untergrund‘ wurden von Seiten der israelischen Planer fortan eher als getrennt von der Erd-Oberfläche betrachtet denn als deren organische und kontinuierliche Bestandteile. Der Horizont in diesem Konflikt wurde zu einer politischen Grenze, die in der Vertikalität eine Trennschicht zwischen Luft und Subterrain bildet. Zur gleichen Zeit erscheint eine andere Grenze, die die Erd-Kruste von der Erde unter ihr trennt. Diese Raumdefinition bzw. -Aufteilung in ‚Erdkruste‘, ‚oberhalb‘, und ‚unterhalb‘ haben in erster Linie mit dem Anspruch der unverhältnismäßig stärkeren Israelis auf uneingeschränkte Souveränität über dem besetzten Westjordanland – auch nach einer Endstatuslösung – und natürlich mit dem israelischen Zugriff auf dessen zu tun. Mit anderen Worten: Hier findet ein „asymmetrischer Zugriff auf [die] begrenzten Ressourcen sowie eine systematische Degradierung der Lebensbedingungen der Palästinenser durch Israel“¹¹⁴ statt. Beide Aspekte demonstrieren die israelische Antipathie einem künftig souveränen und lebensfähigen Palästinenserstaat gegenüber.



Karte 2-11: Destruktion der Landkarte in ‚Oslo II‘ und ‚Camp David II‘ – ein Ergebnis der Asymmetrie des Konfliktes.

Zweidimensionale Karten sind seit jeher fundamental zum Verstehen von politischen Grenzen. Sie wurden immer wieder für das Westjordanland gezeichnet. Jedes Mal sind sie daran gescheitert, die ‚vertikalen Bestandteile‘¹¹⁵ des Landes zu erfassen. Aus diesem Grund sind Karten niemals richtig objektiv. Sie sind dauerhaft politisch, durch das, was sie darstellen, wie sie es darstellen und vor allem durch das, was sie ausblenden. Man setzt

114 Radermacher, Franz Josef: *Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung*, Wien, 2000, S.208.

115 Weizman, Eyal: *The Politics of Verticality, Teil 2 ... a.a.O.*

sich bei politischen Verhandlungen immer mit dem Inhalt vorgelegter Karten auseinander. Karten können die Öffentlichkeit, aber auch politische Entscheidungsträger beeinflussen, wenn Politiker auf der Grundlage des formalen Produktes der Karten abstrakte politische Entscheidungen treffen.

Ein Problem scheint hier die zweidimensionale Natur der Landkarte zu sein: während sie versucht, die Realität auf zwei-dimensionalen Oberflächen darzustellen, widerspiegelt eine Landkarte den darzustellenden Gegenstand und formt ihn zugleich. Sie beschreibt die Welt und kreiert sie zugleich – genauer gesagt: sie kann ein Territorium mittels Ein- und Ausblenden von Fakten und Informationen manipulieren. In der Geschichte der kolonialen Invasion war das erste, was Eroberer taten, immer neue Karten zu zeichnen, um Gebietsansprüche zu stellen. Landkarten wurden immer zuerst von den Siegern gezeichnet, da Karten „Instrumente der Eroberung“ sind.¹¹⁶ Wer die Karte besitzt, besitzt auch die Fläche, die sie mehr projiziert als darstellt. Denn in Wahrheit ist diese Fläche ein dreidimensionales Objekt, das eine räumliche Dimension besitzt. Manipuliert man die Fläche mittels einer selbst gezeichneten Karte, so setzt man einen Prozess der *Produktion von Raum* in Gang, der nur in Korrelation mit *Macht* vollzogen werden kann. Grundlage des europäischen Kolonialismus des 19. Jahrhunderts, nämlich der Zugriff auf die Ressourcen des eroberten Landes, war nur durch die von Seiten einer überlegenen Fremdmacht produzierte Dreidimensionalität möglich. Landkarten sind bis zum heutigen Tage – es gibt immer neue Formen von Kolonialismus – Hauptinstrumente zum Verstehen und Kontrollieren von Territorien. Die Geschichte ihrer Herstellung hing mit den Eigentumsverhältnissen, mit der politischen Souveränität und mit Macht zusammen.

Geopolitik ist daher ein flacher Diskurs. Sie ignoriert, in großem Umfang, die vertikale Dimension und tendiert mehr dazu, quer über die Landschaft zu schauen als diese durchzuschneiden. Wahrscheinlich wurde diese Vorgehensweise in der Darstellung von geopolitischen Daten aus der kartographischen Darstellung vom militärischen und politischen Raum des modernen Staates übernommen. Seitdem Politik und Gesetz den ‚Ort‘ nur in der Sprache von Landkarten und Plänen verstehen, wird angenommen, dass territoriale Ansprüche, die in Karten markiert sind, gleichzeitig auf die Bereiche über- und unter ihnen anwendbar sind. Damit sind die Lufthoheit und die Verfügung über das *eigene* Subterrain gemeint – also der freie Zugriff auf Ressourcen. Nur im israelisch-palästinensischen Konflikt ist es anders.

Seit 1967 wurden viele territoriale Vorschläge der israelischen Politiker in Plänen skizziert¹¹⁷, die viel mehr die Grundlinien zur jüdischen Besiedlung des Territoriums darstellten, denn eine Lösung des Konfliktes darboten. Diese Pläne für das Westjordanland haben immer versucht, das Bild der Situation der Vorbesatzungszeit zu verzerren, indem sie die Gegenwärtigkeit der Palästinenser und ihr historisches städtisches Gewebe einfach ausblendete bzw. das Terrain als Leeres und unbewohntes Gebiet behandelten. Ob es der *Allon-Plan* (1967-70) oder der *Sharon-Plan* (1981) bis hin zu der Karte, die für Oslo (1993-99) *produziert* wurde und schließlich die Vorschlagskarte von Barak in Camp David (2000), es waren alles Karten, die diese *Fakt-Verzerrungs-Versuche* und *-Techniken* darlegten bzw. weiter verfeinerten. Edward Said schrieb 1993 diesbezüglich folgende Bemerkung:

„Von 1967 bis heute haben israelische Technokraten, Ideologen und Generäle Karten für die West Bank gezeichnet. Karten Zeichnen wurde [in Israel] zu einer ‚nationalen Besessenheit‘. Welcher Natur auch immer die palästinensische Räumlichkeit war, sie wurde in der israelischen Kartographie untergeordnet. Alles, was ohne Name war, hörte auf zu existieren. Dutzende von verstreuten Bauten und kleinen Dörfern verschwanden von der Landkarte und wurden nie an die öffentlichen Grunddienstleistungen angeschlossen“.¹¹⁸

Vielleicht hilft es, ein Beispiel aus dem israelischen Territorium selbst zu nehmen, um diese israelische territoriale *Ein-Ausblend-Taktik* zu verstehen: in Israel existiert ein Begriff, der nirgendwo sonst vorkommt, und der inzwischen ein fester Bestandteil des israelischen *Planungsvokabulars* ist. Dieser Begriff heißt ‚die nicht anerkannten Dörfer‘. Der Staat bezeichnet mehr als 100 palästinensische Wohnsiedlungen, in denen etwa 100.000 Palästinenser leben als ‚nicht anerkannt‘. Neben der ethnischen Beraubung, Verdrängung und Verelendung dieser Menschen, sind ihre Siedlungen nicht an staatliche Versorgung jeglicher Art angebunden – und diese Wohnsiedlungen sind in keiner Landkarte verzeichnet, so als würden sie gar nicht existieren. Nach ihrer Vertreibung im Jahre 1948 durch die zionistischen Milizen ‚Palmach‘, ‚Irgun‘ und ‚Hagana‘, wurde das Land

116 Said, Edward W.: *Frieden im Nahost? ... a.a.O.*, S.75. (aus einem Essay in der arabischen Zeitschrift ‚Al-Hayat‘ vom 10. Dezember 1993).

117 Zum Beispiel: *Allon-Plan* (1967), *Drobless-Plan* (1977), *Dayan-Plan* (1978/79), *Sharon-Plan* (1981), *Oslo II-Plan* (1995) und *Barak-Plan* (2000).

118 Said, Edward W.: *Frieden im Nahost? ... a.a.O.*, S.75. .

und die Besitztümer dieser Menschen mit Hilfe einer Reihe von neu erlassenen Gesetzen der damaligen israelischen Militärregierung sowie durch alte Gesetze aus der osmanischen und der britischen Mandatszeit konfisziert und sie so an einer Rückkehr gehindert.¹¹⁹

Britische Vermessung versus zionistischer Gegen-Landkarten¹²⁰

Die zionistischen Versuche, die Landkarte Palästinas zugunsten ihres Kolonialprojektes zu formen, fanden in den Institutionen des britischen Mandats die idealen Rahmenbedingungen. Denn die zentrale Aufgabe des Mandats war, wie bereits im Kapitel 1 geschildert, die Umsetzung der Balfour-Deklaration zur Gründung einer Heimstätte für die Juden in Palästina, indem es die legislativen und politischen Rahmenbedingungen zur Einwanderung von Juden nach und zur Festigung des jüdischen Siedlungsbaus in Palästina schuf.¹²¹ Die Zionisten, anderes als die Araber, waren maßgebend an der britischen Administration in Palästina beteiligt und konnten in vielen Sachen und Entscheidungen über die Zukunft des Landes mitwirken. Der Akt der Neukartierung des Landes, der sehr bald von den Briten in die Wege geleitet wurde, bildete hier keine Ausnahme. Wie oben im *Abschnitt 2.2.2* erwähnt, entstanden die Landeskarten Palästinas entsprechend dem *militärischen* Bedarf der damaligen Kolonialmächte, insbesondere Großbritanniens, nach kontrollierbaren Grenzen. Infolge der Balfour-Deklaration drängte sich der Bedarf nach Landkarten in ihrer Funktion als Mittel zur Kontrolle über Grundbesitz in den Vordergrund. Nur so wäre es möglich gewesen, den Transformationsprozess des Grundbesitzes zugunsten der neuen Schützlinge (der Zionisten) zu steuern bzw. die jüdische Kolonisation im Sinne der Balfour-Deklaration zu ermöglichen.

Mit der Gründung des britischen Mandats über Palästina (1923), transformierte der Völkerbund die britische *Absicht* (die Deklaration) in eine britische *Verpflichtung* unter dem Mandat. Diesem Zielergebnis vorausschauend hat die britische Regierung bereits 1920 den Aufbau einer ‚Vermessungsbehörde der britischen Regierung in Palästina‘ (Survey Department of the Government of Palestine) angeordnet. Der Auftrag dieser Behörde war, den Eigentumsübertragungsprozess (vor allem vom Bodenbesitz) zu verwalten. Das war eine Aufgabe, die es erforderte, dass das Land, für dessen Territorien seit Ende des 17. Jahrhunderts ein Durcheinander aus einer Vielzahl von Landkarten ansammelte, noch einmal ganz von vorne und gründlich kartiert werden musste, sprich es war mehr als nötig, Flurkarten vom ganzen Land zu produzieren. Ein Problem, das die Zionisten damals begegneten war, dass die Briten wegen der Unordnung in den von den Türken hinterlassenen Landregistraufzeichnungen ein Landübertragungsverbot verhängt hatten, was den Landerwerb unmöglich machte. Moderne brauchbare Katasterkarten aus denselben türkischen Aufzeichnungen zu erstellen, war für die Briten ebenfalls ein sehr schwieriges, wenn nicht unmögliches, Unterfangen und bedeutete zwangsläufig die Vermessung des ganzen Landes von *Dan* (arab.: *Tal Al-Qadi*) im Norden bis *Ber Sheba* (arab.: Bi'r Al-Sabe‘) im Süden. Die Vermessung des Landes, die 1928 fertig gestellt wurde, hatte insbesondere nach der Verabschiedung der ‚Land Settlement Ordinance‘, die sich an das private freie Grundeigentum orientierte, Auswirkungen auf die langjährigen traditionellen Landnutzungspraxisen.

Von allen Typen des Landbesitzes im osmanischen Recht (*Mewat, Matruk, Mulk, Waqf, etc.*) hatte nur das Mulk-Land einen klaren Landtitel, der an Individuen (Privateigentum) verbunden war und, der von jüdischen Kolonisten unkompliziert veräußert werden konnte. Das ‚colonial office‘, das sich seiner Pflicht der Förderung des jüdischen Besiedlung des Landes bewusst war, versuchte die größte Hürde, die dem zionistischen Projekt im Wege stand, nämlich die Durchsetzung der britischen Restriktionen auf Landveräußerungen durch Privateigentümer und -Nutzer zu vermeiden.¹²² Hier standen sich das altherkömmliche Musha‘-System und das neue von der Mandatsmacht forcierte System feindseitig gegenüber. Das von den palästinensischen Dorfbewohnern gemeinsam gehaltene Musha‘-Land fiel in ein unrühmliches Licht, da dieses System plötzlich für eins gehalten wurde, das sich gegen individuelle Initiativen sprach und somit gegen die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Praxis war. In unserem Fall wird der Konflikt zwischen einem juristischen Prozess einer – durch

119 Waltz, Viktoria: ‚Zum israelischen Planungsvokabular‘, ein Artikel in <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/>, sowie in <http://www.palae-stina.org/news/beitraege/zeigeBeitrag.php?ID=563> (Internet-Seite der Generaldelegation Palästinas in der BRD).

120 Nachfolgenden Angaben über die Kartierung Palästinas während der britischen Mandatszeit hauptsächlich aus: Benvenisti, Meron, *Sacred landscape: the buried history of the Holy Land since 1948*, University of California Press, 2002, S. 1-50, sowie aus: Wood, Denis, *Rethinking the Power of Maps... a.a.O.*, S.237-241.

121 Siehe Wortlaut der Mandats-Charta vom 24.07.1922, Anhang VI/B/5.

122 Martin Buntun: *Colonial Land Policies in Palestine, 1917-1936* (Oxford University Press, Oxford, UK, 2007, p. 85), in: Wood, Denis, *Rethinking the Power of Maps... a.a.O.*, S.238. Der direkte Zusammenhang dieser britischen Restriktionen war, in diesem Fall, das britische Interesse für den Schutz der Pachtverhältnisse arabischer Landwirte, obschon dieses Interesse von Seiten Großbritannien nur wegen seiner bisherigen Politik entstanden, die bereits ein wachsendes und erschreckendes Problem schuf, nämlich die Entstehung einer breiten Schicht bodenloser Araber in Palästina. Siehe entsprechende Anmerkung (Nr. 32, S.324) der gleichen obigen Quellenangabe.

einen Chaos aus politischen Zielen und Plänen abgesicherten – Landreform, der ‚geometrische‘ Ziele verfolgte, und einem traditionellen Landnutzungssystem der indigenen Landesbewohner, die nicht über ein Minimum an Vertrauen gegenüber der herrschenden Fremdmacht verfügten.

Der Kernstück der britischen Reform des Landsystems im *Mandatspalästina* bildete der juristische Prozess der ‚Festlegung von Landtiteln‘, der auf eine Topographie- und Katastervermessung, auf exakte Kartierung sowie auf eine umfassende gerichtliche Untersuchung von Landrechten stützte, um für jedes Grundstück im Land einen Eigentümer zu identifizieren. Die Reform versuchte die traditionellen *Nutzungsrechte* der absolut mehrheitlich arabischen indigenen Bewohner des Landes in *Besitzrechte* zu transformieren. Bedenkt man, dass die so genannten ‚Eigentumsrechte‘ ausschließlich nach europäischen Konditionen des individuellen Privateigentums in einem anderen geopolitischen und kulturellen Raumes interpretiert und konstruiert wurden, so liegt die Feststellung nahe, dass die Briten – von der Tatsache, dass sie dem zionistischen Projekt dienten, mal ganz abgesehen – geglaubt haben bzw. sich erlaubt haben zu glauben, dass sie durch diese Gesetzgebung dabei waren, arabisches Eigentum zu beschützen. Mit diesem Akt haben Sie aber nur das Ausmaß ihrer kulturellen Arroganz hervorgehoben.¹²³

Ähnlich wie die osmanischen Reformen wäre die Idee der britischen Bodenreform an sich ein nützliches progressives Mittel zur Sicherung der Rechte der arabischen Einheimischen, wären sie in einem politischen Kontext der angemessenen Beteiligung lokaler Kräfte unternommen worden. Mit anderen Worten: die Vermessung und Kartierung Palästinas durch die Kolonialmacht Großbritannien – mit ihren wohl erklärten Absichten für das Land – waren an sich Instrumente des Kolonialismus und konnten somit erwartungsgemäß von den Arabern nicht freiwillig akzeptiert werden.

Und dennoch war die Vermessung des Landes zur gleichen Zeit nicht einheitlich und sie tendierte, ebenso wie viele der lokalen britischen Beamten, der Balfour-Deklaration gegenüber gleichgültig zu sein, wenn nicht gegen diese zu opponieren. Daher und trotz der immensen Vorteile dieser Vermessung für die jüdische Minderheit in Palästina, passte nicht alles zur zionistischen Vorstellung, wie die Dinge dort laufen sollten, insbesondere in Bezug auf die Namensgebung von Orten und Regionen, die seit vielen Jahrhunderten arabische Namen trugen. Die britischen Beamten übernahmen korrekterweise diese arabischen und kanaanitischen Namen in ihren Plankataster und verärgerten somit die Zionisten, deren Judaisierungsprojekt in Palästina eine kulturelle Komponente in sich trug, die nicht minder wichtig als die Veräußerung und später die Eroberung von Gebieten war. Sie wollten das Land nur in seinem biblischen oder gar talmudischen historischen Kontext, samt Namen von Orten, akzeptieren. Die restlichen zivilisatorischen Bausteine aller Epochen sollten nach ihrem Wunsch am besten ausgeblendet werden.

Die Zionisten, die seit 1920 eine beratende Tätigkeit in der britischen Mandatsregierung innehatten, waren im Rahmen ihrer Beratertätigkeit in der ‚Royal Geographical Society/ Geographical Committee for Names‘ in der Zuteilung von hebräischen Namen (die hebräische Sprache wurde neben Arabisch vom Mandat als offizielle Sprache anerkannt) maßgebend involviert und hatten für eine Wiederherstellung von biblischen hebräischen anstelle der arabisch-kanaanitischen Namen, die in den britischen Karten als Selbstverständlichkeit verwendet wurden, hart gekämpft. Eine Kartierung des Landes hatte nach ihrem Wunsch eine „hebräische Karte“ zum Ergebnis haben sollen. Die Briten haben diese zionistischen Forderungen zurückgewiesen und als das ‚Geographical Committee for Names‘ sich entschied, selbst beim Bezeichnen des Landes als Ganzes, sprich die geopolitische Entität ‚Mandatsgebiet‘, weiterhin den historischen Namen ‚Palästina‘ (und nicht ‚Eretz Israel‘) zu verwenden und dass alte arabische Städte wie Nablus, derer biblischer Name ‚Shechem‘ war, ebenso ihre arabischen Namen in der Kartierung behalten sollten, sahen die Zionisten dies als „eine anti-jüdische Diskriminierung und eine scharfe Ablehnung des Zionismus an“.¹²⁴ Die Zionisten begannen daraufhin eine *hebräische* „Gegen-Karte“ zu kreieren. Meron Benvenisti, dessen Vater Geograph und einer dieser zionistischen Gegen-Karten-Zeichner war, fasste diesen Umstand wie folgt zusammen:

„erfüllt mit der Einsicht, dass „es unmöglich für eine heutige hebräische Karte ist, die in der Bibel und in der post-biblischen Literatur erwähnten Stellen hebräischer Siedlungen nicht beim Namen zu identifizieren,“ begannen sie [die Zionisten], diese

123 Jeremy Forman, ‚Settlement of Title in the Galilee: Dowson’s colonial Guiding Principles‘ (Israel Studies 7(3), 2002, pp. 61-83, in: Wood, Denis, *Rethinking the Power of Maps... a.a.O.*, S.238 bzw. die entsprechende Anmerkung (Nr. 32), S.324.

124 Benvenisti, Meron, *Sacred landscape ... a.a.O.*, S.12-13.

Orte zu identifizieren und sie auf ‚hebräischen Karten‘ einzutragen, die sie gegenüber den offiziellen Mandatskarten stellten“.¹²⁵

Die zionistischen ‚Karten-Zeichner‘ verfolgten eine klare Agenda, nämlich „eine hebräische Karte vom Land, [sprich] eine erneuerte Besitzurkunde, zu zeichnen“.¹²⁶ „Kartierung“ in der Geschichte der Kartographie „war eine der intellektuellen Sonderwaffen, wodurch Macht erlangt, verwaltet, legitimiert und kodifiziert werden konnte“.¹²⁷ Den Zionisten war wohl bewusst, welche Macht kartographisches Wissen an sich darstellte und daher die Profession des Kartenzeichnens so eng mit Militär, Krieg und nicht weniger mit der Vollendung von politischen Agenden verknüpft war. Gerade die höchst politische Signifikanz, die der Akt der Kartierung von Territorien darstellte, galt seit dem Anfang dem besonderen Interesse der zionistischen Planer. Denn mit der Produktion eigener Karten konnten die Zionisten – wie so oft in der Geschichte der Mächte und Besatzer – die Basis für ihre eigene Ansprüche und für ihre soziale und symbolische Werte vorbereiten¹²⁸ und diese Ansprüche bzw. Werte obendrein (zum besseren politischen Verkauf) in ein Gewand der „wissenschaftlichen Objektivität“ verschleiern.¹²⁹

Mit der Bestimmung der Grenzen Mandatpalästinas durch Großbritannien, wurde Palästina nicht nur von seinem arabischen Umfeld geopolitisch abgetrennt, sondern auch der Weg für eine Konkretisierung des zionistischen Projektes geebnet, denn „die politischen Grenzen, die die Briten für Palästina festlegten, ermöglichten es gleichzeitig den Zionisten, konkrete geographische Vorstellungen für das Eretz Israel zu definieren, das ihnen für ihren zukünftigen jüdischen Staat vorschwebte“.¹³⁰

Die Kartierung des Landes durch die Briten sowie die zionistische ‚Gegenkartierung‘ mit ihren kulturpolitischen und religiösen ‚Titelrechtsnachforschungen‘, die von der ‚Israeli Exploration Society‘ (IES), der israelischen Forschungsgesellschaft, abgewickelt wurde, sorgten für eine weitere fast einwandfreie und subtile Kolonisierung des Landes. Wie einst die britische ‚Royal Geographical Society‘ die Welt erforschte, um neue Kolonien und Territorien an das britische Empire anzugliedern, so artikulierte die israelische Forschungsgesellschaft (IES) das jüdische Bestreben, das Urheimatland der Juden (Palästina) in Anspruch zu nehmen. Ihr erklärtes Ziel war, „die Untersuchung des Landes, seine Geschichte und seine Vorgeschichte zu entwickeln und voranzutreiben, und dabei den Siedlungsaspekt und die soziohistorische Verbindung zwischen dem Volk von Israel und Eretz Israel hervorheben“. Die IES-Forscher versuchten, „eine konkrete Dokumentation der Kontinuität eines [jüdischen] historischen Fadens, der ununterbrochen blieb, von der Zeit Joschua Bin Nun bis zu den Tagen der Eroberer des Negev in unserer Generation“.¹³¹ Es ist nicht besonders schwer zu erkennen, dass im Zuge dieser Suche nach jüdischen Spuren die (wissenschaftliche) Archäologie instrumentalisiert wurde und Hand in Hand mit der kaschierten, wenn nicht gar manipulierten, hebräischen Kartographie laufen musste¹³², damit sich das phantastische Bild der politisch gewollten ‚wissenschaftlichen Objektivität‘ abrunden und folglich die langersehnte „territoriale Selbsterstellung“ der israelischen Gesellschaft Schritt für Schritt vorankommen konnte. Daher wurde die israelische Archäologie (oder das „nationale Hobby“, wie sie in der israelischen Gesellschaft beschrieben wurde) schon immer als „eine privilegierte Grundlage der nationalen Identität und Rechte“ verstanden, was „das Fach [Archäologie] formte und seine Beziehung zum Akt des Nationalstaatsaufbaus während der ersten Jahrzehnten [israelischer] Staatlichkeit prägte“.¹³³

Die neue hebräische Gegenkarte (präzise: die von den zionistischen Geographen und Kartographen mittels hebräischer Namensgebung erneuerte Besitzurkunde) hatte nicht nur die Grenzen dokumentiert, sondern sie galt darüber hinaus, jedenfalls für die Zionisten und ihre Unterstützer, durch Titelrechtsnachforschungen als gesetzlich und begründet. Nach Meinung des Kartographen Denis Wood war die Arbeit der zionistischen Kartographen eine Ko-Konstruktion des so genannten „Geo-Körpers“ Israels. Sie verwendeten in ihrem Prozess der Hebräisierung Palästinas einen präzisen Mechanismus, der auf drei hierarchischen Schritten basierte: (1) *kartiere das Land*, (2) *ikonisiere es und dann* (3) *leugne seine Geschichte*.¹³⁴

125 Ebenda, S.13.

126 Ebenda, S.2.

127 Harley and Woodward, *History of Cartography* (Chicago, 1987), I:506, zitiert in: Benvenisti, Meron, *Sacred landscape ... a.a.O.*, S.13.

128 Ebenda.

129 Benvenisti, Meron, *Sacred landscape ... a.a.O.*, S.13.

130 Pappe, Ilan, *Die ethnische Säuberung ... a.a.O.*, S.328.

131 Wood, Denis, *Rethinking the Power of Maps...a.a.O.*, S.239-240.

132 Zur Rolle von Archäologen im Eroberungsprozess Palästinas vor und nach Staatsgründung Israels, siehe: Abu El-Haj, Nadia, *Facts on the ground: archeological practice and territorial self-fashioning in Israeli Society*, The University of Chicago Press, 2001. Siehe auch Abschnitt 3.7.4 dieser Arbeit (Mythologie und Ideologie in der Geschichtsschreibung).

133 Abu El-Haj, Nadia, *Facts on the ground: archeological...a.a.O.*, S.1. Der hier verwendete Begriff ‚territoriale Selbsterstellung‘ bezieht sich auf das allgemein bekannte Dilemma des Zionismus, eine Nationalbewegung ohne Vaterland (eigenes Territorium) zu sein.

134 Wood, Denis, *Rethinking the Power of Maps...a.a.O.*, S.240. Wood bezieht sich hier auf das berühmte Werk des Historikers Thongchai Winichakul „Siam Mapped. A History of the Geo-body of a Nation“, Honolulu: University of Hawaii Press, 1994.

- Beim *ersten* Schritt (Karteirung), so waren es die Briten, die die Grenzen des Landes schufen und es folglich als die geopolitische Entität ‚Palästina‘ ins Blickfeld brachten, getrennt von Libanon, Syrien, Transjordanien und Ägypten. Die israelischen Kartographen israelisierten dann dieses *Mandatspalästina* durch ihr magisches Umbenennen der Landesorte;
- zur gleichen Zeit, *zweitens*, haben die britischen Grenzen Israel seinen ikonischen Umriss in seiner sofort wiedererkennbaren Form eines primitiven Messers, dessen Klinge die Negev-Wüste darstellte gegeben; und
- *drittens*, durch ihre Präsentation des neuen Landes ‚Israel‘ als ein seit *dreitausend* Jahren existentes Ding, verschleiert der hebräische Plan die jüngsten Ursprünge und Entwicklungen Israels in der Geschichte, explizit die Geschichte des zionistischen Kolonialismus und der anschließenden ethnischen Säuberung Palästinas, das es Israel ermöglichte ein jüdischer Staat zu werden.¹³⁵

Der israelische Historiker Ilan Pappé hat sich mit diesem Aspekt der Produktion von hebräischen Gegenkarten bzw. mit der Rolle der Daten-Archive über arabische Orte (von den Zionisten bis Ende der 1930er Jahre fertiggestellt) bei der Vertreibung der Palästinenser im Jahre 1948, beschäftigt. Die hebräischen Karten bauten nicht nur auf britischer Vermessung und Kartierung Palästinas auf, sondern sie instrumentalisieren sie als Instrumente des Kolonialismus für eigene Ziele und Wünsche nach einem araberfreien Territorium, sprich für eine systematische ethnische Säuberung Palästinas durch jüdische Terrororganisationen (z.B. die Hagana), in derer Verlauf *hebräische Karten* (mit *präzisen britischen Daten* über die Grundstruktur arabischer Orte, ihre geographische, topographische, demographische und sogar soziopolitische Daten, etc.) eine fundamentale (brutale) Rolle spielten.¹³⁶

Den ‚Geo-Körper‘¹³⁷ mitzugestalten war an sich ein Versuch von Seiten der Zionisten, die Territorialität der Nation bzw. ein gemeinsames ‚Ich‘-Konzept, die es vorher nie gab, zu produzieren. Mit anderen Worten: die Schaffung der nationalen Identität der Juden wurde hier mit der Territorialität der Nation gleichgestellt, welche wiederum als einen Prozess der Formation durch Demarkation ihres Körpers gesehen wurde. Die konkrete Vorstellung eines ‚Geo-Körpers‘ ist entscheidend für das Managen der *nationalen Identität* sowie für die Wahrnehmung von Konzepten der Integrität, der Souveränität und der Kontrolle über interne Prozesse. Entgegen seiner unauffälligen Natur der Kontinuität und der endlosen Geschichte, ist der ‚Geo-Körper‘ hier dennoch ein anderer Konstrukt, der durch das Zusammentreffen, präzise: die Konfrontation zwischen dem einheimischen räumlichen Diskurs und der Modernisierung der Darstellungstechnologie – der *Landkarte* – formuliert wurde. Erst aus dieser Konfrontation zwischen dem Diskurs des vor-modernen (geo-politischen) Daseins und dem des Dranges überlegener politischer Mächte zur Erzeugung von *Grenzen*, entstanden die geopolitischen Kartendarstellungen, die den Raum schufen, in dem ein neuer Geo-Körper definiert wurde. Mit dem Ersetzen der vorher zum großen Teil nicht markierten, nicht zusammenhängenden oder sich überlappenden Grenzen innerhalb Palästinas, leitete der moderne Staat – in dem Fall die Mandatsmacht und später Israel – die Begriffe ‚Unabhängigkeit‘ und ‚exklusive Souveränität‘ ein. Im Ermittlungsprozess von Grenzen wurden – je nachdem ob nach dem modernen oder dem traditionellen räumlichen Diskurs – schwere Änderungen und Korrekturen unternommen, die zum heutigen Konflikt wesentlich beigetragen hatten. Der Druck der kolonialen Expansion gilt als einer der elementaren Faktoren in der Ausbreitung der modernen politischen Geographie, da diese Expansion Karten mit fein demarkierten und klar vorstellbaren Grenzen braucht, mit derer Hilfe man den *Diskurs des Staates* erlaubt und unerwünschte Kollisionen verhindert.

Der von Wood besprochene dritte Aspekt (Leugnung der Geschichte) ist von zentraler Bedeutung im zionistischen Denken, nicht nur in Bezug auf die Hebräisierung der Landeskarten, sondern vor allem auch in der Archäologie, die nach israelischer Sicht unbedingt und exklusiv jüdische Spuren nachweisen und zeigen muss. Die Archäologie in Israel hatte seit dem Anfang die Aufgabe, einen spezifischen judeo-christlichen historischen Nachklang zu erzeugen, sprich archäologische Objekte zu finden bzw. existente zu konservieren, die die Kraft hatten, eine größere Welt jenseits der Grenzen zu erreichen, um die komplexen und dynamischen kulturellen Stärken hervorzurufen, aus denen sie hervorgetreten waren und derentwegen sie eingenommen werden könnten, um bestehen zu bleiben. Für die Briten, die glaubten, die breite europäisch-christliche Interessengemeinschaft zu vertreten, war diese große Welt eine judeo-christliche Tradition und Geschichte. Sie glaubten, durch die is-

135 Ebenda, S.240-241.

136 Mehr dazu in: Pappé, Ilan, *Die ethnische Säuberung ... a.a.O.*, S.38-45.

137 Der von Thongchai für die Definition der ‚nationalen Identität und ihre Ursprünge‘ verwendeten Begriff „geo-body“, treffen hier im Fall Israel/Palästina im Wesentlichen zu (siehe Anmerkung 134).

raelische Archäologie mit ihren Zielsetzungen, durch die Monumente und durch architektonische Formen und Stilsprachen, das Weiterbestehen dieser Vergangenheit – der *eigenen* Geschichte – zu finden.

Diese Konzentration auf die jüdisch-christlichen Geschichtselemente und Monumente, insbesondere in Jerusalem, wurde von einer gleichzeitigen Verweigerung oder Einfrierung des größeren ästhetisch-historischen Kontextes Palästinas (aus anderen kulturhistorischen Epochen) begleitet, die einerseits bestätigen sollte, dass die wahre Identität des Landes nur im sich gerade rapide expandierenden und verändernden *jüdischen* Land sichtbar blieb.¹³⁸ In dieser Art exklusiver Archäologie kann man die Zentralität der Archäologie in der politischen Kultur Israels erkennen und wie Herzls aufstrebendes literarisches *Altneuland* seinen Nachhall findet in und durch Artefakte, Erzählungen und Landschaften der (biblischen) Geschichte, spätestens wenn diese von den jüdischen Wissenschaftlern (insbesondere Kartographen und Archäologen) genau umrissen, definiert, bewertet und betrachtet werden könnten. Außerdem wird hier deutlich, wie tief verwurzelt das segregative Gedankengut im Sinne von Herzl propagierter „Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei“¹³⁹ im Denken und Handeln von sehr vielen zionistischen Wissenschaftlern ist.

Beide Kartierungsakten Palästinas, der britische und der zionistische, beriefen sich auf sehr spezifischen kolonialen Vorstellungen. Die britische Vermessung des Landes im späten 19. Jahrhundert muss man innerhalb der breiten Geschichte der Kartierung und der Bildung des Britischen Empires – wie dies in anderen Teilen der bald zu kolonisierenden Welt aufgetreten war – sehen. Die britische Vermessung Palästinas während des Mandats war zweifelsohne ein weiteres Instrument der Verwirklichung des zionistischen Vorhabens in Palästina, auf deren präzisen Daten die Zionisten ihre eigene hebräische Kartierung aufbauten. Wie es in der Geschichte der Kartierung schon immer war, Imperialismus und Kartierung überschneiden sich auch hier auf grundlegendster Weise: beide befassen sich im Grunde mit den Begriffen ‚Territorium‘ und ‚Wissen‘. Territoriale Kenntnisse waren und sind für das Regieren und Verwalten von Gebieten außerordentlich wichtig. Auf der Tradition europäischer Staaten nach 1750 aufbauend, waren auch hier, in Palästina wie in anderen Kolonien, systematische territoriale Vermessungen und statistische Bestandsaufnahmen essentiell für administrative Zwecke sowie machtvoll in der Entwicklung von Konzeptionen zur territorialen und nationalen Selbstbestimmung.¹⁴⁰

Geographen und Kartographen beschränken ihre Aufgabe nicht auf das Produzieren von territorialen Karten. Wenn sie die Welt aufzeichnen, erzeugen sie mit ihren Skizzen natürliche und politische Darstellungen von anderen Ländern, die einerseits präzise topographische und geographische Formationen und Routen von Orten und Regionen beleuchten. Andererseits verkörpert ihre Arbeit einen Anreiz – bei Großmächten einen Ansporn und Wunsch – zur Entwicklung eines ‚globalen Bewusstseins‘ und dazu, die Welt als Ganzes zu kennen – zu wissen. Und das *Wissen* der Welt „bedeutet, sie wirklich und bildlich zu erobern. Vermessung und Kartierung erwiesen sich in der Weiterentwicklung verschiedener Elemente kolonialer Projekte und imperialer Vorstellungen als unentbehrlich“.¹⁴¹

Mittels Landkarten ist Geographie offensichtlich eine „Kriegskunst, aber sie kann auch eine Kunst des Widerstandes sein, wenn es eine Gegenlandkarte und eine Gegenstrategie gibt“.¹⁴² Die Zwangslage, in der sich die palästinensische Führung seit Oslo befindet ruht zum großen Teil darauf, dass sie nie eine Gegenstrategie entwickelt hat, weder in der Theorie noch im Detail. Das Ergebnis war der israelische Plan der West Bank in Oslo (*Rabin*) und später in Camp David (Barak), den die Palästinenser nie akzeptieren können.

Können Grenzen drei-dimensional sein?

Die Nichtmachbarkeit der Friedensangebote, die in Oslo und in Camp David von Israel gemacht wurden, drückt sich in dem Flickwerk von sich ineinander verschlingenden Territorien des Westjordanlands aus. Das Flickwerk macht es unmöglich, eine ununterbrochene Grenze zwischen Israelis und Palästinensern zu zeichnen, ohne israelische Siedlungen zu demontieren.

Verbindungen zwischen den israelischen Siedlungen und Israel sowie zwischen Gaza und der West Bank könnten im gegenwärtigen politischen Kontext nur durch die Einführung der vertikalen Dimension erreicht werden, durch Pläne von Über- und Unterführungen. Diese Lösungen lehnen die Landkarte als ein geopoliti-

138 Vgl. Wood, Denis, *Rethinking the Power of Maps... a.a.O.*, S.72.

139 Siehe Herzls Thesen zur Lösung der Judenfrage, Abschnitt 1.4.6 dieser Arbeit.

140 Vgl. Abu El-Haj, Nadia, *Facts on the ground: archeological ... a.a.O.*, S.24.

141 Ebenda.

142 Said, Edward W., *Frieden im Nahost? ... a.a.O.*, S.75.

sches Instrument in der Regel nicht ab. Das Problem hier ist aber, dass die israelischen Karten wesentlich zur Verkomplizierung des Terrains beigetragen haben, indem die Kartographen *unvollendete* Karten des Konfliktes in einer Weise schichteten bzw. übereinander überlagerten, dass gerade die Daten eingeblendet wurden, die dem eigenen politischen Ziel vom Nutzen waren – alles andere wurde kurzerhand ausgeblendet.

Traditionelle internationale Grenzen sind politische Instrumente, die das Land in Plänen und Karten teilen; ihre geometrische Form kann, gemäß den Prinzipien des Eigentumsrechts, als vertikale Ebenen (Querschnitte) beschrieben werden, die sich vom Erdzentrum bis zum Himmel ausstreckt. In der West Bank bedeutet die Trennung der Ebenen eine Abweichung von der klassischen Definition der ‚Grenze‘ und verkündet die Schaffung einer neuen Definition und Begrifflichkeit einer ‚Grenze‘, die sich drei-dimensional ausdrückt.



Bild 2-2: Brücke-Tunnel-Verbindung zwischen Gilo und Ostjerusalem – Komplizierte Grenze mittels einer s. g. ‚Apartheid-Straße‘, einer rein Siedler-Brücke.

Die israelische Verkomplizierung des Terrains im Westjordanland bekam durch den Bau eines Straßenverkehrsnetzes für die israelischen Siedlungen ein noch höheres Grad an Intensität. Im Flickwerk des Siedlungskontexts mitten im Herzen des Territoriums, entstand innerhalb von vier Jahrzehnten eine große Zahl von Berührungspunkten und -Flächen, in denen die kontrahenten Parteien aufeinander prallen mussten. Die israelischen Regierungen waren darauf bedacht, ein intensives jüdisches territoriales und demographisches Dasein im Westjordanland zu führen. Zugleich war immer der Wunsch nach einer Segregation der Juden von den Arabern vorhanden.

Damit sie die kollisionsfreie Mobilität der israelischen Siedler gewährleisten konnten, schufen sie mitten im Feindesland neue hochmoderne Verbindungsinfrastrukturen, die die arabisch bevölkerten Gebiete übergehen. Da sie aber das arabische Gebiet durchqueren müssen, konnte dieser Wunsch eben nur mittels konstruktiver Lösungen, sprich mittels Brücken und/oder Tunneln erfüllt werden. Die neuen exklusiv für Juden kreierten Infrastrukturen schweben über dem palästinensischen Land oder durchdringen sein Subterrain und sind, ebenso wie die hebräischen Karten, die sie herbeiführten, ein neuer Akte, die arabische Fakte und Wirklichkeiten verschleiern, subtrahieren oder im besten Fall relativieren. Siedlung ‚A‘ wird hier mit Siedlung ‚B‘ verbunden, dazwischen existiert einfach Nichts. Das neue Objekt hebt sich von der existenten Realität buchstäblich ab, so als gäbe es die palästinensischen Ortschaften nicht (Bild 2-2). Somit bewirkte der israelische Siedlungskontext im Westjordanland, samt seinen neuen Infrastrukturen, die Schaffung eines für diesen Konflikt charakteristischen

Phänomens, nämlich einer dauerhaft dynamischen, bewegten und vor allem komplizierten *dreidimensionale Grenzziehung*.

Die alltäglichen Friedentechnologien zur Erschließung von Siedlungsstrukturen, wie Brücken, die über dem Gebiet schweben, oder Tunnel, die unter ihm hindurch tauchen, benutzen das Volumen (den Raum), um Israelis und Palästinenser dreidimensional auseinander zu halten. Aber, diese Brücken und Tunnel schweben über bzw. befinden sich im palästinensischen Boden. Folglich wird der Grenzverlauf sehr komplex und entwickelt sich räumlich.

Im Westjordanland hat man es, auch ohne die Mauer, offensichtlich mit einer Dekonstruktion der Landkarte zu tun. Unter anderem ist dieses Ergebnis dem Umstand zu verdanken, dass speziell für Verhandlungen gezeichnete Landkarten gewisse Fakten einfach ausblenden, die eine dritte Partei auf einer zweidimensionalen Ebene gar nicht oder nur schwer erkennen kann. So wurde das Missverhältnis zwischen dem, was auf die Karten projiziert ist und dem was in Wirklichkeit ist, immer größer. Wenn die schwächere Partei im Beisein der Vermittlerseite die von der anderen Gegenpartei produzierte und diktierte Landkarte ablehnt, lehnt sie in Wahrheit den neu produzierten Raum ab, den die Karte beschönigend auf zwei Dimensionen abstrahiert hat. Das alles macht es fraglich, ob herkömmliche ‚zweidimensionale‘ Landkarten für künftige Friedensverhandlungen noch tauglich sind.

Funktionieren Grenzen wirklich zweidimensional?¹⁴³

Oben wurde bereits erwähnt, dass durch die technische Einführung der vertikalen Dimension zur Erschließung der israelischen Siedlungsstrukturen, neue drei-dimensionale Grenzen quer durch (souveräne) Strukturen und Landschaften erschaffen wurden. Das bedeutet vor allem auch eine Neudefinition der Beziehung zwischen Souveränität und Raum. Diese räumliche Entwicklung des Grenzverlaufes mag in seiner technischen Seite eher unspektakulär sein, in seiner politischen und juristischen Seite ist sie eine hoch interessante und spektakuläre Angelegenheit, die berechtigterweise zu der nachvollziehbaren Frage führen muss, ob man der herkömmlichen zweidimensionalen Landkarte als einziges Werkzeug vertrauen soll, mit dem man normalerweise Politik gestaltet? Versucht man, den Ursachen berücksichtigend, eine Gegenfrage zu stellen, so könnte die Frage lauten: Rechtlich gesehen ist die Grenze kein Zaun. Die Grenze ist noch immer die absolute Begrenzung einer Rechtsordnung. Sie verkörpert die Trennlinie zwischen zwei oder mehr benachbarten Rechtsordnungen (Entitäten) und beschreibt die Konturen der räumlichen Ausdehnung des Rechts der jeweiligen Entität. Bei einer Überlappung der Grenzlinien bzw. Verschachtelung der Grenzräume, wie im Falle der polarisierten Oberfläche der West Bank, wird man mit einem weiteren komplexen Begriff konfrontiert, nämlich mit der Definition des Rechtssystems. Eine Infrastruktur – Brücke, Tunnel oder ein Straßennetz – die auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates errichtet ist, beansprucht, physisch gesehen, einen Teil des Territoriums für sich und bedarf einer rechtlichen Sonderbehandlung, da das Rechtssystem im jeweiligen Territorium ausgeklammert wird. Bei einem vielfachen Multiplizieren solcher Infrastrukturen auf einer sehr kleinen Fläche, in diesem Fall der West Bank, wird die rechtliche Lage höchst kompliziert.

In der heutigen Situation des Verkehrswesens in der West Bank spricht man bezüglich der exklusiv jüdischen Infrastrukturen deutlich von einer ‚Apartheid im Verkehrswesen‘¹⁴⁴, die sich in zwei getrennten Straßensystemen ausdrückt. In der West Bank stehen einem hoch modernen Straßennetz für jüdische Siedler – der kurze und schnelle Verbindungen gewährleistet – alte, sehr schmale und marode Straßen für einheimische Palästinenser gegenüber. Auf den palästinensischen Straßen kann man nur sehr langsam und strapaziös fahren und außerdem nimmt die Reise hier wegen hunderten von gnadenlosen Straßensperren und Kontrollpunkten des israelischen Militärs zusätzlich viel Zeit in Anspruch. Im November 2006 unterschrieb der israelische Zentralkommandeur, Yair Naveh, eine Order, die israelischen Staatsbürgern sogar verbietet, Palästinenser in ihren Fahrzeugen innerhalb der West Bank mitzunehmen. Das Gesetz ist im Januar 2007 in Kraft getreten.¹⁴⁵

Eine solche Order, die weiter oben von der israelischen Journalistin *Amira Hass* als ein Akt der Apartheid bezeichnet wurde, verkörpert eine Vertiefung der ethnischen Segregation und ein juristisches Untermauern der ohnehin vorhandenen physischen Trennung zwischen Juden und Arabern.¹⁴⁶ So bekommt der Bau von jü-

143 Mit dieser Frage beschäftigt sich der israelische Architekt und Raumforscher Eyal Weizmann intensiv, z. B. in seinem Buch ‚Hollow Land‘.

144 Z.B. von der israelischen Wirtschaftsjournalistin Amira Hass. Vgl. ihr Artikel in Haaretz ‚Apartheid nun auch im Verkehrswesen‘, 22.11.2006. Vgl. auch Karten-Anhang 9 dieser Arbeit.

145 Vgl. Hass, Amira, Apartheid nun auch im Verkehrswesen, Artikel in Haaretz vom 22.11.2006, übersetzt von E. Rohlfs, in Frieden in Israel und Palästina e.V., Infos zum Nahostkonflikt, online unter: <http://www.israel-palaestina.de/Nahostkonflikt-Artikel/Israel-Palaestina-2006.htm>.

146 Vgl. andere Artikel von Amira Hass in Haaretz, wie z. B. ‚Donating to Apartheid‘ vom 08.09.2004; sowie ‚PA: Road system shows Israel intends to

dischen Infrastrukturen mitten im *Feindesland* eine doppelte Bedeutung, die im Sinne der Raumplanung eine Staatsgründung für die Palästinenser auf dem Territorium sehr erschwert. Denn selbst wenn die Palästinenser die Weiterexistenz der israelischen Siedlungen innerhalb eines eigenen künftigen Palästinenserstaates akzeptieren und die dritte Dimension (Brücken und Tunnels) nutzen würden, um ein zerstückeltes Palästina als Staat trotzdem lebensfähig zu machen, so bleibt eine offene Frage bezüglich des juristischen Status der Siedlerstraßen, -Brücken und -Tunnels innerhalb der West Bank – es setzt voraus, dass die Souveränität über diese Verbindungsstraßen bei den Palästinensern liegen muss, es sei denn, man hat an bestimmten Stellen jeweils eine doppelte Souveränität. Diese Frage nach der Möglichkeit der *doppelten Souveränität* ist juristisch sehr interessant und könnte – gerade da sie den Aspekt ‚Grenze‘ behandelt – für die Zukunft der Zwei-Staaten-Lösung eine maßgebende Rolle spielen.

2.4 Ergebnisse der Siedlungspolitik

2.4.1 Von der ‚Wehrsiedlung‘ zum ‚Suburban‘

Aus der obigen Schilderung der drei israelischen Siedlungsphasen in der West Bank kann man unschwer erkennen, dass jede dieser Phasen den jeweiligen Zeitgeist reflektierte und im Gesamtmosaik der Siedlungsstrategie eine eigene unverwechselbare und vor allem ergänzende Rolle spielte. Und dennoch kann hier nicht oft genug erwähnt werden, dass die zweite Phase (Likud/Gush-Emunim-Phase) ein wesentlich prägnanteres Bild des territorialen Konfliktes reflektierte als ihre vorherige. Damit soll nicht der Eindruck gewonnen werden, dass die Likud-Siedlungspolitik eine schlechtere war als die Labour-Politik – beide waren und sind in diesem Sinne weiterhin reich an verheerenden Folgen für den Konflikt – sondern sie war im Vergleich zur Labour-Phase der ersten Generation (*Ben-Gurion* bis *Rabin*) wesentlich mehr auf *Konfrontation* mit den Arabern konzipiert und war vor allem kompromisslos in ihrem politischen Fahrplan zur Verhinderung einer territorialen Lösung des Konfliktes.

Indem die ‚Likud-Regierungen‘ die Prioritäten, was die Verortung der jüdischen Siedlungsstrukturen im Westjordanland betrifft, komplett veränderten, schufen sie *zwei* Hauptunterschiede zur Labour-Siedlungspolitik:

1. Der Bau von Siedlungen mitten in dicht besiedelten palästinensischen Gebieten; und
2. die Schaffung innerisraelischer politischer, nicht geopolitischer, Fakten: die Likud kreierte mit der Einnistung von jüdischen Siedlern in den dicht besiedelten Regionen der West Bank heimische Lobbyisten, die in den neuen Siedler-Städten und -Vorstädten leben oder in der Region wirtschaftliche Interessen haben. Die Likud schätzte – und das ist die neue Innovation – richtigerweise, dass Entscheidungen über die Zukunft der besetzten Territorien viel mehr ein Ergebnis politischer Debatten innerhalb Israel als von einem direkten externen militärischen oder politischen Druck sein würde.¹⁴⁷

Die Likud-Politiker wissen sehr genau, dass die Quote der Wechselwähler in Israel klein ist und sie schätzen, dass 100.000 Siedler, stellvertretend für etwa 4 bis 5 Randsitze im israelischen Parlament (Knesset), eine effektive Barriere zu jeder politischen Alternative, die das Prinzip der territorialen Kompromisse im Sinne von ‚Land gegen Frieden‘ unterstützt, darstellen. Die Siedler brauchen nicht einmal von der Ideologie der Likud überzeugt zu sein, um die Politik der Likud zu unterstützen. Denn ihre ökonomischen Interessen überschneiden sich optimal mit dem ideologischen Fahrplan der rechten Parteien: die Siedler und die Investoren des Siedlungsprojektes werden hauptsächlich von dem Wunsch nach der Aufrechterhaltung ihres hohen Lebensstandards und/oder nach Schutz ihres Investments in der West Bank bewegt, wenn sie für die eine oder andere Partei votieren. Dadurch entwickelte sich die Siedlerbewegung zu einer der mächtigsten politischen Gruppen im Land und sie wird nicht nur als die stärkste politische Partei Israels bezeichnet, sondern sogar auch als die eigentlichen „Herren des Landes“¹⁴⁸ titulierte.

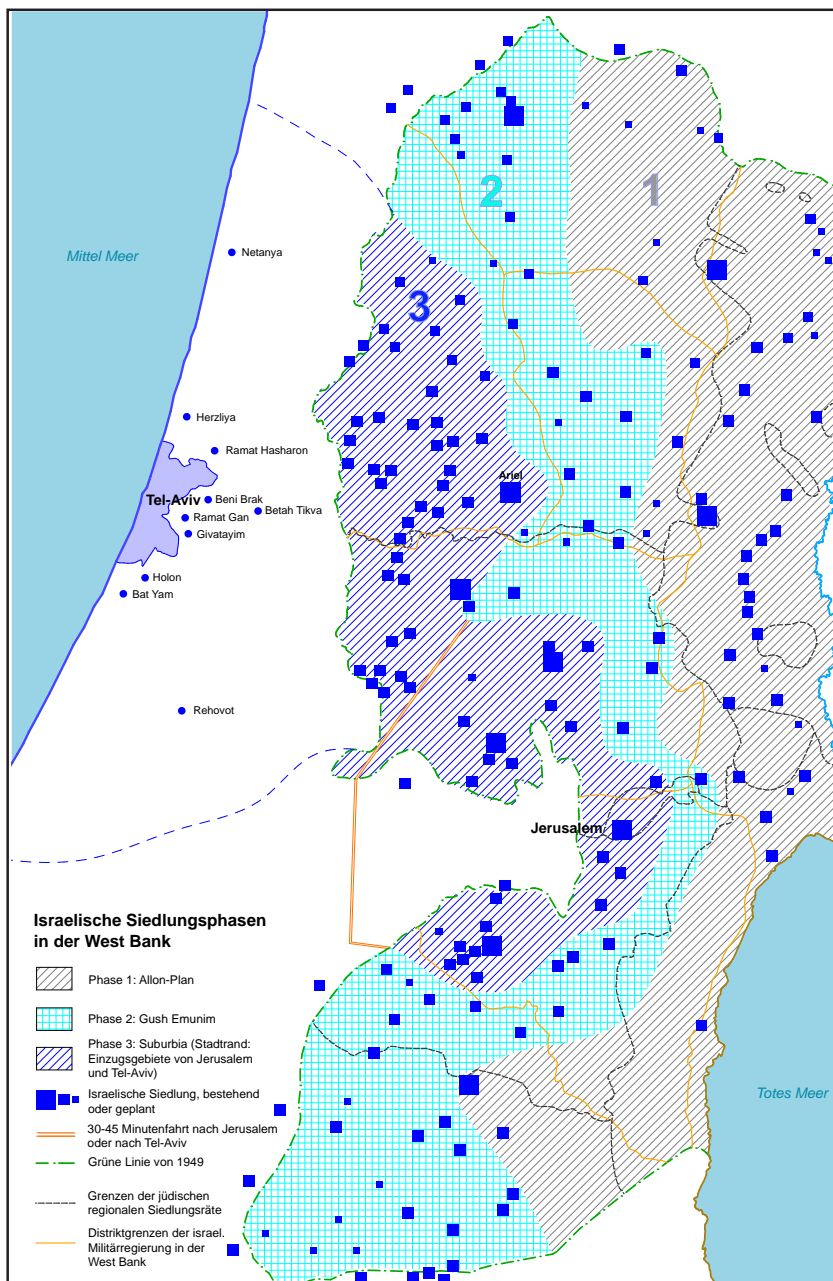
Gerade diese von den Likud-Politikern während der zweiten Siedlungsphase (Karte 2-12) programmatisch eingefädelt und von den Siedler angenommene Rolle des ‚Machtmonopols‘ musste in den Jahren kurz vor

keep settlements‘ vom 01.12.2004; sowie ‚The roads not taken‘ vom 24.03.2006; oder ‚The checkpoints generation‘ vom 29.11.2006.

147 Vgl. Benvenisti, Meron: *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.65.

148 Siehe z.B. das Buch von Idith Zertal und Akiva Eldar: *Die Herren des Landes: Israel und die Siedlerbewegung seit 1967*, DVA Sachbuch, 2007.

den Friedensverhandlungen mit den Palästinensern (Anfang der 1990er Jahre) zur Entwicklung der dritten Phase führen, also der Intensivierung des Siedlungsbaus, die in einem Transformationsprozess gipfelte, in dem Droßless' Siedlungsblöcke in größere Siedlerstädte oder zumindest in suburbane Wohnsiedlungen umwandeln, die im Zuge der Endstatusverhandlungen sowohl demographisch als auch geopolitisch unübersehbare vollendete Tatsachen im Herzen der West Bank darstellen.



Karte 2-12: Israelische Siedlungsphasen in der West Bank 1984.

Die dritte Phase – diese bezeichnet der israelische Forscher Meron Benvenisti als „Suburbia“- Phase – ist nichts anderes als die Vorstufe zur Annexion großer Teile der West Bank, die Israel in den verschiedenen Plänen und Vorschläge der anderen Seite (den Palästinensern) zu diktieren und folglich zu legitimieren versucht. Nach der kompletten Kontrolle über das Jordantal (Phase 1) und der Verkomplizierung der West Bank- Fläche (Phase 2) sollen in Phase 3 die urbanen bzw. städtischen Einzugsgebiete der Distrikte Tel Aviv und Jerusalem wesentlich erweitert werden, indem man alle illegalen größeren Siedlungsblöcke westlich des Territoriums annektiert bzw. legitim dem israelischen Kernland anhängt.

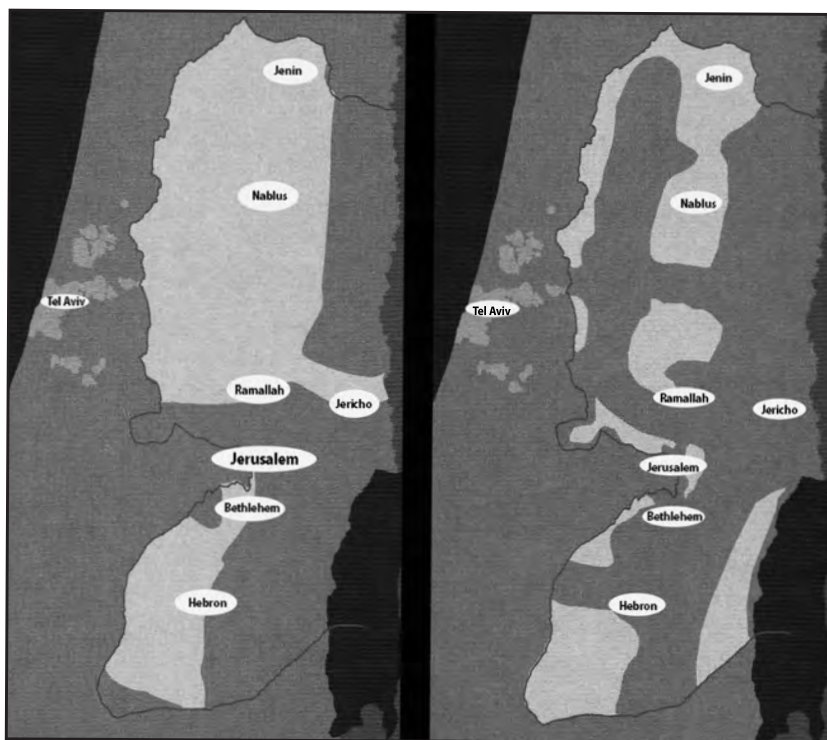
Wie man nachher im Kapitel 3 sehen wird, ist der Verlauf der darauf folgenden israelischen Mauer (2002) nicht per Zufall mit den territorialen Anforderungen der israelischen ‚suburbanen Siedlungsphase‘ konform. Dass diese Legitimierungsversuche bis zum heutigen Tage scheitern mussten, ist darauf zurückzuführen, dass die Israelis den willigen palästinensischen Verhandlungspartner hierfür einfach nicht finden. Ein Blick auf die

Siedlungskarte lässt sofort erkennen, dass mit dieser Karte kein souveräner Staat neben Israel auf dem Gebiet des *Mandatspalästinas* realisierbar ist.¹⁴⁹

Der palästinensische Politiker, der eine solche territoriale Aufteilung akzeptieren würde, würde einen politischen Selbstmord begehen. Nicht einmal der charismatische Palästinenserführer *Yasir Arafat* vermochte diesen Schritt zu wagen, von den anderen palästinensischen Politikern ganz zu schweigen.¹⁵⁰ Denn die Folgen des Siedlungsprojektes sind für die Palästinenser verheerend bzw. das territoriale Erbe hundertjähriger zionistischer Besiedlung Palästinas hat alte Spuren hinterlassen, die man mit neuen Spuren in Form von sowohl elastischen (Siedlungsstädte) als auch physischen Barrieren (die Mauer) zu verwischen versucht. Hinzu kommt, dass der angebotene ‚Palästinenserstaat‘ in diesem territorialen Kontext gar kein Staat sein kann.

2.4.2 Ein schrumpfendes Land

Die israelische Siedlungspolitik in der West Bank und im Gazastreifen verkörperte tatsächlich eine Fortsetzung von Krieg mit anderen Mitteln. Denn hier wurde bis zum heutigen Tage ein Krieg gegen die Topographie geführt und der Lebensraum der Palästinenser wurde verschlungen. Der Krieg verschiebt ständig die Grenzen. Und diese sind in der West Bank unablässig in Bewegung. Bei jedem palästinensischen Anschlag auf Israelis springt die Grenze vor oder zurück. Hier geht es immer wieder um das magische Wort ‚Grenze‘.



Schema-Karte 2-3: Palästina zwischen Allon und Sharon, ein schrumpfendes Land.

Die Quintessenz des israelischen Siedlungsprojekts bereits seit 1948 ist die Kreation eines *dauerhaften* Status Quo eines *Non-Frontiers*. Im Tempo der Panzer oder langsam wie ein Schatten schiebt sich die ‚Grenze‘ heran und umstellt Städte, Dörfer oder Brunnen. Sie ist beweglich wie die mit Haken versehenen Mauerteile: leicht transportierbar und verstellbar je nach Ausdehnung der Siedlungen. Die springende Grenze vertilgt Raum, den sie in *provisorischen* Grenzraum, Sperrzonen und Gebietssplitter verwandelt – es ist dieser nebulöse Charakter der Grenze, der den sozio-politischen und –ökonomischen Raum in der West Bank so unsicher macht und eine Schiefelage im Verhältnis zwischen Menschen und ihrer Umgebung produziert. Statt Geborgenheit, finden sie hier – in ihrem Lebensraum – psychischen Stress und kollektive Bestrafung, die ihnen das Gefühl vermitteln, in einem großen Freiluftgefängnis zu leben.

149 Siehe Karten-Anhang 7.

150 Auf dem Camp-David-Summit (2000) lehnte Arafat die Vorschläge Bill Clintons bzw. Ehud Baraks ab, da diese ihm, so Arafat, keinen Palästinenserstaat anboten, sondern ein Gefängnis. Auf die einschüchternde Frage des ehemaligen Direktors der CIA unter Clinton, George Tennes, wer er (Arafat) sei, dass er einen US-amerikanischen Vorschlag des Weißen Hauses ablehne bzw. seine Aufforderung, dass Arafat sich bei Clinton entschuldigen und dessen Bedingungen ohne Vorbehalte Akzeptieren müsste, oder (...), antwortete Arafat, dass er dieses bedrohliche „oder“ richtig verstanden habe und er lade ihn (Tennes) zu seiner Beerdigung ein und sagte ihm, er werde aber nie einen einzigen Palästinenser finden, der diese Bedingungen akzeptieren würde – auch nicht nach fünfzig Jahren. Israel sucht seitdem nach diesem palästinensischen Partner.

Bis zum Bau des ersten Beton-Mauerfertigteils bei *Salem* im äußersten Nordwesten der West Bank fraßen sich über 35 Jahre hinaus israelische Siedlungen in das historische Gewebe des arabischen Landes hinein. Und erst der Kontext dieser Siedlungen ebnete den unausweichlichen systematischen Weg zum Bau der israelischen Barriere, schärfte seine Konturen und bestimmte seinen Lauf – und er tut es heute noch. Waren die Siedlungen, insbesondere die so genannten Außenposten, von einer ‚*elastischen Geographie*‘ gekennzeichnet, die ihrem Raum einen unbestimmten, ja nebulösen Charakter gaben, so bekam der gleiche Raum durch den Bau der Mauer seinen Rand und seine Konturen. Aber alle Siedlung zusammen mit der Mauer, wie eine monströse urbane Invasion, nehmen den Menschen in der West Bank, wie bereits vor ihnen die Menschen im elenden Gazastreifen, ihren Horizont und ihre Ferne weg.

Ergebnisse der israelischen Siedlungspolitik in der West Bank und Ostjerusalem, Ende 2008					
Besatzungsrichtungen					
Besatzungs- 'Einrichtungen' / Standorte, insgesamt				440	
a)	Jüdische ‚Siedlungen‘			144	
	davon im Bezirk Ostjerusalem		26		
	davon annektiert		16		
b)	Außenposten' <i>innerhalb</i> der Siedlungsgrenzen			96	
c)	Außenposten' <i>außerhalb</i> der Siedlungsgrenzen			109	
d)	Als ‚andere‘ eingestufte Okkupationsstandorte			43	
e)	‚Militärische Basen‘ der israelischen Armee			48	
Ende 2007 konnten die Palästinenser 38,3% der West Bank-Gesamtfläche nicht erreichen. Die israelischen Siedlungen in der WB waren in 4 Streifen verteilt:					
	Siedlungsstreifen			Zahl der Siedlungen	
1)	Östlicher Streifen			28	
2)	Bergstreifen			31	
3)	Westlicher Streifen			48	
4)	Groß-Jerusalem			37	
	<i>Summe</i>			144	
Siedler in der West Bank und Ostjerusalem					
	In der West Bank		In Ostjerusalem		Gesamtsiedlerzahl
	WB, gesamt	238.785	OJ-gesamt	261.885	500.670
	<i>Ramallah & Al-Bireh</i>	87.059	<i>J1- Gebiet</i>	198.458	
	<i>Bethlehem</i>	54.111	...	63.427	
	<i>Salfit</i>	30.824			
	<i>Tubas</i>	1.328			
	...				

Siedlerzahl wuchs in der besetzten West Bank zwischen 1972 und 2008 mehr als **40 Mal**. Im Vergleich dazu: in der gleichen Zeitspanne wuchs die jüdische Bevölkerung im historischen Palästina etwa **2 Mal**.

Zusammengestellt: MS, Quelle: PCBS, 2009

Tabelle 2-3: Ergebnisse der Siedlungspolitik in der West Bank, Ende 2008.

Das palästinensische zentrale statistische Amt veröffentlichte am 04. August 2009 einen statistischen Bericht über die israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland für das Jahr 2008.¹⁵¹ Die Aussage, die der Bericht beinhaltet zeigt deutlich, welches Ausmaß das zionistische Siedlungsprojekt in der besetzten West Bank erreicht hat (Tabelle 2-3). Laut Bericht, verzeichnete man Ende 2008 insgesamt 440 Okkupationseinrichtungen in der West Bank. Die jüdischen Kolonien bilden hiervon mit 144 ‚Siedlungen‘ die größte Gruppe. Hinzu kommen insgesamt 205 sogenannte ‚Außenposten‘, die die Zwischenräume der West Bank kontrollieren bzw. paralisieren. Für die Aufrechterhaltung der Kontrolle über Land und Leute sorgen 48 militärische Basen der israelischen Armee, die auf dem Territorium der West Bank verteilt sind. Und entsprechend dieses Wachstums des Siedlungsvolumens ist die Zahl der jüdischen Siedler in den letzten 30 Jahren dramatisch gestiegen. Vergleicht man die Siedlerzahlen seit 1967 (Anhang V/ Chronik 2), so stellt man fest, dass Ende 1977 – kurz nachdem

151 Eine Zusammenfassung des Berichts ist online erhältlich unter: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/Isi_Sett_09e.pdf.

die erste Likud-Regierung Israels gebildet wurde – etwa 4.400 jüdische Siedler in der West Bank verzeichnet worden sind. Bis zum Beginn der geheimen Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO im Jahre 1991 verzeichnete man mehr als zwanzig Mal so viele jüdische Siedler (93.600). Zwischen Ende 1991 (Madrid) und Ende 1993 stieg diese Siedlerzahl durch 17.300 neue Siedler um 18,5%.

Interessant beim Siedlungsverhalten der israelischen Politik war, dass diese ihre Siedlungsaktivitäten ausgerechnet in der Zeit intensivierten, in der sie Friedensverhandlungen mit den Palästinensern führten. Im September 1993 wurde in Washington die *Prinzipienerklärung* zwischen Israel und der PLO feierlich unterschrieben. Diese wurde nach einer intensiven Phase der Verhandlungen zwischen Israel und der PLO mit dem *Interimsabkommen* (Oslo II) im September 1995 gekrönt. Man ging euphorisch in eine Phase des vorsichtigen Friedens hinein. Damals (Ende 1993) verzeichnete man etwa 111.000 jüdische Siedler in der West Bank. Mit dem Scheitern des *Camp-David-Gipfels* im Juli 2000 und mit dem Ausbruch der zweiten palästinensischen Intifada ging diese euphorische Phase zu Ende. In dieser euphorischen Phase stieg die Zahl der jüdischen Siedler im Westjordanland von 93.600 (1991) auf ganze 187.600 im Jahre 2000. Israel hat de facto die Zeit der Verhandlungen bzw. der relativen Ruhe genutzt, um seine Siedlerzahl in der West Bank mehr als zu verdoppeln. Das war einer der fundamentalen Gründe für das Scheitern des Gipfels von *Camp David*.¹⁵²

Diese Zahlen belegen einen beachtlichen Zuwachs der jüdischen Siedlerzahlen bzw. der zahlenmäßigen und nach der systematischen Umsetzung der Likud-Siedlungspläne der urbanischen Entwicklung ihrer Siedlungen im Westjordanland. Jedoch sollte es aus palästinensischer und internationaler Sicht in der Zeit nach Camp David und mit der Wahl Ariel Sharons zum Premierminister Israels noch viel schlimmer kommen, insbesondere was den Raum Jerusalem betrifft. Die Siedlerzahlen geben auch einen nachträglichen Blick in das Siedlungsgeschehen in den Jahren der Sharon-Ära und danach. Vor allem wird es hier verständlich, dass der Konsens in der Siedlungspolitik, über den sich das ganze israelische politische Spektrum einig war und ist, erst mit der Machtergreifung Ariel Sharons zu seiner Vervollkommnung gelangte.

Nachdem die früheren Siedlungsstrategien dafür gesorgt haben, dass der Raum des Westjordanlandes mittels verstreuten und paralysierenden Siedlungsstrukturen durchdrungen wurde, wird jetzt so zu sagen unter dem Schutz der Verhandlungen die Strategie der *Verdichtung der jüdischen Agglomerate* bzw. der *Agglomeration* derer Gebiete umgesetzt. Wenn man will ist diese Strategie eine Fortsetzung des Drobbles-Plans, die nun in der Lage ist, die Bestrebungen aller politischen Parteien, von den Pragmatikern bis zu den Ideologen, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen: wie oben geschildert wurde, zeigt sich dies in der Übereinkunft der israelischen Politik über die Einverleibung der östlichen sowie westlichen *Grenzräume* der West Bank sowie des Raumes *Jerusalem* – und darüber, dass Israel niemals einen Rückzug zu der Waffenstillstandslinie von 1949 akzeptieren würde. Dieser Aspekt zeigt auf, dass der ganze Friedensprozess nur eine falsche ‚Euphorie‘ war, um nicht ‚Illusion‘ zu sagen, und diese oben genannte Übereinkunft der israelischen Politik wird später – in einer unbestreitbaren Korrelation zum Politiker und Krieger Ariel Sharon – eine zentrale Rolle bei der Bestimmung der Maueroute spielen.¹⁵³ Hier geht es nicht mehr um verstreut liegende kleine, zum Teil winzige oder gar isoliert liegende, Siedlungen innerhalb der West Bank, sondern um das Zusammenwachsen dieser kleinen Siedlungseinheiten zu weit größeren Strukturen, die sich inzwischen zu größeren Städten zusammengetan haben und über die nötigen modernen Infrastrukturen, städtischen Dienstleistungen und allen Bequemlichkeiten, die eine moderne *Stadt* im 21. Jahrhundert bieten kann, verfügen. In Israel benutzt man nicht mehr den irreführenden Begriff ‚Siedlung‘, wenn man über eine dieser Stadt-Kolonien spricht.

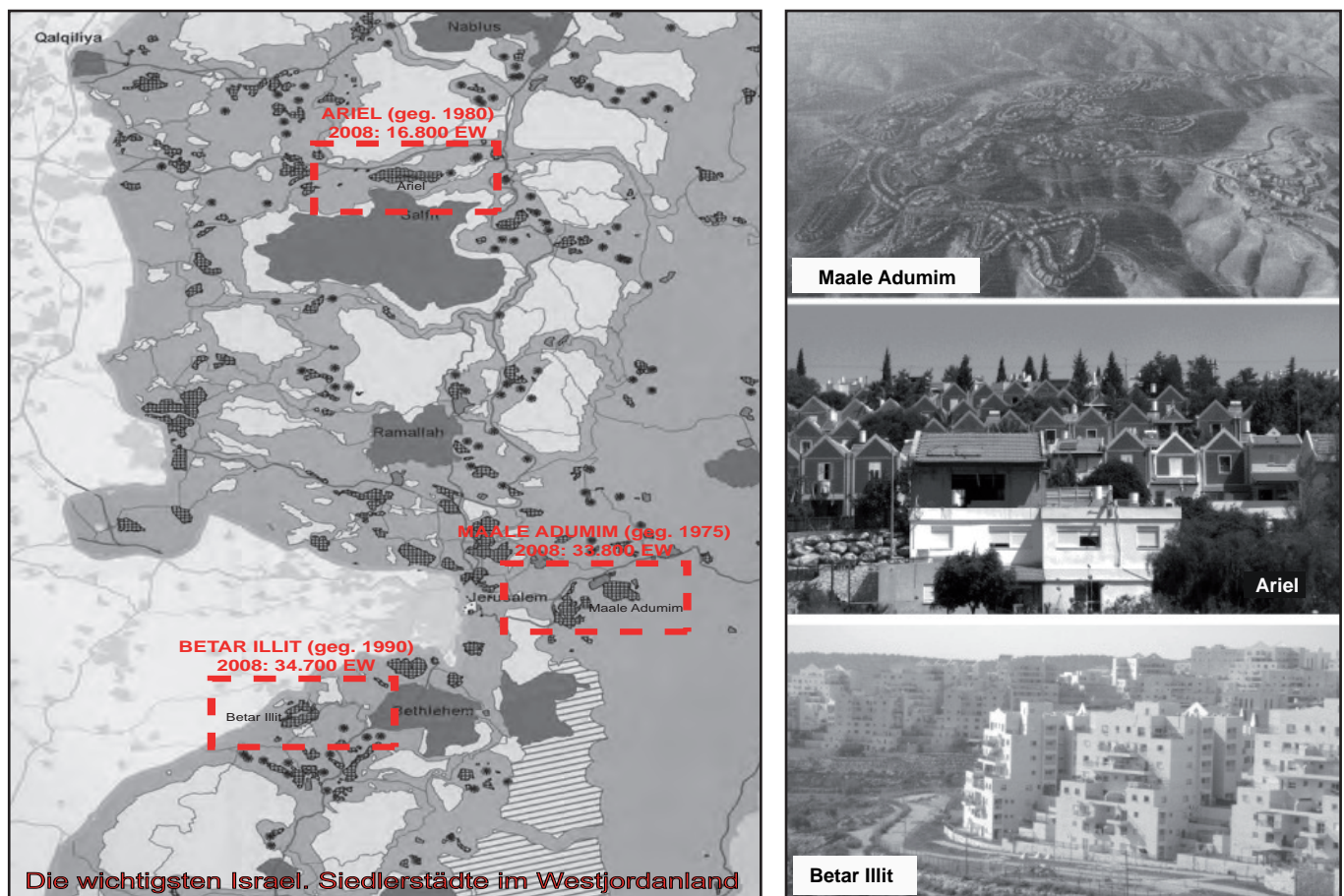
Man spricht inzwischen tatsächlich von ‚Städten‘ oder von ‚Vororten Jerusalems und Hebrons‘ oder wenigstens von ‚größeren Bevölkerungszentren‘. Die letztere Bezeichnung stammt vom US-amerikanischen Präsidenten G. W. Bush, wie er im April 2004 die israelischen fünf Hauptsiedlungsblöcke in der West Bank bezeichnet hat. Die seit Juni 1967 annektierte Stadt Jerusalem – oder *Greater-Jerusalem*, wie Israel den Raum Jerusalem gerne bezeichnet – wurde nie zu diesen Blöcken gezählt (auch nicht in den Statistiken), da Jerusalem de facto zum Mutterland einverleibt ist. Damals (2004) beherbergten diese fünf größten Blöcke den größten Teil der etwa 230.000 zählenden israelischen Siedler der West Bank, sowie weitere 176.000 in Ostjerusalem.¹⁵⁴

152 Die oben genannten Zahlen schließen Ostjerusalem nicht mit ein. Vgl. Anhang V/ Chronik 2 dieser Arbeit.

153 Siehe Kapitel 3, Abschnitt 3.7 dieser Arbeit.

154 Angaben über Siedlerzahlen aus CBS/ Statistical Abstract of Israel 2005, Anhang V/ Chronik 2. Mehr über Bushs ‚Letters of Assurance‘ an Ariel Sharon, siehe Abschnitt 3.3.3 bzw. Anhang IX/10 dieser Arbeit.

Dass sich diese Siedlungsblöcke zu richtigen Städten entwickelt haben, ist eine der wichtigsten Errungenschaften vor allem der Siedlungspolitik der Likud-Regierungen seit Ende 1977. Inzwischen haben *drei* dieser Siedlungsblöcke den offiziellen *Status* einer ‚Stadt‘ bekommen, obwohl sie auf besetztem arabischem Boden gebaut worden sind (Karte 2-13 und Tabelle 2-4). Diese wuchsen seit ihrer jeweiligen Gründung so rapide, dass man in keiner Weise von einem natürlichen Wachstum sprechen kann. Die bevölkerungsreichste dieser Siedlungen, *Betar Illit*, ist zugleich die jüngste von allen. Als diese Siedlung 1990 westlich von der arabischen Stadt Bethlehem von 45 ultraorthodoxen Jüdischen Familien gegründet wurde, hatte sie eine Einwohnerzahl von 395 Siedlern. In nur drei Jahren zählte man dort bereits drei Mal so viele Einwohner. Ende 2008 lebten in dieser ‚Stadt‘ beinahe 35.000 Juden, die für die höchste Geburtenrate Israels sorgten und *Betar Illit* zu einer der schnellst wachsenden Städte Israels machten.¹⁵⁵



Karte 2-13: Israelische offiziellen Siedlerstädte im Westjordanland (‚Maale Adumim‘, ‚Betar Illit‘ und ‚Ariel‘).

Bild 2-3: Aufnahmen der offiziellen Siedlerstädte Maale Adumim, Betar Illit und Ariel.

Betar Illit hat in ihrem Wachstum sogar die wesentlich ältere und flächenmäßig vielfach größere Siedler-Stadt *Maale Adumim* (östlich von Jerusalem) mit ihren etwa 34.000 Einwohnern leicht überholt. An dritter Stelle kommt die Stadt *Ariel*, die sich vom Westen nach Osten wie ein Faustkeil in das Herz der nördlichen West Bank eindringt und das Raumgewebe der palästinensischen Städte *Qalqilya*, *Salfit* und *Nablus* auseinanderreißt.

Die ‚J1-Siedlungen‘, die eine Mehrheit der israelischen Siedler im Westjordanland bilden, sind wider internationales Recht per israelischem Gesetz ein fester Bestandteil des israelischen Staatsterritoriums und stehen für Israel im Falle von Endstatusverhandlungen nicht zur Diskussion. Mit dem ‚Gebiet J1‘ bezeichnet man jenes Gebiet, das heute innerhalb der israelischen Checkpoints um die historische Stadt Jerusalem. Mit dem ‚J2-Gebiet‘ bezeichnet man den Rest des Bezirks Jerusalem, der die meisten arabischen Ortschaften umfasst, die durch die Mauerfragmente und durch die Checkpoints von der Hauptstadt isoliert wird.

Was das zionistische Siedlungsunternehmen der euphorischen Zeit nach Oslo kennzeichnet, ist sicherlich der israelische überparteiische Konsens in Bezug auf Jerusalem und den Grenzsiedlungen. Dieses Zusammenbündeln der Kräfte bzw. der Programme ließ die Konturen zwischen den israelischen politischen Parteien in Bezug auf

155 Vgl. offizielle Seite der Stadt Betar Illit: <http://www.beitarcity.com/archive/en/5c3ace7e7e04>.

die Besiedlung der West Bank beinahe verwischen. Ergebnis war und ist weiterhin eine beispiellose Intension des Siedlungsprojekts, insbesondere im Raum Jerusalem. *Betar Illit* und *Ma'ale Adumim* sind zwar die wichtigsten und größten Beispiele dieser rapiden Entwicklung, jedoch sind sie noch lange nicht die einzigen großen Siedlungen im Raum Jerusalem. Nach Angaben des PCBS (Vgl. Tabelle 2-3) befinden sich 26 der heutigen 144 israelischen Siedlungen der West Bank im Raum Jerusalem. Und 16 Jerusalemer Siedlungen sind im 1967 annektierten Bereich der Stadt (J1) und weisen eine sehr hohe (jüdische) Bevölkerungsdichte nach. In diesen 16 Siedlungen lebten im Jahre 2008 insgesamt 198.458 jüdische Siedler, im gesamten Bezirk Jerusalem existierten insgesamt 26 Siedlungen mit einer Siedlerzahl von 261.885, was mehr als Hälfte der 500.670 jüdischen Siedler ausmacht, die Ende 2008 im gesamten Westjordanland lebten.

Israelische Siedlungsblöcke in der West Bank mit dem Status einer ‚Stadt‘				
<i>Jahr</i>	Siedlungsblock (Gründungsjahr)			<i>Quellen</i>
	Ma'ale Adumim/ E1-Block (1975)	Ariel - Block (1980)	Betar Illit (1990)	
	<i>Siedlerzahlen</i>			
1975	-	-	-	1
1980	-	700	-	1
1983	3.500	1.200	-	3
1990	-	-	395	1
1991	14.600	9.050	1.220	1/1/3
1995	14.600	13.200	5.500	3
2000	24.900	15.600	15.800	1
2001	25.800	16.000	17.300	1
2002	26.500	16.300	20.200	1
2005	30.200	16.400	27.000	3
2006	31.800	16.500	29.100	3
2007	33.000	16.600	32.200	3
2008	33.800	16.800	34.700	2; *)

Quellen:
 1) Daten bis 2005 aus Liste der isr. Siedlungen, Peace Now, Juni 2006, Online unter: <http://www.peacenow.org.il/site/en/peace.asp?pi=57>.
 2) Israeli Central Bureau of Statistics, provisorische Zählung der Einwohnerzahl der Lokalitäten über 2000 EW zum 31.12.2008.
 3) CBS, Statistical Abstract of Israel, 2007, 2008
 *) Laut Angaben der Stadtverwaltung hat die Stadt Ariel etwa 20.000 Einwohner. Hinzu kämen 10.000 Studenten.
 Vgl.: http://go.ariel.muni.il/ariel/en/index.php?option=com_content&task=view&id=3&Itemid=29.
 Zusammengestellt von MS., 2009

Tabelle 2-4: Grunddaten der offiziellen ‚Siedlerstädte‘ im Westjordanland.

Was das zionistische Siedlungsunternehmen der euphorischen Zeit nach Oslo kennzeichnet, ist sicherlich der israelische überparteiische Konsens in Bezug auf Jerusalem und den Grenzsiedlungen. Dieses Zusammenbündeln der Kräfte bzw. der Programme ließ die Konturen zwischen den israelischen politischen Parteien in Bezug auf die Besiedlung der West Bank beinahe verwischen. Ergebnis war und ist weiterhin eine beispiellose Intension des Siedlungsprojekts, insbesondere im Raum Jerusalem. *Betar Illit* und *Ma'ale Adumim* sind zwar die wichtigsten und größten Beispiele dieser rapiden Entwicklung, jedoch sind sie noch lange nicht die einzigen großen Siedlungen im Raum Jerusalem. Nach Angaben des PCBS (Vgl. Tabelle 2-3) befinden sich 26 der heutigen 144 israelischen Siedlungen der West Bank im Raum Jerusalem. Und 16 Jerusalemer Siedlungen sind im 1967 annektierten Bereich der Stadt (J1) und weisen eine sehr hohe (jüdische) Bevölkerungsdichte nach. In diesen 16 Siedlungen lebten im Jahre 2008 insgesamt 198.458 jüdische Siedler, im gesamten Bezirk Jerusalem existierten insgesamt 26 Siedlungen mit einer Siedlerzahl von 261.885, was mehr als Hälfte der 500.670 jüdischen Siedler

ausmacht, die Ende 2008 im gesamten Westjordanland lebten.

Stadt Jerusalem wurde in mehreren UNO-Resolutionen für juristisch null und nichtig erklärt. Daher hat bis heute kein Staat der Weltgemeinschaft seine diplomatische Vertretung in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt, obwohl Israel Jerusalem als die ewige und unteilbare Hauptstadt Israels erklärte. Und jede Siedungsaktion in den besetzten Gebieten, auch in Jerusalem, ist eine illegale Maßnahme der Besatzungsmacht, die die Bestimmungen des *IV. Genfer Abkommens* von 1949 gleich in mehreren Punkten schwer verletzt.¹⁵⁶ Deswegen, und sich den Bestimmungen des internationalen Rechts für Besatzungsmächte bewusst, versucht es Israel seit 1967 kaum auf diplomatischem Wege, den Status der Stadt zu bestimmen. Stattdessen schuf eine israelische Regierung nach der anderen immer mehr vollendete Tatsachen (*facts on the Ground*) in den besetzten arabischen Gebieten, insbesondere in Jerusalem, um das oben genannte Ziel mit militärischen *Machtmitteln*, über die Israel durchaus verfügt, zu erreichen.

Der israelische Staat ist laut internationalem Recht im Westjordanland eine Besatzungsmacht. Abgesehen von Israel selbst, bestreitet weltweit kein einziger Staat – nicht einmal die USA – diese Tatsache. Die Annexion der Und dennoch konnte Israel bis zum 11. September 2001 noch nicht die freie Hand bekommen, die es immer wünschte, um beinahe bedingungslos Art und Umfang der Besiedlung zu bestimmen. Mit dem 11. September konnte PM *Ariel Sharon* mit Hilfe des gleich gesinnten *G. W. Bush* eine Korrelation zwischen dem internationalen Terror und dem palästinensischen Widerstand herstellen und folglich den Verhandlungsweg mit den Palästinensern einen endgültigen Gnadenschuss geben. Nach einem völligen Stillstand des Friedensprozesses, der Wiederbesetzung der West Bank durch die israelische Armee (2002) sowie der völligen Isolierung des palästinensischen Führers (*Yasir Arafat*) in seinem Hauptsitz in *Ramallah*, wurde der Freiraum zum politischen Handeln mit den berüchtigten ‚Garantien Bushs‘ (*letters of assurance*) an *Ariel Sharon* im April 2002, in denen der *Präsident* der USA Israel garantiert, dass im Falle einer Endstatuslösung die *größeren Bevölkerungszentren* (Siedlungsblöcke) in jedem Fall ein fester Bestandteil Israels bleiben würden, auf ein extremes Minimum reduziert. Dieses war das *Carte Blanche* für den Umgang mit den Palästinensern und ihrem Land, auf das viele israelische Politiker, vor allem Sharon, lange gewartet haben.¹⁵⁷

Israelische Siedlungen auf palästinensischem Privatland

An dieser Stelle ist es interessant zu wissen, welchen rechtlichen Status das Land, auf dem die israelischen Siedlungen im Westjordanland heute stehen haben. Gemeint ist hier nicht, ob Israel nach internationalem Recht Siedlungsstrukturen auf besetztem arabischem Boden bauen darf oder nicht – das internationale Besatzungsrecht definiert und limitiert eindeutig die Änderungen, die eine Besatzungsmacht während der Besatzungszeit (Besatzung ist nämlich ein provisorischer Umstand) machen darf.¹⁵⁸ Vielmehr soll hier die Frage beantwortet werden, ob die Konstruktion dieser Siedlungen das israelische Recht selbst verletzen.

Hier ist zu beobachten, dass Israel, außer Jerusalem und den Golanhöhen, die Gebiete, die es im Junikrieg von 1967 eroberte, nicht annektierte und dem besetzten Territorium den Status von ‚Kriegsbeute‘ gab. Seit vier Jahrzehnten kontrolliert und regiert Israel die besetzten Gebiete durch militärische ‚Orders‘ und Gesetze des Staates. In dieser Weise ignoriert und verletzt Israel nach Meinung aller Rechtsexperten einschließlich der Richter des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vehement das internationale Recht. Denn Israel muss als Besatzungsmacht die Rechte des besetzten Volkes und sein Eigentum respektieren und beschützen. Eine Ausnahme bilden hier einige israelische Rechtsexperten, die wie die israelischen Politiker die Gebiete juristisch nicht als ‚besetzt‘, sondern als ‚umstrittenes Territorium‘ betrachten.

Das internationale Recht verbietet es einer Besatzungsmacht, Güter zu zerstören, die persönliches oder gemeinschaftliches Eigentum von Privatpersonen, Eigentum des Staates oder öffentlicher Körperschaften, sozialer oder genossenschaftlicher Organisationen sind, außer in Fällen, wo solche Zerstörungen aufgrund *militärischer Operationen* unerlässlich sind. Dies ignorierend, und um die Landnahme in den Territorien zu erleichtern, schuf die israelische Besatzungsmacht neben den Land-Kategorien (1) ‚Staatsland‘ und (2) ‚palästinensisches Privatland‘, zwei neue Kategorien, nämlich (3) das so genannte ‚Survey Land‘: dieses bezieht sich auf

¹⁵⁶ IV. Genfer Abkommens von 1949 über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, vgl. Anhang X/ 1 dieser Arbeit.

¹⁵⁷ Dieser Punkt wird im Abschnitt 3.3.3 dieser Arbeit und im Zusammenhang mit der israelischen Mauer ausführlich behandelt. Zum Wortlaut des ‚letters of assurance‘, siehe Anhang IX/ 10.

¹⁵⁸ IV. Genfer Abkommen von 1949/ Abschnitt 3: Besetzte Gebiete/ Artikeln 49 und 53, Vgl. Anhang X/ 1 dieser Arbeit.

Grundbesitz, dessen Eigentümer strittig ist, generell in Fällen, wo Ansprüche von Palästinensern auf das Land vom Staat Israel angefochten werden. Unter israelischem Gesetz kann ein solches Land nicht legal bebaut werden; und (4) die Kategorie ‚**jüdisches Land**‘: diese Kategorie wurde geschaffen, um jüdisches Grundbesitz in der West Bank zu legitimieren.

Eine Studie der israelischen Menschenrechtsorganisation ‚Peace Now‘ aus dem Jahre 2006 über den legalen Status der israelischen Siedlungen in der West Bank, stellte eine klare Verletzung des israelischen Gesetzes durch die Konstruktion dieser Siedlungen fest.¹⁵⁹ Das Siedlungsbeobachtungsteam von Peace Now revidierte die Behauptungen von israelischen Politikern und Bürokraten, es werde nur Staatsland beschlagnahmt oder jüdisches Eigentum wieder erlangt, um darauf die Siedlungen zu bauen. Die Hauptergebnisse dieses Berichtes sind nicht nur interessant, sondern auch ernüchternd. Sie zeigen auf, wie weit israelische Politiker gehen, um Macht und Kontrolle über die West Bank zu erlangen – das Beobachtungsteam fand folgendes heraus:¹⁶⁰

1. Beinahe 40% des Landes, auf dem die israelischen Siedlungen gebaut worden sind, ist palästinensisches Privateigentum;
2. palästinensisches Privateigentum ist auch über 40% des Landes der Siedlungen in den ‚Siedlungsblöcken‘, die jetzt westlich der sich noch im Bau befindlichen israelischen Barriere (Trennungsmauer) liegen, einschließlich 86,4% von der Siedlung *Maale Adumim*, 44,3% von der Siedlung *Giv'at Ze'ev* sowie 35,1% von der Siedlung *Ariel*;
3. mehr als 3.400 Gebäude in israelischen Siedlungen wurden auf palästinensischem Privatbesitz errichtet;
4. obwohl ‚Survey Land‘ laut israelischem Gesetz nicht bebaut werden darf, besteht ein Anteil von 5,7% des gesamten Siedlungsterritoriums aus ‚Survey Land‘ und 2,5% der ‚Siedlungsblöcke‘ wurden auf solchem Land gebaut;
5. nur ein kleiner Prozentualteil des Siedlungslandes wurde von Juden erworben; und
6. mehr als 50% des Landes, auf dem die israelischen Siedlungen errichtet worden sind, wurde von Seiten des israelischen Staates zum ‚Staatsland‘ erklärt, oft durch kontroverse Mittel und weitestgehend zum Nutzen der israelischen Siedlungen und deren Expansion.

Der größte Anteil beschlagnahmten palästinensischen Landes bilden die zum ‚Staatsland‘ erklärten Gebiete des Westjordanlandes. Dieses Land wurde dann langsam und schleichend den Siedlungen bzw. den Siedlern zugeteilt. Israel bediente sich jedoch anderen Methoden, um Land in der West Bank unter seine Kontrolle zu bringen.¹⁶¹ Das Staatshauptmittel zur Beschaffung von palästinensischem ‚Privatland‘ war und ist die ‚Landnahme für militärische Zwecke‘ im Sinne von *Artikel 53 des IV. Genfer Konvention*. Im Gegensatz zur ‚Zwangsentziehung‘, in der die Besitzrechte des Landes zum Staat übergehen, bleiben die Besitzrechte hier bei den ursprünglichen Eigentümern des Landes. Jedoch wird die komplette Kontrolle über das Land für eine bestimmte Zeit dem Militär übertragen. Meistens wird diese Anordnung zur Landnahme von Seiten der Militärregierung beliebig oft verlängert, so dass das Land so gut wie zwangsentzogen ist.

159 Peace Now: *Breaking the Law in the West Bank – One Violation Leads to Another: Israeli Settlement Building on Private Palestinian Property*, ein Bericht des Peace Now- Beobachtungsteams, Jerusalem, Oktober 2006, online erhältlich unter: www.peacenow.org.il/data/SIP_STORAGE/files/9/2569.pdf.

160 Ebenda, S. 9.

161 Über dieses Thema wurde viel geschrieben, siehe z. B.: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, Kapitel 4, S.30-36.

2.4.3 Kritischer Rückblick auf die israelische Siedlungspolitik

Ein Konflikt aus Kontroversen

Was auch immer der israelische Staat in Bezug auf Palästina plante, es waren immer die Widersprüche und Kontroversen, die diesen Prozess bestimmten: der Bejahung alles Jüdischen stand die Ignoranz des *Anderen* gegenüber, die Fundamente der gerne als pluralistisch-demokratisch propagierten israelischen Gesellschaft wurden mit einer systematischen ethnischen Ausgrenzung anderer Gruppen erschüttert und schließlich ist es die Unmöglichkeit einer ewigen Beherrschung eines anderen Volkes, Besetzung seines Landes und Degradierung seiner Lebensgrundlagen, die seine Sehnsucht und Verlangen nach Frieden so absurd aussehen lassen. Jedoch steckt die größte Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft in ihrer *Identitätsdefinition*, die sowohl *jüdisch* wie auch *demokratisch* sein möchte, trotz der Tatsache, dass allein die israelischen Araber inzwischen 20% der Gesamtbevölkerung Israels ausmachen.¹⁶² Noch dramatischer sieht es für die Anhänger dieser Identitätsdefinition aus, wenn man die Gesamtbevölkerungszahlen im (heutigen) so genannten *Mandatspalästina* sprechen lässt: bereits im Jahre 2005 lebten im ganzen Land insgesamt 10.414.800 Menschen, davon 5.275.700 Juden und 5.139.100 Araber.¹⁶³ Das entspricht einem jüdischen Anteil von 50,65%. Diese Zahlen offenbaren eine deutliche Aussage, die die israelischen Politiker seit langem beunruhigt, nämlich dass alle israelischen Versuche, für sie günstige demographische Verhältnisse im Land zu schaffen, einfach an den hohen Geburtenraten der sehr jungen palästinensischen Gesellschaft scheiterten. Dieses Faktum war und ist weiterhin ein Agitator für die israelischen Separationsversuchen an den arabischen Mitbürgern im Kernland und später in den besetzten Gebieten. Die erste arabische Gruppe wurde seit 1948 systemisch in ihren bürgerlichen Rechten sowie in der Versorgung ihrer Wohnorte mit städtischen Dienstleistungen benachteiligt. Noch verheerender war der Umstand, dass beachtliche Teile von ihnen gleich nach Staatsgründung ihres Landes und ihrer Besitztümer beraubt und in die größere arabische Dörfer zwangsumgesiedelt wurden, so dass sie heute zusammengepfercht in dicht besiedelten Agglomeraten leben, die so gut wie keine Chancen auf natürliches Wachstum haben. Denn Landerwerb in Israel ist per Gesetz nur Juden vorenthalten. Der Isolierungsprozess der zweiten arabischen Gruppe (in den besetzten Gebieten) nimmt zwar mit dem Baubeginn der israelischen Mauer nicht seinen Anfang, erreicht jedoch mit dieser interregionalen Barriere seinen Höhepunkt. Ihren Anfang nahm die Isolierung der besetzten Gebiete eigentlich mit den ersten israelischen Siedlungsplänen gleich nach 1967, die auf die Fragmentierung der West Bank und des Gazastreifens sowie auf Grenzverschiebungen zwischen dem jüdischen Staat und den besetzten Gebieten zielten. Inzwischen wurde im Prozess des Mauerbaus klar, dass der demographische Aspekt das wichtigste Element bei der Bestimmung der Trennungslinien beider Völker ist.¹⁶⁴

Das Phänomenale an dem israelischen Experiment in den besetzten Gebieten ist, dass Architektur und Raumplanung die Negation dessen darstellen, was sie eigentlich sein sollen: statt Vorsorge und Aufbau werden hier Degradierung und Destruktion verinnerlicht. Raumplanung wird zur Umsetzung einer politischen Agenda der Besatzungsmacht instrumentalisiert, um vollendete Tatsachen buchstäblich in Beton für die Ewigkeit zu gießen. Der Kreislauf der Geschehnisse in diesem Konflikt war immer der gleiche: Eroberung, Besiedlung, Grenzverschiebung und zurück. Die israelische Trennungsmauer in der West Bank bildet hier keine Ausnahme, ganz im Gegenteil: sie vereinigt in derer Begründung alle Aspekte zusammen, die für *Separation* im weitesten Sinne des Begriffes die Vorwände liefern, nämlich national-politische, ethnisch-religiöse, rassistische, kulturelle und vor allem demographische Aspekte – am allergeringsten, obschon existent, spielt dabei der sicherheitstechnische Aspekt eine Rolle. Und der Vergleich mit der Apartheid in Südafrika scheint, anhand der unbestreitbaren Fakten sowie wegen der unvergleichlich kleineren territorialen Größe, nicht nur angemessen. Diese Äquivalenz könnte sogar noch eine Verharmlosung dessen sein, was wirklich von Seiten der *einzigsten Demokratie im Nahen Osten* verursacht wird.

Es steht außer Frage, dass der israelische Siedlungsprozess in der West Bank und im Gazastreifen einen großen Erfolg hatte und hat. Die oben geschilderten Masterpläne und Siedlungsstrategien der jeweiligen regierenden politischen Parteien in Israel, zeigen nur eine grobe Skizze eines langen und hoch komplizierten Prozesses, an dem viele Kräfte und Akteure beteiligt waren, vom ideologisierten politischen Willen, über subtile Planung bis

162 Laut Israeli Central Bureau of Statistics (ICBS) / Statistical Abstract 2009 (by Population Group) lebten in Israel im September 2009 insgesamt 7.552.000 Menschen, davon 1.535.600 Araber (aller Glaubensrichtungen), also 20,32% der Gesamtbevölkerung. Vgl. Tabellen-Anhang 1 dieser Arbeit

163 Ebenda.

164 Zur Bedeutung des demographischen Aspektes in israelisch-palästinensischen Konflikt, siehe Abschnitt 3.5.2 dieser Arbeit.

hin zur bedingungslosen Unterstützung und Finanzierung von Seiten der Lobbyisten im In- und Ausland. Der immer propagierte zionistische ‚Wunsch nach Frieden‘ klingt aus dem Munde israelischer Politiker deswegen so unglaublich zynisch, da die Folgen ihres Siedlungsprojektes bzw. ihrer Besatzungspolitik für das kleine Land so verheerend und zerstörerisch sind, dass man nicht mehr von einer vernünftig lesbaren Landkarte des Territoriums sprechen kann – weder politisch noch territorial, von der Degradierung der Lebensbedingungen palästinensischer Städte und Menschen bzw. von ihrer Perspektivlosigkeit ganz zu schweigen. Und darüber hinaus, weil der Kontext der zionistischen Siedlungen in der West Bank alle bisherigen politischen Initiativen zur Lösung des Konfliktes auf der Basis der von der Weltöffentlichkeit bevorzugten *Zwei-Staaten-Lösung* unrealisierbar macht. Die heutige Regierung Netanyahus, genauso wie alle anderen Vorgängerregierungen, wollen nicht wissen, dass Besatzung, zionistischer Siedlungsbau und der Bau des Mauerstreifens auf der einen Seite und der Friedensprozess auf der anderen Seite, Parallelen sind, die sich nicht treffen und folglich keine Zukunft haben können.

Die These des israelischen Soziologen Oren Yiftachel, dass im hebräischen Staat Entscheidungen für den Bau neuer israelischer Siedlungen wie eine „Reflexhandlung“¹⁶⁵ bzw. ohne angemessene Analyse, professionelle Bewertung oder gar öffentliche Debatte, fast täglich getroffen würden, stimmt insofern, dass diese auf die israelische Planung von Städten im Kernland selbst zutrifft. Das liegt einfach daran, dass durch das Ideologisieren des Planens in Israel Prioritäten gesetzt werden, die das Erobern, Kontrollieren und Besiedeln der besetzten arabischen Gebiete bzw. das Absichern von abgelegenen Grenzgebieten gegenüber der Planung und Sanierung von israelischen Städten im dicht besiedelten Kernland Vorrang verschaffen. Yiftachel behauptet auch, dass neue koloniale Aktivitäten genauso wie vor achtzig, sechzig oder dreißig Jahren vom israelischen Staat als eine „angemessene zionistische Antwort“ auf jegliche Protestaktionen von Seiten der Palästinenser oder der arabischen Welt im Allgemeinen verkauft werden würden. Wie man oben gesehen hat, benutzte man diese *angemessene zionistische Antwort* immer wieder, um seine völlig durchdachte Handlung mit dem Siegel einer ‚Reflexhandlung‘ zu begründen bzw. unter Anwendung von Begriffen wie ‚Selbstverteidigung‘ oder gar ‚Selbsterhaltung‘ das koloniale Projekt moralisch zu legitimieren. So gesehen unterscheidet sich eine solche israelische *Reflexhandlung* nicht viel von einem *kreativen Chaos*, in dem unsichtbare Kräfte die Fäden in der Hand halten und eigene Agenden verfolgen und schließlich durchsetzen. Im Zuge der Jagd nach arabischem Boden für den exklusiven jüdischen Nutzen, fahren die Zionisten – in Israel selbst und in den besetzten Gebieten – bis heute eine Politik, die auf Trennung zwischen Juden und Nicht-Juden basiert bzw. eine „ethnokratische Politik“ wie sie *Oren Yiftachel* beschreibt.¹⁶⁶

Yiftachel definiert „Ethnokratie“ als eine besondere Art des politischen Systems, das Expansion, Ethnisierung und Kontrolle einer dominanten ethnischen Gruppe (oft als die privilegierte oder Namenträger-Gruppe) über ein umstrittenes Territorium oder einen Staat.¹⁶⁷ Ethnokratische Regime können in verschiedenen Formen auftreten, einschließlich in Fällen von Diktaturen oder Regimen, die brutale Strategien der *ethnischen Säuberung* anwenden, wie in Ruanda und in Serbien während des Balkankrieges bzw. in Regimen, deren Strategien aus Kontrolle und Ausgrenzung bestehen, wie im Falle der Südafrika-Apartheid vor 1990. Ethnokratisch können aber auch Staaten sein, die sich als ‚demokratisch‘ präsentieren und tatsächlich auch viele formelle demokratische Mechanismen aufrechterhalten, wie Wahlen, Bürgerrechte, das parlamentarische System sowie ein offenes System der Medienfreiheit und Kommunikation. Denn obwohl diese Staaten eine demokratische Struktur und Repräsentation haben, fördern sie in ihrer nationalen Politik eine undemokratische Expansion der jeweiligen dominanten ethnischen Gruppe auf Kosten der anderen Gruppen. Im 19. und im frühen 20. Jahrhundert lieferte Australien ein Musterbeispiel eines ethnokratischen Systems pseudo-demokratischer Kultur. Beispiele dieser *offenen* Ethnokratien sind heute u. a. Sri Lanka und Israel.

Wie in den anderen Beispielen sieht man die Welt im heutigen Israel durch die Brille eines einheimischen ethnischen Konfliktes, bei dem das Bedürfnis nach ‚konstanter Expansion‘ der *dominanten* Gruppe auf Kosten der *anderen* Gruppe besteht. Für die Nutznießer dieses ethnokratischen Systems ist eine Änderung erst dann als positiv zu bezeichnen, wenn die *eigene* ethnische Gruppe den *Rivalen* mehr Ressourcen und mehr Macht wegnimmt. Im Falle des Palästinakonfliktes geht es den Privilegierten der Gesellschaft – den jüdischen Israelis – in erster Linie nicht darum, die *anderen* auszurotten, sondern um die absolute Vorherrschaft und Kontrolle

165 Yiftachel, Oren: Settlements as reflex action, Beitrag in Segal & Weizmann: *A civilian occupation ... a.a.O.*, S.33.

166 Ebenda.

167 Yiftachel, Oren, *Ethnocracy: Land ... a.a.O.*, S.11.

über Land und Leute zu haben. Es geht eben darum, die Landesressourcen möglichst exklusiv zu besitzen und die Präsenz der unerwünschten *anderen* Besitzer einfach zu ignorieren, sie auszublenden – In Israel/Palästina hat man es mit einer doppelten territorialen Strategie zu tun, in der die Schaffung einer zionistischen Nation und zugleich die Leugnung der legitimen Existenz des palästinensischen Nationalismus angestrebt wird: es ist eine Strategie der Landerobung, die sowohl die zionistische Vorherrschaft der ‚räumlichen Kontrolle‘ als ein nationales Hauptziel, als auch die Verdrängung der indigenen Landesbevölkerung (die Palästinenser) darstellt.¹⁶⁸ Das bisherige *Zwischenergebnis* der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten zeigt deutlich auf, dass die erstrebten Ziele beinahe erreicht worden sind.

Zwischenergebnis

Anhand der Zahlen in der obigen Tabelle 2-3 sowie im Anhang V/2 kann man schnell feststellen, wie rapide der jüdische Siedlungsprozess in Ostjerusalem vorangeht, aber auch in was für einer prekären demographischen Lage sich Israel befindet. Für Jerusalem ist hier gut ablesbar, dass trotz der enormen politischen, finanziellen und logistischen Versuche von Seiten der israelischen Regierung, das hoch gesteckte Ziel der Zionisten, nämlich durch Neuschaffung der demographischen und geographischen Situation in der *Heiligen Stadt*, den arabischen Bevölkerungsteil auf ein Minimum von 20% zu reduzieren, offensichtlich scheiterte. Diese Tatsache war und ist weiterhin ein äußerst wichtiger Aspekt für die Übereinstimmung in der israelischen Politik bezüglich des Baus des Mauerstreifens in der West Bank insgesamt, aber ganz besonders in Jerusalem.

Und dennoch hat man heute im Westjordanland einen Umstand, in dem die israelischen Siedlungen allgegenwärtig sind und in dem es für die Situation der Palästinenser keinen Unterschied bedeutet, ob der *Likud-Block* mit *Benjamin Netanyahu* oder die *Kadima-Partei* mit *Ehud Olmert* oder sonst wer die Siedlungspolitik bestimmen. Der Unterschied zwischen den israelischen Parteien liegt in etwa darin, dass die eine Gruppe die West Bank zum eigenen Haus machen wollen, während die anderen die Hälfte der West Bank annektieren und die andere Hälfte wie ein Hotel mit israelischem Management bevorzugen.

Alle politischen Parteien Israels zogen von Anfang an zusammen mit gebündelter Kraft an einem Strang, um die hoch gesteckten Ziele der WZO zu erreichen. Dieses Vorgehen hatte der führende Zionist *Franz Oppenheimer* im Jahre 1902 in seiner Rede auf dem 6. Zionistenkongress prophezeit. Er verkündete seine *Maxime* in Bezug auf die Besiedlung oder präziser ausgedrückt die *räumliche Besitzergreifung* Palästinas vor gesammelten Vertretern des Weltjudentums:

„Nun, meine Freunde, wir wollen ein Netz von Bauernkolonien über das Land spannen, das wir erwerben wollen. Wenn man ein Netz spannt, schlägt man zuerst an den Stellen die Haken ein, zwischen denen das Netz entstehen soll. Dann spannt man zwischen den Stricken stärkere Fäden und stellt derart ein grobes Maschenwerk her, das man dann nach Bedarf durch das Dazwischenwirken feinerer Maschen gestaltet. Genauso haben wir, meine ich, vorzugehen.“¹⁶⁹

Das Planungsschema der Siedlungsabteilung der WZO orientierte sich exakt an dieser *Maxime* Oppenheimers, um schrittweise die räumliche Besitzergreifung von Palästina zu verwirklichen (Vgl. Chronik 3):

1. Zuerst sorgte der Allon-Plan (1967) für die Schaffung eines grobmaschigen Siedlungsnetzes, mit dessen Hilfe man das Ziel der räumlichen Segregation der palästinensischen Bewohner der besetzten West Bank in eng umgrenzten Teilräumen erreicht hat. Mit dem Allon-Plan waren folgende Schritte möglich:
2. die militärische Okkupation der arabischen Gebiete ermöglichte den ersten Schritt dieses Maschenwerks, nämlich das Abstecken der äußeren Eckpunkte zur Sicherung vorläufiger Grenzen;
3. die Allon-Siedlungen im Jordangraben, im Südosten (Totes Meer- Raum) sowie im Raum Jerusalem waren die Stützpunkte, von denen aus später die innere Kolonisierung ihren Anfang nehmen sollte;
4. Die Einkreisung der besetzten arabischen Gebiete wurde dann dadurch erreicht, in dem man die äußeren Randsiedlungen (Eckpunkte) miteinander verband und folglich die starken Stricke spannte, die das besetzte Territorium nach außen isolierte; und
5. mit der Verbindung zwischen den Randsiedlungen (äußeren Stützpunkte) und den inneren Siedlungen wurden stärkere Fäden gespannt, bis ein grobmaschiges Siedlungsnetz entstanden ist, das die dicht besiedelte Regionen

¹⁶⁸ Ebenda, S.54-55.

¹⁶⁹ Oppenheim, Franz, Rede vor dem Zionistenkongress, in Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr... a.a.O.*, S.326.

im inneren der besetzten Gebiete voneinander abtrennte.

Der *Drobless-Plan* (1977) sowie der *Sharon-Plan* (1981) dienten der Verfeinerung der Maschen und der Vervollständigung des Netzes. Die dabei verfolgte Strategie war:

1. Man beginnt damit, arabische Städte und Dörfer mit Siedlungsringen einzukreisen und sie faktisch in ihrer räumlichen Entwicklung zu verhindern. Die inneren Siedlungsstützpunkte werden vergrößert und zu Siedlungssystemen erweitert, die teils urbane, teils ländliche Strukturen erhalten;
2. Nachdem man die feinen Fäden der Siedlungssysteme gespannt hat, beginnt man mit dem Schließen der verbliebenen Löcher im Siedlungsnetz, indem man mitten in dicht besiedelten palästinensischen Regionen jüdische Konkurrenzsiedlungen errichtet, um das besetzte Territorium mit einem einheitlichen Siedlungsteppich zu überdecken.

Streng genommen ist der *Allon-Plan* in der Gesamtstrategie der WZO als Vorstufe zum *Sharon-Plan* aufzufassen. Die Gesamtstrategie hat in den Augen der Zionisten ihr Hauptziel erreicht: die Schaffung eines komplexen Raumsystems, das die Rahmenbedingungen schafft, die Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft nachhaltig zu behindern. Die Zerstörung der nationalen Identität der Palästinenser wäre ein nächster Schritt. Der Schritt zur formellen Annexion der 1967 besetzten Gebiete wäre nur noch eine Kleinigkeit.¹⁷⁰

Aus heutiger Sicht haben die Zionisten zweifelsohne ihre *territoriale* Ziele¹⁷¹ insofern erreicht, dass sie durch ihren Angriff auf die Geographie der West Bank Tatsachen geschaffen haben, die man nicht mehr übersehen kann, da sie die Oberfläche des Territoriums bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt haben.

In einem Gespräch mit Al-Jazeera Online im August 2009 machte der palästinensische Siedlungskenner und Kartenexperte *Khalil Taufakji* bezüglich dem *Status Quo* des Siedlungskontexts eine äußerst deprimierende, aber zutreffende Aussage: zu Beginn des Friedensprozesses (1992) lebten in der West Bank (ohne Ostjerusalem) 105.000 jüdische Siedler in 32.000 Wohneinheiten. Heute (2009) leben 365.000 Siedler in 62.000 Wohneinheiten, die für ihre eigentlichen urbanen Einrichtungen und Konstruktionen (weniger) als 4% der Gesamtfläche der West Bank beanspruchen, jedoch den beachtlichen Flächenanteil von 58% des West-Bank-Territoriums kontrollieren.¹⁷²

Man kann heute in keiner Weise von einem zusammenhängenden palästinensischen Territorium sprechen, das dringend notwendig für die Schaffung eines Palästinenserstaats wäre. Ab Mitte der 1980er Jahre gab es eine neue Entwicklung in der Siedlungspolitik, die die obigen Idee Oppenheimers mit den so genannten „Bauernkolonien“ als obsolet betrachtet und stattdessen von der Suburbanisation im Bereich der dicht besiedelten palästinensischen Bergregion bestimmt wird. Diese neue Entwicklung spielt bis zum heutigen Tage die Hauptrolle in der Eskalation der Lage im Heiligen Land. Denn das Unterwandern der Bergregion machte erst eine Weiterentwicklung der jüdischen Siedlungen am Rande der Großstädte der West Bank in die so genannten Siedler-Städte, die darauf konzipiert sind, mittels konfrontierender Penetration in das Herz des palästinensischen Territoriums das Leben der Menschen dort unerträglich zu machen und ihre Städte und Dörfer an ihrer Entwicklung zu hindern. Die neuen Finanzierungsprioritäten der WZO ab Mitte der 1980er Jahre machen diese Entwicklung deutlich. Nach *Benvenisti* sah diese (die WZO) in ihrem Siedlungsplan für das Jahr 1986 die prozentual höchsten Investitionen in den Randbereichen der palästinensischen Großstädte vor. Er zitierte aus diesem Plan: “The settlement plan diverts the centre of gravity of settlement activity away from the subsidized rural communal villages to the demand forces [pushing] for semi-urban settlements of high quality of life in demand zones.”¹⁷³

Der Plan verlagert also das Zentrum der Schwerpunktbesiedlung von den subventionierten ländlichen Gemeinschaftsdörfern in die zu forcierenden halbstädtischen Siedlungen mit hoher Ausstattungsqualität in den Zonen, die man jetzt treffend als Zonen mit *besonderer Priorität* bezeichnet. Für die Besiedlung und Entwicklung dieser Zonen sollten laut Plan insgesamt 82,5% aller geplanten Investments, sowie 91,6% aller ökonomischen

170 Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr...* a.a.O., S.327.

171 Trotz allem Erfolg der Zionisten in ihrem Siedlungsprojekt bleibt es nur ein halber Erfolg, denn sie konnte n einem Aspekt nicht Herr werden, nämlich dem des ‚demographischen Aspektes‘, der offensichtlich auf Seiten der Araber steht – Das war und ist ein wesentlicher Aspekt zum Beschluss des israelischen Mauerbaus in der West Bank.

172 Khalil Taufakji ist Experte für Karten und geographische Datensysteme am Institut für arabische Studien in Ostjerusalem. Online unter: <http://www.aljazeera.net/NR/exeres/CDF4B7CB-A4A7-4A96-9089-C4E1D09A5BD0.htm> (Arabisch, Ü. d. V.)

173 Benvenisti, Miron: *The West Bank Data Project: a survey ...* a.a.O., S.58.

und finanziellen Leistungen aufgewendet werden. Der neue WZO-Siedlungsplan sah bis 1986 eine zusätzliche Siedlerzahl von 80.000 jüdischen Siedlern in den palästinensischen Ballungsgebieten vor.¹⁷⁴

Nach Einschätzung von *Meron Benvenisti* ist dieser Trend zu allererst zurückzuführen auf die gestiegenen Wohnansprüche in Israel selbst und andererseits auf das Problem, Siedlungswillige zu finden. Das Siedlungsprojekt musste also lukrativer werden, um breitere Teile der heutigen israelischen Gesellschaft für die Besiedlung der West Bank zu gewinnen. Der Prioritätenwechsel in der Siedlungsstrategie (von einer Strategie der *dichten Barriere* zu einem Konzept des *Prozesses der Nachfrage*) war nur ein kleiner Schritt davon entfernt, eine Pendler-Schlafsiedlung am Rande einer palästinensischen Stadt als ‚Pioniersiedlung‘ anzuerkennen, um dann ihre urbane Ausdehnung und die Wucherei der Entwickler als ein patriotisches Unternehmen zu legitimieren.¹⁷⁵ Die israelischen Stadtrandsiedlungen müssen also zuerst in *Schlafstädten* verwandelt werden, die sich auf die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen der alten Städte stützen. Und wie die Praxis zeigt, wird jede künftige Expansion als natürliches Wachstum von Seiten der Regierung politisch verkauft und dafür arabisches Land annektiert. Und der Kreis schließt sich – bis zur nächsten Siedlung.

Und schließlich steht fest, dass der Friedensprozess bzw. die Osloer Verträge zwischen der PLO und Israel – nun seit beinahe zwei Jahrzehnten in Gang gesetzt – gar kein Ansporn für die Besatzungsmacht Israel war und ist, den expansionistischen Siedlungsprozess auch nur annähernd zu bremsen. Ganz im Gegenteil, gerade wegen der relativen Ruhe in den Jahren 1991-2000 sowie aufgrund einer unbegrenzten Unterstützung einer neokonservativen US-Regierung nach den katastrophalen Anschlägen des 11. September 2001, war Israel in der Lage, sein Siedlungsprogramm in den besetzten Gebieten, also im Schatten der Verhandlungen mit einem schwachen Gegner und bei einem erstaunlich stillschweigenden Zuseher einer zum Teil korrupten PA-Führung, mit enormer Wucht fortführen. Ergebnis ist, dass Israel heute, nachdem große Flächen für das Siedlungsprojekt sowie zum Bau der israelischen Mauer de facto annektiert worden sind, über 85% vom historischen Palästina (*Mandat Palästina*) direkt kontrolliert und, dass 55% der jüdischen Siedler des Westjordanlandes im Distrikt Jerusalem wohnen.¹⁷⁶

2.5 Oslo II: ein Fiasko oder nur ein fatales Missverständnis?

2.5.1 Israelische Sicherheit, palästinensische Beschützer

Die Osloer Verträge¹⁷⁷, gekrönt mit dem *Interimsabkommen* (Oslo II, 1995) waren für Israel der Höhepunkt politischer und territorialer Niederwerfung der Palästinenser seit 1967. Von Anfang an existierte bei diesen Verhandlungen eine politische Schiefelage zugunsten der militärisch viel mächtigeren israelischen Seite und der vollkommenen Abhängigkeit der schwachen PLO von den Launen bzw. dem Willen des israelischen Staates und nicht zuletzt vom *Geld* der Geberländer, der einzigen Quelle für die materielle Weiterexistenz der palästinensischen Nationalautonomie (PA). Der vielleicht fatalste Fehler, den Teile der PLO hier gemacht haben, war die Tatsache, dass sie einen für das Schicksal ihres Volkes so grundlegenden *Wandel* wie den Umstieg vom bewaffneten Widerstand zum Mechanismus der Verhandlungen mit dem Feind als *einzigste strategische Option* zur Erlangung der historischen Rechte vollzogen haben, ohne dass von Seiten des palästinensischen Volkes ein Konsens darüber bestand. Die vorangegangenen nebulösen geheimen Verhandlungen in Norwegen und Belgien fanden sogar ohne die Einweihung breiter Teile der PLO statt. Natürlich hat sich die PLO seit dem Abzug aus dem Libanon 1982 in einer politisch prekären Lage befunden und suchte nach einer Rechtfertigung zum Verlassen des Exils im fernen *Tunis*, die sie schließlich mit dem Ausbruch der ersten palästinensischen *Intifada* im Dezember 1987 tatsächlich gefunden hat. Die *erste Intifada* brachte das Palästina-Problem wieder auf die politische Oberfläche und mit ihr auch die PLO. Jedoch wurde dieser Volksaufstand im Herzen des besetzten Palästina von der PLO nicht ernstlich politisch instrumentalisiert und als Druckkarte umgesetzt. Das war der zweite fatale Fehler der PLO. Diese verpasste Chance versetzte die PLO in die Lage, dass die Palästinenser danach kein wirklich effektives politisches Druckmittel mehr besaßen, das sie in den Verhandlungen hätten

174 Ebenda.

175 Ebenda.

176 Angaben nach einer Presseerklärung des Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS) zum Anlass des Tages des Bodens, 30.03.2010. Presseerklärung (in arabischer Sprache) online lesbar unter: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/Land_day2010.pdf.

177 Der Begriff ‚Osloer Verträge‘ steht für die erste Phase der Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO und beinhaltet (1) die Prinzipienklärung vom 13.09.1993. (2) das Gaza-Jericho-Abkommen (Oslo I) vom 04.05.1994. und schließlich (3) das Interimsabkommen (Oslo II) vom 28.09.1995, das zur Bildung der ‚palästinensischen nationalen Autonomiebehörde‘ (PA) führte. Siehe Anhang IX.

einsetzen können.

Oslo II mit seiner territorialen Einteilung der West Bank in *Sicherheitszonen* erwies sich bald als eine politische Falle, die das palästinensische Land auf unbestimmte Zeit paralyisierte und seine Bewohner, die Palästinenser, in einer Vielzahl von Freiluftgefängnissen – sogenannten Kantonen – gefangen hielt. Das Abkommen beschränkte in seinen Bestimmungen die Befugnisse der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) sehr stark. Diese Befugnisse beschränkten sich fast darauf, die palästinensische Bevölkerung in der West Bank und im Gazastreifen zu kontrollieren und bewahrte dafür mit Hilfe der gleichen Behörde die Sicherheit des israelischen Staates. Das war ein Aspekt, der nur von der Proklamation der ‚Road Map‘ im Jahre 2003 übertroffen wurde, die im Schatten von G. W. Bushs ‚Krieg gegen den Terror‘ die PA verpflichtete, den palästinensischen *Widerstand* als eine Form des ‚Terrors‘ zu bekämpfen und seine Infrastruktur zu zerstören. Die ‚Road Map‘ bietet dafür ein *Versprechen* über die *Möglichkeit* der Gründung eines palästinensischen Staates. Acht Jahre früher, in Oslo II, wurde den Palästinensern ein ähnliches Versprechen gemacht. Die ‚palästinensische (Teil-)Autonomie‘ hätte die Vorstufe der palästinensischen Staatlichkeit sein sollen. Stattdessen wurde aus ihr bestenfalls ein Langarm der israelischen Besatzung, dessen Sicherheitsapparate die sicherheitstechnische Koordination mit Israel und die schmutzige Arbeit der Verfolgung von palästinensischen Widerstandsgruppen übernommen haben.

Um das Scheitern der Osloer Verträge verstehen zu können hilft es, die tatsächlichen Beweggründe zu erkennen, die zu einem solchen Annäherungsschritt, insbesondere von Seiten der Israelis, führten. Der Osloer Friedensprozess wurde auf der ganzen Linie (seit 1991) hauptsächlich von drei treibenden Aspekten angetrieben, die alle besonders deutlich mit dem Sicherheitsfaktor, sowie mit der Kontrolle der Landesressourcen zu tun haben:

1. Von Israels Wunsch, viele der lästigen Bürden der Besatzung, insbesondere bezüglich der gefährlichen Polizeipraxis und der Sicherheit, an eine dritte Partei los zu werden;
2. von Israels Wunsch, diesen (Punkt a) zu erreichen, ohne dabei zu viele territoriale Zugeständnisse an die Araber bringen zu müssen und ohne die umfassende Kontrolle über die Ökonomie und der Naturressourcen der besetzten Gebiete (insbesondere Wasser) abzutreten; und nicht zuletzt
3. von der im fernen Tunis-Exil politisch-isolierten und verzweifelten PLO um Yasser Arafat.

Für Rabin waren die Sicherheitsaspekte von höchster Bedeutung. Von den Bestimmungen des Abkommens einmal abgesehen, zeigt Rabins Regierungserklärung vor der Knesset am 11. Mai 1994, also eine Woche nach Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens (am 04. Mai) diesen Sicherheitsaspekt deutlich.¹⁷⁸ Wenige Monate vor diesem Datum und etwa eine Woche vor der Unterzeichnung der Prinzipienklärung am 13. September 1993, zitierte ihn die israelische Zeitschrift Haaretz in einem Artikel, der diese Aspekte aufzeigt:

„Die Palästinenser werden es [Befehle Ausführen] besser machen als wir es tun [...] denn sie werden keine Berufungsverfahren an das Oberste Gericht erlauben und sie werden verhindern, dass israelische Zivilrechtsverbände die Zustände dort kritisieren, indem sie diesen die Einreise verweigern. Sie werden mit ihren eigenen Methoden regieren, dabei – und das ist das wichtigste – befreien sie die israelischen Soldaten von dem, was getan werden sollte [die Sicherheitsapparate Arafats würden diese unangenehme für sie stellvertretend erledigen]“.¹⁷⁹

In dieser ernüchternd und brutal offenen Aussage steckt ein großes Wunschdenken der israelischen Politiker, wie eine künftige palästinensische Autonomiebehörde von Israels Gnaden auszusehen hat bzw. welche Aufgaben sie vollstrecken soll. Sie beinhaltet eine herabwürdigende, wenn nicht rassistische, Vorstellung von Arafat und seinen Leuten. Denn sie sollen im Auftrage ihrer Unterdrücker die schmutzige Arbeit weiterführen – gegen ihr eigenes Volk.

Der israelische Plan war tatsächlich ein großer Erfolg, auch wenn das Wunschdenken Rabins nicht ganz erfüllt werden konnte, denn mit diesem Schachzug hatte die israelische Politik die PLO genau dahin bekommen, wo sie diese haben wollte, nämlich unter ihre *umfassende* Kontrolle. Und die israelische Politik arbeitete fleißig daran, aus der Ausweglosigkeit eines von allen arabischen Bruderstaaten verlassenen Arafat ein durch und durch

¹⁷⁸ Vgl. Regierungserklärung des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin vor der Knesset – Mittwoch, 11. Mai 1994, in ‚Die erste Phase: Das „Gaza-Jericho-Abkommen“ – die Palästinensische Selbstverwaltung im Gazastreifen und im Gebiet Jericho; das Abkommen zwischen Israel und der PLO, Infomaterial der Botschaft des Staates Israel, Bonn-Bad Godesberg, Mai 1994.

¹⁷⁹ Haaretz, 7. September 1993.

von Korruption und schlechter Regierungsführung befallenes Regime in Teilen der besetzten palästinensischen Gebieten zu schaffen – und das mit Hilfe vom charismatischen Yasir Arafat. Breite Teile der PLO-Funktionäre, jedenfalls in den besetzten Gebieten, verwandelten sich von einst gefürchteten Freiheitskämpfern eines der weltweit wichtigsten Befreiungsorganisationen in ein Haufen machtsüchtiger und korrupter Luxus-Hotel-Revolutionäre, die sich aus dem Blutschweiß der Unterdrückten ihres Volkes bereicherten und doppelzünftig die schlimmsten Niederlagen in glorreiche Siege propagierten – mehr wollte Israel nicht.

Übereinstimmend mit dem Sicherheitsprinzip versuchte Israel, Arafats Sicherheitsapparate und -befugnisse zur Überwachung der palästinensischen Gesellschaft zu ermöglichen bzw. auszuweiten. Das palästinensische Volk erhob wenig Einspruch gegen die massivere Verbreitung von Arafats Sicherheitsbehörden oder der extrem angestiegenen Zahlen der *bei Arafat* beschäftigten Polizei- und Sicherheitsoffiziere, und das, obwohl das Ganze gegen die Bestimmungen der unterzeichneten Abkommen verstoßen hat.¹⁸⁰ Die israelischen Politiker strebten an, die Macht Arafats über die palästinensische Gesellschaft zu vergrößern, indem sie einerseits seinen Sicherheitsbehörden erlaubten, Ordnung (*weniger Recht*) auch in Gebieten außerhalb des gemäß *Oslo II* formalen Zuständigkeitsbereichs der PA, zu forcieren, und andererseits indem sie *seine* Finanzen aufbesserten, um seine Loyalitätsstärke zu vergrößern. Bis 1999 wurden Geldüberweisungen (Steuern und Sozialabgaben) der in Israel bzw. in den Siedlungen arbeitenden Palästinenser von Israel *nicht* etwa auf ein PA-Bankkonto überwiesen, sondern auf ein Konto der israelischen ‚Bank Leumi‘, das auf den Namen von Arafat persönlich eingetragen war. Erst durch die israelische Presse kamen diese skandalösen Details ans Licht.¹⁸¹ Die Liste der Geldveruntreuung von Seiten der PA um Arafat bzw. von Seiten seiner Familie¹⁸², ist sehr lang. Dieses Thema zu behandeln würde den Rahmen dieser Arbeit weit übertreffen.

Arafat hatte wirklich immense Herausforderungen von Seiten der oppositionellen Kräfte seines Diskurses sowie von lokalen politischen Eliten in der West Bank und im Gazastreifen zu begegnen und war deswegen mehr als gewillt, solche Loyalitätszahlungen aus Israel in Gegenleistung zu mehr Sicherheitszuständigkeiten für Israel zu akzeptieren. Er wusste schon immer, auch auf dem Höhepunkt der aktiven bewaffneten Revolution, diese Zauberwaffe ‚Geld‘ meisterhaft zu benutzen, um seine politischen Gegner auszuschalten bzw. um einfach ihr Schweigen zu kaufen. Jedoch stammte das Geld dieses Mal von seinen ehemaligen Erzfeinden, die selbst nach der Unterzeichnung der Prinzipienklärung immer noch sein Land besetzt hielten und den Traum seines Volkes in einen Alptraum verwandelten. Was hier die Kennern Arafats maßlos verwundert ist, dass sie ganz genau wissen, dass Arafat eine an Genialität grenzende politische Schlauheit besitzt, der er mit absoluter Sicherheit sein Überleben über Jahrzehnte hinaus verdankt. Wie konnte er nur in so eine Falle hineinlaufen? Oder ist er doch nicht betrogen worden?

Vieles spricht für die zweite Option: er wusste, was er tat, überschätzte jedoch seine Fähigkeiten, auch dieses Mal zu überleben. In der Essenz des Osloer Friedensprozesses lag eine Interessenübereinstimmung zwischen Arafat und dem israelischen Staat. Das erkennt man sofort anhand der unbestreitbaren Tatsache, dass *nicht mehr* die ‚Befreiung‘ der Palästinenser, sondern die ‚Kontrolle‘ über diese Menschen das Denken von Arafat und seinen Altgefährten (Oslo-Funktionäre) bestimmte.¹⁸³ Während der Osloer Jahre waren Arafat und die Oslo-Anhänger begierig darauf zu glauben, dass es bereits einen Palästinenserstaat gibt und nicht, dass dieser sich noch im Entstehungsprozess befindet. Und Arafat liebte den ‚kleinen Staat Palästina‘ und genoss es, die Macht-Mechanismen mit den zu einem realen Staat gehörenden Zwängen (Überwachungsstaat) aufzuziehen. Von den äußerst limitierten Finanzmitteln bezahlte er Zehntausende loyaler Angestellter seiner unzähligen Sicherheitsapparate und zahlte weiterhin die dürftigen Gehälter für die Angestellten der für die Zukunft des Staates wichtigsten Berufe, insbesondere auf dem Gesundheits- und Bildungssektor. Somit verzichtete er auf Voraussetzungen, die für den Prozess der nationalen Befreiung notwendig sind, nämlich die Schaffung der sozialen Solidarität und das Investieren in das menschliche Potenzial aller sozialen Schichten. Es war ein schlechter Deal, denn das alles wurde wegen einer Autorität gemacht, die keine war und die Sicherheitsapparate dienten letztendlich die eigentlichen Herren des Landes und Unterdrücker seiner Bewohner: den Israelis.

180 Vgl. Usher Graham's Beitrag, The policies of internal security: the PA's new intelligence services, in Journal of Palestine Studies (JPS), Vol. 25, no. 2, 1996, S.21-34.

181 Vgl. z. B. R. Bergman, Israel deposited NIS 1.5b in Arafat's personal account, Haaretz, 08.10.1999, sowie Amira Hass, Chairman Arafat straightens out of his financial accounts, Haaretz, 13.01.2000.

182 Laut Angaben eines Reportes des ‚CBS television‘, sollte Arafat seiner damals in Paris lebenden Frau Suha (zusammen mit seiner Tochter Zahwa) eine regelmäßige monatliche Unterhaltssumme von 100.000 US-Dollars aus PNA-Hilfsgeldern überwiesen haben. Vgl. Guttman, Nathan, Report: Arafat funnels \$100,000 PA aid monthly to wife, Haaretz, 07.11.2003.

183 Vgl. hierzu Hass, Amira, It's not the State; it's the liberation, Haaretz, 02.03.2005.

Die Osloer-PLO wollte eine Reihe von Forderungen und Selbstverständlichkeiten nicht verstehen, die ein ‚Prozess der Befreiung‘ eines unterdrückten Volkes mit sich bringt. Diese sind u. A.:

1. Dieser sollte nicht bedeuten, dass aus einer Besatzung zwei werden, sondern dass diese Menschen (die Palästinenser) jenseits der Schieflage der Machtverhältnisse, weiterhin Bewegungsraum zum Handeln brauchen;
2. Die Transparenz der (Staats-)Finanzen und der Kampf gegen Korruption;
3. Berufung der richtigen Person an den richtigen Platz. Nicht die Loyalität zum Machthaber, sondern allein die Kompetenz einer Person soll für die Besetzung von wichtigen Ämtern wirklich zählen;
4. Die offizielle Adoption individueller Kreativitäten durch die PA, die unter der Mehrheit der Palästinenser existieren, zur Bekämpfung und schließlich Beendigung der israelischen Besatzung;
5. Effizienz und Vernunft in Umgang mit den reichlich vorhandenen menschlichen und knappen finanziellen Potenziale der Palästinenser. Dies gilt insbesondere für die sinnlose Bildung von Sicherheitsapparaten und Mechanismen, die zusätzlich die Anliegen der Besatzung gegen die eigene Zivilbevölkerung dienen. Stattdessen müssten diese Potenziale in Infrastrukturen investiert werden, die das Leben der ohnehin unterdrückten Menschen erleichtern und ihre zivile Standhaftigkeit auf ihrem Boden fördern. Statt Luxushäuser für der Tunis-Funktionäre und ihrer Anhänger zu bauen, in den Bau von Nachtclubs und Kasinos (Ramallah und Jericho) zu investieren, und zuzulassen, dass Spekulanten die Bodenpreise astronomisch in die Höhe treiben, sollte die PA Maßnahmen ergreifen, die den Sozialwohnungsbau für arme Schichten fördern sowie die Sanierung der historischen Städte in Gang setzen, sowie die intakten wesentlichen Grundinfrastrukturen für Bildung und Gesundheit, für Jugend, Erholung und Freizeit und vor allem für Demokratie und Freiheit ausbauen. Dies sind die wahren Zeichen von Entwlung und Wachstum und Progressivität;
6. Ein Teil des Befreiungsprozesses ist die Mobilisierung der gesamten Öffentlichkeit und die Institutionen in eine andauernde Kampagne des ‚zivilen Ungehorsams‘, bis die Besatzung beendet wird; ein solcher ziviler Ungehorsam muss die westliche Welt dazu auffordern, die von Israel geschaffene unbarmherzige Mischung aus Besatzung, Kolonialismus und ethnischer Diskriminierung in den besetzten Gebieten sowie in Israel selbst abzulehnen. Eine solche Ablehnung würde wesentlich zur Sicherung von Frieden und Zukunft der Menschen in der Region beitragen.

Nichts von alldem wurde auch nur ansatzweise gemacht. Hunderte von palästinensischen Denkern und Intellektuellen – von denen übrigens viele (z. B. Edward Said) lange vor *Arafat* und vor Oslo zu *vernünftigen* Gesprächen (auf Augenhöhe) mit den Israelis aufriefen – blieben ungehört. Ebenso wurden viele palästinensische Experten (Wasserexperten, Juristen, Geographen, Politikwissenschaftler, usw.) ausgegrenzt, sobald diese von Israel abgelehnt wurden bzw. sie eine kritische Meinung über den *Arafat*-Mainstream äußerten.

Diese schlechte palästinensische Regierungsführung wurde von Israel gerne und systematisch gefördert. Die Folge von alldem war, dass das palästinensische System, das unter Oslo kreiert wurde, von Arafats bezahlten Machtbefugnissen und Sicherheitsdienstleistungen dominiert wurde. Es war daher unumgänglich, dass dieses System nur sehr schwach entwickelte Institutionen und eine machtlose Justiz haben konnte. Es war faktisch ein ‚*herrisch starkes aber administrativ schwaches*‘ System. Sowohl für Arafat als auch für Israel, war das Erfüllen von Israels Sicherheitsgeboten wichtiger als die Bildung einer institutionellen Infrastruktur für die palästinensische Staatlichkeit.

Arafat wollte und suchte ganz gewiss das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, aber das konnte in diesem Arafat-Style nur fehlschlagen, nicht nur wegen seinen oben genannten Prioritäten (Staat vor Befreiung), sondern weil er offensichtlich sich selber überschätzte bzw. die israelische schleichende Taktik (mit Hilfe der USA) zur Aushöhlung der Palästinafrage aus ihrer Essenz sehr unterschätzte.

2.5.2 Die Konsequenzen von Oslo II

Die israelische Besatzung war nach Oslo nie zu Ende und die Allgegenwärtigkeit der israelischen Armee musste man immer wieder feststellen. Für das Osloer *Versprechen der palästinensischen Staatlichkeit* wurden von den Palästinensern große Opfer abverlangt, faktisch ohne Gegenleistung von Seiten Israels. Aus diesem Umstand kam Israel als einziger Gewinner heraus. Von der schlechten palästinensischen Regierungsführung einmal ganz abgesehen, haben die Osloer Verträge für die Palästinenser eine Reihe von verheerenden politischen, sozialen, institutionellen und infrastrukturellen Konsequenzen sowie einige gefährliche vollendete Tatsachen gebracht. Die wichtigsten dieser Konsequenzen sind:

1. Israel konnte durch Oslo seine Anerkennung als Entität in Palästina von der PLO erwirken, obwohl man nie definieren konnte, was mit ‚Israel‘ territorial gemeint war (keine definierten Staatsgrenzen). Darüber hinaus hat die PLO (zusammen mit den anderen arabischen Staaten) merkwürdigerweise aktiv mitgewirkt, die *UNO-Resolution 46/86* vom 10.12.1991 in der Generalversammlung durchzusetzen. Diese annullierte die *UNO-Resolution 3379* vom 10. November 1975, die den Zionismus, die Ideologie des Staates Israel, als *eine Form des Rassismus* verurteilte.¹⁸⁴ Diese Anerkennung bedeutete nicht nur die Legitimierung des Staates und seiner rassistischen Ideologie durch seine ehemaligen Feinde, sondern vor allem auch den Stopp aller militärischen Aktionen von Seiten der PLO gegen den Staat – und hier muss gesagt werden, dass Israel im Gegenzug dieser Anerkennung nicht etwa das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat oder sie als *Volk*, sondern nur die Institution ‚PLO‘ als legitimer Vertreter der Palästinenser anerkannt hat;
2. In Oslo wurde lediglich die so genannte israelische ‚zivile Administration‘ in den besetzten Gebieten (West Bank und Gaza) aufgehoben, die israelische Militärregierung blieb hingegen bestehen. Deswegen durfte die PA nach 1994 lediglich die zivilen Angelegenheiten der palästinensischen Bevölkerung verwalten, jedoch nicht ohne Rücksprache mit der Militärregierung, der eigentlichen Autorität, die laut Oslo II weiterhin über alle wichtige alltägliche Lebensdetails der Palästinenser entschied. Oslo II ermöglichte Israel im Beisein der PA eine Deluxe-Besatzung in der West Bank und im Gazastreifen und verwandelte die palästinensische Führung von einer nationalen Freiheitsbewegung in eine von der Besatzungsmacht abhängige Autorität. Israel war nun in der Lage, seinen Verpflichtungen als Besatzungsmacht den Palästinensern bzw. ihrem Land gegenüber mit einem juristischen Trick zu entfliehen, indem es diese auf die PA übertragen hat, sich aber trotzdem – laut Oslo II-Abkommen – in jede palästinensische Angelegenheit einmischen konnte, von den Sicherheitsangelegenheiten bis hin zu den Wahlen;
3. Die neue Qualität dieses Abkommens war, dass Israel jetzt politisch in der Lage war, jede Art von Waffen (auch Kampfflugzeuge) gegen die Palästinenser einzusetzen, da das palästinensische Volk nun offiziell eine *nationale Autorität* besaß, auch wenn die PA faktisch keine wirkliche Autorität darstellte, und daher entsprechend wie ein Staat behandelt werden konnte, sobald Israel sich bedroht fühlte. Als Besatzungsmacht hätte Israel das nicht tun dürfen;
4. Mit den territorialen Bestimmungen von Oslo II und mit Hilfe der relativen Ruhe konnte Israel, während es seine sanfte Hand der Verhandlungen den Palästinensern entgegen streckte, seine andere *eiserne* Hand ausstrecken, um den Lebensraum der Palästinenser auszutilgen und den Siedlungsbau dermaßen voranzutreiben, dass das Territorium demographisch wie geographisch in viele Fragmente auseinander gerissen wurde;
5. Die PA und mit ihr das palästinensische Volk in der West Bank und im Gazastreifen sind ‚Gefangene‘ des Geldes, das sie von den Geberländern seit Oslo nicht nur mit großen politischen Opfern, sondern vor allem auch nur mit dem Segen des politischen Gegners, Israel, erhalten können. Große Teile der palästinensischen Bevölkerung verwandelten sich von Freiheitskämpfern zu einem „Volk von Bettlern“¹⁸⁵ und einem Haufen Nutznießer des *Status Quo*. Diese Tatsache führte dazu, dass der politische Wille der palästinensischen Führung nicht mehr frei ist bzw. dass eine Kündigung der Osloer Verträge von Seiten der PA ein hoch kompliziertes Unterfangen wäre. Das, obwohl die Osloer Verträge durch die Praxis der Besatzungsmacht sowie von Seiten einiger israelischer Politiker, z. B. von PM Ariel Sharon, für *tot* erklärt wurden. Dieser Umstand führte dazu, dass die politische Kluft zwischen den innerpalästinensischen Kontrahenten (‚pro Oslo‘ versus ‚gegen Oslo‘) immer größer wurde. Schließlich folgten die schrecklichen bewaffneten Kämpfe zwischen den Anhängern der Fatah und der Hamas im Gazastreifen im Juni 2007, die von der Hamas bestimmt wurden. Nach der politischen Spaltung gibt es nun seit der Machtergreifung durch die Hamas im Gazastreifen eine geographische Spaltung

¹⁸⁴ Vgl. Abschnitt 1.6.8 dieser Arbeit (Was macht den Zionismus so umstritten?).

¹⁸⁵ Hass, Amira, a Nation of beggars, Haaretz, 01.03.2006.

zwischen der West Bank und dem Gazastreifen. Die Palästinenser haben sich vor Juni 2007 nie in einer vergleichbaren politischen, sozialen oder moralischen Tieflage befunden – ein Ergebnis von Oslo; und

6. Die für die Palästinenser vielleicht verhängnisvollste Folge der Osloer Verträge ist die seitdem praktizierte Verhandlungslogik selbst. Seit Oslo besteht die USA – auf Wunsch von Israel – auf Direktgespräche zwischen beiden Konfliktparteien, jedoch und nur unter der Schirmherrschaft der alles andere als unparteiische US-Regierung – weder die UNO, noch die Araber oder die Europäer haben in diesen Gesprächen ein wirkliches Gewicht. Dabei wird die Tatsache ignoriert, dass das Palästina-Problem – wegen der besonderen geographischen Lage Palästinas im Herzen der arabischen Welt, aufgrund seines religiösen Sonderstatus sowie weil das Land von der UNO selbst im Jahre 1947 geteilt wurde – eine internationale (UNO) und arabisch-islamische Frage par excellence ist. Diese Verhandlungslogik führt bis heute dazu, dass die mehr als 60 UNO-Resolutionen, die das palästinensische Recht untermauern und garantieren, leicht im Verborgenen übergangen werden können.

Bereits in den Vorbereitungen zur Madrider Friedenskonferenz 1991 stellte Israel den schwachen Palästinensern drei Grundbedingungen zur Fortsetzung der geheimen Gespräche: (1) Keine Verhandlungen über Jerusalem und die palästinensischen Flüchtlinge; (2) keine Schirmherrschaft der UNO über die Gespräche; sowie (3) parallel zu den geheimen Gesprächen sollten die bereits laufenden Gespräche zwischen Vertretern der PLO (unter der Leitung von Dr. Haidar Abdel-Shafi) und Israel in Washington fortgesetzt werden. Die israelische Regierung unter Premierminister Yitzchak Shamir lehnte es vehement ab, die UNO oder die Europäer in die Gespräche zu involvieren. Für den Geschmack der israelischen Regierungen waren die Europäer schon immer zu sehr pro-palästinensisch – dass das in keiner Weise stimmt, gehört zu den Grundkenntnissen eines jeden Nahost-Kenners. Es geht in Wahrheit um das über die Jahre gewachsene europäische Bewusstsein über den arabisch-israelischen Konflikt, den sie unmittelbar mit produziert haben, gepaart mit der geographischen Nähe im Mittelmeer, die für Europa eine Gefahr darstellt und folglich endlich eine Konfliktbeilegung erfordert.

Die Entwicklung in Europa lief anders als in den USA: während die PLO ab Ende der 1970er Jahre in Frankreich offiziell bzw. in Europa inoffiziell als die einzige legitime Vertreterin der Palästinenser anerkannt war, wurde sie vom US-Präsidenten *Ronald Reagan* als eine ‚terroristische Organisation‘ und ihre Mitglieder als ‚Kindermörder‘ verteufelt. Diese politischen Unstimmigkeiten bezüglich des Nahostproblems sorgten für eine Störung des Verhältnisses zwischen den USA und Israel auf der einen Seite und der europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite – und für die Ablehnung der Europäer als neutrale Vermittler von Seiten Israels. Die Stellung der UNO kann keine sein, die ihren eigenen konfliktbezogenen Resolutionen widerspricht. Diese halten die israelische Siedlungspolitik für illegal und die Annexion Jerusalems und der Golanhöhen für Null und Nichtig. Israel will aber den Status Quo beibehalten. Die einzige Taktik, die in diesem Fall funktionieren würde, wäre die Isolation des palästinensischen Verhandlungspartners und dafür zu sorgen, dass dieser, ähnlich wie bei der bisherigen Verhandlungslogik Israels mit den arabischen Nachbarn, Ägypten und Jordanien, auf einmal ohne Rückendeckung, als leichte Beute mit Rücken zur Wand alleine dasteht. Genau das geschah mit der schwachen palästinensischen Führung, die obendrein ohne das Mandat ihres Volkes in die schicksalhaften Gespräche ging. In Oslo verwandelte die PLO ihre Verhandlungstaktik von der Tradition der politisch und juristisch soliden Forderung nach der Umsetzung der UNO-Resolutionen bezüglich der Palästinafrage seit 1947, zu einer Logik der beidseitigen Verhandlung zweier *gleichwertiger* Gegner. Sie sind jedoch alles andere als gleich, und der einzige hier erlaubte Vermittler, die USA, ist alles andere als neutral.

Daher verwundert es nicht, dass die starken Israelis bereits während der geheimen Gespräche in Oslo eine von den schwachen Palästinensern unterschriebene Erklärung durchsetzen konnten, die kein Wort über (a) die Beendigung der Besatzung oder (b) die Beendigung des israelischen Siedlungsbaus in den palästinensischen Gebieten und (c) erst recht nicht über einen souveränen palästinensischen Staat beinhaltete. Und dennoch gab die israelische Führung erst dann das grüne Licht für die darauffolgenden Madrider Gespräche, nachdem die Palästinenser eine von Israel aufgestellte Liste von 100 grundsätzlichen politischen Fragen beantworteten. Diese Fragen haben sich teils als listige politische Fangfragen erwiesen, wie z. B. die Frage, ob die Palästinenser im Falle der Gründung eines Staates bereit wären, israelische Siedler bei sich aufzunehmen. Die Palästinenser antworteten diese Frage einfach mit „Ja“, ohne die Siedlungen selbst in Frage zu stellen bzw. diese zuerst als Eigentum des palästinensischen Staates zu beanspruchen. Die juristische Folge war, dass sie dadurch die illegalen israelischen Siedlungen unwissentlich legitimierten. Was hier verwunderlich und befremdend zugleich ist nicht nur, dass die Palästinenser alle Fragen präzise und kritiklos beantworteten, sondern vielmehr die Tatsache,

dass sie hingegen keine einzige Gegenfrage an die Israelis gestellt haben.

Zurückblickend muss hier der Verlauf der Verhandlungen hinterfragt werden, nämlich die eigenartige Tatsache, dass die palästinensische Führung in Oslo einen Frieden mit Israel akzeptierte, bevor sie beide überhaupt ein *Friedensabkommen* erreicht haben – nicht vor, sondern nach dem *Frieden*, saßen beide Parteien zusammen, um (über Frieden) zu verhandeln. Dass die palästinensische Führung um *Arafat* diese Verträge unterzeichnet hat, bezeugt entweder eine absurde und gefährliche Komplizenschaft einer korrupten Gruppe, die die Idee der Verschwörungstheorie zum Leben wieder erweckt hat, oder – und das ist wohl wahrscheinlicher – die Unfähigkeit der gleichen Gruppe, einen solch komplizierten Verhandlungsmechanismus erfolgreich zum Erfolg zu bringen. Gerade da sie ihre politische Niederlage mehrmals bewiesen haben und sich folglich ihrer Rolle als Vertreter ihres Volkes nicht würdig erwiesen haben, scheint hier die Frage nicht abwegig zu sein, ob das Versagen der palästinensischen politischen Elite auf ein *Missverständnis* zurückgeführt werden kann, sprich ob es hier um eine Frage von *verschiedenen Auslegungen der Osloer Verträge* von Seiten der Verhandlungsparteien handelte. Heute haben wir zwar die UNO und Europa am runden Nahost-Gesprächstisch, jedoch sind sie als Mitglieder des Quartetts nur *pro forma* und ohne einen richtigen Einfluss bzw. Beschlussfähigkeit in den Ablauf der Gespräche involviert. Verblüffend hier ist die Tatsache, dass nur die USA und Israel über den Verlauf, den Inhalt und die Terminierung der Gespräche entscheiden, mit dem stillschweigenden Einverständnis aller anderen Seiten, vor allem der europäischen *Nachbarn*.

2.5.3 Fiasko oder nur ein Missverständnis?

Ein weiteres Grundübel der Osloer Verträge lag wahrscheinlich in den fundamental verschiedenen Auffassungen der Vertragsparteien über die Rechtsgrundlage der *palästinensischen Selbstregierung* sowie über die Befugnisse und Verantwortlichkeiten der *Selbstregierungsbehörde* im Westjordanland und im Gazastreifen. Die offizielle israelische Rechtsauffassung über diese zentrale Frage ist die, dass die israelische Militärregierung in den Osloer Verträgen im Gegensatz zur israelischen Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten *nicht* aufgelöst wird, sondern sich lediglich zurückzieht und dass die Verträge davon ausgehen, dass das Westjordanland und der Gazastreifen weiterhin unter israelischer Militärherrschaft stehen.¹⁸⁶ Diese offizielle israelische Rechtsauffassung wurde vom Rechtsberater der israelischen Regierung bei den Osloer Verhandlungen, Joel Singer, ausführlich in verschiedenen Schriften dargelegt. In einem Beitrag im Journal *Justice* (1994) fasste er folgende Schlussfolgerung in Bezug auf die Osloer Verträge zusammen:

„ (...) that the Palestinian Council will not be independent or sovereign in nature, but rather will be legally subordinate to the authority of the military government. In other words, operating within Israel, the military government will continue to be the source of authority for the Palestinian Council and the powers and responsibilities exercised by it in the West Bank and Gaza Strip.”¹⁸⁷

Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung bestimmt, dass bei einer militärischen Besetzung die Regierungsgewalt im besetzten Gebiet *de facto* auf die Besatzungsmacht übergeht. Daher beruht jede von den Besatzungsbehörden nicht selbst ausgeübte Herrschaftsgewalt auf der ihr zugrunde liegenden Gewährung durch die Besatzungsmacht.¹⁸⁸ Mit anderen Worten: die palästinensische ‚Selbstregierungsbehörde‘ darf nach Verständnis der israelischen Vertragspartei nur jene Herrschaftsgewalt in den besetzten Gebieten ausüben, die ihr von Seiten der israelischen Militärregierung gewährt wird. Gesetzlich ist sie – um die obigen Worte Joel Singers zu nehmen – der Besatzungsmacht *untergeordnet*.

Diese israelische Position weicht keinen einzigen Millimeter von der klassischen Position der israelischen Politiker seit David Ben-Gurion ab: die Existenz eines Palästinenserstaates sei die *Negation* und der *Widerspruch* des israelischen Staates. Daher wurde die bloße Idee einer palästinensischen Entität – selbst auf einen kleinen Teil des Landes (in den besetzten Territorien des Westjordanlandes und des Gazastreifens – von Israel ständig und konsequent abgelehnt. Der ehemalige Verteidigungsminister Moshe Dayan äußerte sich Ende 1975 skeptisch selbst gegenüber dem Allon-Plan bzw. der Bildung irgendeiner offiziellen Staatsgrenze innerhalb der West Bank und offenbarte die israelische Strategie in Bezug auf die palästinensische Staatlichkeit, die sich in ihrer

¹⁸⁶ Vgl. Sina, Stephan: *Der völkerrechtliche Status des Westjordanlandes und des Gazastreifens nach den Osloer Verträgen*, Max Blanck-Institut für ausländisches und öffentliches Recht und Völkerrecht/ Band 167, Springer Verlag, 2004, Seite 145.

¹⁸⁷ Zitat in Sina, Stephan: *Der völkerrechtliche Status ... a.a.O.*, S.143

¹⁸⁸ Ebenda, S.146.

Grundsätzlichkeit bis heute nicht verändert hat:

„Das Allon-Projekt unterstütze ich nicht. Ich lehne jede offizielle unabhängige Staatsgrenze zwischen dem Jordanischen Königreich und Israel ab, die irgendwo innerhalb der West Bank verläuft [] Ich habe nie daran gedacht, auch nur einen Teil der West Bank an die Jordanier freizugeben [] Wir müssen die Idee eines Palästinenserstaates definitiv ablehnen, in einem Teil oder in der ganzen West Bank, mit oder ohne Korrekturen, mit oder ohne Gaza □ Israel darf in keinem Fall diesen Weg gehen [] Ein Palästinenserstaat ist, grundsätzlich, das Gegenteil von Israel [] Als der israelische Staat errichtet wurde, wurden die Teile Palästinas, die außerhalb Israel lagen, ein Teil von benachbarten arabischen Staaten. Schließlich blieb in Palästina nach israelischer Staatsgründung kein Platz mehr für einen arabischen Staat [] Als der israelische Staat errichtet wurde, wurde er auf dem Platz und auf Kosten anderer palästinensischer Gebiete oder Bewohner [] Die arabischen Bewohner waren damals weniger, aber das Gebiet hatte den Charakter von irgend einem arabischen Land. Würden wir heute diesen politischen Weg gehen und sagen, dass die Palästinenser das Recht auf einem eigenen unabhängigen Staat hätten, weil sie die Bewohner des gleichen Landes sind und die gleichen Rechte hätten, so würde das nicht bei der West Bank bleiben. Die West Bank und der Gazastreifen bilden zusammen keinen Staat [] Das Errichten eines solchen Palästinenserstaates würde bedeuten, den Eckstein für etwas anderes zu legen. Ein solcher Staat kann nicht aus eigener Kraft leben. Und die Behauptung, die Palästinenser hätten das Recht auf einen eigenen Staat bzw. die palästinensischen Flüchtlinge, die den Staat Israel 1948 während des Krieges verließen, hätten das legitime Recht auf Rückkehr, all das steht in völligem Widerspruch zur fundamentalen Existenz vom Staat Israel. Entweder ein israelischer Staat oder ein palästinensischer Staat []“.¹⁸⁹

Anders als die israelische hat die palästinensische Seite keine eindeutige Rechtsposition bezüglich den Osloer Verträgen entwickelt. Dennoch kann man anhand verschiedener offizieller Erklärungen und Dokumente eine eigenständige palästinensische Auffassung ablesen. Vor allem in einer politischen Erklärung der Palästinensischen Autonomiebehörde vom 28. Mai 1994 heißt es unter dem Titel „Natur und Definition der PA“, dass die PA durch eine Entscheidung der PLO, der einzigen legitimen Vertreterin der Palästinenser, aufgebaut werden soll. In *Artikel 2* des Entwurfs des palästinensischen Grundgesetzes für die Übergangsperiode wird das palästinensische Volk als die ‚Quelle‘ aller politischen Macht angegeben, die nach dem Prinzip der *Gewaltenteilung* durch die legislativen, exekutiven sowie juristischen Autoritäten ausgeübt werden. Damit wollte die PA im Hinblick auf die Angaben der Besatzungsmacht und ihrer kolonialen Geschichte jede Mehrdeutigkeit bezüglich der Souveränität, der Quelle jeder Autorität, in der Übergangsperiode beseitigen. Die Auffassung der PLO geht hier eindeutig vom *Selbstbestimmungsrecht* des palästinensischen Volkes aus, dessen einzige legitime Vertreterin sie ist. Sie betont lediglich, dass die Herrschaftsgewalt der ‚Selbst-Regierungsbehörde‘ in erster Linie auf dem in Wahlen geäußerten Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes im Westjordanland und im Gazastreifen beruhe.¹⁹⁰ Das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes stellt alleine an sich keinen Gegensatz zu der israelischen Auffassung dar, da die israelische Militärregierung im Rahmen ihrer Besatzungsherrschaft die palästinensische Autorität gewähren ließ. Das kommt, jedenfalls auf den ersten Blick, einer begrenzten Verwirklichung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts gleich. Jedoch setzt die von den Palästinensern gewünschte *Souveränität* die Abschaffung der israelischen Militärregierung voraus. Und genau das geschah in Oslo nicht.

Zusammen mit dem Fortbestehen der israelischen Militärregierung in den besetzten Gebieten stellen die territorialen Bestimmungen (siehe oben, Punkt 4) einen weiteren Totschlag für den Friedensprozess dar. Wie bereits oben geschildert wurde, forcierte Israel im Schutze der relativen Ruhe dieser Zeit die Besiedlung der West Bank, dieses Mal sogar nicht mehr stillschweigend, wie in den vergangenen Jahrzehnten. Mehrere neue Siedlungen und Umgehungsstraßen wurden in den besetzten palästinensischen Gebieten gebaut. Die besiedelte Fläche und die Siedlerzahl wuchsen rapide. Wichtig hier ist, dass alle Pläne, die in der politischen Arena von 1996 bis 1998 diskutiert wurden, auf dem *Segregationskonzept* bzw. auf der Idee der *territorialen Trennung* basierten – bis zum Baubeginn der Mauer nach Juni 2002. Man bediente sich einer Vielzahl von Standards, die zusammen mit dem *Segregationskonzept* die Einigungspunkte zwischen der Labour- und der Likudpartei herausbildeten und 1997 in einem Memorandum beider Parteien festgehalten wurden. Diese Standards sind¹⁹¹:

1. Vollständige Abschottung entlang der Waffenstillstandslinie von 1949;
2. Volle Kontrolle über das Jordantal;
3. Isolierung Jerusalems vom Rest der West Bank; und
4. Beibehaltung fast aller Siedlungen und ihre Annexion bzw. Einverleibung in den israelischen Staat.

189 Moshe Dayan, in einem Interview vom 19.12.1975 in der israelischen Zeitschrift ‚Haaretz‘, zitiert in: Abu Al-Naml, Hussein, *Al-Daffah wal Qita‘ 1967-1978, bayna al-ilhaq wa damdsch* (Dtsch.: Die West Bank und der Gazastreifen 1967-1978, zwischen Abhängigkeit und Annexion), Hrsg. PLO-Research Center ‚Samed‘: Department of Studies, Beirut, 1978 (Arab.), S.225-230.

190 Vgl. Sina, Stephan: *Der völkerrechtliche Status ... a.a.O.*, S.147.

191 Hasan Ayoub: *Die Apartheidmauer – Ein Siedlungsprojekt ... a.a.O.* (siehe Anm. 85 dieses Abschnitts).

Dieses Memorandum wird in den nächsten Jahren der übereinstimmende politische Fahrplan Israels in Bezug auf die besetzten Gebiete werden. Dabei spielt die Siedlungsfrage die fundamentalste Rolle. In diesem Dokument erklärten die zwei Hauptparteien Israels, dass ein Rückzug hinter die Waffenstillstandslinie von 1949 ausgeschlossen sei und dass die meisten Siedlungen unter israelischer Hoheit verbleiben würden.

Die PA, das Ergebnis der Osloer Verträge und Vollstreckerin derer Bestimmungen, befindet sich in der prekären Lage, finanziell und politisch von den Geberländern (USA und EU) völlig abhängig zu sein. Sie erledigt nicht nur die schmutzige Arbeit der israelischen Besatzung gegen breite Teile ihres Volkes, sondern sie ist – aus Gründen der Selbsterhaltung – gezwungen, sinnlose und erniedrigende Verhandlungen mit einem ignoranten Gegner zu akzeptieren, selbst mit der jüngsten ultrarechten Regierung von Benyamin Netanyahu. Das gefährlichste an diesen Verhandlungen ist, dass bei anhaltendem solchen Verlauf der Gespräche sich die Geschichte der Teilung des Landes durch die UNO im Jahre 1947 zu wiederholen droht. Damals, als Großbritannien sich entschlossen hat, sein Mandat über Palästina zu beenden, bildeten die Juden Ende 1946 etwa 33% der Gesamtbevölkerung Palästinas (zum größten Teil Flüchtlinge, die laut Tabelle 1-1 nach 1933 ins Land kamen) dem palästinensisch-arabischen Rest gegenüber aus. Als die Organisation der Vereinten Nationen die Teilung des Landes entschied, wurde in gewisser Weise nach dem forcierten Prinzip umstrittener Territorien zugunsten einer *gemachten* Minderheit gehandelt. Was für *Mandatspalästina* damals galt, droht bei heutigen asymmetrischen Verhandlungen wieder zu gelten. Denn heute leben etwa eine halbe Million jüdische Siedler in der West Bank (inklusive Ostjerusalem) und stehen etwa 2,5 Millionen Palästinensern gegenüber. Und Israel betrachtet die West Bank nicht als *besetztes*, sondern als *umstrittenes* Territorium. Wir stehen nach diesen Gegebenheiten also vor der Gefahr einer Wiederholung der Geschichte – einer zweiten Nakba. In diesem Kontext ist es interessant zu erwähnen, dass wenn die Verhandlungen in dieser Weise weitergehen, Palästinenser und Juden bezüglich der Bodenbesitzverhältnissen vom Vorabend der UNO-Landteilung bald so gut wie die Rollen austauschen werden müssen. Rechnerisch ginge das wie folgt:

Im Jahre 1947 verfügten die Palästinenser über 23 Mio. Dunum, sprich etwa 94% ihres Heimatbodens. Die Juden konnten bis dato 1,5 Mio. Dunum Land (6%) erwerben. Heute spricht man von einem Palästinenserstaat, dessen Territorium etwa 22% der Fläche Mandat Palästinas ausmacht (WBGS). Aber nach dem asymmetrischen Verlauf der heutigen Verhandlungen zu urteilen, würden die Palästinenser nach israelischer Vorstellung (wie alle israelische Begleitpläne seit Oslo II dies zeigen) 40%, im besten Fall jedoch 60%, der besetzten Gebiete bekommen. In diesem Fall würde ein beschnittener Palästinenser Staat im besten Fall über 13%, im normalen Fall aber weniger als 10%, der ursprünglichen Landesfläche verfügen. Bei so einem Ergebnis würden die Palästinenser auch bodenrechtlich Fremde im eigenen Land sein.

Kapitel 3: Die israelische Mauer und weitere Mauern

3.1 Barriere gegen Terrorismus versus Barriere gegen Frieden

Im Jahre 2003, in der zweiten Amtsperiode des israelischen Premierministers Ariel Sharon, wurde mit dem Bau der (endgültigen) Variante der Mauer unter der Aufsicht der israelischen Armee begonnen. Diese Variante bezeichnet man auch als ‚Sharons wall‘.¹ Das regionale amorphe Monstrum schleicht sich wie eine Schlange und verschlingt dabei den Lebensraum der Palästinenser und trennt sie von ihrem Land, ihrem Wasser, ihren Schulen, ihren Krankenhäusern, ihren Wirtschaftszentren und von ihren Mitmenschen. Der von Israel als vorübergehende Sicherheitsmaßnahme propagierte Mauerstreifen² entpuppte sich bald als ein in Beton gegossenes permanentes Faktum. Er entwickelte sich wie erwartet Ende 2005 zum Faustpfand für Verhandlungen mit *wil-ligen* palästinensischen Partnern, die Israel jedoch nicht zu finden vermochte.

Der damals noch neue Premierminister Israels *Ehud Olmert*, drohte wie sein Vorgänger und Chef *Ariel Sharon* mit der unilateralen Grenzziehung durch Israel, falls bis Ende 2006 kein Partner auf palästinensischer Seite gefunden würde. Der Mauerstreifen, der alle größere israelische Siedlungsblöcke einschließlich des Gebietes westlich der Mauer, einverleibt³ (Karte 3-1), würde mit dieser Machtdemonstration Ehud Olmerts seinen propagierten provisorischen Charakter verlieren und genauso wie die israelischen Siedlungen in der West Bank zum *permanenten Provisorium* werden.

Das internationale Recht erhält dazu noch eine weitere Ohrfeige durch Israel. Als die ersten Vorschläge für den Bau der israelischen Barriere veröffentlicht wurden, war allen Beobachtern klar, dass aus der geplanten kolossalsten und kostspieligsten Baumaßnahme in der Geschichte des Staates⁴ in Wahrheit kein Sicherheitszaun entstehen wird, als den ihn die israelische Regierung bezeichnet. Es würde eine Baumaßnahme sein, genauso wie die oben beschriebenen israelischen Siedlungen, die eine weitere Grenzverschiebung in die besetzten Gebiete hinein mit sich brächte. Denn der geplante Mauerstreifen verläuft nicht, wie man folgerichtig erwarten könnte, auf und entlang der Waffenstillstandslinie von 1949. Und selbst wenn es so wäre, hätte die Besatzungsmacht Israel nicht das Recht auf eine unilaterale Grenzdefinition, indem es diese Waffenstillstandslinie als Grenze definiert, die juristisch jedoch keine ist. Auch von der Annahme ausgehend, dass diese Linie eine legitime Grenze und der Faktor ‚Sicherheit‘ eine nachvollziehbare Begründung dieser Baumaßnahme seien, so ist solch eine übertriebene und offensichtlich kontraproduktive israelische Reaktion auf palästinensische Gewalt (Palästinenser bezeichnen sie als einen *legitimen Widerstand* gegen die Besatzung) keineswegs nachvollziehbar.

Eigentlich hat Israel mit dem Bau der Mauer nichts Neues geleistet. Das gilt auch für dessen politische Begründung, denn seit der chinesischen Mauer werden derartige Baumaßnahmen damit gerechtfertigt, dass es immer *die Anderen* sind, die *barbarisch, unkultiviert* und *terroristisch* seien. Obwohl die israelische Barriere, global gesehen, kein neues Phänomen ist, lässt sich erahnen, dass es, wie es Max Frisch ausdrückte, nach einer *Krise* der Macht riecht, die alles besiegt hat, bloß *die Wahrheit* noch nicht.⁵ *Dennoch wurde kaum einer vergleichbaren Baumaßnahme so viel konzentrierte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit geschenkt, wie der Konstruktion der Mauer zwischen Israel und der West Bank. Bis auf wenige Ausnahmen variieren die Meinungen zwischen Skepsis und strikter Ablehnung diesem in Beton gegossenen Faktum gegenüber. Es gibt eine Reihe von Gründen für diese tendenzielle Ablehnung der Maueranlage seitens der Weltöffentlichkeit:*

1. Ein Grund ist allein schon der ungeheure Maßstab und die Natur der Baumaterialien der Mauer. Diese Maueranlage ist ein System von Mauersegmenten, die im Gesamtbild eine ununterbrochene 50-100 m breite hochsichere Trennungsanlage bildet, die quer durch die West Bank führt und eine geplante Gesamtlänge von voraussichtlich 723 km (ohne das Jerusalem-Gebiet)⁶ haben wird;

1 Z. B. Eyal Weizmann in seiner Analyse ‚Sharon’s wall’: the geometry of occupation’, September 2003, veröffentlicht in www.openDemocracy.net

2 Die Webseite der ‚Seam Zone Administration’: www.securityfence.mod.gov.il (hebräisch), in BtSelems Bericht Ground to a Halt – Denial of Palestinians’ Freedom of Movement in the West Bank, August 2007, online unter: www.btselem.org/Aug.2007_Ground_to_a_Halt_Restr.of.Movem..pdf.

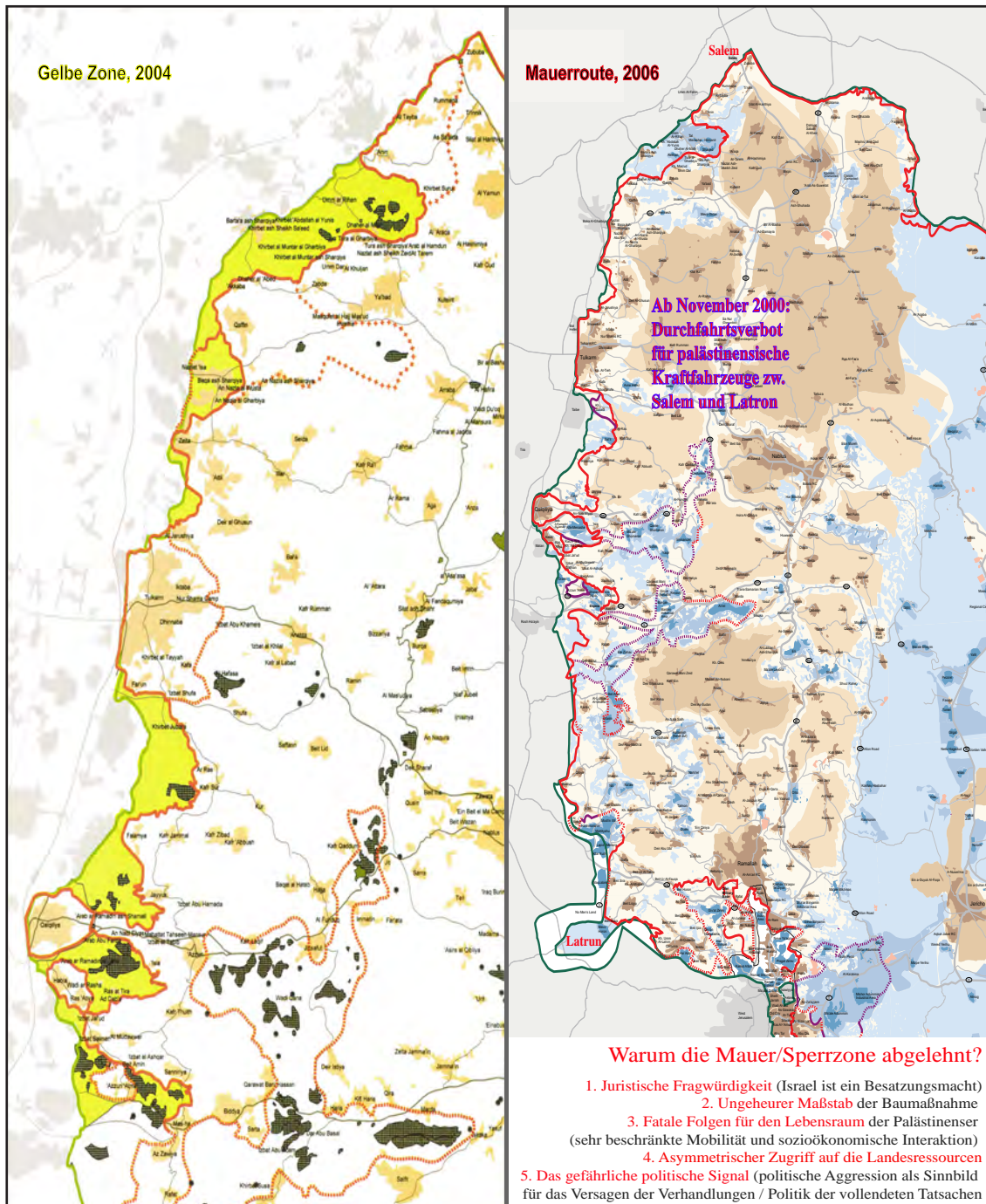
3 So genannte ‚Gelbe Zone’. Diese beträgt allein im Nördlichen Bauabschnitt etwa 9,6% der Gesamtfläche der West Bank.

4 Der Mauerstreifen soll 3 Milliarden US-Dollars kosten, Vgl. Weizmann, Eyal, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.161.

5 Vgl. Frisch, Max, *Die chinesische Mauer, eine Farce* (Version für Paris), Suhrkamp Verlag, 1972, S.11.

6 Bis Mai 2008 wurden bereits 409 Km (56,6%) gebaut und 66 Km (9,1 % der Anlage) befanden sich im Bau. Angaben aus: OCHA (United Nations Office for the coordination of humanitarian Affairs), Mai 2008, in www.btselem.org/english/seperation_barrier/statistics.asp.

2. Die Barriere macht das Leben der Menschen in Palästina gefährlich und sehr unwirtlich und ihren Lebensraum daher zu einer optimalen Keimzelle von Verzweiflung und Gegengewalt. Die Trennung, die durch die israelische Mauer verursacht wird, ist nicht nur physischer Natur: Die Mauer – nur ein Teil davon besteht aus einer gigantischen acht Meter hohen Stahlbetonmauer- ist ein Teil eines Trennungssystems, das jede Interaktion zwischen Palästinensern und Israelis durchdringt, ausgedrückt in den diskriminierenden Anordnungen beim Bodeneigentum, in der Zerstörung palästinensischer Infrastruktur in der Belagerung und Beschneidung der Mobilität und Bewegungsfreiheit und in der laufenden Bedrohung durch die bewaffnete und gefährliche Übermacht der israelischen Armee. Dazu kommt die permanente Mobilität und Veränderbarkeit all dieser Grenzformen zusammen;



Karte 3-1: Israelische Sperrzonen und Mauern im nördlichen Weste Jordanland, 2000 bis 2006.

3. Der Mauerstreifen bringt ein gefährliches politisches Signal zum Vorschein, dass hier, bedingt durch die geographischen Koordinaten und sinngemäß die Form der Mauer, eine unilaterale Grenzziehung seitens der Besatzungsmacht Israel vollzogen wird, die im Zuge einer Zwei-Staaten-Lösung noch Gegenstand von Verhandlungen ist;

4. Die Route des Mauerstreifens verläuft in einer Weise, die einerseits eine maximale Ausbeutung vitaler pa-

lästinensischer Ressourcen, Boden und Wasser, zugunsten israelischer Siedlungsstrukturen in der West Bank begünstigt und andererseits den Lebensraum der Palästinenser zerstört bzw. dermaßen zerstückelt, dass im Ergebnis unmöglich von einem zusammenhängenden palästinensischen Territorium gesprochen werden kann – ein politischer und territorialer Kontext, der schier zur Einschränkung der Bestrebungen der Palästinenser beisteuert, einen eigenen lebensfähigen Staat auf dem ihnen gebliebenen kleinen Landesteil aufzubauen;

5. Die Fragmentierung der Oberfläche der West Bank verursacht eine große Beeinträchtigung der Mobilität innerhalb der West Bank und folglich einen beinahe völligen Stillstand palästinensischen Wachstums; und

6. Selbst wenn die Mauer Israel die ersehnte Sicherheit darbieten mag, was sehr zweifelhaft ist⁷, markiert sie, wie viele andere Barrieren weltweit, deutlich ein Versagen der Politik und eine aggressive Unnachgiebigkeit der Politiker.

Das alles macht die Mauer in der Tat zu einer ‚*Barriere zum Frieden*‘ im Nahen Osten, und der Mauerstreifen, der in 35 Jahren (1967-2002) andauernder Besetzung und Transformation der West Bank Gestalt angenommen hat, erfüllte – obwohl noch nicht vollendet – bereits das Ziel seiner Schöpfer: er wurde zum schwierigsten Hindernis auf dem langen Weg zu einem Friedensabkommen mit den Palästinensern.⁸

3.1.1 Fortsetzung israelischer Befestigungsarchitektur

Im Kapitel 2 wurde das Phänomen der physischen Organisation des Raumes dargelegt, welche die Theorie und die Praxis der israelischen Besatzungsmacht in den besetzten arabischen Gebieten kennzeichnet. Das politische Kräftespiel in Israel hat seit seiner Gründung nie aufgehört, den Raum in seinem umfassenden Sinn zugunsten der Besiedlung Palästinas zu gestalten. Nach dem Juni-Krieg 1967 entstand wider das Völkerrecht⁹ Schritt für Schritt und nach Vorbild der militärischen Matrix Ariel Sharons in Sinai eine israelische *Siedlungsmatrix*¹⁰ zuerst aus so genannten Wehrdörfern auf besetztem arabischen Boden entlang der Waffenstillstandslinie von 1949. Diese Wehrsiedlungen wurden nicht nach dem Zufallsprinzip ausgesucht, sondern waren eine genau kalkulierte militärische Verortung strategischer Punkte, die einerseits den Boden als Kriegsbeute absichern sollten und andererseits einen dynamischen und ausdehnbaren architektonischen Kontext kreierten, der die Form und Funktion einer elastischen Grenze in sich trägt – als *permanentes Provisorium* bietet die neue „elastische Geographie“¹¹ eine physische und eine *quasi imaginäre* Staatsgrenze, die es für Israel nie gab.

Wie im Abschnitt 2.2.1 gezeigt wurde, fand der gescheiterte Plan Sharons in Sinai, der für ein *flexibles System der Verteidigung in strategischer Tiefe*‘ neben der *Bar-Lev-Linie* entlang des Suezkanals warb, in den Bergspitzen des Territoriums der West Bank die Orte und die Versuchsgebiete, in denen die militärischen Basen errichtet werden konnten, von denen aus die intensive (zivile) Kolonisierung der West Bank ausging.

In diesem Sinne verfolgte Israel seit seiner Gründung und in besonderem Maße seit 1967 eine Politik der ‚*substanziellen Grenzverschiebungen*‘, die trotz aller internationaler Kritik bis zum heutigen Tage andauert. Der israelische Staat ist heute vielleicht der einzige *demokratische*¹² Staat weltweit ohne international anerkannte Grenzen. Das ist ein hoch sensibler Umstand und blockierender Aspekt bei den Friedensverhandlungen, insbesondere da von der palästinensischen Verhandlungspartei(en) die Anerkennung Israels als Vorbedingung für den Beginn mit Verhandlungen verlangt wird. Spontan stellen die Opponenten dieser israelischen Haltung die berechnete Frage: welches ‚Israel‘ soll denn anerkannt werden, wenn mit jeder neuen Grenzdefinierung bzw. jeder neuen Grenzverschiebung von Israel neue vollendete Tatsachen geschaffen werden? Der Besatzungsmacht Israel geht es hauptsächlich um die Produktion von eigenem jüdischem Raum anstelle des palästinensisch-arabischen Raumes, den sie zwischen 1948 und 1967 eroberte und immer noch militärisch besetzt hält und kontrolliert.

Um den uralten zionistischen Traum, nämlich ‚*die Festigung der israelischen Präsenz in der West Bank*‘, zu

7 Die Mehrheit der palästinensischen Selbstmordattentäter wird nicht ins Land hineingeschuggelt, sondern sie reisen, ganz normal, durch die offiziellen israelischen Kontrollpunkte nach Israel ein.

8 Gideon Levy: *The lowest Point of Israel*, in Segal/Weizman: *A Civilian Occupation ... a.a.O.*, S.170.

9 Über den rechtlichen Status der israelischen Siedlungen und die israelische Mauer in der West Bank, siehe unter ‚internationalem Recht‘ in diesem Abschnitt, sowie Abschnitt 4.9 dieser Arbeit

10 Dieser Begriff stammt vom israelischen Anthropologen Jeff Halper, Mitbegründer der Israeli Committee Against House Demolitions (ICAHD).

11 Der Begriff „elastische Geographie“ stammt vom israelischen Architekten Eyal Weizmann.

12 Für den israelischen Historiker Tom Segev ist Israel eine „ethnische Demokratie“, also eine Demokratie nur für seine jüdische Bürger.

verwirklichen, begannen die israelischen Regierungen seit 1967 einen Siedlungsprozess in der West Bank (und im Gazastreifen), der den arabischen Raum Stück für Stück in einen *jüdischen* Raum transformierte und dessen Landkarte radikal manipulierte. Landkarten, ganz im Sinne der Tradition kolonialer Mächte, spielen in Israel immer eine fundamentale Rolle im Umgang mit dem erbeuteten palästinensischen Land. Denn Landkarten als Instrument zum sichern von Gebietsansprüchen werden ständig durch die Besatzungsmacht Israel ergänzt bzw. regeneriert. Sie sind somit ein mächtiges Instrument der immer wieder neuen unverbindlichen Grenzdefinierung.

Die israelische ‚Mauer‘, ‚Zaun‘ oder ‚Barriere‘, jetzt seit etwa 10 Jahren unter Konstruktion, wird die meisten Israelis von den meisten Palästinensern in der West Bank trennen. Sie wird von Israel als eine *defensive* und *schützende* Struktur und Maßnahme präsentiert, die zwei Völkern erlauben soll, in Frieden zu leben. Aber sie ist auch eine gebaute Expression einer Strategie der *politischen und taktischen Vorherrschaft*.¹³

Laut den Aussagen der israelischen Politik basierte die offizielle Argumentation für den Mauerbau von Anfang an auf zwei Aspekte,¹⁴ nämlich

1. dass die Trennungsmauer *keine politische (Grenze)* sei, sondern eine *dringende Schutzmaßnahme*, die die israelische Bevölkerung vor palästinensischen Terroranschlägen beschützen soll; und
2. dass, diese Mauer eine *provisorische Schutzeinrichtung* sei, die beseitigt werden sollte, so bald die Motive ihrer Errichtung nicht mehr gegeben seien.

Dass der zweite Aspekt eine große politische Lüge war, braucht hier anhand der heutigen Fakten – diese bezeugen, dass die Mauer, genauso wie die Siedlungen, ein *permanentes Provisorium* geworden ist – nicht genauer erläutert werden. Aber, stimmt es wirklich, dass die Mauer, überhaupt, eine Schutzeinrichtung ist? Und wenn ja, braucht die regionale Supermacht Israel diesen Schutz wirklich? Oder ist diese Trennung nicht eher eine *politische* (Bau)Maßnahme, die von Israel *gewollt* ist und folglich völlig andere Beweggründe hat?

Geschichte im Allgemeinen ist immer ein *Konstrukt*, die israelische Mauer – seine Geschichte befindet sich noch im Entstehungsprozess – ist dagegen ein existenter und direkt beobachtbarer Sachverhalt, der keine Indikatoren braucht, um seine spürbare Auswirkung und Aktualität im sozialpolitischen Dasein der Palästinenser zu prüfen. Jedoch ist ihre übergreifende Entstehungsgeschichte im Kontext ihrer offiziellen Begründung insofern ein Konstrukt, dass es viel mehr Indizien für die Existenz anderer Gründe für ihre Konstruktion, als die propagierte offizielle israelische Begründung vorzugeben versucht. Die obigen Fragestellungen sind deswegen berechtigt, da der Mauerbau nur im Kontext einer komplexen Konstellation von Rahmenbedingungen möglich wurde. Entsprechend darf das Objekt ‚Mauer‘ nicht mit einfachen Schwarz-Weiß-Denkmustern auf den Sicherheitsaspekt reduziert werden, so wichtig dieser auch ist. *Sicherheit* ist gewiss ein wichtiger Aspekt, aber viel mehr müssen die tatsächlichen Gründe zum Bau der Mauer durch die Analyse einer Synthese aus lokalen und internationalen politischen Motiven, der das Terrain unterworfen ist, untersucht werden. Der wichtigste und fundamentalste Bestandteil dieser Synthese hat unmittelbar mit dem Kontext der israelischen Siedlungen in der West Bank zu tun, nämlich die unbestreitbare Tatsache, dass die israelische Barriere offensichtlich nur den israelischen ‚Fakten‘ auf und im Boden in der West Bank Rechnung trägt. Genau dieser Aspekt veranlasste den Internationalen Gerichtshof in seinem Urteil über die israelische Mauer am 09. Juli 2004, die israelische Begründung für diese Baumaßnahme – nämlich der Schutz israelischer Städte vor palästinensischen Angriffen – zurückzuweisen und diese samt den israelischen Siedlungen in den palästinensischen besetzten Gebieten für einen Verstoß gegen das Völkerrecht zu erklären.¹⁵ Die Mauer ignoriert zugleich alle anderen greifbaren historischen und demographischen Gegebenheiten der *anderen* Seite und schottet sie buchstäblich ab. Allein das Faktum, dass die Route dieser Mauer tief durch die West Bank – und nicht entlang der Grünen Linie von 1949 – verläuft, müsste den Verdacht auf andere Absichten hinter dem Mauerbau erwecken bzw. den Beobachter wenigstens in Bezug auf die israelische Argumentation für den Bau der Mauer dazu anregen, sich kritisch damit zu befassen.

13 Weizman, Eyal: Sharon's Wall: the geometry of occupation - Introduction, in open Democracy, September 2003, Online unter : <http://www.opendemocracy.net/content/articles/PDF/1475.pdf>.

14 Vgl. auch Bushs Letters of Assurances, wie Bush die Mauer nach Angaben von Ariel Sharon verstand (Anhang IX/ 10).

15 Gutachten des Internationalen Gerichtshofes über die Rechtsfolgen des Baus einer Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, Vgl. Abschnitt 3.8 dieser Arbeit.

Eine Untersuchung über die versteckten Gründe für den Bau der israelischen Barriere muss aufgrund der Komplexität des Konflikts einige Aspekte berücksichtigen, aus denen man eine Vielzahl von Indizien ablesen kann, die diese Baumaßnahme in einem anderen Licht erscheinen lassen. Die wichtigsten dieser Aspekte sind:

1. Die Tatsache, dass die Idee der Trennung von Israelis und Palästinensern in der israelischen Politik keine neue Idee ist;
2. Der internationale politische Kontext nach dem 11. September 2001;
3. Der demographische Aspekt, der anhand der hohen Geburtenrate auf der arabischen Seite die israelischen Politiker seit langer Zeit beunruhigt;
4. Der politische Aspekt, der sich darin zeigt, dass Israel seit 1948 die Umsetzung des UNO-Teilungsplans von 1947 in Bezug auf den arabischen Teil zu verhindern versuchte. Das regt zu der Frage an, ob Israel, das sich immer weigerte, Grenzen zu den Nachbarn zu definieren und stattdessen Frontiers bevorzugte, jetzt bereit ist dies zu tun. Und noch paradoxer in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass ausgerechnet der Siedlungspatron Ariel Sharon – der General, der die militärische Strenge Israels personifizierte und nie die fixen Positionen akzeptierte – eine Baumaßnahme nach anfänglicher strikter Ablehnung entscheiden und argumentieren sollte, die das Heilige Land teilen wird. Eine berechnete Frage wäre, warum gerade der Hardliner Sharon diese Baumaßnahme in Schutz nimmt?
5. Der Kontext der israelischen Kolonisierung der West Bank (Siedlungskontext); natürlich spielt die zentrale Figur Ariel Sharon in diesem Kontext wieder eine wichtige Rolle; und
6. Ressourcen – Boden und Wasser.

Im Folgenden soll versucht werden, die israelische Mauer mit Berücksichtigung all dieser Aspekte zusammen zu betrachten.

3.2 Segregative Tendenzen der zionistischen Ideologie

Bevor man die oben genannten Aspekte studieren kann, ist es sinnvoll eine gewisse Hierarchie in der Behandlung dieser Aspekte zu schaffen, etwa so als wäre das *Thema* ‚Mauer‘ eine Großstadt, deren geschichtlichen und kulturpolitischen Verlauf im internationalen Kontext zu allererst studiert werden soll, um deren Grundstrukturen im nationalen bzw. regionalen Kontext verstehen zu können. Diese Annahme bezieht ihre Legitimität zuerst aus den monströsen Maßstäben der Maueranlage und daraus, dass sie wie kaum ein anderes Bauwerk für politisches Aufsehen gesorgt hat.

Der große Maßstab der Maueranlage ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schlüssel zu vielen offenen Fragen. Doch hier drängt eine Frage mehr als alle anderen, nämlich die Frage, wie es Israel möglich war und ist, wiederholt Baumaßnahmen in den besetzten arabischen Gebieten politisch durchzusetzen, die die Regeln des so genannten internationalen sowie des humanitären Rechts fundamental widersprechen? Anders formuliert kann die Frage lauten: wie sollte die israelische Maueranlage im internationalen (politischen) Kontext verortet werden?

An dieser Stelle ist es hilfreich, ganz genau zu betrachten, unter welchen weltpolitischen Umständen der Bau dieser offensichtlich international umstrittenen Mauer überhaupt möglich wurde. Wie in den *Kapiteln 2 und 3* ausführlich beschrieben wurde, agieren die Zionisten bzw. Israel wie kaum eine andere politische Gruppe immer im Bewusstsein der eigenen militärischen Stärke gegenüber ihren Opponenten, den Arabern allgemein, und im Wissen darüber, was man unter einem günstigen globalen politischen Kontext versteht, der ihnen eine beinahe bedingungslose Unterstützung des Westens, insbesondere der USA, garantiert – Macht und Wissen, den altbekannten Themen des englischen Philosophen und Staatsmanns *Francis Bacon*, der insofern den britischen Kolonialismus maßgeblich beeinflusst hat, dass sein Spruch *„wisdom is power“* die Kolonialmächte inspirierte, sich gegenüber den kolonisierten Völkern nicht nur überlegen zu fühlen. Er prophezeite ihnen sogar eine Art moralische Autorität, in den unterentwickelten Kolonien das Land und seine dort lebenden Bewohner im Namen der Zivilisation auszubeuten.

Auch hier muss man einen kurzen aber gezielten Rückblick in die Geschichte unternehmen, denn, wie es der

israelische Historiker *Ilan Pappé* ausdrückte, eine schmerzliche Reise in die Vergangenheit ist manchmal der einzige Weg, um nach vorn weiter zu kommen. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts rechtfertigte der einflussreiche und ‚gebildete‘ *James Arthur Balfour* in einer Rede im Unterhaus am 13. Juni 1910, eine weitere britische Präsenz in Ägypten im Kontext des wachsenden ägyptischen Nationalismus mit den gleichen Worten Bacons: ‚*wisdom is power*‘. Für Balfour ist Überlegenheit mit dem ‚britischen‘ Wissen über Ägypten assoziiert und nicht zunächst mit militärischer oder wirtschaftlicher Macht. Er verstand *Kenntnis* als den Überblick über eine Zivilisation, ihre Anfänge, Blütezeit und Untergang. Diese Kenntnis über ein *Objekt* (in diesem Fall Ägypten) zu besitzen heißt für ihn, es zu dominieren bzw. eine Autorität auszuüben, bei der er nicht nur dem kolonisierten Volk die Autonomie verweigert. *Balfour* nimmt sich darüber hinaus die Freiheit, auch den Untergang der inzwischen unterlegenen Zivilisation herbeizuführen. Natürlich empfindet er dabei, ausgehend von seinem Überlegenheitsgefühl, dass die englische Okkupation Ägyptens eine gute Sache sei – für die Ägypter, für England und für den ganzen *zivilisierten* Westen. Er denkt dabei nicht daran, die Ägypter, auf welche Weise auch immer, für sich selbst sprechen zu lassen.¹⁶ *Balfour* war der engagierte britische Staatsmann und Kabinettsmitglied, der sich für die zionistische Idee der Erschaffung einer nationalen Heimstätte für Juden in Palästina einsetzte. Dabei verwendete er das gleiche doktrinär rassistische Denken den Unterlegenen (Arabern) gegenüber, um das britische koloniale Projekt im Nahen Osten zu forcieren. In einem Memorandum vom August 1919 brachte Balfour die Absichten Großbritanniens in Bezug auf die versprochene Unabhängigkeit der Araber, insbesondere in Palästina, deutlich zum Ausdruck. Die versprochene Unabhängigkeit der Araber sei, so *Balfour*, im Falle eines Zustandekommens empörend; sie wäre allerdings noch beunruhigender „im Falle eines unabhängigen palästinensischen Staates. Denn [die Mächte] haben nicht vor, auf die Wünsche der sich dort befindlichen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen [...] Die vier Großmächte haben sich auf den Zionismus festgelegt [...] Der Zionismus wurzelt in Jahrhundertealter Tradition; er entspricht gegenwärtigen Bedürfnissen und auf die Zukunft gerichteten Hoffnungen, die wesentlich ernster zu nehmen und bedeutender sind als die krausen Wunschvorstellungen und Vorurteile der 700.000 Araber, die zu diesem Zeitpunkt das klassische Land bewohnen“.¹⁷

Zweifelsohne ist das zionistische Projekt ein Erbe des englischen Mandats und folglich dessen politische Aspiration im Nahen Osten. Im Wesentlichen unterscheidet sich die zionistische Idee in Bezug auf Kolonisierung, Beherrschung und Ausbeutung der ‚Unterlegenen‘ nur wenig vom europäischen Kolonialismus des 19. Jahrhunderts. Und doch existieren *zwei* signifikante, aber zusammenhängende, Unterschiede zwischen beiden Projekten:

1. Während man beim europäischen Kolonialismus des 19. Jahrhunderts überwiegend von der Ausbeutung der Ressourcen kolonisierter Länder in Afrika und Asien spricht, war und ist das zionistische Projekt ein *Akt des Siedlungskolonialismus*, der das Land ohne seine dort lebende Bevölkerung für sich beansprucht und ausbeuten will. Dieses Projekt ist im Wesentlichen vergleichbar mit den Siedlungsprojekten in Nordamerika, in Australien und in Südafrika. Allerdings sollte man hier den territorialen Unterschied beachten, insbesondere da das Land Palästina im Vergleich zu den anderen genannten Beispielen unverhältnismäßig klein ist. Eine koloniale Verdrängung (wie in Nordamerika und Australien) innerhalb des kleinen Landes war gleichbedeutend mit einer Vertreibung von mehr als die Hälfte seiner einheimischen Bewohner aus dem Land und einer forcierten demographischen Umschichtung der ethnischen Gruppen im Land (vergleichbar mit Südafrika);
2. Der zweite Unterschied ist die Tatsache, dass das zionistische Projekt von Anfang an, in allen Entwicklungsphasen und entgegen den Bestimmungen der UNO-Teilungsresolution 181 (II) von 1947 systematisch auf *Absonderung* allen Nichtjüdischen setzte.¹⁸ So war und ist ‚Separation‘ ein bestimmender Stützpfeiler der zionistischen Idee. Diese Idee der Trennung fand bereits in den ersten Gedanken Theodor Herzls ihren Anfang und gipfelte in der Entwicklung der zionistischen Idee vom so genannten politischen (praktischen) Zionismus Theodor Herzls zum ‚zionistischen Revisionismus‘ *Vladimir (Ze’ev) Jabotinskys*¹⁹ zu Beginn der

16 Siehe der Text zur Rede von James Arthor Balfour in Said, Edward: *Orientalismus... a.a.O.*, S.40-43.

17 Zitiert nach Christopher Sykes: *Crossroads to Israel, 1917-1948*. Bloomington: Indiana University Press, 1973, p. 5, in: Said, Edward, *Zionismus und palästinensische ... a.a.O.*, S.30-31. Siehe auch Abu Sitta, Salman, *Atlas of Palestine... a.a.O.*, S.1.

18 Die UNO-Teilungsresolution 181 (II) sah einen arabischen und einen jüdischen (demokratischen) Staat auf dem Territorium von Mandat Palästina vor, jedoch ohne die bürgerlichen und politischen Rechte der Minderheiten in beiden Staaten zu verletzen. Der ausführliche Resolutionstext beschreibt diesen Teilungsakt und versichert diese Rechte in (RES/181 (II), B/ Teil I, Punkt 9) sowie in (RES/181 (II), C/ Kapitel 2, Punkt 1 und 2). Vorher wird im Teil C/ Punkt 2 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zwischen den Einwohnern (im jeweiligen Staat) keinerlei Unterschied aufgrund der Rasse, der Religion, der Sprache oder des Geschlechts gemacht werden soll. Vgl. Anhang VII/1 dieser Arbeit.

19 Jabotinsky, Vladimir (Ze’ev): ein aus Odessa/ Russland stammender Jude, der sich 1903 wegen der Angriffe gegen Juden im Kontext der Judenverfolgung im kaiserlichen Russland (Pogrome von 1881) für die zionistische Idee zu engagieren begann. Er wanderte nach Palästina aus und organisierte dort 1920 die Hagana, jene jüdische bewaffnete Truppe, die den palästinensischen Widerstand gegen die jüdische Kolonisation brechen sollte. Nach dem Ende des Osmanischen Reichs, das Palästina bis 1918 beherrscht hatte, forderte Jabotinsky von einer von den britischen Nachlassverwaltern eingesetzten Kommission die Gründung eines jüdischen Staates auf beiden Ufern des Jordan.

1920er Jahren, der die Rahmenbedingungen für die heutige Trennung zwischen Israelis und Palästinensern skizzierte. Dass dies heute noch der Fall ist, zeigt der Bau der israelischen Barriere quer durch das Westjordanland.

3.2.1 Die Wurzeln der zionistischen Segregationsgedanken

Ze'ev Jabotinsky und seine ‚eiserne Mauer‘

Leben und Wirken von Theodor Herzl sind zweifelsohne sehr nachhaltig und entsprechend der Natur seines Lebenswerks äußerst umstritten. Für die eine Seite war er ein mythischer Nationalheld, ein moderner Moses und Genie. Für die andere Seite war er ein großenwahnsinniger Rassist, der den Weg für das komplexeste und das am längst anhaltende politische Problem der Gegenwart bereitete. Für diese Arbeit scheint jedoch ein Gedanke Theodor Herzls zu fundamental und interessant zu sein, um an ihm unkritisch vorbei zu gehen. Das war Herzls Vorstellung vom Judenstaat als ein „Stück des Walles gegen Asien“ und als ein „Vorposten der Kultur gegen die Barbarei“.²⁰ Mit diesem Gedanken skizzierte Herzl einen klaren Umriss vom Staatscharakter, den er zu gründen gedachte, sprich einen Staat, der abgesondert und kulturell abgehoben von seinem fremden Kontext sein sollte. Er sprach Klartext, herablassend und widersprüchlich über seine künftigen Nachbarn – und vor allem auch über (kulturelle) Mauern, die seine zivilisierte Gattung von den anderen Barbaren trennen sollten. Herzl entfachte allein mit diesem einen Gedanken eine separatistische Denkweise, die bei den Zionisten und später in Israel nie aufhörte zu existieren. Ganz gleich, ob dies von Herzl beabsichtigt war oder nicht, genau dieser Gedanke war der Motor einer weiteren Entwicklung in der zionistischen Ideologie, die sich etwa zwei Jahrzehnte nach Herzls Tod mit der Gründung des radikalen *zionistischen Revisionismus* zuspitzte und, dessen Ideen sich ironischer Weise ausgerechnet gegen den *praktischen Zionismus* von Herzl selbst richteten. Der *zionistische Revisionismus* ist eine Nebenerscheinung von Herzls politischen (praktischen) Zionismus, die durch die Ideen von *Vladimir (Ze'ev) Jabotinsky* argumentiert wird, der im Jahre 1923 einen berühmten Artikel in der russischen Zeitschrift ‚*Rassvyet*‘ veröffentlichte, welcher bald großes Aufsehen erregen sollte und Jabotinsky selbst zum erbitterten Gegner der so genannten praktischen Zionisten um Chaim Weizmann machte. Der Artikel trug den aussagekräftigen Titel: ‚*Die eiserne Mauer – Wir und die Araber*‘.²¹

Jabotinsky machte sich über das Verhältnis mit den Arabern die wenigsten Illusionen. Anders als Herzl und seine Anhänger plauderte Jabotinsky nicht, Palästina sei ein Land ohne Menschen. In seinem Artikel machte er klar, dass diese präsent sind und, dass sie für das zionistische Projekte eine große Hürde sind und weiterhin sein würden. Er revidierte die bis dahin unter vielen jüdischen Einwanderern vertretene und von der britischen Mandatsmacht propagierte These, wonach die in Palästina lebenden Araber durch die Wohltaten der jüdischen Einwanderung eines Tages der Gründung eines Judenstaates zustimmen würden.²² Jabotinsky war der Meinung, dass die Geschichte der jüdischen Immigration nicht so harmonisch ablaufen werden würde. Er setzte sich in diesem Artikel mit der Haltung der Araber gegenüber einer möglichen jüdischen Kolonisierung Palästinas auseinander: „Jedes eingeborene Volk – sei es nun zivilisiert oder wild – erachtet sein Land als nationale Heimat“ und die Araber würden nicht für einige kulturelle und finanzielle Gewinne ihr *Geburtsrecht* auf Palästina aufgeben, denn „sie schauen auf Palästina mit derselben instinktiven Liebe und dem selben Eifer, mit dem jeder Azteke auf sein Mexiko und jeder Sioux auf seine Prärie blickte“.²³ Folglich würden die arabischen Nationalisten sich dauerhaft dazu verpflichten, sich der Errichtung eines jüdischen Staates zu widersetzen. Das sei, was die Araber in Palästina jetzt tun und weiter tun würden, „solange es eine winzig kleine Hoffnung gibt, dass sie in der Lage sein werden, die Transformation von ‚Palästina‘ in das ‚Land von Israel‘ zu verhindern“. Dann kommt Jabotinsky zu seiner Hauptthese – der Notwendigkeit, zwischen Juden und Arabern eine „eiserne Mauer“ zu errichten:

„Die zionistische Kolonisation, sei sie auch noch so eingeschränkt, muss entweder eingestellt oder unter Mißachtung des Willens der einheimischen Bevölkerung fortgeführt werden. Kolonisierung an sich hat seine eigene unbestreitbare Erklärung, die von jedem Araber und jedem Juden verstanden wird. Für die palästinensischen Araber ist dieses Ziel unzulässig [] Das liegt in der Natur der Sache. Diese Natur zu ändern ist unmöglich. Sie kann daher nur unter dem Schutz einer von der einheimischen Bevölkerung unabhängigen Macht fortgesetzt und entwickelt werden,– einer eisernen Mauer, die von der eingeborenen

20 Siehe Abschnitt 1.4.6 dieser Arbeit.

21 Jabotinsky, Vladimir (Ze'ev): *The Iron Wall - We and the Arabs*, (Originalartikel veröffentlicht in russischer Sprache 04. Nov.1923 in der russischen Zeitschrift *Rassvyet*), am 26. November 1937 in englischer Sprache in der *Jewish Herald* (Südafrika) veröffentlicht. Artikel lesbar in: <http://www.saveisrael.com/jabo/jabowall.html>, sowie in <http://www.marxists.de/middleeast/ironwall/ironwall.htm>.

22 Über das Misstrauen der Araber gegenüber dem Zionismus und die Versuche Chaim Weizmanns, die Opposition der Araber zum Zionismus zu neutralisieren, siehe Kenneth w. Stein: *The Land Question of Palestine ... a.a.O.*, 1984, S.36-37.

23 Jabotinsky, Vladimir (Ze'ev): *The Iron Wall ...a.a.O.*

Bevölkerung nicht durchbrochen werden kann.“²⁴

Damit setzte sich *Jabotinsky* in scharfen Gegensatz zu *Chaim Weizmann*, dem Präsidenten des ‚Zionistischen Weltkongresses‘ und späteren Gründungspräsidenten des Staates Israel. *Weizmann* versuchte, durch Verhandlungen mit den Arabern dem Ziel der Gründung eines jüdischen Staates näher zu kommen und wurde deshalb in den eigenen Reihen heftig kritisiert.²⁵

Etwas später (1925) gründete *Jabotinsky* die ‚Allianz zionistischer Revisionisten‘, die eine ‚Revision‘ der Prinzipien des bisherigen (praktischen) Zionismus Theodor Herzls forderte. Das Hauptziel der Bewegung war, der moderaten Politik *Chaim Weizmanns* gegenüber der britischen Mandatsmacht ein Ende zu setzen. Denn die großisraelitisch orientierten Revisionisten beriefen sich auf die ursprünglichen Ziele der Juden (im talmudisch-geschichtlichen Sinne) und lehnten jegliche Kompromisse mit den Arabern in der Frage der jüdischen Besiedlung Palästinas und der Gründung eines Judenstaates ab. Die erklärten Ziele der zionistischen Revisionisten bzw. die Tragsäulen ihrer Ideologie kann man in folgenden Punkten zusammenfassen²⁶:

1. Einen unnachgiebigen Druck auf Großbritannien auszuüben, um einen jüdischen Staat auf *beiden Seiten* des ‚Jordans‘ zu errichten, also auch dem Gebiet des heutigen Königreichs Jordanien;
2. Die Schaffung einer jüdischen Mehrheit in Palästina;
3. Eine energischere Politik gegen Großbritannien;
4. Die Wiederherstellung des jüdischen Regiments (aus dem ersten Weltkrieg); und
5. Militärische Ausbildung für jüdische Jugend.

Der Kern der Strategie *Jabotinskys* war, der zionistischen Bewegung zu ermöglichen, mit ihren lokalen Opponenten (den Arabern) aus einer unangreifbaren Position der Stärke heraus zu handeln. Die ‚eiserne Mauer‘ war für *Jabotinsky* kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Ziel, das in zwei Phasen erreicht werden sollte:

1. Die ‚eiserne Mauer‘ wurde gedacht, um die Araber zu zwingen, jede Hoffnung auf Zerstörung des Judenstaates aufzugeben; und
2. es sollte eine zweite Phase folgen, in der – aus der Position der Stärke hinaus – Verhandlungen mit den Arabern geführt werden, um über den Status und die nationalen Rechte der Juden in Palästina zu sprechen.

Mit anderen Worten: jüdische militärische Stärke und eine jüdische demographische Mehrheit sollten den Weg für ein politisches Abkommen mit der palästinensischen Nationalbewegung ebnen, die ein Anspruch auf das ganze Land legte. Die Ideen *Jabotinskys* fanden bereits in den 1920er Jahre unter dem jüdischen Jugend große Resonanz und er wurde zum geistigen Vater der zionistischen Rechte bzw. der militanten Schule, aus der die Führer aller jüdischen Terrororganisationen der 1930er und 1940er Jahre wie *Menachem Begin*, *Jizchak Schamir* und später alle Funktionären der radikalen Likud-Partei, insbesondere Ariel Sharon hervorgetreten sind.

Der Erfolg der Ideen *Jabotinskys* lag nicht nur daran, dass viele seiner Prophezeiungen nicht abwegig waren bzw. zunächst in der raschen Entwicklung Israels zur stärksten Militärmacht in der Region deutlich wurden. Sein eigentlicher Erfolg war die Tatsache, dass alle israelischen Politiker seit David Ben-Gurion – ganz gleich welcher politischer Partei sie angehörten – seine politische Linie der militärischen Strenge und Kompromisslosigkeit gegenüber den Arabern folgten und umsetzen. Die Geschichte des israelischen Staates ist eigentlich eine *de facto* fortwährende „Rechtfertigung der Strategie der eisernen Mauer“.²⁷ Die Araber – zuerst die Ägypter, dann die Palästinenser und schließlich die Jordanier – mussten an eigener Haut erfahren, dass Israel auf dem Schlachtfeld nicht besiegt werden kann und waren gezwungen, aus dieser offensichtlich schwachen Position hinaus, mit Israel zu verhandeln. Das Osloer Abkommen zwischen Israel und der PLO war ein bedeutender Wendepunkt im hundertjährigen Kampf um Palästina, denn es markierte den Übergang von der ersten Phase in die zweite Phase

²⁴ Ebenda.

²⁵ Chaim Weizmann stand in engem Kontakt zum Scherif von Mekka und seinem Sohn Emir Faisal bin Hussein bin Ali, mit dem ihn seit dem Versailler Friedenskonferenz 1919 eine enge Freundschaft verband.

²⁶ Informationen aus Israel Ministry of Foreign Affairs, online unter: <http://www.mfa.gov.il/MFA/History/Modern+History/Centenary+of+Zionism/Zionist+Philosophies.htm#revis>.

²⁷ Diese Aussage stellt die Kernthese Avi Shlaims Buch: *The Iron Wall: Israel and the Arab World*, Penguin Press, London, 2001 dar. Siehe auch Avi Shlaims Artikel vom 08.05.2008: Israel at 60: the iron wall revisited, veröffentlicht in Open Democracy, online unter: http://www.opendemocracy.net/article/israel_at_60_the_iron_wall-revisited.

der ‚iron-wall-Strategie‘, den Wechsel von der Phase der Abschreckung in die Phase von Verhandlungen und Kompromissen – und meistens begleitet von unilateralen Handlungen, spricht vom Akt-und-Fakt-Mechanismus der stärkeren Seite.

Bei der Unterschreibung des *Oslo II-Abkommens* haben Israel und die PLO sich gegenseitig anerkannt und waren damit einverstanden, ihre ausstehenden Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Die schwache Position des palästinensischen Verhandlungspartners wurde in diesem Zusammenhang darin offensichtlich, dass bei diesen Friedensgesprächen in keiner Weise von wirklicher Partnerschaft die Rede war, denn Israel bestimmte nicht nur wer die Palästinenser vertreten durfte, sondern es war darüber hinaus bestenfalls dazu bereit, die PLO als die legitime Vertreterin der Palästinenser, keineswegs aber das klare Recht der Palästinenser auf Staatlichkeit anzuerkennen. Auf der anderen Seite hat die PLO Israel, als Staat, der arabisches Land immer noch militärisch besetzt, voll anerkannt und ohne angemessene Gegenleistung legitimiert. Von Anfang an „ein Irrläufer und verfälscht dargestellt“²⁸, trug dieses *Diktat-Abkommen* seinen Todessamen in sich, denn die Unterdrückung von Seiten Israels stand auch in den Zeilen seiner erniedrigenden Bestimmungen, die dazu führen mussten, dass das Abkommen bald in seine Endphase treten wird. Naiverweise glaubte die schwache palästinensische Führung, dass sie als Gegenleistung für den Verzicht auf 78% der Fläche ihre historischen Heimatlandes ‚Palästina‘ stufenweise einen unabhängigen Palästinenserstaat erhalten würden, der sich auf dem Gebiet der heutigen West Bank und des Gazastreifens erstrecken werde, mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Seit ihrem historischen Kompromissangebot vor etwa zwei Jahrzehnten, erleben die Palästinenser eine bittere Enttäuschung nach der anderen von einem Gegner, der immer wieder bewiesen hat, dass er – eben weil er die Machtmittel besitzt – an einen *gerechten* Frieden gar nicht interessiert ist. So akzeptierte die PLO die Osloer Prinzipienklärung in der Annahme, dass eine palästinensische Autonomie *irgendwie* zur Unabhängigkeit führen werde, wenn nur genügend rhetorische Aussagen über einen unabhängigen Palästinenserstaat gemacht würden; aber als es dann darum ging, die Einzelheiten auszuhandeln, konnten die Palästinenser weder Landkarten noch genaue Einzelheiten präsentieren. Die Israelis haben die Pläne, das Territorium, die Landkarten, die Siedlungen, die Straßen und dazu noch die militärische Macht; die Palästinenser haben den *Wunsch* nach Autonomie und Rückzug der Israelis, ohne Details und ohne die Macht, irgendetwas Großartiges zu verändern. Dieser Mangel an „Disziplin des Details“²⁹ wurde den Araber in diesem Konflikt immer wieder zum Verhängnis. In Oslo hat man einen *virtuellen* Palästinenserstaat gegründet, ähnlich wie Theodor Herzls Judenstaat, aber im Gegensatz zum Theodor Herzl hatten die palästinensischen Verhandlungspartner nie einen „Plan“, den sie präsentieren könnten.

Jabotinskys Erben

Die israelische ‚eiserne Mauer‘ aus Panzern, Jagdbombern und atomaren Abschreckungswaffen, schuf auch eine politische und soziale Mauer zwischen beiden Konfliktparteien, die jegliche Dialogschancen aussperrte. Doch selbst der politische Realist *Jabotinsky* hatte wohl nicht erwartet, dass einer seiner ideologischen Schüler, Ariel Sharon, genau achtzig Jahre nach der Veröffentlichung seines Artikels, Juden und Araber tatsächlich durch einen militärisch bewachten Mauerstreifen trennen lassen würde. ‚Separation‘ ist also eine alt-neue glühende Idee, eine Phönix der zionistischen Mythologie, der immer wieder geboren wird und neue Formen – dieses Mal eine physische. Gestalt – annimmt.

Ze'ev Jabotinskys Erben haben zu jeder Zeit in der jungen Geschichte des israelischen Staates separatistische Denkmuster in der Planung und in Umgang mit ihren Nachbarräumen skizziert und umgesetzt. Und die Separationsversuche von Seiten der israelischen Politik haben zu keiner Zeit aufgehört zu existieren. Selbst in den (goldenen) Jahren des vorsichtigen Friedens nach Oslo II (1993-2000), wurde die Idee der Schaffung einer Barriere wieder aufgegriffen, die die West Bank physisch von Israel trennt, um das unkontrollierte Einreisen von Palästinensern nach Israel einzugrenzen. Diese Barriere sollte in der so genannten ‚Randzone‘ („seam area“) kreierte werden – diese Zone ist ein Landstreifen, der sich entlang (und auf beiden Seiten) der ‚Grünen Linie‘ von 1949 ausdehnte und war Nichts anderes als jene ‚Gelbe Zone‘, wie sie in Bezug auf die sich heute noch in Bau befindende israelische Mauer bezeichnet wird (Vgl. Karte 3-1).

Im März 1996 beschloss die israelische Regierung, damals noch unter PM *Shimon Peres* und wenige Wochen vor der Machtübernahme durch die Likud (Benjamin *Netanyahu*), ‚Grenzübergangskontrollpunkte‘ entlang der ‚Randzone‘ zu errichten. Nur durch diese Grenzübergänge sollten die Palästinenser nach Israel einreisen können,

28 Said, Edward W., *Das Ende des Friedensprozesses – Oslo und danach*, Deutsche Ausgabe, Berlin Verlag, 2002, Seite 255.

29 Vgl. hierzu Said, Edward W.: *Frieden in Nahost? ... a.a.O.*, 1997, S.75

während alle anderen Routen für sie blockiert waren. Entsprechend diesem Beschluss, entschied das Ministerium für innere Sicherheit, Spezialeinheiten der Grenzpolizei anzuordnen, entlang der ‚Randzone‘ zu operieren, um die Penetration von Palästinensern in das israelische Territorium zu verhindern. Diese Entscheidungen wurden nur teilweise und ineffizient umgesetzt und konnten die erwarteten Ergebnisse nicht vollbringen.³⁰

Nach Ausbruch des zweiten palästinensischen Aufstandes am 29.09.2000 gegen die israelische Besatzung (Al-Aqsa-Intifada) und infolge der steigenden Anzahl der von Palästinensern aus der West Bank ausgeführten Anschläge innerhalb von Israel, wurden einige Beschlüsse von Seiten der israelischen Regierung getroffen, die letztendlich zum aktuellen Plan des Mauerstreifens führten. Im November 2000 bewilligte der damalige israelische Premierminister Ehud Barak einen Plan zur Errichtung einer *Barriere zum Verhindern der Durchfahrt von Kraftfahrzeugen* vom äußersten Nordwesten der West Bank (*Jenin-Region*) bis zum *Latron-Gebiet*.³¹ Dieses Gebiet verkörperte erstaunlicherweise das fruchtbare und wasserreiche Areal, auf dem später der erste Mauerabschnitt zwischen *Salem* und *Latron* ausgeführt werden sollte. Der Plan wurde dann im Juni 2001, einige Monate nach dessen Bewilligung, durch die Sharon-Regierung umgesetzt. Wie man unten sehen wird, war dieser Plan zur Verhinderung der Durchfahrt von palästinensischen Fahrzeugen im Nordwestlichen Teil der West Bank der Vorposten für den so genannten Sharon-Plan für die Mauer.

Und dennoch lieferten die Ereignisse in den besetzten Gebieten keine ausreichende Begründung für so eine gewaltige und rücksichtslose physikalische Segregation der Araber von den Israelis. Erst ein einmalig günstiger internationaler politischer Kontext, lieferte der israelischen Regierung die politische Rückendeckung (Charta) bei der Umsetzung eines solchen gewagten und äußerst umstrittenen Plans.

3.3 Die israelische Mauer im internationalen Kontext

3.3.1 Eine Welt aus Mauern

Nach den Erkenntnissen aus Kapitel 2 bezüglich der israelischen Siedlungsaktivitäten in der West Bank und in Verbindung mit dem Baubeginn des Mauerstreifens als deren *Agglomerator* kann man folgenden zwei Hauptaspekten der israelischen Politik deutlich sehen:

1. *Der erste Aspekt* ist die physische kolossale Natur des Mauerstreifens, die nur als logische Fortsetzung der berüchtigten israelischen Befestigungsarchitektur seit den Anfängen in Palästina zu verstehen ist. Die Mauer spielt einerseits die Rolle eines monströsen und agglomerierenden Streifens, der flächenübergreifend die meisten israelischen Siedlungsstrukturen in der West Bank zusammenbindet und deren Kontext verdichtet. Andererseits vermittelt die Mauer die Botschaft einer Abschottungsarchitektur, die dadurch unterstrichen wird, dass sie, einer Autobahnschallschutzmauer ähnlich, ein entsetzlich funktionales und zugleich familiäres Aussehen hat, das deutliche unpassierbare Grenzen definiert;

2. *Der zweite Aspekt* ist dass die israelische Mauer keine neue Erscheinung in der modernen Geopolitik ist. Vielmehr schließt sie sich einer Reihe von Mauern („*Wallings*“³²) an, die den politischen Alltag vieler Orte der Welt bestimmen.

Mit dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 ist das Szenarium von Baumaßnahmen der Trennung bzw. Separation quer durch die Welt, auch in der so genannten freien Welt, weiterhin existent. Es ist wahr, dass die Berliner Mauer, vom Umfang und von der Symbolkraft her, das folgereichste Bauwerk der Nachkriegszeit war. Genauso stimmt es, dass der beinahe an Wunder grenzende Fall dieses Symbols des kalten Krieges neben der deutschen Wiedervereinigung auch das Ende einer Epoche bedeutete, in der Europa und die ganze Welt sich ständig am Rande eines nuklearen Krieges befand. Und doch ist es leider auch wahr, dass der Bau von Mauern heute weltweit verbreitet ist (Graphik 3-1).

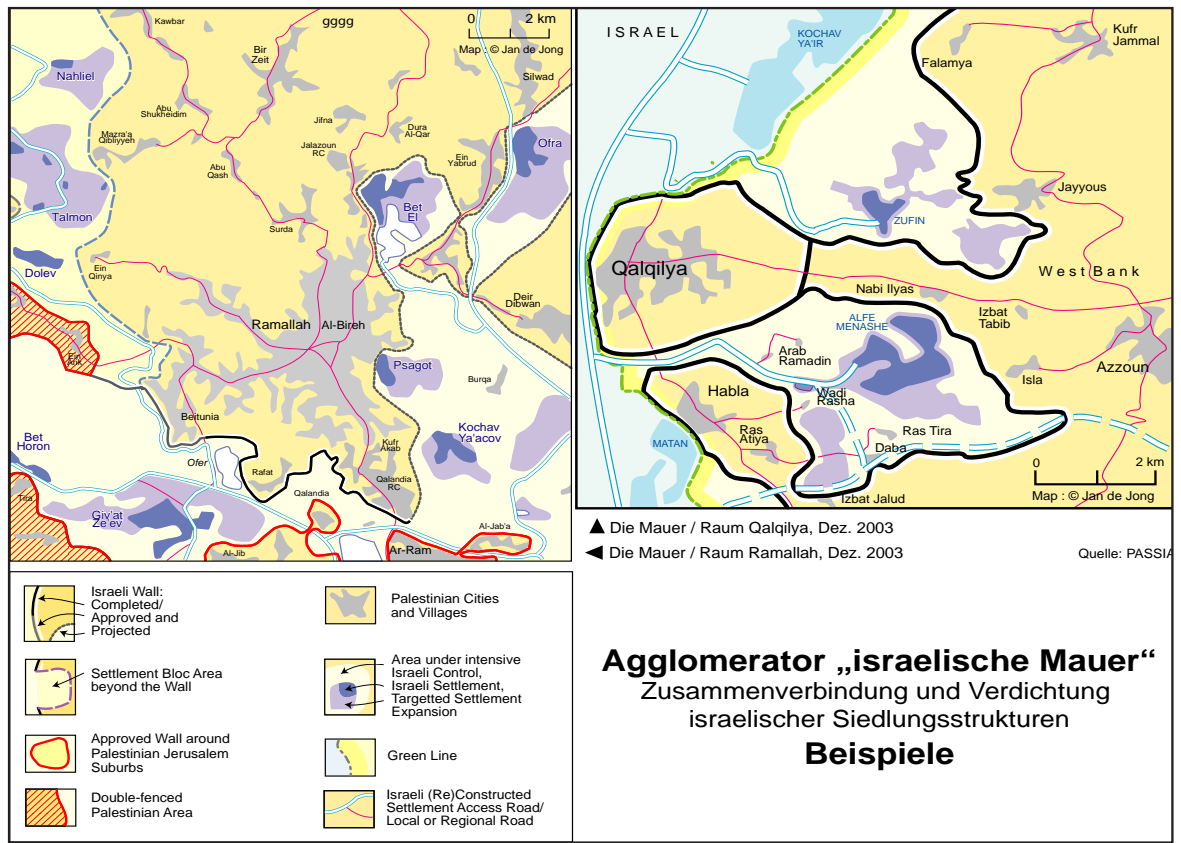
Es gibt viele andere vergleichbare ausgrenzende und gleichzeitig expandierende Barrieren. Zum Teil sind sie

30 Diese Darstellung basiert auf den Angaben des ‚State comptroller’s report‘, Report on the Seam Area (in Hebräisch), Report No. 2 (Jerusalem, July 2002), zu lesen in: BtSelem: The Separation Barrier, Position Paper, September 2002, S. 2-3, Online unter: www.btselem.org/Download/200209_Separation_Barrier_Eng.rtf; Siehe auch BtSelems Position Paper vom April 2003: Behind the Barrier – Human Rights Violations as a Result of Israel’s Separation Barrier‘, S. 6, online lesbar unter: www.btselem.org/Download/200304_Behind_The_Barrier_Eng.pfd.

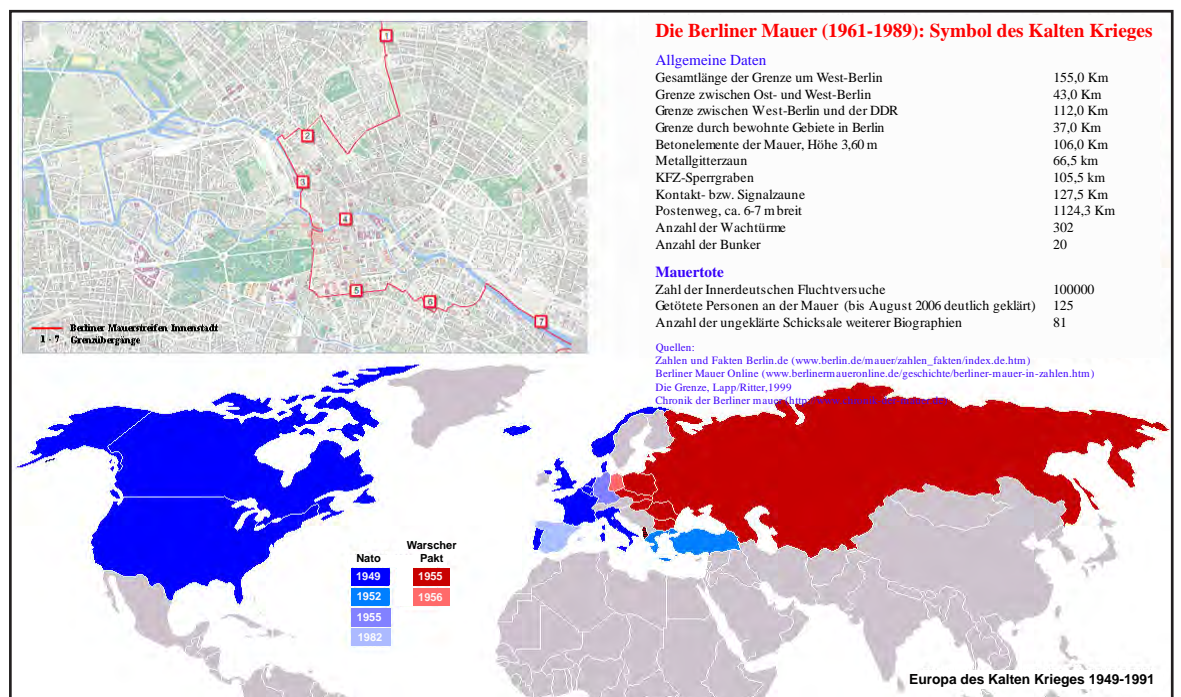
31 Ebenfalls nach Angaben des o.g. ‚State comptroller’s report‘, in: BtSelem’s Position Paper (Sep. 2002): The Separation Barrier ... a.a.O., S. 3.

32 Sorkin, Michael, *Against the Wall. Introduction*, The new Press, New York, 2005, S.vii.

eine weiterhin existierende Folge des kalten Krieges (Beispiel: die Mauer zwischen Nord- und Südkorea), andere verdeutlichen die politische Schieflage und Krise einiger benachbarter Staaten. Eine dritte Gruppe bilden Mauern, die auf ethnischen, religiösen oder gar auf rassistischen Aspekten der Ausgrenzung basieren.



Karte 3-2: Agglomerator ‚Israelische Mauer‘.



Karte 3-3: Die Berliner Mauer – eine Stadtteilung und Symbol des kalten Krieges.

Die Befestigungsanlage der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze, die historischen räumlichen Anordnungen der Apartheid in Südafrika und unser immer mehr flexibel und ständig polizeilich kontrollierter virtueller Raum sind Beispiele dieser Trennungsmaßnahmen. Weiter sind alle Maueranlagen und Trennungsmaschinen in Belfast, in Nicosia, Kaschmir oder des 38. Breitengrades in Korea jeweils ein fester Bestandteil der täglichen Landschaft der modernen Welt.

MAUERN - Interkontinental
 politisch wirtschaftlich rassistisch ethnisch-religiös kulturell



**In the United States
'the Border' means the 'US - Mexican'**

Ein **3169 Km** langer Grenzstreifen geht durch 6 mexik. und 4 US-amerik. Bundesstaaten. Man schätzt etwa **0,5 Million illegale Grenzübergänge / Jahr**



**38° Nord-/Südkorea
die 'eiserne Grenze'**



Geteilte Insel Zypern

**'Rassentrennung' in Südafrika
Weiß gegen Schwarz**

MITTELMEER/ EUROPA/ NORDAFRIKA



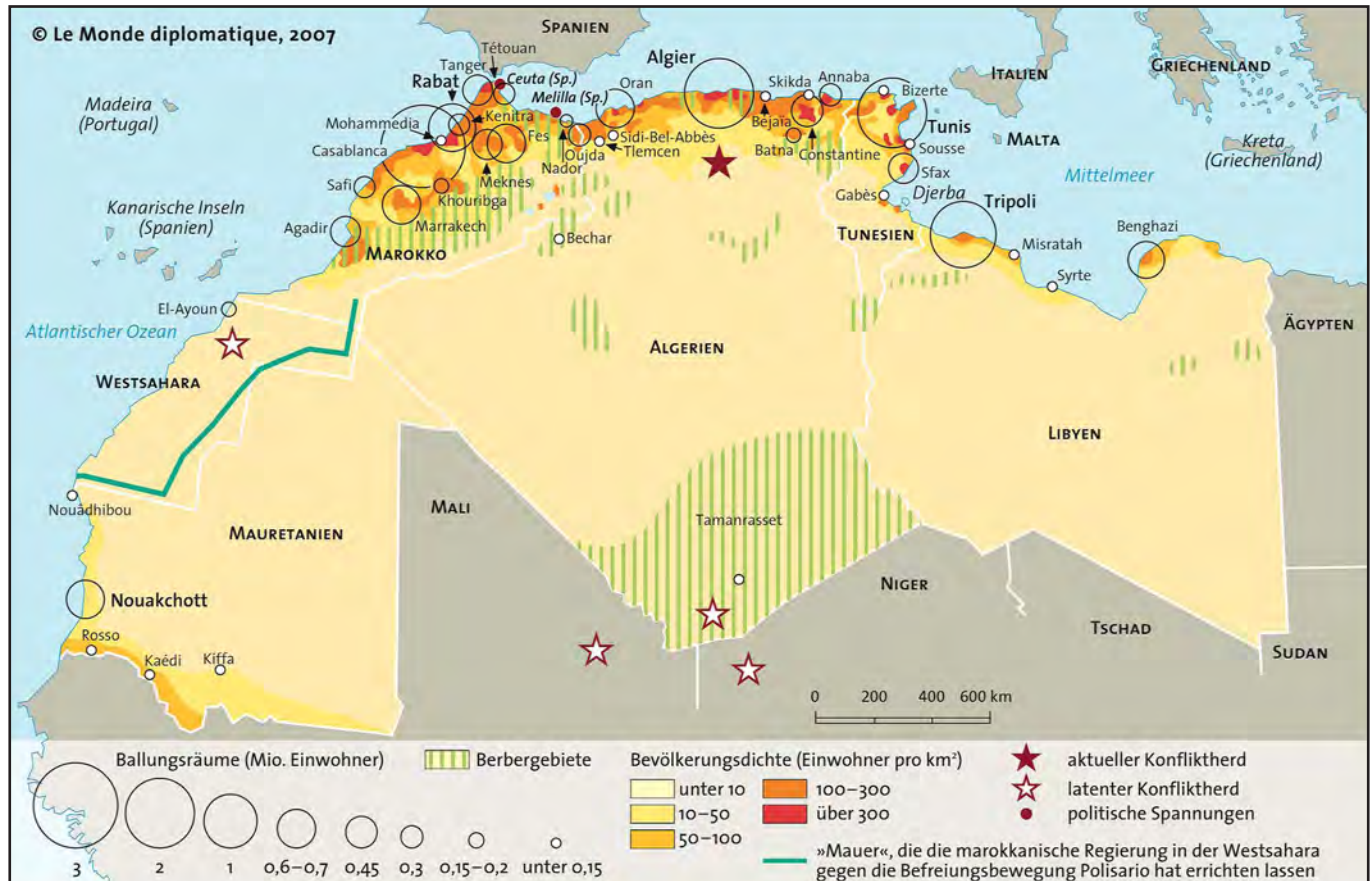
Frontiers Nordirland



**Spanische Exklaven,
marokkanisches Land
Septa & Mellila:
Vorposten europäischer
Abschottung
gegen Afrika**

Graphik 3-1: Eine Welt aus Mauern– Interkontinentale Beispiele

Aber auch in der arabischen Welt existieren abschottende Mauern, politische wie wirtschaftliche; hier sei an die Mauern erinnert, die der marokkanische Staat im annektierten Territorium der West-Sahara ab August 1979 errichtete (Karte 3-4). Diese waren eine territoriale Antwort des marokkanischen Staates auf die Proklamation der ‚demokratischen arabischen Republik Sahara‘ durch seine Opponentin, die *Polisario*. Auch der reiche Erdölstaat *Saudi Arabien* beabsichtigt eine 900 Km lange *Antiterror-Mauer* entlang der Grenze mit dem Nachbarstaat *Irak* zu errichten.³³ Das gleiche Land plant seit 2004 den Bau einer massiven Betonmauer entlang der Grenze mit dem Nachbarland *Jemen*.³⁴



Karte 3-4: Westsahara-Konflikt – eine Maueranlage gegen Polisario.

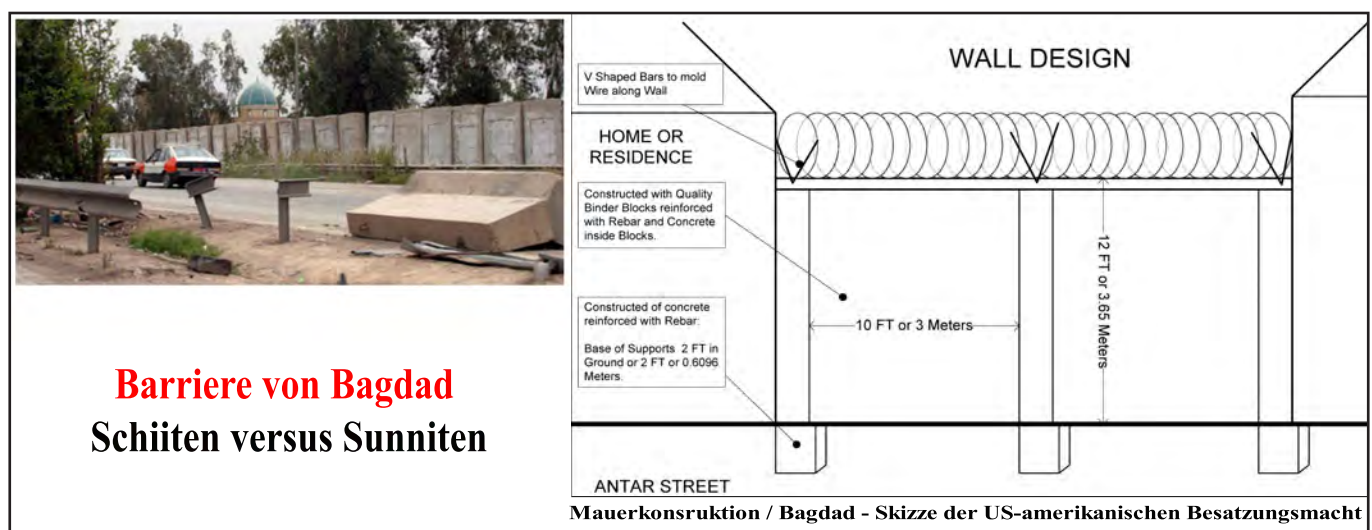


Abb. 3-1: Trennungsmauer in Bagdad -- zwischen Schiiten und Sunniten.

Die Besatzungsmacht USA hat im April 2007, nach israelischem bzw. nach nordirischem Vorbild, begonnen, im Herzen der Stadt Bagdad einen ganzen sunnitischen Stadtteil (Al-A'dhamiya) mit einer 3,5 m hohen, 5 Km

33 Rötzer, Florian, Der Bau der neuen Stadtmauern, in: Telepolis, 24.04.2007.

34 Rötzer, Florian, Die arabische Mauer, in: Telepolis, 10.02.2004, siehe auch Davis, Mike, Die Große Mauer des Kapitals, in: Die Zeit Online, 12.10.2006, Nr. 42 (<http://www.zeit.de/2206/42/Mauern>), siehe auch FAZ / Sonntagszeitung vom 19.9.2007, S.6.

langen Betonmauer einzuschließen.³⁵ Ziel sei, mittels Minimierung der Berührungspunkte der blutigen Gewalt zwischen Sunniten und Schiiten ein Ende zu setzen (Graphik 3-1).

Was in Al-A'dhamiya begann, soll nun für alle Bagdader Bezirke gelten. Bereits im September 2006 gab es Zeitungsberichte über die Absicht der US-amerikanischen Besatzungsarmee, infolge der berühmten Falludscha-Schlacht 100 Km Gräben um Bagdad zu errichten, um Widerstandskämpfer und Terroristen von der damals 4,7 Millionen-Stadt abzublocken.³⁶ Am 07.05.2010 berichtete der arabische Sender Al-Jazeera über den tatsächlichen Beginn der Baumaßnahmen einer gigantischen Mauieranlage um Bagdad. Nach Angaben von hohen Sicherheitsbeamten in Bagdad, wird die Mauer, die bis zum Jahre 2011 die 6,3 Millionen-Stadt von den benachbarten Provinzen sunnitische Schwerpunkte (Babel, Diala, Selahaddin und Al-Anbar) abgrenzen soll, aus Betonblöcken und Gräben in den landwirtschaftlichen Gebieten bestehen und acht Kontrollpunkte haben. Nur über sie wird man in die irakische Hauptstadt gelangen können.

In Nordirland (Belfast) existieren seit mehr als 400 Jahren Mauern, die ihre Form nicht etwa in Beton oder Metallgitterzäune manifestieren, sondern sie sind meistens ein Ausdruck von ideologischen Mauern, die bereits in den Köpfen der Konfliktparteien – irisch-nationalistischen Katholiken und England nahen Protestanten – existieren. Das ‚Wir versus Sie- Denken‘ hat sich in den Köpfen der Menschen in Nordirland eingestrichelt und sie haben nach 400 Jahren weiterhin ein Gefühl der Unsicherheit und das Bedürfnis nach einer Trennungsmauer.



Karte 3-5: Festung Europa – Schengen-Raum.

Die Segregation der Bevölkerung Nordirlands in zwei große Gruppen, je nach Konfession, ist das wichtigste Merkmal der nordirischen Politik der Jahre 1969-1998. Die Mauern sind nur der sichtbare Teil einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung, die Friedensprozess und Waffenstillstand nicht haben heilen können. Nach einer Untersuchung von Dr. Peter Shirlow aus dem Jahre 2002 zum Sozialverhalten in den Gemeinden nach einer 35 jähriger Teilung hätten 68% der 18-25 jährigen im Norden und Westen Belfasts (Katholiken) nie ein Gespräch mit einem Mitglied der Gemeinschaft auf der anderen Seite der Mauer geführt.³⁷

Dieses Bild von Mauern mitten im zivilisierten Nachkriegseuropa bestimmt den politischen Alltag, nicht nur nach alt existierenden Feindbild-Mustern wie in Nordirland. Es werden heute zeitgleich zur Öffnung der

35 FAZ, 19.09.2007, S.6, siehe auch Neues Deutschland (<http://www.neues-deutschland.de>), 20. 11.2006. sowie Spiegel Online: Bagdader Mauer soll Glaubenskämpfer trennen, 20. April 2007 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,478459,00.html>).

36 Focus: 100 Kilometer Gräben um Bagdad, 16.09.2006, online unter: http://www.focus.de/politik/ausland/gewalt_aid_115658.html.

37 Peter Shirlow, wichtigster Sozialkartograph über den Konflikt in Nordirland, vgl. Henry McDonalds Artikel ‚Europas letzte Mauer läuft durch Belfast‘ in: Welt Online, 13.11.2005, (Übersetzt von Mathias Sommer); www.welt.de/print-ams/article134964/europas_letzte-mauer_laeuft_durch_belfast.html.

Grenzen zwischen West- und Osteuropa neue Feindbilder produziert. Man kreierte neue subtile virtuelle, rechtliche und physische Grenzen und Mauern, um die eigenen Werte und den eigenen Wohlstand vor Unbefugten zu schützen. Unbefugte Menschen sind zumeist die Immigranten aus den armen Ländern, auch die so genannten *Wirtschaftsflüchtlinge*.

Die Abschottungsversuche Europas sind ein weiteres Beispiel oben genannter Trennungen in der heutigen Welt. Durch das Schengener-Abkommen von 1985 wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der das Europa von heute – insbesondere in den Augen der Flüchtlinge aus dem armen Süden – in eine „Festung Europa“ verwandelte. Der europäische Raum (Schengener-Raum, Karte 3-5), zu dem inzwischen auch Nicht-EU-Staaten wie die Schweiz angehören, schottet sich vor allem dem ärmeren Süden gegenüber ab.

Während die EU auf der einen Seite eine Innen-Politik der *Inklusion* beinahe aller Menschen in Europa betreibt, fördert ihre *exkludierende Außenpolitik*, den ärmeren Ländern des Südens und im geringeren Maße Osteuropas gegenüber, den Bau von virtuellen Mauern (in Form von rechtlichen Anordnungen) und auch physischen Barrieren (in Form von Mauern, Überwachung und Kontrolle). Die konkreten Vorposten dieser Abschottung des reichen Europa gegenüber dem armen Süden (Afrika) liefert der spanische Staat an der geographisch engsten Stelle zwischen Afrika und Europa, nämlich in den von ihm besetzten marokkanischen Städten *Melilla* und *Cueta*, sowie auf den *Kanarischen Inseln*.



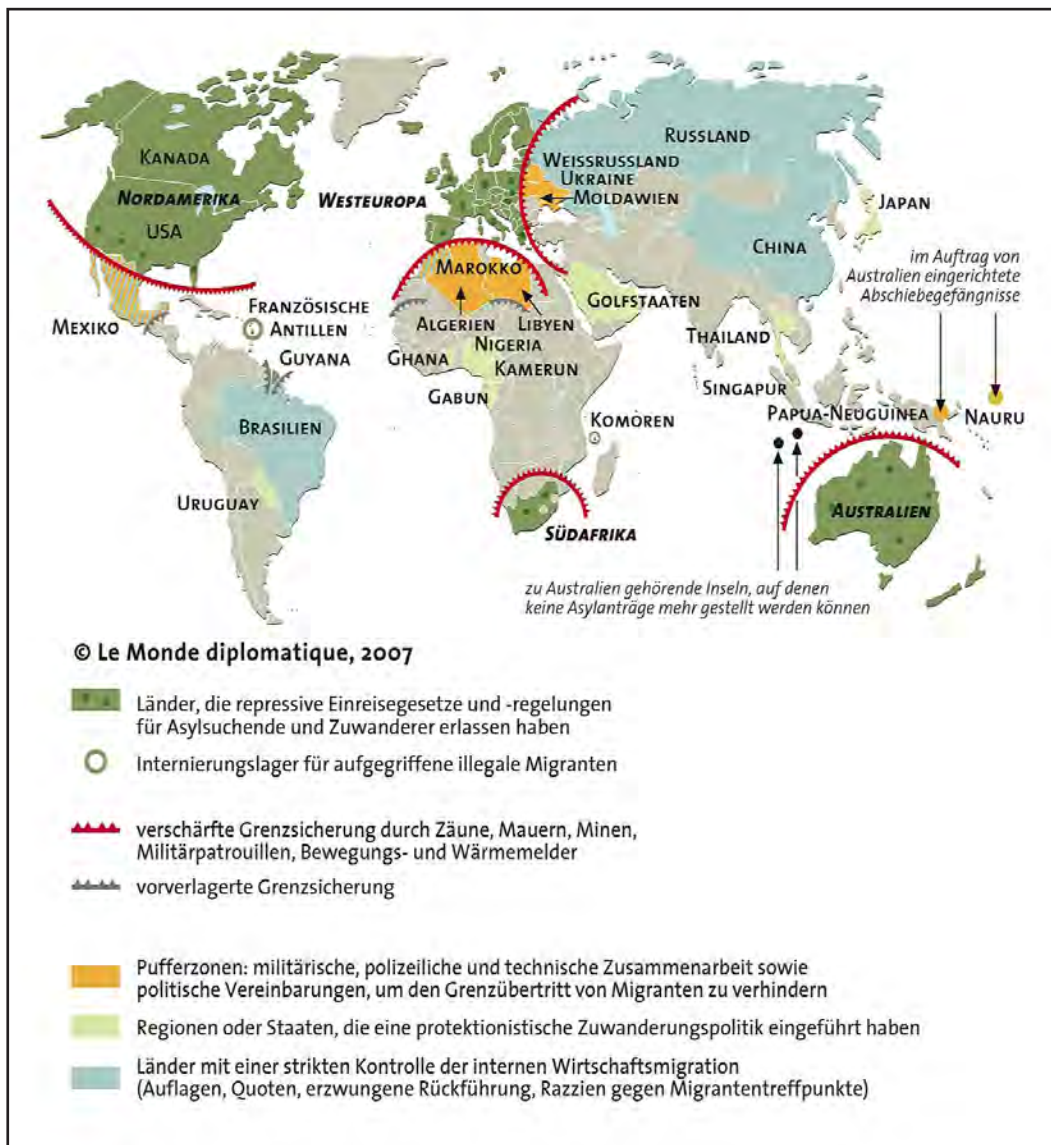
Karte 3-6: Melilla (Melicha) – Spanien in Marokko.

Melilla und Cueta: Exklaven und Vorposten europäischer Überwachung.

In seinen Exklaven auf marokkanischem Boden praktiziert Spanien mittels Mauern und Zäunen bis heute eine Politik der Separation, um den Immigrantstrom aus Afrika entgegenzuwirken. Schwarzafrikanische Migranten versuchten mehrfach, über Algerien und Marokko nach Melilla (arab.: Melicha, Karte 3-6) und Cueta (arab.: Septa) zu gelangen, um nach Spanien oder in andere Länder der Europäischen Union einzureisen. Beide Städte sind neben der patrouillierten spanischen paramilitärischen Polizeieinheit (*Guardia Civil*) zum Schutz vor illegaler Einwanderung mit speziell angelegten drei bis zu sechs Meter hohen Zäunen sowie mit Bewegungsmeldern, Nachtsichtgeräten und Kameras gesichert. Und beide Mittelmeerstädte entziehen sich territorial durch die für den Mauerstreifen angelegte *neutrale Zone* aus ihrer afrikanischen geographischen Tiefe und orientieren sich kulturell wie geopolitisch gen Westen. Diese schwer bewachten Grenzzäune sind nicht nur Keimzellen für laufende Menschenrechtsverletzungen³⁸, sondern vor allem auch ein deutliches Kennzeichen für das Versagen der Politik in der Ursachenbekämpfung der Migration aus dem unterentwickelten und vor allem armen afrikanischen Kontinent – vorausgesetzt, dass solche Bemühungen seitens der Politik überhaupt existieren.

³⁸ Nach Angaben der spanischen Regierung hatten alleine im Jahre 2005 Hunderte Menschen die Grenzzäune von Melilla und Cueta gestürmt. Bei den Zusammenstößen mit Sicherheitskräften kamen elf Flüchtlinge ums Leben (Vgl. Spiegel.Online.de: Marokko- afrikanische Flüchtlinge, 22.06.2008).

Die Tatsache, dass sich die reicheren Teile der Welt den ärmeren Teilen gegenüber abschotten (Karte 3-7) bzw. die unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Emotionen – welche die von vielen Politikern so abwertend bezeichneten ‚Wirtschafts-Asylanten‘ – bei einer aufnehmenden einheimischen Bevölkerung hervorrufen, sollten nicht davor wegtäuschen, dass der wirtschaftliche Aspekt bei der Migration zu keiner Zeit in der Menschheitsgeschichte etwas anormales war. Daran hat sich auch heute Nichts geändert. Nur die wenigsten Menschen verlassen ihre Heimat, ihr natürliches soziales und kulturelles Terrain, freiwillig. Und wenn sie es tun, dann haben sie in der Regel ihre Beweggründe. Der wirtschaftliche Aspekt ist im Sinne von Nahrungssuche oder Verbessern vom Lebensstandard einer von zwei Hauptgründen, warum Menschen ihre Heimat verlassen.



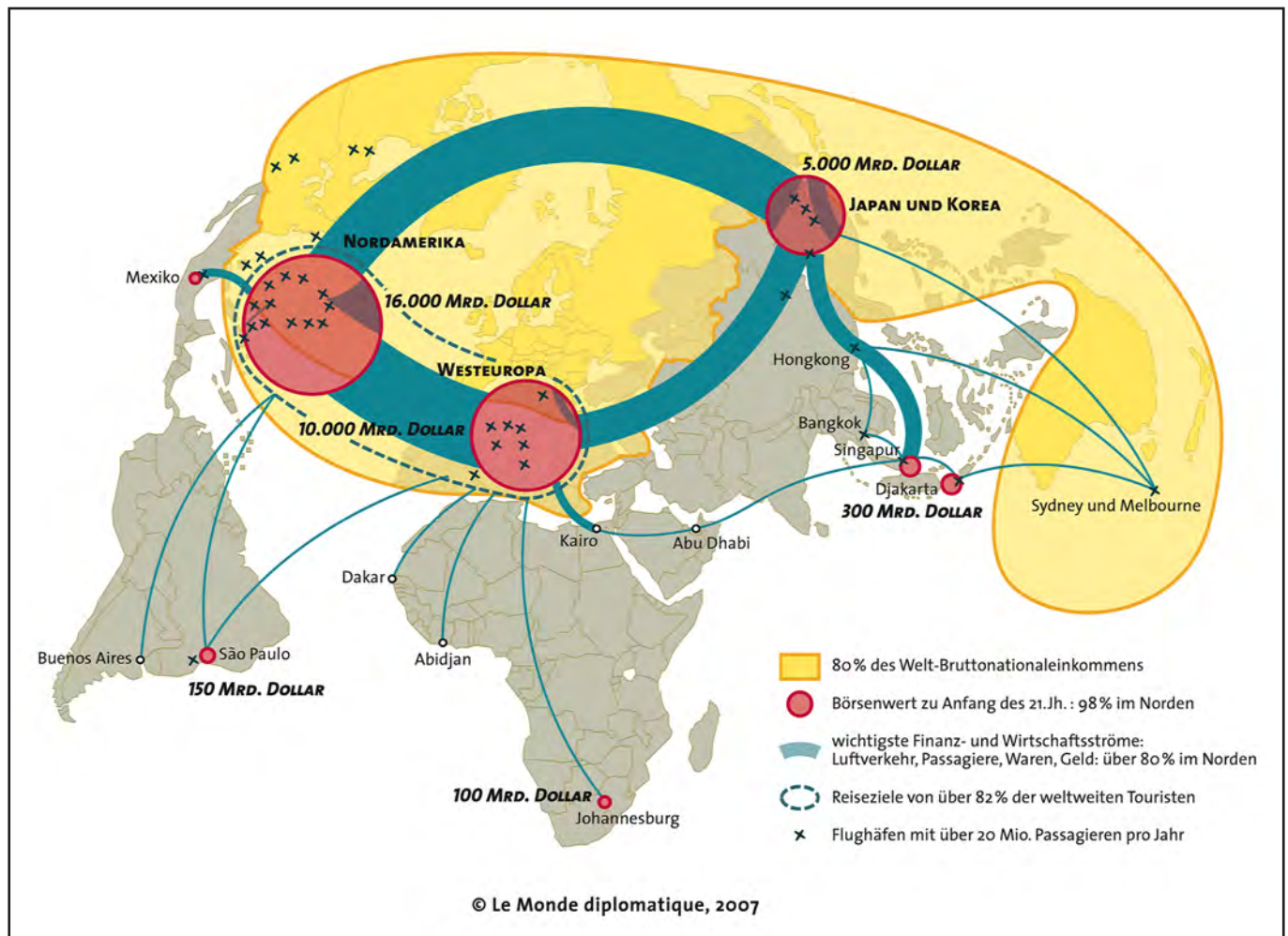
Karte 3-7: Globale Ausgrenzung der Armen, Le Monde diplomatique, 2007.

Gewöhnlich gibt es zwei Beweggründe, wenn Menschen ihre Heimat verlassen bzw. wenn sie auswandern (müssen): entweder (a) weil bei ihnen Lebensgefahr – aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen, aber auch wegen Krieg oder Naturkatastrophen – besteht, oder (b) weil sie schlicht und einfach in ihren Heimatländern hungern; Folglich wird Migration definiert als die Suche nach Sicherheit und Nahrung – zwei instinktive Grundbedürfnisse zum Überleben eines Menschen. Wenn seine wirtschaftliche Existenz nicht mehr sicher ist, wenn er von Feinden oder Konkurrenten verdrängt wird, dann zieht der Mensch, wenn er kann, weiter und macht sich auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Dies gilt immer und überall, auch in *entwickelten* Ländern.³⁹ Natürlich darf man dabei die Gruppe der freiwilligen Emigranten nicht außer Acht lassen. Man denke dabei an hoch qualifizierte Akademiker, die (zum Teil) ohne jede Not und alleine der Karriere wegen in

³⁹ Es ist interessant in diesem Zusammenhang, das Phänomen der Migration zehntausender westeuropäischer Bürgerinnen und Bürger zu erwähnen, die infolge der schlechten Konjunktur auf dem europäischen Arbeitsmarkt und nicht zuletzt seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende 2008, nach besseren Chancen suchend, ihre Heimat verlassen haben. Auch aus reichen westeuropäischen Ländern, wie Deutschland, wandern Menschen aus, wenn sie glauben, anderswo bessere Chancen zu erhalten. Laut Migrationsbericht 2007 der Bundesregierung verließen im Jahre 2007 mehr als 161.000 deutsche Staatsbürger Deutschland, die Hälfte dieser Auswanderer verließen die EU. Dies stellt die höchste Abwanderungsrate seit 50 Jahren dar (Quelle: Tagesschau.de, 03.12.2008).

ein anderes Land ziehen. Dieses Verhalten wird von den Wohlhabenden Ländern sogar gewünscht (Beispiel: Greencard).

Eine wichtige und aufwendige World Bank-Studie aus dem Jahre 2000 versuchte eine Antwort auf die Frage zu finden, *wie die Armen ‚Migration‘ sehen*. Ein Ergebnis dieser groß angelegten Studie, die qualitative und quantitative Forschungsmethoden in sich vereinigte, war, dass ‚Migration‘ von den Armen im Allgemeinen sowohl als eine ‚Notwendigkeit‘ – Teil einer Bewältigungsstrategie für Familien, die in extremer Not leben – als auch eine ‚Gelegenheit‘ – also ein Mittel zur Erhöhung des Lebensunterhaltes von Migranten bzw. die Fähigkeit, eigenes Vermögen aufzubauen – gesehen wird.⁴⁰



Karte 3-8: Der Süden – abgeschnitten von Geld-, Waren- und Touristenströmen.

In der heutigen Welt der Gegensätze und im Beisein einer unerträglich großen Kluft zwischen Nord- und Südländern, ist es unschwer zu verstehen, warum junge und zumeist qualifizierte Menschen in der dritten Welt den Drang zu einer oft lebensgefährlichen Immigration in die nördlichen Länder verspüren. Diese in allen wichtigen sozioökonomischen und politischen Aspekten des menschlichen Daseins existente Kluft zeigt ihre hässliche Seite in einer modernen Welt, die sich extremer denn je in Gegenseitigkeiten teilt: nach Freiheit bzw. Bürgerrechten und Unterdrückung, nach Wohlstand und Armut sowie nach Fortschritt und Rückständigkeit. Eigentlich kann man keinen dieser Aspekte getrennt von den anderen betrachten. Und dennoch, scheint der Aspekt *Wohlstand* doch mehr Gewicht als die anderen zu haben und *Geld* ist tatsächlich ein wichtiges Grundelement und Agitator des Wandels – aber er ist vor allem auch ein Agitator für Migration. In einer aktuellen Karte der Globalisierung⁴¹ aus dem Jahre 2007 (Karte 3-8) wird die ungerechte Kapitalverteilung zwischen armen und reichen Ländern dadurch skizziert, in dem sie Umfang, Routen und Schwerpunkte von Kapital-Transaktionen bzw. vom Geldtransfer auf dem Globus aufzeigt. Ein schneller Blick auf die Karte reicht um feststellen, dass die

40 ‚Voices of the Poors‘, eine World Bank Studie, 2000; Vgl.: Human Development Report 2009 – Overcoming barriers: human mobility and development, published for the United Nations Development Programme (UNDP), online unter: http://www.kooperation-international.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/cluster/HumanDevelopmentReport2009.

41 Philip Rakacewicz: Karte der Globalisierung, in: *Atlas der Globalisierung 2007*, deutsche Ausgabe, Le Monde diplomatique/taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, 2006, S.51.

Motive der Migration menschlicher Natur sind. Denn zu Anfang des 21. Jahrhunderts

- wird 80% des Weltbruttonationaleinkommens im Norden erwirtschaftet;
- befindet sich 98% des Welt-Börsenwertes auch im Norden;
- bewegen sich 80% der wichtigsten Finanz- und Wirtschaftsströme (Luftverkehr, Passagiere, Waren, Geld,...) ebenfalls im Norden;
- machen über 80% der Touristen weltweit die infrastrukturell hervorragend ausgebaute Städte und Regionen des Nordens zu ihren beliebten Reisezielen;
- werden 80% der Welt- Brutto- Nationaleinkommen in den so genannten Industrienationen erwirtschaftet;
- findet 98% der so genannten Börsenkapitalisierung in den Nordländern statt.

Ähnlich verhält es sich auf den Sektoren Flugverkehr und Mobilität.

Die Daten, die man der Karte der Globalisierung ablesen kann sprechen für sich. Sie bestätigen die berechtigte Hoffnung dieser Menschen auf ein besseres Leben in den reichen Ländern. Die jungen Menschen glauben, in den nordischen Ländern alles das zu finden, was ihnen ihre Heimatländer nicht bieten können. Neben Sicherheit, Freiheit und Menschenrechten hoffen sie *dort* vor allem Arbeit und Wohlstand zu finden. Das, was die Karte zeigt, ist die Errungenschaft einer mehr als zweijahrhundertjährigen Entwicklungsgeschichte von Wissenschaft, Aufklärung, Kolonialismus, industrieller Produktion, Fortschritt und Demokratie im Westen. Die Ausbeutung der ehemaligen Kolonien in Asien und Afrika war das Fundament dieser Entwicklung und deren Begleiterscheinung zugleich. Und überhaupt wurde die *Erzeugung* der so genannten *dritten Welt* erst durch dieses fundamentale Faktum möglich. Ein junger Mensch, der immigriert, geht meistens in ein Land, mit dem ihn etwas *Kulturelles* verbindet – und sei es auch *nur* die Landessprache. Das trifft nicht selten auf ehemalige Kolonialländer zu, die vor nicht allzu langer Zeit die Herren im Ursprungsland des Migranten waren. Die Situation, in der ein Immigrant ausgerechnet von einem ehemaligen Kolonialherrn und Ausbeuter so magnetisch angezogen wird, müsste wenigstens psychologisch eine prekäre sein. Dennoch tun es viele Menschen aus armen Ländern, da sie aus einer Notlage heraus hoffen, bei *ihm* genau das zu finden, was ihnen in ihren nicht wirklich freien Heimatländern vorenthalten wurde: eine Chance.

Mit anderen Worten: Es herrscht heute im Zeitalter der Globalisierung ein Missverhältnis in der Verteilung von Chancen zwischen Nord und Süd. Die Globalisierung in seiner heutigen Form fördert den Missbrauch der ärmsten Länder durch den asymmetrischen Zugriff auf deren Ressourcen. Sie bekommen einfach keine Chance, den anderen fortschrittlicheren Nationen auch nur annähernd aufzuholen. Über Globalisierung könnte Armut in der Welt überwunden werden, bestünde der politische Wille von Seiten der reichen Länder wirklich, Entwicklungshilfe vor Ort zu leisten und gegen plagende Korruption und schlechte Staatsführung in den armen Ländern vorzugehen. Es ist auch ein Aspekt des heutigen (Welt)-Systems und die Art und Weise wie es funktioniert. Wie die reichen Länder der Weltgemeinschaft bezüglich des Zugriffs auf den begrenzten Ressourcen unseres Planeten handeln bzw. wie sie arme unterentwickelte Länder ausbeuten, muss überdacht werden. Es geht hier nicht um das Zahlen von Almosen an die armen Länder – sprich die reichen Länder werden nichts dafür zahlen müssen – sondern nur darum, den ärmeren Ländern die Chance zu geben, sozialpolitisch und wirtschaftlich zu wachsen. Eine Bekämpfung der Armutsursachen setzt bedingt eine grundsätzliche Umverteilung der Chancen zwischen armen und reichen Ländern voraus. Eine Gesellschaft, die über Geld und materielle Reichtum verfügt, ist noch lange keine entwickelte oder progressive Gesellschaft, wenn sie die eigenen Ressourcen nicht programmatisch in Zukunftspläne für den Menschen anlegt. Und nur eine freie Gesellschaft ist in der Lage, das tatsächliche Reichtum und das wirklich zählende Kapital im Menschen zu sehen und diesem Menschen entsprechend die Chance zu geben, sich selbst sozialpolitisch und ökonomisch zu entfalten.

Die Menschen in der dritten Welt wissen diese Tatsachen. Sie wissen aber auch, dass auf Seiten der westlichen Regierungen insgesamt eine deutliche Schiefhaltung herrscht, wenn es um politische, humanitäre, ökonomische und kulturelle Rechte von Menschen außerhalb ihrer Kulturkreise geht. Das führte über viele Jahre hinaus zwangsläufig zu einem Hass auf den reichen und mächtigen Westen und zum Teil auf seine Werte, insbesondere in der arabischen Welt, deren heutige Bewohner trotz des immensen Reichtums ihrer scheinbar unabhängigen Länder, zum überwältigenden Teil in Armut und Rückstand leben müssen, ihrer politischen, ökonomischen und

kulturellen Rechte durch ihre vom Westen unterstützte Diktaturelite beraubt.

Bereits im Jahre 2005 beklagte die Welt eine beängstigende Anzahl an Menschen, die Hunger und Krankheiten zum Opfer fielen:

- Täglich starben 30.000 Kinder an Hunger, den Folgen schmutzigen Wassers und vermeidbaren Krankheiten;
- 1,5 Milliarden Menschen lebten mit weniger als 1 US Dollar pro Tag und 2,8 Milliarden Menschen lebten mit weniger als 2 US Dollar pro Tag;
- 200 Tier- und Pflanzenarten gingen jeden Tag unwiederbringlich verloren;
- 2,84 US Dollar wurden im Gegenzug pro Tag als Subventionen für jeweils *eine* europäische Kuh aufgebracht;
- 78 Mrd. US Dollar jährlich wurden weltweit für Entwicklungshilfe aufgewandt, während die Länder des Südens jedes Jahr 116 Mrd. US Dollar Zinsen an die ‚Geberländer‘ zahlen mussten;
- Der jährliche Vermögenszuwachs der 691 Milliardäre betrug 300 Mrd. US Dollar;
- Die globalen jährlichen Rüstungsausgaben betrugen insgesamt 956 Mrd. US Dollar.⁴²

Der ehemalige UN-Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung (2000-2008) *Jan Ziegler*, beschäftigte sich mit diesem Phänomen, sprich mit der Frage, wer und warum den Westen heute hasst.⁴³ Er unterscheidet zwischen zwei Arten von Hass: dem „krankhaften Hass“, verkörpert durch das Erscheinen von Terrororganisationen wie Al-Qaida, und dem „logischen Hass“, der aus einer Wut heraus entsteht, die sich seit vielen Jahren tief in den Herzen der in ihrer Seele verletzten Menschen des Südens einnistete. Diese Völker haben infolge von über vielen Jahrzehnten hinaus andauernder Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Massakrierung und Rassismus durch die Kolonialmächte bzw. ihrer heutiger lokaler Stellvertreter, ein kollektives Gedächtnis entwickelt, das bei ihrer heutigen mieseren Lage Assoziationen, sprich alte verhasste Bilder aus der Kolonialzeit, hervorruft. Jenes kollektive Gedächtnis hat sich heute, Generationen später, zu einem politischen Bewusstsein entwickelt, der jede Form von Entrechtung ablehnt, selbst wenn diese Menschen nicht über die Mittel verfügen, die extern beeinflusste katastrophale sozioökonomische Entwicklung zu stoppen. In einem Interview mit dem arabischen Sender Al-Jazeera am 07. Juni 2010, bezeichnete Jean Ziegler die demokratischen Staaten, die ihre wirklichen progressiven Werte *eigensinnig* nur auf dem eigenen Boden respektieren, als Demokratien, die einen „auswärtigen Faschismus“ praktizieren. Zumeist aufgrund von Profit bzw. Zwecks des günstigen Ressourcenzugriffs, enthalten die westlichen Regierungen anderen Völkern vor, von diesen progressiven Werten der Gleichheit, der Demokratie (der Machtausübung durch horizontale Gewaltenteilung – Legislative, Exekutive und Judikative), der Meinungs- und Pressefreiheit (vierte Gewalt) und vor allem der Einhaltung der Menschenrechte, ebenfalls zu profitieren. Dies tun sie, nicht nur durch Waffenlieferungen in diese armen Länder, sondern auch indem sie *wahlweise* normale diplomatische bzw. ökonomische Beziehungen zu Diktaturregimen oder Apartheidsystemen unterhalten und folglich diese legitimieren. Das Leid der hungrigen und unterdrückten Menschen dort wird dabei ignoriert – die Beispiele hierzu sind unzählig, vor allem im ressourcenreichen Nahen Osten (arabische Regime, und das Schah-Regime im Iran bis 1979).

Im gleichen Interview gab Ziegler bekannt, dass heute *alle 5 Sekunden ein Kind*, das sein 10. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, an Hunger stirbt und, dass *42.000 Menschen täglich* wegen Hunger oder seinen Folgen sterben. Und alle *4 Minuten* verliert *ein* Mensch heute sein Augenlicht aufgrund des Mangels an ‚Vitamin A‘. Seit April 2010 leiden mehr als *eine Milliarde* Menschen an Unterernährung. Das meiste Hungersterben findet in den Ländern des Südens (Darfour, Sumal, Kenia, Bangladesch), aber auch in der Mongolei, statt. Und die erschöpften Völker des Südens können und wollen nicht mehr das bisherige unmenschliche Weltsystem akzeptieren – genau so wenig akzeptieren diese Menschen die Schicksalshaftigkeit ihrer Lage, die der Westen ihnen durch die Reduzierung der Hilfeleistungen zum Welternährungsprogramm um satte 40% aufzwingen will. Das Welternährungsprogramm ist für viele Millionen arme Menschen in Kriegs- und Naturkatastrophengebieten, die einzige Nahrungsquelle und Überlebenschance, auch wenn es nicht annähernd ausreichend ist, um den Hunger auf dem Globus auch nur minimal zu stillen.

42 Daten aus Global Marshall Plan Initiative (Hrsg.), *Impulse für eine Welt in Balance – zum Start eines globalen Netzwerks im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentags*, Mai 2005 in Hannover (Vorbemerkung: *Wenn Dein Kind Dich morgen fragt*, von Frithjof Finkbeiner, Franz Josef Radermacher und Josef Riegler), Hamburg, 2005, S.11.

43 Ziegler, Jan: *Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren*, C. Bertelsmann Verlag, 2009.

Die bisherige Politik der reichen Länder bzw. der Weltbank war in Bezug auf die ärmsten Länder alles andere als erfolgreich. Denn sie basiert unglücklicherweise auf einer „transnationalen Bekämpfung von Menschenrechten“, geführt vom globalen Kapital, das – wie es bereits Karl Marx vorahnte – die Produktion aller Länder kosmopolitisch gestaltet.⁴⁴ Das Grundübel dieser Entwicklungspolitik ist, dass sie keine Ursachenbekämpfung der Probleme der dritten Welt fördert. Viele Länder der *Dritten Welt* leiden unter unvorstellbarer Armut, Krieg, Krankheiten, Analphabetismus und dem Fehlen der Basisinfrastrukturen. Sie schaffen es nicht einmal, die erste Stufe der Entwicklungsleiter aus eigener Kraft zu erreichen. Es ist eine dringende Aufgabe der entwickelten Länder, den ärmsten Ländern wenigstens das Erreichen der ersten Stufe zu ermöglichen, um Selbsthilfe leisten zu können. Wenn Migration für die Gesellschaften der reichen Länder ein destabilisierender Faktor ist, so kann das Bekämpfen von extremer Armut nur in ihrem eigenen Interesse liegen, denn es erhöht folgerichtig ihre eigene soziale und nationale Sicherheit.

Nach Meinung des Entwicklungsökonom und Direktor des UN Millennium-Projekts zur globalen Armutsbekämpfung *Jeffrey D. Sachs*, führen die USA seit September 2001 einen Krieg gegen den Terror, der nur auf militärische Operationen fixiert ist. Er meint weiter: „Die tieferen Ursachen für die globale Instabilität haben sie jedoch vernachlässigt. Die 450 Milliarden US-Dollar, die die US-Regierung 2005 [für den Krieg gegen den Terror] ausgeben will, werden niemals den Frieden erkaufen können, wenn sie auch weiterhin nur etwa ein dreißigstel dieser Summe, nicht mehr als 15 Milliarden, dafür aufwendet, das Elend der Ärmsten der Welt zu lindern, deren Gesellschaften durch extreme Armut destabilisiert und dadurch zu Bruststätten von Unruhe, Gewalt und sogar weltweit agierender Terroristen geworden sind“.⁴⁵ Während die jährliche Entwicklungshilfe, die die USA ausgeben, lediglich 0,17 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts beträgt, überstiegen ihre Militärausgaben im Irakkrieg (im Rahmen des ‚Krieges gegen den Terror‘) die astronomische Marke von 450-Milliarden US-Dollar/Jahr. Die USA müssten einen winzigen Teil (1/30) dieser Summe, etwa 15 Milliarden Dollar (das entspricht etwa 15 Cent pro 100 Dollar des amerikanischen BSP) ausgeben, um „die extreme Armut zu beheben als auch die nationale Sicherheit Amerikas zu erhöhen“.⁴⁶ Mit der US-Militärausgabe *eines einzigen Tages* (1,5 Milliarden Dollar) könnten alle Betten in Afrika mit imprägnierten Netzen ausgestattet werden und die Ansteckung mit Malaria würde um *zwei Drittel* senken.⁴⁷

Nelson Mandela, der führende Anti-Apartheid-Kämpfer und erster schwarzer Präsident Südafrikas, fasste diesen Aspekt zutreffend zusammen: „Nicht an Fähigkeit mangelte es meinem Volk, sondern an Gelegenheit“.⁴⁸ Seine Worte haben eine globale Gültigkeit.

Es wäre sonst töricht zu glauben, dass Mauern, Überwachung und Kontrolle die hungernden und perspektivlosen Menschen davon abhalten könnten, immer wieder zu versuchen, ihr Glück zu suchen. Noch törichter wäre das Aufrechterhalten des *Status Quo* der weltpolitischen Landkarte, ein durchaus *ökodiktatorisches Design*⁴⁹, bei dem die wirtschaftlich und militärisch stärkeren Mächte sich das Recht nehmen, die Ressourcen der ärmeren und schwächeren Länder, meistens mit Hilfe kooperierender korrupter Herrscher dieser Länder, zum billigsten Tarif zu ergreifen. Oder sie überfallen andere Länder, besetzen ihr Territorium und bringen die Menschen und ihre Ressourcen unter ihrer Kontrolle – wie im Falle der von Israel 1967 besetzten arabischen Gebiete.

Gerade dieser globale Charakter der israelischen Mauer ist von besonderem Interesse. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand:

- zum einen hat die israelische Mauer für viele andere Staaten offensichtlich Schule gemacht; wir erleben heute eine Art „Renaissance der Mauer“⁵⁰, bzw. ein Zeitalter der Schutzwälle. Nach Baubeginn der israelischen Barriere gibt es weltweit eine Reihe von Staaten, auch arabische, die versuchen, sich mittels neuen Wällen, Zäunen oder Überwachungssystemen von einer zunehmend bedrohlichen Umgebung abzuschotten; und
- zum anderen wird jede dieser Mauern als eine für die eine oder andere Seite Schutz und Sicherheit bringende Maßnahme angepriesen. Das eigentliche Problem lösen sie aber nicht, denn die wirklichen Gründe für den Bau von Mauern haben meistens mit der angekündigten Argumentation wenig zu tun. Schließlich ist es ganz

44 Vgl. Artikel von Alain Gresh: Die Transnationale bekämpft das Menschenrecht, *Le Monde diplomatique*, deutsche Ausgabe, 15.05.1998.

45 Sachs, Jeffrey D.: *Das Ende der Armut*, Siedler Verlag, München, 2006, Seiten 13-14

46 Ebenda, S.14

47 Vgl. Kaufmann, Stephan in einem Interview mit Sachs, Jeffrey D. zum Anlass des G8-Gipfels in Heiligendamm, Titel: „Ich will keine Entschuldigungen mehr hören“, *Berliner Zeitung*, 02/03.06.2007, S.11.

48 Mandela, Nelson: *Der lange Weg zur Freiheit*, Spiegel Verlag, Hamburg, 2006/07, S.53.

49 Begriff stammt vom Zukunftsforscher F. J. Radermacher.

50 Die Tageszeitung TAZ, 20.10.2006, S.13 (online: www.taz.de/archiv/).

gleich ob die wahren Gründe sicherheitstechnischer, rassistischer, ethnischer, religiöser oder wirtschaftlicher Natur sind, in Wahrheit kennzeichnet jede gebaute Barriere ein deutliches und fatales Versagen der Politik, eine aggressive Unnachgiebigkeit der politischen Akteure und/oder eine menschenverachtende Mentalität im Sinne von *Profit geht über Menschen* – wenn es sein muss, auch mit Kriegsmitteln.⁵¹

3.3.2 USA, Europa und die Mauerkonstruktion

Politischer Kontext der israelischen Mauer

Mit dem Ende des *Kalten Krieges*, das mit dem Fall der Berliner Mauer (1989) begann, eskalierten in den 1990er Jahren anstatt der Ost-West-basierten bewaffneten Auseinandersetzungen einige ethnisch motivierten Kämpfe und Bürgerkriege, in denen es um die Machtübernahme oder um die Kontrolle von Gebieten mit exportierbaren Bodenschätzen ging. Zwischen 1990 und 2004 wurden weltweit insgesamt 57 größere bewaffnete Konflikte verzeichnet, nur 4 davon waren zwischenstaatliche Konflikte, und von den 53 internen Konflikten einzelner Länder ging es bei 29 um die Regierungsmacht und bei 24 um die Kontrolle über Regionen.⁵² Es sind Konflikte, bei denen ein *Prozess des Zerfalls staatlicher Macht*, vorangeht – ein Prozess, der den wichtigen gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört und der wiederum von der Politik begleitet und auf eine fatale Weise ergänzt wird.

Der deutliche Rückgang zwischenstaatlicher Konflikte minimiert einerseits die Wahrscheinlichkeit eines Horrorszenariums in Form eines nuklearen Krieges, das uns allen aus der Zeit des kalten Krieges bekannt ist – hier muss erwähnt werden, dass die verhältnismäßig vielen zwischenstaatlichen Konflikte aus der Zeit des kalten Krieges, mehr oder weniger, ein Resultat des Konfliktes zwischen beiden Lagern waren. Andererseits aber führt die gleichzeitige drastische Zunahme von Bürgerkriegen und ethnischen Auseinandersetzungen zu einer äußerst gefährlichen Entwicklung, nämlich dem Zusammenbruch von bisher funktionierenden multiethnischen Bindungen in den Konfliktländern. Ein überwiegend gesteuerter Konflikt, in dem sich die Angehörigen einer Kultur denen einer anderen überlegen oder durch diese bedroht fühlen, schafft Umstände, in denen ein erfundener *Zusammenprall der Kulturen*⁵³ vorangetrieben wird. Und die weltweite Eskalation, die einem solchen Szenarium folgte, wird von vielen Akteuren genährt, auch von den Neokonservativen in den USA. Denn diese fühlen sich bei einem kulturellen und/oder religiösen Zusammenprall mit ihren alt-neuen Ideen und Schwarz-Weiß-Einsichten über die politischen Verhältnisse in der Welt bestätigt.

Die heutige weltpolitische Landkarte wird von einer Tendenz zum Radikalen, zum Fundamentalismus in seinem weitesten Spektrum dominiert. Neben dem überall bekämpften islamischen Fundamentalismus (man spricht hier sogar von einer so genannten *Islamophobie*) bestimmen Ideologien und radikale Weltanschauungen weltweit die politische Landkarte wesentlich mit. Auch im Westen spricht man vom sogenannten ‚christlichem Fundamentalismus‘, der von den neokonservativen Machthabern in den USA bis Ende Januar 2009 angeführt und unterstützt wurde und, der im Rahmen der Bekämpfung des sogenannten internationalen Terrorismus das Denken und Handeln der westlichen Welt bis heute bestimmt.

USA: Schurkenstaaten und das ‚strict father model‘ der ‚neocons‘

Im oben beschriebenen internationalen politischen Kontext konnten die israelischen Regierungen immer wieder ihre destruktive Planung für die besetzten arabischen Gebiete ungehindert fortsetzen. Und dennoch konnte Israel diese Pläne nur äußerst subtil und mit schleichenden Schritten umsetzen. Der Bau eines für Frieden und Sicherheit in Palästina folgereichen interregionalen Monumentes wie der israelischen Mauer, bedurfte weit mehr als *nur* der Verfügung über militärischer ‚Macht‘, die Israel zweifelsohne besaß und besitzt. Es musste politisch etwas Außerordentliches passieren, damit Israel für eine solche Baumaßnahme so etwas wie eine machtpolitische *Absolution* von Seiten einer schützenden Großmacht bekommt. Und der Bau der israelischen

51 Chomsky, Noam: *Profit Over People – War Against People*, deutsche Ausgabe, Piper Verlag, München Zürich, 2006. Chomsky beschreibt hier, wie der Neoliberalismus den Profit über alles Menschliche stellt und wie die Machtpolitik der USA die Menschenrechte missbraucht, um ihre Gewaltanwendung gegen so genannten Schurkenstaaten zu legitimieren.

52 Statistik nach: Friedensforschungsinstitut ‚Sipri‘ in Stockholm, in: Atlas der Globalisierung 2007 a.a.O., S.48 (Die neue Geopolitik- Das Ende der Blöcke und die neuen Kriege).

53 Vgl. das kontrovers diskutierte Buch von Samuel Phillips Huntington: *The Clash of Civilizations* (Kampf der Kulturen, 1996), in dem sich Huntington gegen die Vorstellung einer universellen Weltkultur, wie sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 und dem Ende des Kalten Krieges unter anderem von Francis Fukuyama (Das Ende der Geschichte, 1992) vertreten wurde. Erstmals erschienen Huntingtons Thesen im Sommer 1993 in der renommierten Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik ‚Foreign Affairs‘.

Mauer zwischen Israel und der West Bank konnte erst nach dem 11. September 2001 vom israelischen Parlament beschlossen werden. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markieren bis heute eine Zeitenwende und sie entfachten einen bis heute andauernden hysterischen ‚Krieg gegen den Terror‘, der in den USA begann und dann ein fundamentaler Bestandteil der politischen Agenda des Westens und einer Vielzahl von Ländern der Staatengemeinschaft wurde. Die offensive Natur dieses Krieges wurde von einer Reihe präventiver Maßnahmen und repressiver Gesetzesänderungen abgerundet, die die bürgerlichen Rechte in den USA stark einschränkten.⁵⁴ Die so genannte *Bush-Doktrin* vom September 2002 erklärte zukünftige Präventivkriege für legitim, was sehr bald die geopolitische Landkarte, vor allem im Nahen und Mittleren Osten, stark formen sollte.

Äußerst wichtig und in seiner Wirkung bestimmend an der Zeit nach den Terroranschlägen war, dass führende Vertreter der *Bush-Regierung* dem Lager der Neokonservativen (*Neocons*) zugerechnet wurden⁵⁵, einer besonderen Form des Konservatismus in den USA, die programmatisch jede Art sozialdemokratischer Politik definitiv ablehnt. Die Neokonservativen verfolgen eine politische Linie bzw. eine *neokonservative Programmatik*, die *drei* Eckpfeiler hat:

1. Ein außenpolitisch relevanter ‚hegemonialer Unilateralismus‘⁵⁶: die führende Rolle der USA soll weltweit auch mit kriegerischen Mitteln – im Gegensatz zu traditionellen Konzepten der Demokratie und des Völkerrechts – durchgesetzt werden;
2. Innenpolitisch verfolgen die *neocons* einen soliden Wertkonservatismus und die Betonung einer straffen gesellschaftlichen Hierarchie; und
3. Die Bevorzugung eines neokonservativen Marktkapitalismus, in dem Marktmechanismen sozialstaatliche Arrangements ersetzen.

Ideologisch schöpfen die *neocons* doktrinär aus dem so genannten ‚Strict Father Model‘, das *James Dobson* in seinem Buch ‚*the new dare to discipline*‘ propagierte. *Dobson* war ein überzeugter Anhänger des Freimarktkapitalismus und, ganz im Sinne von *Adam Smith (law of nature)*, strikt gegen den Wohlfahrtsstaat.⁵⁷ Die Moralität der *neocons* dreht sich um Fragen wie ‚Autorität‘, und ‚Kontrolle‘, wobei sich die Bedeutung des Begriffes ‚Kontrolle‘ sowohl auf Selbstkontrolle wie auch auf die *Kontrolle über andre* ausdehnt. Daraus folgen zwangsläufig andere Werte wie ‚Disziplin‘, ‚profitmotiviertes Privateigentum‘ im Sinne von ‚weniger Staat‘ sowie ‚Hierarchie versus. Gleichheit‘.⁵⁸

Als neue Machthaber im Weißen Haus hätten die *neocons* auch ohne die Anschläge des 11. Septembers für einige sehr umstrittene außen- wie auch innenpolitische Anordnungen gesorgt. Wenige Monate nach der Wahl von G. W. Bush zum 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Januar 2001, sagte dieser zum ehemaligen schwedischen PM Göran Persson: „Irre, dass ich gewonnen habe. Ich trat an gegen Frieden, Wohlstand – und gegen den Amtsinhaber“.⁵⁹ Bush, der mit dieser Aussage faktisch die Programmatik der Neokonservativen zusammenfasste, merkte nicht dass eine Fernsehkamera noch lief und diese markante Aussage des weltmächtigsten Mannes dokumentierte. Das US-amerikanische unilaterale Handeln verärgerte bereits vor der Bush-Regierung viele, darunter auch befreundete, Staaten und Völker in der Welt. Die Terroranschläge gaben der neokonservativen Agenda eine noch explosivere Wirkung, denn mit dem erklärten *Krieg gegen den Terror* wurden die Staaten der Weltgemeinschaft in zwei Kategorien bzw. in zwei Kästen eingeordnet: die ‚zivilisierten‘ und die ‚Schurken‘ Staaten. Was man in allen Kriegen, die dem 11. September folgten (gegen Afghanistan und den Irak) erlebt hat, war eine unmittelbare Umsetzung des neokonservativen ‚*Strict Father Model*‘ auf die internationale Politik – die UNO, das Völkerrecht und alle konventionellen diplomatischen zwischenstaatlichen Spielregeln wurden mit

54 Durch die „Mundtotmachung“ durch die Bush-Administration existiert seitdem kaum noch eine ‚öffentliche Debatte‘ bzw. ein freier ‚vernünftiger Meinungs-austausch‘ über Themen, die das Land beschäftigen, sobald diese nicht mit dem Mainstream konform gehen. Nach dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore ist dieser Umstand ein Angriff auf die tatsächliche Grundlage der amerikanischen Demokratie. Mehr zu diesem Thema in: Gore, Al: Angriff auf die Vernunft, Riemann-Verlag, München, 2007.

55 In der Regierung G. W. Bush wurden eine Reihe einflussreicher Politiker dem Lager der Neokonservativen zugerechnet, darunter neben Dick Cheney und Donald Rumsfeld: Richard Perle, Paul Wolfowitz, Douglas Faith (Verteidigungsminister), John Bolton (Außenministerium) und Lewis Libby (Chief of Staff unter Cheney).

56 Dieser Ausdruck stammt vom deutschen Philosophen und Soziologen J. Habermas, wird jedoch im Kontext der einpoligen Weltpolitik nach Ende der Blöcke des kalten Krieges (1948-1991) sehr oft benutzt. Siehe z. B. ‚Die unpopuläre Macht‘ in: *Atlas der Globalisierung 2007 ... a.a.O.*, S.54.

57 Mehr zu diesem Modell in: Lakoff, George: *don't think of an elephant*, Chelsea Green Publishing Co., White River Junction, Vermont, 2004, S.6-10. Siehe auch das Buch dsgl. Autoren: *Thinking Points - Communicating American Values and Vision*, Farrar, Straus and Giroux, New York, 2006, S.57-61.

58 Lakoff, George, *Thinking Points ... a.a.O.*, S.59.

59 Georg W. Bush, zitiert in: Moore, Michael: *Stupid White Men – eine Abrechnung mit Amerika unter George W. Bush*, Piper Verlag, München, 2004, S. 5. Der amerikanische Text des Filmemachers Michael Moore wurde vor dem 11. September 2001 abgeschlossen.

einem Federstrich der US-Regierung übergegangen. Ferner erlaubten sich die USA der Ära G. W. Bush die globale moralische Pflicht im Namen der zivilisierten Welt einen Demokratisierungsprozess auf dem Globus, insbesondere in den Ländern die von den *Neocons* als die Verkörperung von Huntingtons *Zusammenprall der Kulturen*, sprich als *Schurkenstaaten*, eingestuft wurden, militärisch durchzusetzen – Nach Afghanistan (2001/02) und dem Irak (2003) müssen sich Staaten vorsehen, die als *Schurkenstaaten* gebrandmarkt sind, denn sie alle können jeder Zeit die neue Zielscheibe einer neuen sich als zivilisatorisch bekennenden Kriegsmaschinerie der Demokratisierung werden.

USA: Selbstverteidigung versus ‚Internationale Anarchie‘

Mit dem Ende des Kalten Krieges und beschleunigt durch die Globalisierung, bringen Politikwissenschaftler dem Völkerrecht und der wissenschaftlichen Beschäftigung mit seinen Inhalten, Formen und Prozessen insbesondere im Kontext der Global-Governance-Forschung mehr und mehr Interesse entgegen.⁶⁰ Neokonservatismus bzw. Neoliberalismus in seiner heutigen radikalen Form nahmen bereits ab Anfang der 1980er Jahre, also in der Zeit vom konservativen Präsident *Ronald Reagan* (1981-1989) in den USA sowie von der britischen Premierministerin *Margret Thatcher* (1979-1990) seinen Anfang; in dieser Umbruchzeit sprach man von *Reaganismus* und *Tatcherismus*. Die Außenpolitik Reagans war nicht nur eine Politik der Stärke, sondern sie war überwiegend von seinem Antikommunismus geprägt. Die USA versuchten in diesem Sinne, oft mit britischer Hilfe, mittels einer Reihe „Schmutziger Kriege“ vor allem in Lateinamerika, hegemonial ihre neokonservativen politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Welt zu forcieren.⁶¹ Diese Politik der Stärke setzte sich auch in der Zeit von *George Bush* (1989-1993), z. B. während des zweiten Golfkrieges 1990/91, fort.

Die Ereignisse der jüngeren Geschichte nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 und dem damit verbundenen *Krieg gegen den internationalen Terror*, geben zunehmend Anlass zum Nachdenken über das Verhältnis von Macht/Politik auf der einen Seite und Recht/Ethik auf der anderen Seite.

Der anlässlich des Irak-Krieges im Jahre 2003 konkretisierte Anspruch der USA unter ihrem Präsidenten G. W. Bush, das Recht zur präventiven bzw. präemptiven Gewaltanwendung zu besitzen, eignet sich beispielhaft zur Illustration der Schieflage im Verhältnis von Macht und (internationalem) Recht. Dieser Krieg, genauso wie der Krieg in Afghanistan, liefert den Anstoß für eine breite Debatte über die Rechtsgrundlagen der Gewaltanwendung angesichts der namentlich durch den internationalen Terrorismus veränderten sicherheitspolitischen Lage in der Welt. Befürworter vertreten in diesem Kontext die Auffassung, dass die neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Kriege wie den im Irak rechtfertigen würden. Kritiker argumentieren hingegen, dass mit dem bekanntlich ohne Mandat der Vereinten Nationen geführten Krieg die Autorität der UNO geschwächt und das gültige *Völkerrecht* in außergewöhnlicher Art und Weise verletzt worden sei. Wir wissen inzwischen, dass der unter Hinweis auf das *Selbstverteidigungsrecht* erfolgten Intervention der USA in den Irak, fabrizierte Beweise und (absichtsvolle) Fehleinschätzungen zu Grunde lagen. Bis dato galt in der Weltpolitik überwiegend die Idee, dass die Politik dem Recht folgen müsse, sprich die Zauberformel ‚Frieden durch Recht‘. Mit dem Irak-Krieg wurde dieser Idee fürs Erste ein großer Schaden zugefügt.

Die Gefahr des unilateralen Verhaltens der USA im Irak-Krieg ist nicht nur die Zerstörung eines zentralen Landes und dessen Zurückwerfung in mittelalterliche Verhältnisse. Nach Meinung der Politikwissenschaftlerin *Ruchi Anand* soll dieser US-geführte Krieg gegen den Irak gleichsam „die Büchse der Pandora“ geöffnet haben, die voll ist mit Fragen über die Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von *vorgreifender Selbstverteidigung*.⁶² Die Wissenschaftlerin *Anand* hält den US-Verweis auf ihr Selbstverteidigungsrecht im Falle des Irak-Krieges, für eine „arrogante und rücksichtslose (Mis)-Interpretation des internationalen Rechts, um illegale Manöver in der internationalen Politik zu rechtfertigen“.⁶³ Sie stellt fest, dass es im Internationalen recht drei grundsätzliche Zwangslagen gibt, die zur heutigen Schieflage im Verhältnis von Macht und Recht geführt haben können:

1. Die internationale Anarchie, die auf (a) das Fehlen von Führung, (b) die Abwesenheit von Hierarchie, (c)

60 Global Governance – oder Weltinnenpolitik, Weltordnungspolitik, Globale Ordnungs- und Strukturpolitik – ist eine Bezeichnung für internationale Politik, bei der kooperative Entscheidungen dezentral auf freiwilliger Basis ohne bestimmende Regierung oder Obrigkeit getroffen werden. Ziel dieser multilateralen Politik ist das Lösen globaler Probleme auf der Basis eines gemeinsamen Konsens zwischen nationalstaatlichen Organen und unabhängigen Organisationen. Zu diesem Thema, vgl. die Arbeiten und Beiträge von Politikwissenschaftlern wie beispielsweise Dirk Messner, Franz Nuscheler und Ruchi Anand, aber auch von Franz Josef Radermacher.

61 Z. B. Schmutziger Krieg gegen Aufständische und politische Gegner in El-Salvador und der Contra-Krieg in Nicaragua, sowie die Unterstützung von Militärdiktaturen wie Chile, Guatemala und Uruguay.

62 Anand, Ruchi, *Self-Defense in International Relations*, Palgrave MacMillan (Publisher), Rasingstocke, 2009, S.2.

63 Ebenda.

das Fehlen von offiziellen Regierungsinstitutionen, sowie (d) das Fehlen einer rechtmäßigen Regierung, auf internationaler Ebene hindeutet;

2. Die fehlende Multipolarität, die wir heute in der Tatsache miterleben, nämlich dass die USA der meist dominierende Staatsakteur in den internationalen Beziehungen sind; und
3. Die dezentrale Natur des internationalen Rechts, die darauf hindeutet, dass obwohl es Vorschriften gibt, die alle Aspekte des internationalen Rechts regeln, keine Ausführungsorgane („Zähne“) existieren, um diese Regeln durchzusetzen.⁶⁴

Diese Umstände in der Weltpolitik verursachend und nutzend zugleich, bewirkten die USA mit ihren Maßnahmen der *Selbstverteidigung* einen für den Weltfrieden gefährlichen Präzedenzfall für andere Staaten, die *Selbstverteidigung* in Betracht ziehen, damit sie Konflikte, in denen sie verwickelt sind, lösen bzw. vorantreiben können. Und „andere Staaten könnten das US-Modell der Selbstverteidigung benutzen, um Aggressionsakte gegen ihre regionalen Opponenten zu rechtfertigen. (...) In einer Pressekonferenz sagte Präsident Bush: ›wenn es um unsere Sicherheit geht...brauchen wir wirklich die Erlaubnis von Niemandem.‹ Was, wenn jedes andere Land der gleichen Maxime folgen würde? Das wär das perfekte Rezept für die Plage eines anderen Weltkrieges“.⁶⁵

Rechtlose Menschen in rechtlosen Räumen

Eine der gefährlichsten Nebenerscheinungen des ‚Kriegs gegen den Terror‘ ist das Kreieren eines neuen *Feindbildes*, das die Sowjetunion des vergangenen Kalten Krieges ersetzen soll – und das tat es auch. Die Politik und die Medien arbeiten Hand in Hand, die Angst vor dem Islam zu schüren, um die Kriege der G. W. Bush-Administration und ihrer Alleierten ausschließlich in den *islamischen* Ländern zu begründen – in Afghanistan, im Irak und in Palästina. Zwei Begriffe gewinnen seitdem zunehmend an Bedeutung: ‚Islamophobie‘ und ‚Arabphobie‘, die man keineswegs vom Begriff ‚Xenophobie‘ – der wissenschaftlichen Bezeichnung der ‚Fremdenfeindlichkeit‘ in der Sozialpsychologie – ableiten soll. Vorurteile, Misstrauen und Missverständnisse haben schon immer auf beiden Seiten existiert. Und der Westen ist nicht alleine daran schuld. Es existieren unter den Moslems gewiss radikal-fundamentale Ströme, die bedingungslos feindselig gegenüber dem Westen gesinnt sind und die im Zuge ihrer eigenen ‚Westophobie‘ die westliche Zivilisation mit ihren enormen wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften grundsätzlich ablehnen. Sie agieren im Namen der Religion und hinterlassen mit ihren radikalen Taten ein verzerrtes bzw. verfälschtes, aber haftendes Bild der islamischen Religion und Kultur. Der Schaden, den sie dem Islam und den Moslems gegenüber anrichten ist irreparabel, denn plötzlich sind Politik, Medien und folgerichtig auch westliche Gesellschaften für radikale und vor allem *kollektive* Maßnahmen gegenüber ihren seit Jahrzehnten koexistierenden moslemischen Mitbürgern empfänglich, selbst wenn diese zumeist juristische Maßnahmen dem Grundgesetz bzw. der demokratischen Verfassung nicht konform sind.

In Wahrheit hinterließ G. W. Bushs Krieg gegen den sogenannten ‚Internationalen Terror‘ bis heute eine offene Wunde, die neben den unzähligen Kriegen in der Welt, neben Krankheit, Armut, Rückständigkeit und Analphabetismus, unsere Erde an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Doch die am meisten beunruhigende Gegebenheit bzw. Nebenerscheinung dieses gegen einen zumeist unsichtbaren *Subjekt*-Feind erklärten Krieges ist der Umstand, dass *er* von zwei eigenartigen Aspekten besonders stark geprägt wurde, nämlich

1. die Tatsache, dass dieser Krieg gegen ein *Subjekt* namens ‚Terror‘ erklärt und äußerst massiv geführt wurde, ohne je genau zu definieren, was und wer mit ‚Terror‘ überhaupt gemeint ist; und
2. die Tatsache, dass mit diesem Krieg *militärisch-räumliche Praktiken* umgesetzt wurden, die eine neue Qualität in der Beziehung zwischen Macht und Raum herstellten: Werkzeuge der Raumplanung werden hier neu inszeniert, um *rechtsfreie Räume* zu kreieren, in denen Menschenrechte schwer verletzt werden.

In *US Naval Base Guantánamo Bay* (US-Marine-Stützpunkt südlich der *Guantánamo-Bucht* auf Kuba) wurden Al-Qaida-Häftlinge von der Bush-Administration willkürlich als „Ungesetzliche Kombattanten“ definiert, „die nach den Genfer Konventionen keine Rechte haben“.⁶⁶ So wurde ihnen von Seiten der Bush-Administration keine verfassungsmäßigen Rechte zugestanden und mit Hilfe der präventiven Maßnahmen sowie der *Bush-Doktrin* vom

⁶⁴ Anand, Ruchi, *Self-Defense in International ... a.a.O.*, S.11.

⁶⁵ Ebenda, S.99.

⁶⁶ Donald Rumsfeld, US-Verteidigungsminister in der G. W. Bush-Administration, in einer Pressemitteilung im Januar 2002, zitiert in der Zeitschrift *AnArchitektur. Produktion und Gebrauch gebauter Umwelt*, Nr. 04, Februar 2003, S.14.

September 2002 können sie auf unbestimmte Zeit – ohne Haftprüfung oder angemessenes Gerichtsverfahren – festgehalten werden.

In Guantánamo wurde in einer Art Testgebiet ein ‚paralleles Rechtssystem‘ entwickelt, dem auch *Ungesetzliche Kombattanten* außerhalb Guantánamos unterworfen werden können. Guantánamo ist für die amerikanische Führung unter *Bush* juristisch eine Art *Non-Entity-Territory*, die Häftlinge *extritoriale Wesen* – und beide *rechtlose Objekte*. Die zunächst ortsbegrenzte Aufhebung der rechtlichen Ordnung im Experiment Guantánamo wird so zu einer neuen Ordnung, die nicht mehr territorial gebunden ist.⁶⁷ Ähnlich wie in den von Israel besetzten arabischen Gebieten, wird hier mit Hilfe von Raumplanung ein Mechanismus entwickelt, der den Raum in eine strategische Waffe zur physischen Bestrafung der *Regime*-Gegner umfunktioniert.



Abb. 3-2: Naval Base Guantánamo Bay – ein ‚rechtloser Raum‘.

Insofern ist das eine neue Rolle, die die USA an sich reißt: nach Jahre langer beinahe bedingungsloser Unterstützung der israelischen politischen und räumlichen Praktiken in den besetzten Gebieten, werden die USA im Zuge des *Krieges gegen den Terror* selbst zum Akteur dieser Praktiken – und das weltweit: in Guantánamo, in Afghanistan, im Irak und in den auf dem Globus verstreuten CIA-Geheimgefängnissen (höchstwahrscheinlich auch in Europa).⁶⁸

Die Palästinenser – obwohl sie sich seit 1991 in oft sinnlosem Rennen um ein Friedensabkommen mit einem übermächtigen Israel befinden – blieben davon nicht unberührt, ganz im Gegenteil.

09/11 und die politische Symbiose zwischen Israel und den USA

Die Anschläge des 11. Septembers 2001 verursachten eine Stimmung, mit derer Hilfe der politische Rahmen für die *Rechtfertigung* einer faktisch seit vielen Jahrzehnten existenten radikalen israelischen Nahostpolitik geschaffen wurde. Dank dieser außerordentlichen politischen Atmosphäre gelang es Ariel Sharon zum ersten Mal und mit massiver Hilfe der in ihrem Stolz verletzten Großmacht USA – gerade von einer neokonservativen Administration regiert, die den israelischen Ultrarechten sehr nah stand – den Widerstand der Palästinenser gegen eine blutige militärische Besatzung ihres Landes politisch abzuwerten und auf ein so tiefes Niveau zu bringen, dass man im Westen allgemein diesen Widerstand in direkter Analogie mit dem internationalen Terror bringt – mit allen politischen und militärischen Konsequenzen, von der Isolierung der politischen Führung der Palästinenser über die außergerichtliche Liquidierung palästinensischer Aktivisten bis hin zur unverhältnismäßigen Kriegsführung der israelischen Armee gegen palästinensische Städte. Der israelische Likud-Politiker *Benjamin Netanyahu* konnte seine Freude über die Anschläge nicht unterdrücken und gab auf die Frage, was die Anschläge für die Beziehungen zwischen den USA und Israel bedeute, folgende Antwort: „Es ist sehr gut“. Dann korrigierte er sich: „Eigentlich nicht sehr gut, aber sie werden sofortige Sympathien [mit Israel] hervorrufen“. Dann

⁶⁷ Mehr über Raum und Recht in Guantánamo, siehe ‚AnArchitektur. Produktion und Gebrauch gebauter Umwelt‘, Nr. 04 Februar 2003.

⁶⁸ Die parlamentarische Versammlung des Europarats beauftragte im November 2005 den Schweizer Staatsanwalt Dick Marty mit Ermittlungen zu den „außerordentlichen Überstellungen“ („extraordinary renditions“) von Terrorverdächtigen durch die CIA. Die „Washington Post“ berichtete erstmals über so genannte „Black Sites“ (US-Geheimgefängnisse) in verschiedenen Teilen der Welt. In einem Bericht Marty heißt es, mehr als ein Dutzend europäische Länder seien an einem weltweiten Netz von geheimen Gefängnissen und Häftlingstransporten der CIA beteiligt gewesen. Marty räumt jedoch ein, er könne seine Behauptung, die CIA habe Geheimgefängnisse in Polen und Rumänien unterhalten, nicht beweisen. Siehe Marty's Bericht online unter: http://assembly.coe.int/CommitteeDocs/2007/EMarty_20070608_NoEmbargo.pdf.

prophezeite er, dass die Anschläge „die Bindung zwischen unseren beiden Völkern stärken, weil wir Terror über so viele Jahrzehnte durchgemacht haben, die Vereinigten Staaten haben aber jetzt eine durch den Terror verursachte massive Ausblutung“. ⁶⁹ Ariel Sharon sprach von den „gemeinsamen Werten“ und den „Kräften des Bösen“ ⁷⁰, die man gemeinsam besiegen kann.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 brachten in den USA eine nie da gewesene Zerstörung und mehr als drei Tausend Todesopfer mit sich – aber auch eine neue politische Qualität, nämlich die „politische Symbiose zwischen den USA und Israel“ ⁷¹, die eigentlich seit der Staatsgründung als ein wichtiges politisches Phänomen immer existierte, hier jedoch erstmalig öffentlich wurde. An jenem Tag waren alle bekannten Gesichter israelischer Politiker (Peres, Sharon, Barak und *Netanyahu*) auf allen US-Bildschirmen zu sehen. Alle behaupteten, dass der Terror, den die amerikanische Bevölkerung erlitten hätte, identisch mit dem Terror sei, der in Israel seit seiner Gründung wütet. Den amerikanischen Zuschauern wurde dadurch eine äußerst simple und eindeutige Botschaft vermittelt: *Israels Feinde seien auch Amerikas Feinde* – Eine Sprachregelung, die von neokonservativer Seite immer wieder benutzt wird, um die enge Verbindung zwischen Israel und den USA herzustellen: „Israels Kampf gegen den Terror ist unser Kampf, Israels Sieg ist ein wichtiger Teil unseres Sieges, aus moralischen und strategischen Gründen müssen wir an der Seite Israels in seinem Kampf gegen den Terrorismus stehen“ ⁷², stellte die rechtskonservative US-amerikanische Gruppe ‚PNAC‘ fest. Die Neokonservativen haben in *Osama Ben Laden* eine Brücke zur ideologischen Kriegsführung gegen ihre neuen Feindbilder und Schurkenstaaten gefunden. *Sharon* hat auch seinen eigenen palästinensischen *Ben Laden*, nämlich den Palästinenserführer und Israels ehemaligen Friedenspartner *Yassir Arafat*. Und endlich hat er dank seiner neuen Allianz mit *G. W. Bush* freie Hand, den Krieg gegen die Palästinenser weiter zu betreiben bis das Gefühl der Niederlage in ihrem Bewusstsein dermaßen verankert ist, dass sie an den *zionistischen Traum* glauben, der sich bis dato im palästinensischen Bewusstsein als Alptraum fest setzte.

Sharon, der die Osloer Verträge bereits vor seiner Wahl zum israelischen Premierminister für tot erklärte, ließ sehr bald den Drohungen Taten folgen: in der Zeit zwischen dem 18. und 21. Oktober 2001 wurden *sechs* palästinensische Städte von israelischen Streitkräften wieder besetzt, *fünf* weitere palästinensische Aktivisten wurden liquidiert, 21 Zivilisten kamen ums Leben und 160 wurden verletzt. Überall gab es Ausgangssperren – und all das wagt Israel mit dem US-Krieg gegen Afghanistan (US-amerikanische Operation ‚dauerhafte Freiheit‘) und den Terrorismus zu vergleichen.

Erst durch die oben genannte *Bush-Doktrin* vom September 2002, die den Begriff des „Ungesetzlichen Kombattanten“ – des ‚illegalen Soldaten‘ bzw. ‚terroristischen Soldaten‘ – schier erfunden hat, wurde die ‚außergerichtliche Liquidierung‘ palästinensischer Aktivisten durch die israelische Armee legitimiert. Die israelischen Politiker nutzten den außerordentlichen Umstand des 11. Septembers bzw. die *Bush-Doktrin* aus, um im selben Jahr (2002) ein Gesetz im Knesset absegnen zu lassen, das dem israelischen Staat erlaubt, die so genannten ‚illegalen Soldaten‘ – damit sind die palästinensischen Aktivisten und Militanten gemeint – außergerichtlich hinzurichten. Im Jahre 2006 erlaubte der israelische Hohe Gerichtshof (ICJ) in einem Gerichtsurteil dem Staat, diese Aktivisten als *Terroristen* zu töten. Bis dato haben die Zionisten und später der israelische Staat durch einige hundert politische Morde seit Ende der 1930er Jahre an palästinensischen, arabischen, britischen und anderen Aktivisten bzw. Kritikern der zionistischen Strategie in Palästina verübt. Jedoch wurde diese Liquidierung von Personen erstmals nach dem 11. September politisch, juristisch und militärisch-exekutiv legitimiert, da neben Politikern und Militärs – von Ben-Gurion über Golda Meir bis hin zu Ehud Barak, *Netanyahu* und Sharon – selbst die israelische Justiz aktiv an diesen Morden beteiligt sind. ⁷³ Jetzt, nach der juristischen Legitimierung (nur vor israelischen Gerichten) kennt die israelische Regierung keine Grenzen, weder politische noch militärische oder juristische, einen außergerichtlichen Mord an irgendwelchen aktiven Israelgegnern zu verüben. Und nach der neuen Philosophie sind sowohl der Tatort als auch die Attentatsopfer genauso wie im Falle des *US*

69 New York Times, 12.09.2001: A day of Terror. The Israelis: spilled Blood is seen as Bond that draws 2 Nations Closer, by James Bennet, Online: <http://www.nytimes.com/2001/09/12/us/day-terror-israelis-spilled-blood-seen-bond-that-draws-2-nations-closer.html>.

70 Ebenda.

71 Watzal, Ludwig: ‚Die Israelisierung der Welt‘, in der Zeitschrift *International*, 3/2004.

72 Die rechtskonservative ‚Project for an New American Century‘ (PNAC) in einem Schreiben an G. W. Bush vom 03.04.2002, zitiert in: Watzal, Ludwig: *Die Israelisierung der Welt ... a.a.O.*

73 In der ersten Phase des politischen Mordes von Seiten der Zionisten, wurden diese Attentate durch die militanten zionistischen Terrororganisationen verübt (Vgl. Abschnitt 2.6.4 dieser Arbeit). Über viele der politischen Morde dieser Zeit haben die Zionisten geschwiegen bzw. sie hatten ihre Terroraktivitäten nicht zugegeben. Später prahlten israelische Politiker und bezeichneten diese Taten als für die Unabhängigkeit der Juden notwendige Heldentaten. Nach Staatsgründung wurden die politischen Morde der israelischen Geheimdienst bzw. der israelischen Armee politisch und militärisch, seit 2002 durch das Segen und das Vorbild der US-Regierung sogar juristisch quasi legitimiert.

Naval Base Guantánamo Bay rechtlose Objekte.

Jedes Widerstandsrecht wird den Palästinensern abgesprochen und Widerstand wird grundsätzlich mit Terror gleichgestellt. Selbst friedliche Widerstandsmechanismen gegen die Besatzung werden von Israel, von den USA sowie von vielen europäischen Regierungen mit Misstrauen gesehen. Das verstößt jedoch offensichtlich gegen einige UNO-Resolutionen, die das Recht der Völker auf Widerstand gegen koloniale und fremde Mächte sowie gegen rassistische Regimes bekräftigen.⁷⁴ Hier wird die Tatsache ausgeblendet, dass die europäischen Völker insgesamt das Geschehen in Palästina bzw. im Mittleren Osten als nicht haltbar empfinden. Das zeigen die Hunderttausende von Demonstranten in den europäischen Hauptstädten, die eine militärische Einmischung ihrer Länder sowie das Vorgehen Israels gegen die Palästinenser und seinen Siedlungs- und Mauerbau in der West Bank ablehnen. Sie wollen, dass ihre Regierungen – ganz im Sinne der eigenen nationalen Sicherheit – eine aktivere politische Rolle im Nahen Osten spielen, eine Politik, die einen gleichen Abstand zu beiden Konfliktparteien hält und folglich eine gerechte und tragbare Lösung des Palästinaproblems ermöglicht. Nach Wunsch der westlichen Staaten sollen die Palästinenser auf Gewalt und Widerstand verzichten. Jedoch fordern sie die israelische Seite im besten Fall dazu auf, Gewalt gegen Palästinenser *angemessen* anzuwenden. Das Prinzip der Gewaltanwendung gegen die machtlose palästinensische Zivilbevölkerung bzw. ihren Lebensraum, wird hingegen vom westlichen politischen und medialen Mainstream als ein Akt der Selbstverteidigung nicht nur geduldet, sondern auch politisch, logistisch, finanziell und sogar militärisch unterstützt.



Abb. 3-3: Ein ganzes Volk unter dringendem Verdacht.

Wie in Israel selbst, existieren auch in den westlichen Ländern seltsamerweise „doppelte Standards in der Wahrnehmung von Terrorismus“.⁷⁵ Dieser Umstand ist deswegen seltsam, da man im Westen die israelischen Praktiken in den besetzten Gebieten und in Israel selbst (gegen die arabische Bevölkerung Israels) kaum kritisieren kann und darf, während man dies in Israel frei tut. Die gewöhnlichste Reaktion der Israel-Lobby auf eine Kritik der israelischen Politik, und sei es selbst von Seiten bekennder Freunde Israels, ist der Vorwurf des Antisemitismus.⁷⁶ Das trifft insbesondere auf die europäischen Staaten zu, die eine wirklich komplizierte und historisch belastete Beziehung zum hebräischen Staat verbindet, eine Beziehung, die mehr auf historischer Erbsünde denn auf echter Freundschaft oder gleicher Partnerschaft basiert. Grundsätzlich haben die Europäer ernsthafte Schwierigkeiten, sich wie *normale* kritische Freunde gegenüber der israelischen Politik zu verhalten – zum Unmut der anderen Konfliktseite, insbesondere der Palästinenser.

Man darf auch hier nicht übersehen, dass es immer noch sehr viele konservative europäische Politiker gibt, die

⁷⁴ Bekanntesten Resolutionen der UNO-Generalversammlung sind hier: Res. 3103 (XXVIII) vom 12. Dez. 1973 (Grundsätze des rechtlichen Status von Kombattanten, die gegen koloniale und fremde Herrschaften sowie rassistische Regimes kämpfen) sowie Res. 2621 (XXV) vom 12. Okt. 1970.

⁷⁵ Eldar, Akiva: Israel has a double standard on feeling ‚terrorists‘, Haaretz, 28.12.2009, online unter: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1138124.html>.

⁷⁶ Dieses Thema beschäftigte einige Forscher, zumeist jüdische, die die Instrumentalisierung des Holocaust zur Mundtotmachung der Israel-Kritiker, kritisierten. Siehe z. B. Finkelstein, Norman G.: *Antisemitismus als politische Waffe: Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte*, Piper Verlag, 2008; und vom gleichen Autor: *Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird*, Piper Verlag, 2009; sowie Mearsheimer John J. & Walt, Stephen M.: *Die Israel-Lobby: Wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird*, Campus Verlag, 2007.

Israel nicht nur bedingungslos unterstützen, sondern auch das Schicksal Europas fatalerweise mit dem von Israel in eine unzertrennliche Korrelation bringen. Eines der jüngsten dieser Meisterstücken der Verteidigungsplädoyers von Israels Politik, war der dramatische Auftritt des ehemaligen konservativen spanischen Ministerpräsidenten (1996-2004) und enger Verbündeter des G. W. Bushs, *Jose Maria Aznar*, in einem Artikel in der britischen Zeitschrift ‚The Times‘ am 17. Juni 2010. Aznar verteidigte in diesem Artikel den israelischen Angriff gegen die ‚Friedensflotte für Gaza‘ (siehe Abschnitt 4.4.1), in dem mindestens 9 türkische Friedensaktivisten in einer abenteuerlichen Aktion der israelischen Armee getötet wurden. Aznar verteidigte diesen (nach Meinung der überwiegenden Mehrheit der Weltöffentlichkeit) Akt der *staatlichen* Piraterie und bezeichnete sie als einen Akt der ‚Selbstverteidigung‘. Er meint, der Westen brauche (im Kontext der zunehmenden Kritik an Israels Politik, auch von europäischer Seite) einen „Wiederaufbau seiner Werte“ und er sei tief besorgt über die Welle der Aggression gegen Israel und möchte ermahnen, dass die Stärke Israels Europas Stärke bzw. Israels Schwäche Europas Schwäche sei. Die Verteidigung Israels sei die Verteidigung der westlichen Werte, auch wenn die europäischen Demokraten hin und wieder mit der Politik Israels nicht einer Meinung seien. Und schließlich meint er:

„Das Verhalten derjenigen westlichen Staaten, die auf Seiten derer stehen, die die Legitimität Israels in Frage stellen, für diejenigen die in internationalen Körperschaften [Menschenrechtsorganisationen] mit israelischen vitalen Sicherheitsangelegenheiten spielen – jene Staaten, die die Gegner der westlichen Werte beruhigen statt aufzustehen und diese Werte kräftig zu verteidigen – ist nicht nur ein schwerer moralischer, sondern auch ein strategischer Fehler der ersten Größenordnung. Israel ist ein fundamentaler Teil des Westens. Der Westen ist das, was er dank seiner jüdisch-christlichen Wurzeln ist. Sollte das jüdische Element dieser Wurzeln weggeworfen werden und Israel untergehen, dann gehen wir auch unter. Ob wir Israel mögen oder nicht, unser[e] Schicksal[e] ist [sind] untrennbar aneinander verknüpft.“⁷⁷

Interessant und zynisch zugleich sind hier die ‚westlichen Werte‘ in deren Namen Aznar diese Liebeserklärung zu Israel macht, die der israelische Staat noch nie in seiner Geschichte praktiziert hat. Noch zynischer ist diese Verbindung der westlichen Werte mit den biblischen jüdisch-christlichen Wurzeln, und das ausgerechnet von einem ultrakonservativen katholischen Politiker, dessen Land die Verfolgung der Juden, nach einer 800 jährigen Zeit des in der Geschichte der Menschheit beispiellosen Koexistenz aller Glaubensrichtungen, ins Rollen brachte und überhaupt die Judenfrage in Europa quasi erschaffen hat. Das Interesse von Aznar und seinen neoliberalen Gleichgesinnten gilt in erster Linie dem Angstschüren vor dem Islam und folglich der Kontrolle über den ressourcenreichen Nahen Osten. Ihren Beistand zu Israel mit den demokratischen Werten (die es in Israel in Wahrheit nicht gibt) oder gar mit den jüdischen Wurzeln ihrer christlichen Kultur zu argumentieren, ist unglaubhaft und grenzt an die Heuchelei.

Europäische Nahost-Politik, gibt es sie?

An dieser Stelle ist es unumgänglich, sich über die europäische Rolle im Nahen Osten Gedanken zu machen – diese Rolle ist eigentlich seit dem Beginn der Madrider Friedensgespräche (1991) und nach einer euphorischen Phase der relativen Öffnung zur anderen Seite des Konfliktes, den Arabern, seit Ende der 1970er Jahre, von einem äußerst seltsamen und, wie es sich herausstellen sollte, kontraproduktiven Passivismus und einer quasi rein formalen Beteiligung Europas am Friedensprozess gekennzeichnet.

Charakteristisch für diese Passivität war die Schiefhaltung des ehemaligen deutschen Außenministers *Joschka Fischer* in Bezug auf den Bau der israelischen Mauer. Er riet der palästinensischen Führung ernsthaft davon ab, wegen des Mauerbaus vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu gehen, um dort für ihr Anliegen zu kämpfen. Ein nur schwer nachvollziehbarer Rat von Seiten eines Politikers, dessen Land und Volk Jahrzehnte lang durch eine unmenschliche Maueranlage, die die Nachkriegsgeschichte und den kalten Krieg wesentlich prägte, auseinander gerissen wurden. Diese deutsche Schiefhaltung war in diesem Konflikt mehr oder weniger stellvertretend für die Schwäche und Gespaltenheit der gesamteuropäischen Politik. Das, obwohl die Europäer in kaum einer anderen Weltkrise so vereint erscheinen, sowohl über Ursachen als auch über Lösungsansätze, wie im Fall des Nahost Problems.

Und obwohl die Europäer, geopolitisch gesehen, die nächsten Nachbarn der arabischen Welt sind und, obwohl der Nahe Osten für sie von immenser strategischer Bedeutung ist, scheinen sie dort faktisch seit 1956, stärker aber seit 1967, im Beisein einer an ihre Stelle tretenden zunehmend dominanten Präsenz der amerikanischen Politik eine seltsam sekundäre Rolle zu spielen. Während die USA das Territorium aus dem unilateralen sicherheitstechnischen Blickwinkel sieht und die alleinige Kontrolle über die großen strategischen Achsen

⁷⁷ Aznar, Jose Maria: if Israel goes down, we all go down, The Times, 18.06.2010.

sucht, haben die Europäer hier – neben den realen akuten Problemen mit dem Nahen Osten (Sicherheit, illegale Einwanderung, Barcelona und ihre Bestimmungen,...) einen geoökonomischen Blickwinkel, der auf Dialog, Diplomatie und Vielfalt setzt. Und dennoch bleibt ihre Rolle im Nahen Osten weit unter dem Erwarteten und Gewünschten. Was wir heute ganz sicher brauchen ist eine Emanzipation von der europäischen Außenpolitik – auf den Nahen Osten bezogen sogar eine Abkopplung von der US-amerikanischen Nahostpolitik bzw. eine *Europäisierung* der europäischen Außenpolitik. Unter diesem Umstand leiden sowohl Araber als auch Europäer selbst, und am meisten der Friedensprozess als solches.

Grundsätzlich gibt es *drei* Aspekte, die als Haupthindernisse für eine effektive Europa-Nahost-Politik gesehen werden können⁷⁸:

1. Das Dilemma der europäischen Identität bzw. Union-Selbstdarstellung;
2. Das zerrissene arabische Regional-Staaten-System;
3. Die komplett einseitige Haltung der Supermacht USA zugunsten Israels;

Im Folgenden sollen diese Hindernisse für eine effektive europäische Nahostpolitik kurz geschildert:

Die europäische Identitätskrise

Das Phänomen der oben genannten kritiklosen Hinnahme der israelischen Politik im Nahen Osten, weitete sich mit neuer Wucht auf die neu aufgenommenen osteuropäischen Mitglieder der Europäischen Union aus, insbesondere Polen und der Tschechoslowakei – diese beiden Länder folgen beinahe bedingungslos dem politischen Vorbild der USA, manchmal sogar zum Unbehagen der europäischen Freunde, wie der Fall von G. W. Buschs Krieg gegen den Irak (2003) deutlich zeigte. Fairerweise muss man hier sagen, dass der US-amerikanische Krieg gegen den Irak aufgezeigt hat, wie sehr die Länder der europäischen Union, auch die westlichen, in sich gespalten bzw. unfähig waren, eine Übereinkunft bezüglich ihrer Außenpolitik zu erreichen. Während England, Italien und Spanien sich völlig auf die Seite der USA gestellt haben, nahm Deutschland einen neutralen Weg nach Schweizer Art (keine Truppen, keine politische Unterstützung, aber große und entscheidende nachrichtendienstliche Aktivitäten). Die Franzosen unter *Jaqes Chirac* versuchten, hingegen, ihre *digol'sche* Tradition in der Außenpolitik wieder zu gewinnen – sie sind schon immer für ein ‚starkes Europa‘ der Macht eingetreten, das sich nicht auf den ‚ökonomischen Raum‘ beschränkt. Frankreich hatte eine zentrale Rolle in der Suche nach einer starken europäischen Nahostpolitik, in der Europa sich nicht als ‚Softpower‘, sondern als eine ökonomisch und militärisch starke Union präsentiert. Chirac versuchte alles, um den Krieg zu verhindern. Bald bildeten sich in Europa unter der Führung von Frankreich bzw. England zwei verschiedene Lager heraus, nämlich das europäische ‚Friedenslager‘ (Frankreich, Deutschland und später Belgien), den der US-amerikanische Verteidigungsminister *Donald Rumsfeld* spöttisch als „das alte Europa“ bezeichnete und das ‚Kriegsbefürworter‘ (das „neue Europa“) ⁷⁹, dem England, Spanien, Italien, Portugal, Dänemark, sowie die neuen Mitglieder Polen, Tschechoslowakei und Ungarn, angehörten.⁸⁰ Diesem Lager schlossen später etwa 10 EU-Kandidatsländer (zumeist aus Osteuropa) an. Diese Länder (Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Albanien, Makedonien, Litauen und Estland) richteten einen Aufruf, der die US-amerikanische Irak-Politik unterstützte und sich folglich gegen das europäische Friedenslager richtete. Sie unterstützten die Idee, dass „die Länder Mittel- und Osteuropas, die atlantische Allianz als das Zentrum der politischen und militärischen Allianz, die europäische Union als die Finanzquelle sehen“. Diese Länder hatten aufgrund der historisch labilen Beziehungen zu ihren größeren europäischen Nachbarn gewisse und zum Teil berechnete Ängste und Misstrauen. Sie suchten in den entfernten USA einen Alliierten und Unterstützer und waren ihnen dankbar für die Unterstützung bei der Integration ihrer Länder im Liberalisierungsprozess. Dieser Tatsache wissend, startete Chirac eine starke Kritik-Offensive gegen diese Länder, jedoch ohne zu drohen deren Beitritt in die EU zu erschweren bzw. zu blockieren. Sein Außenminister *Dominique de Villepin* kommentierte die Einstellung dieser EU-Kandidatsländer mit dem Satz, *Europa sei nicht lediglich ein Hilfsfond*.⁸¹ Die Europäische Verfassung, deren Grundentwurf sie akzeptierten, verpflichtete die Mitgliedsstaaten zu einer vorbehaltlosen Solidarität und Loyalität zur Außen- und

78 Al-Azzi, Ghassan: *Muawwiqat al-dawr al-aurobi fi taswiyat al-ssira' al-Arabi-al-Israili* (Dtsch.: Hindernisse der europäischen Rolle in der Beilegung des Arabisch-israelischen Konflikts), aus der Reihe ‚sillselat dirasat istiratidchiyyah‘ (Strategische Studien) Nr. 13 am Ibrahim Abu-Lughod Institute of International Studies/ Birzeit University (<http://www.home.birzeit.edu/giis>), 2005, S.31-56 (arabisch).

79 Am 22.01.2003 antwortete Donald Rumsfeld auf die Bemerkung des BBC-Reporters (Australien) John Shovelan, dass 70% der Bevölkerung von traditionellen europäischen Verbündeten der USA einen Irak-Krieg ablehnen würden, wörtlich: „You're thinking of Europe as Germany and France. I don't. I think that's old Europe“ (Sie denken bei Europa an Deutschland und Frankreich. Ich nicht. Ich denke, das ist das alte Europa).

80 Wall Street Journal, 30 Januar, 2003.

81 Vgl. Al-Azzi, Ghassan: *Muawwiqat al-dawr al-aurobi fi taswiyat al-ssira' ... a.a.O.*, S.39-40.

Verteidigungspolitik der EU. Die Mitgliedsstaaten sollen alle geeigneten Maßnahmen allgemeiner oder besonderer Art zur Erfüllung der Verpflichtungen ergreifen, die sich aus der Verfassung oder den Handlungen der Organe der Union ergeben. Sie sollen weiterhin die Union bei der Erfüllung ihrer Aufgabe unterstützen und alle Maßnahmen unterlassen, welche die Verwirklichung der Ziele der Union gefährden könnten.⁸²

Man muss sagen, dass diese Einstellung genau das vertritt, was die USA seit Ende des Kalten Krieges ihren europäischen Alliierten zu verkaufen versucht, nämlich die politische und militärische Bühne der mächtigen USA zu überlassen und ihre eigene Rolle auf die Finanzierung zu beschränken. Nach Zerfall der Sowjetunion suchten die USA eine Dominanz in der Weltpolitik, insbesondere im strategisch wichtigen Nahen Osten, der viele Jahrzehnte lang als umkämpfte Region für die zwei Supermächte des kalten Krieges galt. Das westliche Lager verfolgte eine politische Strategie (a) des Existenzschutzes eines starken hebräischen Staates als eine vorgezogene westliche Basis, sowie (b) der Aufrechterhaltung alliierter traditioneller arabischer Herrscherregime und (c) der Verhinderung der sowjetischen Penetration im Nahen Osten. Nach dem Zerfall des kommunistischen Lagers, erkannten die USA die Möglichkeiten der Konkurrenz von Seiten der Alliierten, nachdem die Feinde weg waren. Denn während des Kalten Krieges konnten sich die USA – bedingt durch ihre immense militärische Stärke und wegen einer allgegenwärtigen kommunistischen Gefahr – sich als die dominierende Macht und letzte politische Instanz des westlichen Lagers durchsetzen. Jetzt ohne die sowjetische Gefahr, fürchteten die USA, dass ihre militärische Stärke alleine nicht ausreichen würde, um über ihre westlichen Alliierten weiterhin zu dominieren. Zudem könnten diese Länder wirklich starke ökonomische Gegner werden. Die USA, präzise die Neokonservativen in den USA, erkannten die Notwendigkeit der Erfindung eines neuen *Feindes* bzw. *Feindbildes* anstelle des Kommunismus, um mittels Angstschüren an der Spitze der militärischen Allianz zu bleiben. Im „fundamentalistischen Islam“ fanden die *neocons* die gewünschte Bestätigung ihrer Theorie vom *Zusammenprall der Kulturen* und das gesuchte *Feindesbild* zugleich. Mit der Invasion in den Irak (2003) und dessen Besetzung durch die amerikanische Armee, konnten die USA nicht nur ihre Hand auf das größte Erdöl-Reservoirs auf dem Globus legen, sondern auch ihre Alliierten (Europa und Japan) in der Reichweite ihrer ökonomischen Kontrolle halten.

Die USA wollen kein ‚konkurrierendes‘ Europa haben, das ‚mitentscheiden‘ kann, sondern ein Europa, das ‚mitläuft‘ und ‚kooperiert‘. Die nun in ihren geographischen Grenzen ausgeweitete Europäische Union soll eine dauerhaft zuverlässige Alliierte und Unterstützerin *in den Hinterreihen* bleiben. Die ständigen französischen Versuche, eine starke unabhängige europäische Politik zu animieren, die sogar der amerikanischen Politik widersprechen bzw. ihre Interessen gefährden könnten, stoßen auf Ablehnung der USA und sind für sie eine große Beunruhigungsquelle. Die USA versuchen hingegen, mit Hilfe ihres ewigen Partners Großbritanniens, dabei die Ängste der neuen osteuropäischen Alliierten ausnutzend, die Abhängigkeit Europas von der amerikanischen Politik aufrechtzuerhalten. Das irakische Beispiel ist bestens geeignet, um dieses Bild zu verstehen.

Dieser Umstand zeigt deutlich auf, dass die EU weiterhin zwischen zwei Grundtendenzen in sich gespalten ist:

1. die eine Gruppe (geführt von Großbritannien) favorisiert eine EU, die sich auf eine Währungs- und Wirtschaftsunion beschränkt, während sie die Verteidigung und die politischen Angelegenheiten der atlantischen Allianz unter der Führung der USA überlassen will;
2. die andere (geführt von Frankreich) strebt hingegen eine politische Unabhängigkeit bzw. eine Verteidigungsmacht an, die in der Lage ist, grundsätzlich alleine internationale politische Entscheidungen zu treffen und diese mit eigenen Mitteln oder, wenn nötig, in Zusammenarbeit bzw. in Allianz mit den Amerikanern durchzuführen.

Die Europäische Union, obwohl ein Wirtschaftsriese und eine beispielhafte Erfolgsgeschichte des Zusammenlebens ehemals verfeindeter Partner, ist weit entfernt von einer reibungslosen Übereinstimmung in vielen grundsätzlichen Themen. Die Mitgliedsstaaten verfolgen zumeist die Erfüllung ihrer nationalen Interessen, selbst wenn diese der Gesamtidee ‚Europa‘ zutiefst widersprechen und sogar schaden. Die Ängste und das Misstrauen mancher Staaten sind zwar zum Teil berechtigt, aber die gleichen Staaten – und da liegt der Widerspruch – tun alles, um ein Teil dieser ‚Idee‘ zu werden bzw. zu bleiben. Diese Tatsache ist vielleicht einer der fundamentalsten Fehler dieses Konzeptes und das Hindernis für eine gemeinsame EU-Außenpolitik, ganz gleich welche Tendenz-Form dieses Europa annimmt.

⁸² Europäische Verfassung, Teil I/ Artikel I-5.

Daher verwundert es nicht, dass ein solches Europa gefährliche Krisen selbst im eigenen Haus alleine nicht bewältigen konnte. Die Balkan-Krise der 1990er Jahre zeigte diese Tatsache deutlich auf: die Europäer waren auf die Hilfe ihrer amerikanischen Partner angewiesen, um dem Völkermord im Balkan (Bosnien, Kosovo) ein Ende zu setzen. Der Idee ‚Europa‘ fehlen leider bis heute (a) eine gemeinsame Sicht über die eigene Identität bzw. über die Grenze seiner Ausdehnung, (b) eine gemeinsame verbindende Außen- und Sicherheitspolitik und (c) die Mittel ihrer Umsetzung. Sie besitzt erst recht nicht die Mittel, um ihre – dieses Mal beinahe einstimmige – Sicht über die Beilegung des komplizierten israelisch-arabischen Konfliktes (Land gegen Frieden) in die Realität umzusetzen.

Aber gerade die Balkankrise hat deutlich gezeigt, dass ein nicht zu unterschätzendes Element der europäischen Einflussnahme in der Tatsache liegt, dass amerikanische Vermittlungsvorschläge nur dann Aussicht auf Akzeptanz durch die arabisch-palästinensische Seite haben, wenn Europa voll und ganz dahinter steht. Die vorhandenen Asymmetrien könnte man in sinnvoller Weise kombinieren: arabisch-palästinensisches Vertrauen in Europa, israelisches Vertrauen in Amerika einerseits, und militärische Stärke der USA, wirtschaftliche Präsenz der EU andererseits. Durch eine solche Konstellation könnte vernünftige Arbeitenteilung im Hinblick auf den Nahostkonflikt zustande kommen bzw. eine effektivere europäische Rolle bewirken.⁸³

Das zerrissene arabische Staaten-System⁸⁴

In der arabischen Welt existiert heute ein gänzlich zerrissenes arabisches Regional-Staaten-System. Das zeigt sich in der Abwesenheit einer gemeinsamen arabischen Politik in großen Fragen bzw. in der bedingungslosen Loyalität der meisten, und sicher der gewichtigen, arabischen Regime zur US-amerikanischen Politik. Das ist sicherlich ein weiterer Aspekt, der eine aktive ausgewogene europäische Politik stark beeinträchtigt.

Seit dem Oktoberkrieg von 1973 glaubten Präsident *Sadat* und nach ihm alle arabischen Regime (einschließlich der PLO) zutiefst, dass die USA eine singuläre und „ewige“ weltpolitische Position innehaben, die ihnen ermöglicht, das Geschehen im Nahen und Mittleren Osten wesentlich zu bestimmen. Sie glauben daher, dass es keinen Sinn hätte, der US-amerikanischen Politik umzugehen, zum Beispiel durch die Bildung neuer Allianzen auf der Basis der gemeinsamen Interessen. Selbst wenn die US-amerikanische Politik die arabischen Interessen zutiefst ignoriert, ist die arabische Politik – von den Launen des jeweiligen Regimes abhängig – nicht in der Lage einen Mindestmaß an Geschicklichkeit zu zeigen und politische Allianzen jenseits der engen Regimesinteressen zusammenzustellen, um wenigstens eine Schadensreduzierung zu erreichen. Sie sind nicht in der Lage eigene Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen. Selbst die Bestimmung des Nachfolgers in einer arabischen Monarchie oder eine finanzielle Hilfeleistung an einen anderen arabischen Bruderstaat geschieht kaum ohne vorher das grüne Licht der USA einzuholen.

Die USA halten tatsächlich sehr viele Fäden in der Hand, jedoch könnten sie ihre politische Agenda wohl kaum ohne die Mittäterschaft lokaler Regime umsetzen. Wenn diese aber korrupt sind und keinen Rückhalt aus der eigenen Bevölkerung erhalten – wie die arabischen Regime – dann sind sie leicht erpressbar. Ergebnis ist eine politische Kapitulation par Excellence und der Verlust der Option auf andere politische Kräfte und Kandidaten für eventuelle zukunftsfähigere Allianzen, z. B. Europa.

In diesem Kontext und im Effekt der Kräftebalance, die mit enormer Diskrepanz zugunsten Israels steht, können die arabischen Länder bei der Beilegung des israelisch-arabischen Konfliktes keine wirklich effektive Rolle spielen. Und sie können in diesem Kontext der umfassenden Schwäche keine große Hilfe für die EU in ihren Bemühungen zur Konfliktbeilegung sein. Ihre Schwäche bildet sogar ein Hindernis auf diesem Weg, denn die Geschichte hat uns gelehrt, dass Schwäche, genauso wie Stärke, einen Grund für Kriege und Krisen darstellen kann. Besonders schlimm und kontraproduktiv ist hier, dass die absolute Machtlosigkeit der Araber Hand in Hand mit der absoluten Stärke Israels geht. Dieser Umstand ist nicht nur wegen eines initiativlosen, engstirnigen arabischen Systems möglich, sondern auch dank einer beinahe bedingungslosen Unterstützung Israels durch die einzige Supermacht ‚USA‘. Dies stellt einen weiteren Faktor dar, der eine effiziente Rolle Europas in seinen Bemühungen zur Findung einer akzeptablen Lösung des israelisch-arabischen Konflikts hindert.

⁸³ Vgl. hierzu Winfried Veits Artikel: Eine europäische Perspektive für Israel: Schlüssel zur Lösung des Nahostkonflikts, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* Nr. 2/2003, FES (Hrsg.), Dietz Verlag, 2003, Seite 158-159.

⁸⁴ Mehr dazu im Abschnitt 4.1 dieser Arbeit.

Die US-amerikanische einseitige Haltung im Nahost-Konflikt

Nach Ende des zweiten Golfkrieges (1990/1991), konnte der ehemalige US-Präsident *George Bush* (Senior), großen Druck auf die israelische Shamir-Regierung ausüben, um auf der Basis ‚Land gegen Frieden‘ mit den Arabern, unter der Schirmherrschaft der USA, zusammen an einem Verhandlungstisch zu sitzen. *Yitzhak Shamir*, ein fanatischer Likud-Politiker, stellte die eigenartige Bedingung, dass weder die UNO noch die Europäische Union an den Gesprächen teilnehmen dürften. Seine Begründung war, dass beide auf der Seite der Araber gegen Israel stünden. Eine der Drehscheiben der israelischen Politik seit 1948 ist die Ablehnung jeglicher Verantwortung für die Vertreibung der palästinensischen Flüchtlinge infolge der israelisch-arabischen Kriege, sowie die freiwillige Rückgabe von eroberten arabischen Gebieten. Bei dieser Einstellung war es nur logisch, aber keineswegs legitim, dass Israel mehr als 60 UNO-Resolutionen ignorierte. Insofern kann man es verstehen, dass Israel die UNO als Gesprächspartner ausschließen will. Denn

- zum einen war die UNO durch die Teilungsresolution 181 (III) von Anfang an ein fundamentaler Bestandteil und Verursacher des Problems und hätte das juristisch-moralische Recht und die Pflicht, ein *wahres* Wort der tatsächlichen Sachlage bei den Gesprächen zu sagen;
- zum anderen würde die Weltorganisation nicht die eigenen Resolutionen in Bezug auf das Palästina-Problem ignorieren wollen;
- zudem hat die UNO, drittens, nie aufgehört, Israel aufzufordern, den Bestimmungen der betreffenden UNO-Resolutionen nachzugehen, insbesondere was das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge sowie die Beendigung der blutigen Besetzung der arabischen Gebiete betrifft.

Um Shamirs Ablehnung einer effektiven europäischen Rolle im Nahen Osten zu verstehen, geben viele Experten, vor allem Historiker, eine irreführende Erklärung ab, nämlich die komplizierte Beziehung zwischen Juden und dem christlichen Europa, die auf vielen Jahrhunderten Unterdrückung und Ausgrenzung der Juden zurückblickt. Die historischen Tatsachen über die Verfolgung der Juden in Europa sprechen für sich und sind indiskutabel. Aber diese Erklärung übersieht, dass die Erschaffung des israelischen Staates, sowie die Erleichterung der Einwanderung von vielen hunderttausenden Weltjuden nach Palästina in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ausschließlich der Hilfe Europas verdanken. Und ohne die politische, finanzielle, militärische und logistische Hilfe Europas, hätte Israel als Entität wenigstens in den ersten drei Jahrzehnten seiner Entstehung, niemals überleben können. Gegner dieser Behauptung würden dazu sagen, dass das europäische Handeln in Bezug auf die Gründung Israels eine moralische Pflicht und ein Akt der Wiedergutmachung an die Juden Europas seien. Jedoch würde diese Antwort zwar eine Moralität dieses europäischen Handelns gegenüber Juden erklären, aber keineswegs den moralisch verwerflichen Akt der gleichen gegenüber den palästinensischen Arabern, die für die europäischen Sünden herhalten mussten. Genau so wenig erklärt diese Antwort die Jurisdiktion bzw. die Legitimität der israelischen Staatsgründung und widerspricht zutiefst dem zionistischen Anspruch auf die Nationalisierung des Judentums in Verbundenheit mit dem Land Palästina. Denn wer ein legitimes historisches Recht auf ein Territorium besitzt, braucht sich nicht auf die Moralität, die aus dem schlechten Gewissen seiner ehemaligen Knechter herrührt, zu stützen um an seine Rechte zu kommen.

Die Beziehung zwischen Europa und Israel nach dem 2. Weltkrieg hatte schon immer einen gewissen erpresserischen Beigeschmack, der eher mit der jüngsten Geschichte Europas zu tun hat. Und die Israel-Lobby benutzt gerne und oft den Anti-Israel- bzw. Antisemitismus-Vorwurf, wenn die Nahost-Politik eines Staates nicht ganz Israels Interessen entspricht. Obwohl die meisten Araber die europäische Politik grundsätzlich als bedingungslos pro-israelisch empfinden, hat sich diese in Bezug auf das Nahostproblem seit der Unterzeichnung der ‚Erklärung von Venedig‘ im Juni 1980 durch die Staaten der europäischen Union gewaltig verändert. In dieser Erklärung wurde zum ersten Mal von Seiten der westeuropäischen Staaten eine wirkliche politische Annäherung zur anderen Konfliktseite, den Arabern, gemacht. Die wichtigsten Punkte dieser Erklärung waren:⁸⁵

1. Sie verlangten die Beteiligung der PLO an den Friedensgesprächen zur Beilegung des Palästina-Problems;
2. Sie erklärten, dass es sich bei der Palästinafrage nicht lediglich um ein Flüchtlingsproblem handelt, sondern

⁸⁵ Vgl. Jaeger, Kinan: ‚Der „Staat Palästina“: Herausforderung deutscher Außenpolitik‘, Beitrag auf der offiziellen Seite der Bundeszentrale für politische Bildung, unter http://www.bpb.de/publikationen/6539ZS,3,0,Der-Staat_Pal%20stina%3A_Herausforderung_deutscher_Au%DFenpolitik.html art1. Siehe auch die Webseite der Generaldelegation Palästinas in der BRD: http://www.palaestina.org/generaldelegation/eu_palaestina/eu_beziehungen.php.

um ein ‚politisches‘ Problem, das die Weltstabilität beeinträchtigte;

3. Sie erklärten, dass der Konflikt nur durch die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates, der in Frieden neben Israel lebt, beigelegt werden könne;
4. Sie forderten Israel dazu auf, die nationalen Rechte der Palästinenser anzuerkennen, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung sowie das Recht, einen eigenen Nationalstaat zu gründen;
5. Sie forderten Israel dazu auf, seine Besatzung der arabischen Gebiete seit 1967 zu beenden; und
6. Sie hielten die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten für ein Hindernis zum Frieden und illegal im Sinne des internationalen Rechts.

Diese auf allen Ebenen historische Erklärung übertraf das *Camp David Abkommen* von 1978 zwischen Ägypten und Israel. Denn Europa unterstützte zwar dieses Friedensabkommen, jedoch forderte es dessen Ausweitung zu den anderen Konfliktparteien, was von den USA als schleichende europäische Kritik dieses Abkommens verstanden wurde. Europa, bewegt durch die geographische Nähe und nicht zuletzt durch die immensen ökonomischen Interessen im Nahen Osten, befürchtete, dass das Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten, eher ein kalter Frieden sein würde, denn das Abkommen hat in seiner Essenz das zentrale und eigentlich wichtige Problem im Nahen Osten, das Palästina-Problem, sträflich ausklammert. Europa hat zwischen den Zeilen deutlich eine israelische Absicht hinter dem Frieden mit Ägypten gelesen, nämlich die Befriedung der ägyptischen Front, um freie Hand bei der Fortsetzung seiner expansionistischen Politik anderswo gegen andere arabische Staaten zu bekommen.

Dieses Gefühl Europas, dass Israel weniger einen nachhaltigen Frieden mit Ägypten sucht als das Öffnen einer neuen Offensive gegen die Palästinenser, dieses Mal ohne Ägypten, war gewiss eine Treibkraft für die Unterzeichnung dieser Erklärung, denn ein neuer Krieg im nahen Osten könnte den Interessen Europas in der Region einen großen Schaden zufügen. Und die Europäer sollten mit dem Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon im Jahre 1982 in ihrer Skepsis gegenüber dem *Camp David Abkommen* doch Recht bekommen. Die Erklärung von Venedig, wenn auch relativ spät, kann man in diesem Sinne als einen europäischen Schritt zu einer selbstständigen Nahostpolitik verstehen, der im Kontext einer unilateralen und keineswegs ausgewogenen USA-Israel-Allianz ein politisches Gegengewicht zu gestalten evrsucht. Die Europäer versuchten mit diesem Schritt die politischen, sicherheitstechnischen und ökonomischen Interessen Europas am anderen Ufer des Mittelmeers zu beschützen. Denen ist sehr wohl bewusst, dass dies ohne ein Mindestmaß an Gerechtigkeit in der Palästinafrage, der zentralen Frage im Nahen Osten, zu der Europa die historische Hauptschuld trägt, nicht machbar wäre. Das führte erwartungsgemäß zu einer weiteren Störung in der bereits wegen Iran und Afghanistan gestörten euro-amerikanischen Beziehungen. Die Reaktionen von Seiten der israelischen Shamir-Regierung waren so heftig, dass sie die europäische Erklärung als eine ‚europäische Unterwerfung‘ (natürlich gegenüber arabischen Terroristen), ähnlich wie die ‚Kapitulation von München‘ (1945) bezeichneten. Shamir ging wesentlich weiter als er behauptete, es gäbe einen Zusammenhang zwischen dieser europäischen Haltung und dem ‚antisemitischen Terrorismus‘.⁸⁶

Diese Stellungnahme Israels gegenüber Europa ist eigentlich alles andere als verständlich, denn schließlich wollen die Europäer, die sich klar und definitiv auf die Seite Israels stellen, Israel vor sich selber bzw. vor seiner eigenen Blindheit und Ignoranz retten. Die Europäer haben deutlich gesehen, wie sich der israelische Staat – der selbst ein ideologisches Produkt ist – durch seine bodenlose Politik der Verkomplizierung von der Logik seiner zionistischen und europäischen Gründer in ihrem Bestreben nach einem Nationalstaat distanzierte und folglich politisch kläglich versagte. Das Land verwickelte sich in expressiven Widersprüchen, die der Mittelpunkt der Debatte waren und sind, die die Elite Israels seit Anfang der 1960er Jahren führen. Diese eigentlich fruchtlose Debatte konzentrierte sich auf die Möglichkeiten einer entschiedenen ‚Entwicklung‘ des israelischen Staates, von einem *sozialen Gebilde* einer sich noch formierenden Bewegung (Zionismus) in die Logik des *Staatsaufbaus*. Israel ist aber auch ein Produkt der europäischen Geschichte und ein Teil seiner modernen Innovation. Als solches führt es immer wieder einen Akt der politischen Kursprüfung durch. Das führte zur Geburt neuer politisch realistischer Historiker (wie Ilan Pappé, Tom Segev, Schlomo Sand, Israel Schahak und vielen anderen), die die Glaubwürdigkeit der zionistischen Geschichtsschreibung in Bezug auf die Gründung bzw. die Nakba in Frage stellen. Sie alle bestätigen die Unmöglichkeit und Sinnlosigkeit des zionistischen Diskurses mit seinen illusi-

⁸⁶ Vgl. Al-Azzi, Ghassan, *Muawwizat al-dawr al-aurobi fi taswiyat al-ssira‘ ... a.a.O.*, S.14-15.

onären Zielen. Ihre Überlegungen sind natürlich nicht das Produkt einer zionistischen oder imperialistischen moralischen Wiederauferstehung, sondern das Ergebnis von subjektiven und strukturellen Krisen – die Tiefe und die qualitative Umwandlung dieser strukturellen Krise findet man in der Fähigkeit der widersprüchlichen und kontrahierenden Seiten in der israelischen Gesellschaft, aus dieser Krise zu lernen, die Kräfte zu bündeln und die Spielregeln zu ändern. Was die Forscher und die Neohistoriker in Israel sowie die Israel unterstützenden Zentren im Westen ernsthaft verwirrt, ist dass die objektiven Optionen des israelischen Staates immer noch von ideologischen Träumen und Phantasien und nicht von einer rationalen Betrachtung des modernen Staates getragen werden. Das wird sich erst dann ändern, wenn in Israel eine wirklich umfassende sozialpolitische Auseinandersetzung bezüglich des ‚Zionismus‘ selbst (als Ideologie) geführt wird.

Die europäische Vorstellung von einer Zwei-Staaten-Lösung ist alles andere als israelfeindlich. Sie wird von vielen arabischen Kritikern und Anhängern der Ein-Staat-Lösung sogar als einen endgültigen Verzicht auf das arabische Recht auf Palästina bezeichnet und daher abgelehnt. Sie meinen, dies sei nur deswegen möglich, da die Prioritäten der schändlich schwachen und selbstsüchtigen arabischen Regime, was den Palästinenserstaat betrifft, dazu führen müsste, dass die Araber freiwillig auf die vom internationalen Recht garantierten Rechte der Palästinenser verzichten. Denn noch nie hat eine nationale Freiheitsbewegung die Staatlichkeit im besetzten oder kolonisierten Land der Befreiung des gleichen Landes vorgezogen. D. h. das Ziel der Befreiung des Landes müsste dem der Staatsgründung vorgehen, denn wenn man dies tut – wie im Fall der PLO in den Osloer Verhandlungen – läuft man Gefahr, über die Konstanten und festen Werte des Konfliktes feilschen zu müssen. Das palästinensische Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung und *danach* auf die Gründung seines Nationalstaates, in welcher Regierungsform auch immer. Und dieses Recht schöpft seine Legitimität aus den geographischen und kulturellen Fakten – aus einer Jahrtausende langer ununterbrochener Präsenz der palästinensischen Araber in Palästina. Das internationale Recht beschränkt das Selbstbestimmungsrecht in Kolonien und in den von fremden Mächten besetzten Ländern auf die Landesbevölkerung, die vor dem Akt der Kolonisierung oder Besetzung im Land lebte. Die Kolonial- oder Mandatsmächte haben nicht das Recht, den demographischen oder geopolitischen Status Quo des Landes vor dessen Besitznahme zu ändern. Das gilt für die Gesamtdauer der Kolonialzeit. Deswegen ist jede Änderung in oder Bewirkung einer internationalen Resolution bezüglich Palästina durch die Mandatsmacht Großbritannien und später durch Israel, die dieses Recht berühren, laut internationalem Recht Null und Nichtig, es sei denn, das palästinensische Volk würde diese Änderung völlig frei, d. h. nach der Landesbefreiung und nicht unter dem Druck der Besatzung oder irgendwelcher Außenmächte, akzeptieren. Dieses Recht wurde den Palästinensern genommen seit den ersten bewaffneten Auseinandersetzungen mit der britischen Mandatsmacht sowie durch eine unendliche Kette von Unterdrückung, Terror, Massaker und Vertreibung der Palästinenser durch die Mandatsmacht und später durch Israel, die bis heute andauert. Durch die politischen Verhandlungen wurden die politischen und territorialen Grundrechte des palästinensischen Volkes auf 78% der Fläche von *Mandatspalästina* fallen gelassen. Weder wird das Land seinen Besitzern zurückgegeben, noch dürfen sie in ihre Heimat zurückkehren. Mehr noch: die Israelis feilschen über die restlichen 22% des Landes, so dass die Palästinenser für ihren versprochenen Staat ein Territorium bekommen würden, das sich aufgrund des Kontextes der israelischen Siedlungstaschen im Westjordanland im besten Fall auf etwa 60% der Fläche der 1967 besetzten palästinensischen Gebiete (West Bank und Gazastreifen) ausdehnen würde – ein Territorium, das in keiner Weise einen souveränen oder gar lebensfähigen Palästinenserstaat aufnehmen könnte.

Die Europäer haben versucht, bewegt von den eigenen Interessen an einem friedlichen Nahen Osten sowie vom Gefühl der eigenen historischen Schuld am Nahost-Konflikt, einen Mindestgrad an Ausgewogenheit in der politischen Haltung des Westens in diesem Konflikt zu schaffen. Sie dachten in erster Linie an die Sicherheit Israels, da der israelische Staat mittel- bis langfristig gesehen ohne eine nachhaltige Konfliktbeilegung auf ernsthafte Existenzgefahren stoßen würde. Sich den geographischen und demographischen Verhältnissen im Nahen Osten bewusst, haben sie versucht, Israel die Sinnlosigkeit einer dauerhaften und bedingungslosen Unterstützung des Westens zu erklären. Damit war die israelische Führung nicht einverstanden. Das Problem war nicht nur, dass Israel diese wohlwollenden europäischen Ratschläge nicht einsehen wollte, sondern auch der Umstand, dass eine andere Seite, eine sogar mächtigere Seite, die eine effektive europäische Rolle im Nahen Osten verhindern will, Israel genau diese uneingeschränkte Unterstützung bietet: die USA.

Israel wurde bis zur Suezkrise (1956) hauptsächlich von den europäischen Mächten, insbesondere Frankreich, mit Waffen beliefert. Die USA, damals unter der Führung von Präsident *Trumann*, die Israel gleich nach der

Sowjetunion anerkannten, beschränkten ihre Unterstützung auf die finanzielle und politische Hilfe. Ab 1956, dem faktischen Beginn des Kalten Krieges, kündigte *Trumann* am 05. Januar 1957 vor dem amerikanischen Kongress eine ‚neue Doktrin‘ an, die in erster Linie bestimmte, die ‚kommunistische Gefahr‘ davon abzubringen, das entstandene strategische Vakuum im vitalen Nahen Osten zu füllen.

Mit der Rückkehr von General *Charles de Gaulle* an die Machtspitze Frankreichs, durch seine politische Einsicht bzgl. der Unmöglichkeit einer weiteren französischen Kontrolle in Algerien sowie durch seine politischen Ambitionen in Richtung einer von den USA unabhängigen europäischen Politik und schließlich durch seine Annäherungsversuche an die Araber, um der Macht und des Einflusses in der Energieregion wegen, begann die Beziehung zwischen Israel und Frankreich an Qualität zu verlieren, während die Allianz zwischen Israel und den USA immer mehr an Festigkeit gewann, so sehr, dass der neue Präsident J. F. Kennedy beide Augen vor den französisch-israelischen Aktivitäten im Atomkraftwerk Dimona (Negev) zudrückte, die die amerikanischen Spionageflugzeuge *U2* in den letzten Monaten der Eisenhower-Regierung (1961) entdeckten.

Die größte strategische Kehrtwende im Nahen Osten bildete jedoch der Juni-Krieg 1967, der zu einer erklärten Aussetzung der strategischen Beziehungen zwischen Frankreich und Israel führte. Zur gleichen Zeit markierte der Juni 1967 den Beginn einer neuen strategischen Allianz zwischen Israel und den USA, die bis heute andauern sollte. Die wichtigsten Aspekte dieser Allianz waren (bzw. sind):

1. eine Übereinkunft über die Art und Weise, wie die israelischen Nuklearanlagen in Dimona verwaltet werden sollten bzw. die US-amerikanische politische Deckung einer nebulösen israelischen Nuklearpolitik, die aus Israel eine geheime Nuklearmacht machen sollte; sowie
2. der Beginn der intensiven US-Lieferung von Waffen und Waffentechnologie nach Israel mit den amerikanischen Garantien zum Schutz der israelischen Sicherheit, was auch seine Wirkung im Oktoberkrieg 1973 gezeigt hat.

Die amerikanische Nahost-Politik nach 1973 basierte auf drei strategischen Aspekten. Laut dieser Strategie sollen (a) die Sicherheit Israels gewährleistet, sowie (b) die Energie-Quellen bzw. deren Transportwege im Nahen Osten geschützt und schließlich (c) die kommunistische Gefahr bekämpft werden.

Nach der Ölkrise (auch eine Folge des Oktoberkrieges), die für die europäische Wirtschaft verheerende Folgen hatte, hat es eine intensive europäische Diplomatie gegeben, die kaum etwas bewirken konnte. Die US-amerikanische Diplomatie konnte Israel und Ägypten im September 1978 dazu bringen, ein Friedensabkommen im Camp David zu unterzeichnen, was wegen der neuen Kräftebalance (zugunsten Israels) die strategische politische Bühne im Nahen Osten von Grund auf änderte. Hinzu kommt ein US-amerikanischer Partner, der einer zukunftsfähigen Politik der Europäer große Hindernisse in den Weg legt, indem er eine knochenharte Allianz mit einer Konfliktseite, den Israelis, gegen eine in sich äußerst gesplattene arabische Welt eingeht, die ihn selbst in seinen politischen Entscheidungen stark einschränkt, wie sich immer wieder herausstellen sollte.

Wie bereits im Punkt 2 erwähnt, ist die Abwesenheit einer gemeinsamen arabischen Politik in großen Fragen bzw. die bedingungslose Loyalität der meisten, und sicher der gewichtigen, arabischen Regime zur US-amerikanischen Politik, auch ein Aspekt, der für die Europäer abstoßend ist.

Über die Hindernisse der europäischen Rolle in diesem Konflikt kann man sehr lange diskutieren. Eins steht jedoch fest, diese wird von den eigenen Alliierten nicht gerne gesehen. Aber diese Rolle fehlt heute mehr denn je. Eine bis heute verwehrt starke und einheitliche Rolle der Europäer im israelisch-arabischen Konflikt kann für die an die Macht der Israel-Lobby nahezu gefesselten USA bei der Beilegung des Konfliktes, eine äußerst wichtige Rolle als Druckmittel und vielleicht als Befreiungshilfe spielen. Denn es ist unbestreitbar, dass kein aktueller Weltkonflikt politisch so vielseitig belastet und territorial so gekennzeichnet ist, wie der israelisch-palästinensische Konflikt. Und hier spielen die alles andere als neutralen USA seit 1967, und viel stärker noch seit September 2001, eine schicksalhafte Rolle. Dank dieser einzigartig dominierenden und exklusiven Rolle der USA im Nahostkonflikt konnte eine beispiellos ultrarechte neokonservative US-Regierung das grüne Licht für den Bau der israelischen Barriere im Westjordanland geben.

3.3.3 Bush's ‚Road Map‘ (2002) und ‚Letters of Assurance‘ (2004)

Im Kapitel 2 wurde bereits geschildert, dass es ein anhaltendes und essentielles Anliegen der israelischen Politik ist, die von ihr in den besetzten Gebieten geschaffenen ‚vollendeten Tatsachen‘ außenpolitisch zu legitimieren. Nur so kann Israel seine Herrschaft auf Dauer absichern. Für Israel gilt also, politische Hilfe bei seiner Schutzmacht und seinem Gönner ‚USA‘ zu suchen, um auf diese Weise diese völkerrechtlichen Bestimmungen für Besatzungsmächte zu umgehen. Und die Gunst der Stunde mitten im Kriege gegen den Terror, der als gemeinsamer Feind definiert wurde, wusste Israel auszunutzen. Der Besuch des Premierministers Ariel Sharon in Washington am 14. April 2004, zielte darauf, die US-amerikanische Unterstützung von Sharons unilateralen Disengagement-Plan für den Gazastreifen einzuholen und darüber hinaus wollte Sharon die Einwilligung der USA, dass Israel in jedem künftigen Endstatus-Abkommen Teile des West Bank-Territoriums behalten können würde.⁸⁷ Die Frucht dieses Besuchs war die Formulierung einer Art neuen *Bush-Charta*, die so genannten *Letters of Assurances* des amerikanischen Präsidenten G. W. Bush an Ariel Sharon adressiert.⁸⁸ In diesem Brief unterstützte *Bush* ausdrücklich Sharons Disengagement-Plan und bestätigte die Weiterverfolgung seiner *Vision* vom 24. Juni 2002 für eine Zwei-Staaten-Lösung, einen zusammenhängenden, unabhängigen, souveränen und lebensfähigen Palästinenserstaat, neben Israel. Doch mit seinen weiteren Aussagen in diesem Brief garantiert *Bush* Israel einen bestehenden territorialen Status Quo, der seiner *Vision* widerspricht und jede Hoffnung auf eine Lösung des Konfliktes zunichtemacht:

- *Erstens*: die Regierung Bush meinte, dass die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems im Rahmen eines End-Status-Abkommens nur in Form der Ansiedlung der Flüchtlinge in einem errichteten Palästinenserstaat zu finden sei und nicht in Israel – also kein Rückkehrrecht;
- *Zweitens*: die Regierung Bush meint, dass angesichts der neuen Tatsachen auf dem Boden (der israelischen Siedlungen) eine komplette Rückkehr zur *grünen Linie* von 1949 als Verhandlungsbasis einer Zwei-Staaten-Lösung nicht realistisch wäre. Realistisch sei anzunehmen, dass ein Endstatus-Abkommen nur auf der Basis von gegenseitig vereinbarten Änderungen, die diese Realitäten reflektieren möglich wäre. Mit anderen Worten: die Regierung Bush hat Israels so genannte Siedlungsblöcke im Westjordanland beschönigend als „größere Bevölkerungszentren“ bezeichnet und formell anerkannt;
- *Drittens*: sie kritisiert in keiner Weise den Bau der israelischen Barriere, und adoptiert kritiklos die israelischen offiziellen Angaben bezüglich der Begründung des Mauerbaus: die Mauer sei mehr eine *Sicherheitsbarriere* denn eine *politische* und sie sei vielmehr provisorisch als permanent. Dafür beeinträchtigt die Mauer keine der Endstatus-Fragen, die Gegenstand der Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern seien, inklusive der Grenzfrage. Und die Mauerroute solle, konsistent mit den israelischen Sicherheitsbedürfnissen, ihre Auswirkung auf die Palästinenser berücksichtigen, die in keinen *terroristischen Aktivitäten* verwickelt seien;

Die Siedlungsblöcke (Karte 3-9) – oder was Präsident Bush die „größeren Bevölkerungszentren“ nannte – wurden von *Sharon* in einer Rede vor den jüdischen Siedlern von Maale Adumim, kurz vor seiner Washington-Reise, wie folgt gelistet:⁸⁹

1. *Maale Adumim*, östlich von Jerusalem;
2. *Nord-Jerusalem-Block*: umfasst Siedlungen wie *Givat Ze'ev*, *Giv'on* und *Beit Horon*;
3. *Ariel*, bei Salfit südlich von Nablus (Ariel drängt tief in der West Bank hinein);
4. *Gush Etzion*, südlich von Jerusalem (erster zionistischer Block in der West Bank); und
5. *Kiryat Arba'*, die so genannte *H1-Zone* im Herzen der Altstadt von Hebron.

Für Sharon war es klar, dass nur durch eine israelische unilaterale Initiative die Zukunft der größten Siedlungsblöcke abgesichert werden könnte. Die fünf oben gelisteten Blöcke nahmen den größten Teil der damals 230.000 zählenden israelischen Siedler in der West Bank, sowie weitere 176.000 in Ostjerusalem auf.⁹⁰ Diese

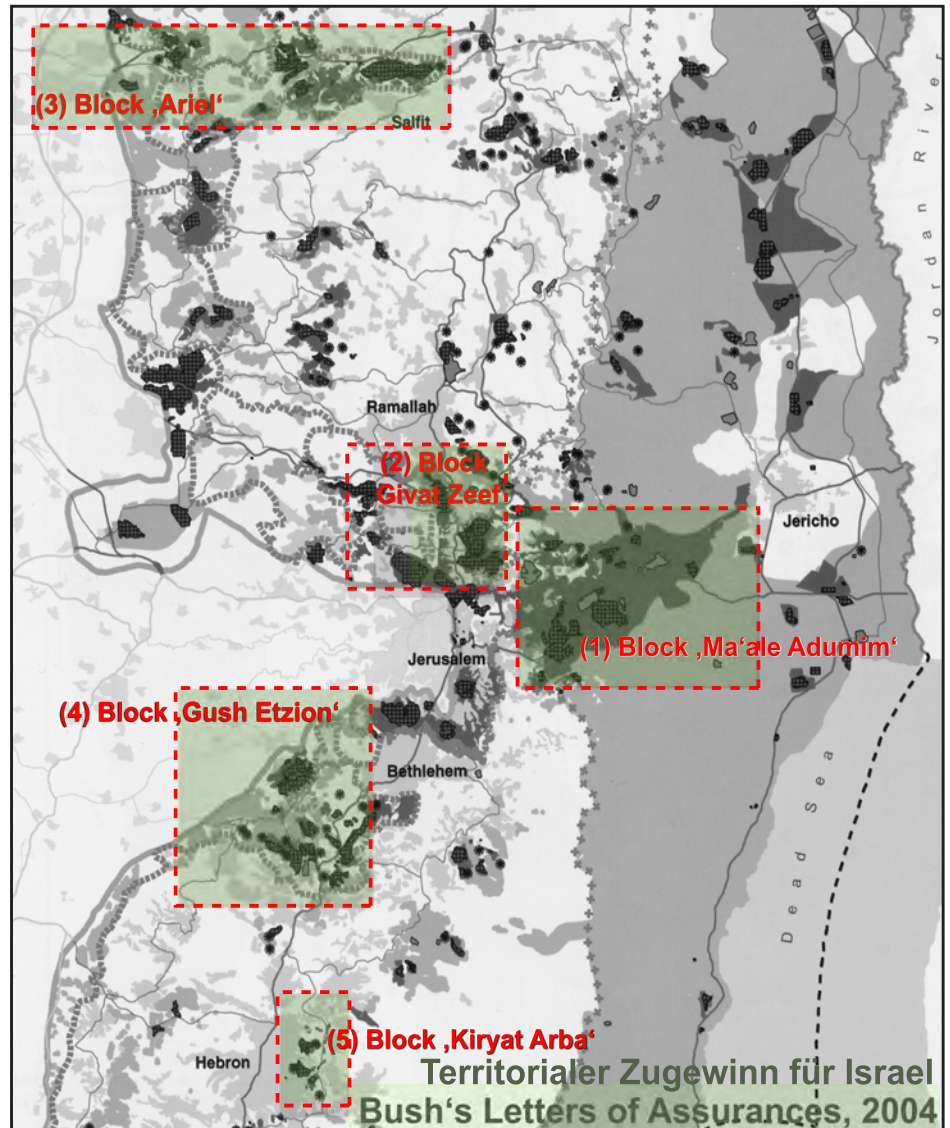
87 Vgl. Greg Myre's Report: 'Sharon promises to retain 5 Big Settlements in the West Bank', NY-Times, 13.04.2004, online: <http://www.nytimes.com/2004/04/13/world/sharon-promises-to-retain-5-big-settlements-in-west-bank.html>.

88 Bushs Garantien an Sharon, Vgl. Anhang 8.5.6.

89 Vgl. Greg Myre's Report: 'Sharon promises ...' (Anm. 87).

90 Central Bureau of Statistics Israel, 2005, online unter: <http://www1.cbs.gov.il>. Laut BtSelem waren es 235.000 Siedler in der West Bank und 179.000 in Ostjerusalem, Vgl. BtSelem, online unter: <http://www.btselem.org/english/>.

lebten in 120 Siedlungen, von denen Sharon nur eine Handvoll angab, die als mögliche Kandidaten einer künftigen Demontage sein werden. Über das eroberte und besetzte *Jordantal* hat die israelische Regierung, natürlich kein Wort verloren. Wie alle seine Vorgänger sah Ariel Sharon die Bestimmungen des Allon-Plans von 1967, die er 1967 energisch ablehnte, als einen fundamentalen und unantastbaren Bestandteil der nationalen Sicherheit Israels. Folglich ist Israel nie bereit dieses Gebiet im Rahmen einer Endstatus-Lösung zurückzugeben – auch nicht nach der Zauberformel *Land gegen Frieden*. Für die Palästinenser würde das, abgesehen von dem Verlust eines zusätzlichen und beachtlichen Teils ihres Territoriums, die andauernde territoriale Abgeschnittenheit von ihrer natürlichen arabischen geographischen Tiefe. Das Ergebnis ist eine Fragmentierung nach Innen und eine Abkoppelung nach außen.



Karte 3-9: Karte 3-10: Bushs Garantien, 2004 – ein territorialer Zugewinn für Israel.

Was hier verwundert, ist die Tatsache, dass die Sharon-Regierung, anders als allgemein geglaubt wird, nicht die Road-Map, sondern lediglich die aus dieser Initiative resultierenden Schritte in der Form von 14 Bedingungen (Fußnoten) zustimmte. Der Plan bringt Israel unglaubliche kostenlose Vorteile. Aber die Israelis wollten noch mehr. Der wichtigste dieser Vorbedingungen (gerichtet an die Araber) war die Aufforderung der Araber, auf das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge zu verzichten (Fußnote Nr. 6). Das Datum 2002/2003 war der Beginn des Transferierens von einer innerisraelischen Debatte über den Staatscharakter Israels in eine außenpolitische Debatte, nämlich der Forderung nach der Anerkennung Israels als ‚jüdischen‘ Staat, die heute eines der größten Hindernisse für die Friedensgespräche darstellt.

Die *Bushs-Garantien* an Premier *Sharon* waren eine einmalige und beispiellose Affäre, nicht nur in den israelisch-amerikanischen Beziehungen, sondern überhaupt in der Geschichte der US-amerikanischen Außenpolitik. Es ist schwer, sich an irgendein früheres Ereignis zu erinnern, bei dem sich ein amerikanischer Präsident so

offen und grob den ausdrücklichen Bestimmungen von Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und des internationalen Gesetzes widersetzt hat. Dieser Brief ist offensichtlich überfüllt mit politischen wie juristischen Widersprüchen. In seinen Garantien an die Israelis scheint *G. W. Bush* dem berüchtigten *J. A. Balfour* alle Ehre zu machen. Denn die Rücksichtslosigkeit, mit der die Regierung Bush die Palästinafrage anging, war seit der *Balfour-Deklaration* von 1917 beispiellos. Bushs *Version* sieht einen souveränen, territorial zusammenhängenden und lebensfähigen Staat für die Palästinenser vor, aber fast ohne den territorialen *Status Quo* im Kontext der israelischen Siedlungen in der West Bank zu berühren.⁹¹ Abgesehen davon, dass die US-amerikanische Regierung übersieht, dass diese Siedlungen von Israel laut internationalem Recht illegal gebaut worden sind, verhindern diese, alleine wegen der von ihnen belegten Fläche, eine territoriale Kontinuität eines künftigen Palästinenserstaates. Ferner sorgen sie als *Enklaven* mitten im Herzen des palästinensischen Hoheitsgebiets für eine beschnittene Souveränität eines künftigen Palästinenserstaates. Und darüber hinaus sollen nach Vorstellung der amerikanischen Regierung etwa 6 Millionen palästinensische Flüchtlinge in das zerstückelte und sehr dicht besiedelte Territorium (*Mini-Staat*) angesiedelt werden.

Es wundert daher nicht, dass die anderen Mitglieder des Nahost-Quartetts, Europa, Russland und die Vereinten Nationen ebenso wie die Palästinenser, über die unilaterale Übertragung von Palästinenser-Land an Israel durch die USA empört waren. Hastig und ohne jeglichen Sinn für die explosive Lage im Nahen Osten, erklärte die US-Regierung die UNO-Resolutionen 194 und 242, die Grundlage für die Lösung des Flüchtlingsproblems sowie für jede Zwei-Staaten-Lösung, für null und nichtig und machten damit die Idee eines lebensfähigen Palästinenserstaates ebenso obsolet wie die ganze *Road Map*.

Dieser entscheidende Wandel in der amerikanischen Außenpolitik wurde anschließend vom Kongress beinahe einstimmig gutgeheißen: Das Abgeordnetenhaus stimmte mit 407 zu 9, der Senat mit 95 zu 3 Stimmen dafür. Fast unmittelbar danach beschleunigte die Regierung Sharons das Siedlungsprogramm. Diesbezüglich wurde eine Reihe von Maßnahmen und Beschlüssen in die Wege geleitet bzw. umgesetzt, wie⁹²

- Im Juni 2004 wurden Pläne für die Gründung einer neuen Stadt *Givat Yael*, neben der palästinensischen Ortschaft al-Walaja nordwestlich von Bethlehem, angekündigt. Für diesen Zweck wurden 411 Hektar palästinensisches Land konfisziert, die Platz für 13.500 neue Wohneinheiten bieten und in denen 55.000 neue jüdische Einwohner leben sollten;
- Zur gleichen Zeit belebte das israelische Wohnungsministerium einen ehrgeizigen Plan namens „4000-unit ‚E1‘ Expansion Plan“ wieder, der eine städtebauliche und kontextuelle Verbindung zwischen der östlich von Jerusalem gelegenen städtischen Siedlung *Maale Adumim* (damals 28000 EW) und jenen Siedlungen, die das Territorium der West Bank im Raum Jerusalem bereits zerteilen. Zu diesem Zweck wurden 1500 Hektar arabisches Land zum Staatsland erklärt und annektiert; und
- Außerdem expandierte die israelische Städtische Siedlung *Ariel* – bei *Salfit* westlich von der palästinensischen Stadt *Nablus* – wie einige andere Siedlungen auch, westwärts mit neuen 2000 Wohneinheiten, beträchtlich.

Da der Begriff ‚größere Bevölkerungszentren‘ irreführend und geradezu Bild verzerrend ist, soll an dieser Stelle erklärt werden, dass es hier nicht um vereinzelte einfache israelische Siedlungen geht, sondern um die so genannten Verbundsysteme⁹³, die jeweils aus mindestens zwei sich zusammenschließenden Siedlungsblöcken bestehen. So kann ein Verbundsystem Duzende von kleineren Siedlungseinheiten umfassen. Sharons fünf gelisteten Verbundsysteme (er nannte sie Blöcke) schließen die weit überwiegende Zahl der israelischen Siedlungen in der West Bank mit ein, von ursprünglich 124 vereinzelt Siedlungen in der West Bank (Stand 2003) sollen *weniger als zehn* isoliert gelegenen Siedlungen demontiert werden, deren Verteidigung für Israel unverhältnismäßig kostspielig sein würde.

Wie in allen Vereinbarungen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde seit Oslo II, enthält Bushs *Road Map* (30. April 2003) auch eine Vielzahl nebulöser Facetten, die nicht nur zentrale Themen offenlassen, sondern auch genug Platz für *sprachliche* Mehrdeutungen lassen. In der *ersten Phase* sah der

91 Vgl. Karten-Anhang 7 und 8.

92 Alle folgenden hierzu gehörigen Angaben entnommen aus dem Bericht der Habitat International Coalition (HIC), einer Nicht-Regierungsorganisation mit besonderem Beraterstatus, an das ‚UN Economic and Social Council‘ über das Thema: Verletzung der Menschenrechte in den besetzten arabischen Gebieten, einschließlich Palästina, eingereicht am 18.03.2004. Online erhältlich unter: <http://www.hic-al.org/eveonu/docus%20onu/ECN42005327%20pal.pdf>.

93 Vgl. den ‚Drobless-Plan‘ und die ‚Verbundsysteme‘, Abschnitt 2.2.2 dieser Arbeit.

Plan vor, bis Juni 2003 die letzten 60 der sogenannten *illegalen Außenposten* in der West Bank abzubauen. Jedoch wurde Nichts über die Entfernung der restlichen Siedlungen in der West Bank und im Gazastreifen (damals zählte man dort über 200.000 israelische Siedler), vom annektierten Ostjerusalem – auch hier lebten bis dato 200.000 israelische Siedler – ganz zu schweigen. *Phase zwei* (Juni bis Dezember 2003) kann man als eine seltsame Übergangsphase bezeichnen, in der die Option eines unabhängigen Palästinenserstaates mit *provisorischen* Grenzen und *Attributen* der Souveränität verfolgt werden sollte, was man auch immer unter diesen Begrifflichkeiten verstehen sollte. Keiner dieser Begriffe wurde je präzisiert. Die *dritte Phase* sollte den Konflikt mittels einer internationalen Friedenskonferenz endgültig beenden. In dieser Konferenz sollten die heikelsten Angelegenheiten des Konfliktes beigelegt werden – das sind das Flüchtlingsproblem, die israelischen Siedlungen, Jerusalem und die Grenzfrage. Was die Konferenz (Phase 3) betrifft, wäre es eine fatale Illusion zu glauben, die hoch gesteckten Ziele, sprich die Lösung der kompliziertesten Aspekte des Palästinaproblems, in einer einzigen Konferenz lösen zu können.

Bei genauem lesen des Textes der *Road Map* wird einem ziemlich klar, dass sich Israels Rolle – obwohl Besatzungsmacht – bei den Bestimmungen der *Road Map* darauf beschränkte, einfach zu kooperieren. Die tatsächliche Last, nämlich die Umsetzung der *Road Map*, lag auf die Schultern der Palästinenser, die rapide und der Reihenfolge nach den Bestimmungen nachkommen mussten, während die Besatzungsarmee mehr oder weniger vor Ort in den besetzten Gebieten blieb. Darüber nimmt der Text der *Road Map* fragwürdige Klauseln in sich auf, die sich in den folgenden drei Aspekten zeigen⁹⁴:

1. Die Tatsache, dass kein Kontrollorgan – weder international noch regional – für die Umsetzung des Plans bestimmt wurde;
2. Im Text besteht eine täuschende Symmetrie der Planstruktur, die Israel sehr viel Freiraum überließ zu bestimmen, was als nächstes, wenn überhaupt, geschehen sollte; und
3. Es wurde keine konkrete Berichtigung der Menschenrechtssituation der unterdrückten Palästinenser in den Plan niedergeschrieben.

Hinzu muss erwähnt werden, dass *Ariel Sharon* erst dann dem Plan zustimmte, nachdem *George W. Bush* Israel bilateral zugesichert hatte, 14 israelische Einwände gegen die *Road Map* zu berücksichtigen; die Israelis widersetzten sich unter anderem dem geforderten Siedlungsstopp im Westjordanland und der Überwachung der vorgesehenen Maßnahmen durch das Nahost-Quartett (USA, UNO, EU, Russland). Offensichtlich blieb es Israel überlassen, ob es diesbezüglich so weiter macht wie vorher oder nicht.

Und dennoch steht es in Bezug auf die israelischen Siedlungen fest, dass es laut der *Road Map* Israel bereits in der ersten Phase untersagt war, jede Siedlungsaktivität in den besetzten Gebieten weiter zu betreiben.⁹⁵ Die oben genannten Siedlungsaktivitäten finden zum größten Teil innerhalb der sogenannten Siedlungsgrenzen statt, einem Territorium, das seinen arabischen Besitzern weggenommen wurde. Daher ist es für Israel eine Frage der Auslegung, ob mit *Siedlungsaktivitäten* auch das so genannte *natürliche Wachstum* bestehender Siedlungen gemeint war oder nicht – die Israelis meinen, dass der Siedlungsstopp nicht für das ‚natürliche Wachstum‘ der Siedlungen gelte. Wenn man diesen Begriff ‚natürliches Wachstum‘ ganz nüchtern und ohne Vorbehalte – etwa die Tatsache, dass nach dem internationalen Recht für Besatzungsmächte, *alle* israelischen Siedlungen in der West Bank illegal sind – so müsste dieses demographische Wachstum der Siedlungen mit dem der israelischen Gesamtbevölkerung konform gehen. Lässt man aber einfach die Zahlen sprechen, so stellt man folgendes fest:

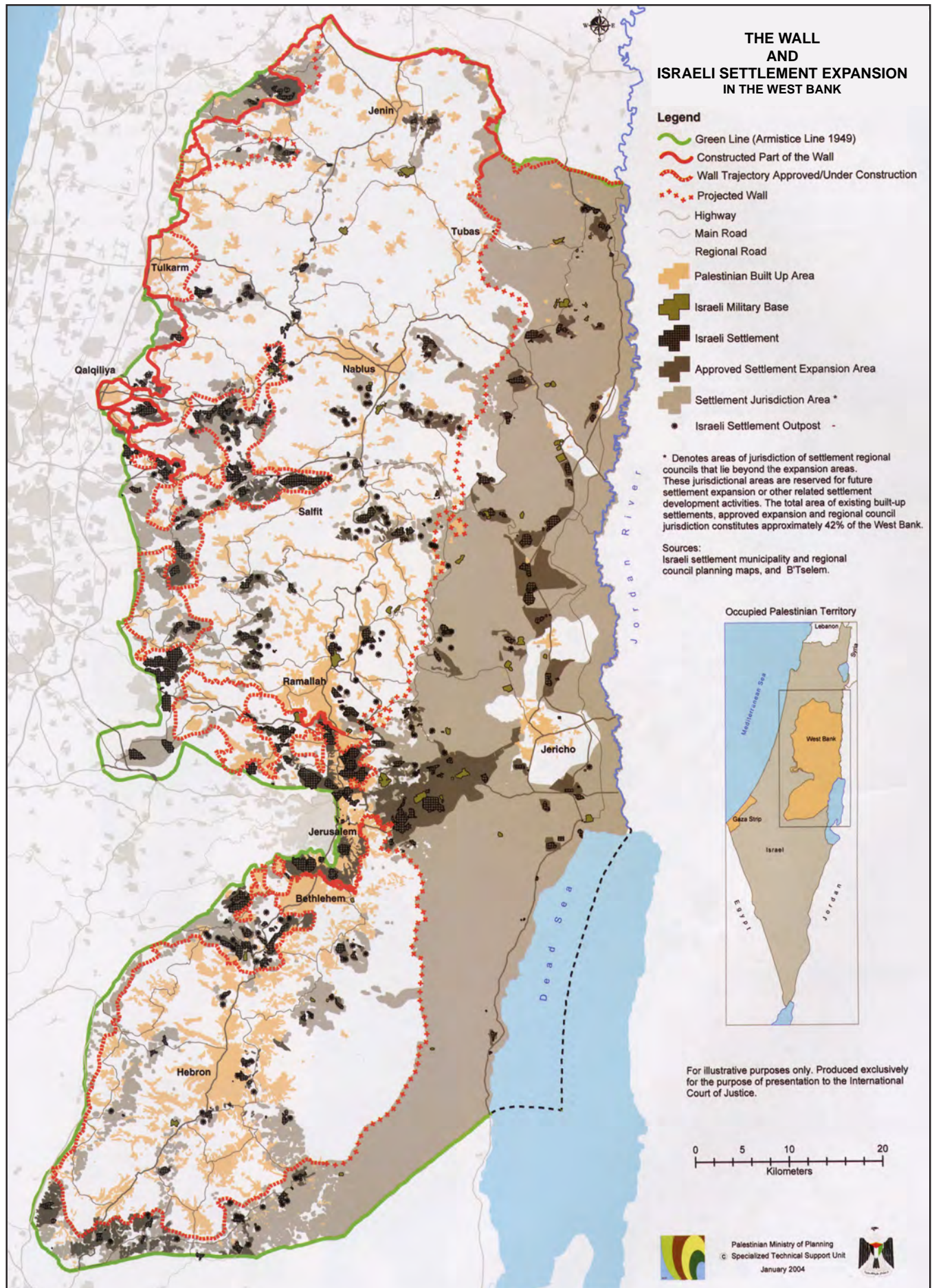
Im Jahre 2008 wuchs die gesamte Bevölkerung Israels um 1,8% – genauso wie im Jahre 2007. Die jüdische Bevölkerung allein wuchs um 1,6%. Aber im selben Jahr wuchsen die israelischen Siedlungen in der West Bank (nach israelischer Bezeichnung ‚Judäa und Samaria‘) um 4,9% – im Jahre 2007 gar um 5,6%. Von dieser Zahl gehen ganze 40% direkt auf jüdische Einwanderung zurück, aus Israel und aus dem Ausland. Interessant ist hier, dass seitdem Israel die *Road Map* akzeptiert hat (etwa Mitte 2003), die jegliche Siedlungsaktivitäten von Seiten Israel untersagte, die Bevölkerung von insgesamt 124 israelischen Siedlungen in der West Bank von 218.800 (Ende 2003) auf 289.600 Siedler in insgesamt 119 Siedlungen (Ende 2008) angewachsen ist⁹⁶ – das ist ein Bevölkerungszuwachs von mehr als 32% in nur 6 Jahren. Nimmt man die realen Siedlerzahlen – bezogen auf Mitte 2003, also unmittelbar nach der Bekanntmachung der *Road Map* (211.400 jüdische Siedler) – so bekommt

94 Said, Edward W.: ‚Archaeology of the road map‘, Artikel in Al Ahram Weekly, 12.-18. Juni 2003.

95 Vgl. den Text des ‚Road Map‘, Anhang IX/8 dieser Arbeit.

96 Alle Daten aus CBS, Statistical Abstract of Israel 2004, 2008 sowie 2009 (provisorische Daten ohne Ostjerusalem), online: <http://www1.cbs.gov.il/>.

man sogar eine Zuwachsrate von 37% in der gleichen Zeitphase. Dass dies nur ein *unnatürliches* Wachstum der Siedlungen sein kann, braucht hier nicht näher erläutert zu werden.



Karte 3-10: Die israelische Barriere, PA-Karte für das ICJ, Januar 2004.

Die Pläne zum Bau neuer Siedlungen verstoßen offensichtlich gegen die Bestimmungen der *Road Map*, und dennoch kann sich Israel diese Aktivitäten leisten, da die Siedlungsblöcke gemäß Bushs *Letters of Assurance* von den USA als dauerhafte Besitzungen Israels anerkannt wurden. Die Sharon-Regierung hatte de facto das Argument an der Hand, dass sie durch ihre Siedlungspolitik die Bestimmungen der *Road Map* nicht verletzt hätte.

Im Abschnitt 3.3.1 wurde erwähnt, dass der Mauerstreifen mittels seiner abschottenden Architektur die Rolle eines monströsen und agglomerierenden Streifens annimmt, der flächenübergreifend die meisten israelischen Siedlungsstrukturen im Westjordanland zusammenbindet und deren Kontext verdichtet. Eine der ersten von der PA veröffentlichten Mauerkarten (Karte 3-10) zeigt deutlich die wirklichen Absichten der israelischen Regierung, nämlich mittels Mauer und Zaun das besetzte und beschlagnahmte Gebiet, auf dem israelischen Siedlungen illegal errichtet wurden, für immer zum israelischen Staat einzuverleiben. Diese Karte wurde im Januar 2004 von der *Ministry of Planning* der palästinensischen Autonomiebehörde zusammen mit anderen Dokumenten und Karten veröffentlicht und als Anhang zur Klage beim *internationalen Gerichtshof* in Den Haag eingereicht.⁹⁷ Diese Dokumente waren der amerikanischen Regierung sicherlich mindestens drei Monate vor Sharons Besuch in Washington bekannt. Und *G. W. Bush* wusste, dass die Mauer eine Zuspitzung der Siedlungspolitik bzw. ein in Beton gegossenes Faktum architektonischer Natur verkörperte. Und dennoch gab er *Ariel Sharon* seine Garantien vom 14.04.2004 und billigte stillschweigend den Bau der israelischen Mauer.

Der Bau der israelischen Barriere kann nicht getrennt vom israelischen Siedlungsbau in der West Bank seit 1967 gesehen werden. Ganz im Gegenteil: ihre Konsequenzen sind allumfassend, politisch, ökonomisch und sozial. Ein städtebaulicher und territorialer Kontext, der zuerst durch den Siedlungsbau forciert und dann mit dem Mauerbau faktisch vollendet ist, macht eine nachhaltige Planung eines künftigen Palästinenserstaates zu einem Akt der Unmöglichkeit. Und alle diese Konsequenzen zusammen muss man – auch in einer wissenschaftlichen Arbeit – als Gesamtpaket und in einem Zusammenhang sehen.

3.4 Entstehungsgeschichte der israelischen Mauer

3.4.1 Die Anfänge: israelische offizielle Begründung des Mauerbaus

Die politische Entscheidung für den Bau der israelischen Barriere wurde, wie oben gezeigt wurde, erst nach einem großen Ereignis wie den Anschlägen des 11. Septembers möglich gemacht. Dennoch war die bereits vor 2001 eskalierte Lage im Nahen Osten infolge des gescheiterten Gipfels von Camp David II im Sommer 2000 für die ersten Gedanken über Separation von Seiten der israelischen Politik verantwortlich. Nachdem Baraks *Diktat-Angebot* (Anhang IX/7) von Yassir Arafat in Camp David abgelehnt wurde, wies Barak jede Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen von sich und prägte stattdessen den Slogan: *wir haben ihnen alles angeboten, aber sie lehnten ab*.⁹⁸

Baraks *großzügiges* Angebot, wie es die Israelis gerne bezeichnen, konnte Arafat weder politisch, noch territorial akzeptieren, denn es missachtete alle Aspekte des Palästinaproblems, auf die es ankommt, nämlich das Flüchtlingsproblem, den Status Jerusalems und die illegalen israelischen Siedlungen in der West Bank. Die Vorschläge von Camp David hätten territorial das Westjordanland in praktisch voneinander getrennte *Kantone* aufgeteilt, was kein palästinensischer Führer akzeptieren konnte. Um das zu erkennen, genügt ein Blick auf die entsprechenden Landkarten, die vielleicht genau aus diesem Grund in den US-Mainstream-Medien nicht auftauchten (Karte 3-11).⁹⁹ Und Arafat glaubte, dass der politisch schwache Barak keinen Frieden anstrebte, sondern nur die Palästinenser in der Welt blamieren und sie als diejenigen aufzeigen wollte, die keine Friedensabsichten hätten und stattdessen die israelischen Juden ins Meer werfen wollten. Von der palästinensischen Ablehnung des Vorschlags Baraks einmal abgesehen, ging Barak in die Verhandlungen mit Arafat und besaß innenpolitisch eigentlich keine bequeme Basis zur Durchsetzung seiner eigenen Vorschläge. Die politische Landschaft in Israel war nicht bereit für einen Frieden mit den Palästinensern, der diesen 89% des West-Bank-Territoriums zurück gibt.¹⁰⁰ Für Clinton und Barak war Camp David II tatsächlich ein Misserfolg. Sie versagten beim Versuch,

97 PNA-Ministry of Planning/ Specialized Technical Support Unit, *Maps submitted by Palestine for the International Court of Justice*, 2004.

98 Avnery, Uri: The Peace Criminal, Kolumne in Gush-Shalom.org, online: http://zope.gush-shalom.org/home/en/channels/avnery/archives_article154.

99 Vgl. hierzu Chomsky, Noam: *Keine Chance für Frieden ... a.a.O.*, S.14.

100 Vgl. Ereqat, Saib: Stillstand der Verhandlungen – Bushs Garantien und die Road Map, in Rafidi, Wissam (Edt.), *Palestinian Issues – On The Political*

Arafat zur Kapitulation zu zwingen bzw. ihm ihre Bedingungen zu diktieren, die „weder auf einem Minimum an Gerechtigkeit basierten, noch waren sie anwendbar auf das internationale Recht oder auf die Resolution 242 des Sicherheitsrates von 1967 – die Grundlage des Osloer Prozesses“.¹⁰¹



Karte 3-11: Camp-David II, 2000 – das s. g. großzügige Angebot Baraks an Arafat.

Der provokative Besuch Ariel Sharons auf den *Al-Haram Al-Scharif* in Jerusalem am 29. September 2000, wenige Stunden nach dem Freitagsgebet, brachte das Fass zum Überlaufen. Im Rahmen der Proteste tausender verärgerter Palästinenser gegen diesen Besuch wurden insgesamt 5 Palästinenser von der israelischen Polizei erschossen und 200 verwundet, obwohl die Polizei ganz genau wusste, dass Palästinenser auf dem heiligen Platz nie Waffen tragen. Weitere 70 israelische Polizisten wurden dabei verwundet.¹⁰² Kurz darauf brachen Massendemonstrationen mit gewalttätigen Zwischenfällen in den gesamten besetzten palästinensischen Gebieten

Stalemate and Horizons for Release, Bir Zeit University, November 2005, S.16 (arabisch).

101 Hagopian, Elain C., in: Aruri, Naseer (Edt.): *Plaestinian Refugees. The Right of Return*, Pluto.Press, London, 2001, S.ix.

102 Vgl. BtSalem-Report zum Besuch Sharons der Al-Haram Al-Scharif: *Events on the Temple Mount*, 29. September 2000.

sowie in Israel selbst aus, in deren Verlauf Duzende von Menschen ums Leben kamen. Sharons Besuch auf dem heiligen Platz war nur mit Hilfe und durch den Schutz von etwa *ein Tausend* israelischen Polizisten möglich. Ein dermaßen hoher Polizei-Schutz-Einsatz hätte ohne die Genehmigung der höchsten politischen Stelle des Staats, nämlich des damaligen Premierministers Ehud Barak, niemals stattfinden können. Barak benutzte Sharon als letzte politische Druckkarte und wollte den Palästinensern eine Botschaft vermitteln – die Botschaft kam an, mit viel Blutvergießen und mit einem politischen Wandel, der dem politisch schwachen Barak wenige Monate später, am 07. März 2001, sein Amt als Premierminister zugunsten des Hardliners Ariel Sharon kostete.

Um den Ausbruch der zweiten Intifada (Al-Aqsa-Intifada) zu verstehen, muss man die Stimmung kennen, in dem sich die Palästinenser zu dieser Zeit befanden. Auf die Palästinenser als die schwächere Seite des Konflikts lastete ein enormer politischer Druck, verursacht durch eine gnadenlose und blutige Besatzung, die die israelische Siedlerzahl in der West Bank seit Oslo II fast verdoppelt hat.¹⁰³ Die Palästinenser sahen ihr Heimatland trotz dem Friedensprozess seit 1991 einem israelischen Kolonisierungsprozess ausgeliefert, der drohte, den winzigen Rest ihres Landes für immer einzunehmen. Denn der Friedensprozess entpuppte sich als eine große Luftblase und Zeitgewinn für den stärkeren Gegner Israel, um sein alt-neues Siedlungsprojekt – dabei die günstige Zeit der relativen Ruhe ausnutzend – umzusetzen. Sie erkannten, dass Israel weder daran ernsthaft interessiert war, einen echten Dialog mit den Palästinensern zu führen noch strebte es eine Koexistenz mit dem palästinensischen Volk an. Diesem Prozess fehlte die Quintessenz eines Dialogs: Prinzipientreue und Gerechtigkeit. Edward Said sprach von einem Ende des Friedensprozesses.¹⁰⁴

Todesopfer im israelisch-palästinensischen Konflikt seit Ausbruch der 2. Intifada*					
29.09.2000-26.12.2008		Besetzte Gebiete			Israel
<i>allgemein</i>		Gaza	WB	Total	
01	Palästinenser, getötet durch israelische Sicherheitskräfte	3000	1792	4792	69
02	Palästinenser, getötet durch israelische Zivilisten	4	41	45	2
03	Israelische Zivilisten, getötet durch Palästinenser	39	198	237	490
04	Israelische Sicherheitsbeamten, getötet durch Palästinenser	97	148	245	90
05	Palästinenser, getötet durch andere Palästinenser (1)	459	135	594	
<i>andere Daten über Todesopfer</i>					
06	Minderjährige Palästinenser, getötet durch israelische Sicherheitskräfte	635	318	953	3
07	Minderjährige Israelis, getötet durch Palästinenser	4	35	39	84
08	Unbeteiligte Palästinenser, getötet während dem Verlauf einer gezielten Tötung	279	107	386	
09	Palästinenser, die Zielobjekte einer gezielten Tötung (außergerichtlich) waren				
10	Palästinenser, getötete durch andere Palästinenser wegen der Kollaboration mit der israelischen Besatzungsmacht	11	109	120	
11	Palästinenser, die an den Kampfhandlungen beteiligt waren und von den israelischen Sicherheitskräften getötet worden sind	1249	468	1717	61
12	Palästinenser, die an den Kampfhandlungen nicht beteiligt waren und von den israelischen Sicherheitskräften getötet worden sind.	1357	838	2195	5
13	Palästinenser, getötet von den israelischen Sicherheitskräften, bei denen nicht bekannt ist, ob sie den Kampfhandlungen beteiligt waren oder nicht worden sind (nicht Personen aus 08)	394	486	880	3
* Daten der israelischen Organisation BtSelem entnommen (http://www.btselem.org/english/Statistics/casualties.asp)					
(1) Die hohe Opferzahl verursacht durch die innerpalästinensischen blutigen Kämpfe zw. Hamas- und Fatah- Anhänger im Gazastreifen seit Januar 2007 bzw. extrem seit Juni 2007					
Zusammengestellt: MS, 2010					

Tabelle 3-1: Todesopfer nach Ausbruch der 2. palästinensischen Intifada, Sep.2000 – Dez.2008.

Der Sieg Sharons gegen Barak im Kampf um den Sitz des Premierministers war einerseits eine „ultimative Expression“¹⁰⁵ einer zornigen und wegen des Stillstands im Friedensprozess sowie der aufgrund des Ausbruchs der zweiten palästinensischen Intifada frustrierten israelischen Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit in Israel antwortete in diesen Wahlen mit einem *ultimativen Hardliner*, einem ‚Bulldozer‘ und ‚Siedlungsbauer‘, der den Arabern bereits seit 50 Jahren den Krieg erklärt hatte. Mit dem Ausbruch der zweiten Intifada am 29.09.2000, die eine logische Folge der verfahrenen politischen Lage war, begann in Israel ein politischer Stimmungswechsel, denn die zweite Intifada war, anders als in der ersten Intifada (1987-1991), blutig. Die israelische Besatzungsarmee geht seitdem äußerst brutal gegen Palästinenser und ihre Städte vor. Laut der israeli-

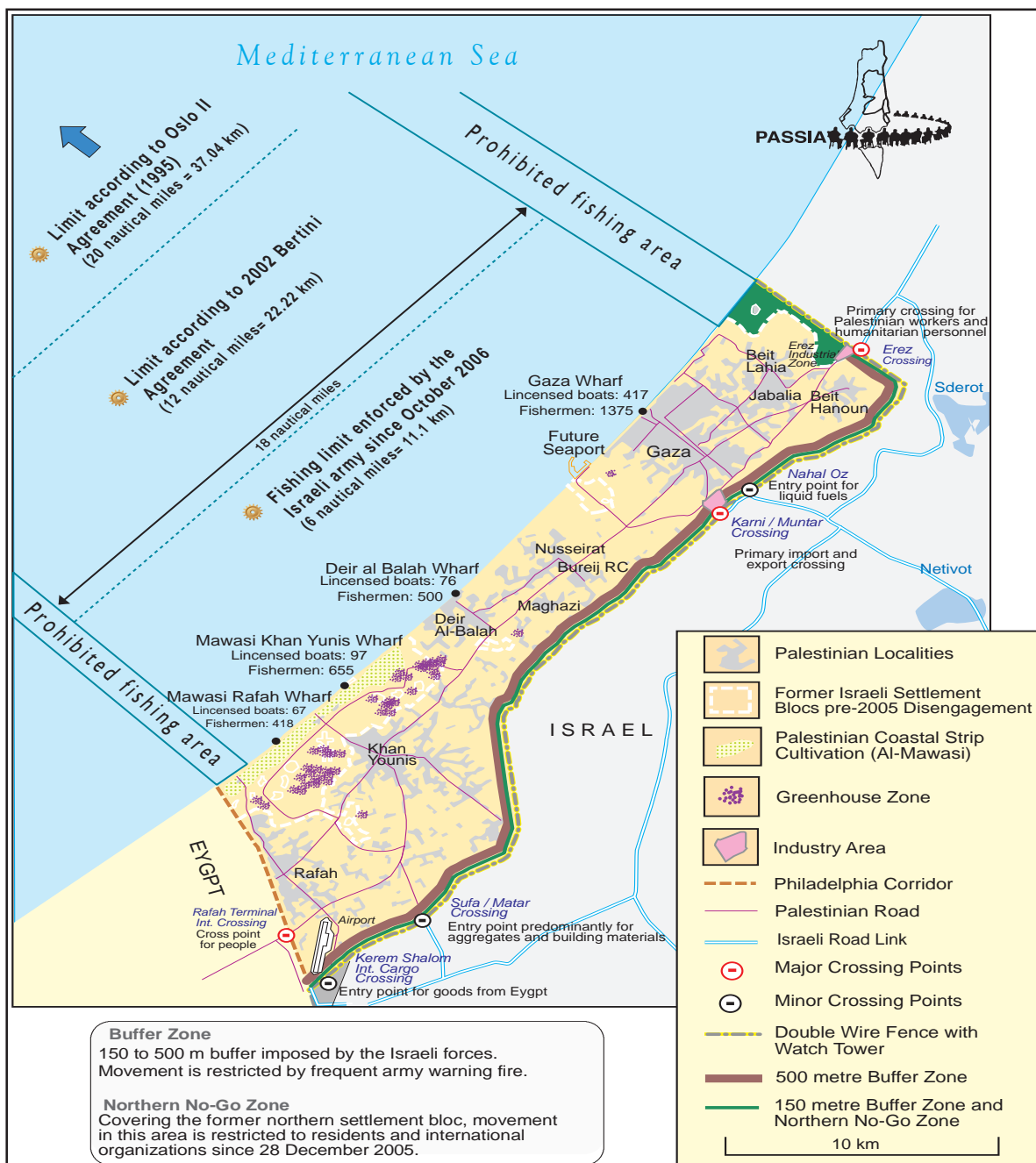
103 Zahl der israelischen Siedler in der West Bank (ohne Ostjerusalem) entwickelte sich nach Angaben des Israeli Central Bureau of Statistics von 94.100 (1991) über 116.300 im Jahre 1993 auf 198.300 Siedler im Jahre 2000, Vgl. Peace Now's Angaben über Siedlerzahlen seit 1967: table of total population in the settlements since 1967, Online: <http://www.peacenow.org.il/site/en/peace.asp?pi=57>; siehe auch Anhang V/ Chronik 2 dieser Arbeit.

104 Said, Edward: *Das Ende des Friedensprozesses ... a.a.O.*

105 Benn, Aluf: 'The Last of the Patriarchs', Artikel in Foreign Affairs, May/June 2002, online unter: <http://www.fgnaffairs.com/articles/58006/aluf-benn-the-last-of-the-patriarchs>.

schen Menschenrechtsorganisation *BtSelem* kamen alleine zwischen dem 29. September und dem 31. Dezember 2000 insgesamt 272 Palästinenser in der West Bank und Gaza durch die israelische Armee um. Im Jahre 2001 waren 453, im Jahre 2002 sogar 989 weitere Palästinenser getötet worden. Auf der israelischen Seite kamen im gleichen Zeitraum 168 Israelis in den besetzten Gebieten sowie 276 Israelis in Israel durch Palästinenser um. Zum ersten Selbstmordattentat eines Palästinensers kam es am 04.03.2001 in der israelischen Stadt *Netanya*, bei dem 2 Israelis ums Leben kamen.¹⁰⁶

Die Anschläge militanter Palästinenser mitten im Herzen des israelischen Staates (Vgl. Tabelle 3-1) waren gewiss eine Antwort auf eine bereits sehr lange anhaltende israelische staatliche Gewalt gegen die Palästinenser, ihre Städte und Dörfer und vor allem gegen ihre Bestrebung nach Frieden und Freiheit. Der israelische Staat hat mit seinen militärischen Operationen mitten in palästinensischen Wohngebieten, als erster Staat seit dem zweiten Weltkrieg, den Krieg der Städte wiederbelebt. Diese Rücksichtslosigkeit zivilem Leben gegenüber ist ein Horrorzustand, dem die Palästinenser seit 1967 und intensiv seit Ausbruch der zweiten Intifada ausgeliefert sind. Das Missverhältnis der Mittel auf beiden Konfliktseiten verschlimmert die Lage der Palästinenser erheblich, nicht zuletzt da sie von allen Seiten abgekapselt sind und von vielen arabischen Staaten im Stich gelassen wurden.



Karte 3-12: Der Gazastreifen und sein Mauerstreifen (1994-1996 errichtet) – Vorbild für die Mauer im Westjordanland, 2007.

106 Alle Daten der israelischen Organisation BtSelem entnommen, siehe unter http://www.btselem.org/english/Statistics/Casualties_Data.asp.

Auf der anderen Seite bedeuten die paramilitärischen Angriffe einzelner palästinensischer Gruppen auf die illegalen Siedlungen der West Bank bzw. die Selbstmordattentate im Kernland eine erstmalige Austragung des Konfliktes in das Terrain des Gegners – eine neue Qualität der Auseinandersetzung im Sinne von ‚wie du mir, so ich dir‘ wurde aus dem Mutterleib der weltweit ältesten militärischen Besatzung geboren. Eine Konstellation aus *Druck* und *Zeit* wurde mit der israelischen Besatzung ermöglicht, die den Rohstoff für Gewalt und Explosion produzierte. Zum ersten Mal in der Geschichte der Besatzung müssen auch die Israelis *relativ* viele Todesopfer beklagen, denn die Kriegsarena ist nicht nur die West Bank oder Gaza, sondern auch die Straßen von Tel Aviv, West-Jerusalem, Netanya und andere israelische Städte. Und zum ersten Mal seit dem Tod des ägyptischen Präsidenten *Nasser* (1970) existieren wieder Zustände eines neuen ‚Abnutzungskriegs‘¹⁰⁷, der kein Ende zu haben scheint. Die Zahl der israelischen Opfer war groß genug, um die Israelis, zu einem Umdenken zu bewegen, nicht etwa zu einer Beendigung der Besatzung, sondern leider in Richtung unilaterale Separation.



Bild 3-1: Mauerdetail Gazastreifen: „Sensor-and-Shooter-System“

Dieser Umstand lieferte der israelischen Führung den Vorwand für die Verwirklichung der seit einigen Jahrzehnten verfolgten zionistischen Idee der Segregation: demographisch sollten beide Konfliktseiten voneinander getrennt werden, nachdem man das Gebiet der Palästinenser durch Siedlungsbau und Annexion auf ein Minimum reduziert hat. Einer der Hauptgründe für den Bau der Mauer beruht auf der Übernahme von Trennungsideen, die in den Kreisen der israelischen politischen linken Mitte sowie in den militärischen Kreisen umhergingen. Dazu lieferte der Zaun, der seit der ersten Intifada (1987) den Gazastreifen belagerte, bereits ein tatsächlich existentes und in den Augen der israelischen Militärs effizientes Modell für diese Trennungsideen (Karte 3-12).

Die Idee eines ‚Sicherheitszauns‘ entlang der Landesgrenze zum Gazastreifen geht auf die Zeit der Regierung unter *Yitzhak Rabin* zurück. Im Zuge der Osloer Verträge (das Grundsatzabkommen im August 1993 und das Gaza-Jericho Abkommen im Mai 1994), die Yasser Arafat als Chef der palästinensischen Autonomiebehörde nach Gaza brachten, beschloss die *Rabin* Regierung einen ‚Trennungszaun‘ um den Gazastreifen zu errichten. Der Bau des ‚Zauns‘ zwischen Israel und dem Gazastreifen begann 1994 und wurde 1996 abgeschlossen. Nachdem der ‚Zaun‘ während der al-Aqsa Intifada, die September 2000 begann, stark beschädigt worden war, konnte er bis Mitte 2001 wieder repariert und weiter verstärkt werden. Der Gaza-Zaun entwickelte sich in der Zwischenzeit zu einem hochmodernen Sicherheitszaun, der sich etwa 1 Kilometer in den an breitesten Stelle

107 Benn, Aluf: ‚The Last of the Patriarchs ...‘ (siehe Anm. 105).

8 Kilometer schmalen Gazastreifen hineinfrisst und der mit den neuesten Errungenschaften der Technik zur Kontrolle von Grenzstreifen ausgestattet ist.

Vor dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen (August 2005) wurde bereits 2004 ein neues Waffen- und Überwachungssystem entwickelt. Israel plante eine „automatisierte Tötungszone“ entlang der Landesgrenze zum Gazastreifen hin. Dabei blieb der geschäftliche Blick von Seiten Israels durchaus nicht außer Acht, denn der neue Tötungsmechanismus, eine mit fernsteuerbare, mit Sensoren, Waffen, unbemannten Fahrzeugen und Drohnen ausgestattete Grenze, eignet sich – als ein heute überall gefragtes territoriales Sicherungssystem – sehr gut für den Export.¹⁰⁸ Nicht weit davon entfernt sollte im Süden zwischen dem Gazastreifen und dem ägyptischen Sinai ein gigantischer 4 Kilometer langer, zwischen 15 und 25 Meter tiefer und zwischen 100 und 120 Meter breiter Graben als Sicherheitskorridor ausgehoben werden. Der Graben sollte verhindern, dass von Seiten der palästinensischen Widerstandskämpfer Schmuggel-Tunnels gebaut werden können oder überhaupt, dass jemand die Grenze unbemerkt überschreitet.¹⁰⁹

Der Graben-Plan wurde zwar nicht umgesetzt, dafür aber wurde die Mauer zwischen Israel und dem Gazastreifen (im Osten und im Norden) technisch hochgerüstet. Im Jahre 2008 wurde ein neues Überwachungssystem vom israelischen Rüstungskonzern ‚Rafael‘ entwickelt, mit dem sich aus der Ferne die Grenze überwachen lässt und auf Türmen installierte Waffen bedienen lassen. Das neue ‚Sensor-and-Shooter‘-System soll – mit Hilfe dazugehöriger Bodensensoren, bemannter Flugzeuge und Drohnen zur Überwachung aus der Luft sowie ferngesteuerter Maschinengewehre vom Typ ‚See-Shoot‘ – jede Überschreitung des Frontiers von Seiten der Palästinenser tödlich beenden.¹¹⁰

Auf der anderen Seite sollte die Verwirklichung der israelischen Graben-Pläne zur großen Überraschung zwei Jahre später ausgerechnet von Seiten der ägyptischen Regierung kommen. Im Januar 2010, also pünktlich zum ersten Jahrestages des israelischen Krieges gegen den Gazastreifen zwischen dem 27. Dezember 2009 und dem 18. Januar 2009, wurden durch die israelische Presse Pläne der ägyptischen Regierung zum Bau einer unterirdischen *ägyptischen* Mauer aus massiven bombensicheren Stahlwänden (Spundwände) bekannt gemacht. Die gigantischen 18 m langen Spunddielen aus einem 5 cm starken Stahlprofil sollten in den Boden bis zu einer Tiefe von 20-30 m eingerammt werden.¹¹¹ Man hat sogar bereits im Dezember 2009 mit den Bauarbeiten auf ägyptischer Seite begonnen. Diese Tatsache und das Verhalten des ägyptischen Regime Mubarak in Bezug auf die aktive Teilnahme an der umfassenden Blockade gegen den Gazastreifen mit seinen 1,5 Millionen Einwohnern sowie das Schließen der Grenze vor den schutzsuchenden palästinensischen Zivilisten während des oben genannten Krieges wirft einen dunklen Schatten und ein großes Fragezeichen auf die Rolle Ägyptens, der PA und einiger anderer arabischer Regime im ganzen katastrophalen Geschehen in den palästinensischen Gebieten.¹¹²

3.5 Sharons Mauerplan, 2001

3.5.1 Die innerisraelische Debatte über den Mauerbau

Die Sperranlage am Gazastreifen diente für die israelischen Planer in ihren Separationsüberlegungen in der West Bank als das ideale Vorbild. Die Idee der Trennung kommt allerdings aus den Kreisen der israelischen Linken. Und wieder war es in der Zeit des ermordeten Premierministers Rabin. Als Anfang 1995 ein Terroranschlag bei *Bet Lit* (in der Nähe von Netanya) verübt wurde, beschloss die israelische Regierung eine Kommission einzusetzen (die Shahal-Kommission), um einen Plan für eine ‚Trennungsbarriere‘ zwischen Israel und den Palästinensern in der West Bank auszuarbeiten. Rabin wurde jedoch im November 1995 von einem israelischen Extremisten ermordet und der Plan wurde zunächst nicht weiter verfolgt. Die Idee wurde erst gegen Ende 2000 im Umfeld der Camp-David-Verhandlungen vom damaligen Regierungschef und Separationsbefürworter Ehud Barak kurzfristig wieder aufgegriffen.

108 Vgl. Rötzer, Florian: ‚Hightech-Mauer am Gazastreifen‘, in: Telepolis, 09.02.2009, online unter: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29690/1.html>

109 Ebenda.

110 Ebenda.

111 Die israelische Zeitung Haaretz hat als erste in einem Artikel am 09.12.2009 die Nachricht über den Beginn einer unterirdischen ägyptischen Stahlmauer entlang der Grenze zum Gazastreifen veröffentlicht. Die Mauer soll die Schmuggelaktivitäten über die Tunnels bzw. die Bohrarbeiten neuer Tunnels entlang der so genannten Salah-Addin-Achse (etwa 10 Km) ein Ende machen.

112 Mehr dazu in den Abschnitten 4.2 und 4.3.dieser Arbeit.

Im März 2001 wurde Barak durch Ariel Sharon als Regierungschef abgelöst, der – wie auch die israelischen Siedler in der West Bank – gegen den Bau eines ‚Zauns‘ war, da er darin eine Gefährdung des israelischen Anspruchs auf die West Bank als Teil von *Eretz-Israel* und der israelischen Siedlungen dort sah. Sharons Widerstand gegen den ‚Zaun‘ begann jedoch im Juni 2001 nach einem Selbstmordanschlag auf eine Diskothek in Tel-Aviv zu bröckeln. Infolge dieses Anschlags wurde eine israelische Bürgerinitiative gegründet, die den Namen ‚Ein Zaun zum Leben – öffentliche Bewegung für den Sicherheitszaun‘ trug. Der bürgerliche Druck auf Sharon wuchs rapide, insbesondere da andere NGO's wie z. B. ‚der Rat für Frieden und Sicherheit‘¹¹³ sich für den Bau eines ‚Sicherheitszauns‘ öffentlich einsetzten und zum Teil konkrete Vorschläge zu dessen Verlauf vorlegten.¹¹⁴ Aber erst nach einer intensiven Welle von Selbstmordanschlägen Anfang 2002 (siehe oben) konnten große Teile der israelischen Gesellschaft für die Idee des ‚Zauns‘ gewonnen werden.

Und dennoch gehen die Sperranlagen in der West Bank politisch auf einen Vorschlag des israelischen Labour-Politikers und Kandidat der Arbeitspartei in den Wahlen 2003 Amram Mizna¹¹⁵ zurück, der im Kontext der palästinensischen Anschläge, den ‚Zaun‘ zu einem zentralen Anliegen machte und unilaterale Maßnahmen zur Trennung von Israelis und Palästinensern vorgeschlagen hatte. Für die israelische Linke soll die Mauer in erster Linie folgende Ziele erreichen:

1. Einen Schutzwall vor Anschlägen bilden;
2. die Truppenpräsenz in der West Bank vermindern, und
3. außerdem halten einige Linke Politiker die Mauer für den ersten Schritt in Richtung eines palästinensischen Staats. Sie behaupten, die zahlreichen Abweichungen von der „Grünen Linie“ in Richtung Osten seien nur *mikroskopische Korrekturen*.

Zu einer Entscheidung von Seiten der israelischen Regierung kam es jedoch nicht gleich. Sharon und die Siedler waren alles andere als begeistert von der Idee einer Maueranlage, die zwar den gewünschten Schutz höchstwahrscheinlich bringen, aber das Heilige Land zugleich durchschneiden würde. Und doch musste der Wahlsieger Ariel Sharon sich dem Druck der öffentlichen Meinung beugen. Sharon befand sich im Jahre 2002 an der Spitze einer Regierung der nationalen Einheit mit der Labour-Partei als Koalitionspartner. Im April 2002, während der berüchtigten Invasion der israelischen Armee – auf Befehl Sharons und einer Antwort auf die arabische Friedensinitiative des saudischen Königs Abdullah – musste er bezüglich des Separationsplans einem immer größeren öffentlichen Druck sowie den Anforderungen seines Koalitionspartners nachgeben und kündigte seine Entscheidung eines von ihm so genannten ‚Randzonen-Sperre‘ zu errichten. Sharon anfängliche Absicht war die Schaffung einer ‚Sicherheitszone‘, die getreu seiner militärisch-ideologischen Überzeugung bzw. Erfahrung im Sinai der frühen 1970er Jahre (Vgl. Abschnitt 2.2.1) eine *strategisch tiefe befestigte Zone* sein sollte – keineswegs wollte Sharon eine militärisch befestigte Linie wie etwa eine Mauer entlang der ‚Grünen Linie‘ von 1949 errichten.¹¹⁶ Nach einem langen Ringen in der israelischen Politik beschloss die israelische Regierung im Juni 2002, während der zweiten Amtsperiode Ariel Sharons, eine *bauliche Barriere* zu errichten, die die West Bank vom Kernland Israel trennen sollte, um die unkontrollierte Einreise der Palästinenser nach Israel zu verhindern.¹¹⁷

Für Sharon war die Frage nicht ob, sondern wie eine solche *Zone* – Sperranlage – gebaut werden solle. Die Entscheidung wurde von der Regierung getroffen, obwohl die Natur dieses Projektes weder der Regierung noch der israelischen Öffentlichkeit klar war. Aber Sharon hatte – wie man es bei ihm gewohnt ist – von Anfang an seine eigene Vorstellung und wollte diese Zone, deren Konturen ein *Zaun* zeichnet, so gut es ging, mittels *subtiler Planung* für seine politischen Ziele nutzen. Gleich hier merkt man, dass bei der innerisraelischen Debatte über die Mauer der Sicherheitsfaktor nicht der einzige Punkt war, den die Politik zu berücksichtigen gedachte.

Eigentlich hatte der Gedanke einer physikalischen Trennung von den Palästinensern immer eine wesentliche Rolle in der territorialen Planung Ariel Sharons gespielt. Die ersten praktischen Schritte in dieser Richtung

113 <http://www.peace-security-council.org/>

114 Yossi Alpher: Chronicle of a good idea gone sour, published 11 August 2003 in: <http://www.bitterlemons.org>.

115 Amram Mizna war 2003 Ministerpräsidentenskandidat der israelischen Arbeitspartei Awoda (gegen Ariel Sharon).

116 Weizmann, Eyal: *Hollow Land ... a.a.O.*, S.163.

117 BtSalem-Hompage, topic: Separation Barrier, online: http://www.btselem.org/topic/Seperation_Barrier/.

unternahm er jedoch erst im Juni 2001, während seiner ersten Amtsperiode als Premierminister, indem er den oben genannten Beschluss von seinem Vorgänger Ehud Barak vom November 2000, eine Barriere zu schaffen, um die Durchfahrt von palästinensischen Kraftfahrzeugen zwischen Salem und Latron zu verhindern (Vgl. Abschnitt 3.2.1 bzw. Fußnote 31), ratifizierte und dann in Kraft setzte. Vorher berief er eine Ratskommission ein, die vom Chef des Nationalen Sicherheitsrats geleitet wurde und eine Reihe von Maßnahmen abfassen sollte, die die Palästinenser davon abhalten sollten, sich über die ‚Randzone‘ in das israelische Territorium einzuschleusen. Die Empfehlungen der oben genannten Ratskommission wurden am 18. Juli 2001 durch den ‚Ministerausschuss für Sicherheitsangelegenheiten‘ (Kabinett) der israelischen Regierung bewilligt. Unter den Empfehlungen waren die Umsetzung des Beschlusses vom November 2000, sowie die Schaffung einer anderen Barriere gegen die Einreise von Personen (Fußgängerverkehr) aus ausgesuchten Orten aufgrund einer Bedrohung, die mit dem Ort in Zusammenhang stehen könnte.¹¹⁸

Dem Beschluss von Juni 2001 folgend begann die Errichtung der oben genannten „Barriere zur Verhinderung der Durchfahrt von Kraftfahrzeugen“. Bis dahin haben die ‚Abteilung für öffentliche Bauarbeiten‘ und die ‚Konstruktionsabteilung‘ des israelischen Verteidigungsministeriums ein Sicherheitsmetallgitter entlang dem ausgesuchten Sektor errichtet. Die Barriere gegen Personen-Verkehr in der ‚Randzone‘ wurde erst nach einer erneuten Anordnung (Decision 64/B, section E)¹¹⁹ des Kabinetts vom 14. April 2002, also etwa 9 Monate nach ihrem Beschluss, implementiert. Das Kabinett ordnete an, *die Konstruktion eines Zauns in der Umgebung der palästinensischen Ortschaft Anin im Nordwesten der West Bank, im Tulkarm-Gebiet sowie im Raum Jerusalem sofort zu beginnen*. Zur Umsetzung dieses Kabinettschlusses wurde speziell eine so genannte ‚Seam area Administration‘ (Randzonenbehörde) errichtet, die vom Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums geleitet wurde.

Nur wenige Tage später und bevor die Verortung der Barriere überhaupt bestimmt wurde, übernahm die israelische Armee die Kontrolle über palästinensisches Privatland in verschiedenen Stellen in der nördlichen West Bank und begann Bäume zu entwurzeln und als Vorbereitung zur Konstruktion des Zauns den Boden zu planen.

Anfang Juni 2002 war die ‚Seam area Administration‘ mit dem Planentwurf des ersten Bauabschnitts der Barriere fertig. Diese erste Bauphase von der nordwestlichen Grenze (der Grünen Linie) bei der arabisch-israelischen Ortschaft *Salem* bis zum Gebiet der arabisch-israelischen Ortschaft *Kafr Qasem* südlich von *Qalqilya* sollte eine Gesamtlänge von 110 Kilometern – etwa ein Drittel der Gesamtlänge der Grünen Linie von 1949 – umspannen.¹²⁰ Der Plan zeigte auch den Entwurf einer Barriere auf, die einige Duzend Kilometer entlang der nördlichen und südlichen Stadtgrenze von Jerusalem umfasste. Jerusalem sollte vom arabischen Rest des Westjordanlandes isoliert und zugleich zu einer territorialen und politischen Einheit mit Westjerusalem zusammengefasst werden.

An sich war das keine neue Idee der zionistischen Denker. Bereits der *Allon-Plan* von 1967 wies dem Raum Jerusalem eine solche territoriale Isolation von der arabischen Umgebung zu. Lediglich die Mittel haben sich seit 1967 geändert; General Yigal Allons Vorstellung einer territorialen Trennung Jerusalems war mehr im Sinne von Jabotinskys ‚eiserner Mauer‘ der militärischen Stärke gedacht – obschon beide Pläne letztendlich doch auf das gleiche Ergebnis hinaus kommen: *Separation*. Schließlich bewilligte die Regierung Sharons den Mauerplan am 23. Juni 2002 grundsätzlich. Der Regierungsbeschluss (Decision 2077) setzte fest¹²¹, dass

1. die genaue und endgültige Route der Barriere durch den Premierminister und den Verteidigungsminister bestimmt werden; und
2. im Falle einer Meinungsverschiedenheit über die Mauerroute, das Kabinett die Angelegenheit klärt.

Nachdem einige Regierungsminister starke Einwände gegen die von der ‚Seam area Administration‘ vorgeschlagene und vom Premierminister und vom Minister der öffentlichen Sicherheit bewilligten Route erhoben haben, traf das Kabinett am 14. August 2002 wieder zusammen, um noch einmal über die Route zu diskutie-

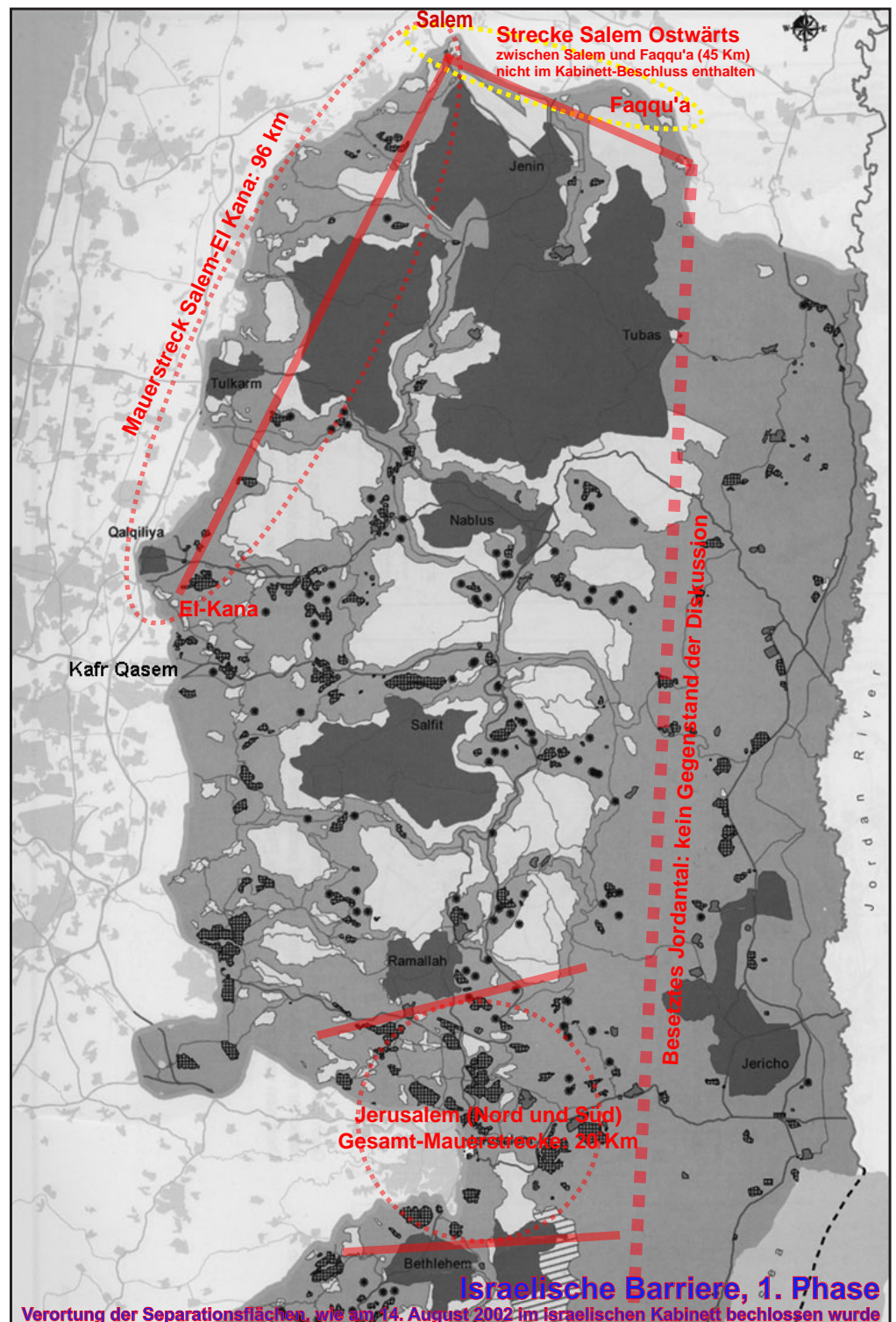
118 BtSelem, *The Separation Barrier: Position Paper, Sept. 2002*, S.3.

119 Ebenda.

120 Ebenda.

121 Government Decision 2077, 23.06.2002, Vgl. BtSelem, März 2003, *Behind the Barrier. Human Rights Violations as a Result of Israel's Separation Barrier*, S.7.

ren.¹²² Das Kabinett genehmigte eine neue endgültige Route für die erste Phase der Barriere, die 116 Kilometer umfasste, von denen 96 Kilometer zwischen *Salem* im Nordwesten der West Bank und *El-Qana*, sowie 20 Kilometer für den Jerusalemer Bereich (nur für die nördlichen und südlichen Sektionen) bestimmt wurde. Nach Angaben von BtSelem vergrößerte sich die Route für den ersten Mauerabschnitt seit diesem Treffen und bis Anfang 2003 auf 145 Kilometer.¹²³ Hier muss erwähnt werden, dass es sehr schwierig ist, genau zu sagen, was hier am Originalplan, soweit es einen überhaupt gab, von Seiten des Kabinetts geändert worden ist, denn es wurde nie ein Plan über die im Juni 2002 vorgeschlagene Route veröffentlicht. Dennoch kann man anhand der Untersuchung von Entscheidungen über das Areal von den Dörfern *Al-Ras* und *Kafr-Sur* (zwischen Tulkarm und Qalqilya), entlang dessen die Barriere laufen sollte, erkennen, dass ernsthafte Veränderungen an der Route vorgenommen worden sind.



Schema-Karte 3-1: Israelische Mauer – erste Sektion, Juni 2002, 110 Km Sperrzonen.

122 Bahor, Diana, 'Separation Fence: All the Objections', Ynet, 4 July 2002, in: BtSelem, *The Separation Barrier: Position Paper*, Sept. 2002, S.4.

123 BtSelem, März 2003: *Behind the Barrier ... a.a.O.*, S.7.

Bis Anfang 2003 wurden entlang der meisten beabsichtigten Stecke Infrastruktur- und Konstruktionsarbeiten begonnen, aber nur eine Mauerstrecke von 10 Klometern in der Nähe von *Umm el-Fahm*¹²⁴ wurde fertig gestellt.¹²⁵ Ähnlich wie beim illegalen Siedlungsbau in der West Bank, begann das israelisch Verteidigungsministerium im Januar 2003 Infrastrukturarbeiten (Bäume entwurzeln, Boden planieren, ...) entlang einer zusätzlichen 45 Kilometer langen Strecke, von Salem ostwärts bis zum palästinensischen Dorf *Faqqu'a* (östlich von *Jenin*), die im Kabinetts Beschluss vom August 2002 nicht enthalten war.¹²⁶

Das Verteidigungsministerium schätzte, dass der erste Mauerabschnitt im Juli 2003 fertig gestellt werden würde. Die geschätzten Baukosten beliefen sich bei mehr als 8 Millionen NIS (Neue israelische Schekel) pro Kilometer Mauerstreifen.¹²⁷ – bei einem Wechselkurs von 1 Euro = 4,7186 NIS (Juni 2002) ergibt das eine Kostensumme von etwa 1.7 Mio. Euro pro Kilometer Mauerstreifen.

Warum ausgerechnet Ariel Sharon als Initiator der Mauer?

Die israelischen Siedler hatten in Bezug auf die Sperranlage zwar ihre Vorbehalte, dennoch wussten sie, dass sie sich einer Idee und einem Beschluss des Kabinetts, der von Sharon unterstützt wurde, nicht ewig widersetzen können würden. Der israelische Siedlerrat (*Yesha Council*) wollte unter diesen Umständen rechtzeitig Einfluss auf Entscheidungen nehmen und die höchstmöglichen territorialen Konzessionen zugunsten ihrer Siedlungen bewirken. Zwischen Ende 2002 und Anfang 2003 zeigte der Siedlerrat erste Reaktionen, kurz nachdem Sharon sein Einverständnis zum Bau der ‚Sperranlagen‘ signalisierte. Sie erkannten in seinem neuen Standpunkt eine gewisse pragmatische Härte, die sie zu ihren Gunsten ausnutzen wollten. Und sie verlangten Korrekturen in der Mauer-Route, die eine höchstmögliche Einverleibung des Siedlungskontextes und die de facto Annexion weiterer umgebender Gebiete des Westjordanlands zwecks *natürlichen Wachstums* ihrer Siedlungskolonien gewährleisten. Genau das war auch das Anliegen aller anderen zionistischen Politiker um Ariel Sharon. Die Korrektur kam sehr bald und nahm Gestalt in Form des so genannten *Sharon-Mauerplans* an, der nach einer langen Debatte die Zustimmung der Siedler mit sich brachte.

Aber warum sollte ausgerechnet der Hardliner Ariel Sharon einer Teilung des Heiligen Landes nicht nur zustimmen, sondern diese auch noch verteidigen?

Ariel Sharon, der Vater des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten, sah die Mauer zunächst mit wenig Begeisterung. Er befürchtete die Isolierung der Siedlungen durch die Mauer und sah in der Mauer die Gefahr, Zeichen zu setzen und Fakten zu schaffen, die das Ende der Besatzung begünstigen könnten. Später jedoch und im Kontext des Irak-Krieges und im Gefolge der zu erwartenden leichten Steigerung des amerikanischen Drucks auf Israel, wieder auf Verhandlungen zuzusteuern (Bushs Road Map), hat Sharon eine viel weitergehende Option erkannt, die es ihm erlaubte, den Bau der Mauer in seinem Sinne zu nutzen. Und diese Option sollte von der israelischen Regierung verfolgt werden. Dabei wurde die Entscheidung Sharons zugunsten der Mauer von *zwei* Aspekten bestimmt, einer für das zionistische Projekt bedrohlichen Gefahr und einem lang verfolgten Ziel Ariel Sharons, nämlich

1. dem demographischen Aspekt, der seit vielen Jahren die zionistischen Experten beunruhigt; und
2. der Fortsetzung seiner Politik der Vertikalität (Vgl. Abschnitt 2.3.2), die die Entstehung eines lebensfähigen Palästinenserstaats verhindern soll. Auch vor dem Hintergrund einer scheinbaren Gefahr eines Endes des zionistischen Siedlungsprojektes, sah Sharon in der Mauer – wenn sie international anerkannt werden würde – eine Chance, die illegalen Siedlungsstrukturen international für immer zu legitimieren. Und die im Zuge des Mauerbaus annektierten palästinensischen Flächen sind nicht zufällig die fruchtbarsten, wasserreichsten und verkehrstechnisch äußerst strategischen Areale im Herzen der West Bank.

124 Umm el-Fahm: eine arabisch-israelische Stadt an der nordwestlichen Grenze zur West Bank. Die Stadt gilt, nach Nazareth (Annassira) als die größte arabische Stadt und als Zentrum der islamischen Bewegung in Israel.

125 Frisch, Felix: Israel Plans Tax on Palestinians who Enter Israel, Y-net, 4 March 2003, in: BtSelem, März 2003: *Behind the Barrier ... a.a.O.*, S.7.

126 Harel, Amos: Construction of the Separation Fence Begins between Giboa Villages and the West Bank, Haaretz, 28. Januar 2003, in: BtSelem, März 2003: *Behind the Barrier ... a.a.O.*, S.7.

127 Angaben nach BtSelem, *The Separation Barrier: Position Paper Sept. 2002 ... a.a.O.*, S.4.

3.5.2 Eine ‚demographische Mauer‘

Maximum Land – Minimum Araber

Was auch immer der israelische Staat in Bezug auf Palästina plante, es waren immer die Widersprüche und Kontroversen, die diesen Prozess bestimmten: der Bejahung allem jüdischen stand die Ignoranz des Anderen gegenüber, die Fundamente der gerne als pluralistisch-demokratisch propagierten israelischen Gesellschaft wurden mit einer systematischen ethnischen Ausgrenzung anderer Gruppen erschüttert. Die Unmöglichkeit, das palästinensische Volk durch Israel dauerhaft zu beherrschen, dessen Land zu besetzen und seine Lebensgrundlagen systematisch zu degradieren lassen schließlich den (Wunsch) und das Verlangen der Israelis nach Frieden so absurd aussehen. Jedoch steckt die größte Zerrissenheit der israelischen Gesellschaft in ihrer *Identitätsdefinierung*, die sowohl *jüdisch* als auch *demokratisch* sein möchte, trotz der Tatsache, dass allein die israelischen Araber inzwischen 20% der Gesamtbevölkerung Israels ausmachen.¹²⁸ Noch dramatischer sieht es für die Anhänger dieser Identitätsdefinierung aus, wenn man die Gesamtbevölkerungszahlen im so genannten *Mandatspalästina* zusammenstellt: bereits im Jahre 2005 lebten im ganzen Land insgesamt 10.414.800 Menschen, davon 5.275.700 Juden und 5.139.100 Araber.¹²⁹ Das entspricht einem jüdischen Anteil von 50,65%. Diese Zahlen offenbaren eine deutliche Aussage, die die israelischen Politiker seit langem beunruhigt, nämlich dass alle israelischen Versuche, für sie günstige demographische Verhältnisse im Land zu schaffen, einfach an der hohen Geburtenrate der sehr jungen palästinensischen Gesellschaft scheiterten. Das seit dem Anfang hochunterstützte und entsprechend beispielhaft erfolgreiche zionistische Projekt scheint zum ersten Mal an dem demographischen Faktor im Konflikt zu scheitern. Dieses Faktum war und ist weiterhin ein Agitator für die Separationsversuche der israelischen Regierungen von ihren arabischen Mitbürgern im Kernland und später in den besetzten Gebieten:

- Die erste arabische Gruppe wurde seit 1948 nicht nur in ihren bürgerlichen Rechten sowie in der Versorgung städtischer Dienstleistungen systematisch benachteiligt. Noch verheerender war der Umstand, dass beachtliche Teile von ihnen gleich nach Staatsgründung ihres Landes beraubt und in die größeren arabischen Dörfer zwangsumgesiedelt wurden, so dass sie heute zusammengepfercht in dicht besiedelten Agglomeraten leben, die so gut wie keine Chancen auf ein natürliches Wachstum haben. Denn Landerwerb in Israel ist per Gesetz nur Juden vorbehalten.
- Der Separationsprozess der zweiten Gruppe (in den besetzten Gebieten) nimmt zwar mit dem Baubeginn der israelischen Mauer nicht seinen Anfang, erreicht jedoch mit dieser interregionalen Barriere seinen Höhepunkt. Ihren Anfang nahm die Isolierung der besetzten Gebiete eigentlich mit der Implementierung der ersten israelischen Siedlungen gleich nach 1967, mit deren Hilfe die Fragmentierung der West Bank und des Gazastreifens sowie ein andauernder Akt der Grenzverschiebung zwischen dem jüdischen Staat und den besetzten Gebieten erzielt werden konnte.

Inzwischen wurde im Prozess des Mauerbaus klar, dass der demographische Aspekt das wichtigste Element bei der Bestimmung der Trennungslinien beider Völker ist. Der israelische Wissenschaftler Professor *Arnon Sofer*, Leiter des Zentrums für geo-strategische Forschung an der Universität Haifa, der sich seit Mitte der 1980er Jahre der demographischen Entwicklung in Israel/Palästina widmet, hat mit seinen kurz vor dem Baubeginn der Barriere veröffentlichten demographischen statistischen Daten Sharons Abzug aus Gaza im August 2005 inspiriert. Nach ihm ist die Räumung von Siedlungen im Gazastreifen eine politische Entscheidung, die auch demographische Gründe hat, da westlich des Flusses ‚Jordan‘ die Juden bereits zu diesem Zeitpunkt die Minderheit waren. In der *Jerusalem Post* im Mai 2004 verteidigte er diesen Trennungsplan mit folgenden Worten:

„Wenn 2,5 Millionen Menschen im abgesperrten Gaza leben, wird es zu einer menschlichen Katastrophe kommen. Diese Leute werden dank eines wahnsinnigen Islam immer mehr zu wilden Tieren, noch mehr als sie es heute schon sind. Der Druck auf die Grenze wird furchtbar. Es wird zu einem schrecklichen Krieg kommen. Wenn wir also am Leben bleiben wollen, werden wir töten, müssen töten und töten und töten. Den ganzen Tag, jeden Tag. Wenn wir nicht töten, werden wir aufhören zu existieren. Die einzige Sache, die mir Sorge macht, ist, wie garantiert werden kann, dass die Jungs und Männer, die dieses Töten durchführen müssen, in der Lage sein werden, zu ihren Familien nach Hause zu kommen und normale Menschen zu sein ...“¹³⁰

128 Laut Israeli Central Bureau of Statistics (ICBS) / Statistical Abstract 2007 (by Population Group) lebten in Israel im September 2007 insgesamt 7.208.500 Menschen, davon 1.439.900 Araber (aller Glaubensrichtungen), also fast genau 20% der Gesamtbevölkerung. Siehe: <http://www.cbs.gov.il/ts/>

129 Ebenda.

130 Zitat aus Jerusalem Post, Wochenbeilage, Titel: An der Front, 21. Mai 2004, S.9.

Bereits im März 2002 schrieb *Sofer* einen dringenden Brief an Premierminister Ariel Sharon, in dem er von der Dringlichkeit einer räumlichen Separation von den palästinensischen Nachbarn sprach, wenn ein Ende der Selbstmordattentate erreicht werden und wenn anhand der vorliegenden demographischen Daten, die die arabisch-palästinensische Überlegenheit belegen, das *Ende des jüdischen Staates* verhindert werden sollte.¹³¹ Insofern gilt Sofer als der Erfinder und Ideologe von Sharons Mauer-Trennungsplan. Dass die Motive und der ideologische Hintergrund die gleichen sind wie bei der Isolierung Gazas, braucht hier nicht sonderlich erwähnt zu werden.



Karte 3-13: Die Mauer, laut Yediot Aharonot vom 23. Mai 2003.

Die israelische Tageszeitung ‚Yediot Aharonot‘ veröffentlichte am 23.05.2003 zum ersten Mal eine Karte, die die Trennungsmauer darstellte, wie sie das israelische Kabinett im August 2002 genehmigte (Karte 3-13).¹³² Diese Karte wurde seitdem als ‚Sharons Mauerkarte‘ bekannt. Und ihre Ähnlichkeit zu einem Vorschlag Sharons aus dem Jahre 2001 für die Kolonisierung der West Bank ist verblüffend. Den letzteren Plan präsentierte Sharon gleich nach seinem Wahlgewinn zum Premierminister Israels. Die Grundlage dafür war sein berühmter Sharon-Plan (1977-82), der so genannte H-Plan, zur Besiedlung und Kontrolle der West Bank.¹³³

Diese *erste* Maueroute, die von Ariel Sharon im Frühling 2002 gezeichnet – und von der Tageszeitung *Yediot Aharonot* veröffentlicht – wurde, umfasste etwa die Hälfte des West-Bank-Territoriums. Laut dieses Plans verlief die Mauer nicht nur innerhalb der von den Palästinensern bewohnten Bergregion, sondern sie umfasste auch das seit 1967 von Israel besetzte Jordantal mit allen *Allon-Siedlungen*.

Dass die Entwicklung des zionistischen Siedlungsprojekts zwischen 1981 und 2001, also seit der Entstehung des berühmten H-Plans Ariel Sharons, kein Zufall war, zeigt ein Vergleich zwischen Sharons Vorschlag zur *Bantustanierung* der West Bank (H-Plan, 1981) und der von *Yediot Aharonot* veröffentlichte Mauerkarte (Karte

131 Vgl. Lily Galili, A Jewish Demographic State, in Haaretz, 28 Juni 2002.

132 Sharons Mauerkarte wurde am 23. Mai 2003 von ‚Yediot Aharonot‘ veröffentlicht.

133 Vgl. Abschnitt 2.2.2 dieser Arbeit.

3-13): auf den ersten Blick erkennbar ist, dass die Grundlage dieses Mauerplans eine korrigierte Variante des H-Plans war.

Der demographische Aspekt war offensichtlich einer der Hauptgründe für Sharons plötzlichen Pragmatismus. Als er am 06. Februar 2001 zum Premierminister Israels gewählt wurde, kontaktierte er sofort den wohlbekannten Professor *Arnon Sofer* und ließ ihn zu sich bitten und gewisse Pläne mitbringen, die er wenige Monate zuvor in einem Vortrag auf der *Herzliya Konferenz* präsentierte. Die Kernaussage jenes Vortrags war, dass Grenzen für den Staat Israel sofort angelegt werden müssten, wenn die „arabische demographische Gefahr“¹³⁴ die Juden nicht überschwemmen sollte. Die jüdische Entität (Israel) sei wegen der arabischen demographischen Überlegenheit gegenüber den Juden in ihrer Existenz bedroht.

Sofers Vorschlag zur Lösung des Problems skizzierte er in einer gut durchdachten Zersplitterung der West Bank in drei grundsätzliche Teile oder Kantone, die einerseits eine gewünschte Separation zwischen Arabern und Juden bewirkt und die jahrelang andauernde Fragmentierungspolitik der israelischen Planer, insbesondere Ariel Sharons, verfestigen sollen:

- a) Der erste Kanton strecke sich von Jenin im Norden der West Bank über Nablus bis Ramallah in der zentralen West Bank;
- b) Ein zweiter Kanton deckte das Areal von Bethlehem südlich von Jerusalem bis Hebron im Süden ab; und
- c) Ein dritter Kanton sollte das Stadtgebiet von Jericho isolieren bzw. in eine Enklave verwandeln.

Sehr wichtig hier ist Sofers Vorstellung einer physischen Isolierung der drei Zonen, die sich auf weniger als die Hälfte der West-Bank-Fläche ausbreiten würden: Es müsse ein *elektrischer Zaun* um alle drei vorgeschlagenen Zonen aufgerichtet werden, der sie einmauert.

Als Sofer die Mauerkarte Ariel Sharons sah, soll er in diesem Plan eine exakte Kopie seines eigenen und von ihm auf dem *Herzliya Konferenz* vorgestellten Separationsplans gesehen haben.¹³⁵

Aber, ist diese Karte wirklich etwas Neues für Ariel Sharon? Sharons Siedlungspläne für die West Bank waren immer und wie bei keinem anderen israelischen Entscheidungsmacher konsequent auf *Segregation von den Arabern* und auf *Exklusivität des jüdischen Elements* konzipiert. Laut Aussagen seiner Wegbegleiter und Mitstreiter, die die Behauptungen *Arnon Sofers* als „übertrieben selbst lobend“ sahen, machte *Sharon* sich bereits seit 1973 über solche Trennungspläne Gedanken und seit der Machtergreifung der Likud 1977 setzte er sie faktisch um.¹³⁶ Um eine Vorstellung über die Absichten Ariel Sharons zu bekommen, sei hier an die israelische ‚Operation Schutzschild‘ gegen die palästinensischen Städte Jenin, Nablus und Rafah erinnert, die auf Befehl des Premierministers Sharon zur kollektiven Bestrafung der Palästinenser im März/April 2002 von der israelischen Armee durchgeführt wurde (Vgl. Abschnitt 3.7.3). Interessant hier ist die arabische Übersetzung des Namen der Operation: im arabischen heißt sie ‚Operation Assur-Alwaqi‘, was wörtlich ‚Operation Schutzmauer‘ heißt. Die Frage, die sich hier stellt ist ob es ein Zufall war, dass diese Operation nur drei Monate vor dem israelischen Beschluss zum Bau der Trennungsmauer (Juni 2002) unter dem *symbolischen* Namen ‚Mauer‘ blutig durchgeführt wurde.

Und dennoch – selbst wenn Sofer angeblich zu viel von sich selbst hält – ist die Mauer offensichtlich zuallererst und vor allem ein expressiver Ausdruck demographischer Ängste der israelischen Politiker und somit auch ein materieller Beweis des Scheiterns des zionistischen Projektes, jedenfalls des Traumes vom *Eretz Israel*. Der demographische Alptraum verursacht durch die hohe Geburtenrate der Palästinenser macht den zionistischen Träumen von einem großen Israel, wie es sich die zionistische Weltorganisation im Jahre 1919 vorstellte, ein endgültiges Ende. Diese Tatsache vertieft das Gefühl des *historischen Dilemmas*, in dem sich die zionistische Gesellschaft befindet. Und alle militärischen Siege haben sich anhand dieser Tatsache als unfruchtbar – als Scheinsiege – erwiesen, denn sie konnten alle trotz der enormen Bemühungen zur politischen, logistischen sowie finanziellen Unterstützung des zionistischen Projektes in den besetzten Gebieten, die demographischen Verhältnisse und erst recht nicht die demographischen Tendenzen zugunsten der Juden ändern. Die Herrschaft über *Palästina* oder das *Land Israel* wird offensichtlich nie mit dem Gewehr oder der Handgranate, sondern

134 Vgl. Meron Rappaports Artikel: ‚A Wall in their Heart‘, in Yedioth Ahronoth, 23. Mai 2003.

135 Ebenda.

136 Ebenda.

durch Aktivitäten entschieden, die innerhalb von zwei Räumen stattfinden: in den Schlafzimmern und in den Universitäten; und in beiden Arenen werden die Palästinenser innerhalb kürzester Zeit die Oberhand erhalten – wenn dies nicht *der* Hauptgrund ist, dann ist es für die Zionisten mindestens einer der wichtigsten Gründe für eine Trennung zwischen Arabern und Israelis.

Die Mauer scheint aber auch ein letzter Versuch zu sein, die Früchte der vierzigjährigen zionistischen Siedlungsaktivitäten in den besetzten Gebieten zu ernten. Zugleich ist sie ein destruktives Bauwerk, das eine Permanenz der territorialen Fragmentierung der besetzten palästinensischen Gebiete manifestieren und folglich die Konstruktion einer palästinensischen Entität (Staatsbildung) politisch verhindern soll. Das Motto dieser Politik ist, dass, wenn das Siedlungsprojekt nicht bis zum Ende gehen kann, so soll *eine Mauer im Herzen der Palästinenser* gebaut werden, die dafür sorgt, dass sie selbst nie einen eigenen territorial zusammenhängenden und lebensfähigen Staat errichten können. Die geographische Tiefe der Verteidigung, die Israel nun nicht hat bzw. nicht ohne weiteres haben kann, will die israelische Politik schaffen, indem sie die palästinensischen Gebiete zu Schlafstädten verwandelt, die in keiner Weise Souveränität oder Grenzen außer zum Israelischen Staat besitzen und ökonomisch von diesem vollständig abhängig sind. Die Palästinenser sollen weder zu Israel gehören (durch Annexion) noch dürfen sie einen eigenen Staat haben. Sie sollen nur *da* von Israels Gnaden in einem palästinensischen *Käfig* wohnen dürfen – und natürlich israelische Ware konsumieren. Ehud Barak – auch ein hochrangiger Armeegeneral und Sharons Amtsvorgänger – hat von Anfang an für einen Sicherheitszaun plädiert und seine Argumentation für die Mauer ist ernüchternd und für die israelische Politik charakteristisch zugleich: „hohe Zäune machen gute Nachbarn“, beteuerte er in einem Interview mit *der Spiegel* im Mai 2003.¹³⁷

3.5.3 Grundzüge des Sharon-Mauerplans

Dass dieser Plan ein ureigener Sharon-Plan ist, zeigt zunächst einmal die Tatsache, dass Ariel Sharon sich in jedes Detail einmischte. Er kam persönlich zu den Baustellen und skizzierte exakt, wo die Mauer laufen sollte. Nach Militärangaben (das israelische Militär ist die offizielle Körperschaft, die für den Plan der Barriere zuständig ist) musste jede aufgeworfene Frage in Bezug auf den Mauerplan durch das Büro des Premierministers – zum Büro von Sharons-Berater für Siedlungsfragen (Uzi Keren) oder zu Sharon höchstpersönlich – laufen.¹³⁸ Politisch geschah etwas Seltsames bei der Entscheidung für den Bau der Barriere: Uzi Keren zeichnete einen identischen Mauerplan wie der von Sharon und Professor Sofer, obwohl er Mitglied der israelischen ‚Bewegung des Dritten Weges‘ war. Plötzlich wurden die Ideen aus der israelischen Linke und Mitte (um Ehud Barak) von der Sharon-Regierung adoptiert, vom gleichen Sharon, der während der ‚Regierung der Nationalen Einheit‘ den Bau der Barriere strikt ablehnte. Er wurde nahezu gegen seinen Willen in einen Bauprozess hineingerissen, an dem jeden Tag etwa 500 Bulldozer bei einem der größten Bauprojekte in der Geschichte des Landes, sich durch Planier- und Betonarbeiten in die historische Topographie und Landschaft der West Bank hineinfräßen. Israel hatte seit seiner Gründung wirklich große Bauprojekte unternommen, wie die Bar-Lev-Linie, die ‚National Water Carrier‘ (israelische Landeswasserleitung) und die Austrocknung bzw. Entleerung und Weiterleitung des Hula-Sees im Norden des Landes (siehe Wasserproblematik der *Jordan-Anrainerstaaten* in Abschnitt 3.7.7). Diese alle verblissen selbst neben der ersten Phase des Mauerstreifens (etwa 150 Kilometer) und erst Recht neben den restlichen 500 Kilometern dieses kolossalen Projektes, das die Landkarte bereits heute radikal änderte.

Die Sharon-Regierung (und die nachfolgende) propagierten die Logik zum Bau der Mauer weiterhin. Sie behaupteten, die Mauer ziele lediglich darauf hin, die israelischen Städte vor dem palästinensischen Terror zu beschützen und solle nicht die Landesgrenzen festlegen. Aber in der Praxis wurde der Verlauf der Barriere immer wieder verändert und jedes Mal wurde ein weiteres Stück des arabischen Territoriums geschluckt. Damit wurden die Ängste der Siedler, vom Kernland durch die Mauer abgekapselt zu werden, zunichte gemacht. Entsprechend ihrem Wunsch wurde hier ein System von Mauern gewährleistet, das nicht die ‚Grüne Linie‘ von 1949 als Richtschnur annimmt, sondern sich dank seiner amorphen Form in das palästinensische Land hineinfrisst, um die israelischen Siedlergebiete an das Mutterland anzugliedern. Bei der Einverleibung der israelischen Siedlungsstrukturen im Herzen der West Bank werden hunderttausende von Palästinensern in eingezäunten Enklaven einsperrt. Die Palästinenser werden durch die Mauer nicht nur auf der *Terrain-Oberfläche* eingesperrt, sondern und vor allem auch vertikal eingewickelt, da der Plan Israel ermöglicht, die effektive Kontrolle über dem ‚Bergaquifer‘ (West-Aquifer) unter den palästinensischen Gebieten und dem Luftraum über ihnen zu

137 Ehud Barak zitiert in *Der Spiegel* 20/2003 vom 12.05.2003, Titel: „Hohe Zäune, gute Nachbarn“, Interview mit Dieter Bednarz und Stefan Simons.

138 Meron Rappaport: *A Wall in their Heart ... a.a.O* (Anm 134).

behalten. Schrittweise – und nur wenn es die politischen und sicherheitstechnischen Umstände erlauben – würde diese palästinensische abgeschottete Inselgruppe zu einem „Palästinenserstaat innerhalb provisorischer Grenzen“¹³⁹ erklärt, der eine beschränkte palästinensische Souveränität haben würde – also eine „soft“-Souveränität“ innerhalb provisorischer Grenzen, die die Palästinenser – das steht ihnen frei – als ‚Staat‘ bezeichnen könnten.¹⁴⁰

Die Vorschläge des israelischen Verteidigungsestabishments vom März 2003 bilden den Kern und den Anfang der Mauer, wie man sie heute als Sharons Mauer kennt.¹⁴¹ Ihr Verlauf geht auch mit Sharons Vorstellungen einer Separation konform. Die Grundzüge dieses Plans kann man wie folgt zusammenfassen:

1. Sie soll die größtmögliche Zahl israelischer Siedlungen in der West Bank umschließen, damit diese samt ihrem Umland de facto zum Kernland einverleibt werden:
 - a) Im Norden soll der neue (Zaun) östlich der Siedlungen Kedumim, Immanuel und Ariel (westlich und südwestlich von Nablus) verlaufen.
 - b) Bis dato (März 2003) befand sich die Mauerstrecke von *Mehola* im Beit She’an Valley (bei Tayasir in der nordöstlichen Ecke der West Bank) bis *Elkana* (südlich von Qalqilya) im Bau. Die Mauerstrecke zwischen *Elkana* und *Mt. Amasa* (südlich von Hebron) soll der nächste Abschnitt werden.
 - c) Im zentralen und südlichen Bereich der West Bank und auf der heutigen Route der Mauer wurden in den letzten 40 Jahren große Siedlungsblöcke im West-Samaria (Nordwesten des Westjordanlands), Gush Etzion (Bethlehem-Jerusalem) und Süd-Hebron errichtet, um das Gebiet innerhalb der ‚Grünen Linie‘ (Israel) nach Osten zu erweitern, was ein großes politisches Problem verursacht;
2. Neben der westlichen Maueroute schlug das Verteidigungsministerium eine zweite östliche Route im Jordangraben vor, die gemäß dem Allon-Plan von 1967 die palästinensische Bevölkerungskonzentration abtrennen soll. Diese soll entlang der ‚Allon-Achse‘ geplant werden, von *Mehola* (Nordost der WB) bis *Maale Adumim* (östlich von Jerusalem) errichtet werden;
3. Die Planer beabsichtigen so viele Juden und so wenig Palästinenser wie möglich auf der westlichen Seite der Mauer zu erhalten. So soll die Mauer (in der ersten Phase) in einer Weise verschoben werden, dass 40.000 Siedler und 3.000 Palästinenser auf der westlichen Zaunseite eingeschlossen werden. Sie soll bei möglichst jedem auf ihrem Weg stehenden palästinensischen Dorf weiter nach Westen verlegt werden, um die kleinstmögliche Zahl an palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern auf der westlichen Seite zu erhalten. Folge ist die Abtrennung vieler Dörfer von ihrem Hinterland.

Und hier erkennt man deutlich, dass Sharon auch hier nicht weit über seinen eigenen Schatten springt. Und der Vergleich bzw. die Ähnlichkeit seines Mauerplans mit dem Vorschlag von 2001 (Karte 3-14) bzw. mit dem 2003 veröffentlichte Mauerplan (Karte 3-13) ist nicht nur verblüffend, sondern auch irgendwie erwartet. Denn man erkennt auch hier sofort – genauso wie bei seinem berühmten H-Plan von 1981 – was Sharon beabsichtigt, nämlich durch einen Zangengriff von Mauern einen Zustand zu schaffen, in dem Israel ein Maximum an Territorium und ein Minimum an palästinensischer Bevölkerung bekommt und zugleich den Status Quo der polarisierenden Siedlungsstrukturen nicht nur manifestiert, sondern auch das übrig gebliebene palästinensische Land einer territorialen Realität unterzieht, die von nicht zusammenhängenden Landfragmenten bestimmt wird, die den *Bantustans* der schwarzen Bevölkerung im ehemaligen Apartheid-Südafrika stark ähneln.

Der Zangengriff Ariel Sharons besteht offensichtlich aus zwei Zäunen, einem westlichen Mauerstreifen, mit dessen Hilfe sich Israel gen Osten in das palästinensische Terrain hineinwachsen kann; und einen östlichen, der einer palästinensischen demographischen und territorialen Ausdehnung nach Osten in den dünn besiedelten Jordangraben für immer den Weg versperrt. Mit diesem Schachzug wollte Sharon beide Zäune nutzen, um damit temporäre Grenzen eines palästinensischen Staates gemäß dem *Road Map* des inzwischen scheidenden US-amerikanischen Präsidenten *G. W. Bush* zu skizzieren. Sein obiger „Bantustan-Plan“¹⁴² von 2001 war ein territorialer Vorschlag für einen *bantustanuierten* palästinensischen Staat innerhalb einer Vielzahl von zersplitterten Kantons, die sich auf einem Gebiet zerstreuen, deren Gesamtfläche maximal 42% der Fläche der West Bank ausmacht.

139 So wie G. W. Bushs Road Map (April 2003) prophezeite, siehe Anhang IX/ 8.

140 Weizman, Eyal, *Hollow Land ... a.a.O.*, S.165.

141 Angaben aus einem Artikel von Aluf Benn: Defense Ministry wants fence moved deeper into West Bank, Haaretz, 23.03.2003.

142 Ebenda.



Karte 3-14: Vorstufen des Mauerplans – Sharons H-Plan (1977) und Bantustan-Plan (2001).

Obwohl der Mauer-Plan auf Grund globaler politischer Veränderungen Modifikationen unterworfen ist – dazu trägt auch die Tatsache bei, dass die Palästinenser sich stur weigern, auf immer als besetztes Volk zu leben – bleibt die Logik dieselbe. Diese kommt klar im Statement der früheren Direktorin des Büros der israelischen Staatsanwaltschaft (Zivile Abteilung) *Plia Albeck* zum Ausdruck:

„Die Orte, in denen Araber leben, werden zum palästinensischen Staat gehören, und wenn Siedlungen auf leerem Staatsland gebaut werden, wo auf keinen Fall Araber leben, kann die Grenze dort gezogen werden.“¹⁴³

Mit anderen Worten: die Araber würden von Israel weder aktiv deportiert werden, noch dürften sie Israels Bürger – auch nicht zweiten Grades – werden. Man lässt sie sogar einen *Staat* gründen. Jedoch würde sich dieser Staat auf das dicht bewohnte und bebaute Areal beschränken und wäre ein Staat ohne offene, leere Gebiete und ohne die nötige territoriale Kontinuität – und mit einer unglaublich hohen Zahl an Frontiers, Berührungspunkten mit den israelischen Siedlungen. Denn auf den unbebauten Gebieten, dort wo keine Araber wohnen, werden die Israelis Siedlungen bauen, die die Grenze des jüdischen Staates bilden. Nach Vorstellung der israelischen Regierung hätten nur Juden das Recht und den Bedarf an grünem Raum rund um ihre Städte und an Landreserven für Wachstum ihrer Städte und für städtische, soziale, industrielle und ökonomische Entwicklung ihres Landes.

¹⁴³ Plia Albeck, zitiert in Amira Hass' Artikel: A masked reality, Haaretz, 07.04.2004, online: <http://www.haaretz.com/misc/article-print-page/a-masked-reality-1.119015?trailingPath=2.169%2C2.225%2C2.227%2C>.

3.6 Mauerstreifen: physische Eigenschaften

Im Abschnitt 3.1 wurden der ungeheure Maßstab und die Natur der Baumaterialien der Mauer als Gründe für deren tendenzielle internationale Ablehnung definiert. In ihrer Stellungnahme auf der UNO-Generalversammlung am 03. Dezember 2003 über die Rechtmäßigkeit der israelischen Mauer haben die PLO und mit ihr die arabischen Staaten ihre Ablehnung dieser Baumaßnahme auch damit begründet, dass diese das Verhältnismäßigkeitsprinzip verletze, da die Besatzungsmacht diese als Vorwand benutzt, um eine enorme systematische Zerstörung bzw. Enteignung palästinensischen Eigentums zu betreiben sowie die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Menschen so stark einzuschränken, dass sie, wenn überhaupt, nur unter äußerst schwierigen Bedingungen ihre Arbeitsplätze, Ländereien, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser sowie ihre Mitmenschen und Verwandten erreichen könnten. Das stelle eine eindeutige Verletzung der *IV. Genfer Konvention* von 1949 und einer ganzen Reihe anderer Bestimmungen des internationalen und des humanitären Rechts dar – wie des Rechts auf Bewegungsfreiheit, auf Bildung, auf Arbeit, auf einen angemessenen Lebensstandard, auf medizinische Versorgung, sowie des Kinderrechts.¹⁴⁴

Dieses soziale, ökonomische und kulturelle Auseinanderreißen der palästinensischen Gesellschaft wurde ermöglicht durch eine Reihe von militärischen Anordnungen (*Orders*) seit 1967, die mit dem Bau der Mauer eine endgültige physische Form angenommen haben. Ihren monströsen Charakter gewinnt die israelische Maueranlage nicht nur durch ihre amorphe Form, die sich illegal in das palästinensische Land hinein frisst, sondern auch durch ihre ungeheure Ausdehnung sowie die Bauweise dieser Maueranlage. Wie oben genügend erklärt wurde, geht es hier um das Gegenteil dessen, was ein *normaler* Grenzzaun zwischen zwei benachbarten Staaten darstellt, sprich (normalerweise) die Befriedung einer Grenze, nämlich (hier) um einen Streifen der Konfrontation und der Konfliktverschärfung – einen Streifen, der den staatlichen Terror gegen Menschen manifestiert, Gegenterror fördert und Frieden aussperrt. Dazu trägt nicht nur die machtpolitische Botschaft bei, die er proklamiert, sondern vor allem auch seine physischen Eigenschaften, die die Menschen tagtäglich zu spüren bekommen:

Baufortschritt der israelischen Mauer in der West Bank und in Ostjerusalem, 2007/2008						
	West Bank (ohne Jerusalem) ¹		Jerusalem ²			
	Länge (Km)	in %	Länge (Km)	in %	Länge (Km), Inklusive der Ma'ale Adumim- Enklave	in %
Fertiggestellt	409	56,6	78,5	64,3	78,5	47
Unter Konstruktion	66	9,1	15,6	12,7	30,6	18,3
Geplant, noch nicht begonnen	248	34,3	28,2	23	58,2	34,7
Gesamt	723	100	122	100	167,3	100
Gesamtanlage der Maueranlage (Km)	890,3	100				
davon fertiggestellt	487,5	54,76	Mindestangaben			
davon unter Konstruktion	96,6	10,85				
Geplant, noch nicht begonnen	306,2	34,39				

(1): OCHA: office for the coordination of Humanitarian Affairs, August 2008;
(2): OCHA: office for the coordination of Humanitarian Affairs, October 2007.

Tabelle 3-2: Baufortschritt der israelischen Maueranlage, 2007-2008.

Die israelische Maueranlage ist eine ununterbrochene 50 bis 100 Meter breite hochsichere Trennungsanlage und besteht in der Regel aus einer Reihe von parallel laufenden Zäunen und zusätzlichen Sicherungsvorrichtungen mit einer geplanten Gesamtlänge von 890 Km, davon 167,3 Km in der Stadt bzw. im Raum Jerusalem. Der Rest (723 Km) schlingt sich quer durch die West Bank hinein (Tabelle 3-2).¹⁴⁵ Bis August 2008 wurden bereits 56,6% der Anlage im Westjordanland (409 Km) gebaut und 9,1 % (66 Km) befanden sich im Bau. Bis Oktober 2007 wurden 47% (78,5 Km) der ursprünglich 167,3 Km langen geplanten Mauerstrecke im Raum ‚Jerusalem‘, bereits gebaut. 18,3% (30,6 Km) befanden sich zum gleichen Zeitpunkt noch im Bau.

144 Arabische Ablehnung der israelischen Mauer, siehe Abschnitt 3.8.1 dieser Arbeit.

145 Alle Daten bezogen auf die Folgen der Maueranlage nach ihrer Fertigstellung, so wie die israelische Regierung die Mauerroute am 30.04.2006 bewilligte. Zahlenquelle: ‚United Nations Office for the coordination of humanitarian Affairs‘ (OCHA), in Btselem.org, online unter: http://www.btselem.org/english/Separation_Barrier/Statistics.asp.

3.6.1 Konstruktion der Maueranlage

Aufgrund der überdimensionalen Ausmaße der israelischen Maueranlage ist es erforderlich, dass auf verschiedenen geographischen und topographischen Lagen konstruktiv unterschiedlich reagiert wird. Aber die Funktionalität der Mauer soll hierbei keineswegs beeinträchtigt werden. Die Anlage soll *drei* Maximen gewährleisten, nämlich

1. höchste *territoriale Ambitionen* mittels Landnahme;
2. die höchste *Segregationsstufe*; und
3. die völlige Kontrolle über beide Seiten der Maueranlage.

Man unterscheidet grundsätzlich zwischen *zwei* verschiedenen Anlagen (Graphik 3-4), nämlich zwischen einem Mauerstreifen in Form eines *Sicherheitszauns* und einer *Stahlbeton-Mauer*. Ganz gleich, ob Zaun oder Mauer, beide Anlagen haben die gleichen Aufgaben zu erfüllen und das können sie auch tun, denn allein durch ihre bloße gigantische physische Präsenz und/oder mit Hilfe modernster Überwachungstechniken sowie der Errichtung von Wachtürmen für Scharfschützen in Abständen von 100 bis 150 Metern auf der Gesamtstrecke, sorgen sie für die Erfüllung der Maximen, die ihre Schöpfer bezweckten. Ob sie mittel- bis langfristig für Sicherheit sorgen werden, wird man noch erfahren müssen (Vgl. Graphik 3-4).

Mauerstreifen/ Zaunbereich

Der Zaunbereich macht den größten Teil des Mauerstreifens in der West Bank aus. Seinen monströsen Charakter entnimmt er nicht nur der außerordentlich langen Segregation, sondern vor allem auch seiner horizontalen bzw. flächigen Dimension, die er mittels Annexion von arabischem Land gewinnt: Von der West-Bank-Seite aus gesehen und aufeinander folgend teilt sich der an seiner engsten Stelle etwa 50 Meter breiten Mauerstreifen – und kann an manchen Stellen zwischen 100 und 150 Meter breit werden – in folgende Sicherheitszonen:

1. *Erster Zaun*: ein etwa 3m breiten und 2m hohen *Drahtverhauen* aus aufgetürmtem Stacheldraht;
2. *Graben*: ein etwa 5m breiten und 4m tiefen (b/h) Graben soll Autofahrtverkehr verhindern;
3. *Patrouillenweg*: zwischen dem Graben und dem eigentlichen Zaun (D) verläuft ein Patrouillenweg für israelische Militärfahrzeuge;
4. *zweiter Zaun*: der eigentliche Hochsicherheitszaun ist etwa 3 Meter hoch und ist mit hochsensiblen Bewegungsmeldern ausgestattet;
5. *Sandstreifen*: auf der anderen Seite des Zauns befindet sich ein 5m breiter Sandstreifen zur Verfolgung von Fußspuren;
6. Asphaltierter Patrouillenweg: etwa 5m breit;
7. *Puffer-Sandstreifen*: in der Regel etwa 20m breit, meistens mehr;
8. *Drainagegraben*; und schließlich
9. *Streifen aus Drahtverhauen/Kontrolltürme und Schießanlagen*: diese etwa 3m breite Barriere besteht aus einem Stacheldrahtstreifen (wie ‚A‘), der in regelmäßigen Abständen Kontrolltürme mit Schießanlagen und Überwachungskameras innehat.

Stahlbeton-Mauer

Dieser Teil der Maueranlage versinnbildlicht die klassische Bezeichnung einer ‚betonierten Mauer‘. Während der oben beschriebene ‚Zaun‘ ganze Regionen auseinander reißt, wurde dieser durch meist 6 bis 8 Meter hohen Stahlbetonmauersegmente, einschließlich Wachtürmen und Überwachungssensoren- und -kameras, an Stellen ersetzt, an denen eine solch breite Konstruktion nicht möglich war. Zumeist waren diese Stellen Orte, die entweder aus sicherheitstechnischen Gründen oder aus Gründen der absichtlichen demographisch-ethnischen Segregation – zumeist aus beiden Gründen – ausgesprochene Konfliktbereiche waren. Insgesamt kann man von *vier* Gebietskategorien sprechen, die den israelischen Bestimmungen für die Konstruktion einer Beton-Mauer

innerhalb oder an einem palästinensischen Ort entsprechen würde. Diese Kategorien sind:

1. Die Mauerroute verläuft mitten durch dicht besiedelte arabische Wohngebiete (wie in Abu Dis- Jerusalem); oder
2. sie tangiert arabische Wohngebiete, die nur wenige Hundert Meter von israelischen Kolonien entfernt liegen (wie bei den israelischen Siedlungen *Ariel* und *Givat Ze'ev*); oder
3. sie wird unmittelbar an der *Grünen Linie* gebaut und mit palästinensischen Grenz-Städten und -Dörfern konfrontiert (wie im Falle der Stadt Qalqilya); oder
4. sie wird um ein Gebiet von besonderem historischem, religiösem bzw. archäologischem Interesse herum gebaut, um daraus eine israelische *Enklave* zu bilden (wie im Falle des Rachel-Grabes in Bethlehem).

Was die Betonmauer kennzeichnet ist ihre visuelle und physische Brutalität in Umgang mit den palästinensischen Städten und ihren Bewohnern, sowie die unmittelbare und offensichtliche Umsetzung des Segregationsgedankens ihrer Schöpfer in einer brutalen Form und hässlichen Deutlichkeit – eine Segregation, die Städte wie Abu Dis, Qalandya und Qalqilya in wahren Ghettos verwandelt hat. Das war einer der Gründe, warum die gesamte israelische Sperranlage auf den Namen ‚Mauer‘ getauft wurde – gerade die Assoziation, die bei dieser Anlage mit einem Gefängnis hervorgerufen wird, spielt dabei eine wesentliche Rolle, denn die Maueranlage in der West Bank bzw. die einige Jahre ältere Sperranlage zwischen dem Gazastreifen und dem Rest der Welt, verwandeln die besetzten Gebiete zum größten „Freiluftgefängnis“¹⁴⁶ der Welt.



Bild 3-2: Die israelische Mauer und zerrissene städtische Landschaft von Abu Dis / Jerusalem, Nov. 2009.



Bild 3-3: Mauerstreifen / Zaunbereich: Trennungsanlage südlich von Hebron, Mai 2006.

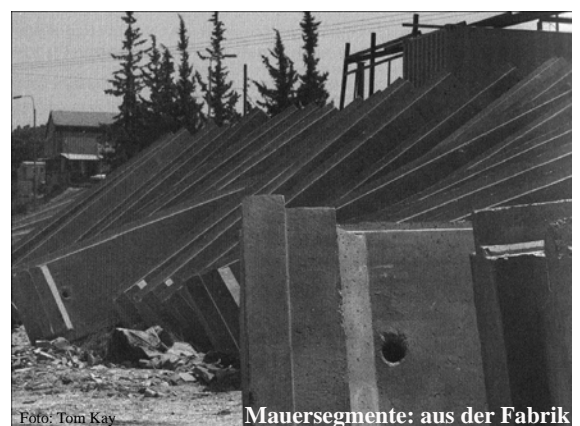
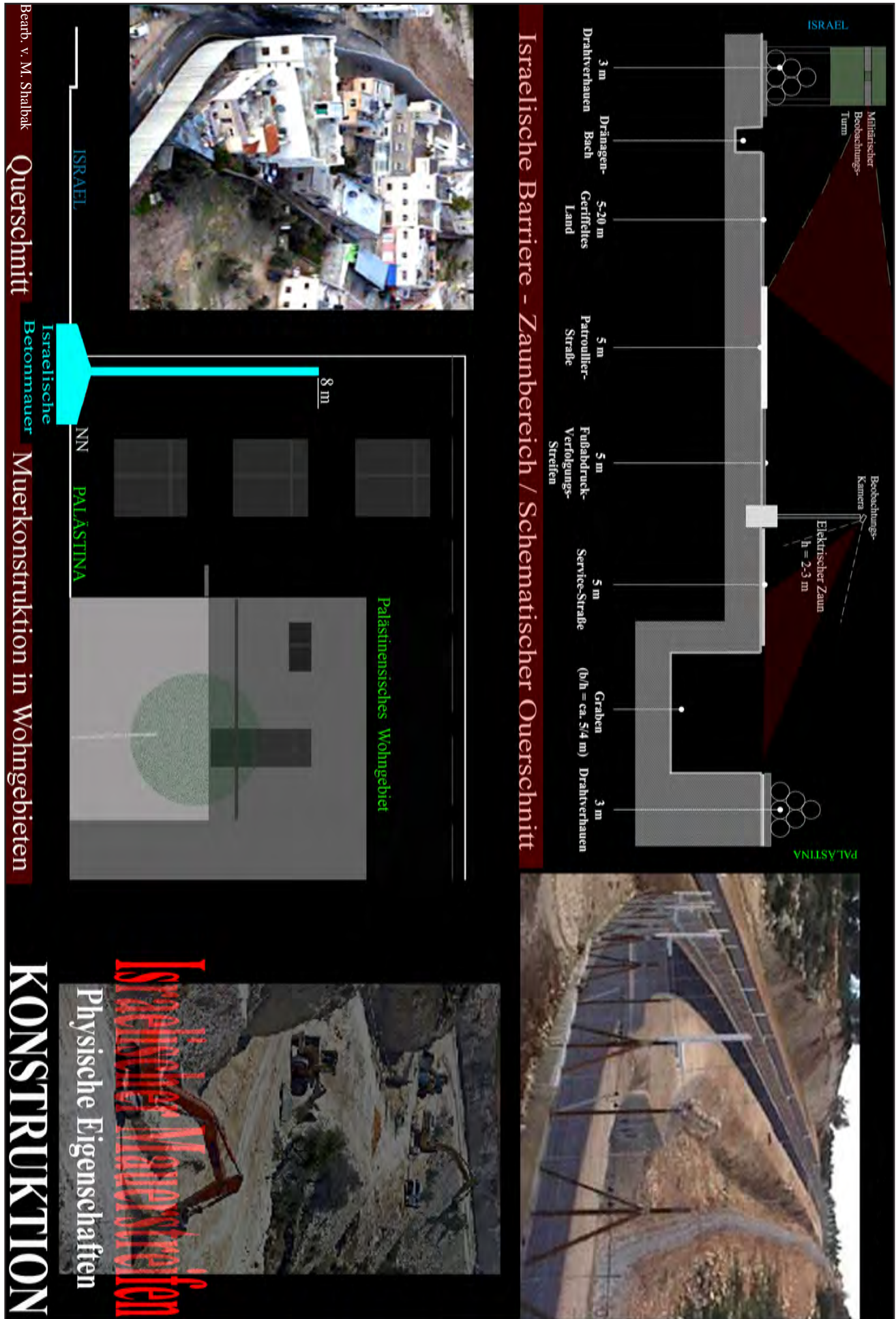


Bild 3-4: Orwell'sche Mauerlandschaft in Qalandya, 2006.

Bild 3-5: Mauersegmente – Fertigteile vor Montage.

146 Siehe BtSelem's Report: The Gaza Strip - One big Prison, Mai 2007, online unter: http://www.btselem.org/sites/default/files2/publication/200705_gaza_insert_eng.pdf.



Graphik 3-2: Konstruktion der israelischen Maueranlage / Sperrzaun- und Betonmauer-Bereich (Schnitt/ Zaunbereich nach einer in Haaretz am 09.05.2003 veröffentlichten Skizze).

3.7 Trennungsstrukturen und der asymmetrische Zugriff auf die Landesressourcen

3.7.1 Eine Abkehr von der Politik der substanziellen Grenzverschiebung?

Der Mauerstreifen, dessen Konstruktion noch nicht vollendet ist, besitzt eine nüchtern einfache und strikte physische Natur zugleich, in seinem Wesen jedoch ist er ein komplexes Gebilde und ein fast unüberschaubarer Prozess. Obschon die eigentliche Aussage und das Dasein der israelischen Mauer die offensichtliche solide und materielle Verkörperung Israels Staatsideologie und Auffassung von der nationalen Sicherheit darstellt, sollte die Maueroute nicht als ein unmittelbares Erzeugnis einer *von oben nach unten-Planung* der israelischen Regierung verstanden werden. Vielmehr registrieren die permanenten Schwankungen der Maueroute eine Vielzahl von technischen, juristischen und politischen Konflikten über Aspekte des Territoriums, der Demographie, des Wassers, der Archäologie und des Grundbesitzes im Land – mit anderen Worten: es geht hier um die umfassenden Ressourcen des Landes bzw. um die absolute Herrschaft über dessen Bewohnern. Diese Konflikte berühren auch wesentliche politische Begriffe wie Souveränität, Sicherheit und Identität. Sie reflektieren ebenso den Einfluss einer Vielzahl von Organisationen und Akteuren – von einflussreichen israelischen Grundbesitzentwicklern, von israelischen politischen und Menschenrechtsorganisationen, von bewaffneten Paramilitärs und lokalen wie internationalen Gerichten sowie von internationaler Diplomatie. Und in seltenen Fällen bekommen palästinensische Bauern-Volkskomitees Recht vor israelischen Gerichten und Korrekturen an der Maueroute werden durchgesetzt.

Dieser Umstand führte zu dauerhaften Turbulenzen in der Bestimmung und Umsetzung der Maueroute. Während seines Bauprozesses wurde der Mauerstreifen kontinuierlich abgeglichen und neu orientiert und seine Route wurde mehrmals geändert. *Danny Mirza*, Bauingenieur und Chef des ‚Department of Regional and strategic Planning of the IDF’s Central Command‘, sah in diesem Zusammenhang den unter seiner Führung entstandenen Mauerstreifen als einen verrücktspielenden „politischen Seismograph“¹⁴⁷. Tirza – ein erfahrener Kartenzeichner, Reserveoffizier der israelischen Armee und selbst ein national-religiöser West Bank-Siedler – leitete seit 1994 im oben genannten Department eine Gruppe von Bauingenieuren und ‚Security Design‘-Experten, die unter Ariel Sharon für die Konstruktion der Mauer zuständig waren. Er war maßgebend involviert bei der Skizzierung der sich verändernden Grenzen der palästinensischen Enklaven (Gebiete A und B) während der Oslo-Ära. Natürlich fiel auch die Separationsanlage mit dem tödlichen Streifen entlang der Landesgrenze des Gazastreifens in seinen Zuständigkeitsbereich und in sein aktives Wirken. Dass der so genannte Sharon-Mauerplan auf der Fortsetzung der West Bank-Fragmentierung der Osloer Zeit aufbauen würde, sah Sharon sehr ähnlich, denn einerseits entsprach es Sharons Denken und Handeln, nie etwas *gewonnenes* aufzugeben, und darüber hinaus bot dieser Umstand den besten Ausgangspunkt für weitere Konzessionen dar, die er gegen einen politisch verdrängten und militärisch unterworfenen palästinensischen Verhandlungspartner durchsetzen könnte.

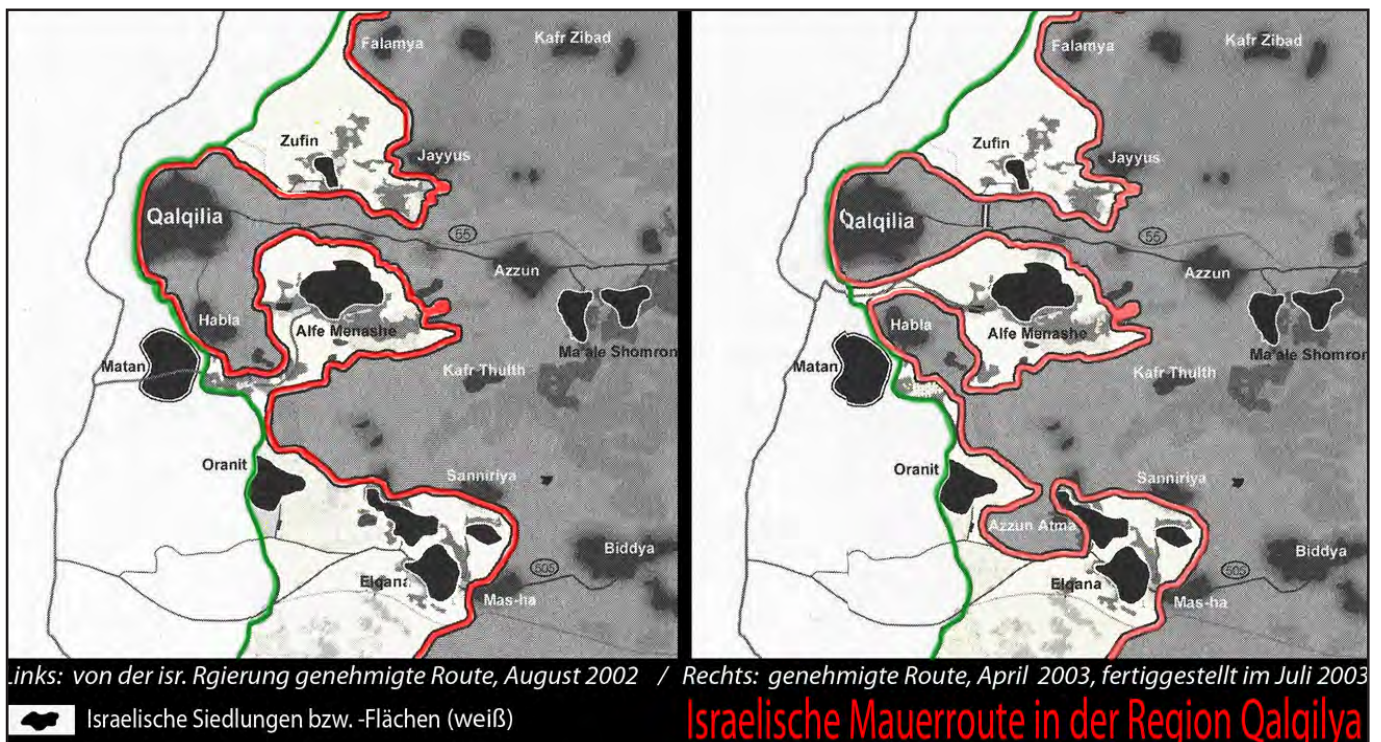
Im Kapitel 2 wurde im Zusammenhang mit dem zionistischen Siedlungsprojekt in der West Bank über den Begriff der ‚elastischen Geographie‘ diskutiert. Erst durch diese Strategie konnte Israel, insbesondere nach 1967, die Politik der *substanziellen Grenzverschiebungen* umsetzen. Auf dem ersten Blick scheint die physisch signifikant präsenste Mauer der Beginn einer Abkehr von dieser Politik zu sein. Doch das Projekt der israelischen Mauer brachte bei den Entscheidungen bezüglich seiner Route eine neue Art von ‚Elastizität‘, die gewiss nichts mit einer physischen Weichheit oder Biegsamkeit zu tun hat – die Mauer ist, was dies betrifft, ein physisches Monstrum. Diese neue ‚Elastizität‘ hat viel mehr mit der *diffusen* Urheberchaft des Projektes zu tun, dadurch verursacht, dass die Skizze und der Umriss des Projektes ununterbrochen politischen Druck verschiedener Arten bei der Bestimmung der Maueroute Rechnung getragen hat.¹⁴⁸

Bereits im ersten Mauerabschnitt zwischen *Salem* und *El-Qana* waren diese schlagartige Änderungen der Maueroute deutlich sichtbar: die Regierung Sharons genehmigte im August 2002 eine Maueroute für die Region Qalqilya, die nicht nur die Annexion großer Landstriche entlang der ‚Grünen Linie‘ ermöglichte. Die Maueroute verwandelte vor allem die Grenzstadt Qalqilya (damals 35.000 Einwohner) in ein wirkliches

147 Vgl. Weizmann, Eyal: *Hollow Land ...a.a.O.*, S.161.

148 Ebenda, S.163.

Ghetto. Die israelische Regierung hat jedoch diesen Plan überarbeitet, da eine geographische Kontinuität zwischen *Qalqilya* und der palästinensischen Ortschaft *Habla* (südlich von *Qalqilya*), sowie die demographische Aufnahme der Bewohner vom Dorf *Azzun* zum israelischen Staatsterritorium unerwünscht waren. Die neue Mauerroute vom April 2003 verwandelte *Qalqilya* und beide anderen Ortschaften in drei Ghettos, die physisch komplett von ihrer Umgebung isoliert wurden – der Plan wurde bereits im Juli 2003 tatsächlich umgesetzt.



Karte 3-15: Mauerroute Region *Qalqilya* – schneller Routenwechsel, Ghettos bilden und Landfläche paralisieren.

Nicht der Mauerstreifen selbst verkörpert also die Elastizität der Grenze, sondern der Bauprozess selbst, der es (aufgrund der Vielzahl der Akteure) erlaubt, dass die Mauerroute mit einem Federstrich geändert werden kann, mit der Konsequenz, dass die geographischen Koordinaten ganzer palästinensischer Dörfer oder Gebiete hin und her geschoben werden, wobei sich eine historische territoriale Kontinuität schlagartig in einem Exklaven-Dasein, abgetrennt von allem, wiederfindet.

Politische Formungskräfte im Mauerprozess

An dieser Stelle stellt sich folgende Frage: wie kommt so ein rekordschneller Routenwechsel der Mauer – in *Qalqilya* und anderswo – zustande? Ergänzend zur Entstehungsgeschichte der Separationsmauer soll hier erwähnt werden, dass die überwiegende Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit die Politik der Separation (verkörpert in der Mauer) unterstützen.¹⁴⁹ Die israelische Politik war natürlich auch für die Trennung, jedoch wollte jede Gruppierung des israelischen politischen Spektrums, je nach politischem Programm und Zielgruppe, jeweils eine ‚eigene Route‘ der Mauer durchsetzen, die irgendwo zwischen der ‚Grünen Linie‘ und dem *fragmentierten* Territorium um die palästinensischen demographischen Zentren – je näher zu der ‚Grünen Linie‘, desto links gerichteter war der Vorschlag. Die meiste Opposition gegen die Mauer war nicht etwa gegen die fundamentale Idee der Separationspolitik adressiert. Viel mehr richteten die Kritiker ihre Aufmerksamkeit darauf, welche Route die Mauer bei der Durchschneidung des palästinensischen Landes einnehmen sollte. Die relativ häufigen Änderungen in der israelischen Politik, vor allem der Regierungswechsel bzw. die Koalitionsbildung, verursachten noch mehr Transformationen in der Mauerkonstruktion.

Nach anfänglicher Ablehnung der Idee der Separation hat die Mehrheit der Siedler-Organisationen inzwischen die Maueranlage akzeptiert und gelernt, ihre Route entsprechend ihren Interessen zu manipulieren. Sie brachten es fertig, das Projekt radikaler und für das Leben der Palästinenser einschneidender werden zu lassen und dass mehr Siedlungen westlich der Mauer eingekapselt werden, einschließlich neu annektierter palästinensischer

149 Im Juni 2002 waren laut einer von ‚Ma‘arif‘ und ‚Market Watch‘ durchgeführten Umfrage, 60% der israelischen Öffentlichkeit für den Bau der Mauer, während 25% dagegen waren. Laut der Umfrage, von ‚Peace Index‘, Ende 2004, unterstützten sogar 83% der Befragten die Mauer. Vgl. Weimann, Eyal: *Hollow Land ... a.a.O.*, S. 162.

Landflächen, die der potenziellen Expansion bereits existierender Siedlungen dienen sollen.

Es gibt aber auch Gegenakteure, die sich um die betroffenen palästinensischen Bewohner der so genannten ‚Randzone‘ scharen. Die politischen Aktivisten lenkten die internationale Aufmerksamkeit auf das Leid der Palästinenser bzw. brachten dieses Leid vor den israelischen *Hohen Gerichtshof*. Die US-amerikanische Regierung versuchte – obwohl sie die Mauer selbst nie ernsthaft in Frage stellte – hin und wieder, Israels territorialen ‚Appetite‘ zu zähmen und verlangte nach Änderungen der Maueroute an verschiedenen Stellen. Der israelische Hohe Gerichtshof (HCJ) rief nach einigen eingereichten Klagen gegen die Maueroute zu ‚Verhältnismäßigkeit‘ zwischen Israels ‚Sicherheitsbedürfnissen‘ und palästinensischen Menschenrechten auf. Der HCJ erlaubte in der Regel keine anderen Überlegungen, außer der ‚Sicherheit‘, beim Bau der Mauer zu berücksichtigen und ordnete in Fällen, wo solche Überlegungen bzw. versteckten Absichten offensichtlich präsent waren, den Abbau von bestimmten Sektionen der Mauer und deren Umleitung an. Er stellte jedoch die Separationspolitik bzw. die Mauerkonstruktion grundsätzlich nie in Frage.

Man führt in Israel, so scheint es jedenfalls, die sozialen und politischen Konflikte des Staates in einer Auseinandersetzung über die *Maueroute* auf. Die sich immer wieder ändernden Mauerpläne bezeugen eine tief sitzende Krise in der israelischen Gesellschaft und decken möglicherweise – genauso wie die Besetzung der arabischen Gebiete – die komplizierte Mikrostruktur der Konflikte auf, die in diesen Prozess hineinmünden und ihn nähren.

Auf den von ihnen Wesen her fragmentierenden israelischen Siedlungsstrukturen im Westjordanland (Kapitel 2) aufbauend, mündete das Thema der Segregation schließlich in der Idee, eine Mauer zu bauen. Die Segregation zwischen den Siedlungen und dem Rest der West Bank durch den Mauerstreifen ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Annexion des gesamten palästinensischen Landes westlich der Mauer, von Jerusalem und dem Jordangraben ganz zu schweigen. Es liegt daher auf der Hand, dass die Schöpfer der Maueranlage ganz klare Ziele verfolgt haben, die neben (a) der demographischen Abschottung der jüdischen Staatsbürger Israels hauptsächlich mit (b) dem Zugriff auf die Ressourcen der West Bank und (c) äußerst wenig mit dem Faktor ‚Sicherheit‘ zu tun haben. Diese Ziele sind:

1. Landnahme, insbesondere das fruchtbarste Ackerland im nördlichen Mauerabschnitt von Salem bis El-Qana, das zugunsten der angrenzenden israelischen Siedlungen beschlagnahmt werden soll;
2. Die Entwicklung der Siedlungen auf diesen Gebieten zu sicheren israelischen Grenzstädten bzw. Vorstädten;
3. Die Kontrolle über die Wasserquellen auf den wasserführenden Bodenschichten im Westen (westlicher Aquifer) sowie im Jordantal;
4. Die Bildung einer Verbindung zwischen der ‚Grünen Linie‘ und dem Jordantal, indem man abgesicherte und teils gemauerte Siedlungsflure herstellt;
5. Die völlige Kontrolle über die beiden Sicherheitszonen im Jordantal und westlich des Mauerstreifens; sowie
6. Die Umformung der West Bank in drei voneinander isolierte Gebiete:
 - a) Das Hauptgebiet (Jenin bis Ramallah) mit etwa 1,6 Millionen Palästinensern;
 - b) Die durch die Mauer isolierten palästinensischen Enklaven, einschließlich Ostjerusalem mit insgesamt 498.000 Palästinensern; und
 - c) Die israelischen Siedlungen jenseits der Mauer mit 98% der Siedler.

In den folgenden Abschnitten sollen die Komponenten des oben genannten asymmetrischen Zugriffs auf die Ressourcen der West Bank – Land, Wasser und Infrastrukturen – kurz erläutert werden.

3.7.2 Mauer und die Landnahme im besetzten Westjordanland

Ein sehr wichtiges Merkmal der von der israelischen Regierung weiterverfolgten Option des Mauerverlaufes ist, dass 80% der Mauerkonstruktion auf annektiertem Land innerhalb der West Bank liegt (Vgl. Karten-Anhang 8). Dadurch, dass die Mauer sich in die palästinensischen Gebiete hineinfrisst, werden große Flächen des besetzten arabischen Landes im Zuge der Mauerkonstruktion de facto annektiert.

Wie Tabelle 3-3 zeigt, existierten Ende 2005 insgesamt 129 israelische Siedlungen im Westjordanland. Nach israelischem Wunsch, sollen sie alle dem Staat Israel einverleibt werden. Der überwiegende Teil des Mauerstreifens, so wie man ihn heute kennt, liegt bekanntlich entlang der westlichen Grenze des Territoriums mit Israel. Der erste Mauerabschnitt wurde im Nordwesten der West Bank zwischen Salem und El-Qana (*Seam Area*) errichtet. Teilweise danach und teilweise zur gleichen Zeit wurde der Jerusalemer Großraum mit einigen Mauersektionen durchdrungen und isoliert. Und schließlich wurde der südliche Teil der West Bank (Hebron-Distrikt) von den israelischen Siedlungsstrukturen sowie von der *Grünen Linie* durch die Mauer abgetrennt.

Man kann diesem Mauerabschnitt die Bezeichnung ‚westliche Mauer‘ geben. Ein kurzer Blick auf Sharons Mauerkarte, wie sie die israelische Zeitung *Yedioth Aharonot* am 23. Mai 2003 veröffentlichte (Karte 3-14), gibt dieser Bezeichnung ihre Berechtigung, denn die *Allon-Road*, die die Trennungslinie zwischen dem militärisch besetzten Jordangraben und den übrig gebliebenen arabischen dicht besiedelten Gebieten darstellt, soll laut dieses Plans eine zweite Mauer im Osten bilden. Der Jordangraben, wie alle anderen von Israel de facto annektierten Siedlungsflächen, stellen gemäß bewährter taktischer Planung des ehemaligen Premierministers *David Ben-Gurion* ohnehin eine „organische Mauer“ der territorialen und demographischen Segregation dar. Heute verhält sich Israel faktisch dieser Tatsache entsprechend.

Israelische Siedlungen und Siedler: Lage und Zahlen		
Lage	Zahl der Siedlungen	Zahl der Siedler
Siedlungen westlich der Mauer	48	187.840
Siedlungen östlich der Mauer	69	57.330
Siedlungen in Ostjerusalem	12	192.918
Total	129	438.088
<i>Quelle: Israel's Central Bureau of Statistics, The PA Central Bureau of Statistics und . Alle Daten über Siedlerzahlen aktualisiert auf Ende 2005.</i>		

Tabelle 3-3: Lage und Zahlen der israelischen Siedlungen/Siedler, bezogen auf die Mauer.

Wenn laut Tabelle 3-3 insgesamt 69 israelische Siedlungen östlich der Mauer liegen sollen, so sollte hier keineswegs der Eindruck entstehen, dass diese Siedlungen im Falle eines Friedensvertrages mit den Palästinensern etwa zur Disposition oder zur *Demontage* stehen. Ganz im Gegenteil: diese sind und sollen nach zionistischem Denken ein fester und indiskutabler Bestandteil Israels bleiben, als *organische Mauer* und Sicherheitszone gen Osten (Jordanien) – und wegen der Landesressourcen. Die anderen westlich der Mauer gelegenen 48 Siedlungen sowie die 12 Jerusalemer Siedlungen beherbergen die jüdische demographische Hauptmasse (2005: etwa 87% der Siedler) und verkörpern die jüdische Präsenz in den *heiligen* Hügeln des Westjordanlands bzw. ihre Entwicklung von der ‚Wehrsiedlung‘ zum ‚Suburban‘. Diese Siedlungen westlich der Mauer fallen vor allem deswegen ins Rampenlicht, da sie ausdrücklich in die dicht bewohnten palästinensischen Gebiete eindringen, diese umzingeln, deren Raum paralysieren und schließlich die israelische Übermacht expressiv demonstrieren. Der dünn besiedelte Jordangraben ist zwar flächenmäßig wesentlich größer und vielleicht strategisch wichtiger, aber wird weiterhin im Rahmen der israelischen subtilen Eroberungsstrategie stillschweigend von Israel militärisch kontrolliert und ausgebeutet.

Die faktische Landannexion, die sich aus beiden Mauern (physische und organische) ergibt, zeigt sich in *drei* Arten der Landnahme auf, von denen die Landnahme zugunsten des Mauerbaus die letzte Stufe ist. Diese

sind:¹⁵⁰

1. Die Fläche des Jordangrabens laut dem Allon-Plan von 1967. Dieser macht mit seinen 1.613 Km² etwa 28,5% der Gesamtfläche der West Bank aus;
1. Das beschlagnahmte Land, das den israelischen Kolonien östlich der Mauer zugeordnet ist. Dieses Land hat eine Gesamtfläche von 453 Km² und macht immerhin 8% der Gesamtfläche aus; und schließlich
1. Die Fläche, die außerhalb (westlich) der Mauer liegt, sprich die so genannte ‚gelbe Zone‘ im nördlichen Mauerteil und die Siedlungen Ostjerusalems (insgesamt 419 Km²: 7,4%). Zu dieser Kategorie gehört außerdem das Land innerhalb des von Israel zur Sicherheitszone erklärten ‚Latron Valley‘, genannt ‚Sharon-Finger‘, westlich von Ramallah (119 Km²: 2,1%). Diese isolierten palästinensischen Flächen (Exklaven) machen also satte 9,5% der Gesamtfläche der West Bank aus.

Karte 3-16 datiert das Jahr 2005. Laut Karte werden die Palästinenser nach Beendung der Bauarbeiten am Mauerstreifen große Teile ihres Bodens für den und wegen des Baus der Mauer verlieren. Die Siedlungsstrukturen werden mit Effekt der Mauer insgesamt eine Fläche von 2.605 Km², das entspricht 46% der Gesamtfläche der West Bank, einnehmen. Lediglich ein *fragmentierter* Anteil von 54% wird den Palästinensern für den Bau ihres versprochenen Staates zur Verfügung stehen. Wir wissen inzwischen, dass die Fläche, die die israelischen Siedlungen im Westjordanland beanspruchen – teils durch Landnahme zwecks so genanntem natürlichen Wachstums und teils durch den Bau neuer Mauerabschnitte – größer ist als der Stand von 2005.

Diesen katastrophalen Umstand bestätigen die Zahlen der *direkt* vom Bau des Mauerstreifens betroffenen arabischen Gemeinden: anhand der von der israelischen Regierung am 30.04.2006 genehmigten Maueroute (Tabelle 3-4) werden insgesamt 671 Km² des West Bank- Territoriums (etwa 11,9% der Gesamtfläche) direkt betroffen sein; davon werden etwa 480 Km² (8,5%) westlich der Mauer isoliert und insgesamt 191 Km² (3,4%) aus Flächen östlich der Barriere bestehen, die von der Mauer entweder komplett oder teilweise umschlossen werden. Insgesamt werden laut Plan 92 palästinensische Gemeinden vom Bau der Mauer betroffen sein, Lebensraum und Heimat von beinahe ½ Million Palästinensern. Insgesamt werden 17 palästinensische Dörfer mit insgesamt 27.520 palästinensischen Menschen (Stand 2006) nach Fertigstellung der Mauer ins *Niemandsaland* westlich der Barriere exterritorialisiert – viele befinden sich bereits seit Juli 2003 in der so genannten ‚gelben Zone‘. Im Raum Ostjerusalems werden insgesamt 21 palästinensische Dörfer und Vororte mit über 220.000 Menschen von der Mauer schwer beeinträchtigt. Östlich der Barriere werden insgesamt 54 palästinensische Gemeinden mit ihren etwa 250.000 Einwohnern entweder komplett oder teilweise von Mauersegmenten umschlossen sein.

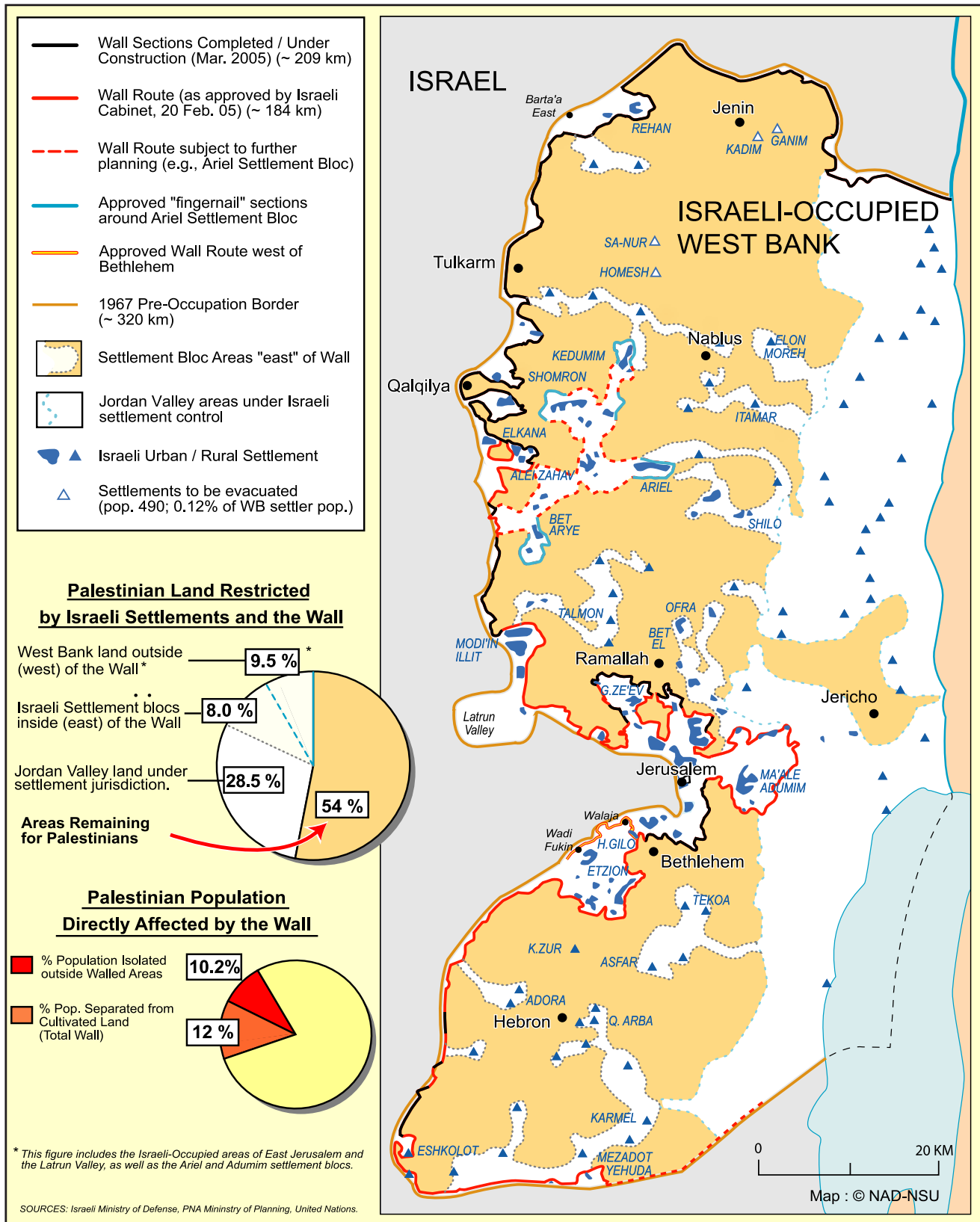
Man sieht anhand dieser Daten deutlich, dass mehr als 20% der arabischen Bevölkerung der West Bank¹⁵¹ vom Bau des Mauerstreifens direkt und zum Teil sogar äußerst brutal betroffen sind. Die Mauer verwandelte ihr Leben in ein Horrorszenarium, schnitt sie von ihrer arabischen Umgebung ab und degradierte ihre sozialen und ökonomischen Lebensgrundlagen. Die restlichen 80% der arabischen Bewohner bleiben keineswegs unbetroffen – wenn auch weniger – denn die Mauer, zusammen mit einem unmenschlichen System von beinahe 600 Checkpoints, reißt das kleine Land nicht nur geographisch auseinander, sondern sie unterbricht dazu die sozialpolitische, ökonomische und kulturelle Kontinuität der Palästinenser, so dass die Menschen in den Gebieten ständig mit der physischen und psychischen Brutalität der Mauer konfrontiert werden müssen.

In Tabelle 3-4 kann man das Ergebnis dieser Entwicklung im Jahre 2006 für die Flächen der West Bank und Ostjerusalems sehen. Tabelle 3-5 zeigt alle Mauerpläne auf, ihre jeweilige beabsichtigte Route und den Umfang der palästinensischen Fläche, die sie einnehmen. Die Maueroute wurde zwischen 2002 und 2007 insgesamt 4 Mal geändert. Hier ist nicht nur die signifikant hohe Geschwindigkeit der Entwicklung bzw. des Fortlaufs der Bauarbeiten am Mauerstreifen zu bemerken, sondern und vor allem auch der deutlich wachsende territoriale Appetit der israelischen Regierung bzw. der Siedler mit jedem neuen Mauerplan. Man erkennt deutlich, dass es der israelischen Regierung hier hauptsächlich um Zeitgewinn geht, in der sie, während sie mit den Palästinensern verhandelt, so viel vollendete Tatsachen schafft, die nach Wunsch der Israelis im Falle einer Endstatuslösung bzw. Gebietsrückgabe an die Palästinenser nicht berücksichtigt werden sollten.

¹⁵⁰ Vgl. Daten in Karte 3-17.

¹⁵¹ Im Jahre 2006 lebten laut PCBS insgesamt 2.444.478 Palästinenser im besetzten Westjordanland; vgl. Tabellen-Anhang 1.

Nach Angaben des ‚Al-Zaytouna Centre for Studies and Consultations‘ betrug die Fläche westlich des Mauerstreifens etwa 555 Km², also mehr als die obigen Angabe von BtSelem (etwa 480 Km²). Und die weiterlaufenden Bauaktivitäten der israelischen Regierung in der West Bank führten bis zum April 2007 zu einem Zuwachs der durch die Mauer isolierten palästinensischen Fläche von insgesamt 28,5% (etwa 158 Km² kamen hinzu) – insgesamt erreichte die Fläche eine Marke von 713 Km².¹⁵² Das heißt: im Zuge der Mauerkonstruktion wurden bis April 2007 insgesamt 713.000 Dunum palästinensischen Bodens von Israel de facto beschlagnahmt.



Karte 3-16: Wechselwirkung Mauer und Siedlungsstrukturen, August 2005.

152 The Palestinian Strategic Report 2007 des ‚Al-Zaytouna Centre for Studies and Consultations‘, Beirut, Lebanon, 2007, ISBN 978-9953-500-24-9, S. 305 (arabisch). Laut Bericht wuchs die Mauerlänge – nach Angaben einer Veröffentlichung des israelischen Verteidigungsministeriums vom 12.09.2007 – von 703 Km im April 2006 auf 770 Km im April 2007 und die isolierte Fläche wuchs entsprechend von 555 Km² auf 713 Km².

Auffallend in dieser Entwicklung ist jedenfalls die zunehmende Landnahme mit entsprechend zunehmender Mauerlänge sowie, dass der Anteil der Mauer, der entlang der ‚Grünen Linie‘ von 1949 verläuft, mit der Zeit immer geringer wird. Während laut Plan vom Februar 2005 insgesamt 20% der beabsichtigten Mauerstrecke (138 Km von urspr. 683 Km) entlang der ‚Grünen Linie‘ verlaufen sollten, sind es im Jahre 2007 wenig mehr als 10% (80 Km von urspr. 770 Km) – die Tendenz zu mehr Landnahme bzw. der Drang nach Osten hat sich, so zu sagen, verdoppelt. Die von Israel durch die Mauer eingenommene palästinensische Bodenfläche in der West Bank wuchs in der gleichen Zeit von 565 Km² auf 713 Km² – also eine Zuwachsrate von insgesamt 26%.¹⁵³

Die von der israelischen Barriere umschlossenen palästinensischen Bodenflächen in der West Bank (1)		
	Umfang der Fläche (in Dunum)	Prozentual zur gesamten West Bank-Fläche
Flächen westlich der Barriere, inklusive Ostjerusalem	479,881	8,5%
Flächen östlich der Barriere, die von der Mauer komplett oder teilweise umschlossen sind	191,040	3,4%
Gesamte betroffene Fläche	670,921	11,9%
Die von der israelischen Barriere betroffenen palästinensischen Gemeinden und Bevölkerung (1),		
	Zahl der Gemeinden	Zahl der Einwohner
Gemeinden westlich der Barriere*	17	27.520
Gemeinden östlich der Barriere, die komplett oder teilweise von der Barriere umschlossen sind**	54	247.800
Gebiet Ostjerusalem	21	222.500
Gesamte betroffene Fläche	92	497.820
(1) Daten aus Bt/selem.org, www.btselem.org/english/Seperation_Barrier/Statistics.asp. Alle Daten laut der am 30.04.2006 von der israelischen Regierung genehmigten Maueroute.		
(*) Die Bewohner dieser Städte und Dörfer werden das Erlaubnis erhalten, in ihren Häusern zu leben und sie sollen in der Lage sein, ihre Gemeinden nur durch speziell in der Mauer eingebaute Hochsicherheitstore (Checkpoints), zu verlassen.		
(**) Die Bewohner dieser Städte und Dörfer sollen kein Erlaubnis brauchen oder durch ein Tor passieren müssen.		

Tabelle 3-4: Von der Mauer betroffene Menschen, Gemeinden und Bodenflächen, laut Maueroute, April 2006.

Vom israelischen Kabinett beschlossene Mauerpläne für die West Bank (Ohne Jerusalem) Jeweilige Route und Größe der Landnahme, Juni 2002-April 2007			
Datum	Zugunsten der Mauer eingenommene Fläche (Km²)	Mauer-Gesamtlänge (Km)	Mauerlänge auf der 'Grünen Linie' (Km)
Juni 2002	1.024	734	-
Juni 2004	633	645	83
Feb. 2005	565	683	138
April 2006	555	703	128
April 2007	713,0	770	80
Quelle: Applied Research Institute - Jerusalem (ARIJ): 1) Studie von Jad Ischaq und andere mit dem Titel: 'Hintergründe und Strategien der unilateralen israelischen Pläne in den besetzten Gebieten, 24.09.2005, online unter: http://www.arij.org/pub/pubarabic/Paper_2006/index-1.htm , sowie 2) ARIJ-Factsheet: The Israeli Segregation Plan in the Occupied Palestinian Territory, 09.07.2007, in http://www.poica.org/editor/case-studies/view.php?recordID=1105 .			

Tabelle 3-5: Mauerpläne 2002-2007 – Route und Umfang der Landnahme.

153 Die (geringen) unterschiedlichen Daten über die Mauerlänge in Tabelle 4-2 bzw. Tabelle 4-5 hat mit den unterschiedlichen Datenquellen zu tun: während die Angaben in der ersten Tabelle aus israelischen Quellen stammen, wurden die Angaben in der anderen Tabelle aus palästinensischen Quellen bzw. aus den Berichten internationaler Beobachter entnommen.

Mauer-Gates: beinahe unpassierbare Durchgänge

Besonders wichtig hier ist der materielle Verlust, den die Palästinenser durch die Mauer erleiden müssen. Denn der Zugang der Palästinenser zu ihrem Besitz bzw. zu ihrem Land wird ihnen entweder vehement verweigert oder im besten Fall mittels der in die Maueranlage eingebauten Checkpoints-Durchgänge zeitweise erlaubt. Es handelt sich hier um große Landstriche fruchtbaren Boden bzw. um äußerst wertvolles Bauland um und in den palästinensischen Städten, das für künftige Planung der palästinensischen Gemeinden sowie für die palästinensische Wirtschaft strategisch wertvoll ist. Dieser Boden bzw. die Besitztümer werden von ihren Eigentümern, den arabischen Bewohnern der betroffenen Dörfer und Städte, durch den Mauerstreifen abgeschnitten. Dadurch entstehen große Verluste, verursacht durch die de facto Annexion des Landes selbst sowie durch den fehlenden Ertrag aus diesem Boden, der immer noch die Haupteinnahmequelle der Menschen in den palästinensischen Gebieten ist.

Israelische Mauer - Durchgangstore (Gates), nach Gebiet, Juli 2008				
Gebiet	Offene Tore	Saisonabhängige Tore	Geschlossene Tore	Total (jew. Gebiet)
<i>Qalailya</i>	11	3	-	14
<i>Salfit</i>	-	3	3	6
<i>Tulkarm</i>	6	4	-	10
<i>Jenin</i>	2	9	-	11
<i>Jerusalem</i>	-	-	10	10
<i>Ramallah</i>	1	-	7	8
<i>Hebron</i>	-	-	7	7
Total (alle Gebiete)	20	19	27	66

Quelle: OCHA: office for the coordination of Humanitarian Affairs, August 2008;

Tabelle 3-6: Mauerdurchgangstore, nach Gebiet, Juli 2008.

Zum Teil auf Druck der Menschenrechtsorganisationen wurden insgesamt 66 hoch bewachte Tore (Vgl. Satelitenaufnahme, Bild 3-7) – viel mehr Checkpoints – von Seiten der israelischen Planer in die Konstruktion der Separationsmauer eingebaut, die als Durchgänge zwischen den getrennten Teilen der West Bank dienen sollen. Sie sollen vor allem die palästinensischen Bauern – wenn Israel dies sicherheitstechnisch für möglich hält – an vordefinierten Zeiten den Zugang zu ihren Feldern ermöglichen.

Wie man Tabelle 3-6 entnehmen kann, unterscheidet man von der Passierbarkeit her *drei* verschiedene Arten dieser Kontrolldurchgänge:

1. *Offene Tore*: das sind Durchgänge, die entweder
 - a) für den täglichen Übergang der palästinensischen Bevölkerung von einem Ort zu einem anderen innerhalb der West Bank dienen. Einige dieser Tore sind, wenn die Militärs es wollen, täglich fortlaufend für die Dauer von zwölf Stunden geöffnet. Andere sind zwei Mal am Tag an ganz bestimmten Zeiten geöffnet. Und ganz wenige sind rund um die Uhr geöffnet; oder
 - b) landwirtschaftliche Tore, die zwei oder drei Mal am Tag geöffnet werden, um den Bauern den Zugang zu ihrem kultivierten Ackerland bzw. die nötige tägliche Pflege ihrer Feldfrüchte auf der anderen Seite der Mauer zu ermöglichen. Um passieren zu können, benötigen die Bauern einen Passierschein (Erlaubnis) der israelischen Zivilverwaltung, der speziell für diese Art Durchgänge geeignet ist;
2. *Saisonabhängige Tore*, die in der Regel geschlossen sind und den palästinensischen Bauern nur bei ganz bestimmten Anlässen geöffnet werden, wie zum Beispiel während der Erntezeit (Olivenernte, Getreide, etc.). Diese Durchgänge bedürfen auch des oben genannten Passierscheins und sind in der jeweiligen Saison in der Regel zwei bis drei Mal am Tag zu festgelegten Tageszeiten geöffnet; und
3. *Dauerhaft geschlossene Tore*: auffallend hier ist nicht nur, dass diese die Mehrheitszahl der Tore sind, sondern die Tatsache, dass diese in Gebieten angelegt sind, die für Israel von besonderem Interesse sind (Jerusalem, Hebron) und/oder, die an israelische Siedlerstädte in der West Bank stark angrenzen (Salfit vs. Ariel, Ramallah vs. Greater Jerusalem). Faktor *Sicherheit* (Salfit) und Faktor *demographische Zersplitterung* der palästinensischen Gebiet (Ramallah) spielen bei diesen Trennungen die wesentliche Rolle – deswegen bleiben diese Tore geschlossen.



Bild 3-6: Mauer-Checkpoints im urbanen und im ländlichen Raum – der Mauer lange sozioökonomische Schatten.



Bild 3-7: Satellitenbild Mauer – mit den Mauertoren, Qalqilya-Region, September 2003.

Von den 66 existierenden Mauertoren sind 27 Tore dauerhaft verschlossen und 19 Tore bis auf wenige Wochen im Jahr auch dauerhaft gesperrt. Für die ganzen Gebiete sind nur 20 Tore – nach einer peinlichen Durchsuchung der Palästinenser an den israelischen Checkpoints – meistens passierbar. Das geschieht, wenn überhaupt, nur nach Ermessen der israelischen Militärbehörden, unter erniedrigenden Bestimmungen und nicht selten unter Willkür junger israelischer Soldaten (Vgl. Bilder). Denn das Ziel ist und bleibt, den Willen der unerwünschten Palästinenser, insbesondere der Bauern, deren Land jetzt in der gelben Zone westlich der Mauer abgeschnitten wurde, zu brechen. Die Palästinenser sollen durch Diskriminierung, Erniedrigung und schließlich Erschöpfung auf ihren Besitz freiwillig verzichten.

3.7.3 Zerstörung der palästinensischen Infrastrukturen

Seit der Entstehung des zionistischen Mythos ‚Land ohne Volk für ein Volk ohne Land‘, baut die Politik aller aufeinander folgenden israelischen Regierungen seit 1948 darauf auf, sich palästinensisches Land anzueignen, während sie die Palästinenser zugleich ignoriert. Auch wenn Landschaft eine natürliche Szene ist, die durch Kultur vermittelt wird, erschien ein dicht bevölkertes und hoch kultiviertes Land wie Palästina in den Augen und in der Literatur der frühen zionistischen Führer als ein ärmlich besiedeltes Land, dessen Bewohner am falschen Ort waren, nicht etwa, da das Land buchstäblich menschenleer war, sondern weil die arabischen Gemeinschaften Palästinas in der mentalen Karte der Juden lediglich weiße Flecken eines unbekanntes Landes – also – ‚White patches—terra incognita‘¹⁵⁴ waren. Die frühen zionistischen Siedler nahmen zwar die Präsenz der palästinensischen Araber wahr, jedoch hatte diese Präsenz keinen Platz in ihrer Vorstellung vom jüdischen Vaterland. Die Araber, damals eine absolute Mehrheit, waren für die Zionisten – diese waren gegen Ende der osmanischen Zeit eine absolute Minderheit und mit etwa 30% der Gesamtbevölkerung am Vorabend der Staatsgründung 1947 noch eine Minderheit in Palästina – lediglich eine zufällige formlose Gruppe, die sie durch eine undurchdringliche *Glasmauer* als *Objekte* ihrer Wahrnehmung und ihres politischen Interesses, aber nicht als *Subjekte* mit eigenen Rechten betrachteten.¹⁵⁵

Spacocide: ein leeres Terrain – planbares Land für Zukunftsprojekte

Der Fokus des zionistischen Interesses galt stets ‚Palästina‘ als ein *leeres* Land ohne seine arabischen indigenen Bewohner. Das stellte den Drehpunkt der zionistischen Arbeit in Palästina dar, die von den drei Komponenten ‚Besetzen/Entwurzeln/Ersetzen‘ nie abwich. In diesem Zusammenhang ist das zionistische Unternehmen in Palästina für den Sozialwissenschaftler *Sari Hanafi* kein Projekt, das auf ‚Genozid‘ basiert, sondern vielmehr ein Projekt, das man – dem englischen Begriff ‚genocidal‘ gegenüberstellend – als ‚spacio-cidal‘ [Project]¹⁵⁶ bzw. ein Projekt der ‚räumlichen Säuberung‘ bezeichnen kann. Das Hauptanliegen der israelischen Besatzungsmacht in diesem Projekt ist die Kontrolle über das arabische Land, die einen mittels Planung des Lebensraumes der Palästinenser unausweichlich gemachten *freiwilligen* Transfer in die Wege leitet – genauer gesagt ist es eine *Anti-Planung* bzw. eine Destruktion des Raumes, die zu einem freiwilligen Exodus der Palästinenser führen soll. Man hat es hier offensichtlich nicht nur auf die palästinensischen Flüchtlinge abgesehen, deren Rückkehr ein kritischer Punkt wäre, an dem der ganze *koloniale Aspekt* des Zionismus unterwandert sein würde. Der im Land der Palästinenser gelegene ‚Ausnahmestand‘ ist an sich eine permanente Struktur juristisch-politischer Anordnungen der Besatzungsmacht zur ‚Delokalisation‘ (Entortung) und ‚Dislokation‘ (Verlagerung) von Menschengruppen, die auf die Übersiedelung der palästinensischen Bevölkerung abzielt, unabhängig davon, ob innerhalb oder außerhalb der undefinierten israelischen Staatsgrenzen. So gesehen hat dieser neu forcierte *Status* auch, wenn nicht hauptsächlich, die Aufgabe, ein Rückkehrzenarium der palästinensischen Flüchtlinge in das israelische Kernland bzw. in das heutige Territorium der West Bank – wegen der inzwischen paralysierten und fragmentierten Fläche des Territoriums – zu verhindern.

Es ist die territoriale Dimension dieses Konfliktes –weniger der Aspekt der Todesopfer des Krieges – die seine Komplexität präzise charakterisiert. Im Vergleich zu anderen kolonialen und ethnischen Konflikten der modernen Zeit, wie den Massakern an den Bosniern durch die serbischen Milizen im Balkan-Krieg (1992-1995) und der Völkermord an der *Tutsi*-Minderheit durch die *Hutu*-Mehrheit in Ruanda (1994), produzierte der israelisch-arabische Krieg von 1948, relativ gesehen, nicht viele Todesopfer. Und der Begriff ‚Nakba‘ basiert in erster

154 Meron Benvenisti, zitiert in Peteet, Julie Marie, *Landscape of Hope and Despair. Palestinian Refugee Camps*, University of Pennsylvania Press, Philadelphia, 2005, S.40.

155 Ebenda.

156 Sari Hanfai: ‚Spacio-cide and Bio-Politics. The Israeli Colonial Project from 1947 to the Wall‘, Beitrag in: Sorkin, Michael: *Against the Wall ... a.a.O.*, S.158-170.

Linie auf dem *Verlust von Land*, sowie auf dem daraus resultierenden *Flüchtlingsdasein* von mehr als 800.000 palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern, die im Kriegsgeschehen ihr Heimatland verlassen mussten. Die ganze Zahl der Todesopfer im israelisch-arabischen Konflikt, so schrecklich und überflüssig dieser Umstand war, bleibt nach 60 Jahren Konflikt vernachlässigbar klein im Vergleich zu den 800.000 *Tutsi*-Menschen, die in den Gewalttaten in Ruanda zwischen Anfang April und Mitte Juli 1994 (in etwa 100 Tagen) auf grausame Art ihr Leben verloren. In Bezug auf den ersten israelisch-arabischen Krieg im Jahre 1948, spricht der israelische Historiker *Ilan Pappé* nicht von einem ‚Genozid‘ an der palästinensischen Bevölkerung, sondern von einer ‚ethnischen Säuberung‘ Palästinas in den Jahren 1948/49, in der durch gesteuerte Gewaltakte militanter Zionisten zwischen 15 und 25 Tausend palästinensische Zivilisten getötet wurden, um durch Horror-Propaganda eine Todespanik in den Reihen der restlichen arabischen Bevölkerung Palästinas und folglich ihre Flucht zu bewirken. An Massenmord waren die Zionisten offensichtlich weniger interessiert, aber umso mehr an dem Land und den Besitztümern der Palästinenser, die sie auch als Kriegsbeute eroberten bzw. an sich rissen. Die Zahl der arabischen Todesopfer während der israelischen Besatzung nach 1967 war nach dem Ausbruch der *bewaffneten* zweiten Intifada weiterhin relativ zu gering, um von einem Massenmord an der einheimischen Bevölkerung sprechen zu können.¹⁵⁷ Dafür hat sich das von Israel kontrollierte Territorium bereits in den ersten Tagen der Besatzung fast vervierfacht.

In jedem Konflikt definieren die Kriegsparteien ihre Feinde und legen entsprechend die Art ihres Handelns fest. In Ruanda war es ein klarer Fall von ‚Genozid‘. Im Palästinakonflikt war und ist der ‚Ort‘ bzw. der ‚Raum‘ weiterhin das Ziel aller israelischen kriegerischen Handlungen. Die israelische Journalisten *Amira Hass* bezeichnet den israelischen Angriff auf den palästinensischen Raum als ‚Waffen der leichten Konstruktion‘, die nicht so viel Lärm machen, wie das Töten von Menschen, jedenfalls nicht in den westlichen Medien.¹⁵⁸ Das Ergebnis der im April 2002 auf Befehl von Premierminister Ariel Sharon durchgeführten israelischen ‚Operation Verteidigungsschild‘¹⁵⁹ gegen die palästinensischen Städte war eine systematische Destruktion von palästinensischen *öffentlichen Räumen* und *Stätten*: bis auf zwei Ministerien wurden alle ministerialen Bauten der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) sowie die Büros von 65 NGO's entweder total oder teilweise zerstört. Es war in dieser Aktion auffällig und verblüffend zugleich, dass hier nicht die Konfiszierung, sondern die Zerstörungswut von palästinensischem Eigentum das Bild der Aktion bestimmte. Die mutwillige Beschädigung jeglicher Infrastrukturen der PA machte vor gar nichts halt: Gebäude, Straßen, Bäumen, Radio- und Fernsehsender, der Flughafen von Gaza wurden von dieser Aktion schwer getroffen – und selbst die Ländervorwahl (Internationales Telefoncode ++970) der PA wurde von der Sharon-Regierung quasi zur Bestrafung und Isolierung von *Arafat-PA* aufgehoben, eben alles, was die Selbstautonomie der Palästinenser, die nie eine wirkliche war, symbolisierte.

Während des Bosnienkriegs (1992-1995) prägte der Architekt *Bogdan Bogdanovich* den Ausdruck ‚urbicide‘, um die Zerstörung der Städte im Balkan durch die serbischen Militärs zu beschreiben. Nach ideologischem Denken der serbischen Nationalisten dieser Zeit, verkörperte die ‚Stadt‘ als ein ‚multikulturelles Produkt‘ eine *Antithese* des serbischen nationalistischen Ideals, das den serbischen ländlichen Raum bzw. das Dorf, in dem ein individueller serbischer Gemeinschaftsgeist vorherrschte, romantisierte. Die Stadt wurde in diesem Kontext als ein Symbol der Vielfalt ethnischer und kultureller Gemeinschaften bzw. als ein Sinnbild für das *Unreine* abgewertet – ihre ‚Destruktion‘ wurde ein Sinnbild der Verteidigung eigener Werte, ein ‚heiliger Krieg‘. Seitdem wird der Begriff ‚Urbicide‘ benutzt, um die systematische Zerstörung des urbanen Lebens in Städten der Gegner durch militärische Aktionen zu beschreiben.

In den besetzten palästinensischen Gebieten wurde nicht nur die Stadt oder der urbane Raum, sondern auch der gesamte Landschaftsraum zur Zielscheibe der israelischen Angriffe. Die Panzer waren und sind weiterhin die Hauptinstrumente für die Zerstörung von Straßen, Häusern, privaten Autos und von vielen Tausenden Dunums von Olivenhainen. Es ist ein Krieg im Zeitalter der buchstäblichen ‚Agoraphobie‘¹⁶⁰, der nicht die Teilung des Territoriums sucht, sondern dessen Aufhebung. Die ‚Operation Schutzschild‘ Ariel Sharons, ge-

157 Vgl. die Opferzahlen nach Ausbruch der zweiten Intifada in Tabelle 3-1, Abschnitt 3.4.1 dieser Arbeit.

158 Siehe Amira Hass' Artikel: ‚Weapons of Light Construction‘, Haaretz, 28.01.2003, online unter: http://www.haaretz.com/hasen/pages/arch/ArchSearchResultsEng.jhtml?_DARGS=%2Farch%2Fobjects%2Ffunctions%2FSearchInEnglishArchion.jhtml.

159 Mehr zur ‚Operation Schutzschild‘, siehe Kimmerling, Baruch, Politizid. Ariel Sharons Krieg gegen das palästinensische Volk, Diederichs, 2003, Seiten 149-161. Siehe auch Weizman, Eyal: *Hollow Land ... a.a.O., Kapitel 7*, ab S. 185. Siehe auch: Eyal Weizmans Beitrag ‚Urban Design durch Zerstörung‘, in Stadt Bauwelt 172 (Thema: Wir Flüchtlinge), 22. Dezember 2006, S. 22-31.

160 Der Begriff ‚Agoraphobie‘ (Raumangst) wurde von Christian Salmon entwickelt, Vgl. Sari Hanafai: *Spacio-cide and Bio-Politics ... a.a.O.*, in Sorokin, Michael (Editor): *Against the Wall ... a.a.O.*, S.160.

nauso wie das ganze zionistische koloniale Projekt, hinterließ eine Spur der Verwüstung, die sich so weit ausbreitete wie das Auge sehen konnte: ein Durcheinander aus zerstörten Bauten und Infrastrukturen, abgeflachten Hügellandschaften, und planierten Wäldern und Olivenhainen. Und diese intensivste Zerstörung wurde nicht nur durch den aktiven Einsatz traditioneller Kriegsmaschinerie (Jagdbomber, *Apache* Hubschrauber, Panzern und Planierdrauen) produziert, sondern und vor allem war sie ein Ergebnis fleißiger und engagierter Destruktionsarbeit der Besatzungsmacht.

Das sichtbarste und berüchtigtste Beispiel des israelischen ‚urbicide‘ geschah im Zentrum des Flüchtlingslagers von Jenin währen der Operation ‚Schutzschild‘ im April 2002, bei der durch Bombardement und das systematische Einsetzen von gigantischen Planierdrauen ein *Drittel* des urbanen Raumes im Lager zerstört wurde – das entspricht 1846 Wohnhäusern, in denen mehr als 4000 Menschen lebten. Die enorme Zerstörung des Flüchtlingslagers wird in der Abbildung 3-4 graphisch gezeigt: ein 200x250 m² großes dicht besiedeltes Areal wird wie nach einem starken Erdbeben buchstäblich erschüttert.

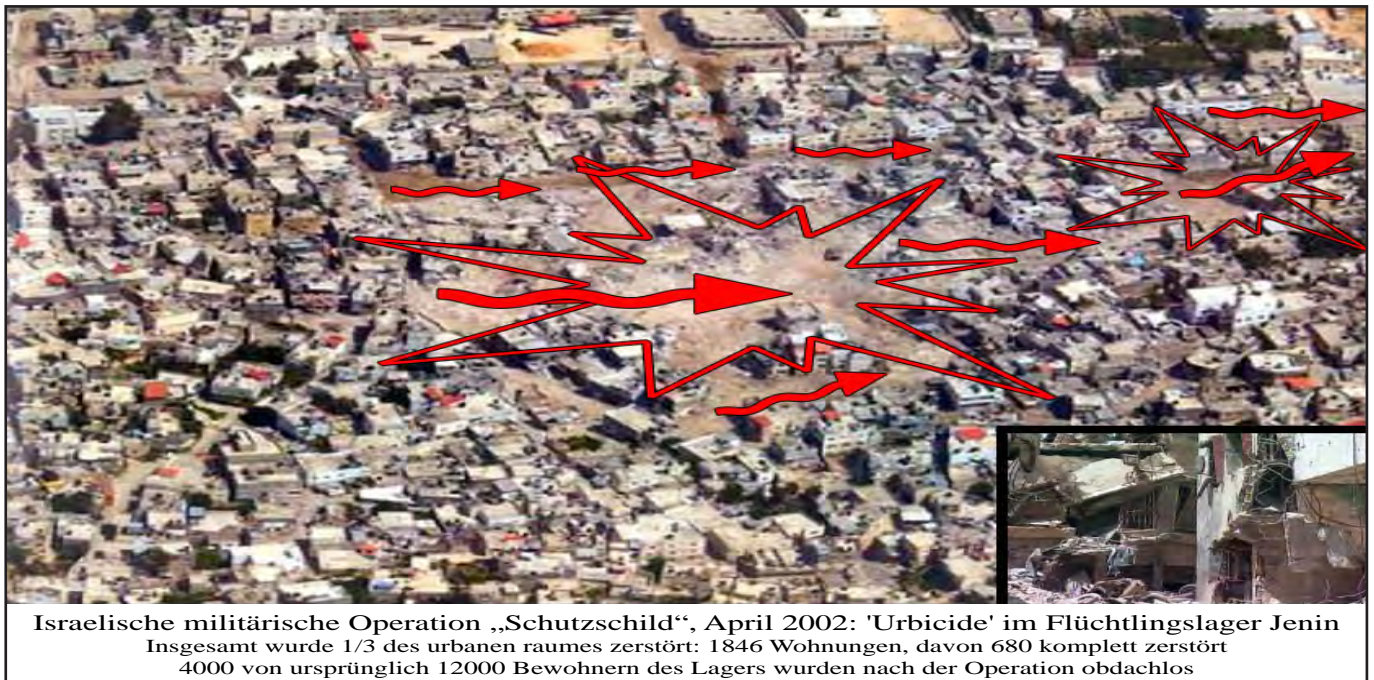


Abb. 3-4: Israelische Operation ‚Schutzschild‘, April 2002 / ‚Urbicide‘ im Flüchtlingslager Jenin.

Die alte Stadt Nablus, dessen bis heute noch bewohnte *Qasbah* – von der UNISCO zur Weltkulturerbe erklärt – eine mehrere Tausend Jahre alte Geschichte aufweist, wurde von der Operation ‚Schutzschild‘ Ariel Sharons auch nicht verschont. Die Zerstörungswut der israelischen Soldaten kannte keinen Respekt vor Menschenleben und noch weniger vor dem historischen Wert der Qasbah und ein wertvolles Zeugnis mehrerer Epochen kulturellen und architektonischen Wirkens wurden im Zuge der Operation für immer zerstört. Um die engen und unsicheren Gassen der Altstadt zu vermeiden, bediente sich die israelische Armee einer neuen Methodik des Angriffs. Die Soldaten nahmen einfach den kürzesten und sichersten Weg, indem sie sich mit Hilfe von Sprengstoff von einem Haus zum anderen durch Wände eine Route durchbohrt haben. Abgesehen von den menschlichen Verlusten der schockierten palästinensischen Einwohner, wurden unermessliche materielle und auch kulturelle Verluste in der Stadt beklagt.

Die wiederholte Behauptung der israelischen Regierung Ariel Sharons, dass diese Operation darauf abzielte, die ‚Infrastruktur der Terroristen‘ zu zerstören, die hinter den Selbstmordattentaten in Israel stand, wurde anhand der Unverhältnismäßigkeit des militärischen Einsatzes der größten Macht im Nahen Osten zum Gespött gemacht. Denn Sharons wahre Absicht hinter dem Wiedereinmarsch in die besetzten Gebiete war die Zerstörung der urbanen und zivilen Fundamente des *proto-palästinensischen* Staates. ‚Urbicide‘ war Sharons Kriegsstrategie, um den Palästinensern ihre kollektive, individuelle und kulturelle Rechte auf eine stadtbasierte Modernität zu verweigern – es war eine systematische Destruktion des modernen städtischen Heims.

Dennoch ist ‚urbicide‘ nicht die ganz korrekte Bezeichnung des israelischen Angriffs auf das palästinensische

Territorium. Nach den Worten des ehemaligen Arbeitsministers der Sharon-Regierung, *Shaloumo Bin Azri*, war das Ziel dieser Aktion ‚das Leben der Palästinenser – durch die permanente Destruktion der palästinensischen Infrastruktur, durch den Bau von Zäunen, und ‚Pufferzonen‘, sowie durch die Verstärkung von Ausgangssperren und Checkpoints-Kontrollen bis hin zu Gebietssperrungen – zur Hölle zu verwandeln.¹⁶¹ Es war und ist weiterhin viel mehr eine Art ‚räumliche Säuberung‘ – ‚spacocide‘ – der palästinensischen Gebiete, denn hier geht es um eine umfassendere und wesentlich nachhaltigere Destruktion, die neben der materiellen Zerstörung von Städten und Besitztümern auch andere Zwischenräume und Infrastrukturen umfasste und die das soziale, ökonomische und politische Gewebe der palästinensischen Gesellschaft massiv beeinträchtigte – die Vision einer palästinensischen *Staatlichkeit*, so fern diese auch scheinen mag, wird hier noch in der Wiege erdröselt:

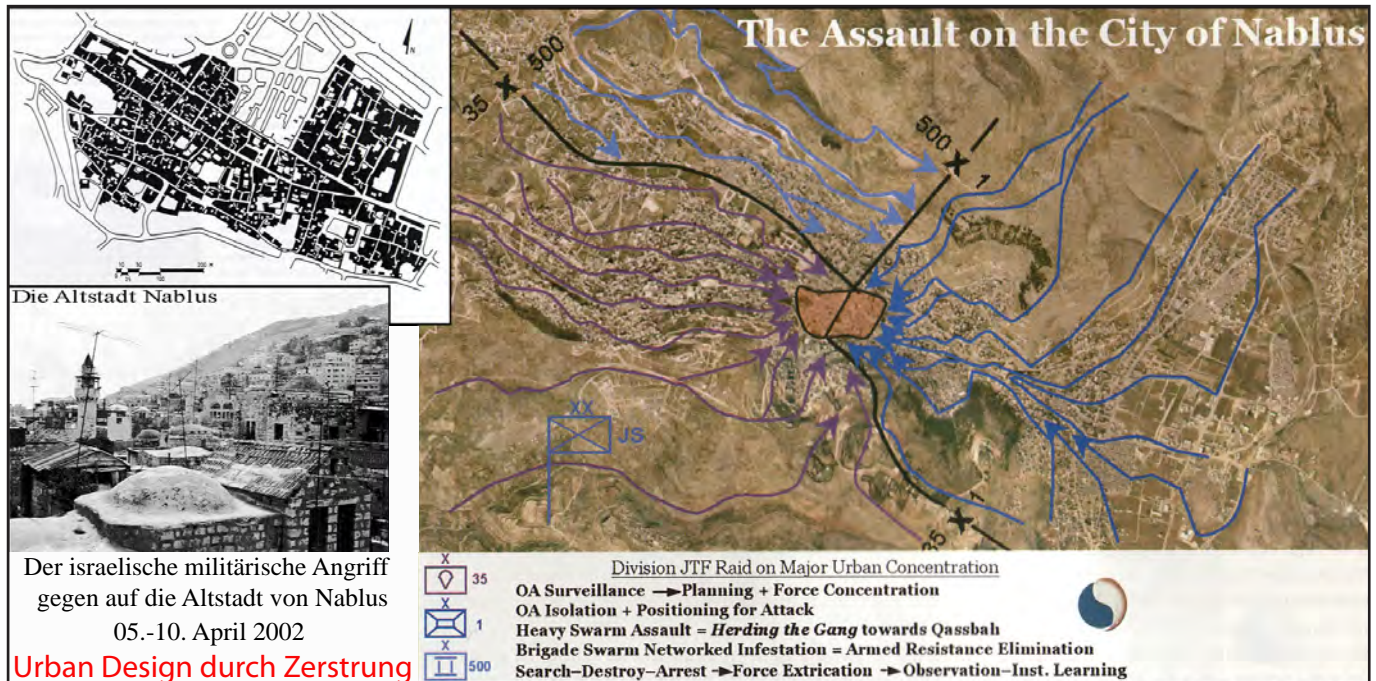


Abb. 3-5: Israelische Operation ‚Schutzschild‘, April 2002/ ‚Urbicide‘ im Weltkulturerbe ‚Qasbah von Nablus‘.

I/ **Die ‚Sozio-Säuberung‘** der palästinensischen Gesellschaft: der palästinensische Politikwissenschaftler *Saleh Abdel Jawad* entwickelte den Begriff ‚sociocide‘¹⁶², der eine Politik bezeichnet, die von einer politischen Entität verwendet wird, um eine *andere* komplett zu zerstören, nicht nur als eine politische nationale Entität, sondern auch als eine Gesellschaft in allen ihren ökonomischen, sozialen und kulturellen Dimensionen. Das Hauptziel dieser Politik des ‚sociocide‘ ist das vollständige Ersetzen einer Gesellschaft durch eine andere. Die israelische Politik kann als ein Beispiel von ‚sociocide‘ verstanden werden;

II/ **Die ‚Ökonomische Strangulierung‘** der palästinensischen Gebiete: indem Israel die Gebiete Absperrt und die Mobilität von Menschen und Waren zwischen den isolierten Städten mittels über 550 militärischen Checkpoints auf ein Minimum einschränkt, wird die palästinensische Ökonomie systematisch stranguliert. Für Entwicklung und Wachstum der Gebiete hat das tödliche Folgen;

III/ **Die ‚politische Säuberung‘ (politi-cide)**: wie oben geschildert wurde, zerstört die israelische Armee systematisch die Institutionen der palästinensischen Autonomiebehörde und andere Einrichtungen, die die nationalen und politischen Aspirationen der Palästinenser verkörpern.

Das zionistische Projekt begann mit der ‚räumlichen Säuberung‘ Palästinas zeitgleich mit der ‚ethnischen Vertreibung‘ der Palästinenser faktisch unmittelbar nach dem UNO-Teilungsplan im November 1947 und bevor die Briten aus dem Land abzogen. Bis Ende 1946 verfügten 1,36 Mio. Palästinenser über 23 Millionen Dunum ihres Landes gegenüber 1,5 Millionen Dunum für etwa ½ Mio. Juden in Palästina. Der Teilungsplan sah 55,5% der Gesamtlandesfläche (Anhang Tabelle 2: etwa 14,62 Mio. Dunum von ursprünglich 26,67 Mio.

161 Aus Graham, Stephen: ‚Clean territory‘: ‚urbicide in the West Bank‘, Artikel veröffentlicht in OpenDemocracy, 06.08.2002, online: http://www.opendemocracy.net/conflict-politicsverticality/artcle_241.jsp.

162 Saleh Abdel Jawad: Sociocide: ‚The Zionist Scheme for the Destruction of the Palestinian Society‘, eine Studie, die in drei Teilen im ‚Palestine Report‘ des ‚Jerusalem Media and Communication Center‘, Oktober 1997. Online unter: <http://www.jmcc.org/> (Im Mai 2009 wurde das JMCC auf Anordnung der israelischen Regierung geschlossen, Anm. d. V.).

Dunum Landfläche) für den Judenstaat vor. D. h. der Judenstaat bekam etwa 10 Mal so viel Land wie der Judenbodenbesitz in Palästina war. Selbst diese, eigentlich traumhaften, Zahlen waren für *Ben-Gurion* nicht zufriedenstellend, nicht nur weil die Zionisten auf das ganze Land schielten, sondern auch weil die demographischen Verhältnisse auf dem zugewiesenen Territorium in keiner Weise für die Zionisten akzeptabel waren: die Hälfte der Bewohner des künftigen Judenstaates hätten ‚Araber‘ sein sollen, die einfach in ihrer Heimat lebten. Genau dieses ethnisch-demographische Problem stand im Wege der zionistischen Pläne. Noch bevor die britischen Truppen das Land verlassen hatten, sorgten *Ben-Gurion* und seine militanten Truppen für die Vertreibung der Bewohner von 220 palästinensischen Dörfern. Das war die erste zionistische ‚ethnische Vertreibung‘ auf palästinensischem Boden vor der israelischen Staatsproklamation im Mai 1948.¹⁶³

Gleich nach der Proklamation des israelischen Staates und dem folgenden Ausbruch des ersten israelisch-arabischen Krieges im Mai 1948 hatte die Vertreibung der Palästinenser von 1948 dazu geführt, dass das Flüchtlingsdasein dieser Menschen sie in ‚exterritoriale Wesen‘ verwandelt hat. Nach 1967 versucht das zionistische Projekt in den besetzten Gebieten – durch die Schaffung von vollendeten Tatsachen – diese Exterritorialität auf das übrig gebliebene Land der Palästinenser zu übertragen. Dies zeigt sich in den israelischen Versuchen, den Palästinensern ihre Kontrolle und Ordnung über das *eigene* Territorium wegzunehmen. Man kann hier offensichtlich von einer ‚Deterritorialisierung‘ des Landes sprechen.

Hebron: ein besonders heftiger Fall der räumlichen Säuberung¹⁶⁴

Die ‚räumliche Säuberung‘ der West Bank ist ein Mittel zum großen Ziel der Zionisten, nämlich des oben genannten ‚demographischen (freiwilligen) Transfers‘ der palästinensischen Bevölkerung, indem man – und das haben die Aussagen der jetzigen ultrarechten Likud-Regierung unter *Benjamin Netanyahu* und *Avigdor Lieberman* mehrfach bestätigt – das palästinensische *Territorium* in ein ganz normales *Stück Land*, herrenlos, abhängig und ohne Souveränität, verwandelt. Inzwischen sind seit Ausbruch der zweiten Intifada (2000) mehr als 100.000 Palästinenser, etwa 3,3% der Gesamtbevölkerung der bestzten Gebiete (West Bank und Gaza), ausgewandert. Demographische Bewegungen hat es auch innerhalb der 1967 besetzten Gebiete gegeben: alleine aus der Altstadt *Hebron* sind 850 Familien (etwa 5000 Menschen) – aufgrund der Kolonien ultraorthodoxer Juden mitten im Herzen der Stadt (H1/H2-Teilung der Stadt, Karte. 3-17) und der daraus folgenden Sperrung des historischen Stadtteils bzw. der Schließung arabischer Geschäfte – in die umgebende Dörfer so gut wie *zwangsumgesiedelt*.

Hebron ist die einzige Stadt im Westjordanland (außer Ostjerusalem), in deren Zentrum eine jüdische Siedlung eingekerkert ist. Inmitten der 188 000 palästinensischen Einwohnern leben 650 bis 800 Siedler, beschützt von etwa 2500 israelischen Soldaten. Als vor 30 Jahren eine kleine radikale jüdische Siedlergruppe kam, mussten viele Palästinenser gehen. Aus Sicherheitsgründen sperrte das Militär für die neuen Siedler palästinensische Straßen, schloss Märkte und Läden, sodass aus einem der historisch lebendigsten Handelszentren Palästinas eine Geisterstadt wurde, in der nur noch die Soldaten flanieren.

Die ehemalige Hauptstraße der Altstadt Hebron, die *Shuhada'-Street*, wurde vor Jahrzehnten vom israelischen Militär illegal für Palästinenser gesperrt und in den Namen *King-David-Street* umgetauft. Für diese Sperrung gibt es keine Rechtsgrundlage und sogar keine direkte Anordnung von Regierungsseite. Bis heute darf kein Palästinenser sie betreten. Der israelisch besetzte H1-Stadtteil greift wie ein ‚Finger‘ in das Stadtgewebe hinein, fragmentiert seine Fläche und lässt durch ein System von Fahrverboten für Araber sowie durch Geschäftsschließungen kein aktives arabisches Leben zu. Der Raum hier ist etwas Feindliches, Unsicheres, geworden.

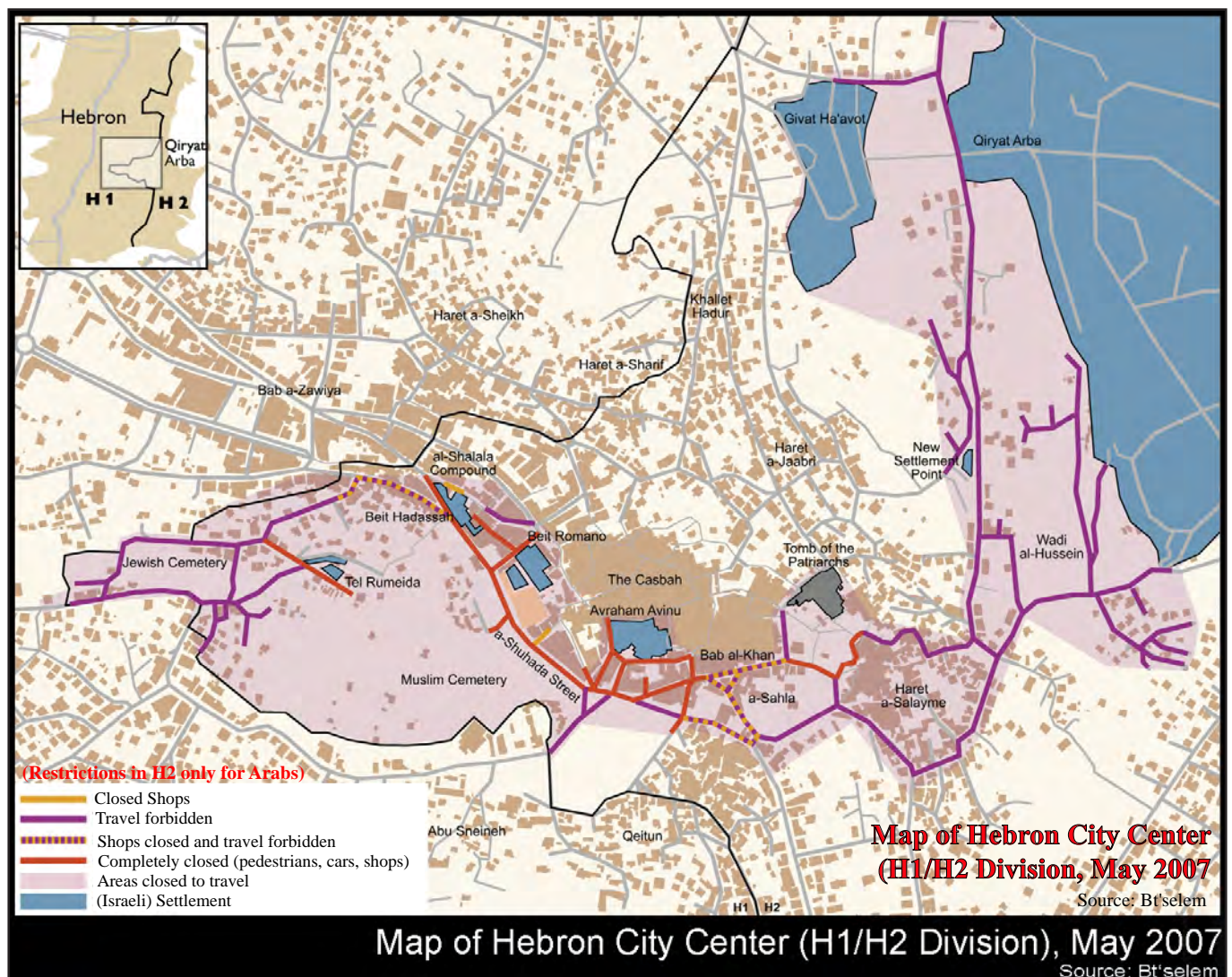
Ein Gefühl und eine Atmosphäre der angespannten Leere beherrschen die staubigen verlassenen Straßen. Um dem heruntergeworfenen Müll der topographisch höher gelegenen israelischen Siedler der Altstadt (Tel Rumeida, Bei Hadassa, u.a.) zu entweichen, müssen die Hausfenster der wenigen verbliebenen Palästinensern vergittert werden und dichte Maschendrahtgitternetze sind vor die Balkone gespannt und verwandeln die Hausfassaden und ihre Hinterhöfe in tatsächliche Käfige. Die Häuser sind gefangen in einem feindlichen Umfeld eines über-

¹⁶³ Abu Sitta Salman (Verfasser des ‚Atlas of Palestine 1948‘), in einem Gespräch mit Sami Kulaib in der Al Jazeera-Sendung ‚Al-Malaff‘ (Die Akte), 06.05.2010.

¹⁶⁴ Mehr zur israelischen Separationspolitik im Stadtzentrum von Hebron, siehe: *Ghost Town – Israel's Separation Policy and Forced Eviction of Palestinians from the Centre of Hebron*, ein BtSelem-Report vom Mai 2007, Recherchiert von Ofir Feuerstein, ISSN: 0793-520X (English). Bericht ist online erhältlich unter: http://www.btselem.org/Download/200705_Hebron_eng.pdf.

mächtigen Gegners, die Menschen in ihren Hauskäfigen – wer sich als Araber nicht abschirmt, dem werfen die Siedler einen Molotowcocktail ins Wohnzimmer.

Laut *Oslo II-Abkommen* steht die Stadt Hebron unter palästinensischer Verwaltung. Dennoch wurde die Stadt von der israelischen Militärregierung in zwei Zonen geteilt: *Hebron 1-Zone (H1)* und *Hebron 2-Zone (H2)*. H2 steht unter israelischer Kontrolle und liegt im östlichen Teil der Stadt. Das eroberte Gebiet erschließt die angrenzenden jüdischen Siedlungen (*Kiryat Arba'-Block*) mit dem historischen Zentrum bzw. mit der Abraham-Moschee (Al-Haram Al-Ibrahimi). In diesem israelischen Einzugsgebiet leben etwa 35.000 Palästinenser, von denen 6000 Menschen in unmittelbarer Nachbarschaft mit den jüdischen Siedlern wohnen. Die täglichen diskriminierenden Besatzungspraktiken und Angriffe radikaler Siedler sowie der Dauerzustand nächtlicher Hausdurchsuchungen, Ausgangssperren und Fahrverbote, macht das Leben der dort lebenden Palästinenser extrem beschwerlich. Über 76% der Läden in der ehemals lebhaften Altstadt (1829 Läden) sind mittlerweile geschlossen – entweder per militärischen Befehl oder aus wirtschaftlichen Gründen. Laut *Oslo II-Abkommen* steht die Stadt Hebron unter palästinensischer Verwaltung. Dennoch wurde die Stadt von der israelischen Militärregierung in zwei Zonen geteilt: *Hebron 1-Zone (H1)* und *Hebron 2-Zone (H2)*. H2 steht unter israelischer Kontrolle und liegt im östlichen Teil der Stadt. Das eroberte Gebiet erschließt die angrenzenden jüdischen Siedlungen (*Kiryat Arba'-Block*) mit dem historischen Zentrum bzw. mit der Abraham-Moschee (Al-Haram Al-Ibrahimi). In diesem israelischen Einzugsgebiet leben etwa 35.000 Palästinenser, von denen 6000 Menschen in unmittelbarer Nachbarschaft mit den jüdischen Siedlern wohnen. Die täglichen diskriminierenden Besatzungspraktiken und Angriffe radikaler Siedler sowie der Dauerzustand nächtlicher Hausdurchsuchungen, Ausgangssperren und Fahrverbote, macht das Leben der dort lebenden Palästinenser extrem beschwerlich. Über 76% der Läden in der ehemals lebhaften Altstadt (1829 Läden) sind mittlerweile geschlossen – entweder per militärischen Befehl oder aus wirtschaftlichen Gründen.



Die Straßen der Innenstadt sind gesperrt, und insgesamt gibt es in der Großstadt Hebron 84 Checkpoints, Straßenblockaden und Betonquader, die ernsthafte Hindernisse für die palästinensischen Bewohner bilden. Selbst bei alltäglichen Tätigkeiten, wie Einkaufen gehen, Schulbesuch, Arztbesuch, etc., müssen sie Schlange stehen oder über Mauern und Stacheldraht klettern.



Bild 3-8: Vor und nach – Passage zw. dem Großmarkt und der historischen Qasbah, 1990 und 2007.

Für die Wirtschaft der Altstadt hat das fatale Folgen, denn die Kunden können nicht mehr in die Altstadt kommen, was die Lebensgrundlagen der Händlerstadt gänzlich untergraben hat: heute zählt man eine Arbeitslosenquote von 80% unter den arabischen Bewohnern der Altstadt (*H2-Zone*). Von diesen leben 75% in Armut. Das Ergebnis dieses Umstandes ist, wie oben erwähnt, ein (freiwilliger) demographischer Transfer von mehr als 40% der arabischen Bewohner dieser Zone, die das Gebiet seit Ausbruch der zweiten Intifada verlassen haben.

Hauszerstörungen in den besetzten Gebieten

Eine weitere von der Besatzungsmacht praktizierte Methode zum Erzwingen des freiwilligen Transfers der Palästinenser des Westjordanlandes ist die systematische Zerstörung derer Wohnhäuser, insbesondere im Raum Jerusalem. Nach Angaben von ‚The Israeli Committee Against House Demolitions‘ (ICAHD), wurden in der West Bank und im Gazastreifen in der Zeit zwischen 1967 und 2006 insgesamt 18.147 palästinensische Häuser durch die israelische Armee oder durch die Zivilverwaltung der Besatzungsmacht zerstört bzw. abgerissen. In der Zeit zwischen dem Ausbruch der ersten Intifada Ende 1987 und März 2009 wurden insgesamt mehr als 4.130 Häuser in der besetzten West Bank, inklusive Ostjerusalem, zerstört (Tabelle 3-7).

Ende Mai 2008 – etwa zeitgleich mit dem 60. Jahrestag der Staatsgründung bzw. der Nakba – kündigte die israelische Besatzungsregierung an, insgesamt 3000 neue palästinensische Häuser abzureißen, da diese angeblich keine Baugenehmigung besitzen. Die Häuser liegen alle in der von Israel kontrollierten C-Zone. Nach offiziellen Statistiken wurden zwischen Januar 2000 und Sept. 2007 satte 94% aller Bauanträge in dieser Zone von der Besatzungsmacht zurückgewiesen. In der gleichen Zeitspanne erteilten die Israelis 5000 Abriss-Orders und mehr als 1600 Häuser wurden zerstört.¹⁶⁵

Bereits vor der israelischen ‚Operation Schutzschild‘ im März/April 2002 fand eine sehr intensive und systematische Zerstörung der Grundlagen palästinensischen Lebens und Raumes statt: laut Angaben der palästinensischen Organisation ‚Palestine Monitor‘ wurden in der Zeit zwischen dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 bis zum Monat Februar 2002 insgesamt 720 Häuser in der West Bank – durch Bombardement oder Planierarbeiten der israelischen Armee – komplett zerstört und mehr als 11.550 Häuser wurden schwer beschädigt. Bei diesen Aktionen wurden 30 Moscheen, 12 Kirchen und viele Friedhöfe ganz oder teilweise zerstört. Dabei erlitten beinahe 74.000 Palästinenser körperliche Verletzungen.

¹⁶⁵ Aljazeera, 27.05.2008, nach offiziellen Angaben der PA.

Die Gewalt erreichte auch die palästinensische Ökonomie bzw. Landwirtschaft: etwa 134 Wasserbrunnen wurden in den israelischen Aktionen zerstört; mehr als 34.600 Oliven- oder Obstbäumen wurden durch die Planierarbeiten der israelischen Armee entwurzelt, mit der Begründung, dadurch eine bessere Durchsicht entlang der Hauptstraßen der palästinensischen Ortschaften zu schaffen und folglich die Sicherheitssituation der Soldaten zu verbessern; etwa 14.340 Dunum kultivierter landwirtschaftlicher Bodenflächen wurden verwüstet oder verbrannt; und schließlich wurden mehr als 1.162 Dunum Land, zumeist für militärische Zwecke, konfisziert. Während der Invasion im März/April 2002 waren 22.500 Menschen von den Hauszerstörungen betroffen. Im Gazastreifen wurden im März/April 2002 insgesamt 601 Häuser komplett zerstört und etwa 16.000 Dunum Land, zum größten Teil landwirtschaftlicher Boden, von den israelischen Militärs zerstört.¹⁶⁶

Zahl der durch die israel. Besatzungsmacht zerstörten Häuser in der West Bank und in Ost-Jerusalem 1987-2008*			
Jahr	West Bank	Jerusalem	Insgesamt
1987	103	keine Daten	103
1988	393	30	423
1989	keine Daten	keine Daten	347
1990	keine Daten	keine Daten	102
1991	keine Daten	keine Daten	227
1992	148	12	160
1993	63	48	111
1994	120	29	149
1995	43	25	68
1996	140	17	157
1997	233	16	249
1998	150	30	180
1999	101	-	101
2000	23	18	41
2001	186	41	227
2002	276	43	319
2003	306	99	405
2004	139	152	291
2005	keine Daten	94	94
2006	44	83	127
2007	39	78	117
2008	29	87	116
2009	keine Daten	17	17
			4.131

Zwischen der 1. und der 2. Intifada (1987- 2000): **mindestens 2.377 Hauszerstörungen** in der West Bank und in Jerusalem

Zwischen dem Beginn der 2. Intifada (Ende 2000) und Ende 2008: **mindestens 1.700 Hauszerstörungen** in der West Bank und in Jerusalem

bis 17.03.2009

*) Quelle: ICAHD: <http://www.icahd.org/eng/articles.asp?menu=6&submenu=2&article=402>.
Tabelle beinhaltet keine Daten über Hauszerstörungen im Gazastreifen, insbesondere in Rafah (2002) sowie infolge des israelischen Krieges auf Gaza (Ende Dez. 2008 - Mitte Januar 2009).

Tabelle 3-7: Hauszerstörungen in der West Bank und in Jerusalem, 1987-2008.



Bild 3-9: Jenin und Rafah nach der israelischen Operation „Schutzschild“, 2002.

Besonders betroffen war hier die Stadt Rafah im Süden des Streifens, wo ganze Stadtviertel bis zur Unkenntlichkeit zerstört worden waren, um eine Sicherheitspufferzone entlang der Grenze zu Ägypten zu schaffen. Und wenn man vom Gazastreifen spricht, dann sollte man erwähnen, dass dieses dicht besiedelte Gebiet am Mittelmeer, wie kein anderes, eine Reihe von Zerstörungsaktionen der israelischen Armee seit Anfang der 1950er Jahre durchstehen musste. Wie später im Abschnitt 4.2.2 gezeigt wird, verkörperte der jüngste israelische Krieg gegen den Gazastreifen – ‚Operation Gegossenes Blei‘ 27.12.2008 -18.01.2009 – den definitiv expressivsten Fall von ‚urbicide‘ und ‚Spacocide‘ in den besetzten palästinensischen Gebieten, wenn auch der Gazastreifen seit August 2005 nicht mehr unter direkter israelischer Kontrolle steht.

Zahl der vertriebenen und beeinträchtigten* Palästinenser infolge von Hauszerstörungen durch die israelischen Behörden im besetzten Westjordanland, Januar bis Juni 2011						
Monat	Januar	Februar	März	April	Mai	Zw.-Summe
<i>Erwachsene</i>	55	179	167	35	187	623
<i>Kinder</i>	80	143	183	42	117	565
Gesamt	135	322	350	77	304	1.188
*) Vertriebene sind Menschen, deren Häuser zerstört (abgerissen) wurden; eine Beeinträchtigung steht, wenn eine Hauszerstörung eine sonstige Auswirkung auf die Existenz von Menschen gehabt hat, wie auf den Lebensunterhalt oder auf die Grundversorgungsnetze (Wasser, Strom, ect.)						
Angaben aus: UNRWA, 2011						

Tabelle 3-8: Zahl der durch Hauszerstörungen beeinträchtigten Palästinenser im besetzten Westjordanland, Januar-Mai 2011.

Schließlich nimmt der Transfer der palästinensischen Bevölkerung mit dem Bau der israelischen Mauer eine neuartige und besonders radikale Gestalt an, da diese einigen großen Palästinensergruppen ihre Identität und nationale Zugehörigkeit wegnimmt, nachdem insgesamt etwa ½ Million Palästinenser in 92 Städten und Dörfern vom Bau der Mauer direkt betroffen sind, von denen

- beinahe 30.000 Menschen in 17 Gemeinden sich auf einmal isoliert in Enklaven westlich der israelischen Barriere in der so genannten ‚gelben Zone‘ gefunden haben, wo sie weder zu den palästinensischen Gebieten, noch zum Staat Israel zugehören;
- eine andere Gruppe von etwa 250.000 Menschen lebt in 54 von der Mauer komplett umschlossenen Gemeinden, die mehr Ghettos sind als Dörfer und Städte;
- die dritte Gruppe bilden die 21 palästinensischen Gemeinden Ostjerusalems mit ihren inzwischen mehr als 270.000 Einwohnern, die auch durch die Mauer praktisch gettoisiert worden sind.

Alle diese Gruppen wurden durch das israelische Siedlungsprojekt bzw. durch die Mauer tatsächlich zu *exterritorialen* Wesen gemacht, ihr Land unterliegt keiner lokalen Hoheit, aber es ist voll unter israelischer Kontrolle.

Mitte Juni 2011 veröffentlichte die UNRWA einen Bericht über Hauszerstörungen im besetzten Westjordanland bzw. derer Nachwirkung auf die Menschen dort.¹⁶⁷ Der Bericht zeigt die verheerenden Folgen die direkt oder indirekt von den Hauszerstörungen betroffenen Menschen im Westjordanland auf: wie Tabelle 3-8 zeigt, betrug die Zahl dieser betroffenen Menschen im relativ kleinen Zeitfenster zwischen Januar und Mai 2011 insgesamt 1.188 Personen, von denen fast die Hälfte (565 Menschen) Kinder waren bzw. sind. Die UNRWA-Pressesprecher im Westjordanland Sami Mshasha und Chris Ganes erklärten hinzu, dass die Hauszerstörungsaktivitäten alleine im Mai 2011 insgesamt 67 Kinder obdachlos machten. Die Familien von 64 dieser vertriebenen Kinder wohnten in der sogenannten C-Zone (laut Oslo II). Die restlichen 3 Familien stammen aus Ostjerusalem.¹⁶⁸

Um eigene Wohnhäuser in der C-Zone zu bauen, müssen die Palästinenser Bauanträge bei den israelischen Autoritäten stellen, die dieses Gebiet kontrollieren. Die meisten der von den Behörden erlassenen Abrissbefehle für palästinensische Häuser wurden damit begründet, dass diese Häuser ohne gültige israelische Baugenehmigung errichtet worden seien. Infolge der Zonierung der West Bank nach Oslo II, dürfen die Palästinenser nur in einem Gebiet bauen, das etwa 13% der Fläche Ostjerusalems ausmacht. Dieses Gebiet macht etwa 1% der Gesamtfläche der C-Zone aus, die aufgrund des Fehlens von Stadt- und Regionalplanung für die palästinensischen Gebiete ohnehin unter akutem Wohnraumangel leidet und bereits dichtbesiedelt ist.¹⁶⁹ Schließlich ist die Zahl der von den

167 Bericht online unter: <http://www.unrwa.org/etemplate.php?id=1001>.

168 Aljazeera, 15.06.2011.

169 Siehe Kapitel 5 dieser Arbeit.

Behörden jährlich an die palästinensischen Bewohner der C-Zone erteilten Baugenehmigungen weit unter dem tatsächlichen Bedarf an Wohnraum. Mehr als 94% aller palästinensischen Baugesuche im Jahre 2011 wurden laut obigem Bericht von den israelischen Behörden abgewiesen.

Diese ‚räumliche Säuberung‘ wurde möglich, da man in *Oslo II* die Gebiete und folglich ihre Bewohner in verschiedenen Kategorien aufgeteilt hat, die man schier erfunden hat: in H1- und H2-Teilungen für die Stadt *Hebron* sowie in die A-, B- und C-Gebiete für den Rest der West Bank. Das voll unter israelischer Souveränität stehende C-Gebiet (59% der Gesamtfläche) durchdringt alle anderen Gebiete, die unter ziviler Kontrolle der PA stehen, und trennt sie voneinander. Eine gebietsübergreifende Entwicklungsplanung durch die PA ist somit so gut wie unmöglich, nicht nur weil hier keine Raum-Kontinuität existiert, sondern und vor allen wegen der faktischen Aufsplitterung des politischen Systems der PA in den Gebieten. Selbst in den goldenen Jahren des vorsichtigen Friedens (1993-1998) konnte die palästinensische Autonomiebehörde im Rahmen der Planung nicht einmal einfache Entwicklungsprojekte durchführen, wie das Verlegen von Wasserleitungen zwischen A- und B-Zonen, die zwangsläufig durch die Zone ‚C‘ laufen mussten, da Israel dies nicht erlaubte. Geringfügige städtische Entwicklung hat es tatsächlich in den von den Palästinensern zivilverwalteten A- und B-Zonen gegeben. Aber diese Zonen sind immer von der israelisch kontrollierten Zone ‚C‘ umzingelt, was jegliches natürliche Wachstum palästinensischer Städte und Dörfer, sei es für die Erschließung neuer Wohngebiete oder für Gewerbeflächen, kategorisch verhindert.

Man kann sagen, dass die ‚räumliche Säuberung‘ (Spacocide) in der West Bank das Herz der israelischen subtilen Siedlungsstrategie verkörpert. Rückblickend auf Abschnitt 2.3 zeigte die ‚Anatomie‘ der israelischen Siedlungsstrategie deutlich, dass das zionistische Siedlungsprojekt von Anfang an ein Projekt der subtilen ‚räumlichen Säuberung‘ Palästinas war und ist.

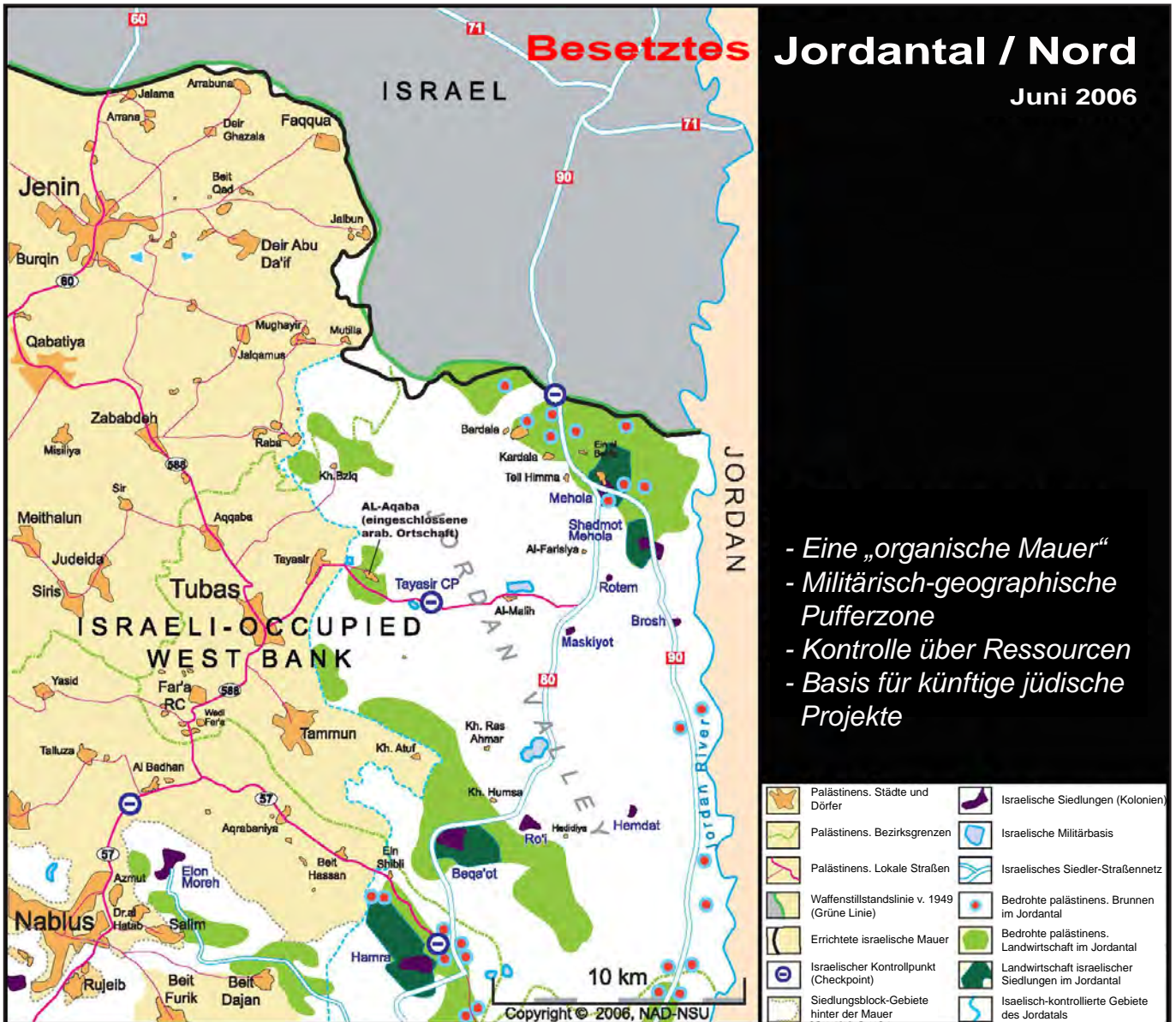
3.7.4 Belagerung und Gettoisierung palästinensischer Städte und Dörfer durch Mauern

Hauszerstörungen gehören beim Bau der Mauer zum Alltag. Die israelischen Militärs führen diese aus und begründen sie mit dem Faktor Sicherheit und seit dem 11. September 2001 mit dem ‚Kampf gegen den Terror‘. Sie betreiben somit eine Raumordnung, die auf Säuberung der geschlossenen Zonen basiert – eine Fortsetzung der seit 1967 gefahrenen Politik der Destruktion von palästinensischen Infrastrukturen bzw. der systematischen Verwischung nicht-jüdischer, speziell arabischer Spuren in Palästina. Ein wichtiges Beispiel dieser Spurenverwischung findet man besonders stark in dem von Israel seit 1967 besetzten Jordantal. In seinem nördlichen Teil auf der Strecke östlich von Jenin, Tubas und Nablus existieren einige palästinensische Ortschaften (Karte 3-18), die die ethnische und räumliche Säuberung der Besatzungsmacht zwar überlebt haben, jedoch liegen sie mitten in der israelischen ‚organischen Mauer‘, eingekreist von feindlichen Strukturen und haben so gut wie keine gemeindliche Rechte und verfügen über gar keine Ressourcen. Etwa 6000 israelische Siedler im Jordangraben verfügen über 50% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche und über 98% des verfügbaren Wassers im Gebiet, denn der Staat hat hier fast alle Wasserbrunnen beschlagnahmt oder zerstört und den Palästinensern verboten, neue Brunnen zu graben oder alte zu sanieren.

Eines der typischen Beispiele dieser Belagerung arabischer Ortschaften im Jordangraben ist der kleine Ort ‚Al-Aqaba‘, der kleine Ort wurde bald nach 1967 von insgesamt 3 israelischen Militärbasen umzingelt, was das Leben der Menschen dort äußerst schwer machte. Die Dorfbewohner – genauso wie alle übriggebliebenen Palästinenser im Jordantal – dürfen seit 1967 so gut wie keine städtischen Dienstleistungen erhalten, insbesondere Baugenehmigungen und alle die Stadtentwicklungsplanung betreffenden Angelegenheiten. Von der Beschlagnahme ihres Bodens durch den israelischen Staat einmal abgesehen, mussten sie bereits Anfang der 1970er Jahre unter ständiger Bedrohung der israelischen Soldaten leben. Diese versuchen ständig, mit Waffengewalt die Menschen dort zwangs zu räumen. Diese Aktionen der IDF haben dazu geführt, dass seit 1971 zwei Duzend Dorfbewohner von der israelischen Armee getötet wurden sowie, dass etwa 700 weitere Bewohner aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit dort ihr Land in die umgebenden Ortschaften verlassen mussten. Heute leben 300 Dorfbewohner unter äußerst schweren Lebensumständen – diese Menschen, überwiegend bodenlose Bauern, hätten ohne die Hilfe der inzwischen aktiven internationalen Menschenrechtsorganisationen diesen Umständen nur sehr schwer standhalten können.¹⁷⁰

170 Mehr zum Fall Al-Aqaba im Jordantal, siehe die Internetseite der Organisation Rebuilding Alliance, unter: <http://rebuildingalliance.org//rebuild/>

Am Vorabend des Junikrieges von 1967 lebten etwa 340.000 palästinensischen Araber im Jordantal. Heute leben dort, trotz der relativ hohen Geburtenraten der palästinensischen Bevölkerung, nur noch etwa 60.000 Araber. Nach der Vertreibung vieler Tausende von Menschen im Junikrieg hat die israelische Besatzungsmacht die Lebensumstände der Menschen dort so schwer gemacht, dass ein freiwilliger Exodus zehntausender Menschen über Jahrzehnte zustande kam. Mit Ausschluß der Palästinenser von der Nutzung ihrer eigenen Ressourcen Acker- und Weideland und vor allem Wasser wurden diese Ressourcen von Seiten der Besatzungsmacht zu subtilen Waffen der Vertreibung instrumentalisiert. Interessant hier ist die Tatsache, dass die israelische Landwirtschaft im Jordantal nur etw 2% der landwirtschaftlichen Produktion Israels ausmacht. Der erbrachte Aufwand und die enormen Kosten (staatliche Subventionen) vor allem zum Anbau und Gedeihen tropischer Früchte in der Wüste sind nicht nur unnachhaltig, sondern auch ökonomisch unglaublich. Man macht dies offensichtlich nicht aus wirtschaftlichen, sondern hauptsächlich aus ideologischen Gründen.



Karte 3-18: Besetztes nördliches Jordantal, ein Teil der organischen Mauer, Juni 2006.

Am Beispiel des Jordangrabens sieht man besonders deutlich, dass man nicht unbedingt ein *physisches Medium* braucht, um Mauern zu bauen. Und dennoch wurde die Machtlosigkeit der Palästinenser mit dem Bau der Separationsmauer östlich von Jenin vollkommen, denn diese trifft jetzt mit dem nördlichen Teil der ‚organischen Mauer‘ zusammen (Karte) und das Ausmaß der Segregation bekommt eine physische Dimension.

Die Separationsmauer, die von Israel als temporäre Schutzmaßnahme angepriesen wurde, enthüllte sich als die Schaffung einer unfassbaren städtischen und regionalen Wirklichkeit. Wie surreal und depressiv

Stadtlandschaften sein können ist an keinem Ort so ablesbar wie in Qalqilya im Norden der West Bank (siehe unten). Aber auch die Hauptstadt Jerusalem blieb dabei nicht verschont.

Diese Praxis der Belagerung hat im Fall der Stadt Jerusalem bereits 1948 begonnen als die ersten Bausteine für die Gründung Westjerusalems 1949 gelegt wurden. Ab 1967 hat die Belagerung in der historischen Stadt einen physischen Charakter bekommen. Aber mit der Mauer erlebt die Stadt eines der dunkelsten Kapitel ihrer architektonischen Geschichte: nach der Isolierung der Heiligen Stadt kommt nun ihre *Gettoisierung*. Und dennoch kann man diese Gettoisierung Jerusalems und anderer palästinensischer Städte und Gemeinden nicht ohne den Siedlungskontext betrachten bzw. nachvollziehen. Dabei spielt Jerusalem aus bekannten Gründen eine ganz besondere Rolle – auf allen Ebenen.

Jerusalem: das Herzstück des Siedlungsprojektes

Seit dem Junikrieg 1967 hat Israel eine Politik der Verdrängung arabischer Strukturen in Jerusalem betrieben. Das Ziel ist, neue demographische Verhältnisse mittels einer massiven und staatlich geförderten jüdischen Besiedlung des Jerusalemer Raumes zu schaffen, um Jerusalem als die ewige und vereinte Hauptstadt Israels erklären zu können. Zur gleichen Zeit sollen bereits seit Jahrhunderten existente palästinensische sozioökonomische Infrastrukturen mittels Erlassung einer Reihe von Gesetzen stranguliert werden, die jede arabische Entwicklung in Jerusalem verhindern sollen. Per Gesetz ist es den Palästinensern in Jerusalem untersagt, neue Baugebiete zu erschließen, ebenso ist es den Palästinensern in der Heiligen Stadt untersagt, ihre historischen Häuser zu sanieren, selbst wenn diese auf die Köpfe ihrer Bewohner herunterfallen würden. Zur gleichen Zeit werden abertausende von neuen Wohneinheiten exklusiv für neue jüdische Siedler in den verschiedenen Stadtgebieten gebaut, um neue demographische Verhältnisse zugunsten der Juden zu erzwingen. Dies ist ein Umstand, der dem internationalen Recht für Besatzungsmächte sowie dem globalen humanitären Gesetz widerspricht und einen hohen Grad an Menschennot und systematischer Erniedrigung der arabischen Jerusalemer bezeugt.

Das Siedlungsprojekt im Raum Jerusalem ist nicht nur wegen des spirituellen Sonderstatus der *Heiligen Stadt* eine delicate Angelegenheit. Das Ausmaß dieser zionistischen Penetration in das Gebiet ist außerdem äußerst beunruhigend und gibt den Chancen für einen *territorialen* Frieden eine sehr pessimistische Prognose. Denn das Gebiet, das nur 0,7% der Gesamtfläche von *Mandatspalästina* ausmacht, beherbergt 18% aller jüdischen Siedlungen in der West Bank (26 von 144 Siedlungen) und 52% aller Siedler (261.885 von 500.670 Siedlern).

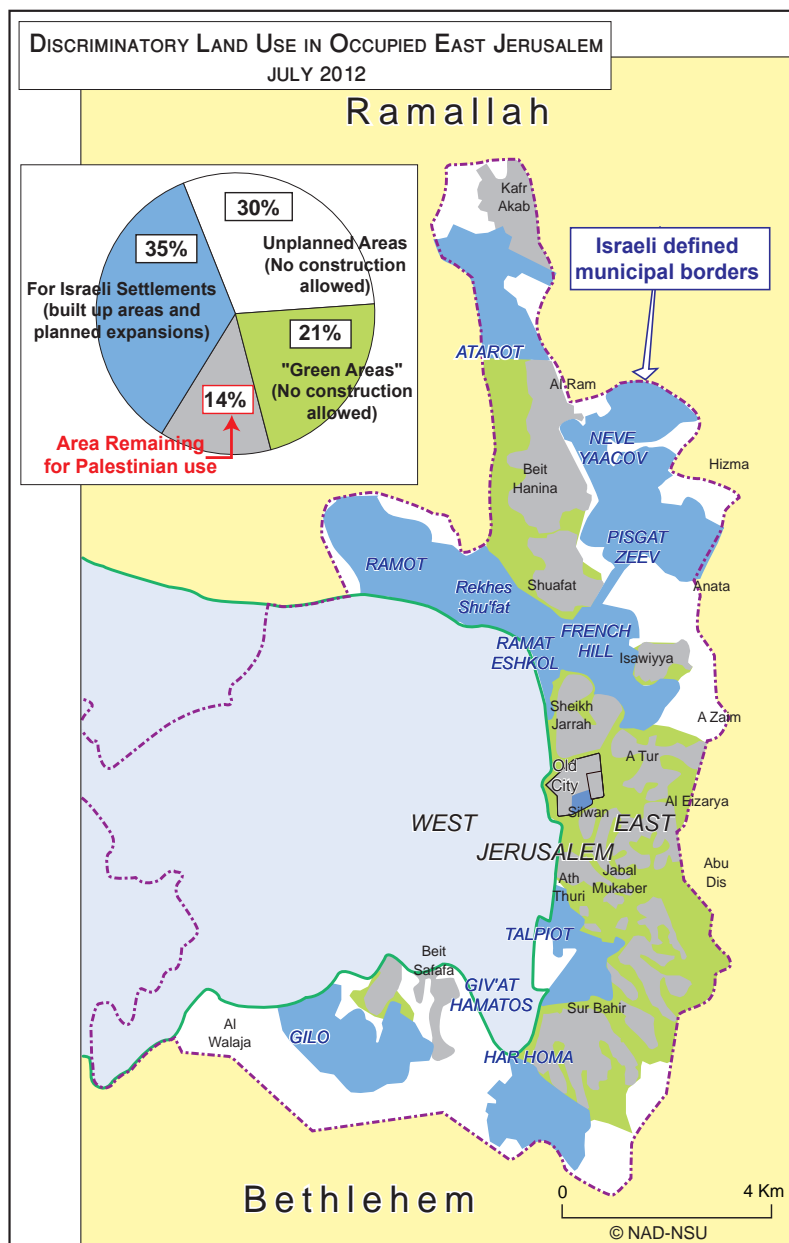
Am Vorabend der britischen Kontrolle über Palästina war Jerusalem ein 8 Km² großes Gebiet, das von den Stadtmauern umfasst wurde. Dazu kamen einige Stadtbezirke, die außerhalb der Mauern im Jahre 1921 (zeitgleich zur britischen Eroberung der Stadt) entstanden waren. Während die Stadt seit dem britischen Mandat im westlichen Sektor außerhalb der Stadtmauern, wo die höchste jüdische demographische Dichte vorherrschte, stark wuchs, wurde sie im Osten nur um einige hundert Meter erweitert. Nach dieser Stadterweiterung betrug die Gesamtfläche der Stadt um das Jahr 1948 etwa 20 Km², von denen die Juden (damals 38% der Stadtbevölkerung) einen Flächenanteil von 27% besaßen. Infolge des ersten israelisch-arabischen Krieges im Mai 1948, kontrollierten die israelischen Truppen 84,13% der Stadtfläche, während 11,48% unter jordanische Verwaltung fiel und 4% als Niemandsland galt, auf denen die UNO-Offices errichtet wurden.¹⁷¹

Seit der Eroberung Jerusalems im Juni 1967 durch die israelische Armee und besonders nach der Annexion der Stadt¹⁷² am 30. Juli 1980 und der Erklärung der Stadt per Gesetz (*Basic Law of Jerusalem*) als die ‚ewige ungeteilte Hauptstadt Israels‘, hat der israelische Staat in Bezug auf die Stadt ein primäres Ziel verfolgt, nämlich die Schaffung einer demographischen und geographischen Situation, die jeden zukünftigen Versuch verhindern würde, die israelische Souveränität über die Stadt in Frage zu stellen. Gleich nach dem Sechs-Tage-Krieg verlegte die israelische Regierung die Stadtgrenze weit in das Westjordanland hinein und vergrößerte so

171 Angaben nach einem Bericht der Al-Jazeera, die Sendung Fi Al-Omqa (in der Tiefe), mit Ali Thafiri, Afif Safya (PLO-Botschafter für Sondermissionen, ehem. Botschafter in London, Washington und Moskau) und Dr. Mohsen Saleh (Direktor des Al-Zaytouna Centre for Studies and Consultations, Beirut), 26.08.2010.

172 Die Annexion der Stadt Jerusalem fand unter scharfer Verletzung des internationalen Rechts und der IV. Genfer Konvention von 1949 statt und wurde in UN-Sicherheitsratsresolution 478 vom 20. August 1980 verurteilt, die erklärte, „dass alle legislativen und administrativen Maßnahmen und Aktivitäten von Seiten der Besatzungsmacht Israel, die den Charakter sowie den Status der Heiligen Stadt Jerusalem geändert haben oder beabsichtigen, dies zu tun, und, insbesondere das jüngste ‚Basic Law‘ on Jerusalem, null und nichtig sind und umgehend aufgehoben werden müssen“. Vgl. PASSIA unter: http://www.passia.org/palestine_facts/pdf/pdf2008/jerusalem.pdf, Seite 378 (Englisch, Ü. d. V.).

das Stadtgebiet von 6,5 Km² im Jahre 1967 auf 113 Km² am Vorabend der Annexion Jerusalems. Kurze Zeit später begann die israelische Regierung mit der Enteignung eines Drittels des neu eingemeindeten Gebietes. Seitdem bauten die Israelis mehr als 45.000 Wohneinheiten für die jüdischen Bewohner der Stadt, aber kein einziges Gebäude für die indigenen arabischen Bewohner der Stadt. In dem schriftlichen Teil eines israelischen Bebauungsplans des Bezirkskomitees aus dem Jahre 1978 wird ermahnt, dass jedes Gebiet, das nicht von Juden bewohnt werde, „in Gefahr von Israel abgetrennt zu werden“ stünde.¹⁷³ Der Plan sah deswegen vor, in allen Teilen der Stadt jüdische Wohngebiete, als das Stadtgewebe penetrierende Siedlungstaschen, zu bauen. Das eigentliche hoch gesteckte Ziel der israelischen Regierung seit Ende der 1970er Jahre war, bis zum Jahre 1980 einen Anteil von 400.000 Juden gegenüber maximal 100.000 Palästinensern an einer Gesamtbevölkerung Jerusalems von ½ Million Einwohnern zu erreichen.¹⁷⁴



Graphik 3-3: Diskriminierende Flächennutzung Ostjerusalems.

Das formale Ziel war also, die arabische Bevölkerungsgruppe auf eine Minderheit von 20% zu reduzieren. Um das oben genannte Ziel zu erreichen, unternahmen die israelischen Regierungen seit 1967 eine ganze Reihe von Aktionen, die zu einer Zunahme des jüdischen Bevölkerungsanteils führen und zugleich mittels sozialpolitischer und ökonomischer Unterdrückung bzw. der Degradierung der Lebensgrundlagen der arabischen Bevölkerung eine Abnahme des palästinensischen Bevölkerungsanteils der Stadt bewirken sollten. Das inzwischen erklärte Ziel der israelischen Politik bezüglich Jerusalem ist die ‚Judaisierung‘ der Stadt – ein Akt, den

173 Angaben nach Miron Benvenisti, zitiert in einem Artikel von Michael Borgstede vom 11. August 2009 in der Welt Online, Titel „Siedlungen: Jerusalem ist längst eine geteilte Stadt“, siehe unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article4294927/Jerusalem-ist-laengst-eine-geteilte-Stadt.html>.

174 Vgl. Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.375.

man in *fünf* miteinander harmonisierenden Arbeitsschwerpunkten wieder findet:

1. *Die Kontrolle über den heiligen Platz* ‚Al-Haram Al-Scharif‘, auf dem sich die *Al-Aqsa-Moschee* und der *Felsendom* befinden: über die Eigentumsrechte dieses heiligen Plateaus scheint es eine unbestreitbare Übereinstimmung im israelischen Lager zu geben. Nach jüdischer Behauptung ist dieser Platz kein anderer als der biblische ‚Tempelberg‘, auf dem der Salomonische Tempel vor zweitausend Jahren gestanden haben sollte. Die verschiedenen israelischen Gruppen sind sich nur darin nicht einig, wann der richtige Zeitpunkt ist, um den ‚Tempel‘ anstelle der Al-Aqsa-Moschee wiederaufzubauen;

2. *Die Altstadt*: dieser eingemauerte historische Teil der Stadt hat eine Gesamtfläche von etwa *ein Tausend* Dunum (1 Km²) und steht seit dem Anfang im Herzen des Konflikts um die Stadt. Wenige Tage nach der Okkupation der Stadt durch die israelische Armee im Juni 1967, zerstörten die Israelis den Stadtteil ‚Al-Mughrabi‘ (135 Häuser und zwei Moscheen) westlich der Al-Haram Al-Scharif und verwandelten ihn zum Platz der heutigen so genannten ‚Klagemauer‘. Die Penetration ging weiter und erreichte die völlige Kontrolle über den ‚Armenischen Viertel‘ sowie über beachtliche Teile des ‚Christlichen Viertels‘. Im ‚Islamischen Viertel‘ konnten die Zionisten bis 2005 ihre Hand auf siebzig arabischen Wohnhäuser legen und bildeten dort eine entsprechende Zahl von Minisiedlungen, die von radikalen jüdischen Siedlern bewohnt werden und die für arabische Nachbarhäuser aufgrund der expressiven Sicherheitsmaßnahmen zu einer dauerhaften Plage wurden;

3. *Der Siedlungsgürtel um die Stadt*: um Ostjerusalem zu kontrollieren und um so viel Land wie möglich zu annektieren, haben die israelischen Regierungen die Fläche Ostjerusalems (1967: 6,5 Km²) kontinuierlich vergrößert, bis diese die beachtliche Fläche von 126,4 Km² im Jahre 1993 erreichte.¹⁷⁵ Israel kontrolliert heute 87% des Jerusalemer Distriktes. Den arabischen Bewohnern Ostjerusalems stehe nur 13% der Fläche ihrer Stadt zur Verfügung, die von 11 jüdischen *Stadtvierteln* penetriert und obendrein von 16 weiteren israelischen Siedlungen (Vgl. Graphik 3-5) umzingelt werden. Durch diese Nähe der jüdischen Vierteln verlieren die Palästinenser die freie (volle) Nutzung ihrer ohnehin knappen Flächen, da die Stadtverwaltung sich aus *Sicherheitsgründen* weigert, Baugenehmigungen für palästinensische Häuser in den meisten palästinensischen Gebieten zu erteilen, da diese zwangsläufig sehr oft in direkter Nachbarschaft zu den jüdischen Jerusalemer Siedlungen liegen. Man schätzt, dass durch subtile Stadtpolitik den Palästinensern die Nutzung von weiteren bis zu 10% der Stadtfläche verweigert wird;

4. *Diskriminierung der arabischen Stsdeinwohner*: in den restlichen 4%, die den heute etwa 270.000 zählenden arabischen Einwohnern Jerusalems übrig geblieben sind, werden die Palästinenser durch eine Reihe israelischer Anordnungen in ihren bürgerlichen und Menschenrechten stark eingeschränkt. Diese Diskriminierung zeigt sich unter anderem in folgenden Aspekten:

a) Durch Zwangsenteignungen des arabischen Eigentums;

b) In Sachen Planung und Baugenehmigungen und selbst für die Sanierung ihrer historischen Häuser. Die Erlangung einer Genehmigung der Baubehörden bleibt für die Palästinenser fast immer nur ein *Traum*, denn diese Prozedur braucht etwa 5 Jahre Bearbeitungszeit und ist mit Kosten verbunden, die zwischen 25.000 und 30.000 US-Dollar liegen – die Genehmigung kommt, trotz der Kosten, so gut wie nie zusammen. Die Behörden erlauben selbst eine Sanierung oder Erweiterung des Hauses nicht. Die Palästinenser sind oft gezwungen, dies ohne Genehmigung zu machen, mit der Gefahr eines Hausabrisse von Seiten der Behörden. Hier werden systematisch von der Stadtverwaltung oder vom israelischen Innenministerium Hauszerstörungen durchgeführt¹⁷⁶;

c) Aberkennung und Entziehung des Wohnrechts (Jerusalem ID) sowie von den sozialen Leistungen derjenigen Palästinenser, die mindestens für die Dauer von sieben Jahren außerhalb Jerusalem bleiben oder, die nicht in der Lage sind zu beweisen, dass ihr Lebenszentrum in Jerusalem liegt¹⁷⁷;

d) die ungerechte Verteilung des Budgets zwischen beiden Stadtteilen, mit den schädlichen Effekten auf Infrastruktur und Dienstleistungen in Ostjerusalem.

5. *Die physische Trennung Ostjerusalems vom Rest des Westjordanlands*: Diese territoriale Trennung wurde

¹⁷⁵ Quelle: Jerusalem Institute for Israel Studies, Statistical Yearbook of Jerusalem, 2002/03.

¹⁷⁶ Zwischen 2000 und 2009 (März) wurden insgesamt 712 arabische Häuser im Raum Jerusalem zerstört, da ihre Grundstücke beschlagnahmt wurden oder weil ihre Besitzer keine Baugenehmigungen nachweisen konnten, die sie übrigens so gut wie nie bekommen können; vgl. The Israeli Committee Against House Demolitions (ICAHD) unter: <http://icahd.org/eng/docs/Bookletsmall.pdf>.

¹⁷⁷ Nach BtSelem wurden zwischen 1967 und 2006 insgesamt 8.269 Jerusalem identity documents (ID's) von arabischen Einwohnern der Stadt aberkannt. Siehe online unter: http://www.btselem.org/English/Jerusalem/Revocation_Statistics.asp. Siehe auch : http://www.passia.org/palestine_facts/pdf/pdf2008/jerusalem.pdf.

zuerst durch den Siedlungsgürtel erreicht. Hinzu kommt seit Ende 2002 die israelische Trennungsmauer, die diese territoriale Trennung festigen soll und zusätzlich eine demographische Segregation von Juden und Arabern verwirklichen soll.

Der Fokus des israelischen Interesses ist hier das Herzstück der Stadt, nämlich der Heilige Platz, das Plateau des *Al-Haram Al-Scharif* mit der *Al-Aqsa Moschee* und dem *Felsendom*. Denn die Zionisten behaupten, dass der Salomonische Tempel vor etwa zwei Tausend Jahren genau auf dem gleichen Platz gestanden hätte. Das an sich ist nichts Neues, denn vor den Zionisten haben bereits europäische biblische Archäologen im 19. Jahrhundert nach dem behaupteten Tempel gesucht. Etwa 146 Jahre nach den ersten europäischen und nach mehr als 60 Jahren äußerst intensiven und kostspieligen israelischen Archäologischen Grabungen im Herzen der Stadt, hat man keinen einzigen Hinweis auf den besagten Tempel, noch hat man irgendwelche jüdische Spuren unter bzw. um den *Al-Haram Al-Scharif* gefunden – keinen einzigen Beweis.

Mythologie und Ideologie in der Geschichtsschreibung

Eine der fundamentalen Aufgaben der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung – oder der „Kunst der Geschichtsschreibung“ wie es der arabische Historiker *Ibn Khaldun*¹⁷⁸ bezeichnet – ist das Prüfen und Berichtigen von Mythen durch das Untersuchen ihrer Ursprünge und Aufgaben bzw. durch das Dokumentieren von historischen Fakten. Ein Historiker hat die Pflicht für die Wahrheit einzutreten, so wie sie ist bzw. war und diese auch mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden unverfälscht weiter zu vermitteln. Ohne Zweifel versuchen Ideologen über Auswahl (oder Weglassen) von Ereignissen sowie über deren Umfang oder Bedeutung anderen Vorgängen gegenüber, geschichtliche Abläufe so aufzubereiten, dass sie für eigene politische Ziele, Standpunkte und Interessen genutzt werden können. Geschichte wird in der Regel von Siegern geschrieben. Indem sie die unerwünschten geschichtlichen Kontexte der gegnerischen Vorgänger *überschreiben*, konstruieren sie durch ihr Narrativ die Geschichtsbücher ideologisch und bestimmen den Anfang, das goldene Zeitalter und die Zeit des Verfalls eines Landes bzw. einer Nation. Ein wirklich freier Dialog zwischen Historikern bleibt an keinen Heiligtümern und Tabus stehen. In einem solchen Dialog findet man oft heraus, dass die bisher geglaubten Konstanten der Weltgeschichte nicht unbedingt wahrheitsgemäß sind, dass der Anfang nicht unbedingt der Anfang war, dass bestimmte Ereignisse selektiert und andere wiederum ausgeblendet oder mindestens vernachlässigt wurden und, dass der eigene ‚Mythos‘ mit seiner fiktiven erzählerischen Kraft oft einen bestimmenden Einfluss auf die Geschichtsschreibung einer Nation hat.

Der Mythos wird durch diese Geschichtsschreibung wiederum in den Köpfen der Menschen verfestigt und bekommt eine historische Fassade. Wir entdecken immer wieder, dass beides, Geschichtsschreibung und Mythos, im Dienste von politischen Zielen nationalistischer oder religiöser Bewegungen oder eines Regimes gestanden sind. Immer wieder werden ideologische Darstellungen von Staaten entlarvt, die ihre Geschichte aus dem Blickpunkt der existenten politischen Grenzen schreibt, so als ob es eine einheitliche Geschichte für ein bestimmtes Stück Land gäbe, die es von allen anderen Territorien über alle Zeiten hindurch unterscheidet und, so als ob für die jetzt darauf lebende Menschengemeinschaft eine einheitliche und von anderen Territorien getrennte Geschichte existiere. Diese ideologische Geschichtsschreibung versucht immer die jetzige politisch definierte Staatsgrenze zu argumentieren, indem sie eine ewige organische Verbindung zwischen einer ethnischen Gruppe und einer ganz bestimmten Geographie herstellt. Alle anderen geschichtlichen Ereignisse des Landes und Menschengruppen, die diese mitgestalteten, werden als vorübergehende, provisorische und sogar als Störfaktoren angesehen. Die Rolle der einen ethnischen oder ethnisch-religiösen Minderheit oder Mehrheit wird hier statt der demokratischen Mehrheit hervorgehoben.

Die mythische Geschichtsschreibung bekommt in der Regel einen heiligen Charakter, den die Menschen nicht so einfach aufgeben können und wollen, selbst wenn wissenschaftliche und geschichtliche Untersuchungen diese revidieren. Denn sie verkörpert den innerhalb einer Menschengruppe verbreiteten ‚Glauben‘ über die ‚Erzählung‘ der Dinge und nicht über ihre tatsächliche ‚Geschichte‘. Die Erzählung, die einen Mythos beinhaltet, gibt einer Menschengruppe Bedeutung und Sinn und bestimmt oft ihre Wurzeln, ihre Botschaft, Existenzgründe und folglich ihr gegebenes ‚Existenzrecht‘, das vom *selben* Mythos abgeleitet wird. Und eine Diskussion bzw. ein Dialog über Glaubensfragen ist äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Dabei nimmt der Glaube verschiedene

¹⁷⁸ Ibn Khaldun, geboren am 27. Mai 1332 in Tunis, gestorben am 17. März 1406 in Kairo, war ein islamischer Historiker und Politiker. Seine Betrachtungsweise von gesellschaftlichen und sozialen Konflikten machte ihn zu einem der Vorläufer einer soziologischen Denkweise. Sein monumentales Werk „*al-Muqaddima*“ war bahnbrechend und gilt als der Beginn der so genannten wissenschaftlichen Soziologie.

Stufen der Bedeutung ein: der Glaube an Gott beispielsweise, ist in diesem Sinne wesentlich gewichtiger als der Glaube an gewonnene kulturell oder religiös angeeignete kleine Wahrheiten, welchen widersprochen werden kann. Wenn eine handfeste plausible wissenschaftliche Darlegung der Geschichte als Ersatz einer *geglaubten* geschichtlichen Schilderung präsentiert wird, könnte der aus Tradition oder Unwissenheit gewonnene Glaube an kleinere Teilereignisse erschüttert werden, im Gegensatz zum Glauben an eine göttliche Macht jenseits der Naturgesetze, der seinem Tabu-Charakter von keinerlei Fakten revidiert werden könnte.

Eine hybridisierte Geschichte – Reproduktion einer Bibellandschaft

Die für die israelischen Juden vielleicht symbolträchtigste Bedeutung der Annexion Ostjerusalems im Juni 1967 war die sinnbildliche ‚Rückkehr nach Hause‘, insbesondere zur Klagemauer und zum jüdischen Viertel, dem ‚symbolischen Zentrum der jüdischen Nation‘. Die konsequent verstärkte Fokussierung der israelischen Autoritäten auf die volkstümliche Architektur des jüdischen Viertels, die bis dato nur im Volksmund existierte, trieb eine nationale Strategie, die Dominanz der arabischen Architekturformen über israelische Architektur schwächen sollte. Nach dieser Strategie symbolisierte die Klagemauer für die israelischen Juden die Konnektivität zu den geschichtlichen Wurzeln, und archäologische Forschung sollte diese biblische Verbundenheit authentisieren.¹⁷⁹

Wenn die Heilige Geschichte mit der Religion selbst einen Bund schließt, wird das Problem hier der Umgang mit den Heiligen Büchern als ob sie Geschichtsbücher wären. So wird mit göttlichen Zeichen, Deutungen und vor allem Auslegungen von menschlicher Hand so umgegangen als wären sie geschichtliche Fakten. Und hier wird Kritik und Dialog ein kompliziertes Unterfangen. Die beste Methode wäre natürlich nicht der konfrontierende Dialog, sondern die strikte Trennung der so genannten ‚Heiligen Geschichte‘ – mit ihren Ereignissen, Wundern, Orten und Sagen – von der ‚irdischen Geschichte‘, die richtigerweise versucht, der Historie ihren Konstrukt-Charakter zu entnehmen, indem ein Historiker mit gesundem Menschenverstand es ablehnt, Aberglaube und Mythen als wahre geschichtliche Tatsachen hinzunehmen bzw. die Geschichte mit Hilfe von Dokumenten, archäologischen Artefakten, Vergleich der Beweismittel, Zeugenaussagen, Erzählungen, Memoiren und anderem Quellenmaterial zu rekonstruieren versucht.

Aber die Politik, die als eine reale, komplexe Konstellation von Mächten und Interessen definiert werden kann, lehnt oft diese Trennung ab und instrumentalisiert Legenden und Heilige Geschichten in ihrer politischen Argumentation, um eine gewünschte Wahrnehmung von bestimmten Ereignissen herzustellen, die in ihrem Zusammentrommeleffekt im extrem Fall das Aufrüsten und mobilisieren der Massen zum *Heiligen Krieg* ermöglichen – und zur Gewinnung der eigenen Legitimität. In jedem nationalistischen Narrativ, von einem Kampf zwischen nationalen Gruppen im gleichen Territorium ganz zu schweigen, vermischen sich Heilige und irdische Geschichte. Oft finden auch Kombinationen von Nationalismus und Religion statt und besondere Anlässe, Orte, Schlachten und Zeiten der Heiligen Geschichte überschneiden sich mit anderen Ereignissen, die die politische Wahrnehmung als geschichtliche Wendepunkte darstellen will, die nationale Wahrnehmung und deren Legitimität formen. Und nirgendwo vermischt sich das *Heilige* und das *Irdische*, paaren sich *Mythologie* und *Ideologie* in der Geschichtsschreibung eines Territoriums wie in Palästina und noch viel extremer in Jerusalem.

Die Quelle der israelischen – und auch westlichen – Geschichtsschreibung Palästinas, insbesondere Jerusalems, basiert auf heiligen göttlichen Texten, die eine Geschichte oder Erzählung über die Stadt schildern, die wesentlich und fundamental dazu beigetragen haben, dass ganze Völker auf dem Globus, die auch nicht im geringsten mit dem irdischen geschichtlichen Geschehen in und um Palästina je zu tun hatten, eine biblische Variante der Geschichtsschreibung über Palästina adoptiert haben. Für sie war es eine Geschichte des Kampfes zwischen *guten* und *bösen* Mächten der Geschichte, eine Geschichte der göttlichen Verheißung, die alles davor und danach ausblendete. Ganze Generationen von Historikern und Orientalisten wuchsen mit diesen Mythen auf – zuhause, in der Schule, in der Literatur und in der Kunst. Sie gingen und gehen bis heute, bewegt von religiöser Antriebskraft, mit der *Tora* (christlich: das Alte Testament) so um, als wäre sie ein Geschichtsbuch oder als die dokumentierte Geschichte eines Volkes. Die Überprüfung dieser biblischen Erzählung über das Heilige Land durch Generationen von gestandenen Wissenschaftlern diente hauptsächlich der Suche nach Beweisen und Orten, die diese Geschichte bestätigen würden.

Auf ihrer Suche nach den ersehnten Spuren gruben die europäischen und später die zionistischen Archäologen

179 Vgl. Alona Nitzan-Shifan, The Israeli “Place” in East Jerusalem, ein Beitrag in: Misselwitz, Philipp und Rieniets, Tim (Hrsg.): *City of collision – Jerusalem and the Principles of Conflict Urbanism*, Birkhäuser, Berlin, 2006, S.342.

vergebens in der Erde, dabei waren sie euphorisch erfüllt von fertigen Namen für ihre Fundstellen und dachten, dass sie damit einer Wahrheit mit materiellen und wissenschaftlichen Beweismitteln helfen.¹⁸⁰ Sie übersahen oder vielmehr ignorierten (bis heute), dass das Produkt explosiv ideologisch ist und im Dienste einer politischen Agenda steht, die die heutigen und gestrigen indigenen Bewohner Palästinas, die palästinensischen Araber, als nur eine vorübergehende Erscheinung sieht, die nach ihrer Vorstellung in der wirklichen Geschichte des Landes nur auf der Durchreise seien. Das biblische Territorium ‚Palästina‘, das nach Ansicht der Zionisten seit der Römerzeit von „fremden“ Nichtjuden bewohnt war, wurde von den frühen Zionisten als Wiege ihrer jungen Nationalbewegung neu erfunden und musste wieder in Besitz genommen werden.¹⁸¹ Die archäologische Arbeit in Palästina/Israel ist eine Suche nach Legitimierung des zionistischen Projektes und eine grundsätzlich institutionelle Verortung des laufenden Verfahrens der jüdisch-nationalen Identität, die Fakten produziert, durch sie historisch-nationale Ansprüche erhoben werden und territoriale Transformationen, Objekte des nationalen Erbes und Geschichtlichkeiten, geschehen. In diesem Sinne ist der vielleicht wichtigste Effekt der israelischen Archäologie, jedenfalls aus der Sicht der Unterstützer Israels, dass sie durch die Findung archäologischer Fakten die *koloniale Dimension des Zionismus* und folgerichtig die ‚Palästinafrage‘ aus der Geschichte des israelischen Staates – der ganz einfach zum Nationalstaat von und für die jüdischen Leute geworden ist – auszulöschen versucht.¹⁸²

Der Untergang des Osmanischen Reiches bzw. der Fall Jerusalems in die Hände der europäischen Mächte nach dem ersten Weltkrieg war der Beginn einer neuen Geschichtsschreibung der Stadt aus imperialistischer europäischer und zionistischer Hand zugunsten eines biblisch-messianischen Narratives, das die Mythen des Alten Testaments mit einer neuen pseudowissenschaftlichen Hülle präsentierte. Abgesehen von den fundamentalen Begriffen ‚der Tempel Salomons‘ oder ‚der Tempelberg‘, die alle von den britischen Archäologen des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts benutzt und später von den zionistischen biblischen Archäologen gerne übernommen wurden, bleibt der Begriff die ‚Juden‘ der meist benutzte messianische Begriff in diesem ‚ideologischen Krieg‘. Dabei soll man sehr wohl unterscheiden zwischen allen jüdischen Sekten, insbesondere zwischen dem Begriff ‚das Volk Israel‘ und dem Begriff ‚Juden‘, wie dies übrigens in vielen Stellen des Qurans deutlich wird. Das messianische Narrativ spricht außerdem unter anderem über die babylonische Gefangennahme der ‚Juden‘, obwohl die Tora selbst diesbezüglich nie von den ‚Juden‘, sondern von den ‚Bewohnern des Königreiches Jehuda‘ (Judäa) – also von nur einem Teil der damaligen Israeliten – berichtet, die nach Babylon verschleppt wurden.

Die historische griechische und lateinische Literatur über Palästina etwa zehn Jahrhunderte vor der arabisch-islamischen Eroberung beinhaltet Informationen, denen der messianische Narrativ zutiefst widerspricht. Der Vater der Geschichtsschreibung, der große griechische Herodot, von dem wir die älteste Quelle über das als ‚Großsyrien‘ bekannte Territorium im östlichen Mittelmeerraum und die alte Welt haben, berichtete in seinem Werk ‚Historien‘, insbesondere über die griechisch-persische Geschichte sowie über viele andere Geographien und Ereignisse, die er im Zuge seiner Reisen im 5. Jahrhundert v. Chr. durch Hellas, Großsyrien, Ägypten und Babylon selber gesehen oder von denen gehört hat. Herodot machte nicht im Geringsten irgendwelche Bemerkungen oder Zeichen über ein Königreich Judäa. Ganz im Gegenteil, er spricht deutlich über ein ‚Syrio-Palästina‘ und gab wörtlich an, dass Palästina damals sich territorial von Damaskus im Norden bis zur Wüste Sinai im Süden ausdehnte. Er wies mit keinem Wort darauf hin, dass ein ‚Israel‘ oder ‚Jehuda‘ oder eine ‚Judengefangennahme‘ oder ein ‚Tempel‘ existiert hätte und das, obwohl er über Orte und Völker sprach, die geographisch weit entfernter lagen als das Gebiet Palästina, wie den südlichen Teil der arabischen Halbinsel, die Tausende von Kilometern von seiner Route entfernt lagen. Hingegen räumt der messianische Narrativ dem damaligen Land Palästina (Land der Philister) erstaunlicherweise ein Territorium ein, das sich etwa auf das heutige Gebiet des ‚Gazastreifens‘ beschränkte.

Die Beispiele in dieser Richtung sind unzählig, auch was den *Tempel* betrifft, die wenigstens die Explosivität des israelischen Anspruchs auf Jerusalem und Palästina im Allgemeinen, wenn nicht den Anspruch selbst, schwer in Frage stellen. Der israelische Archäologe *Israel Finkelstein*¹⁸³, Leiter der Abteilung für biblische Archäologie an der Universität Tel Aviv und einer der renommiertesten Ausgräber Israels, vertritt den kritischen Ansatz bezüglich der biblischen Archäologie, der besagt, diese habe sich längst von ihrer ursprünglichen Triebfeder entfernt,

180 Zur Rolle von Archäologen im Eroberungsprozess Palästinas vor und nach Staatsgründung Israels, siehe Abu El-Haj, Nadia: *Facts on the ground: archaeological practice and territorial self-fashioning in Israeli society*, The University of Chicago Press, 2001; siehe auch Abschnitt 2.3.2 dieser Arbeit.

181 Vgl. Pappé, Ilan: *Die ethnische Säuberung Palästinas ... a.a.O.*, S.31.

182 Abu El-Haj, Nadia: *Facts on the ground: archeological ... a.a.O.*, S.5/6.

183 Vgl. Finkelstein/Silberman, *Keine Posaunen vor Jericho: Die archäologische Wahrheit über die Bibel*, Deutscher Taschenbuch Verlag, 2004.

den biblischen Text zu beweisen. Biblische Archäologen suchen nach Spuren aus der biblischen Zeit, sprich der Bronze- und Eisenzeit. Finkelstein ist der Ansicht, die Berichte der Bibel über die Bedeutung des Ortes seien stark übertrieben.¹⁸⁴ Diese Datierung der biblischen Zeit in Jerusalem hat das fundamentale Problem bzw. die Gefahr der Herstellung eines falschen Geschichtsbildes des Landes, da Jerusalem zu dieser Zeit im besten Fall eine kleine Stadt von wenigen Tausend Einwohnern und daher, unmöglich in der Lage gewesen war, einen kolossalen und prachtvollen Bauwerk aufzunehmen, wie die Heilige Geschichte den ‚Salomonischen Tempel‘ darstellt – weder materiell noch demographisch.¹⁸⁵ Hier wird berechtigterweise ein großes Fragezeichen auf die Richtigkeit der biblischen Lage des Tempels (in Jerusalem) gestellt. Genau diese Tatsache zeigten die letzten 150 Jahre europäischer und israelischer erfolgloser Ausgrabungen und Suche nach dem besagten Tempel. Man kann deutlich sehen, dass *biblische Archäologie* heute nicht unbedingt nur Bibelstellen belegen will.

Daher ist die Konzentration auf die Bibel und die biblische Epoche in den Augen mancher Forscher ein Mangel, der zu einem falschen Geschichtsbild des Landes führt. Denn biblische Archäologie lässt die anderen Völker außer Acht, die in Palästina vor und nach den Hebräern gelebt haben, etwa die Kanaanäer, die bereits 1.800 Jahre vor ihnen das Gebiet kultivierten und auch nach ihnen im Lande geblieben sind. Und viele Palästinenser fühlen sich nicht nur von Israel, sondern auch von den Archäologen provoziert. Sie fühlen sich abgedrängt und zum Schweigen gebracht durch eine Wissenschaft, die seit mehr als hundert Jahren ausschließlich die Geschichte des Heiligen Landes, die Geschichte der Bibel zu verifizieren versucht. Die palästinensische Geschichte, ihre eigenen Wurzeln in diesem Land zwischen Mittelmeer und Jordan, werde dagegen völlig ignoriert. Und viele palästinensische Archäologen sind überzeugt davon, dass die israelische Archäologie noch immer weitgehend der Politik dient und hauptsächlich die Existenzberechtigung des jüdischen Staates untermauern will und soll. In Jerusalem wird dies besonders deutlich. Denn seit dem Beginn des Oslo-Friedensprozesses, der die Frage der Zukunft Jerusalems zunächst ausklammerte und auf später verschob, mehren sich hier die Stätten, an denen die jüdische Geschichte der Stadt rekonstruiert wird. Mit Hilfe der Archäologie werden Fakten geschaffen, wird Jerusalem umdefiniert von der Stadt der drei monotheistischen Weltreligionen zur ewig unteilbaren Hauptstadt des jüdischen Staates. Wichtigstes Beispiel dieser Fakten-Schaffung ist der sogenannte Hasmonäer-Tunnel (auf der Höhe der Klagemauer unmittelbar unter der Al-Aqsa-Moschee), der gegen den Widerstand der muslimischen Bevölkerung Jerusalems im Jahr 1996 eröffnet und dem zumeist westlichen religiösen Publikum zugänglich gemacht wurde. Die muslimische Geschichte der Stadt blendet er völlig aus. Heute existieren insgesamt 34 archäologische Grabungen, ein Netzwerk israelischer Tunnel, die unter dem Bereich der Al-Haram Al-Scharif, die im Zuge der Suche nach *biblischen-talmudischen* Spuren errichtet wurden und die laut Experten zu einer wirklichen Gefahr für darüber liegende historische Bauten, vor allem der AL-Aqsa Moschee, geworden sind. Der Abtransport von großen Mengen tragenden Bodens unter den Fundamenten führte zu einer gefährlichen Änderung der Bodenstruktur und folglich bei manchen umliegenden Bauten zu Setzungen und zur Bildung von Rissen. Bei einer schwachen Bodenstruktur ist es eine Frage der Zeit, dass diese historischen Bauten einstürzen. Ein leichtes Erdbeben oder ein starker Sturm reichen schon aus, um die Moschee zum Einsturz zu bringen.¹⁸⁶

Gerechtigkeit, das internationale Recht und vor allem die Beziehungen zwischen Völkern, können nur auf der Basis des Rechts der Bewohner eines Territoriums auf ihr Heimatland bestehen. Jenes Land, in dem sie und ihre Vorahnen geboren sind, dessen Boden sie kultivierten und entwickelten und in dem sie ihre Kultur und Zivilisation in Heldendichtungen, Wissenschaft, Innovationen und Bauwerken niederschrieben bzw. aufbauten und weitervererbten. Man stelle sich vor, dass die Bewohner eines jeden Landes nicht als fundamentaler kultureller Bestandteil ihrer angestammten Heimat, sondern als ein außerordentlicher Zustand in der *wahren heiligen Geschichte* des Landes gesehen werden würden und dass die eigentlichen Träger dieser Geschichte und Kultur eine andere Menschenrasse sei, die die gegenwärtigen Bewohner des Landes als Eindringlinge sehen, die laut dem aus der Heiligen Geschichte gewonnenen Recht zu beseitigen seien, selbst wenn diese mehrere Jahrhunderte auf dem selben Territorium leben. Wenn das Heilige Recht über das Bleiberecht eines Volkes entscheiden würde, was würde dann aus Menschen werden, die in heutigen europäischen Staaten leben, die noch

184 Siehe Artikel von Andrew Lawler: ‚Das Jerusalem der Eisenzeit, Dorf oder Hauptstadt?‘, Süddeutsche.de, 01.02.2007, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/862/325727/text/print.html>.

185 Über dieses Thema schrieb die holländische Archäologin und Jerusalem Expertin Margreet Steiner einige Bücher und Studien, die die These von Jerusalem als die biblische Stadt Davids sehr in Frage stellen. Siehe z. B. ‚Jerusalem in the 10th / 9th Century BC‘, einen Artikel in ‚The Bible and Interpretation‘, August 2004. In diesem Artikel revidiert sie die Behauptungen der israelischen Archäologin Eilat Mazar, in ihrem neuesten Fund gar den Palast des König Davids gefunden zu haben. Artikel online unter: http://www.bibleinterp.com/articles/Steiner-10th-9th_Century_2.shtml.

Siehe auch Finkelstein/ Silberman, *Keine Posaunen vor Jericho ... a.a.O.*, insbesondere *Ertsen Teil: Die Bibel als historischer Bericht? / Die Suche nach Jerusalem‘ (S.149) bis ‚Das davidische Erbe: vom Stammesoberhaupt in der Eisenzeit zur mythologischen Dynastie‘ (S. 160).*

186 Mohsen Saleh (Direktor des Al-Zaytouna Centre for Studies and Consultations, Beirut) in der Al-Jazeera-Sendung ‚Fi Al-Omq‘ (in der Tiefe) vom 26.08.2010.

vor zwei Jahrhunderten oder gar vor wenigen Jahrzehnten als Entitäten gar nicht existiert haben? Und hätten die Araber, in diesem Sinne, das moralische oder juristische Recht auf das alte Andalusien bzw. auf Sizilien oder Malta?

Aber genau nach der gleichen Logik bzw. nach der gleichen ideologischen Strategie behandelt man – seit beinahe einem Jahrhundert – das Land Palästina und seine arabischen Bewohner. Es ist die Strategie des Ersetzens des Rechts der seit Jahrtausenden ununterbrochen in diesem Land lebenden palästinensischen Araber auf ihr Heimatland ‚Palästina‘ durch das Heilige Recht biblischen Ursprungs, von den dort ewig existenten arabischen Christen ganz abgesehen. Die wahre und gelebte Geschichte soll und wird allmählich durch eine andere Geschichtsvorstellung ersetzt, die in den Augen der Kolonisten die wahre Heilige Geschichte ist, die auf den Ruinen der existenten arabischen Entität eine andere jüdische Identität gründen soll. Hier verteidigen die Palästinenser, mit den Worten ihres wichtigsten Dichters Mahmoud Darwish, eine Heimat, die buchstäblich *von Mythen entführt wurde*.

In Jerusalem werden Vorwände benutzt, die sehr tief in der Geschichte (2000 Jahre) zurück reichen, um eine äußerst aggressive und rücksichtslose ethnisch-religiös gesteuerte Kolonisierungsaktivität in und um die Stadt zu begründen. Es ist klar, dass es den Zionisten um die „mächtige Legende“ Theodor Herzls geht, um endlich ihr Projekt in Palästina mit dem seit Mitte des 19. Jahrhunderts propagierten ‚national-religiösen Element‘ zu untermauern. Sie wissen, dass sie durch Grabungen auf dem Heiligen Platz und anderswo, selbst wenn sie keinen Erfolg haben würden, immer mehr vollendete jüdische Tatsachen in der Stadt schaffen, die sie folgerichtig ihrem Ziel der Judaisierung der Stadt Schritt für Schritt näher bringen würden. Das zeigen auch die Zahlen deutlich.

Demographische Entwicklung in Greater Jerusalem vor und nach Bush's ‚letters of assurance‘, April 2004								
Jahr	Gesamt-Bevölkerungszahl	Juden-Anteil, gesamt	in %	Juden-Anteil, Ostjerusalem J1 (Siedler)		Araber-Anteil	in %	Andere, in %
2000	758.300	530.400	69,94			216.000	28,48	1,58
2001	777.400	540.700	69,55			222.900	28,67	1,78
2002	794.100	549.900	69,25			229.700	28,92	1,83
2003	812.200	560.500	69,01	173.034		236.700	29,14	1,85
2004	831.900	571.300	68,67	176.566	1	245.500	29,51	1,82
2005	851.400	582.700	68,44	178.973		253.500	29,77	1,79
2006	870.100	592.900	68,14	181.823		261.400	30,04	1,82
2007	889.300	603.700	67,88	194.695	2	269.900	30,35	1,77
2008	910.300	616.800	67,76	198.458	3	278.300	30,6	1,64

Angaben der Gesamtbevölkerungszahlen aus CBS/ Statistical Abstract of Israel (für die Jahre 1996 bis 2008), Online unter : http://www1.cbs.gov.il/reader/archive/archive_e_new.html. Sowie CBS/ Statistical Abstract of Israel 2009 (für 2008).

1) Bt'selem, online unter: <http://www.btselem.org/english/Settlements/Statistics>.

2) Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Statistical Report about Israeli Settlements in the Palestinian Territory 2007, online erhältlich unter http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/annual6.pdf.

3) Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Statistical Report about Israeli Settlements in the Palestinian Territory 2008, online erhältlich unter http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/Isi_Sett_09e.pdf.

Zusammengestellt von MS., 2010

Tabelle 3-9: Greater Jerusalem – demographische Entwicklung, 2000-2008

Somit und gerade wegen der talmudisch-biblischen Fiktion im Denken über die Stadtgeschichte, ist die Altstadt Jerusalem zwar ein von der UNESCO erklärtes ‚Weltkulturerbe‘, jedoch ohne internationalen Schutz. Die Tatsache, dass das Christentum und seine geistlichen Vertreter, die arabisch-palästinensischen Christen, hier seit Jahrtausenden beheimatet sind, hat zu keinem angemessenen politischen Gegendruck von Seiten des überwiegend christlichen Westens zur Besserung der Schutzmaßnahmen der arabischen Kultur und Architektur, auch nicht zum Schutz der christlichen heiligen Orte, geführt.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen der Stadt Jerusalem in den letzten Jahren (Tabelle 3-9) gibt einen guten Einblick darüber, wie zügig das Siedlungsprojekt nach dem 11. September 2001 voranging: Gegen Ende 2001

lebten in *Greater Jerusalem* 777.400 Menschen¹⁸⁷, davon 540.700 Juden (69,55%) und 222.900 Palästinenser (28,67%). Ende 2005 lebten in *Greater Jerusalem* insgesamt 851.400 Menschen, von denen 68,44% Juden und 29,77% Araber. Etwa 432.473 Menschen lebten im gleichen Zeitraum im annektierten Ostteil (J1) der Stadt, wo fast alle arabischen Einwohner der Stadt (Moslems und Christen) leben. Davon waren 178.973 jüdische Siedler und 253.500 Araber, also im Verhältnis 41,4% Juden zu 58,6% Arabern. Ende 2007 hat sich in den demographischen Verhältnissen in der Stadt kaum etwas verändert: insgesamt standen 67,88% Judenanteil 30,35% Araberanteil gegenüber. Bis Ende 2008 lebten insgesamt 500.670 israelische Siedler in der West Bank, von denen 198.458 Siedler den östlichen Teil Jerusalems kolonisierten.¹⁸⁸



Seit 2001 wurde das Grab zu einem vom Militär schwer bewachten Bereich, isoliert von seiner natürlichen und historischen Umgebung



1910: Seit Jahrhunderten eine Pilgerstätte

Im September 2006 wurde dieses Land widerrechtlich von Israel offiziell annektiert und als ein Teil von Ostjerusalem erklärt. Mehrere Mauern wurden rund um das Grab gebaut, um Platz für die neue israelische Siedlung zu machen. Eine neue Zufahrtsstraße zum Grab (nur) für jüdische Siedler wurde gebaut.

Bethlehem: Enklave ‚Rachels Grab‘

Abb. 3-6: Rachels Grab, Bethlehem – eine israelische Mauer-Enklave auf arabischem Land, mit Folgen für die Nachbarschaft.

Das Fehlen einer wirksamen Kritik hat dazu geführt, dass der israelische Staat, abgesehen von den Grabungen und Tunnels um, in und unter palästinensischen historischen Städten, seinen Umgang mit archäologischen und historisch-religiösen Orten und Stellen in der West Bank ständig verschärft und diese zügellos als *exklusiv* eigenes Kulturerbe betrachtet. Am 21. Februar 2010 erklärte der israelische Premierminister Benyamin Netanyahu die Absicht der israelischen Regierung, dass die Orte der Abraham-Moschee in Hebron (Grab Abrahams), die 1994 von der damaligen israelischen Regierung, zwischen Juden und Moslems geteilt wurde, sowie der Bilal-Moschee in Bethlehem, unter deren Kuppel das Grab Rachels (des Jakobs Ehefrau und die Mutter Josephs) vermutet wird (Abb. 3-6), in die ‚Liste der jüdisch-nationalen Kultur‘ einzutragen. Diese Liste beinhaltet insgesamt 150 verschiedene historische Stellen, überwiegend in der West Bank, die unter Israels direkte Kontrolle kommen sollen. Netanyahu argumentierte diesen Schritt ideologisch: *Israels Existenz hänge nicht nur von seiner militärischen Stärke und wirtschaftlichen Flexibilität, sondern auch von der Fähigkeit, die Verbundenheit der Israelis mit dem Land zu argumentieren*. Das bedeutet faktisch die Annexion dieser Orte durch die israelische Besatzungsmacht. Das Grab Rachels wurde bereits im Jahre 2001 vom israelischen Militär schwer bewacht, be-

187 In israelischen demographischen Gesamtzahlen wird nicht zwischen Ost- und West-Jerusalem unterschieden. Die Angaben über Juden in Ost-Jerusalem sind aus den Daten für die verschiedenen Stadtteilen zusammengerechnet, meisten von israelischen Menschenrechtsorganisationen, wie BtSelem und Peace Now. Palästinenser leben hier fast nur in Ost-Jerusalem (A. d. V.).

188 Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), aus einer Presseerklärung vom 30.03.2010 in Ramallah, siehe online unter http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/land_day2010.pdf. Nach Schätzungen von BtSelem lebten Ende 2008 etwa 193.700 israelische Siedler in Ostjerusalem (siehe <http://www.btselem.org/english/Settlements/Statistics.asp>).

vor es samt umgebendem Land 2006 annektiert wurde. Seitdem verwandelte sich das Gelände im Zuge des israelischen Mauerbaus durch ein Betonmauer- bzw. Wachturmsystem in eine israelische ‚Enklave‘ auf arabischem Boden. Mit dem Beschluss der Regierung Netanyahus bekommt diese Annexion, genauso wie die Annexion Jerusalems und des syrischen *Golan*, eine quasi Legitimierung per israelischem Gesetz.

Die Wichtigkeit der Archäologie in den israelischen Plänen des Mauerstreifens der letzten Jahre, zeigt vor allem wie sehr ‚Geschichte‘ in diesem Konflikt eine Rolle spielt. Bis Ende September 2009 wurden insgesamt 4500 palästinensische archäologische Standorte infolge des Mauerbaus in der West Bank von den israelischen Behörden beschlagnahmt. Unter diesen befinden sich die wichtigsten 500 archäologischen Hauptstellen im Westjordanland. Hier wird im Zuge der Suche nach Spuren bzw. nach Legitimität der israelischen Präsenz in der West Bank offensichtlich ein Akt des ‚Geschichtsdiebstahls‘ von Seiten der israelischen Militärbehörde begangen. Interessant ist hier, dass dieser Akt zur gleichen Zeit geschieht, in der die gleiche Behörde die Spuren arabischer Kultur und Architektur zu verwischen versucht, in dem sie durch militärische Orders und Angriffe den Puls dieser historischen Stadtzentren zum Stillstand bringt. In Jerusalem besteht seit 1967 ein Bau- und Sanierungsverbot in der arabischen Altstadt; durch die Siedlungsprojekte H1 und Kiryat Arba‘ wird die Altstadt Hebron paralysiert; und die Altstadt von Nablus (Qasbah) – ein von der UNESCO zur Weltkulturerbe erklärter mehrere Jahrtausend alter kanaanitischer Stadtteil – erlebt in besonderem Maße immer wieder die wütende Zerstörung der einmarschierten israelischen Sondertruppen. Letzter Angriff in Nablus fand im Zuge der israelischen Militäroperation ‚Schutzschild‘ im April 2002 statt, bei der wütende israelische Soldaten in den Gefechten mit den palästinensischen Guerillakämpfern große kulturell wichtige Teile der Qasbah zerstörten. Hier wurde ‚Design durch Zerstörung‘ von der israelischen Armee nicht als theoretisches Konzept, sondern als direkte und kürzeste Antwort auf taktische Notwendigkeiten praktiziert, ungeachtet der menschlichen, materiellen oder der kulturellen Verluste der Gegner.¹⁸⁹

Eine längst geteilte (vereinte) Stadt Jerusalem – jetzt durch Mauern

Man darf sich von den Zahlen nicht täuschen lassen. Dass heute in der Stadt ein Bevölkerungsverhältnis von etwa 1 Araber zu 3 Israelis (in östlichen Teil der Stadt sogar etwa 4:6) herrscht, bedeutet noch lange nicht, dass Juden und Araber gut miteinander auskommen würden. Die jüdischen Viertel umzingeln zwar die arabischen Wohngebiete Ostjerusalems, sind jedoch vollkommen isoliert von der arabischen Bevölkerung. Der bekannte israelische Wissenschaftler und ehemaliger stellvertretender Bürgermeister Jerusalems *Miron Benvenisti* stellte fest: „Viele Israelis wissen nicht einmal, dass der Französische Hügel nach internationalem Recht eine Siedlung ist“. Israel behauptet, Jerusalem sei die ungeteilte ewige Hauptstadt Israels, dennoch verirrt sich kaum ein jüdischer Bewohner Jerusalems in den arabischen Teil der Stadt: „Jerusalem ist längst eine geteilte Stadt“.¹⁹⁰

Im Zuge der zionistischen Versuche, die *Legende* in eine *Realität* zu verwandeln, wurde in Jerusalem faktisch eine Verschiebung der demographischen Verhältnisse sowie eine Art *unmögliche Geographie* produziert. Diese ‚unmögliche Geographie‘ bekam mit dem Bau der Mauer ihr hässliches Gesicht.

Trotz alledem war und ist Jerusalem heute noch die größte palästinensische Stadt. Der seit vielen Jahrhunderten vorhandene Wohnraum konnte jedoch dem palästinensischen Bevölkerungszuwachs nicht standhalten. Vororte wie *Eizariyya* und *Abu Dis* im Osten und *Shu'fat* im Norden mussten große Zahlen von Palästinensern aus Jerusalem aufnehmen. Ein Katzensprung von Jerusalem entfernt. Das aber war nicht im Sinne der israelischen Staatsplaner, die bereits Anfang der 1970er Jahre einen gewissen *Plan E* erstellt haben, um das so genannte Groß-Jerusalem im Rahmen der Judaisierung der Altstadt neue weit reichende Stadtgrenzen, sowie geopolitische und städtebauliche Konturen zu geben. Der Plan sah vor, die Stadt mit israelischen Siedlungen von allen Seiten zu belagern, um zwei Hauptziele zu erreichen:

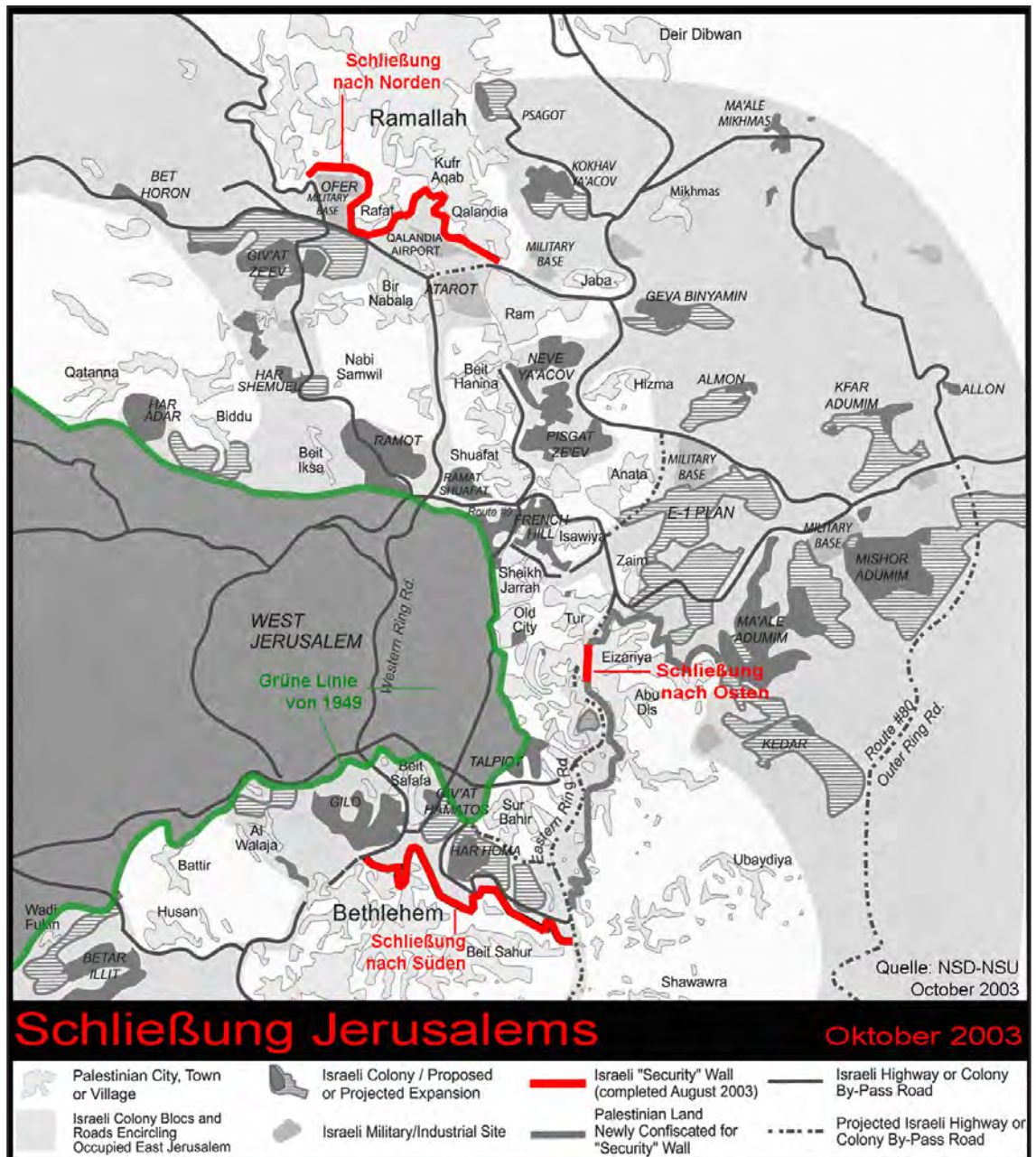
1. Zum einen sollte das Wachstum der palästinensischen Bevölkerung blockiert werden, indem man neue demographische Verhältnisse mittels Einnistung von jüdischen Israelis schafft; und
2. zusammen mit den unterdrückenden Gesetzen für Araber zielte *Plan E* darauf, die Araber in ihrem Alltag einzuengen bzw. ihre Lebensbedingungen dermaßen zu degradieren, dass ein *Exodus* der palästinensischen Bevölkerung, vor allem junger Menschen, folgen soll, da sie keine Perspektiven mehr in Jerusalem finden

189 Vgl., Weizman, Eyal: ‚Urban Design durch Zerstörung‘, in: *Stadt Bauwelt 172 ... a.a.O.*

190 Miron Benvenisti, zitiert in einem Artikel von Michael Borgstede mit dem Titel ‚Siedlungen: Jerusalem ist längst eine geteilte Stadt‘, in: Welt Online, 11. August 2009; siehe online unter <http://www.welt.de/politik/ausland/article4294927/Jerusalem-ist-laengst-eine-geteilte-Stadt.html>.

könnten.

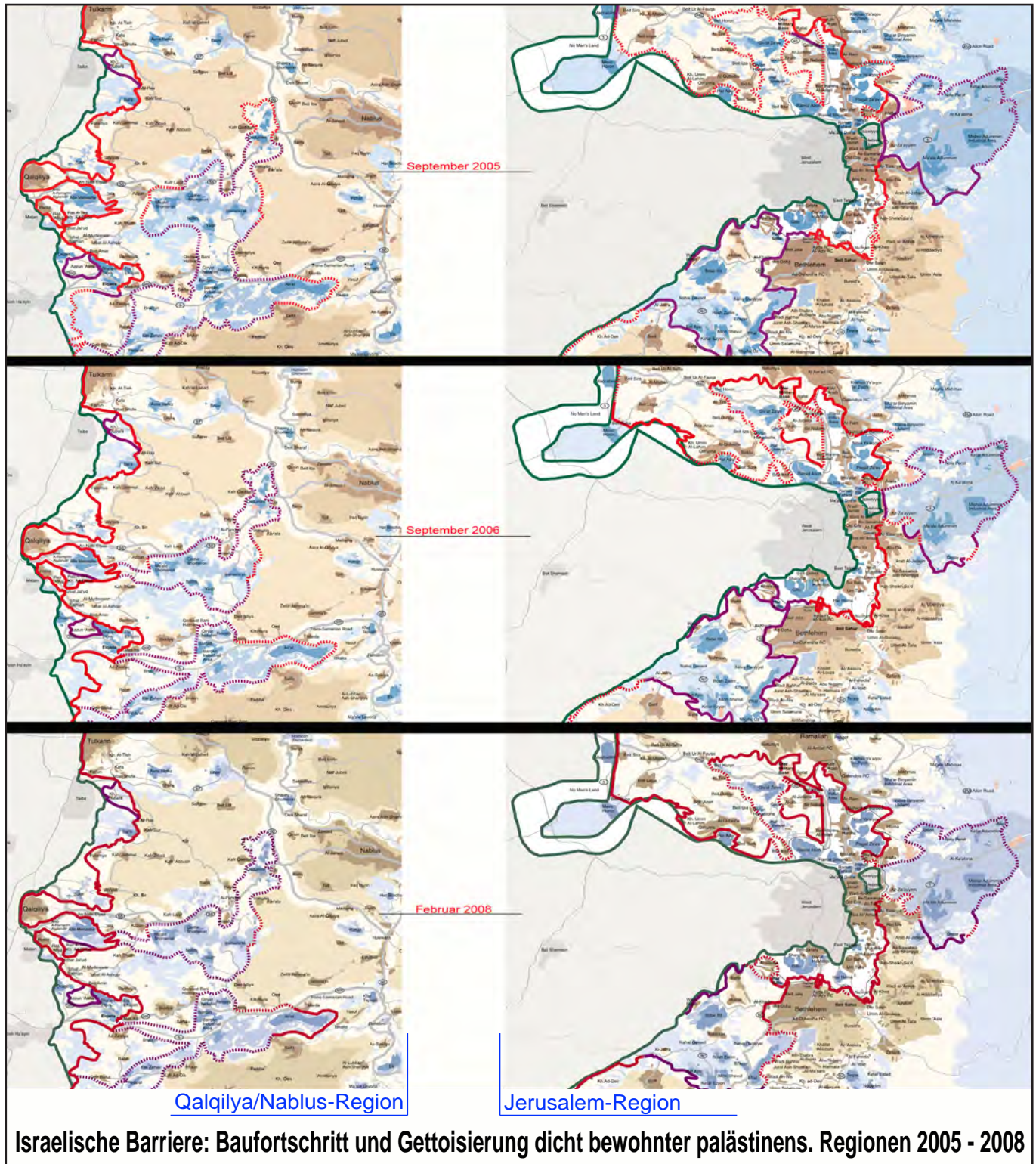
Ein erster Baustein dieser Siedlungspolitik im Raum Jerusalem war die Gründung der israelischen Siedlung Maale Adumim östlich von Jerusalem, die zu Zeiten der Labour-Regierung in den frühen 1970er Jahre als östliche Abgrenzung der Stadt Jerusalem errichtet wurde. Heute leben in Maale Adumim mehr als 34.000 jüdische Israelis innerhalb der von Israel erweiterten Stadtgrenzen Jerusalems. Somit war die Ost-West Achse Jerusalems besiedelt. Die arabischen Vororte *Eizariyya* und *Abu Dis* im Osten waren noch ein Störfaktor für die Kontinuität der israelischen Siedlungsstrukturen und mussten im Sinne der zionistischen Planung von Jerusalem abgetrennt werden. Mit Hilfe weiterer Siedlungen war das nicht mehr möglich, da die Stadtgrenzen dieser Vororte bereits mit der Jerusalemer Altstadtgrenze zusammengewachsen waren. Deswegen war eine radikalere Lösung eine willkommene Alternative: *Segregation durch eine Stahlbeton-Mauer*.



Karte 3-19: Schließung Jerusalems durch Mauern, Oktober 2003.

Als der Bau der Mauer 2003 beschlossen wurde, war das für die Anhänger des Groß-Jerusalem-Projektes eine goldene Chance, die Altstadt von ihren arabischen Vororten *Eizariyya* und *Abu Dis* mit harten Mitteln zu trennen, mit einer acht Meter hohen Stahlbetonmauer. Dabei wurde keine Rücksicht auf die historischen und humanitären Rechte der arabischen Bewohner der Stadt genommen, noch wurde die heilige Stellung der archaischen Stadt, eines der vielleicht wichtigsten Kulturerben der Menschheit geachtet.

Bereits im August 2003 war das nötige Land annektiert worden, um die Barriere zwischen *Eizariyya* bzw. *Abu Dis* auf der einen Seite von der Altstadt auf der anderen Seite zu beginnen. Zur gleichen Zeit hat die israelische Regierung zwei andere Mauerabschnitte im Großraum Jerusalem ausgeführt: Im Süden wurde Bethlehem von Jerusalem trotz der bereits vorhandenen israelischen Siedlung *Har Homa*, nördlich von Bethlehem, zusätzlich mit einer Mauer abgetrennt. Im Norden wurde die palästinensische Stadt Ramallah von Großraum Jerusalem abgesperrt. In einer Rekordzeit von etwa zwei Monaten (August bis Oktober 2003) wurde Jerusalem mittels Stahlbeton-Mauerfragmente von ihrer arabischen Umgebung faktisch komplett abgeschnitten (Karte 3-19).



Karte 3-20: Die Mauer: Baufortschritt und Gettoisierung der dicht bewohnten palästinensischen Regionen, 2005-2008.

Der Routenwechsel im Prozess des israelischen Mauerbaus findet sehr schnell statt. Das ist allerdings nicht das einzige Signifikante an diesem Projekt. Vergleicht man die Entwicklung des Mauerbaus in bzw. um die dicht bewohnten palästinensischen Gebieten (Jerusalem/Jericho- sowie Nablus/Qalqilya-Achse) zwischen den

Jahren 2005 und 2008 (Karte 3-20, Vgl. auch Karten-Anhang 8), so stellt man schnell eine erschreckend hohe Geschwindigkeit der Bildung neuer geschlossener Gebiete fest, die die Fähigkeit zum effizienten Reagieren der Palästinenser bzw. der internationalen Beobachter auf diese Bauaktivitäten stark einschränkt. Nach der Isolierung Jerusalems im Oktober 2003, gingen die Bauaktivitäten in den folgenden Jahren rapide voran. Im September 2006 war Großraum Jerusalem fast komplett eingemauert worden.

Für die Isolierung der wenigen offenen und israelisch kontrollierten palästinensischen Flächen sorgen die israelischen Strukturen, die ohnehin eine organische Mauer gegen die arabische Umgebung Jerusalems bilden. Im Westen des Westjordanlandes wurde zum gleichen Zeitpunkt der Mauersegment von *Latron* (südlich von Qalqilya) bis zum *Latron-Finger* (südwestlich von Ramallah) fertig gestellt. Diese Linie war dann bereits im Februar 2008 an den Raum Jerusalem angeschlossen. Dabei wurde der *Latron-Finger*, nun westlich der Mauer liegend, endgültig dem israelischen Staat einverleibt und von Ramallah isoliert. Das palästinensische Gebiet westlich von Ramallah mit einer Vielzahl von Ortschaften wurde durch Mauersegmente und vorher durch intensive israelische Besiedlung der Zwischenräume in Fragmente zerstückelt. Am schlimmsten im Raum Ramallah/Jerusalem wurden die palästinensischen Ortschaften *Al-Judeira*, *Al-Jib*, *Bir-Nabala* und *Bet Hanina Al-Balad* (südlich von *Qalandya/Ramallah* und westlich der israelischen Siedlerstadt *Givat Ze'ev*) getroffen, da diese Ortschaften – ähnlich wie Qalqilya – bereits im Februar 2008 in einer Enklave eingemauert sind.

Die Geschwindigkeit, mit der der israelische Mauerbau fortschreitet, ist auch deswegen so bemerkenswert, da die Akteure dieses Prozesses die gleichen sind wie beim Siedlungsprozess in der West Bank und, da ihre Aktivitäten alles andere als einfach sind – der Mauerbau beinhaltet eine Reihe von Entscheidungen, angefangen mit der politischen und rechtlichen Entscheidung, über die Annexion von Land bis hin zur technisch und infrastrukturell komplizierten Mauerbauausführung. Eine Erklärung für das Funktionieren dieser Zusammenarbeit ist vielleicht die Mentalität des ‚Wilderns‘ im Umgang mit dem durch das israelische Siedlungsprojektes isolierten und *rechtlos gemachten* palästinensischen Raum – das Motto, das hier herrscht ist: ‚nimm was du kannst, solange noch Gelegenheit dazu besteht‘.

Qalqilya, eine surreale Ghetto-Wirklichkeit

In einigen Fällen bekommt die Tragödie eine doppelte Dimension: im Zuge des Mauerbaus wird nicht nur das Hinterland bzw. das Umland einer Ortschaft beschlagnahmt, sondern auch die Stadt selbst wird von der Mauer auf engste Weise eingekapselt und zu einem einzigen Ghetto verwandelt. Die Stadt Qalqilya, die wichtigste und vom ersten Mauerabschnitt schwerstbetroffene palästinensische Grenzstadt, ist ein prominentes Beispiel einer surrealen Ghetto-Wirklichkeit, verursacht durch die Mauer. Über 40.000 Menschen werden in ein Ghetto zwischen einkreisenden 8 Meter hohen Stahlbetonmauersegmenten zusammengepfercht und können nur bei Vorlage eines Passierscheins der israelischen Militärregierung und unter schwerster Durchsuchung an dem einzigen regulären Checkpoint (Stadtter) in ihre Stadt ein und ausgehen. Nach dem Gazastreifen und Ostjerusalem ist Qalqilya das drittgrößte Freiluftgefängnis der besetzten Gebiete.

Ein Blick auf die Karte und es wird sofort klar, was mit der Isolierung dieser Stadt bezweckt ist. Die Lage der Stadt am äußersten westlichen Rand des Westjordanlandes mit einer Entfernung von nur 12 km von Tel Aviv macht die Stadt quasi zu einem Vorort der israelischen Großstadt. Das wurde der Stadt Qalqilya zum Verhängnis. Die Israelis waren bereits 1967 daran interessiert diese Stadt aus der Landkarte zu entfernen, nachdem ihre Bewohner evakuiert und vertrieben worden sind. Neben den palästinensischen Ortschaften *Amwas*, *Yalu* und *Bet Nofa*, stand *Qalqilya* auf einer Liste der neuen Besatzungsarmee für die Ortschaften, die zerstört werden sollten. Die Stadt wurde für diesen Zweck tatsächlich evakuiert. Außerdem – wie unten in den Abschnitte 3.7.7 und 3.7.8 ausführlich gezeigt wird – sitzt die Stadt auf dem West-Becken des West-Bank-Bergaquifers, aus dem Israel 20% ihres Wassers stiehlt.¹⁹¹ Jetzt gleicht die eingemauerte Stadt einem flaschenförmigen Gefängnis, das sich nach Osten öffnet. Nachdem die ehemals florierende Stadt wöchentlich etwa 85.000 Besucher aus den umliegenden israelischen Ortschaften empfangen hat, liegt sie heute isoliert, selbst von ihren eigenen umliegenden Dörfern. Von ursprünglich 1250 Geschäften wurden insgesamt 600 Geschäfte wegen der stagnierten wirtschaftlichen Lage infolge der Mauer endgültig geschlossen.¹⁹²

191 Angaben aus Jum'a, Jamal: Die Apartheid-Mauer und ihre politischen Konsequenzen, in Rafidi, Wissam (Edt.): *Palestinian Issues – On The Political ... a.a.O.*, S.48.

192 Ebenda.

Südlich von Qalqilya entstanden durch Mauersegmente und zugunsten der israelischen Siedlungen *Alfe Menashe*, *Givfat Tal*, *Oranit Sha'are*, *Tikva* und *Etz Efraim* zwei weitere eingemauerte palästinensische Ghettos, die insgesamt drei Hauptdörfer der Region umfassen: *Habla* und *Ras Atiya* zusammen in einem Kanton, der mit Qalqilya mittels einer Unterführung verbunden ist, sowie die Ortschaft *Azzun*, die komplett eingezäunt ist (Vgl. Abb. 3-7).

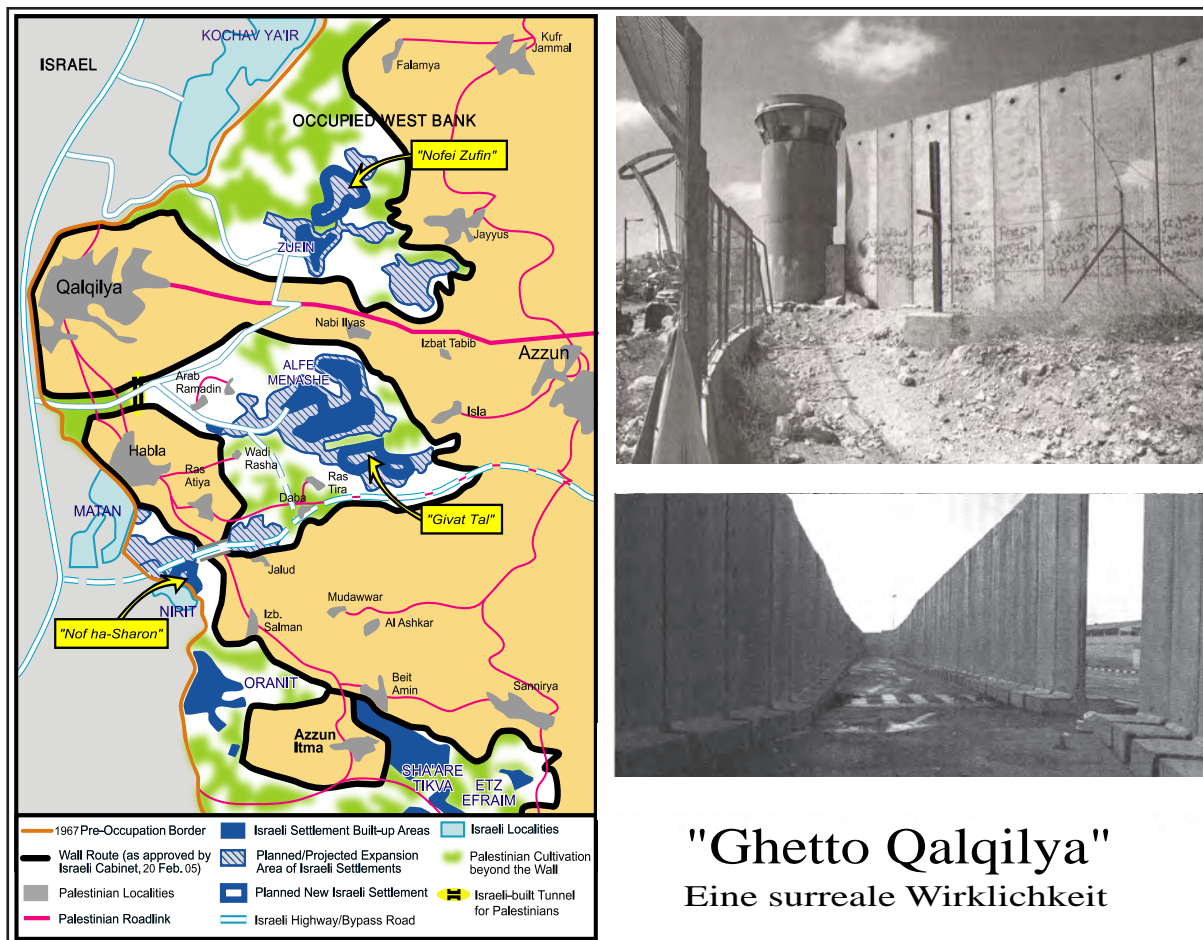


Abb. 3-7: Ghettos in und um ‚Qalqilya‘, eine surreale Wirklichkeit.

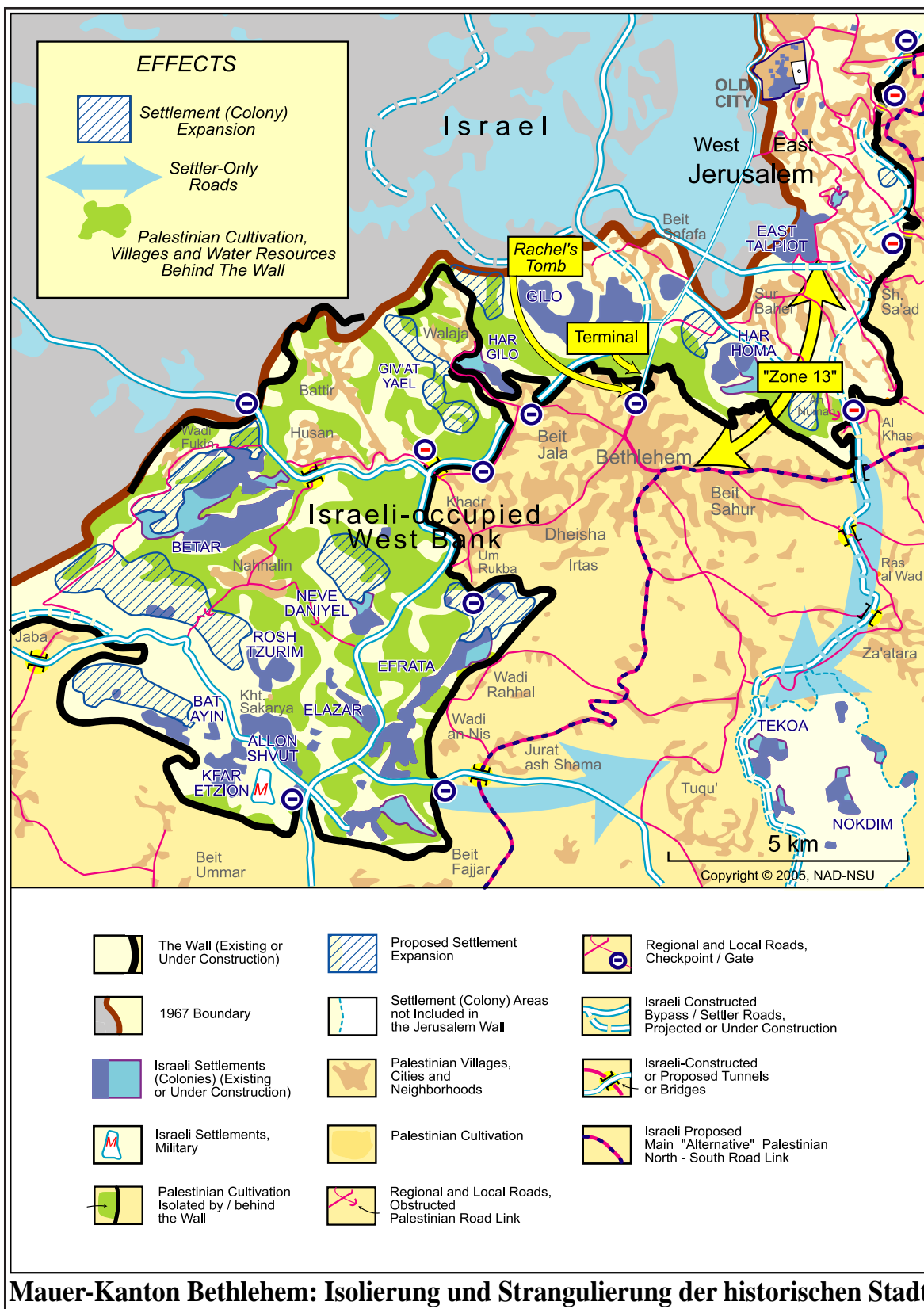
Mauer-Kanton ‚Bethlehem‘

Wie oben gezeigt wurde, wurde die Stadt Jerusalem im Süden von der Stadt ‚Bethlehem‘ bereits vor der zweiten Intifada organisch getrennt – zuerst mittels Siedlungsstrukturen bzw. Siedlerstädte (*Har Homa* und *Gilo*). Der zu Zeiten der Arbeiter-Regierung vor 1977 errichtete erste Siedlungsblock im Westjordanland *Gush-Etzion-Block* westlich der Stadt Bethlehem sorgte für die Trennung des Stadtgebietes vom israelischen Staatsgebiet westlich der Grünen Linie und blockierte effektiv eine städtebauliche Ausdehnung der Stadt in ihrem wertvollen westlichen Bezirk.

Wie bereits geschildert, wurde das erste Mauersegment südlich von *Har Homa* Ende 2003 fertiggestellt (vgl. Karte 3-19). Bereits im Dezember 2005 veröffentlichte die palästinensische Autonomiebehörde eine Karte, die aufzeigte, welche Pläne die israelische Regierung mit dem Raum Bethlehem vorhatte – Die Stadt soll nach Westen zum *Gush-Etzion-Block* hin mittels Mauersegmente abgetrennt werden. Eine exklusiv jüdische moderne Verkehrsschleuse (Straße Nr. 356) zwischen *Har Homa* im Norden und dem südlichen Teil des Blocks tangiert das Stadtgebiet ringförmig im Osten und im Süden und bildet so eine physische Barriere, die das Gebiet von seinem arabischen Umland trennt (Karte 3-21).

Die Dreidimensionalität des Konfliktes zeigt in diesem Gebiet ein besonderes prägnantes Gesicht. Hier bedient man sich technischer Mittel (Straßen, Tunnels, Unterführungen), um Kontrollmechanismen über die Gebiete zu schaffen. Die territoriale Kontinuität zwischen Bethlehem und der palästinensischen Gebiete wird lediglich

durch 3 von Israel kontrollierten Unterführungen entlang der neuen Autobahn gewährleistet. Bereits vorher wurde eine unterirdische Verbindung (Tunnel) konstruiert, um eine direkte Verbindung zwischen West-Jerusalem und der Siedlung Gilo zu schaffen, ohne die komplett von Siedlungsstrukturen umzingelte palästinensische Stadt *Beit Safafa* (Südwestlich von Jerusalem) durchfahren zu müssen. Abgesehen von der Segregation von *Beit Safafa* und davon, dass man eine Stadt mitten in feindlicher Umgebung einkapselt, benutzt die israelische Besatzungsmacht hier den Boden – genauer: das Substrain – einer fremden Stadt, um gesetzwidrig und aus der Situation der Stärke heraus eine palästinensische Stadt buchstäblich zu untergraben und eigene Infrastrukturen zu errichten, so als existiere hier keine historische Stadt bzw. als hätte man es hier mit einem *leeren Land* zu tun.



Karte 3-21: Mauer-Kanton Betlehem, Juli 2005.

Das Gebiet südöstlich des Hebron-Bezirk

In der südlichen West Bank hat es zwischen August 2003 und Februar 2005 einen Wechsel in der Mauerroute gegeben. Die erste Route sah eine Grenzverschiebung durch die Mauer vor, die die israelischen Siedlungen im Gebiet einfassen sollte. Die spätere Route sieht einen Zaun vor, der zum größten Teil entlang der Grünen Linie verlaufen soll. Die israelischen Planer wissen sehr wohl, dass die Trennung des südlichen Teils der West Bank bereits durch die ‚organische Mauer‘ der Siedlungen eine vollendete Tatsache ist. Außerdem würde eine physische Barriere eine Gebietsrückgabe an die Palästinenser mit sich bringen, nämlich das von Israel kontrollierte Gebiet, das eine direkte Verbindungsachse zwischen dem Süden und dem für den rechten Flügel Israels sehr vitalen *Kiryat Arba'-Block* (H2-Zone) im östlichen der Stadt Hebron bildet (Karte 3-22).

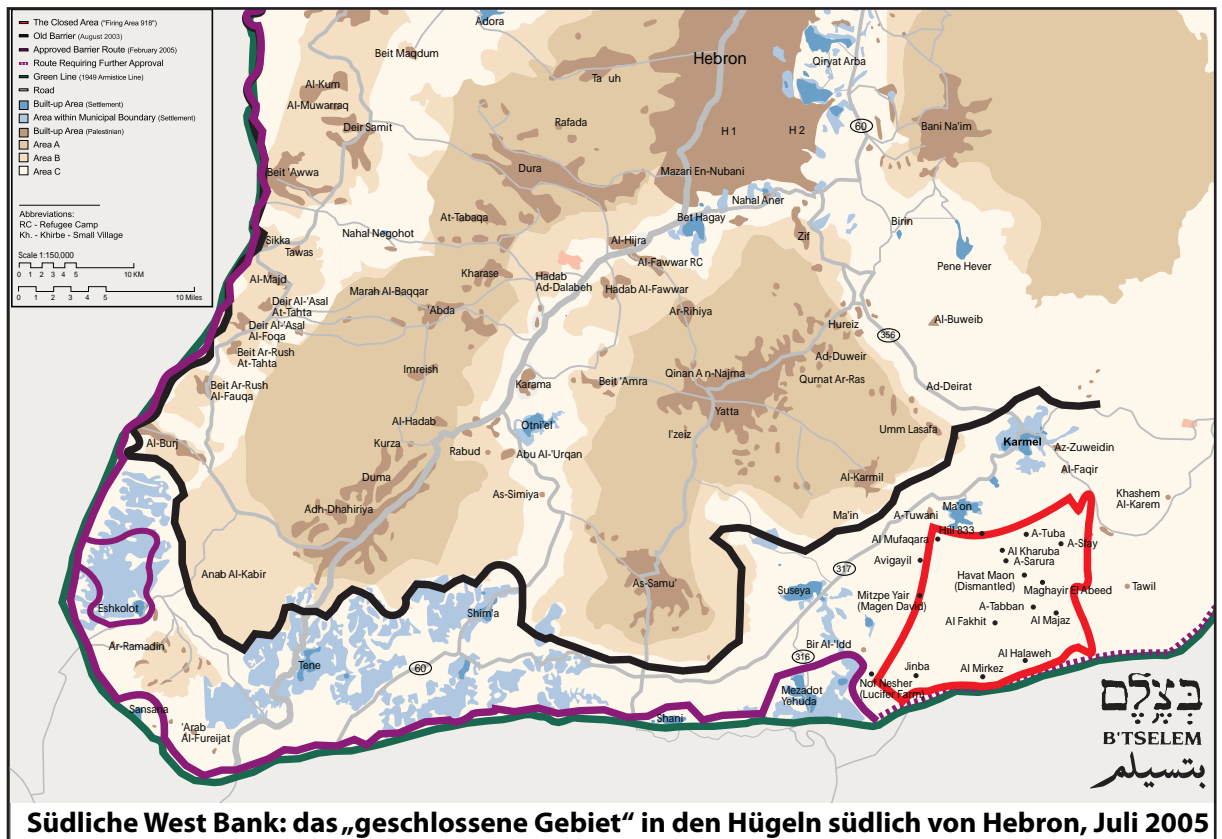
Der dünn besiedelte südöstliche Teil des Hebron-Bezirk wurde bereits in den 1970er Jahren von der israelischen Regierung für ein „geschlossenes Militärgelände“ erklärt.¹⁹³. Das Militär bezeichnet das Areal als ‚Firing Area 918‘. Das hügelige und an Naturhöhlen reiche Gebiet liegt südöstlich von der palästinensischen Stadt *Yatta* und hat eine Fläche von 30.000 Dunum. Diese Zone umschließt insgesamt 12 palästinensische Dörfer, in denen Ende 2004 insgesamt *ein Tausend* Menschen lebten, die traditionell Saisonbauern und Hirten sind und, die Naturhöhlen für die Dauer von maximal 6 Monaten als Behausung für sich und als Schutz für ihre Tiere benutzen. Zusätzlich zu den Naturhöhlen, gruben die Vorfahren der jetzigen Höhlenbewohner neue Höhlen neben ihren Wasserbrunnen und ihrem Ackerland. Einige dieser Dörfer besitzen Natursteinhäuser, die die Bauern errichtet haben. Entgegen der israelischen offiziellen Behauptung, sind diese Menschen weder Beduinen, noch Migranten. Nach Angaben von BtSelem leben diese Menschen auf diese Weise im gleichen Gebiet mindestens seit den 1830er Jahren und über 80% der heutigen Höhlenbewohnern sind in ihren Dörfern geboren.

Die IDF-Order aus den 1970er Jahren hatte für die Bewohner dieser Dörfer keine nennenswerten Konsequenzen. Erst im Oktober und November 1997 sowie im April 1998 bekamen 17 Familien eine Räumungsaufforderung von der IDF. Der Fall kam vor Gericht und beide Seiten erreichten im August 1999 ein Abkommen, nachdem den Familien erlaubt wurde, an den israelischen Feiertagen, an den Freitagen, Samstagen sowie zwei Mal im Jahr für jeweils einen Monat, nämlich während der Pflanzungszeit und während der Erntezeit, die ‚geschlossene Zone‘ zu betreten. In Folge des vereinbarten Abkommens wurde die Klage fallen gelassen. Und bereits im Oktober und im November 1999 bekamen die meisten arabischen Bewohner eine sofortige ‚Räumungs-Order‘ wegen „illegalem Aufenthalt in einem geschlossenen Militärgelände“. Am 16. November 1999 kamen israelische Militärkräfte und vertrieben die Bewohner mit Gewalt, versiegelten ihre Höhlen-Häuser, zerstörten ihre Wasserzisternen, zerstreuten ihre Schaf- und Ziegen-Herden und beschlagnahmten ihre Zelte und andere Besitztümer (hauptsächlich Matratzen, Decken und Nahrungsmittel).

Weniger als einen Tag nach Empfang der Räumungsaufforderung wurden insgesamt 700 Menschen von der israelischen Armee evakuiert. Diese Menschen fanden sich plötzlich obdachlos und ohne Mittel zum Leben. Nach einem langen Rechtsstreit vor dem israelischen Hohen Gerichtshof (HCJ), der Anfang 2000 seine Arbeit aufnahm und im Februar 2005 mit dem Erfolg der Kläger (der Höhlenbewohner) endete, durften die Bewohner mit einigen Auflagen zu ihren inzwischen zerstörten Häusern und Wasserbrunnen zurückkehren. Allerdings dürfen sie sich nur periodisch und in Koordination mit der israelischen Zivilverwaltung in der ‚geschlossenen Zone‘ aufhalten, um ihre Felder anzubauen bzw. ihren landwirtschaftlichen Ertrag zu ernten.

Seitdem leben sie weiter in ihren Dörfern, jedoch in Unsicherheit und mit der andauernden Bedrohung, wieder vertrieben zu werden. Denn erst nachdem sie vertrieben worden sind, kann Israel den Süden zu einer wirklich *araberfreien Zone* erklären und das Projekt der Segregation in diesem Teil der West Bank für beendet erklären. Außerdem steht dieses Gebiet als letzte Hürde im Wege der jüdischen demographischen und territorialen Kontinuität des Jordangrabs mit der südlichen West Bank. Deswegen ist die Wahrscheinlichkeit, dass die israelische Regierung dann – im Fall der endgültigen Evakuierung der palästinensischen Dörfer der ‚closed area‘ – den Mauerplan von 2003 umsetzen würde, sehr hoch, selbst wenn Israel dadurch eine minimale Gebietsrückgabe in Kauf nehmen müsste.

193 Alle Daten über das „geschlossene Militärgelände“ im südlichen Bezirk Hebrons und seinen palästinensischen Bewohner sind dem Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation BtSelem ‚*Means of Expulsion: Violence, Harassment and Lawlessness against Palestinians in the Southern Hebron Hills*‘ entnommen, Researched and written by Antigona Ashkar, BtSelem, Juli 2005.



Karte 3-22: Südliche West Bank – das geschlossene Gebiet ‚Firing Area 918‘.



Bild 3-10: Aufnahmen von Höhlenhäusern in der ‚closed Zone‘, Süd-Hebron-Bezirk, 2005.

Belagerung und Gettoisierung, auch durch Restriktion der Mobilität

Die Belagerung und Gettoisierung der palästinensischen Städte und Dörfer wird faktisch seit 1967 und wesentlich effizienter seit dem Baubeginn der Mauer (2002) von einem raffinierten israelischen Schließungs- und Genehmigungssystem unterstützt. Am 15. November 2005, also kurz nach dem israelischen Abzug aus Gaza, unterzeichneten die israelische Regierung und die Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde (mit der EU als dritte Partei) das ‚Agreement on Movement and Access‘¹⁹⁴, um den Waren- und Personenverkehr innerhalb der palästinensischen Territorien zu erleichtern, um einen internationalen Grenzübergang zwischen Ägypten und dem Gazastreifen zu öffnen, der die Palästinenser in die Verantwortung der Kontrolle über den Ein- und Ausgang von Menschen bringt und um eine friedliche ökonomische Entwicklung zu fördern bzw. die humanitäre Situation vor Ort zu verbessern. Dies erwies sich als eine große Luftblase der politischen Öffentlichkeitsarbeit, denn bei Lichte betrachtet hat sich nichts an der Situation der Menschen geändert. Laut eines Berichtes des OCHA/OPT vom November 2006, hat sich die Lage ein Jahr nach Unterzeichnung des Abkommens sogar verschlechtert: die Fähigkeit der Bewohner des Gazastreifens in die West Bank oder in die

194 Siehe Abschnitt 4.3.2 dieser Arbeit (Fußnote Nr. 109).

Außenwelt zu reisen, blieb extrem limitiert und der kommerzielle Handel blieb ebenso vernachlässigbar geringfügig. In der besetzten West Bank war Mobilität ebenfalls noch mehr eingeschränkt als vor Unterzeichnung des Abkommens. Es gab keine friedliche ökonomische Entwicklung in den besetzten palästinensischen Gebieten (WBGs), wie im Abkommen vorgesehen war, dafür aber eine Verschlechterung der humanitären Situation und eine Zunahme der Gewalt überall. Die zunehmende Sperrung der Grenzgänge zum Gazastreifen, führte zu einer Verschlechterung der (gesamten) ökonomischen Situation über die letzten 12 Monate, im Gazastreifen wuchs die Arbeitslosigkeit von 33,1% auf 41,8% und die ohnehin hohe Armutsrate wuchs um 2%.¹⁹⁵

Gleich nach Unterzeichnung der Osloer Verträge und der Gründung der stark beschnittenen palästinensischen Autonomie, begann Israel regelrecht in ein Netzwerk von hochmodernen Umgehungsstraßen zu investieren, die die wichtigsten israelischen Siedlungen in der West Bank mit dem israelischen Territorium verbinden. Die meisten israelischen West-Bank-Siedler brauchten seitdem nicht mehr, durch palästinensische Städte und Dörfer zu fahren, um ihre Vorstadtsiedlungen in der West Bank zu erreichen. So konnten sie in Israel arbeiten und in ihren lukrativ subventionierten Siedlungen in den besetzten Gebieten wohnen. Nach Ausbruch der zweiten Intifada wurden diese Straßen für Palästinenser aus dem Westjordanland beinahe komplett gesperrt. Stattdessen musste der palästinensische Verkehr ein altes und von einer enorm großen Zahl an israelischen Straßensperren unterbrochenes Straßensysteme verwenden.

Die Folgen der physischen Hindernisse ist die Teilung des Westjordanlands in *10 Segmente*, die ‚Geschlossenen Zonen‘ zwischen der Mauer und der ‚Grünen Linie‘ *nicht* eingeschlossen. Zusätzlich ist die Mobilität der Palästinenser in ihrem Land durch permanent bewachte und nichtpermanent bemannte israelische Checkpoints innerhalb der besetzten West Bank gelenkt. Laut gleichem oben genanntem OCHA-Bericht wurde keines der Ziele des Abkommens erreicht, und die Mobilität der Palästinenser wurde durch ein System von mehr als 600 Checkpoints innerhalb des winzigen und fragmentierten Territoriums der West Bank noch schwerer als sie es ohnehin bereits war. Das Passieren durch die meisten Checkpoints bedarf (bis heute) einer Sondergenehmigung. Und die israelischen Behörden erstellen unterschiedliche Typen von Genehmigungen: (a) für private Fahrzeuge, (b) für öffentliche Fahrzeuge (Busse und Sammeltaxis) sowie (c) für kommerzielle LKWs und Warenverkehr. In diesem System werden nur äußerst selten, Genehmigungen für Privatfahrzeuge erstellt, so dass Privatpersonen in ihrer Bewegung zwischen den Gebieten A, B und C fast immer auf die Sammeltaxis angewiesen sind. Diese unterliegen nicht nur äußerst strengen und anmaßend kostspieligen Vorschriften, sondern sie müssen hinzu sehr oft menschenverachtende Schikane und Willkür durch die israelischen Soldaten an den Checkpoints (hebräisch: Makhsom) erleiden. Nach stundenlangem Warten dürfen sie – nach Laune der Offiziere – weiter fahren oder nicht.¹⁹⁶

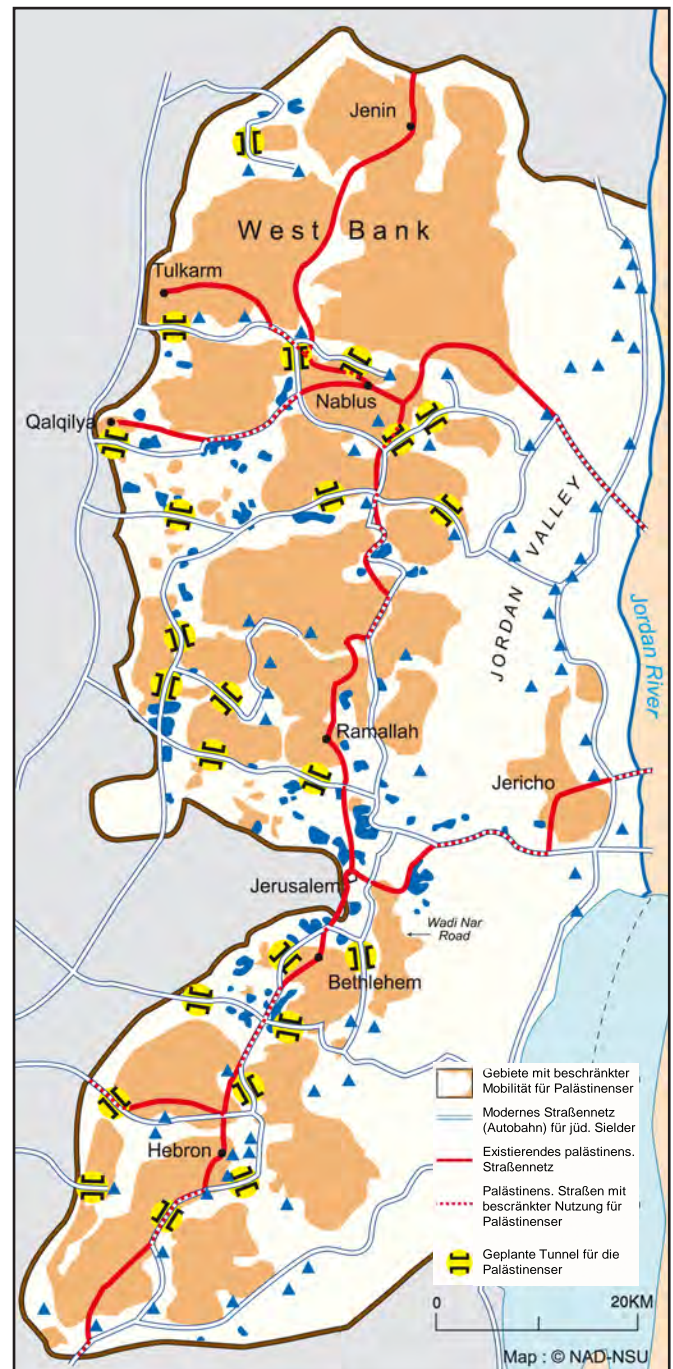
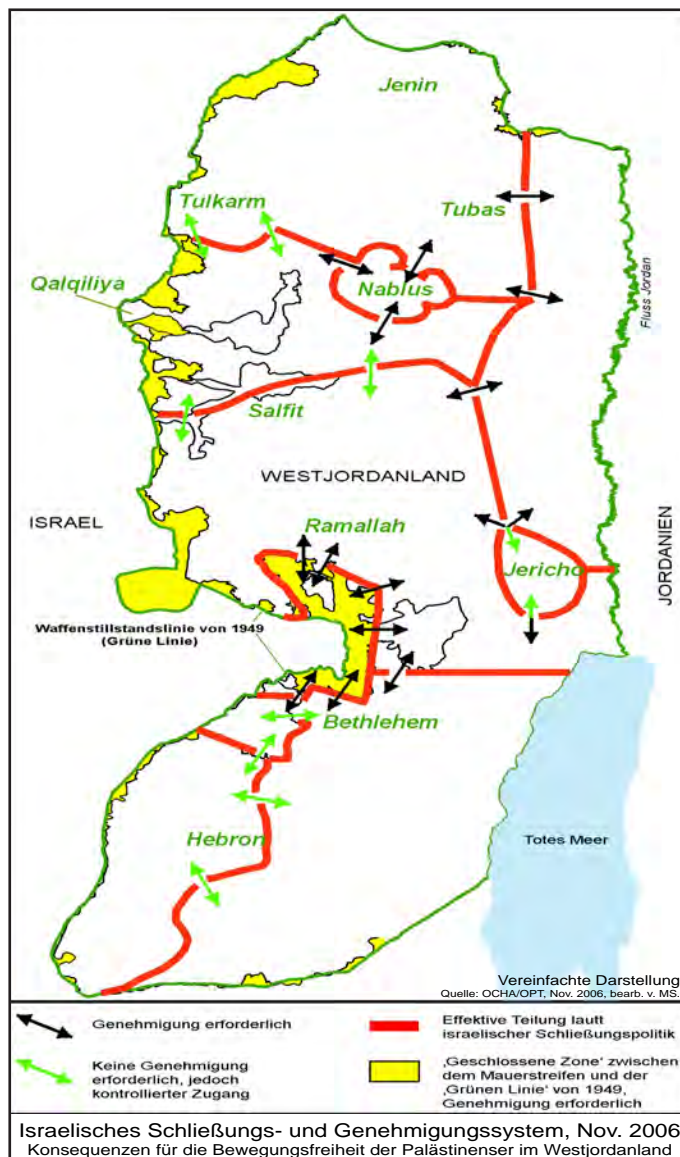
Das geht seit Jahrzehnten so und Fahrer versuchen ständig, diese Checkpoints zu umgehen, indem sie Umgehungsstraßen (zumeist für den Autoverkehr völlig ungeeignete landwirtschaftliche Wege) benutzen. Als Schwarzfahrer riskieren sie dabei ihr Leben und das Leben der nicht aus Spaß mitreisenden Personen, und es droht beim Erwischen durch mobile israelische Checkpoints im besten Fall eine hohe Geldstrafe.

Diese zum Teil dauerhaften Kontrollpunkte bzw. die regelmäßig auferlegten Restriktionen der Bewegungsfreiheit der Palästinenser in ihrem Land, haben verheerende Folgen für das ökosoziale Leben der Palästinenser. Das Fahren durch das eigene kleine Land wurde zum Abenteuer. Palästinenser in der West Bank reisen heute von A nach B in der Regel nicht mehr aus Lust auf Reisen oder um ihr Land kennenzulernen, sondern nur wenn es dringend nötig ist. Die allgegenwärtigen Checkpoints hindern oft Männer und Frauen im Arbeitsalter ihre Arbeitsstellen, Patienten ihre Ärzte und Krankenhäuser und Studenten ihre Universitäten zu erreichen. Die 10 territorialen Segmente der West Bank sind außerdem wegen der durchdringenden israelischen Siedlungen (und der Mauer) in weitere Fragmente geteilt, zwischen denen die Bewegung eingeschränkt ist; diese palästinensische Exklaven (im eigenen Land) werden oft durch nichtpermanent bemannte Checkpoints oder durch so genannte Choke-Points (Drosselstellen, wie die Tunnel unter exklusiven Siedlerstraßen) von ihrer Umgebung isoliert.

195 Angaben aus UN-OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory): *The Agreement on Movement and Access, One Year On*, November 2006, online unter: http://www.ochaopt.org/documents/AMA_One_Year_On_Nov06_final.pdf; vgl. auch: Al-Haq: *One Year after the 'Disengagement': Gaza still Occupied and under Attack*, August 2006 (siehe Bibliographie).

196 Zu den Praktiken der israelischen Soldaten an den Checkpoints innerhalb der West Bank, siehe die Berichte der israelischen Menschenrechtsorganisation ‚Machsom Watch: Women against the Occupation and for Human Rights‘ auf ihrer Internetseite (<http://www.machsomwatch.org/en/>); sowie die Berichte von BtSelem (<http://www.btselem.org/English/>).

Die Bewegung innerhalb der West Bank basiert tatsächlich auf zwei beinahe völlig getrennten und übereinander gelagerten Straßensystemen, die einerseits die Kontinuität der israelischen Mobilität und territorialen Beständigkeit gewährleisten und andererseits die Fragmentierung des palästinensischen Territoriums und folglich den sozioökonomischen Stillstand dort festigen (Karte 3-23).¹⁹⁷



Schema-Karte 3-2: Israelisches Schließungssystem im Westjordanland, Folgen für Mobilität, 11/2006.

Karte 3-23: Westjordanland: zwei parallele Straßensysteme für Israelis und Palästinenser – Kontinuität vs. Fragmentierung.

Parallel zu den Siedlungsstrukturen und der Maueranlage, trägt das von der Besatzungsmacht kreierte Abriegelungs- und Genehmigungssystem innerhalb der West Bank, wie Schema-Karte 3-2 deutlich zeigt, wesentlich zur Degradierung der sozioökonomischen und humanitären Lebensbedingungen der Palästinenser bei und verkörpert durch radikale Einschränkung der Mobilität der Palästinenser eine weitere Fragmentierung des Landes. Selten in der Geschichte – weder in den afrikanischen und asiatischen Kolonien der europäischen Mächte im 19. Jahrhundert, noch im Apartheid-Südafrika – wurde ein Volk in seinen Lebensgrundlagen bekanntlich so umfassend unterdrückt wie in Palästina.¹⁹⁸

197 Misselwitz, Philipp & Rieniets, Tim: *City of Collusion ... a.a.O.*

198 Vgl. auch Karten-Anhang 9.

3.7.5 Wasserressourcen und Entwicklungsperspektiven im Westjordanland

Globale ‚Wasserverfügbarkeit‘ – ein durstiger Planet

‚Aus Wasser stammt alles Leben‘, das ist eine alte Weisheit und Selbstverständlichkeit, so alt wie es Menschen gibt. Dass einige Regionen unserer Erde unter akutem Wassermangel leiden, ist ebenfalls seit langem bekannt. Jedoch hat es seit etwa Ende der 1980er, und schärfer seit Mitte der 1990er Jahren, bezüglich der Wasserperspektiven bzw. der bisherigen *selbstverständlichen* Verfügbarkeit von Süßwasserressourcen auf unserem Planet als *ganzen* ein signifikantes Umdenken gegeben. Experten und Politiker aus allen Kontinenten haben zum ersten Mal erkannt, dass unser Planet vom Verdursten bedroht wäre, sollten die Menschen ihre bis dato verfolgten Wasserwirtschaftspolitik aufrechterhalten. Die Sorge war so groß, dass die Politik auf höchster Ebene – auf der Ebene der Staatsoberhäupter – dieses vitale Thema auf ihre Tagesordnung bringen und zu einem fundamentalen Bestandteil nationaler sowie zwischenstaatlicher Planungsstrategien machen mussten. Auf dem Millenniumsgipfeltreffen im September 2000 trafen sich die führenden Politiker der Welt im Sitz der Vereinten Nationen in New York, um ihre Nationen, zeitlich begrenzt, zu einer Reihe von globalen Zielen zu verpflichten, die mittels konstruktiver globaler Partnerschaft der Weltgemeinschaft bis zum Jahre 2015 erreicht werden sollen. Neben der Bekämpfung extremer Armut in der dritten Welt sollen hier bis zum gestellten Datum insgesamt acht Entwicklungsziele erreicht werden. Eines dieser wichtigen Ziele ist die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit.¹⁹⁹ Die UNO appellierte an die Staaten der Welt, mittels nationaler Planungsstrategien dem Verlust von Umweltressourcen Einhalt zu bieten sowie die Zahl der Menschen, die über keinen nachhaltigen Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügen, bis zum Jahre 2015 um die Hälfte zu senken. Wassermanagementstrategien auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene sollen entwickelt werden, um einen *gerechten Zugang* zum bzw. eine *ausreichende Versorgung* mit sauberem Wasser zu fördern. Diese Sorge um unsere globalen Wasservorräte hat anhand der ernüchternden Fakten und Prognosen durchaus ihre Berechtigung.²⁰⁰

Wasser ist bekanntlich die am häufigsten vorkommende Substanz auf der Erde. Jedoch bildet Süßwasser nur 2,5% von 1,4 Milliarden Kubikkilometern (km³) Wasser auf unserem Planeten. Dagegen ist der Rest (97,5%) Salzwasser. Etwas weniger als zwei Drittel der Süßwasservorräte sind in Gletschern und ständiger Schneedecke gebunden. Weitere 30% befinden sich als Grundwasser unter der Erde, knapp ein Prozent bilden Bodenfeuchtigkeit, Grundeis, Dauerfrost und Sumpfwasser. Und nur etwa 0,3% (0,0075% aller Süßwasservorräte) sind relativ leicht, vor allem in Seen und Flüssen, für den Menschen zugänglich. Weitere 8.000 km³ kommen in den von Menschenhand angelegten Talsperren hinzu; weltweit existieren rund 45.000 Großstaudämme, die zu einem unverzichtbaren aber ökologisch vielfach bedenklichen Bestandteil der Wasserversorgung geworden sind.

Der Weltwasserverbrauch hat sich zwischen 1930 und 2002 etwa um das *Sechsfache* erhöht. Hierfür sind hauptsächlich zwei Umstände verantwortlich:

1. Einerseits die Verdreifachung der Weltbevölkerung; und
2. andererseits die Verdoppelung des durchschnittlichen Pro Kopf-Wasser-Verbrauchs; die heutige Globalisierung erhöht den Wasserverbrauch sowohl durch das ökonomische Wachstum als auch durch die Verbreitung verbrauchsintensiver Lebensstile.

In Verbindung mit räumlichen und zeitlichen Schwankungen der Wasserverfügbarkeit hat der stetig steigende Anteil des entnommenen Wassers zur Folge, dass Wasser in sehr vielen Nutzungsbereichen knapp wird. Darüber hinaus werden die Süßwasservorkommen durch Klimaänderungen und Verschmutzungen weiter verringert. Täglich werden etwa *zwei Millionen Tonnen* Abfälle in so genannten Vorflutern abgelagert.²⁰¹ Vorsichtige Schätzungen gehen von einer globalen Abwasserproduktion von etwa 1.500 km³ aus. Unter der Annahme, dass

199 Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen (MEZ), 2001, MEZ 7; Vgl. Anhang X/ 4 dieser Arbeit.

200 Alle Angaben über die globale Wasserkrise, soweit nicht anders angegeben, aus: Water for People, Water for Life, United Nations World Water Development Report 1, UNESCO, online erhältlich unter: http://webworld.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr1/table_contents/index.shtml. Hier wurde auch die deutsche Zusammenfassung des Berichts verwendet: *Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen, Report 1: Wasser für Menschen, Wasser für Leben*, Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Online: http://www.unesco.org/bpi/wwdr/World_Water_Report_exsum_ger.pdf.

201 Mit Vorfluter wird in der Hydrologie jegliche Art von Gerinne, zum Beispiel Gewässer und Bodendrainagen, bezeichnet, in denen Wasser in Form von Abwasser, Regenwasser oder Drainagewasser in ein Gewässer abfließen kann. Natürliche Vorfluter sind offene Fließgewässer, die Wasser aus anderen Gewässern, aus Grundwasserkörpern oder Abfluss-Systemen aufnehmen und ableiten. In unserem Fall geht es um Gewässer in denen bewilligt (Ab)Wasser eingeleitet werden kann.

1 Liter Abwasser 8 Liter Süßwasser verunreinigt, könnte sich die aktuelle Abwasserbelastung auf bis zu 12.000 km³ weltweit belaufen. Und das hat bereits fatale Folgen.

Mitte dieses Jahrhunderts werden im schlimmsten Fall sieben Milliarden Menschen in 60 Ländern und im besten Fall zwei Milliarden Menschen in 48 Ländern von Wasserknappheit betroffen sein. Trotz der knappen Verfügbarkeit bleiben viele Einsparmöglichkeiten – bessere Bewässerungstechnik, Anbau angepasster Erzeugnisse, achtsames Konsumverhalten und Vermeidung der Trinkwassernutzung im Agrarsektor – ungenutzt.

Eines der zentralen Probleme unserer heutigen Zeit ist das Phänomen der *Verstädterung*. Heute leben beinahe 50% der Weltbevölkerung in Städten und Großstädten. Dieser Anteil wird im Jahre 2030 voraussichtlich auf 60% steigen. Urbanisierung geht in der Regel mit Wirtschaftswachstum konform. In urbanen Gebieten finden sich gewöhnlich die wirtschaftlichen Ressourcen für den Bau von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Das Problem ist hier die daraus entstehende Konzentration von Abfällen, die oft aufgrund des Fehlens eines guten Managements auf Kosten der Menschen und der Umwelt entsorgt werden. Großstädte, die ihren Bedarf an Trinkwasser oft durch das Ausbeuten von Wasserquellen außerhalb ihrer Verwaltungsgrenzen stillen, leiten ihre Abfälle im besten Fall durch die Kanalisation im Subterrain zum Schaden anderer Nutzer in Gewässer ein. Gutes Wassermanagement in Großstädten ist eine recht komplexe Aufgabe, die *einerseits* große Finanzmittel braucht, über die viele *Megacities* nicht verfügen und *andererseits* ein fundiertes Know-how erfordert, das unter anderem folgende Aufgaben bewältigen soll:

1. Das integrierte Management der umfassenden Wasserversorgung;
2. Die Eindämmung der Verschmutzung;
3. Die Abwasserbehandlung und die Ableitung von Niederschlagswasser (einschließlich Starkregen);
4. Die Verhinderung von Hochwasser; sowie
5. Die nachhaltige Nutzung von Wasservorkommen.

In diesem Kontext ist die Schaffung kompetenter Wasserversorgungsunternehmen eine besonders wichtige Sache. Aber einer effizienten und fundierten Stadtplanung kommt hier eine besondere Wichtigkeit zu, die die nötigen Bebauungsvorschriften und Bebauungsbeschränkungen anwendet und die Erschließung von Industrie- und Wohngebieten – in Verbindung mit der Kontrolle der Wasserversorgung und der Verschmutzung von aufnehmenden Wasserläufen – steuert. Eine fundierte Stadtentwicklungsplanung gepaart mit gutem Wassermanagement, kann und soll eine entscheidende Rolle zur Schaffung einer guten Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten, die ökologische Störungen minimiert und die Nutzung von Wasservorkommen effizienter macht.

Diese Aufgaben sind nicht nur sehr kostspielig, sondern auch und selbst für *formelle* Siedlungen (wo eine politische Entscheidung zur Entwicklung von tragfähigen Infrastrukturen in der Regel unproblematisch ist) kompliziert genug. In den so genannten *informellen* Siedlungen, die es weltweit fast in und um jede Megacity gibt, ist Wassermanagement ein hochkompliziertes Unternehmen, das politisch nicht gewollt ist. Die nicht als Stadtteile der Megacities anerkannten überbevölkerten *Slums*, in denen keine städtischen Dienstleitungen, insbesondere Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, existieren, sind Brutstätten für höchste Konzentration an Umweltverschmutzung und zählen zu den lebensbedrohendsten Umgebungen der Welt.

Die Krise ist also eine *Krise des Wassermanagements*, verursacht hauptsächlich durch die falsche Bewirtschaftung von Wasser. Jedoch sind die Auswirkungen dieser Managementkrise im täglichen Leben armer Menschen tragisch spürbarer als bei den wohlhabenden Ländern und Schichten. Denn diese kämpfen darum, ihren Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen und ihren täglichen Lebensunterhalt verdienen zu können und genug zu essen zu bekommen. Auf ihnen lastet die Bürde von wasserbedingten Krankheiten und sie leben in einem degradierten und oft gefährlichen Umfeld. Hinzu kommen die Umweltverschmutzungen, verursacht durch die täglich abgeladenen Abfallberge, durch Übernutzung der Ressourcen und deren Missbrauch. Die dafür verantwortlichen Menschen scheinen sich nur wenig um die späteren Konsequenzen und die zukünftigen Generationen zu kümmern. Wir haben es hier in Wahrheit mit *Einstellungs- und Verhaltensproblemen* zu tun, die den Kern der Krise ausmachen. Ein Umdenken im Umgang mit unserer Umwelt und Ressourcen müsste mit Hilfe der vielen heutigen Wissensgesellschaften hergeleitet werden. Denn diese – zumeist Industrienationen – haben

eine besondere Verantwortung zu tragen, nicht nur, weil sie als wohlhabende Länder am längeren Hebel sitzen, sondern und vor allem auch, weil sie durch Jahrhunderte lange Misswirtschaft der Ressourcen bzw. durch Verschmutzung der Luft und Gewässer den Hauptanteil zum heutigen *Status Quo* beigetragen haben – und das tun sie leider heute noch.

Wir wissen bei den meisten Problemen (aber nicht bei allen), um was es geht, und viel darüber, wo sie liegen. Wir verfügen über das Wissen und das Know-how, um damit zu beginnen, dagegen anzugehen. Es gibt viele hervorragende Konzepte zur gerechten und nachhaltigen Lösung dieser Konflikte, die aber leider von der Weltgemeinschaft nicht genug beachtet werden. Man unterlässt es, eigensinnig bewusst oder die Problematik unterschätzend, rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und die vorliegenden Konzepte umzusetzen. *Zwei* Hauptursachen sind für diesen Umstand verantwortlich, nämlich

1. die Trägheit der Führungsebenen; und
2. die Tatsache, dass die Weltbevölkerung, oft aus Gründen der fehlenden Aufklärung, sich dessen noch nicht ganz bewusst ist, welches Ausmaß das Problem erreicht hat bzw. nicht die Mittel zur Änderung besitzt.

Ein Dilemma in diesem Kontext ist die Tatsache, dass die Armut eines großen Teils der Weltbevölkerung sowohl ein Symptom als auch eine Ursache der Wasserkrise ist. Wenn es die von Interessen – auch globalen Interessen – behaftete Politik will, kann ein besserer Zugang der Armen zu besser bewirtschafteten Wasserressourcen enorm zur Beseitigung der Armut beitragen. Erst eine solche bessere Bewirtschaftung ermöglicht es, die sich verschärfende Pro-Kopf-Wasserknappheit zu bewältigen, insbesondere da eine ziemlich große Asymmetrie bzw. reale kontinentale Unterschiede in der Verfügbarkeit von Wasser im Vergleich zur Bevölkerung vorherrschen. Stellt man die Anteile an das global verfügbare Wasser der einzelnen Kontinente den Anteilen an der Weltbevölkerung gegenüber, so stellt man extreme Unterschiede in der globalen Wasserteilung fest (Tabelle 3-10). Hier wird insbesondere die Belastung aufgezeigt, der der asiatische Kontinent ausgesetzt ist. Im größten Kontinent unserer Erde (44,4 Mio. Km²) leben über 60% (4,01 Milliarden Menschen) der Weltbevölkerung, die *nur* über 36% der globalen Wasserressourcen verfügen. Neben Australien (5% Wasser: <1% Bevölkerung), bildet der südamerikanische Kontinent ein anderes Extrem, denn er bietet Lebensraum für *nur* 6% der Weltbevölkerung, verfügt jedoch über satte 26% des globalen Süßwassers.

Wasserverfügbarkeit in den Kontinenten (in %), 2001		Quelle: UNESCO: the United Nations World Water Report 1, 2003
	Anteile am verfügbaren Süßwasser, in %	Anteile an der Weltbevölkerung, in %
Asien	36	60
Südamerika	26	6
Nord- und Mittelamerika	15	8
Afrika	11	13
Europa	8	13
Australien und Ozeanien	5	<1

Tabella 3-10: Süßwasserverfügbarkeit und Bevölkerungsanteil in den Kontinenten, 2001.

Es ist offensichtlich ein Problem vom globalen Ausmaß. Daher gewinnt ‚Wassermanagement‘ enorm an Wichtigkeit, nicht nur auf innerstaatlicher, sondern und vor allem auf mindestens zwischenstaatlicher Ebene. Wir leben heute in einem weltpolitischen Kontext, in dem wir mit dem Zerfall der Sowjetunion um 1990 bzw. der Entstehung vieler neuer (unabhängiger) Staaten eine höhere globalpolitische Komplexität haben, noch komplexer als zu Zeiten des Kalten Krieges. Die neuen Entitäten haben weniger die Strukturen historisch gewachsener Nationalstaaten und viel mehr die einer Vielzahl ethnisch-religiöser Konstellationen, die einander nicht oder nur wenig wohlgesinnt sind. Ein Ergebnis dieser Entwicklung ist die Schaffung einer Vielzahl neuer Grenzen und politischer Mauern und folgerichtig die Erhöhung der Zahl von Anrainerstaaten grenzübergreifender Flusseinzugsgebiete, die potenzielle Kandidaten für Wasserkonflikte sind. Im Jahre 2003 gab es 261 Internationale Flusseinzugsgebiete, und das Territorium von 145 Staaten erstreckte sich über grenzübergreifende Flusseinzugsgebiete.²⁰² Umso mehr gibt dieser Umstand Grund für die Betrachtung des Wasserproblems und des Wassermanagements als eine gemeinsame Verantwortung aller Staaten unseres Planeten. Die letzten zwei *Weltwasserentwicklungsberichte der Vereinten Nationen* (Reporte 1 und 2) setzen sich aus guten Gründen

202 Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen, Report 1 ... a.a.O., S.5.

mit genau diesem Thema auseinander und gehen der zentralen Frage nach, wie man die sehr knappe Ressource ‚Wasser‘ in einer sich geopolitisch und demographisch ändernden Welt *gemeinsam managen* soll.²⁰³ Das wurde bereits auf der *internationalen Wasser- und Umweltkonferenz in Dublin* 1992 erkannt und folglich als eines von bis heute noch gültigen Grundprinzipien, die auf dieser Konferenz verabschiedet wurden. Diese *Dubliner Prinzipien* sind:²⁰⁴

Prinzip 1: „Trinkwasser ist ein endliches und anfälliges Gut, das zur Aufrechterhaltung von Leben, Entwicklung und Umwelt unverzichtbar ist“;

Prinzip 2: „Wasserentwicklung und Wassermanagement müssen von einem Partizipatorischen Ansatz ausgehen, der alle Verbraucher, Planer und Entscheidungsträger auf allen Ebenen einschließt.“;

Prinzip 3: „Frauen spielen eine entscheidende Rolle bei der Beschaffung, der Bewirtschaftung und dem Schutz von Wasser.“;

Prinzip 4: „Bei allen seinen konkurrierenden Nutzungsformen hat Wasser einen wirtschaftlichen Wert und sollte als wirtschaftliches Gut betrachtet werden“.

Auf der folgenden zweiten Weltwasserkonferenz in Den Haag (2000) wurde dieser Prozess bzw. die Festhaltung an diese Prinzipien fortgesetzt. Aber der UNO-Gipfel im Jahre 2000 ist und bleibt die einflussreichste aller Konferenzen, denn hier wurden zum ersten Mal auf höchster Ebene verschiedene Zielvorgaben (Millenniumentwicklungsziele) zur Bekämpfung der Armut bzw. für Verbesserungen beim Wassermanagement verabschiedet. Nur sehr wenige dieser Ziele wurden (und nur teilweise) erreicht, dennoch kann man ablesen, wie wichtig das Themen ‚Wassermanagement‘ und ‚Zusammenarbeit‘ zur Erreichung dieser hohen Ziele sind.

Aber ausgerechnet im wasserknappen Nahen Osten, wo eigentlich Interesse zu einem echten ‚Wechsel‘ und zu einem lebenswichtigen ‚Umdenken‘ bestehen müsste, lässt das ‚Partizipatorische Wassermanagement‘ seit vielen Jahrzehnten auf sich warten. Länder und Menschen dursten hier wie in keiner anderen Region weltweit, leider nicht wegen einer naturgegebenen Wasserknappheit, sondern vor allem wegen einer dringlichen politischen Instabilität – verursacht durch eine politisch-ideologische Zerstrittenheit der Regime – die jegliche Interaktion bzw. Zusammenarbeit zwischen den bedrohten Ländern verhindert.

3.7.6 Kritische Ressource ‚Wasser‘ im Nahen Osten

Zweifelsohne ist die Süßwasser-Knappheit eines der zentralen gegenwärtigen Probleme in vielen Ländern des Südens. Besonders betroffen von diesem Problem ist der sich seit Jahrzehnten in einem Zustand zwischen Krieg und Unfriede befindenden Nahen Osten. Und Wasser hat in dieser heißen durstigen Region einen ganz besonderen Geschmack und eine signifikante Wichtigkeit. Der arabische Dichter *Mahmoud Darwish* drückte diese Wichtigkeit des Wassers poetisch aus, er entzieht dem vitalen Element dabei sogar seine Farb-, Geschmack- und Geruchslosigkeit:

„Wer sagt, dass Wasser keine Farbe hat, keinen Geschmack und keinen Geruch? Wasser hat eine Farbe, die sich zeigt im Entstehen des Durstes ... Wasser hat den Geschmack von Wasser, einen Geruch, der dem Duft der Nachmittagsbrise entspricht, die vom Feld herüberweht mit vollen Ähren, die sich in der lichten Fläche wiegt, hingestreut wie die flackernden Lichtpunkte, die ein kleiner Spatz hinterlässt, der niedrig fliegt“.²⁰⁵

Es steht seit einigen Jahrzehnten fest, dass in den Ländern des Nahen Ostens eine akute Wasserknappheit herrscht. Für diese Region sind Probleme, die aufgrund von Wasserknappheit entstehen, bereits heute und noch extremer in der nahen Zukunft, eine der größten Herausforderungen. Die meisten Länder der Region müssen heute enorme Anstrengungen unternehmen, um ihre Wasserversorgung sicherzustellen und das Problem ist bestens geeignet, die zwischenstaatlichen Beziehungen in dieser Gegend mit seinen einzigartigen ethnischen, religiösen und politischen Spannungen zu verschlechtern. Der größte Teil der Fläche des Nahen Ostens sind wasserarme (wüstenhafte) Gebiete, in denen es in den letzten Jahrzehnten weniger Regen und häufigere Dürreperioden gab. Hinzu kommen die enorme jährliche Bevölkerungswachstumsrate (etwa 3%) sowie wachsende Einwanderungszahlen (etwa von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Israel), eine expandierende

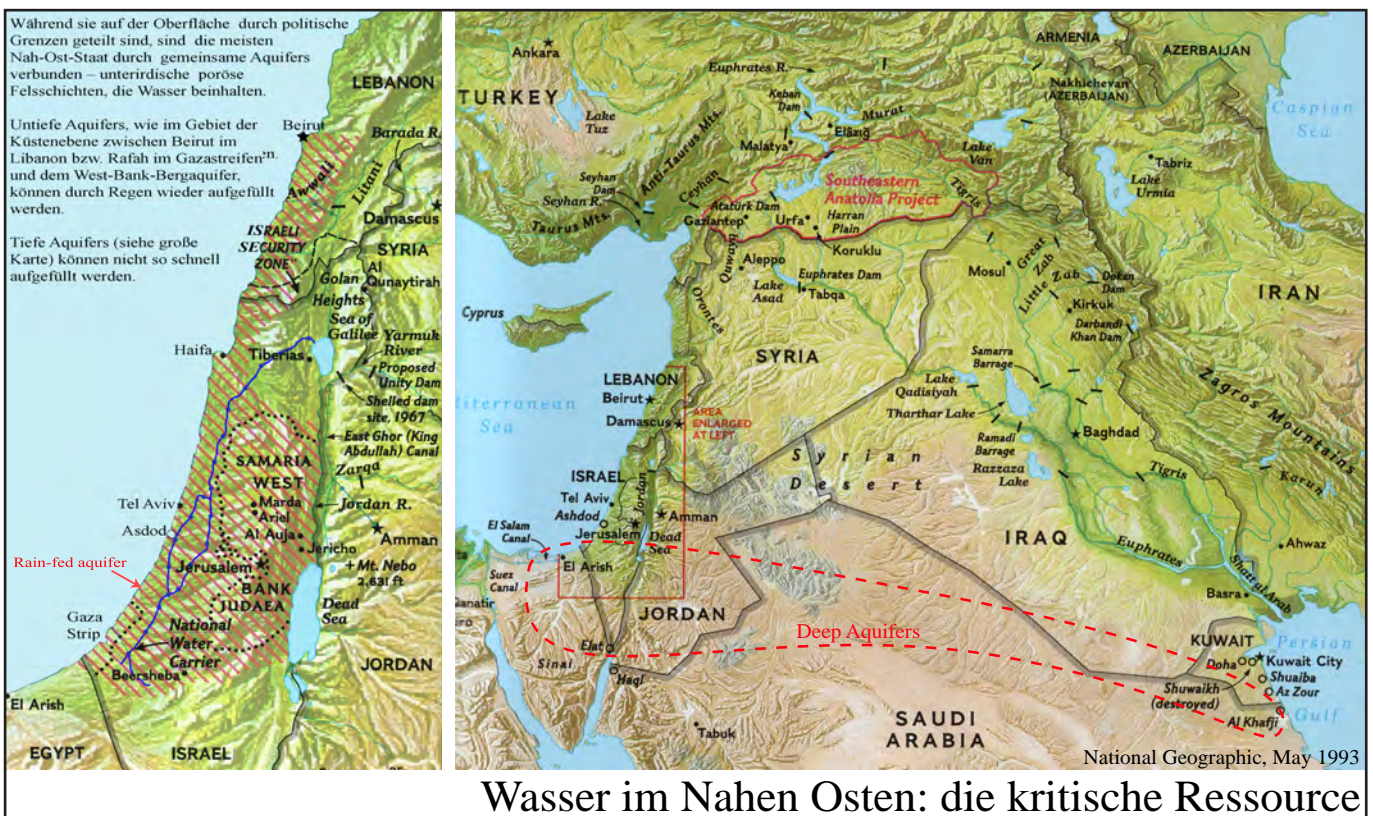
203 The United Nations World Water Development Report 2: a Shared responsibility, published by UNESCO and Berghahn Books, New York, 2006 online erhältlich unter: <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001454/145405E.pdf>, sowie The United Nations World Water Development Report 3: Water in a changing World, published by UNESCO (<http://publishing.unesco.org/>) and Earthscan (www.earthscan.co.uk), London, 2009, online als PDF-Datei erhältlich unter: http://www.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr3/pdf/WWDR3_Water_in_a_Changing_World.pdf.

204 *Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen, Report 1 ... a.a.O.* (Anm. 200), S.25.

205 Darwish, Mahmoud: *Ein Gedächtnis für das Vergessen* (Prosa, Beirut, August 1982), Lenos Verlag Basel 2001.

Industrie und andere Modernisierungsmaßnahmen. All diese Faktoren zusammen führten zu einem enormen Wachstum des Wasserverbrauches und folglich zu einem noch aggressiveren Kampf um Wasserquellen zwischen den ohnehin zerstrittenen – wenn nicht verfeindeten – benachbarten Nationen.

Jedoch werden diese auf der Oberfläche durch politische Frontiers auseinandergerissenen Territorien und Länder des Nahen Ostens durch gemeinsame Aquifer verbunden – unterirdische poröse Felschichten, die Wasser beinhalten – die hingegen keine politischen Grenzen kennen. Die meisten dieser Wasserspeicher sind tiefe, nicht so schnell wieder auffüllbare Aquifer, die sich in einem großen territorialen Bogen vom ölreichen arabischen Golfgebiet (östliche Saudi Arabien), über die westliche Grenze des Irak, über Südpalästina und die Sinai-Halbinsel bis hin zum ägyptischen Staatsgebiet und weiter bis Libyen hinausrecken (Karte 3-24). Untiefe Aquifer, die durch Regen wieder aufgefüllt werden können, gibt es hauptsächlich im östlichen Mittelmeerraum – ein Aquifer-System, das sich entlang der Mittelmeerküste zwischen Beirut (Libanon) und Rafah im Süden Palästinas zieht, einschließlich dem Bergaquifer des Westjordanlandes, dem Gegenstand des Interesses dieser Arbeit.



Karte 3-24: Wasser im Nahen Osten – eine kritische Ressource.

Man muss an dieser Stelle sagen, dass Wasserknappheit im Nahen Osten *nur* ein, wenn auch das wichtigste, Element der Krise ist. Ein anderes Element ist die fehlende Effizienz in der Wassernutzung in fast allen Nahoststaaten bzw. die Abneigung mancher wasserarmer Nationen ihre Prioritäten zu wechseln, die herkömmliche Wasser verschwenderische Landwirtschaft aufzugeben und stattdessen neue weniger Wasser-intensive Bewässerungstechnologien einzuführen.

Trotz bzw. gerade wegen der akuten Wasserknappheit in der Region, kann man die These gut vertreten, dass, wenn diese *durstigen* Nationen beides, ‚Wasserressourcen‘ und ‚Technologien‘, unter sich in kooperativer Form (auf-)teilen würden, das Wasser für die Bedürfnisse der rasch wachsenden Bevölkerung der Region ausreichen und Wohlstand bringen würde. Sicherlich könnten so die von vielen Experten prophezeiten künftigen bewaffneten Auseinandersetzungen – präzise: Wasserkriege²⁰⁶ – im Zuge der Suche nach dem *Lebenselixier* vermieden werden. Dieses von Gott reichlich mit Energieressourcen beschenkte und zugleich politisch schwer belastete Gebiet, schwimmt außerdem (geologisch gesehen) buchstäblich über einem riesigen kostbaren Süßwasserspeicher in seinen sehr tiefen Aquifern. Aus geologischer Sicht ist es nicht möglich, jedenfalls nicht ratsam, beide fossi-

206 Z.B. die Aussage des ehemaligen UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali im Jahre 1985, als er das Amt des ägyptischen Außenministers innehatte: „The next war in the Middle East will be fought over water, not politics“, zitiert in National Geographic, Vol. 183, No. 5, May 1993.

len Ressourcen, Erdöl/Erdgas und Wasser, gleichzeitig in großen Mengen auszubeuten, da keiner weiß, welche Folgen das gleichzeitige Leerpumpen dieser fossilen Ressourcen auf die geologischen Schichten haben wird. Dass zum Beispiel das an *fossilen* und nicht erneuerbaren Ressourcen ‚Erdöl‘ und ‚Tiefwasser‘ reiche saudische Königreich sich grundsätzlich für Erdöl entschieden hat, ist nur verständlich. Außer dem politischen und weltökonomischen Druck bzw. der enormen Nachfrage nach Energieressourcen lockt hier das *Geld* – dieser immense Erdöl-Reichtum ermöglichte dem Land, insgesamt 22 große Entsalzungsanlagen zu errichten, die 30% des weltweit kostspielig entsalzten Wassers produzieren, was das Königreich auf diesem Gebiet zum weltweiten Rangplatz *eins* krönt. Jedoch sind die Saudis, trotz der Warnungen von Geologen, auch Weltmeister im Pumpen des fossilen Wassers, dessen Reserven laut einiger Schätzungen, bei anhaltendem Umfang der Ausbeutung, zwischen 25 und 100 Jahren ausreichen würden. Hier sollte nicht nur die Effizienz des Wasserverbrauchs in Saudi Arabien, sondern vor allem auch die Vorgehensweise in der Suche nach Lösungen des Wasserproblems hinterfragt werden. Die Saudis könnten mit ihrem Reichtum bzw. durch Investitionen in neuen Wassertechnologien – etwa Forschungsgelder zur Schaffung einer höheren Effizienz von Entsalzungstechniken und folglich zu billigeren Herstellungskosten von entsalztem Wasser – einen großen Beitrag zur Beilegung der Wasserkonflikte in der Region leisten, von denen sie selbst ebenfalls großen Nutzen ziehen könnten. Dass hier in diesem trockenen Gebiet Entsalzungsanlagen gebraucht werden, ist indiskutabel. Aber das Überpumpen der fossilen Wasserreserven ist gegenüber der Umwelt geologisch unverantwortlich, da ein Erdschichten-Sturz sehr wahrscheinlich ist, wenn das fossile Wasser aufgebraucht ist. Außerdem ist diese Methode nicht nachhaltig und den nächsten Generationen gegenüber nicht gerecht.

Der Wettkampf um Wasser innerhalb eines Nationalstaates kann Interessen- und Anspruchskollisionen herbeischaffen und die Politikmacher des Landes mit Entscheidungen konfrontieren, die Auswirkungen für vitale Fragen haben wie Gleichheit, Entwicklung und Armutsminderung. Nationale Institutionen und legislative Körperschaften bieten Mechanismen zur Adressierung dieser Entscheidungen. Anders verhält es sich jedoch für Wasser, das über Grenzen fließt und für das es keine entsprechende institutionelle Struktur gibt. Und das hat wiederum Konsequenzen, insbesondere da Wasser im Verhältnis zum Bedarf immer knapper wird und die grenzüberschreitende Konkurrenz für gemeinsame Flüsse und andere Wasserressourcen weiter wächst. Ohne die institutionellen Mechanismen und Reglements, die auf diese grenzüberschreitenden Probleme reagieren, hat der Wettkampf um Wasser das Potenzial zu zerstörerischen Konflikten. So gesehen können geteilte Wasserressourcen Brücken bauen und folglich den Frieden festigen, oder sie können hingegen eine Anstoßkraft für Konflikte darstellen – den gefahrenen Kurs, ob einen Friedenspfad oder einen Marsch zum Schlachtfeld, entscheidet jedoch die Politik.²⁰⁷

Die politisch kaum erträgliche Lage im Nahen Osten bietet den idealen Nährboden für Skepsis und Kooperationslosigkeit zwischen den Regimen, entgegen den wirklichen Interessen der hier lebenden Menschen. Denn dieser Umstand ist äußerst gefährlich in einer Region, in der 50% derer Bevölkerung entweder von Flüssen, die mehrere Länder durchqueren, von entsalztem Wasser oder von Grundwasserversorgung (aus grenzüberschreitenden Aquifern) abhängig sind. Mehr noch: zwei Drittel der arabisch sprechenden Bevölkerung im Nahen Osten sind vom Wasser aus Flüssen abhängig, die aus nicht-arabischen Ländern kommen. Bekannteste Beispiele sind hier der Euphrat, dessen Quellen sich im Südostanatolien (Türkei) befinden und, aus dem Syrien und der Irak das meiste ihres Wassers beziehen, sowie der Nil, auf dessen Wasser der größte arabische Staat ‚Ägypten‘ mit seinen 80 Millionen Menschen nahezu ausschließlich angewiesen ist. Es gibt weder für die wichtigen Flüsse noch für die Grundwasserreservoirs in der Region Vereinbarungen oder Verträge über die Nutzung des Wassers, die von allen Anrainerstaaten akzeptiert werden. Wasserkonflikte sind deswegen so gut wie vorprogrammiert.

Ein großes Dilemma wasserarmer Regionen, wenn mehrere Nationen den gleichen Fluss teilen, ist, dass Staaten, die am oberen Lauf des Flusses gelegen sind, rechtlich nicht bindend dazu verpflichtet sind, die Staaten am niederen Flusslauf mit *ihrem* Wasser zu versorgen bzw. ihnen ihre historischen Wassernutzungsrechte anzuerkennen. Oft versuchen sie stattdessen, mittels unilateraler Maßnahmen (Dämme, Stauseen oder gar Umleitung eines Flusses) die Fließmenge des Wassers zum Nachbarstaat stark einzuschränken, und das Element ‚Wasser‘ wird hier oft zum Subjekt der politischen Erpressung bzw. als wirksames aber für zwischenstaatlichen Beziehungen destruktives Druckmittel instrumentalisiert. Am niederen Flusslauf gelegenen Staaten können aber historische Nutzungsrechte des Wassers geltend machen und energisch nach fairer Behandlung fordern. Ein brand-

207 Vgl. hierzu den *Human Development Report 2006*, published for the United Nations Development Program (UNDP), S.203.

aktuelles Beispiel ist hier der seit vielen Jahren entfachte Wasserstreit zwischen Ägypten und dem Sudan auf der einen Seite und den restlichen afrikanischen Anrainerstaaten (demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Ruanda, Tansania, Uganda, Äthiopien und Eritrea) auf der anderen Seite, die alle bisher unterzeichneten Wasserabkommen (Roma, 1891; Adis Abeba, 1902; London, 1906 und schließlich das Abkommen von Rom aus dem Jahre 1925) anfechten wollen. Alle diese Abkommen bekräftigen das historische Recht Ägyptens auf das Nilwasser und verbieten den Anrainerstaaten die Durchführung jeglicher Wasserprojekte, die diese Wasserrechte Ägyptens und des Sudans beeinträchtigen könnten. Laut des letzten Abkommen von Rom 1925 steht Ägypten, das zu 97% auf das Nilwasser angewiesen ist, eine Wassermenge von insgesamt 55,5 Mrd.m³/Jahr zu. Dem Sudan, der zu 77% an vom Nilwasser abhängig ist, steht eine Gesamtwassermenge von 18,5 Mrd. m³/Jahr zu. Die anderen Staaten, vor allem Äthiopien, wollen diese Wasserrechte nicht mehr anerkennen, da die Wasserabkommen von ehemaligen Kolonialmächten (Großbritannien, Italien und Frankreich) unterzeichnet worden seien. Dabei ignorieren sie, dass alle Staaten dieser Region mit Ausnahme von Ägypten dessen Territorium noch während der britischen Herrschaft den heutigen Sudan einschloss, von den gleichen Kolonialherren kreiert wurden. Aber auch zwischen Ägypten und dem Bruderstaat Sudan gibt es Unstimmigkeiten bezüglich der Wasserverteilung, denn der schnellwachsende Sudan verlangt nach mehr Nilwasseranteilen, die durch sein Territorium nach Ägypten fließen.

Hierbei muss allerdings eingeräumt werden, dass auch den ägyptischen Regierungen nach Präsident Jamal Abdul-Nasser ein Teil der Schuld für die Eskalation der Lage zukommt, denn sie (diese Regierungen) vernachlässigten im Zuge ihrer politischen Selbsteinkapselung nach dem Friedensabkommen mit Israel über Jahrzehnte hinaus die Belange ihrer äußerst wachstumsbedürftigen südlichen afrikanischen Nachbarn. Und die ägyptischen Regierungen haben über alle Zeitalter hindurch erkennen müssen, dass die Sicherung ihrer Wasserinteressen in den fernegelegenen und zum größten Teil unpassierbaren Höhen (z. B. Äthiopiens) nur mit Hilfe eines einzigen effektiven Mittel gewährleistet werden kann: der Diplomatie. Das Vernachlässigen dieser Diplomatie zu den Nachbarn sollte sich als ein fataler Fehler herausstellen, denn Ägypten, das Geschenk des Nils wie Herodot es vor 2000 Jahren bezeichnet hatte, hat sich durch diese ‚Ägypten-zuerst-Politik‘ von einem der mächtigsten und einflussreichsten Länder Afrikas, in einen Staat verwandelt, der die Sicherheit seiner nationalen Wasserversorgung kaum noch verteidigen kann. Somit überließen die Ägypter ihr lebenswichtiges Hinterland anderen politischen Kräften, die ihrem Land nicht unbedingt wohlgesinnt sind. Äthiopien, von dessen Territorium aus die Hauptader des ‚Blauen Nils‘ (und damit etwa 80-85% des Nilwassers) herkommen, verbindet seit den 1960er Jahren, also zu Zeiten des äthiopischen Imperators und Diktator *Haile Selassie*²⁰⁸, *eine enge diplomatische Beziehung zu Israel, die zwischen 1984 und 1991 mit der Einwanderung vieler Tausend äthiopische Juden nach Israel gipfelte. Israel interessierte sich besonders stark für das Hinterland seines möglichen Rivalen in der Region und für sein Wasser. In den jetzt geplanten gigantischen Wasserprojekten auf äthiopischem Boden spielt Israel eine zentrale Rolle: Die Staudämme und Energieanlagen werden mit israelischem know-how geplant und umgesetzt und bilden somit ein enormes politisches Druckmittel in Israels Hand gegen Ägypten. Israel verbindet zwar ein Friedensabkommen mit Ägypten, dennoch lauert es seit jeher auf das Nilwasser und wünscht sich eine Wasserpipeline, die durch die Sinaihalbinsel in die Südnegev verlegt werden sollte. Dies wäre aus Israels Sicht der angemessene politische Preis für den Verzicht auf die politische und technische Unterstützung Äthiopiens und anderer Anrainerstaaten bei ihren Nilwasserprojekten, insbesondere da diese wasserreichen Länder, im Gegensatz zu Ägypten und dem Sudan, entweder gar nicht oder nur geringfügig auf das Nilwasser angewiesen sind. Für das ägyptische Volk, das bisher aus sehr bekannten Gründen das Friedensabkommen mit Israel nicht wirklich akzeptiert, ist es nicht akzeptabel einen solchen politischen Preis zu zahlen – und erst recht nicht aufgrund von Erpressungen.*

Eigentlich sollte das Problem der Wasserversorgung wichtig genug sein, um die einzelnen Länder zur Zusammenarbeit zu bewegen, denn eine Kooperation in der Wasserwirtschaft ist ihre einzige Chance, sich aus dieser Zwangslage zu befreien. Für Pessimisten geht das Gespenst eines Wasserkrieges im Nahen Osten um. Betrachtet man jedoch die zunehmende Konkurrenz um das Wasser auch nur mit einem Minimum an Optimismus, so kann man sie ebenfalls als Anlass für eine tiefere Kooperation zwischen den Konfliktparteien in der Zukunft sehen. Eine weitsichtige politische Interdependenz muss den Status Quo der vorherrschenden Gleichgültigkeit ersetzen, denn Gleichgültigkeit ist ganz sicher kein angebrachtes Gegenmittel zum Wasserkrieg-

208 Haile Selassie I (1892-1975) herrschte über Äthiopien zwischen 1930 und 1974 (mit Ausnahme der Besatzungszeit des faschistischen Italien 1931-1936). Er glaubte sich als der 225ste Nachfolge der Salomonischen Dynastie, die wie er meinte im 10. Jahrhundert v. Chr. Menelik I, Sohn des biblischen Königs Salomon und Maked, der Königin von Sheba. Nach eigenen Einschätzung lebten die Schwarzen Juden (Beta Israel) Jahrhunderte lang isoliert vom restlichen Judentum; ihre Existenz gab der Rastafari-Anhänger einige Impulse, da sie glauben, dass sie ihre Behauptung bestätige, Äthiopien sei Zion.

Pessimismus.

Aber die zerstrittenen und zumeist diktatorischen Regime der Region betrachten Begriffe wie ‚Zusammenarbeit‘ und ‚Interdependenz‘ als das genaue Gegenteil von ‚Unabhängigkeit‘ – jedes Land strebt hier eine Art von ‚Selbstbefriedigung‘ in jedem Bereich an, da es den anderen Nachbarstaaten einfach nicht vertraut. In diesem Flickenteppich politisch-ethnisch-religiöser Rivalitäten stand das Thema ‚Wasser‘, obwohl ständig existent, selten als eine eigenständige Angelegenheit und Gegenstand einer interregionalen Diskussion. Es wurde ständig in eine Politik verwickelt, die die Menschen der Region davon abhielt, Vertrauen gegenüber den Nachbarn zu gewinnen bzw. gegenseitige Hilfe zu akzeptieren. Wie die politischen Systeme selbst, wird ein vitales Grundbedürfnis wie ‚Wasser‘ ideologisiert – jedes Nahost-Regime neigt dazu seine eigene ‚Wahrheit‘ und sein eigenes ‚Wasser‘ zu liefern.

Eines der Probleme dieser durch die Wasserkrieg-Rhetorik polarisierten Debatte ist, dass sie die Aufmerksamkeit von dringenderen und relevanteren das menschliche Dasein betreffenden Sicherheitsangelegenheiten ablenkt. Kooperative Annäherungen in der Frage der *Teilung* von grenzüberschreitendem Wasser können reale Gewinne für die menschliche Entwicklung in der Region abwerfen und die *Wassersicherheit* für hilfsbedürftige Menschen auf beiden Seiten der Grenze stärken, indem man die Wasserqualität und -Quantität sowie die Berechenbarkeit der Fließmengen durch die verschiedenen Staatsgebiete *rechtlich* sichert. Wasser würde, obwohl sehr knapp, kein Hindernis bilden, gäbe es den wirklichen politischen Willen zum Frieden. Und Wasserteilung ist kein *Nullsummenspiel* im Sinne von ‚der ‚Gewinn‘ eines Landes bedeute den ‚Verlust‘ eines anderen“. Die kooperative ‚Interdependenz‘ in Wasserangelegenheiten kann, genauso wie der gegenseitige Handel zwischen Ländern, die ökonomischen Leistungen aller betroffenen Länder expandieren. Das ist wahr, nicht nur auf dem ökonomischen Sektor, wo Handel mit Wasserkraftwerken und Umwelttechniken eine *win-win-Strategie* bietet, sondern auch in weiten politischen, sozialen und ökologischen Strategien – wahr ist aber auch das Gegenteil: wo die Kooperation fehlt oder zusammenbricht, verlieren alle betroffenen Länder, vor allem die Armen.

Wasserknappheit versus ungerechter Wasserverteilung

Euphrat-Anrainerstaaten

Dieser Umstand aus Skepsis und Feindschaft der Rivalen und dazu das unilaterale Handeln der mächtigeren Staaten, führte dazu, dass ein Großteil des Wasserproblems im Nahen Osten durch eine seit Anfang der 1960er Jahren existente und weiterhin gegenwärtige ungerechte Verteilung dieser vitalen Ressource *erzeugt* wurde. Neben dem Handeln Israels in Bezug auf die Bewässerungsprojekte der 1950er Jahre, die die Jordan-Anrainerstaaten in einen bis heute andauernde Wasserkonflikt hineingerissen haben (siehe unten), wurde das Gesicht des akuten Wasserproblems mit dem Beginn des Konfliktes zwischen dem mittleren Osten (die Länder Syrien und Irak) mit der Türkei sichtbar, als letztere mit der Planung des ehrgeizigen Entwicklungsprojektes Südostanatoliens (Türkische Abkürzung ist GAP) begann.²⁰⁹

Die Türkei, die bis dahin Tigris und Euphrat nicht genügend bewirtschaftet hatte, beabsichtigte mit diesem Projekt, ihre Wasserpolitik radikal zu verändern. Das multidimensionale Entwicklungsprojekt (GAP) integriert verschiedene Entwicklungselemente – insgesamt 22 Staudämme, 19 Wasserwerke und Bewässerungsanlagen im Tigris-Euphrat-Becken mit Plänen für die Verbesserung der Landwirtschaft, Industrie und Ausbildung in dieser am wenigsten entwickelten Region der Türkei – und zielt nicht nur auf die künstliche Bewässerung einer gigantischen Fläche von 1,7 Millionen Hektar Land und die Verdoppelung der Energieproduktion (9 Milliarden KW/Jahr), wofür ein Großteil des Wassers dem Euphrat entzogen wurde. Die Türkei verfolgte außerdem das politische Ziel, das Wasser als Mittel der regionalpolitischen Auseinandersetzung zu instrumentalisieren, indem sie versuchte, mit der Benutzung von Tigris und Euphrat das Schicksal der Region zu verändern. Dies sollte unter Berücksichtigung von folgenden zwei Aspekten erfolgen:

1. Zum einen wollte die Türkei die vorhandenen Wasserreserven für ihre Zwecke ausbeuten, bevor dies durch die Bedürfnisse der rasch wachsenden Bevölkerung der Gesamtregion unmöglich wird; und
2. Ein zweiter wichtiger Grund für dieses eigensinnige Verhalten der türkischen Regierung war, dass sie hoff-

209 Alle nachfolgenden Angaben über den Wasserkonflikt zwischen der Türkei, Syrien und dem Irak bzw. über das GAP-Projekt (Atatürk-Damm) sind, soweit nicht anders angegeben, folgenden zwei Quellen entnommen: *National Geographic*, Vol. 183 (*Middle East Water*), May 1993, S. 46-57, sowie *Merian*, Heft 8 (*Syrien/Libanon*), August 1997, S. 54-58.

te, der kurdischen Minderheit von mehr als 8 Millionen Menschen in Südostanatolien durch wirtschaftliche Verbesserungen einen Anreiz zu geben, die Assimilation als Türken zu akzeptieren und somit die örtliche Unabhängigkeitsbewegung zu untergraben.

Beide Konzepte sind nicht aufgegangen. Geblieben ist jedoch der politische Konflikt mit den Nachbarstaaten Irak und Syrien. Tigris und Euphrat fungieren gegenüber den Ländern, die ebenfalls diese Quelle bewirtschafteten, zeitweise als Bedrohungsfaktor im Interesse der Türkei: der Euphrat entspringt in den Bergen der östlichen Türkei und sammelt dort den größten Teil seines Wassers, bevor er Syrien und den Irak durchquert und in den Golf mündet.

Die drei Euphrat-Anrainerstaaten konnten sich bisher nicht über eine gerechte Verteilung des Euphrat-Wassers einigen und seitdem die Türkei 1981 das GAP-Projekt zum großen Teil umsetzte, sind ernsthafte Spannungen entstanden. Denn sobald das GAP-Projekt vollfunktionsfähig ist, müssen sich die stromabwärts gelegenen Länder auf einen stark reduzierten Wasserfluss und eine verschlechterte Qualität des Euphrat einstellen: sein Wasserfluss würde auf 60% seines normalen durchschnittlichen Wertes reduziert werden. Das könnte die syrische und irakische Landwirtschaft gravierend gefährden, denn Syrien müsste dann auf bis zu 40% seines Euphrat-Wassers, der Irak sogar auf bis zu 90% verzichten.

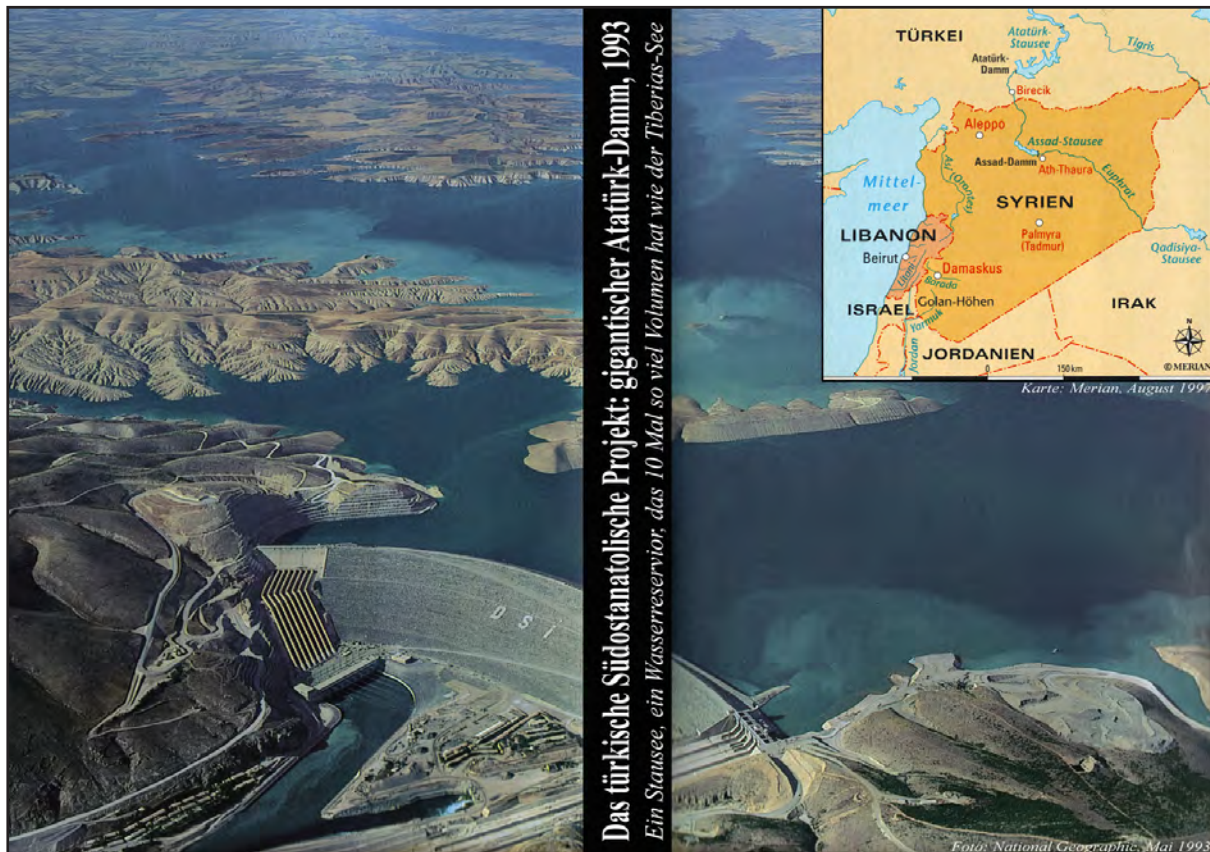


Abb. 3-8: Das türkische ‚Südostanatolische Projekt GAP‘ – Atatürk-Damm.

Dass der Irak hier der große Verlierer sein wird, hat damit zu tun, dass Syrien, genauso wie die Türkei ebenfalls eigensinnig mit der Ressource Wasser umgeht und den Euphrat-Wasserfluss zum Nachbarstaat mit Hilfe des bereits gebauten Tabka-Damms bzw. des Assad-Stausees mit seinen Kraftwerken und Bewässerungsanlagen sperrt und nur einen kleinen Teil des Wassers durchlässt. Der Bau dieses Damms brachte beide arabischen Bruderstaaten im Jahre 1975 an den Rand eines Krieges. Der Krieg wurde im letzten Moment durch die Vermittlung der Sowjetunion und Saudi Arabiens verhindert.

In den 1980er Jahren machte man in den arabischen Ländern bittere Scherze über die türkische Machtdemonstration durch das GAP-Projekt und sah dies als einen Versuch, den Geist des ehemaligen Osmanischen Reichs wieder zum Leben zu erwecken. Aber witzig war und ist die ganze Angelegenheit ganz und gar nicht – ganz im Gegenteil.

Jordan-Anrainerstaaten

Das Wasserproblem konzentriert sich ganz besonders in den so genannten Frontierstaaten um Israel/Palästina, die zugleich auch als Uferstaaten des Fluss *Jordan* genannt werden (Israel, Jordanien, die Palästinensische Autonomie, Syrien und der Libanon). Der israelisch-arabische Konflikt war von Beginn an neben seiner *territorialen* Natur mit einem Begriff sehr eng verbunden: ‚Wasser‘. Und ganz wichtige *Vokabeln* im Palästinakonflikt sind bis heute der ‚Zugriff‘ auf und die ‚Kontrolle‘ über die Wasserressourcen, nicht nur im Land selbst, sondern vor allem auch in der ganzen Region.

Die territorialen Vorstellungen der Zionisten waren bereits 1919 eng verbunden mit der Verfügbarkeit über alle Wasserressourcen um *Mandat Palästina*, dessen Grenzen *bis dato* noch nicht definiert waren. Laut ihrer im Rahmen der Friedenskonferenz von Versailles eingereichten Karte (Vgl. Karte 1-4), sollte das Wunschterritorium eines künftigen Judenstaates eine nördliche Grenze am südlichen Ufer des libanesischen Fluss *Litani* sowie eine östliche Grenze jenseits des Nord-Süd verlaufenden Fluss *Jordan* haben – also ein Territorium, das wirklich alle Wasserressourcen in und um Palästina einschließen sollte. Selbst die wohlwollenden damaligen Mächte Großbritannien und Frankreich konnten eine derartige Teilung nicht akzeptieren, da sie allen umgebenden Ländern gegenüber rücksichtslos gewesen wäre und diese an den Rand des Verdurstens versetzt hätte.

Was die Zionisten bei der Bildung der Grenzen von *Mandatspalästina* 1919 nicht schaffen konnten, wurde in den israelisch-arabischen Kriegen von 1948 und 1967 mit militärischer Gewalt möglich gemacht. Das britische Außenministerium veröffentlichte ein Geheimdokument, geschrieben von *David Ben-Gurion* im Jahre 1941, in dem er seine Genossen dazu auffordert, sich daran zu erinnern, dass die Überlebensfähigkeit des Judenstaates eine Staatsgrenze erfordert, die die Flüsse Jordan und Litani (Libanon) einschließt. Die Invasion in den Libanon im Jahre 1982 unter der Führung des ehemaligen israelischen Kriegsministers Ariel Sharon hatte nicht zufällig den Litani als äußerste Nordgrenze Israels zur Folge. Das bestätigt die Tatsache, dass die Zionisten das ganze Geschehen zuvor mit ihren geheimen verbündeten, den christlichen Maroniten unter der Führung des ehrgeizigen libanesischen Präsidenten *Bachir Gemayel*, geplant hatten, um drei Hauptziele zu erreichen, nämlich (a) die Vernichtung des palästinensischen Widerstandes im Libanon (PLO) als gemeinsamen Feind beider Allianz-Partner, (b) die Gründung eines christlich-maronitischen Staates nördlich des *Litani* als berechenbarer und Israel-loyaler Nachbarstaat und vor allem (c) die israelische Kontrolle über das Wasser des *Litani*. Der Plan ging, bis auf die Vertreibung der PLO aus dem Libanon, nicht auf. *Gemayel* wurde im September 1982 durch einen Bombenanschlag (für seinen Verrat) ermordet und *Sharon* musste wegen seiner stillschweigenden Mittäterschaft an den Massakern gegen palästinensische Zivilisten in den Flüchtlingslagern ‚Sabra‘ und ‚Shatila‘, in denen mehrere Tausend Menschen von christlichen Falangisten (*Gemayels* Anhänger) grausam ermordet wurden, als Verteidigungsminister zurücktreten. Die israelische Armee ließ es zu, dass die bewaffneten Falangisten, nachdem die PLO-Kämpfer nach einer Kompromisslösung den Libanon verlassen mussten, in die inzwischen von überwiegend Frauen, Kindern und unbewaffneten älteren Männern bewohnten Flüchtlingslagern einmarschierten und ein Massaker verübten.²¹⁰

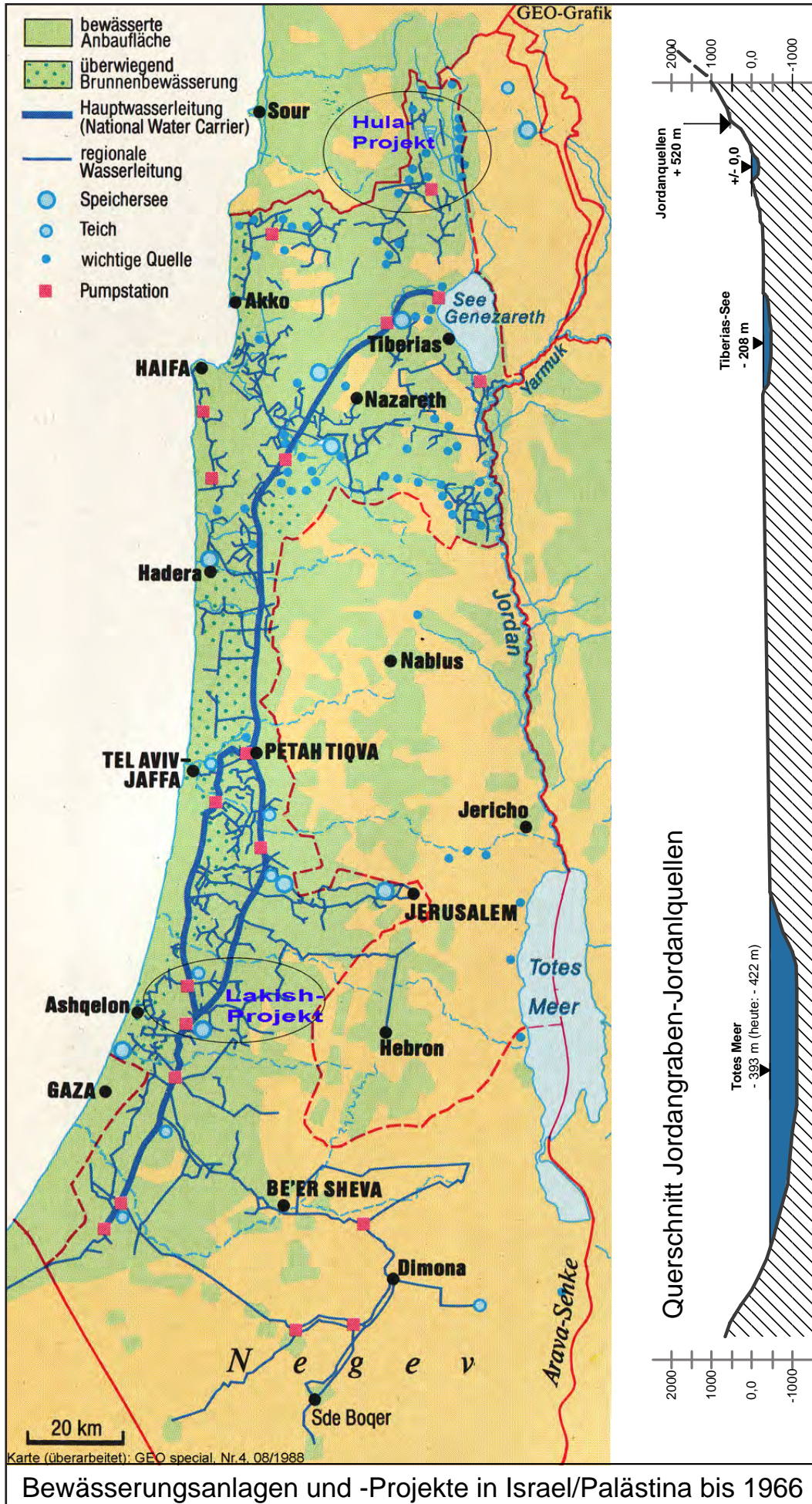
Aber zurück zum *Mandat Palästina*: zwischen beiden israelisch-arabischen Kriegen war es den israelischen Planern bewusst, dass der *Erfolg der Inneren Kolonisation* des Landes auch stark von der Existenz einer ökonomischen Basis abhing bzw. von der optimalen Ausnutzung des Bodens mittels verschiedener Großprojekte zur Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Gleichzeitig war ihnen klar, dass die Erweiterung der Bodennutzung nur mit Hilfe großräumiger Bewässerungsprojekte zu erreichen war. Von der Ausdehnung der landwirtschaftlich genutzten Fläche hing auch die zionistische Besiedlung des Landes ab. Denn nur mit Hilfe künstlicher Bewässerung war eine Expansion bzw. ein Ausbau des jüdischen Besiedlungsraumes möglich.²¹¹ Bereits 1950 hat man in Israel begonnen, die ersten Ideen für gigantische Bewässerungsprojekte zu skizzieren und diese wurden tatsächlich bis 1966 umgesetzt. Sie umfassten folgende Teilprojekte²¹²:

1. Die Trockenlegung verschiedener Sumpfgebiete, vor allem das Gebiet des Hula-Sees nördlich vom Tiberias-See;
2. Die Umleitung einiger kleiner Flüsse und Wasserreservoirs vom oberen Jordantal bis in den Nordnegev; und
3. Die Nutzung der Grundwasserreserven in der Küsteneben;

210 Über Ariel Sharons Feldzug in den Libanon 1982 bzw. über die Massaker in Sabra und Shatila, vergleiche die Titelstory des Magazins „Time“ vom 04. Oktober 1982, *Crises of Conscience – Israel anguishes over the question of its guilt for the Palestinian massacre*, P.6-19.

211 Vgl.: Zschiesche/Waltz: *Die Erde hata.a.O.*, S.174.

212 Ebenda, S. 174-180.



Schema-Karte 3-3: Wasserprojekte in Israel/Palästina bis 1966.

In den späteren Jahren kamen Meerwasserentsalzungsprojekte, insbesondere bei Asqalan (Ashqelon) nördlich des Gazastreifens, und die Ausbeutung der Grundwasserreserven der *Wadi Araba* in der Süd-Ost-Negev hinzu. Aber vor allem die ersten zwei Projekte, nämlich das Hule-Projekt und die Erschließung der Nord-Negev, hatten eine ganz besondere Bedeutung für die Errichtung des nationalen Bewässerungsnetzes (Schema-Karte 3-3). Erst durch diese Projekte wurde die Umsetzung des Lakish-Projektes ermöglicht, das darauf zielte, die fruchtbare Lakish-Region – diese Region wurde im Verlauf des Krieges von 1947-1949 von den israelischen militanten Truppen erobert, ihre Dörfer und Städte zerstört bzw. von ihren arabischen Besitzern ethnisch gesäubert – mit Juden zu besiedeln bzw. mit mehr als ein Dutzend zionistischer ‚New Towns‘ neu zu errichten.²¹³

Das Hula-Gebiet selbst war ein 200 Km² großes Gebiet, in dem sich die Quellflüsse des Jordans vereinten. Es wurde im Krieg von 1947-1949 und im Zuge des berühmten Plan-Dalet hundertprozentig ‚ent-arabisiert‘; entgegen der zionistischen Behauptung, dass das Hula-Gebiet ein völlig sumpfiges, von Malaria heimgesuchtes Gebiet gewesen sei, gab es hier bis zum Jahre 1948 erstaunlicherweise insgesamt 35 palästinensische und eine Anzahl jüdischer Siedlungen. Das Hula-Projekt hatte folgende *drei* Funktionen zu erfüllen:²¹⁴

1. Die Entwässerung der sumpfigen und überschwemmten Teile des Gebietes;
2. Die beträchtlichen zusammengefassten, überschüssigen Wassermengen sollten dem Jordan-Negev-Projekt zugeführt werden; und
3. Mit Hilfe der Wasserregulierung sollten etwa 12.500 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche neu erschlossen werden.

Technisch war das Jordan-Negev-Projekt wegen der Höhenverhältnisse im Jordantal möglich, denn der Jordan weist in seinem 190 Km langen Verlauf ein Gefälle von ca. 920 Metern auf (Jordanquelle: 520m; Hula-See: 0,0m; See Tiberias (See Genezareth): -208m; Totes Meer: -393m).

Den Pionierplanern des jungen Staates ging es bei diesen gigantischen Projekten hauptsächlich um die Kontrolle über die Wasserressourcen, mit deren Hilfe die ideologischen Gebietssäuberungen bzw. die Spurenverwischung der arabischen Siedlungsstrukturen endgültig umgesetzt werden konnten. Die Planung und die technische Ausführung dieser Projekte waren der eine bewundernswerte Aspekt (diese sorgen bis heute tatsächlich dafür, dass Israel in den westlichen Medien als ein modernistischer und innovativer Staat gefeiert wird). Der andere Aspekt war aber die Tatsache, dass die Israelis damals im weltpolitischen Kontext der Nachkriegszeit eine beinahe uneingeschränkte Unterstützung des Westens erhielten. Die Proteste der anderen Anrainerstaaten des Jordans blieben von der Weltöffentlichkeit ungeachtet und das militärisch starke Israel konnte sein Projekt auf Kosten Jordaniens und Syriens de facto forcieren. Die zionistischen Politiker wussten sehr genau, dass ihr Handeln selbst gegen die Bestimmungen der UNO-Teilungsresolution 181 (II) von 1947 verstoßen, von der UNO-Resolution 194 (III) über das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, ganz zu schweigen.

Hinzu kommt die Tatsache, dass das palästinensische Land und sein Wasser, auf dem sie diese Projekte starteten, eine (von seinen eigentlichen Besitzern, den vertriebenen Palästinensern, geraubte) billige wirtschaftliche Basis darstellte, die Nichts kostete. Folglich konnte man die finanzielle und logistische Unterstützung des hebräischen Staates zum größten Teil in den technischen und wissenschaftlichen Sektoren einsetzen.

213 Mehr zum Lakish-Projekt, vergleiche die israelische Pionierzeit, Abschnitt 2.3.1 dieser Arbeit.

214 Vgl.: Zschiesche/Waltz, *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.177.

3.7.7 Wasser in der neuen Ära der Besatzung nach 1967

Festigung der israelischen Kontrolle über Land und Wasser

Mit dem Juni-Krieg 1967 und der Eroberung des Westjordanlandes, des Gazastreifens, der ägyptischen Sinai-Halbinsel sowie der syrischen Golanhöhen, konnte der israelische Staat nicht nur das Territorium beherrschen, sondern und vor allem auch seine Kontrolle über die Wasserressourcen festigen. Besonders betroffen sind hier die palästinensischen besetzten Gebiete. Wie im Kapitel 2 ausführlich gezeigt wurde, fuhr die Besatzungsmacht in den besetzten arabischen Gebieten eine Politik, die auf Fragmentierung, Segregation, Destruktion und Strangulierung des palästinensischen Lebensraumes baute – die Wasserressourcen waren und sind hier keine Ausnahme. Während Israel auf der einen Seite eine technisch hochentwickelte und eigensinnig weitsichtige Wasserpolitik machte, unterband die israelische Besatzungsmacht seit 1967 in den besetzten palästinensischen Gebieten beinahe jegliche Bohrtätigkeit. Zwischen 1967 und 1990, also bis kurz vor Beginn der geheimen Verhandlungen zwischen Israel und der PLO in Madrid, erteilte Israel den Palästinensern in der West Bank die Bohr-Erlaubnis für insgesamt 23 Brunnen, von denen 20 Brunnen ausschließlich für Trinkwasserzwecke bestimmt waren und meistens unter indirekter Kontrolle des israelischen *West Bank Water Department* standen, einem Organ der israelischen Militärregierung in der West Bank.²¹⁵ *Und obwohl die Wassernachfrage der Palästinenser seit Beginn der Besatzung signifikant wuchs, kontrollierte der israelische Staat strikt den Wassersektor in den besetzten Gebieten und verhinderte eine Entwicklung dieses Sektors auf palästinensischer Seite, die dem wachsenden Bedarf angepasst war, und verursachte so einen akuten Wassermangel bzw. eine ernsthafte Wasserkrise, die bis zum heutigen Tage andauert. Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation BtSelem lag der Wunsch Israels, die von ihm wider internationales Recht benutzte Wassermenge zu sichern, seiner Wasserpolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten zugrunde. Israel konnte die Erfüllung dieser Absicht über zwei verschiedene Wege mit militärischer Macht durchsetzen*²¹⁶:

1. indem Israel die ungleiche Teilung des gemeinsamen Grundwassers (West-Bank-Bergaquifer) fortsetzte, die vor der Besatzung geschaffen wurde; und
2. durch die Ausbeutung neuer Wasserressourcen, zu denen Israel vor 1967 keinen Zugang hatte, wie des Ost-Aquifer der West Bank (Jordantal) und des Gaza-Aquifer, hauptsächlich zugunsten der dort errichteten israelischen Siedlungen.

Nach dem Juni-Krieg von 1967 und durch die Eroberung der arabischen Gebiete durch Israel bekam die Wasserkrise eine neue Zuspitzung, da Israel nach seinem Sieg auf einmal alle angrenzenden Wasserressourcen (den Jordan und seine Quellflüsse Hasbani in der Hule-Ebene, Banyas in Syrien sowie den wassereichen bzw. schneebedeckten Jebel El-Scheich (Berg Hermon) im äußersten Norden) kontrollieren konnte. Der Krieg ermöglichte Israel vor allem die Kontrolle über wirklich alle – ober- und unterirdischen – Wasserressourcen des palästinensischen Landes. Neben dem größten oberirdischen Süßwasserreservoir des Landes, dem *See Tiberias* (See Genezareth) und dem Küstenaquifer, kontrolliert Israel jetzt den West-Bank-Bergaquifer, der sich in drei Sub-Aquifer teilt (Karte 3-26): das Jordan-Bassin (Ost-Aquifer), den Nord-Aquifer sowie den West-Bank-Bergaquifer (West-Aquifer). Der Berg-Aquifer wurde zu einer von Israels Hauptwasserquellen und es beutet 80% seines Wasserpotenzials aus ihm.

Im Folgenden sollen die wichtigsten geschichtlichen sowie physischen Merkmale dieser Aquifer kurz erläutert werden:

Der Jordan-Bassin (Ost-Aquifer)

Dieses von Israel und den Palästinensern geteilte Bassin ist das Wassereinzugsgebiet des Fluss *Jordan* (Jordan-Bassin), das den *Oberjordan* und die Wasserläufe, die in ihn münden (den See Tiberias und den Fluss Yarmuk) sowie den *Niederjordan* umfasst. Die Palästinenser haben Rechte auf diese Wasserressource, da die West Bank ein Anrainer des *Niederjordan*s ist. Israel bezieht etwa ein Drittel (1/3) seines benutzten Wassers aus dieser Ressource. Die Palästinenser profitieren gar nicht vom Jordan-Bassin, außer von kleinen Wassermengen, die

²¹⁵ Messerschmid, Clemens: ‚Trennung – wovon und von wem? Separation Wall und Wasserressourcen-Entwicklungsperspektiven‘, ein Vortrag in München, September 2003. Beitrag online erhältlich unter: www.genfer-initiative.de/messerschmid_wasser.pdf.

²¹⁶ BtSelem: *Thirsty for a Solution – The Water Crisis in the Occupied Territories and its Resolution in the Final-Status Agreement*, researched and written by Yehezkel Lein, Jerusalem, July 2000, www.btselem.org.

Israel aus dieser Quelle gewinnt und an den Gazastreifen weiter verkauft. Zu Beginn der israelischen Besetzung 1967, erklärte der israelische Staat das Gebiet entlang des *Niederjordan* für eine geschlossene militärische Zone (Allon-Streifen) und untersagte den Palästinensern den Zugang zum Fluss *Jordan*, wenngleich der Zugang zum Fluss den Palästinensern nichts genutzt hätte, da Israel im Zuge der gigantischen Bewässerungsprojekte der 1950er und 1960er Jahre Wasser intensiv aus dem See Tiberias und dem Fluss *Yarmuk* gewinnt, bevor es den *Niederjordan* überhaupt erreicht. Nur wenig Wasser erreicht tatsächlich den Fluss vor seiner Mündung in das Tote Meer.²¹⁷

Vor der israelischen Besetzung von 1967 war die palästinensische Wassernutzung aus Quellen und Brunnen im Ost-Aquifer-Gebiet relativ gut entwickelt. Das bezeugte die palästinensische Landwirtschaft, die damals im Jordantal entwickelt wurde. Insgesamt wurden etwa 60 Mio.m³/Jahr aus dem Ost-Aquifer für palästinensische landwirtschaftliche Zwecke gewonnen. Darüber hinaus haben palästinensische Bauern vor 1967 Wasser aus verschiedenen Stellen des Fluss *Jordan* zwecks Bewässerung ihres Ackerlandes gepumpt.²¹⁸ Palästinensische Bauern vor 1967 bewässerten etwa 3000 Hektar Land mit Wasser, das aus dem Fluss *Jordan* gewonnen wurde.²¹⁹ Demzufolge kann man, basierend auf einer Bewässerungsrate von bis zu 10.000 m³/Hektar/Jahr, abschätzen, dass die Wassermenge, die aus dem Fluss *Jordan* durch palästinensische Bauern vor 1967 gewonnen wurde, eine für die kleine Fläche des Jordangraben wirklich gewaltige Menge von etwa 30 Mio.m³/Jahr war. Diese großen gewonnenen Wassermengen waren ein weiterer Zeuge florierender palästinensischer Wirtschaft der Vorbesatzungszeit. Dass dies ausgerechnet im dünnbesiedelten Jordantal geschah, bezeugt wiederum das Wachstum und die Effizienz der landwirtschaftlichen Planung im Jordantal vor 1967, in jenem Land, das von der israelischen Regierung nach 1967 im Zuge des Allon-Projektes aus Gründen der Sicherheit (militärische Pufferzone zu Jordanien) sowie wegen der Ressourcen – des ‚fruchtbaren Landes‘ und des ‚Wassers‘ – systematisch geographisch und demographisch ent-arabisiert wurde und heute weiterhin wird;

Der Nord-Aquifer der West Bank²²⁰

Dieser Aquifer ist in Israel als Nablus-Gilboa Aquifer bekannt. Er fließt nordöstlich von den nördlichen Hängen der West Bank- Gebirge, bevor das Wasser in den Gebieten Ain Charut und Bisan (hebräisch: Harod und Beit Shean) aus den Quellen gewonnen wird. Etwa 93% des Wasser-Wiederauffüll- sowie Speicherungsgebietes liegt innerhalb der West Bank, 7% im israelischen Staatsterritorium. Die natürliche Wiederauffüllmenge beträgt etwa 145 Mio.m³/Jahr, von denen Israel 70% innerhalb seines Territoriums hauptsächlich zwecks der Bewässerung im *Yezraeel Valley* (arab.: *Marj Ibn Amer*), im Bisan-Tal sowie in kleineren Mengen in den Jordantal-Siedlungen gewinnt. Die restlichen 30% des Wassers aus dem Nord-Aquifer werden von den Palästinensern aus Brunnen und Quellen für den städtischen Bedarf (hauptsächlich in Nablus und Jenin) sowie für Bewässerungszwecke gewonnen; sowie

Der West-Aquifer der West Bank²²¹

Der West-Aquifer ist ein System von Grundwasser-Bassins, das die Grenze zwischen der West Bank und Israel durchschneidet. Für die Palästinenser der West Bank ist dieser Aquifer die einzige verfügbare Wasserressource, die ihren Wasserbedarf für Haushalt, Kommunen, Industrie und Landwirtschaft decken muss. Der Aquifer versorgt Israel mit wenig mehr als 25% seines verwendeten Wassers, hauptsächlich für den Haushalt und für den städtischen Bedarf. Wie man unten sehen wird, werden etwa 80% des West-Aquifer für die Nutzung durch Israel bzw. die israelischen West Bank- Siedlungen reserviert. Die restlichen 20% des Wassers stehen den Palästinensern *theoretisch* zur Verfügung.

Vor 1967 beschränkte sich die palästinensische Wassernutzung des West-Aquifer, entsprechend der damaligen Bevölkerungszahlen, auf einen Teil des Stroms von Wassernaturquellen sowie auf einige traditionelle Schachtbrunnen vor allem in den Gebieten Qalqilya und Tulkarm. Die Menge des hier gewonnenen Wassers wird auf 25 bis 30 Mio.m³/Jahr geschätzt. Laut *Shuval* erhöhte sich die Menge des aus diesem Aquifer gewonne-

217 Vgl. BtSelem, *Not Even a Drop – the Water Crisis in Palestinian Villages without a Water Network*, researched and written by Yehezkel Lein, Jerusalem, July 2001, S.2.

218 Angaben aus Shuval, Hillel: 'Meeting Vital Human Needs: Equitable Resolution of Conflicts over Shared Water Resources of Israelis and Palestinians', in Shuval/Dweik (Hrsg.): *Water Resources in the Middle East – Israeli-Palestinian Water Issues- From Conflict to Cooperation*, Springer Verlag 2007, S.5.

219 Ebenda. Diese Daten stammen aus einer Studie des palästinensischen Umweltwissenschaftlers Dr. Jad Isaac (Leiter von ARIJ, The Applied Research Institute of Jerusalem) in Bethlehem, aus dem Jahre 2001.

220 Angaben aus BtSelem: *Thirsty for a Solution ... a.a.O.*

221 Alle folgenden Daten über den West-Aquifer, soweit nicht anders angegeben, aus Shuval, Hillel: *Meeting Vital Human Needs ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik (Hrsg.), *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.1-7.

nen Wassers infolge der Bohrung neuer palästinensischer Brunnen in den Jahren nach Oslo auf 40 Mio.m³/Jahr. Hinzu kamen andere arabische Naturquellen und Brunnen aus der Zeit vor 1967, die insgesamt 25 Mio.m³/Jahr des Grundwassers aus den nordöstlichen Aquifer im Gebiet ‚Nablus‘ und ‚Bisan‘ ausschöpften.

Diese Zahlen sind jedoch nur Schätzungen, die aus israelischen Quellen stammen. Sie umfassen alle größeren und bekannten Wasserquellen und Brunnen der West Bank vor und nach 1967. Unzählige kleinere Wasserquellen und vor allem Schachtbrunnen in *allen* palästinensischen Dörfern und Städten, die für das Trinkwasser (Haushalt) sorgten, werden in diesen Studien nicht oder nur zum geringen Teil einbezogen. In vielen palästinensischen Dörfern der verschiedenen Regionen des Westjordanlandes, die in der Regel an kein öffentliches Wassernetz angebunden waren, existierte beinahe für jede Familie ein solcher Brunnen. Zahlen über die Wassermengen dieser Quellen wurden hier nicht geliefert und es können heute auch keine mehr nachgewiesen werden. Sicher ist nur, dass es keine vernachlässigbar kleinen Wassermengen waren.



Karte 3-25: Wasserressourcen in der West Bank und Gaza.

An dieser Stelle soll erwähnt werden, dass eine intensive arabische Entwicklung der Wasserressourcen des Berg-Aquifer so gut wie nicht existiert hat. Der Grund hierfür liegt auf der Hand: abgesehen davon, dass vor 1967 anhand der damaligen demographischen Zahlen bzw. der damals zur Verfügung gestandenen Wassermengen kein wirklicher Bedarf für eine intensive arabische Entwicklung des Bergaquifers bestand, erforderte eine solche Entwicklung große Investments in kostspielige hydro-geologische Untersuchungen und in Bohrtechniken moderner tiefer Brunnen, die sich individuelle palästinensische Landbesitzer, Bauern, Dörfer oder Stadtverwaltungen nicht leisten konnten. In den schwierigen Bedingungen jener Zeit haben es die Palästinenser entweder mit der maroden wirtschaftlichen Lage des Osmanischen Reiches oder mit einer ihnen alles andere als wohlgesinnten Mandatsmacht Großbritannien oder im besten Fall mit einem jordanischen Staat zu tun gehabt, der eine asymmetrische Entwicklungspolitik zugunsten des Staatsgebiets östlich des Flusses bei fast kompletter Vernachlässigung der palästinensischen Territorien – es fehlte den Palästinensern einfach ein Staat, der solche große und kostspielige Projekte zuerst planen und schließlich finanzieren konnte.

Und dennoch kann man anhand der obigen Zahlen der Wassernutzung deutlich sehen, dass es vor 1967 keine Hinweise gab, dass irgendwelche bedeutende offizielle Einschränkungen in der Entwicklung und Nutzung der natürlichen Wasserressourcen des Berg-Aquifer oder des Jordans durch die palästinensischen Araber in der West Bank existiert haben, weder unter osmanischer Herrschaft noch unter britischer oder jordanischer Administration zwischen der Jahrhundertwende und 1967. Das einzige was man hier bemängeln könnte, wäre die fehlende staatliche Planung bzw. Organisation großer Bewässerungsprojekte – ein Umstand, der erklären könnte, warum die gesamte palästinensische Wassernutzung aus dem Berg-Aquifer innerhalb der West Bank weniger als 25% dessen Potenzials betrug.

Es wäre jedoch töricht, den Palästinensern die Schuld an jenen politischen Umständen zu geben oder daran, dass damals nur 25% des Berg-Aquifer-Potenzials von ihnen ausgebeutet wurden. Denn sie haben naturgemäß und vernünftigerweise genau das benutzt, was sie auch entsprechend ihrer Zahl brauchten. Noch törichter sind die Versuche der zionistischen Politiker, die Wassernutzungsrechte der Palästinenser auf diesen Prozentsatz (25%) zu beschränken, ohne Rücksicht darauf, dass die moderne palästinensische Gesellschaft, wie jede andere, sich nicht nur demographisch, sondern auch in ihrem *Lebensstandard* weiter entwickelt hat und ihre Bedürfnisse sich dementsprechend verändert haben, inklusive dem Wassernutzungsverhalten. Hinzu kommen die historischen Rechte der Palästinenser auf ihren Boden und ihr Wasser, die die israelische Besatzungsmacht seit 1967 wider internationales Recht auf weniger als das lebenserforderliche Minimum zu reduzieren versucht.

Ungerechte Wasserverteilung zwischen Israelis und Palästinensern

Die ungerechte Wasserteilung wird sehr klar reflektiert in der enormen Ungleichheit des Wasserverbrauchs zwischen Israelis und Palästinensern für alle Nutzungen außer für Landwirtschaft – also für den Haushalt, sowie für kommunale und industrielle Nutzungen. Für alle diese Nutzungen zusammen verbrauchte ein durchschnittlicher Palästinenser im Jahre 2001 etwa 60 Liter Wasser pro Tag. Im Vergleich verbrauchte ein durchschnittlicher Israeli (in Israel und in den israelischen West Bank-Siedlungen) 350 Liter pro Tag, sprich 6 Mal so viel wie ein Palästinenser.²²² Der angemessene minimale Bedarf an Wasser guter Qualität (pro Person/Tag) wird von der ‚U.S. Agency for International Development for Household and Urban Use‘ (USAID) alleine auf 100 Liter geschätzt.²²³ Das Wasser, das einem durchschnittlichen Palästinenser im Jahre 2001 täglich zur Verfügung stand, betrug demnach nur 60% der international definierten Mindestmenge, die ein Mensch brauchte.

Die Wasserkrise verursacht bis heute große Not in palästinensischen Städten und Dörfern. Nach Angaben von BtSelem waren bereits im Jahre 2001, also ein Jahr vor Baubeginn der Mauer, insgesamt 218 palästinensische Städte und Dörfer an kein Wassernetz angebunden. Etwa 197.000 Menschen (10% der Gesamtbevölkerung der West Bank ohne Ostjerusalem), die in diesen Gemeinden ihren Lebensraum haben, sind gezwungen nach alternativen Wasserquellen zu suchen.²²⁴

Nach aktuellen Schätzungen von USAID verfügen etwa 50% der Palästinenser in den besetzten Gebieten wegen Wassermangel und Zerstörung der existierenden Wasserquellen durch die Besatzungsmacht (zum Beispiel durch die Mauer) über weniger als die Hälfte der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlene

222 BtSelem, *Thirsty for a Solution ... a.a.O.*

223 Vgl. BtSelem: *Not Even a Drop ... a.a.O.*, S.2.

224 Ebenda, S.4-5.

Mindestmenge von 60 Liter/Person/Tag.²²⁵ Diese Angabe beinhaltet eine sehr wichtige Aussage, nämlich dass, obwohl der laut WHO angemessene minimale Wasserbedarf von 100 auf 60 Liter/Person/Tag zurückgeschraubt wurde, ein sehr großer Teil der palästinensischen Bevölkerung (50%) über weniger als die Hälfte des neuen zurückgeschraubten Minimums verfügt. Mit 30 Liter/Person/Tag kann ein normaler Mensch seinen täglichen Wasserbedarf in keiner Weise decken, im heißen Nahen Osten schon gar nicht. Zum Vergleich: ein durchschnittlicher bundesdeutscher Bürger verbrauchte im Jahre 2010 allein für den Haushalt etwa 120 Liter Trinkwasser pro Tag, im Jahre 2000 waren es sogar 130 Liter.²²⁶

Die Wasserknappheit in den palästinensischen Städten und Dörfern ist allgegenwärtig und akut. Ausgehend von den als Mindestwasserbedarf empfohlenen 60 Liter/Person/Tag (WHO) braucht der Bezirk von Hebron mit seinen 300.000 Einwohnern mindestens 18.000 m³/Tag. Hebron bekommt jedoch durchschnittlich nur 5.500 m³/Tag in sein Wassernetz eingespeist. Bethlehem (180.000 Einwohner) bekommt 8.000 m³/Tag statt der nötigen Mindestmenge von etwa 11.000 m³/Tag. Dass die Palästinenser die restlichen nötigen Wassermengen kaufen müssen, versteht sich von selbst. Sie sehen sich gezwungen, ihr eigenes Wasser von den Israelis teuer für den *dreifachen* Preis, den ein israelischer Siedler zahlen müsste, zu kaufen, damit sie ihren täglichen Basisbedarf an Wasser abdecken können.

Und obwohl der israelische Staat das Wasser der Palästinenser sowie der arabischen Nachbarn kontrolliert und faktisch ausblüdet und trotz der hochmodernen israelischen Bewässerungstechniken – gerade wegen seiner hochgeschraubten wassertechnischen und demographischen Zielen, sprich der Umsiedlung großer Teile der Weltjuden ins Heilige Land – kann der Staat Israel seinen Durst nach Wasser nicht stillen. Denn die Region ist wasserarm, wenn man die Jordan-Anrainerstaaten einzeln sieht. Laut Angaben der Welt Bank im Jahre 2005, variiert die Verfügbarkeit von Wasserressourcen zwischen allen fünf Ländern zwar sehr stark (Tabelle 3-11), bleibt jedoch insgesamt sehr schwach. Als extremer Vergleich sieht man hier deutlich, dass die Palästinenser am stärksten unter der Wasserknappheit leiden, denn ein durchschnittlicher Palästinenser verfügte im Jahre 2007 über 70 m³/Jahr gegenüber 240 m³/Person/Jahr auf der israelischen Seite, d. h. ein durchschnittlicher Israeli verbrauchte im gleichen Zeitraum beinahe *dreieinhalb* so viel Wasser wie ein Palästinenser. Bei den israelischen Siedlern sieht das ganze Verhältnis noch viel extremer aus: ein israelischer Siedler in der West Bank verbraucht sogar *sechsmal* so viel Wasser wie ein Palästinenser – das hat gewiss seine Gründe.

Verfügbarkeit von Wasserressourcen in fünf Uferstaaten des Fluss Jordan, 2005					
Land	Israel	Jordanien	Paläst. Gebiete	Syrien	Libanon
Wassermenge (m ³ /Person/Jahr)	240	200	70	800	1.000
Quellen: Welt Bank, 2005, in: Hilel Shuval, Hassan Dwik: <i>Water Ressources in the Middle East</i> , Springer Verlag, 2007, S.4.					

Tabelle 3-11: Wasserverfügbarkeit in den Jordan-Uferstaaten, 2005.

Wie man oben gesehen hat, verfolgt Israel diese Politik der Kontrolle der Wasserressourcen seit nun über sechzig Jahren und sehr stark seit Beginn der Besetzung im Juni 1967. Aber am stärksten wird dieses Phänomen ironischer Weise seit der Unterzeichnung der Osloer Verträge sichtbar. Oslo sollte eigentlich den ‚lebensfähigen‘ Palästinenserstaat einleiten, aber die israelischen destruktiven Praktiken im besetzten palästinensischen Land bezeugen eine unbestreitbare Tatsache, dass die Israelis gar keinen Palästinenserstaat neben Israel haben wollen und dass sie alles tun, um diese Idee zu untergraben. Was wir heute als Ergebnis der Siedlungspolitik haben, kann man guten Gewissens als einen „Archipel Ost-Palästinas“²²⁷ bezeichnen, denn das vielfach zerstückelte Gebiet ist allseitig von einem israelischen Meer umgeben und durchdrungen, das einen lebensfähigen Palästinenserstaat zu einem Akt der Unmöglichkeit macht. Und zuletzt spielt die israelische Mauer seit Juni 2002 bei der Umsetzung des oben genannten israelischen Ziels im Westjordanland eine wesentliche Rolle. Diese vernichtet nicht nur den Lebensraum der Palästinenser, sondern vor allem auch das restliche lebenswichtige ‚Wasser‘, das ihnen übrig geblieben ist. Insbesondere im ersten Mauerabschnitt zwischen Salem und El-Qana sieht man deutlich eine *Wechselwirkung* zwischen dem Verlauf des Mauerstreifens und den Wasserressourcen des Bergaquifers der West Bank. Im nächsten Abschnitt soll diese Sachlage kurz geschildert werden.

225 Angaben nach WHO, in: ‘USAID West Bank/Gaza: Water Resources & Infrastructure, 2009’, online: <http://www.usaid.gov/wbg/wri.html>.

226 Angaben nach dem deutschen Umweltbundesamt, 2010, siehe unter :<http://www.umweltbundesamt.de/wasser/themen/trinkwasser/index.htm>.

227 *Atlas der Globalisierung 2009/ Le Monde Diplomatique*, Deutsche Ausgabe, TAZ, 2009, S. 178-179. Siehe auch Karte 3-31 dieser Arbeit.

3.7.8 Wechselwirkung von Mauerstreifen und Wasserressourcen in der West Bank

Neben Jerusalem ist das Gebiet im Nordwesten der West Bank, im so genannten *ersten Abschnitt* der Mauer (zwischen der israelischen Ortschaft Salem und dem palästinensischen Gebiet von Elkana) besonders von der Landnahme betroffen. Aus diesem fruchtbaren Gebiet entstammen 37% der Agrarproduktion im Westjordanland. Die im Juli 2003 fertig gestellten Mauersegmente haben effektiv 10 israelische Siedlungen (19.000 Siedler) bzw. ihr zugeordnetes palästinensisches Land, etwa 76 km² (2% der West Bank- Fläche) an den israelischen Staat angegliedert.²²⁸ Das Gebiet hat aber noch eine andere lebenswichtige Qualität, nämlich das relativ hohe ‚Grundwasseraufkommen‘. Das Ausmaß dieser Baumaßnahme in diesem Gebiet zeigt Karte 3-26, die die so genannte „Closed Zone“ darstellt. Diese westlich der Mauer eingeschlossene und von ihren Besitzern, den palästinensischen Bauern, einfach abgeschnittene hochwertige Agrarflächen, bedeuten für die Palästinenser (außer dem Verlust ihres Wassers) einen schmerzhaften Verlust wichtiger Ressourcen. Folgende Daten helfen ein Gesamtbild der Situation zu gewinnen:

Laut Tabelle 3-4 (oben) werden etwa 480 km² arabisches Land (8,5% der Fläche des Westjordanlandes inklusive Ostjerusalem) westlich der Mauer isoliert liegen. Der nördliche Mauerabschnitt verursacht einen beachtlichen Teil dieses Ressourcenverlustes²²⁹, denn

1. ohne das Gebiet Ostjerusalem werden insgesamt 238 km² Agrarland von seinen palästinensischen Besitzern (Bauern) isoliert. Für die Konstruktion des Mauerstreifens (50-100 Meter breit) wurden alleine im nördlichen Abschnitt zwischen Salem und Elkana etwa 83 km² kostbare Agrarfläche und Hinterland vieler Dörfer – durch den israelischen Staat enteignet;
2. insgesamt werden 16 palästinensische Dörfer in diesem Gebiet westlich der Mauer ins Niemandsland verdrängt;
3. eine gesamte Agrarfläche von fast 142 km², die 53 palästinensischen Dörfern zugehören, wird zusätzlich von der Mauer in diesem Abschnitt betroffen sein;
4. etwa 8,4 km² Obst-, Zitrus- und Olivenhaine wurden gerodet und beschlagnahmt.²³⁰ Diese Kahlrasierten Olivenhaine, immerhin 2% der betroffenen Fläche des nördlichen Abschnitts, sind für Israel wertvolles Bauland und ein unverhofftes Geschenk für die Stadtplaner Israels in der dicht besiedelten Küstenebene; und
5. das Land in dieser geschlossenen Zone westlich der Mauer ist von der Annexion höchst gefährdet. Denn Israel beruft sich bis heute auf die Bestimmung des osmanischen Gesetzes von 1858, dessen Grundaussage ‚unkultiviertes Land ist Staatsland‘²³¹ ist, exklusiv bezogen auf die Palästinenser. Die Zwangstrennung der Palästinenser von ihrem Land, das diese seit vielen Jahrhunderten kultiviert haben, kann zur Folge haben, dass Israel, laut Gesetz von 1858, das Land der Palästinenser *per Gesetz* beschlagnahmt und an jüdischen Pächtern (Siedlern) weiter gibt, sollten die Palästinenser ihr Land für die Dauer von 3 aufeinander folgenden Jahren nicht kultivieren können. Dieser Fall tritt bisher noch nicht ein, da die Palästinenser inzwischen ein sehr wachsames Auge auf die subtilen Taktiken der Militärregierung haben und wegen der großen politischen und juristischen Unterstützung internationaler und israelischer Friedensorganisationen, wie *BtSelem* und *Peace Now*, die einen großen Beitrag dazu leisteten, dass die Palästinenser wenigstens zeitweise einen Zutritt zu ihrem Land bekommen (siehe Mauer-Gates, Abschnitt 3.7.2/ Tabelle 3-6).

Mit dem Landverlust würden Tausende von Palästinensern ihre einzige Einkommensquelle verlieren. Und dennoch bedeutet der Verlust vom Wasser für die Palästinenser einen noch größeren, fast vernichtenden Schlag, denn ihre menschliche und ökonomische Existenz sowie die Wachstumsperspektiven des Landes ‚Palästina‘ hängen sehr von dieser Lebensflüssigkeit ab. Wie oben geschildert, stellt Wasser vielleicht die Hauptherausforderung

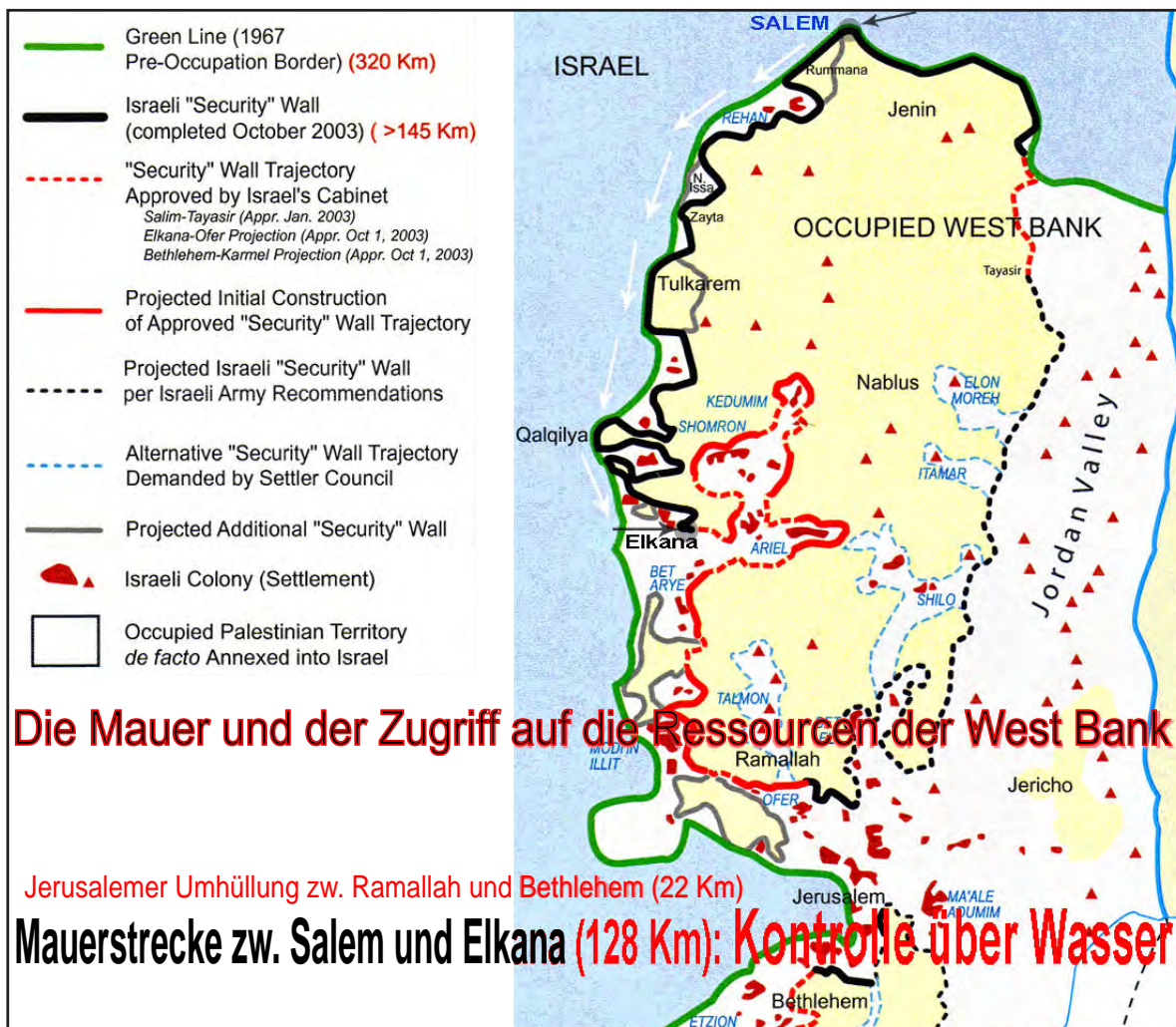
228 Quarterly Update on Conflict and Diplomacy, 16. August-15. November 2003, in: *Journal of Palestine Studies XXXIII, no. 2* (Winter 2004), pages 126-146, compiled by Michele K. Esposito, S. 136.

229 Angaben, soweit nicht anders angegeben, aus Messerschmid, Clemens: *Trennung – Wovon und von wem? ... a.a.O.*.

230 In diesem Mauersegment wurden durch die Mauerkonstruktion insgesamt 100.000 Oliven- und Zitrusbäume vernichtet, sowie weitere 300.000 m² Gewächshaus-Flächen, 37 Km Bewässerungsleitungen und 85 kommerzielle Bauten zerstört. Vgl. Quarterly Update on Conflict and Diplomacy, 16. August-15. November 2003, in: *Journal of Palestine ... a.a.O.*, S.136-137.

231 Im Jahre 1980 führten die Israelis, die die Legitimität der jordanischen Herrschaft über das Westjordanland nicht anerkannten, im Zuge der Landnahme in den besetzten Gebieten ein neues Prinzip, das besagt: „unkultiviertes Land ist Staatsland“ und konnten somit ihre Hand mit Hilfe des alten Osmanischen Bodenrechts (siehe Abschnitte 1.3.2-1.3.4 dieser Arbeit) illegal auf große Flächen des arabischen Bodens legen. Vgl. Benvenisti, Meron: *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.34.

in der Zukunft des Nahen Ostens dar. Hier, in Palästina/Israel, sind schon längst die ersten Indikatoren, wenn nicht Syndrome, eines Wasserkrieges erkennbar. Der nördliche Mauerabschnitt kommt, nach Meinung vieler Beobachter, einer *Wasser-Kriegserklärung* von Seiten Israels gegen die palästinensische Existenz gleich.



Karte 3-26: Nördlicher Abschnitt der israelischen Mauer zw. Salem und Elkana: Wasserkontrolle, Oktober 2003.

Geographisch-hydrologischer Hintergrund der Wasserkrise

Der Nordabschnitt der Mauer zwischen Salem und Elkana verläuft im Grenzgebiet zwischen der West Bank und Israel, wo die Ausläufer des Hügellandes des großen West Bank-Sattels in die westliche Küstenebene übergehen. Das Mauergebiet ist neben Jericho mit seinen starken Oasenquellen der Schwerpunkt palästinensischer Bewässerungswirtschaft in der West Bank: Etwa 37% der Agrarproduktion entstammen der Bezirken: Jenin, Tulkarm und Qalqilya. Bewässerung ist der limitierende Faktor in der Landwirtschaft dieser Region: während hier im Jahre 2000 aus Regenfeldbau nur 319 Tonnen pro km² erwirtschaftet wurden, wurde der Ertrag aus bewässerten Flächen auf 6960 Tonnen pro km² mit einem Ertrag von 430.000 US\$ pro km² geschätzt.²³²

Seit Beginn der israelischen Besatzung 1967 herrscht aufgrund des weitgehenden Fehlens der Industrie eine besondere strukturelle Abhängigkeit der Lohnarbeit von der seinerzeit geförderten Wanderarbeit in Israel, zumeist auf dem Bau. Jedoch etwa seit dem zweiten Golfkrieg 1991, verschärft seit den Osloer Verträgen 1993 brauchen alle Palästinenser, die in Israel arbeiten wollen, eine Sondergenehmigung, die so schwer zu bekommen ist, dass die Zahl der in Israel beschäftigten Arbeiter auf einen Bruchteil ihres früheren Wertes gesunken ist. Wer seit Beginn der Abriegelung nicht wieder in der Landwirtschaft sein Auskommen gefunden hat, ist deshalb hier im Grenzstreifen beinahe mit Sicherheit zu Dauerarbeitslosigkeit verdammt: 77,3% sind als arbeitslos oder „disencouraged“ eingestuft. Obwohl die Landwirtschaft für das Land Palästina die Haupteinnahmequelle ist bzw. sein soll, ist die Beschäftigungsrate hier überraschend gering, denn nur 6% der Flächen stehen unter Bewässerung. Deshalb sind auch nur 11% der Beschäftigten im Agrarsektor tätig, während es in der gesamten West Bank im Schnitt 43% sind. Das würde sich dann ändern, wenn mehr Wasser zur Landbewässerung zur Verfügung steht.

232 Alle Angaben aus Messerschmid, Clemens: *Trennung – Wovon und von wem? ... a.a.O.*

Hier stellt sich logischerweise die Frage: *Warum ist das so bzw. was hat zu diesem Zustand geführt?* Um die Sachlage zu verstehen, muss man zuerst die hydrologischen Hintergründe des Gebietes nordwestlich der West Bank betrachten.

Hydrologisch gesehen verläuft die Mauer im Gebiet des westlichen Berg-Aquifer genannt Westlicher Aquifer, einem Grundwasserbecken, dessen Hauptpumpgebiet jedoch in einem Streifen parallel zur Green Line von 1949 verläuft. Durch die natürlichen Fließverhältnisse des Grundwassers ist nur ein schmaler Streifen in der West Bank viel versprechend für Brunnenförderung.

Karte 3-27 zeigt *drei Zonen* unterschiedlicher Förderbedingungen. Diese sind:

1. Eine östliche Zone, in der nur das untere Grundwasserstockwerk bepumpt werden kann, welches zudem nur zum Teil gesättigt ist. Das obere Grundwasserstockwerk (oberer Aquifer) ist hier trocken. Diese Zone ist als ‚schlecht‘ dargestellt;
2. eine Zone mittlerer Güte ist der etwa 5 km breite Streifen nahe der Grenze. Hier können beide Aquifer benutzt werden, der obere ist jedoch immer noch nicht in seiner vollen Mächtigkeit mit Grundwasser gesättigt; sowie
3. erst westlich hiervon, im mit ‚gut‘ bezeichneten Streifen herrschen Bedingungen, die hohe Pumpraten in den beiden voll gesättigten Aquifer zulassen und Druckwasserspiegel in geringen Tiefen aufweisen.

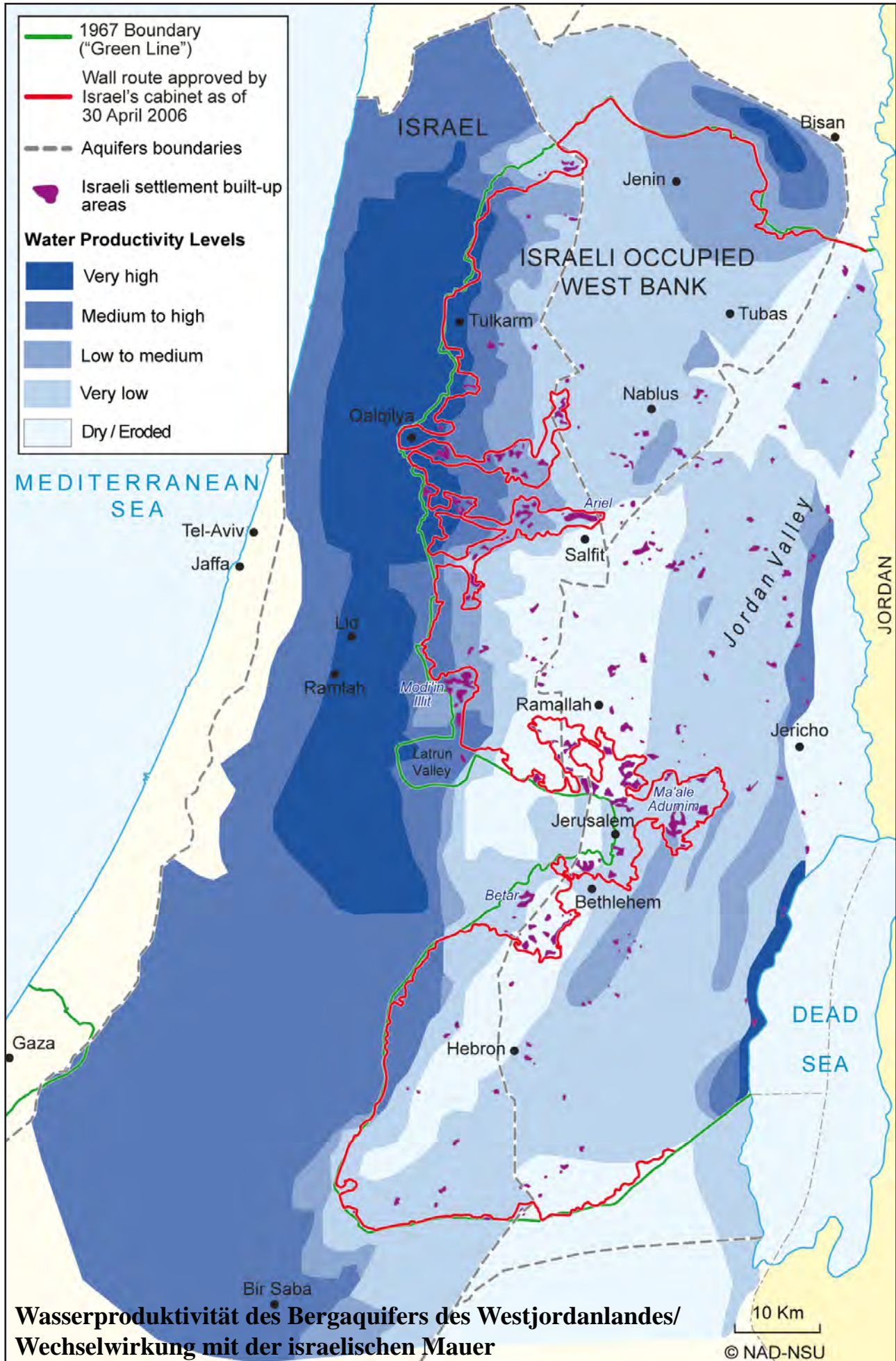
Der westliche Aquifer ist mit Pumpraten von etwa 360 Mio.m³/Jahr der größte und wichtigste Aquifer in Israel und Palästina. In trockenen Jahren steigt die Förderrate auf bis zu 572 Mio. m³/Jahr. Er hat somit ein höheres Wasserangebot als die beiden anderen Grundwasserbecken, die in der West Bank entspringen (das östliche und das nordöstliche Becken) zusammen.²³³ Im Gegensatz zu den zwei anderen Becken, die deutlich ungünstigere Bohr- und Pumpbedingungen aufzeigen, vereinen sich im westlichen Aquifer flachgründige Wasserstände mit hohen Pumpraten.

Wie bereits erwähnt, wurde der westliche Aquifer vor allem in den ersten zwei Jahrzehnten nach Gründung des israelischen Staates kräftig im Rahmen der großen Bewässerungs-Projekte der 1950er und 60er Jahre entwickelt, deren Hauptziele zum einen ein in allen Aspekten kolossaler Wassertransport vom nördlichen Hula-Gebiet bis zur Negev-Wüste im Süden und zum anderen die Gründung von ‚new towns‘ im Lakisch-Gebiet (siehe oben, Abb. 2-3) waren.

Die Planung in Bezug auf die Ressource ‚Wasser‘ im jungen israelischen Staat war bereits in den frühen 1950er Jahre ziemlich fortgeschritten und weitsichtig, jedoch in keiner Weise kooperativ mit den Nachbarn. Solche Projekte brauchen, heute genauso wie damals, nicht nur enorme finanzielle Mittel, sondern vor allem auch das wissenschaftliche ‚Know-how‘. Planung und Ausführung dieser Projekte waren ein durchaus *bewundernswerter* Aspekt. Der andere Aspekt war aber die Tatsache, dass die Israelis damals im weltpolitischen Kontext der Nachkriegszeit eine beinahe uneingeschränkte Unterstützung des Westens bekamen, und das neben der Tatsache, dass das palästinensische Land, auf dem sie diese Projekte starteten, ihnen quasi geschenkt wurde, mit der Folge, dass die Planer die ganze Unterstützung einfach in den technischen und wissenschaftlichen Sektoren einsetzen konnten.

Der Interessenkonflikt um den westlichen Aquifer der West Bank begann bereits mit dem zionistischen Hula-Negev-Projekt der 1950er Jahre. Viele der israelischen Brunnen im Westlichen Aquifer sind mit dem ‚National Water Carrier‘ verbunden. Das Wasser ist mobil und für das gesamte Land nutzbar. Viele palästinensische Dörfer haben hingegen nur sehr unzureichende oder gar keine eigene Wasserversorgung. Diese Gebiete werden meist durch die israelische staatliche Wasserfirma ‚Mekorot‘ versorgt, wobei eine zusätzliche Ungleichbehandlung in Umfang, Service und Preis der Wasserlieferungen zu beobachten ist. Als zukünftige Entwicklungsperspektive haben die palästinensischen Einwohner dieser Region keinerlei Ausweichmöglichkeit auf andere Grundwasservorkommen. Deshalb und aufgrund der o. a. Ungleichverteilung ist dieses Becken das am heißesten umstrittene in den Wasserverhandlungen.

²³³ Messerschmid, Clemens: Westbank: *Der westliche Bergaquifer; ein Beitrag in Inamo Nr. 27, 2001* (offizielle Zeitschrift für das unabhängige Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e. V.).



Karte 3-27: Wechselwirkung Mauer und Produktivitätszonen im westlichen Berg-Aquifer der West Bank.

Wasserverbrauch von beiden Konfliktparteien²³⁴

Der Konflikt um Wasser lässt sich deutlich auch in Zahlen ablesen, die die Wassernutzung von beiden Konfliktparteien beleuchten. Die oben erläuterte Situation der Wasserverteilung zwischen Israelis und Palästinensern überträgt sich selbstverständlich auf den jeweiligen Verbrauch des Wassers: Israel verbrauchte unmittelbar nach Fertigstellung des nördlichen Mauerabschnittes im Jahre 2003 für seine Trinkwasserversorgung, für agrarisches und für gewerbliches Nutzwasser insgesamt etwa zwei Milliarden Kubikmeter (2000 Mio. m³) im Jahr. Davon stammen je nach Regenfällen und Grundwasser-Angebot etwa 1100-1200 Mio. m³ aus Brunnen. Der größte Teil des Rests stammt aus Oberflächenwasser, vor allem dem See Genezareth (400 bis 500 Mio. m³).

Zugriff auf die Wasserressourcen in Palästina/Israel (im Vergleich), 2003				
1) Verteilung der Brunnenförderung aus den drei West-Bank-Aquifers, 2003				
Arte der Förderung	Fördermenge			
	Israel		Palästina (PNA)	
	in Mio. m ³	%- Anteil	in Mio. m ³	%- Anteil
Tiefwasser-Aquifer				
Östlicher Aquifer	37	58%	27	42%
Nordöstlicher Aquifer	72	79%	19	21%
Westlicher Aquifer	330	93%	26	7%
<i>Summe aller Tiefwasser-Brunnen</i>	439	86%	72	14%
Süßwasserquellen	123	35%	66	65%
Gesamtfördermenge in der West Bank	562	80%	138	20%
2) Gesamtwasserhaushalt in Israel und Palästina im Vergleich , 2003				
	Israel		West Bank & Gaza	
Gesamtmenge in Mio. m ³	2000		238	
Anteil in %	89%		11%	
Pro-Kopf Dargebot (inkl. Bewässerung)	843 ltr/Tag		192 ltr/Tag	

Quelle: Clemens Messerschmid, September 2003

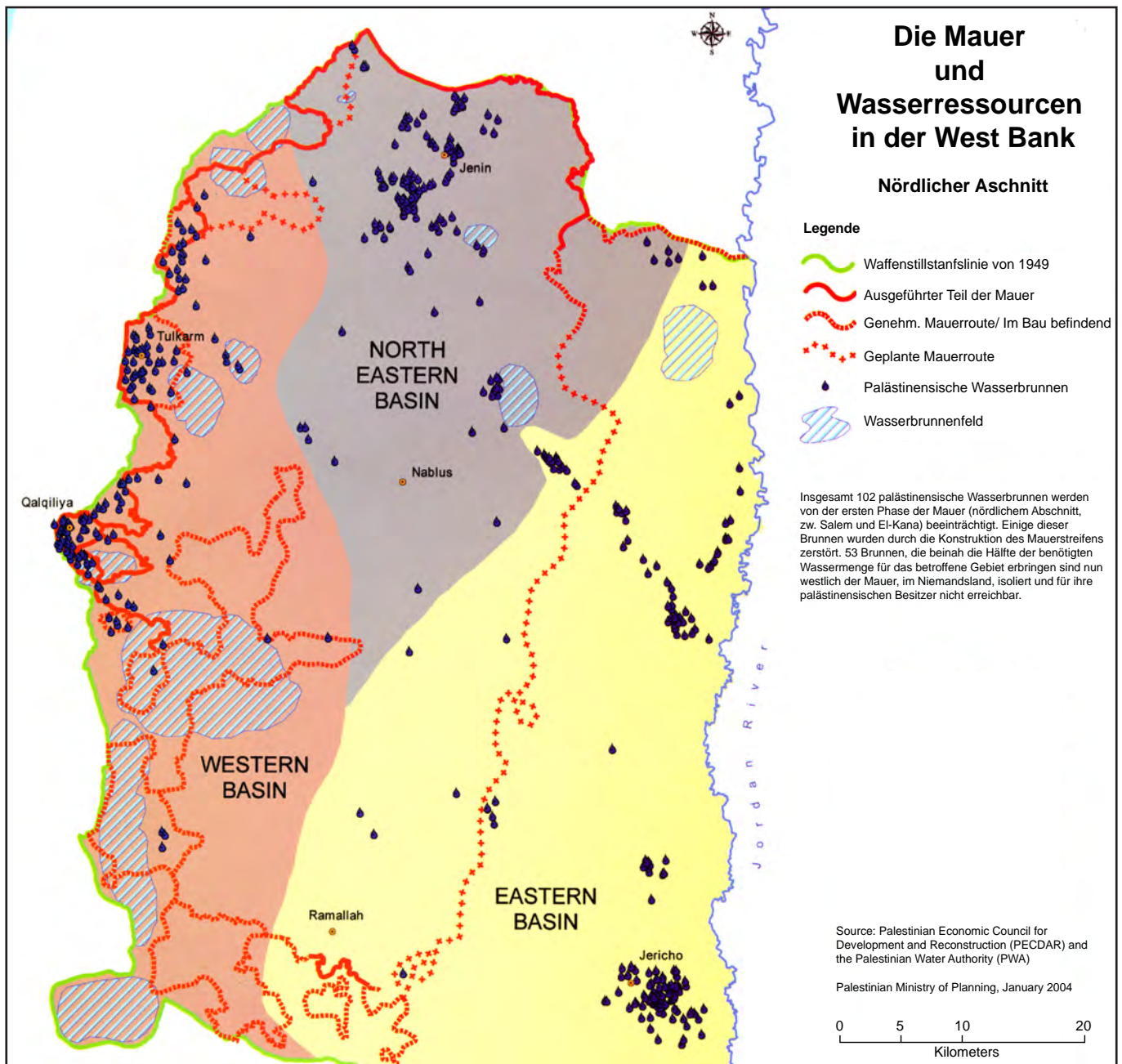
Tabelle 3-12: Wasserverteilung in Israel/Palästina, im Vergleich, 2003.

Von den vielen intensiv genutzten Grundwasserbecken haben der westliche Aquifer und der israelische Küstenaquifer die größten Wiederauffüllungsraten, mit geschätzten 360 Mio. m³ bzw. 370 Mio. m³ pro Jahr. Die beiden anderen West Bank Aquifer zusammen füllen sich durch Regen jedes Jahr mit etwa 310 Mio. m³, wovon 50% aus Brunnen gefördert wird (Tabelle 3-12). Laut Tabelle verfügten die Palästinenser in der West Bank über etwa 138 Mio. m³/Jahr (=20% des Wassers in der West Bank) aus Brunnen und Quellen zusammen, während Israel sich jährlich etwa 562 Mio. m³ Süßwasser (=80%) allein aus den West Bank- Aquifer sichert. Bis zum Jahre 2003 kontrollierten 2,3 Mio. Palästinenser in der West Bank 138 Mio. m³ Wasser, die 1,2 Millionen Einwohner Gazas rund 100 Mio. m³ im Jahr. Vergleicht man diese 238 Mio. m³ mit den 2000 Mio. m³ Israels, so wird die ungerechte Wasserverteilung sichtbar, denn 3,5 Millionen Palästinenser haben die Verfügungsgewalt über nur 11% des Wassers, während hingegen 6,7 Millionen Israelis 89% des Wassers von Mandatspalästina kontrollieren.

Nirgendwo ist jedoch die Verteilung so ungerecht wie im westlichen Aquifer. Denn hier sichert sich Israel 93% des Wassers. Die Palästinenser haben nur 7% Anteil (25,67 Mio. m³/ Jahr aus 159 Brunnen) am gesamten Angebot des westlichen Aquifer. Im nördlichen Maueranschnitt, vor allem um Tulkarm und Qalqilya, konzentriert sich die palästinensische Brunnenförderung mit durchschnittlich 22,19 Mio. m³/ Jahr aus 141 Brunnen. In diesem Zusammenhang zeigt Karte 3-28 einen interessanten Aspekt, nämlich die Tatsache, dass eine deutliche Wechselbeziehung zwischen dem Verlauf der Mauer und der Verteilung des Wassers zwischen Israelis und

234 Messerschmid, Clemens: *Trennung – Wovon und von wem? ... a.a.O.*

Palästinensern existiert: Insgesamt 102 Brunnen (von ursprünglich 159 Brunnen) sind vom Mauer-Streifen direkt betroffen. Einige Brunnen wurden für den Bau des Mauerstreifens einfach zerstört. Insgesamt 47 Brunnen, die die Hälfte der Fläche vom nördlichen Mauerabschnitt mit Wasser versorgt haben, liegen jetzt ausgeschlossen, auf der westlichen Seite der Mauer. Und das in einem Gebiet, das als das Herz der palästinensischen Landwirtschaft gilt.



Karte 3-28: Die israelische Mauer und die Wasserressourcen in der West Bank, Januar 2004.

Rechtstreit um das Wasser des Westjordanlandes

Laut internationalem Recht sind beide Grundwasserbecken der West Bank *internationale Wasserressourcen*, die von Israel und den Palästinensern geteilt werden sollen. Die Teilung des Wassers aus diesen Quellen ist jedoch offensichtlich unfair, zugunsten Israels. Ergebnis ist, dass die Palästinenser der West Bank unter einer akuten Wasserkrise leiden müssen, die es ihnen unmöglich macht, ihre Wassergrundbedürfnisse zu erfüllen.

Im internationalen Recht ist Grundwasseraufteilung ein schwieriges Thema, und es gibt kaum Präzedenzfälle, nach denen ge- und verhandelt werden kann. Die Kontrolle Israels über die Ressourcen in der West Bank und im Gazastreifen, vor allem über das Wasser, ist allgegenwärtig. Dieser asymmetrische Zugriff zeigte sich deutlich bereits unmittelbar nach der Gründung des Staates im Jahre 1947. Dennoch ist diese Problematik hier haupt-

sächlich im Zusammenhang mit der Mauer bzw. mit der Lebensfähigkeit eines künftigen Palästinenserstaates interessant.

Eine häufig benutzte israelische Argumentation beruft sich auf die so genannte ‚bewährte Wassernutzung‘ (‚established water use‘) nach dem Prinzip der ‚Vor- oder historischen Wassernutzung‘ (‚prior or historic water use‘) des internationalen Wasserrechts.²³⁵ Die israelische Grundposition in diesem Rechtsstreit ist, dass es legitime *historische Vorbenutzungsrechte* zu dem Anteil des aus dem Bergaquifer natürlich fließenden Anrainerwassers gebe, das gegenwärtig innerhalb der internationalen anerkannten Grenzen Israels benutzt wird. Israel dementiert die Behauptung arabischer und einiger internationaler Wasserexperten, dass es das palästinensische Wasser des Bergaquifers *gestohlen* habe. Die Israelis deuten darauf hin, dass die Hauptanteile dieses Wassers schon immer auf natürlichem Weg unterirdisch in ihr Territorium bzw. in das Tote Meer fließen würden. Sie berufen sich darüber hinaus auf 80 Jahre jüdische Arbeit in Palästina auf dem Wassersektor, dass mit viel Kraft und Kosten zur Entwicklung des Wassersystems Israels geführt habe.

Die mangelnde Glaubwürdigkeit dieser israelischen Grundposition in Bezug auf die Wassernutzung des Bergaquifers kann man in *zwei* grundsätzlichen Bemerkungen feststellen:

1. Israel wechselt seine Argumentationen häufig bzw. verschiedene Interessengruppen in Israel argumentieren auf unterschiedliche Weise. In Israels Berufung auf die so genannte ‚bewährte Wassernutzung‘ wird die Tatsache ausgeblendet, *dass die gegenwärtige israelische Nutzung nicht organisch gewachsen, sondern eine Folge der Besetzung ist*; sowie
2. es ist kein Geheimnis, dass Israel bis heute keine international anerkannten Grenzen hat bzw. haben will. Die Behauptung, dass Israel seinen Wasseranteil innerhalb seines Staatsterritoriums benutzt, übersieht die Tatsache, dass es hier nicht nur um ein unverhältnismäßiges Überpumpen des Wassers zum Nachteil der Palästinenser geht, sondern auch um die Tatsache, dass die einzigen juristisch legitimen international anerkannten Grenzen des hebräischen Staates noch die vom UNO-Teilungsplan aus dem Jahre 1947 bestimmten Staatsgrenzen sind. Ein einziger Blick auf die Karte zeigt deutlich, dass der *ganze* Bergaquifer (100%) zum arabischen Staat gehören sollte (Vgl. Karten-Anhang 1 sowie Anhang VI/A/4). Ansonsten ist die Grenzfrage laut Oslo II immer noch ein Gegenstand der Verhandlung.

Die Palästinenser hingegen berufen sich, analog zu den häufigen Streitfällen um Flüsse, oft auf den internationalen Grundsatz des am Oberlauf liegenden Anrainers, denn während 80-90% der Wiederauffüllung des Aquifer durch Regen innerhalb der West Bank stattfindet, werden 86% des Wassers gegenwärtig aus Tiefwasserbrunnen und Quellen innerhalb der *Grenzen* von Israel (Vgl. Tabelle 3-12) gewonnen. Israel lehnt diese Argumentation im Falle des westlichen Aquifer ab, beruft sich aber auf die gleiche Argumentation im Falle des Jordan-Flusses, dessen Oberlauf es kontrolliert.

Die Grundposition der Palästinenser in diesem Wasserstreit ist, dass das Wasser des Bergaquifers als gemeinschaftliches Wasser auf einer angemessenen und gerechten Basis zwischen den Anrainern geteilt werden muss. Während Israel nur 25% ihres Wasserbedarfs aus dem West-Aquifer gewinnt, sind die Palästinenser fast ausschließlich auf dieses Wasser angewiesen – das gilt nicht nur für die Palästinenser in der West Bank, sondern auch im Gazastreifen, wo die Nutzung bereits seit langem am Anschlag ist und drastisches Überpumpen jetzt schon katastrophale Auswirkungen hat, sowohl ökonomisch und ökologisch wie auch gesundheitlich und im Umfang der Grundversorgung.

Die Palästinenser, die zum großen Teil Bauern und Dorfbewohner sind und deren Familien viele Jahrhunderte in und von diesem Land gelebt haben, haben eine starke Verbindung zum Land und zum Wasser, das als Regen auf ihre Fläche niederschlägt und, das sie ernährt bzw. ihrem Boden mit der Lebensflüssigkeit versorgt. Sie sehen eine unzertrennliche organische Bindung zwischen ihnen selbst, ihrem Boden und ihrem Wasser, denn ohne diese beiden Grundelemente hätten sie zivilisatorisch, kulturell und ökonomisch über einige Jahrtausende hindurch überhaupt nicht existieren können. Ihre Benachteiligung bei der Ausschöpfung derer Landesressourcen bedeutet für sie eine existenzielle Gefahr. Die Anerkennung ihrer gerechten Ansprüche auf ‚Wasserrechte‘ liegt ihnen besonders am Herzen, insbesondere auf ihren Anteil am Bergaquifer der West Bank, sprich im Subterrain

²³⁵ Mehr zum Wasserrechtsstreit zwischen Palästinensern und Israelis, Vgl.: Shuval, Hillel: *Meeting Vital Human Needs ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik (Hrsg.): *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.7-11; sowie Messerschmid, Clemens: *Trennung – Wovon und von wem? ... a.a.O.*

des Gebietes, das ein Teil ihres künftigen Staates sein wird. Sie haben aber auch Ansprüche auf ihre Anteile vom Wasser des *Jordans*, zu dem sie vor 1967 Zugang hatten. Sie sehen es nicht ein, warum sie nicht die völlige Kontrolle über ihre Wasserressourcen in der West Bank haben sollen und lehnen die israelischen Versuche ab, die sie dazu zwingen wollen, äußerst kostspielige Projekte zur Wassergewinnung aus Entsalzungsanlagen zu finanzieren bzw. Wasser aus benachbarten Ländern zu importieren. Diese Projekte lägen überdies völlig unter israelischem Management und Kontrolle. Sie befürchten, dass diese Projekte nicht nur teuer sein werden, sondern auch dass sie die israelische Kontrolle über ihr vitales Wasser und über ihr Leben faktisch fortsetzen würde und folglich ihnen ihre Unabhängigkeit vorenthalte. Natürlich fragen sich die Palästinenser, warum Israel, wenn es Wasserentsalzungsanlagen für so sinnvoll hält, diese Projekte nicht selbst auf seinem eigenen Territorium entwickelt, insbesondere da Israel geographisch (lange Küste am Mittelmeer) und finanziell wesentlich besser dasteht als die Palästinenser in den Bergen der West Bank bzw. im dicht besiedelten Gazastreifen.

Sollte sich Israel weigern, die Verantwortung für die Versorgung des Gazastreifens mit Wasser, wenigstens teilweise, mit zu übernehmen, würde der westliche Aquifer wieder ins Zentrum der Auseinandersetzung rücken. Mit anderen Worten: sollte also die West Bank im Ergebnis kommender Verhandlungen Gaza mitversorgen müssen, so kommt hierfür nur der westliche Aquifer in Frage. Denn die Nutzung des östlichen Aquifer im Jordangraben bzw. der Wasserquellen um Jericho für diesen Zweck, würde zum einen nicht einmal für die West Bank allein ausreichen, vom Gazastreifen ganz zu schweigen. Zum anderen ist es unmöglich bzw. widersinnig, Wasser von der Ostseite der West Bank, nahe dem Toten Meer, mehr als 1000 m hoch über die Berge Hebrons zu pumpen und für einige Milliarden US Dollar Rohrleitungen zu verlegen, wenn die natürlichen Flussverhältnisse das Wasser im Westlichen Aquifer Gaza sozusagen vor die Haustür liefern könnten.

Mauer und Wasser-Entwicklungspotenziale im Westjordanland?

Ökonomisch ist Palästina weit von einem Industriestaat entfernt. Sicher ist, dass ein Palästinenserstaat – zumindest für eine längere Übergangsperiode – sich stark auf die Landwirtschaft stützen müsste, vor allem nahe der ‚Grünen Linie‘, wo seit Baubeginn des israelischen Mauerstreifens besonders viele Menschen arbeitslos sind. Wasser, genauer gesagt die Sperrung vom Wasser, ist in diesem Kontext von zentraler Bedeutung. Und wenn man über die Auswirkungen der Mauer spricht, sollte man nicht nur der Verlust bestehender Nutzung, sondern auch den zukünftigen Entwicklungspotenzialen Beachtung schenken.

Wie oben erwähnt, der gebaute nördliche Mauerabschnitt lässt 53 Brunnen in der Gegend zwischen Tulkarm und Qalqilya auf die unerreichbare westliche Seite der Mauer fallen. Auf den ersten Blick scheint es so, dass Israel mit dieser Aktion die Absicht hat, sich diese Brunnen und ihre Förderung einzuverleiben. Es stimmt zwar, dass dies für die Palästinenser ein großer Verlust bestehender Nutzung darstellt. Jedoch erscheint diese Ansicht – nach Meinung des Wasserexperten Clement Messerschmid – beim genauen Studieren der physischen Struktur der Wasserressourcen, ihrer Nutzung und der technischen Anlagen, kaum haltbar. Das kann man auf vier Hauptgründe zurückführen:

1. Die palästinensischen Brunnen sind, im Gegensatz zu den israelischen, nicht tief und nicht ergiebig, denn sie liegen in weniger gutem Pumpgebiet als die Brunnen auf israelischer Seite (Vgl. Karte 3-28);
2. Die von der Mauer direkt betroffenen palästinensischen Brunnen produzieren ein Wasservolumen von insgesamt (nur) rund 5 Mio. m³/Jahr. Zählt man die Brunnen dazu, die bedroht sind, wenn Israel, so wie im Gazastreifen, einen etwa 1 km breiten Streifen östlich der Mauer zum ‚Sicherheitssperrgebiet‘ erklärt, so würden noch 60 weitere Brunnen mit 10,3 Mio. m³ Fördermenge hinzukommen. Diese Wassermenge (etwa 15 Mio. m³/Jahr) macht zusammengenommen gerade 4,5% der jährlichen israelischen Förderrate aus dem westlichen Aquifer aus und liegt damit weit unterhalb der saisonalen und jährlichen Schwankungen, welche sich im Bereich von bis zu 100 Mio. m³ bewegen;
3. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die meisten palästinensischen Brunnen zur Bewässerung gebaut wurden. Anders als die meisten israelischen Brunnen haben sie deshalb keinen unterirdischen Anschluss an Leitungsnetze, um das Wasser in weiter entfernte Gebiete zu pumpen oder gar in den *National Water Carrier* einzuspeisen. Genau aus diesem technischen Grund ist jedoch andererseits schon absehbar, dass es eine Frage der Zeit sein wird bis das Wasser in diesem Gebiet den Brunnenbesitzern verloren geht bzw. in das israelische Netz eingespeist werden wird. Sie kämen an das Wasser selbst dann nicht heran, wenn ihre Brunnen auf der anderen Seite weiterliefen; und

4. schließlich muss hier Erwähnung finden, dass Israel in der Lage ist, diese 15 Mio. m³ weitgehend, wenn auch nicht vollständig für sich zu nutzen, indem es einfach die Pumpbraten in seinen eigenen weiter westlich gelegenen Brunnen leicht erhöht. De facto ist Israel somit technisch in der Lage, das Wasser auf sozusagen unsichtbare Weise zu nutzen, ohne die palästinensischen Brunnen anzurühren.

Die Wassermenge, die den Palästinensern durch die Mauerkonstruktion verloren gegangen ist, macht zwar nur 4,5% der israelischen Förderrate aus dem westlichen Aquifer aus, für die Palästinenser aber machen die oben angesprochenen 5 bzw. 15 Mio. m³/Jahr etwa 23 bis 75% der durchschnittlichen jährlichen Wasserförderrate aus dem westlichen Aquifer aus. Sie sind damit ein schmerzhafter, wenn nicht ein katastrophaler Verlust, der die palästinensische Landwirtschaft in ihren Möglichkeiten extrem beschneidet.

Natürlich sind die unmittelbar an den bzw. innerhalb der Mauersegmente liegenden und eingeschlossenen Dörfer und Städte in erster Linie betroffen. Jedoch sind die indirekten künftigen Verluste noch einschneidender. Denn in wasserwirtschaftlicher Hinsicht gehen nicht nur zwischen 47 und 107 Brunnen verloren. Für die Zukunft ist vor allem wichtig, dass mit dem Mauerbau de facto auch jede Aussicht für eine zukünftige Förderung aus neuen Brunnen (nach erfolgreichen Verhandlungen) unmöglich wird. Denn der Streifen westlich der Mauer, der von Israel faktisch annektiert wird, fällt mit dem beinahe einzigen Gebiet zusammen, in dem viel versprechende Standorte für zukünftige Brunnen liegen. Alle Gebiete weiter östlich liegen bereits an den Hängen der West Bank und zählen aus hydrologischer Sicht nicht mehr zum Pumpgebiet, sondern befinden sich im Übergangsbereich zwischen dem Wiederauffüllungsgebiet in den Bergen und dem Pumpgebiet in der Ebene. Die Wasserspiegel sind dort nur in großen Tiefen anzutreffen, die grundwasserführenden Schichten sind nur teilweise gesättigt und könnten deshalb höchstens in sehr schwachen Brunnen mit hohen Wasserspiegelabsenkungen erbohrt werden. Die Palästinenser verlieren also nicht nur bis zu 75% ihrer gegenwärtigen Nutzung aus dem westlichen Aquifer; sie verlieren zusätzlich die Aussicht auf eine weit größere Menge, nämlich nahezu 100% des potenziell in Zukunft zu erschließenden Grundwassers.

Genau dieser Aspekt dürfte nach Meinung einiger Experten für die israelischen Planer von Bedeutung sein.

Israel ist bereits in Oslo eine besonders harte Linie in Bezug auf die Wasserressourcen, insbesondere den westlichen Aquifer gefahren.²³⁶ Während den Palästinensern im östlichen und nordöstlichen Aquifer Bohrgenehmigungen im bescheidenen Rahmen zugestanden wurden (zusammen etwa 70-80 Mio. m³ für die Interimsperiode), bestand Israel beim westlichen Aquifer darauf, dass die Palästinenser keinen Tropfen neu erschließen. Bereits Mitte der 1990er Jahre, also unmittelbar nach Oslo II und lange vor Camp David II, haben israelische Hydrologen „Maps of Water Interests“ gezeichnet, in denen die Gebiete, die nun hinter die Mauer gefallen sind, zu strategischen Interessenzonen Israels gezählt wurden. In diesen Gebieten sollte jegliche zukünftige palästinensische Erschließung unterbunden werden. Die Wechselwirkung zwischen der Mauerroute im nördlichen Abschnitt und den Wasserressourcen liegt offensichtlich auf der Hand und es überrascht nicht, dass der jetzige Verlauf der Mauer diesen Karten stark ähnelt.²³⁷

Man sieht hier deutlich, dass die israelischen Absichten hinter der Segregation von palästinensischen Wasserbrunnen nicht lediglich die Annexion der Brunnen sein können. Hier geht es in erster Linie offensichtlich um die Stagnation der palästinensischen Wirtschaft und folglich um die Minimierung der palästinensischen Fähigkeit, einen eigenen Staat zu unterhalten. Und die Geschichte der israelischen Besatzung sowie die Bestimmungen des Osloer Abkommens geben genug Anlass für diesen Verdacht.

236 Vgl. z.B. den britischen Politikwissenschaftler Jan Selby: *Joint Mismanagement: Reappraising the Oslo Water Regime*, in Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle ... a.a.O.*, S.203-211.

237 Messerschmid, Clemens: *Trennung – Wovon und von wem? ... a.a.O.*

3.7.9 Das Wasserproblem im Oslo II-Abkommen²³⁸

Nach dem berühmten Händeschütteln von Arafat und Rabin auf dem Rasen des ‚Weißen Hauses‘ im September 1993 vor versammelten internationalen Gästen unter der Schirmherrschaft des ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, herrschte eine große und begründete Euphorie, nicht nur was die Beilegung des territorialen Konfliktes betrifft, sondern auch – jedenfalls auf der palästinensischen Seite – was die Wasserkrise in den Gebieten betrifft und was ein Friedensabkommen an Chancen zum gemeinsamen Management des Wassers betrifft. Die Palästinenser hatten darüber hinaus einen anderen kräftigen Grund zur Hoffnung, denn die begeisterten internationalen Spender sicherten den Palästinensern für Wiederaufbau und Entwicklung ihres Landes mehr als 2 Milliarden US \$ zu, eine der größten pro Kopf – Hilfeleistungen, die die Weltgemeinschaft je unternommen hat.²³⁹ Von Anfang an wurden Sanierung und Entwicklung des Wasser- bzw. Abwassersektors in den besetzten Gebieten als eine *Priorität* gesehen. So wurde der Wassersektor zwischen den Jahren 1993 und 2000 mit 10% aller Zahlungen bezuschusst.²⁴⁰

Bereits in ihrer Prinzipienerklärung vom 13. September 1993 waren die PLO und Israel damit einverstanden, in der Verwaltung ihrer *gemeinsamen Wasserressourcen* in der West Bank und im Gazastreifen zu kooperieren. Anhang III der Prinzipienerklärung sieht einen *ständigen israelisch-palästinensischen Ausschuss* für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der bezüglich Wasserangelegenheiten im Unterpunkt 1 (Artikel 1) konkretisiert wird: dieser Ausschuss befasst sich auch mit *Zusammenarbeit* im Bereich Wasser, einschließlich eines von Fachleuten beider Seiten auszuarbeitenden wasserwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammes, in dem die Art und Weise der Zusammenarbeit in der wasserwirtschaftlichen Planung in der West Bank und im Gazastreifen festgelegt wird und, das Studien über die Wasserrechte jeder Partei enthält bzw. Vorschläge und Pläne für die *gerechte Nutzung gemeinsamer Wasservorräte* erstellt, die während der und über die Übergangsperiode hinaus Geltung haben.²⁴¹ Und binnen weniger Jahre wurde diese beabsichtigte Kooperation mit der Unterzeichnung vom Oslo II-Abkommen im September 1995 tatsächlich praktiziert. Die Unterzeichner (PLO und Israel) einigten sich über die Gründung eines „Joint Water Committee (JWC) sowie über das „koordinierte Management“ der Wasser- und Abwasser-Systeme und –Ressourcen der West Bank.²⁴²

Das Abkommen zum ‚gemeinsamen Management‘ war ein signifikanter Schritt in Richtung eines längst fälligen und gerechten Wasserabkommens zwischen Israelis und Palästinensern – jedenfalls hätte es so sein sollen. Nach Meinung des Direktors der palästinensischen Wasserbehörde (*Palestinian Water Authority*, PWA) Fadel Qawash, war an diesem Abkommen nichts Falsches. Die Probleme begannen erst mit der Verweigerung der damaligen *Netanyahu*-Regierung, die unterschriebenen Vereinbarungen voll umzusetzen.²⁴³ Die Wasserabkommen zwischen der PLO und Israel scheinen als ein Modell für koordiniertes Management und Kooperation zu gelten, und die Anhänger der Osloer Verträge tendieren dazu, dem alten Narrativ zu folgen, dass, obwohl die Osloer Verträge von vielen Experten für faktisch *tot* gehalten werden, der Wassersektor eines der wenigen Areale sei, in denen die Konfliktparteien weiterhin kooperierten. Erstaunlicherweise übersehen sie die Fakten und Zahlen über die Lage palästinensischer Städte und Dörfer, die buchstäblich dursten müssen. Noch erstaunlicher ist dass diese beängstigenden Zahlen aus den Institutionen der PA selbst, speziell aus dem *Palestinian Central Bureau of Statistics* (PCBS) in Ramallah, stammen. Am Weltwassertag, 22.03.2010, veröffentlichte das PCBS eine Presseerklärung über die katastrophale *Wasser-Lage* in den palästinensischen Gebieten: die Hauptaussage dieser Presseerklärung war, dass während sich Israel, das seit 1967 das gemeinsame Grundwasser überpumpt, verweigert, den durstigen Palästinensern ihre im Oslo II zugesprochene Zusatzwasserrate von *80 Mio.m³* zuzusprechen, Israel das überschüssige *palästinensische* Wasser zu einem überhöhten Preis an seine eigentlichen Besitzer, die Palästinenser, zurück verkaufe. Allein im Jahre 2009 kauften palästinensische Haushalte im be-

238 Angaben, soweit nicht anders angegeben, aus Jan Selby: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.203-211.

239 World Bank: *Fifteen Months – Intifada, Closures and Palestinian Economic Crisis – An Assessment, Final Report, 2000 18 March*, sowie in Brynen, Rex: „International aid to the West Bank and Gaza: a primer“, in: *Journal of Palestine Studies*, 25, 2: pp 46-53, 1996, beide in Jan Selby: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.203.

240 Rouyer, Alwyn: *Turning Water into Politics: The Water Issue in the Palestinian-Israeli Conflict*, London: Macmillan, 2000, p.229, in Jan Selby: *Joint Mismanagement... a.a.O.*, in: Shuval/Dweik (Hrsg.), *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.203.

241 *Israel und die PLO: Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung, 13. Sept. 1993, Anhang III* (Protokoll über die israelisch-palästinensische Zusammenarbeit bei Wirtschafts- und Entwicklungsprogrammen) / *Artikel 40* (Wasser und Abwasser).

242 *Israel und die PLO, The Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip, 28 Nov. 1995, Annex III* (Protocol Concerning Civil Affairs), *Article 40* (Water and Sewage), *Schedule 8* (The Joint Water Committee), Quelle: Israel Ministry of Foreign Affairs, online unter: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace+Process/>.

243 Fadel Qawash in einer Pressekonferenz des PWA am 22. Aug. 1998, in: Jan Selby: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in: Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.204.

setzten Westjordanland (außer im annektierten Teil der Stadt Jerusalem) insgesamt etwa 47,4 Mio.m³ Wasser von der israelischen ‚National Water Company‘ Mekorot. Im Jahre 2008 verfügten die Palästinenser in den besetzten Gebieten über insgesamt etwa 308,7 Mio.m³, von denen 185,5 Mio.m³ (WB: 96,5; GS: 89,0) für den Haushalt gebraucht wurden.²⁴⁴

Die Menge des Wassers, die die palästinensischen Haushalte der West Bank im Jahre 2009 von der israelischen Firma Mekorot gekauft haben, macht beinahe 50% ihres überlebenswichtigen Wasserbedarfs zwecks Trinken, Kochen und Hygiene aus – und das zu einem mehrfachen Preis. Da stellt sich zwangsläufig die Frage, nicht ob so ein ‚Joint Water Committee‘ etwas versäumt hat, sondern ob dessen Mitglieder, die sich selber als hoch und wichtig einschätzen, überhaupt etwas für ihre Leute tun.

Man muss an dieser Stelle wieder einmal über die, nach Meinung vieler Experten, katastrophalen Folgen der Osloer Verträge sprechen – dieses Mal in Bezug auf Wasser. Eine der wesentlichen Bestimmungen von Oslo II war die Schaffung der oben genannten ‚Joint Water Committee‘ (JWC), die die Obhut über das Management aller Wasser- und Abwassersysteme der West Bank haben sollte. Bei einer präzisen Betrachtung des in Oslo II geschaffenen Regimes für das gemeinsame (israelisch-palästinensische) Management der Wasserressourcen, -Systeme und -Versorgung in der West Bank wird einem klar, dass dieses Regime anhand der fatalen Ergebnisse für die schwächere Konfliktpartei seinen Namen offensichtlich nicht verdient hat, und man kann es als einen lebendigen Beweis für ein ‚gemeinsames Missmanagement‘, als eine Lizenz zur ökologischen Destruktion bzw. als eine Legitimierung des Wasserraubes in der West Bank durch die israelischen Behörden, sehen. Rückblickend, verwundert das nicht, denn das Osloer Wasserregime verkörpert eigentlich *nur* ein weiteres schwaches Glied in der Kette der gescheiterten Verträge.

Dass beide Parteien in Form des JWC weiterhin miteinander kooperieren, steht außer Zweifel. Ob diese Kooperation als ‚gemeinsames Management‘ angesehen werden kann, hängt von den Ergebnissen dieser Kooperation ab. Das heißt die Messlatte soll hier die der Erfüllung des Hauptziels dieses Komitees sein, nämlich das *gerechte Verteilen* des gemeinsamen Wassers. Statt Ergebnisse scheinen die palästinensischen Mitglieder des JWC eine andere Messlatte zu haben: das Kooperieren als Selbstzweck – ganz im Geiste der inzwischen verfahrenen Osloer Verträge, denn der offensichtlich asymmetrische Verhandlungsmarathon manifestierte eine Denkweise, in der die Verhandlungen zum Selbstzweck geworden sind. Saib Urayqat²⁴⁵, palästinensischer langjähriger Chef der Verhandlungsakte der PLO und ein orthodoxer Vertreter bedingungsloser Verhandlungen, selbst bei einer akut existenten Asymmetrie der Parteien, beschrieb im Januar 2006 den Verlauf dieser Verhandlungen wie folgt:

„Sie [die Israelis] verhandelten, zum Beispiel, über Wasser, und wir sprachen darüber, wie die israelischen Siedler jährlich 120 Mio.m³ im Verhältnis zu 30 Mio.m³ [für die Palästinenser], wegnahmen [...] Einer der israelischen Verhandlungspartner sagte spontan: ‚aber wir duschen uns jeden Tag‘. Wir sahen die Verlegenheit in den Gesichtern seiner Kollegen“.

Diese Aussage des Chefunterhändlers zeigt drei grundsätzliche Binsenwahrheiten deutlich auf, nämlich

1. wie gewichtig und kompliziert das Thema ‚Wasser‘ bei diesen Verhandlungen ist;
2. die Asymmetrie der Macht zwischen beiden Verhandlungsparteien, sowie
3. das menschenverachtende Verhalten der israelischen Unterhändler den Palästinensern bzw. deren menschlichen Grundrechten und -Bedürfnissen gegenüber.

Diese israelische Verhaltensweise beschränkt sich natürlich nicht auf dem Wassersektor. Seit 1948 war und ist dieses *rassistische* Verhalten nicht die Ausnahme, sondern die praktizierte Sitte aller israelischen Regierungen gegenüber Palästinensern und Arabern insgesamt.²⁴⁶

Bei dieser Asymmetrie der Macht ist eine Interaktion zwischen beiden Parteien unmöglich. Die Israelis sind

244 PCBS, Presseerklärung vom 22.03.2010 (zum Weltwassertag) über die Wasserlage in den palästinensischen Gebieten, online unter: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/final-water09a.pdf.

245 Wie kein anderer verkörpert Saib Ereqat, inzwischen langjähriger Chef der palästinensischen Verhandlungsdelegation, diese Tatsache. Von ihm stammt der inzwischen berühmte Zitat (Titel seines Buches) „Das Leben ist Verhandlungen“. Urayqat ist heute noch Träger der Verhandlungskoffer, obwohl diese unter seiner Führung nach vielen Jahren gescheitert sind.

246 Hier sei an das Gedankengut der zionistischen Revisionisten (Verhandeln/Diktieren aus der Situation der Stärke hinaus) erinnert. Vgl. Abschnitt 3.2.1 dieser Arbeit.

hier die Lokomotive, die den Kurs bestimmt und den kraftlosen und trägen palästinensischen Wagen zügelt bzw. mitzieht. Das macht eine Kooperation in dieser Form nicht nur sinnlos, sondern sie schadet sogar den Interessen der Menschen in den besetzten Gebieten. Denn es ist ein großer Unterschied, ob ein Aggressor seine Taten alleine oder mit aktiver (oder passiver) Beihilfe von Teilen der Opferseite vollzieht. Durch die Mittäterschaft von Teilen der Palästinenser bekommt die Besatzungsmacht und ihre Praktiken (in diesem Fall Wasserraub) eine gewisse willkommene und fast kostenlose moralische Legitimierung.

Selbstverständlich ist ‚Kooperation‘ allgemein einer ‚Konfrontation‘ vorzuziehen, aber man sollte deswegen nicht unkritisch die Meinung übernehmen, dass *jede* Art von Kooperation gut ist, nur weil sie sich selber den Namen gibt. Die Selbsteinschätzung des JWC ist daher unangebracht, jedenfalls was die palästinensische Seite betrifft. Der politische Osloer Kontext, in dem sich die JWC befand und heute weiterhin befindet, macht die Durchführung seiner Kernaufgabe zu einem Akt der Unmöglichkeit, dafür dass

1. die JWC, die in Wahrheit ein Instrument zur Festigung der israelischen Kontrolle über die Landesressourcen ist, aus dem ‚illusionären Rahmen‘ von Oslo nicht herausragen konnte und kann;
2. das JWC-Regime in seinen Bestimmungen faktisch eine Lizenz zur Umweltzerstörung bzw. in Bezug auf Wasser eine nicht nachhaltige Entwicklung mit sich brachte; und
3. die Natur des palästinensischen politischen Systems, das unter Oslo kreiert wurde, zwangsläufig zu schlechter Staatsführung sowie Missmanagement auf dem Wassersektor – wie auch auf anderen Sektoren– führen musste.²⁴⁷

Die Bestimmungen des Osloer Interimsabkommens, aus dem das JWC kreiert wurde, sahen ein israelisch-palästinensisches Wasserkomitee vor, das überall die Autorität haben würde, vorhandene Wasserressourcen zu fördern bzw. zu schützen und neue Quellen zu konstruieren. Es soll nicht für das alltägliche Management von Ressourcen und Systemen zuständig sein, dafür soll es eine koordinierende Körperschaft sein und die Zuständigkeiten zu den Systemen langsam und konform mit den Gebietsrückgaben an die PA übertragen.

Auf der Oberfläche klingt das ausgesprochen sensibel und eindrucksvoll kooperativ. In Wahrheit aber formalisierte das JWC ein zum größten Teil bereits aus der Besatzungszeit existierendes diskriminierendes Wassermanagementregime und man kann hier von einem ‚Trugbild der Kooperation‘ sprechen. Nach der Besetzung der West Bank im Juni 1967, hat die israelische Besatzungsmacht ihre Kontrolle über die Wasserressourcen des Territoriums verfestigt und verbot darüber hinaus den Palästinensern, über ihr eigenes Wasser zu verfügen. Dafür konstruierten die Israelis ein integriertes Wassernetzwerkes quer durch die West Bank, das sowohl die existierenden palästinensischen Städte als auch die illegal gebauten israelischen West-Bank-Siedlungen versorgte. Aber zur gleichen Zeit unterschied die Besatzungsmacht zwischen beiden Bevölkerungsteilen in der Wasserteilung (Menge) und in der Qualität der Infrastrukturen, natürlich zugunsten der israelischen Siedlungen.

Zum Beginn des Osloer Friedensprozesses im Jahre 1993, war das Wasserversorgungssystem bereits ein klares Zeugnis der kolonialen Ambitionen und Apartheidstrukturen des israelischen Staates. Es war (und ist heute weiterhin) ein System, das auf der einen Seite die territoriale Integration der kolonisierten Teile der West Bank mit dem Kernland Israel fördert, während es in anderer Hinsicht dafür sorgt, dass die israelischen Siedler unverhältnismäßig größere Wasseranteile auf Kosten der Palästinenser erhalten.²⁴⁸ Die israelische Militärregierung, später die Ziviladministration, kontrollierte mittels eines speziell dafür errichteten institutionellen Regimes zur Verwaltung des palästinensischen Wassersektors den Umfang und die Häufigkeit der Wasserversorgung der palästinensischen Ortschaften. Nach der Aufgabenübernahme durch die palästinensische Wasserbehörde, kontrolliert diese keineswegs das eigene Wasser.

Die Osloer Wasservereinbarungen bestimmen weiterhin, dass die bestehenden Wasser- und Abwassersysteme der jeweiligen Gruppe, ausschließlich von der Gruppe genutzt und gewartet werden soll und, dass Pläne für die Konstruktion neuer bzw. die Modifikation existierender Wasser- und Abwassersysteme, die vorherige Bewilligung des JWC erfordert.²⁴⁹ Diese scheinbare Gleichheit beider Seiten verbirgt für die Palästinenser zwei

247 Vgl. Jan Selby: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik, *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.203-211.

248 Mehr dazu in Jan Selby: *Water, Power and Politics in the Middle East: The Other Israel-Palestine Conflict* (Library of Modern Middle East Studies), I.B. Tauris, London, 2003, S.83-91.

249 Israel und die PLO, *The Israeli-Palestinian Interim Agreement ... a.a.O.*, Annex III, Article 40, Schedule 8 (a,b,c and d).

subtile Fallen in sich:

1. zum einen haben die Palästinenser unterschrieben, dass sie mit ihren unterentwickelten und wasserarmen Systemen kein Anrecht auf ihr Wasser haben, das gerade von der Besatzung ausschließlich und schier verschwenderisch zugunsten der illegalen Siedlungen benutzt wird; und
2. zum anderen sind die Palästinenser auf die Bewilligung der israelisch dominierten JWC angewiesen, wenn sie ihre Wasseranlagen modifizieren bzw. durch neue Konstruktionen ausweiten wollen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die überlegenen Israelis, jedenfalls was neue Bohrungen betrifft, sehr hartnäckig sind und so gut wie keine genehmigen.

Mit anderen Worten: die palästinensischen Institutionen, insbesondere die Wasserbehörde, funktionieren mehr oder weniger als *institutionelle Schnittstellen* (Vermittler) zwischen der militärischen Regierung und der besetzten palästinensischen Bevölkerung, und damit ermöglichen sie dem Staat Israel, seine koloniale und segregative Wasserpolitik durchzuführen, ohne irgend welchen direkten Kontakt mit den palästinensischen Verbrauchern haben zu müssen.

Die palästinensischen Wasserbehörden merken jetzt, zu spät, in welches Fiasko sie hinein getrickt worden sind. Es ist jetzt klar, dass die Palästinenser laut den Osloer Wasserabkommen von nun an für die Aufrechterhaltung und Inbetriebnahme interner Systemen innerhalb palästinensischen Städten und Dörfern, sowie jener Anschlüsse von internen Systemen aufkommen müssen, die die israelischen Siedlungen nicht versorgen. Das heißt, die Israelis haben somit den Palästinensern keinen Spielraum zu einem größeren Deal gelassen, da die Versorgungssysteme im Jahre 1995 bereits existierten, wenn sie auch marode waren und weil Israel die überwältigende Mehrzahl der Versorgungsleitungen und all die zahlreichen Tiefbrunnen, die die Wasserfirma ‚Mekorot‘ seit 1982 in der West Bank bohrte, weiterhin kontrollieren wird. Aufgrund der Tatsache, dass die meisten lokalen Wasserversorgungs- und Infrastruktur-Managements innerhalb der West Bank bereits von den Palästinensern unternommen worden sind, war die scheinbare Neuheit eines ‚koordinierten‘ Managements von Oslo II eine große Illusion.

Die Wasservereinbarungen des OsloII-Abkommens haben in Wahrheit lediglich ein Wasser-Versorgungs- und Management-System formalisiert, das seit Jahren in vollem Gange war. Dieses Apartheid-Wassersystem wurde dann irreführenderweise als einen Teil eines egalitär klingenden ‚gemeinsamen‘ und ‚koordinierten‘ Verwaltungssystems bezeichnet. Hier kann nicht genug betont werden, dass die Palästinenser im Gebiet ‚C‘, laut Oslo II komplett unter israelischer Kontrolle, keine Nutzungsrechte haben, nicht einmal zur Verlegung einer Wasserleitung zwischen ‚A‘- und ‚B‘-Gebieten (in allen Variationen A/B, A1/A2 oder B1/B2) im Rahmen der Entwicklung von palästinensischen Städten und Dörfern, es sei denn, sie bekämen eine Genehmigung von Seiten der israelischen Militärregierung. Jedoch genehmigen die israelischen Behörden solche Projekte nie, meistens aus Sicherheitsgründen, versteht sich. In Wahrheit aber geht es den Israelis darum, dass keine arabische Entwicklung in den Gebieten stattfinden soll, bevor man sicherstellt (und dies *mit dem Einverständnis der palästinensischen Führung*), dass eine solche Entwicklung in keiner Weise zu einem palästinensischen Staat führen würde. Und genau das hat die aktuelle Netanyahu-Regierung in der Rede des neuen Ministerpräsidenten am 14. Mai 2009 an der Bar Ilan Universität, programmatisch proklamiert.²⁵⁰

Das gleiche diskriminierende schein-egalitäre System gilt weiterhin in der Frage des Wasserkaufes. Das Osloer Abkommen legte fest, dass „im Falle vom Wasserkauf der einen Partei von der anderen, der Käufer die vollen realen Kosten, die vom Versorger aufgewendet wurden, inklusive der Produktionskosten an der Quelle und dem Transport auf den ganzen Weg bis zum Lieferort zu bezahlen hat“.²⁵¹ Auf dem ersten Blick erscheint das fair und begründet zu sein. Aber, wie oben bereits vermerkt, haben die israelischen Behörden durch Oslo ihre Kontrolle in der West Bank gefestigt und sie üben weiterhin die völlige Kontrolle über die Wasserressourcen der West Bank sowie über alle Beförderungs- und Transportanlagen aus, so dass die israelischen Autoritäten faktisch immer die ‚Versorger‘ bzw. die palästinensischen Behörden und Kommunen die ‚Käufer‘ sein werden. Abgesehen davon, dass die Palästinenser ihr eigenes *legitim geraubtes* Wasser kaufen müssen, kontrollieren die Israelis auch noch den Preis und begünstigen somit die israelischen Siedler auf Kosten der Palästinenser. Mitte der 1990er Jahre zahlten die Siedler umgerechnet 0,40 US\$/m³ Haushaltswasser und 0,16 US\$/m³ für landwirtschaftliche Zwecke.

250 Vgl. Abschnitt 4.5.2.

251 Israel und die PLO, *The Israeli-Palestinian Interim Agreement ... a.a.O., Annex III, Article 40, Punkt 18.*

Die Palästinenser mussten hingegen 1,20 US\$/m³ Wasser zahlen, ganz gleich ob für den Haushalt oder für landwirtschaftliche Zwecke.²⁵² Die differenzierte Preisbestimmung geschah ganz im Sinne der Osloer Verträge. Die Palästinenser müssen eben die ‚vollen realen Kosten‘ der Wasserproduktion und –Versorgung an die israelischen Behörden zahlen, während es den gleichen Behörden frei steht, das Wasser an *ihre* West-Bank-Siedler zu einem Preis zu verkaufen, der gut unter den Herstellungskosten liegt.²⁵³

Also, auch hier wird das Oslo II-Abkommen zur Legitimierung eines seit vielen Jahren existierenden und von der Besatzungsmacht praktizierten diskriminierenden Wasserpreisgebungsmechanismus instrumentalisiert.

Ein weiteres bedeutendes Problem der Osloer Wasserabkommen ist, dass die Israelis, wie oben mehrfach geschildert, eine palästinensische anteilige Wassergewinnung aus dem West-Aquifer der West Bank vehement abgelehnt haben. Sie konnten einer schwachen palästinensischen Führung buchstäblich diktieren, dass die Palästinenser nur im Bereich des wesentlich wasserärmeren Ost-Aquifer und in beschränkter Zahl neue Bohrungen unternehmen dürfen. Die Osloer-Abkommen setzten fest, dass der ganze sofortige und künftige Wasserbedarf der Palästinenser (geschätzt auf 70 bis 80 Mio.m³/Jahr), ausschließlich durch die Entwicklung des Ost-Aquifer und andere bereits genehmigte Quellen in der West Bank gedeckt werden soll.²⁵⁴ Der Ost-Aquifer ist einer von den *drei* Hauptaquifern der West Bank und laut *Oslo II* der einzige, der noch nicht voll ausgenutzt sein soll.²⁵⁵ Diese Daten über die Wassermengen im Ost-Aquifer wurden von Hydrologen der israelischen Water Planning Company ‚Tahal‘ ermittelt. Sie haben ihre Kalkulation nach der ‚Wiederauffüllmethodik‘ erstellt, bei der sie meinten, dass das signifikante Abströmen der Quelle ‚Ain Al-Fashkha‘ entlang des Toten Meers, einen kräftigen Beweis lieferte für ein signifikantes verbleibendes Wasserpotenzial im Ost-Aquifer.²⁵⁶ Die entsprechenden Zahlen wurden den israelischen Oslo II- Wasserunterhändler weitergegeben, die sie wiederum dem Oslo II-Abkommen angehängt haben. Die palästinensischen Unterhändler (dabei war kein einziger Wasserexperte), die keine eigenen präzisen Zahlen hatten, konnten schwerlich die israelischen Wasserzahlen widerlegen – ein taktischer Fehler, der ihnen sehr teuer zukommen wird.

In Wahrheit gibt es Hinweise, dass das Wasserabkommen in Oslo II das Wasserpotenzial des Ost-Aquifer erheblich überbewertet hat. Gegen die Korrektheit der Wasserdaten israelischer Hydrologen sprechen folgende Tatsachen²⁵⁷:

1. Wie einer der beiden israelischen Hydrologen (Josi Guttman), die die Oslo II-Daten erstellt hatten, zugestanden hat, würde im Falle einer kompletten Ausbeutung des Ost-Aquifer Salzwasser aus dem Boden des Jordantals in die unteren Trassen des Aquifer hineinfließen und womöglich die existierenden Brunnen verunreinigen. Die Hydrologen schätzen, dass ein Minimum von 20 Mio.m³/Jahr weiterhin aus den Totes-Meer-Quellen fließen darf, damit diese Möglichkeit ausgeschlossen wird;
2. Auch die in Oslo II geschätzten Abflussmengen aus den Quellen des Toten Meeres scheinen überbewertet zu sein, denn diese Kalkulationsarbeiten der israelischen Firma ‚Tahal‘ wurden unter Berufung auf den Beobachtungen des Israeli Hydrological Service (IHS) während des Jahres 1992 unternommen. Die IHS kalkuliert eine Abflussmenge des Ost-Aquifer von *80 Mio. m³/Jahr* auf der Basis von heftigen Regenfällen des letzten Winters. Zurückhaltendere und, wie die meisten Experten meinen, repräsentativere Ergebnisse der Firma ‚Tahal‘ selbst in den späteren 1980er Jahren, schätzen die Abflussmengen auf nur *40 Mio.m³/Jahr*;
3. Es ist wahrscheinlich so, dass sehr viel Wasser aus dem scheinbaren Restwasserpotenzials des Ost-Aquifer nicht erreichbar ist, weil es (**a**) aus tiefen Salz-Aquifern kommt (manches aus den Quellen des Toten Meers aufkommende Wasser fiel als Regen vor etwa 25.000 Jahren); und weil es (**b**) zu dünn durch die oberen nicht salzhaltigen Teile des Aquifer fließt, um es wirtschaftlich zu gewinnen, und vielleicht ist diese Gewinnung ebenso technisch undurchführbar.

252 Vgl. Selby, Jan: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in: Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.206.

253 Hier soll nicht der Eindruck entstehen, dass die Palästinenser für diesen an sich überteuerten Preis beliebig Wasser von Israel kaufen könnten (nicht einmal den Eigenbedarf deckend). Das ist der offizielle Preis, den die PA zu zahlen hat, sobald diese überhaupt Wasser bekommen kann. Nach eigener Erfahrung des Verfassers (Besuche/Recherchen 2002, 2006 und 2009) müssen die palästinensischen Verbraucher das Wasserdefizit aus Privatkaufaktionen decken, bei denen sie wesentlich höhere Preise zahlen müssen. Sie liegen zwischen 35 und 40 NIS/ m³ Wasser, was etwa 7 bis 8 Euro entspricht (1 Euro = etwa 4,8 New Israeli Schekele). D. h. ein Normalverbraucher auf palästinensischer Seite muss letztendlich für seinen Haushaltswasserbedarf mindestens den 17-fachen Preis bezahlen im Vergleich zu einem israelischen Siedler auf dem gleichen Territorium. Dass Landwirtschaft bei diesen Wasserpreisen nicht gedeihen kann, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

254 Israel und die PLO: *The Israeli-Palestinian Interim Agreement ... a.a.O., Annex III, Article 40 (3a)*.

255 Ebenda, Article 40 (7b vi).

256 Selby, Jan: *Joint Mismanagement: ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.209.

257 Mehr dazu in: Selby, Jan: *Water, Power and Politics ... a.a.O., Chapter 5*.

Aus allen diesen Gründen scheint der Ost-Aquifer bei weitem nicht das Wasserpotenzial zu haben, das in Oslo II benannt wurde. Und das wird auch fatale Folgen haben, nicht nur was die offensichtlichen falschen Zahlen betrifft, sondern vor allem auch für die Umwelt. Was am meisten beunruhigt ist die Tatsache, dass der Wasserspiegel in ernsthaften Teilen des Ost-Aquifer bereits seit Jahren schnell abfällt. Laut *Israelischer Hydrologischer Dienst* (IHS), fiel der Wasserspiegel des Herodian-Aquifer (so nennen die Israelis den Ost-Aquifer-Bereich im Herodian-Gebiet im Süden des Westjordanlandes) bis auf 1,75 Meter in den Jahren zwischen 1976 und 1996 zurück.²⁵⁸ Südlich von Bethlehem existiert einer der Brunnen des Ost-Aquifer, der so genannte *Herodian 3-Brunnen*. Der Wasserspiegel dieses Brunnens war in einer Rate von 5 Meter pro Jahr seit 1981 zurückgegangen.²⁵⁹

Seit 1995 war die umgesetzte Wassermenge aus dem Ost-Aquifer etwa *30 Mio.m³/Jahr* – weit weniger als der Wasserbedarf der Palästinenser in der West Bank. Die Implementierung von Artikel 40 des Wasserabkommens, der den Palästinensern keinen Zugang zu den West- und Nord-Aquifern gestattet bzw. ihnen nur zum von Israel bereits stark ausgebeuteten Ost-Aquifer zugestanden hat, wurde bisher stark behindert und ist extrem langsam gewesen. Entscheidungen des JWC waren meistens unilateral und von Israel dominiert.²⁶⁰

Die zusätzlichen Bohrungen in den ohnehin von Israel bereits vor Oslo maßlos ausgebeuteten, sprich verbrauchten, Aquifern hat das Problem der Nachhaltigkeit extrem verschärft. Eine Studie, die im Auftrage der palästinensischen Wasserbehörde (PWA) gemacht wurde, kam zum Schluss, dass, wenn alle geplanten Brunnen (laut Artikel 40 des Wasserabkommens) tatsächlich errichtet worden und in Betrieb genommen wären, es in Folge dessen einen bis zu 120 Meter geschätzten Rückgang des Wasserspiegels in dem Bereich des Herodian-Brunnens innerhalb einer Periode von nur 4 Jahren gegeben hätte.²⁶¹

Das Oslo II-Wasserabkommen war tatsächlich ein Rezept zur Umweltzerstörung im Bereich des Ost-Aquifer der West Bank. Die israelischen Behörden waren nicht bereit, auch nur einen winzigen Teil der von ihnen kontrollierten Wasserressourcen den Palästinensern abzutreten. Deswegen haben sie die „Daten über die Wassererträge des Ost-Aquifer fabriziert“ und es somit geschafft, „eine bis dato nie erwähnte neue Wasserressource hervorzuzaubern“.²⁶²

Wie bereits erwähnt, besaß die PA keine Machtmittel, um die israelischen Wasserdaten zu widerlegen und musste diese Daten einfach so akzeptieren wie sie waren, kritiklos. Wurden sie einmal in das Abkommen angegliedert, so gehören sie seitdem zu den Osloer Standards und für Israel, ganz im Sinne seiner bekannten Politik der vollendeten Tatsachen, zu einer indiskutablen Referenz bei den Gesprächen mit den Palästinensern. Die Israelis haben absolut kein Interesse, dass die Palästinenser über einen eigenen West-Bank-Wasseraquifer verfügen; die Palästinenser sind nicht gewillt, die bisherige Entwicklung der einzigen – und spärlichen – Wasserquelle, die ihnen in Oslo angeboten wurde, anzuerkennen bzw. diese zu verlieren. Die internationalen Geberländer, die nur Augen für die Unterstützung des Friedensprozesses haben, machen sich in der Regel keine großen Gedanken über technische Details wie die Zerstörung der Umwelt durch Projekte, die sie selber finanzieren. Jan Selby schrieb über die Zerstörung der Umwelt durch das Wasserabkommen: „Für die kurzfristige politische Zweckmäßigkeit wurde die Umwelt unter Oslo gefährdet □ kaum ein Beweis für ein sich im Einsatz befindendes progressives gemeinsames Management“.²⁶³

Das Oslo-Regime war, wie bereits im Abschnitt 2.5 erläutert wurde, faktisch ein herrisch starkes aber administrativ schwaches System, und sowohl für *Arafat* als auch für Israel, war das Erfüllen von Israels Sicherheitsgebot wichtiger als die Bildung einer institutionellen Infrastruktur für einen zukünftigen palästinensischen Staat. Die Auswirkung eines solchen Regierungsmodells auf den Wassersektor war genau so deutlich wie in irgendeiner

258 Angabe nach HIS: *The Development, Exploitation and Condition of Groundwater Sources in Israel up to the Fall of 1997*, Jerusalem, 1998, in Selby, Jan: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in: Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.209.

259 Angaben nach Aliewi/Jarrar, 2000, in Selby, Jan: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.209.

260 Aliewi, Amjad and Assaf Karen: *Shared Management of Palestinian and Israeli Groundwater Resources: A Critical Analysis*, in Shuval/Dweik: *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.26.

261 CDM/Morganti, 1998: *Task 18: Study of the Sustainable Yield of the Eastern Aquifer Basin. Final Report, Ramallah: PWA*, in Selby, Jan: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik, *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.209. Die Angabe „120 Meter“ erscheint dem Verfasser übertrieben zu sein. Vermutlich ist ein Druckfehler in der Quelle, eventuell könnte die Angabe „1,2 Meter“ die korrektere sein.

262 Aliewi/Jayyousi, 2000: *The Palestinian Water Resources in the Final Status Negotiations: Technical Framework and Professional Perception. Report for the PWA, Ramallah*, in Selby, Jan: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik, *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.210.

263 Selby, Jan: *Joint Mismanagement ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik, *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.210.

anderen Arena des palästinensischen Lebens.

Das korrupte und unfähige System ‚Oslo‘ musste dazu führen, dass der palästinensische Wassersektor von einigen negativen Aspekten charakterisiert wurde, nämlich von

1. aggressiven lokalen Wasserkonflikten;
2. Wasserraub auf hohem Niveau;
3. einem blühenden Schwarzmarkt;
4. Missmanagement bzw. Fehlleitung einer knappen Ressource; und schließlich
5. von einer weiteren Plünderung der Umwelt.

Über das Oslo-Regime allgemein, und speziell über das JWC, kann man sagen: *wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr*. Kein Wunder, dass heute 2,5 Millionen Palästinenser im Westjordanland sowie 1,5 Millionen im Gazastreifen dursten müssen. Obwohl der israelische Staat 85% des Wassers im *Mandatspalästina* kontrolliert, beklagt er, dass dieses Wasser nicht einmal 50% des israelischen Eigenbedarfs decke. Israel ist daher nicht bereit den Status Quo seiner Wassergewinnung in irgendeinem künftigen Abkommen mit den Palästinensern oder mit arabischen Ländern zu ändern. Für Israel ist Oslo II, insbesondere das Wasserabkommen, endgültig und die Israelis möchten über die zukünftigen palästinensischen ‚Wasserbedürfnissen‘ und nicht über ‚Wasserrechte‘ ‚sprechen‘ – und keineswegs ‚verhandeln‘.²⁶⁴ Und diese Gespräche will Israel nur durch das JWC laufen sehen, das als eine permanente Institution weiter existieren soll. Denn Israel möchte mit Hilfe des JWC die Palästinenser dazu zwingen, (a) einerseits das landwirtschaftliche Wasser zu reduzieren bzw. keine zusätzlichen Bohrungen zu tätigen und (b) andererseits nicht auf die aktuell unverhältnismäßige Wassernutzung einzuwirken.

Ferner soll die Konstruktion der israelischen Mauer die Palästinenser davon abbringen, den Grundwasseraquifer (West-Aquifer) westlich der Mauer zu nutzen. Das geplante Mauersegment entlang der Allon-Linie (Jordantal) soll sichern, dass die Palästinenser keinen Zugang zum Fluss ‚Jordan‘ haben werden.

Israels Versuche, das internationale Recht als Referenz zur Beilegung des Wasserkonfliktes zwischen Israel und den Palästinensern bzw. den anderen arabischen Nachbarstaaten zu nutzen, hat auch andere hohe politische Ziele, nämlich die Kontrolle über Wasser als politische und ökonomische Druckkarte, um seine Machtposition im Falle eines Zustandekommens von regionalen Projekten zwischen Palästinensern und anderen Arabern zu stärken und folgerichtig einen israelischen Zugang zu den arabischen Ressourcen (vor allem Wasser) zu erhalten. Wenn die Palästinenser ihr Land nicht mehr bzw. nicht bedarfsdeckend anbauen können, dann sind sie gezwungen israelische Produkte zu konsumieren (Status Quo) oder sie müssen mit Einverständnis Israels und mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft gemeinsame landwirtschaftliche Projekte im boden- und wasserreichen Sudan bzw. in Ägypten durchführen. Es ist leicht zu erkennen, dass es den Israelis bei diesen Projekten, die anhand der geographischen Fakten nur über Israel laufen können, in erster Linie darum geht, zusätzliches Wasser aus diesen Ländern zu erhalten und folgerichtig politische Beziehungen mit diesen Ländern zu gründen, ohne den dazugehörigen politischen Preis (z. B. die Anerkennung der Rechte der Palästinenser) zahlen zu müssen. Das wichtigste Anliegen Israels in diesem Kontext ist, seinen alt-neuen Traum von einem Zugang zum Nil-Wasser über Ägypten zu verwirklichen.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat es viel Kritik an Oslo gegeben. Die Kritik über den israelischen asymmetrischen Zugriff auf die Ressourcen der besetzten arabischen Gebiete war immer von besonderer Heftigkeit und Wissenschaftlichkeit – die Zahlen sprechen für sich. Mit Israels Wasserpolitik in der West Bank wird sein Wille zum Frieden mit seinen Nachbarn sehr in Frage gestellt. Denn hier zeigt die Besatzung ein besonders aggressives Gesicht. Oslo wurde von vielen Experten und Politikern, z. B. von Ariel Sharon, für tot erklärt. Aber die prägnanteste Ursache dieser Todeserklärungen stammt von *Jan Selby*, Professor für ‚Dritte Welt und Postkoloniale Politik‘ an der University of Wales, der die zutreffende Aussage aufstellte, dass Oslo „Wassertot“ sei.²⁶⁵

264 Aliewi, Amjad and Assaf Karen: *Shared Management of ... a.a.O.*, in Shuval/Dweik, *Water Resources in the Middle East ... a.a.O.*, S.27. Mehr zur israelischen Ausbeutung des Ost-Aquifer vor Oslo, siehe auch David J. Scarpa's Beitrag: 'Hydropolitics in recent Israeli-Palestinian relations', PA: Water and Soil Environment Research Unit, in: *Hydrology: Science & Practise for the 21st Century. Volume II, P.147-152*, British Hydrological Society, 2004 (online: www.hydrology.org.uk/Publications/imperial/4-18.pdf).

265 "Oslo: Dead in the Water", Vgl. Selby, Jan, *Water, Power and Politics in the Middle East...a.a.O.*, S.1.

3.8 Die israelische Mauer und das internationale Recht

3.8.1 Standpunkt der Palästinenser in der Mauerdebatte

Gleichgültig, ob als „Apartheidmauer“ oder als „Sicherheitszaun“ bezeichnet, diese umstrittene Barriere wirft sehr viele Fragen auf, vor allem in Bezug auf deren Konsequenzen für Land und Leute, für die Umwelt und für die Perspektiven der Bildung eines künftigen Palästinenserstaates, um den es bei den Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israelis seit 1991 geht.

Die Palästinenser und breite Teile der Weltöffentlichkeit waren von Anfang an gegen die Baumaßnahme. Von Seiten der Palästinenser gibt es eine große Zahl von Argumenten, die gegen diese Barriere sprechen. Die erste offizielle und ernst zu nehmende palästinensische Stellungnahme bezüglich der israelischen Mauer gab es etwa ein Jahr nach Baubeginn der Mauer in der Generalversammlung der UNO/10. Notstandssondersitzung am 03. Dezember 2003. Die Generalversammlung traf zusammen, um wieder über die „illegalen israelischen Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in den übrigen besetzten palästinensischen Gebieten“ zu debattieren. Auf dieser Notstandssitzung wurde nach Anhören der Argumente der verschiedenen Parteien die UNO-Resolution ES-10/14 beschlossen, in der die Generalversammlung beschloss, im Einklang mit Artikel 96 der Charta der Vereinten Nationen ein dringendes Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) gemäß Artikel 65 des Statuts des Gerichts zu der folgenden Frage einzuholen:

„Welche Rechtsfolgen ergeben sich aus der Errichtung der Mauer, die von der Besatzungsmacht Israel in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung gebaut wird, wie in dem Bericht der Generalversammlung beschrieben, unter Berücksichtigung der Normen und Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich des Vierten Genfer Abkommens von 1949 und der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung?“²⁶⁶

Die Stellungnahme der PLO auf dieser Sitzung, die die arabische Ablehnung der israelischen Mauer bzw. der Okkupation arabischer Territorien zusammenfasste, benutzte etliche Vorschriften und Prinzipien des internationalen Rechts in Bezug auf die Rechtmäßigkeit der Mauerkonstruktion innerhalb des besetzten palästinensischen Gebietes. In ihrer Klageschrift vor dem IGH stellte die PLO fest, dass der Bau der israelischen Mauersegmente eine Verletzung des internationalen humanitären Rechts darstelle, weil diese Maßnahmen durch keine militärische Notwendigkeit gerechtfertigt seien. Die Mauer verletze außerdem das allgemein bekannte Verhältnismäßigkeitsprinzip bei Strafmaßnahmen (wenn es überhaupt welche geben müsste). Der Schaden, den diese Maßnahmen verursacht haben, umfasst:²⁶⁷

1. Zerstörung von palästinensischen Häusern und anderen Besitztümern, sowie die Aneignung vom palästinensischen Eigentum durch die israelische Besatzungsmacht, die durch militärische Notwendigkeit begründet sind, was eindeutig die Bestimmungen der Vierten Genfer Konvention von 1949 verletzt;
2. Verletzung des Rechts auf Bewegungsfreiheit der Palästinenser, in Widerspruch zur internationalen Erklärung über zivile und politische Rechte sowie in Verletzung der Verpflichtungen der Regierung Israels als Unterzeichnerin der Vierten Genfer Konvention von 1949;
3. Verletzung von Recht auf Bildung, Arbeit, auf einen angemessenen Lebensstandard und medizinische Versorgung, im Widerspruch zur internationalen Erklärung über Kinderrechte sowie zur internationalen Erklärung über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte und in Verletzung der Verpflichtungen der Regierung Israels gemäß der Vierten Genfer Konvention von 1949; sowie
4. Verletzung des Verbots willkürlichen Hausfriedensbruchs.

Wie oben ausführlich geschildert wurde, wurde der Bau des Mauerstreifens von Israel mit dessen Notwendigkeit zur Sicherheit israelischer Städte begründet. Die Mauer soll die massiven Bombenangriffe seit dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 in den israelischen Städten verhindern bzw. auf ein Minimum reduzieren. Jedoch sprechen die physischen Fakten dieser Barriere eine Sprache, die die Logik des Sicherheitsdenkens widersprechen und andere Absichten der israelischen Strategen ahnen lässt. Die israelische Begründung des

²⁶⁶ Resolution der UNO-Generalversammlung (ES-10/14) auf der Notstandssondersitzung am 03. Dezember 2003: *Illegal Israeli actions in Occupied East Jerusalem and the rest of the Occupied Palestinian Territory*, online erhältlich unter: www.icj-cij.org/docket/files/131/1497.pdf. Zum Wortlaut der Resolution, vgl. Anhang VIII/2 dieser Arbeit.

²⁶⁷ Ebenda/ Annexes II: Summary [of] legal position of the Palestine Liberation Organization, pp 10-11.

Mauerbaus wurde von Seiten des ‚*PLO- Negotiations Affairs Department*‘ in seiner Klage beim Internationalen Gerichtshofes im Juli 2004 mit *zwei* plausiblen Grundbemerkungen revidiert, die auch mit den entsprechenden Fakten untermauert wurden:

Erste Bemerkung: Israel plant die Mauer nicht, wie man erwarten würde, auf und entlang der Waffenstillstandslinie von 1949 (Grüne Linie) zu bauen. Vielmehr wird 80% der Mauer innerhalb der von Israel besetzten Gebieten gebaut, mit der Konsequenz einer weiter laufenden de facto Annexion von palästinensischen Land und Wasserressourcen, der massiven Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser sowie derer Trennung von ihren Schulen, Krankenhäusern und Arbeitsplätzen. Das bedeutet für viele Tausend Palästinenser das Entziehen ihres Lebensunterhalts; und

Zweite Bemerkung: Die Mauer und die nach 1967 gebauten israelischen Siedlungen werden faktisch mindestens 46% (nach palästinensischen Angaben 58%) der Fläche der West Bank zum Staat Israel annectieren. Dazu gehören beinahe 85% der israelischen Siedler, derer illegalen Siedlungen durch den Bau der Mauer nicht nur bewahrt werden, sondern sogar auch expandieren.²⁶⁸

Nach Meinung der palästinensischen und arabischen Kläger wurde der Mauerstreifen *in Wahrheit* aus folgenden zwei Hauptgründen gebaut:²⁶⁹

1. *Hauptgrund:* die Beschlagnahme bzw. de facto Annexion von palästinensischem Land und Wasserressourcen als Ergebnis des Fragmentierungsprozesses der West Bank, d. h. die völlige Kontrolle über die extrem limitierten Ressourcen der West Bank. Die Gebiete um Jerusalem und Qalqilya sind hiervon besonders betroffen; und
2. *Hauptgrund:* die Mauer bilde den Höhepunkt der Israelischen Politik der Eroberung und Degradierung der Lebensbedingungen der Palästinenser, der Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit sowie die regelrechte Stagnation der räumlichen Ausdehnung palästinensischer Städte und Dörfer. Ein Exodus der Palästinenser soll damit erreicht werden – und folglich soll die Bildung eines Palästinenserstaates im Westjordanland und im Gazastreifen, wie dies die Friedensgespräche zwischen PLO und Israel seit 1991 vorsehen, zu einem Akt der Unmöglichkeit gemacht werden.

3.8.2 Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur israelischen Mauer

Auf dieser obigen Argumentationsstruktur bauten die Palästinenser ihre Klageschrift beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag auf, der im Auftrag der Generalversammlung (UNO-Resolution ES-10/14 vom 03.12.2003) sein inzwischen berühmtes Mauer-Gutachten Anfang Juli 2004 erstellte.²⁷⁰

Am 9. Juli 2004 veröffentlichte der IGH das Gutachten zur Mauer in der von Israel besetzten Westbank. Die Richter des IGH befanden in ihrem Urteil den Bau der *israelischen Mauer* sowie der *israelischen Siedlungen* in den besetzten arabischen Gebieten als *illegal* und diese, so die Richter, „seien eine ernste Verletzung des internationalen Rechts sowie ein Hindernis zum Frieden. Israel hat die bereits errichteten Abschnitte der Mauer abzureißen, das beschlagnahmte Land an ihre Eigentümer zurück zu geben und diese zu entschädigen“.²⁷¹

Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Konfliktes kam das palästinensische Anliegen, wenn auch nur wegen eines Teilaspektes des Konfliktes, vor ein internationales Gericht und die Palästinenser haben obendrein diese internationale Rechtsklage beinahe einstimmig für sich entschieden. In seinem Gutachten befindet das Gericht, entgegen der Behauptung Israels und der USA, dass die Erstellung eines Gutachtens, das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angefordert wird, in seinen juristischen Zuständigkeitsbereich fällt und entscheidet mit überwältigender Mehrheit, der Forderung zu entsprechen.

Bei der rechtlichen Bewertung dieses Bauwerks ging es um zwei ganz unterschiedliche Problemkomplexe,

²⁶⁸ Diese Zahlen beinhalten Ostjerusalem und das ‚Niemandland‘ (das Gebiet des Latron-Tals und den so genannten Ariel-Finger). Der seit 1967 besetzte und zur Militärzone erklärte Jordangraben zählt nicht dazu.

²⁶⁹ PLO/NAD: *Israel’s Wall / Special Edition: First Anniversary of the International Court of Justice’s Ruling on Israel’s Wall*, 2005, S.5.

²⁷⁰ ICJ (International Court of Justice): *Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction of a Wall in the occupied Palestinian Territory*, Advisory Opinion of 9 July 2004. Das Gutachten ist online erhältlich unter: <http://www.icj-cij.org/docket/files/131/1671.pdf> (Englisch und französisch) erhältlich. Vgl. auch Anhang VIII/3. Siehe hinzu Prof. Michael Bothe’s wichtigen Beitrag (unten, Fußnote 271).

²⁷¹ ICJ: *Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction ... a.a.O.*, S. 201.

nämlich *einmal* um die Auswirkungen des Mauerbaus auf den Status Palästinas, und *zum anderen* um den völkerrechtlichen Schutz der arabischen Bevölkerung des besetzten Gebietes, sprich die hohen Richter lassen in ihrer Untersuchung zwei wichtige Aspekte nicht außer Acht, nämlich:

1. die Folgen für das Leben der Palästinenser in den besetzten Gebieten – das führt zwangsläufig zu der Auseinandersetzung mit dem illegalen israelischen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten; sowie
2. das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, das durch die israelische Militärbesatzung und Zersplitterung der Gebiete schwer verletzt wird.

Das sind zwei verschiedene Thematiken, die sowohl den Lebensraum von Menschen als auch die Rechte dieser Menschen selbst betreffen. Die Mauer auf der einen Seite und die israelischen Siedlungsstrukturen in den besetzten palästinensischen Gebieten auf der anderen Seite, haben verheerende Folgen für das Leben der Palästinenser im besetzten palästinensischen Gebiet. Das bestätigen alle Berichte der Menschenrechtsorganisationen und UNO-Organen. Diese Folgen zeigen sich in folgenden drei Hauptaspekten besonders deutlich:

- A) Da sind zunächst einmal der erzwungene Verbrauch und die Zerstörung von wertvollem palästinensischem Privatbesitz durch das Bauwerk selbst. Die Beschlagnahme des Landes erfolgt in einem Verfahren, dessen praktische Ausgestaltung rechtstaatlichen Anforderungen vielfach widerspricht²⁷²;
- B) hinzu kommen die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen der Mauer und folgerichtig der israelischen Siedlungsstrukturen, durch die der Verkehr zwischen den palästinensischen Ansiedlungen unterbunden wird; und
- C) schließlich veranlassen diese Trennungen eine erzwungene Migration der betroffenen Bevölkerung, deren Druck in den von der Mauer unmittelbar betroffenen Gemeinden bereits seit ihrem Baubeginn spürbar ist.

Die israelischen Segregationsmaßnahmen zerschneiden lebenswichtige soziale Verbindungen, führen zur Zersplitterung der palästinensischen Siedlungsstruktur und ersticken die Wirtschaft im Westjordanland. Das alles macht tatsächlich die Lebensfähigkeit eines künftigen palästinensischen Staates weitgehend zunichte. Genau das verletzt zutiefst das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und widerspricht zugleich dem Ziel des Friedensprozesses im Nahen Osten, das vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und von den wesentlichen Akteuren festgelegt wurde, nämlich *ein friedliches Nebeneinander zweier Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina*. Denn die Mauer schließt die Palästinenser von den Teilen der besetzten Gebiete aus, in denen sich die israelischen Siedlungen befinden, und sie läuft auf eine Aneignung weiterer Teile des Westjordanlandes durch Israel hin, auf eine de facto Annexion. Dass es das Ziel der israelischen Regierungen ist, die Siedlungen auf Dauer zum israelischen Staatsgebiet zu machen, haben die oben geschilderten *Bush-Garantien* an PM Ariel Sharon deutlich gezeigt. Die Aneignung des palästinensischen Landes ist nach Meinung des deutschen Völkerrechtsexperten und Vertreter der Arabischen Liga in dem Verfahren vor dem IGH, Prof. Michael Bothe, rechtlich gesehen deswegen eine verbotene gewaltsame Annexion, da sie unter Einsatz militärischer Gewalt geschieht. Er schreibt dazu:

„Eine solche Annexion kann auch nicht durch Selbstverteidigung, wie das von Israel geltend gemacht wird, gerechtfertigt werden. Selbstverteidigung bedeutet Schutz vor einem bewaffneten Angriff. Annexion ist etwas anderes als ein solcher Schutz. Sie bedeutet eine Änderung des Status des betreffenden Gebiets. Diese Änderung des Status ist zur Abwehr eines Angriffs nicht erforderlich [...] Selbstverteidigung kann keine Annexion rechtfertigen.“²⁷³

Bothe weist in seiner Erklärung des Gerichtsurteils darauf hin, dass die israelische Mauer mit der Erschwerung der Lebensfähigkeit eines künftigen Palästinenserstaates auch das Recht des palästinensischen Volkes verletzt, eben diesen Staat in den Grenzen der Waffenstillstandslinie von 1949 – was übrigens von Israel in den Dokumenten des Friedensprozesses [grundsätzlich] anerkannt wurde – zu errichten und damit sein Recht auf Selbstbestimmung beschneidet. Sie ist aber auch eine klare Verletzung der Bestimmungen der Artikel (1), (49) und (53) der *IV. Genfer Konvention* vom 12. August 1949 zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten sowie Artikel 52 der *Haager Landkriegsordnung*.²⁷⁴

Die Richter des IGH beantworteten die Fragen gemäß UNO-Resolution ES-10/14 entsprechend den oben ge-

272 Bothe, Michael: *Die Mauer im Westjordanland. Ein Crashtest für das Völkerrecht?*, in: *Standpunkte*, Heft 02/2004, S.4, HSFK Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt.

273 Ebenda, S.4/5.

274 Ebenda, S.5/6.

schilderten Tatsachen folgendermaßen:²⁷⁵

1. „Mit 14 Ja- zu einer Gegenstimme: Der Bau der Mauer, die von Israel, der Besatzungsmacht, in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich in und um Jerusalem herum, gebaut wird, widerspricht internationalem Recht“;
2. „Mit 14 Ja- zu einer Gegenstimme: Israel ist verpflichtet, den Bruch internationalen Rechts zu beenden; es ist verpflichtet, unverzüglich die Arbeiten am Bau der Mauer, die in den besetzten palästinensischen Gebieten gebaut wird, einschließlich in und um Jerusalem herum, zu beenden, unverzüglich die ihr innewohnenden Strukturen abzubauen und unverzüglich alle Gesetze und Erlasse, die sich damit befassen, aufzuheben oder außer Kraft zu setzen, in Einklang mit Paragraph 151 dieses Gutachtens“;
3. „Mit 14 Ja- zu einer Gegenstimme: Israel ist verpflichtet für den Schaden, der durch den Bau der Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich in und um Jerusalem herum, entstanden ist, Schadenersatz zu leisten“;
4. „Mit 13 Ja- zu zwei Gegenstimmen: Alle Staaten sind verpflichtet, die illegale Situation, die Ergebnis des Baus der Mauer ist, nicht anzuerkennen und keine Hilfe dabei zu leisten, die Situation aufrecht zu erhalten, die durch den Bau der Mauer entstanden ist; alle Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention vom 12. August 1949, die sich auf den Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten bezieht, haben darüber hinausgehend die Verpflichtung, in Respektierung der Charta der Vereinten Nationen und des internationalen Rechts, sicherzustellen, dass Israel den Prinzipien des dem internationalen Menschenrechts folgend agiert, denen in dieser Konvention Ausdruck verliehen wird“; sowie
5. „Mit 14 Ja- zu einer Gegenstimme: Die Vereinten Nationen – besonders die Generalversammlung der Vereinten Nationen und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – sollten darüber beraten, was zu tun ist, um die illegale Situation zu beenden, die als Ergebnis des Baus der Mauer und durch das damit in Zusammenhang stehende Regime entstanden ist; dabei sollte das vorliegende Gutachten Berücksichtigung finden.“

Das Gericht hat interessanterweise in diesem Kontext auf der Basis von vorliegenden Menschenrechtsberichten einiger internationaler und lokaler NGO's sowie den Sonderberichten einiger UNO-Menschenrechtskommissionen über die Praktiken der Besatzungsmacht Israel²⁷⁶, das ganze zionistische Siedlungsprojekt in den besetzten Gebieten in ihrem Urteil mit einbezogen, so dass man hier von einem *ganzheitlichen Charakter* des Urteils sprechen kann. Dem Gericht sind die israelischen Siedlungsstrukturen sehr wohl als vollendete Tatsachen bekannt, die von Israel seit 1967 *illegal* und mit *Missachtung* des internationalen Rechts sowie von mehr als 60 den Konflikt betreffenden UNO-Resolutionen.

Begründung des IGH-Urteils

Die IGH-Richter strukturierten ihre Argumentation des Gutachtens in drei juristischen Kategorien, die zum einen die juristische Zuständigkeit des ICJ, zum anderen die Rechtmäßigkeit des Baus einer Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten, sowie die rechtlichen Folgen der Rechtsbrüche, die aufgedeckt wurden, behandeln sollten:

I/ Jurisdiktion und juristische Zuständigkeit des Gerichts

das Gericht stellte fest, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen bei der Anforderung eines Gutachtens von Seiten des IGH seine Kompetenzen nicht überschritten hat. Laut § 1/Artikel 65 seiner Satzung kann das IGH „auf Ersuchen irgendwelcher durch die oder im Einvernehmen mit der Charta der Vereinten Nationen dazu autorisierten Gremien ein Gutachten zu jeder juristischen Frage“ anfertigen.²⁷⁷

Außerdem bezieht sich das Gericht auf die Tatsache, dass die Generalversammlung der Vereinten Nationen die

²⁷⁵ Das vertretende US-amerikanische Mitglied des ICJ hat in allen Beschlüssen (1-5) dieses Urteils seine Gegenstimme erhoben. Dabei war die Tatsache interessant, dass der gleiche Richter die Zuständigkeit des Gerichts – aufgrund des politischen Charakters der Angelegenheit (des Gutachtens) – in Frage stellte. Seine Gegenstimmen waren aber offensichtlich politischer, und keineswegs juristisch-professioneller Natur und liefen mit der bekannten uneingeschränkten Unterstützung der israelischen Politik durch die USA konform. Vgl. *ICJ: Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction ... a.a.O.*, S. 201/203.

²⁷⁶ Hier sind besonders die Berichte des UNO-Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission John Dugard und des Berichterstatters der Weltbank Jean Ziegler hervorzuheben. (siehe Bibliographie: UNO-Berichte).

²⁷⁷ *ICJ: Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction ... a.a.O.*, S.144.

Resolution ES-10/14 auf ihrer 10. Sondersitzung angenommen hat, die auf der Grundlage der Resolution 377A (V) einberufen wurde. *RES 377A (V)* gibt an, dass „wenn der Sicherheitsrat wegen der fehlenden Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmen seiner ständigen Mitglieder [gemeint hier ist das Vetorecht] an seiner vorrangigen Verantwortung zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit nicht nachkommt, die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Angelegenheit unverzüglich beraten kann, um Empfehlungen an die Mitgliedstaaten auszusprechen“. Das Gericht befand, dass die Bedingungen, die in dieser Resolution niedergelegt wurden, zutrafen, als die 10. Sondersitzung einberufen wurde, da die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Entscheidung, ein Gutachten einzuholen, auf Grund der Tatsache traf, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht in der Lage war, eine Resolution bezüglich des Baus der Mauer zu treffen, weil eines der ständigen Mitglieder, nämlich die USA, dies mit seiner Gegenstimme verhinderte.²⁷⁸

Israels Einwand gegen die juristische Zuständigkeit des IGH bzw. sein Argument, dass ein Gutachten im vorliegenden Fall nicht abgegeben werden kann, weil die Fragestellung, die in der Forderung nach dem Gutachten aufgeworfen wird, keine rechtliche, sondern eine politische Frage sei, wurde vom Gericht zurückgewiesen. Auf seiner langjährigen Erfahrung in dieser Art der Rechtsprechung aufbauend, ist das Gericht der Auffassung, dass eine rechtliche Frage auch politische Aspekte hat. Wie im Falle vieler Fragen, die im Zusammenleben der internationalen Gemeinschaft entstehen, reicht es nicht, dieser vorliegenden Frage ihrem Charakter als eine ‚rechtliche Frage‘ zu berauben bzw. dem Gericht eine Zuständigkeit abzusprechen, die ihm expressive durch seine Satzung übertragen wurde und diese auch im Rahmen der immer präsenten juristisch-politischen Zwischenstaatenkonflikten in unzähligen Präzedenzfällen anwendete.²⁷⁹ Jede *juristische* Zwischenstaaten-Frage ist wegen ihrer Natur bedingt eine *politische*. Das gilt auch für die Einhaltung von Menschenrechten, die an sich einen globalen Charakter haben. Dass das IGH im Auftrag der Vereinten Nationen sich gerade in solchen Angelegenheiten im Rahmen seiner juristischen Kompetenz einmischt, ist ein fundamentaler Bestandteil seines Mandats. Seine juristischen Gutachten sind zwar politisch nicht bindend, sollen jedoch sinnvollerweise eine Richtschnur bilden, die mittels rationaler internationaler Rechtsprechung zur Beilegung von politisch verfahrenen territorialen Konflikten sowie zur Einhaltung von Menschenrechten auf dem Globus beitragen.

Darüber hinaus kommen die Richter in ihrem Urteil zu dem Schluss, dass sie über genügend Informationen und Beweise verfügen, um ein Gutachten abzugeben und betonen, dass es Sache der Generalversammlung bzw. des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sei, die Brauchbarkeit dieses Gutachtens einzuschätzen. Das Gericht kommt auf Grundlage der vorstehenden Überlegungen zu dem Schluss, dass es keinen zwingenden Grund gibt, es von der Abgabe des Gutachtens zu entbinden.

II/ *Rechtmäßigkeit des Baus einer Mauer in den besetzten Gebieten durch Israel*

In seinem juristischen Gutachten zum Bau der israelischen Mauer widmete sich der Internationale Gerichtshof der Frage, ob der Bau der Mauer dem internationalen Recht widerspricht. Von Anfang an verfolgte das Gericht die Linie, zunächst festzustellen, welche Regeln und Prinzipien des internationalen Rechts für die Frage, die die Generalversammlung aufgeworfen hat, *relevant* sind und erst dann zu untersuchen, ob diese Regeln verletzt wurden. Interessant hier ist die vorherige Zusammenstellung des Gerichts zum Status der palästinensischen Gebiete unter internationalem Recht. Das Gericht stellte fest²⁸⁰:

- nach Ablehnung des UNO-Teilungsplans (Res. 181 (II) vom 27. November 1947) von Seiten der Araber und der Proklamation Israels seiner *Unabhängigkeit* am 14. Mai 1948 im Sinne der gleichen Resolution, brach der erste israelisch-arabische Krieg aus. Am 16. November 1948 entschied der UNO-Sicherheitsrat in seiner *Resolution 62* dass ein Waffenstillstand (*armistice*) in allen Gebieten Palästinas hergestellt werden sollte. Diesem Beschluss entsprechend entstanden im Jahre 1949 eine Reihe von Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und den benachbarten arabischen Ländern. Eines dieser Abkommen war das Abkommen von Rhodes (Griechenland) zwischen Israel und Jordanien am 3. April 1949. Die *Artikel V* und *VI* dieses Abkommens fixierten die Waffenstillstandslinie (bekannt als die *Grüne Linie*) zwischen den israelischen und arabischen Streitkräften, die de facto das später als ‚West Bank‘ bekannte Territorium definierte. Paragraph 2, *Artikel III* bestimmt jedoch, dass keine Einheit der militärischen oder paramilitärischen Kräfte der Konfliktparteien, aus welchem Grund auch immer, vordringen oder diese Waffenstillstandslinie passieren soll. Diese Bestimmungen sollen laut § 8, *Artikel VI* des Abkommens *in keiner Hinsicht* als eine ‚Beeinträchtigung‘ eines künftigen

278 Ebenda, S.150.

279 Ebenda, S.155-201. Siehe auch UNO-Resolution A/RES/ES-10/15 vom 20. Juli 2004 zum ICJ-Gutachten, Anhang VIII/5 dieser Arbeit.

280 ICJ: *Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction ... a.a.o.*, S.165-167.

endgültigen politischen oder territorialen Abkommens zwischen den Konfliktparteien interpretiert werden;

- die Besetzung der so genannten ‚West Bank‘ durch die israelische Armee im Juni 1967 stellte eine klare Verletzung des Waffenstillstandsabkommens von 1949 dar. Das Gericht stellte fest, dass Israel als Besatzungsmacht ständig eine Linie gefahren ist bzw. eine Reihe von Maßnahmen unternommen hat, die das Ziel verfolgten, den Status der besetzten Gebiete insgesamt und in besonderem Maße Jerusalems zu ändern. Das obwohl der UNO-Sicherheitsrat in seiner Resolution 242 vom 22. November 1967 die *Unzulässigkeit* der Aneignung von Territorien durch Krieg ausdrücklich betonte und Israel zum Rückzug der israelischen Streitkräfte aus [den] besetzten arabischen Gebieten aufforderten;
- die Änderung des Status Jerusalems steht in Widerspruch zum Prinzip der ‚Unzulässigkeit der Aneignung von Territorien durch militärische Gewalt‘. Dies artikulierte die Resolution 298 des UNO-Sicherheitsrats vom 25. September 1971 wie folgt: „all legislative and administrative actions taken by Israel to change the status of the City of Jerusalem, including expropriation of land and properties, transfer of populations and legislation aimed at the incorporation of occupied section are totally invalid and cannot change the status“. Später und infolge der Annexion Jerusalems durch den israelischen Staat mittels des am 30. Juli 1980 adaptierten israelischen Grundgesetzes für Jerusalem, das ‚Jerusalem‘ zur ‚kompletten und vereinten‘ Hauptstadt Israels gemacht hat, erklärte der UNO-Sicherheitsrat wieder einmal in seiner Resolution 478 vom 20. August 1980, dass dieses Gesetz für Jerusalem *eine Verletzung des internationalen Rechts* darstelle und, dass alle durch die Besatzungsmacht Israel unternommenen Maßnahmen und Aktionen, die den Charakter und den Status der Stadt Jerusalem geändert haben oder beabsichtigen dies zu tun, *null und nichtig* seien;
- das anschließende Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien vom 26. Oktober 1994, fixierte die Grenze zwischen beiden Staaten zwar unter Bezugnahme der Grenzdefinierung des britischen Mandats, jedoch bestimmte Artikel 3 (Paragraphen 1 und 2) des Abkommens, das dies „ohne Beeinträchtigung des Status von irgendeinem Territorium, das nach dem Jahre 1967 unter israelischer Kontrolle kam“, geschieht; und schließlich
- selbst die Osloer Verträge (seit 1993) zwischen Israel und der PLO haben beiden Parteien verschiedene Pflichten auferlegt. Sie forderten Israel unter anderem dazu auf, bestimmte Befugnisse und Zuständigkeiten, die in den besetzten palästinensischen Gebieten durch ihre Militärregierung und Zivilverwaltung ausgeübt werden, an die palästinensischen Behörden zu übertragen. Eine solche Übertragung hat zwar stattgefunden, jedoch blieb sie aufgrund nachfolgender Ereignisse partiell und begrenzt.

Das Gericht stellte fest, dass alle Ereignisse und Friedensverträge bzw.-alternativen nach Juni 1967 nichts an der Situation und dem Status der West Bank als ‚besetztes Land‘ geändert haben. Nach Artikel 42 der Haager Bestimmungen vom 18. Oktober 1907 (IV. Haager Konvention) wird ein ‚Territorium‘ als ‚besetzt‘ aufgefasst, wenn es sich *tatsächlich* unter der Autorität der feindlichen Armee befindet, und sich die Besetzung nur auf die Gebiete erstreckt, wo eine solche Gewalt hergestellt worden ist und ausgeübt werden kann. Deswegen – und gemäß üblichen internationalen Rechts – betrachtet das Gericht das Territorium zwischen der ‚Grünen Linie‘ und der früheren Ostgrenze zwischen *Mandatspalästina* und Jordanien, inklusive Ostjerusalem, als ‚immer noch‘ von Israel besetztes Land, in dem Israel weiterhin den Status einer ‚Besatzungsmacht‘ hat.

Nach dieser grundsätzlichen Feststellung des juristischen Status des Landes, führte das Gericht zuerst die Prinzipien des Verbots der Androhung oder des Einsatzes von Gewalt bzw. die Gesetzwidrigkeit an, sich ein Territorium durch solche Mittel anzueignen, die ihren Widerhall im üblichen internationalen Recht finden. Das Gericht bezieht sich dabei auf *Kapitel I/Artikel 2 Punkt 4* der Charta der Vereinten Nationen²⁸¹, sowie auf die Resolution 2625 (XXV) der Generalversammlung²⁸², die die Mitgliederstaaten dazu auffordern, die Prinzipien von ‚Gleichheit‘ und ‚Selbstbestimmung‘ aller Nationen in den Zwischenstaatlichen Beziehungen und Konflikten zu respektieren sowie die Anwendung von militärischer Gewalt zwecks Gebietseroberungen in territorialen Konflikten, zu unterlassen. Vor allem das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, das der Charta innewohnt und das durch die Resolution 2625 (XXV) bestätigt wurde, wurde vom Gericht besonders hervorgehoben.

Wie oben gezeigt wurde, zog das Gericht die Informationen in Betracht, die ihm durch die vor Ort arbeiten-

281 Ebenda, S.171. Kompletter Wortlaut der UNO-Charta in deutscher Sprache online unter : <http://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf>.

282 Ebenda. Gemeint ist hier die UNO-Resolution A/RES/2625 (XXV) vom 24. Oktober 1970: Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, online unter: <http://www.un.org/depts/german/gv-early/ar2625.pdf> (A.d.V.).

den Organisationen bezüglich des Einflusses des Baus der Mauer auf das tägliche Leben der Einwohner der besetzten palästinensischen Gebiete vorgelegt wurden und kommt zum Ergebnis, dass der Bau der Mauer und das mit ihm in Zusammenhang stehende Regime den relevanten Bedingungen der Haager Bestimmungen von 1907, der ‚Vierten Genfer Konvention‘ sowie diverse im internationalen Abkommen über humanitäre, Zivile und Politische Rechte garantierte Zivile und Politische Rechte (internationales Abkommen für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte und die Konvention der Rechte des Kindes) verletzen. In Bezug auf die internationalen Menschenrechte legt das Gericht die ‚Vierte Haager Konvention‘ von 1907 zu Grunde – und das trotz der Tatsache, dass Israel dieses Abkommen nicht unterzeichnet hat. Denn die Bestimmungen dieses Abkommens sind insbesondere seit dem internationalen Kriegstribunal von Nürnberg Teil des normalen internationalen Rechts geworden. Das Tribunal befand damals, dass die in der Konvention festgelegten Regeln von allen *zivilisierten* Völkern anerkannt sowie als Feststellungsurteil der Gesetze und Bräuche des Krieges angesehen wurden.²⁸³ Ebenso findet laut dem Urteil des IGH die ‚Vierte Genfer Konvention‘ von 1949, die sich auf den Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten bezieht, im Falle der palästinensischen Gebiete ihre Anwendung. Die palästinensischen Gebiete lagen vor dem bewaffneten Konflikt im Jahre 1967 östlich der Demarkationslinie von 1949 („Grünen Linie“) und wurden von Israel im Laufe dieses Konflikts besetzt. Das Gericht stellt des Weiteren fest, dass bestimmte Instrumente zur Durchsetzung der Menschenrechte (Internationales Abkommen über Zivile und Politische Rechte, Internationales Abkommen über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte und die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes) auf die besetzten palästinensischen Gebiete anzuwenden sind.

Im Zuge seiner Untersuchung, ob der Bau der Mauer die oben genannten Regeln und Prinzipien verletzt, fällt dem Hohen Gericht zuerst auf, dass die von Israel geplante Route der Mauer so ausgelegt wurde, dass das eingeschlossene Gebiet die größte Zahl der israelischen Siedlungen innerhalb der besetzten West Bank sowie etwa 80% der gesamten jüdischen Siedler der West Bank durch die Einverleibung der illegal von ihren eigentlichen Besitzern (den Palästinensischen Araber) annektierten Siedlungsflächen zwischen der Mauer und der ‚Grünen Linie‘ einschließen würde.²⁸⁴ Das Gericht betonte die Tatsache ausdrücklich, dass der Sicherheitsrat in einigen Resolutionen die *Anwendbarkeit* der Vierten Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 auf alle von Israel besetzten arabischen Gebieten bestätigt und folglich die Politik Israels, Siedlungen auf diesem Territorium zu errichten als „flagrante Verletzung“ der ‚Vierten Genfer Konvention‘ bezeichnet hat.²⁸⁵ In diesem Zusammenhang kommt das Gericht, was die israelischen Siedlungen betrifft, zum Ergebnis, dass die Errichtung dieser Siedlungen einen Bruch internationalen Rechts darstellt. Denn diese verstößt gegen *Artikel 49/Paragraph 6* der ‚Vierten Genfer Konvention‘: die israelischen Praktiken in den besetzten Gebieten führen nicht nur dazu, dass Teile des besetzten Volkes zwangsdeportiert wurde und wird, sondern vor allem auch, dass Teile der eigenen jüdischen Bevölkerung Israels in die besetzten Gebiete auf Kosten der indigenen Besitzer des Landes umgesiedelt werden.²⁸⁶

Auch die Machbarkeit der von der Weltöffentlichkeit propagierten Zwei-Staaten-Lösung im Kontext der Mauer wurde vom Gericht juristisch untersucht, und das Gericht zog diesbezüglich gewisse Befürchtungen in Betracht, nämlich dass die Route der Mauer die künftige Grenze zwischen Israel und Palästina vorwegnehmen wird. Die Richter geben ihrer Sorge Ausdruck, dass die Mauer und das mit ihr in Zusammenhang stehende Regime „ein ‚fait accompli‘ vor Ort schaffen werden, das dauerhaft bestehen bleiben könnte, in diesem Falle ... würde (der Bau der Mauer) einer de facto Annexion gleichkommen.“ Das Gericht stellt fest, dass die Route, die für die Mauer gewählt wurde, vor Ort den illegalen Maßnahmen Ausdruck verleiht, die von Israel eingeleitet wurden und vom Sicherheitsrat hinsichtlich Jerusalems und der Siedlungen verurteilt wurden, und dass die Route weitere Veränderungen in der demographischen Zusammensetzung der besetzten Gebiete nach sich ziehen wird. Es gelangt zu der Auffassung, dass der „Bau der Mauer, zusammen mit den Maßnahmen, die bereits zuvor ergriffen wurden, das palästinensische Volk daran hindert, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben und von daher einen Bruch der Verpflichtungen Israels darstellt, dieses Recht zu achten.“

Wie der deutsche Völkerrechtsexperte Michale Bothe in seinem Beitrag schilderte (siehe oben), kommt das Gericht zu dem Schluss, dass sich Israel nicht auf das Recht auf Selbstverteidigung berufen kann und, dass

283 Urteil des internationalen Kriegstribunals von Nürnberg, 30. September und 1. Oktober 1946, S.65, in *ICJ: Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction ... a.a.O.*, S.172.

284 *ICJ: Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction ... a.a.O.*, S.183.

285 Ebenda, S.176. Die Richter beziehen sich beispielsweise auf Resolution 237 (14. Juni 1967), Resolution 446 (22. März 1979), Resolution 681 (20. Dezember 1990), Resolution 799 (18. Dezember 1992) sowie auf Resolution 904 (18. März 1994) des UNO-Sicherheitsrats.

286 Ebenda, S.183. Siehe auch IV. Genfer Konvention von 1949, Anhang X/ 1 dieser Arbeit.

dieser Bau und das mit ihm in Zusammenhang stehende Regime zusammen mit der Errichtung von Siedlungen die Tendenz in sich tragen, die demographische Zusammensetzung in den besetzten palästinensischen Gebieten zu verändern und damit der Vierten Genfer Konvention und den relevanten Sicherheitsratsresolutionen widersprechen.

III/ *Rechtliche Konsequenzen der festgestellten Verletzungen*

Der globale Charakter und die Präsenz des Palästinaproblems werden in den vom Gericht empfohlenen rechtlichen Konsequenzen dieses Urteils besonders sichtbar, denn das Gericht unterscheidet zwischen den rechtlichen Konsequenzen dieser Verletzungen für Israel und für andere Staaten²⁸⁷:

1. **Rechtliche Konsequenzen für Israel**

Nach den oben geschilderten Ausführungen kommt das Gericht zu dem Ergebnis, dass Israel seine Politik in den besetzten Gebieten revidieren bzw. deren Konsequenzen für die Palästinenser wiedergutmachen muss. Um das zu erreichen muss Israel folgende Maßnahmen vollstrecken bzw. folgende Auflagen erfüllen:

- a) Israel muss das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und seine Verpflichtungen nach humanitärem Recht sowie die Bestimmungen der Menschenrechte anerkennen;
- b) Es muss die Verstöße gegen seine internationalen Verpflichtungen, die der Bau der Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten darstellt, beenden und muss daher unverzüglich die Bauarbeiten an der Mauer einstellen und die Teile dieses Bauwerks abbauen, die in den besetzten palästinensischen Gebieten liegen;
- c) Alle Gesetze und Erlasse, die in Hinblick auf den Bau der Mauer und die Errichtung der damit zusammenhängenden Ordnung erlassen wurden, muss Israel unverzüglich aufheben oder außer Kraft setzen; und schließlich
- d) für jeglichen Schaden, der natürlichen oder juristischen Personen durch den Bau der Mauer zugefügt wurde, muss Israel Entschädigungen zahlen.

2. **Rechtliche Konsequenzen für andere Staaten**

In Bezug auf die rechtlichen Konsequenzen für andere Staaten kommt das Gericht zu dem Schluss,

- a) dass alle Staaten verpflichtet sind, die illegale Situation, die infolge der Mauerkonstruktion entstanden ist, nicht anzuerkennen und keine Hilfe zu leisten, die die Situation, die durch den Mauerbau geschaffen wurde, aufrechterhält;
- b) dass alle Staaten verpflichtet sind, in Respektierung der Charta der Vereinten Nationen und des internationalen Rechts, jedes Hindernis, das als Ergebnis des israelischen Mauerbaus für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes besteht, zu beseitigen;
- c) dass alle Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention verpflichtet sind, in Respektierung der Charta und des internationalen Rechts, sicherzustellen, dass Israel sich in Einklang mit dem internationalen humanitären Recht, wie es in der Konvention dargelegt ist, verhält; und schließlich,
- d) dass die Vereinten Nationen und besonders die Generalversammlung und der Sicherheitsrat darüber beraten sollten, welche Schritte erforderlich sind, um die illegale Situation, die durch den Bau der Mauer und das damit in Zusammenhang stehende Regime entstanden ist, zu beenden; das vorliegende Gutachten sollte dabei in angemessener Weise Berücksichtigung finden.

Das Gericht schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass der Bau der Mauer in einen breiteren Kontext gestellt werden muss, der durch eine Reihe von bewaffneten Konflikten seit der UNO-Teilungsresolution 181 (II) von 1947 entstanden ist. In dieser Hinsicht stellt das Gericht fest, dass *Israel und Palästina verpflichtet sind, die Regeln des internationalen humanitären Rechts ohne jeden Vorbehalt einzuhalten*. Nach Auffassung des Gerichts kann die tragische Situation in der Region nur beendet werden, wenn alle relevanten Beschlüsse des Sicherheitsrates nach bestem Wissen und Gewissen umgesetzt werden. Das Gericht lenkt die Aufmerksamkeit der Generalversammlung auf die Notwendigkeit, Anstrengungen zu unternehmen, um so schnell wie möglich auf der Grundlage des internationalen Rechts eine Verhandlungslösung für die ungelösten Probleme zu erreichen und einen palästinensischen Staat zu errichten, der Seite an Seite mit Israel und seinen anderen Nachbarn existiert und Frieden und Sicherheit für alle in der Region bringt.²⁸⁸

²⁸⁷ Vgl. ICJ: *Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction ... a.a.O.*, S.200-203.

²⁸⁸ Ebenda, S.200/201.

3.9 Apartheidmauer' oder ‚Sicherheitszaun‘?

Ist Israel mit Apartheid-Südafrika vergleichbar?

Die Assoziationen, die durch die israelische Mauer mit dem Begriff ‚Bantustan‘ hervorgerufen werden, machen es zwingend notwendig, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob der Gegenstand dieser Untersuchung (die Mauer) nun ein ‚Sicherheitszaun‘²⁸⁹ oder eine ‚Apartheidmauer‘²⁹⁰ ist. Die Sperranlage wird nach israelischen offiziellen Angaben als ‚Sicherheitszaun‘ bezeichnet. Einige Kritiker bezeichnen die Anlage als ‚Apartheidmauer‘ und beziehen sich dabei auf die ehemaligen Homeland-Separationsmaßnahmen der rassistischen Weißenregierung Südafrikas und sehen Analogien zwischen diesen und den im Kontext der Mauer entstehenden ghettoähnlichen Flächenfragmenten des Westjordanlandes und der stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit der Palästinenser.

Bei einem Gegenüberstellen des ‚Bantustan-Plan‘ Ariel Sharons und den räumlichen Anordnungen des Apartheid-Südafrika der 1950er Jahre (Karte 3-29) findet man unschwer parallele Denkweisen in Umgang mit Mensch und Raum.

Die *Vision* vom ehemaligen israelischen Premierminister Ariel Sharon und seinem Nachfolger Ehud Olmert sieht einen palästinensischen Staat vor, dem sein *Staatscharakter* entnommen werden würde, da das Territorium aus einer Anzahl palästinensischer Enklaven – viel mehr Reservate – bestehen sollte, die jeweils von einem dominierenden israelischen Territorium umzingelt bzw. kontrolliert werden würde. Und die Ähnlichkeiten zwischen diesen geplanten Enklaven und den südafrikanischen ‚Bantustans‘ liegt auf der Hand. Das weiße Regime in Südafrika errichtete 1958 die so genannten ‚Homelands‘. Unter ‚Homelands‘ verstand man während der Zeit der *Apartheid*²⁹¹ in Südafrika die Stammesgebiete der Schwarzen in Südafrika. Diese bezeichnete die weiße Apartheid-Regierung als ‚Bantustans‘ und wollte mit deren Hilfe die Rassentrennung der Apartheid unter dem Motto der ‚separaten Entwicklung‘ auch territorial durchsetzen und formell unabhängige Staaten der Schwarzen in Südafrika schaffen, deren Bewohnern (Schein)-Unabhängigkeit zugestanden werden sollte. Jedoch waren die Homelands ökonomisch, finanziell und militärisch komplett vom weißen Südafrikanischen Staat abhängig. Sie stellten faktisch nur vom übrigen Staatsgebiet abgetrennte Reservate dar, die der unterdrückten schwarzen Bevölkerung – überwiegend billige Arbeitskräfte – als Elendsviertel dienten.

Die Schaffung von Bantustans lief auf die territoriale und demographische Aufsplitterung bzw. Isolierung der schwarzen Bevölkerung Südafrikas hinaus. Die Schwarzen, die weiter in Südafrika arbeiteten und deshalb auch in Townships oder in Hostels wohnten, waren plötzlich Fremde im eigenen Land. Sie besaßen kein dauerhaftes Wohnrecht mehr. Durch diese Maßnahme wurde zusätzlich versucht, das zahlenmäßige Übergewicht der schwarzen Staatsangehörigen Südafrikas zugunsten der Weißen zu ändern. Diese offensichtliche Heuchelei der weißen Machthaber wurde öffentlich von den vereinten Nationen angeprangert und führte dazu, dass sich alle Staaten der Welt außer Südafrika weigerten, die Homelands als selbständige Staaten anzuerkennen. Auch die südafrikanische Widerstandsorganisation ANC lehnte die Homelands stets ab.

Die Bewohner der palästinensischen Reservate sollen nach dem Sharon-Plan, wie damals die Schwarzen in Südafrika, sich selbst verwalten dürfen. Politisch und ökonomisch bleiben sie jedoch weiterhin der israelischen Dominanz unterworfen. Von Souveränität kann und darf hier nicht die Rede sein. Die wichtigste Bemerkung hier ist die Tatsache, dass die Palästinensische Frage von einer nationalen Strebung eines Volkes nach Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auf ein *Minimum* einer humanitären Angelegenheit reduziert wird, so wichtig diese auch ist. Sharon erreichte mit seinem Plan, dass die Mauer das genaue Gegenteil dessen ist, was sie vorgibt: Statt der Trennung der West Bank von Israel vereint sie die allermeisten illegalen Siedlungen mit Israel bei gleichzeitiger Trennung der Palästinenser von ihrem Land und ihrem wenigen vorhandenen Wasser, den wesentlichen Elementen jeglicher Entwicklungs- und Wachstums- Perspektiven für ihre Zukunft.

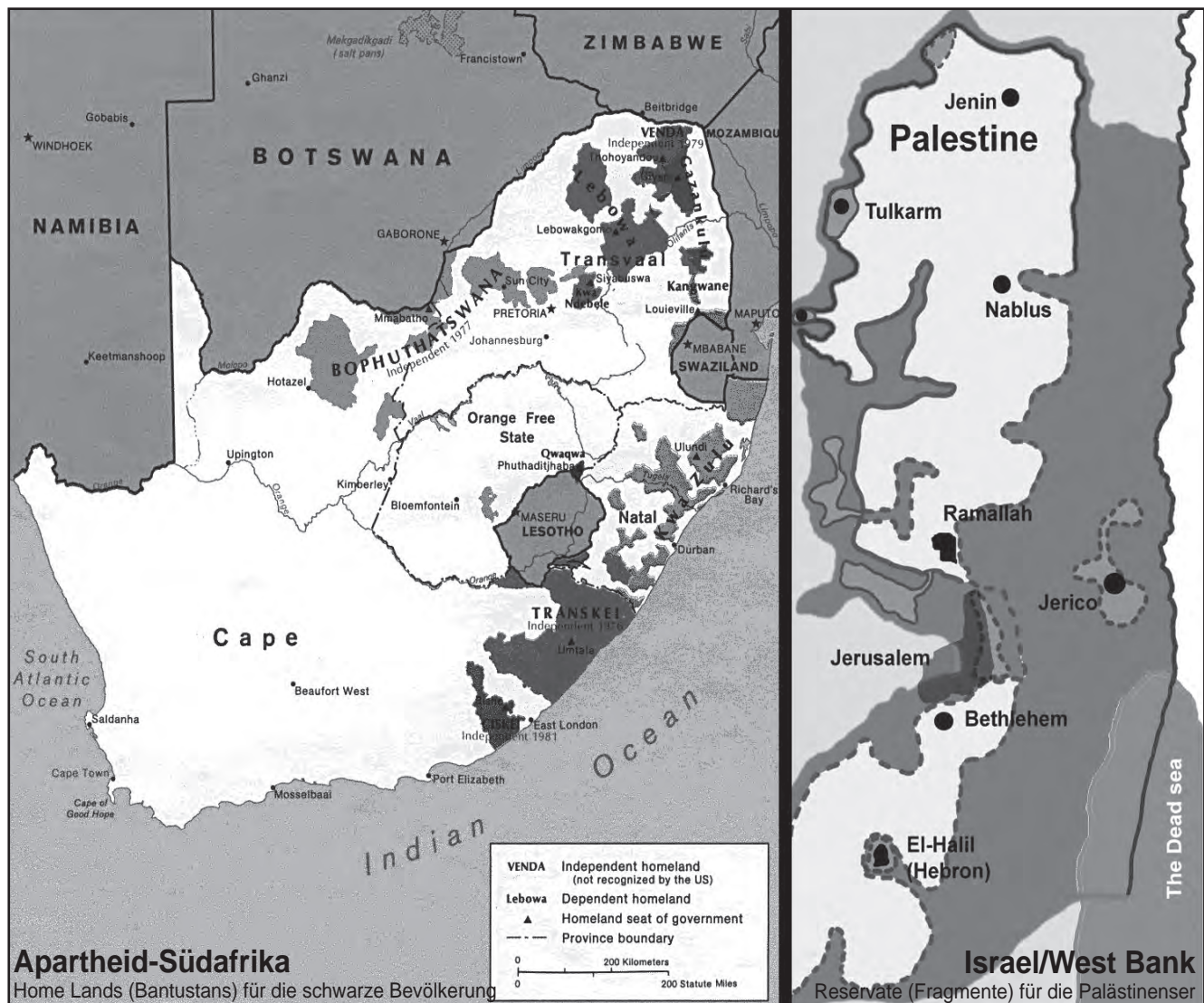
Die hochsensible oder vielleicht provokative Frage, ob man ohne weiteres den israelischen Staat als ‚System‘ mit

289 So wird die Mauer von ihren Gegnern bezeichnet.

290 Die Sperranlage wird nach israelischen offiziellen Angaben als Sicherheitszaun bezeichnet. Einige Kritiker bezeichnen die Anlage als eine Apartheidmauer und beziehen sich dabei auf die ehemaligen Homeland-Separationsmaßnahmen der rassistischen Weißenregierung Südafrikas und sehen Analogien zwischen diesen und den im Kontext der Mauer entstehenden ghettoähnlichen Flächenfragmente und stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Westjordanland.

291 In Afrikaans bedeutet „Apartheid“ Trennung, Vgl. *Politik Lexikon*, Schubert/Klein, 2003, S. 20.

dem ehemaligen Apartheid-Regime Südafrikas vergleichen kann, beschäftigt viele Geister der heutigen Zeit. Ein Vergleich der Verhaltensmuster beider Systeme (Apartheid-Südafrika und Israel) ist hier für eine objektive Einschätzung unumgänglich. Und um das Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern in den besetzten Gebieten – aber auch in Israel selbst – und ihrem Land gegenüber zu verstehen, ist es hilfreich zu wissen, wie ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘ in Israel überhaupt nach innen als ‚Demokratie‘ funktionieren. In einem herkömmlichen demokratischen Kontext ist das ‚Bürgerrecht‘ ein gesetzliches Verhältnis zwischen einem ‚Individuum‘ und dem ‚Staat‘, wonach der Staat die Grundrechte der Bürger anerkennt und sich verpflichtet, ihnen den gleichberechtigten Zugang zu den zivilen, politischen und ökonomischen Mitteln sowie die soziale Fürsorge zu garantieren. Bürger in einer Demokratie haben das Recht auf Gleichbehandlung vor dem Gesetz und auf eine faire Teilnahme am politischen Prozess, wie das Recht zu wählen bzw. gewählt zu werden. Sie haben aber auch das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu Land, Wasser und anderen Ressourcen, usw.



Karte 3-29: Home Lands in Apartheid-Südafrika – Reservate für die Palästinenser im Westjordanland.

Es existiert jedoch kein universales ‚Bürgerrecht‘, das für alle Menschen auf die gleiche Weise gilt. Demokratische Werte sind in außerordentlicher Weise beeinträchtigt. Eine illustrative Variante einer derartigen Beeinträchtigung war das Apartheid-Südafrika. Dort waren 87% des Territoriums per Gesetz für *weiße* Bürger reserviert und den *nicht-weißen* Bürgern Südafrikas vorenthalten.

Die Situation in Israel ist vergleichbar: hier herrscht eine vom israelischen Parlament geregelte Situation, in der 93% des israelischen Territoriums (hier ist die Rede vom Kernland Israel ohne die besetzten Gebiete) per Gesetz ausschließlich für die *jüdischen* Bürger des Staates reserviert wird. Wurde im Apartheid-Südafrika eine Segregation der *Nicht-Weißen* von den *Weißen* juristisch und territorial praktiziert, so wird in Israel zwischen *Juden* und *Nicht-Juden* per Gesetz – und anhand von vielen den Alltag und die Lebensperspektiven beider Gruppen umfassenden Anordnungen – unterschieden. Man kann über die israelische Staatsbürgerschaft nicht

im gleichen Sinne denken wie etwa über die US-amerikanische oder kanadische Bürgerschaft, denn alle Bürger in diesen Ländern sind, ungeachtet rassistischer Handlungen und Fremdenhass, gleich vor dem Gesetz. Das kann man keineswegs vom israelischen Staat behaupten: Juden in Israel sind Bürger der ersten Klasse, Nicht-Juden gehören der zweiten, dritten oder vierten Klasse an.

Diesen Umstand bezeichnet der israelische Sozialforscher *Oren Yiftachel* als einen *ethnokratischen*²⁹² Umgang mit den indigenen palästinensischen (Bürgern) des israelischen Staates – übrigens, ein Hauptgrund für die Identitätskrise Israels. Bezogen auf die grundsätzlichen Attribute des israelisch-palästinensischen Konflikts – zwischen Israel, einem Staat, der ideologisch auf dem Fundament eines heute in seiner Intension einzigartigen ‚Siedlungskolonialismus‘ basiert und der vom gleichen kolonialen Projekt verdrängten indigenen Bevölkerung des Landes (den Palästinensern) – hat man es hier offensichtlich mit einem klassischen Fall einer *Apartheid-Konstruktion* zu tun.

Jedoch gibt es einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Israel und Südafrika. Dieser zeigt sich darin, dass die Besucher in Südafrika damals sofort mit den rassistischen Begleiterscheinung der Apartheid konfrontiert wurden: getrennte Sitzplätze, Arbeitsplätze, Toiletten, Parks, Transportmittel, usw. In Israel bekommt ein Besucher – vom Bild einer im Alltag öffentlich bewaffneten israelischen Gesellschaft einmal abgesehen – möglicherweise eine erste Impression von einer gewöhnlichen liberalen Gesellschaft nach westlichem Demokratiemuster: hier gibt es keine getrennten Arbeitsplätze, Parks, Verkehrsmittel, Badestrände, usw. Die Grundsubstanz der israelischen Apartheid ist *verschleiert*. Das System ‚Israel‘ mit seinen unzähligen Institutionen wie die ‚Jewish National Fund‘ (JNF) spielen eine zentrale Rolle bei der Konstruktion dieser Verschleierung. Wie in den letzten Kapiteln geschildert wurde, ist das Flüchtlingsproblem die *Quintessenz* des Palästinaproblems und stellt – nach zionistischem Denken, das von der *rassistisch-jüdischen Reinheit* ausgeht – seit jeher sowohl demographisch als auch territorial, eine große Gefahr für die zionistische Idee und somit auch für den israelischen Staat dar.

Die Planungspolitik Israels wird seit 1948 von einem ‚Ordnungswahn‘ begleitet, der darauf zielt, das gewonnene Land für immer jüdisch zu halten. Dazu gibt es nur ein Instrument, nämlich die *Spurenverwischung* palästinensisch-arabischer Geschichte und Kultur. Und selbst bei (Bau-)Projekten, die vom ‚Jewish National Fund‘ als ökologisch und nachhaltig propagiert werden, wie der Anbau von Wäldern und das Errichten von offenen Erholungsparks, weicht die JNF nicht von diesem Grundsatz ab, denn fast alle diese Anlagen in Israel, wurden und werden weiterhin auf den palästinensischen Dorf-Ruinen der 1948/49 ethnisch gesäuberten Gebiete im heutigen Staat Israel gebaut bzw. angelegt. Von den damals 156.000 zählenden im heutigen Kernland Israel verbliebenen Palästinensern, wurden etwa 32.000 innerhalb des israelischen Staatsterritoriums zwangsumgesiedelt. Im Jahre 2006 wuchs die Zahl der Nachkommen dieser internen Flüchtlinge auf etwa 355.000.²⁹³ Und obwohl diese Menschen heute die israelische Staatsbürgerschaft tragen, dürfen sie nicht zu ihren Häusern und Ländereien zurückkehren. Hinzu kommen etwa 6 Millionen andere palästinensische Flüchtlinge (Flüchtlinge von 1948 und ihre Nachkommen), die außerhalb des israelischen Staatsgebiets leben müssen.

Die Aneignung – Gegner nennen es ‚Raub‘ – des Landbesitzes dieser Menschen wurde mittels Erlassung einer Reihe von Gesetzen durch die damals im Rahmen der ‚inneren Kolonisation des Landes‘ noch Besatzungsmacht Israel legalisiert, die mit dem ‚Gesetz über die Besitztümer Abwesender‘ (The Absentees Property Law) aus dem Jahre 1950 gipfelte.²⁹⁴ Mit Hilfe dieses Gesetzes wurde das Eigentum so genannter ‚Abwesender‘ konfisziert, und die Eigentümer dürfen bis heute nicht zu ihrem Besitz zurückkehren. Nach der Volkszählung von 1947 hatte es – erstaunlicherweise – nur noch etwa 100.000 *anwesende* Palästinenser im israelischen Teil Palästinas gegeben. Rund 60.000 Palästinenser, die sich zwar im israelischen Teil Palästinas aufhielten, aber aus persönlichen oder geschäftlichen Gründen bzw. als Ergebnis der Vertreibungsaktionen der Zionisten nicht auf ihrem Boden anwesend waren, waren plötzlich zu ‚Abwesenden‘ erklärt worden. Von nun an gab es zum ersten Mal eine begriffliche Differenzierung innerhalb der einen Volksgruppe, die die Araber in Israel in zwei Kategorien teilte, nämlich

1. die ‚anwesenden Anwesende‘; sowie
2. die ‚abwesenden Anwesende‘.

292 Vgl. z. B. Abschnitt 2.4.3 dieser Arbeit.

293 Nach Angaben der Al-Awda: The Palestine Right of Return Coalition, 12. September 2006, online unter: <http://al-awda.org/pdf/factsheet.pdf>.

294 Allein zw. 1948 und 1966, der Phase der militärischen Regierung im Kernland Israel, wurden insges. 34 israelische Gesetze zur Beschlagnahme von arabischem Boden im Kernland Staates erlassen. Mehr zum ‚The Absentees Property law‘, siehe Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.134.

Dieses Gesetz war ein raffinierter Schachzug der israelischen Militärbehörde, mit dessen Hilfe der israelische Staat etwa 5,7 Millionen Dunum (570 Km²) Land konfiszieren konnte. Der im Rahmen dieses israelischen Gesetzes beklagte Verlust des palästinensischen Landes wird auf ca. 80% der genutzten landwirtschaftlichen Fläche und 20% des städtischen Bodens geschätzt.²⁹⁵

Im gleichen Jahr, 1950, hat die israelische Regierung ein anderes Gesetz erlassen, das auch als ein Fundament des (in religiöser Deutung) rassistischen Handelns gegenüber Nichtjuden gilt: das so genannte ‚Rückkehrgesetz‘, das allen Juden irgendwo auf dieser Erde, wo immer sie auch leben, das Recht garantiert, als *Oleh* (jüdischer Einwanderer) nach Israel zu kommen und sofort israelische Staatsbürger zu werden. Bei der Gründung des Staates Israel erklärten die Gründer, „... die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel, ... der der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden aus dem Exil offensteht ...“. Gemäß dieser Zielsetzung hat der Staat Israel Überlebende des Holocaust, Flüchtlinge aus unterschiedlichen Ländern sowie viele Tausende von Juden, die aus eigenem Entschluss nach Israel kamen, aufgenommen.²⁹⁶ Während das Land allen Juden in der Welt offen steht, dürfen die inzwischen etwa 6 Millionen indigenen Besitzer und ehemaligen Bewohner des Landes, die Palästinenser, die von den gleichen *Staatsgründern* aus ihrer Heimat vertrieben und zu Flüchtlingen gemacht wurden, nicht in ihre Städte und Dörfer zurückkehren.

Das israelische ‚Rückkehrgesetz‘ hat weder eine juristische noch eine historische Rechtfertigung, und keine moralische – es war streng genommen eine Fortsetzung des oben beschriebenen Plan-Dalet von 1948 zur ethnischen Säuberung des Landes bzw. zur ethnischen Vertreibung dessen indigenen Bewohner – und das mit Erfolg: laut Salman Abu Sitta, versuchten viele vertriebenen Palästinenser unmittelbar nach dem Krieg 1948 in ihre Heimatorte zurückzukehren (übrigens, in Erfüllung der Res. 194 (III) der UNO-Generalversammlung vom 11.12.1948). Jedoch wurden Tausende von ihnen von der israelischen Armee als ‚Eindringlinge‘ getötet. Zwischen Januar und Dezember 1949 wurden insgesamt etwa 5.000 palästinensische Rückkehrer von den israelischen Militärs auf diese Weise getötet. Abu Sitta spricht hier, auf den Kontext der israelischen Praktiken seit 1948 berufend, nicht von einer „ethnischen Säuberung“, sondern präziser von einer „ethnischen Vertreibung“²⁹⁷ der Palästinenser durch die Zionisten, die Hand in Hand mit der Säuberung der Gebiete ging und heute weiterhin geht.

In diesem Kontext ist eine Gegenüberstellung vom ‚Rückkehr-Recht‘ der palästinensischen Flüchtlinge und dem israelischen ‚Rückkehr-Gesetz‘ interessant und wichtig, um die heutige Diskussion über die Anerkennung Israels als ‚jüdischen Staat‘ zu verstehen bzw. ihre subtil- (religiös-) rassistische Hintergründe zu beleuchten (siehe auch Abschnitt 4.5): Die Debatte über den Charakter des Staates ist so alt wie der Zionismus selbst. Hier soll der Leser an das berühmte Buch Theodor Herzls erinnert werden, dessen Titel nicht etwa ‚Der jüdische Staat‘, sondern ‚Der Judenstaat‘ ist. Herzls Ziel war die Gründung eines modernen Staates für die ‚jüdische Nation‘, den er in seinem Buch als ‚Judenstaat‘ bezeichnete. Eine der frühesten Debatten der Gründer-Zionisten war die Frage nach dem Unterschied zwischen einem ‚Judenstaat‘ und einem ‚jüdischen Staat‘. Der Zionismus, obwohl eine weltliche Bewegung, konnte nie zwischen der national-(jüdischen) und der religiösen Zugehörigkeit unterscheiden, und die Wahl fiel auf das Territorium ‚Palästina‘, da das Land das einzige war, das der zionistischen Idee der organischen Verbundenheit zwischen dem ‚weltlichen‘ und dem ‚religiösen‘ das geeignete Gefüge darbot, um sie zu vermarkten bzw. um alle unterstützenden Kräfte zu mobilisieren. Alle zionistischen Führer seit Herzl haben dieses Problem begriffen. Ben-Gurion gab dem neuen Gesetz den Namen ‚Rückkehr-Gesetz‘, um es vom ‚Rückkehrrecht‘ der Palästinenser nicht nur pro forma zu unterscheiden, sondern auch inhaltlich und politisch als eines der wichtigsten Fundamente Israels in seinem demographischen Kampf gegen die Palästinenser zu manifestieren.

Das Gesetz ist so fundamental, dass Ben-Gurion gleich in seiner ersten Kundgebung es als ein Gesetz charakterisierte, das nicht einfach im Staat Israel erlassen wurde, sondern als das Gesetz, durch das Israel als Staat ein Existenzrecht besitzen soll – sprich, es sei das Fundament der Existenz Israels und kein künftiges israelisches Parlament kann und darf es je ändern. Und selbst die Juden, die in Israel geboren werden, werden nach diesem Gesetz als Rückkehrer behandelt, um sie von den am gleichen Ort geborenen Palästinensern zu unterscheiden. Das heißt, seit dem ersten Augenblick der Erlassung dieses Gesetzes unterscheiden die Israelis zwischen dem

295 Nach Granovsky, Abraham: *Agrarian Reform and the Record of Israel*, London, 1956, in Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.134.

296 Vgl. Botschaft des Staates Israel- Berlin, online: <http://berlin.mfa.gov.il/mfm/web/main/document.asp?DocumentID=67031&MissionID=88>.

297 Abu Sitta Salman (Verfasser des ‚Atlas of Palestine 1948‘), in einem Gespräch mit Sami Kulaib, in: Al Jazeera-Sendung ‚Al-Malaff‘ (Die Akte), 06.05.2010.

Bürger, der sich auf der Basis des ‚Rückkehrrechts‘ im Land befindet (nur Juden) und dem Bürger, der seine Staatsbürgerschaft per Geburtsrecht (der palästinensische Araber) besitzt bzw., der nach 1948 hier geblieben ist oder dem erlaubt wurde, hier zu bleiben. Mit anderen Worten: die Araber werden hier in ihrer Heimat, per Gesetz, nur geduldet. Die Nichttrennbarkeit von Nationalität und jüdischer Religion wird weiterhin in diesem Gesetz verfestigt, indem es den Umstand regelt, dass eine Person ihre Religion wechselt. Tritt eine Person in das Judentum ein, so wechselt diese Person nicht nur ihre Religion, sondern auch ihre Nationalität gleich mit und hat automatisch das Recht auf die israelische Staatsbürgerschaft. Wenn eine jüdische Person hingegen ihre Religion wechselt, verfällt bei dieser Person auch die jüdische Religion als ‚Nationalität‘, sprich sie hätte kein Recht mehr auf die israelische Staatsbürgerschaft.

An dieser Stelle wäre berechtigt, folgende Frage zu stellen: *wenn es seit Staatsgründung eine solche Debatte über den Staatscharakter gibt, warum wird heute (eigentlich seit einem Jahrzehnt) über dieses Problem so heftig und überraschend diskutiert?* Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach und naheliegend: bis zur Machtergreifung von Ariel Sharon im Jahre 2001 war diese Debatte eine innerisraelische Auseinandersetzung mit der Frage, wer Jude ist, die gleichzeitig von einer äußerst subtilen und schleichenden Planung gegen die Rechte der einheimischen Araber lief. Heute sagt Israel der Weltöffentlichkeit: dieses Problem ist nicht nur ein innerisraelisches Problem und wir fordern Euch (und die Araber) dazu auf, Israel anzuerkennen, nicht nur als eine *vollendete Tatsache*, sondern auch als *jüdischen Staat*. Wie im Abschnitt 3.3.3 erwähnt wurde, stellte die damalige Regierung Sharon (2002) insgesamt 14 Bedingungen (Fußnoten) für ihre Zustimmung des ‚Road Map‘ von G. W. Bush. Die wichtigste dieser Vorbedingungen war die Verzicht der Araber auf ihre Forderung nach dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge. Ab dato entfachte sich das Problem des Staatscharakters Israels zum ersten Mal als *außenpolitische* Debatte, die die Weltöffentlichkeit erpresserisch dazu drängt, Israel als einen ‚jüdischen‘ Staat anzuerkennen. Wie im Abschnitt 4.5 dargestellt wird, stellt diese Vorbedingung Israels einen Eckstein der Programmatik der heutigen Netanyahu-Lieberman-Regierung und zugleich das größte Hindernis für die Friedensgespräche dar.

Diese Politik wird heute von Israel weiterhin verfolgt, noch offensichtlicher, noch radikaler und ohne Rücksicht auf die erstaunt blickende Weltöffentlichkeit. Die letzte israelische *Militärorder Nr. 1650* (ausgestellt am 13. Oktober 2009)²⁹⁸ ist eine zweite Neuauffassung bzw. Änderung der israelischen *Militärorder Nr. 329* von 1969 (Order regarding Prevention of Infiltration). Die alte Order, die an sich diskriminierend genug war, soll jetzt mit einer Reihe von Änderungen ersetzt bzw. ergänzt werden, die die Rechte der Palästinenser des Westjordanlandes noch mehr beschneiden – dieses Mal wird sogar das Bleiberecht der seit Jahrtausenden in Palästina beheimateten Araber stark angegriffen. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Order sind:

- In Änderung für ‚section 1‘ soll zuerst die Definition ‚resident of the Area‘ (Bewohner des Gebietes [West Bank]) gelöscht und die Definition ‚infiltrator‘ (Eindringling) in den Satz „Eindringling – eine Person, die nach Datum des Inkrafttretens der Order ungesetzmäßig in das Gebiet einreist, oder eine Person, die sich bereits im Gebiet befindet und kein rechtmäßiges Aufenthaltserlaubnis besitzt“ umgeschrieben;
- ‚Section 2‘ sieht jetzt eine Haftstrafe von 7 Jahren für ‚Eindringlinge‘ vor bzw. von 3 Jahren für diejenigen, die beweisen können, gesetzmäßig in das Land eingereist zu sein;
- Laut ‚Section 3‘ soll eine Deportation des Eindringlings in Form eines Haftbefehls nach ‚section 78‘ erstellt werden, um sicher zu gehen, dass die Deportation umgesetzt werden wird. In ‚section 6‘ wird dem israelischen Militärkommandant die Macht gegeben, Gebühren für die Inhaftierung und Deportation zu Lasten des Eindringlings zu erheben;
- Die Änderung der ‚Section 5‘ bestimmt, wer ein Eindringling ist: eine Person gilt als ‚Eindringling‘, wenn sie sich ohne eine angemessene Begründung im Gebiet befindet, d. h. ohne ein Dokument oder ohne Erlaubnis, das ihre gesetzmäßige Anwesenheit im Gebiet beweist. Ein solches rechtmäßiges Dokument oder eine solche Erlaubnis wird vom israelischen Militärkommandant gemäß den Bestimmungen des [nationalen] Sicherheitsgesetzes erstellt.

‚Order 1650‘ basiert bereits auf einer langen Reihe von diskriminierenden Militärgesetzen für die besetzten Gebiete und bestätigt die Vertreibungsdoktrinen und -mechanismen Israels seit 1948. Denn laut dieser Order be-

²⁹⁸ The “Order regarding Prevention of Infiltration (Amendment No. 2) (Judea and Samaria) (No. 1650) 5769-2009”, von Gadi Shamni, Major General Commander of IDF Forces in the Judea and Samaria Area, am 13. Oktober 2009 ausgestellt.

absichtigt Israel die sofortige (kostenpflichtige) Inhaftierung bzw. Deportation von zehntausenden Palästinensern aus dem Westjordanland in die Nachbarländer bzw. in den Gazastreifen mit der Begründung, dass diese nach der Unterzeichnung der Osloer Verträge illegal ins Land (Westjordanland) hinein geschlichen seien und demnach das Land verlassen müssten. Hier ist die Rede von etwa 80 Tausend Palästinensern, die mit Yasser Arafat Anfang der 1990er Jahre im Einklang mit den unterschriebenen Osloer Verträgen ins Land zurückkehren durften. Das gefährlichste an dieser ‚Order 1650‘ ist die hoch explosive Textstelle in der Änderung zu ‚section 5‘, die besagt, dass jeder palästinensische Bürger von „Judäa & Samaria“ (demr besetzten Westjordanland) grundsätzlich ein *Schleichender* sei, es sei denn, diejenige Person besitze ein gesetzliches Aufenthaltserlaubnis, die ausschließlich von der israelischen Militärregierung ausgestellt werden kann.²⁹⁹

Mit diesem Order verstößt die israelische Regierung nicht nur gegen das internationale und humanitäre Recht, sprich das Recht der Palästinenser auf Existenz in ihrer Heimat, sondern es zeigt darüber hinaus sehr deutlich, was es von den Osloer Verträgen hält. Sollte Israel dieses Gesetz anwenden, so könnte die israelische Militärregierung theoretisch allen palästinensischen Bewohnern des Westjordanlandes die nach ihrer Vorstellung *gesetzliche* Aufenthaltserlaubnis verweigern und sie alle faktisch für illegale Bewohner erklären – das an sich ist eine enorme politische Druckkarte gegen die sowieso unterworfenen PA. Aber Israel weiß sehr genau, dass auch nur eine Teilumsetzung dieses merkwürdigen Gesetzes zu einem furchtbaren Blutbad führen würde. Denn die Palästinenser haben die Lektionen von 1948 und 1967 sehr gut gelernt und würden daher lieber tot sein, als ein Flüchtlingsdasein im Exil führen zu müssen. Das haben die Fernsehschirme am Abend des 23.01.2008 deutlich gezeigt, als hunderttausende von palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern aus dem Gazastreifen durch die freigesprengten Stellen der Grenzmauer in Richtung Ägypten strömten, um sich mit den nötigsten Artikeln zu versorgen. Keiner blieb auf ägyptischen Territorium zurück und sie alle bevorzugten es, freiwillig in das höllische Gefängnis ‚Gazastreifen‘ und nicht ins Exil zu flüchten. Alles was sie wollten war die Eigenversorgung mit überlebenswichtigen Grundnahrungsmitteln und mit Sprit und Koch-Gas sowie das Gefühl einer winzig kleinen Prise Freiheit in der Sinai-Wüste.

Zum Glück gab und gibt es weiterhin eine breite internationale Ablehnung dieser absurden Order, sowohl von der Weltgemeinschaft als auch von allen bekannten Menschenrechtsorganisationen.

Gerade wegen seiner offensiven Natur, wurde der israelische Staat schon immer nach dem Prinzip des politischen und territorialen ‚permanenten Provisoriums‘ regiert. Das gleiche Prinzip gilt auch für das juristische Wesen des Staates. Israel, als Demokratie, verfügt bis heute über keine, so zu sagen, juristische ‚Befriedung‘, da es in seiner politischen Identität ein schizophreses Dasein führt, das von einer ideologischen Unterscheidung zwischen Juden und Nicht-Juden bestimmt wird und das sich in einer Reihe von juristischen Anordnungen ausdrückt, die seine nicht-jüdischen Mitbürger diskriminieren. In einer normalen Demokratie wird das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft durch die Regeln einer demokratischen Verfassung geregelt. Eine solche Verfassung, in der diese Regeln fest gelegt werden, existiert im Land Israel bis heute nicht. Stattdessen wird das Land von einer Reihe israelischer Gesetze, die immer wieder und parallel zur politischen und territorialen Entwicklung – als Land der einwandernden Juden – von weiteren Gesetzen ergänzt werden, von denen einige nach internationalem Recht sehr fragwürdig sind. Der UNO-Teilungsplan von 1947 sah einen jüdischen demokratischen Staat vor, in dem die Rechte aller Minderheiten geschützt werden müssten – von einem *rein jüdischen* Staat war nicht die Rede. Hätte Israel eine demokratische Verfassung ratifiziert, so müsste es die palästinensischen Flüchtlinge von 1948 als Bürger des Staates wiederaufnehmen. Das ‚Rückkehrgesetz‘ für Juden und andere israelische Gesetze sollen diese Verfassung ersetzen, mit dem Preis, dass ein Staat, der vom Westen als ‚die einzige Demokratie im Nahen Osten‘ gefeiert wird, von einer Reihe permanent provisorischer, (religiös-) rassistischer Gesetze regiert wird. Die israelische Politik praktiziert diese Gesetze mit der Absicht und Hoffnung, dass die palästinensischen Verhandlungspartner, aus der Position der Schwäche heraus, den *rein jüdischen Charakter* des israelischen Staates hinnehmen bzw. das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge fallen lassen würden.

In diesem Sinne und dazu ergänzend unternahm die heutige israelische Regierung Netanyahu pünktlich zum 61. Jahrestag der Nakba einen extrem provokativen Schritt, der vor allem die Natur bzw. die Struktur des Dilemmas Israels aufdeckt: der hebräische Staat will selbst das Gedenken an die Vertreibung von mehr als

²⁹⁹ Der palästinensische Jurist Anis Qasem in einem Gespräch mit Sami Kulaib, in der Al- Jazeera-Sendung ‚Al-Malaff‘ (Die Akte), 06.05.2010 (vgl. Fußnote 297).

800.000 Palästinensern während des Krieges im Jahre 1948 gesetzlich verbieten bzw. strafbar machen. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der ultrarechten Partei vom Außenminister Lieberman ‚Yisrael Beitenu‘ (Israel unser Haus) vom Februar 2009 wurde bereits mehrheitlich im Gesetzausschuss der israelischen Regierung zugestimmt und Anfang Juni 2009 dem israelischen Parlament vorgelegt. Dieser wurde von den Abgeordneten mit knapper Mehrheit abgelehnt. Das vorgeschlagene Gesetz der israelischen Regierung hätte *drei* in einer Demokratie äußerst kritische Bestimmungen umfassen sollen, die den ‚rein jüdischen Charakter‘ des Staates proklamieren und folglich eine Auseinandersetzung mit dem Flüchtlingsproblem per Gesetz verbieten³⁰⁰:

1. Der erste Gesetzesentwurf bestimmt, dass diejenigen Staatsbürger bzw. Personen, die ‚Israel‘ als rein jüdischen Staat ablehnen, zu einer Gefängnisstrafe von *einem Jahr* verurteilt werden sollen;
2. Der zweite Gesetzesentwurf verbietet das Gedenken an die *Nakba* von Seiten der palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern innerhalb Israel, denn an diesem Tag (15. Mai) feiert der hebräische Staat seine ‚Unabhängigkeit‘;
3. Der dritte Gesetzesentwurf verpflichtet jede Person, die die israelische Staatsbürgerschaft bekommen möchte, zu einem ‚Eid der Treue‘ zum israelischen Staat.

Die Regierung Netanyahus hat nach diesem leichten Rückschlag in der Knesset nicht aufgegeben und arbeitete weiter zuerst an der ideologischen Aufhetzung der israelischen jüdischen Öffentlichkeit gegen bzw. Angstschüren vor der arabischen Minderheit in Israel als eine demographische Gefahr und als eine gefährliche Gruppe, die dem Staat Israel nicht loyal sei. Und zum anderen arbeitete sie an der Verfeinerung des Gesetz-Pakets vom Februar 2009, um es am 10.10.2010 (neu verpackt, als Gesetzesentwurf, der bald dem Parlament vorgelegt werden sollte) der Öffentlichkeit anzukündigen. Der neue Gesetzesentwurf der Netanyahu-Regierung soll eine Änderung des israelischen ‚Staatsbürgerschaftsgesetzes‘, die ausschließlich für *nicht-jüdische* Personen gelten soll, enthalten. Nach diesem Gesetzesentwurf

1. schreibt der israelische Gesetzgeber vor, dass jede Person einen ‚Loyalitätsschwur zum *jüdischen* Staat Israel‘ ablegen muss, um die israelische Staatsbürgerschaft bekommen zu können;
2. Entfällt die bestehende Staatsbürgerschaft, wenn die betroffene Person (Staatsbürger/in) sich weigert, diesen Loyalitätsschwur abzulegen.³⁰¹

Das Gesetz soll das Prinzip festigen, dass Nichtjuden in Israel grundsätzlich kein Recht auf die israelische Staatsbürgerschaft haben, auch nicht die indigenen arabischen Staatsbürger Israels. Was noch im letzten Jahrzehnt als eine ideologische Halluzination einer Schar radikaler Zionisten galt, wird jetzt in Israel salonfähig und von der höchsten politischen Ebene gesetzlich legitimiert. Die Staatsbürger/innen eines jeden *normalen* demokratischen Staats, oder diejenigen die sich einbürgern lassen wollen, erklären ihre Loyalität nicht zum Staat selbst oder gar einer bestimmten Ideologie (oder Religion), sondern ausschließlich zu den demokratischen Gesetzen bzw. zur Verfassung des Landes. Israel geht mit diesem Gesetz weitere Schritte des gesetzlichen Ausschlusses und der Feindseligkeit.

Im Kontext der politischen und ethnisch-sozialen Diskriminierung der arabischen Bevölkerung in Israel können die Araber unmöglich auch nur eine der drei Gesetzesbestimmungen akzeptieren bzw. gewährleisten. Das vielleicht gefährlichste an diesem Gesetzesentwurf ist, dass im Falle einer Genehmigung durch das Parlament, die Palästinenser, die keine Juden sind, in Israel juristisch zu Fremden im eigenen Lande werden und ihre historischen Rechte auf ihre Heimat verlieren würden (siehe weiter unten). Ein alter zionistischer Traum wäre folglich zum Greifen nahe, nämlich die Vertreibung der restlichen arabischen Bürger Israels aus dem Kernland – möglicherweise in den versprochenen Palästinenserstaat auf den übrig gebliebenen Fragmenten des Westjordanlandes und des Gazastreifens.

300 Vgl. Haaretz, 15.05.2009, online: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1085588.html>.

301 Al-Jazeera. 10.10.2010.

3.9.1 Israel: Demokratie versus ‚jüdischer Charakter‘

Kein ‚Genozid‘, aber ein Akt der ‚räumlichen Säuberung‘

Dieses verzerrte fundamentale Verständnis des Zionismus über Land und Leute in Palästina hat nie – auch nicht nach mehreren größeren Kriegen mit den Arabern – aufgehört zu existieren. Das ganze entwickelte sich zu einem Mythos, der sich inzwischen im israelischen Denken verfestigt hat und immer wieder ein modernes Erscheinungsbild bekommt. Im Israel der Zeit nach dem 11. September 2001 wird dieses Erscheinungsbild, im Kontext der arabischen ‚*demographischen Gefahr*‘, von einer Politik bestimmt, die eine israelische *unilaterale* Separation anstrebt, nachdem die politische Zauberformel ‚*Maximum Land – Minimum Palästinenser*‘ forciert worden ist.³⁰² Die aus dieser Politik resultierende institutionalisierte ‚Unsichtbarkeit‘ der Palästinenser steht in einer einzigartigen Wechselwirkung mit den alltäglichen israelischen Kolonisierungspraktiken in der West Bank, indem sie diese Praktiken nährt, genauso wie sie von denen wiederum genährt wird. Dieser Aspekt wird zum Beispiel durch den Umstand sichtbar, dass Teile des israelischen Mauerstreifens gezielt dazu konstruiert worden sind, damit die Präsenz von bestimmten palästinensischen Dörfern *visuell* beseitigt wird. Im Abschnitt 2.3.2 dieser Arbeit wurde die Destruktion der Landkarte durch den Siedlungsbau im Westjordanland behandelt – die Isolation bzw. die faktische visuelle Ausblendung dieser Dörfer durch den Mauerstreifen ist als eine Fortsetzung dieser Politik der Destruktion von Karten und Flächen zu sehen.

Die erzwungene *Unsichtbarkeit* hält wiederum ein israelisches System aufrecht, das die palästinensische Bevölkerung weder *tötet* noch *assimiliert*. Man hört in den letzten Jahren immer wieder die israelische Forderung an die palästinensischen Staatsbürger Israels, den hebräischen Staat als *jüdischen* Staat anzuerkennen und ihm obendrein loyal zu sein. Selbst wenn die Palästinenser den israelischen Staat als *jüdischen* Staat anerkennen würden, bliebe ein hoher Grad an Unsicherheit und Misstrauen zwischen beiden Seiten. Denn das hätte zum einen aufgrund der starken Beeinträchtigung ihres unbestreitbaren historischen Rechts auf Palästina, äußerst fatale Folgen für ihre Zukunft bzw. für ihr Wohnrecht in ihrem Heimatland. Und zum anderen, weil dieser israelische Anspruch nie den eigentlich logischen Preis – oder wenn man will die *Belohnung* – mit sich brächte, den ein demokratischer Staat naturgemäß seinen loyalen Bürgern zahlen müsste, nämlich die Gleichberechtigung zwischen allen seinen Bürgern. Das gleiche gilt natürlich und vor allem auch für die Stadt Jerusalem und ihre arabischen Bewohner: während das israelische Narrativ Jerusalem als die ‚ewige vereinigte Hauptstadt Israels‘ sieht, versucht der israelische Staat nicht, die inzwischen mehr als 250.000 (arabische Quellen sprechen von mehr als 300.000) Arabern in Jerusalem zählenden arabischen Bewohner der Stadt zu assimilieren. Das Dilemma dieses israelischen *Anspruchs auf den jüdischen Charakter des Staates* ist nicht nur, dass er sich auf keine einzige legale Basis stützt, sondern auch weil er dazu *zwei* weitere nicht minder gefährliche Kernaussagen in sich trägt, nämlich:

1. Er erzeugt – grundsätzlich – das Dilemma, dass der Hauptkonflikt in der Region nicht das Palästina-Problem, sondern – nach der ehemals jüdischen Frage – das israelische Problem ist, das offensichtlich existiert und gelöst werden muss: dieses Problem wird nämlich durch die Dualität zwischen der israelischen *Nationalität* und der *jüdischen Religion* sichtbar. Diese bedeutet in einem kolonialen Staat – und Nuklearmacht dazu – die Existenz eines Problems im Nahen Osten, nicht nur für die Palästinenser in Israel und in den besetzten Gebieten, sondern auch für die ganze Region insgesamt (Militärische Bedrohung, Flüchtlinge, etc.), denn Israel überträgt, mit seiner Forderung nach Anerkennung Israels als jüdischen Staat als *Vorbedingung* zur Fortsetzung der Friedensgespräche mit den Arabern, die seit 20 Jahren entfachte innerisraelische Debatte über diese Dualität von Religion und Nationalität (die so genannte Identitätskrise Israels) nach außen. Das Problem im Falle Israels liegt nicht nur daran, dass es (als Demokratie) Religion und Staat nicht trennt – es gibt einige andere Staaten, die das nicht tun – sondern vor allem auch daran, dass Israel die jüdische Religion und Nationalität als ein und das selbe betrachtet und obendrein diese Konstellation in organischer Verbundenheit mit dem Land Palästina (nur Palästina) sieht. Alle Juden der Welt sind, wenn sie wollen, automatisch israelische Staatsbürger und haben laut zionistischer Ideologie sogar die Pflicht, nach Israel einzuwandern, um die demographische Überlegenheit der Juden in Palästina aufrechtzuerhalten – um dieses Ziel zu erreichen, muss das Leben der ignorierten Palästinenser zur Hölle verwandelt werden, bis sie verschwinden. Folglich wird die Feindseligkeit gegenüber dem Palästinenser, dem Hindernis dieses Projektes, eine dauerhafte, konsequente und quasi endlose *Aufgabe*. Hier geht es also gar

³⁰² Zur modernen Annahme dieser Politik, Vgl. die Aussage Ehud Olmerts, damaliger stellvertretender Ministerpräsidenten Israels (Sharon-Regierung) in einem Gespräch mit David Landau, veröffentlicht in Haaretz, 14.11.2003, Artikel mit dem Titel: ‚Maximum Jews, Minimum Palestinians‘.

nicht darum, den israelischen Staat als einen ‚jüdischen‘ Staat anzuerkennen, sondern vielmehr geht es hier um ein ‚zionistisches‘ Israel – *Zionismus* und nicht *Judentum* ist das Zentrum Israels Ideologie; und

2. Für die Palästinenser in Israel bedeutet diese israelische Forderung, dass es unmöglich ist, eine wirkliche Gleichberechtigung in einem Staat zu erlangen, der behauptet *jüdisch* zu sein, denn die heutige palästinensische 20 prozentige Minderheit, die voraussichtlich in 20 Jahren ein Viertel der Gesamtbevölkerung in Israel erreichen wird, ist in Wahrheit keine Minderheit und der israelische Staat ist in diesem Sinne eigentlich bereits ein ‚bina-tionaler Staat‘ und kann nicht als ‚jüdisch‘ bezeichnet werden.

Außerdem wendet das breite israelische politische Spektrum, ‚rechts‘ wie ‚links‘ an, was man ‚Biopolitik‘³⁰³ bezeichnen kann, um die Palästinenser als Gesellschaft zu formen und um sie mit Hilfe höchst raffinierter anthropologischer Mittel in Gruppen aufzuteilen. Das Kategorisieren der palästinensischen Gesellschaft geschieht mit Hilfe der jüdischen demographischen und territorialen Penetration, die das Land fragmentiert bzw. das historische sozialpolitische Gewebe Palästinas durch starke Restriktionen in der Mobilität zwischen den territorialen Fragmenten auseinander reißt. Das versetzt die Menschen bzw. ihr Land in einen unerträglichen und andauernden *Ausnahmezustand* und in eine Situation der *Machtlosigkeit*, die dem Hauptziel der zionistischen Politik in Palästina dienlich sein sollen, nämlich die Umsetzung der oben genannten zionistischen doppelten Strategie der ‚räumlichen Kontrolle‘ über das Land bzw. die Verdrängung der indigenen Landesbevölkerung.

Die ethnische Säuberung der indigenen Ortschaften und das Reduzieren ihrer Bevölkerung in ein ‚Elend‘ von Staatenlosigkeit und Flüchtlingsdasein ist ein *Kriegsverbrechen*. Die Projekte des JNF sind nicht so karitativ oder menschenfreundlich, wie sie lob gepriesen werden, denn ihre Bewaldungsaktivität verfolgen ein anderes unerklärtes Ziel, nämlich, die Spuren der Kriegsverbrechen von 1948/49 zu verwischen. Und streng genommen ist die *Bau*-Aktivität der JNF eine Komplizenschaft zum Decken dieser Delikte.

Die innerisraelische Apartheid ist spätestens dann aufgedeckt, wenn jemand diese Parks besucht und herausfindet, dass die JNF-Bäume auf den Ruinen arabischer Dörfer eingepflanzt worden sind und wenn einem bewusst wird, dass selbst Friedhöfe von diesen Aktivitäten der JNF nicht verschont wurden bzw. weiterhin geschändet werden – dass hier Bäume zwischen den übrig gebliebenen Grabsteinen der toten Vorahren von arabischen Vertriebenen gedeihen.³⁰⁴

In Wahrheit müsste eins von zwei Dingen (oder beide) geschehen, um einen *jüdischen* Staat – historisch gesehen war es das Gebiet ‚Palästina‘ – mit einer jüdischen Mehrheit zu schaffen: ‚Apartheid‘ oder ‚Vertreibung‘. Da aber mehr als die Hälfte der Palästinenser infolge ihrer Vertreibungen in den Jahren 1948, 1949 und 1967 bereits in der Diaspora verstreut auf dem Globus leben, blieb ‚Apartheid‘ als die einzige Option für den israelischen Staat, um das Land Palästina von seinen indigenen Bewohnern ethnisch zu säubern – und noch wichtiger: damit die Rückkehr der Vertriebenen verhindert werden kann. Damit sollte nicht der Eindruck entstehen, dass ‚Vertreibung‘ eine Alternative zu ‚Apartheid‘ ist. Vielmehr ist Vertreibung eine extreme – eine besonders bössartige und kriminelle – Form von Apartheid. Andererseits soll hier Ghettoisierung bzw. Ausgrenzung einer gegnerischen ethnischen Gruppe keineswegs für eine auch nur geringfügig bessere Alternative zu Apartheid gehalten werden. Beide Formen der Unterdrückung schöpfen aus der gleichen Doktrin.

Von der Landnahme und dem territorialen Zugewinn einmal abgesehen, stellt die israelische Mauer heute in diesem Zusammenhang einen Versuch der israelischen Regierung dar, die Vertreibungen – die ethnische und räumliche Säuberung – die in den bisherigen Kriegen (vor allem 1948/49) stattfanden, mit einer *Bantustan-Lösung* für den Rest des Landes zu decken.³⁰⁵ Denn die Trennung soll hier eine unumkehrbare physische Form annehmen, die die Menschen nicht nur von ihrem Land, sondern und vor allem auch von ihrer Geschichte trennen soll. Die Mauer ist de facto ein Versuch, diesem durch und durch geschichtlichen Konflikt seine geschichtli-

303 Den Begriff Biopolitik prägte der Philosoph Michel Foucault im Rahmen seiner Forschung zur Geschichte der Sexualität. Er bezeichnete damit eine Tendenz des modernen (Sozial-)Staates, den menschlichen Körper immer stärker zu kontrollieren. Im Rahmen der Biopolitik sind staatliche Belehrungen zu gesundem Verhalten zu sehen. Kulminationspunkte der Biopolitik stellen die seit über 100 Jahren immer wieder auftauchenden Bestrebungen dar, durch „Zuchtwahl“ oder technische Eingriffe das menschliche Erbgut zu „verbessern“. Wirksam verhindert wird eine derartige Politik durch Minderheitenrechte, reversible Politiken und zivilisatorische Diskurse, die von selbstbestimmten Individuen ausgehen. (Quelle: Ferenc Fehér, Agnes Heller, Biopolitics, Ashgate, Aldershot 1994).

304 Ein berühmtes Beispiel ist hier das JNF-Projekt ‚Canada Park‘, das auf den Ruinen von drei arabischen Dörfern errichtet wurde: Amwas, Yalu und Beit Nuba. Der Friedhof der Ortschaft Amwas wurde dabei schwer geschändet.

305 Vgl. hierzu Uri Davis in einem Interview mit Jon Elmer (FromOccupiedPalestine.org), 17. September 2004, online unter: <http://www.fromoccupied-palestine.org/node/1419>.

che Dimension zu entnehmen und verkörpert ein unilaterales Ende der Geschichtsschreibung, die den historisch sehr labilen *Status Quo* der israelischen *vollendeten Tatsachen* sowie der *künstlich erzeugten* zwischenstaatlichen Barrieren arabischer Diktaturregime aufrechterhalten soll. Die arabischen Regime beteuern immer wieder das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge und zeigen eine wenigstens verbale Ablehnung an eine Lösung des Flüchtlingsproblems auf ihrem Territorium (als Gastländer). Aber die Geschichte hat uns in Bezug auf diese Regime des Besseren belehrt: alles was sie tun oder entscheiden, überquert nicht den gezeichneten Kreis ihrer Selbsterhaltungsinстинkte, da sie einerseits keine richtige Staaten, nicht einmal Staatsprojekte, sind und andererseits nicht über das Minimum an Entscheidungsfreiheit verfügen, von Souveränität ganz zu schweigen.

Das Ganze macht es umso dringlicher, die eigentlichen und ausgeblendeten Wurzeln des Problems aufzusuchen und auf die Tagesordnung zu legen, nämlich das Datum 1948. In diesem Kontext kommt der arabische Denker und ehemaliger Knesset Abgeordnete *Azmi Bishara* bezüglich der treibenden Kraft der israelischen Politik zu einem naheliegenden Ergebnis und plädiert für eine Korrektur des politischen Kurses:

„Die Rückkehr zu den Konstanten [des Konflikts] ist sehr wichtig. Ich meine damit keine Konstanten im Sinne von irgendwelchem Fundamentalismus [], sondern die der Palästinafrage selbst, um die Selbstverständlichkeiten des Konfliktes [die historischen Wahrheiten] zu festigen und an den richtigen Platz zu stellen. Hier spreche ich nicht über eine herkömmliche Gegenüberstellung von progressiven und rückschrittlichen Narrativen, sondern über einen gerechten Kampf für die Erlangung von Gerechtigkeit für das palästinensische Volk. Die Verwirklichung dieser Gerechtigkeit für die Palästinenser und für die arabische Nation bedeutet aber die Rückkehr zu den Ereignissen [von 1948/49]. Denn die Palästinafrage ist die Nakba-Frage. Sie ist die Affäre einer Siedlungskolonialisierung Palästinas, die seit 1967 Formen annimmt, die dem rassistischen Apartheid-System Südafrikas identisch sind. Und in beiden Fällen ist es ein rassistisches System“.³⁰⁶

Der ehemalige US-Präsident und Nobelpreisträger *Jimmy Carter* kritisiert in seinem Buch ‚Palestine: Peace not Apartheid‘ die Politik Israels ungewöhnlich hart, jedenfalls für einen ehemaligen US-Präsidenten, und er spricht in diesem Zusammenhang von der israelischen Mauer als von einem *Gefängnis* und revidiert Israels Vorstellung, dass eine einkreisende Barriere das Palästinaproblem lösen wird. Er schreibt diesbezüglich: „... die israelischen Führer haben, dabei die Amerikaner sowie die Palästinenser übergangen, eine Serie von unilateralen Entscheidungen verfolgt. Ihre Einbildung ist, dass eine einkreisende Barriere schließlich das Palästinaproblem lösen wird. Ihrer politischen und militärischen Dominanz ausnutzend, zwingen sie den muslimischen und christlichen Bürgerinnen und Bürgern der besetzten Gebiete ein System von [militärischen] Teilabzug, Isolation und Apartheid auf. Das antreibende Ziel für die forcierte Separation beider Völker ist dem von Südafrika nicht ähnlich □ nicht Rassismus, sondern die Aneignung vom Land“.³⁰⁷

Für den ehemaligen US-Präsidenten *Jimmy Carter* ist Israels Apartheid offensichtlich ‚territorialer‘ Natur – nicht Rassismus sei die treibende Kraft, sondern die Bestrebung Israels nach den größtmöglichen Land-Konzessionen und -Kontrolle. Welches Territorium auch immer Israel zu konfiszieren entscheidet, dieses wird auf der (israelischen) Seite der Mauer liegen. Aber Israel will noch mehr: es will weiterhin die Kontrolle über die Palästinenser behalten, die auf der anderen Seite der Barriere sein werden, eingeschlossen zwischen dem Mauerstreifen und dem von Israel seit 1967 militärisch kontrollierten Jordantal. Man muss nicht mit Jimmy Carter einer Meinung über die israelische Politik sein, aber seine sehr deutlichen und harten Worte gewinnen vor allem deswegen Gewicht, da sie von einem wirklichen Kenner, dem ehemaligen mächtigsten Mann der Welt und einem nun aufrichtigen Freund Israels kommen.

Die israelische Empörung über Carters Buch galt interessanterweise nicht so sehr dem Inhalt, als sehr viel mehr dem Titel seines Buches, der den Begriff ‚Apartheid‘ beinhaltet. Carter, der später dem enormen Druck der Lobbyisten weichen und sich entschuldigen musste, hatte anfänglich die Auswahl des Titels seines Buches entschieden verteidigt. Sein Argument war dabei, dass ‚liberale‘ israelische Kritiker den gleichen Begriff ‚Apartheid‘ benutzen, wenn sie die Politik Israels in den besetzten Gebieten beschreiben. Carter, der selber ein tiefgläubiger Christ ist, unterschätzte die Sensibilität der Beziehung zwischen Juden und der christlichen Welt bzw. dass Juden und Christen seit vielen Jahrhunderten in einem äußerst komplizierten Verhältnis eingeschlossen sind, das tiefe historische und theologische Wurzeln hat³⁰⁸ – ein solches Verhältnis bewirkt, dass jede Form von Kritik, so objektiv sie auch sein mag und selbst von Seiten der besten Freunde, alte Assoziationen hervorruft bzw. als Israel- oder gar Judenhass verstanden wird. Das ist der Stoff, den die Zionisten und die Israel-Lobby

306 Azmi Bishara, in einem Vortrag am 14. Mai 2009, zum Anlass des 61. Jahrestags der Nakba, Amerikanische Universität Beirut. Wortlaut am 28. Mai 2009 in der libanesischen Tageszeitung Al-Akhbar veröffentlicht. Online erhältlich unter: <http://www.al-akhbar.com/ar/node/137837/print>, (arabisch).

307 Carter, Jimmy: *Palestine: Peace Not Apartheid*, Simon & Schuster, New York, 2006, S.189/190.

308 Vgl. Strenger, Carlo, ‚Jimmy Carter, his apology and Western hatred of Israel‘, Haaretz, 23.12.2009.

auf erpresserischer Art nutzen, um jede Kritik an Israel mundtot zu machen.

Schließlich ist es unmöglich für Politiker, ob Araber, Israelis, Amerikaner, Europäer oder die UNO, eine Debatte über ein Friedensabkommen zwischen Israel und seinen Nachbarn zu führen, ohne sich mit dem Narrativ der ‚Nakba‘ auseinanderzusetzen. Für die Palästinenser ist die ‚Nakba‘ ihr eigener ‚Holocaust‘. Sie können es nicht verstehen, dass die Enkelkinder der ehemaligen Holocaust-Opfer die Opferrolle einnehmen, während sie sich in einem *Panzer* einnisten und Menschen und Häuser in einem Flüchtlingslager in Nablus, Jenin oder Gaza niederwalzen. Für sie ist nicht relevant, was in der Bibel oder im Alten Testament über göttliche Verheißungen an die Juden steht, sondern dass sie hier und heute präsent sind und es viele Jahrtausende waren – lange vor den Hebräern, während ihrer Anwesenheit und danach. Am wenigsten kümmert sie eine radikal ideologisierte Gruppe von Neozionisten, die sich im entfernten USA einnisten und Öl ins Nah-Ost-Feuer gießen, indem sie eine radikale israelische Politik bedingungslos unterstützen, aber nie bereit wären, selbst in Israel/Palästina zu leben.

Offiziell wird ausschließlich die Option einer *Zwei-Staaten-Lösung* verfolgt. Aber, von der PA abgesehen, hat keine Seite je den Schritt unternommen, territoriale Vorstellungen von dieser Option zu konkretisieren, am wenigsten Israel. Wenn Israel es ernst meint, dann muss es diese Lösung seiner Öffentlichkeit als Memorandum unterbreiten (die PLO um *Arafat* hatte dies übrigens auch nicht getan). Die Unterstützung der Öffentlichkeit ist hier von enormer Wichtigkeit für den Erfolg eines Friedensabkommens. Was Aber tagtäglich erlebt wird, ist das Schwinden der Chancen für den Erfolg der *Zwei-Staaten-Lösung* wegen der israelischen Siedlungspolitik bzw. der israelischen Ablehnung der Diskussion über die offenen Endstatusfragen (Grenzen, Wasser, Flüchtlinge und Jerusalem). Die Weltöffentlichkeit, die diese Umstände sehr wohl sieht und kennt, muss wegen der eigenen Glaubwürdigkeit die Courage besitzen, Israel vor die Wahl zu stellen: wenn es seine Besetzung der arabischen Gebiete bzw. seine diesbezogene Gesamtpolitik nicht rückgängig macht, dann bleibt die andere Option übrig: die *Ein-Staat-Lösung* – ein gemeinsamer Staat für alle Konfliktparteien.

Man müsste dem heutigen Premierminister Israels Benyamin Netanyahu, der mit seiner Politik ein Hindernis nach dem anderen auf den Weg der Friedensgespräche legt, mehr als eine Option auf den Verhandlungstisch legen. Sein Verhalten fordert geradezu die Option eines binationalen Staates heraus, in dem Alle in Gleichheit leben können – aber genau das will er und mit ihm die meisten Israelis nicht.

3.9.2 ‚Zwei-Staaten-Lösung‘ versus ‚binationaler Staat‘

Im Abschnitt 2.3.2 wurden die Merkmale des israelischen Siedlungsprozesses in der West Bank kurz diskutiert. Man kann behaupten, dass der ganze zionistische Prozess in Palästina in Wahrheit ein Prozess der kontextuellen Verkomplizierung, sprich der Schaffung von vollendeten *gebauten* Tatsachen in den besetzten arabischen Gebieten ist, die eine eventuelle politische Übereinstimmung auf der Basis ‚Land gegen Frieden‘ nur äußerst schwer erreichbar macht. Zu den *drei* beschriebenen Aspekten der erzeugten Komplexität im Westjordanland soll hier noch erwähnt werden, dass die ‚Grenzfrage‘ gerade deswegen so fundamental wichtig ist, da sie die Quintessenz dessen betrifft, was man heute als das Modell der ‚Zwei-Staaten-Lösung‘ bezeichnet, jenes Modell, das von den Konfliktparteien und den Schirmherren der Verhandlungen (das Quartet: UNO, USA, EU und Russland) als Gegenstand und Ziel der Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern seit Oslo 1993 bevorzugt wird. Auf der Basis von ‚Land gegen Frieden‘ soll neben Israel ein lebensfähiger und souveräner Palästinenserstaat entstehen, damit der blutige Konflikt beigelegt werden kann.

Aus der heutigen geopolitischen Sicht, etwa zwei Jahrzehnte nach Oslo, drängt in diesem Zusammenhang die wichtige Frage der Tauglichkeit dieses Modells für weitere Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern. Ist es langfristig gesehen eine Illusion zu glauben, dass die vom Quartet bevorzugte und propagierten *Zwei-Staaten-Lösung* im heutigen Kontext der israelischen Siedlungen immer noch das richtige Konzept für eine endgültige Lösung ist?

Eigentlich – und abgesehen von der momentanen ultrarechten israelischen Regierung Netanyahu, die das Prinzip eines Übereinkommens auf der Basis der *Zwei-Staaten-Lösung* grundsätzlich ablehnt – beschäftigt diese Frage eine Menge interessierter Politiker, Denker und Forscher. Selbst wenn es die Frage des fragmentierten Territoriums der besetzten Gebiete nicht gäbe, müsste man ständig nach Lösungsmodellen für den

blutigen Konflikt suchen, der seit 60 Jahren wesentlich dazu beiträgt, dass der ‚Nahost‘ sich in einer kontinuierlichen Spirale der Gewalt befindet und dass dadurch (mindestens offiziell) eine politische und ökonomische Entwicklung in den meisten *Grenzländern* blockiert werden. Dennoch ist der städtebauliche Kontext der West Bank, den eine 45-jährige Besetzung hinterlassen hat sowie die inzwischen *unmögliche Geographie* des Territoriums mit der damit verbundenen klaren Grenzziehung zwischen Israelis und Palästinensern – hier geht es noch nicht um die Mauer – ein Grund, das Zwei-Staaten-Modell kritisch zu überdenken.

Gerade wegen der israelischen demographischen und geographischen ‚vollendeten Tatsachen‘, gehen die Meinungen über eine endgültige Lösung weit auseinander. Es gibt neben dem unerwünschten Bleiben des *Satus Quo* zwei dominierende Ideen darüber, wie der Konflikt gelöst werden kann, nämlich die *Zwei-Staaten-Lösung* und die Idee eines multinationalen (*binationalen*) *Staates* für beide Völker. Eine dritte Option, die allerdings nur wenig diskutiert wurde, ist die Idee einer arabisch-israelischen *Konföderation*³⁰⁹, die *mittel- bis langfristig zu einem gemeinsamen Staat entwickelt werden könnte. Jedoch setzte diese letzte Option voraus, dass zwei Staaten existieren müssten, selbst wenn der Palästinenserstaat quasi nur eine ‚Teilsouveränität‘ haben würde.*

Die Befürworter der Zwei-Staaten-Lösung argumentieren hauptsächlich damit, dass man zwei, über Jahrzehnte hinaus verfeindete Völker, nicht gleich in einem gemeinsamen Staat zusammenschließen kann, wenn auch einige von ihnen einen späteren Zusammenschluss nicht ausschließen können (wenigstens in Form einer wirtschaftlichen Union nach dem Vorbild der Europäischen Union).

Außerdem meinen sie, wie z. B. Ury Avnery, dass die wirtschaftliche und technische Ungleichheit zwischen beiden Völkerteilen so groß wäre, dass es zu apartheidähnlichen Verhältnissen kommen könnte. Das würde einen Konflikt anderer Art verursachen. Allerdings meinen Sie auch, dass die palästinensischen Flüchtlinge, der Aushängeschild des Palästinaproblems, nicht in ihre alte Heimat zurückkehren können; sie sollen entweder im neuen Palästinenserstaat oder in ihren heutigen Asylländern (hauptsächlich arabischen Ländern) ihren Platz finden bzw. umgesiedelt werden.³¹⁰

Die Anhänger einer Ein-Staat-Lösung sind der Meinung – gerade wegen der territorialen Natur des Konfliktes, wegen des heutigen (ver)komplizierten Kontextes der besetzten Gebiete und wegen der Unmöglichkeit eines lebensfähigen Palästinenserstaates im selben Kontext – dass eine Zwei-Staaten-Lösung von den inzwischen geschaffenen Fakten überholt worden ist. Ein Staat auf dem Territorium der West Bank und Gaza wäre ein Bantustanstaat, ein Gefängnisstaat nach dem Muster eines Apartheidstaates.³¹¹ Der israelische Architekt Eyal Weizman zweifelt ebenfalls daran, ob ein Staat für die Palästinenser auf der verbleibenden Fläche der besetzten Gebieten funktionieren kann. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein territorialer Konflikt, so Weizman, der im Kontext des heutigen fragmentierten Raumes scheinbar nicht territorial oder durch formale Gestaltung gelöst werden kann. Denn nirgendwo auf der Welt gibt es so komplizierte Grenzen wie hier. Wenn heute die Lösung aus einer Teilung bestehen würde, so würde ein Staat entstehen, der geographisch und ökonomisch nicht lebensfähig wäre.³¹²

Durch den Baubeschluss der israelischen Mauer im Juni 2002, die faktisch eine unilaterale Grenzziehung von Seiten Israels ist, gewinnt das zweite Modell immer mehr Anhänger, da die israelische Regierung mit dieser Baumaßnahme dem bevorzugten Modell der Zwei-Staaten-Lösung seine Substanz nimmt. Wenn Israel die Souveränität, das Land, das Wasser und die Grenzübergänge für sich behält, wenn Endstatusthemen wie ‚Jerusalem‘ und das ‚Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge‘ für Israel indiskutabel sind, worüber sollen die Palästinenser denn verhandeln?

In seinem ‚Atlas der Globalisierung 2010‘ stellte das kritische Magazin *Le Monde diplomatique* das territoriale

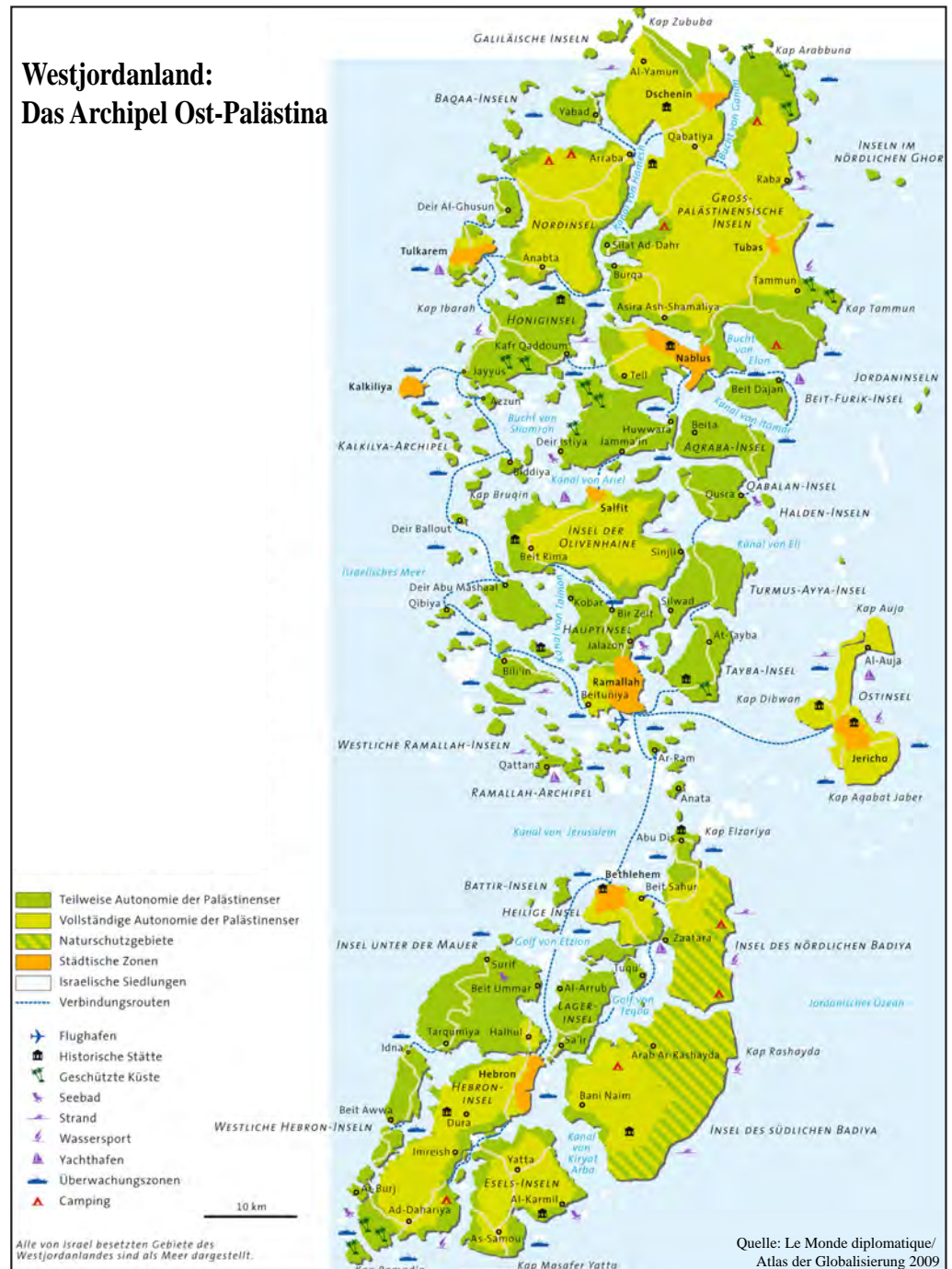
309 Einer der ersten, die diese Idee anregte, war der israelische Politiker und Friedensaktivist Uri Avnery. Bereits im Jahre 1957, am 02. Juni, veröffentlichte er einen Artikel in dem von ihm ausgegebenen Magazin ‚Haolam Hazeh‘, in dem er den ersten detaillierten Plan für einen unabhängigen Palästinenserstaat, der neben Israel entstehen würde und, der mit Israel eine Föderation bilden sollte. Die West Bank und der Gazastreifen standen damals unter jordanischer bzw. unter ägyptischer Herrschaft. Die Angaben über diesen Plan wurden aus einem Artikel von Uri Avnery vom 21.11.2009 mit dem Titel: *Eine Föderation? Warum nicht?* entnommen. Artikel Online erhältlich unter: <http://www.uri-avnery.de/index.php?mact=News,cntnt01,detail,0&cntnt01articleid=62&cntnt01returnid=15>.

310 Ury Avnery, der israelische Friedensaktivist, Publizist und langjährige Knesset-Abgeordnete, ist ein großer Anhänger des Zwei-Staaten-Lösungsmodells. Er schrieb einige Artikel über dieses Thema, siehe z. B.: ‚Das Bett von Sodom‘ vom 21.04.2007 sowie ‚Ein-Staat-Lösung oder Utopie?‘ vom 12.05.2007, die zu Kontroversen mit den Anhängern des Ein-Staaten-Lösungsmodells führten, siehe unter: www.ury.avnery.de.

311 Vgl. Jeff Halper: *Bewegung im Nahostkonflikt- Es gibt einen Ausweg*, Artikel in: *Die Gazette* Nr. 8, Dezember 2005.

312 Eyal Weizman in: *AnArchitektur* Nr. 06, Februar 2003, S.13.

Status Quo der Palästinenser im Westjordanland in einer Karte (Vgl. Karte 3-30) zynisch aber zutreffend als das „Archipel Ost-Palästinas“³¹³ dar. Alle von Israel besetzten Gebiete des Westjordanlandes sind als Meer dargestellt. Die Unmöglichkeit der Geographie für einen künftigen Palästinenserstaat auf der Theaterbühne des Nahen Ostens wird in dieser Karte tragisch-komisch dargestellt. Die Siedlungsstrukturen bekommen mit dem Bau der Mauer einen endgültigen Status, nachdem sie Jahrzehnte lang ein permanentes Provisorium waren. Genau das macht eine Zwei-Staaten-Lösung obsolet.



Karte 3-30: Westjordanland: das Archipel Ost-Palästinas, *Le Monde diplomatique*, 2009.

Man kann (und soll auch) natürlich der Phantasie freien Lauf lassen, sich Szenarien und Visionen auszudenken, wie das Land im Rahmen des politisch Möglichen gestaltet werden könnte. Aber anhand der heutigen politischen Verhältnisse im Schatten der heutigen israelischen ultrarechten Netanyahu-Lieberman-Regierung, muss man die Frage stellen, ob die Politik, präziser die israelische Politik, soweit ist, solche Projekte überhaupt zu tragen. Denn diese Regierung äußert sich (in Bild, Schrift und Ton) bisher als eine fanatische Gegnerin des Prinzips ‚Land gegen Frieden‘ und lehnt zugleich die Option eines Staates für alle (durch Annexion) aus ideologischen und demographischen Gründen kategorisch ab. Aber was will diese Regierung wirklich?

313 Vgl. *Atlas der Globalisierung 2009– sehen und Verstehen, was die Welt bewegt*, deutsche Ausgabe, Le Monde diplomatique/taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, 2009, S.179.

Kapitel 4: Eine arabische eiserne Mauer gegen Gaza

4.1 Das zerrissene arabische Staaten-System

In seiner Analyse über die Revolte der palästinensischen Araber gegen die britische Mandatsmacht in Palästina (1936-1939) schrieb der palästinensische Schriftsteller *Ghassan Kanafani*, gleich in der Einführung, folgenden signifikanten Satz:

„Zwischen 1936 und 1939 litt die palästinensische revolutionäre Bewegung einen schweren Rückschlag durch die Hände von drei separaten Feinden, die zusammen die Hauptdrohung für die nationalistische Bewegung in Palästina in allen nachfolgenden Phasen ihres Kampfes bildeten: die lokale reaktionäre [palästinensische] Führung; die arabischen Regime in den Ländern um Palästina; sowie der imperialistisch-zionistische Feind.“¹

Weder stand Kanafani damals alleine mit dieser Meinung, noch haben seine Worte heute wesentlich an Aktualität verloren. Heute herrscht in der arabischen Welt die Meinung vor, dass es schon immer eine enge Zusammenarbeit zwischen den arabischen politischen Eliten und den Kolonialmächten gegeben habe, um die eigenen Interessen notfalls auf Kosten der eigenen Völker zu schützen. Die Fahrlässigkeit, um nicht ‚Verrat‘ zu sagen, in Bezug auf Palästina ist inzwischen und nach Öffnung unzähliger ehemals geheimer Akten der Mandatszeit und danach, nicht mehr zweifelhaft.

Inzwischen haben wir es in der arabischen Welt (bis auf wenige Ausnahmen) mit der dritten Generation arabischer postkolonialer Herrscher zu tun. Es sind zwar neue Gesichter, die Szenarien und Strategien der selbstsüchtigen Überlebenskunst sind aber altbekannt. Die Schüler machen den Meistern, die Kinder den Vätern alle Ehre. Sie folgen dem gleichen Pfad des Missmanagements und versetzen ihre Länder in immer tieferer Armut, Elend, sozialer Ungerechtigkeit und Hoffnungslosigkeit. Die breite arabische Masse glaubt in den eigenen Diktaturregimen eine moderne *maskierte* Version früherer Kolonialmächte zu sehen. Und in Bezug auf Palästina glauben die Menschen hier ebenso, dass das offizielle arabische System nicht nur das palästinensische Volk Jahrzehnte lang im Stich gelassen hat, sondern auch, dass wegen unzähliger Fakten, die zwischen Unterdrückung der eigenen Völker und Hochverrat an die arabische Sache variieren, der berechtigte Verdacht bestehe, dass ihre politische Elite offensichtlich nie ein aufrichtiges Interesse haben konnte, Palästina zu befreien oder wenigstens die Gründung eines *wirklich* unabhängigen Palästinenserstaates zu fördern. Die Banalität im Denken der arabischen Massen scheint auf den ersten Blick irrational zu sein. Jedoch wird spätestens nach dem zweiten Blick deutlich, dass das Schicksal bzw. die Überlebensfähigkeit der arabischen Systeme vom Dauerbestehen der blutigen Unterdrückung der eigenen Völker sowie der politischen und logistischen Unterstützung externer Schutzmächte abhängen.

Kein Wunder, dass etwa 350 Millionen Araber, mit enormen menschlichen und materiellen Potenzialen (überwiegend junge Menschen in Ressourcen reichen Ländern) so gut wie gar keine wirklich messbare Größe auf der internationalen politischen und ökonomischen Skala haben. Die Herrscher dieser Länder können und wollen dem Konflikt kein würdiges Ende geben – jedenfalls nicht wirklich. Denn das widerspricht – so scheint es jedenfalls – ihrem ureigenem Interesse an politischer Labilität, als bestem Garant ihres Weiterbestehens als *Ausnahmezustandsregime*. Und selbst wenn sie, aus welchem Grund auch immer, wirklich etwas ändern wollten, könnten sie das nicht tun, denn wer unfrei und in sich zerrissen ist, kann Freiheit und Einheit nicht geben.

Ein sehr wichtiger Aspekt für den Stillstand im Nahostkonflikt und ein wesentlicher Grund für das Fernbleiben jeglicher politischer Unterstützung der arabischen Sache, beispielsweise durch Europa, insbesondere in Palästina, ist *das von Krisen behaftete offizielle arabische Herrschersystem*. In Wahrheit, konnten die Europäer ihre eher pro-israelische Nahostpolitik zum Teil damit argumentieren, dass auf arabischer Seite keine wirklichen und vor allem zuverlässigen Partner zu finden seien. Und die beispiellose Tieflage des offiziellen arabischen Systems beeinträchtigt nicht nur die Entwicklung im jeweiligen arabischen eigenen Land, sondern auch eine effektive europäische Rolle im Nahen Osten. Hier muss klar gesagt werden, dass ohne Abstriche von Seiten der absolutistischen Regime bezüglich Freiheit, Menschenrechte und guter Regierungsführung in den eigenen Ländern, unmöglich eine *wirkliche* Änderung erreicht werden kann.

1 Kanafani, Ghassan: *Thawrat 1936 fi Filastin ... a.a.O.*

Die heute bestehenden Grenzen im Nahen Osten sind eines der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges bzw. des Zerfalls des Osmanischen Reiches. Wie im Kapitel 1 gezeigt wurde, haben die europäischen Mächte das osmanische Erbe im berühmten *Sykes-Picot-Abkommen* (1916) unter sich geteilt. Hier wurden Grenzen gezeichnet und Staaten neu erschaffen, die nie vorher existiert haben. Heute finden wir kaum zwei benachbarte arabische Länder, die keine Grenzkonflikte haben. Diese Länder leiden heute, einige Jahrzehnte nach ihrer Unabhängigkeit, weiterhin an den Folgen des Kolonialismus – so sehr, dass viele Denker und Intellektuelle die lange koloniale Zeit für die ständigen Niederlagen bzw. Versagen dieser Länder, sowie für ihre ökonomische, kulturelle, politische und militärische Abhängigkeit vom so genannten Neokolonialismus, verantwortlich machen. Das ist jedoch nicht ganz richtig, denn die miesere Lage in den Ländern im östlichen und im südlichen Mittelmeerraum, verdankt man heute auch internen Faktoren der schlechten Regierungsführung, Korruption und Vetternwirtschaft der Regime nach der Unabhängigkeit dieser Länder um die Mitte des 20. Jahrhunderts.

Die geopolitische Szene in der heutigen arabischen Welt zeigt eine fehlende Harmonie ihrer Zusammensetzung auf: (a) dort existieren arme, dicht bevölkerte neben reichen, dünn besiedelten Staaten; (b) manche Länder verfügen über enorm große Bodenflächen, andere wiederum haben nur eine sehr kleine Fläche; (c) einige Länder werden von Monarchien oder Scheichtümern regiert, während andere ‚republikanische‘ (progressiv weltliche) Ein-Partei-Systeme haben, die die Macht an die Präsidentenkinder zu vererben versuchen (wie Syrien 2000, ehemals Ägypten, Yemen und Libyen); und (d) in manchen quasi-demokratischen Ländern kennt man einige Vielfaltmerkmale der Demokratie (wie Parteien, Gewerkschaften, Lobbys, zivilgesellschaftliche Gruppen ...), andere wiederum kennen diese überhaupt nicht.

In seinen Beziehungen zu den Großmächten oder zu anderen Regionalmächten agiert das offizielle arabische Regionalsystem nie als eine zusammenhängende Einheit, weder in politischen, noch in wirtschaftlichen oder sonstigen Angelegenheiten. Jeden arabischen Staat verbinden Beziehungen mit den USA und der EU gemäß seiner eigenen Agenda. Die Partnerschaftsvereinbarungen des Barcelona-Abkommens zwischen der EU und den betroffenen arabischen Staaten beispielsweise unterzeichneten die Länder jeweils alleine und ohne Kooperation mit den anderen Bruderstaaten, nachdem die EU mit jedem Land separat verhandelte. Daher bleiben die reichen und entwickelten Länder des Nordens weiterhin die dominierende Seite in ihren Beziehungen mit den arabischen Ländern, solange diese nicht in der Lage sind, eine Übereinkunft über eine gemeinsame außenpolitische Sicht im Umgang mit anderen Mächten und Allianzen zu erreichen. Das gleiche gilt für die Regionalmächte Israel, den Iran und die Türkei. Deswegen wurde die *gesamtarabische Dimension* von Seiten der Amerikaner oder der Europäer nie ernst genommen und die einzelnen Verträge zwischen den einzelnen Staaten bestimmen die Beziehungen zwischen den USA bzw. der EU und jedem arabischen Land alleine. Obendrein fanden fremde Mächte oft in den Rissen der innerarabischen Konflikte eine Gelegenheit für schädliche Einmischung und Penetration, die durch diese jeweils exklusiven Zwei-Parteien-Beziehungen einen Legitimierungsvorwand erhalten. Die gleichen Kräfte betrachten die arabische Welt als eine Welt voller Widersprüche und die Regime als zerrissene, unter sich verfeindete Systeme, die am Rande des Zusammenbruchs stehen – sie haben durchaus ein starkes Interesse, dass dies auch so bleibt.

Am meisten sichtbar wird hier die Kluft zwischen dem ‚offiziellen arabischen System‘ und den arabischen Völkern insgesamt. Das schuf eine widersprüchliche Dualität zwischen der Realität der arabischen Völker als gespaltene und zerrissene Nation und ihrer Sehnsucht nach arabischer Einheit bzw. ihrem durchaus machbaren Streben nach einem Mindestmaß an politischer und vor allem ökonomischer Kooperation zwischen ihren Ländern. Und durch diese Dualität kann man den spezifischen Charakter des arabischen Regionalsystems bzw. die Eigenschaften, die es von anderen unterscheidet, verstehen.²

Vergeblich suchen Experten nach einer Antwort auf die Frage, warum 4-5 Millionen Israelis überhaupt in der Lage waren und sind, das Leben von inzwischen etwa 350 Millionen Arabern in einen Dauerzustand der Labilität zu versetzen und wie sie diesen das Gefühl vermitteln, dass Israel allen 22 arabischen Staaten zusammen in jeder Hinsicht überlegen ist. In Wahrheit, stimmt diese Aussage nicht ganz, wenn man bedenkt, dass diese Überlegenheit ohne die massive externe Hilfe der ewigen Gönner (USA und Europa) nie möglich gewesen wäre; und wenn man auf dem militärischen Sektor einen Vergleich zwischen der Zahl der israelischen

2 Nafi'a, Hassan: Die arabisch-arabischen Beziehungen im Schatten der amerikanischen Dominanz, zitiert in: Al-Azzi, Ghassan, *Muawwiqat al-dawr al-aurobi fi taswiyat al-ssira' al-Arabi-al-Isra'ili* (Dtsch.: Hindernisse der europäischen Rolle in der Beilegung des Arabisch-israelischen Konflikts), aus der Reihe ‚sillselat dirasat istiratidhiyyah‘ (Strategische Studien) Nr. 13 am Ibrahim Abu-Lughod Institute of International Studies/ Birzeit University, S.43.

und der arabischen Soldaten anstellt, die tatsächlich in den Kriegsgeschehen der Jahre 1947-1948, 1967 und 1973 involviert waren (nachdem man die Zahl der arabischen Soldaten, die geblieben sind, um das Regime oder die Grenzen mit anderen Bruderstaaten zu beschützen, abgezogen hat), so findet man heraus, dass die israelischen Soldaten zahlenmäßig mindestens genauso viele, jedoch weit besser ausgebildet und mit der neuesten Waffentechnologie ausgestattet waren, was das Kriegsgeschehen letztendlich entscheiden musste.³ Diese Gegebenheiten müssen zum folgerichtigen Gedanken führen, dass die israelischen Führer von Anfang an faktisch nicht nur die besseren menschlichen und finanziellen Ressourcen organisiert haben, sondern und vor allem sich auch als die bessere Regierungsführung, in Friedens- wie in Kriegszeiten, beweisen konnten.

Einer der bedenklichen und für die arabischen Völker wirklich verhängnisvollen Umstände dieses Konflikts war, dass selbst das Kriegsnarrativ der arabischen Regime immer unglaublich war und nur dem lokalen politischen Konsum diente. Denn dieses Narrativ beschränkte sich auf eine *Rhetorik*, deren Ziel es war, den jeweiligen Herrscher als den großen, weisen und starken Beschützer der Nation zu präsentieren. Die Herrscher waren sich dessen wohl nicht bewusst, dass Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, folglich haben die arabischen Staaten tragischer Weise immer vom Krieg lautstark geprahlt, ohne sich auf den Krieg vorzubereiten, während Israel immer wieder von Frieden gesprochen und sich zugleich auf den Krieg vorbereitet hat. Das geschah in einer Zeit als die Weltöffentlichkeit Kriege und ihre destruktiven Folgen nicht wünschte. Und die Araber schienen das Gefühl für Verantwortung vor dem Krieg nicht zu besitzen und nach ihrer Kriegsniederlage gelähmt zu sein. Dieses sinnlose Narrativ richtete der arabischen Sache, insbesondere dem Palästina-Problem, einen großen Schaden an, nicht nur, da die Araber beinahe alle ihre Schlachten und folgerichtig Territorien an Israel verloren, sondern – und das ist viel wichtiger – weil sie dadurch den pro-israelischen Medien im Zuge ihrer fiebrigen Schlacht der verzerrten Bilder im Nahostkonflikt, mit kostenlosen großen Diensten reich beschenkten – Israel wurde und wird bis heute als das große Opfer von hasserfüllten umgebenden arabischen Staaten und Völkern dargestellt. Dabei wissen Experten, Politiker und ganz gewiss die Medien, was tatsächlich im Nahen Osten geschieht, wer Täter oder Opfer ist und wo die Wurzeln des Problems liegen.

So setzte Israel seine Expansionspolitik fort, während die Araber sich in zwei Lager spalteten. Die eine Seite bevorzugte eine Übereinkunft mit Israel mit dem geringstmöglichen Schaden. Andere wollten die Konfrontation, bis ein ‚gerechter und dauerhafter Frieden‘ erreicht worden ist. Der ägyptische Präsident *Sadat* entschied sich im Alleingang einen *dritten Weg* zu wagen, nämlich einen Kompromiss mit Israel einzugehen, nach dem er sein Land (Sinai) mit stark beschnittener Souveränität zurück bekam mit dem Preis, dass die größte arabische Front gegen Israel befriedet wurde. Für Israel war (und ist heute weiterhin) die Ausschaltung Ägyptens ein großer strategischer Gewinn, der eine blutige Invasion der israelischen Armee unter der Führung vom Kriegsminister *Ariel Sharon* in den Libanon im Jahre 1982 ermöglichte. Ziel war, der Palästinafrage als solcher auf eigene Weise ein Ende zu setzen, indem Israel die PLO vernichtend schlägt und nach langer Zeit ein alt-neues zionistisches Projekt umzusetzen versucht, nämlich die Schaffung eines Israel-loyalen christlich-maronitischen Staates ‚Libanon‘ nördlich des ‚Litani‘, der dem arabischen Kontext eher feindselig gegenübersteht. Darüber hinaus hätte Israel (sozusagen als Bonus) die Kontrolle über das Wasser des Flusses ‚Litani‘ bekommen. Das letztere israelische Vorhaben ging nicht auf, dafür war der Widerstand zu groß, auch aus Europa. Aber immerhin konnte *Ariel Sharon* die PLO aus dem Libanon vertreiben und die Ermordung tausender Zivilisten in den palästinensischen Flüchtlingslagern ‚Sabra‘ und ‚Shatila‘ (16.-18. September 1982) durch die christlich-maronitischen Milizen von *Bachir Gemayel* unter den wissenden und deckenden Augen der israelischen Armee geschehen lassen.

Selbst die Libanonkrise konnte die Araber nicht einigen. Und Israel machte es ihnen diesbezüglich nicht leicht, denn es lehnte im Rausch seiner Übermacht bzw. im Kontext der Zerrissenheit der arabischen Gegner, alle Kompromissvorschläge der arabischen Gegenseite ab, obwohl diese einige der politischen Konstanten im arabisch-israelischen Konflikt, insbesondere die Nichtanerkennung Israels, für den Frieden aufgegeben haben. Heute gibt es kein einziges arabisches Regime, das nicht grundsätzlich einen Frieden mit Israel wünscht. Auf dem arabischen Gipfel vom März 2002 in Beirut, haben alle arabischen Staaten einstimmig die Friedensinitiative des heutigen saudi-arabischen Königs *Abdullah* (damals noch Kronprinz) angenommen. Sie alle, sowie mehr als 50 andere islamische Länder wären bereit, Israel anzuerkennen bzw. Frieden mit Israel abzuschließen, wenn es seine Besetzung der arabischen Gebiete beende und seine Armee zur Grenze des 04. Juni 1967 (Grüne Linie)

³ Das, abgesehen von der für die israelischen Politiker beunruhigenden Tatsache, dass Israel seit 1967 keinen einzigen Krieg, nicht einmal gegen eine Gruppe von Milizen wie *Hisbollah* (2000, 2006) oder *Hamas*, wirklich für sich entschieden hat.

zurückziehe, damit ein Palästinenserstaat auf dem Territorium des WBGS entstehen könnte. Sharons Antwort auf die Friedensinitiative war die oben beschriebene Invasion in die besetzten palästinensischen Gebiete im April 2002, denn er meinte, die Initiative ziele auf *die Vernichtung Israels* ab.

Drei Jahre später, auf dem arabischen Gipfel in Algier (2005), erneuerten die arabischen Führer ihr Friedensangebot von 2002 an Israel wieder. Diese Initiative wurde ebenso von Israel abgelehnt. Der jordanische König Abdullah II. schlug kurz vor dem Gipfel den arabischen Staaten vor, die Beziehungen mit dem Staat Israel bedingungslos zu *normalisieren*, sprich eine faktisch bedingungslose Anerkennung Israels, der mit der Ablehnung der arabischen Länder begegnet wurde. König Abdullah II., der daraufhin nicht persönlich auf dem Gipfeltreffen erschien, hatte seinen Vorschlag eigentlich nicht aus der Luft gegriffen, denn eine beachtliche Anzahl arabischer Länder hatten bereits lange vorher wirtschaftliche und diplomatische ‚Normalisierungsschritte‘ mit Israel unternommen, ohne dass man eine Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes gefunden hätte.

Diese Bereitschaft mancher arabischer Länder zum bedingungslosen Verzicht zugunsten Israels, sprich ohne dafür einen politischen Gegenpreis zu erhalten, ermutigte Israel zum Aufrechterhalten seiner rücksichtslosen Politik und veranlasste einige neokonservative Politiker in den USA, israelische Politiker (wie Premierminister *Netanyahu* 1996) zu einem Bruch des Friedensprozesses auf der Basis von ‚Land gegen Frieden‘ zu ermutigen, denn dieses bringe Israel in eine umfassend defensive politische, kulturelle und militärische Lage. Stattdessen sollen die israelischen Politiker nach dem Prinzip ‚Frieden gegen Frieden‘, sprich ‚Frieden aus der Stärke heraus‘ bzw. ‚Diktatfrieden‘ handeln.⁴ Was Premierminister Netanyahu 1996 nicht machen konnte, scheint er heute im Rahmen seiner ultrarechten Regierung machen zu können. Die heutige Netanyahu-Regierung lehnt tatsächlich das Prinzip von ‚Land gegen Frieden‘ als Gesprächsbasis mit den Arabern ab. Netanyahu fordert die Araber dazu auf, Israel bedingungslos anzuerkennen, dafür *dürfen* die Palästinenser in den Grenzen ihrer eigenen *Städte* und *Dörfer* friedlich leben – sie dürfen weder einen eigenen Palästinenserstaat gründen, noch will Israel sie – sollten die Palästinenser den Wunsch verspüren – als Bürger des israelischen Staates akzeptieren. Alles in allem ein weiterer Versuch der israelischen Regierung, das Palästinaproblem zu entpolitisieren bzw. es von einer weltpolitischen Rechtsfrage eines für Freiheit und Selbstbestimmung kämpfenden Volkes in ein humanitäres Problem zu reduzieren. Statt ihre historischen Rechte zu bekommen, sollen die Palästinenser rechtlos in einem rechtsfreien auseinandergersissenen Lebensraum die Produkte ihres Gegners und Unterdrückers konsumieren und von seinem Gnaden leben dürfen.

Die unendliche Serie der Zugeständnisse von Seiten der Araber an Israel war nicht nur ein Zeichen ihrer Uneinigkeit und Spaltung, sondern vor allem auch ein Syndrom ihrer Unfähigkeit mit der israelischen Hartnäckigkeit und Ablehnung eines *gerechten* Friedens umzugehen. Diese Unsicherheit der arabischen Regime, gepaart mit der Angst einer gänzlich korrupten Elite um ihre selbst erschaffenen *Vorrechte* bzw. mit ihrem Selbsterhaltungsinstinkt, verursachte eine Schieflage in der Prioritätenstellung dieser Systeme: die Interessen des Landes und die Rechte seiner Leute werden zugunsten eines narzisstischen Regimes stark beschnitten. Diese Schieflage hat ihren Beginn mit dem gerne verwendeten Begriff ‚gerechter Frieden‘ bekommen. Denn dieser ist an sich eine Verunglimpfung der Tatsache, dass es seit 1948 einige Duzende von UNO-Resolutionen gegeben hat, die den arabischen Rechten eine fundamental solide rechtliche Grundlage liefern. Daher geht es hier um weit mehr als Gerechtigkeit (so wichtig diese auch ist), nämlich um das ‚Recht‘ der Palästinenser auf ihr seit Jahrtausenden angestammtes ‚Heimatland‘ bzw. auf ihre ‚Selbstbestimmung‘. Ob man von ‚Recht‘ oder ‚Gerechtigkeit‘ spricht, das macht durchaus einen großen Unterschied für die Ausgangsposition der Palästinenser aus. Denn ‚Recht‘ ist in der Regel nicht veräußerbar, während der Begriff ‚gerecht‘ dieses ‚Recht‘ relativiert bzw. grundsätzlich verhandelbar macht.

Die politischen und militärischen Niederlagen der arabischen Regime in ihrer Begegnung mit dem so genannten ‚zionistischen Feind‘, hinterließen Spuren von Unzufriedenheit und Depression in den arabischen Gesellschaften, die im Zuge der Suche nach Lösungen zwischen sozialistischen, liberalen Modellen, dem Nationalstaatenmodell oder der panarabischen Einheit und schließlich der islamischen Wurzeln, hin und her gerissen waren und sind. Diese Orientierungslosigkeit in grundsätzlichen Fragen der arabischen Sache, führte zu dauerhaften inner- und zwischenarabischen Konflikten. Dieser ineffiziente Umgang mit Energie und Zeit (Zerstreuung statt Bündelung) warf die arabischen Länder schier in mittelalterliche Verhältnisse zurück, da sie heute in Bezug auf politi-

4 Vgl. Richard Perle, James Colbert, Charles Fairbanks, jr Douglas Faith und andere: „A Clean Break: A New Strategy for Securing the Realm“, Institute for Advanced Strategic & Political Studies, Jerusalem & Washington DC, 1996, in: Al-Azzi, Ghassan, *Muawwiqat al-dawr al-aurobi ... a.a.O.*, S.54.

sche und soziale Stabilität, menschliches Wachstum, wirtschaftlichen Aufschwung und Wissensgesellschaft als Schlusslicht der Nationen stehen geblieben sind. Der größte Verlierer dieser Entwicklung ist und bleibt der Mensch, in den die Regime so gut wie gar Nichts investiert haben. Die arabischen Systeme, ob in *reichen* oder in *armen* Ländern, schufen einen Menschen, der in allen Fällen einer extremen Gesellschaft angehört. Entweder sind es politisch teilnahmslose Menschen einer trägen Konsumgesellschaft, oder dermaßen arme Menschen, dass sie wirklich keine andere Sorge haben können als das tägliche Brot irgendwie zu verdienen. Und beide Gesellschaften verbindet die Teilnahmslosigkeit an der Gestaltung ihrer Zukunft – wie bereits das antike Rom mit ihrem ewigen Prinzip von „Brot und Spiele“, wissen die Diktaturregime, dass eine Gesellschaft, die jenseits beider Zauberbegriffe (Brot und Spiele) nicht denken kann bzw. darf, einfacher zu regieren ist.

Heute kann man nahezu davon ausgehen, dass die meisten arabischen Regime Entwicklungsprojekten feindlich gegenüberstehen, wenn diese auch nur annähernd ihre absolutistische Stellung gefährden könnten. Das sehen wir in den unglaublich vielen Bauaktivitäten, die den einheimischen Menschen nicht viel einbringen, jedenfalls nicht mittel- bis langfristig. Das Kapital, das zum beachtlichen Teil international ist, investiert sehr viel in die Gewinnung von Energieressourcen oder in Immobilien, aber wenig bis gar nichts in die gesellschaftliche Entwicklung. Nur wenige Golfstaaten, beispielsweise, denken über die Zeit nach dem Erdöl bzw. Erdgas ernsthaft nach, obwohl diese stark ausgebeuteten Ressourcen laut Experten nur noch 50, im besten Fall jedoch 80 Jahre wirtschaftlich gewonnen werden können. Die Entfremdung der Menschen in vielen arabischen Ländern rührt daher, dass man große bauliche Transformationsprozesse in Rekordzeiten unternommen hat, ohne den Menschen darauf richtig vorbereitet zu haben. Wir haben ähnliche Probleme im schnell wachsenden China (der Vergleich zwischen dem ultraschnell wachsenden China und den arabischen Ländern ist hier nur ein Versuch, das Dilemma der arabischen Länder messbar zu machen). China ist im Vergleich zu den arabischen Ländern ein hoch entwickeltes Land, das zum einen die eigene politische Entscheidung (Souveränität) besitzt und zum anderen die nötige technische und menschliche Infrastruktur für die ‚*eigene Produktion*‘ hat. Hinzu verfolgt China eine eigene politische und volkswirtschaftliche ökonomische Agenda, ganz gleich, ob diese unter guter oder schlechter Regierungsführung angesiedelt werden kann. Und dennoch spricht man heute in Bezug auf die unglaublich schnelle Entwicklung in China von einer echten Identitätskrise der Menschen und ihrer Städte. Die Krise in China ist grundsätzlich damit verbunden, dass dort noch viele ältere Menschen leben, die diesen radikalen Transformationsprozess nicht vertragen. Die neue Generation ist hingegen bestens vorbereitet, das neue Zeitalter zu meistern. Diese Identitätskrise in den arabischen Staaten, insbesondere im Golf, existiert mehrfach und auf verschiedenen Ebenen: technischen und menschlichen. Hier hat man weder die nötige Infrastruktur zur Weiterentwicklung des Menschen, noch wurden die Menschen auf den neuen und überwiegend von fremden Händen gestalteten Transformationsprozess vorbereitet. Generationen von Menschen können hauptsächlich nur konsumieren, aber wenig bis gar nichts selbst produzieren. Sie essen, was sie selbst nicht anbauen und kleiden, was sie selbst nicht fabrizieren. Und beinahe alles hier ist Importware, selbst Dienstleistungen im Bauwesen (von der Planung bis zur Bauausführung, von den Baumaterialien ganz zu schweigen) werden nicht direkt an einheimische Experten und Firmen, sondern für unverhältnismäßig viel Geld an europäische oder nordamerikanische Firmen in Auftrag gegeben. Den einheimischen Unternehmern, Baufirmen, Ingenieuren und Architekten entgehen somit wertvolle Chancen, mit den eigenen Erfahrungen zu wachsen und die eigene, in diesem Fall, Baukultur zu pflegen.

Die Entscheider argumentieren ihr Verhalten damit, dass diese Projekte – so wollen es die Investoren – schnell und hochqualitativ laufen müssen. Die Investoren sind in der Regel mehrheitsanteilig die Staaten selbst bzw. einheimische Vermögensanleger, die die entscheidende Stimme in solchen Fragen haben können. Sie könnten das ganze aus der entwicklungspolitischen Ebene sehen und nach dem *win-win-Prinzip* gleichberechtigte Interessengemeinschaften aus inländischen und ausländischen Unternehmen und Planungsbüros fördern und somit dem Land und den Investoren sowohl ökonomische als auch entwicklungspolitische Vorteile bringen. Wachstum heißt für sie nicht Landesaufbau, sondern lediglich Profit für die ohnehin wohlhabende Elite. Profit, wie es Chomsky ausdrückte, geht dieser Elite offensichtlich über Menschen. Der Umstand, dass Menschen am Aufbau ihrer Städte und Ökonomie nicht aktiv beteiligt sind, führt nicht nur dazu, dass sie und ihre Kinder nicht, wie es berechtigterweise wäre, aus Wachstum und Wohlstand nicht profitieren bzw. teilhaben können, sondern auch dass die entstehenden Städte seelenlos sind, die Umwelt ausgebeutet ist und dass ihre fremdgesteuerte Ökonomie nur eine kurzlebige Scheinwirtschaft herbeischaffen kann, die nicht auf Produktion und Entwicklung basiert. In diesem Aufbauprozess mancher arabischer Länder, wird die Debatte über die Dialektik

zwischen Moderne, Tradition und Nachhaltigkeit leider so gut wie gar nicht geführt.⁵

Die arabischen Regime und speziell die reichen Ölstaaten mit ihren überwiegend autoritären und teils patriarchalischen Strukturen, haben eine verkehrte Vorstellung von Reichtum. Sie hängen im Prinzip an dem Reichtum, den andere Teile der Welt erzeugen. Diese Staaten, die alle denkbaren materiellen, geopolitischen und menschlichen Potenziale besitzen, versäumten es, ihren Reichtum in die einzigen zukunftsfähigen Projekte, sprich in den Menschen, zu investieren. Die autoritären Systeme resultieren aus den Vorteilen des über Rohstoffhandel erzeugten Reichtums bzw. aus den ‚Deals‘, die die Führungen mit der reichen und entwickelten Welt zu Lasten ihrer Bevölkerung bzw. der Bevölkerung der benachbarten Länder abschließen. Diese Rohstoffanbieter werden eigentlich nur deshalb von der reichen Welt als Staaten akzeptiert und geschützt, da sonst diese ‚Deals‘ nicht durchgeführt werden können – eine besonders subtile (erpresserische) Form der Machtausübung und Willkür der reichen und entwickelten Welt gegenüber der Bevölkerung der ärmeren Länder (siehe Karikatur, *Abbildung 4-1*).⁶

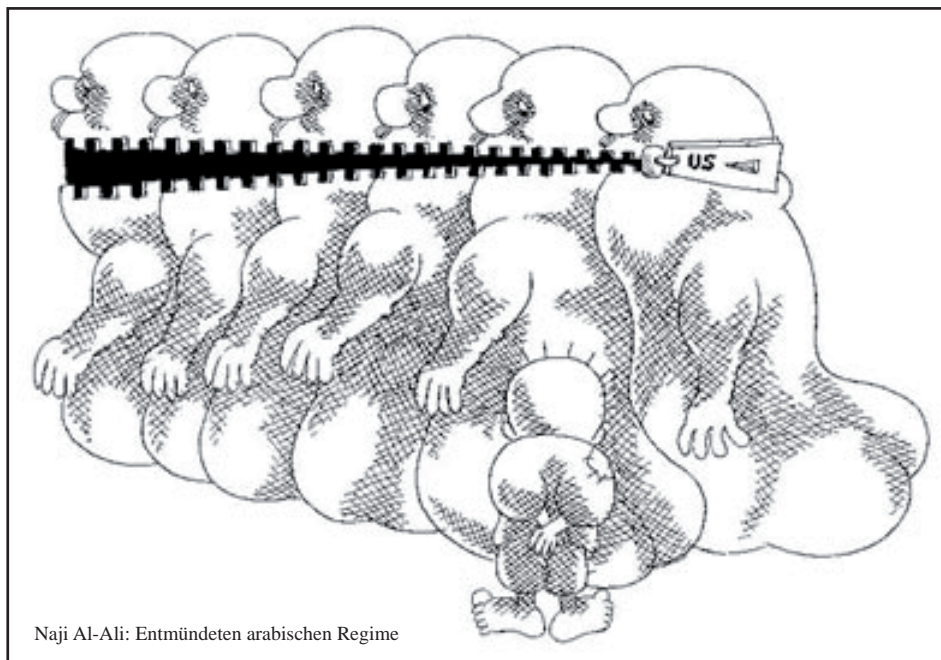


Abb. 4-1: Die entmündeten arabischen Regime.

Die reichen Ölstaaten sind nicht das einzige Beispiel dieser Misswirtschaft. In anderen arabischen Ländern, die als arm gelten, existieren große Reichtümer, die von den Eliten veruntreut werden, statt diese in die Entwicklung der Menschen in diesen Ländern zu investieren. Hier entstehen in Folge einer solchen Politik grundsätzlich zwei extrem widersprüchliche Staatsmodelle, bei denen letztendlich die Völker das Opfer sind:

3. Auf der einen Seite gibt es einige superreiche Länder mit einer kleinen einheimischen Bevölkerung (Beispiel Kuwait, VAE), die so gut wie nichts produzierende Konsumgesellschaften hervorbringen;
4. Auf der anderen Seite existieren relativ rohstoffarme und dichtbevölkerte Länder (Beispiel Sudan, Ägypten), deren Rohstoffe und Vermögen von einer kleinen Elite ausgebeutet werden.

Eine große Ausnahme bildet hier Libyen mit seinem immensen Reichtum und seiner kleinen Bevölkerung, die in wirklicher Armut, ohne das Minimum an intakter staatlicher und städtischer Infrastruktur, leben muss. Auch das an Erdöl und Erdgas reiche und dünn besiedelte Algerien, kann bis heute aus verschiedenen Gründen ihren Bürgerinnen und Bürgern kein würdevolles und sicheres Leben bieten, auch wenn die Regierung Abdelaziz Bouteflika erfolgreich einige erste richtige wirtschaftliche und politische Schritte im Rahmen ihrer ‚Politik der

5 Der Staat Katar stellt hier eine der wenigen Ausnahmen dar. Wie der Verfasser aus persönlichen Kontakten mit der Universität Katar erfahren hat, hat die Universität Katar (Department of Architecture and Urban Planning) im Frühjahr 2010 eine Stelle eines „Doha Land Chair in Architecture“ ausgeschrieben. Der Stelleninhaber hat die Aufgabe, aus den Fehlern anderer Golfstaaten (z. B. Dubai) lernend, diese Dialektik zwischen Tradition und Moderne zu führen bzw. sich mit nachhaltigen Lösungen in Architektur und Städtebau auseinanderzusetzen.

6 Vgl. Radermacher, Franz Josef: *Was macht eine Gesellschaft reich? Die Infrastruktur als wesentlicher Baustein*, in: *Die Zukunft der Infrastrukturen. Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung* (R. Loske, R. Schaeffer, Hrsg.), Metropolis-Verlag, Marburg, 2005, ab S.97. Mehr zum gleichen Thema, siehe auch das Buch dsgl. Autors: *Die Zukunft unserer Welt, Navigieren in schweigendem Gelände*, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen, 2010, insbesondere S.42-43.

nationalen Versöhnung‘ unternahm.⁷

In der arabischen Welt existiert (im Sinne von Ressourcen) in Wahrheit kein einziger wirklich armer Staat. Das Problem ist und bleibt das Fehlen eines gut funktionierenden und leistungsfähigen Governance-Systems. Sicher gibt es Länder, die relativ rohstoffarm sind (wie Jordanien, Libanon und Palästina), dafür haben diese Länder aber andere hervorragende Qualitäten, die bestens geeignet sind für die Entwicklung progressiver Wirtschaftssysteme. Diese Qualitäten beginnen mit dem mäßigen Klima, der reichen Geschichte und der landwirtschaftlichen bzw. geographischen Diversität, über die zentrale Lage bis hin – und das ist wohl das wichtigste – zu den hohen Bildungsraten in diesen Ländern. Eine beachtliche Anzahl an exzellent ausgebildeten Menschen aus dem Nahen Osten und Nordafrika, müssen in die entwickelten Länder des Nordens auswandern, da sie in der Regel die geeignete Infrastruktur in ihren Ländern nicht vorfinden oder weil sie in den reichen arabischen Staaten nicht unbedingt willkommen sind und schließlich weil viele von ihnen wegen ihres aufgeklärten Wesens in Konfrontation mit den absolutistischen Regimen geraten und Angst um ihr Leben haben müssen.

Die arabischen Systeme investieren weder in die Entwicklung des Menschen im eigenen Land, noch fördern sie eine interarabische *win-win-Strategie*, die allen enorme Vorteile bringen würde. Mit diesen Vorteilen können sich aber die privilegierten Eliteschichten nicht anfreunden, da diese keine frei denkenden und produzierenden Menschen haben will, die nicht nur nach einem längst fälligen Ende der sozioökonomischen Ausgrenzung breiter Teile der Bevölkerung, sondern und vor allem auch nach ihren Rechten auf politische Beteiligung im Sinne von Demokratie und Pluralismus verlangen – man würde nicht übertreiben, wenn man meint, die Forderung nach Reformen, Wachstum und Entwicklung, käme den meisten arabischen Regimen einem Staatsstreich gleich.

4.1.1 Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung 2002-2009

Kein offizielles Dokument schildert die umfassend miserable Lage der arabischen Gesellschaften bzw. belegt das *Totalversagen* des offiziellen arabischen Systems wie der *Arab Human Development Report* (ARHDR), eine 5-bändige Berichtsreihe, die im Jahre 2002 unter der Schirmherrschaft des *United Nations Development Report* (UNDP) vom Regionalbüro der arabischen Staaten gestartet wurde.⁸ Der erste Band der Reihe (Frühjahr 2002) lieferte eine allgemeine Analyse mit Reformvorschlägen hinsichtlich zentraler Entwicklungsprobleme der Region, welche im Kontext von Bildung und Wissen, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der gesellschaftlichen Rolle der Frau angesiedelt wurden. Band 2 (Herbst 2003) behandelte die Problematik ‚Bildung und Wissen‘ als Faktor von Entwicklung in der Region. Band 4, der sich intensiv mit der Problematik von ‚politischer Freiheit‘ und ‚guter Regierungsführung‘ in den arabischen Gesellschaften auseinandersetzt, sollte ursprünglich im Herbst 2004 erscheinen, konnte jedoch erst im Frühjahr 2005 veröffentlicht werden. Weil die Autoren wie bereits in ihrem zweiten Bericht die US-Politik in der Region des Nahen und Mittleren Ostens, sprich die Besetzung des Irak sowie das israelische Vorgehen in Palästina, als Konterkarieren des Ziels demokratischer Entwicklung in der Region kritisierten, drohten die USA mit dem vollständigen Entzug ihrer Mittel für das UNDP und haben damit die Weltorganisation vor die Zerreißprobe gestellt, entweder den AHDR bzw. seine Autoren fallen zu lassen oder aber die eigene Arbeitsfähigkeit zu gefährden.⁹

Der AHDR wurde von arabischen Wissenschaftlern und Entwicklungsexperten unter der Leitung des ägyptischen Soziologen *Nader Fergany* erstellt. Diese Experten analysierten und dokumentierten die Entwicklung ihrer Gesellschaften und schließlich machten sie entwicklungsstrategische Empfehlungen, wie die Probleme gelöst werden können. So gesehen stellen diese Reporte interessanterweise, obwohl diese unter dem Siegel des UNDP vollzogen wurden und in Konsultation mit diesem standen, ein zeitgenössisches Dokument arabischer Selbstreflexion dar. Die Wissenschaftler orientierten sich dabei am Maßstab des Konzeptes „Menschlicher Entwicklung“, das von der Weltorganisation 1990 zur Grundlage ihrer entwicklungspolitischen Strategie erhoben wurde.¹⁰ Der UNDP-Begriff ‚Menschliche Entwicklung‘ wollte, im Sinne von ‚Erweiterung menschlicher realer Freiheiten‘, den Menschen von der Peripherie ins Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung vorrücken.

7 Die schlechte Governance und die marode Wirtschaft sozialistischer Regierungen nach der Unabhängigkeit (1962) sowie der blutige Bürgerkrieg während der 1990er Jahren (100-120 Tausend Todesopfer) haben das Land nicht nur gespalten, sondern auch an den Rand des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht. Seit 1999 versucht Präsident Abdelaziz Bouteflika mit mäßigem Erfolg, durch eine „Politik der nationalen Versöhnung“, das Öl- und Erdgas-reiche Land (32 Mio. EW, 13,8 EW/km²) aus dem tiefen Loch herauszuholen.

8 UNDP / AHDR: *United Nations Development Program / Regional Bureau for Arab States / Arab Human Development Reports, Band 1-5, 2002.*

9 Unter der Überschrift ‚Holding Up Arab Reform‘ berichtete Thomas L. Friedmann erstmalig über dieses Skandal in der NY Times vom 16.12.2004.

10 UNDP: *The Human Development Report 1990 / Chapter 2: Defining and measuring of Human Development*, Oxford University Press, NY, 1990.

Die Autoren des AHDR verstanden ‚menschliche Entwicklung‘ als einen Prozess menschlicher Selbstentfaltung, in dem es nicht nur um die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten und Funktionen in abstracto geht, sondern auch darum, diese in Gleichgewicht mit den Chancen ihrer Realisierung zu bringen: eben eine Entwicklung im Sinne von **Entwicklung des Menschen, für den Menschen und durch den Menschen**. ‚Menschliche Entwicklung‘ und ‚Menschenrechte‘ unterstützen sich gegenseitig und haben einen gemeinsamen Nenner, nämlich *die menschliche Freiheit*. Indem ‚Menschliche Entwicklung‘ die Opportunitäten der Menschen steigert, schafft sie die Fähigkeit zur Freiheitsausübung; und ‚Menschenrechte‘ bewirken die Möglichkeiten zur Freiheitsausübung, indem sie den dazu notwendigen Rahmen schaffen. Armut, Tyrannei, limitierte ökonomische Chancen, systematische soziale Benachteiligung, Vernachlässigung öffentlicher Einrichtungen, sowie Intoleranz oder staatliche Unterdrückung sind Hauptquellen ‚menschlicher Entrechtung‘ bzw. Freiheitsminderung.¹¹

Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch den komplexen Begriff ‚instrumentelle Freiheit‘, die sowohl Ziel als auch Mittel menschlicher Entwicklung ist. Die Autoren zählen insgesamt 5 unverzichtbare und interdependente Elemente dieser instrumentellen Freiheit auf:¹²

1. *Politische Freiheit* (Selbstbestimmungsrecht, demokratische Grundrechte, Partizipation);
2. *Ökonomische Einrichtungen* (Chancengleichheit und Wohlstandverteilung);
3. *Soziale Chancengleichheit* (durch eine entsprechende Gestaltung der gesellschaftlichen Erziehungs- und Gesundheitspolitik, die wiederum die substanzielle individuelle Freiheit, besser zu leben, beeinflussen);
4. *Gewährleistung von Transparenz*; sowie
5. *Beschützende Sicherheit* (Bereitstellung von relevanten Netzwerken sozialer Sicherheit für schwache Gruppen der Gesellschaft).

Die Autoren stellten in ihrer Analyse definitiv fest, dass die arabischen Gesellschaften in allen politischen, ökonomischen und sozialen, aber auch in Fragen der Menschenrechte und der ‚Menschlichen Entwicklung‘ gefährliche Defizite aufweisen. Im April/Mai 2004 präsentierte die Londoner Zeitung *economist* folgendes düsteres Bild der gesamtarabischen Situation:

„Die Länder der Arabischen Liga bilden den Weltteil aus, der die größte Oligarchie nachweist. Bis jetzt wurde kein einziger arabischer Führer friedlich durch die Wahlen entmachtet. Selbst afrikanische Länder südlich der Sahara scheinen sich in einer besseren Lage zu befinden. Dort verzichteten seit 1990 insgesamt 18 Regime auf die Regierungsmacht infolge der Wahlergebnisse () Laut einer Studie der Arabischen Liga wird erwartet, dass die Zahl der arabischen arbeitslosen Jugendlichen in 10 Jahren (etwa 2015) auf etwa 50 Millionen steigen wird, im Vergleich zu den 15 Millionen jugendlichen Arbeitslosen heute. Die Außenwelt hat begonnen, in diesen Misserfolgen eine Gefahr für die eigenen Interessen zu sehen () 15% der arabischen Jugendlichen äußerten den Wunsch nach Emigration. Diese Sache beunruhigt die Europäer. Und viele halten den islamischen Terror für ein Ergebnis der Frustration der Araber, die sie infolge ihrer Machtlosigkeitsgefühle befallen hat () und die Lage droht in Ausbrüche innerarabischer Unruhen zu eskalieren ...“.¹³

Der *Arab Human Development Report* (ARHDR) für das Jahr 2009 setzte sich mit dem Schwerpunktthema ‚Menschliche Unsicherheit auf globaler und regionaler Ebene‘ auseinander.¹⁴ Der Bericht stellte gefährliche Defizite in allen Sicherheitsaspekten fest, wobei der Begriff ‚Sicherheit‘ viele Unterasspekte umfasste, die in den Schwerpunktthemen seiner *Kapitel* erläutert werden. Es sind, wie es der Bericht nennt, insgesamt „sieben Dimensionen der Bedrohung“, die hier behandelt werden:

1. Die Menschen und ihr unsicheres Umfeld (Belastung der Umweltressourcen);
2. Der Staat und seine mit Unsicherheit konfrontierte Bevölkerung (Die Diktaturregime als Teil des Problems);
3. Die Schutzbedürftigkeit für Menschen außerhalb des Blickfeldes (Unsicherheit schutzbedürftiger Gruppen);
4. Wirtschaftliche Verwundbarkeit (unstetes Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und anhaltende Armut);
5. Hunger, Mangelernährung und Ernährungssicherheit;
6. Probleme der Gesundheitssicherheit; sowie
7. Die systematische Unsicherheit aufgrund von Besatzung und fremder militärischer Interventionen (z. B. Irak,

¹¹ UNDP / AHDR, Band 2 ... a.a.O., S.18-19.

¹² Ebenda.

¹³ Zitat in Al-Azzi, Ghassan: *Muawwiqat al-dawr al-aurobi ... a.a.O.*, S.45.

¹⁴ UNDP / AHDR, Band 5 ...a.a.O.

Palästina, Somalia).

Dieser festgestellte mangelhafte Stand der menschlichen Sicherheit ist zwar im gesamtarabischen Raum keineswegs gleichmäßig ausgeprägt, jedoch kann wohl kein einziges dieser Länder von sich behaupten, frei von Furcht oder Mangel zu sein. Außerdem verspüren viele die Fernwirkungen der Unsicherheit in benachbarten Ländern. Am stärksten spürbar sind die expressivsten Syndrome dieser Fehlentwicklung, nämlich Armut und Jugendarbeitslosigkeit, die nicht nur auf die Perspektivlosigkeit und Depressionen der jungen arabischen Generationen hindeuten, sondern auch ein sicherheitspolitisches Problem in Form von Migration der besten Köpfe, Jugendkriminalität sowie einen Verfall der Werte mit sich bringen. Laut Bericht lebten im Jahre 2009 insgesamt 140 Millionen Araber unter der Armutsgrenze (2 US \$/Person/Tag), das macht etwa 40% der Bevölkerung in der arabischen Welt aus. Die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen ist bei Akademikern mit 35%-50% etwa doppelt so groß wie bei anderen gleichaltrigen Zielgruppen (18%-35% bei Arbeitern, Handwerkern,...). Das hat damit zu tun, dass nicht ausgebildete Arbeitskräfte wesentlich billiger und leichter auszubeuten sind als Akademiker. Außerdem fehlt den meisten Ländern die entsprechende Infrastruktur, um die qualifizierten Kräfte zu beschäftigen.¹⁵ Die sicher gefährlichste Folge dieser Entwicklung ist das Auswandern der besten arabischen Köpfe in die entwickelten bzw. Schwellenländer auf der Suche nach Chancen und sozial-ökonomischer Sicherheit. Hier handelt es nicht nur um ressourcenarme Länder wie z. B. Jordanien, sondern auch um eigentlich superreiche Länder wie Libyen, wo im Jahre 2009 eine Arbeitslosigkeitsquote von satten 30% herrschte. Diese Quote würde selbst in den ärmsten Ländern auf eine Führungskrise ersten Grades hindeuten, in einem bevölkerungsarmen und Öl bzw. Erdgas produzierenden Land wie Libyen (1.775.500 Km²; 2009: etwa 6,3 Millionen EW), deutet sie auf weit mehr als eine Krise, nämlich auf einen schweren Systemfehler.

4.1.2 Veruntreuung, Korruption und Vetternwirtschaft

Dieser politische Verfall des arabischen Staatensystems geht Hand in Hand mit der sehr verbreiteten Korruption und dem Missbrauch der Macht, und beide sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Am 05. Juli 2010 fand in Kairo die 11. ‚Konferenz für arabisches Management‘ mit dem Thema ‚zu einer nationalen Anti-Korruptionsstrategie‘ statt. Die Veranstalterin, *die arabischen Organisation für administrative Entwicklung*, beleuchtete dieses äußerst wichtige Thema und gab atemberaubende Zahlen über das Maß der politischen und ökonomischen Korruption in der arabischen Welt bekannt:

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überstieg das nationale Einkommen der arabischen Länder die Summe von 3 Trillionen US-Dollar¹⁶, davon wurden nur etwa ein Drittel für die Infrastrukturprojekte ausgegeben. Ein weiteres Drittel wurde für Waffeneinkäufe ausgegeben. Der Rest, auch eine Trillion US-Dollar, wurden in Form von Korruption und Bestechungsgeldern im Staatsapparat vergeudet.¹⁷ Das hört bis heute nicht auf: am 14.09.2010 kündigten US-amerikanische Regierungsbeamten an, sie seien dabei die letzten Schritte eines Waffengeschäftes in Höhe von 60 Milliarden US-Dollar abzuwickeln. Nach diesem Waffengeschäft, das als das größte in der Geschichte der US-amerikanischen Waffenindustrie bezeichnet wurde, soll Saudi Arabien im Rahmen der „Stärkung der arabischen US-Alliierten gegenüber dem Iran“ eine große Zahl (etwa 200) von Kampffliegern und Kampfhubschraubern bekommen. Es wurden außerdem Gespräche geführt, um Saudi Arabien mit weiteren modernen Kriegsschiffen und Raketenabwehrsystemen in Höhe von mehreren Duzend Milliarden US-Dollars zu versorgen. Es werden weitere Gespräche mit anderen arabischen Staaten geführt, um ähnliche Geschäfte abzuwickeln.¹⁸

Die Abwesenheit von politischer und ökonomischer Transparenz (Rechenschaft über Einnahmen und Ausgaben) im Staatsapparat, ermöglichte einer mächtigen Schicht aus Politik und Wirtschaft, über das Staatsvermögen auf Kosten der Entwicklung der Länder und ihrer Menschen uneingeschränkt zu verfügen. Selbst die Waffenkäufe in einer solchen astronomischen Summe (20 Milliarden US-Dollar pro Jahr für die Dauer von 50 Jahren) laufen nicht ohne großangelegte Bestechungsmechanismen¹⁹ und sind auch anhand der politischen Realitäten in keiner

¹⁵ Und selbst in den reichen Ölstaaten finden die arabischen Qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitskräfte immer seltener Jobs. Der Grund hierfür ist die große Konkurrenz aus ultraarmen Ländern wie Indien, Pakistan und Bangladesch; Arbeiter, Ingenieure und IT-Experten, die man meistens wesentlich billiger beschäftigen, bzw. ausbeuten kann.

¹⁶ Diese großen Summen stammen hauptsächlich (etwa zu 98%) aus dem Export von Energieressourcen und wesentlich weniger aus tatsächlicher Produktion.

¹⁷ *Eleventh Annual Conference on Arab Management – Towards National Anti-Corruption Strategy*, Kairo, 05. Juli 2010, Bericht der Aljazeera vom 06.07.2010.

¹⁸ Aljazeera-Sendung ‚Ma wara‘ Al-Khabar‘ (Behind the News), Theam: Die Dimensionen der Strategien arabischer Bewaffnung, 14.09.2010.

¹⁹ Z.B. der Skandal des Yamama-Rüstungsdeals (100 Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter, 40 Milliarden Pfund, etwa 60 Milliarden Euro) im Jahre

Weise angemessen, denn sie regen zu Recht zwei fundamentale Fragen an, nämlich:

- die Frage, inwiefern diese Bewaffnungsstrategien mit den tatsächlichen Bedürfnissen und Herausforderungen der arabischen Sicherheit in Einklang kommen. Mit anderen Worten: wer oder was ist der Zielfeind und gegen wen sollen die glorreichen arabischen Armeen mit so viel Kriegsmaterial kämpfen? Diese Frage wird umso wichtiger wenn man bedenkt, dass die Waffenproduzenten und Verkäufer, was den Einsatz dieser Waffen betrifft, die Käuferstaaten vertraglich binden und verbieten, diese gegen bestimmte Staaten (und auch sonst nicht ohne ihr Einverständnis) einzusetzen; sowie
- die Frage, ob das Gleichgewicht zwischen Militärausgaben und den Anforderungen für Wachstum in der arabischen Welt beachtet wird.

Der miserable Status Quo dieser Länder sagt sehr viel über die Antworten auf beide Fragen aus. Und die arabischen Völker wissen seit langem, dass es diesbezüglich nur eine Wahrheit gibt, nämlich dass sie die einzigen denkbaren Feinde dieser Regime sind, und wenn überhaupt, werden diese Waffen bis auf wenigen Ausnahmen hauptsächlich gegen sie (die Völker) eingesetzt. Statt für die Entwicklung ihrer Völker zu sorgen, verschwenden die arabischen Herrscher das Staatsvermögen ihrer Länder in fragwürdigen Einkäufen von Waffen, die ohnehin zum großen Teil auf den Schrottplatz landen. Somit sind beinahe 2/3 des Vermögens der arabischen Länder in den letzten 50 Jahren de facto von korrupten Politikern, Beamten, Richtern und Militärs veruntreut worden. Leider hat das im Westen weit verbreitete Klischee vom reichen rückständigen und verschwenderischen Araber, wenigsten was den Anschein betrifft, zum Teil seine Berechtigung, nur dass dieses verfälschte Bild auf nur einen vernachlässigbar winzigen Teil der arabischen Bevölkerung zutrifft – das gilt gewiss auch für Bürgerinnen und Bürger der reichen Golfstaaten, die mehrheitlich entweder arm oder weit von dem im Westen geglaubten Reichtum entfernt sind. Hier wird das eigentliche Dilemma der arabischen Gesellschaften deutlich sichtbar: das Schicksal von etwa 350 Millionen arabischen Menschen liegt zum großen Teil in den Händen dieser verantwortungslosen, habgierigen Elite.

Die konferenzveranstaltende arabische Organisation kam zum Ergebnis, *dass die arabische Welt Freiheit, Transparenz und Gerechtigkeit braucht, um politische und ökonomische Korruption zu bekämpfen* und empfahl *die Adoption eines nationalen Programms zum Schutz der arabischen Gesellschaften vor kriminellen Korruptionsdelikten sowie die Erlassung der entsprechenden Gesetze zur Bekämpfung der Korruption und Festigung der Rechtsprechung.*²⁰

Die arabische Welt hat heute ein enormes Potenzial hoch qualifizierter Kräfte. Diese sind jedoch gezwungen, ihr Glück wo anders zu suchen. Sie wandern gerne in die westlichen Länder aus, da sie in den arabischen Ländern keine Entfaltungsmöglichkeiten finden können – genauso wie die Rohstoffe, die es in diesen Ländern in Übermaß gibt, verlassen die arabischen Söhne und Töchter ihre Länder, um eine Umsetzung ihres Wissens in progressiven Errungenschaften und folglich ein Stück Traum zu verwirklichen. Diese kleinen *Ibn Khaldouns* wandern gen Okzident aus, denn *Descartes* lehnt es immer noch ab, zu ihnen nach Hause in den Orient zu kommen. Ibn Khaldoun (1332-1406), der arabische Staatsmann, Philosoph und Gründer der wissenschaftlichen Soziologie, der sich mit den Phänomenen Staatswesen und Gesellschaft sehr intensiv beschäftigt hatte, würde sich heute im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, dass der heutige arabische Staat (600 Jahre nach seinem Tode) seine Gesellschaft in die vorstaatliche Zeit zurück geworfen hat. Und dass die arabische Gesellschaft, die auf mehrere Jahrtausende zivilisatorische Vergangenheit zurückblickt, sich dadurch in einer Phase der Vorgesellschaft befindet.

4.1.3 Arabische politische Opposition, gibt es sie?

In ihrer undemokratischen bzw. intransparenten Struktur, besitzen die arabischen Regime im besten Fall nur eine beschnittene politische Entscheidungskraft, vor allem weil ihre Politik von den Launen der Herrscher bzw. der politischen Elite abhängig ist. In einem quasi *progressiven* arabischen Land wie dem Libanon, um andere absolutistische Regime außer Acht zu lassen, findet man (im Kontext einer auf Sektierismus basierenden

2001 und danach, bei dem mit Wissen der Blair-Regierung große Summen (30 Mio./Quartal für die Dauer von mindestens 10 Jahren) Bestechungsgelder an den ehemaligen saudi-arabischen Botschafter in Washington, Prinz Bander bin Sultan, überwiesen wurden. Vgl. Artikel von Wolfgang Koydl in der Süddeutschen Zeitung: Prinz Bandars Nebeneinkünfte: Riesiger Rüstungsskandal bringt Blair in Bedrängnis, 07. Juni 2007, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/prinz-bandars-nebeneinkuenfte-riesiger-korruptionsskandal-bringt-blair-in-bedaerengnis-1.641905>.

20 *Eleventh Annual Conference on Arab Management ... a.a.O.*

Verfassung) im besten Fall ein *pluralistisches System ohne Pluralismus* bzw. ein *Parlament ohne Demokratie* vor. Bei den halbwegs parlamentarischen Systemen der arabischen Welt (wo Parteien erlaubt sind), bestimmen die Sekten- oder Stammeszugehörigkeit und oft die *vom Gesetz* garantierten Sitzanteile des Herrschers im Parlament (direktes Mandat von seiner Gnaden) und weniger die freie demokratische Wahl von fähigen Volksvertretern oder Parteien mit eigener Programmatik die Zukunft des Landes. Folge ist meistens ein von vorne herein gelähmtes Parlament, in dem jeder Reformversuch zur Änderung des Status Quo blockiert wird. Und wenn es doch Reformen oder Verfassungsänderungen gibt, dann nur, um die Privilegien und die Macht der Elite zu stärken – für das Wohl der Nation, versteht sich.

In den meisten arabischen Ländern reduziert sich die Macht in der Person eines Herrschers, der selbst einen Potentat verkörpert. Die Grundlagen und Ressourcen der Nation werden exklusiv von der regierenden Elite kontrolliert. Sie haben das Geld, die politische Macht und die Rechtsprechung in der Hand. Hier existieren keine freien Universitäten, die für eine moderne progressive und vor allem frei denkende Gesellschaft stehen könnten. Dem überwiegenden Teil des Volkes ist faktisch so gut wie gar nichts geblieben. Diese Herrscherregime haben in der Regel jegliche Opposition vernichtend geschlagen. Und die Diktatur bzw. das blutige Niederschlagen ist größer, als dass es die entstehenden oppositionellen Volksbewegungen ertragen können.

Die Krise der Oppositionskultur in der arabischen Welt besteht nicht nur darin, dass diese von den Regimen systematisch diskriminiert werden, sondern auch darin, dass die Programmatik dieser Opposition dadurch einiges zu wünschen lässt. Schaut man sich die Struktur dieser Oppositionskräfte an, so stellt man fest, dass diese entweder

- A) Bewegungen islamischer Wurzeln sind, die kein modernes Programm besitzen, um einen wirklichen Wechsel anbieten zu können; oder
- B) moderne Bewegungen sind, die die mentalen Bedürfnisse der Nation nicht erfüllen, da sie importiertes Gedankengut vertreten, welches sie in einer relativ konservativen und religiösen Gesellschaft nicht vermarkten können.

In vielen Fällen verkörpern die Oppositionsführer in einem arabischen Land quasi ein Abbild der Diktaturherrscher, denn sie sind in der Regel Oppositionsführer auf Lebenszeit und kennen die wirklichen Sorgen der Massen nicht genug, um für eine wirkliche Änderung zu kämpfen. Die Opposition vertritt hier oft die auswärtigen Interessen ihrer Geldgeber, die sie buchstäblich zu einer 5-Sterne-Opposition verwandelt haben – aber man muss sagen, dass die arabischen Regime nie eine andere Art Opposition zugelassen haben und dass sie dies, so wie die Dinge heute stehen, auch nie erlauben würden.

Die arabischen Regime besitzen zum größten Teil keine Legitimität oder im besten Fall sind sie dabei, ihre Legitimität zu verlieren, da sie sich immer mehr von ihren Völkern bzw. ihren Bedürfnissen entfernen. Auf der anderen Seite aber besitzt die diskriminierte Opposition keine wirklichen Alternativen zum politischen Status Quo, die eine moderne und traditionsbewusste Gesellschaft herbeiführen könnten. Das Verhalten der heutigen Regime, die zum Teil ein Ergebnis des Freiheitskampfes gegen die Kolonialmächte waren, ähnelt in seinen Grundstrukturen sehr den Praktiken der ehemaligen Kolonialherren. Wenn man sie nach Demokratie und politischer Vielfalt fragt, antworten sie: *Entweder wir oder das Chaos – die arabische Gesellschaft sei nicht reif genug für eine Demokratie*. Dieses befürchtete Chaos, das sie selber produziert haben, ist eine üble aber erfolgreiche Form der Erpressung. Die Zulassung von Opposition und echter parlamentarischer Demokratie würde ein vorprogrammiertes politisches Chaos bzw. ein Vakuum im Falle des Ausscheidens eines Herrschers ausschließen. Aber bei fast allen Herrschern kann man heute sagen, dass sie an ihrer Position festhalten, vom Zeitpunkt ihres Putsches (gegen ihre Vorgänger) an, bis zum Grabe. Und das geschieht nicht, bevor sie dafür gesorgt haben, dass der Sohn oder ein Mitglied der Familie nach ihrer Zeit weiterregiert. Selbst in den Nichtmonarchien, also in den so genannten progressiven Republiken, haben man inzwischen eine neue maßgeschneiderte Machtform, die Machtvererbung ermöglicht – diese arabische Spezialität der so genannten ‚monarchischen Republiken‘ (oder präziser der ‚republikanischen Monarchien‘), ein Produkt einer akuten Günstlingswirtschaft, ist in der Welt bis auf sehr wenigen Ausnahmen (Nordkorea) einzigartig.

Wenn der Staat den anders Denkenden nicht den politischen und gesetzlichen Rahmen anbietet, ihren politischen Überzeugungen nachzugehen und sich am politischen Geschehen innerhalb von demokratischen Parteien zu beteiligen, sehen sich diese gezwungen, in den politischen Untergrund zu gehen, und sie geraten somit –

das liegt auf der Hand – in Konfrontation mit dem fraglichen Gesetz des Landes, das von den Machthabern für die gleichen Machhaber maßgeschneidert wurde. Die fahrlässigen Verfassungsänderungen zugunsten eines Herrschers, um länger an der Macht bleiben, um mehr Machtbefugnisse zu haben oder um dem eigenen Sohn den Weg zur Herrschaft ebnet zu können, ist nirgendwo weltweit so ungezügelt zu handhaben wie in den so genannten Republiken der arabischen Welt.

Die arabische Gesellschaft wird häufig mit dem Vorwurf hören konfrontiert, dass sie, wenn überhaupt, nur eine islamistische (oder noch schlimmer: fundamentalistische) Opposition hätte. Das ist so aber nicht korrekt. Das Phänomen der islamischen politischen Bewegungen in der arabischen Welt hatte seine Wiedergeburt erst Ende der 1980er Jahre gehabt. Seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches gab es in der arabischen Welt mit Ausnahme der muslimischen Bruderschaft (gegründet 1928 in Ägypten) fast nur weltliche politische Bewegungen. Die wichtigsten Gruppen waren die Kommunisten, die arabischen Nationalisten unter der Führung von Nasser und natürlich die Ba'th-Partei, ein Spaltorgan der arabischen Nationalisten. Selbst die 1964 gegründete Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) besteht bis heute ideologisch aus zwei Hauptgruppen: der Fatah, die als Sammelbecken der linken und rechten Mitte gilt und den sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegungen, der Volksfront zur Befreiung Palästinas und dem Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas. Die Islamischen Gruppen, die bis Ende der 1990er Jahre eine absolute Minderheit bildeten, gehören bis heute nicht der PLO an.

4.1.4 ‚Israel‘, ein Umstand für arabische Entwicklung

In Wahrheit ist die Verantwortung der Regime für die überaus schlechte Lage in den Ländern zwischen dem Atlantik und dem arabischen Golf gewiss und unbestritten. Aber auch die Außenfaktoren bzw. die Einmischung ausländischer Kräfte in die inneren Angelegenheiten dieser Länder, tragen wesentlich zur Festigung der katastrophalen Lage bei. Und es ist hier beinahe unmöglich den *israelischen Faktor* außer Acht zu lassen, auch wenn die arabischen Regime den Umstand ‚Israel‘ seit Jahrzehnten als Vorwand benutzen, um ihre Tyrannei und Willkür im Umgang mit ihren Völkern zu begründen: durch die Ausrufung von Jahrzehnte lang anhaltendem Notstand zum Schweigen bringen der Opposition (Beispiele: Ägypten und Syrien) sowie durch den Aufbau von Staatssicherheitsdiensten zum Schutz der Regime. Skandalös ist hier ihre unverkennbare Unfähigkeit, die Auseinandersetzung mit dem so genannten ‚israelischen Feind‘ zu steuern – so schließt sich der Kreis ihres Versagens nach innen wie nach außen hin ab.

Es ist ebenso unverkennbar, dass Israel seit seiner Gründung einen tatsächlichen Faktor der Instabilität in der Region verkörpert, nicht nur wegen der wiederholten Kriege mit seinen umgebenden arabischen Ländern, die obendrein einige Millionen palästinensische Flüchtlinge aufnehmen müssen. Diese Flüchtlinge haben nie ihr Rückkehrrecht in ihre Heimat Palästina/Israel aufgegeben. Sie sind Opfer ihres zionistischen Gegners, der sie aus ihrem Land vertrieben hat (1948/1967), sowie einiger ihrer arabischen ‚Brüder‘, die sie (die Flüchtlinge) im Spiel von Macht und Einfluss bzw. für eventuelle künftige Verhandlungen mit Israel als politische Druckkarte benutzen. In diesem Konflikt bildeten die arabischen Regime für die Palästinenser, neben ihrem eigentlichen Kontrahenten, eine zweite bittere Gegner-Front, die sie seit 1948 viele Duzend Tausende palästinensische Todesopfer kostete, von den Bosheiten, Freiheitsberaubung, Folter und sozialer Ausgrenzung ganz abgesehen. Man sieht hier, dass die arabischen Regime, einen Selbsterhaltungsmechanismus entwickelt haben, indem sie das Palästina-Problem als Vorwand für einen Dauernotstand ausnutzen, um ihre Tyrannei, Rückstand sowie die Verletzungen von politischen und ökonomischen Menschenrechten zu begründen.

Die meisten arabischen Regime sind faktisch keine wirklichen Staaten, da sie nicht über das Minimum an staatlicher Form verfügen. Sie sind nicht einmal Staatsprojekte, denn ihnen fehlen die Legitimität und das Mandat, die ihnen nur von *freien* Bürgerinnen und Bürgern erteilt werden können. Dieser Umstand bringt sie zu Recht in die heikle Situation der Erpressbarkeit durch andere internationale und regionale Mächte. Das ist ein wesentlicher Grund, warum sie außenpolitisch so gut wie keine eigene Agenda verfolgen bzw. verfolgen dürfen. Auch innenpolitisch ist es bis heute ein Rätsel, warum die arabischen Länder sich nicht entwickelt haben. Es ist zwar richtig, dass diese Länder zwischen 1948 und 1973 wegen den andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen mit Israel eine sehr unruhige und für den Aufbau komplizierte Zeit hatten. Die Frage steht jedoch immer noch offen, was ihrer Entwicklung in der Zeit nach 1973 im Wege stand, insbesondere nachdem Ägypten ein Friedensabkommen mit Israel im Jahre 1978 bzw. Jordanien im Jahre 1994 unterzeich-

neten? Dass die bis 1973 militärisch direkt am Konflikt beteiligten Länder (Ägypten, Syrien, Jordanien und Libanon) sich nicht entwickelten, kann man gerade noch nachvollziehen – obwohl Israel sich in der gleichen Situation befand und sich trotzdem beispielhaft entwickelte. Aber was ist mit den anderen arabischen Staaten, die zum Teil über enorme Ressourcenreichtümer verfügen? Was stand ihrem Aufbau bzw. der Entwicklung ihrer Gesellschaft im Wege?

Das einzige was, traurigerweise, in allen arabischen Ländern gut funktionierte und weiterhin funktioniert, sind die Staatssicherheitsapparate und die panarabisch jährliche ‚Innenministerkonferenz‘, bei der sich die Innenminister der Länder der Arabischen Liga treffen und die neuesten Innovationen zur inneren Sicherheit ihrer Länder, sprich der Regime, austauschen. Diese Treffen funktionieren so gut, dass selbst sehr gegnerische Staatsregime wie etwa Marokko und Algerien oder Libyen und Ägypten oder gar der Irak und Syrien mit größter Leidenschaft und in beispielloser Übereinstimmung teilnehmen und sogar kooperieren. Seit dem 11. September 2001 geistert ein weiteres willkommenes Thema in diesen Konferenzen herum, nämlich ‚der Kampf gegen den internationalen Terror‘. Das Thema war den Regimen mindestens so willkommen, wie dem israelischen Staat gleich nach den Anschlägen. Denn viele arabische Länder, z. B. Ägypten, wollen nun und nach enormem politischen Druck von Seiten der internationalen Menschenrechtsorganisationen, die seit der Ermordung von Präsident *Sadat* (06. Oktober 1980) mit schweren Folgen angewendeten Notstandsgesetze zwar abschaffen, aber diese durch neue ‚Gesetze zur Bekämpfung des Internationalen Terrors‘ ersetzen. Und es war zu keiner Zeit ein Geheimnis, wer mit ‚Terroristen‘ gemeint ist. Das einzige Thema, bei dem sich diese Regime einig sind, ist der Kampf gegen ihre eigenen Völker.

Auf der anderen Seite kann man diese Spaltung im arabischen politischen Lager auch durch die destruktiv arbeitenden Außenkräfte erklärt werden. In den israelischen politischen Schriften, Berichten und Studien und selbst in den Autobiografien der politischen und militärischen Führer Israels (z. B. *Ben-Gurion* und *Moshe Sharef*), finden wir viele Aussagen über die Notwendigkeit der Teilung der arabischen Länder als Mittel und Garantie zum dauerhaften und sicheren Bestehen des israelischen Staates (das ‚divide et impera‘-Prinzip). Das ganze zionistische Projekt wäre nicht einmal ansatzweise möglich gewesen, hätte auch nur der Hauch einer Chance bestanden, dass die arabischen Länder sich je über eine gemeinsame Sache einigen könnten, von der gesamtarabischen Einheit einmal ganz zu schweigen. Die politische Union zwischen Ägypten und Syrien, die zwischen 1958 und 1961 bestand und die als die ‚Vereinigte Arabische Republik‘ in die Geschichte einging, wurde von Israel, vom Westen und von einigen arabischen Ländern als gefährlich gesehen und daher mit allen Mitteln bekämpft und schließlich zum Scheitern gebracht. Dieser *Vereinigungsversuch* rief, genauso wie das oben geschilderte frühere Experiment vom ehemaligen ägyptischen Herrscher *Mohammad Ali Pascha*, Bilder der Vereinigung von Ägypten und Syrien durch den legendären muslimischen Führer *Salahuddin Al-Ayyubi* (1138-1193) wach. *Salahuddin* verstand damals – in seinem Kampf gegen die Kreuzritterreiche, die sich seit ihrem ersten Zug in das Heilige Land (1099 n. Ch.) in Großsyrien einnisteten – dass ohne die zwei Flügel ‚Syrien‘ und ‚Ägypten‘ das Herz der arabisch islamischen Welt niemals pulsieren kann. D. h. die Befreiung Palästinas setzt die wirkliche Unabhängigkeit, die Kooperation und sogar die politische Einheit beider wichtigen Länder voraus. Die größte Sorge der zionistischen Politiker war und ist weiterhin die Verhinderung von irgendwelchen Bestrebungen zur arabischen Einheit, insbesondere eine Allianz zwischen zwei oder mehr umgebenden Ländern. Eine Kooperation beispielsweise zwischen Ägypten und Syrien oder zwischen Syrien und Jordanien würde in Israel eine Endzeitstimmung verursachen. Ende 1966 sagte der ehemalige israelische Premierminister *Levi Ashkol*: „Die Politik Israels seit der Entstehung der politischen Einheit zwischen Ägypten und Syrien ist zu verhindern, auch mit Gewalt, dass der Status Quo in den arabischen Ländern sich ändert“. Zwei Jahre später erklärte Abba Eban (damals Außenminister Israels): „Es muss klar sein, dass das Schicksal der arabischen Welt [aus israelischer Sicht] unmöglich die Einheit sein darf, sondern das Gegenteil, nämlich eine auf Aufteilung [der arabischen Welt] basierende Unabhängigkeit [einzelner arabischer Staaten].“²¹

Bereits lange vorher, 1923, hat der Führer der zionistischen Revisionisten *Ze'ev Jabotinsky* die Idee einiger Zionisten, eine Einigung mit den Arabern außerhalb Palästinas, sprich in Damaskus, Bagdad, Mekka und evtl. Ägypten, in Bezug auf das Freikaufen Palästinas (natürlich ohne Einverständnis der einheimischen arabischen Palästinenser) als eine Wahnvorstellung bezeichnet, da die Zionisten für diesen Freikauf eine wertvolle Gegenleistung an die Araber bezahlen müssten. Und hier kämen nach *Jabotinsky* nur zwei Dinge in Frage, mit denen die Zionisten einen solchen Freikauf bezahlen könnten, nämlich entweder (a) mit *Geld*; oder (b) durch die

21 Beide Zitate in Al-Azzi, Ghassan, *Muawwiqat al-dawr al-aurobi ... a.a.O.*, S.46.

politische Unterstützung in der Verwirklichung des angestrebten großarabischen Reichs.

Jabotinsky argumentierte:

1. Bei der ersten Option, wär es illusionär zu glauben, dass die Juden in der Lage seien, das saudische Reich und Syrien finanzieren zu können, wenn sie selbst für den angestrebten Judenstaat nicht genug Geld besitzen;
2. Die zionistische politische Unterstützung für arabische politische Bestrebungen eines großarabischen Reiches wäre zehnmal so illusionär, denn diese Bestrebungen widersetzen den fundamentalsten Interessen der Kolonialmächte und würden bedeuten, dass der britische Einfluss in Ägypten und im Irak, der Italiener in Libyen und der Franzosen in Syrien, Libanon, Tunesien, Algerien und in Marokko beendet würde, wenn sie nicht sogar die Vertreibung dieser Mächte aus den Kolonien bedeute. Eine solche Unterstützung wäre für die zionistische Bewegung ein Selbstmord und Verrat an den Ziehv Vätern des Judenstaates, die die Balfour-Deklaration unterzeichneten: Großbritannien, Frankreich und Italien.²²

Jabotinsky beteuerte hier offensichtlich die *Ablehnung* eines starken arabischen Staates oder Staatenbündnisses als ein gemeinsames Anliegen der Zionisten und der europäischen Mächte.

Über die arabische Einheit spricht man tatsächlich schon seit langer Zeit nicht mehr, jedenfalls nicht auf offizieller Ebene. Die fundamentale Sorge der einzelnen arabischen Regime ist das Selbsterhalten bzw. der eigene Schutz vor einer Spaltung auf ethnischer oder religiöser Basis. Diese Ängste gewannen nach 1977 an Aktualität und Bedeutung. Im Jahre 1980 publizierte der israelische Forscher *Odet Benon* seine unter Experten bekannte Studie ‚die *Sicherheit Israels in den 1980er Jahren*‘, in der er ein israelisches Projekt zur Teilung der arabischen Länder auf religiöser bzw. sektieristischer Basis aufzeigte. In dieser Studie schrieb *Benon* folgende ausgesprochen bedeutsame Bemerkung:

„die einzige Wahl, die Israel in seinem Kampf gegen die Araber hat, ist das Zersplittern, Teilen und Auflösen der arabischen Nation, indem man in allen arabischen Ländern, Chaos und Bürgerkriege ausbreitet, sowie Sektierismus und Rassismus schürt“.²³

Dessen unbeachtet, wäre der Boden im arabischen Lager nicht fruchtbar für solche Unstimmigkeiten gewesen, so hätte es in den arabischen Ländern eine solche Fehlentwicklung nicht gegeben. Aber fairerweise muss man sagen, dass während die europäischen Länder des ehemaligen kommunistischen Lagers in ihrem friedlichen und reibungslosen Transformationsprozess zum neuen liberal-demokratischen System die volle Unterstützung des Westens erhielten, verblieben die arabischen Gesellschaften im Zangengriff zwischen ihren tyrannischen Regimen und der umfassenden ausländischen (diplomatischen, ökonomischen und militärischen) Penetration, welche weder Reformen noch Unabhängigkeit und am wenigsten Einheit zulassen. Das gilt in besonderem Maße für die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten.

4.1.5 Wollen die arabischen Regime das Palästina problem wirklich lösen?

Die destruktive Passivität, wenn nicht die ‚mutmaßliche Mittäterschaft‘, der arabischen Regime und Europas in den politischen und militärischen Entwicklungen seit dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen im August 2005, haben deutlich gezeigt, in was für einem Verfallprozess sich die arabischen Länder befinden und wie unfähig die Europäer sind sich aus dem Bann der US-amerikanischen Nahostpolitik zu befreien. Wie bereits im Abschnitt 3.3.2 deutlich dargelegt wurde, machen es die unfähigen arabischen Regime den Europäern nicht leicht, eine balancierte Nahostpolitik zu gestalten, und doch fehlt den Europäern die gewünschte Eigeninitiative und das ehrliche Engagement zur Unterstützung der Opposition in der arabischen Welt, ohne diese Hilfe mit der schier erpresserischen Vorbedingung, einen politisch sehr fraglichen (Besatzung, Rassismus,...) und territorial (Grenzen, Expansion) immer noch nicht definierten israelischen Staat ohne weiteres zu akzeptieren. Die arabischen Völker erwarten vom Westen, gemäß seiner demokratischen Werte, ihnen bei ihren Demokratiebestrebungen Hilfe zu leisten, unabhängig vom israelisch-arabischen Konflikt. Hier geht es nicht um materielle Hilfe, sondern um den nötigen politischen Druck auf die Regime, um endlich das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker anzuerkennen. Die seit vielen Jahren in ihren Köpfen eingeprägte Korrelation zwischen dem expansionistischen Zionismus und den korrupten arabischen Regimen, sprich Kollaboration, ist ein Teil dessen, wogegen

²² Jabotinsky, Vladimir (Ze'ev): *The Iron Wall ...a.a.O.*

²³ Odet Benon, zitiert in Al-Azzi, Ghassan, *Muawwiqat al-dawr al-aurobi ... a.a.O.*, S.46-47.

sie kämpfen. Sie sehen in der bedingungslosen Anerkennung Israels nicht die Lösung ihrer Probleme, sondern das Gegenteil, nämlich eine Verewigung ihres miserablen Status Quo. Sie wollen, dass Frieden in ihrer Region herrscht, auch mit Israel, aber sie wollen die Entscheidung über diesen Frieden und andere Angelegenheiten eben als freie Menschen entscheiden.

Aus der bisherigen Schilderung wird deutlich, dass das offizielle arabische Staatensystem in seiner bisherigen Form ein fundamentaler Teil des arabischen Problems ist und niemals die Lösung sein kann.²⁴ Und man muss hier aus gutem Grund ernsthaft hinterfragen, ob die arabischen Regime wirklich gewillt sind bzw. je waren, eine Lösung der Palästinafrage zu finden. Denn in ihrer bisherigen Form als künstliche Produkte kolonialer Zeit sind sie in Wahrheit ein fundamentaler Bestandteil des geopolitischen Verkomplizierungsprozesses in und um Palästina. Im Abschnitt 1.2.1 wurde das von den geschichtlichen Ereignissen erzeugte *ausgestoßene, transnationale und exterritoriale Wesen* des Palästinensers kurz erwähnt. Dieses zeigt einerseits den heimatlosen Palästinenser als Symbol der arabischen Machtlosigkeit, Niederlage und Widerstandskraft und macht ihn, andererseits, zum Gegenstand widersprüchlichster Gefühle zwischen Hass und Bewunderung. So ein Wesen kann für Regime, die sich dauerhaft in einem Ausnahmezustand befinden – ob Diktaturen oder so genannte Revolutionsregime – sehr nützlich sein, denn sie können im Fall der *ungelösten* Frage der Palästinenser bzw. im Beisein eines weit größeren interarabischen Problems, ihren auf allen Ebenen versagenden Regimen ein Stück Legitimität verschaffen – bis auf Weiteres.

Die Anschläge des 11. Septembers 2001, verursachten zuerst eine Panik unter den labilen Regimen der arabischen Welt. Sie waren bereit alles zu tun, um die Zufriedenheit der neuen Herren des *Weißes Hauses* zu gewinnen – und sie sind tatsächlich deswegen gegen ihre eigenen unschuldigen Völker bis zum äußersten vorgegangen. Und bald waren sie mit Hilfe der Bush-Administration in der Lage, die Bush-Doktrin bezüglich des ‚Kampfes gegen den internationalen Terror‘ zu adaptieren und wieder einmal die besonders subtile Form der Machterhaltung anzuwenden, die sie schon immer gegen ihre Völker anwendeten. Die Willkür der Supermacht USA gegenüber der Bevölkerung der ärmeren Länder, wurde dieses Mal noch stärker, noch gieriger und noch blutiger als bisher. Die arabischen Regime mussten ab 2001 so viel politischen und wirtschaftlichen Tribut zahlen wie noch niemals zuvor, nur für das nackte Überleben als ‚Regime‘.

Selbstverständlich waren (und sind bis heute) die Palästinenser und ihr Problem das schwache Glied in der Kette der politischen Ereignisse. Sie sitzen in der Falle zwischen einem erbarmungslosen Gegner und einem in seiner Existenz erpressten schwachen Freund, der selbst das eigene Volk opfern würde, um sich selber erhalten zu können. Denn neben einer altbekannten aggressiven israelischen Politik üben nun arabische Regime auf Anweisung der USA einen schier unerträglichen Druck auf die Palästinenser aus, damit diese noch mehr Zugeständnisse an Israel machen und das Teilen des ohnehin Geteilten akzeptieren. Die Amerikaner wissen, dass der Weg zur islamischen Welt nur durch Palästina gehen kann. Sie denken im Kontext des heutigen arabischen *Tiefstandes* nicht im geringsten daran, Druck auf Israel auszuüben, um einen Fortschritt im Nahostkonflikt zu erzielen, was an sich die Voraussetzung für den Erfolg ihrer Pläne in der arabischen und islamischen Welt ist. Aber wenn Israel nicht nachgibt, dann müssen es die schwachen Palästinenser tun, eben mit Hilfe der arabischen Regime.

Und nirgendwo ist diese Tatsache nach dem Tod von *Yasser Arafat* so sichtbar wie im Gazastreifen. Die politischen und militärischen Ereignisse seit dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen im August 2005 und ganz besonders seit dem siegreichen Einzug der Hamas in das palästinensische Parlament infolge der demokratischen Wahlen im Januar 2006 bzw. seit der darauffolgenden umfassenden Blockade gegen den Gazastreifen und Boykott der Regierung der nationalen Einheit unter Premierminister *Ismail Haniyeh* (Hamas) bezeugen, dass die Gegner eines souveränen Palästinenserstaates nicht nur in den Reihen der israelischen Regierung, sondern auch in den Reihen der arabischen Regime (auch in der PA) zu finden sind.

In den folgenden Abschnitten folgt eine kurze Erläuterung der Ereignisse im Gazastreifen seit dem israelischen Abzug aus dem Gebiet im August 2005.

²⁴ Wie es in Zukunft aussehen wird, lässt sich zurzeit [im Zuge des ‚arabischen Frühlings‘ - Januar 2011 bis heute - nach dem Umsturz einiger dieser Regime (Tunesien, Ägypten, Libyen und Yemen) sowie der Freiheitsbewegungen der Völker anderer arabischer Länder (Syrien und Bahrain)] noch nicht vorhersagen. Unten wird kurz auf die freiheitliche Bewegung des so genannten ‚arabischen Frühlings‘ eingegangen.

4.2 Unilateraler Abzug aus Gaza – weiterhin eine umfassende Blockade

4.2.1 Sharons ‚Disengagement-Plan‘ für den Gazastreifen, August 2005

Nach langen innenpolitischen Auseinandersetzungen, setzte der ehemalige israelische Ministerpräsident Ariel Sharon 2005 den Abzug der Israelis aus dem Gazastreifen – verbunden mit dem Abbau aller jüdischen Siedlungen – durch. Bei einer Abstimmung im israelischen Parlament hatten sich 60 Abgeordnete für den Abzug und 47 dagegen ausgesprochen. Diese Mehrheit erhielt Sharon nur aufgrund von Stimmen der Opposition (u. a. der Arbeitspartei), da seine Partei in der Frage des Rückzugs gespalten war und daher einige Abgeordnete gegen ihn stimmten. Am 15. August 2005 leitete die Regierung den Abzug aus dem Gazastreifen mit einem Einreise- und Aufenthaltsverbot für israelische Zivilisten ein. Den israelischen Siedlern (7500 Siedler verteilt auf insgesamt 21 Siedlungen im Gazastreifen) wurde zunächst eine Frist von 48 Stunden gegeben, um das Gebiet zu verlassen. Danach begann die zwangsweise Räumung des Gebietes durch die Armee. Innerhalb weniger Tage wurden die Siedlungen im Gazastreifen geräumt; nach Abriss der Häuser sollen die bisherigen jüdischen Siedlungsgebiete an die Palästinenser übergeben werden. Am Morgen des 12. September 2005 verließ der letzte israelische Militärkonvoi den Gazastreifen über den Grenzübergang *Kissufim*.

Der israelische unilaterale Abzug aus dem Gazastreifen im August 2005 war auf allen Ebenen eine neue historische Situation – ganz gleichgültig ob die Israelis vor den Angriffen der palästinensischen Widerstandsbewegung geflüchtet sind bzw. von diesen vertrieben wurden (so wie die Hamas dies beteuert) oder ob der ganze Abzugsakt, wie die Israelis ihrerseits behaupten, eine freiwillige Landrückgabe an die Palästinenser von Seiten Israels ist, mit der es zum einen ein Zeichen seiner Bereitschaft zeigt, den Palästinensern die Chance zum Aufbau ihrer *eigenen* Gebiete zu geben und die Palästinenser zum anderen bezüglich ihrer Bereitschaft zum Frieden auf die Probe stellt. In der Tat hat dieser Abzug gezeigt, dass Israel zu einer freiwilligen oder notfalls gezwungenen Landrückgabe bewegt werden kann. Aus palästinensischer Sicht jedoch ist der Abzug der israelischen Armee von Anfang an nur ein Akt der Truppen-Umstationierung, der es Israel ermöglicht, neben dem Abwerfen materiellen und politischen Ballast im verhassten Gazastreifen das Gebiet am Mittelmeer zum weltweit größten *Freiluftgefängnis* zu verwandeln – eine Ansicht, die auch von vielen Beobachtern und Organisationen wie BtSelem geteilt wird, nicht zuletzt da ausgerechnet der Hardliner Ariel Sharon diesen Rückzug genauso wie bei seiner Entscheidung zum Bau der Mauer vor wenigen Jahren politisch durchsetzte, obwohl er infolge seiner Entscheidung auf heftigem Widerstand aus den Reihen der eigenen langjährigen politischen Partei, der Likud, stieß.

Sharon setzte mit seinem Schritt seine Regierungskoalition dermaßen unter Druck, dass er sich parteipolitisch umorientieren musste. Wie immer kannte der alte Hardliner und Überlebenskünstler Sharon seine Prioritäten und ahnte, dass ein politischer Wechsel unumgänglich war, um seine Pläne bzw. seine politische Sichtweise für die Zukunft des Landes durchsetzen zu können. Und bereits im November 2005 kündigte er die Gründung einer neuen politischen Partei an, die den Namen ‚Kadima‘ (deutsch: ‚Vorwärts‘) trug und die politisch zwischen dem Likud und der Arbeiterpartei angesiedelt sein sollte. Durch den für viele Israelis charismatischen Einfluss von Ariel Sharon zogen prominente Mitglieder dieser beiden klassischen Parteien, insbesondere alle Minister der damaligen Regierung und auch der heutige Staatspräsident und ehemalige Vorsitzende der Arbeitspartei Schimon Peres nach. Die wirklichen Absichten des ‚Disengagement-Plans‘ (so nennt man den Gaza-Abzugsplan) stecken zwischen den Zeilen der Grundsätze der neuen Partei (Kadima), die am 28. November 2005 von der damaligen israelischen Justizministerin Tzipi Levni vorgelegt wurden. Interessant sind hier folgende erklärten Grundsätze:

1. Die israelische Nation hat ein historisches Recht auf ganz Israel. Dennoch muss ein Teil ihres Territoriums aufgegeben werden, um einen demokratischen Staat mit mehrheitlich jüdischem Staatsvolk zu erhalten;
2. Jerusalem und die großen Siedlungen im Westjordanland bleiben Teile Israels; und
3. Die Umsetzung der Road Map soll zur Beendigung des Konflikts mit den Palästinensern führen.

Man kann hier unschwer erkennen, dass Sharons Beweggründe demographischer Natur waren und dass seine bahnbrechende Entscheidung offensichtlich von den im Abschnitt 3.3.3 geschilderten *Bush-Garantien* vom 14. April 2004 in Bezug auf die inzwischen hoch intensive israelische Besiedlung der West Bank, insbesondere

im Raum Jerusalem, wesentlich beeinflusst war. Eine jüdische Mehrheit soll erreicht werden. Sharon war und blieb trotz seiner ideologischen Hartnäckigkeit ein Pragmatiker. Er wusste, genauso wie Yitzchak Rabin vor ihm, dass dies in den besetzten Gebieten – und sicher kurz- bis mittelfristig im ganzen *Mandatspalästina* – anhand der großen Differenz in den Geburtenraten der Kontrahenten (zugunsten der Palästinenser) nicht mehr realistisch sein kann. Die Basis dieses Handelns der israelischen Politik bildet also die Überzeugung von der Richtigkeit der *demographischen Trennung* bzw. der *geographischen Segregation* zwischen Israelis und Palästinensern. Das meistbefürchtete territoriale Modell für die meisten zionistischen Politiker ist das *südafrikanische Post-Apartheid-Modell* einer Verflechtung von Siedlungstaschen beider Gruppen oder gar einer Bevölkerungsmischung zwischen Juden und Arabern (Moslems und Christen). Deswegen zeigten die israelischen Politiker um Ariel Sharon eine grundsätzliche Bereitschaft, ein kleines palästinensisches politisches Gebilde (kein Staat) zu akzeptieren, vorausgesetzt dieses *Etwas* wäre so klein wie möglich und nähme die höchstmögliche Zahl an Palästinensern auf. Hinzu darf es keine territoriale Kontinuität besitzen, sprich es darf nur im Kontext der israelischen Siedlungen bzw. Trennungsmauer entstehen. Sharon wusste aber auch, dass man ein Volk nicht ewig besetzt halten kann. Sein Wunschziel war jedoch dafür zu sorgen, mittels Segregation (demographisch) und Fragmentierung (territorial) die Verwirklichung des palästinensischen Traums von einem wirklich intakten, unabhängigen eigenen Staat zu verhindern.

Was die Israelis im Gazastreifen wollten und wollen ist eine Deluxe-Besatzung, ganz im Geiste von Oslo, die es Israel ermöglicht, das Gebiet zu kontrollieren, ohne die kostspielige direkte Besatzung selber erledigen zu müssen. In der West Bank ist dies fast vollbracht, im hartnäckigen Gazastreifen jedoch nicht. Für die Besatzungsmacht Israel war der Gazastreifen schon immer mit großen Schwierigkeiten verbunden, denn dort leben 1,5 Millionen (in 2005 etwa 1,3 Millionen) Menschen, von denen mehr als *ein Drittel* bei der UNRWA registrierte Flüchtlinge sind (inoffiziell etwa 80%). Sie leben nur einen Steinwurf entfernt von ihren tatsächlichen Heimatorten im heutigen israelischen Staatsterritorium. Die äußerst schlechte Lage im Gazastreifen, verursacht durch 38 Jahre blutige und destruktive Besatzung und durch die geographische Segregation, machte den Streifen zur Brutstätte palästinensischen Elends aber auch des Widerstands, der sich seit Ausbruch der zweiten Intifada zu einer bewaffneten Angelegenheit entwickelt hat und das Nutzen-Kosten-Prinzip im Zuge der Schutzmaßnahmen für die 7500 israelischen Siedler, die eigentlichen schutzbedürftigen Herren *des Gazastreifens*, auf den Kopf stellte.

Sharon hat es verstanden: er muss raus aus der politisch und militärisch unverhältnismäßig kostspieligen Situation, wenn das Herz des zionistischen Projektes, nämlich die Besiedlung der Heiligen Berge des Westjordanlandes und die ‚Entarabisierung‘ bzw. ‚Judaisierung‘ Jerusalems, vollzogen werden sollen. Der Leitgedanke Sharons ist jetzt ‚Raus aus Gaza, rein in die West Bank‘, aber intensiver und ideologischer wie bisher – politisch unterstützt von den Bush-USA (Karte 4-1).

Für die West Bank hat das Ganze einen sehr starken Beigeschmack, nämlich dass die Siedlungspolitik Israels keine Umwege gehen muss, um arabisches Land zu kontrollieren: sie ist nach August 2005 noch aggressiver, direkter und für die Existenz der dort lebenden Palästinenser substanzieller geworden. Die Abkopplung Israels vom Gazastreifen bedeutet auch eine geopolitische Trennung zwischen dem Gazastreifen und der West Bank und stellt einen israelischen Versuch dar, die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Dov Weissglas, der ehemalige Regierungssprecher Ariel Sharons machte bezüglich des ‚Disengagement-Plans‘ etwa 10 Monate vor dem Abzug aus Gaza folgende signifikante Aussage:

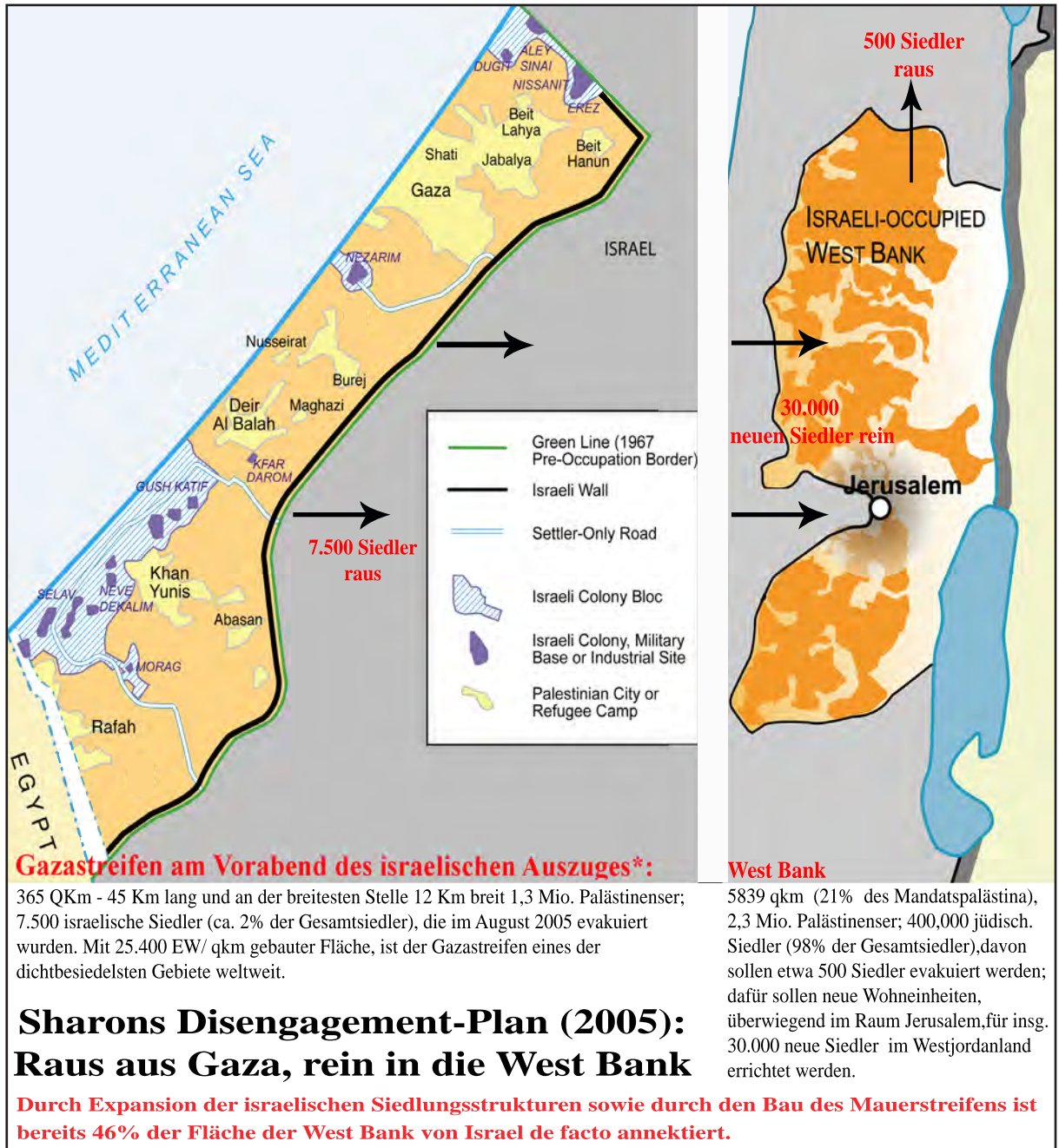
„Die Bedeutung des Abkopplungsplans [vom Gazastreifen] beruht darauf, den Friedensprozess einzufrieren. Und wenn man diesen Prozess einfriert, verhindert man die Gründung eines palästinensischen Staates, und man verhindert eine Diskussion über die Flüchtlinge, die Grenzen und Jerusalem. Dieses ganze Paket, das man palästinensischen Staat nennt, mit allem, was es nach sich zieht, ist effektiv auf unbestimmte Zeit von unserer Agenda gestrichen. Und das alles mit dem Segen des [US-] Präsidenten und der Ratifizierung beider Kongresskammern“.²⁵

Sharons Disengagement-Plan war das Ergebnis von innerem und äußerem Druck auf die Regierung Sharon, sowie der Entschlossenheit des Ministerpräsidenten, große Teile des Westjordanlands (zwischen 45% und 55% des Territoriums) in israelischem Besitz zu behalten. In dieser Zeit brach alles zusammen: die Wirtschaft befand sich in einem katastrophalen Zustand und die für die meisten Zionisten nicht akzeptable *Genfer Initiative*²⁶

25 Dov Weissglas, in einem Gespräch mit dem israelischen politischen Kolumnist Ari Shavit, Haaretz, 06. Oktober 2004.

26 Obwohl die Palästinenser diese Initiative vom 01. Dezember 2003, vor allem aufgrund der unterschwelligen Leugnung des Rückkehrrechtes der palä-

kam zustande und erfuhr breite internationale, vor allem europäische Zustimmung, hinzu kamen die Briefe der Offiziere und Piloten, die sich weigerten, Einsätze in den besetzten Gebieten zu fliegen. Nach all diesen Entwicklungen entschloss sich Sharon den Gaza-Streifen, dessen Besitz für Israel nie von nationalem Interesse war, aufzugeben, um die Siedlungen im Westjordanland zu retten und –noch viel wichtiger – um zu verhindern, dass irgendeine Verhandlungslösung mit den Palästinensern zustande kommt.²⁷



Karte 4-1: Sharons Disengagement-Plan (2005), raus aus Gaza, rein in die West Bank.

Weissglas ist nicht irgendeine israelische Persönlichkeit, deren Worte man nicht ernst nehmen müsste. Er war der Architekt des ‚Disengagement-Plans‘ und gehörte zu den engsten Vertrauten Ariel Sharons und hatte somit Zugang zu geheimen Daten der Sharon-Administration. Hinzu verkörperte er eine wichtige Kontaktstelle zwischen der Regierung Sharons und den Amerikanern, denn er hielt eine besondere Beziehung zu Condoleezza Rice, der Nationalen Sicherheitsberaterin und späteren US-Außenministerin unter G. W. Bush. In diesem Gespräch offenbarte Weissglas eine Reihe von sachlichen internen und externen Gründen hinter Sharons Entscheidung, die bezeugen, dass die Zeit gegen Israel spielte. Aber der ausschlaggebende Grund hinter dem Plan sei die erforder-

stinensischen Flüchtlinge, ablehnten, war sie für Sharon und für die meisten Zionisten, auch in der israelischen politischen Linken, nicht akzeptabel, da die Initiative von der Gebietsrückgabe (West Bank und Gazastreifen) mit minimalem Gebietsumtausch ausging. Mehr zur Genfer Initiative, siehe Anhang IX/ 9. 27 Zu Sharons Beweggründen, siehe mehr dazu in Rapoport, Meron: ‚Israels Rückzug aus Gaza – Sharons Kalkül und die Siedlerproteste‘, Le Monde diplomatique, 12.08.2005.

liche Menge an „Formalin“²⁸ zu verschaffen, damit ein politischer Prozess mit den Palästinensern nicht geschehe. Die ‚Leiche‘, die Weissglas bzw. Sharon hier zu konservieren gedenkt, ist ‚Bushs Plan für eine Zwei-Staaten-Lösung‘, sprich einige Grundsätze und Verpflichtungen, vor allem ein Palästinenserstaat mit allen daraus folgenden Sicherheitsrisiken – wie dies Sharon verstand – sowie die Evakuierung von israelischen Siedlungen, der Rückkehr von Flüchtlingen und die Teilung Jerusalems.

Und dennoch verursachte der Abzug aus dem Gazastreifen eine nie da gewesene Euphorie in den Reihen der Palästinenser, nicht nur da sie glaubten, die israelische Armee mit ihren einfachen Widerstandsmitteln auf die Knie gezwungen zu haben, sondern und vor allem auch da die Räumung der israelischen Siedlungen im Gazastreifen, immerhin 4,8 % der besetzten palästinensischen Gebiete bzw. 20% des Gazastreifens²⁹, eine lang ersehnte, einmalige Gelegenheit darbot, den Prozess der Staatsbildung mittels einer neuen fundierten und modernen Stadtentwicklungsplanung in Gang zu setzen. Gerade aus dem Blickwinkel der Stadt- und Regionalplanung ergeben sich aus diesem großen Landzugewinn wichtige und vitale Themen, die sich mit einigen Fragen auseinandersetzen, wie der Frage des Grenzübergangs nach Ägypten, die Frage eines offenen Hafens und eines Flughafens und nicht zuletzt der Entwicklung eines breiten Hausbau- und Hochhäuser-Programms, um 1,5 Mio. Menschen auf einer sehr kleinen Fläche unterzubringen.

Die unilaterale Handlung Israels war, wie von vielen Experten erwartet wurde, ein gefährlicher Akt, denn sie hinterließen eine politische und materielle Ruine. Abgesehen davon, dass die Israelis den Palästinensern im Gazastreifen eine verwüstete Landschaft hinterließen, wurde der Abzug der Israelis unilateral und ohne eine minimale Kooperation mit der PA in Ramallah vollzogen. Dem Abzug folgten logischerweise heftige Machtkämpfe vereinzelter Klans der beiden Hauptbewegungen Hamas und Fatah untereinander und dies förderte letztendlich einen Zustand der Anarchie, der dazu führte, dass ein innerpalästinensischer Kampf um die von den Israelis freigegebenen Gebiete blutig ausgetragen wurde, in dem einige hundert arabischer Zivilisten ums Leben kamen. Zur gleichen Zeit, schaute die israelische Armee den Kampfjähnen zu und festigte obendrein die Einmauerung des Gazastreifens so sehr, dass das Leben noch unerträglicher wurde, als es ohnehin war. Israel behielt die Kontrolle über den einzigen Grenzübergang zu Ägypten (Rafah-Grenzübergang) weiterhin. Die Mauer und die Seeblockade sorgten für den Rest. Die Anschläge auf israelisches Territorium nahmen infolge einiger provokativer Militäroperationen der israelischen Armee und nicht zuletzt wegen der erstickenden Blockade, zu. Vermehrt wurden Raketen und Anschläge registriert.

Bereits im Dezember 2005 wurde auf Anweisung von Ariel Sharon eine 2,5 Km breite Sperrzone im nördlichen Gazastreifen eingerichtet. Die palästinensischen Bewohner dieser „Sicherheitszone“ wurden durch Flugblätter und Lautsprecherdurchsagen aufgefordert, diese zu verlassen.

4.2.2 Eine umfassende Blockade gegen Gaza

Die Hamas gewinnt die palästinensischen Wahlen am 25.01.2006

Die aus dem israelischen Abzug im August 2005 gewonnene euphorische Stimmung bekam wenig später einen weiteren tödlichen Stoß und erwies sich als eine große Enttäuschung, nicht zuletzt da die Hamas-Bewegung sich entschieden hat, ein Teil des aktiven politischen Prozesses zu werden bzw. an den palästinensischen Wahlen für die Stadträte in den besetzten Gebieten sowie für den palästinensischen Legislativrat teilzunehmen. Obwohl eine politische Teilnahme der Hamas von den meisten Ländern des Westens nicht gerne gesehen wurde, waren sie alle im Grunde froh über diesen Schritt, denn schließlich wird die nach Meinung des Westens radikale Hamas in einen politischen Kreisbahn eingespannt, wenn diese sich zum Verhandlungsmarathon freiwillig verpflichtet. Zudem hat Niemand und am wenigsten die PA oder gar die Hamas selbst, damit gerechnet, dass die Bewohner der besetzten Gebiete die Hamas-Kandidaten mit absoluter Mehrheit wählen und diese an die höchste Entscheidungsebene der palästinensischen Politik bringen würden. Das, obwohl alle wussten, wie korrupt die bisherigen Oslo-Mitstreiter waren.

Der israelische Rückzug aus Gaza hat gezeigt, wie gewichtig die Hamas sein kann. Abbas begann sehr bald, die-

²⁸ Ebenda; ‚Formalin‘, auch ‚Formaldehyd‘ genannt, ist der Trivialname für die giftige chemische Verbindung Methanol, dem einfachsten Aldehyd. Es wird unter anderem benutzt, um Leichen zu konservieren, sowie zur Konservierung von anatomischen und biologischen Präparaten (z.B. Insekten).

²⁹ Man schätzt, dass die Einflusszone der ehemaligen 21 israelischen Siedlungen im Gazastreifen tatsächlich etwa 40% des Streifens umfasste, von denen etwa die Hälfte (20%) tatsächlich von den 7.500 israelischen Siedlern benutzt wurde.

se zu einer Beteiligung an einer ‚gemeinsamen nationalen Führung‘ einzuladen. Das war an sich nichts Neues, denn bereits der isolierte Yasser Arafat (bis zu seinem Tod am 11.11.2004) erkannte die Notwendigkeit einer Beteiligung von Hamas – wenigstens in der Verwaltung des Gazastreifens – da diese nach seinem persönlichen Scheitern in Oslo, speziell in Camp David II, die Unterstützung und Sympathien der gesamtarabischen (und islamischen) Gemeinschaft genoss und sehr wohl als fehlendes politische Druckmittel bei den Verhandlungen hätte fungieren können. Dieser Gedanke war eine Überschreitung der in Oslo festgelegten roten Linie und mit ein Grund für Arafats Beseitigung im November 2004. Genau zu dieser Zeit erkannte man die aktive Teilnahme von Teilen der Arafat-Sicherheitsapparate an der bewaffneten zweiten Intifada. Ohne Arafats grünes Licht wäre diese Teilnahme unmöglich. Daher musste Arafat gehen, und seine Sicherheitsapparate mussten durch neue junge Sicherheitsmänner ersetzt werden, die nie das Feuer gegen Israel eröffnen würden – das Ziel war die Schaffung eines ‚neuen‘ und ‚Israel-freundlichen‘ Palästinensers. Für diese aufwendige Aufgabe der physischen und ideologischen Ausbildung der neuen palästinensischen Sicherheitstruppen bestellte man im Dezember 2005, fast zeitgleich mit Sharons-Disengagement-Plan für Gaza, den US-General Keith Dayton als Koordinator der Sicherheitsfragen zwischen Israel und der Nach-Arafat-PA. General Dayton war vorher im Pentagon, wo er als Stellvertretender Direktor für Strategiepläne und Politik im Führungsstab der US-Armee tätig war. Vor der Invasion in den Irak (2003) leitete er die Inspektionsgruppe dort, die mit der Suche nach Massenvernichtungswaffen beauftragt wurde. Seine ideologischen Grundsätze im Bezug auf den israelisch-arabischen Konflikt fasste er in einer berühmten Rede vom 7. Mai 2009 vor hochrangigem Publikum im Israel nahen ‚Washington Institute for Near East Policy‘, in der er die „ewige Freundschaft zwischen den USA und Israel“ beschwor und das Ziel dieser Umerziehung der palästinensischen Truppen erklärte. Er zitierte einen hochrangigen palästinensischen Offizier der palästinensischen Autonomiebehörde unter Abbas, der vor versammelter Truppe dieser jungen (20- bis 22-jährigen) auszubildenden Dayton-Männern sagte:

„You men of Palestine have learned how to provide for the safety and security of the Palestinian people. You have a responsibility to them and to yourselves. You are not here to learn how to fight Israel, but you were rather sent here to learn how to keep law and order, respect the right of all of our citizens, and implement the rule of law so that we can live in peace and security with Israel“.³⁰

General Dayton war umfassend verantwortlich für die palästinensischen Sicherheitstruppen in der West Bank, dort spöttisch als die ‚Dayton-Truppen‘ benannt, er selber wird mit *Glubb Pascha*³¹ (1930-1956 in Jordanien) verglichen. In der West Bank sind viele der Meinung, dass Israel nie erlauben würde, einen Einheimischen (Palästinenser) mit der Leitung der Sicherheitstruppen zu beauftragen. Die Dayton-Truppen versinnbildlichen die Kooperation zwischen der PA und Israel und gelten seit ihrer Gründung Ende 2005 als ein ernstzunehmendes Hindernis für die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung und das, obwohl sie nach einer gefährlichen Zeit (der produzierten Anarchie) tatsächlich eine willkommene Ruhe für die West Bank mit sich brachten.³²

Anders als bei seinem Vorgänger Arafat, erfolgte Abbas‘ Einladung der Hamas zur Teilnahme am politischen Geschehen dieses Mal im Kontext des israelischen Rückzugs aus Gaza, den die Hamas und die Oslo-Gegner als einen eigenen Sieg sahen – Sieg für den Weg des Widerstands gegen den Weg der bedingungslosen Gespräche, den Abbas bisher fuhr. Und dennoch waren die Beweggründe für die Teilnahme an den Wahlen wichtig für die Glaubwürdigkeit der bisherigen Regierungspartei ‚Fatah‘ auf der strategischen Ebene, weniger auf den kurzfristigen Wahlprozess selbst bezogen, da die Fatah eine Hamas-Teilnahme als einen grundsätzlichen Widerruf der politischen Konstanten der islamischen Bewegung präsentieren wollte. Taktisch mochte Fatah verlieren im Falle einer Hamas-Teilnahme an den Wahlen bzw. an der Machtorgane der Autonomiebehörde, dennoch hatte die Fatah ein starkes Interesse, in diese bahnbrechende Entscheidung der Hamas politisch zu investieren. In Wahrheit verkörperte die Teilnahme der Hamas an diesen Wahlen fast ein Horrorszenarium des Machtverlustes für breite Teile der Oslo-Nutznießer, die bisher beinahe konkurrenzlos *regieren* und *profitieren* konnten, wenn

30 Rede des Lieutenant General Keith Dayton, U.S. Security Coordinator, Israel and Palestinian Authority, The Washington Institute for Near East Policy, 07.05.2009 (Kompletter Text der Rede erhältlich unter: <http://www.washingtoninstitute.org/html/pdf/DaytonKeynote.pdf>).

31 Sir John Bagot Glubb (1897-1986) war politischer Offizier, Militärstrategie und Nahostexperte. Glubb wurde vor allem bekannt durch seine Tätigkeit in der Mandatsausübung Großbritanniens über das heutige Jordanien bzw. bei deren Fortführung nach der Unabhängigkeit Jordaniens. In Transjordanien wurde er der Arabischen Legion in der Entstehungsphase zugeteilt, die er bis März 1956 geleitet hat. Seine Gegner bezeichnen ihn als „Beschützer der zionistischen Interessen jenseits des Flusses“ (des Jordans), der eine aktive Rolle gegen die Effizienz der Araber im Krieg von 1948 gespielt haben soll. Seine Loyalität galt verständlicherweise in erster Linie seinem Land, das bekanntlich das zionistische Projekt adoptiert hatte. Fairerweise muss man aber seine Verdienste in der Gestaltung und Ausbildung der damals effizientesten arabischen Militäreinheit sowie in der Formung (1930) der ersten regulären (Kamel-)berittenen ‚Dessert Mobil Force‘ anerkennen.

32 Mehr über dieses Dilemma der Dayton-Truppen, siehe Artikel von Nicholas Blincoe: *The Dayton force dilemma*, Guardian.co.uk, 08.07.2009.

man überhaupt diese beschnittene Autorität im Schatten der Besatzungsarmee als einen Akt des Regierens bezeichnen kann. Auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, dass (rein vom parteipolitischen Kalkül her gesehen) eine Ablehnung der Wahlteilnahme durch die Hamas den Interessen der gleichen Oslo-Profit-Aktionären dienen würde, denn warum sollte die Hamas den Gazastreifen, den sie nach eigenen Angaben mit den eigenen Fäusten befreit hat, der Fatah auf einem silbernen Tablett servieren, wenn Hamas im Gazastreifen eine absolute oder wenigsten eine sehr bequeme politische Mehrheit genießt und obendrein die militärische Stärke hat?

Unabhängig davon hatte die Fatah unter Mahmoud Abbas ein strategisches Interesse an dieser Hamas-Teilnahme, und das hauptsächlich aus folgenden Gründen:

1. Um der Glaubwürdigkeit und der Beliebtheit der Hamas-Bewegung einen tödlichen Schlag zu versetzen, denn diese basierte auf der Distanzierung der Hamas (als Widerstandsbewegung) vom Sumpf des politischen Prozesses, insbesondere Oslo;
2. um etwas von der inzwischen verlorenen politischen Legitimität für sich selber bzw. für den politischen Verhandlungsprozess, der in den letzten Jahren in eine Sackgasse gemündet hatte, wieder zu gewinnen. Die palästinensische Öffentlichkeit sollte damit wieder an den Osloer Prozess glauben; und schließlich
3. harmoniert es mit der israelischen Forderung nach einem starken ‚palästinensischen Partner‘ im Verhandlungsprozess, der in der Lage sein könnte und gewillt wäre, Israel eine politische, volksnahe und gesetzliche Deckung für die ewig lange Liste der bisherigen und darauffolgenden palästinensischen Verzichte zu bieten.

Hamas sah hingegen in der Teilnahme an den Wahlen die Chance für eine Kurskorrektur kommen bzw. wollte einen Kurs der Gespräche aus der Stärke heraus manifestieren. Sie lehnte zwar die Anerkennung Israels ab, jedoch war bzw. ist sie bis heute bereit, Israel grundsätzlich anzuerkennen, wenn die offenen Fragen des Konfliktes (vor allem die Flüchtlingsfrage und Jerusalem) gelöst sind, jedoch nicht vorher – Hamas, wie viele andere palästinensische Oslo-Gegner, weiß sehr wohl, dass die Rückkehr der Flüchtlinge faktisch zu einem binationalen Staat (nicht aber zur Zerstörung Israels) führen kann und wird. Dass der zionistische Traum damit einen tödlichen Stoß bekommt, kümmert sie nicht im Geringsten, ganz im Gegenteil: der zionistische Traum erwies sich für das palästinensische Volk als ein ständiger Alptraum. Das ist vielleicht der essenzielle Unterschied zwischen Hamas und Fatah und gewiss der fundamentale Grund zur indiskutablen Ablehnung der Hamas durch Israel und folglich durch den Westen.

Und dennoch, eine wirklich bescheidene Nutzen-Kosten-Analyse der Wahlbeteiligung von Hamas würde zum Ergebnis führen, dass das Involvieren der Hamas in dem Prozess, dieser zwar einige politische Gewinne darböte, sie jedoch in eine ideologische Sackgasse brächte, denn die Teilnahme an den Wahlen des palästinensischen Legislativrates, der eine Folge von Oslo ist, widerspricht deutlich ihrem ideologischen Diskurs der Ablehnung von Oslo, aus dem sie ihre Beliebtheit in der arabischen Welt erhielt. Aber was hat die Hamas dazu geführt, eine dermaßen schwerwiegende Entscheidung zu treffen? Für diese Entscheidung gibt es grundsätzlich 5 mögliche Gründe bzw. politische Umstände, die verantwortlich sein könnten. Diese sind:

1. *Hamas interne Führungskrise*: das Fehlen von politischen Zentralfiguren und Persönlichkeiten, die die Teilnahme am Osloer politischen Prozess grundsätzlich ablehnten, wie die von Israel ermordeten Führer *Abdel Aziz Al-Rantisi* und *Salah Shihade*;
2. *Geopolitisches Vakuum*: der israelische *unilaterale* Quasi-Rückzug aus dem Gazastreifen warf die zentrale Frage auf, wer nun den Gazastreifen regieren bzw. verwalten wird, und das in einer Zeit, in der die Hamas die Hauptkraft im Streifen war;
3. *PA-Führungskrise*: der Tod Arafats verursachte eine Schwächung der PA und machte eine Herausforderung der Fatah-Dominanz über die palästinensische politische Entscheidung durch andere Kräfte möglich;
4. *Regional*: die Hamas als palästinensisches Organ der internationalen moslemischen Bruderschaft Bewegung, versuchte wie in anderen Staaten (Ägypten, Irak, Jordanien, Syrien) keinen Konfrontationskurs zur regierenden Partei zu fahren, um überleben zu können. Nur so kann man die Tendenz der Hamas zur Einhaltung der 6-monatigen Waffenruhe (Hudna) mit Israel durch die Vermittlung Ägyptens während des Jahres 2005 (endete am 19.12.2008, etwa 1 Woche vor dem israelischen Krieg auf Gaza), obwohl die israelische Armee diese Hudna

mehrfach provokativ verletzt hat; und

5. *Arabische Regime*: wie oben erwähnt, war das offizielle arabische System nach dem 11. September – im Zuge seiner Überlebensversuche – sehr begierig darauf, US-amerikanische und israelische Wünsche zu erfüllen. Eine dieser dringenden Aufgaben war die Belagerung der palästinensischen Intifada und der strikte Verbot zum Öffnen paralleler Solidaritätsakten jeglicher Art (mit Ausnahme des Südlibanons), so dass die Massen und NGO's in der arabischen Welt sich nicht bewegen konnten, wie es sein sollte, um die Intifada politisch zu unterstützen. In dieser Zeit entwickelten bzw. belebten die arabischen Regime die ohnehin existenten geheimen und offenen ökonomischen und diplomatischen Beziehungen mit dem hebräischen Staat wieder. Auf Anweisung der USA, starteten sie einen gesetzlichen und sicherheitstechnischen Akt der ‚Austrocknung von Finanzquellen‘ der Hamas in der arabischen Öffentlichkeit (Spenden), damit diese die Hudna akzeptiert und an den politischen Prozess teilnimmt. Manche arabische Staaten, wie Jordanien, starteten harte Maßnahmen gegen die Mitglieder der Hamas und Sympathisanten und ließen diese verhaften oder sogar ins Ausland abschieben (Beispiel: heutiger Hamas-Chef *Khaled Mischal*, ein jordanischer Palästinenser, der heute im syrischen Exil lebt).

Es war tatsächlich zu erwarten, dass die Hamas einen sehr teuren politischen Preis zahlen würde, wenn diese die Wahl gewinnen sollte. Die beste Option für die Hamas und übrigens auch für die Fatah wäre es gewesen, wenn die Hamas durch die Wahlen eine starke politische Präsenz auf den Oppositionsreihen im palästinensischen Legislativrat erreicht hätte. Diese Präsenz wäre mit einem Drittel der Stimmen erreicht worden (das wurde auch erwartet) und hätte eine bessere Kontrolle der innen- und außenpolitischen Arbeit der PA mit sich gebracht. Ein solches Szenarium hätte bedeuten können, dass die harte Position der Hamas in Bezug auf die Verhandlungen, insbesondere die Kette der Zugeständnisse der bisherigen palästinensischen Unterhändler an Israel, der nebulösen Konturen der Verhandlungen mehr Klarheit und mehr Deutlichkeit dessen schaffen würde, wie, wo, worüber, wie lange und vor allem was die Verhandlungsparteien während der Verhandlungszeit nicht tun dürfen.

Für Israel und die USA wäre ein solches Szenarium grundsätzlich nicht akzeptabel: Die erklärte Ablehnung der Hamas durch Israel und die USA war und ist die, dass sie schlicht jede Zusammenarbeit mit der Hamas verweigert, *da die Hamas gewaltbereit sei und damit per se kein Verhandlungspartner wäre*. In Wahrheit wollten sie vielmehr einen ewig schwachen palästinensischen Partner haben, den man in aussichtslose Gespräche verstrickt, während derer Israel in den besetzten Gebieten bequem und widerstandslos expandieren kann. Nichts weniger als die *bedingungslose Kapitulation* aller palästinensischen Bewegungen, insbesondere der Hamas, kann und will Israel akzeptieren. Aber die Ergebnisse der Wahlen übertrafen alle Erwartungen, auch der Hamas selbst.

In den Wahlen für den palästinensischen Legislativrat am 25. Januar 2006 scheiterte die Fatah des Präsidenten Mahmoud Abbas, der ein Jahr vorher (09. Januar 2005) mit 62,3% zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde gewählt wurde. Zwei Hauptgründe dürfte die Wahlniederlage der Fatah herbeigeführt haben, nämlich (a) dass Abbas nicht in der Lage war, die Korruption innerhalb der PA erfolgreich zu bekämpfen; und, da er (b) seine Philosophie des bedingungslosen Verhandeln mit Israel weiterhin folgte, obwohl ihre Sinnlosigkeit und folglich fatalen Konsequenzen für Land und Leute immer deutlicher wurden. Die Wahl der Hamas, sei es eine Protestwahl oder eine tatsächliche Wahl der Hamas-Programmatik von Seiten der Palästinenser in den palästinensischen Gebieten war eine deutliche Mahnung an die bisherige Fatah-dominierten Politik der Autonomiebehörde und faktisch eine klare Absage für das Osloer Programm. Fatah verlor in diesen Wahlen die Mehrheit im palästinensischen Parlament, Hamas verfügte auf einmal über die Mehrheit der Sitze (76 von 132 Sitzen) und konnte den Ministerpräsidenten der neuen Regierung der nationalen Einheit aufstellen.

Juni 2007: Hamas kontrolliert den Gazastreifen

Am 28. März 2006 wurde das neue Kabinett aus Fatah und Hamas Mitgliedern unter der Führung von *Ismail Haniyeh* (Hamas) vom palästinensischen Parlament bestätigt. Die USA, Israel und der Westen insgesamt haben die Wahlergebnisse nicht akzeptieren wollen, da sie sich mit dem Gedanken nicht anfreunden konnten, dass einige Mitglieder der palästinensischen Regierung den Staat Israel *nicht bedingungslos* anerkennen wollen. Israel boykottierte die neue Regierung und die diplomatischen Beziehungen zur westlichen Welt haben sich daraufhin schlagartig verschlechtert. Neben einem Stopp der Finanzhilfen der USA und der EU an die Autonomiebehörde beinhaltete die internationale Isolation der PA (dieses Mal mit Hamas) auch die Einbehaltung von palästinensi-

schen Steuereinnahmen durch Israel.

Die Spannungen zwischen der Hamas und Teilen der Fatah hielten jedoch an und erreichten im Juni 2007 einen neuen Höhepunkt. Im ‚Kampf um Gaza‘ gelang es der Hamas, das Machtmonopol der Fatah-Gruppe um den Chef der palästinensischen ‚Präventiven Sicherheitstruppen‘, Mohammad Dahlan, ein Ende zu setzen und die korrupte Dahlan-Gruppe aus dem Gazastreifen zu vertreiben. Der Konflikt zwischen der Hamas und der Fatah war und ist weiterhin ein Konflikt zwischen zwei völlig verschiedenen politischen Programmen und vor allem ein Ausdruck der erwähnten Sackgasse des Friedensprozesses. Die Kritik der Hamas an der Verhandlungsführung der Autonomiebehörde und vor allem der Kooperation der palästinensischen Sicherheitsorgane mit der Besatzungsmacht wird auch von anderen politischen Organisationen und Teilen der Fatah geteilt. Auch in der Fatah-Führung gibt es einen Flügel, der die Osloer Verträge und die Road Map ablehnt, weil sie die Palästinenser in eine Sackgasse geführt hätten, die nur der Stabilisierung der Besatzung der West Bank gedient habe. Kein geringerer als der Vorsitzende des politischen Komitees der PLO (entspricht einem Außenminister der PLO) und Mitglied des Zentralkomitees der Fatah, Farouq Al-Qaddumi, gehört zu den größten Gegnern von Oslo. Er war auch derjenige, der definitiv über die *Ermordung* Arafats mit Beteiligung hoher palästinensischer PA-Funktionäre (namentlich Dahlan und der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas) gesprochen hat.³³ Qaddumi ist bis heute der Meinung, dass mit Hilfe der Israelis eine kleine, korrupte und zu Allem fähige Fatah-Gruppe um Mahmoud Abbas die Fatah und somit die politische Entscheidung des palästinensischen Volkes an sich gerissen hätten. Er wirft ihnen vor, eine traditionsreiche Bewegung wie die Fatah wegen eigenen Agenden gespalten zu haben.³⁴

Vor allem diese Kooperation der PA-Sicherheitsorgane mit der israelischen Besatzungsmacht, insbesondere der von Dahlan geführten ‚Präventiven Sicherheitstruppen‘, erreichte ein für die Widerstandsgruppen, auch für die Fatah, unerträgliches Maß. Dahlan wurde vorgeworfen, mit amerikanischer und ägyptischer Unterstützung einen Putschversuch gegen die gewählte Hamas-Regierung geleitet zu haben. In den Ereignissen vom Juni 2007 kamen die Hamas-Kämpfer diesem Putschversuch überraschend zuvor.³⁵ Dahlan, wie viele andere in der Fatah, waren gegen die Wahlen im Januar 2006. Sie waren nach einem langjährigen sinnlosen Verhandlungsmarathon noch nicht so weit, irgendwelche Wahlen bei einem deprimierten Volk zu gewinnen. Aber Bush wollte unbedingt die Wahlen. Und das Ergebnis hat sie alle schockiert. Weder die USA noch die europäische Union konnten mit dem Ergebnis umgehen. Es war erstaunlich, dass keiner es kommen sah, dass eine, nach eigener Einschätzung der westlichen Länder, korrupte Gruppe *womöglich* die Wahlen gegen eine Gruppe verlieren könnte, die sich über Jahre in der engagierten Sozial- und Widerstands-Feldarbeit behauptet hat, was man auch immer von der zweiten Gruppe halten möge.

Statt Pragmatismus, lief man einem törichten ideologischen Wunschdenken hinterher. Statt den Dialog mit den gemäßigten Kräften der Hamas zu suchen, haben die USA der *neocons* und folglich der Westen, die demokratischen Wahlergebnisse einfach abgelehnt und standen somit in fundamentalem Widerspruch ihrer eigenen Werte. Das Quartett versuchten darauf hin (auf Druck der USA), die Hamas unter Druck zu setzen und stellten Bedingungen, die (wie jeder wusste) diese nicht akzeptieren konnte: die neue Hamas-Regierung solle (a) Gewalt (für Hamas Widerstand) abschwören; (b) Israels *Existenzrecht* bedingungslos anerkennen³⁶; und (c) alle bisher unterzeichneten Abkommen zwischen der PLO und Israel akzeptieren und sich an ihre Bestimmungen halten. Das würde für die Hamas die Selbstaufgabe bedeuten bzw. wäre ein Widerspruch zu ihrem Programm, aufgrund dessen sie überhaupt gewählt wurde. Die Hamas lehnte erwartungsgemäß diese Vorbedingungen ab, und das Quartett stellte daraufhin (als ersten Schritt) als taktisches Druckmittel seine Hilfsmittel für die PA ein und nahm ihr die Mittel zur Zahlung von hunderttausenden Gehältern die notwendig waren, ihrem jährlichen Staatshaushalt von 2 Milliarden US-Dollar gerecht zu werden.

Israel hielt die Bewegungsfreiheit der Palästinenser auf ein Minimum, insbesondere in und aus dem Hamas

33 Am 17. Juli. 2009 warf Qaddumi Präsident Abbas und Mohammad Dahlan auf einer Pressekonferenz vor, auf Anweisung und mit Hilfe der Israelis hinter der Ermordung von Präsident Yassir Arafat gestanden zu haben. Arafat solle mit Gift getötet worden sein, das ihm seine Vertrauten eingereicht hätten. Ein Tag drauf sagte Qaddumi dem arabischen Sender Al-Jazeera aus, er besitze ein Tonband mit Arafats Stimme, das Arafat ihm vor seinem Tode durch einen Vertrauensmann zukommen ließ und in dem Arafat die gleichen Verdächtigungen aussagt (www.Aljazeera.net, 18.07.2009).

34 Das jüngste Interview mit Qaddumi war am 30. Juli.2010 im arabischen Sender Al-Jazeera im wöchentlichen Gast-Gespräch ‚Liqa‘ Alyawm‘ (Dtsch. das heutige(Gast-)Treffen) mit Tawfiq Taha. In diesem Interview mit dem Thema ‚Farouq Al-Qaddumi: Perspektiven von Verhandlungen und Widerstand‘, wiederholte er seine Anschuldigung der Fatah-Gruppe um Abbas und Dahlan, die Bewegung gespalten zu haben. (www.Aljazeera.net, 03.07.2010).

35 Zu diesem Putsch-Versuch Dahlans gegen die Hamas-Regierung, siehe die detaillierte Recherche von David Rose: The Gaza Bombshell, in: Vanity Fair, April 2008, auch online unter www.vanityfair.com/politics/features/2008/04/gaza200804/.

36 Siehe Abschnitt 1.6.9/ Fußnote 274.

dominierten Gazastreifen. Am 25. Juni 2006 drängten palästinensische Widerstandskämpfer verschiedener Gruppierungen, auch der Hamas und der Fatah, mittels eines Tunnels der zuvor in monatelanger Arbeit zum Schmuggel von Waffen gegraben worden war, auf israelisches Gebiet vor. Im Zuge des nachfolgenden Gefechts wurden zwei israelische Soldaten getötet und der 19-jährige Korporal Gilad Shalit gefangengenommen. Sie wollten Shalit, der für sie als Kriegsgefangener galt, gegen einige Hunderte von insgesamt mehr als 8.000 damals in israelischen Gefängnissen sitzenden palästinensischen Gefangenen, austauschen. Am 28. Juni 2006 drangen israelische Truppen in den Süden des Gazastreifens ein in der militärischen ‚Operation Sommerregen‘, um Gilad Shalit zu befreien. Die israelische Armee zerstörte gleich am ersten Tag mehrere Brücken – angeblich um die Fluchtmöglichkeiten der Geiselnnehmer zu minimieren – sowie das einzige Elektrizitätswerk des Gazastreifens. Danach besetzten israelische Truppen auch den internationalen Flughafen von Gaza. Am 29. Juni nahmen israelische Truppen im Westjordanland 64 führende Hamas-Mitglieder fest, unter ihnen 8 Regierungsmitglieder (Minister) der Autonomiebehörde und bis zu 20 Abgeordneten des frisch gewählten palästinensischen Legislativrates. Nach Aussage der israelischen Armee seien die gefangenen Minister kein Faustpfand für die Freilassung von Shalit, sondern *einfach eine Operation gegen eine terroristische Organisation*.³⁷ Die israelische Armee und Regierungsmitglieder kündigten an, dass die Festgenommenen in Israel angeklagt und vor einem *Militär*-Gericht gestellt werden sollten.³⁸ Die Operation war aber nach Presseberichten bereits Wochen zuvor, also lange vor der Entführung von Gilad Shalit, geplant und mit dem israelischen Generalstaatsanwalt Menachem Matzutz abgestimmt worden. Matzutz wolle die Verhafteten anklagen, weil sie es versäumt hatten, Terroranschläge zu verhindern und weil sie Mitglieder in einer Terrororganisation seien.

In den folgenden zwei Tagen, 30. Juni und 01. Juli 2006, wurde eine Reihe von Bombardements auf verschiedene Ziele im Gazastreifen durch die israelische Luftwaffe durchgeführt, die große Zerstörungen in der Infrastruktur der palästinensischen Autonomiebehörde verursachte. Das Büro der Fatah, das Gebäude des Innenministeriums sowie 7 wichtige Verkehrsadern (Straßen) wurden zerstört, um angeblich den Entführern den Fluchtweg abzuschneiden.

Die Israelis benutzten den entführten Soldaten Gilad Shalit (bis zu seiner Freilassung) als Vorwand für Anschläge von Seiten Israels zur Zerstörung der Infrastruktur des Gazastreifens und schließlich um die politische und geographische Spaltung im palästinensischen Lager aufrechtzuerhalten. In ihrem Kampf gegen die Hamas standen und stehen sie bis heute nicht alleine. Hamas‘ ewiger Rivale im Gazastreifen, Mohammad Dahlan, hat wesentlich zur Eskalation der Lage im Gazastreifen beigetragen. Seine Kontakte zur CIA und zur Bush-Administration sind inzwischen bekannt. Das Magazin ‚Vanity Fair‘ (Vgl. Fußnote Nr. 35) erhielt Geheimdokumente, die eine Geheiminitiative der Bush-Administration (bewilligt von Präsident G. W. Bush, Außenministerin Condoleezza Rice und Sicherheitsberater Elliot Abrams) zum „Auslösen eines palästinensischen Bürgerkrieges“ freilegen. Der Plan sah eine amerikanisch bewaffnete Truppe unter der Leitung von Mohammad Dahlan vor, um der Fatah im Gazastreifen die nötige Stärke zu geben die demokratisch gewählte und von Hamas geführte Einheitsregierung zu entmachten. Der Plan scheiterte. Aber der schmutzige Bruder-Krieg zwischen der Dahlan-Fatah und der Hamas in den Straßen vom Gazastreifen ging weiter und kostete bis Ende 2006 hunderten von Palästinensern das Leben.

Nachdem die Fatah ihren Einfluss im Gaza-Streifen fast gänzlich verloren hatte, erklärte Mahmoud Abbas am 15. Juni 2007 das Einheitskabinett für abgesetzt und berief zwei Tage später, am 17. Juni, eine Notstandsregierung, die vom damaligen Finanzminister Salam Fayyad geleitet werden sollte. Er nutzte den Umstand aus, dass der Legislativrat, der im normalen Fall für solche Beschlüsse, wie das Absetzen der Regierung zuständig gewesen wäre, nicht beschlussfähig war, da seine Hamas-Mitglieder zum beachtlichen Teil – wahrscheinlich für sehr lange Zeit – in israelischer Haft saßen. Dabei wurde er von den USA, der EU, aber auch von der Arabischen Liga unterstützt. Die Hamas lehnte die neue Regierung ab, ohne jedoch auf den alleinigen Machtanspruch im Gazastreifen zu verzichten, den sie seitdem faktisch regiert. Die USA und die Europäische Union unterstützten Abbas in dieser Entscheidung und verurteilten die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen. So sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice, dass Abbas bei der Auflösung der Regierung von seinen „rechtmäßigen Befugnissen als Präsident“ Gebrauch gemacht hätte. In der Auseinandersetzung zwischen Fatah und Hamas erhielt Abbas daraufhin auch Rückendeckung durch Russland, den ägyptischen Staatspräsidenten Muhammad Husni Mubarak, den jordanischen König Abdullah II. und den israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert.

37 BBC: Israel justifies Hamas detentions, 29. Juni 2006.

38 The Guardian: Israelis Arrest Dozens of Hamas Officials, 29. Juni 2006.

Abbas sprach sich daraufhin wiederkehrend für eine Politik der Verständigung mit Israel aus und Ende November 2007 folgte auf einer Nahost-Konferenz im amerikanischen Annapolis eine gemeinsame Erklärung mit Olmert, in der beide ihren Willen zu ernsthaften Friedensverhandlungen ausdrückten.

Um den Druck auf die Hamas zu erhöhen bzw. um diese zu schwächen, erklärte die israelische Regierung von Premierminister Ehud Olmert am 19. September 2007 den Gazastreifen zum „feindlichen Gebiet“. Unter anderem sollte die Versorgung des Gazastreifens mit Elektrizität eingeschränkt werden. Damit begann eine der brutalsten Boykott-Maßnahmen gegen ein ganzes Volk in der modernen Geschichte. Etwa 1,3 Millionen Menschen wurden wegen der Nutzung ihres demokratischen Wahlrechts kollektiv bestraft. Der Gazastreifen wurde nach Meinung von BtSelem zum größten „Freiluftgefängnis“ der Welt.³⁹

Blockade, eine neue Art der Vertikalität des Konfliktes

Von Bertold Brecht stammt folgendes aussagekräftiges Zitat:

„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten“ (Bertold Brecht, *Werk: Me-Ti. Buch der Wendungen*).

Würde Brecht heute noch leben, so würde er unter Verdacht stehen, die belagerte palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen oder vielleicht sogar die Hamas zu unterstützen. Denn beinahe jede von ihm genannte Art des Tötens kennt man im heutigen Gazastreifen und sie wird von dem einen oder anderen Blockadeakteuren – ob von Israel, von den so genannten *gemäßigten* Arabern oder vom Westen – seit Juni 2007, faktisch aber viel früher, ununterbrochen praktiziert.

Die neue politische Qualität die sich aus der Blockade gegen den Gazastreifen und seine Bewohner offensichtlich ergeben hat, ist die Tatsache, dass die Rolle der arabischen Regime sich von der einer mundtoten Schar von Mitläufern in eine aktive Mittäterschaft eines beispiellosen Angriffs auf die einfachsten Rechte von Millionen dort belagerter Menschen entwickelt hat.

Dass die USA und Israel in der Lage sind, eine solche menschenverachtende Blockade zu planen und auch durchzuführen, war und ist – anhand einer großen Akte solcher Übertretungen des internationalen Rechts – zu erwarten. Und dass die arabischen Regime das gleiche gegen die eigenen Völker tun, ist ebenso altbekannt. Dass sie Israel in seinen Versuchen, die Palästinenser durch Hunger, Krankheit und Isolation zu bezwingen, politisch und logistisch aktiv unterstützt haben, war vielen Kennern auch bekannt. Was hier alle Erwartungen übertrifft und die arabische Öffentlichkeit schockiert ist die inzwischen *expressive Offenheit* dieser Zusammenarbeit der Regime mit dem Gegner, die einerseits verhindert, dass die zwei palästinensischen Hauptgruppierungen (Fatah und Hamas) sich versöhnen und andererseits dazu führt, dass viele Hunderttausende der Brüder und Schwestern im Gazastreifen in Elend den langsamen Tod täglich ins Gesicht schauen müssen – und das, wenn sie überhaupt die israelische Kriegsmaschinerie überleben.

Offiziell wird die Blockade gegen den Gazastreifen mit der Machtergreifung der Hamas über den Gazastreifen im Juni 2007 datiert. In Wahrheit markiert sie ab diesem Datum den Höhepunkt eines Prozesses einer schrittweisen Isolation des Gazastreifens, der in den frühen 1990er Jahren gestartet wurde. Ironischerweise begann die israelische Regierung unter Yitzchak Rabin, zeitgleich zum Beginn des Friedenprozesses mit der Auferlegung einer generellen Sperrung, die die Bewohner des Gazastreifens zwang, Sondergenehmigungen zu erhalten, um in das Westjordanland reisen zu können. Diese Maßnahmen gipfelten mit dem Bau eines Trennungsauns entlang der Landesgrenze zwischen Israel und dem Gazastreifen (1994-1995), der den Streifen nicht nur von Israel, sondern vor allem auch vom Westjordanland physisch trennte. Dieser Zaun sollte auch als Vorbild für die heutige Mauerbaumaßnahme im Westjordanland dienen.⁴⁰ Seit Beginn der zweiten Intifada im September 2000, wurden die oben genannten Sondererlaubnisse zum Einreisen in den Gazastreifen bzw. zum Verlassen des Gebietes nur äußerst limitiert, hauptsächlich für ‚humanitäre Fälle‘ ausgegeben.

Nach dem Wahlgewinn durch die Hamas im Januar 2006, verhängte die internationale Gemeinschaft un-

³⁹ Der Begriff wird sehr oft von der israelischen Menschenrechtsorganisation BtSelem verwendet, siehe z. B. BtSelem: Human Rights in the Occupied Territories, annual reports 2007, 2008, 2009 (Bibliographie).

⁴⁰ Vgl. die Anfänge der israelischen Mauer, Abschnitt 3.4.1 dieser Arbeit.

Die im Juni 2007 verhängte Blockade schließt folgende Hauptaspekte ein:⁴²

1. Die Schließung des ‚Karmi‘-Checkpoints (Vgl. Karte 4-2), des bestausgestatteten kommerziellen Grenzübergangs mit Ausnahme des Förderbands zur Getreideüberführung;
2. Umfassende Beschränkungen des Imports industrieller, landwirtschaftlicher und Konstruktionsmaterialien;
3. Reduzierung der erlaubten Mengen des industriellen Brennstoffs zur Betreibung des einzigen Kraftwerkes (Aggregat) im Gazastreifen, von Benzin, Diesel und Koch-Gas;
4. Ein Generalverbot der Bewegung von Palästinensern durch ‚Erez‘, den einzigen Personen-Grenzübergang in Richtung Westjordanland, ausgenommen für eine limitierte Zahl ‚humanitärer Fälle‘;
5. Die Schließung des ‚Rafah-Grenzübergangs‘ zwischen dem Gazastreifen und Ägypten, der direkt von Ägypten kontrolliert wird, mit Ausnahme von sporadischen Öffnungen;
6. Eine signifikante Reduzierung der Fischfanggebiete und Agrarland, die für Palästinenser zugänglich sind;
7. Restriktionen auf den Bargeldtransfer zu den Banken von Gaza.

Die Blockade verwandelte den Gazastreifen tatsächlich in ein großes *Freiluftgefängnis*. Die Israelis haben sich im August 2005 zwar aus dem Gazastreifen zurückgezogen und ihre Siedlungen dort zerstört und dann verlassen, dennoch hat sich Israel weit reichende Kontrollrechte über die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben der Bewohner des Gazastreifens vorbehalten. Diese *Kontrollrechte*, sprich die Rückzugsbedingungen Israels, drücken sich in folgenden Schwerpunkten aus:⁴³

- Kontrolle des Zugangs des Personenverkehrs von und nach Gaza;
- Kontrolle des Außenhandels bzw. des Warenverkehrs von und nach Gaza;
- Kontrolle des Luftraumes;
- Kontrolle der palästinensischen Hoheitsgewässer;
- Kontrolle der Geburten und Personenstandsregister

An dieser Stelle ist es interessant zu wissen, was das internationale Recht zu dieser Blockade sagt. Nach dem *Haager Abkommen* von 1907 (Anhang 8.9/ Punkte 3) sowie dem *IV. Genfer Abkommen* von 1949, gilt ein Gebiet als ‚besetzt‘, wenn es sich *tatsächlich* in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Nicht die physische militärische Präsenz, sondern dessen ‚effektive Kontrolle‘ durch eine Fremdmacht bestimmt also den Status eines besetzten Gebietes. Im Falle des Gazastreifens trifft dieser Status (Besetztes Land) eindeutig zu. D. h. der Gazastreifen ist trotz des israelischen Truppenrückzugs weiterhin als besetztes Land zu betrachten.⁴⁴ Israel ist daher völkerrechtlich für die Sicherheit und das soziale Wohlergehen der Bevölkerung verantwortlich.⁴⁵

Tunnelwirtschaft: eine palästinensische vertikale Antwort auf die Blockade

Wie oben beschrieben, ist der Gazastreifen seit Juni 2006, also bereits 1 Jahr vor der Machtübernahme der Hamas, faktisch abgeriegelt. Nur sporadisch wurden Lieferungen ins Land gelassen. Die Menschen im Gazastreifen haben, bewegt durch die Not und ihrem Überlebensinstinkt, eine äußerst gefährliche aber clevere Methodik entwickelt, die restlichen (präziser: den Hauptanteil ihrer) Bedürfnisse mittels eines Systems von Tunneln zwischen dem ägyptischen und dem palästinensischen Rafah, mit Schmuggelware zu decken. Über dieses Tunnelsystem wird ein wichtiger Teil des Außenhandels des Gazastreifens abgewickelt. Man spricht heute von einer echten ‚Tunnelwirtschaft‘, die sich zu einem eigenen lukrativen Industriezweig entwickelt hat, der zwar hinter dem Rücken der ägyptischen Seite ausgeführt, faktisch aber von dieser inoffiziell toleriert wurde. Erst nachdem Israel sich bei der Bush-Administration beschwert hat, wurde internationaler Druck auf Ägypten

⁴² Ebenda; siehe auch die Angaben von BtSelem, unter: http://www.btselem.org/english/Gaza_Strip/Gaza_Status.asp.

⁴³ Die Angaben zu den Rückzugsbedingungen beruhen auf den Aufzeichnungen der israelischen Menschenrechtsorganisation BtSelem, siehe unter: http://www.btselem.org/english/Gaza_Strip/Gaza_Status.asp; siehe auch BtSelem: human Rights in the Occupied Territories, annual report 2008, S.12-16.

⁴⁴ Dieses wurde auch von dem UN-Sonderberichterstatter Richard Falk in seinem Bericht über die Situation der Menschenrechte in den palästinensischen Gebieten während der israelischen Offensive „Gegossenes Blei“ im Januar 2009, bekräftigt. Siehe Falk, Richard: *Human Rights Situation in Palestine and other occupied Arab territories [nach dem Gaza-Krieg], ein Bericht des Sonderberichterstatters für die 10te Generalversammlung, Sache 7 (Teil II/Punkt 4)*, New York, 11 Februar 2009 (UN General Assembly A/HRC/10/20).

⁴⁵ Zu einer ausführlichen Beschreibung der völkerrechtlichen Pflichten einer Besatzungsmacht, wie Israel, gegenüber der Zivilbevölkerung, wie den Palästinensern im Westjordanland und im Gazastreifen, vgl. den Text beider Abkommen, Anhang X/ 1 und 2 dieser Arbeit.

ausgeübt, und dieses begann tatsächlich im Verlaufe des Jahres 2008 einen Teil dieser Tunnel zu zerstören.⁴⁶

Die israelische Seite begründet ihre Ablehnung der Tunnel damit, dass der Iran Waffen nach Gaza durch die Tunnel schmuggeln würde. Dieses Argument scheint ziemlich überzogen. Man kann es nicht ausschließen, dass Kleinwaffen aus ägyptischen Beständen bzw. Material, das für das Basteln von Projektilen verwendet wird, durch die Tunnel geschmuggelt werden. Und viele Beobachter haben geschätzt, dass nur etwa 3% der Tunnel-Schmuggelware aus Kleinwaffenbeständen und Projektilen bestehen, der Rest (97%) sind die tatsächlich für den Alltag der Palästinenser nötigen Grundbedarfsgütern und Medikamente, sowie Sprit und elektronische Geräte. Beachtliche Teile der Waffenkäufe durch die Hamas wickelt diese erstaunlicherweise mit israelischen Waffenschmugglern ab – über das Mittelmeer. Gegen das israelische Argument mit dem Iran spricht allerdings die Tatsache, dass der Iran und Ägypten seit der islamischen Revolution 1979, weder diplomatische Beziehungen unterhalten, noch bestehen irgendwelche direkten Verbindungen zwischen beiden Ländern. Außerdem sind Bewegungen auf dem Sinai infolge des Camp-David-Abkommens äußerst beschränkt, vor allen entlang der östlichen Grenze zu Israel und dem Gazastreifen (in der Tiefe von 33 Km). Seit den Anschlägen auf die Touristenstädte *Dahab* und *Sharm Al-Schaich* im April 2006, werden Bewegungen auf dem Sinai streng kontrolliert.



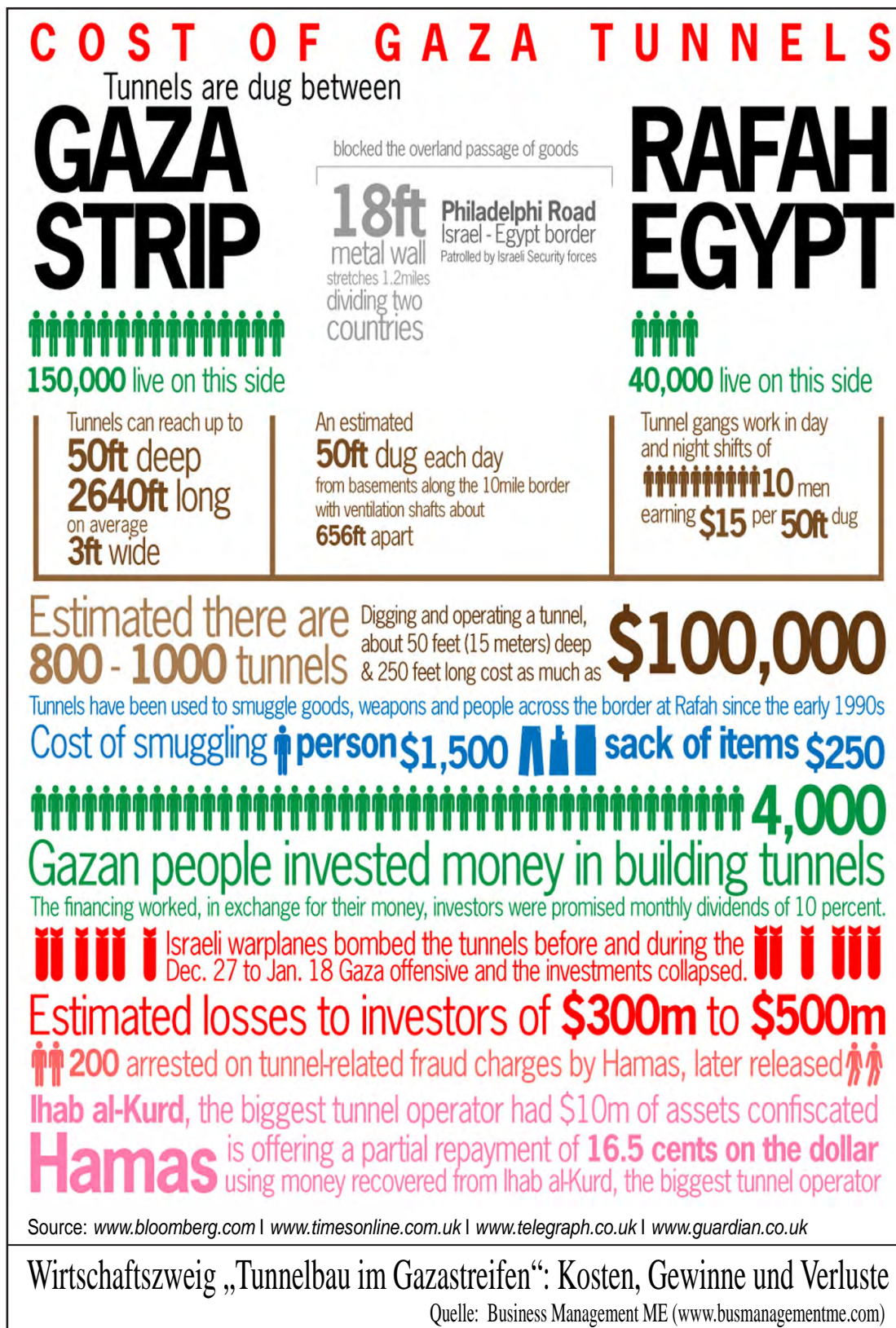
Bild 4-1: Gaza – Mensch, Tier und Ware durch einen Schlauch Schmuggeln.

Wie oben erwähnt wurde, findet Waffenschmuggel durch die Tunnel sicher statt. Jedoch kann der Schmuggel durch die Tunnel vom Umfang her (3% aller Tunnel-Schmuggel) bei weitem nicht die Hauptversorgung des Gazastreifens mit Waffen darstellen. Hingegen stellt er einen bedeutenden volkswirtschaftlichen Versorgungsanteil aller anderen überlebenswichtigen Waren für den Gazastreifen dar. Aus Sicht der Israelis ist eine Unterbindung dieses Versorgungsweges jedoch legitim, da diese Tunnel eben auch zu Waffenschmuggeln genutzt werden. Hingegen muss

⁴⁶ Die USA behielten 2008, als Druckmittel auf Ägypten, und aufgrund des israelischen Drängens zunächst 100 Mio. Dollar Militärhilfe ein, die erst ausgezahlt wurden, nachdem Ägypten mehrere Duzend Tunnel zerstört hatte. Die Tunnel gib es in Rafah bereits seit dem israelischen Rückzug aus Sinai infolge des Camp David Abkommens. Die neue Ziehung der Grenze verursachte damals eine Teilung der Stadt Rafah in einen palästinensischen und einen ägyptischen Teil. Dadurch wurden viele Familien getrennt. Durch die Tunnel hielten sie den Kontakt aufrecht. Erst später (nach der Wirtschaftsblockade) entwickelten sich die Tunnel zu einem Schmuggelnetzwerk. Siehe Jeremy M. Sharp: *The Egypt-Gaza Border and its Effects on Israeli-Egyptian Relations*, Congressional Research Service (CRS), February 1, 2008.

man aus Sicht der Gazaner und vor allem der Widerstandsgruppen Prioritäten setzen und keine Rücksicht auf die israelische Sichtweise nehmen (die Israelis tun es ja auch nicht), denn man hat (aus eigener verzweifelter Sicht) auch keine andere Wahl.

Bei allem Verständnis zum Sicherheitsbedürfnis Israels (immerhin Israels öffentliches Hauptargument), ist die Hypothese einer Versorgung der Hamas mit iranischen Waffen durch die Tunnel nur zum Teil glaubhaft. Das Hauptgegenargument ist die Tatsache, dass Israel den Gazastreifen dermaßen blockiert, dass die Palästinenser dort faktisch keinen anderen Ausweg zur Versorgung der Menschen mit ihren Grundbedürfnissen außer dem Schmuggelweg entlang der ägyptischen Grenze haben.



Estimated there are **800 - 1000** tunnels Digging and operating a tunnel, about 50 feet (15 meters) deep & 250 feet long cost as much as **\$100,000**

Tunnels have been used to smuggle goods, weapons and people across the border at Rafah since the early 1990s

Cost of smuggling  **person \$1,500**  **sack of items \$250**

 **4,000** Gazan people invested money in building tunnels

The financing worked, in exchange for their money, investors were promised monthly dividends of 10 percent.

 Israeli warplanes bombed the tunnels before and during the Dec. 27 to Jan. 18 Gaza offensive and the investments collapsed. 

Estimated losses to investors of **\$300m to \$500m**

 **200** arrested on tunnel-related fraud charges by Hamas, later released 

Ihab al-Kurd, the biggest tunnel operator had \$10m of assets confiscated

Hamas is offering a partial repayment of **16.5 cents on the dollar** using money recovered from Ihab al-Kurd, the biggest tunnel operator

Wirtschaftszweig „Tunnelbau im Gazastreifen“: Kosten, Gewinne und Verluste
 Quelle: Business Management ME (www.busmanagementme.com)

Graphik 4-1: Kosten des Wirtschaftszweigs ‚Gaza-Tunnel‘.

Dieses riesige Tunnelnetz entlang des etwa 14 Km langen Grenzgebietes zwischen Ägypten und dem Gazastreifen, ist ein ausgeklügeltes System aus miteinander verbundenen Schächten. Man schätzt, dass sich zwischen 800 und 1000 von Hand gegrabene Gänge (Tunnel) unter der ägyptisch-palästinensischen Grenze befinden (vgl. Graphik 4-1). Die Palästinenser sprechen sogar von mehr als 3000 Gängen.⁴⁷ Hier mag es sich um eine primitive aber durchaus funktionierende Baukonstruktion handeln, aber das Tunnelsystem stellte sich inzwischen als Lebensader für Gaza (und die Hamas) und als eine äußerst profitable Investmentmöglichkeit für mehr als 4000 wohlhabende Gazaner dar, die auf dem Wirtschaftssektor ‚Tunnelbau‘ erfolgreich investieren. Ein solcher unterirdischer Gang befindet sich auf einer Tiefe von etwa 15 m, manchmal noch viel tiefer. Gewöhnlich hat er eine durchschnittliche Breite von 0,9-1,0 m bzw. eine Höhe von etwa 1,2 m. Die Gesamtlänge des Tunnels kann bis zu 800 m betragen. Das Herstellen eines solchen Tunnels von etwa 76m Länge kostet den Investoren etwa 100.000 US-Dollar. Es sind mehrere Hundert Millionen US-Dollars in diesen Tunneln investiert worden. Etwa 20.000 *Beschäftigte* der Tunnel-Wirtschaft riskieren ihr Leben, da sie wegen der erstickenden Blockade seit Mitte Juni 2007 keine andere Wahl haben, wenn sie und ihre Familien (nicht selten bis zu 10 Kinder) überleben wollen.⁴⁸

Laut UN-Berichten wurden alleine zwischen Januar 2008 und Juni 2010 mindestens 135 palästinensische Tunnel-Arbeiter in den Tunneln getötet, und mehr als 200 verletzt. Sie waren entweder durch Arbeitsunfälle (zerdrückt durch Erdrutsche oder erstickten) umgekommen, oder sie wurden durch gezielte israelische Bombardements im Tunnelgebiet oder durch Gasvergiftung durch die ägyptischen Autoritäten getötet. Einige starben durch Stromschlag oder durch Verbrennungen, verursacht durch ausgelaufene geschmuggelte Brennstoffe.⁴⁹ Wie man später im Text sehen wird, haben die Tunnel-Investoren im Zuge des Kampfes gegen die Tunnel bzw. in dem letzten israelischen Krieg gegen Gaza (27.12.2008-18.01.2009) enorme Verluste erlitten.

Mit Ausnahme der von der UNRWA und dem *World Food Programm* verteilten Lebensmittel stammen die meisten auf dem freien Markt erhältlichen Waren in Gaza inzwischen aus ägyptischer Produktion. Die Tunnel ähneln in ihrer Funktion und Bedeutung für den Gazastreifen einer ‚Nabelschnur‘ bzw. einer ‚Plazenta‘ für das machtlose ungeborene Kind im Mutterleib. Deswegen kann die Tunnelfrage nicht losgelöst von internationalen Garantien eines freien Warenverkehrs von und nach Gaza diskutiert werden.

Würde man die Tunnel ohne die Öffnung der Grenzen des Gazastreifens zerstören, würde man die humanitäre Krise noch weiter verschärfen. Diese Tatsache ist in erster Linie an die ägyptische Regierung gerichtet, die seit Juni 2007 maßgebend an der Blockade teilnimmt – und das, obwohl diese Blockade für die ägyptische Seite keine juristische, sondern hauptsächlich eine ideologische und eine, was Israel betrifft, diplomatische Basis hat. Die Abneigung des ehemaligen ägyptischen Regimes gegen die Hamas (als Teil der von ihm verhassten Muslimbruderschaft) muss hier nicht besonders erläutert werden. Sich in der Tunnelfrage nicht am Aufspüren und Schließen der Tunnelsysteme zu beteiligen heißt de facto, Ägypten unterstützt (bewusst) den Schmuggel – und eben insbesondere den Waffenschmuggel. Das käme aus diplomatischer Sicht (Israels Sicht) einem beinahe kriegerischen Akt gleich und würde (vermutlich) entsprechende (zumindest eskalierende) diplomatische Konsequenzen mit sich bringen.

Natürlich versucht man diese Blockade damit zu erklären, dass der Krieg, den man hier führt nicht gegen die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger im Gazastreifen, sondern nur und alleine gegen die militante Hamas gerichtet sei. Den mehrheitlich einfachen Menschen tröstet diese Erklärung in keiner Weise. Denn die empirischen Daten über die Opfer der Blockade bezeugen ein unerträgliches Ausmaß an Armut und Elend der Menschen in Gaza. Und dennoch, sowohl Israel und der Westen als auch einige arabische Länder, insbesondere Ägypten und die PA, führen eine gnadenlose Kampagne der Dämonisierung der im Gazastreifen regierenden Hamas-Bewegung, um ihre Ablehnung der Wahlergebnisse vom 25. Januar 2006 und folglich diese unmenschliche Blockade gegen 1,5 Millionen Menschen zu begründen.

Die Tunnelwirtschaft ist in Abwesenheit der Alternativen eine logische palästinensische Antwort auf die Vertikalität des Konfliktes. Wenn die überlebenswichtige Grenzlinie nicht überquert bzw. übergangen werden kann, dann bleibt die Option, sie physisch zu *untergraben*.

47 In unzähligen Berichten der Al-Jazeera sprach man von mehr als 3000 Tunneln, die sich unter dem Grenzgebiet zu Ägypten befinden. Realistische Schätzungen sprechen jedoch von etwa 1000 Tunneln im Grenzgebiet.

48 Bartlett, Eva, ‚No other Options: Gaza’s tunnel industry‘, Electronic Intifada, 1 June 2010, online: <http://electronicintifada.net/v2/printer11209.shtml>.

49 Ebenda.

Die Dämonisierung der Hamas

An dieser Stelle muss gesagt werden, dass es ziemlich eigenartig und zudem kurzfristig, dass der Wahlgewinn durch die islamische Opposition, der durchaus seine nachvollziehbaren Gründe hatte, zu einem automatischen Boykott von Seiten des Westens sowie einiger arabischer Regime, insbesondere Ägyptens, führte. Die westliche Politik des Boykotts bezeugt ein politisches Armutszeugnis der Entscheidungsträger im Westen, die mit so einem überraschenden Wahlergebnis in einer Demokratie immer rechnen mussten. Außerdem war das Wahlergebnis in Palästina insofern nicht überraschend, dass die westlichen Länder, auch die EU, die finanzielle Hilfe an die PA unmittelbar kurz vor diesen Wahlen gestoppt hat, weil diese eine korrupte Politik betreibt und die Rechte der Menschen im eigenen Land verletzt. Wenn nun, nennen wir es, eine Protestwahl zugunsten einer islamischen Opposition entschieden wird, die sich über viele Jahre als volksnahe Bewegung bewiesen hat, gerät der demokratische Westen unter der Führung einer in der Tat christlich-fundamentalistischen US-Regierung ins Schwanken. Statt mit dem Gegner zu reden, entscheidet der Westen, diesen zu boykottieren und die alt vertraute, versagende und von ihm selbst als korrupt bezeichnete Gegenseite zu unterstützen. Welche Botschaft soll hier an die Palästinenser gesandt werden? Wie kann man diesen Widerspruch der eigenen Bevölkerung im Westen erklären? Wir wollen demokratische Wahlen in Palästina, aber das Ergebnis dieser Wahlen soll für unsere Nahostpolitik maßgeschneidert sein? Eine schwierige Aufgabe, aber keineswegs eine unmögliche. Denn das Zauberwort heißt hier ‚Medienpolitik‘. Wenn man das eigene politische Programm durchsetzen will, das von breiten Teilen abgelehnt werden würde, bedient man sich zwecks der Überzeugung der überwiegend in das Geschehen nicht eingeweihten eigenen Bevölkerung verschiedener Mittel. Das meist effiziente Mittel ist hier *Dialektik*.

In einem Nationalismus – wie im Falle der zur Zeit des Baubeginns der israelischen Mauer regierenden Neokonservativen in den USA – spielt die *andere* Seite, immer eine fundamentale Rolle in der Kreierung von Feindbildern. Denn diese benötigt man offensichtlich um die eigenen politischen Werte und Programme rechtfertigen zu können. Dialektik, wie wir sie seit Huntingtons ‚Kampf der Kulturen‘ (1993) kennen, ist meistens das erste Mittel zur Bildung von Mauern bzw. Abbau von Brücken. Der nächste logische Schritt ist meistens das *mediale* Verteufeln des Gegners. Man bedient sich der sprachlichen Mittel zwecks der Beherrschung bzw. Bestimmung der öffentlichen Meinung. Die Sprache wird hier in Politik transformiert. Und, wie es George Lakoff ausdrückte, wenn man die Sprache kontrolliert, kontrolliert man die Botschaft (*Message*). Die Unternehmensmedien (Privatmedien) erledigen den Rest.⁵⁰ Dieses Phänomen der Kontrolle über die Information in einer Wissensgesellschaft legt eine sehr effektive Waffe in den Händen seiner Anwender. Wenn Politik diese Waffe der richtigen oder der falschen Information (oder präziser der *Halbwahrheiten*) in Besitz nimmt, kann sie die öffentliche Meinung nicht nur bestimmen, sondern auch manipulieren und folglich sehr umstrittene politische Programme durchsetzen, selbst wenn diese versteckte – und eigentlich den Interessen bestimmter Lobbyisten dienenden – Agenda dem Land und seinen Leuten großen Schaden anrichten würden.

In Wahrheit leidet keine Gesellschaft so sehr unter diesem medialen Phänomen der verzerrten Bilder wie das arabische und speziell das palästinensische Volk – und das seit nun mehr als 100 Jahren. Der englische Journalist und Nahostkenner Robert Fisk hatte Recht als er schrieb: „Die Wahrheit über den Nahen Osten liegt unter den Schlagzeilen begraben“.⁵¹ In Bezug auf den Nahen Osten (und sonst wo) wird eine aggressive aber auf die öffentliche Meinung äußerst wirksame ‚Schlacht der Sprache‘ geführt. Diese Aussage wird von einigen Gegebenheiten untermauert:

- Entscheiden es die Regierung, die Chefredakteure und die Fernsehmanager im Westen einmal, so kann man sicher sein, dass die israelische ‚Mauer‘ zu einer ‚Sicherheitsbarriere‘ oder einfach ‚Zaun‘ wird;
- ein arabischer Pro-Westen-Tyrann wird zu einem ‚starken Mann‘ umgetauft; und die von Israel ‚besetzten‘ arabischen Gebiete werden zu ‚umstrittenen‘ Gebieten umformuliert und folglich die brutale Besetzung legalisiert;
- die ‚Schlacht der Sprache‘ verwischt sehr oft die Grenzen zwischen Begriffen wie ‚Terrorismus‘ und ‚Freiheitskampf‘, zwischen ‚Selbstverteidigung‘ und kollektiver ‚Aggression‘. Mehr noch: mit einem Federstrich werden die befreundeten ‚Freiheitskämpfern‘ von gestern zu erbitterten ‚Terroristenfeinden‘

50 Lakoff, George, *don't think of an elephant! Know your values and frame the debate*, Chelsea Green Publishing, Vermont, 2004, S.xii.

51 Fisk, Robert, ‚The Truth about the Middle East is buried beneath the headlines‘, *The Independent*, 31. Oktober 2009, <http://www.independent.co.uk/opinion/commentators/fisk/robert-fisksquos-world-the-truth-about-the-middle-east-is-buried-beneath-the-headlines-1812300.html>.

umdefiniert und die ‚Terroristen‘ von Gestern zu den heutigen ‚Friedensnobelpreisträgern‘ gekrönt.⁵²

Die Medien sorgen also für eine Reglementierung des Bewusstseins der Öffentlichkeit. Die erstaunliche Tatsache, dass sich die ‚Vielen‘ (die Massen) von den ‚Wenigen‘ (den Politikern) mit Leichtigkeit beherrschen lassen, obwohl doch Macht immer auf Seiten der Regierten liegt, hat damit zu tun, dass die Regierungsherrschaft, so Noam Chomsky, „auf „Meinung“ (opinion) beruht; ein Grundsatz, der für die despotischsten und militärischsten Regierungen ebenso gelte wie für die freiesten republikanischsten“.⁵³ Die Politik schafft es immer wieder, auch in einer Demokratie, dass die Öffentlichkeit auf Umwegen einen Konsens über innen- und außenpolitische Themen und Debatten ohne Zustimmung letztendlich akzeptiert. Es sind oft äußerst kritische, wenn nicht dubiose Themen, die einfach in einer neuen maßgeschneiderten sprachlichen *Verpackung* politisch wieder verkauft werden. Dazu gehört ganz sicher das Verteufeln eines Gegners, so sehr, dass ein Krieg damit gerechtfertigt und schließlich geplant werden kann.



Karte 4-3: Reichweiten von Raketen, die aus dem Gazastreifen und bedrohte Städte in Israel, 01/2009.

Die Dämonisierung der Hamas hat bereits sehr früh begonnen. Diese war eine Konstruktion einer Dichotomie zwischen der „bösen“ „radikal-islamischen“ Hamas und der „guten“ „moderaten“ Al-Fatah, die die Hamas, zusammen mit Iran und Hisbollah im Libanon, in die Laufbahn der vor allem in den USA fiktiven „Achse des Bösen“ platziert hat. Dieses von vorne herein *fiktive* Bild von der Hamas ist keine hilfreiche Ausgangsposition für eine politische Analyse, da sie die Kontexte des Handelns unberücksichtigt lassen, noch entspricht sie den empirischen Tatsachen über die Gründe der Blockade, über ihre Folgen, über die berühmten Qassam-Raketen, über den Waffenstillstand (Hudna 19.06.-19.12.2008), der unmittelbar vor dem Ausbruch des letzten israelischen Krieges gegen den Gazastreifen stattfand, bzw. warum diese Hudna überhaupt aufgekündigt wurde (siehe Gaza-Krieg unten).

52 Ebenda. Mehr dazu in: Chomsky, Noam: *Media Control. The Spectacular Achievements of Propaganda*, 2nd Edition, seven stories press, NY, 2002.
 53 Chomsky, Noam, *Profit Over People ... a.a.O.*, S.55.

Das oben genannte fiktive Bild von der Hamas kann ein aufmerksamer Beobachter sehr leicht revidieren. Hierzu einige, aber noch lange nicht alle, Gegenargumente:⁵⁴

1. Hamas ist eine konservative islamistische Organisation, die ihre Basis vor allem ihrer Sozialarbeit zu verdanken hat und die bereit ist, sich in den politischen Prozess zu integrieren, wie man bei den Wahlen im Januar 2006 gesehen hat, aus denen sie als Sieger hervorgegangen ist. Sie hat nichts zu tun mit terroristischen Organisationen wie Al-Qaida oder der ägyptischen Jama'at Al-Islamiya' wie die verbreitete Kategorisierung „radikal islamistisch“ evoziert.⁵⁵ Hamas wurde sogar öffentlich von der Al-Qaida (in den Fernsehschirmen und von deren Webseiten) für ihren politischen Pragmatismus angegriffen, insbesondere wegen ihrer Teilnahme am politischen Prozess. Die de-facto Hamas-Regierung im Gazastreifen soll den ägyptischen Behörden sogar Al-Qaida-Mitglieder, die von Ägypten nach Gaza geflohen waren, ausgeliefert haben – das war einer der Gründe, warum die Ägypter in der Tunnelfrage immer wieder die Augen zudrückten⁵⁶;

2. Aufgrund regionalpolitischer Konstellationen, vor allem im Verhältnis zu Israel, gibt es sicherlich gemeinsame Interessen zwischen Hisbollah und Hamas. Von einer von Iran gesteuerten Achse des Bösen zu sprechen, ist jedoch völlig überspannt. Es ist bekannt, dass Hamas aus der sunnitischen Muslimbruderschaft (wie übrigens einige der Gründer der Fatah, z. B. Arafat, in den 1950er Jahren) hervorgegangen ist. Sie steht moderaten sunnitischen Kräften ideologisch und politisch sehr viel näher als dem schiitischen Islamismus iranischer Prägung – in anderen Regionalkonflikten (wie in der Irakkrise) haben sie starke Differenzen und sind in völlig verschiedene regionale Allianzen eingebunden. Als ein Organ der Muslimbruderschaft in Palästina, lehnt die Hamas Gewalt als Mittel der Politik, außer als Form des Widerstandes gegen Besatzung und Fremdherrschaft, ab. Die Muslimbruderschaft wird von den arabischen Regimen wegen ihrer starken sozialen Präsenz politisch zwar nur geduldet, ist aber in vielen arabischen Parlamenten (Ägypten, Jordanien, Jemen, Sudan, Kuwait, Bahrain, Irak, Algerien) und sogar in einigen arabischen Regierungen (Irak, Algerien, die somalische Übergangsregierung) vertreten;

3. Sowohl in der Hamas als auch in der Fatah gibt es militante Kräfte, die dem bewaffneten Kampf gegen die Besatzung Priorität einräumen, und politisch-pragmatische Flügel, die die Verhandlungen vorziehen (siehe Farouq Al-Qaddumi, oben);

4. Wie oben bereits geschildert, ist der Konflikt zwischen der Fatah und der Hamas vor allem ein politischer Konflikt um Macht bzw. um die Führung des palästinensischen Volkes, die bis zum Tode Arafat faktisch ein Monopol der Fatah war. Und dieser Konflikt ist ein Ausdruck der erwähnten Sackgasse des Friedensprozesses;

5. Allgemein wird die Hamas für den Raketenbeschuss auf israelische Ortschaften aus dem Gazastreifen verantwortlich gemacht. Das deckt sich jedoch nicht mit den empirischen Tatsachen. Denn Tatsache ist, dass alle palästinensischen Widerstandsorganisationen⁵⁷ an dem Raketenbeschuss beteiligt waren, bevor die Hamas und die anderen Gruppen unter Vermittlung der ägyptischen Regierung das 6-monatigen Hudna-Abkommen am 19. Juni 2008 mit der israelischen Regierung unterzeichneten. Nur 15% der bewaffneten Operationen in den Wochen unmittelbar vor der Unterzeichnung der Hudna gingen auf das Konto der Hamas, und 50% dieser Hamas-Aktionen richteten sich gegen eindringende israelische Militärfahrzeuge sowie gegen israelische militärische Ziele (Armeeposten entlang des Sicherheitszaunes und Militärcamps auf der der anderen Seite der Grenze). Interessant ist hier die Tatsache, dass die meisten Angriffe auf die inzwischen weltberühmten israelischen Grenz-Städtchen *Sderot*, nördlich des Gazastreifens, auf Beschuss durch die Al-Aqsa-Brigaden (Fatah) zurückgingen, die eine sehr starke Präsenz im nördlichen Gazastreifen haben. Hier wird deutlich, dass der Raketenbeschuss auf israelische Siedlungen strukturelle Gründe hat. Er ist das Ergebnis der über 40 Jahre währenden Besatzung und fortgesetzten Blockade des Gazastreifens und nicht das Resultat der politischen Option einzelner Gruppen. Faktisch beschießen die palästinensischen militanten Gruppen, Kinder von Flüchtlingen, ihre eigenen ehemaligen Heimorte, denn 2/3 der mehr als eine Million zählenden Flüchtlinge des Gazastreifens stammen aus dem heutigen Gebiet südlich von Tel-Aviv, aus Stadtkreisen wie Jaffa, Al-Ramla,

⁵⁴ Alle folgenden Angaben, wenn nicht anders angegeben, entnommen aus der Studie der Politikwissenschaftlerin Ivesa Lübben: ‚Warum der Waffenstillstand scheitern musste – Über die Hintergründe des Krieges im Gazastreifen‘, Averroes Institut für Wissenschaftliche Islamforschung (AWIS), www.avis-Islamforschung.org, online unter: [http://awisislamforschung.eu/archiv/warum-der-waffenstillstand-scheitern-musste/view?searchteam=Ivesa Lübben](http://awisislamforschung.eu/archiv/warum-der-waffenstillstand-scheitern-musste/view?searchteam=Ivesa%20L%C3%BCbben).

⁵⁵ Über die Geschichte der Hamas, siehe z. B. Baumgarten, Helga: *Hamas – Der Politische Islam in Palästina*, Heinrich Hugendubel Verlag, 2006.

⁵⁶ Sharp, Jeremy M, *The Egypt-Gaza Border ... a.a.O.* (Fußnote 46).

⁵⁷ Diese sind: (1) Die Naser Al-Din-Brigaden des Volkswiderstandskomitees (Im Jahre 2000 vom ehemaligen Fatah-Mitglied Jamal Abu Samhandana gegründet; die meisten ihrer Mitglieder gehörten anderen Widerstandsorganisationen, vor allem der Fatah, der Hamas und de Jihad an); (2) die Volkswiderstandbrigaden der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP); (3) die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden der (PFLP); (4) die Volksfront für die Befreiung Palästinas- Generalkommando (PFLP-GC); (5) die Quds-Brigaden des Jihad Al-Islami; (5) die Qassam-Brigaden der Hamas; und (6) die Al-Aqsa-Brigaden sowie andere kleinere Widerstandsorganisationen der Fatah, wie Abu-Risch-Brigaden, die Brigaden des Märtyrers □Abu Ammar' (Beiname von Yassir Arafat) und die Mudschahidin.

Al-Ledd, Asqalan (heute Aschkelon) und Be'r Al-Sabe' (heute Beerscheba). Ohne die Ursachenbekämpfung der Ungerechtigkeit, die diese Menschen spüren, wird es nicht zu einer Befriedung Südisraels kommen – auch nicht mit der Ausschaltung der Hamas; und

6. Das verbreitete Bild, mit der Hamas sei kein Frieden machbar, ist grundsätzlich falsch. Ein Kernproblem liegt hier darin, was man unter Frieden versteht. Die Frage nach Gewaltfreiheit als Voraussetzung für alle weiteren Handlungen steht dem Anspruch eines Freiheitskämpfers gegenüber, für seine Rechte einzutreten, wenn keine anderen Mittel mehr möglich sind (oder waren). Beide Ansätze sind nicht kompatibel. Und hier liegt das Problem. Wie bereits erwähnt wurde, geht es der Hamas um einen Frieden, den das palästinensische Volk – das ganze Volk – mittragen würde, sprich keinen Diktat-Frieden, der nur den israelischen Bedürfnissen Beachtung schenke. Ein bekanntes Beispiel dieser Haltung der Hamas wurde von nicht weniger als dem ehemaligen US-Präsidenten und Nobelpreisträger Jimmy Carter bezeugt, der in einer Pressekonferenz in Jerusalem am 21. April 2008, nachdem am 18. April in seiner Friedensvermittlerrolle den Hamas-Politbüro-Chef *Khaled Mashal* in Damaskus getroffen hat, erklärte⁵⁸:

7. Hamas akzeptiere grundsätzlich eine bedingte Waffenruhe mit Israel;

- e) sie würde ein Endstatusabkommen akzeptieren, das Präsident Mahmoud Abbas und Israel zwecks der Errichtung eines Palästinenserstaates auf dem Gebiet von 1967 aushandeln würden, unter der Voraussetzung, dass das palästinensische Volk im Land sowie in der Diaspora mittels einer international garantierten und kontrollierten Volksumfrage das Ergebnis zustimme;
- f) Hamas würde das Ergebnis einer solchen Umfrage oder Teilen davon nicht im Wege stehen, selbst, wenn diese der Überzeugung der Bewegung widerspreche.

Bei der verhängten Blockade geht es also weniger um die Radikalität der Hamas-Bewegung als solche, sondern wesentlich darum, dass zwei wirklich widersprüchliche politische Programme sich die Stirn bieten und darum, dass der letzte palästinensische Widerstand mit arabischer und palästinensischer Hilfe auf die Knie gezwungen werden soll. Keine westliche Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg war so radikal fundamentalistisch wie die G. W. Bush-Administration und keine einzige israelische Regierung seit Staatsgründung war auch nur annähernd nach außen hin liberal – inklusive der letzten Rabin-Regierung, die Oslo II ermöglichte. In Israel kann keine israelische Regierung wirklich liberal-demokratisch sein, jedenfalls solange der Staat selbst und seine Grundgesetze (keine Verfassung) aus der bisherigen Ideologie – dem Zionismus – schöpfen. Und keine israelische Regierung in der Geschichte des Staates war so radikal und kompromisslos wie die jetzige Netanyahu-Regierung. Dass ausgerechnet diese durch und durch radikale Parteien (USA und Israel) die Blockade gegen den Gazastreifen mit der Radikalität der Hamas-Bewegung begründen und deswegen 1,5 Millionen Menschen dem langsamen Tod ausliefern, ist nicht nur der reinste Sarkasmus, sondern auch eine Ohrfeige gegen die menschliche Intelligenz.

Aufkündigung der Hudna – nur Hamas-Schuld?

Durch die Vermittlung Ägyptens wurde ein 6-monatiger Waffenstillstand (Tahdi'a oder Hudna) zwischen Israel und der Hamas-Regierung sowie anderen Widerstandsgruppen im Gazastreifen vereinbart, der am 19.06.2008 in Kraft trat. Wie man inzwischen weiß, wurde diese Vereinbarung nach Fristablauf von Seiten der Hamas-Regierung aufgekündigt. Kurz danach, am 27.12.2010, hat die israelische Armee den totalen Krieg gegen den Gazastreifen erklärt und startete – mit passiver Hilfe einiger arabischen Regime, vor allem vom angrenzenden Ägypten, eine buchstäblich vernichtende umfassende Invasion, die bis zum 18. Januar 2009 andauerte.

Die gängige Grundhypothese über die Gründe dieses israelischen Krieges besagt, dass u. a.

- die Hamas den Krieg durch die Aufkündigung des Waffenstillstandes mit Israel provoziert habe;
- die Hamas israelische Orte ständig mit Qassam-Raketen beschossen hätte und Israel daher sich wehren müsse; und
- die Ausschaltung der Hamas eine Voraussetzung für den Frieden im Nahen Osten sei;

⁵⁸ Al-Jazeera, 21.04.2008.

Die Behauptung, dass die Hamas bewusst Zivilisten als menschliches Schild benutze bzw. den Tod von Zivilisten bewusst einkalkuliere, scheint dann als logische Konsequenz ihrer Friedensunwilligkeit und fanatischen Militanz.

In Wahrheit ist diese Hypothese ein Bestandteil und Fortsetzung der oben genannten Dämonisierung der Hamas-Regierung und kennzeichnet weiterhin das politische Versagen der Embargo-Allianz (Israels, der USA, des Westens, der PA und der arabischen Regime, insbesondere Ägyptens) mit den Wahlergebnissen von Januar 2006 umzugehen. Mittels eines harten (damals 12 Monate andauernden) umfassenden Embargos, konnte diese Allianz die Hamas-Regierung und alle Widerstandsorganisationen nicht auf die Knie zwingen. Der Krieg war die nächste Option für Israel und die USA – die meisten Staaten schauten zu und schwiegen. Andere, wie das ägyptische Regime, haben nicht nur schadenfroh zugeschaut, sondern sich faktisch aktiv am Krieg beteiligt, indem es wider internationales Recht die Grenze schloss und sich weigerte, der tödlich angegriffenen Zivilbevölkerung während des Kriegsgeschehen die sichere Zuflucht in sein angrenzendes Territorium zu gewähren (bis die kriegerischen Auseinandersetzungen vorüber waren) oder wenigstens den Zugang angemessener humanitärer Hilfe der arabischen und internationalen Hilfsorganisationen über seine Grenze in den Gazastreifen zuzulassen.

Die oben genannte Hypothese in allen ihren Punkten war vor allem deswegen falsch, weil die Waffenstillstandsvereinbarung von vornherein brüchig war, da es eine Reihe von Unklarheiten bzw. Dilemmata gab, die die Umsetzung der Vereinbarung unmöglich machten:⁵⁹

I/ **Das erste Dilemma** der Vereinbarung bestand darin, dass es keine schriftliche Version dieser Vereinbarung gab.⁶⁰ Israel argumentierte diesen Umstand damit, dass ein offizielles Abkommen der Hamas-Regierung Legitimität verleihen würde. Die Bestimmungen der Vereinbarung wissen wir aus ägyptischen Quellen. Diese besagten Folgendes:

- Die Vereinbarung sah eine sofortige Waffenruhe vor;
- nach 3 Tagen sollten Grundbedarfsgüter in den Gazastreifen gelassen werden;
- nach 10 Tagen sollte die Blockade vollständig aufgehoben werden und der Warenverkehr – mit Ausnahme von Materialien die, zur Waffenproduktion verwendet werden könnten – freigegeben werden.

Hamas unterbreitete ihrerseits dem Carter-Center, das die Verhandlungen im Hintergrund verfolgt hatte, ein schriftliches Protokoll der Verhandlungsergebnisse. Danach bestand das (Abkommen) aus 6 Punkten:

- a) Einstellung aller gegenseitigen Militäraktionen ab dem 19.06.2008, 0:00 Uhr;
- b) Das Abkommen gilt in Absprache mit den palästinensischen nationalen Parteien zunächst für 6 Monate;
- c) Der Waffenstillstand besteht auf dem Konsens aller nationalen Parteien und steht unter ägyptischer Schirm;
- d) Nach 72 Stunden sollen die Grenzen geöffnet und zunächst 30% mehr Waren die Grenzen passieren dürfen;
- e) Nach 10 Tagen soll ein unbegrenzter Warenverkehr möglich sein; und
- f) Ägypten wird sich dafür einsetzen, dass das Abkommen auf die Westjordanland ausgedehnt wird;

II/ **Das zweite Dilemma:** die Tatsache dass es keine schriftliche Version dieser Vereinbarung gab, führte automatisch zu dem zweiten Dilemma. Statt sich an die Vereinbarung in Bezug auf beschränkte Zulassung von Lebensmitteln nach 3 Tagen bzw. der völligen Aufhebung der Blockade nach 10 Tagen zu halten, stellten die Israelis neue Bedingungen für einen freien Warenverkehr und versuchten dadurch die Verhandlungsgrundlagen im Nachhinein zu verändern. Die neue Bedingung war die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit, der am 25.06.2006 in einer gemeinsamen Operation mehrerer Widerstandsgruppen aus einem Armee-Camp jenseits der Grenze in den Gazastreifen entführt worden war, um palästinensische Gefangene freilassen zu können.⁶¹ Israel hatte nachträglich gefordert, dass die Freilassung von Gilad Shalit ein Teil des Abkommens

⁵⁹ Alle folgenden Angaben, wenn nicht anders angegeben, entnommen aus der Studie der Politikwissenschaftlerin Ivesa Lübben: *Warum der Waffenstillstand scheitern musste ... a.a.O.*

⁶⁰ Siehe International Crisis Group: Ending the war in Gaza, Middle East Briefing No. 26, 5 January 2009, P.3, in: *Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490)*, Part One/ III/ § 225, S.63. (siehe unten: Fußnote 69).

⁶¹ Nach Angaben BtSelems saßen bis Juli 2006 etwa 9130 palästinensische (politische) Gefangene in israelischen Gefängnissen (Vgl. BtSelem:

(Waffenstillstandes) sein sollte. Aber die Hamas wollte ihrerseits die Freilassung politischer Gefangener einschließlich von 300 Kindern und Jugendlichen, aller weiblichen Gefangenen, der 33 Hamas-Mitglieder des palästinensischen Legislativrats sowie anderer hochrangiger Politiker (wie das Fatah-Mitglied Marwan Barghouti), die in Israel inhaftiert waren. Das Problem Gilad Shalits blieb bis zu seiner Freilassung am 18.12.2011 (im Rahmen eines Gefangenen austauschs, bei dem Israel mehr als 500 palästinensische Gefangene freilassen musste) eines der größten Hindernisse auf dem Weg einer friedlichen Übereinstimmung und ein ständiger Vorwand für israelische Invasionen in den Gazastreifen, vor allem für den letzten Krieg (Dezember 2008/Januar 2009).

III/ Das dritte Dilemma: sowohl auf palästinensischer als auch auf israelischer Seite bestand kein Konsens über das Waffenstillstandsabkommen. Die palästinensischen Widerstandsorganisationen, die an den Verhandlungen nicht teilnahmen, kritisierten die technischen Details der Vereinbarung, stellten jedoch diese nicht grundsätzlich in Frage. Dennoch übten sie einen enormen Druck auf die Hamas aus, ihre Wünsche und Vorstellungen, wie der Waffenstillstand verlaufen solle, zu erfüllen: die PFLP forderte, dass die Hamas mehr zur Freilassung der politischen Gefangenen unternehmen sollte; die Jihad Al-Islami stimmte dem Waffenstillstand mit dem Vorbehalt zu, dass sie die Zustimmung zurückziehe, sollte Israel sich seinerseits nicht an die Abmachungen halten. Selbst die Qassam-Brigaden, der bewaffnete Arm der Hamas, nahm eine ähnliche Stellungnahme zum Abkommen wie die Jihad Al-Islami; die DFLP kritisierte, dass der Waffenstillstand zeitlich nicht an die Öffnung der Grenzen gekoppelt sei. Bemerkenswert pragmatisch und weitsichtig war jedoch die Kritik der Al-Aqsa-Brigaden (Fatah), die die Ausdehnung des Abkommens auf das Westjordanland forderten.⁶² Und tatsächlich in weniger als einer Woche, am 24. Juni, wurden zwei junge Funktionäre der Jihad Al-Islami in ihrer Wohnung in Nablus (Westjordanland) durch Sondereinheiten der israelischen Armee erschossen. Noch am selben Tag schossen die Quds-Brigaden als Vergeltung drei hausgemachte Raketen auf Sderot.⁶³ Und genau hier wird das vierte Dilemma des Abkommens sichtbar;

IV/ Das vierte Dilemma: wie die Territorien ‚Westjordanland‘ und ‚Gazastreifen‘ nach Juni 2007, wurde hier auch die Entkopplung eines Waffenstillstandes in Gaza und in der West Bank sichtbar, die einerseits auf die innerpalästinensische politische Spaltung zurückzuführen ist, andererseits aber auch von den Israelis gewollt ist, um diese Spaltung – ganz im Sinne des Disengagement-Plans – zu vertiefen. Anders kann man sich die verkehrte Logik im Verhalten der israelischen Regierung nicht erklären, warum sie mit der Hamas in Gaza, deren Legitimität sie fortwährend in Frage stellt, ein Abkommen über einen Waffenstillstand schließt, während sie sich gleichzeitig weigert, das Westjordanland in das Waffenstillstandsabkommen einzubeziehen, obwohl dieses von der palästinensischen Autonomiebehörde verwaltet wird, mit der Israel auf der Basis der Osloer Verträge über eine Gesamtlösung verhandelt;

V/ Das fünfte Dilemma: Während die Palästinenser Differenzen über die konkreten Konditionen des Abkommens haben (Punkt 3), gibt es auf israelischer Seite Differenzen über das Prinzip des Waffenstillstandes selber. Hochrangige israelische Politiker und Militärkreise äußerten ihre Skepsis über das Abkommen. Der stellvertretende Ministerpräsident Haim Ramon hielt einen Waffenstillstand für grundsätzlich falsch, da er eine Anerkennung der Hamas darstelle bzw. ein ernsthafter Schlag gegen die PA sei. Er fürchtete, dass eine Akzeptanz des Abkommens die PA ermuntere, Verhandlungen mit der Hamas bezüglich einer gemeinsamen Regierung zu starten. Diese Position deckte sich mit den Äußerungen von Condoleeza Rice in Berlin am 26.06.2008, es dürfe keinen innerpalästinensischen Dialog und keine Regierung der nationalen Einheit geben, solange die Hamas Israels Existenzrecht nicht anerkannt habe. Der damalige israelische Premierminister Olmert stand unter dringendem Verdacht, den „Friedensboten“ nur gespielt zu haben, nicht etwa damit Frieden herrsche – dafür wusste er zu viel über die Ablehnung breiter Kreise in Israel – sondern da er seit Monaten wegen des Verdachtes auf Korruption um sein politisches Überleben kämpfte. Seinem Ansehensverlust im eigenen Land versuchte er durch außenpolitische Ankündigungen entgegenzuwirken, um zu zeigen, dass er in seinen letzten Amtstagen imstande war, etwas Großes zu bewegen.⁶⁴ Die Militärs befürchteten, dass ein Abkommen von langer Dauer der Hamas eine Atempause gönnen würde, die sie eventuell für eine Weiterbewaffnung nutzen könnte. In dieser

Burred from Contact – Violation of the Right to visit Palestinians held in Israeli Prisons, an Information Sheet, September 2006), ein Drittel davon ohne Gerichtsverfahren. Nach Angaben des PCBS befanden sich Am 17. April 2007 (zum Tag des palästinensischen Gefangenen, den die Palästinenser seit 1974 gedenken) mehr als 11.000 Palästinenser in israelischer politischer Haft, von denen insgesamt 187 Gefangene seit mehr als 15 Jahren und 8 Gefangene sogar seit mehr als 25 Jahre inhaftiert.

⁶² Meldung der ‚Ma’an News Agency‘ (Bethlehem, Gaza), 18.06.2008, <http://www.maannews.net/eng>.

⁶³ Ebenda, 24.06.2008.

⁶⁴ Siehe Pierre Heuman: ‚Warum Olmert den Friedensboten spielt‘, Spiegel Online, 18. Juni 2008.

Zeit, und trotz der Einhaltung der Waffenruhe durch die Hamas, hat es immer wieder Äußerungen von Seiten der Militärs über eine bevorstehende große militärische Operation im Gazastreifen gegeben.⁶⁵ Auch in den inneren Geheimdienstkreisen (Shin Bet) befürchtete man, dass ein Waffenstillstand den Druck auf die Hamas, Shalit freizulassen, verringern würde.⁶⁶

Diese Äußerungen verstärkten unter den Palästinensern den Eindruck, dass der Waffenstillstand von Seiten der israelischen Militärführung nur dem Zeitgewinn zur Vorbereitung einer Offensive diene;

VI/ Das sechste Dilemma: ähnlich wie im Falle der Osloer Verträge, befand sich die Hamas (wie die PA in Oslo) in der misslichen Lage der *asymmetrischen Durchsetzungsmechanismen* (zugunsten Israel). Während Israel durch die Kontrolle der Grenzen und die militärische Dominanz über alle Druckinstrumente verfügt, die isolierte Hamas zur Einhaltung ihrer aus dem Abkommen resultierenden Verpflichtungen zu zwingen, sind der Hamas-Regierung gegenüber israelischen Verletzungen die Hände gebunden;

VII/ Das siebte Dilemma: ebenso ähnlich wie bei den Osloer Verträgen, fehlte auch hier eine internationale Beobachtung. Dieses Fehlen einer neutralen Kontrolle zur Einhaltung der Vereinbarungen hatte eine asymmetrische Berichtserstattung zur Folge. Unzählige israelische Verletzungen des Abkommens – inklusive der Nichteinhaltung dessen vereinbarter stufenweiser Umsetzung – blieben von der Weltöffentlichkeit und der internationalen Politik unbeachtet, während andererseits jede palästinensische Rakete – ohne jeden Kontextbezug und ohne Urheberschaft zu ergründen – medial überproportional als Angriff der „radikal-islamistischen“ Hamas ausgeschlachtet wurde. Ein fortwährendes Szenario israelischer Verletzungen des Abkommens – Beschuss der Fischer unter Verletzung der palästinensischen Hoheitsgewässer, Beschuss von Farmern und Schäfern, deren Felder und Häuser hinter dem Grenzzaun liegen, Verletzungen des Luftraumes, Sonderkommandos und Militärpatrouillen, die in das Gebiet des Gazastreifens eindringen und nicht zuletzt die Verhaftungen und außergerichtlichen Exekutionen palästinensischer Aktivisten in der West Bank – wird für die Palästinenser zum Alltag.⁶⁷

Aus allen diesen Schilderungen zusammen kann man deutlich sehen, dass die Waffenstillstandsvereinbarungen ihre Keimzelle zum Scheitern in sich trugen und dass die israelische Seite – und mit ihr andere arabische Kreise – mit der Waffenruhe tatsächlich nur Zeit gewinnen wollte bis die Vorbereitungen (politisch und logistisch) für eine große militärische Operation fertig waren – wie man weniger als 10 Tage später erfahren sollte, wird diese militärische Operation blutige Wirklichkeit. Die Waffenruhe war in Wahrheit nur die *Ruhe vor dem Sturm*.

Was die Verletzung der Menschenrechte betrifft, kann man der Hamas im Gazastreifen genauso wie der von der Fatah dominierten Autonomiebehörde im Westjordanland ganz sicher in einigen Fällen unverzeihliche Willkür in Umgang mit den politischen Gegnern vorwerfen. Man kann der Hamas vor allem große politische Fehlkalkulationen vorwerfen. Sie hatte trotz vieler Warnungen die Ernsthaftigkeit und Gefahr eines israelischen Angriffs offensichtlich unterschätzt. Sie hatte die Illusion, dass die Ägypter über diplomatische Kanäle das Waffenstillstandsabkommen retten würden. Ihr größter Fehler in Bezug auf Ägypten war wohl, dass sie im November 2008 und trotz der kritischen Situation im Gazastreifen die Verhandlungen mit der Fatah platzen ließ, wodurch sie das ägyptische Regime bloßstellte und sich noch mehr isolierte.⁶⁸ Aber der Hamas vorzuwerfen, sie hätte die bewaffnete Konfrontation mit Israel gesucht, ist sachlich unrichtig. Die politische Führung der Hamas hat bis zuletzt versucht das Waffenstillstandsabkommen zu retten, indem sie sich trotz anhaltender israelischer Verletzung des Abkommens nicht provozieren ließ und auch die anderen Gruppen im Gazastreifen davon abhielt, Vergeltungsanschläge gegen Israel auszuüben. Außerdem war das ägyptische Regime und überhaupt die meisten arabischen Regime, die eine islamische Opposition hatten, der Hamas nie wohlgesonnen und wollten um jeden Preis diese Bewegung, die in der arabischen Welt vom Atlantik bis zum arabischen Golf

65 Ehud Barak drohte, beispielsweise, am 04. August 2008 auf einer Sitzung der Arbeiterpartei mit einem Truppeneinmarsch im Gazastreifen.

66 Meldung der ‚Ma’an News Agency‘ (Bethlehem, Gaza), 08.08.2008, <http://www.maannews.net/eng>.

67 Die israelische Armee hat während sechs aufeinander folgenden Monaten (Juni bis Dezember 2008) das Abkommen verletzt. Bereits am ersten Tag des Waffenstillstandes, am 19.06.2008, wurden palästinensische Fischer in den palästinensischen Hoheitsgewässern von israelischen Kriegsschiffen mit 4 Raketen beschossen. Am selben Tag ließen Kampfflugzeuge, die über Gaza-Stadt kreisten, Schall-Bomben explodieren und lösten eine Panik unter der Bevölkerung aus. In Khan Yunis schossen israelische Soldaten über den Zaun hinweg auf palästinensische Bauern (Ma’an, 26.06.2008). Vgl. die täglichen Nachrichtenmeldungen der ‚Ma’an News Agency‘ sowie der Sender ‚Al-Jazeera‘ über den gesamten Zeitraum des Waffenstillstandsabkommens.

68 Die Hamas forderte als Vorbedingung für die Verhandlungen, dass die PA gefangene Hamas-Mitglieder im Westjordanland freilassen sollte. Die PA bestritt, dass es dort politische Gefangene gäbe. Menschenrechtsorganisationen sprachen zu dem Zeitpunkt von 300 bis 400 politischen Gefangenen bei der PA im Westjordanland, von denen die meisten Mitglieder der Hamas waren.

immer mehr Popularität gewann und womöglich als ein Erfolgsbeispiel für andere oppositionelle Bewegungen in ihren Ländern dienen könnte, in die Knie zwingen und sei es denn mit Hilfe eines vernichtenden Schlages der israelischen Armee. Zuvor wurde auch mit ihrer Hilfe, wenn auch erfolglos, die Strategie der Blockade versucht. Ein ganz besonderes Gewicht kam hier dem ägyptischen Mubarak-Regime zu, das dem Gazastreifen nicht nur geographisch angrenzte, sondern auch bei sich im Land die stärkste und einflussreichste Opposition aus den gleichen islamischen Reihen – der Muslimbruderschaft – stellte, aus deren Doktrin die Hamas ideologisch schöpfte. Das Regime in Ägypten hatte demnach ein großes Interesse, das Experiment Gazas nicht zu sich nach Hause zu holen, insbesondere da in der arabischen Öffentlichkeit und ganz speziell in Ägypten eine gärende Unzufriedenheit über ihre Regierungen vorherrschte, die sie durch Misswirtschaft ans Schlusslicht der Nationen gebracht haben.

Operation ‚Gegossenes Blei‘, 27.12.2008 bis 18.01.2009

Zurückblickend auf Abschnitt 3.7.3 war der jüngste israelische Krieg gegen den Gazastreifen – obschon das Gebiet seit August 2005 nicht mehr unter direkter israelischer Kontrolle steht – der definitiv expressivste Fall von ‚urbicide‘ und ‚Spacocide‘ in den besetzten Gebieten. Dieser Krieg (‚Operation Gegossenes Blei‘, 27.12.2008-18.01.2009) wurde wie oben geschildert lange vor der Aufkündigung des Waffenstillstandes durch die Hamas von den israelischen Militärs und Politik geplant. Nach der ‚Entwaffnung‘ der PLO durch die Osloer Verträge, duldeten sie keine bewaffnete Macht im Gazastreifen, die einen Diktatfrieden nicht akzeptieren würde. Hier standen sich zwei verschiedene Sichtweisen gegenüber, was jede Partei unter dem Begriff ‚Frieden‘ versteht. Für Israel konnte es nur einen Frieden aus der israelischen Position der Stärke heraus geben – Hamas nicht minder radikale Haltung stand dieser Vorstellung von Frieden im Weg und musste *um jeden Preis* entmachtet werden. Aufgrund des Stillschweigens bzw. des Verhaltens der anderen Akteure (USA, Europa, die PA und einige arabische Regime mit Ägypten an ihrer Spitze) vor, während und nach dem Krieg, besteht der Verdacht, dass diese Akteure Israels Agenda mindestens politisch unterstützten.



Operation ‚Gegossenes Blei‘, 27.12.08-18.01.09: nicht konventionelle Waffe WEISSER PHOSPHOR

Bild 4-2: ‚Weißer Phosphor‘ -- Nicht konventionelle Waffe in der militärischen Operation ‚Gegossenes Blei‘.

Der Krieg war in seiner Art und im Kontext der asymmetrischen Machtverhältnisse sowie in den nebulösen Rollen der indirekt oder direkt beteiligten regionalen Akteure, eigentlich viel mehr eine blutige *Strafaktion* gegen den Gazastreifen, seine Menschen und Infrastrukturen und in keiner Weise ein Krieg zwischen zwei auch nur annähernd gleichwertigen Gegnern. Denn hier hat zum einen die hochmoderne israelische Kriegsmaschinerie aus der Luft, vom Wasser und direkt auf dem Boden viele Tausend Tonnen Sprengstoff und Bomben auf die Köpfe von 1,5 Millionen *eingesperrten* Menschen geworfen, die zur überwiegenden Mehrheit Zivilisten ohne die geringste Fluchtmöglichkeit waren. Die Tatsache, dass die ägyptische Regierung (wider internationales Kriegsrecht) seine Grenze zum Gazastreifen hin – während der heftigsten Kämpfe vor zivilen Flüchtlingen aus dem Gazastreifen, aber auch gegen Einfuhr von Hilfe – sperrte, gehörte, zum anderen, auch zu den zynischen Besonderheiten dieses Krieges (des Schweigens), die das Szenario der Tötung und Verletzung von einigen

Tausend Menschen abrundete.

Im April 2009 wurde der südafrikanische Richter Richard Goldstone vom UNO-Generalsekretär beauftragt, eine Untersuchungskommission unter seiner Leitung zusammen zu stellen, um die Wahrheit über das schreckliche Geschehen zwischen dem 27.12.2008 und 18.01.2009 zu finden. Die Kommission sollte untersuchen, ob die Kriegsparteien (Israel und die Hamas) in ihren bewaffneten Auseinandersetzungen während der israelischen Offensive das internationale Recht für Kriegszeiten bzw. das humanitäre Recht verletzt haben. Die Kommission hatte auch Sachstände zu berücksichtigen, die nach Ende der militärischen Operation auftreten, die eine anhaltende Verletzung des internationalen und humanitären Rechts darstellen, die in Zusammenhang mit der militärischen Operation gebracht werden oder deren Konsequenz sind. Der israelische Staat weigerte sich, mit der Kommission zu kooperieren und ließ es nicht zu, dass die UNO-Vertreter durch seine Grenze in den Gazastreifen einreisten. Die Begründung für diese Ablehnung der Kooperation mit der Weltorganisation war, dass Israel ein *demokratischer* Staat sei und als solcher sei er in der Lage, eine eigene Untersuchungskommission zusammenzustellen. Diese Einstellung Israels wurde zwar von den USA voll (von Europa mehr oder weniger widerwillig) unterstützt, wurde aber von der absoluten Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten abgelehnt. Die Weltgemeinschaft sah es einfach nicht ein, dass ein offensichtlicher Täter, über sich selber ein Urteil fällt. Die Kommission musste dann über die ägyptische Grenze (Rafah-Grenzübergang) in den Gazastreifen einreisen. Das Bild der Zerstörung übertraf alle Maße. Die Kommission verfasste einen großen Bericht, bestehend aus einer großen Menge von Aufnahmen und Augenzeugen- und Experten-Berichten über Menschenrechtsverletzungen während dieses Krieges, der im September 2009 veröffentlicht wurde und der Weltöffentlichkeit als der ‚Goldstone-Bericht‘ bekannt werden sollte.⁶⁹

Die Goldstone-Kommission hatte trotz aller Erschwernisse durch die israelische Regierung insgesamt 188 individuelle Interviews abwickeln können. Sie bewertete mehr als 300 Berichte, Vorlagen und andere Dokumente (die meisten sind UNO-Dokumente), die zusammen ein Untersuchungsmaterial mit einem beachtlichen Umfang von 10.000 Seiten, 30 Videoaufnahmen und 1.200 Fotoaufnahmen erforderten. Da die israelische Regierung sich weigerte, mit der Kommission zu kooperieren, verbot sie der Kommission, israelische Regierungsbeamte zu befragen, aber auch nach Israel einzureisen, um israelische Opfer zu treffen. Das israelische Verbot galt auch für die Einreise in das Westjordanland, um Vertreter der Autonomiebehörde bzw. palästinensische Opfer (damit waren Fatah-Mitglieder gemeint, die infolge der Kämpfe im Juni 2007 aus dem Gazastreifen geflüchtet sind) zu treffen.⁷⁰

Dennoch hinterließ der Bericht in seinen präzisen Darstellungen einen nachhaltigen Effekt in der Weltöffentlichkeit. Denn die Zahlen über den Umfang der Zerstörung, der bis heute das Leben der Gazaner maßgebend bestimmt, sprechen eine deutliche Sprache. Daraufhin hat es eine Vielzahl von NGO's gegeben, die ihren Beitrag bei der Bestandsaufnahme der Zerstörung geleistet haben. Diesen Verlust von Menschenleben sowie die Zerstörung von Infrastrukturen kann man mit folgenden Fakten zusammenfassen:

- Laut ‚Goldstone-Bericht‘ wurden in diesem 22 Tage andauernden Krieg insgesamt zwischen 1387 und 1417 Palästinenser getötet. Im Bericht wird bestätigt, dass die Angaben aller NGO's, was den prozentualen Anteil der zivilen Opfer sowie was die Unverhältnismäßigkeit betrifft, sehr nah beieinander liegen. Nach Angaben verschiedener Hilfsorganisationen sollen es insgesamt 1326 palästinensische Todesopfer sein, von denen 430 Kinder (32%) und 110 Frauen (8%) waren. Die gleichen Organisationen gaben an, dass insgesamt 5450 Palästinenser verletzt wurden, von denen 1855 Kinder (34%) und 795 Frauen (15%) waren. Aus israelischer Seite soll es 3 zivile Todesopfer und 182 Verletzten gegeben haben. Laut israelischen offiziellen Angaben soll es insgesamt 13 israelische Todesopfer gegeben haben, von denen 3 Zivilisten waren. Bei den 9 im Gazastreifen getöteten israelischen Soldaten handelte es um Todesopfer durch Beschuss eigener Truppen (friendly fire)⁷¹;
- Die Goldstone-Kommission stellte fest, dass die israelische Armee in diesem Krieg zusätzlich zu den immensen Mengen an traditionellem Kriegsmaterial (und sogar vor laufenden Fernsehkameras) nicht konventionelle Waffen, insbesondere ‚Weißen Phosphor‘, ‚DIME-Geschosse‘ und ‚Uranangereicherte

69 *Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490)*: Goldstone, Richard, Human Rights in Palestine and other occupied Arab Territories-Report of the United Nations Fact Finding Mission on the Gaza Conflict, 25. September 2009.

70 *Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490)* ... a.a.O., Executed Summary/B/No. 19 und 20.

71 Zahlen nach dem OCHA-Bericht: *Occupied Palestinian Territory: Gaza Flash Appeal*, ein dringender Hilferuf vereinigter Hilfsorganisationen für Gaza (www.humanitarianappeal.net), Januar 2009, Teil C, Punkte 30 und 31; Bericht (PDF) ist online erhältlich bei 'UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs' unter: [http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/Flash_2009_oPt_Gaza/\\$FILE/Flash_2009_oPt_Gaza_SCREEN.pdf?](http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/Flash_2009_oPt_Gaza/$FILE/Flash_2009_oPt_Gaza_SCREEN.pdf?)

Munition‘ systematisch gegen Zivilisten eingesetzt hat.⁷² Das haben viele Augenzeugen sowie die Untersuchungsergebnisse einiger Fachärzte und internationaler Mediziner-Teams, die viele an schweren Verbrennungen leidenden palästinensischen Zivilisten untersuchten, bestätigt.⁷³ Eine hohe Anzahl der Opfer in Gaza wurde mit Verbrennungen an sauber abgetrennten Körperteilstümpfen aufgefunden. Offiziell wird die US-Bombe seit 2008 an Israel ausgeliefert. Demnach wurde im Versuchsgebiet ‚Gazastreifen‘ ein Prototyp dieser Bombe benutzt⁷⁴;

- Laut einer Untersuchung, die die acht UNRWA Flüchtlingslager im Gazastreifen nicht einschloss, wurden in insgesamt 48 Kommunen, die 149.855 Wohneinheiten umfassten, insgesamt mehr als 14.849 Wohnhäuser als Zerstört eingestuft, von denen 3.914 komplett zerstörte Häuser, 4831 schwer zerstörte Häuser sowie 6.104 teilzerstörte Häuser waren.⁷⁵ Nach Angaben des PCBS wurden im Gazastreifen mindestens 22.000 Häuser beschädigt, dies entspricht etwa 14% aller Häuser im Gazastreifen. Die Schäden werden auf 2 Milliarden US \$ geschätzt⁷⁶;
- Wie die Tabelle 4-1 unten zeigt, wurde die Infrastruktur des Gazastreifens insgesamt schwer getroffen. Die Kriegsmaschinerie machte ebenso nicht Halt vor öffentlichen Einrichtungen, Schulen, Universitäten, Moscheen und der einzigen Kirche im Gazastreifen. Selbst die Toten in ihren letzten Ruhestätten wurden nicht verschont. Insgesamt wurden 5 Friedhöfe von der israelischen Armee bombardiert;
- Es wird geschätzt, dass weit mehr als 100.000 Menschen in diesem Krieg obdachlos geworden sind, von denen mehr als 51.000 Menschen – die meisten von ihnen waren bereits Flüchtlinge – in Notunterkünften (Zelten) untergebracht werden mussten. Eine viel größere Anzahl konnte (so wird jedenfalls vermutet) bei Gastfamilien oder Verwandten, eine provisorische Bleibe finden⁷⁷;
- Die psychologischen Effekte des Gaza-Krieges sind enorm, insbesondere für Frauen und Kinder, die in diesem traumatischen Krieg am meisten gelitten haben. Eine speziell betroffene Gruppe waren die schwangeren Frauen. Nach Angaben des ‚United Nation Population Fund (UNFPA)‘ hat es während der israelischen Offensive eine Zunahme der Zahlen von Fehlgeburten um 31%, eine Zunahme der Sterblichkeit von Neugeborenen um 50%, sowie eine Zunahme von Geburtskomplikationen gegeben, die eine signifikant häufigere Anwendung von Kaiserschnitten erforderten. Die Frauen, die ihre Kinder während der israelischen Offensive gebären, wurden in der Regel nur 30 Minuten nach der Geburt entlassen, um freie Betten für die Schwerverletzten des Krieges zu schaffen. Das steigerte das Risiko und die seelische Erschütterung für Mütter und für die neugeborenen Kinder, die in diesem Konflikt ohnehin einen bedenklichen Level erreicht haben. Viele Mütter konnten als Folge, die ersten Nachgeburtsuntersuchungen (für Mutter und Kind) nicht wahrnehmen.⁷⁸

Die Goldstone-Kommission befand, dass beide Konfliktparteien, Israel und die Hamas, das internationale Recht verletzt haben. Israels totaler Krieg gegen 1,5 Millionen isolierte und überwiegend zivile Menschen, war unangemessen brutal, führte zu immensen menschlichen und materiellen Verlusten auf Seiten der palästinensischen Zivilisten und verwandelte den Gazastreifen zu einem Versuchsfeld für international verbotene Waffen. Die im Gazastreifen zuständige Hamas-Bewegung hatte mit dem Raketenbeschuss auf israelische angrenzende Städte das Leben von israelischen Zivilisten gefährdet. Das hat einigen Menschen dort das Leben gekostet. Außerdem habe die Hamas durch ihr militärisches Handeln gegen Israel mitten in palästinensischen Zivilgebieten das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger gefährdet, da diese im Falle eines israelischen Vergeltungsanschlages

⁷² *Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490) ... a.a.O.*, Part two/Section A/VII.

‚Weißer Phosphor‘ ist höllisch. Kommt er mit Sauerstoff in Kontakt, brennt er und entwickelt Temperaturen von mehr als 1.000 Grad. Brennender Phosphor ist nicht mit Wasser zu löschen. Der Einsatz Weißer Phosphor-Bomben in Zivilgebieten ist international verboten, da dieser extrem brennende Stoff, im Falle des Überlebens, irreparable Schäden am menschlichen Körper verursacht, die sehr oft zum Amputieren von betroffenen Körperteilen führen. Im Gaza-Krieg hat es unzählige Beispiele von Todesopfern und Schwerstverletzungen von Zivilisten gegeben.

Die ‚DIME-Bomb‘; DIME steht für „Dense Inert Metal Explosives“ (dense inert metal = dichtes träges Metall), entwickelt als „counterinsurgency weapon with low collateral damage (LCD)“= Waffe gegen Aufständische und mit geringen Kollateralschäden. Diese Bombe hat eine enorme Sprengwirkung, die aber nur auf extrem kurze Distanz wirken soll – etwa über 10 Meter. Die DIME-Bombe versprüht also eine Metall-Legierung, die beim hochenergetischen Auftreffen beim Opfer sehr starke Verbrennungen hervorruft, Gliedmaßen wie mit der Knochensäge abtrennt und innere Organe verletzt. Genau wie Depleted Uranium bei Uranangereicherter Munition, stehen DIME-Bomben bei Forschern und Ärzten, die die Wirkung dieser Waffen behandeln, unter dem dringenden Verdacht, in kürzester Zeit Krebs zu erzeugen. (Beide Waffen verursachen außerdem lange anhaltende Umweltschäden, und vergiften im Straßenstaub über Jahre noch die Atemluft. Siehe Bericht in Zeit Online: Israel setzt in Gaza eine erbgutschädigende US-Bombe ein: die „DIME-Bombe“, 17.01.2009, online: <http://www.globalsecurity.org/military/systems/munitions/dime.htm>.

⁷³ *Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490) ... a.a.O.*, Executive Summary/C/No.48 und 49.

⁷⁴ Meron Rapoport: ‚Italian TV: Israel used new weapon prototype in Gaza Strip‘, Haaretz, 11.10.2006.

⁷⁵ Angaben aus OCHA-Bericht: *Occupied Palestinian Territory: Gaza Flash Appeal ... a.a.O.*

⁷⁶ Spiegel Online: Israel beschleunigt Truppenabzug, 20.01.2010, Angaben nach PCBS, Januar 2010.

⁷⁷ PCBS, Januar 2010.

⁷⁸ UNFPA: Gaza Crises: Psychological consequences for women, 8th February 2009, sowie UNFPA: Gaza Crises: Impact on Reproductive Health and Obstetric Care, 13 February 2009, in UN-OCHA: *Locked in: The Humanitarian Impact ... a.a.O.*

meistens die nächsten Opfer waren.

Jedoch, liest man den 430-seitigen Goldstone-Bericht durch, so stellt man fest, dass er zum größten Teil die Verstöße Israels gegen das geltende internationale und humanitäre Recht in Gaza und in Palästina insgesamt dokumentiert. Die Lektüre des Berichts vermittelt den Verdacht, dass das Goldstone-Team in ihrem Bericht die Hamas vielleicht nur pro forma erwähnte, um ein Mindestmaß an Objektivität aufrechtzuerhalten.

Von den schrecklichen Zahlen der Dokumentation der Offensive abgesehen, hat die Kommission auch einige Schlussbetrachtungen bzw. Stellungnahmen zu den Ursachen des Konfliktes angestellt. Die vielleicht wichtigsten Ergebnisse, zu denen der Goldstone-Bericht kam, waren:

1. *Die Ganzheit des Konfliktes*, spricht dass die israelische militärische Operation in Gaza zwischen dem 27.12.1008 und dem 18.01.2009 und ihre Auswirkungen nicht ohne die Entwicklungen und Ereignisse in den gesamten von Israel besetzten palästinensischen Gebieten vor und nach der Operation verstanden oder bewertet werden kann. Die Operation passte sich einem Kontinuum politischer Praxis an, die auf das Verfolgen israelischer politischer Ziele hinsichtlich des Gazastreifens und der besetzten palästinensischen Gebiete als Ganzes abzielte;

2. *Die inakzeptable Politik der kollektiven Strafe gegen die palästinensische Bevölkerung, verkörpert durch die Blockade*, spricht dass das oben genannte Kontinuum umgehend in der Politik der Blockade ersichtlich wird, die der Operation vorausging und die, wie die Kommission meint, auf eine von der israelischen Regierung vorsätzlich auferlegte *Kollektive Strafe* gegen die Bevölkerung des Gazastreifens, hinausläuft. Die ehemalige UNO-Hochkommissarin für Menschenrecht Mary Robinson, die den Gazastreifen im Oktober 2008, also zwei Monate vor dem israelischen Gaza-Krieg einen Besuch abstattete, beschrieb die katastrophale Lage im Gazastreifen infolge der Blockade in einem Gespräch mit dem englischen Fernsehsender BBC News am 04.11.2008 und sagte über die Folgen der Blockade folgendes aus: „Ihre [der Gazaner] ganze Zivilisation wurde zerstört. Ich übertreibe nicht □ [] □ Es ist fast unglaublich, dass die Welt zuschaut, während das geschieht“ [...] „Wenn ich sehe wie 1,4 Millionen Menschen in einer Situation kollektiver Strafe gefangen sind, ohne Rechte, dann muss ich das ansprechen und ich werde das weiter ansprechen“.⁷⁹

3. *Die Besatzungspolitik im Westjordanland*: die israelische West-Bank-Politik der Landnahme, des Siedlungsbaus, des Mauerbaus, der Hauszerstörungen, der Gebietsschließungen, der Bewegungsrestriktionen, der schrittweisen Isolierung des Gazastreifens vom Westjordanland und andere israelische Maßnahmen vor, während und nach der Offensive, vergrößern die israelische Kontrolle über das Westjordanland inklusive Ost-Jerusalem und deuten auf ein Zusammenlaufen von Zielen mit der militärischen Operation in Gaza. Diese Maßnahmen haben umfassende destruktive Konsequenzen für das Leben der Palästinenser, denn diese beinhalten nicht nur zunehmende Enteignung des palästinensischen Landes, Zerstörung der Infrastrukturen und sozioökonomische Restriktionen, sondern auch systematische Bestrebungen, den selbstbestimmten demokratischen Prozess der Palästinenser zu verhindern und zu kontrollieren, nicht zuletzt durch die willkürliche Verhaftung gewählter politischer Vertreter und Mitglieder der Regierung sowie durch die kollektive Bestrafung der Bevölkerung von Gaza für ihre Unterstützung der Hamas. Diese Politik gipfelte in den Angriffen auf Regierungseinrichtungen während der Gaza-Offensive. Die bedeutendste dieser Einrichtungen ist das Gebäude des ‚Palästinensischen Legislativrates in Gaza‘, das komplett zerbombt wurde; und schließlich

4. rücken die zunehmenden Auswirkungen dieser israelischen Politik und Aktionen die Aussichten für politische und ökonomische Integration zwischen dem Gazastreifen und der West Bank weiter in die Ferne.⁸⁰

Die von der Kommission erkannte Relevanz der israelischen Besatzungspolitik für die militärische Operation ‚Gegossenes Blei‘ im Gazastreifen, wird hier deutlich sichtbar. Wie bereits im Abschnitt 3.8.2 geschildert wurde, kamen die Richter des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag – in ihrem gerichtlichen Gutachten über die israelische Mauer am 09. Juli 2004 – zuerst bezüglich der Verletzung des internationalen Rechts und noch wichtiger bezüglich der Ursachenbekämpfung, spricht der *Ganzheit des Konfliktes*, zum gleichen logischen Ergebnis.⁸¹

79 Mary Robinson, BBC-Gespräch: ‘Gaza residents ‘terribly trapped’, 04.11.2008, online unter: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7708670.stm.

80 *Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490) ... a.a.O.*, Part Five/XXX/ §§.1977-1978.

81 Vgl. Abschnitt 3.8 dieser Arbeit.

Menschliche und materielle Verluste für die Palästinenser infolge der israelischen Operation „Gegossenes Blei“ gegen den Gazastreifen 27.12.2008 bis 18.01.2009								
Palästinensische Seite					Israelische Seite			
Menschliche Verluste								
Todesopfer	1.419 (1)				1387-1417 (3)	1166 (4)	1.444 (5)	13 (4)
	darunter		in %		Laut Goldstone-Bericht (2), sind die Angaben aller NGO's was den prozentualen Anteil der zivilen Opfer sowie was die Unverhältnismäßigkeit betrifft, sehr nah beieinander.			Laut israelischen Regierungsangaben, sind insgesamt 13 Israelis umgekommen, von denen 3 Zivilisten waren. 9 Soldaten sind während der Kämpfe im GS getötet worden, 4 davon durch Beschuss eigener Truppen.
	Palästinensische Kämpfer	252	18%					
	Zivilisten	1.167	82%					
	davon Kinder	318	22%					
	Frauen	111	8%					
	Journalisten	9						
	Lehrer	12						
	Schüler	164	12%					
Verletzte	5.300							
	darunter		in %					k. A.
	Kinder	1.600	30%					
	Frauen	830	16%					
	5 Journalisten							
	5 Lehrer							
	454 Schüler		8,5%					
Körperlich Behinderte	Der Krieg gegen Gaza hinterließ 500 neue körperlich behinderte Menschen . Somit stieg der prozentuale Bevölkerungsanteil der Behinderten Menschen in Palästina zum Höchsten weltweit: 3,5% insgesamt, im Gazastreifen sogar 4%.						k. A.	
Obdachlosen	Insgesamt wurden in diesem Krieg 51.000 palästinensische Menschen obdachlos gemacht . Sie mussten in Notunterkünften bzw. bei Verwandten untergebracht werden. Von diesen Menschen werden heute etwa 200 Familien noch in 8 Zeltlagern untergebracht (1x in Gaza-City und 7x nördlich der Stadt)						k. A.	
Weisenkinder	Durch diesen Krieg verloren etwa 1550 Kinder den Vater, die Mutter oder beide . Somit stieg die Zahl der Weisenkinder im Gazastreifen auf insgesamt 30000.						k. A.	
Materielle Verluste / Zerstörung der Infrastruktur								
Art der Einrichtung	betroffene Einrichtungen	Völlig Zerstört		Teilerstört		1	k. A.	
Wohnhäuser	5.356	2.114	40%	3.242	60%			
Öffentliche Einrichtungen	236	178	75%	58	25%			
Staatliche Schulen	186	7	4%	179	96%			
Privatschulen	32	2	6%	30	94%			
UNRWA-Schulen	3	-	-	3	100%			
Das Gebäude des Bildungsministeriums in Gaza wurde in diesem Krieg von der israelischen Armee komplett zerstört								
Universitäten	8	4	50%	4	50%			
Moscheen	92	41	45%	51	55%			
Kirchen	1	-	-	1	100%			
Friedhöfe	Die israelische Armee hat insgesamt 5 Friedhöfe (3 in Gaza, 1 in Kahn Yunis und 1 im Norden des Streifens) bombardiert. Viele Gräber und Leichen wurden dabei geschändet.						k. A.	
Kraftfahrzeuge	In diesem Krieg wurden insgesamt 642 palästinensische PKWs und LKWs zerstört .							
Quellen:								
1) Occupied Palestinian Territory: Gaza Flash Appeal, ein dringender Hilferuf vereinigter Hilfsorganisationen für Gaza (www.humanitarianappeal.net), Januar 2009, Seite 1. Bericht (PDF) ist online erhältlich bei 'UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs' unter: (http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/Flash_2009_oPt_Gaza/\$FILE/Flash_2009_oPt_Gaza_SCREEN.pdf?OpenElement Goldstone-Bericht: Goldstone, Richard, Human Rights in Palestine and other occupied Arab Territories – Report of the United Nations Fact Finding Mission on the Gaza Conflict (Goldstone-Bericht), Executive Summary, Bericht für die UNO-Generalversammlung (A/HRC/12/48), 23. September 2009								
2) Summary, Bericht für die UNO-Generalversammlung (A/HRC/12/48), 23. September 2009								
3) NGO's Angaben in (2); 4) Offizielle israelische Angaben in (2); 5) Offizielle Angaben der Hamas-Regierung im Gazastreifen in (2);								
Zusammengestellt: M. S., 2010								

Tabelle 4-1: Israelische Operation ‚Gegossenes Blei‘ (Winter 2008/2009), menschliche und materielle Verluste.

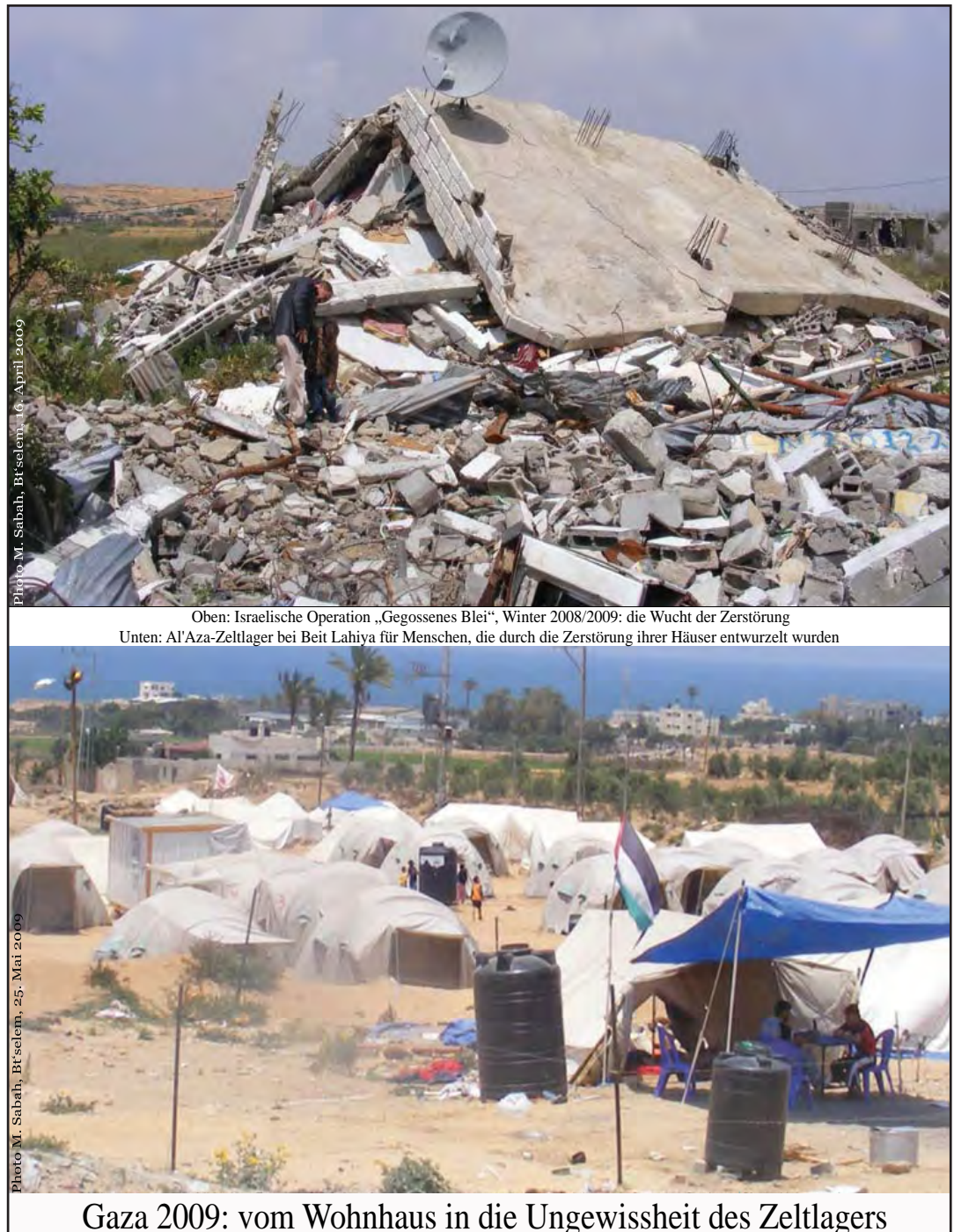
Die abschließenden Empfehlungen der Goldstone-Kommission liefen konform mit den letzten Feststellungen. Hier die wichtigsten dieser Empfehlungen⁸²:

A) Empfehlungen an den UN-Menschenrechtsrat (UNHRC)

- Angesichts der Schwere der von der Kommission berichteten Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Rechts und angesichts möglicher Kriegsverbrechen sowie des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, empfiehlt die Kommission, dass der UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) den UNO-Generalsekretär dazu auffordert, diesen Bericht gemäß Artikel 99 der Charta an den UN-Sicherheitsrat weiterzuleiten, so dass dieser entsprechend den Empfehlungen der Kommission handeln kann. Der Bericht sollte auch der UNO-Generalversammlung zur Abstimmung vorgelegt werden;

⁸² Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490) ... a.a.O., Part Five/XXXI/ §§.1968-1978.

- Die Kommission empfiehlt weiter, dass der UN-Menschenrechtsrat den Bericht formell dem Kläger des Internationalen Strafgerichtshofes (International Criminal Court ‚ICC‘) vorlegt;
- Die Kommission empfiehlt, dass der UN-Menschenrechtsrat diese Empfehlungen den relevanten UN-Menschenrechtsorgane zur Kenntnisnahme unterbreitet, damit diese eine regelmäßige Bewertung des Fortganges ihrer Umsetzung berücksichtigen bzw. der Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen durch Israel nachprüfen können;



Oben: Israelische Operation „Gegossenes Blei“, Winter 2008/2009: die Wucht der Zerstörung
Unten: Al'Aza-Zeltlager bei Beit Lahiya für Menschen, die durch die Zerstörung ihrer Häuser entwurzelt wurden

Gaza 2009: vom Wohnhaus in die Ungewissheit des Zeltlagers

Bild 4-3: Gaza nach der Operation ‚Gegossenes Blei‘, 2009 – vom Wohnhaus ins Zeltlager.

B) Empfehlungen an den UN-Sicherheitsrat

- Die Kommission empfiehlt, dass der UN-Sicherheitsrat die israelische Regierung dazu auffordert, gemäß Artikel 40 der Charta, innerhalb einer Frist von 3 Monaten alle geeigneten Schritte, entsprechende unabhängige und mit den internationalen Standards konformen Ermittlungen über die von der Kommission berichteten ernsthaften Verletzungen des internationalen humanitären Rechts und irgendwelche andere seriöse Anschuldigungen, die in Kenntnis gebracht werden könnten, in die Wege zu leiten;

- Die Kommission empfiehlt weiter, dass der UN-Sicherheitsrat gleichzeitig ein *unabhängiges Komitee* aus Experten des internationalen humanitären Rechts bzw. des Menschenrechts gründen soll. Dieses soll alle innerstaatlichen rechtlichen oder andere Verfahren überwachen, die von der israelischen Regierung oder von der zuständigen Autorität im Gazastreifen (Hamas) im Zusammenhang mit den obengenannten Ermittlungen unternimmt. Das Komitee soll alle 6 Monate dem Sicherheitsrat über den Fortgang und Effizienz der Ermittlungen berichten.

C) Empfehlungen an die UN-Generalversammlung

- Die UN-Generalversammlung soll den Sicherheitsrat dazu auffordern, ihr über die getroffenen Maßnahmen zur Gewährleistung der Verantwortung für die ernsthaften Verletzungen des internationalen humanitären und Menschenrechts berichten, die im Zusammenhang mit den militärischen Operationen in Gaza kommen;
- Die Gründung eines Treuhandfonds, der zur Zahlung von Entschädigungen an Palästinenser, die im Ergebnis von ungesetzlichen Aktionen während der israelischen militärischen Operation ‚Gegossenes Blei‘, unter Verlust oder Zerstörung von Hab und Gut bzw. von menschlichem Leben, gelitten haben. Der Staat Israel soll aufgefordert werden, die erforderlichen Geldsummen in diesen Fond einzuzahlen;
- Die Generalversammlung soll eine dringende Diskussion über die Rechtmäßigkeit der Einsetzung von bestimmten Waffen, die im Bericht der Kommission erwähnt wurden, insbesondere von ‚Weißem Phosphor‘, vorantreiben.

D) Empfehlungen an den Staat Israel

- Die Kommission empfiehlt, dass Israel sofort die Blockade beendet; die Grenzen für Personen- und Warenverkehr sollen geöffnet werden, damit der ganze Menschenbedarf gedeckt werden kann sowie der Wiederaufbau des zerstörten Gazastreifens ermöglicht werden kann. Die Restriktionen auf den palästinensischen Fischereisektor bzw. auf die landwirtschaftlichen Aktivitäten in Gaza sollen aufgehoben werden;
- Die Kommission ist der Meinung, dass Israel in seinen militärischen Einsätzen die Bestimmungen des internationalen Rechts für Kriegszeiten respektieren muss. In diesem Sinne, soll Israel beginnen, die Richtlinien für militärische Gewaltanwendung und die Standardvorgehensweise für militärische Kampfhandlungen und andere Leitlinien für Soldaten und Sicherheitspersonal zu überprüfen;
- In Bezug auf die gesamten besetzten palästinensischen Gebiete, soll Israel die Bewegungsfreiheit der Palästinenser – innerhalb der West Bank, inklusive Ostjerusalem, zwischen dem Gazastreifen und der West Bank sowie zwischen den besetzten Gebieten und der Außenwelt – in Übereinstimmung mit den internationalen Menschenrechtsstandards und den von Israel und den Repräsentanten der Palästinenser eingegangenen internationalen Verpflichtungen, erlauben;
- Israel soll die palästinensischen Häftlinge in israelischen Gefängnissen entlassen, die im Kontext der Besatzung inhaftiert worden sind [zurzeit sitzen etwa 11.000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen]. Die Entlassung von Kindern [über 300 Kinder] soll dabei höchste Priorität haben;
- Israel soll unverzüglich damit aufhören, den nationalen politischen Prozess der Palästinenser zu behindern; als erster Schritt soll Israel alle derzeit inhaftierten Mitglieder des palästinensischen Legislativrates freilassen und allen Mitgliedern des Legislativrates erlauben, sich frei zwischen der West Bank und dem Gazastreifen zu bewegen, so dass das parlamentarische Leben der Palästinenser wieder funktionieren kann;
- Israel soll die Arbeit der internationalen und lokalen Menschenrechtsorganisationen sowie die Pressefreiheit und das Leben der zivilen Aktivisten respektieren. Es soll sich nochmal zur Unantastbarkeit der UNO-Einrichtungen und -Personal verpflichten und versichern, dass es in Zukunft keine Wiederholung der Verstöße gegen diese Verpflichtung geben wird.

E) Empfehlungen an die internationale Gemeinschaft

- Die Kommission empfiehlt, dass die Unterzeichnerstaaten der Genfer Konventionen von 1949, die globale Gerichtsbarkeit benutzend, Strafverfolgungen in nationalen Gerichten in den Fällen starten, in denen ausreichend Beweismaterial für einen erheblichen Verstoß gegen die Genfer Konvention von 1949 vorliegt. Tatverdächtige

Straftäter sollen dann verhaftet und im Einklang mit den anerkannten Regeln der Rechtsprechung strafrechtlich verfolgt werden;

- Die internationalen Geberländer und Hilfeleister sollen die finanzielle und technische Assistenz für die Organisationen erhöhen, die psychologische und neuromentale medizinische Hilfe bei der palästinensischen Bevölkerung vor Ort leisten;
- Die Geberländer sollen weiterhin die palästinensischen und israelischen Menschenrechtsorganisationen bei ihrer Arbeit unterstützen, die Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Rechts in den besetzten Gebieten zu dokumentieren bzw. zu veröffentlichen sowie bei der Ermahnung der relevanten Autoritäten, das internationale Recht einzuhalten;
- Die am Friedensprozess beteiligten Länder, insbesondere das Quartett, sollten sicher gehen, dass der Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit, dem internationalen Recht und Menschenrechten, eine zentrale Rolle bei der international unterstützten Friedensinitiative spielen;
- Hinsichtlich der Anschuldigungen und Berichte über langfristige Umweltschäden, die durch den Einsatz bestimmter Waffen (u. a. Weißer Phosphor, DAIM) verursacht werden könnten, empfiehlt die Kommission dass ein Umweltuntersuchungsprogramm unter der Schirmherrschaft der UNO so lange wie nötig stattfindet. Das Programm soll das Gebiet des Gazastreifens sowie Areale innerhalb von Süd-Israel neben den betroffenen Lagen, einschließen. Das Programm soll unter den Weisungen der Empfehlungen einer unabhängigen Körperschaft gestellt und die Untersuchungsproben sollen von einer oder zwei unabhängigen Experten-Institutionen analysiert werden.

Der Goldstone-Bericht beschuldigt den israelischen Staat ‚**Kriegsverbrechen**‘ und eventuell ‚**Verbrechen gegen die Menschlichkeit**‘ begangen zu haben. Der Bericht verurteilt auch den ‚Raketenabwurf‘ seitens der Palästinenser auf angrenzende israelische Wohngebiete. Die Gründe für diesen Verdacht liegen auf der Hand:

1. Israel verletzt eindeutig das international anerkannte Angemessenheitsprinzip bei Vergeltungsschlägen. Die extrem hohe Zahl der Todesopfer bzw. der Verletzten sowie das Maß der Zerstörung deuten offensichtlich nicht auf eine Selbstverteidigung, wie die israelische Regierung behauptete, sondern auf eine totale Offensive, die keine Rücksicht auf Menschenleben genommen hat. Diese Tatsache bestätigt die überzogene Dauer der Operation von 3 Wochen – zu lang für einen Blitzkrieg – sowie die Blockade eines von Libyen an den UN-Sicherheitsrat gestellten Antrags (04. Januar) zur Verurteilung des Angriffes bzw. zur Aufforderung der Kriegsparteien zum Waffenstillstand durch die USA. Die Blockade-Allianz wollte, dass der Krieg weiterging bis die Hamas *kapituliert*, koste was es wolle;
2. die Tatsache, dass die israelische Armee äußerst aggressive Waffen eingesetzt hat, deren Einsatz in Wohngebieten international verboten ist;
3. die Tatsache, dass die Zivilbevölkerung wegen der von Israel auferlegten Blockade keine Fluchtmöglichkeit hatte. Hier muss eigentlich auch das ägyptische Regime (und andere) in die Verantwortung völkerrechtlich herangezogen werden; und schließlich
4. die Tatsache, dass Israel sich (bis heute) weigert, eine unabhängige Untersuchungskommission zu akzeptieren, geschweige denn mit dieser zu kooperieren. Die israelischen Politiker und Militärs wissen sehr genau warum.

Es war nicht das erste Mal, dass Israel das internationale Recht schwer verletzte. Die neue Qualität beim Goldstone-Bericht war jedoch, dass die Untersuchungskommission, wegen der Schwere der Anschuldigungen, in ihren Empfehlungen zum ersten Mal den UN-Menschenrechtsrat dazu aufforderte, den Internationalen Strafgerichtshof in Genf einzuschalten. Das heißt, sowohl die israelischen Politiker als auch die Militärs werden, sollte das durchgehen, überall wo es demokratische Rechtsstaaten gibt, wegen Kriegsverbrechen vor Gericht stehen können, sobald sie in diese Länder einreisen. Diesen neuen Umstand war die israelische Politik vorher nicht gewohnt und kann bis heute nicht damit umgehen.

Am 15. Oktober 2009 tagte wider Erwarten die Sondersitzung des UNO-Menschenrechtsrat, um den Bericht des südafrikanischen Richters Richard Goldstone über die Menschenrechtverletzungen während des israelischen Angriffes gegen Gaza am Anfang des Jahres zu diskutieren. Basierend auf den im Bericht enthal-

tenen Anschuldigungen verurteilt die Resolution des UN-Menschenrechtsrates den Staat Israel für mangelnde Kooperation mit dem Untersuchungskomitee über die Vorgänge während des Krieges. Sie verlangt die Durchsetzung aller im Bericht aufgelisteten Bestimmungen. Demnach soll eine seriöse Untersuchung der Ereignisse stattfinden. Die Resolution sieht im Falle der Nicht-Kooperation das Einschreiten des UNO-Sicherheitsrates vor. Somit wird erstmalig die Möglichkeit eröffnet, israelische (und auch palästinensische) Politiker und Militärs vor das internationale Strafgericht zu stellen.⁸³

Zwei Wochen zuvor war die palästinensische Autonomiebehörde unter politischen Beschuss gekommen, als diese dem US-amerikanischen und israelischen Druck nachgegeben und eine Verschiebung der Debatte über den Bericht beantragt hatte. Zusätzlich angestachelt von den Ereignissen in Jerusalem verbreiteten sich Proteste in den arabischen und islamischen Ländern, deren Regierungen unter Druck gerieten. Großer Unmut und Zorn herrschte in der arabischen Öffentlichkeit, als mehrere israelische Politiker angedeutet haben, dass einige arabische Regime noch mehr Interesse an einer Ausschaltung der Hamas hätten als Israel selbst. Diese (gemeint sind hauptsächlich Ägypten und die PA) seien maßgeblich am ganzen Geschehen der israelischen Offensive, und vorher der Blockade, gegen den Gazastreifen beteiligt gewesen. Außenminister Avigdor Lieberman drohte vor laufender Fernsehkamera die palästinensische Führung mit der Veröffentlichung von schwer belastendem Beweismaterial (Tonband-Aufnahmen, die beweisen sollen, dass hochrangige Politiker der Autonomiebehörde, vor allem Präsident Abbas, israelische Kollegen dazu ermutigt haben, die Hamas blutig zu schlagen, ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung im Gazastreifen), sollte diese die Debatte in Genf nicht beenden.⁸⁴

Jedoch gilt die Tatsache, dass die Abstimmung nun doch stattgefunden hat, als politischer Rettungsring für die mehr als kooperativen Regierung von Mahmoud Abbas, deren Rücktritt für diese offensichtliche „Kollaboration“ mit den Israelis sogar von moderaten Kräften und EU-nahen NGOs verlangt worden war.

Seit Jahren haben einige westliche Staaten große Bedenken dem UNO-Menschenrechtsrat (UNHRC) gegenüber, da sie meinen, dass einige Mitglieder dieses Gremiums Staaten seien, die bedenkliche Menschenrechtsregister haben. Aber die Hauptkritik des UNHC gilt in erster Linie der Tatsache, dass der Rat sich bisher mit Israel als einzigem Land kontinuierlich beschäftigt hat. Allein im Jahre 2007 hat sich der Rat 120 Mal mit Israel bzw. mit seinen Menschenrechtsverletzungen in den besetzten arabischen Gebieten befasst, spricht doppelt so häufig wie mit jedem anderen Land. Somit komme Israel, die einzige Demokratie-Oase im Nahen Osten, vor Ländern wie Sudan, Birma, Kongo und USA an erster Stelle, was die Menschenrechtsverletzungen betrifft.⁸⁵ Kommentator der Tageszeitung ‚der Standard‘ Christoph Prantner bezeichnete die Resolution des UNHRC vom 15. Oktober als „scheinheilige“ und qualifizierte sie, wie den Mainstream der europäischen Medien, mit dem Argument ab, dass diese von Staaten mit bedenklichen Menschenrechtsregistern beschlossen worden sei. Prantner meinte, dass Israels Fehler darin bestand, mit dem Untersuchungskomitee nicht kooperiert zu haben.⁸⁶ Insgesamt waren die Reaktionen auf die Resolution sowohl in der Politik als auch in den Medien weit weniger enthusiastisch als nach einer ähnlichen Verurteilung der sudanesischen Regierung (wegen Darfour).

Auf die Inhalte des Goldstone-Berichtes wird nicht eingegangen. Man ist nur entsetzt, dass die „einzige Demokratie“ im Nahen Osten von einem Gremium verurteilt wird, in dem Staaten wie Ägypten, China und Saudi-Arabien sitzen. Was in diesem Kontext verwundert (und zugleich für die betroffenen Staaten beschämend sein müsste), ist nicht nur die Tatsache, dass ein solcher Vergleich mit den westlichen Alliierten Ägypten und Saudi-Arabien nie in Zusammenhang mit der Verurteilung der Menschenrechtslage im Iran gezogen wird, sondern auch, dass die begangenen Kriegsverbrechen Israels kein Gegenstand der Diskussion waren.

Die USA verbanden als Erstreaktion auf die Abstimmung über den Bericht ihre Unterstützung des Friedensprozess mit der Forderung an die palästinensische Autonomiebehörde keine Versuche zu unternehmen, Israel bei internationalen Gremien anzuklagen bzw. zu versuchen, israelische Personen aufgrund von Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu stellen. In einem Interview mit Richard Goldstone vom 22. Oktober mit dem arabischen Sender „Aljazeera“, sagte er aus, dass sowohl die USA als auch Russland und China gegen

83 Press Release des UNO-Menschenrechtsrats (UNHRC), 16. Oktober 2009, online unter: [http://www.ohchr.org/EN/News Events/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=9530&LangID=E](http://www.ohchr.org/EN/News%20Events/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=9530&LangID=E); Siehe auch Berichte der deutschen Medien, z. B. Stern.de (<http://www.stern.de/politik/ausland/kriegsverbrechen-bei-gaza-offensive-un-menschenrechtsrat-verurteilt-israel-1515128.html>) sowie Focus Online (http://www.focus.de/politik/ausland/un-menschenrechtsrat-israelischen-politikern-droht-verhaftung_aid_445361.html), 16. Oktober 2009. Vgl. auch Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490 a.a.O., Part Five/XXXI/ §§ 1968-1978).

84 Vgl. die Meldungen der Al-Jazeera.net (www.al-jazeera.net) dieser Zeit.

85 Vgl. z. B.: ‚Der UN-Menschenrechtsrat gehört abgeschafft‘, Die Welt am Sonntag, 22.06.2008.

86 Christoph Prantner, der Standard, 17.10.2009.

eine Diskussion seines Berichtes vor dem UNO-Sicherheitsrat waren.

Hat die israelische Offensive ihre Ziele erreicht?

Der israelische Staat hat noch nie nach Gründen gesucht, um einen militärischen Schlag gegen die Palästinenser oder sonst irgendwelche arabische Staaten auszuführen. Die israelische Symbiose ‚Politik-Militär‘ plant, segnet ab und führt aus, wenn es ihren hohen Zielen dient. Und das wichtigste Ziel war und ist immer noch die militärische Dominanz in der Region aufrechtzuerhalten. Das, obwohl Israel seit dem Oktoberkrieg 1973 keinen einzigen wirklichen militärischen Sieg mehr errang. Das ironische Hinterherrennen der Araber (Ägypten) nach einem Frieden mit Israel, obwohl sie eigentlich einen großen Sieg gegen Israel hatten und somit auch ihre Bedingungen stellen konnten, kann nur damit erklärt werden, dass die USA und der Westen insgesamt den Arabern zu verstehen gaben, dass sie nie erlauben würden, dass Israel militärisch besiegt werden könne – folglich müssen die Araber den Verhandlungsweg mit Israel eingehen. Diese Rückendeckung gab dem israelischen Staat eine nahezu unendliche Bewegungsfreiheit in der Umsetzung des zionistischen Programms in und um Palästina.

Aber der israelische Staat hatte sich in diesem Kontext politisch verkalkuliert, denn er schenkte in seinem Konflikt nur dem offiziellen arabischen System seine Beachtung und war überrascht als die Palästinenser in den besetzten Gebieten plötzlich ihren ersten Volksaufstand gegen die Besatzung im Dezember 1987 (1. Intifada) starteten, der für Israel zu einem ernststen Problem wurde, da dieser unbewaffnete Volksaufstand (Waffe war der Stein) einen historischen Umtausch der Rollen von *David* und *Goliath* bewirkte; der *palästinensische David* stand tatsächlich da mit seinem Steinschleuder in der Hand gegenüber einem weit übermächtigen *israelischen Goliath*, der vor laufenden Fernsehkameras der internationalen Presse die Knochen der *Kinder der Steine* zu brechen begann. Zum ersten Mal wird das wahre Gesicht der hässlichen Besatzung in der Weltöffentlichkeit sichtbar. Durch dieses Bild lief Israel zum ersten Mal Gefahr, sein bis dato in den westlichen Medien hoch gefeiertes aber durchaus künstliches Image als die einzige demokratische Oase, zu verlieren. Das war die **erste historische Kehrtwende** im israelisch-arabischen Konflikt. Dieser Umstand war so sehr erschütternd für den israelischen Staat, dass die israelische Politik – mit Hilfe des Westens – die seit 1982 fast in Vergessenheit geratene Exil-PLO mit ins Boot holte. Die Madrider Friedenskonferenz (1991) bzw. der Osloer Friedensprozess (1993) haben ihren Anfang damit bekommen.

Die **zweite Kehrtwende** begann mit der zweiten bewaffneten Intifada (September 2000), nachdem Arafat und Barak in Camp David scheiterten, ein Friedensabkommen auszuarbeiten, das dem Konflikt ein Ende setzen könnte. Camp David war die offizielle Todeserklärung von Oslo. Es war insofern bahnbrechend, dass Israel seit 2000, insbesondere nach dem 11. September 2001, bezüglich dem ökodiktatorischen Design in den besetzten Gebieten, aber auch gegenüber den arabischen Staatsbürgern Israels, mit offenen Karten spielt, die der staunenden Weltöffentlichkeit ein Apartheid-System ‚Israel‘ präsentieren. Diese offene und rücksichtslose Spielweise hielten viele Experten für das moralische Ende (wie es oft in der Geschichte der Nationen gegeben hat) des israelischen Staates und faktisch für den Beginn dessen Unterganges. Diese fahrlässige israelische Politik hatte dazu geführt, dass der israelische Staat es nicht mehr für nötig hielt, seine Politik der Segregation der Weltöffentlichkeit politisch schön verpackt zu verkaufen, sondern in seiner Begründung einer modernen Apartheid-Politik auf Themen zurückgriff, die anhand der militärischen und machtpolitischen Fakten nicht mehr glaubhaft waren. Israel verwandelte den Gazastreifen bereits Mitte der 1990er – während des Osloer Friedensprozesses – zum größten Freiluftgefängnis der Welt und startete einen programmatischen Angriff auf die palästinensischen Territorien (Siedlungsbau, Landnahme, Tausende von Verhaftungen, etc.), der mit dem Baubeginn der Maueranlage in der West Bank gipfelte, die nicht nur die de facto Annexion von mehr als der Hälfte des palästinensischen Landes bedeutete, sondern vor allem auch das Land in geographisch getrennten Kantonen (Archipel) verwandelte und folglich der Zwei-Staaten-Lösung ein tödliches Ende versetzte.

Die israelische Operation ‚Gegossenes Blei‘ könnte man als die **dritte Kehrtwende** im Konflikt sehen, denn keines der erklärten Ziele dieser israelischen Offensive hat Israel erreicht. Der ehemalige israelische Premierminister Ehud Olmert hat diese Tatsache deutlich ausgesprochen: „wir haben in Gaza nicht gesiegt“. Wenn Israel nicht gesiegt hat und anhand der oben geschilderten Zerstörung des Gazastreifens die Hamas keineswegs gesiegt hat, kann man hier von einem Sieg im klassischen Sinne sprechen? An dieser Stelle ist es interessant, zwischen zwei Begriffs-Paketen zu unterscheiden, nämlich zwischen ‚Sieg‘/‘Niederlage‘ und ‚Erfolg‘/‘Misserfolg‘:

- ‚Sieg‘ ist in seinem Wesen ein militärischer Begriff, der darauf hindeutet, dass eine der Konfliktparteien den Gegner entmachtet oder komplett kontrolliert, seinen Willen bricht und die bisherigen politischen und militärischen Gegebenheiten ändert. Eine ‚Niederlage‘ deutet auf das Brechen und das Verlieren des Willens zum Kämpfen bzw. sich dem Sieger ergeben und seine Bedingungen akzeptieren;
- ‚Erfolg‘ ist seinem Wesen nach hingegen ein ziviler Begriff, der auf die Fähigkeit hindeutet, große Hindernisse im Wege eines Vorhabens zu überstehen. Im militärischen Sinne führt die Summe aller Erfolge zu einem ‚Sieg‘ (etwa die Summe aller gewonnenen Schlachten). ‚Misserfolg‘ als die Unfähigkeit Hindernisse zu überstehen, deutet im militärischen Sinne auf das Bleiben der politischen und militärischen Verhältnisse (ohne fundamentale Änderungen), die vorher geherrscht haben.

Das Scheitern, den gewollten Sieg zu verwirklichen, kann man in diesem Sinne nicht als ‚Niederlage‘ sehen, da es zu keiner Änderung der tatsächlich auf dem Boden existenten politischen und militärischen Fakten geführt hat. In diesem Sinne, projiziert man diese Begrifflichkeiten auf die erkälten israelischen Ziele im letzten Gaza-Krieg, so wird klar, dass Israel diese Schlacht nicht gewonnen hat, da es hier keines seiner erklärten Ziele erreicht hat:

- Die israelische Armee hat in diesem Krieg zwar eine Massenerstörung der palästinensischen Infrastrukturen und der Lebengrundlagen im Gazastreifen bzw. ein unglaubliches Elend unter der Zivilbevölkerung verursacht, dennoch blieb die Hamas an der Macht und wurde sogar mächtiger als vorher und genießt heute noch mehr Sympathien in der Weltöffentlichkeit als je zuvor. Das zentrale Ziel Israels – und anderer Akteure – war die vollkommene Entmachtung der Hamas. Die Gefahr, die Israel hier sah, war weniger die physische, sondern vielmehr die mentale und symbolische Präsenz der Hamas im Gazastreifen. Denn diese als eine sunnitische Bewegung mit weit gefächerten geistlichen und demographischen regionalen Ausdehnungen, stellte eine echte Gefährdung für die Besatzung und für das amerikanische Projekt (Greater Middle East) dar, wenn sie weiterhin die Regierung im Gazastreifen bilden sollte;
- Eines der Ziele der israelischen Armee war die Wiederherstellung des Rufes der israelischen Armee bzw. seiner Abschreckungsfähigkeit nach der kläglichen Niederlage im Juni 2006 gegen die Hisbollah im Südlibanon. Das Scheitern im Südlibanon hatte eine große negative Wirkung auf das Image der israelischen Armee. Es war daher nötig, das alte Image durch einen neuen Krieg wiederherzustellen. Und die internationale politische Situation war günstig, um den Gazastreifen als ein Versuchsfeld zu nutzen, auf dem die israelische Armee ihr Ansehen wieder gewinnen könnte;
- Die Besatzung konnte mit dieser Offensive das Raketen-Arsenal der Widerstandsgruppen im Gazastreifen nicht vernichten, noch konnte sie das Beschießen von Raketen komplett verhindern; und schließlich
- Eines der erklärten Ziele war die Befreiung des entführten israelischen Soldaten Gilad Shalit; dieses Ziel wurde nie erreicht. Shalit wurde stattdessen zwei weitere Jahre irgendwo im Gazastreifen von seinen Entführern gefangen gehalten, bis er am 18.12.2011 im Rahmen eines Gefangenen austauschs frei gelassen wurde.

Was die Hamas betrifft, so stand sie vor zwei Optionen:

- Entweder der totalen militärischen ‚Niederlage‘ – und darauf deuteten alle materiellen, militärischen und politischen Gegebenheiten hin, auf denen der Kriegsplan aufgebaut worden war und die prophezeiten, dass Israel die Hamas im Gazastreifen entmachten und folglich besiegen würde;
- oder dem ‚Erfolg‘, diese Schlacht durch Widerstand und Standhaftigkeit zu überleben – und genau das geschah.

Natürlich kann man im Falle der Hamas nicht von einem ‚Sieg‘ sprechen, da sich nach dem Krieg nicht viel auf dem Boden in Gaza änderte. Aber man kann durchaus von einem großen ‚Erfolg‘ sprechen, der sich hauptsächlich darin ausdrückte, dass die gesetzten israelischen Ziele der Offensive nicht erreicht worden sind. Und dennoch konnte die Hamas nach dieser Schlacht einige ihrer strategischen Ziele erreichen bzw. aufrechterhalten:

- Das Festhalten an den palästinensischen Konstanten des Konfliktes (etwa dass der Konflikt im Jahre 1948, nicht 1967, begann, mit allen Konsequenzen für die großen offenen Fragen);
- Die Fähigkeit der Gaza-Bewohner, trotz einer vorherigen tödlichen Blockade bzw. der Knappheit der Mittel,

den totalen Krieg der größten regionalen Armee für die Dauer von 21 Tagen ohne Fluchtmöglichkeit physisch und moralisch zu überstehen, übertraf alle Erwartungen und öffnete die Augen der Weltöffentlichkeit für das Geschehen in Palästina insgesamt und speziell im Gazastreifen. Millionen von Menschen gingen auf die Straßen der Hauptstädte der Welt, um gegen den Krieg zu protestieren;

- Die Tatsache, dass diese Offensive der erste israelisch-arabische Krieg auf palästinensischem Boden seit 1967 war, hatte eine besondere symbolische Bedeutung, die die Gegner von Oslo als Bestätigung des Widerstandsweges sahen;
- Die Tatsache, dass 1 Million Israelis ihre Nächte in Bunkern verbringen mussten, obwohl sie über die stärkste Armee in der Region verfügten, bezeugt eine fatale ‚strategische Niederlage‘ der israelischen Armee im Gazastreifen; das Bild der ‚unbesiegbaren Armee‘ war wieder einmal erschüttert – auch ein strategischer Erfolg der Hamas;
- Sich dessen bewusst, dass sie die Sympathien der arabisch-islamischen Öffentlichkeit genießt, arbeitet die Hamas darauf hin, die arabisch-islamische Tiefe des Konfliktes wiederherzustellen. Erste Erfolge sind bereits sichtbar, Beispiel: Türkei; einer der wesentlichen Erfolge Israels in Oslo war die Nichteinbeziehung von anderen Parteien (außer den USA) in die Verhandlungsrunden mit den Palästinensern. Die Ausschließung der arabisch-islamischen Welt in diesem Konflikt hatte und hat weiterhin größte Priorität. Die Hamas hat es während dieses Krieges teilweise geschafft, den Konfliktkreis zu vergrößern;
- Der größte politische Erfolg der Hamas war gewiss die Tatsache, dass sie kein einziges politisches Zugeständnis an Israel gemacht hat; die Proklamation des Waffenstillstands fand durch die israelische Armee und ohne die Erreichung der Ziele statt. Zudem wurde die Hamas daraufhin zum außerordentlichen arabischen Gipfel in Doha, den u. a. Ägypten, Saudi Arabien und die palästinensische Autonomiebehörde boykottiert haben, eingeladen – diese Anerkennung der Hamas als wichtiger Akteur im Konflikt war mit der größte politische Sieg der Hamas-Bewegung.

4.2.3 Folgen der Blockade nach dem Krieg gegen Gaza

Die Folgen dieser umfassenden Blockade für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen waren und sind bis heute verheerend:⁸⁷

I/ Ein schwerbeschädigtes Gesundheitssystem

Laut Angaben des Gesundheitsministeriums der abgesetzten Regierung betrug die Anzahl der Todesopfer aufgrund der schlechten medizinischen Versorgung zwischen Juli 2007 und Dezember 2009 insgesamt 367 Menschen (ca. 3 Todesopfer pro Woche). Diese Menschen konnten nicht behandelt werden, da durch die Blockade die Einfuhr von nötigen Medikamenten, Geräten und Ersatzteilen zur Wartung von vitalen medizinischen Geräten für Herz- oder Nierenkranke Menschen (z. B. Dialyse) sowie für Frühgeborene verboten war⁸⁸;

Die Folgebehandlung schwerverletzter Menschen – die während des jüngsten israelischen Krieges gegen den Gazastreifen (Operation gegossenes Blei) unter komplexen Verletzungen und Dauerbehinderungen litten – hat eine enorme Belastung für ein Gesundheitssystem geschaffen, das durch Mängel an Einrichtungen, Ausrüstung und Medikamente gekennzeichnet ist.

Infolge des Krieges gibt es bis heute Tausende von Verletzten, viele davon leiden unter schweren und komplizierten Verletzungen, denen durch die Blockade eine angemessene medizinische Versorgung faktisch verweigert wird. Hinzu kommt, dass etwa 40% der Patienten, die bereits vor der Offensive unter chronischen Krankheiten litten, die nötige medizinische Behandlung während des Konfliktes nicht bekamen, da man diese Behandlung Menschen gegeben hat, die unter lebensgefährlichen Verletzungen litten. Diese Unterbrechung der Behandlung hat negative langfristige Folgen für das Wohlergehen dieser chronisch kranken Menschen.

⁸⁷ Soweit nicht anders angegeben, Angaben über die Folgen der Gaza-Blockade entnommen aus *UN-OCHA: Locked in: The Humanitarian Impact ... a.a.O.*. Hier wurden auch BtSelem-Daten (www.btselem.org/English/Gaza_Strip) verwendet. Siehe BtSelem: Human Rights Report in the Occupied Territories, 2007, 2008 und 2009 (Januar 2009-April 2010).

⁸⁸ Aljazeera, 29.12.2009.

Durch die Ausreiserestriktionen ist das auf dem medizinischen Sektor beschäftigte Personal unfähig, ihr Wissen und Fertigkeiten zu aktualisieren. Das hat erheblich zur Unterminierung der Qualität der Gesundheitsdienstleistungen im Gazastreifen geführt. Patienten mit Sonderbedürfnissen zur Behandlung außerhalb des Gazastreifens müssen einen mühseligen und unsicheren Prozess durchmachen, um die nötige Erlaubnis zum Verlassen des Gazastreifens zu bekommen. Dazu kommen zusätzliche Qualen und lebensbedrohliche Anstrengung der Patienten. Seit Januar 2008 wurden 40% der Anträge zum Verlassen des Gazastreifens (zwecks der medizinischen Behandlung im Ausland) abgelehnt, im Jahre 2006 waren es hingegen etwa 10%.

Laut einer Studie vom März 2009 befand sich infolge des Krieges etwa 1% der Bevölkerung des Gazastreifens in einer ernsthaften akuten psychologischen Notlage. Laut gleicher Studie hatten etwa 13% der Bevölkerung Schlafprobleme; 34% berichteten von häufiger Appetitlosigkeit und Konzentrationsschwierigkeiten; 9% der Erwachsenen sagten, sie hätten Probleme, ganz normale tägliche Aktivitäten (sich kleiden, waschen, Haushaltsarbeiten, zur Arbeit gehen) zu bewältigen, und 23% der zwischen 5 und 13 Jahre alten Kinder hatten ein Bettnässen-Problem.⁸⁹ Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass zwischen 20.000 und 50.000 Menschen im Gazastreifen infolge der Operation ‚Gegossenes Blei‘ unter langfristigen mentalen gesundheitlichen Schäden werden leiden müssen.⁹⁰

II/ Die Verwüstung der Lebensgrundlagen der Menschen im Gazastreifen

Der Mangel an lebenswichtigen Einführungsgütern, gekoppelt mit der Exportsperre, hat die ökonomischen Aktivitäten auf dem privaten Sektor stark geschwächt und verursachte bis August 2009 den Verlust von etwa 120.000 Jobs. Über 40% von Gazas Arbeitskräften (mehr als 140.000) sind ohne Beschäftigung. Das Exportverbot reduzierte das Einkommen von vielen Bauern, die bisher ihre Produkte (hauptsächlich Schnittblumen, Erdbeeren, Tomaten) exportierten. Das Einkommen von etwa 3.500 Haushalten, die vom Fischfang lebten, wurde wegen der israelischen Restriktionen auf die Fischerei im Gaza-Meer stark beeinträchtigt, da diese die faktisch erlaubte Fischmenge signifikant reduzierte (Vgl. Karte 4-2).

Laut BtSelem *Annual Report 2008* verloren 40.000 Arbeiter auf dem landwirtschaftlichen und Fischerei-Sektor ihren Job infolge der Schließung von gewerblichen und industriellen Einrichtungen im Jahre 2008. Somit stieg die Arbeitslosigkeit im Gazastreifen weiter auf 50% (2007: 40%) und etwa 79% der Haushalte im Gazastreifen lebten unter der Armutsgrenze, 70% sogar in tiefer Armut.⁹¹ Bis April 2008 (BtSelem *Annual Report 2008*) haben 95% der Fabriken und Werkstätten im Gazastreifen wegen der Blockade bzw. Import- und Export-Verbote von Rohmaterialien und Waren schließen müssen. Zehntausende verloren ihren Lebensunterhalt. Als Ergebnis sind über 70% der Bevölkerung in ihrem täglichen Brot auf die Hilfe der internationalen Organisationen angewiesen. Zum Vergleich: im Jahre 2007 machte die humanitäre Hilfe etwa 3% der importierten Waren (Nahrungsmittel) aus. Im Jahre 2009 wuchs der Anteil der humanitären Hilfe auf 26% aller importierten Nahrungsmittel.⁹² Ein Bild der Massenerstörung im Gaza-Krieg wird deutlich, wenn man weiß, dass die Hilfsorganisationen die Massen an Bauschutt, die im Gazastreifen unmittelbar nach dem Waffenstillstand am 18. Januar 2009 zu räumen waren, auf 400.000 Tonnen geschätzt haben.

Das Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS) ermittelte für die gesamten besetzten palästinensischen Gebiete ähnliche *offizielle* Arbeitslosenzahlen (bis Ende 2009), die aufzeigen wie gefährlich die wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Gebieten ist. Man verzeichnete in der West Bank eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 17,8%, wobei der von der israelischen Mauer schwer betroffene Stadtbezirk Qalqilya mit einer Arbeitslosenquote von 23,4% besonders betroffen ist. Im Gazastreifen betrug die Arbeitslosigkeit insgesamt 38,6%. Die höchste Arbeitslosenzahl im Gazastreifen wurde im Stadtbezirk Khan Junis (mit einer Quote von 49,3%) dessen Infrastruktur im letzten Gaza-Krieg besonders schwer unter der Zerstörungswut des israelischen Bombardements litt.⁹³

89 Fafo Institute for Applied International Studies and UNFPA: Life in the Gaza Strip six weeks after the armed conflict 27 Dec 2008 – 17 Jan 2009, Evidence from a household sample survey, March 2009, in: *UN-OCHA: Locked in: The Humanitarian Impact ... a.a.O.*

90 WHO: Gaza Strip Initial Health Assessment, 16 February 2009, in *UN-OCHA: Locked in: The Humanitarian Impact...a.a.O.*

91 BtSelem, *Human Rights Report in the Occupied Territories, 2008*, S.8/9.

92 BtSelem, *Human Rights Report in the Occupied Territories, 1 January 2009 to 30 April 2010*, S.10.

93 Zahlen über Arbeitslosigkeit und Armut in den palästinensischen Gebieten, siehe Abschnitt 5.2.5/ Tabelle 5-9 dieser Arbeit.

III/ Steigende Ernährungsunsicherheit⁹⁴

Etwa 75% der Bevölkerung im Gazastreifen (1,1 Millionen Menschen) sind in ihrer Grundnahrung nicht sicher. Im ersten Quartal 2008 waren es 56%. Gründe für diese Ernährungsunsicherheit sind (a) die steigende Armut, (b) die Zerstörung von landwirtschaftlichen Anlagen (vor allem im Raum Khan Yunis) durch die israelische Militär, sowie (c) die Teuerung der Preise von Grundnahrungsartikeln. In der Ernährung der Bewohner des Gazastreifens hat es allmählich eine Umstellung, von einer High-Cost-Nahrung (eiweißreiche Lebensmittel wie Obst, Gemüse und tierische Produkte) zu Low-Cost-Nahrung (kohlenhydratreichen Lebensmittel wie Getreide, Zucker und Öl), gegeben. Diese Veränderung kann zu gefährlichen Nährstoffmangel insbesondere bei Kindern und schwangeren Frauen führen;

IV/ Die zunehmende körperliche Unsicherheit bzw. die Bedrohung von Menschenleben

Wie unten gezeigt wird, variierte die geschätzte Zahl der palästinensischen Todesopfer während der militärischen Strafaktion ‚Operation Gegossenes Blei‘ (27.12.2008-18.01.2009) zwischen 1.116 (IDF-Angaben) und 1.383 (nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums in Gaza). OCHA ermittelte die Geschichten von 1.383 getöteten Palästinenser, inklusive 333 Kindern, deren Tod von mindestens zwei unabhängigen Quellen bestätigt wurde. Signifikante Anteile an den Todesopfern waren Zivilisten, die an den Kämpfen nicht involviert waren.

Seit dem 15. Mai 2007 (also einem Monat vor der Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen) wurden mindestens 360 Todesopfer im Zusammenhang mit den innerpalästinensischen Kämpfen beklagt. Individuelle Todesopfer wurden angeblich, in Zusammenhang mit den oppositionellen Gruppen, Opfer von willkürlichen Verhaftungen, Folter und sonder-gerichtlichen (sprich außergerichtlichen) Exekutionen;

V/ Die Unfähigkeit, das Land wiederaufzubauen

Das israelische Verbot, Baumaterialien zu importieren, verhinderte den Wiederaufbau der meisten der während der ‚Operation Gegossenes Blei‘ totalzerstörten (3.540) bzw. der schwerbeschädigten Häuser (2.870);

VI/ Eine langwierige Energiekrise

Die Reduzierung der zum Zugang erlaubten Mengen des industriellen Brennstoffs zwang das einzige Kraftwerk (Aggregat) im Gazastreifen seine Produktionsebene zu reduzieren, was ein Elektrizitätsdefizit von 15-20% geschaffen hat. Familien sind in extrem heißen Sommertagen gezwungen, Nahrung stundenlang ohne Kühlung zu lagern; öffentliche Einrichtungen, insbesondere Krankenhäuser, sind flächendeckend auf Sicherungsgeneratoren angewiesen. Das verursacht wiederum ein Problem, da die Versorgung mit Ersatzteilen (auch infolge der Blockade) einschließlich für diese Generatoren inkonsistent ist;

VII/ Die Verschlechterung städtischer und regionaler Infrastrukturen für Wasser-, Abwasser und Müllentsorgung

Bis heute haben 10.000 Menschen im nördlichen Gazastreifen keinen Zugang zum fließenden Wasser, da man hier die nötigen Baumaterialien zum Ausbauen und Sanieren des Wassernetzwerkes nicht einführen darf. Als Ergebnis des Mangels ausreichender Instandsetzung und Verbesserung der Abwasser-Infrastruktur, sind 80 Millionen Liter Roh- und teilbehandeltes Abwasser *täglich* in die Umwelt abgeführt worden. Das hat zu einer weiteren Verunreinigung des Gaza-Meeres und der unterirdischen Wasseraquifer geführt. Nur 5-10% des aus den Aquifern des Gazastreifens gewonnenen Wassers entsprechen die WHO-Sicherheitsstandards;

VIII/ Unterminiertes Bildungswesen

Schulen sind aufgrund der Massenerstörung im letzten israelischen Krieg gegen Gaza besonders betroffen. Die Überbelegung in den Schulklassen des äußerst dicht besiedelten Gazastreifens ist ein Ergebnis der Unfähigkeit neue Schulklassen zu errichten, da man im Kontext der Blockade weder expandieren noch die

⁹⁴ Ernährungsunsicherheit existiert, wenn Menschen keinen Zugang (materiell oder finanziell) zu einer ausreichenden, sicheren, nahrhaften und sozial akzeptablen Nahrung haben, um ein gesundes und produktives Leben zu führen.

bestehenden zerstörten Einrichtungen wiederherrichten kann – insgesamt wurden im letzten Krieg gegen Gaza 280 Schulen und Kindergärten beschädigt, inklusive 18 Einrichtungen (8 staatlichen Schulen, 2 Privatschulen und 8 Kindergärten), die total zerstört (zerbommt) wurden.

Hinzu kommen wiederkehrende Kürzungen von schulischen Materialien, deren Einfuhr in den Gazastreifen wegen der Blockade verzögert oder verboten wurde.

Der häufige Ausfall des elektrischen Stroms hat zu einem Rückgang der Schulbesuche und Leistung der Schülerinnen und Schüler geführt. Dieser Leistungsrückgang zeigt sich deutlich am folgenden Beispiel: im ersten Semester des Schuljahres 2007/2008 haben nur 20% der 16.000 Sechstklässler die Standardexamen der Fächer Mathematik, Naturwissenschaften, Englisch und Arabisch bestanden.

Durch die strikten, von den israelischen Behörden verhängten Kriterien in Bezug auf die Erlassung von Genehmigungen für Studenten zum Verlassen des Gazastreifens, sowie die limitierten Öffnungen des Rafah-Grenzganges (Ägypten), werden die *meisten* Studenten gehindert, Universitäten außerhalb des Gazastreifens zu erreichen. Zwischen Juli und September 2008, vor Beginn des akademischen Jahres 2008/2009, konnten nur 70 Studenten es managen den Gazastreifen durch Israel zu verlassen, um auswärtige Universitäten zu besuchen.

Laut Angaben einiger internationaler und lokaler Hilfsorganisation, die zusammen mit der UN-OCHA einen Hilferuf für den Gazastreifen im Februar 2009 veröffentlicht haben, würde man 615.403.881 US \$ benötigen, um 1,4 Millionen betroffene Menschen für die nächsten 9 Monaten (2009) betreuen zu können. Von dieser Summe konnte man bis dato nur 81.950.707 US \$ aufbringen, der Rest (533.453.174 US \$) wurden noch gesucht.⁹⁵

4.2.4 Folgen des Gaza-Krieges für den Friedensprozess

Die Folgen der Operation ‚Gegossenes Blei‘ beschränkten sich nicht nur auf die Menschen im Gazastreifen, sondern auch auf den Friedensprozess selbst, da das ohnehin gespaltene arabische Lager eine zusätzliche Bildung von Rissen durch die israelische Offensive erlebte. Wie nie zuvor klafften die Meinungen der offiziellen arabischen Regime, was dem Widerstand der Palästinenser gegen Israel angeht, auseinander. Länder wie Saudi Arabien, Ägypten, Jordanien und natürlich die PA in Ramallah (die so genannten moderaten Länder) verurteilten zwar die israelische Operation als „Verbrechen“, gaben aber mehr oder weniger der Hamas die Schuld für die Eskalation der Lage, da diese die Waffenruhe einseitig aufgekündigt habe. Einer am 16. Januar auf Initiative Katars einberufenen Sondersitzung der Arabischen Liga blieben über die Hälfte der Mitgliedsstaaten fern, darunter Ägypten, Jordanien und Saudi Arabien. Katar und Mauretanien kamen einer Aufforderung Syriens (die an alle arabischen Staaten gerichtet war) nach, alle direkten und indirekten Beziehungen zu Israel abzubrechen.

Der Krieg hat auch mittelfristige Folgen für den Friedensprozess, die man auf folgenden Ebenen bzw. Aspekte zusammenfassen kann:

I/ Auf der palästinensischen Ebene

Der Krieg hat der internen Legitimation der Autonomiebehörde einen schweren Schlag versetzt. Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas, dessen Amtszeit offiziell am 09. Januar 2009 abgelaufen ist, kann es sich politisch nicht erlauben, auf dem Rücken israelischer Panzer die Macht im Gazastreifen zu übernehmen. Die Rufe der Palästinenser – auch in den Reihen der Fatah – nach längst fälligen Reformen in der PLO (der einzigen legitimen Vertreterin der Palästinenser) durchzuführen, werden immer lauter. Diese Reformen sollen einen nationalen Konsens bilden und jene Widerstandsgruppen, die nicht unter dem Schirm der Dachorganisation (PLO) stehen, sprich Hamas und Jihad Al-Islami, aufnehmen. Auch hier entflammte ein Konflikt der Grundsätze: die Oslo-Gegner betrachten das Experiment der Autonomiebehörde als gescheitert und fordern stattdessen die Ausrufung einer gemeinsamen Widerstandsstrategie gegen die Besatzung;

II/ In der arabischen Öffentlichkeit

Die Offensive wurde in den arabischen Medien direkt übertragen und führte zu einer heftigen Debatte zwischen den arabischen Intellektuellen. Aus der Perspektive arabischer Medien und der Intellektuellen hat Israel mehr als in jedem anderen Konflikt gezeigt, dass es nicht friedenswillig ist, sondern unter Frieden eine Kapitulation

⁹⁵ Angaben in: *Occupied Palestinian Territory: Gaza Flash Appeal ... a.a.O., Table I, S.3.*

der arabischen Welt zu israelischen Bedingungen versteht. Das blieb nicht ohne Folgen: angrenzende arabische Länder (Syrien und Libanon) haben begonnen, ihre nationalen Sicherheitsstrategien zu überdenken. Besonders sichtbar wird das in der plötzlichen positiven Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Syrien und der Türkei. Das ging soweit, dass beide Nachbarländer, ähnlich wie in den Ländern der EU, die Grenzen für Personen- (ohne Visum) und Warenverkehr (z. T. zollfrei) geöffnet haben;

III/ Auf regionaler Ebene: Syrien, Türkei und Libanon

Syrien und die Türkei: Syrien hat aus Protest gegen den Krieg den Abbruch der israelisch-syrischen indirekten Verhandlungen angekündigt, die in den letzten Monaten unter türkischer Vermittlung stattgefunden haben. Der Krieg war darüber hinaus der faktische Beginn einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Israel und einem Jahrzehnte langen Alliierten und NATO-Mitglied, der Türkei. Die Türkei wurde von Israel schwer beleidigt, da der damalige israelische Premierminister Ehud Olmert noch am Vorabend der Offensive mit türkischen Politikern in Istanbul über die israelisch-syrischen Friedensgespräche gesprochen hat. Die türkische Politik wollte es nicht hinnehmen, dass israelische Politiker einen Krieg gegen die Palästinenser führen, während sie mit Syrien (unter türkischer Vermittlung) über Frieden sprechen. Seitdem gewann die Regionalmacht Türkei enorm an Prestige in der arabischen Öffentlichkeit;

Im Libanon dürfte die Entwaffnung der Hizbollah politisch nicht mehr durchsetzbar sein, da der Krieg in Gaza Bedrohungsszenarien durch Israel wieder wach gerufen hat. Man spricht nicht mehr von der Entwaffnung der Hizbollah, sondern von einer Integration seiner Milizen in die reguläre libanesisische Armee;

IV/ Arabisch-israelische Beziehungen

Katar und Mauretanien haben ihre Beziehungen zu Israel eingefroren. Auch wenn dies aufgrund der marginalen Position der beiden Länder nur symbolische Bedeutung hat, hatte dieser Umstand eine große Wirkung auf der gesamtarabischen politischen Ebene bezüglich der Selbstverständlichkeit der Kontaktierung israelischer Politiker (nach Oslo): die psychologische Barriere der Zeit vor Oslo ist zum Teil wiederhergestellt. Den so genannten moderaten Regierungen fällt die Begründung für die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zu Israel im Kontext ihrer eigenen Öffentlichkeit zunehmend schwerer. In einer besonders heiklen Situation befand sich das Mubarak-Regime in Ägypten, das sowieso schon eine schwache Basis in der eigenen Bevölkerung hatte. Es hat sich dort durch die anfängliche Duldung der Angriffe, die Boykottierung eines arabischen Gaza-Gipfeltreffens und die streckenweisen Aufrechterhaltung der Blockade von Hilfslieferungen für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen weiter delegitimiert;

V/ Ägypten

Das ägyptische Regime befand sich plötzlich in einer sehr schwierigen Situation. Die Teilnahme an der Blockade-Allianz distanzierte das Regime immer mehr von der eigenen Bevölkerungsbasis, nicht nur in Ägypten sondern auch in der gesamten arabischen Welt. Anfänglich versuchte das Regime, die Schuld für den Krieg der Hamas zuzuschieben. Kurz später änderte es seinen Diskurs und bezeichnete Israel als „Aggressor“, der für das „abscheuliche Blutvergießen in Gaza“ verantwortlich war. Es waren gewiss keine Versuche des Regimes, seine verloren gegangene interne und regionale Legitimität zurückzugewinnen, sondern vielmehr das Sehen und Wissen, dass seine eigenen Sicherheitsinteressen zunehmend bedroht waren, nicht zuletzt durch diese Zusammenarbeit. Das wurde am 17. Januar 2009 klar, nachdem Präsident Mubarak in einer ungewöhnlich scharfen Rede eine von Israel geforderte und von den USA und der EU unterstützte Kontrolle der ägyptisch-palästinensischen Grenze durch internationale Beobachter zurückgewiesen hat:

„Ägypten wird niemals irgendeine Form von ausländischen Beobachtern auf seinem Territorium zulassen. Das ist die rote Linie, die nicht überschritten werden soll und darf.“⁹⁶

In der gleichen Rede unterstrich er das Recht des palästinensischen Volkes auf Widerstand gegen die Besatzung – einschließlich des bewaffneten Widerstandes. Er betonte die Rolle Ägyptens in der Gründung und Unterstützung der PLO sowie in der Unterstützung Arafats, in Camp David (2000) das aufgedrängte ungerechte Friedensabkommen nicht zu unterzeichnen. Und schließlich warnte er in seiner Rede Israel:

⁹⁶ Moh'd Husni Mubarak aus einer Rede am 17. Januar 2009, zitiert in: Ivesa Lübben: *Warum der Waffenstillstand scheitern musste ... a.a.O.*, S.28.

„Ich sage den israelischen Führern, dass diese Aggression den Widerstand nicht brechen und dem israelischen Volk keinen Frieden bringen wird. Die Aggression wird die Standhaftigkeit des palästinensischen Volkes stärken, und sie wird das Gefühl von Wut und Hass gegenüber Israel verstärken. Die Aggression wird alle Friedensbemühungen torpedieren.“ Nur durch ein Ende der Besatzung und die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates sei Frieden in der Region möglich.⁹⁷

War diese Rede eine Kehrtwende in der ägyptischen Politik? Wollte Mubarak damit die verlorene regionale Machtstellung wieder gewinnen? Die Ereignisse danach werden zeigen, dass das völlig abhängige ägyptische Regime weit entfernt von dieser Vorstellung war, nicht zuletzt da es unter nationaler Sicherheit nur die eigene Sicherheit (des Regimes) verstand. Die Stationierung von internationalen Truppen auf ägyptischem (ehemals befreiten) Boden wäre der Todesstoß des Regimes gewesen, denn das hätte nicht nur die Schwäche des Regimes, die eigene Grenze zu beschützen, sondern und vor allem auch seine Komplizenschaft mit den Israelis gegen die Brüder und Schwestern im Gazastreifen expressiv aufgezeigt.

4.2.5 Erkenntnisse aus dem Gaza-Krieg

Aus den oben geschilderten Ereignissen und Fakten, kann man einige Lehren ziehen, die für eine vernünftige künftige Nahostpolitik sehr hilfreich sein können. In nur drei Wochen hat die israelische militärische Operation ‚Gegossenes Blei‘ gegen den Gazastreifen (27.12.2009-17.01.2009) einige Tausend Menschenopfer und eine immense Zerstörung aller lebenswichtigen Infrastrukturen des Territoriums gekostet. Diese unverhältnismäßige zerstörerische Kraft eines modernen Krieges ist (ähnlich wie im Fall des israelischen Angriffs auf den Libanon vom Sommer 2006) die *erste wichtige Erkenntnis*, die man aus diesem Krieg lernen kann⁹⁸;

Die *zweite Erkenntnis* ist die Sinnlosigkeit der Anwendung von Gewalt, um ein gänzlich politisches Problem, wie die Palästinafrage, zu lösen. Obwohl die israelische Armee wochenlang den Gazastreifen massiv aus der Luft, vom Wasser sowie mit dem Einsatz von Bodentruppen angegriffen hat und trotz dem Einsatz von völkerrechtlich geächteten Waffen, konnte sie die palästinensische (und vorher die libanesischen) Guerilla nicht ausschalten – ganz im Gegenteil, diese Guerilla kam aus dem Krieg politisch und moralisch stärker als vorher hervor;

Die *dritte Erkenntnis* ist, dass das internationale Ansehen Israels durch diesen Krieg stark gelitten hat – die Welt sieht Israel nicht mehr in der Opferrolle, die in den letzten 6 Jahrzehnten durch die Medien produziert wurde;

Die *vierte Erkenntnis* ist, dass dieser Krieg, zusammen mit dem Libanonkrieg von 2006, ein ernstzunehmender Wendepunkt im Image Israels als ‚eine unbesiegbare regionale Militärmacht‘ markiert bzw. die Unterbrechung der Erfolgskette der israelischen Armee seit 1948 bestätigt. Wie oben bereits erwähnt, begann diese Unterbrechung mit der ‚ersten palästinensischen Intifada‘ im Dezember 1987, die im Übrigen den Oslo-Friedensprozess zur Folge hatte. Die Folgen dieser beiden Kriege haben eben bestätigt, dass diese militärische Strategie Israels nicht weiter führt; sowie

Die *fünfte Erkenntnis*: Israel muss auf die Stärke der Politik setzen, statt sich auf eine Politik der Stärke zu verlassen, wenn es eine dauerhafte Integration in den arabisch dominierten Nahen Osten gewährleisten will. Statt der seit 1948 praktizierten Segregations- und Entrechtungspolitik, muss Israel den Frieden mit seinen Nachbarn suchen. Die Umriss einer friedlichen Lösung sind den Palästinensern (auch der Hamas) und den meisten Staaten der Welt, inklusive Europa, bekannt: Sie sind skizziert in UN-Resolutionen der letzten 62 Jahren.

Trotz dieser Erkenntnisse, die jedem Staat bekannt sein dürften, hat sich unmittelbar nach Ende der israelischen Offensive politisch so gut wie gar nichts geändert, weder im Verhalten Israels noch in der europäischen Politik gegenüber Israel. Viele Stimmen in der europäischen Öffentlichkeit wurden zwar laut und Millionen von Menschen auf dem Globus – in den arabischen Ländern wurde dies den Menschen meistens untersagt – gingen auf die Straßen, insbesondere in den Hauptstädten Europas, aber dennoch hat sich auf der oberen Etage der Politik kaum etwas geändert. Wie es sich in den nächsten Wochen nach dem Krieg zeigen wird, forderte die po-

⁹⁷ Ebenda.

⁹⁸ Vgl. ‚Aus dem Gazakrieg lernen‘, in: *Atlas der Globalisierung 2009 – sehen und Verstehen ... a.a.O.*, S.178.

litische Rhetorik der europäischen und der umgebenden arabischen Länder zwar nach einem Ende der Blockade und dem Respekt gegenüber den Menschenrechten im Gazastreifen. Aber in Wahrheit betreiben die gleichen Länder, auf US-amerikanischen Druck hin, bis heute eine noch radikalere Blockade-Politik gegen Gaza und die Beschlüsse, die sie auf ägyptischem Boden gleich nach Krieg gemeinsam (zur Bekämpfung der Hamas) getroffen haben, bezeugen eine schweigende Mittäterschaft am Krieg und die Akzeptanz seiner Ergebnisse – Beschlüsse, die zu der so genannten ‚Eisernen Mauer‘ Ägyptens geführt haben, im Namen der Sicherheit Israels und erstaunlicherweise Ägyptens.

4.3 Statt Wiederaufbau, eine ägyptische ‚eiserne Mauer‘

Für den israelischen Staat war die Gaza-Offensive eine politische und moralische Niederlage, die sein Bild auf dem ganzen Globus deutlich verschlechterte. Dieser Imageverlust Israels hat eine relativ kleine Gruppe aus Menschenrechtsaktivisten, der Free-Gaza-Bewegung, die bereits zu Beginn der Gaza-Blockade aktiv waren, erheblich gestärkt und sie inzwischen zu einer großen internationalen Bewegung gemacht, die das Ziel verfolgt, die Blockade zu brechen. Seitdem die Folgen der Offensive der Weltöffentlichkeit bekannt wurden, versucht diese global aktive Massenbewegung aus Friedens- und Menschenrechtsaktivisten immer wieder Schiffe mit Hilfsgütern und solidarisierenden Aktivisten an Board nach Gaza zu schicken und das Problem in den Weltmedien präsent zu halten – ein für Israel unangenehmes und peinliches Geschehen. Diese Aktivisten arbeiten fleißig und mit Erfolg daran, die Folgen aus der Blockade und dem Krieg publik zu machen.

Aber anstatt die Blockade aufzuheben, um den zerstörten Gazastreifen wiederaufbauen zu können und den Menschen dort wirklich zu helfen, beharrte der israelische Staat mit Hilfe des Westens darauf, diese nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern sie sogar auszuweiten: europäische Marineschiffe sollten die Küste zu Gaza überwachen, um Schmuggelaktionen in und aus dem Gazastreifen zu verhindern. Das Regime in Ägypten konnte zwar die Stationierung ausländischer Truppen gerade noch abwenden, aber es musste dem US-amerikanischen und europäischen Druck nachgeben, den Ring um den Gazastreifen noch enger zu schnallen und solche Aktivitäten fremder Mächte unmittelbar in der Nähe seiner Küste hinnehmen. Das geschah in der Zeit, als Vertreter der westlichen Staaten unmittelbar nach Ende der Offensive mit Vertretern Ägyptens und der palästinensischen Autonomiebehörde auf ägyptischem Boden zusammentrafen, nicht etwa um die Blockade zu beenden, sondern um über den Wiederaufbau des Gazastreifens zu diskutieren. Die Geberländer stellten die Bedingung (das war der Wunsch Israels und der palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah), dass die Autonomiebehörde in Ramallah und nicht die Hamas ihr Ansprechpartner sein müsse, wenn der Wiederaufbau des Gazastreifens stattfinden solle. Das wurde natürlich von der Hamas sofort abgelehnt, insbesondere da sie nun nach der überlebten Offensive nicht nur politisch stärker als vorher war, sondern auch eine breite Zustimmung und Sympathien bei der arabischen und internationalen Öffentlichkeit genoss.

Wie oben erwähnt wurde, zählt die Hamas für den Westen zu der von den ‚neocons‘ um G. W. Bush erfundenen „Achse des Bösen“, die iranisch-dominiert sein soll. Es herrscht von Seiten Israels, dem Westen mit den USA an seiner Spitze sowie einigen arabischen Regimen ein großes Misstrauen dem iranischen Regime gegenüber. Und alle arbeiten fleißig daran, den iranischen Einfluss einzuschränken und den passenden Moment abzuwarten, um den iranischen Staat anzugreifen. Der Grund hierfür ist nicht der schiitische Islamismus, wie oft behauptet wird, sondern wohl eher die Tatsache, dass der Iran inzwischen eine ernstzunehmende Regionalmacht ist, die ihre eigene Agenda verfolgt, Aspirationen auf unabhängige Führung hat und Ziele wissenschaftlicher und technischer Entwicklung anstrebt. Dass Israel etwas gegen solche Pläne hat, ist nachvollziehbar. Was die arabische Öffentlichkeit bewegt und empört ist die Tatsache, dass ihre eigenen Herrscher-Regime nicht dem Beispiel der Türkei und des Iran folgend versuchen, sich auf den Weg der wirklichen Unabhängigkeit zu machen, sondern sich einer US-inspirierten Agenda anschließen, die nicht die ihre ist.

Natürlich nutzt der Iran die Geschehnisse in Palästina, wie viele andere Staaten vorher, um die Sympathien der arabisch-islamischen Massen zu gewinnen. Das weiß die arabische Öffentlichkeit nur zu gut. Und es ist zunächst einmal sekundär, ob der iranische Staat die ehrliche Absicht hat, etwas für die Verwirklichung von Änderungen (Reformen) in den arabischen Ländern beizutragen oder nicht. Fakt ist allerdings, dass ihre bisherigen Erfolge darin bestehen, die arabischen Völker gegen ihre Herrscher aufzubringen, in Reflektion der Schwäche und Rückständigkeit dieser Staaten. Das wiederum arbeitet gegen die Interessen und Ziele Israels und der USA, die nur im Kontext von rückständigen, hungrigen und ‚niedergeschlagenen‘ arabischen Völkern abge-

sichert bzw. erreicht werden können. Deswegen hat sich das ‚Trio‘ „Israel, USA und einige arabische Regime“ in ihrem gemeinsamen Streit gegen den Iran hinter einer Idee des Sektierertums organisiert. Die Schiiten werden nach dieser Logik als Gefahrquelle für die Sunniten dargestellt. Dieser Welle der Schiiten-Sunniten-Hetze folgten dann alle Gruppen und Personen, die den arabischen Systemen bzw. den USA und Israel loyal sind. Der ganze Zorn *moderater* arabischer Staaten galt der Hamas, die mit der Annahme der Unterstützung Irans de facto die *Nation der Sunna* (Ahl Al-Sunna) wegen ihrer Passivität – und in einigen Fällen Contra-Stellung – den Palästinensern gegenüber als Verräter sehe. Natürlich haben die gleichen Kräfte nie eine Antwort auf die Frage gegeben, warum sie als Sunniten der sunnitischen Hamas in ihrem *gerechten* Kampf gegen den *Aggressor* ‚Israel‘ (wie sie selber sagen) nicht selber helfen, statt sie dem schiitischen Iran zu überlassen bzw. warum beispielsweise das sunnitische ägyptische Regime an der Blockade gegen den sunnitischen Gazastreifen aktiv und maßgeblich teilnimmt.

In Wahrheit verkörperte die isolierte Hamas-Regierung im Gazastreifen mit ihrem Widerstandsprogramm nicht nur eine Besorgnisquelle, sondern vor allem auch eine Quelle der Peinlichkeit, die die Autonomiebehörde in Ramallah und die arabischen Regime wegen der Gaza-Blockade ständig in Verlegenheit gebracht hat. Die Lage wurde für die arabischen Regime kritischer als unzählige internationale Menschenrechtsorganisationen, Medien und wichtige Persönlichkeiten, sich aktiv für ein Ende der Blockade einzusetzen begannen.

Für die so genannten moderaten arabischen Regime (vor allem für das Regime Mubarak in Ägypten) wurde Hamas zu einer großen Last, insbesondere nachdem ihr bevorzugtes Modell des ‚*bedingungslosen Verhandeln*‘ sein faktisches Scheitern bewiesen hatte. Lange hatte das Regime in Ägypten gehofft, die palästinensische Akte für immer beenden und seine ‚Ägypten-zuerst-Politik‘ ungestört fortsetzen zu können. Die Hamas stellte schon insofern ein großes Problem dar, als sie nicht Teil des Verhandlungsprozesses war. Umso peinlicher wurde es für die palästinensische Autonomiebehörde in Ramallah, als diese unter den Augen der aufmerksamen Öffentlichkeit demokratischer Länder eine großangelegte Verhaftungswelle in den Reihen der politischen Gegner, hauptsächlich der Hamas-Mitglieder, im Westjordanland durch ihre Sicherheitskräfte durchführte. Diese Politik der Mundtotmachung wird bis heute weiter verfolgt und von den demokratischen Geberländern, entgegen ihrer eigenen öffentlichen Meinungen, stillschweigend unterstützt. Die Partner der Blockade wollten eine neue Situation im Gazastreifen kreieren, die der Hamas und den anderen Widerstandsgruppen keinen Raum bietet. Hier wurde klar, dass die Drohungen, die die damalige israelische Außenministerin Tzipi Livni wenige Tage vor Ausbruch des Krieges ausgerechnet von ägyptischen Boden (Kairo) aus und vor versammelten Journalisten neben ihrem ägyptischen Kollegen Ahmad Abu Al-Ghait stehend, an die Regierung der Hamas richtete, einen starken Hinweis darauf gab, welche Richtung die moderaten arabischen Regime gehen werden.

Vermutlich im gleichen oben genannten Zusammentreffen für den Wiederaufbau des Gazastreifens unmittelbar nach Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen, musste das Regime in Ägypten, nachdem es die Stationierung der ausländischen Truppen in Nord-Sinai ablehnte, dem israelischen, US-amerikanischen und europäischen Druck nachgeben, seine Grenze zum Gazastreifen hin noch effektiver zu überwachen. Das Regime sollte die Grenze noch effizienter überwachen, die Tunnelnetzstruktur bekämpfen durfte aber zugleich seine Truppenpräsenz entlang der Grenze – gemäß dem Camp David Abkommen von 1979 – nicht vergrößern. Diese Forderungen mündeten in dem Plan, eine unterirdische Stahl-Mauer entlang der 14 Km langen Grenze zum Gazastreifen hin zu errichten, die angeblich die USA finanzieren werden.

Am 09.12.2009, also weniger als ein Jahr nach Ende des Gaza-Krieges, veröffentlichte die israelische Zeitung Haaretz die Nachricht, dass die ägyptischen Behörden begonnen hätten, eine gewaltige 10 km lange unterirdische Stahl-Mauer entlang der ägyptischen Grenze mit dem Gazastreifen zu errichten, um einen Baustopp der palästinensischen Schmuggel-Tunnel zu bewirken. Die unbenannt gebliebene ägyptische Quelle bestätigte, dass der Plan für diesen Mauerbau die letzte einer Reihe von Maßnahmen von Seiten der ägyptischen Behörden gegen die Tunnel-Wirtschaft sei. Obwohl die ägyptischen Truppen fast jede Woche palästinensische Tunnel zerstörten oder mit tödlichem Gas füllten – oft während sich Menschen darin befanden – und obwohl die Zahl der Todesopfer in den Tunneln ständig zunahm, florierte die Tunnelwirtschaft weiter. Mit Hilfe von speziellen Sensoren versuchten gemeinsame amerikanisch-ägyptische Patrouillen, die unterirdischen Grenztunnel aufzuspüren bzw. sie suchten nach Möglichkeiten, diese zu blockieren. Die neue Stahl-Mauer besteht aus riesigen Stahlplatten (Spunddielen), die in eine große Einbautiefe (20-25 m) in den Untergrund gerammt werden sollten. Dennoch gab es keine Sicherheit, dass die Schmuggeloperationen nach Fertigstellung der unterirdischen Mauer

komplett gestoppt werden konnten.⁹⁹

Die ägyptischen Behörden haben diese Nachricht zuerst entschieden dementiert und meinten, dass die Bauarbeiten – die ägyptischen Sicherheitskräfte rammten entlang der Grenze Metallteile in den Boden – Vorbereitungen zur Sicherung der Grenze, sprich zur Errichtung einer nicht asphaltierten Straße entlang der Grenze sowie für den Einbau von Kontrollgeräten seien. Sie meinten weiter, dass die Bauern, die durch die Bauarbeiten materiellen Schaden erlitten hätten, entschädigt worden seien.¹⁰⁰ Die englische Zeitschrift ‚The Independent‘ bestätigte am 11.12.2009 laut Angaben von ägyptischen Entscheidungsträgern, dass das Mauerprojekt immer noch aktuell war und dass laut Zeugenaussagen die Bauarbeiten am Projekt während der letzten 3 Wochen ununterbrochen fortgeführt worden seien.¹⁰¹



Bild 4-4: Die Rafah-Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen.

Bild 4-5: Spunddielen.

Die ägyptischen Regierung begann erst dann und schrittweise, Informationen über das Bauvorhaben der unterirdischen Mauer preiszugeben, nachdem die Geheimhaltung durch Erklärungen offizieller internationaler Stellen in der Presse zunichte gemacht wurden. Am 16.12.2009 erklärte *Karen Koning Abu Zayd*, ehemalige Chefin des UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), während einer Tagung an der amerikanischen Universität in Kairo, dass die Errichtung des eisernen unterirdischen Walles tatsächlich begonnen hätte und dass dabei riesige Stahltafeln verwendet und in den Boden gerammt werden würden. Abu Zayd, die Ende Dezember 2009 ihr Amt beendete, sagte auch aus, dass die USA die vollen Konstruktionskosten übernehmen würden. Die verwendeten Stahltafeln wurden von Abu Zayd als bomben-sicher und als standhafter als die Bar-Lev-Linie von 1967 (Vgl. Abschnitt 2.2.1) beschrieben. Abu Zayd war eine der prominenten Kritikerinnen der Politik der Blockade gegen den Gazastreifen und warnte, dass ein solches Szenario der ägyptischen Regierung (die Stahl-Mauer) Ägypten in Verruf bringt und außer Israel niemandem diene.¹⁰²

Der ehemalige stellvertretende US-Außenminister Jeffrey Feltman (zuständig für die Nahostfragen im Büro von Condoleezza Rice) bestätigte in einem Interview mit dem Sender Al-Jazeera Frau Abu Zayds Aussage über die Pläne der ägyptischen Regierung und erklärte, dass die Entscheidung zum Bau der Stahl-Mauer alleine von der ägyptischen Regierung und gemäß den nationalen Interessen Ägyptens getroffen worden sei.¹⁰³

99 Issacharoff, Avi, 'Egypt building iron wall on Gaza border to stop smuggling', Haaretz, 09.12.2009.

100 Aljazeera, 11.12.2009, nach Aussagen von Sulaiman Awwad, einem lokalen Ratsmitglied des ägyptischen Teils der Stadt Rafah. Ein Grenzlandstreifen von 100 m Tiefe wurde im Rahmen der Bauvorbereitungen genommen und samt Baumbestand niedergewalzt.

101 Lynfield, Ben, 'Egypt constructs huge Gaza Wall', The Independent, Jerusalem, 11.12.2009.

102 Aljazeera.net, 17.12.2009.

103 Ebenda.

Nach diesen Aussagen prominenter Politiker, haben Vertreter der ‚Moslebruderschaft‘ im ägyptischen Parlament reagiert und forderten eine Stellungnahme ihrer Regierung zu den durchgesickerten Informationen und stellten im Parlament einen Antrag auf Klärung dieser Angelegenheit. Der Antrag wurde von der ägyptischen Regierung, deren Fraktion über eine extreme Mehrheit im Parlament verfügte und somit das Parlament beinahe alleine kontrollierte, anfangs nicht beachtet. Stattdessen wurden von Seiten der regierungsnahen Medien, insbesondere der Tageszeitung Al-Ahram, damit begonnen, die Öffentlichkeit schrittweise auf den ‚Schock‘ vorzubereiten.

Der Chefredakteur der Al-Ahram ‚Usama Saraya‘ erklärte kurz darauf in einer Livesendung des Senders Al-Jazeera, dass die Nachricht über die angebliche Grenz-Stahlmauer in der Luft hängen würde, da er bisher weder ein Bild von dieser Konstruktion gesehen habe noch würde dieses Bauvorhaben von irgendeinem ägyptischen Regierungsbeamten bestätigt. Dann erklärte er, dass es Ägyptens Recht sei, seine Grenzen zu beschützen und deutete darauf hin, dass Kairo seit Jahren neben der Aufhebung der Blockade gegen Gaza über Terrorbekämpfung spricht. Saraya war ein großer Befürworter der Ausnahmezustands- bzw. der späteren Terrorbekämpfungsgesetze in Ägypten und wurde im Jahre 2005 auf Empfehlung höchster Regierungskreise – hauptsächlich wegen seiner uneingeschränkten Unterstützung der Politik des Regimes – zum Chefredakteur der wichtigsten Tageszeitung des Landes erklärt. In der Zeit bis etwa Ende Dezember 2009 hatte die staatsnahe Presse in Ägypten fleißig an einer psychologischen Positionierung der Separationsidee zwischen Ägypten und Gaza gearbeitet.

Die ägyptische Regierung hat nach israelischer und amerikanischer Bestätigung zugegeben, dass sie eine unterirdische Stahl-Mauer entlang der Grenze mit dem Gazastreifen errichte und dass sie mit dieser Konstruktion folgende Ziele verfolge:

1. Schutz der nationalen Sicherheit Ägyptens; und
2. Blockieren des Schmuggels von Personen, Drogen und Waffen, indem dem Tunnelbau mittels der Konstruktion einer unterirdischen eisernen Sperre ein Ende gesetzt wird.¹⁰⁴

Und dennoch hat weder die ägyptische Regierung noch irgendeine andere beteiligte offizielle Stelle je Pläne oder Skizzen über die Konstruktion der Stahlmauer veröffentlicht. Jedoch sickerten immer mehr Informationen aus regierungsnahen Stellen, aus Zeugenaussagen und Fotoaufnahmen über dieses Bauwerk und seine wirklichen Absichten durch, mit deren Hilfe man eine Animation der Gesamtsituation herstellen bzw. die wesentlichen Elemente der unterirdischen eisernen Barriere skizzieren konnte. Wie man es mittlerweile im israelisch-arabischen Konflikt gewohnt war, werden sickern Informationen über die arabischen Diktaturen (in denen selbst der Gesundheitszustand des Herrschers ein Staatsgeheimnis und Thema der nationalen Sicherheit ist) meistens aus zweiter Hand bekannt, nämlich in der israelischen oder westlichen Presse. Diese mediale Nebulösität in den arabischen Ländern ist schon immer ein fundamentaler Bestandteil einer Politik gewesen, die einerseits die Entmündigung der Völker beabsichtigt und andererseits auf dem Wissen dieser Regime basiert, dass ihre Völker ihre Politik nicht gutheißen würden.

Nach Ha’aretz und ‚The Independent‘ hat es weitere Berichte aus dem Ausland gegeben, die zusammen der Öffentlichkeit ein Gesamtmosaik des Rätsels ‚Stahl-Mauer‘ vermitteln¹⁰⁵. Die ‚Arab Organisation for Human Rights‘ (AOHR) in London veröffentlichte einen Bericht¹⁰⁶ über die ägyptische eiserne Mauer, der erstmals konkrete Details über die Materialien, Bauweise und Baufortschritte der Mauerkonstruktion beinhaltete. Dem Bericht waren folgende Angaben zu entnehmen:

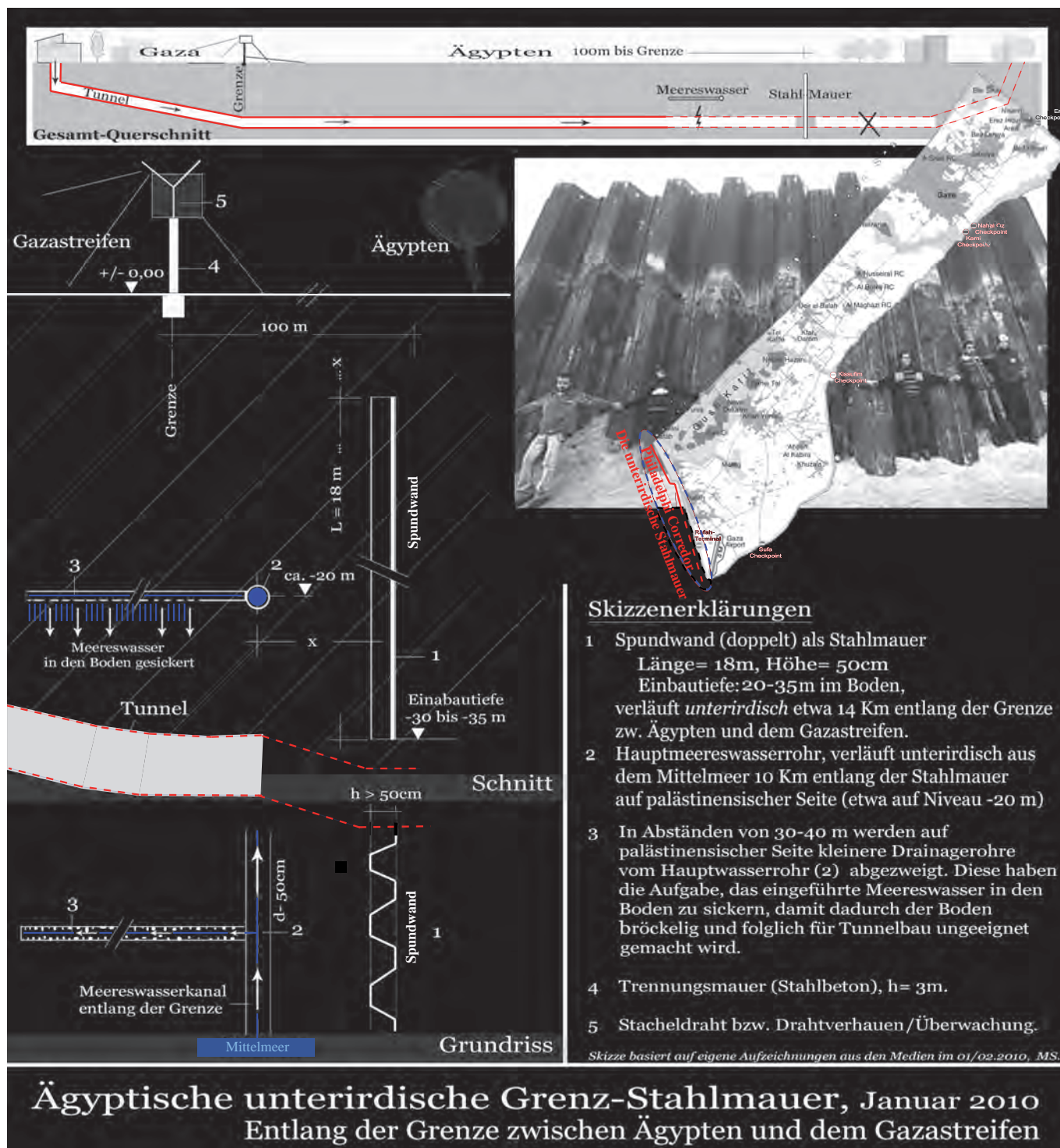
- Bis dato waren 5,4 Km von ursprünglich 10 km geplanten Mauerstrecke entlang der Grenze zum Gazastreifen errichtet;
- die Bauarbeiten wurden unter US-amerikanischer, französischer und israelischer Aufsicht durchgeführt;
- die Stahlplatten sind bis zu einer Einbautiefe von 20 bis 30 Metern in den Untergrund gerammt worden;

¹⁰⁴ Al-Jazeera, Meldungen vom 24.-26.12.2009.

¹⁰⁵ Der Verfasser hat den Gaza-Krieg und dann den Bau der ägyptischen unterirdischen Stahlmauer sehr interessiert in den Medien verfolgt und machte darüber seine eigenen Skizzen und Gedanken. Die im Schema-Plan 4-1 gezeigte Skizze ist ein Versuch, ein Gesamtbild der ägyptischen Mauer mit den Instrumenten eines Planers zu rekonstruieren.

¹⁰⁶ Al-Jazeera, Meldungen vom 24.-26.12.2009.

- diese Stahlplatten bestehen aus speziell angefertigten Spunddielen, die man bekanntlich in der Bauindustrie zur Errichtung von Spundwänden verwendet. Die Spunddielen (jeweils: Länge/Höhe=18m/50cm) sind mit Sensoren versehen, die im Falle eines Durchbruchversuches einen Alarm auslösen.



Schema-Plan 4-1: Skizze zur ägyptischen unterirdischen Grenz-Stahlmauer entlang der Grenze mit dem Gazastreifen, MS, Januar 2010.

Am 25.12.2009 veröffentlichte Aljazeera.net¹⁰⁷ neue Informationen über die Konstruktion der unterirdischen Stahl-Mauer, die sie aus Insiderquellen erfahren hat: Die Mauer wird in ihrer Funktion von einem riesigen Salzwasserrohr unterstützt, das vom Mittelmeer nach Osten entlang der 10-14 km Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen (parallel zur Stahlmauer) unterirdisch verläuft. Aus diesem Rohr sind eine große Zahl (laut anderen Quellen alle 30-40 m auf der gesamten Strecke) von kleineren Drainageröhren (d=15 cm) senkrecht Richtung Gaza mit der Absicht abgezweigt, damit das durch die Drainageröhre sickernde Mittelmeerwasser einerseits den Boden auf palästinensischer Seite bröckelig und folglich für den Tunnelbau ungeeignet macht. Die Tunnelbauer würden die Mauer umgehen wollen, indem sie unter dem Niveau der Mauersohle bohren,

107 Al.Jazeera.net, 25.12.2009.

was jedoch mit dem bröckeligen Boden nicht durchführbar wäre. Andererseits würde das sickende Wasser Rissbildungen an den bestehenden Tunneln verursachen und damit deren Einsturz herbeiführen. Durch das Hineinpumpen von Meerwasser in eine beschränkte Anzahl bereits verlegter Drainagerohre sind zweifellos einige intakte Tunnel plötzlich eingestürzt, wobei einige Menschen ihr Leben verloren.

Heute hat man relativ viele Informationen über diese Mauer, die ein klares Bild ergeben. Und es herrscht ein Konsens darüber, welche Konsequenzen diese Mauerkonstruktion für die Menschen im Gazastreifen (und für die Ägypter in Rafah) sowie für die Umwelt, insbesondere für das Grundwasser, entlang des Grenzgebietes haben wird.

Wenn diese unterirdische Sperranlage fertiggestellt wird, werden höchstwahrscheinlich auch die Tunnelaktivitäten massiv eingeschränkt und das Schmuggeln der Waren wird wesentlich schwieriger sein. Das würde tödliche Folgen für die Wirtschaft des Gazastreifens haben, deren Umfang ohnehin zu etwa 80% durch die Blockade zerstört worden ist. Es wäre ein großer Fehler von Seiten Ägyptens, die Mauer zu errichten ohne eine angemessene Lösung für die Aufhebung der Blockade zu erreichen. Das Territorium wird nicht mehr lebensfähig sein. Und aufgrund des massiven Mangels an Grundnahrungsmitteln sowie an Grundelementen für Gewerbe und Industrie wird der wirtschaftliche Sektor sukzessiv so lahmgelegt, dass er nicht länger als 10 Jahre überleben kann.¹⁰⁸

Ein anderer wirtschaftlicher Aspekt, der hier wegen seiner Bedeutung erwähnt werden soll, ist die Tatsache, dass die Tunnel, wie bereits geschildert, inzwischen die Lebensgrundlage für mehr als 4000 Tunnel-Investoren und 20.000 -Beschäftigte bilden, die insgesamt mehr als 100.000 Menschen ernähren. Die Schließung dieser Tunnel ist auch in dieser Hinsicht katastrophal, wenn nicht vorher für diese Menschen Ersatzmöglichkeiten gefunden werden (Arbeitsplätze), ihre Familien zu ernähren, insbesondere da heute im Gazastreifen eine erdrückende Arbeitslosigkeit von beinahe 40% vorherrscht und das Überleben von etwa 80% der 1,5 Millionen Menschen von auswärtiger Hilfe abhängig ist, die wiederum aufgrund der Blockade meistens nicht ankommt.

4.3.1 Mauer und Blockade: Regime-Politik versus internationales Recht

Man sieht hier, dass das Ganze ein Teufelskreis ist, aus dem man nur durch eine politische Lösung herauskommen kann. Und hier wird auch deutlich sichtbar, dass faktisch alle Fäden in den Händen des ägyptischen Staates liegen würden, sofern dieser frei entscheiden könnte. Aber das inzwischen gestürzte Regime in Ägypten verhielt sich in ähnlicher Weise wie das israelische Regime: es schuf vollendete Tatsachen und ließ keinen Raum zum Dialog. Es baute die Mauer und nahm weiterhin an der Blockade teil, ohne jedoch den Menschen im Gazastreifen eine angemessene Alternative zu bieten, die ihnen zum nackten Überleben verhelfen könnte. Das mindeste, was die Menschen dort von Ägypten erwarten, wäre die regelmäßige Öffnung des Rafah-Grenzübergangs, der seit Jahren gar nicht oder höchstens nur sporadisch für Personen-, aber nicht für Warenverkehr geöffnet wurde.

Das Verhalten des Regimes Mubarak in Bezug auf seine arabische Umgebung und speziell seine Palästina-Politik war eine signifikante und für viele arabische Regime stellvertretende Antwort auf die im Abschnitt 4.1.5 gestellte Frage zu sein, ob die arabischen Regime gewillt waren und sind, eine wirkliche Lösung des Palästina-Problems zu finden. Und seit Juni 2007 geistert eine im Kontext der unterirdischen ‚Eisernen Mauer‘ sicher berechnete Frage umher, die dem ägyptischen Regime ziemlich lästig sein musste, nämlich ob die Regierung in Kairo überhaupt gewillt war, die Blockade gegen den Gazastreifen zu beenden. Die beste Methode diese Frage zu beantworten ist das Beleuchten der vom ägyptischen Regime selbst propagierten Argumente für die Aufrechterhaltung der Blockadepolitik bzw. des Mauerbaus gegen den Gazastreifen. Diese Argumentation basiert hauptsächlich auf folgenden Aspekten, die man als Gesamtpaket und voneinander abhängig sehen sollte:

Das ägyptische Mubarak-Regime begründete die Teilnahme an der Blockade durch die Schließung des Rafah-Grenzübergangs damit, dass

1. es wegen der andauernden innerpalästinensischen Differenzen zwischen Fatah und der Hamas keinen wirklichen palästinensischen Ansprechpartner im Gazastreifen gibt; und dass

¹⁰⁸ Der palästinensische Wirtschaftsexperte Omar Sha‘ban in einem Gespräch mit Al.Jazeera.net, 25.12.2009.

2. das ägyptische Regime durch die Schließung des Rafah-Grenzübergangs die Standhaftigkeit der Palästinenser in ihrem Land fördern würde, indem es eine Massenmigration der Palästinenser (im Falle des Öffnens der Grenze) verhindere.

Der Bau der unterirdischen eisernen Mauer wurde von Kairo als ein Akt der ägyptischen Souveränität auf eigenem Territorium gesehen und damit begründet, dass sie

1. die nationale Sicherheit Ägyptens beschütze; und
2. das Schmuggeln von Personen, Drogen und Waffen verhindere.

Diese Argumente des ägyptischen Regimes zum Bau der unterirdischen Mauer führen zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung, an deren Mittelpunkt die Beantwortung von zwei grundsätzlichen Fragen steht, die sich aus der Logik im Denken und Handeln des ägyptischen Regimes ergeben. Diese sind:

1. Welchen rechtlichen Status hat der Rafah-Grenzübergang für Ägypten?; und
2. darf das ägyptische Regime nach geltendem internationalem Recht an der Blockade in ihrer heutigen Form ohne weiteres teilnehmen oder gar eine unterirdische Mauer im Grenzgebiet bauen, wenn (wie behauptet) seine nationale Sicherheit gefährdet ist?

In den folgenden zwei Abschnitten werden beide Fragen in der Folge kurz diskutiert.

4.3.2 Rechtlicher Stand des Rafah-Grenzganges

Die Antwort auf die erste Frage erfordert einen simplen Einblick in die Bestimmungen der heute gültigen Grenzabkommen zwischen Israel und dem ägyptischen Grenzabschnitt mit dem Gazastreifen. Es gibt für diesen 14 km langen Streifen (seit dem Abzug der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen im August 2005) ein einziges Abkommen, das so genannte ‚Agreement on Movement Access‘¹⁰⁹ zwischen Israel und der PA, an dem Ägypten erstaunlicherweise gar nicht beteiligt war und ist:

Am 15. November 2005, also kurz nach dem israelischen Abzug aus Gaza, unterzeichneten die israelische Regierung und die PA (mit der EU als dritte Partei) das ‚Agreement on Movement and Access‘¹¹⁰, um folgende Ziele zu erreichen:

1. den Waren- und Personenverkehr innerhalb der palästinensischen Territorien zu erleichtern;
2. um einen internationalen Grenzübergang zwischen Ägypten und Gaza zu öffnen, der die Palästinenser in die Verantwortung der Kontrolle über den Ein- und Ausreise von Menschen bringt;
3. um eine friedliche ökonomische Entwicklung zu fördern bzw. die humanitäre Situation vor Ort zu verbessern.

Wie im Abschnitt 3.7.4 dieser Arbeit bereits geschildert wurde, ist keines dieser Ziele je erreicht worden. Jedoch gilt das Interesse hier der Tatsache, dass Ägypten nie Teil dieses Abkommens war und dieses folgerichtig nie unterzeichnet hat. Die Bestimmungen der ‚Agreed Principles for Rafah Crossing‘ sprechen von Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde als Vertragsparteien und von der EU als dritte Partei lediglich als Kontrollorgan für die Implementierung der Bestimmungen durch die Palästinenser. Mit anderen Worten: die ägyptische Entscheidung zur Schließung des Rafah-Grenzübergangs basierte auf keiner juristischen Verpflichtung Ägyptens gegenüber Dritten (wie dies das ägyptische Regime anfänglich der arabischen Öffentlichkeit zu verkaufen versuchte), sondern sie war eine rein regime-politische Entscheidung aus den Gründen, die oben ausführlich erläutert wurden. Das ägyptische Regime hat daraufhin in seiner weiteren Argumentation Begriffe wie ‚die nationale Sicherheit‘ und ‚Bekämpfung von Waffen- und Drogenschmuggel‘ aufgegriffen, um eine Maßnahme zu begründen, von der man mindestens sagen kann, dass sie eine schwere Verletzung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Menschen im Gazastreifen darstellt, wie sie das inter-

109 *Agreement on Movement Access - Agreed Principles for Rafah Crossing*, 15. November 2005. Die Details dieses Abkommens wurden Bestandteil von zwei Dokumenten, nämlich a) *Agreement of Movement and Access* und b) *Agreed Principles for Rafah Crossing*. Wortlaut des Grenzabkommens unter: http://www.ochaopt.org/documents/AMA_The_Passages_Technical_Elaboration.pdf.

110 Vgl. UN-OCHA: *The Agreement on Movement ... a.a.O.* (Siehe Abschnitt 3, Anm. 195).

nationale humanitäre und Kriegsrecht bestimmt.¹¹¹ Sieht man die Blockade im Zusammenhang mit der israelischen militärischen Operation ‚Gegossenes Blei‘, so machte sich das ägyptische Mubarak Regime definitiv mit-schuldig im Sinne der Anklage, falls die Empfehlungen der Goldstone-Kommission umgesetzt werden würden.

Außerdem wurde die Geltungsdauer des gänzlich auf die Sicherheit Israels fixierten Abkommens zwischen der Autonomiebehörde und Israel auf 1 Jahr festgelegt. Die Europäische Union (als dritte Partei) hatte die Aufgabe der Aufsicht, des Kontrollierens und vor allem des informationsdienstlichen Kooperierens mit den israelischen Behörden, die schließlich per Fernsteuerung die komplette Kontrolle über den Personen- und Warenverkehr von und nach Gaza hatten. Der Text sprach offen und deutlich von der israelischen Sicherheit als Anfang und Ende des Grenzabkommens, sagte jedoch Nichts darüber aus, was nach Ende des ersten Jahres geschehen sollte. Im Jahre 2006 und aufgrund des Wahlgewinns durch die Hamas, wurde das Abkommen nicht verlängert. Damit war das Abkommen faktisch Mitte November 2006 nicht mehr gültig und somit für keine Partei mehr bindend, am wenigsten für Ägypten, das ohnehin keine Vertragspartei war.¹¹²

4.3.3 Ägyptische Blockade, Stahlmauer und das internationale Recht

Die Restriktionen bzgl. des Transports von Personen und Waren zwischen Ägypten und dem Gazastreifen konnte man gemäß internationalem Recht nicht als ein herkömmliches Wirtschaftsembargo klassifizieren. Der arabische Menschenrechtsaktivist Haitham Manna' fasste diese Restriktionen (Blockade) zusammen und bezeichnete sie als einen *Zustand schurkenhaften internationalen und regionalen Aktionismus*, dessen Legitimierung weder der UNO-Sicherheitsrat, noch die EU und am wenigsten die Arabische Liga verantworten wollte, was das ägyptische Regime (zurecht) in die prekäre Lage versetzte, sich juristisch an erster Stelle für die Konsequenzen der Blockade verantworten zu müssen. Und man ist nicht voreingenommen, wenn man behauptet, dass die Schließung der *einzigsten* Lebensader für 1,5 Millionen Menschen zum Zweck der *politischen Bestrafung* diesen Menschen in Form einer kollektiven physischer Strafe aufgezwungen wurde. Gemäß einigen internationalen Konventionen sollen sich die Verantwortlichen im Falle einer kollektiven Bestrafung von Zivilisten in Kriegszeiten vor einem Gericht verantworten müssen. Auch die unterlassene Hilfeleistung einer unter Gefahr stehenden Bevölkerung (Flüchtlinge) gilt als eine kollektive Bestrafung von Zivilisten.¹¹³ Die Gaza-Blockade kann man wirklich nicht mit einem Wirtschaftsembargo gegen souveräne Länder oder mit einem Waffenembargo in Krisenregionen vergleichen. Es ist offensichtlich, dass die Blockade-Allianz die Schließung Gazas als Druckmittel gegen die Zivilbevölkerung nutzen möchte, um den Einfluss der bewaffneten Widerstandsgruppen zu untergraben. Das bedeutet, hier wurden und werden weiterhin Zivilisten, die gemäß internationalem Recht geschützt sind, aufgrund der Aktionen von Widerstandsgruppen politisch und physisch kollektiv bestraft. Das ist ein gefährliches Hineinziehen von Zivilisten in einen militärischen und politischen Kampf, an dem sie nicht beteiligt sind.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass keine Partei der Blockade-Allianz die Konsequenzen wirklich verantworten möchte. Aber Ägypten hat hier alleine angesichts der geographischen Lage (die gemeinsame Grenze) die Hauptlast und Schuld zu tragen und das in doppelter Hinsicht:

- zum einen bezüglich der unrechtmäßig auferlegten Blockade; und
- zum anderen wegen unterlassener Hilfeleistung gegenüber den Kriegsflüchtlingen während und nach der letzten militärischen Operation ‚Gegossenes Blei‘.

Für beide Aktionen müssten normalerweise israelische und ägyptische Politiker gleichermaßen sich vor einem internationalen Gericht verantworten.

Die oben geschilderte Argumentation des ägyptischen Regimes für die Blockade und für den Bau der unterirdischen eisernen Mauer kann man schnell und einfach als unsinnige politische Rhetorik eines Regimes, das

111 IV. Genfer Konventionen von 1949, IV. Haager Abkommen von 1907 sowie die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* (UNO-Res. 217A (III) vom 10.12.1948. Siehe Anhang X dieser Arbeit.

112 Zu diesem Umstand, Vgl. die Bemerkungen des ägyptischen Rechtsexperten und ehemaligen Diplomaten Abdallah Al-Ash'al in seinem Artikel ‚Al-Markaz Al-Qanouni Li Ma'bar Rafah' (Dtsch.: Der rechtliche Stand des Rafah-Grenzanges), Aljazeera.net, 07.01.2010 (Arabisch).

113 Beispiel war die scharf kritisierte Schweizer Flüchtlingspolitik vom II. Weltkrieg; die Schweiz kündigte im August 1942 (zur Zeit der Deportation) die Schließung der Landesgrenze vor Flüchtlingen. Aufgrund der damaligen Proteste gegen diesen Entschluss, kündigte die damalige Regierung die Milderung ihres Beschlusses an. Die komplette Schließung der Grenze hätte damals viele Leute in den Tod geschickt – und tatsächlich fanden damals viele der Abgewiesenen trotz Milderung des Entschlusses (Juden, Intellektuelle,...) den Tod in den Konzentrationslagern.

politisch am Ende war, enttarnen. Beide vom Regime angegebenen Aspekte zur Begründung der Blockade kann man mit folgenden Gegenargumenten in Frage stellen:

1. Es ist kein Geheimnis, dass die ägyptische Regierung nie ein fairer oder nur annähernd neutraler Vermittler (wie es einer *Regionalmacht* angemessen wäre) zwischen den beiden palästinensischen Kontrahenten war. Das ägyptische Regime war wegen seiner Parteinahme für die Fatah (gegen die Hamas) weiterhin ein Teil des Problems und Mitverursacher der beklagten Differenzen zwischen beiden palästinensischen Rivalen; und
2. die Begründung der Grenzschießung mit der Verhinderung einer Massenmigration und folglich als Förderung der Palästinenser im Gazastreifen, standhaft in ihrem Land zu bleiben, ist nicht nur zynisch, sondern auch den empirischen Fakten nicht entsprechend. Die Erfahrungen in den letzten Jahren haben mehrmals bewiesen, dass die Palästinenser selbst in einem großen Freiluftgefängnis wie dem Gazastreifen standhaft in ihrem Land geblieben sind und trotz der überwiegend unmenschlichen Umstände dort nie bereit waren zu emigrieren. Außerdem konnte diese Begründung noch lange nicht erklären, warum der größte Anteil der internationalen Hilfslieferungen – die sich zum größten Teil aus Nahrungsmitteln und Medikamenten zusammensetzten und ganz sicher keine Waffen enthielten – auf der ägyptischen Seite zurückgehalten wurden und nicht in den Streifen transportiert werden durften.

Noch enger wurde es für das ägyptische Regime, wenn es seine Begründung des unterirdischen Mauerbaus entlang des Grenzgebietes mit dem Gazastreifen aufrechtzuerhalten versuchte. Von den moralischen Gesichtspunkten einmal abgesehen (*die Annahme, dass die Ägypter die Palästinenser in einem ehemals von ihnen regierten Territorium alternativlos hungern und langsam sterben lässt, übertrifft alle Vorstellungen*) gibt es eine ganze Reihe von ungeklärten kritischen Bemerkungen sowie offenen Fragen, die die politische Logik des ägyptischen Regimes in seinem Handeln gegenüber dem Gazastreifen und überhaupt in seiner Vorstellung von nationaler Sicherheit in Zweifel ziehen:

Das Mubarak-Regime behauptete, der Bau der Mauer sei „ein Akt der Souveränität auf eigenem Territorium“, so als ob es den Teil des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes zur israelischen Trennungsmauer in der besetzten West Bank vom 09. Juli 2004, dass Israel das Recht dazu habe eine Mauer innerhalb seines Grenzgebietes zu bauen, vollkommen widersprüchlich interpretiert hätte.¹¹⁴ Das Gerichtsurteil sprach nämlich von den Verpflichtungen der Besatzungsmacht Israel, dem besetzten Land und seinen indigenen Bewohnern gegenüber, diese vor Unrecht zu schützen, während die ägyptische Regierung mit ihrem Mauerbau – und im Kontext ihrer stillschweigenden Zulassung der israelischen Militäroperation ‚Gegossenes Blei‘ sowie der Jahre langen Schließung des Rafah-Grenzübergangs – in den Kreis der juristischen und moralischen Verschuldung führt. Die IV. Genfer Konvention verpflichtet nicht nur die Besatzungsmacht zu einem angemessenen Verhalten, sondern auch die in den Konflikt involvierten und insbesondere auch die Länder, die direkt mit dem besetzten Territorium verbunden sind, wie im Falle Ägyptens und des Gazastreifens. Sie gibt sogar der bisher von diesem Geschehen ausgeschlossenen ägyptischen Justiz eine gewisse internationale Kompetenz, ein Wort zu dieser folgereichen Entscheidung zu sagen. Hier darf es keinen Raum geben für Vorwände der ägyptischen Regierung, im Namen der Souveränität und der nationalen Sicherheit die eigene Justiz bei dieser Entscheidung auszuschließen. Jeder Staat hat das Recht jegliche Maßnahmen zu unternehmen, um seine Grenzen zu sichern, solange diese Maßnahmen innerhalb seines Territoriums stattfinden. Außerdem ist dieses Länderrecht im internationalen Recht an die Bedingung gebunden, dass diese Schutzmaßnahmen den Nachbarstaaten oder der Nachbarregion keinen Schaden zufügen.

Wenn es um den Gazastreifen geht, verfolgt Israel ein zionistisches Projekt mit dem das Ziel, das Territorium zu einem ‚feindlichen Gebilde‘ zu erklären, sprich die Verwandlung des Gazastreifens in einen ‚rechtsfreien Raum‘, in dem Israel alles tun kann, was es will. Dieser nach dem internationalen Recht unzulässige Umstand ist in der Geschichte des hebräischen Staates, aber auch in der jüngsten USA-Geschichte nach dem 11. September 2001, nichts Neues – das prominenteste Beispiel dieser ‚rechtsfreien Räume‘ ist das im Abschnitt 3.3.2 geschilderte *US Naval Base Guantánamo Bay* (US-Marine-Stützpunkt südlich der *Guantánamo-Bucht*) auf Kuba, auf dem die Al-Qaida-Häftlinge festgehalten werden. Diese Betrachtungsweise des Gazastreifens, als wäre er

¹¹⁴ Die Richter des IGH befanden in ihrem Urteil den Bau der israelischen Mauer sowie der israelischen Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten als illegal. Diese, so die Richter, seien „eine ernste Verletzung des internationalen Rechts sowie ein Hindernis zum Frieden. Israel hat die bereits errichteten Abschnitte der Mauer abzureißen, das beschlagnahmte Land an ihre Eigentümer zurück zu geben und diese zu entschädigen“. Jedoch sprachen die Richter Israel das Recht nicht ab, eine Mauer zu bauen, soweit diese die Grenze zur West Bank hin nicht auf Kosten der Palästinenser überschreitet.

samt Bewohnern rechtslos, hat der Goldstone-Bericht über die letzte israelische Militäroffensive deutlich gezeigt. Umso wichtiger wird die einzige arabische Grenze mit dem Gazastreifen (die ägyptische) für Millionen Bewohner des Gazastreifens, auf die diese Menschen hoffnungsvoll blicken. Aber die ägyptische Regierung Mubarak entschied sich für den Bau einer eisernen Barriere zwischen ihrem Territorium und diesen ‚Feinden‘, die angeblich ständig hinter der Grenze lauern um Ägypten zu überfallen und für Unannehmlichkeiten mit Israel sorgten.

Das Mubarak-Ägypten mochte vielleicht denken, dass diese Entscheidung auf dem eigenen Spürsinn für lauernde Gefahren basierte, ohne Druck von externen Kräften. Wenn aber der Gazastreifen laut internationalem Recht besetztes Land ist, seine umfassende Schließung (Blockade) als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, als Völkermord und laut der *IV. Genfer Konvention* als Kriegsverbrechen gesehen wird, so sind die Unterzeichner-Staaten dieser Konventionen dazu verpflichtet, die Blockade zu beenden und die Bewohner Gazas zu retten, indem sie ein Mindestmaß an humanen Bedingungen garantieren, damit diese überleben können. Und hier kommt Ägypten eine zentrale Verpflichtung zu, den Rafah-Grenzübergang dauerhaft zu öffnen. Die Mauer selbst bedeutet, dass Ägypten auf seine internationalen rechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Nachbarterritorium Gaza und seinen Bewohnern nicht nachgekommen ist und stattdessen mit der israelischen Regierung zusammen gearbeitet hat, um die juristisch und moralisch sehr fraglichen Blockade aufrechtzuerhalten.

Richard Folk, der UN-Sonderberichterstatter hatte bereits in seinem Bericht über die israelische Offensive ‚Operation Gegossenes Blei‘ auf das Verbrechen hingedeutet, den zivilen Bewohnern des Gazastreifens ihr vom internationalen Recht garantiertes Recht vorzuenthalten, das Kriegsgebiet zu verlassen, um zu überleben. Weder die israelische Armee noch die ägyptische Regierung ließen die Flucht von Zivilisten an sicherere Orte zu.¹¹⁵ Die unterirdische Mauer schloss in dieser Hinsicht den Kreis der Blockade komplett und machte somit ein Überleben der eingeschlossenen Bewohner des Gazastreifens extrem schwierig.

In ihrer Argumentation des Mauerbaus verwendeten regierungsnahen Kreise und Mainstreammedien in Ägypten sehr gerne und oft den Begriff der ‚nationalen Sicherheit‘. Sie alle verteidigten diese Baumaßnahme als eine Notwendigkeit der nationalen Sicherheit und führten in ihren Diskussionen eine Zahl von Argumenten an, die dies (aus ihrer Sicht) bestätigen sollten, nämlich

1. Dass die Gefahr einer wiederholten Überschreitung der Grenze (Invasion) in Richtung Ägypten durch die Massen des Gazastreifens bestehe, wie sich dies am 23.01.2008 ereignete;
2. dass die Tunnel für den Schmuggel von Waren und Drogen zwischen Gaza und Ägypten benutzt würden; und
3. dass es Schmuggelaktionen von Personen und Waffen durch die Tunnel gäbe, die das Ziel hätten, Terror und Unruhe in Ägypten zu verbreiten.

Mit Hilfe folgender Bemerkungen soll diese Argumentation der ägyptischen Regierung Mubarak kurz diskutiert werden:

I/ Erste Bemerkung:

Die Geschichte der Durchdringung der Grenze bei Rafah am 23.01.2008, so extrem sie auch sein mochte, hatte gar nichts mit den Tunneln direkt zu tun. Sie war aber durchaus ein expressiver Ausdruck der öffentlichen Stimmung gegen die Blockade. An jenem Tag haben ein paar Hundert aufgebrauchte Palästinenser, bewegt von den fatalen Konsequenzen der Blockade, die Grenzmauer bei Rafah an verschiedenen Stellen gesprengt und sich einige Durchgänge geschaffen. Daraufhin haben Hunderttausende von palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern aus Gaza die Chance genutzt und strömten unter den Blicken der machtlosen und teilweise mitfühlenden ägyptischen Soldaten in Richtung Ägypten, um sich mit Lebensmitteln, Medikamenten und Sprit zu versorgen bzw. um ihre Familien und Bekannten auf der ägyptischen Seite, viele erst wieder nach einigen Jahren, zu sehen. Faszinierend an diesem Bild war die Tatsache, dass bis zum 28.01.2008 alle diese Menschen freiwillig in den Gazastreifen, in das größte Freiluftgefängnis der Welt, zurückgekehrt waren – keine einzige Person blieb zurück. Alles was sie wollten war die Eigenversorgung mit überlebenswichtigen Grundnahrungsmitteln und mit Sprit und Koch-Gas sowie das Gefühl einer winzig kleinen Prise Freiheit in der Sinai-Wüste.

¹¹⁵ Falk, Richard, *Human Rights Situation in Palestine and other occupied Arab territories [nach dem Gaza-Krieg] ... a.a.O.*, Teil V (Siehe Fußnote 44).

II/ Zweite Bemerkung:

Der Schmuggel von Personen und Drogen rechtfertigt in keiner Weise den Bau einer gigantischen unterirdischen Stahlmauer. Solche Schmuggeloperationen finden in den Grenzgebieten aller Staaten und Regionen weltweit statt. Die Schmuggelaktionen beispielsweise zwischen Libyen und Ägypten sind viel umfangreicher und häufiger als zwischen dem Gazastreifen und dem Sinai. Die meisten Drogenschmuggelaktionen finden an der ägyptisch-libyschen Grenze statt. Das gleiche gilt für die Grenze mit dem Sudan. Warum sind 2000 km ägyptische Grenzstrecken mit Libyen und dem Sudan trotz aller nachgewiesenen Gefahrquellen bzgl. Drogen, Terror und Gewalt nur schwach kontrolliert, während die winzige 14 km lange Grenzstrecke mit dem Gazastreifen bereits seit 1979 unter strengster Kontrolle steht und nun zusätzlich zu der Blockade durch eine gigantische unterirdische Mauer gesperrt wird?

Zwischen 30% und 35% der Grundbedürfnisse der Menschen im Gazastreifen werden durch die Tunnel geschmuggelt, eben weil diese Grundnahrungsmittel wie Kindermilch, Schulbedarf, Sprit, Koch-Gas und Baumaterialien nicht durch den für Personen konzipierte Rafah-Grenzübergang transportiert werden dürfen. Das Verhindern eines totalen Stillstands des Lebens im Gazastreifen durch das Schmuggeln der notwendigsten Waren sahen Staatsfunktionäre in Kairo als einen Akt des Terrors und *zu Recht* als eine Verletzung ihrer Staatsgrenze und wollten diesem Umstand ein Ende setzen. Rechtfertigt die Blockade eine illegale Überquerung der Grenze bzw. die Missachtung der ägyptischen Herrschaft auf eigenem Territorium durch die Schmuggler aus Gaza? Die Antwort ist eindeutig ‚nein‘. Aber ist dieser Schmuggelakt *moralisch gesehen* – und im Kontext der vorhandenen Alternativlosigkeit durch die Schließung der einzigen Lebensader (dem Rafah-Grenzübergang) – nicht eine Notwendigkeit, die gewisse Ordnungswidrigkeiten erfordert? Und ist es nicht die bessere Lösung für alle Beteiligten, wenn Ägypten seinerseits die Blockade aufhebt und seinen Grenzübergang wie jeden anderen mit Libyen und dem Sudan regulär öffnen und streng kontrollieren würde, um den Menschen mit den nötigsten Grundartikeln zu versorgen?

III/ Dritte Bemerkung:

Zu den Merkwürdigkeiten dieses ägyptischen Mauerkonfliktes zählt der Umstand, dass die gleichen offiziellen Mitstreiter und Befürworter der ägyptischen Mauer (aus Politik und Medien), die wegen der angeblich in Gefahr schwebenden ‚nationalen Sicherheit Ägyptens‘ auf den Bau der unterirdischen Eisensperre drängten, gerne wegschauten, wenn es um die Tatsache ging, dass die Nachrichten und Informationen über die von ihnen propagierte Mauer aus israelischen und nicht aus ägyptischen (und schon gar nicht aus Regierungs-) Quellen an die Öffentlichkeit kam. Hier drängt sich die berechtigte Frage auf, warum der Staat, dessen mediale „Posaune“ seit Bekanntmachung des Mauerprojektes durch ausländische Medien behauptet, dass seine nationale Sicherheit in Gefahr schwebt, eine so wichtige Angelegenheit lange Monate verschwiegen hat. Hätte er überzeugende Beweise für diese Behauptungen gehabt, so hätte er diese Angelegenheit in einer öffentlichen Debatte diskutiert oder wenigstens im ägyptischen Parlament darüber beraten. Weder das ägyptische Parlament noch die Justiz wurden in diese wichtige Sache einbezogen. Diese Umstände vermindern die Glaubwürdigkeit der offiziellen Argumentation zum Bau der eisernen Mauer und rufen Fragen über die wahren Ziele der gigantischen Anlage sowie über die wirklichen Akteure, diejenigen die hinter diesem Projekt (ideell, finanziell und ausführungstechnisch) standen, hervor.

IV/ Vierte Bemerkung:

Merkwürdig ist aber auch, dass die Befürworter des Mauerbaus, während sie die Palästinenser im Gazastreifen als eine Gefahr für ihre nationale Sicherheit darstellten, kein einziges Mal auf irgendeine Gefahr hindeuteten, die von der Besatzungsmacht Israel ausgehen könnte. Das, obwohl die gleichen Personen und Institutionen im Zuge ihrer Verteidigung der Aufrechterhaltung der Blockade ständig behaupteten, dass Israel (zusammen mit dem Westen) Pläne hätte, die Verantwortung für den Gazastreifen den Ägyptern aufzudrängen, indem Israel alle restlichen Grenzübergänge zum Gazastreifen einfach schließen würde, sollte die ägyptische Regierung die Rafah-Grenze öffnen. Dem Mubarak-Regime würde das wegen der mit seinen internen Kontrahenten (Moslembrüderschaft) und ausländischen Gegnern (Iran und Hisbollah) verbündeten und in Gaza regierenden Hamas überhaupt nicht passen.¹¹⁶ Regierungsfreunde sprachen sogar von israelischen Plänen zur Umsiedelung der Bewohner des Gazastreifens in das Gebiet des Sinai, um das Problem der Flüchtlinge (immerhin mehr als eine Million Menschen) aus der Welt zu schaffen.¹¹⁷ Hinzu kommt, wie die Weltöffentlichkeit inzwischen weiß,

116 Vgl. hierzu den Artikel von Adam Schatz; ‚Mubarak am Ende – Ägypten sucht seine Zukunft‘, in *Lemond diplomatique*, 09.07.2010.

117 Z.B. die Aussage von General Nabil Luqa Babawi (ehemaligem Sekretär der Medienkommission im ägyptischen Legislativrat unter Mubarak) in der Al-Jazeera-Sendung ‚Al-Ittijah Al-Muakes‘ (konträre Richtung), 09.01.2009.

dass Israel eine Nuklearmacht ist und als einzige Regionalmacht über ein großes Arsenal von ABC-Waffen verfügt, das logischerweise eine echte Gefahr für seine Nachbarn, vor allem für Ägypten, darstellt.

Die Teilnahme des ägyptischen Regimes an der Blockade und sein Stahlmauer-Projekt mit der ‚nationalen Sicherheit‘ zu begründen ist mehr als zweifelhaft. Das gibt starke Gründe, diese Regime-Politik zu hinterfragen:

Ein zentraler Punkt in der Gegenargumentation richtet sich gegen die Wahrnehmung des ägyptischen Regimes darüber, was die ‚nationale Sicherheit Ägyptens‘ bedeutet. In seiner mehrtausend Jahre alten Geschichte hing die Außenpolitik Ägyptens ausnahmslos von geostrategischen Gegebenheiten ab, die von relativ konstanten geographischen und historischen Faktoren diktiert wurden:¹¹⁸

1. *Die Geographie* machte aus Ägypten einen Staat, der beinahe vollständig vom Wasser des Nils abhängig war (und ist), der seine Quellen außerhalb seines Territoriums hat und durch einige Länder fließt bevor er die südlichen Grenzen von Ägypten erreicht;
2. *Die Geschichte* Ägyptens hat uns gelehrt, dass die meisten attackierenden Fremdmächte nach Ägypten durch sein nordöstliches Tor (Palästina) kamen. Oft marschierten diese Richtung Großsyrien (heute: Syrien, Palästina, Libanon und Jordanien), um ihre Herrschaft über Ägypten zu festigen. Und umgekehrt: die Besatzer, die es auf Großsyrien absahen, marschierten in der Regel weiter nach Ägypten, um ihre Präsenz im Orient abzusichern. Das machte aus Ägypten und Großsyrien (insbesondere Palästina) Bestandteile einer einzigen strategischen Einheit, die das gleiche Schicksal teilten.

Diese strategischen Gegebenheiten erforderten schon immer eine ägyptische Außenpolitik, die auf zwei Tragsäulen basierte:

1. *Die erste Säule* zielt darauf ab, das Leben und die Existenz des Landes zu verteidigen, indem man darauf hinarbeitet, den Weiterfluss des Nil-Wassers zu garantieren. Das erfordert das genaue Beobachten und Wissen darüber, was hinter den eigenen Südgrenzen, sprich in den Ländern im Nil-Becken (Anrainerstaaten) geschieht;
2. *Die zweite Säule* zielt darauf ab, die Sicherheit und Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, indem man externen Bedrohungen energisch begegnet. Das erfordert das genaue Beobachten und Wissen darüber, was hinter der eigenen östlichen Grenze, sprich in Großsyrien, geschieht.

In einem solchen Kontext bildete das Gebiet des Nil-Beckens (Anrainerstaaten) auf der einen Seite sowie das Gebiet von Großsyrien auf der anderen Seite, aus der ägyptischen außenpolitischen Perspektive gesehen, selbstverständlich einen vitalen, zusammenhängenden und das Mutterland (Ägypten) ergänzenden Raum. Und es ist sehr verständlich, dass diese Politik über viele Jahrhunderte hinaus eine der wichtigsten Konstanten der ägyptischen Geschichte war. Das zeigte sich deutlich während aller Epochen, in denen in Ägypten die Grundelemente für seine Unabhängigkeit und Auferstehung existierten – und das trotz der vielen schlagartigen politischen Schwankungen, ob bezüglich des politischen Systems selbst oder der Natur der Herrscher des Landes, die das Land über einige Jahrtausende erleben musste.

Aber ein schneller Blick auf das, was heute in der Region geschieht, reicht völlig aus um zu erkennen, dass die ägyptische Außenpolitik infolge der destruktiven Politik des Regime Mubarak (und im geringeren Maße seines Vorgängers ‚Sadat‘) inzwischen nicht mehr wirklich in der Lage ist, die eigene strategische Sphäre zu sichern bzw. zu beschützen und zwar in beiden fundamentalen Komponenten der traditionellen ägyptischen Außenpolitik. Sowohl an der Süd- als auch an der nordöstlichen Grenze des Landes existieren Faktoren, die darauf hindeuten, dass das Skizzieren und Planen der traditionellen Politik unter einer deutlichen Störung leidet und überhaupt nicht mehr mit den geschichtlichen und geographischen Gegebenheiten konform geht.

Wie im Abschnitt 3.7.6 geschildert wurde, fließt das Wasser des Nils zwar noch durch Ägypten hindurch, aber jeder neutrale Beobachter merkt sofort, welche möglichen Gefahren und Bedrohungen auf Ägypten zukommen, nicht nur da sich die Anrainerstaaten im Süden (außer Sudan) verbündet haben und Ägypten (und dem Sudan), zum Teil wegen des zunehmenden Einflusses Israels in diesen Ländern, quasi den Wasserkrieg erklärt

¹¹⁸ Zu diesem Thema, Vgl. die Bemerkungen des ägyptischen Politologen Hasan Nafi‘a in seiner Studie ‚Siyasat Misr Al-Kharidchiyyah 2009: Al-Taghayyor al-Ma‘moul waddarourat walmohaddat walafaq‘ (Dtsch: Ägyptische Politik 2009: die erhoffte Änderung, die Notwendigkeiten, die Zwänge und die Perspektiven), Al-Jazeera.net, 22.12.2009.

haben, sondern auch, weil dem von Krisen behafteten Sudan die Gefahr bevorsteht, in kleine ethnische und religiöse Staaten zersplittert zu werden. Nachdem der Sudan durch die Gründung des neuen Staates Südsudan am 11. Juli 2011 geteilt wurde, könnte sich Darfour vom heutigen Sudan abtrennen. Die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton hatte bereits im September 2010 die Unterstützung eines unabhängigen Staates im Südsudan durch die USA, in welchem mehrheitlich (etwa 40% der Bevölkerung) Christen leben, ausdrücklich erklärt, wenn sich die Bevölkerung dort nach einem vom Westen geforderten Memorandum für die Separation vom Mutterland entschieden habe. Clinton hat im gleichen Kontext ihren festen Glauben geäußert, dass die Südsudanesen sich für einen vom Norden unabhängigen Staat entscheiden würden. Sie deutete eine anteilige Annullierung der Staatsschulden im südlichen Teil des Landes im Falle einer Separation an.

Zwischen den Zeilen dieser US-amerikanischen Bemühungen für eine Spaltung des südlichen Teils des Sudans lässt sich etwas anderes, nämlich eine Strategie, erkennen: im Südsudan befindet sich der Löwenanteil (mehr als 70%) der Ölreserven des Landes (Gesamtsudans) und von dort aus kontrolliert man den Wasserfluss des Nils für den Nordsudan und vor allem für Ägypten. Es ist heute kein Geheimnis mehr, dass die südsudanesisch separatistische *Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit* eine große Unterstützung vom Westen, insbesondere von Israel, in dem die Bewegung eine diplomatische Vertretung hat, genießt, während der sudanesisch Staat als Schurkenstaat (Brutstätte des Terrors) eingestuft wird.

Die inzwischen vollendete Spaltung des Sudans, an dem viele Kräfte mitwirkten, würde sehr wahrscheinlich für Ägypten lebensbedrohliche Folgen nach sich ziehen. Ein frühes Eingreifen des ägyptischen Staates hätte viele der heutigen Fehlentwicklungen vermeiden oder wenigstens eindämmen können.

Genauso tatenlos schaute der ägyptische Staat dem Geschehen am Horn von Afrika, nämlich in Somalia, zu. Er hätte sehr früh in das Geschehen im Somalia eingreifen müssen, nicht nur, weil dieses von Bürgerkrieg und Not heimgesuchte Land ein Mitglied der Arabischen Liga ist, sondern weil es im eigenen strategischen Hinterhof Ägyptens am Tor des Roten Meers zum indischen Ozean liegt und es einerseits moralisch verwerflich und andererseits strategisch für das eigene Schicksal gefährlich ist, die Menschen in diesem arabischen Land ihrem Schicksal zu überlassen.

Ägypten ist jetzt nicht einmal in der Lage, gegen einige Hundert somalische Schiffspiraten vorzugehen, die die internationale Schifffahrt im Roten Meer und somit den für Ägypten hochwichtigen Suezkanal ständig bedrohen. Das hat jetzt schon katastrophale Folgen für die Einnahmen des Suezkanals, vom schlechten sicherheitspolitischen Ruf für die Staaten dort, insbesondere von Ägypten einmal ganz abgesehen.

Was seine nördliche Grenze betrifft, so befindet sich Ägypten heute ebenso in einer sehr heiklen Situation. Etwa 30 Jahre, nachdem Ägypten unilateral (gesamtarabisch gesehen) ein Friedensabkommen mit Israel (Camp David I, 17.09.1978 bzw. 29.03.1979) unterzeichnet hat, ist es weiterhin weit vom Frieden entfernt. Die palästinensische Nationalbewegung ist schwach und in sich gespalten, nachdem die aus Oslo hervorgegangene palästinensische Autonomiebehörde bei dem Versuch scheiterte, mittels Verhandlungen (mit energischer Zustimmung des Mubarak-Regimes) eine gerechte Lösung der Palästinafrage zu erreichen. Der Gazastreifen, die natürliche geopolitische Ausdehnung der ägyptischen Sphäre, fiel in die Hände von politischen Kräften, die das Regime als Ausdehnung der oppositionellen Muslimbruderschaft betrachtet, nachdem Israel im August 2005 den Streifen verlassen hatte.

Gemäß dem *Camp David Abkommen* ist Israel in seinem Umgang mit den anderen Konfliktparteien an keine Regeln gebunden, insbesondere nicht gegenüber den Palästinensern, während das Abkommen Ägypten, dem größten arabischen Land (wie unten gezeigt wird), *erstens* nur eine eingeschränkte Souveränität auf eigenem Territorium im Sinai zugestand und (*zweitens*) vor allem verpflichtet, eine Neutralität in diesem Konflikt einzuhalten, die aus arabischer Sicht weder verständlich noch akzeptabel ist. In vielen Situationen schien das ägyptische Regime nicht nur unfähig, die politischen Entwicklungen in seiner strategischen Sphäre zu kontrollieren, sondern auch eine pro-israelische Haltung in der Begegnung Israels gegenüber anderen arabischen Gruppen einzunehmen. Das wurde während des israelischen Krieges gegen den Libanon im Juni 2006 sowie während der oben geschilderten israelischen Operation ‚Gegossenes Blei‘ gegen den Gazastreifen im Winter 2008/2009, offensichtlich.

Dass die ägyptische Behauptung über die Befreiung des Sinai durch das Friedensabkommen nur Propaganda des Regimes war, bezeugte die Tatsache, dass das ägyptische Regime keine Befugnis hatte, die Zahl seiner Grenztruppen entlang der nordöstlichen Grenze (mit Israel und dem Gazastreifen) zu erhöhen, nachdem am 23.01.2008 einige Hundert tausend wütende und von der Blockade müde Palästinenser die Grenze bei Rafah mit Gewalt überquert hatten. Die Blockade kam und zerstörte die Illusion der Befreiung Sinais endgültig und war ein leibhaftiges Zeugnis vor der Weltöffentlichkeit über die Irreführung der arabischen Völker durch die arabischen und ägyptischen Medien. Um diese Illusion einer Befreiung des Sinai zu verstehen, sollte man die tatsächlichen Absichten Israels hinter der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens vom 29.03.1979 erkennen.

Liest man den Text des israelisch-ägyptischen Abkommens durch, erkennt man, dass seine Bestimmungen von zwei Grundgedanken dominiert werden:

Erstens, dass der Sinai nach einem israelischen Rückzug niemals als Basis zur Bedrohung Israels benutzt werden könnte. Das wurde einerseits im ersten beigefügten ‚Anhang zu den Sicherheitsregelungen‘ manifestiert, die die Entwaffnung des Sinai vorschreibt und der ägyptischen Armee untersagt, eine vordefinierte waffenfreie Pufferzone im Sinai mit einer Tiefe von 150 km zu überschreiten; und

zweitens, dass das daraus entstehende Bündnis zwischen Ägypten – oder vielmehr dem ägyptischen Regime – und Israel nicht nur dauerhaft, sondern auch vor allem dazu führen muss, dass sich Ägypten gesamtarabisch isolieren wird. Das wird im §6/ Abs.5 des Abkommens ausdrücklich formuliert: dieser besagt, dass dieses Abkommen gegenüber jeder anderen Verpflichtung der Vertragsparteien mit anderen Staaten als prioritär behandelt werden soll. Das isolierte Israel konnte zu diesem Zeitpunkt nicht damit gemeint sein, sondern Ägypten. Je mehr sich Ägypten von den damaligen 18 Mitgliedern der Arabischen Liga (die Ägypten boykottierten) entfernte, desto tiefer und intensiver wurden seine Beziehungen zum Staat Israel.

Die Einhaltung dieser Bestimmungen wurde in erster Linie durch die Garantie Washingtons, dass sich die Politik Ägyptens gegenüber dem israelischen Staat nicht änderte, erreicht. Das bedeutete, dass die Existenz eines dieser Politik loyalen Regimes in Ägypten notwendig wurde und entsprechend gefördert werden musste, um mit US-amerikanischer Unterstützung diese Politik fortsetzen zu können, selbst wenn diese die eigene nationale Sicherheit Ägyptens gefährden würde.¹¹⁹

Anhand einiger Bestimmungen des Camp David Abkommens kann man ablesen, dass die Entwicklung des Sinai bzw. der Aufbau seiner städtischen und regionalen Infrastrukturen, bis auf wenige Ausnahmen, verkompliziert oder gar unerwünscht sind:¹²⁰

1. Nach dem Camp David Abkommen wurde der Sinai, gemäß der Stationierung von Streitkräften, in 4 Zonen aufgeteilt:

- a) *Zone A* (50 km breit östlich des Suezkanals) mit *einer* Infanterieeinheit der ägyptischen Armee;
- b) *Zone B* (angrenzend zu A, 109 km breit) mit höchstens 4 Grenzschutzeinheiten;
- c) *Zone C* (20-40 km breit im Gebiet westlich der internationalen Grenze und des Golfs von Aqaba), in der nur Truppen der Vereinten Nationen und zivile Polizeikräfte stationiert werden durften, die nur mit leichten Waffen zur Wahrnehmung normaler Polizeifunktionen ausgerüstet sind;
- d) *Zone D* (Truppen der Vereinten Nationen). Die Truppen wurden in einem Teil des Gebiets im Sinai, das innerhalb eines Streifens von etwa 20 km entlang der Mittelmeerküste und der internationalen Grenze liegt und im Gebiet von Sharm Al-Schaich stationiert, um die freie Durchfahrt durch die *Straße von Tiran* zu gewährleisten;

2. Nach dieser Zonierung des Sinai durfte Ägypten leichtbewaffnete Polizeikräfte im Sinai unterhalten, die die

119 Über die Grundgedanken des Camp-David-Abkommens zwischen Ägypten und Israel schrieb der ägyptische Jurist und ehemaliger Diplomat Abdallah Al-Ash'al viele Artikel, seinen aktuellsten Artikel darüber schrieb er am 02.09.2011. Siehe Al-Ash'al, Abdallah: al afkar al hakima li moahadat al salam almassriyyah al israeliyyah (Dtsch.: Die herrschenden Gedanken des ägyptisch-israelischen Friedensabkommens), online unter: <http://www.aljazeera.net/NR/exeres/B7525EBC-739E-44B7-AFE0-683CC5BB9464.htm>; siehe auch den Artikel des ägyptischen Armeegeneral a.D. Moslem, Tal'at: Hawla ta'deel moahadat al-salam almassriyyah al israeliyyah (Dtsch.: Über die Änderung des ägyptisch-israelischen Friedensabkommens), Aljazeera.net, 11.10.2011, in dem er ausdrücklich die Bestimmungen des Artikel 6/ Absatz 5 des Abkommens kritisiert, online unter: <http://www.aljazeera.net/NR/exeres/CAB2019A-8139-4622-A7AF-C5653D649C98.htm>. Beide Artikel auf Arabisch geschrieben.

120 *The Camp David Accords – The Framework for Peace in the Middle East*, Washington D.C., 17 September 1978, Quelle: Israel Ministry of Foreign Affairs; der Text (ohne Anhänge) ist online erhältlich unter: <http://www.mfa.gov.il/MFA/Peace%20Process/Guide%20to%20the%20Peace%20Process/Camp%20David%20Accords>. Eine deutsche Übersetzung des Abkommens unter: http://www.palaestina.org/fileadmin/Daten/Dokumente/Abkommen/Historische/Camp_David_Abkommen_17.09.1978.pdf (Offizielle Webseite der Generaldelegation Palästinas in der BRD).

Aufgaben der inneren zivilen Sicherheit, die Verfolgung von Terroristen und Personenschmugglern wahrnehmen sollte und in keiner Weise militärische Kampffähigkeiten bzw. Ausrüstungsgegenstände verfügen durfte. Erst nach der oben erwähnten gewaltigen Grenzüberquerung der Palästinenser im Januar 2008 hatte man nach langen Gesprächen eine Zusatzklausel ausgehandelt die es Ägypten erlaubte, die Zahl der Grenzsoldaten auf einige Hundert Soldaten zu erhöhen (300-700 Grenzsoldaten). Diese sollten weniger die Sicherheit Ägyptens und mehr die Sicherheit Israels schützen, indem der Personen- und Warenschmuggel nach Israel durch die Tunnel kontrolliert wurde;

3. Ein anderer wichtiger Punkt bzgl. der Souveränität und der nationalen Sicherheit Ägyptens ist der Umstand, dass die israelische Armee die gemeinsame Grenze mit Ägypten nie respektiert hat, auch nicht nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahre 1979, das die Vertragsparteien dazu aufforderte, die gegenseitigen Grenzen zu schützen und zu respektieren. Man erkannte gerade nach der letzten militärischen Operation ‚Gegossenes Blei‘, dass die israelische Armee ihre Offensive gegen das Grenzgebiet, in Verletzung des Friedensabkommens mit Ägypten, weiterhin fortführte, um angeblich den Waffenschmuggel durch die Tunnel zu bekämpfen. Sie bombardierte dieses Tunnelgebiet (auf ägyptischem Boden) mit den verschiedensten traditionellen, aber auch heimtückischen Sprengkörpern, was nicht nur Menschenopfer und Entsetzen unter den ägyptischen Bewohnern des Grenzgebietes, sondern auch enorme Schäden an der dortigen Infrastruktur sowie an der dortigen Umwelt verursachte.

Wie bereits erwähnt, begann die ägyptische Regierung erst im Verlauf des Jahres 2008, einen Teil der palästinensischen Tunnel tatsächlich zu zerstören, und das erst nachdem ein enormer internationaler Druck, angestiftet von Israel und den USA, auf das Regime in Kairo ausgeübt wurde. Die USA entschieden damals, 100 Million US-Dollar Militärhilfe für Ägypten einzubehalten, wobei diese erst dann ausgezahlt wurden, nachdem Ägypten mehrere Dutzend Tunnel zerstört hatte.¹²¹

Erstaunlicherweise wurden alle diese oben geschilderten Aspekte für das Regime Mubarak nicht als echte Bedrohung der nationalen Sicherheit Ägyptens gesehen, während eine Schar palästinensischer Schmuggler wegen ihrer ‚Gefahr‘ für die nationale Sicherheit Ägyptens ein Aufputschen der nationalen Gefühle durch die Medien des Regimes hervorrief. Natürlich verursachten diese Schmuggler große diplomatische Unannehmlichkeiten für das ägyptische Regime, diese Probleme aber nicht politisch lösen zu können sprach für die Unfähigkeit des Regimes im Umgang mit politischen Problemen bzw. eine Schiefelage in seinem Verständnis von nationaler Sicherheit.

Aufgrund der sträflichen politischen und sicherheitstechnischen Fehler der letzten drei Jahrzehnte war das im Februar 2011 durch einen Volksaufstand gestürzte ägyptische Regime das letzte System, das überhaupt noch von Souveränität und nationaler Sicherheit sprechen durfte. Weder die Blockade noch die eiserne unterirdische Mauer waren souveräne Entscheidungen Ägyptens, denn sie widersprachen den fundamentalsten Interessen des Landes bzw. den Konstanten der ägyptischen Politik seit Jahrtausenden (bis 1978), nach denen der Gazastreifen nie eine Bedrohung Ägyptens bedeuten konnte, sondern eine Festigung seiner nationalen Sicherheit gegen Besatzungsmächte vor seiner nördlichen Hinterhaustür darstellte. Der Gazastreifen ist von zentraler Bedeutung für die Sicherheit Ägyptens und sollte folglich nicht minder behandelt werden als jedes andere ägyptische Territorium. Die Isolation Ägyptens durch ein beschnittenes Friedensabkommen war die erste Sünde, die das Regime begangen hat. Einer der Gründe für den Sturz des Regimes im Februar 2011 war, dass das ägyptische Regime ständig die ‚Nationale Sicherheit des Landes Ägypten‘ mit den begrenzten und egoistischen Sicherheitsbedürfnissen des Regimes selbst bzw. seiner Hauptprofiteure verwechselt hat. Der Bau der eisernen Mauer entlang der Grenze hatte das Land noch tiefer in den Sumpf der Fehlentscheidungen gezogen, denn sie verfestigte die Spaltung des arabischen politischen Lagers und vergrößerte das Elend des ohnehin verunglückten Gazastreifens. Wie oben als offenkundig geschildert wurde, war das Regime Mubarak ein zentrales Element des korrupten arabischen Systems, das die Völker der Region stets in Elend und Unsicherheit leben ließ. Dass diese Völker gegen ihre Diktaturregime auf die Straße gehen und für Freiheit und Gerechtigkeit in ihren Ländern kämpfen würden, war eine Frage der Zeit. Das ägyptische Regime war für sein Volk zweifelsohne eines der schlimmsten Regime in der arabischen Welt. Erst seine unvernünftige Außenpolitik (und Innenpolitik) brachte das Land in die Misere, in der es sich heute befindet.

121 Siehe Abschnitt 4.2.2 (Tunnelwirtschaft), Fußnote 46 dieser Arbeit.

Die Welle der Erleichterung in der gesamtarabischen Öffentlichkeit über den Sturz Mubaraks war unbeschreiblich groß. Den Menschen der arabischen Welt ist es wohl bewusst, dass ohne einen wirklichen politischen Wechsel in Ägypten, dem größten arabischen Land, sich in den restlichen arabischen Ländern kaum etwas bewegen könnte. Daher wird die neue gewählte Regierung Ägyptens umso mehr Verantwortung zuallererst gegenüber ihrem seit Jahrzehnten beharrlich unterdrückten und verarmten Volk haben. Die Bekämpfung von Korruption, die Schaffung von demokratischen Institutionen und die Wiederherstellung der lang verlorenen Gerechtigkeit und umfassenden Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sind ihre ersten Aufgaben. Die neue Regierung und ihre Folgeregerungen werden durch die Diplomatie der kleinen Schritte den Weg für eine kolossale Aufgabe ebnen müssen, nämlich Ägypten zu einem wirklich unabhängigen Staat zu verwandeln und ihm seine natürliche und richtige geopolitische Rolle im Nahen Osten und in Afrika wiederzugeben.

Für die Region sind die Folgen der, man kann sagen, Marionettenpolitik des Regime Mubaraks bis heute verheerend. Erst diese Politik des größten arabischen Landes hat die israelische Politik ermutigt, ungezügelt aggressiv mit Arabern insgesamt und den Palästinensern in besonderem Maße umzugehen. Und inzwischen verhält sich Israel selbst gegen internationale, selbst europäische Friedensaktivisten, die es wagen, Israels Politik zu kritisieren, unverhältnismäßig aggressiv, selbst wenn dies den einfachsten Grundprinzipien der Achtung vom Menschenleben widerspricht.

4.4 Menschenrechte: eine erweiterte Kampfzone für Israel

Die israelische aggressive Handlungsweise gegenüber Kritikern zeigte sich sehr deutlich während und nach dem jüngsten Krieg Israels gegen Gaza im Winter 2008/2009, aufgrund dessen sich die Augen der Weltöffentlichkeit erst recht auf das gerichtet haben, welche Vorfälle sich im Gazastreifen ereignen. Die Empörung der Weltöffentlichkeit über das Elend im Gazastreifen infolge der Blockade und noch viel stärker infolge des Krieges bzw. der Veröffentlichung des Goldstone-Berichtes, hat sich sehr stark vergrößert. Der Goldstone-Bericht hat mit seinen überzeugenden Fakten den israelischen Staat und seine Beschützer im Westen so sehr verwirrt und aus dem Gleichgewicht gebracht, dass der israelische Premierminister Netanyahu monatelang nach Veröffentlichung des Berichtes bzw. der Empfehlungen der Goldstone-Kommission an die Weltgemeinschaft vom „Goldstonismus“ oder dem „Goldstone-Effekt“ sprach.¹²² Die Befürchtung der Israelis wurde immer größer, dass internationale Gerichte israelische Politiker und Soldaten wegen des Geschehens im Gazastreifen als Kriegsverbrecher verfolgen würden.

In seiner Rede vor dem Saban-Forum in Jerusalem am 15.11.2009, sprach Netanyahu vor versammeltem internationalem Publikum von *drei Bedrohungen* (des Friedens), mit denen Israel und die westliche Welt konfrontiert seien. Nach der Bedrohung durch ein nukleares Iran sowie der Bedrohung durch die Raketen- und Granatenangriffe der Widerstandsgruppen im Gazastreifen und der Hisbollah im Libanon, entwickelte sich der ‚Goldstone-Bericht‘ zur *dritten strategischen Bedrohung Israels*. Die israelische Regierung interpretierte die Aussagen des Goldstone-Berichts über Gaza dahingehend, Israel das Recht auf Selbstverteidigung zu bestreiten, womit dieser eine dritte Bedrohung des Friedens darstellen würde. Der Goldstone-Bericht stelle nach Meinung Netanyahus nicht nur für Israel eine Gefahr dar, vielmehr drohe der Gaza-Bericht *allen Staaten die Hände zu binden, die im Kampf gegen den Terrorismus einbezogen sind*, denn die Terroristen hätten ein Gefühl der Sicherheit, dass die internationale Gemeinschaft ihre Verbrechen rechtfertige (nicht bestrafe), wenn sie sich beispielsweise in *geschützte* zivile Wohngebiete zurückziehen.¹²³

Diese israelische Haltung hatte weitreichende Folgen, denn nach dieser (durchaus nicht neuen)¹²⁴ Logik ging es hier nicht nur um die Gefahr, die vom Richter Goldstone oder überhaupt von einem bestimmten Report oder von einer einzelnen Organisation ausgehe, sondern vor allem um die Gefahren, die sich zwischen den Zeilen des internationalen humanitären Rechts verbargen. Die Kernaussage von Netanyahus Rede war, *dass das eigentliche Problem nicht die politisch oder ideologisch motivierten Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht war,*

122 Alastair Macdonald: 'After the Goldstone. Israel seeks to sharpen PR weapon', Reuters, 02.02.2010, online unter: <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/MAC145722.htm>.

123 PM Netanyahu addresses the Saban Forum, 15.11.2009, in: Israel Ministry of Foreign Affairs, http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Speeches+by+Israeli+leaders/PM_Netanyahu_adresses_Saban_Forum_15-Nov-2009.htm.

124 Diese Argumentation folgt der gleichen Logik, wie die in Deutschland von einigen Politikern vertretene Aussage: „Datenschutz ist Täterschutz“. Ein weit verbreitetes Argument ist hier die Sicherheit, die aufgrund von organisiertem Verbrechen oder (noch schlimmer) einer latenten oder möglicherweise sogar akuten Terrorgefahr gefährdet ist. Die Fürsorgepflicht dem schutzbefohlenen Bürger gegenüber gebietet es geradezu hier Korrekturen am Gesetz unternehmen zu müssen.

sondern dessen Rechtsgrundsätze selbst, die in ihrer heutigen Form Terroristen schützen, sobald diese Zuflucht in zivilen Gebieten suchen, die laut dem gleichen internationalen Recht geschützt sind.

Nach Netanyahus ausdrücklicher Forderung, müsste das humanitäre Völkerrecht völlig umgeschrieben werden, um dieser „Bedrohung“ die Stirn zu bieten: „Vielleicht wird paradoxerweise gerade die entschlossene Antwort internationaler Juristen und führender Staatsmänner auf diesen moralisch zweideutigen [Goldstone-] Bericht eine Überprüfung des Kriegsrechts in den heutigen Zeiten des Terrors beschleunigen“.¹²⁵

Hier wird offensichtlich, dass die israelische Regierung nicht nur die Genfer Konventionen und das humanitäre Völkerrecht kritisiert, sondern diese grundsätzlich ablehnt, um den israelischen Verstoß entgegen dieser Bestimmungen zu begründen. Die israelische Regierung geht jedoch (und das ist aus Netanyahus Rede abzulesen) noch einen entscheidenden Schritt weiter, indem sie das humanitäre Völkerrecht und seine Verfechter zur Bedrohung für alle den Terror bekämpfenden Staaten erklärt, die es systematisch zu bekämpfen gelte.

Und genau diese Haltung gegenüber den Verfechtern des Völkerrechts wird von der israelischen Regierung fast gewohnheitsmäßig vertreten. Das könnte eine Erklärung dafür sein, dass Rechtsmeinungen, wie sie dem Goldstone-Bericht zugrunde liegen, als existenzielle Bedrohungen verstanden werden, weil sie die israelische Praxis der aggressiven und unverhältnismäßigen Gegenschläge kritisieren und in mancher Hinsicht einschränken.¹²⁶

4.4.1 Israelischer Angriff auf die Gaza-Hilfsflotte‘, 31. Mai 2010

Vor diesem zuvor beschriebenen Hintergrund startete die israelische Politik einen massiven Feldzug gegen den ‚zivilen Protest‘, den die internationalen und lokalen NGO’s inzwischen und dank eines sehr gut organisierten Netzes von Friedensaktivisten bestens etabliert haben. Israel, das sich in seiner bisherigen militärischen Geschichte noch nie wegen eines militärischen Verbrechens (diese hat es viele Male seit 1948 gegeben) verantworten musste, hatte die heftige internationale Reaktion auf den Gaza-Krieg, insbesondere nach der Veröffentlichung des Goldstone-Berichts, wohl nicht erwartet. Hinzu kam, dass die empörten Menschenrechtsorganisationen nicht mehr vor der ungerechten israelischen Politik Halt machten. Sie versuchten bereits seit Jahren, seit dem Winterkrieg 2008/2009, energischer die Blockade gegen den Gazastreifen durch die Entsendung von Friedensaktivisten mit Hilfsgütern auf dem Landweg (Israel, Ägypten) und auf dem Seeweg (Mittelmeer) zu durchbrechen. Die meisten Helfer wurden von den israelischen Militärs und von den ägyptischen Behörden allerdings aufgefangen bzw. abgewiesen, einige konnten jedoch die Blockade durchbrechen und die eingeschlossenen Menschen im Gazastreifen erreichen.

Die Symbolik dieser Aktionen ist der Grund, warum die israelische Regierung diese Organisationen als ‚strategische Bedrohung‘ sieht. Die Beweggründe dieser Aktivisten, unter denen auch viele Juden sind, sind menschlicher Natur und sie verteidigen die Menschenrechte in einer schwierigen Zeit globaler Kriegsmaschinerie, die die 100-jährigen Verdienste des humanitären Völkerrechts mit einem Federstrich zunichtemachen will. Sie alle haben die Erklärung der ehemaligen israelischen Außenministerin *Tzipi Levni* während der Angriffe auf Gaza gehört: „Israel ist ein Land, das die Nerven verliert, wenn auf seine Bürger geschossen wird – und das ist gut so“, ein Zitat übrigens, das in einer Schlüsselstelle des Goldstone-Berichts aufgegriffen wurde.¹²⁷ An der gleichen Stelle im Goldstone-Bericht werden Zitate von anderen israelischen Politikern und Militärs aufgezeigt die deutlich beweisen, dass diese den totalen Krieg gegen Mensch und Stein im Gazastreifen nicht nur kaltblütig geplant haben, sondern auch dass die Entscheidungsträger in Israel gar keine Achtung vor Menschenleben und schon gar nicht vor Menschenrechten haben – sie waren bereit, Tausende von Häusern, Tunnel und Industrieanlagen zu zerstören, um die Hamas auszulöschen, was sie dann tatsächlich anfangen durchzuführen.¹²⁸ Diese Enthüllungen sorgten für große Empörung (und Beunruhigung) der israelischen Regierung, wohl auch aus Angst vor möglichen Anklagen wegen Kriegsverbrechen gegen israelische Politiker und Militärs.¹²⁹

125 Zitat aus: *PM Netanyahu addresses the Saban Forum ... a.a.O.*

126 Thomas Keenan und Eyal Weizman: ‚Die dritte Bedrohung Israels – die Angst der Regierung Netanyahu vor zivilen Protesten‘, *Le Monde diplomatique*, 09.07.2010.

127 Tzipi Levni, zitiert in *The Independent*: ‚Israeli cabinet divided over fresh Gaza surge‘, in: *Goldstone-Report für die UNO-Generalversammlung (A/64/490 ... a.a.O., Part two/Section A/XVI.*

128 Ebenda.

129 Siehe z. B. *The daily Telegraph*: ‚Tzipi Levni to visit London to test arrest warrant‘, 04.02.2010.

Die kritische Meinung der entrüsteten Friedensaktivisten und das Eintreten für Menschenrechte gehört heute in Israel praktisch zur ‚erweiterten Kampfzone‘, im militärischen wie im rhetorischen Sinn. Wie aus der oben genannten Rede Netanyahus ersichtlich, versucht Israel diesen Friedensaktivisten die einzige noch verbleibende Waffe zu nehmen, nämlich die der Bestimmungen des internationalen humanitären Rechts. Sie alle, ob Israelis oder Ausländer, werden als gefährliche ‚Feinde‘ eingestuft, die gnadenlos zu bekämpfen sind.

Vor diesem Hintergrund ist der blutige Angriff der israelischen Marineeinheiten gegen die ‚Gaza-Hilfsflotte‘ am 31. Mai 2010 in internationalen Gewässern zu verstehen.

Die ‚Gaza-Hilfsflotte‘ bestand aus insgesamt 8 Schiffen, einem Zusammenschluss aus verschiedenen internationalen Bewegungen (der europäischen Kampagne, der Free Gaza Bewegung, der türkischen Organisation ‚Humanitäre Hilfe‘ (IHH) sowie zwei anderer Bewegungen, einer griechischen und einer schwedischen), von denen es 6 Schiffe am 30. Mai 2010 geschafft haben, zusammen in Richtung Gaza mit insgesamt 650 Friedensaktivisten aus mehr als 40 Ländern (unter denen sich 44 offizielle, parlamentarische und politische Persönlichkeiten aus Europa und der arabischen Welt befanden) aufzubrechen. Die zypriotischen Behörden verboten einem griechischen Schiff, in einem Hafen des Landes zu ankern, um 12 weitere europäische Parlamentarier und 3 prominente Persönlichkeiten, wie beispielsweise den internationalen schwedischen Schriftsteller *Michael Hanen*, an Bord zu nehmen, um sich an der Aktion zu beteiligen. Die Flotte hatte das Ziel, die seit 4 Jahren andauernde Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen und Gaza mit insgesamt 10.000 Tonnen Hilfsgütern einen symbolischen Besuch abzustatten. Ihre Ankunft am Gaza-Wasserhafen wurde etwa um 10:00 Uhr des folgenden Tages, dem 31. Mai 2010, erwartet. Jedoch wurde die Flotte in der Nacht zum 31. Mai 2010 von einigen israelischen Kriegsschiffen in internationalen Gewässern abgefangen, um die Aktivisten zur Rückkehr oder zum Abladen der mitgetragenen Hilfsgüter in israelischen Häfen zu zwingen, bevor einige hundert israelische Marinesoldaten am frühen Morgen des 31. Mai 2010 (4:30 Uhr) etwa 20 Seemeilen vor der Küste Gazas von Hubschraubern des israelischen Militärs in die Schiffe abgeseilt wurden und ein Gemetzel an den Friedensaktivisten verübten. Besonders schwer betroffen waren die Passagiere des türkischen Schiffes ‚Mavi Marmara‘, von denen viele Menschen getötet oder verletzt worden sind. Man sprach anfänglich von insgesamt 19 getöteten Aktivisten, jedoch ergab sich später, dass insgesamt 9 Menschen (8 Türken und 1 US-amerikanischer Staatsbürger türkischer Abstammung), in dieser blutigen Aktion getötet worden sind.

Dieses Blutvergiessen, das von israelischen Marinesoldaten gegen Friedensaktivisten und dazu noch in internationalen Gewässern verübt wurde, markierte eine neue schadhafte epochale Entwicklung, in der ein *Staat*, ganz gleich ob ein demokratischer oder eine Diktatur, der öffentlichen Meinung und Menschenrechten den Krieg erklärt und in einem nach Meinung vieler Rechtsexperten Akt der *staatlichen Piraterie* Friedensaktivisten kaltblütig ermordete, nur weil diese ihre Solidarität mit 1,5 Millionen Bewohnern des Gazastreifens zeigen wollten, die durch eine unmenschliche und vor allem ungerechte Blockade seit 4 Jahren dem langsamen Tod entgegensetzen müssen. Die Empörung Weltgemeinschaft war so groß wie noch nie, insbesondere da der gleiche Staat vor nicht allzu langer Zeit dem eingeschlossenen Volk den totalen Krieg erklärte und 1.400 Menschen, überwiegend Zivilisten, in einer der umstrittensten militärischen Operationen unserer Zeit tötete.

Besonders heftig war die verständliche Reaktion des seit Jahrzehnten mit Israel befreundeten türkischen Staates, der 9 seiner Staatsbürger zu beklagen hatte. Möglicherweise verlor Israel nach dieser Operation die Freundschaft des einzigen Alliierten und Natomitglieds in der Region, was ihre regionale Isolation noch weiter vertiefte. Die Türkei verlangt bis heute die offizielle Entschuldigung der israelischen Regierung und die angemessene Entschädigung der Opferfamilien bevor sie bereit sind, ihre Beziehungen mit Israel wieder zu normalisieren. Der Verlust der Türkei als Freund, ist unweigerlich eine der schwerwiegendsten politischen Niederlagen in der Geschichte Israels, nicht nur wegen der Gefährdung einer jahrzehntelangen umfassenden politischen und militärischen Zusammenarbeit mit einem islamischen Land, sondern weil die Türkei jetzt (eigentlich seit dem Gaza-Krieg und weil die Türken erkannt haben, dass die Chancen weiterhin gering sind, im *christlichen Club* ‚Europa‘ aufgenommen zu werden) ihre Beziehungen zu ihren arabisch-islamischen Nachbarstaaten schlagartig verbessert und sich dadurch immense politische (als akzeptierte sunnitische Regionalmacht) und wirtschaftliche Vorteile gesichert hat, was politisch nur auf Kosten Israels erfolgen kann.

Die Verwirrung und Sprachlosigkeit der befreundeten westlichen Staaten waren dem Umstand entsprechend. Sie mussten alle einsehen, dass Israel alle „Grenzen“ überschritten hat und dass nun selbst sie der israelischen

Regierung bei dieser blutigen Operation politisch nicht mehr den Rücken decken konnten, jedenfalls nicht sofort (wie im Falle des Gaza-Krieges). Bereits am 03. Juni 2010 nahm der *UN-Menschenrechtsrat (UNHRC)* einen Beschluss ähnlich wie im Falle des Gaza-Krieges vom Winter 2008/2009 an, eine unabhängige internationale Wahrheitsfindungskommission über den israelischen Angriff gegen die Gaza-Hilfsflotte einzusetzen.

Israel drohte den Aktivisten der Flotte bereits in der Vorbereitungsphase mit äußerster Härte gegen sie vorzugehen, wenn sie es versuchen würden, die Blockade zu durchbrechen und richtete sogar ein Feld-Krankenhaus am Wasserhafen der Stadt Ashdod ein, um die vom israelischen Militär einkalkulierten Opfer (Verletzte und Tote) aufzunehmen, sowie ein Haftlager, in dem teilnehmende Friedensaktivisten inhaftiert und verhört werden konnten, bevor sie aus dem Land abgeschoben würden. Premierminister Netanyahu bestand später darauf, dass alle überlebenden Aktivisten inhaftiert werden sollten.

Die interessante Frage die hier sofort stellt ist, warum der israelische Staat einen solchen und wie es sich später herausstellen sollte, dummen Schritt gegen überwiegend europäische Staatsbürger unternahm, der Israel so viel Ansehen kosten würd wie nie zuvor.

Die israelischen Politiker begründen ihren blutigen Angriff mit 3 grundlegenden Behauptungen:

1. Die erste Behauptung: Israel sei im Kriegszustand und habe das Recht *feindliche* Schiffe zu kontrollieren oder anzugreifen;
2. die zweite Behauptung: auf den Schiffen der Gaza-Hilfsflotte, insbesondere auf dem türkischen Schiff, befanden sich Terroristen, die mit der Hamas sympathisierten; und
3. die dritte Behauptung: die angreifenden israelischen Soldaten wurden von einigen Passagieren der ‚Mavi Marmara‘ angegriffen und mussten sich folglich selbst verteidigen und das Feuer eröffnen.

Es ist unschwer zu erkennen, wie brüchig und anfechtbar diese israelische Argumentation in Bezug auf solch eine schwerwiegende Tat ist:

- *Die erste israelische Behauptung* ist grundlegend falsch, da sie bewusst bestreitet, dass die Schiffe die türkische und die griechische Fahne trugen, also die Fahnen von zwei befreundeten Staaten, die nicht nur volle diplomatische Beziehungen mit Israel, sondern sogar auch eine militärische Partnerschaft mit Israel unterhalten;
- *die zweite israelische Behauptung* basiert auf Vermutungen, denn abgesehen davon, dass diese Aktivisten zum größten Teil in ihren Ländern und anderswo respektable Persönlichkeiten sind, war keiner von ihnen vorbestraft, noch wurde gegen irgendeinen von ihnen jemals eine Haftbefehl erlassen. Israel kann nicht nach den Absichten (sofern es überhaupt welche gegeben hat) urteilen, denn das Gesetz verurteilt Taten und keine Absichten; und
- *die dritte israelische Behauptung* wirft zwangsläufig die wichtige Frage auf, ob die Schiffsinsassen – nicht die *angreifenden* israelischen Marinesoldaten – im Sinne des internationalen Rechts ein Recht auf Selbstverteidigung haben. Die Antwort ist eindeutig ‚Ja‘, denn diese Schiffe befanden sich in internationalen Gewässern, womit die Gesetze des Landes galten, dessen Fahne sie zum Zeitpunkt des Angriffes trugen, sprich der Türkei und Griechenlands. Die lokal angewendeten Gesetze beider Länder erlauben den Insassen, sich selbst mit den verfügbaren Waffen gegen bestausgerüstete Angreifer („im eigenen Haus“) zu verteidigen.¹³⁰

Die Krise der Gaza-Hilfsflotte war faktisch ein Akt des Kräftemessens zwischen (a) großen Teilen der internationalen Gemeinschaft, die mit humanitären Beweggründen argumentiert und vorgeht, um die Bewohner Gazas vor einem Schicksal zu retten, auf das Israel und andere Länder seit 4 Jahren hinarbeiten; und (b) Israel, das der einzige Akteur bleiben will, der über Leben und Tod der Bewohner des Gazastreifens entscheidet. Das Ziel des israelischen Angriffs gegen die Friedensaktivisten war es zu verhindern, dass die Hilfsflotte ihr Ziel erreichen würde. Trotz allem erreichte die Gaza-Kampagne (Hilfsflotte) einen wichtigen Teil ihres Zieles, ohne Gaza territorial erreicht zu haben, nämlich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit an einem Verbrechen gegen 1,5 Millionen ziviler Menschen im Gazastreifen hervorzurufen, das der israelische Staat seit Jahren mit einem

130 Der Rechtsexperte Btahir Bujlal zu der israelischen Behauptung bezüglich des Angriffs auf die Gaza-Hilfsflotte, in: Aljazeera, 03.06.2010.

eisernen Vorhang des Vergessens und der Ignoranz zu verschleiern versucht.

Israel schien sich dessen bewusst zu sein, dass ein Erfolg der Hilfsflotte (die Übergabe der Hilfsgüter und die symbolische Präsenz auf der Seite der Gazaner), die Lebensader des Gazastreifens wieder beleben würde, nachdem diese von Israel und der Regierung Mubarak ausgetrocknet wurde. Das wäre nach dem Gaza-Krieg eine weitere politische Niederlage für Israel, ein Erfolg für seine Feinde und eine Unterstützung und Legitimierung für die Widerstandsbewegung, besonders nachdem Israel bisher in der Lage war, diese mit offensichtlicher Hilfe einiger arabischer Regime medial und politisch zu isolieren.

Das war wohl auch vermutlich der Grund, warum die israelische Politik sich für die Option des Verbotens und Widersetzens entschied, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Was hier jedoch konkret auffällt, ist die unangemessene Aggression, mit der das israelische Militär gegen Friedensaktivisten vorging. Sie hätten einfach den Weg nach Gaza (vor der Küste Gazas) sperren können, ohne dieses aufregungserregende blutige Gemetzel gegen Zivilisten zu verüben. Diese Handlungsweise der israelischen Marinesoldaten könnte aus zwei verschiedenen Gründen oder Szenarien stattgefunden haben:

- Entweder wurde nicht darüber nachgedacht, welche Konsequenzen die eigenen Handlungen nach sich ziehen würden, was bereits häufiger vorgekommen ist, und das Militär hat gehandelt, wie es mittlerweile im Palästina-Konflikt gewohnt war – und wieder ohne vorher nachzudenken; oder
- die äußerste Aggressivität zielte offensichtlich auf das Töten sowie die Anrichtung des größtmöglichen Schadens insbesondere auf der türkischen Seite ab, die die Kampagne nicht ohne den Segen der türkischen Erdogan-Regierung ausführte.

Auch wenn die erste Option keineswegs die Handlung der israelischen Soldaten entschuldigt, spricht die Tatsache dagegen, dass die Soldaten definitiv Befehle ausgeführt hatten. Israelische Politiker, auch Mitglieder der Netanyahu-Regierung, haben vor der Aktion vor laufenden Fernsehkameras gedroht, mit äußerster Gewalt gegen die Aktivisten vorzugehen. Außerdem hatte selbst die israelische Untersuchungskommission unter General *Giora Eiland* diese Option nie in Erwägung gezogen. Wenn es so gewesen wäre, hätte es Israel gewiss einiges an Unannehmlichkeiten erspart, die Schuld auf einige aggressive Soldaten als *Einzel Täter* zu schieben.

Auf der anderen Seite hatte Israel mit der Türkei noch eine Rechnung offen, nachdem die Erdogan-Regierung nach dem Gaza-Krieg eine offene Meinung zu Israels Nahostpolitik äußerte und eine immer mehr pro-palästinensische Haltung in diesem Konflikt einnahm. Nachdem die Araber, sprich Ägypten, quasi auf die Knie gezwungen wurden, blieb das inzwischen ungezügelter Nato-Mitglied ‚Türkei‘ als einzige Hürde auf dem Weg zur alleinigen regionalen Herrschaftsstellung. Die Konfrontation mit der Türkei war sehr wahrscheinlich in dieser militärischen Operation mit einkalkuliert. Das Abschreckungsprinzip galt hier auch für alle diejenigen, die daran dachten, sich dem israelischen Willen in Bezug auf die exklusive israelische Entscheidungsmacht über das Schicksal der Palästinenser zu widersetzen. Die Israelis entschieden sich daher für eine blutige Aktion, statt die Flotte friedlich auszusperren, weil die Friedensaktivisten das Ziel hatten, die Blockade zu *durchbrechen*. Israel wollte aber, dass Einmischungen von internationaler Seite im Fall Gaza bei der bisherigen mehr rhetorischen Aufforderung Israels blieb, die Blockade aufzuheben. Denn im Rahmen der Aufforderung zur Aufhebung der Blockade war die Entscheidung darüber weiterhin vom Willen der israelischen Seite abhängig, während ein Durchbrechen der Blockade die Sinnlosigkeit der Aktion sowie der damit verbundenen Verbrechen aufdecken würde.¹³¹ Die palästinensische Akte hat nach Israels Vorstellung um jeden Preis ausschließlich in der eigenen Hand und ohne Einmischung Dritter zu bleiben, damit in erster Linie keine Konfliktbeilegung auf der Basis der Beschlüsse der globalen Legitimität, von der UNO-Teilungsresolution 181 (II) von 1947 bis zum Gerichtsurteil des internationalen Gerichtshofes (Res. A/RES/ES-10/14) über die israelische Mauer in der West Bank vom 09.07.2004, stattfinden kann, die den über 6 Jahrzehnte subtil produzierten räumlichen und politisch illegalen Status Quo gefährden könnte. Und gerade in diesem Punkt genießt Israel die uneingeschränkte Unterstützung der USA und die stillschweigende Duldung Europas.

Die Palästinafrage kann entweder durch einen totalen Krieg, den keiner will, oder durch die Anwendung des Völkerrechts gelöst werden. Das Völkerrecht ist nach der schrecklichen Nazi-Ära das wichtigste, wenn nicht

¹³¹ Vgl. den Artikel des ägyptischen Rechtsexperten und ehemaligen Diplomaten Abdullah Al-Ash'al: *Der Angriff auf die Freiheits-Flotte (Gaza-Hilfsflotte), Hintergründe und Konsequenzen*, in: Aljazeera.net, 03.06.2010 (Arabisch).

das einzige, wirklich verbindende Element der Völker und, bei einer neutralen Anwendung, Garant für friedliche zwischenstaatliche Beziehungen in einer äußerst komplizierten Welt, für das es sich lohnt zu kämpfen. Die Tatsache, dass Israel seit seiner Gründung und mit Unterstützung seiner Freunde das Völkerrecht tatsächlich mit Füßen tritt, stellt ein gefährliches politisches Spiel dar, das nicht zukunftsfähig ist.

Die Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrates, die auf Bitte einiger arabischer Regierungen infolge des israelischen Angriffs auf die Gaza-Friedensflotte einberufen wurde, ist von den USA wieder einmal zugunsten Israels sabotiert worden: statt die Bemühungen zu einer Resolution zur Verurteilung der offensichtlich internationalen Recht verletzenden israelischen Aktion auf internationalen Gewässern zu unterstützen, setzten sich die USA durch, die schwerwiegende Angelegenheit komplett zu relativieren, wobei sich die Versammelten mit einer „unparteiischen Untersuchung“ begnügten. Diese US-amerikanische Rettungsaktion in den Gängen der UNO war zu erwarten, da die amerikanische Regierung ein vollwertiger Partner bei der Verhängung der Belagerung des Gazastreifens war und bis heute ist. Wie bereits erwähnt, verschworen sich laut des ‚Gaza-Bombshell-Berichts‘ von *Vanity Fair* die US-amerikanische Bush-Administration, Israel und Teile der palästinensischen Autonomiebehörde, die demokratisch gewählte Hamas-Regierung in Gaza zu stürzen. Der Bericht belegte, wie die Administration die korrupte ägyptische Regierung durch Geldzahlungen und Hilfeleistungen bei der Belagerung von Gaza sowie bei der Errichtungen der unterirdischen Stahlmauer samt Wachtürme entlang der ägyptischen Grenze zum Gazastreifen, hineinzog.

Es ist wohl kaum übertrieben wenn man behauptet, dass die meisten der amerikanischen Kongressabgeordneten, Vertreter des US-amerikanischen Volkes, in ihrer Politik offensichtlich mehr Loyalität Israel gegenüber zeigen als zu ihrem eigenen Land.¹³² Während die amerikanischen Steuerzahler ihre Häuser verlieren, spendieren die US-Abgeordneten das Steuergeld ihrer Bürger an Israel weiter, damit dieses die Errichtung illegaler Kolonien und Straßen auf palästinensischem Boden subventionieren und faktisch freie Immobilien an israelische Extremisten liefern kann. Die Israelis sollen mit der Hilfe dieses amerikanischen Geldes freie Bildung für ihre Studenten ermöglichen sowie kostenlose medizinische Versorgung für jeden israelischen Bürger anbieten, während amerikanische Schulen mit Budgetkürzungen und überfüllten Klassenzimmern konfrontiert sind und mehr als 40 Millionen amerikanische Staatsbürger keine Krankenversicherung haben und eine gute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger es sich nicht leisten können, medizinische Versorgung zu bezahlen. Hinzu kommt die jährliche Finanzhilfe an Israel in Milliardenhöhe sowie in Form von beispielloser militärischer Technologie und Kooperation, die Israel binnen weniger Jahrzehnten zu den erfolgreichsten Staaten auf dem Gebiet der innovativen militärischen Sicherheit machte. Eine solche Unterstützung für einen Staat, der sich seit seiner Gründung grundsätzlich militant und aggressiv gegen seinen Nachbarn verhält, stellt wahrscheinlich die Hauptursache für die Erhöhung der anti-amerikanischen Gefühle, jedenfalls in der arabischen und islamischen Welt, rund um den Globus dar.

Wie man es sehen will, die israelischen Argumentationen für diesen Flotilla-Angriff sind in ihrer Tollpatschigkeit ein weiteres Zeugnis des politischen Bankrotts und des verbrecherischen Denkens der heutigen israelischen Regierung und in gewissem Maße des inzwischen gestürzten ägyptischen Mubarak-Regimes in ihrem Umgang mit dem Konflikt. So war der Angriff der israelischen Marine auf die Gaza-Hilfsflotte gemäß *Artikel 101* der *Genfer Seerechtskonventionen* von 1982 der erste bekannte Fall von offizieller Piraterie in der Geschichte.¹³³ Für Israel war er zusätzlich definitiv eine zweite politische Niederlage nach dem Gaza-Krieg, die die israelische Zeitschrift Haaretz am 31.05.2010 als einen „zweiten auf hohem See verlorenen Gaza-Krieg“ betitelte und die Tatsache anprangerte, dass man in Israel nicht mehr den Staat verteidigte, sondern die Blockade (Belagerung), die sich selbst zu einem „israelischen Vietnam“ entwickelte.¹³⁴

Das bringt uns wieder zum ersten Punkt, zur Blockade und zu deren Akteuren, zurück, insbesondere zu der Rolle des ägyptischen Regimes, dessen destruktive und ins eigene Fleisch beißende Politik nicht unwesentlich zur Eskalation der Lage beitragen hat. Man kann sagen, dass die unverantwortliche Politik des ehemaligen ägyptischen Regimes in den letzten Jahrzehnten, speziell seit Juni 2007, das Land vor einige Herausforderungen gestellt hat, die mögliche ernsthafte Bedrohungen der nationalen Sicherheit beinhalten – Gaza stellt ganz gewiss keine dieser Bedrohungen dar:

132 Mehr zu diesem Thema, siehe Mearsheimer, John J. & Walt, Stephen M.: *Die Israel-Lobby ... a.a.O...*

133 Abdullah Al-Ash'al.: *Der Angriff auf die Freiheits-Flotte ... a.a.O...*

134 Bradley Burston: 'A Special Place in Hell / The Second Gaza War: Israel lost at Sea', Haaretz, 31.05.2010. Siehe auch Alain Gresh: 'Siegen und Scheitern in Gaza', *Le Monde diplomatique*, 13.02.2009.

1. Die Teilung einiger arabischer Länder im Zuge der ethnischen, religiösen und nationalistischen Konflikte, insbesondere des Sudans und des Iraks;
2. das endgültige Zusammenbrechen der israelisch-arabischen Friedensgespräche und der mögliche Erfolg Israels, eine Übereinstimmung nach seinen eigenen Bedingungen zu forcieren, die die Zwangsumsiedlung (Transfer) großer Zahlen palästinensischer Flüchtlinge in die Sinai-Wüste mit sich bringen können. Ein schwaches, verschuldetes und in seinem täglichen Brot von den USA abhängiges Ägypten, kann sich solchen Plänen nicht widersetzen; und
3. Die Zunahme von Macht und Einfluss der Regionalmächte Iran, Türkei und Israel in dem Maße, dass sie in der Lage sein werden, große regionale politische Rollen, in denen sie um Macht und Einfluss in der Region konkurrieren und diese untereinander, ohne Ägypten, teilen werden.

Vor allem die letzte Bedrohung (3) ist inzwischen eingetroffen: die Misswirtschaft, Korruption und vor allem die fehlende Integrität der ägyptischen Politik hat für das große arabische Land mit der vielleicht einzigartigsten Geschichte der Menschheit schwere Folgen gehabt. Das Land, das noch während der 1950er und 1960er Jahre eine Schlüsselrolle spielte, verwandelte sich inzwischen zu einem Land, das sein Brot aus dem Almosenkorb der USA bettelt. Seine 90 Millionen Einwohner leben heute mehrheitlich in bitterer Armut (weniger als 2 US Dollar pro Tag), während die Eliteschicht des Mubarak-Regimes – diese existiert heute noch, selbst nach dem Sturz des Regimes im Februar 2011 – in einem Reichtum lebt, der sie vom Teppich der Realität abhebt.¹³⁵ Es ist seit Jahren bekannt, dass die katastrophale Mubarak-Politik des Niederkniens vor Israel und dem Westen offensichtlich zwei Ziele verfolgte, nämlich

1. die Selbsterhaltung des Regimes; und
2. dafür zu sorgen, dass der unbeliebte Jamal Mubarak, Sohn des Präsidenten und Mitglied des Politbüros der regierenden ‚Nationalen Partei‘ die Regierungsmacht von seinem inzwischen 82 jährigen Vater hätte übernehmen können.

Mubarak wusste sehr wohl dass seine Pläne zur Vererbung der Macht in Ägypten an seinen Sohn mit einem großen innenpolitischen Widerstand konfrontiert werden würde. Diese Pläne hätten daher nicht ohne Hilfe der Amerikaner und dem Segen der Israelis reibungslos verwirklicht werden können. Die Opposition behauptete, der Erdgas-Deal zwischen Israel und dem Mubarak-Regime im Jahre 2005, nach welchem Israel das ägyptische Erdgas zu weniger als den Selbstkosten erhalten hat, war der politische Preis zur Festigung Mubaraks in seinem Amt (Wahlen 2005) gewesen. Für die neuen Wahlen im Jahre 2011, bei denen Mubarak selbst oder noch wahrscheinlicher sein Sohn Jamal *pro forma* hätte kandidieren sollen, musste Ägypten einen sehr hohen Preis zahlen, nämlich die aktive Teilnahme an der Blockade gegen Gaza und schließlich den Bau der unterirdischen Stahlmauer im gemeinsamen Grenzgebiet mit dem Gazastreifen.¹³⁶

Ganz gleich, ob diese Behauptungen der Wahrheit entsprechen oder nicht, eines steht fest: das Regime in Ägypten, wie viele andere arabische Regime auch, hatte mit seiner ‚Ägypten-zuerst- Politik‘ kläglich versagt, die eigenen propagierten Ziele zu erreichen: weder hat Ägypten damit seine Führungsstellung in der arabischen Welt und Afrika behalten können, noch konnte es seine wirkliche nationale Sicherheit bewahren und am wenigsten war es erfolgreich, seinen Bürgern ein anständiges und würdevolles Leben zu ermöglichen.

Und leider muss man hier sagen, dass die Rolle Ägyptens von zentraler Bedeutung ist für die Schaffung einer starken und balancierten arabischen Politik, die alleine in der Lage ist, eine immer mehr ausartende und igno-rante israelische Politik in Schranken zu halten. Diese Rolle konnte das Mubarak-Regime nicht mehr spielen und das ägyptische Volk wartete seit Jahrzehnten sehnsüchtig auf Demokratie und Gerechtigkeit – und die Palästinenser, aus guten Gründen, auf bessere Nachbarn. Sowohl die Palästinenser als auch ihre unzähligen arabischen und internationalen Mitstreiter wussten sehr genau, dass die Befreiung Palästinas mit der Befreiung des arabischen Menschen zwischen dem Atlantik und dem arabischen Golf beginnt, insbesondere in Ägypten. Denn nur freie Menschen können diesen Ländern die Legitimität und das Rückgrat geben, eine wirklich ef-

¹³⁵ Vgl. Adam Schatz, *Mubarak am Ende a.a.O.*, Le Monde diplomatique, 09.07.2010.

¹³⁶ Vgl. Hasan Nafi'a in seiner Studie: *Ägyptische Politik 2009: die erhoffte Änderung ... a.a.O.* (Anm. 118). Siehe auch die Bemerkungen des ägyptischen oppositionellen Journalisten Abdulhalim Qandeel über die ägyptische unterirdische Stahlmauer in: Aljazeera-Sendung „Al-Ittijah Al-Muakes“, 09.01.2010.

fektive Rolle im arabisch-israelischen Konflikt zu spielen. Die arabischen Völker schauen hier neidisch auf das türkische Volk, dessen demokratisch gewählte Regierung in langsamen aber soliden Schritten, und gemäß den Wünschen ihrer Wähler, ihre Agenda der Bekämpfung von Korruption, des Wohlstandes und des wirtschaftlichen Wachstums, der Richtigstellung der Befugnisse des bis dato unberührbaren türkischen Militärs sowie der Versöhnung (mit den Kurden) umsetzt. Diese Politik ließ die Türkei binnen relativ kurzer Zeit zu einem großen und respektablen regionalen Vermittler und Akteur aufsteigen, eine Rolle die Ägypten durchaus auch hätte spielen können.

Der erste Schritt zur Befreiung des arabischen Menschen hat mit dem arabischen Frühling begonnen. Mit dem Sturz des Diktaturregimes Ben Alis im Tunesien (Januar 2011) sowie des Mubarak-Regimes in Ägypten (Februar 2011) durch friedliche Demonstrationen von Millionen überwiegend junger Menschen auf den Straßen der Städte beider Länder und trotz der tödlichen Brutalität der Regime in Umgang mit den Demonstranten, wurden die unterdrückten arabischen Massen in anderen Ländern ermutigt, für ihr Recht auf Freiheit und Gerechtigkeit auf die Straße zu gehen und friedlich zu demonstrieren – in Libyen, Yemen, Syrien, Bahrain, Jordanien und sogar im Westjordanland und im Gazastreifen. Die Sicherheitsapparate der Regime gingen äußerst brutal gegen Demonstranten vor, insbesondere in Libyen und in Syrien. Was mit der Forderung nach Reformen begann, endete wegen dieser Brutalität der Regime mit der Forderung nach Ablösung der Regime. Wichtig ist hier, dass die Angschwelle bei diesen Menschen, ihre Rechte einzufordern, verschwunden und dass die Mauer des Schweigens durchbrochen worden ist – ein neuer Zustand, den die Regime nicht gewohnt und auch nicht gewachsen waren. Je brutaler sie mit ihren Bürgerinnen und Bürgern umgingen, desto beharrlicher wurden diese in ihrem Kampf um ihre Grundrechte.

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten, die ihr Leben lang solche Kämpfe gewohnt sind, sehen diese Bewegung in der arabischen Welt mit großer Hoffnung, insbesondere das Geschehen in Ägypten. In Ägypten und in Tunesien ging die Geschichte mittlerweile weiter, und das jeweilige Regime ging überraschend schnell zu Ende. Welche Folgen das hat, in welche Richtung sich die Nachfolge entwickelt und wie deren Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt haben wird, ist heute noch kaum abzusehen – aber eines ist sicher: die Ägypter und die Tunesier schauen trotz aller noch präsenten kritischen Schwierigkeiten und Unsicherheiten voller Hoffnung in die Zukunft. Für die anderen arabischen Völker, insbesondere das syrische Volk, die inzwischen viele Tausende von Todesopfern in ihrem Kampf gegen die brutalen Regime zahlen mussten, gibt es kein Zurück mehr und sie glauben fest daran, dass der Sturz der arabischen Regime nur eine Frage der Zeit ist.

4.5 Ist der israelische Staat nach dem Mauerbau friedensfähig?

4.5.1 Die Regierung Ehud Olmert: Ende des zionistischen Traumes?

Am 14. September 2008, bei der letzten Kabinettsitzung und drei Tage vor den Wahlen seiner Partei (Kadima), hat der scheidende israelische Premierminister Ehud Olmert dem Traum von einem Groß-Israel eine Absage erteilt und sagte, dass der Traum von Groß-Israel am Ende sei¹³⁷ und wer weiter von einem jüdischen Staat im ganzen *Mandatspalästina* träume, mache sich etwas vor. Ein Tag später hat Olmert vor dem israelischen parlamentarischen Ausschuss für Außen- und Sicherheitspolitik vor „unerträglichen Folgen“ gewarnt, sollten Israel und die Palästinenser sich nicht rasch auf ein Friedensabkommen einigen, und mahnte: „Jeder Tag, der vergeht, an dem wir keine Einigung mit den Palästinensern finden, ist ein Tag, den wir später bereuen könnten“.¹³⁸ Weiter erwähnte er die Bereitschaft Israels, das Leiden der palästinensischen Flüchtlinge infolge ihrer Vertreibung im Zuge der Staatsgründung 1948 zu *bedauern*. Jedoch bestätigte er zur gleichen Zeit ausdrücklich, dass Israel die Rückkehr der Flüchtlinge nie akzeptieren wird, zumindest nicht in den Fällen, in denen diese in ihre tatsächlichen Heimatsorte im heutigen israelischen Kernland zurückkehren wollen.

Zum ersten Mal seit 60 Jahren kamen solche Offenbarungen über das Scheitern des zionistischen Projektes in Palästina aus dem Munde einer führenden zionistischen Persönlichkeit. Dennoch hatte diese Aussage des scheidenden Premierministers Olmert, wenige Tage vor seinem Rücktritt, viel weniger positiven Charakter, wie sie zuerst geklungen hat. Denn sie kam zeitgleich mit seinem während der Wahlkampagne zum 17. Knesset

137 Vgl. n-tv Online: <http://www.n-tv.de/1023242.html>, 14.09.2008.

138 Vgl. Aljazeera Online: <http://www.aljazeera.net/NR/exeres/2252B176-50F4-4428-BECA-FEF4151B0296.htm>, 15.08.2008.

2006 propagierten *Konvergenz-Plan*, mit dem er ausdrücklich an die von seinem Vorgänger Ariel Sharon entwickelten Ideen der territorialen Trennung durch die Mauer anknüpfte. Nach Olmerts Plan sollten die Grenzen Israels konsolidiert, sprich entlang der Bezirksgrenzen der jüdischen Siedlungsblöcke im Westjordanland zusammengefasst werden. Die Palästinenser könnten dann, wenn sie das wollten, auf ihrer Seite der Sperranlagen einen Staat ausrufen. Fazit: die Sperranlage sollte, entgegen den israelischen Behauptungen, dass die Mauer eine vorübergehende Sicherheitsmaßnahme sei, die künftigen Grenzen markieren und würde somit, genauso wie die Siedlungen, zu einem permanenten Provisorium. Die *Zentralfragen* wurden durch Olmerts ideologische Narrative blockiert: die *palästinensischen Flüchtlinge* hätten auf keinen Fall in ihr Land zurückkehren dürfen. Was *Jerusalem*, die *großen Siedlungsblöcke* und nicht zuletzt die *Mauer* im Westjordanland betrifft, sollte der Status Quo weiterherrschen.

Und wie so oft in diesem Konflikt, wurden die Ideen Olmerts nie schriftlich oder mittels Karten festgelegt und als offizieller Vorschlag den palästinensischen Verhandlungspartnern oder gar dem Quartett unterbreitet. Der *mündliche* Vorschlag Olmerts wurde nicht nur von den Palästinensern grundsätzlich abgelehnt, sondern auch von der israelischen politischen Rechte, die dann auch die Wahlen unter der Leitung von Benjamin Netanyahu gewonnen hat und bekanntlich Verhandlungen mit den Arabern auf der Basis von ‚Land gegen Frieden‘ grundsätzlich ablehnte.

Statt die bisherige Linie der Verhandlungen zwischen Israel und der PLO auf der Basis von ‚Land gegen Frieden‘ einzuhalten, forderte die neue Regierung Netanyahu die Palästinenser dazu auf, bedingungslos auf der Basis von ‚Frieden gegen Frieden‘ am Verhandlungstisch zu sitzen – er bezeichnet diesen Frieden als den ökonomischen Frieden, nach dem die Palästinenser in ihren gegenwärtigen Wohnstätten (in den Bantustanen des Westjordanlands und im belagerten Gazastreifen) in Frieden leben könnten, dürften jedoch weder einen eigenen (souveränen) Staat noch eine territoriale Kontinuität und keine gemeinsamen Grenzen mit arabischen Nachbarstaaten haben. Israel war nicht gewillt, die Palästinenser in den besetzten Gebieten, sollten die Palästinenser dies überhaupt wünschen, als Teil des israelischen Staates (durch Annexion) aufzunehmen – die Bedingung Netanyahus für diese, wie er meint, schmerzhaften Zugeständnisse an die Palästinenser wäre der Verzicht der Palästinenser auf ihre historischen Rechte auf das Land und die Anerkennung Israels als ‚jüdischen Staat‘¹³⁹

Die israelische Mauer zeigte sich seit der Premierminister-Wahlkampfkampagne 2006 in Israel, als ein effektives politisches Instrument und Motor politischer Programme der verschiedenen israelischen Parteien. Die bemerkenswerteste Besonderheit dieser Wahlkampfkampagne in Israel hat sich aus einem einzigen Wort ergeben, das in ihr nicht vorkam: dem Wort „Frieden“. Wer in dieser Zeit von Frieden redete stand unter dem Verdacht, in einer Phantasiewelt zu leben oder gar ein Araber-Freund zu sein.¹⁴⁰ Die politischen Programme der verschiedenen Parteien spiegelten diese politische Stimmung im Land wider, insbesondere wenn es um die Grenzfrage ging. Interessant hier ist Ehud Olmerts Vorstellung von einer künftigen Grenze mit den palästinensischen Gebieten: Er enthüllte schrittweise, seine geplante Vorgehensweise. Die Karte seines Groß-Israels umfasste das Gesamtterritorium, das zwischen der Mauer und der Waffenstillstandslinie (der Grünen Linie) von 1949 liegt.¹⁴¹ Zusätzlich umfasste der Plan das Jordantal (Allon-Linie, Vgl. Kapitel 2), Großjerusalem, inklusive der Siedlung Maale Adumim und das Territorium zwischen diesem Camp und der Stadt, wobei einige dicht besiedelte arabische Viertel hätten aufgegeben werden müssen. Er beabsichtigte mit diesem Plan definitiv, mehr als fünfzig Prozent der Fläche des Westjordanlands zu annektieren. Aber er achtete darauf, nicht wirklich eine Karte zu zeichnen, so dass über die Grenzen der Siedlungsblöcke keine Gewissheit bestand. Ehud Olmert, der die Wahlen 2006 gewann, erklärte kurz später, nach seinem Treffen mit dem US-Amerikanischen Präsidenten George W. Bush im Mai 2006, seinen Plan, dem er den nebulösen Begriff „Konvergenz-Plan“ gab, dass sein Rezept darin besteht, dass Israel einige Monate lang versuchen wollte, mit dem Palästinenserpräsidenten Abbas ins Gespräch zu kommen, und im Fall eines Scheiterns die künftigen Grenzen¹⁴² dann selbst zu definieren und den Palästinensern wie auch dem Rest der Welt dies als vollendete Tatsache zu verkaufen. Ein einzigartiger Fall in der internationalen Politik: seit 40 Jahren hielt Israel diese Gebiete besetzt und hat immer dazwischen geschwankt, sie ganz zu annektieren oder aber als Faustpfand für einen Frieden einzutauschen.

Das Territorium mit den großen Siedlungsblöcken, immerhin zehn Prozent der Fläche des Westjordanlands,

139 Mehr dazu im Abschnitt 4.5.2.

140 Uri Avnery, aus einem Essay vom 24.03.2006 in www.uri-avnery.de.

141 In den Mauerkarten bezeichnet man diese Zone westlich der Mauer als „die Gelbe Zone“. Sie macht ca. 10% der Gesamtfläche der West Bank aus.

142 Das Wortspiel ist hier enorm wichtig: Olmert spricht von ‚Grenzen‘ und nicht von ‚einer Grenze‘.

sollte neben dem Jordantal und Großjerusalem für immer dem israelischen Staat zugerechnet werden und war nach dem Wunsch der israelischen Strategen im Rahmen einer Endlösung nicht verhandelbar. Da diese Siedlungsblöcke durch die Mauer eingenommen wurden und zusammengefasst waren, bildete diese in der Tat eine Art künftige unilaterale Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland. Aber über welche Mauer war hier die Rede? Der Prozess des Mauerbaus war sowohl planerisch als auch ausführungstechnisch noch lange nicht beendet. Ähnlich wie die israelischen Siedlungen seit 1967 verlief der Mauerbau wie eine Reflexhandlung („reflex action“¹⁴³). Pläne wurden ständig geändert und immer mehr arabisches Land wurde für den Bau der Mauer beschlagnahmt.

Olmerts obigem Geständnis über die Fehler der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern hätten Taten folgen müssen. Mit einem israelischen Bedauern über das Geschehene war das Unrecht nicht ungeschehen zu machen. Der erste Schritt in die richtige Richtung wäre die bedingungslose Beendigung der Besetzung und die Rückgabe aller besetzten arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalem und dem Jordantal als einziges Grenzgebiet des Westjordanlands mit einem arabischen Staat. Dieses Szenarium, das übrigens vom Nahost-Quartett im Zuge der Zwei-Staaten-Lösung mit vielleicht wenigen kosmetischen Korrekturen gewünscht wurde, hätte bedeutet, dass die Waffenstillstandslinie von 1949 als offizielle Staatsgrenze anerkannt werden würde. Die ‚Grüne Linie‘ stellte entgegen dem Glauben der Mehrheit der Weltöffentlichkeit (bedingt durch die Medien, die sie meistens als die ‚Grenze von 1967‘ bezeichnen) nie eine Staatsgrenze dar. Abgesehen davon, dass Israel im Rahmen seines expansionistischen Konzepts damals wie heute einer völkerrechtlich verbindenden Grenze nie zustimmte, ist der UNO-Teilungsplan von 1947 das einzige Dokument, das völkerrechtlich korrekte Staatsgrenzen für Palästina und Israel beinhaltet. Die Tatsache, dass die Araber diesen Teilungsplan seinerzeit nicht akzeptierten, ändert nichts an den legitimen nationalen Rechten der Palästinenser. Streng genommen ist er bis heute auch die einzige legitime Verhandlungsbasis der Konfliktparteien. Daher lehnt Israel eine direkte und effektive Teilnahme der UNO an den Friedensverhandlungen ab und setzt alles daran, mit Hilfe der USA und einiger arabischer Regime die schwachen Palästinenser im Alleingang an den Verhandlungstisch zu zerren.

4.5.2 Die Netanyahu-Lieberman-Regierung

Israels neue revisionistischen Zionisten: Ende von „Land gegen Frieden“

Keine israelische Partei verkörpert die Ablehnung des Prinzips einer Übereinstimmung so sehr wie die Likud, deren Reihen der ehemalige, von vielen Beobachtern als „Politbulldozer“ bezeichnete Ariel Sharon jahrzehntelang angehörte, wobei er deren rassistisch-ideologischen Ideale verteidigte. Man kann es sich kaum vorstellen, aber eine andere Partei der israelischen *Ultrarechten* – *Yisrael Beiteinu* (dt.: Israel unser Haus) – hatte es geschafft, sich weit außen rechts von der ohnehin radikalen Likud machtpolitisch salonfähig zu machen und bei den Wahlen im Januar 2009 mit 15 Knesset-Sitzen nach Kadima (28 Sitze) und Likud (27 Sitze) die drittstärkste politische Partei in Israel zu werden und die historische Arbeiterpartei (13 Sitze) beinahe in ein politisches Abseits zu stellen.

Das Ergebnis dieser Wahl zeigte so deutlich wie nie zuvor einen sehr starken politischen Rechtsruck in der israelischen Gesellschaft, der den Staatspräsident *Shimon Peres* (Kadima) veranlasste, *Benjamin Netanyahu* (Likud) und nicht *Zipora* („Tzipi“) *Levni* (Kadima) mit der Bildung einer Regierung zu beauftragen, obwohl Kadima in diesen Wahlen die stärkste Partei war. Dass *Netanyahu* eine Koalition mit der gleichgesinnten *Yisrael Beiteinu-Partei* wünschte, war bekannt, denn ähnlich wie der ehemalige Kriegsminister *Moshe Dayan* (Labour) macht die Likud auch in der heutigen israelischen Regierung weiterhin keinen Hehl daraus, dass sie einen Palästinenserstaat grundsätzlich ablehnt. Sie gingen aber noch weiter und sahen in den arabischen Staatsbürgern in Israel selbst eine große demographische und natürlich kulturelle Gefahr und verlangten nach rassistischen Gesetzen, die dieser Gefahr entgegenwirken sollten. In ihren Kreisen gab es sogar eine einflussreiche Gruppe von Politikern, die die Deportation der israelischen Araber in die benachbarten arabischen Länder – auch in die Kantone der West Bank – forderte.

Die Likud, obwohl in den Augen vieler Beobachter eine rassistisch-ideologische Partei, erscheint als eine relativ gemäßigte Partei, wenn man sie mit der ultrarechten *Yisrael Beiteinu-Partei* vergleicht. Ihr Gründer und heutiger Führer *Avigdor Lieberman*, ein im Jahre 1978 nach Israel emigrierter russischer Jude und heutiger

143 Oren Yiftachel in: *A Civilian Occupation ... a.a.O.*, S.33.

Außenminister Israels unter PM Netanyahu, gilt wegen seiner rassistischen Bemerkungen gegen Araber bzw. wegen einiger diskriminierender Gesetzesentwürfe in den diplomatischen Kreisen und in den Medien zugleich als ein Neofaschist. Die Absicht Netanyahus, eine Regierungskoalition mit einer ultrarechten Partei einzugehen, deren Chef als ein ‚dröhnender Rassist‘ und ein vorbestrafter Mann mit dubiosen Finanzgeschäften in seiner Zeit als Verkehrsminister bzw. als *Minister für strategische Angelegenheiten* unter Ariel Sharon (2004-2007) bekannt ist, verwirrte selbst die Freunde Israels in den USA und in Europa, vor allem da Lieberman das Büro des israelischen Außenministeriums bekommen sollte.¹⁴⁴

Der ehemalige französische Staatspräsident und bekennender Freund Israels Nicolas Sarkozy riet Netanyahu davon ab, ausgerechnet den von vielen als Rassisten gesehenen und alles andere als diplomatischen Lieberman zum Chef der israelischen Diplomatie zu erklären. Aber die erwiesene Stärke der *Yisrael Beiteinu*-Partei und vor allem die politische Agenda der Likud bzw. die Ambitionen Netanyahus haben sich gegen eine Koalition der Kontrahenten Likud und Kadima durchgesetzt. *Yisrael Beiteinu* bekam in der neuen Regierung fünf Ministerposten und Lieberman wurde, wie befürchtet, Außenminister. Bereits im Jahre 2006 sorgte Lieberman für großes Aufsehen als der israelische Premierminister Olmert ihn zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannte. Uri Avnery beschreibt in einer Kolumne zu diesem Anlass jene politischen Umstände in Israel, die einen Opportunisten und alles andere als liebenswürdigen Avigdor Lieberman weit in die vorderste Reihe der Macht rückte:

„Der Krieg [gegen die Hisbollah im Juni 2006, in dem Israel militärisch und strategisch fatal versagte] hat die Öffentlichkeit mit einem schweren, sorgenvollen Gefühl zurückgelassen, zu dem sich noch die Abscheu gesellt, die durch politische Betrügereien und Korruptionsaffären ausgelöst wurde. Unsere Demokratie erscheint jetzt völlig verkommen, korrupt und inkompetent. Ein hebräischer Vers drückt es wie folgt aus: „Das Loch in der Mauer lockt den Dieb herbei. Die gegenwärtige Situation ist eine Einladung für faschistische Kräfte. Und nun tritt Lieberman auf die Bühne“.¹⁴⁵

Das Dilemma des Staates Israel in dieser politischen Konstellation mit der Teilnahme *faschistischer Kräfte* (hier ist Herr Lieberman gemeint) scheint, so Avnery, *dreierlei* sein zu wollen: (a) ein jüdischer Staat; (b) ein demokratischer Staat; und (c) dies im Raum zwischen Mittelmeer und Jordan.

Aber es ist eine Maxime, dass nur je zwei dieser Wünsche (oder Szenarien) erfüllt werden können:

- Szenarium 1 (*Binationalität*), sprich der Staat könnte vom Mittelmeer bis zum Jordan reichen und ein demokratischer Staat sein – aber dann könnte er nicht mehr ein jüdischer sein; oder
- Szenarium 2 (*Apartheid*), sprich er könnte das ganze Gebiet umfassen und jüdisch sein, dann aber wäre er nicht mehr demokratisch; oder
- Szenarium 3 (*Zwei-Staaten-Lösung*), sprich er könnte jüdisch und demokratisch sein, aber dann nicht vom Mittelmeer bis zum Jordan reichen.

Avnery, genauso wie die große Mehrheit der israelischen Linken, dachten gar nicht daran, dass die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems auf israelischem Boden, sprich auf dem Heimatboden der Flüchtlinge selbst, stattfinden sollte und konnte. Er ist wirklich eine herausragende Persönlichkeit auf dem äußerst kleinen israelischen Friedensaktivistenlager und vielleicht der größte Verteidiger der Zwei-Staaten-Lösung. Jedoch sprach auch er von einem ‚jüdischen‘ demokratischen Staat. Über das Schicksal der arabischen Israelis in einer ‚jüdischen‘ Demokratie, immerhin 20% der Bevölkerung, hatte er bis zu diesem Zeitpunkt keine wirklich klare Aussage getroffen. Dabei lag die Antwort auf der Hand: man musste entweder den arabischen Israelis ihre volle bürgerliche Rechte geben, dann wäre Israel kein ‚jüdischer, sondern höchstens ein hebräischer demokratischer Staat, oder es erwartete diese Menschen das Schicksal ihrer Landsleute im Jahre 1948, nämlich der von Lieberman und dem israelischen rechten Lager gewünschte Transfer in den palästinensischen Ministaat im Westjordanland und im Gazastreifen.

Man sieht hier deutlich, dass selbst eine *Zwei-Staaten-Lösung*, die vom Friedenslager proklamiert wurde, keine einfache bzw. keine gerechte Sache sein könnte. Denn sie ignorierte in ihrer bisher präsentierten Form das Flüchtlingsproblem, die wichtigste Tragsäule der Palästinafrage. Scheinbar wurden hier die Begriffe ‚Staat‘

144 Siehe z.B. Christof Schult: ‚Der pragmatische Rowdy‘, in: Der Spiegel 13/2009, 23.03.2009, S.100-101. Über die Vorbestrafung bzw. Korruption von Lieberman, Vgl. Neve Gordon: Avigdor Lieberman, Israel's shame, The Guardian, 25.03.2009, online: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/mar/25/avigdor-lieberman-binyamin-netanyahu-israel>.

145 Avnery, Uri: Lovable Man, 3.11.2006, online unter www.uri-avnery.de, siehe auch unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/liberman.html>.

und ‚Heimat‘ verwechselt. Den Palästinensern ging es nicht um irgend ein Stück Land, in dem sie ihren Staat aufbauen wollten (so wie die Juden vor Gründung Israels), sondern um die Rückkehr in ihr jahrtausendlang angestammtes Heimatland, das sie nicht freiwillig verließen, sondern aus dem sie mehrheitlich im Zuge der Geschehnisse während und unmittelbar nach dem Krieg von 1948 mit Terror und Gewalt vertrieben wurden.

Die Zusammensetzung der heutigen israelischen Regierung unter Einschluss eines politisch noch gewichtigeren Lieberman, hat natürlich bis heute seine vernichtende Wirkung auf den so genannten Friedensprozess. Dieser frühere Prozess ergebnisloser Marathongespräche zwischen der PLO und den anderen israelischen Regierungen kam nunmehr vollständig zum Stillstand. Ein kurzer Blick auf die Programmatik dieser Koalition reicht um sofort zu erkennen, dass man gemeinsam mit dieser Regierung offensichtlich keinen vernünftigen Weg für einen tragbaren Frieden erschließen kann. Und nichts zeigt diese Programmatik bzw. die Vorstellung dieser Regierung von *Frieden* mehr, wie die Rede Benyamin Netanyahus vom 14. Mai 2009 an der Bar Ilan Universität bei Tel Aviv, in der die obige dreiteilige Wunsch-Selbstbeschreibung zwischen den Zeilen laut wird.¹⁴⁶ In dieser Rede hielt *Netanyahu* folgende Punkte fest:

1. Die Notwendigkeit der Anerkennung Israels als „der nationale Staat des jüdischen Volkes“;
2. daraus folgend muss jede Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems außerhalb der Grenzen des israelischen Staates liegen; und schließlich
3. von einem palästinensischen Staat darf in keinem Fall und zu keiner Zeit eine Bedrohung für Israel ausgehen. Folglich muss das palästinensische Territorium eine waffenfreie Zone sein, in der die Palästinenser weder eine Armee haben, noch über Lufthoheit verfügen. Sie dürfen hinzu zu keiner Zeit – weder heute noch in Zukunft – militärische Abkommen abschließen. Die Israelis müssen die völlige militärische Kontrolle in diesem Staat behalten.

Zwischen den Zeilen dieser drei festgehaltenen Punkte bzw. der gesamten programmatischen Rede Netanyahus kann man Einiges ablesen, die deutlich machen, dass das Programm der israelischen Regierung eher eine Kriegserklärung gegen das Prinzip der friedlichen Konfliktbeilegung, als eine ausgestreckte Hand zu Frieden und Partnerschaft darstellt. Dazu folgende Bemerkungen:

1. In den 1970er Jahren war das Motto ‚Israel anerkennen‘ dominierend. Jetzt sollen die Palästinenser Israel als einen ‚jüdischen Staat‘ anerkennen. Israel (*Netanyahu*) will von den Arabern:
 - a) eine Anerkennung Israels als eine durch die internationalen Machtverhältnisse entstandene politische Tatsache;
 - b) die Resignation und den festen Glauben an die Sinnlosigkeit und Unmöglichkeit einer militärischen Lösung mit Israel; und
 - c) durch die Anerkennung Israels als einen ‚jüdischen Staat‘ erreicht Israel nach mehr als 100 Jahren eine rückwirkende Anerkennung der zionistischen Idee – eine Legitimierung des ‚zionistischen Projektes‘ durch seine Opponenten und ein Gestehen, dass das ganze ‚zionistische Projekt‘ sich von Anfang an im Recht befand, während die eigene Geschichte der reinste Irrtum war.
2. Die Ideen Netanyahus sind fundamental wichtig, denn sie sind politisch und kulturell eine Verleumdung der palästinensischen Rechte auf Palästina. Bei seiner Rede geht es eigentlich gar nicht darum, den israelischen Staat als einen ‚jüdischen Staat‘ anzuerkennen. Vielmehr geht es um die Bestätigung Israels als einen ‚zionistischen Staat‘ im tiefsten Sinne des Begriffs. Nicht das Judentum ist das Zentrum der Ideologie Israels, sondern der Zionismus. Netanyahu weiß sehr genau, dass die absolute Mehrheit der Araber diese Bedingungen grundsätzlich ablehnen, denn er leugnet selbst die so genannten gemäßigten Araber und ihre politischen Rechte. Er versucht, wie immer, Zeit zu gewinnen und international den Eindruck zu erwecken, dass die Araber diejenigen seien, die keinen Frieden mit Israel haben wollen. Die unterstützenden Medien tragen entschieden dazu bei, die Ideen der Netanyahu-Lager zu verbreiten und salonfähig zu machen.
3. Netanyahus Vorstellungen von einem Palästinenserstaat sind auch nicht akzeptabel, da diese dem geforderten Palästinenserstaat die wichtigste Sache nicht geben können: seine Staatlichkeit. Sein Gerede über den Staat resultiert in der ewigen altjungen Idee bzw. des Traums der Likud (Menachem Begin, 1978) von der Selbstverwaltung der Palästinenser von Israels Gnaden – ein palästinensisches Territorium ohne Souveränität

¹⁴⁶ Kompletter Text von Netanyahus Rede (Englisch) ist auf der Online-Seite des israelischen Außenministeriums (MFA), unter: http://www.mfa.gov.il/MFA/Government/Speeches+by+Israeli+leaders/2009/Address_PM_Netanyahu_BarIlan_University_14-Jun-2009.htm.

und ein palästinensisches Volk aus Bettlern und Konsumenten der israelischen Wirtschaft. Netanyahu hat seine politischen Ideen wenige Wochen vor seiner oben genannten Rede als den ‚ökonomischen Frieden mit den Palästinensern‘ bezeichnet;

4. Flüchtlingsproblem: davon abgesehen, dass Israel das international garantierte Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge einfach ignoriert und dass Netanyahu jegliche Verpflichtung Israels den Flüchtlingen gegenüber zurückweist, hat er in seiner Rede keine Aussage darüber getroffen, was mit der arabischen Minderheit in Israel – die inzwischen mehr als 20% der Bevölkerung Israels ausmacht – geschehen soll, wenn Israel, wie er sagt, ein ‚Nationaler Staat der Juden‘ sein soll. Die Araber in Israel sind keine Juden.

Verhandlungen versus Frieden

Die israelische Rechtsanwältin und Menschenrechtsaktivistin *Shulamit Aloni* ahnte wenige Tage vor Netanyahus Rede, dass mit dieser Regierung die Demokratie in Israel nur ‚im formalen Sinne‘, sprich mit Parteien, Wahlen etc., existieren würde, jedoch mit einer allmächtigen Armee, die die Politik Israels faktisch bestimmt. Diese Art ‚Demokratie‘ wird keineswegs ein Staat aller seiner Bürger sein. Sie schrieb dazu:¹⁴⁷

„And so there is a Jewish state and no ‘equality of rights’. Therefore some observers emphasize that the Jewish state is not ‘a state of all its citizens’. Is there really a democracy that is not a state of its citizens? After all, Jews living today in democratic countries enjoy the full rights of citizenship”.

Aloni spricht in einem anderen Artikel (dieses Mal kurz nach Netanyahus Rede) davon, dass Israel nach diesen Wahlen von jüdischem „religiösem Fanatismus“ regiert würde und dass *Netanyahu* und Lieberman gerade alles vernichten, was sie (die Juden) aufgebaut, wovon sie geträumt und wofür sie gekämpft hätten.¹⁴⁸

Am 11.03.2010 veröffentlichte die israelische Zeitschrift *Haaretz* einen Artikel, in dem offenbart wurde, dass die israelische Netanyahu-Regierung den Bau von 50.000 neuen jüdischen Wohneinheiten im arabischen Ostjerusalem beabsichtigte. Allein die ultra-orthodoxe Ostjerusalem Siedlung *Ramat Shlomo* soll um weitere 1600 Appartements erweitert werden. Laut Artikel sollen sich die israelischen Konstruktionspläne für Jerusalem in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten auf den östlichen Teil der Stadt konzentrieren. Die Pläne von etwa 20.000 dieser Wohneinheiten sollen sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium der Baugenehmigung und der Realisierung befinden, während die Pläne für die restlichen 30.000 Wohneinheiten noch den Planungsbehörden vorgelegt werden müssen.¹⁴⁹

Das Siedlungsvorhaben spiegelt präzise die Absichten der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten bzw. ihre expressive Gleichgültigkeit dem Friedensprozess mit den Arabern gegenüber wider. Diese ultrarechte Regierung hält sich also nicht nur an das oben genannte Memorandum bezüglich der besetzten arabischen Gebiete, insbesondere Jerusalem, sondern sie macht in dieser Hinsicht der ignoranten zionistischen Schule der Revisionisten alle Ehre und lehnt die Verhandlungen mit den Palästinensern auf der Basis einer Zwei-Staaten-Lösung zur Beilegung des Konfliktes grundsätzlich ab. *Netanyahu* spricht im besten Fall von einem wirtschaftlichen Frieden nach alten zionistischen Mustern, in dem die Palästinenser in ihren kantonisierten Städten und Dörfern im Schatten einer israelischen absoluten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Dominanz leben *dürfen* und israelische Ware konsumieren müssen, ohne Selbstbestimmung, ohne eigene Grenzen (außer mit den israelischen Siedlungen natürlich), ohne Armee und sogar ohne eigene Wirtschaft – *Netanyahu* bezeichnet sein Angebot als einen ‚wirtschaftlichen Frieden‘.

Erwartungsgemäß kam der Friedensprozess mit der neuen israelischen Regierung zu einem seit 1991 beispiellosen Tiefstand. Netanyahus fahrlässiges Verhalten brachte die Nahostpolitik zu einem Stillstand, die der amerikanischen Obama-Regierung alles andere als gelegen kam. Obama brauchte einen Erfolg in der Palästina-Frage, das Schlüsselproblem in der arabischen und islamischen Welt, um darauf in seinem Kampf gegen die Al-Qaida in Afghanistan aufbauen zu können bzw. um in das inzwischen unerträglich gewordene irakische Chaos Ordnung zu bringen. Außerdem würde sein Interesse für den Nahen Osten ihm innenpolitisch kostbare jüdische Stimmen und Unterstützung bei den bevorstehenden Wahlen bringen. Er versuchte, Druck auf die israelische Regierung auszuüben und verlangte, dass diese wenigstens den Siedlungsbau im Westjordanland für die Dauer

147 Aloni, Shulamit: ‘Sadly, Israel is no longer democratic’, *Haaretz*, 01.05.2009.

148 Aloni, Shulamit: ‘Israel is controlled by religious fanaticism’, *Haaretz*, 04.06.2009.

149 Hasson, Nir: ‘Israel Planning 50,000 housing units in East Jerusalem’, *Haaretz*, 11.03.2010, online: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1155639.html>.

eines Jahres einfriert, damit die Araber wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Netanyahu, der in den USA eine beachtliche Unterstützung des konservativen Lagers bzw. der mächtigen Israel-Lobby um AIPAC (American Israel Public Affairs) genießt und der für seine exzellenten populistischen politischen Manöver bekannt ist, lehnte dies theatralisch ab. Nach monatelangem Ringen musste Obama nachgeben und akzeptierte einen 4-monatigen Baustopp (dieser endete am 25. September 2010) in den israelischen Siedlungen außer in Ostjerusalem, wenn die Palästinenser an den Verhandlungstisch – zunächst über indirekte Verhandlungen – kommen würden. Die USA übten darauf hin einen enormen Druck auf die Palästinenser bzw. die arabischen Staaten aus, damit diese den Plan akzeptieren. Schließlich haben die arabischen Staaten Präsident Abbas die politische Deckung für diese indirekten Gespräche gegeben. Nach einem Dreier-Gipfel (Obama/Netanyahu/Abbas) in Washington (September 2010) kam es zu einem regen Marathon indirekter Verhandlungen unter der Vermittlung des US-Amerikaners George Mitchell, der allerdings kläglich scheiterte.

Nun, stellt sich die berechtigte Frage, warum Netanyahu unbedingt auf *direkten* Gesprächen mit den Palästinensern bestand, wobei jeder weiß, dass diese Gespräche wegen der großen Kluft zwischen den einzelnen Positionen der Gegner keine Erfolgchancen hatten und Israel außerdem sein Siedlungsprojekt im Westjordanland ungestört fortsetzte?

Dazu existieren 3 Hauptgründe, ein externer und zwei innerisraelische Gründe:

1. Eine Lösung der Palästinafrage (oder in diesem Fall präziser eine Wiederaktivierung der politischen Gespräche im Sinne vom Managen des Konfliktes) diene der US-amerikanischen nationalen Sicherheit in der arabisch-islamischen Welt (Irak, Afghanistan) und würde der US-Regierung freiere Spielräume in diesen Ländern gewähren;
2. die Verhandlungen (als solche) sind im Moment äußerst wichtig für Israel, denn sie tragen dazu bei, dass Israel aus seiner weltweiten Isolation herauskommt, unter der die Israelis seit Januar 2009 und intensiver seit Juni 2010 stark leiden:
 - a) Die jüngste israelische Offensive gegen Gaza (12.2008/01.2009) und der daraus folgende Goldstone-Bericht haben die Weltöffentlichkeit empört und den Blick auf das Geschehen in den besetzten Gebieten, insbesondere in Gaza, gerichtet.
 - b) Wegen des tödlichen israelischen See-Angriffs auf die ‚Hilfsflotte‘ für den Gazastreifen in internationalen Gewässern am 31.05.2010, in dem die israelische Marine bis zu 19 Menschen (zumeist Türken) getötet hatte – eigentlich ein Akt der Piraterie – hat Israel nicht nur seinen ohnehin schlechten Ruf weiter verschlechtert, sondern vor allem auch seine Beziehungen zu seinem wichtigsten und vielleicht einzigen Alliierten in der Region, der Türkei, stark aufs Spiel gesetzt.

Israelische Politiker und Angehörige der Armee müssen inzwischen in ständiger Angst vor der Verhaftung im Ausland leben. Zum ersten Mal müssen die Israelis erfahren, dass ihre Missachtung des internationalen Rechtes nicht unbestraft bleiben könnte bzw. dass die Verantwortlichen vor Gerichten befreundeter demokratischer Staaten (Beispiel: England und Belgien) stehen können, wenn genug Beweismaterial vorhanden ist.

Eine pro forma Fortsetzung der Verhandlungen – sprich nach dem Motto ‚Verhandlungen: Ja, Frieden: Nein‘ – die aufgrund der unmöglichen israelischen Bedingungen nie zu einem Erfolg führen könnten, würde die Lage entschärfen und die internationale Wut auf die israelische Politik lindern. Außerdem haben es die israelischen Politiker in den Marathon-Verhandlungen bisher immer geschafft, mit Themen wie die ‚Sicherheit des bedrohten jüdischen Staates‘, nicht nur diese zum Scheitern zu bringen, sondern auch mit Hilfe der Medien die Opferrolle wiederzugewinnen;

3. Außerdem ist die Absicht Netanyahus offensichtlich Zeit zu gewinnen, um noch mehr vollendete Tatsachen im Raum Jerusalem, wo die Mehrheit der israelischen Siedler leben, zu schaffen – das bietet sich bestens an, während man verhandelt. Man hat es in den letzten indirekten Verhandlungen deutlich gesehen. Der israelische 4-monatige Baustopp kam zwar zustande, aber die Netanyahu-Regierung nutzte diese Verhandlungen, ganz im Sinne der israelischen Tradition bei Friedensverhandlungen, um ihre Siedlungspolitik in Ostjerusalem zu intensivieren und das Leben der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger durch Landnahme, intensive Hauszerstörungen und Beschneidung ihrer Rechte unerträglich zu machen. Zehntausende von palästinensischen Wohnhäusern stehen auf der Liste der israelischen Behörden, die zerstört werden sollen, da sie angeblich illegal (ohne Baugenehmigung) errichtet worden seien.

Netanyahu fing dazu an, neue Bedingungen an die Palästinenser zu stellen: er hat sie dazu aufgefordert, direkte und *bedingungslose* Gespräche mit der israelischen Regierung zu beginnen, um über alle offenen Fragen zu diskutieren. Dabei ging der Siedlungsbau bzw. die diskriminierende Politik gegenüber den Palästinensern in Ostjerusalem weiter. Die Palästinenser lehnten zunächst Netanyahus Forderung ab und stellten 4 Bedingungen, um an den direkten Verhandlungstisch zurückzukehren, nämlich¹⁵⁰

1. dass diese Verhandlungen einen zeitlichen Rahmen haben sollen, sprich die Palästinenser wären nicht bereit, noch einmal ewig zu verhandeln, wie in Oslo (Zeitrahmen);
2. dass die Grundlage der Verhandlungen über die Grenzen des künftigen Palästinenserstaates die Grenze des 04. Juni 1967, der grünen Linie, sein muss (territorialer Rahmen);
3. dass Ostjerusalem die Hauptstadt des künftigen Palästinenserstaates sein muss (Jerusalem); und
4. dass eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblem auf der Basis der UNO-Resolution, insbesondere Res. Nr. 194 von 1948, gefunden werden muss.

Die Palästinenser sehen diese Punkte nicht als Bedingungen, sondern als berechtigte Forderungen an Israel, sich an den Bestimmungen aller bisher unterzeichneten Abkommen mit der PLO, von Oslo bis zur Road Map zu halten. Die Palästinenser wollen einfach nicht ohne eine schriftliche Referenz zu den Verhandlungen gehen. Eine solche war die Erklärung des Quartetts vom 19. März 2009, die dazu aufforderte,

1. einen Palästinenserstaat in den Grenzen von 1967 binnen 2 Jahren zu gründen;
2. dass Israel seine Siedlungsaktivitäten im Westjordanland komplett einfriert; sowie
3. dass Israel die Zerstörung von palästinensischen Häusern in Jerusalem vermeiden soll.

George Mitchel überbrachte dieses Angebot der Palästinenser am 13. August 2010 der israelischen Regierung, die das Angebot vehement ablehnte. Netanyahu wollte die Palästinenser bedingungslos an den Verhandlungstisch ziehen und eine enorme US-amerikanische und europäische diplomatische Druckmaschinerie fing an, die schwache und von den Geberländern finanziell komplett abhängige PA unter Druck zu setzen, um bedingungslos an den Verhandlungstisch zu gehen.¹⁵¹ Die PA bestand aber auf ein schriftliches Dokument des Quartetts (Erklärung), das ihnen versichert, dass ihre Bedingungen in den Verhandlungen berücksichtigt werden. Diesen Brief hat sie am 20. August 2010 bekommen. Am gleichen Tag nahm die PA die Einladung der US-Regierung zu direkten Gesprächen mit den Israelis am 02. September 2010 an, an denen auch Ägypten und Jordanien teilnehmen sollten.

Die arabischen Staaten akzeptierten die Erklärung des Quartetts, obwohl diese (a) kein Wort über die Grenzen von 1967 beinhaltete und (b) Israel dazu aufforderte, keine provokativen Aktivitäten zu unternehmen, statt offen über den Baustopp in den israelischen Siedlungen zu sprechen. Die Erklärung setzte außerdem fest, dass (c) die Verhandlungsparteien zu einer Übereinstimmung binnen 12 Monaten kommen sollen. Es bildete sich bald eine breite palästinensische Front gegen die direkten Gespräche mit Israel. Beinahe alle palästinensische Gruppierungen, einschließlich wichtiger Persönlichkeiten der Fatah, lehnten die Rahmenbedingungen dieser Gespräche ab. Abgesehen von der Spaltung (Fatah-Hamas) auf dem eigenen politischen Lager, verkörpert die Erklärung des Quartetts einen deutlichen Rückgang zu dessen Erklärung vom März 2009 bzw. eine große Beschneidung der palästinensischen Rechte und eine stillschweigende Akzeptanz der illegalen israelischen Siedlungen. Hinzu kam, dass die Gespräche im September 2010 keinen realistischen zeitlichen Rahmen hatten, insbesondere da man, wie so oft in der Geschichte der Osloer Gespräche, zu den Verhandlungen ging und nicht genau wußte, worüber man verhandeln sollte.

Es herrscht insgesamt ein großes Misstrauen gegenüber der israelischen Politik. Bei der jetzigen Netanyahu-Regierung ist dieses Misstrauen auch berechtigt. Nur zwei Tage nach der Erklärung des Quartetts bzw. der PA-Gesprächszusage erklärte PM Netanyahu (der seit Monaten nach *bedingungslosen* Gesprächen mit den paläs-

¹⁵⁰ Folgende Angaben, wenn nicht anders angegeben, aus Aljazeera.net, Meldungen, 13.-31. August 2010.

¹⁵¹ Die Regierung Salam Fayyads hatte in den Monaten April bis Juli 2010 kein Geld von Seiten der EU bekommen. Experten sahen dies als ein Druckmittel der Geberländer, damit die PA an den von Netanyahu gewünschten „bedingungslosen Verhandlungen“ teilnimmt, Aljazeera, 24. August 2010.

tinensischen Vertretern verlangte) in einer Regierungssitzung am 22.08.2010, dass Israel an drei *Grundsätzen* festhält, um ein Friedensabkommen mit den Palästinensern abzuschließen:

1. Die Sicherheit Israels (entmilitarisierte palästinensische Gebiete, keine Abkommen mit Drittstaaten ohne Einverständnis Israels);
2. eine palästinensische Anerkennung Israels als ‚Jüdischer Staat‘ (Transfer der palästinensisch-israelischen Staatsbürger); und
3. dass das Abkommen das Ende des Konflikts darstellt (keine Ansprüche für die palästinensischen Flüchtlinge).

Zur Beruhigung der anwesenden radikalen Koalitionspartner fügte er hinzu,

4. dass die Bauaktivitäten in den israelischen Siedlungen nach Ende der angekündigten 4-monatigen Frist (am 26. September 2010) fortgeführt werden, wobei er dabei gänzlich ignorierte, dass er in dieser Zeit mitten in den Verhandlungen mit den Palästinensern stehen würde.

Einen Tag später stellte Netanyahu eine weitere Bedingung an die Palästinenser, nämlich,

5. dass die Palästinenser es unterlassen sollten, israelische Politiker und Militärs vor internationalen Gerichten zu verfolgen, insbesondere nach dem Goldstone-Bericht über den israelischen Krieg gegen Gaza bzw. nach dem blutigen Angriff der israelischen Marine gegen internationale Friedensaktivisten (Hilfsflotte) in internationalen Gewässern am 31. Mai 2010 und den damit verbundenen Vorwürfen des Kriegsverbrechen, des Verbrechens gegen die Menschlichkeit und der *staatlichen* Piraterie (siehe oben).

Netanyahus Bedingungen standen deutlich in Widerspruch zu dem von Israel und dem Quartett seit Monaten propagierten Prinzip der *bedingungslosen* direkten Verhandlungen. Diese Ohrfeige an die Verhandlungen, unmittelbar bevor diese überhaupt begonnen hatten, wunderte in Wahrheit keinen Kenner, denn Netanyahu hat mit seinem Verhalten das Rad der israelischen Verhandlungspolitik nicht neu erfunden. Er hatte die Palästinenser, die Araber und übrigens alle anderen Beteiligten da, wo er sie haben wollte, nämlich in einem Leerlauf von Marathongesprächen, womit diesen damit das Minimum an Glaubwürdigkeit fehlte.

Mit dem Begriff ‚bedingungslose Verhandlungen‘ meinte Netanyahu, der selber ein eingefleischter zionistischer Revisionist ist, offensichtlich, dass nur die Palästinenser bedingungslos verhandeln müssen. Israel darf hingegen Bedingungen stellen. Er wusste, dass er in der Lage war, den arabischen Regimen in ihrem derzeitigen umfassenden Tiefstand seine ‚Bedingungen‘ aus der Stärke heraus diktieren zu können, eben weil keine arabische Gegenstrategie existierte. Er will den Konflikt nach seinen Bedingungen beenden. Und die wichtigste dieser Bedingungen war, dass die Araber uneingeschränkt seine Bedingungen akzeptieren sollten.

Fasst man Netanyahus bis heute stehenden ‚Bedingungen‘ (oder Grundsätze, wie er sie nennt) an die Araber zusammen, so hat man streng genommen ein klassisches Rezept für eine ‚Apartheid-Strategie‘ (Graphik 4-2). Sollten die palästinensischen Unterhändler die Bedingungen akzeptieren, so würde das weitreichende Konsequenzen haben, nicht nur was die historischen Rechte der Palästinenser betrifft, sondern auch für die umgebenden Gastländer, die Millionen von Flüchtlingen aufnehmen. Denn im Schatten einer auf Entrechtung und Segregation basierenden Strategie kann man unmöglich von einer nachhaltigen Lösung sprechen.

Das Ende der historischen Ansprüche, so wie sich die israelischen Politiker das wünschen, bedeutet noch lange nicht das Ende des Konflikts. Ganz im Gegenteil, der Wirkungskreis des Konflikts würde sich im Falle einer Zwangseinbürgerung der palästinensischen Flüchtlinge in den arabischen Gastländern auf die benachbarten Völker ausweiten, denn diese würden einen solchen Schritt nie akzeptieren, nicht nur weil er ein großes Maß an Ungerechtigkeit in sich trägt, sondern weil sie diesen Schritt als einen Angriff auf ihr Selbstbestimmungsrecht bzw. auf die Souveränität ihrer Länder sehen würden. Eine solche Lösung könnte zunächst forciert werden, aber es wäre eine Frage der Zeit, bis die Lage wieder eskaliert.

So klar und deutlich die in Netanyahus ‚Grundsätzen‘ benutzten Begriffe ‚Sicherheit‘ und ‚jüdischer Staat‘ sind, bleiben sie dennoch relativ nebulös, da die israelische Regierung nie erklärt hat, was damit präzise gemeint

ist. So wie man in der Vergangenheit die zionistische Denkweise erfahren hat, würde der Begriff ‚Sicherheit Israels‘ bedeuten, dass die Grenzfrage offen bleibt bzw. dass die palästinensischen Fragmente keine eigenen Grenzen mit Jordanien (Allon-Achse bleibt in israelischer Hand) oder mit Ägypten haben dürfen; beim Begriff ‚jüdischer Staat‘ bleibt offen, ob die indigenen palästinensischen Staatsbürger Israels ihre ohnehin stark beschnittenen bürgerlichen Rechte weiterhin haben würden oder ob sie überhaupt im Land bleiben dürften (breite Teile der heutigen israelischen Regierung um Lieberman und Netanyahu selbst sprechen offen von einem Transfer der 1,5 Mio. Palästinenser in Israel als eine favorisierte Option). Bei einem historisch gelebten Erbe unzähliger Nebulositäten der israelischen Politik, die die Araber immer wieder teuer bezahlen mussten, war diese Biagsamkeit der ‚Auslegung‘ der oben genannten Begriffe, ein handfester Grund für einige pessimistische Prognosen der Verhandlungsergebnisse, die tatsächlich am 02. September 2010 in Washington begonnen hatten.



Graphik 4-2: Die drei Grundsätze Netanyahus für Friedensgespräche – ein klassisches Rezept für eine Apartheid-Strategie

In seiner Eröffnungsrede zu den Verhandlungen im Weißen Haus am 01.09.2010 war Netanyahu zwar diplomatischer als sonst, dennoch ließ er die Weltöffentlichkeit erwartungsgemäß unzweideutig wissen, dass der beabsichtigte Frieden auf der Sicherheit Israels basieren muss bzw. dass man sicher gehen müsse, dass die Gebiete, die von Israel geräumt werden müssen, nicht in die Hände radikaler Gruppen fallen, die vom Iran finanziert werden würden. Er sprach detailliert über die wirtschaftlichen Chancen, die für beide Seiten entstehen könnten. Aber er sprach kein Wort über eine politische Lösung der offenen Fragen oder über Bezugsreferenzen zur Lösung des Problems und stand im Widerspruch zu Mubarak und Abbas, die offen über die Beschlüsse und

Resolutionen der Weltgemeinschaft in Bezug auf das Palästina-Problem als die Bezugsreferenz zur Findung einer Lösung des Konfliktes sprachen. Abbas verdeutlichte in seiner Rede¹⁵² die längst fällige Behandlung der offenen Fragen des Konflikts, deren Klärung in den bisherigen Gesprächen auf Wunsch Israels immer ausgeklammert bzw. verschoben wurde und sprach sie unmissverständlich aus: Grenzen, der Status Jerusalems, die palästinensischen Flüchtlinge, Wasser und die palästinensischen politischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen, in denen sich zu dieser Zeit etwa 11.000 palästinensische Gefangene befanden. Er forderte die Israelis dazu auf, diese offenen Fragen in künftigen Verhandlungen endlich ergebnisorientiert auszudiskutieren. Außerdem sprach Abbas offen über den Stopp des Siedlungsbaus sowie über die Aufhebung der Blockade gegen Gaza, da diese keinen guten Beginn der Friedensgespräche darstellen würden. Abbas, der Architekt von Oslo und Verfechter der bedingungslosen Verhandlungen, musste viel Kritik von arabischer Seite einstecken. Kritiker mutmaßten, dass er aufgrund seiner Verhandlungstaktik aus der Schwäche heraus unglaublich viele Zugeständnisse an die israelische Seite machen musste, ohne dafür eine politische Gegenleistung zu erhalten. In der Zwischenzeit waren eine Vielzahl von Personen der arabischen Öffentlichkeit sowie auch der Fachwelt der Ansicht, dass Abbas' politischer Diskurs (insbesondere nach dem Scheitern des Arafat-Barak-Gipfeltreffens in Camp David im Jahre 2000) für die Palästinenser eine Reihe von erniedrigenden Umständen herbeigeführt hat, was Abbas' politische Integrität in Frage stellte. Die obige Rede Abbas im Weißen Haus war unter anderem an seine arabischen Kritiker adressiert, er wollte ihnen eine längst verloren geglaubte Stärke demonstrieren, auch wenn diese bei der Rhetorik bleiben sollte.

Die erste Verhandlungsrunde in Washington ging zu Ende und zeigte auf, wie weit die Erwartungen beider Parteien entfernt lagen. Die Bedingungen Netanyahus waren unüberwindbar schwierig und machten eine Übereinstimmung unmöglich, außer Abbas wäre bereit gewesen, ein Diktat-Friedensabkommens zu unterzeichnen. Und die vielen pessimistischen Experten sollten Recht behalten: am 13.09.2010, nur einen Tag vor Beginn der zweiten Verhandlungsrunde am 14.09.2010 im ägyptischen Sharm Al-Schaich, kündigte Netanyahu an, dass der jüdische Charakter des Staates Israel (als Bedingung) nicht verhandelbar sei und dass die Frist des 4-monatigen Baustopps in den israelischen West-Bank-Siedlungen nach dem 25. September 2010 nicht verlängert werden würde. Das würde der Siedlerbewegung ermöglichen, Tausende von Siedlungseinheiten im Westjordanland zu errichten, ohne dafür die nötige politische Genehmigung von Seiten des israelischen Parlaments einholen zu müssen. Diese Ankündigung kam zeitgleich mit einem Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation BtSelem, die aufgedeckt hat, dass die Aufhebung des Baustopps am 26. September den Bau von bereits genehmigten 13.000 neuen israelischen Siedlungseinheiten im gesamten Westjordanland ermöglichen würde, von denen 2.066 Einheiten in 42 Siedlungen bereits einen Bauplatz haben und sofort gebaut werden können. Die restlichen Siedlungseinheiten würden in naher Zukunft gebaut werden und bedürften nicht mehr der politischen Genehmigung des Parlaments. Der Bericht deckte außerdem auf, dass weitere 25.000 Wohneinheiten, deren Bau von der israelischen Regierung in der Vergangenheit verabschiedet wurde, sich noch im Planungsstadium befanden.¹⁵³

Man sieht an dieser Stelle, dass die USA (und Israel) aus Camp David II (2000) die entsprechenden Lehren gezogen haben und sie (sich selber) für diese Verhandlungen die für Israel wesentlich besseren Rahmenbedingungen geschaffen haben. Ein kleiner Vergleich zwischen den kläglich gescheiterten Verhandlungen in Camp David II und den Verhandlungen im September 2010 macht dieses Bild noch deutlicher:

1. Das Aufheben der psychologischen Barriere im Umgang mit den Palästinensern, da diese unter Präsident Abbas wesentlich empfänglicher für Diktatlösungen sind. In Camp David wurde Arafat buchstäblich von den israelischen und US-amerikanischen Politikern (Verhandlungspartnern) isoliert. Während der 3 Wochen des Camp David-Aufenthalts sprachen Arafat und Barak maximal 15 Minuten miteinander;
2. anders als der charismatische Arafat war Abbas 2009 mit einer arabischen politischen Tiefe und Rückendeckung von arabischen Regimen gewappnet, die beinahe ausschließlich Verhandlungen als strategische Wahl zur Konfliktbeilegung anstrebten. Sie alle akzeptierten die ‚arabische Initiative‘ des saudi-arabischen Königs Abdullah als eine zur israelischen Seite ausgestreckte gesamtarabische, sogar islamische, Hand zur Konfliktbeilegung. Diese äußerst resigniert erscheinende Haltung der Araber gegenüber einer aggressiven und friedensunwilligen Besatzungsmacht wie Israel ermutigte diese natürlich seine Politik fortzusetzen, da es sich des Erfolges seiner Politik – bei der ausgedrückten Resignation der Gegner – sicher war; und

¹⁵² Aljazeera.net, Life-Übertragung der Eröffnungsfeier zu den Friedensgesprächen im Weißen Haus am 02.09.2010, Washington, 01.09.2010.

¹⁵³ Aljazeera, 13. September 2010.

3. der Zeitfaktor, sprich anders als im Camp David war man hier nicht unter Zeitdruck. Von vornherein erklärten die Gesprächspartner und der US-Vermittler, dass die Verhandlungen über einen ausreichenden Zeitraum von 12 Monaten stattfinden sollten.

Der US-amerikanische Vermittler hatte dieses Mal seine Parteinahme zugunsten Israels offen geäußert, indem er überhaupt das Prinzip des ‚jüdischen Charakters‘ Israels nicht nur übernommen hatte, sondern auch enormen Druck auf die arabischen Länder ausübte, damit sie dieses akzeptieren. Die Amerikaner gingen noch weiter, als sie den Arabern ihre Bereitschaft andeuteten, 100.000 palästinensische Flüchtlinge in den USA aufzunehmen und sofort einzubürgern, sofern dies zu einem Ende der arabischen historischen Ansprüche im Lande Palästina führen würde. Israel sollte, laut Vorschlag, aus humanitären Gründen insgesamt 20.000 Flüchtlinge zurückkehren lassen.¹⁵⁴ Auch was die israelischen Siedlungen im Westjordanland betrifft, gingen die Amerikaner in ihren Vorschlägen von der Unberührtheit des Status Quo der Siedlungen aus, obwohl diese das internationale Recht verletzen. US-Außenministerin Hillary Clinton schlug beiden Parteien vor, dass Israel den Baustopp in den Siedlungen nach dem 25.09.2010 für weitere 3 Monate verlängern sollte, damit während dieser Zeit die zukünftigen Grenzen, auf der Basis des Status Quo, ausgehandelt werden können. Danach sollte jede Partei in ihrem Bereich weiterbauen.¹⁵⁵ Selbst dieser Vorschlag, den die Araber aufgrund der Billigung der vollendeten Tatsachen grundsätzlich ablehnten, wurde von der israelischen Regierung aus Prinzip abgelehnt. Die Arabische Liga verweigerte daraufhin die israelischen Vorbedingungen, insbesondere die Anerkennung Israels als ‚jüdischen Staat‘. Der ultraradikale israelische Außenminister Avigdor Lieberman hat darauf in seinen Äußerungen die hinter ihren Vorbedingungen an die Palästinenser stehenden befürchteten wahren Absichten der israelischen Regierung bestätigt, als er am 19. September 2010 vor der wöchentlichen Regierungssitzung erklärte, dass die Ablehnung der Anerkennung Israels als ‚jüdischer Staat‘ seitens der palästinensischen Führung und der Arabischen Liga eine Auseinandersetzung mit der Frage der Araber in Israel (die arabischen Staatsbürger Israels) im Rahmen der Verhandlungen aufzwingt.¹⁵⁶ Die israelische Regierung wollte in diesen Verhandlungen unter anderem offensichtlich eine politische Absolution seitens der Araber für einen ‚Transfer‘ der 1,5 Millionen israelischen Staatsbürger Israels palästinensischer Abstammung. Das „starke“ Israel hätte diese Menschen mit Gewalt über die Grenze (sobald diese vorhanden gewesen wäre) abschieben können, aber ohne das Ende der arabischen historischen Ansprüche auf Palästina würde dieser Umstand nur zu einer Verschärfung des Problems führen.

Am Vorabend des 25.09.2010 wartete man vergebens darauf, dass die israelische Regierung den Baustopp in den israelischen West-Bank-Siedlungen verlängerte. Die Siedler warteten die Erklärung ihrer Regierung nicht einmal ab und kündigten die Fortsetzung des Siedlungsbaus an. Der israelische Premierminister Netanyahu ordnete seinen Regierungsmitgliedern an, keine Kommentare über den Siedlungsbau zu geben und Stillschweigen zu halten. Der Entschluss der Nichtverlängerung der Baustopp-Frist nach dem 25. September wurde trotz vorheriger internationaler Forderung (und nachfolgender Desillusionierung) stillschweigend getroffen. Und Israel forderte dennoch die Palästinenser dazu auf, die Gespräche trotz Siedlungsbaus fortzusetzen.

Die israelische Ignoranz gegenüber den Hoffnungen und Erwartungen aus den Verhandlungen fasste der israelische Außenminister Lieberman in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung am 28.09.2010 zusammen. Er forderte vor staunenden Vertretern der Weltgemeinschaft offen den Verzicht auf das Prinzip ‚Land gegen Frieden‘ zur Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts. Stattdessen solle die Endstatuslösung auf der Basis des ‚Landtauschs‘ besiedelter Gebiete auf beiden Seiten erfolgen. Er sprach hier nicht vom Transfer der arabischen Staatsbürger Israels in die palästinensischen Gebiete, sondern von einer Bewegung der Grenze, so dass sie die demographischen Tatsachen besser reflektiert. Da er meinte, dass die Konfliktparteien nie zu einer Übereinkunft kommen würden, schlug Lieberman vor, dass diese (realistischerweise) ein langfristiges Übergangsabkommen (für die Dauer von mehreren Jahrzehnten) unterzeichnen sollen und dass die Weltgemeinschaft statt sich mit dem ausweglosen arabisch-israelischen Konflikt zu befassen, sich mit dem Problem ‚Iran‘ intensiver beschäftigen solle. Diese von der ‚politischen Realität‘ isolierten Äußerungen waren für viele in der Vollversammlung beleidigend und arrogant, insbesondere für die palästinensischen Vertreter, die aus Protest gegen Liebermanns Rede den Saal verließen. Diese skandalöse Rede Liebermanns wurde noch durch die Stellungnahme des Büros des israelischen Premierministers weiter verkompliziert, der sich von den Äußerungen seines Außenministers

154 Angaben nach einem Vortrag des ehemaligen israelischen Premierminister Ehud Olmert in Tel Aviv, Aljazeera.net, 20.09.2010.

155 Aljazeera.net, 17.09. 2010.

156 Ebenda, 19.09. 2010.

distanziert hat: die Aussage von Herrn Lieberman vertrete nicht die Position der israelischen Regierung. Diese Äußerungen wurden vorher nicht mit Netanyahu abgestimmt, der Person die die politischen Gespräche Israels leitet.¹⁵⁷ Netanyahu wollte weiterhin mit den Palästinensern verhandeln. Der offensichtliche Spott, den die Regierung Netanyahu gegenüber der Weltmeinung zeigte, braucht hier nicht besonders erwähnt zu werden: wenn nicht der Chef der Diplomatie eines Landes in einer Rede vor der UNO-Vollversammlung die Position seiner Regierung vertreten soll, wer sonst?

Die Überraschung kam nur einen Tag später, am 29.09.2010, als die israelische Abendzeitung *Maariw* von einem neuen ‚Letters of Assurance‘ von Präsident Obama an den israelischen Premierminister Netanyahu, in dem die US-Regierung – ähnlich wie die oben geschilderten ‚Bush Garantien‘ an Ariel Sharon im Jahre 2004 – der israelischen Regierung eine Reihe von äußerst wertvollen Garantien geben würde, wenn diese den am 25.09.2010 aufgekündigten Baustopp in den israelischen West-Bank-Siedlungen für weitere *zwei Monate* verlängern würde. Die US-Regierungssprecher haben die Existenz dieser Erklärung nicht geleugnet, lehnten es jedoch ab, über den Inhalt zu sprechen. *Maariw* und Aljazeera sprachen von schwerwiegenden ‚Obama-Garantien‘, die Israel nie vorher gewesene Vorteile in ihrem Konflikt mit den Arabern bringen würden. Die wichtigsten dieser Garantien waren:

1. Die USA verpflichten sich, Israel mit hoch entwickelten Waffen zu versorgen, so dass die militärische Überlegenheit Israels in der Region garantiert wird;
2. Die USA versprechen, jeden politischen Druck auf die arabischen Regime auszuüben, damit diese die Palästinafrage nicht an den UNO-Sicherheitsrat bringen, um dort die Gründung eines Palästinenserstaates gemäß den UNO-Resolutionen einseitig durchzusetzen;
3. Die USA versprechen zu verhindern, dass das Problem der israelischen Siedlungen im Westjordanland getrennt von den direkten Gesprächen diskutiert wird, so dass ihr Schicksal nur im Rahmen der Endlösung entschieden wird (Israel will damit eine Rückkehr zu der Grenze von 1967 vermeiden und nutzt die Siedlungen (und die Mauer) als vollendete Tatsachen, die den Grenzverlauf bestimmen sollen; sowie
4. Das Versprechen, dass die USA danach keinen politischen Druck mehr auf Israel ausüben wird, z. B. zu einem weiteren späteren Baustopp in der West Bank.¹⁵⁸

Die US-Regierung schenkte mit diesen ‚Letters of Assurance‘ Israel alle diese Garantien, und verlangte von ihrem wichtigsten Verbündeten nicht mehr, als dass seine ultrarechte Regierung ihre hartnäckige Haltung etwas zurücknimmt und eine Fristverlängerung des Siedlungsbaustopps von nur *zwei Monaten* zustimmt. Trotz dieser offensichtlichen Einmischung und Parteinahme des Vermittlers zugunsten einer der Verhandlungsparteien, mit der die Ergebnisse der Verhandlungen entschieden wären, bevor diese begonnen haben, lehnte die Regierung Netanyahu dieses großzügige Angebot erstaunlicherweise ab. Der ideologische und symbolische Siedlungsbau war den israelischen Politikern offensichtlich wichtiger als eine ohnehin gewährleistete politische und materielle Unterstützung, auch wenn sie dieses Mal wirklich ungewöhnlich großzügig war. Netanyahu wusste darüber hinaus, dass die Kongresswahlen in den USA bevorstanden und dass Obama wegen der jüdischen Stimmen folglich auf die beleidigende israelische Ablehnung nicht streng reagieren konnte. Jedoch könnte Obama Israel damit drohen, der von Israel abgelehnten Zweistaaten-Option *innerhalb der Grenze von 1967* mit örtlichem Landaustausch seine politische Unterstützung zu geben.¹⁵⁹ Dennoch war diese Ablehnung eine äußerst subtile Taktik der israelischen Regierung, um noch mehr aus der politisch verfahrenen Situation (sowohl der Araber als auch der Amerikaner) herauszuholen, z. B. die Anerkennung Israels als ‚jüdischen‘ Staat.

Der israelische Unterhändler hatte es wieder einmal geschafft, *einerseits* den umstrittenen Siedlungsbau, obwohl dieser laut internationalem Recht definitiv illegal ist, zum Gegenstand des Interesses und zum ausschließlichen Schwerpunkt dieser Verhandlungen zu verwandeln, um *erstens* von allen anderen offenen Fragen abzulenken und *zweitens*, die vollendeten israelischen Tatsachen vor Demarkierung der künftigen Grenzen durchzusetzen. Dass der Verlauf dieser Grenze mit dem des Mauerstreifens westlich der West Bank konform geht, ist naheliegend. Das würde nicht nur die Annexion der Siedlungsblöcke zum Staat Israel bedeuten. Die Regierung Netanyahu lehnte es außerdem ab, über den Status Jerusalems, über die Rückkehr der Flüchtlinge

157 Aljazeera.net, 29.09.2010.

158 Ebenda, nach Angaben der israelischen Zeitung *Maariw* vom gleichen Datum.

159 Ebenda, 01.10.2010, nach Angaben der israelischen Zeitung *Maariw*.

oder über das Jordantal als eine strategische Sicherheitszone Israels auch nur zu diskutieren – in Wahrheit bietet die Netanyahu-Regierung den Palästinensern außer dem Status Quo gar Nichts an, worüber man verhandeln könnte.

Die israelische Politik hat sich, *andererseits*, der Hartnäckigkeit in seiner Position, auch gegenüber seinen Freunden, ausgezahlt. Israel wird sogar für seine Kompromisslosigkeit auf erpresserische Art von seinem besten Freund, den USA, reichlich belohnt. Der rassistische Entwurf zur Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes, der von der Netanyahu-Regierung am 10.10.2010 mehrheitlich zur Vorlage bei der Knesset beschlossen wurde, war das beste und aktuellste Beispiel für die Folgen dieser widersinnigen Politik der Freunde Israels gegenüber dem Verhalten seiner Regierung. Denn dieses kam nicht nur als Antwort auf die arabische Ablehnung der Verhandlungs- und Siedlungspolitik Israels im außerordentlichen Arabischen Gipfel in der Libyschen Stadt ‚Sert‘ (07.-08.10.2010), sondern auch unmittelbar nach und als Antwort auf ‚Obamas Garantien‘.

Interessant und kennzeichnend zugleich ist das unsichere Verhalten der Europäer auf diese israelische Position: der französische Außenminister *Bernard Kouchner* und sein spanischer Kollege *Miguel Angel Moratinos*, die am 10.10. 2010 (am Tag der Bekanntmachung des o. g. Gesetzesentwurfes) im Rahmen ihrer Rettungsversuche der Friedensgespräche in Israel/Palästina waren und den israelischen Außenminister Lieberman trafen, wurden von diesem dadurch beleidigt, als dieser in der Presse ankündigte: „die Europäer sollen zuerst ihre eigene Probleme lösen, bevor sie der israelischen Regierung Ratschläge erteilen, wie sie das Palästina-Problem zu lösen haben“, nachdem Kouchner es nicht ausschloss, dass man sich an den UNO-Sicherheitsrat wenden könnte, um die Gründung eines Palästinenserstaates (ohne das Einverständnis Israels) durchzusetzen, sollte die israelische Regierung ihre sture und friedenshindernde Politik nicht aufgeben. Am nächsten Tag hat der gleiche Kouchner seine Aussage am Tag vorher zurück genommen als in Jericho erklärte:

„Europa wird es nie unterstützen, sich an den UNO-Sicherheitsrat zu wenden, um einen Palästinenserstaat zu gründen, wenn dies die gegenwärtigen Friedensgespräche gefährden würde“.

Er sagte weiter:

„die europäischen Bemühungen konzentrieren sich zurzeit auf die Unterstützung der internationalen Bemühungen, insbesondere der US-amerikanischen[, um ein Friedensabkommen im Nahen Osten]“.¹⁶⁰

4.6 Der arabische Frühling: Das Volk gegen die Diktatur

4.6.1 ‚face book‘ und ‚smart phone‘: Faszination des zivilen Widerstands

Um die politische und materielle Abhängigkeit der Autonomiebehörde in den besetzten palästinensischen Gebieten zu erkennen hilft es, die Reaktionen in den palästinensischen Gebieten auf die revolutionären Umwälzungen in den arabischen Ländern, verursacht durch die Bewegung von Millionen demonstrierender Menschen in einigen arabischen Ländern seit Dezember 2010 (während des noch laufenden so genannten arabischen Frühlings) genauer zu beobachten. Die Autonomiebehörde in ihren beiden Teilen (im Westjordanland und im Gazastreifen) betrachtete diese Entwicklungen mit einer Mischung aus Faszination und Nervosität, denn sie befürchtete, dass die Welle der Unzufriedenheit in Kürze auch die Autonomiebehörde im Westjordanland und die Regierung Hamas im Gazastreifen beenden könnte. Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten haben die in jeder Beziehung politischen Palästinenser zwar nicht direkt inspiriert, sie haben aber bewirkt, dass die angesichts des fortdauernden Schwebeszustandes der palästinensischen Politik lange erstaunlich ruhige Stimmung in der Bevölkerung einen Anstoß bekommen hat und dass die inzwischen beinahe teilnahmslosen Leute sich wieder für das politische Geschehen interessieren und Nachrichten schauen. Eine flächendeckende Protestbewegung junger Menschen hat seit Mitte März 2011 zumindest die Politiker in beiden palästinensischen Enklaven in Unruhe versetzt. Dies führte dazu, dass die Hamas und die Fatah ernsthaft aufeinander zuzugingen und im Mai 2011 unter Vermittlung der neuen ägyptischen Regierung Versöhnungsgespräche führten.

Die jungen Demonstranten geben hauptsächlich die Parole „Sie (die Politiker) wollen Verhandlungen, wir wollen den zivilen Widerstand“ aus und geben somit dem friedlichen Widerstand gegen Israels Besatzung neues Leben. Ihre Bewegung zieht die palästinensischen Politiker zur Verantwortung, die bisher offensichtlich versagt

¹⁶⁰ Ebenda, 10. und 11.10.2010.

haben, insbesondere in der Fatah-kontrollierten West Bank. Die Fatah und die PA leisten weder Widerstand, auch keinen Zivilwiderstand, noch können sie nach etwa 20 Jahren sinnloser Verhandlungen den versprochenen Staat Palästina verwirklichen. Das einzige was sie dem Volk anbieten können (um politisch zu überleben) ist die Beendigung der politischen Spaltung – die Versöhnung mit der Hamas. Im Gazastreifen sieht es trotz der durch die Belagerung gebundenen Hände der Hamas nicht viel besser aus, denn was die Menschenrechte angeht, verzeichnet man in der Zwischenzeit gravierende Delikte der Sicherheitsapparate der Hamas gegen politische Gegner und sie leisten auch nicht den von ihnen ständig propagierten Widerstand gegen Israel. Dass sie keinen bewaffneten Widerstand gegen Israel leisten, kann die palästinensische Bevölkerung noch verstehen, aber die politischen Gegner aus den Reihen des eigenen Volkes zu diskriminieren, macht ihre Politik nicht glaubhafter als die der Regierung Fayyad bzw. ihre sicherheitsorientierte Vorgehensweise gegen das eigene Volk nicht besser als die der Dayton-Truppen im Westjordanland. Beide wissen, wie sehr ihr Ansehen in den letzten Jahren bei der Basis gelitten hat, und das zu Recht.

Das war der Hauptbeweggrund für die Annäherung beider palästinensischer Kontrahenten, der Fatah und der Hamas, nach dem Sturz des Regime Mubaraks sowie nach den blutigen Massakern gegen das Brudervolk durch das syrische Regime, das bisher die Gönnerrolle für die Hamas spielte. Dank diesem Druck der Öffentlichkeit führen beide Seiten – trotz großer Ablehnung von Seiten Israels und der USA – seitdem miteinander tatsächlich ernsthafte Versöhnungsgespräche, um die Spaltung zu beenden und um eine Einheitsregierung für die Übergangszeit bis zu den neuen Wahlen zu bilden. Die einzige ernsthafte Hürde bildet hier die Ablehnung der Hamas von Salam Fayyad als Premierminister einer künftigen Einheitsregierung in den besetzten Gebieten, während Mahmoud Abbas, bewegt vom politischen und finanziellen Druck der Geberländer, darauf besteht, Fayyad weiterhin an der Spitze der neuen Einheitsregierung zu haben. Jedoch gibt es einige Stimmen in den Reihen der Hamas (z. B. die des Hamas-Abgeordneten Hassan Yousef), die die Kandidatur von Salam Fayyad aus taktischen Gründen für sinnvoll halten. Für die Fatah kommt als weiterer Grund zur Versöhnung die Tatsache hinzu, dass sie nach mehr als 20 Jahren fruchtloser Verhandlungen dem eigenen Volk einen Erfolg präsentieren wollen, der ihnen zugleich eine bessere Ausgangsposition in den weiteren Verhandlungen mit Israel verschafft. Dies haben die weiteren Entwicklungen im September 2011 (siehe unten) bestätigt.

Die letzten Jahre der Verhandlungen zwischen der PLO und Israel haben deutlich gezeigt, dass breite Teile der israelischen Politik glauben, dass die beispiellose Schwäche des offiziellen arabischen Systems eine historische Gelegenheit für sie darstelle, die ihnen erlaube, die Erwartungen und Aspirationen der Palästinenser zu ignorieren bzw. einzuschränken und dem palästinensischen Volk eine langfristige Übergangslösung in einem Gaza-Gefängnis und 40% der West Bank aufzuzwingen und die Auseinandersetzung über die wichtigen offenen Fragen der Flüchtlinge, des Status Jerusalems, der illegalen israelischen Siedlungen im Westjordanland und der Grenzen gar nicht stattfindet oder im besten Fall auf eine unbegrenzte Zeit verschoben wird. Obwohl sie mit der PLO über den Aufbau eines Palästinenserstaates verhandelten und trotz der Erkenntnis von der Unmöglichkeit der Verwirklichung eines ‚Groß Israels‘, versuchen die israelischen Politiker bis heute zu verhindern, dass eine palästinensische Entwicklung in den palästinensischen Gebieten stattfindet, um weiterhin eine maximale territoriale und ökonomische Kontrolle im gesamten Land beizubehalten. Mittels israelischer umfassender territorialer und politischer Kontrolle wird der Lebensraum der Palästinenser systematisch degradiert.

Das fatale an dieser israelischen Haltung ist, dass die zionistischen Politiker im Marathon der Verhandlungen mit den Palästinensern das palästinensische Territorium offensichtlich als eine *Immobilie* und keineswegs als Lebensraum und Heimat der Palästinenser betrachten, die man in Flurstücke aufteilen kann und dabei bewusst ignoriert, dass es hier um die legitimen Rechte eines seit Jahrtausenden im Land beheimateten Volkes geht, die nicht veräußerlich sind. Jeder, auch die nationalistische *Likud*, weiß dass nur eine gerechte Lösung nachhaltig sein kann. Die radikalen Parteien in Israel, die jede Gebietsrückgabe als Verrat an der jüdischen Geschichte sehen und jedes Mal entsprechend eine Endzeitstimmung inszenieren, sobald Gebiete zurück gegeben werden mussten (Beispiel Sinai), waren immer in den Verhandlungen involviert. Ihre Teilnahme an den Verhandlungen ruht daher, da sie ganz genau wissen, dass das zionistische Projekt eines ‚Groß Israels‘ hauptsächlich aus demographischen Gründen nicht verwirklicht werden konnte und kann. Ihr Verhalten ist daher äußerst verhängnisvoll, denn statt sich über einen Anteil von 80% der Landesfläche zu erfreuen, versuchen sie bis zum bitteren Ende die schwache Gegenseite zu erpressen, um noch mehr Zugeständnisse zu erlangen. Ob diese Vorgehensweise eine nachhaltige friedliche Lösung des Konflikts herbeiführen kann, ist mehr als fraglich.

4.6.2 Das Palästina-Problem vor der UNO: zurück zum Anfang

Antrag auf die Aufnahme Palästinas als volles Mitglied der UNO, 23.11.2011

Der arabische Frühling (ab Januar 2011) hat gezeigt, dass keine Leute wichtiger sind als die unwichtigen Leute und dass kein Ort wichtiger ist als ein unwichtiger Ort. Denn kleine Leute haben den Ansporn zum Wechsel, zum Abbrechen des Verfallprozesses ihrer Selbst und ihrer Orte. In einer Revolution werden andere Regeln und andere Werte geschaffen, die oft ein Gegenbild dessen sind, was vorher war. Der Diskurs des Wandels findet zwar tendenziell chaotisch und nebulös statt, nimmt jedoch im Ganzen einen konsequenten Verlauf in Richtung Wechsel, im Zuge dessen neue Maßregeln erstellt werden und neue Sichtweisen alte ersetzen. Wehe dem, der die Vorzeichen des Wechsels übersieht und wehe dem, der starre Denkstrukturen besitzt und die reife Frucht des Zeitgeistes mit den Füßen tritt. Wechsel ist ein fundamentaler und natürlicher Bestandteil des geschichtlichen Prozesses. Wer ihn aufzuhalten versucht läuft entgegen des geschichtlichen Verlaufs und ist zum Scheitern verurteilt. Wer sagt denn, dass der Prozess der französischen Revolution zu Ende ist? Zu Ende ist nur sein blutiger Teil, der zivilisatorische und kulturelle Teil ist aufgrund seiner Einzigartigkeit bis heute im Entstehungsprozess und fasziniert weiterhin ganze Generationen auf dem Globus.

Vor allem die Bewegung der Massen in Ägypten ist eine in der modernen Geschichte einzigartige friedliche Revolution, die die politischen Karten in der Region komplett neu gemischt hat, vor allem wegen der Art und Weise wie die Massen sich organisiert haben. Hier spricht man von einer friedlichen Revolte, die in ihrer Wucht und Vitalität an manchen Tagen Größenordnungen von bis zu 20 Millionen Demonstranten im ganzen Land zählte, und alleine auf dem *Maidan Al-Tahrir* in Kairo kamen an manchen *Freitagen* mehr als 3 Millionen Menschen zu den Protestkundgebungen und kein einziger krimineller Akt wurde von Seiten der Demonstranten verzeichnet. Das einzigartige an dieser Revolution ist, dass sie sich von den anderen früheren Revolutionen grundsätzlich unterschied: die Französische Revolution war eine gewaltsame Abschaffung der Monarchie und Gründung des republikanischen weltlichen Systems (Trennung von Staat und Kirche); die russische Revolution schuf Monarchie und Kirche ebenfalls mit Gewalt ab und brachte das kommunistische System hervor; die islamische Revolution im Iran machte ebenso die Monarchie des *Mohammad Rida Bahlawi* ein Ende und brachte eine neue republikanische Regierungsform, nach der eine religiöse Autorität in einem parlamentarischen System die Fäden in der Politik hält. In Ägypten war nicht die Staatsform das Ziel des Wechsels, sondern das korrupte Regime Mubarak selbst. Die Ägypter haben gezeigt, dass Millionen von Menschen aller Schichten und Glaubenszugehörigkeit sich selbst regieren können, ohne einen Staat zu haben. Trotz der Spontaneität der Entscheidungen konnten sich diese Massen auf allen Sektoren selbst organisieren und versorgen: in Sachen Sicherheit, der medizinischen Versorgung, Lebensmittel, kulturelle Events (Shows, Gedichte, Theater, Musik, etc.) und Medien (face book und web). ‚Das Volk will...‘ war die Devise aller arabischen Revolten, aber in Ägypten hat man dies beispielhaft und mit vielen Opfern aus den eigenen Reihen und ohne einen einzigen Gewaltakt gegen das Regime umgesetzt. Selten in der Geschichte – und noch nie in einem arabischen Land – nimmt ein ganzes Volk seine Sache so in die eigene Hand und forciert *friedlich* einen politischen und sozioökonomischen Wechsel. Dieses faszinierende Bild inspirierte Millionen von anderen Jugendlichen in der arabischen Welt und an vielen anderen Orten und brachte eine Welle der Erleichterung und der Hoffnung für die Massen und einen ernsthaften Umdenkprozess für andere politische Kreise im Nahen Osten, die ihre Politik plötzlich überdenken mussten, hervor.

Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser arabischen Bewegung ist, dass die Palästinafrage in allen Demonstrationen und Kundgebungen des arabischen Frühlings immer präsent war (und ist). Die arabische Öffentlichkeit fordert Israel zum ersten Mal seit 40 Jahren heraus. Mit der neuen Freiheit, vor allem in Ägypten, muss Israel seine Beziehungen zu den Nachbarn umgestalten, denn dort wirkt jetzt auch die Volksstimmung auf die Politik¹⁶¹ – aber ob die Regierung Netanyahu dies tut ist mehr als zweifelhaft. Die Zeiten, in denen es Israel und den USA ausreichte, den Herrscher und seinen Geheimdienstchef auf ihrer Seite zu haben, um *ihre* Politik und *Sicherheitsdesign* zu forcieren, ohne das dortige Parlament auch nur geringfügig zu involvieren, sind nun endgültig vorbei. Dies stellt eine ernsthaft neue Herausforderung und Quelle für Verlegenheit für die USA und Europa dar, die gemäß ihrer legitimen Interessen im Komplex dieses arabischen Wechsels mit seiner neuen Ordnung auch einen eigenen Platz suchen müssen. Aber die USA und die europäischen Staaten haben, was die Unterstützung der Demokratisierung in den arabischen Ländern betrifft, ein differenziertes Verhalten, das

161 Siehe Michael Thumann: ‚Die Arabische Öffentlichkeit fordert Israel heraus‘, Zeit Online, 14.09.2011.

davon abhängt, ob sie mit dem jeweiligen Diktaturregime ein lohnendes Ölgeschäft verbindet oder ob ein politischer Wechsel im jeweiligen Land die Spielregeln bezüglich des arabisch-israelischen Konflikts beeinträchtigen könnte.¹⁶²

Was die ägyptische Revolution betrifft, haben die USA relativ lange gezögert, die neuen Gegebenheiten offiziell zu akzeptieren und dann zu unterstützen. Und das nur unter der Bedingung, dass das Camp-David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten, übrigens einer der wichtigsten Gründe für den Sturz des Regimes Mubarak, unberührt bleibt. Ihnen war klar, dass Mubarak bzw. sein Sohn (als Erbe) politisch nicht mehr zu halten ist, und mussten ihn schließlich fallen lassen, nachdem sie sicher waren, dass das völlig von ihnen abhängige ägyptische Militär sich zuerst nicht einmischt, und erst nach dem Sturz die Lage im Land wieder kontrolliert. Das Ziel der USA (und Israel) ist, dass die Revolte des ägyptischen Volkes untergraben wird, indem nur ein scheinbarer Wechsel auf der Ebene der Personen erfolgt, die Politik jedoch gleich bleibt.¹⁶³ Bezüglich des syrischen Regimes, das furchtbare Massaker gegen das eigene Volk verübte, aber kein Friedensabkommen mit Israel verbindet, hat man sofort und vom ersten Tag an alle medialen Instrumente und weltpolitischen Gremien genutzt, um – berechtigterweise – die Brutalität des Regimes zu stoppen.

Das Festhalten am Status Quo im israelisch-arabischen Konflikt sowie der ungeschickte Umgang mit dem *demokratischen* Wechsel im Nahen Osten von Seiten des Westens bestätigt der neueste diplomatische Akt der PLO unter Mahmoud Abbas, in dem die einseitige Anerkennung eines Staates Palästina aufgrund des Stillstandes der Verhandlungen mit der radikalen israelischen Regierung Netanyahu bei den UNO-Instanzen angestrebt wird. Die Verlegenheit bzw. Unentschiedenheit, die dieser Antrag für die europäischen Länder verursacht hat, ist beispielhaft und kennzeichnend zugleich.

Die palästinensische Führung in beiden Teilen der Autonomiebehörde hat die Botschaft der demonstrierenden arabischen Jugend gut verstanden und die ersten Schritte zur innerpalästinensischen Versöhnung gemacht. Mehr noch: die PLO-Führung in Ramallah unter Mahmoud Abbas, dem Architekten von Oslo und Schutzherrn der bedingungslosen Verhandlungen mit Israel, ist aufgrund der starren Position einer ultraradikalen und nicht ernsthaft friedenswilligen israelischen Regierung Netanyahu am Ende ihres Lateins und sehen keinen anderen Ausweg, als die Palästinafrage zu der Instanz zurück zu geben, in deren Gängen das Palästina-Problem erschaffen wurde: zur UNO. Am 23.09.2011 hat Mahmoud Abbas einen historischen Antrag zur Aufnahme Palästinas in die Staatengemeinschaft beim UNO-Generalsekretär *Ban Ki-Moon* eingereicht und anschließend eine bewegende 40-minütige Rede vor der UNO-Generalversammlung gehalten, in der er mit größter Präzision und Sachlichkeit das palästinensische Anliegen darlegte.¹⁶⁴ Die Rede, die man definitiv als bahnbrechend aber keineswegs kursändernd im Verhandlungsdiskurs Abbas' sehen kann, wurde weltweit mit Begeisterung aufgenommen. Laut Abbas' Rede soll der beantragte Staat ‚Palästina‘ in den Grenzen der Waffenstillstandslinie von 1949 mit Ostjerusalem als Hauptstadt entstehen. In diesem Antrag geht es der PLO nicht um die sofortige Unabhängigkeit der Palästinenser, sondern vielmehr darum,

1. Verhandlungseckpunkte vorzudefinieren bzw. dass man durch diese Anerkennung eine territoriale Referenz und politische Rückendeckung bei den künftigen Verhandlungen – die von Mahmoud Abbas weiterhin gewünscht sind – mit den israelischen Politikern über die offenen Fragen festlegt;
2. dass die Anerkennung des palästinensischen Staates innerhalb der angegebenen Grenzen, die israelische Besatzung sowie alle Siedlungsaktivitäten Israels in den palästinensischen Gebieten von der Weltgemeinschaft unmissverständlich als illegal gesehen würden und die Palästinenser dann entsprechend juristisch vorgehen könnten.

Dieser Schritt hat zwar viele innerpalästinensische Gegner aus verschiedenen PLO-Fraktionen, da man befürcht-

162 Vgl. Auszug aus der Rede von Noam Chomsky zum 25. Jahrestag der Gründung der Organisation FAIR in New York: Die USA und ihre Verbündeten werden alles tun, um Demokratie in der arabischen Welt zu verhindern, in: ZNet, 11.05.2011, online unter: <http://zmag.de/artikel/die-usa-und-ihre-verbundenen-werden-alles-tun-um-demokratie-in-der-arabischen-welt-zu-verhindert-sagt-noam-chomsky>.

163 Heute herrscht in Ägypten nach der Revolution eine beunruhigende Stimmung der Angst, dass das Militär, das in der Übergangszeit faktisch regiert, in Wahrheit keine wirkliche Änderung herbeiführen will. Das Hohe Komitee der ägyptischen Armee will zum Beispiel ein Wahlgesetz durchsetzen, nach dem viele Funktionäre des alten Regimes mühelos kandidieren können und die politische Stärke der Parteien beschnitten wird. Das Militär ist weiterhin gegen eine Aufhebung des Ausnahmezustandes im Land, obwohl die wichtigsten Richter des Landes diesen für illegal halten. So kann das Militär zivile Personen vor Militärgerichte stellen. Zwischen Februar und September 2011 wurden insgesamt etwa 12.000 ägyptische Zivilisten vor Militärgerichte gestellt, also mehr Fälle als in der 3 Jahrzehnten Regierungszeit des Mubarak-Regimes. Inzwischen gibt es Rufe zu einer Bewegung zur Rettung der Revolution.

164 Eine englische Übersetzung von Abbas' Rede wurde auf der Internetseite des PLO/NAD veröffentlicht, <http://www.nad-plo.org/etemplate.php?id=305>.

tet, dass das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge damit annulliert würde, aber er genießt eine sehr breite Zustimmung weltweit: bis zur Antragsstellung haben insgesamt 126 Staaten (am 26.09.2011 waren es bereits 128 Staaten) diesen Staat bereits grundsätzlich anerkannt und erklärt, den Antrag auf volle UNO-Mitgliedschaft Palästinas zu unterstützen – darunter wichtige Staaten wie die russische Föderation und China. Die israelische Regierung, die diese Anerkennung verhindern will, begreift die Chancen des arabischen Frühlings offensichtlich nicht und sieht hauptsächlich die Gefahr, die aufgrund des demokratischen Wechsels in der arabischen Welt und der Unbeliebtheit des israelischen Staates in der Basis dort vorherrscht.¹⁶⁵ Diese Tatsache hat die Gegenrede des israelischen Premierministers Benyamin Netanyahu vor der UNO-Generalversammlung (23.09.2011) deutlich gezeigt. Netanyahu teilte seine Rede in drei Teile: im *ersten* Teil griff er die Weltgemeinschaft (als Ganzes) an und bezeichnete die Vollversammlung, was Israelpolitik betrifft, als ein ‚Haus der Lügen‘; im *zweiten* Teil griff er den fundamentalen Islam, sprich den Iran und die Hamas, an und bestand darauf, dass diese, und nicht die Politik Israels, das Problem seien, die bekämpft werden sollten; und schließlich hat er im *dritten* Teil das Thema Holocaust behandelt und dabei dieses historische Ereignis und das Leiden der Juden sonderbar mit der Entführung des israelischen Soldaten *Gilad Shalit* – dessen Großeltern Holocaust Überlebende waren – durch palästinensische militante Gruppen im Gazastreifen verknüpft. Aus Gründen der Selbstverteidigung brauche Israel die geographische Tiefe und kann daher keinen souveränen Palästinenserstaat und schon gar nicht im ganzen Territorium des Westjordanlandes erlauben – kein Wort über die Besatzungspraktiken, noch über den Siedlungsbau, noch über die Mauer und am wenigsten über etwa 6.000 palästinensische und arabische politische Gefangene, die gegenwärtig in israelischen Gefängnissen sitzen.¹⁶⁶ Er sprach auch nicht über die 338 Leichen von palästinensischen Gefallenen, die in unzähligen bewaffneten Aktionen und Anschlägen von israelischen Soldaten erschossen wurden und heute in so genannten ‚Nummern-Gräbern‘ von Israel in einem unerklärlichen Akt der kollektiven Bestrafung der Angehörigen vergraben sind.

Netanyahu versuchte aus bekannten Gründen und mit Hilfe der USA und einiger europäischer Staaten, die aktive Teilnahme der UNO an diesem Prozess zu verhindern.¹⁶⁷ Die USA lehnen die Gründung eines Palästinenserstaates über einen Antrag im Alleingang an die Weltorganisation ab. Sie sehen außer durch direkte Verhandlungen beider Konfliktparteien – so asymmetrisch diese sein mögen – keinen andern Weg für einen Palästinenserstaat und drohen der PA-Führung, den einseitigen palästinensischen Antrag zu blockieren, indem sie von ihrem Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat Gebrauch machen¹⁶⁸. Darüber hinaus drohen sie, ihre jährliche finanzielle Hilfe von insgesamt 530 Millionen Dollar an die Regierung Fayyad zu stoppen, sollten die Palästinenser ihren einseitigen Schritt wagen. Israel droht seinerseits, die Anteile der Steuereinnahmen der PA, die laut Oslo II zuerst auf das Konto der israelischen Finanzbehörde direkt überwiesen werden müssen und erst dann anteilig an die PNA weiter geleitet werden, einzubehalten und somit der ohnehin finanziell schwachen PA einen großen Schaden zufügen.

Die EU-Mitgliedsstaaten sind in sich gespalten, konnten dennoch im Kontext ihrer Spaltung in ihrer Plenarsitzung (des europäischen Parlaments) am 28. September *nur* einen gemeinsamen Entschließungsantrag zur Lage in Palästina herausbringen, der bei der üblichen Allgemeinrhetorik geblieben ist. Sie sehen das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung ein, aber der *unterstützte* Palästinenserstaat sollte nur durch Verhandlungen definiert werden und die ‚Grüne Linie‘ sollte nur die Grundlage dieser Verhandlungen bilden. Das Positive an diesem Entschluss war die Erwähnung der wichtigsten UNO-Resolution Nr. 181 vom 29.11.1947 als Basis des palästinensischen Rechts auf Staatlichkeit. Alles in allem war dieser Kompromissentschluss der Europäer jedoch eine diplomatische Wiederholung der US-amerikanischen Position. Die Europäer konnten sich leider auch hier nicht aus der Laufbahn der US-amerikanischen Nahostpolitik herausemanzipieren, das obwohl die Tendenz zu einer solchen Emanzipation bei vielen politischern Kräften in Europa durchaus präsent ist.¹⁶⁹

165 Vgl. Alice Bota, ‚Feind wird Mensch‘, Die Zeit, 18.09.2011, S.1.

166 Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation ‚Addameer‘ wurden seit 1967 mehr als 650.000 Palästinenser von der israelischen Armee verhaftet. Das macht etwa 20% der Gesamtbevölkerung in den besetzten Gebieten bzw. 40% der männlichen Bürger aus. Im Jahre 2007 saßen etwa 10.000 Palästinenser (mehrheitlich männlich) in israelischen Gefängnissen, von denen 344 Minderjährige sind. Insgesamt sind etwa 1683 Häftlinge für mehr als einmal lebenslänglich verurteilt. Laut israelischem Militärgesetz gelten palästinensische Kinder bereits mit 16 Jahren als Erwachsene und werden auch als solche strafrechtlich behandelt. Seit Ausbruch der zweiten Intifada (2000) wurden insgesamt 75.000 Palästinenser von der israelischen Besatzungsarmee verhaftet, unter denen sich 9.000 Kinder und mehrere Dutzend Parlamentsabgeordnete befinden. Etwa 21.000 Befehle zur administrativen Haft (Präventivhaft) oder Haftverlängerung von Palästinensern wurden von den israelischen Besatzungsbehörden seitdem ausgestellt. Bis Anfang Oktober 2011 saßen noch etwa 6.000 palästinensische politische Gefangene in israelischen Gefängnissen, von denen 48 Frauen und 285 Kinder waren. Angaben aus: http://www.addameer.org/detention/current_stats.html; und aus: www.palestinebehindbars.org.

167 Siehe Artikel von Juliane von Mittelstaedt und Christoph Schult, ‚Der große Auftritt‘, in: Der Spiegel, Nr. 31, 01.08.2011, S.84-85.

168 Dies hat auch Präsident Obama in seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung am 23.09.2011, wörtlich gesagt.

169 Siehe Gemeinsamer Entschließungsantrag zur Lage in Palästina, Plenarsitzungsdokument des Europäischen Parlaments vom 28.09.2011, Dokument erhältlich: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+P7-RC-2011-0525+0+DOC+PDF+V0//DE>.

UNESCO nimmt Palästina als Vollmitglied auf, USA stellen Zahlungen ein¹⁷⁰

Dieses Verhaltensmuster der USA und mancher europäischer Staaten in Bezug auf die Palästinafrage fand auch dann Anwendung, als die PA einen Antrag auf Aufnahme in der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur, der einzigen der 16 Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit einem Mandat für Kultur, gestellt haben. Unter den anwesenden Ländern stimmten 107 Länder für den Beitritt Palästinas (darunter Frankreich), 14 votierten dagegen darunter die USA und Deutschland) und 52 enthielten sich der Stimme. Die USA, die in diesem Fall kein Vetorecht anwenden konnten, kritisierten die Aufnahme Palästinas in die UNSECO als „verfrüht“ und „kontraproduktiv“ hinsichtlich des Friedensprozesses, da diese Aufnahme vom gemeinsamen Ziel direkter Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern ablenke.

Die Aufnahme Palästinas in die UNESCO war ein deutliches Signal der Mehrheit der Völkerstaaten für einen Politikwechsel hinsichtlich des Nahostkonflikts. Das Verhalten Europas war bei dieser Abstimmung bezeichnend gespalten und somit war die Abstimmung ein Fiasko für die europäische Außenpolitik. Vor allem das deutsche ‚Nein‘ zur Aufnahme der Palästinenser wurde von der Opposition als „blamabel“ gewertet, denn es lasse Deutschland weltweit ziemlich isoliert da stehen. Die Europäer haben wieder einmal ein Bild der Zerrissenheit in einer wichtigen außenpolitischen Frage abgegeben.

Die Aufnahme Palästinas als 195. Mitglied der Organisation war ein voller Erfolg und wird von den Palästinensern als eine Vorstufe zur Unabhängigkeit gefeiert.¹⁷¹ Sie fand trotz scharfer Proteste aus Israel und den USA statt, die bereits vorher einen Zahlungsstopp an die UNESCO im Falle eines Zustimmens des Antrags ankündigten. Nun haben die USA infolge der Zustimmung des palästinensischen Antrags ihre Drohung wahrgemacht und tatsächlich ihre Beitragszahlungen in Höhe von 60 Millionen US\$ (22% des Gesamthaushalts der UNESCO) prompt ausgesetzt und damit droht der UNESCO eine finanzielle Krise. Die USA begründen diesen Zahlungsstopp mit zwei Gesetzen aus den 1990er Jahren, die Subventionen an Organisationen verbieten, in denen Palästina Vollmitglied ist. Alleine die Tatsache, dass ein solches Gesetz in den USA existiert bezeugt eindeutig, wie befangen die USA im israelisch-arabischen Konflikt sind und stellt ihre Rolle als Vermittler und Schirmherr der Verhandlungen schwer in Frage.

Barack Obama, dessen Antrittsreden in Istanbul und dann in Kairo während der ersten Monate seiner Präsidentschaft einen neuen erhofften Beginn mit der islamischen Welt trügerisch signalisierten, gab aufgrund seines Prinzipienmangels hinsichtlich der UNESCO-Mitgliedschaft Palästinas ironischerweise ausgerechnet der Antipathie seiner Kontrahenten, den republikanischen Rechten, gegen die Weltorganisation (UNO) einen großen Auftrieb, der ihn bei den bevorstehenden Wahlen hätten teuer zu stehen kommen können. Er warf alle Behauptungen über Bord, ein ehrlicher Zwischenhändler im israelisch-arabischen Konflikt zu sein.

4.6.3 Eine kontraproduktive Nahostpolitik der USA

Die Neigung der US-amerikanischen Politik, interne palästinensische Politik zugunsten von kurzfristigen Zielen in Bezug auf die israelisch-palästinensischen Verhandlungen zu hemmen, zu ignorieren oder zu manipulieren war schon immer ein fundamentaler Fehler der US-Politik in der Region. Dazu ein paar Beispiele:

- Die Bill Clinton-Administration hat in den 1990er Jahren die autoritären Tendenzen von Jasser Arafat, der dann Präsident wurde, ignoriert und erlaubte ihm, den gewählten palästinensischen Legislativrat zu unterminieren und eine korrupte und ineffektive palästinensische Autonomiebehörde zu entwickeln;
- nach Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 versuchte die G.W. Bush-Administration die palästinensische innenpolitische Architektur zu manipulieren, um den inzwischen für sie inakzeptablen Arafat zu entmachten;

170 Vgl. hierzu betreffende Artikel in der Presse, wie z. B. Zeit Online, ‚Unesco nimmt Palästina als Vollmitglied auf‘, 31.10.2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/palaestina-unesco/komplettansicht>; siehe auch Spiegel Online, ‚Unesco nimmt Palästina als Vollmitglied auf‘, 31.10.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,794825,00.html>. Bzgl. des US-Zahlungsstopps an die Unesco, siehe z. B. Sueddeutsche.de, ‚Nach Palästina-Aufnahme, USA stoppen Zahlungen an Unesco‘, 31.10.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/umstrittener-un-antrag-unesco-nimmt-palaestina-als-vollmitglied-auf-1.1177506>; siehe auch Spiegel Online, ‚Israel stoppt Zahlungen an Unesco‘, 03.11.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,795697,00.html>.
171 Diesem Schritt der Aufnahme Palästinas in der UNESCO folgte die Entscheidung des Staats Island am 29.11.2011, erstmalig für ein europäisches Land, Palästina in den Grenzen von 1967 anzuerkennen. Siehe NY Times, 29.11.2011, ‚Iceland: Palestinian Recognition‘, online unter: http://www.nytimes.com/2011/11/30/world/europe/iceland-parliament-votes-to-recognize-palestinian-territories.html?_r=1&scp=2&sq=Palastine%202029%20november%202011&st=cse; siehe auch Stimme Russlands (Dtsch): Island erkennt Palästina an, 30.11.2011, online: <http://german.ruvr.ru/2011/11/30/61235925.html>.

- der oben ausführlich geschilderte Sieg der Hamas in den Wahlen von 2006 und die darauffolgende Ablehnung des Wahlergebnisses durch Israel und die USA braucht hier nicht näher erläutert zu werden;
- die Obama-Administration setzte weiterhin die Bemühungen ihrer Vorgängerin fort, die Hamas und den Gazastreifen zu isolieren, während sie massive ökonomische und sicherheitstechnische Assistenz in das Fatah-regierte Westjordanland hineinpumpte;
- die Obama-Administration steht heute vehement gegen eine innenpalästinensische Versöhnung, obwohl sie und Israel ständig das Fehlen eines starken palästinensischen Partners beklagen; und
- schließlich versuchen die USA, mit Drohungen einen *verzweifelten* diplomatischen Schritt der PA (nach 20 Jahren fruchtloser Verhandlungen) zu blockieren, einen (verglichen mit dem historischen Recht) winzigen Teil der palästinensischen Rechte durch die Weltorganisation zu holen, um eine bessere *Verhandlungsbasis* gegenüber Israel zu haben.

Merkwürdig ist hier die Tatsache, dass Obama diesen palästinensischen Versuch vor der UNO ablehnt, ohne irgendeine alternative ergebnisorientierte Strategie zu bieten, die eventuelle Verhandlungen zum gewünschten Erfolg führen könnte. Die Nahost-Politik Obamas passt sich faktisch der israelischen Position an, und mit seinem angekündigten Anwenden des Vetorechts seines Landes (zum 34. Mal seit 1967) wird die These, dass die USA nie ein neutraler Vermittler im arabisch-israelischen Konflikt waren, noch mehr Anhänger gewinnen. Denn man fragt sich berechtigterweise, wie die USA und breite Teile des Westens (auch Deutschland) ein Veto gegen ihre eigene Politik einlegen können. Sie sind einerseits entschiedene Förderer einer ‚Zwei-Staaten-Lösung‘, lehnen andererseits aber den diplomatischen Kampf der Palästinenser um Palästina ab und verweigern die Anerkennung Palästinas auf der gleichen von ihnen selber propagierten Basis, und zwar auf der Hauptbühne der internationalen Politik.

Die Argumente der Gegner des palästinensischen Antrags kreisten um folgende drei Hauptaspekte:

1. die angebliche Einseitigkeit der palästinensischen Initiative;
2. die Gefahr des Ende der Verhandlungen und
3. die drohende Deligitimierung Israels.

Diese offensichtlich schwache Argumentation ist leicht anfechtbar:

- Zum ersten Aspekt, folgende Frage: sind umgekehrt die israelischen Siedlungen im Westjordanland etwa keine ‚einseitigen Maßnahmen‘?
- Zum zweiten Aspekt: obwohl der Friedensprozess (insbesondere Oslo II) nach Meinung vieler Experten und vor allem vieler israelischer Politiker der Likud-Partei (wie damals Sharon und selbst Netanyahu) trotz aller Wiederbelebungsversuche für klinisch tot erklärt wurde, ist Mahmoud Abbas diesen Weg weiterhin gegangen. Wäre der Friedensprozess tatsächlich klinisch tot, wäre Abbas diesen Weg überhaupt gegangen? Hat Abbas nicht auch nach seinem UNO-Antrag vom 23.09.2011 den Verhandlungsweg für seine einzige denkbare Option erklärt und, dass die Anerkennung Palästinas innerhalb der Grenzen von 1967 durch die UNO-Mitgliedstaaten lediglich als bessere juristische Ausgangsposition bei den *Verhandlungen* mit Israel dienen sollte?
- Zum dritten Aspekt: schließlich würde ein ‚Palästina‘ innerhalb der Grünen Linie von 1949 zwar für die Palästinenser einen Verzicht auf 80% ihres historischen Rechts bedeuten, jedoch im Gegenteil und logischerweise den Staat Israel als Nachbarn implizieren.¹⁷²

Ebenso traurig und resigniert ist die Position der restlichen europäischen Staaten, die sich wie so oft in Bezug auf diese Frage gespalten haben. Die alten Positionen der verschiedenen europäischen Staaten in früheren Krisen finden hier zum großen Teil Anwendung: Die Gegner des Antrages (z.B. Deutschland, Niederlande, Tschechien) genauso wie die USA haben keine Gegenstrategie für Frieden. Eine andere Gruppe um Frankreich befürchtet den Ausbruch von Gewalt im Nahen Osten im Falle einer Ablehnung durch den UNO-Sicherheitsrat und unterstützen daher den französischen Zwischenvorschlag, der PLO einen höheren Status eines ‚permanenten Beobachters‘ (eines souveränen, nichtstaatlichen Völkerrechtsobjektes) wie der Heilige Stuhl in Rom in

¹⁷² Vgl. Jörg Lau, ‚Der diplomatische Kampf um Palästina‘, in: Die Zeit, Nr. 38, 15.09.2010, S. 10, auch online unter: http://blog.zeit.de/joerglau/2011/09/15/der-diplomatische-kampf-um-palastina_5093.

der Weltorganisation zu geben. Eine dritte Gruppe (Russland, Polen, Belgien, Schweden, u. a.) unterstützt den Antrag ausdrücklich.

Israel lehnt auch den französischen Vorschlag vehement ab, da dieser der PLO ermöglichen würde, Israel wegen Verletzung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten unmittelbar bei den UNO-Gremien wie dem Internationalen Strafgerichtshof und dem UNO-Menschenrechtsrat zu verklagen. Das würde die israelischen Aktivitäten im Westjordanland oder gegen den Gazastreifen stark einschränken. Der französische Vorschlag war ein Versuch, Zeit zu gewinnen und Abbas davon zu überzeugen, sein Vorhaben aufzugeben oder wenigstens zu verschieben. Abbas blieb erstaunlicherweise standhaft und reichte den Antrag ein. Sein Schritt hatte einen großen und wirksamen symbolischen Wert (wenn man bedenkt, dass die Erfolgchancen fast nicht vorhanden sind), der mit der Stimmung des arabischen Frühlings absolut konform geht, denn er brachte den Palästinensern und vor allem der PLO die längst verloren gedachte Würde wieder. Abbas hat in seiner Rede tatsächlich gesagt, dass es an der Zeit ist, dass die Palästinenser ihren Frühling bekommen. Für die pragmatische PLO in Ramallah wäre die französische Option durchaus denkbar, sollte der Sicherheitsrat ihren oben genannten Antrag ablehnen, denn mit dem Status eines permanenten Beobachters wäre die PLO zwar nicht stimmberechtigt, wäre jedoch dann in der Lage die israelischen Menschenrechtsverletzungen im besetzten Palästina in die Tagesordnung der UNO-Gremien zu bringen.

Schließlich soll erwähnt werden, dass die erwünschten Ergebnisse US-amerikanischer und europäischer Politik heute wie damals flüchtig sind, wenn nicht trügerisch. Seit 2006 beweist die Hamas trotz aller Mängel ihrer Politik mehr als erwartet ihre Fähigkeit, den Gazastreifen zu kontrollieren und zu regieren, während die palästinensische Führung in Ramallah zunehmend politisch isolierter und von der Unterstützung der USA und Europas abhängiger wird. Mittlerweile, nach dem Sturz Mubaraks, muss der Westen akzeptieren, dass die Politik freier Völker (oder solcher, die um Freiheit kämpfen) anders sein wird als die eines Mubaraks, vielleicht auch hässlicher. Vor allem die Europäer, die Israel als die einzige Demokratie im Nahen Osten akzeptieren wollen, sollen die Überlegung nicht außer Acht lassen, dass die Demokratisierung des arabischen Raums zwar nicht unbedingt und schon gar nicht jetzt und sofort zum Frieden führen wird, aber Demokratie und Freiheit auf beiden Seiten bedeuten die einzige Chance auf eine mittel- bis langfristige Veränderung. Ebenso wichtig zu beachten ist, dass Israel durch seine nicht haltbare Politik wesentlich dazu beiträgt, dass seine Partner und Unterstützer, insbesondere die USA, folgerichtig immer stärker an Ansehen und Glaubwürdigkeit verlieren und folglich politisch schwächer werden.

Der merkwürdige ‚Kampf gegen den globalen Terror‘ wurde inzwischen zu Recht stillschweigend in der Politik fallen gelassen und zurück in die Hände der Geheimdienste, der Polizei und der Spezialkräfte (wo er hingehört) gegeben. Interessant ist hier die Korrelation zwischen dem Aufstand der arabischen Völker gegen Unrecht und dem stillschweigenden Ende des doktrinär-politischen Kampfes gegen den internationalen Terror. Kurz nach Beginn des ‚arabischen Frühlings‘ im Januar 2011 wurde am 02.05.2011 die Erschießung des Al-Qaida-Führers Osama Bin-Laden durch US-amerikanische Sondereinheiten in Pakistan bekannt gegeben. Die Al-Qaida bleibt zwar als ein lästiges und zu kontrollierendes Epiphänomen erhalten, jedoch wird sie keine signifikante Erscheinung, wie dies die neocons gerne hätten, der kommenden Epoche werden. Wahrscheinlich ist der einfache tunesische Bürger *Mohammad Bouazizi* die wichtigste Figur der kommenden Geschichte: seine Selbstverbrennung hat mehr bewirkt als alle Terrorakten der Al-Qaida und war der tragische aber lebendige Beweis, dass der Sturz von Tyrannen nicht durch Terror, sondern durch einen friedlichen aber hartnäckigen Volksaufstand bewirkt wird.

Die Politik Israels ist gefährlich für seine Existenz und für seine Freunde, die viel größere Herausforderungen haben als die der Al-Qaida. Die Massenvernichtungswaffen befinden sich nicht in einem Bunker in Bagdad, sondern in den Depots der westlichen Staaten und Israels. Und die Finanzkrise bzw. die Schulden der westlichen Staaten stellen für sie eine weit größere Überlebensbedrohung dar als die schmutzigen Bomben. Die größte geopolitische Herausforderung der USA sind nicht die einfachen Kämpfer der Taliban und der Al-Qaida in den Bergen Afghanistans, sondern die Schulden bei den Chinesen und die Konkurrenz mit China um knapper werdende Ressourcen. Der arabische Frühling verkörpert streng genommen eine Neumischung der Karten, der viele westliche Staaten nicht nachkommen. Gerade wegen ihrer Unterstützung einer starren israelischen Haltung in einer sich rasant bewegenden Umgebung, laufen die westlichen Staaten Gefahr, wesentliche Konstanten ihrer geopolitischen Sicherheit zu verlieren.

Der arabische Frühling kann aber die große Chance bieten, wenn die westlichen Staaten die neuen Gegebenheiten offenen Herzens akzeptieren und den aufstehenden Völkern der Region zur Seite stehen, auf sie setzen und sie als Partner gewinnen. Der arabische Frühling hat in seinem multireligiösen und multiethnischen Charakter die Unechtheit der Vorstellung eines Kampfes der Kulturen bewiesen und dass der Kampf um Freiheit und Würde mitten durch Kulturen und Religionen geht. Die arabischen Völker nehmen die Zukunft in ihre eigenen Hände und sie scheren sich dabei weder um die Demokratievisionen der Neocons, noch um die Theokratie nach dem Geschmack der Al-Qaida. Es wird nicht einfach, das neue arabische System an das Weltsystem heranzuführen. Vor allem die Rolle der Europäer ist hier gefragt, denn der konfliktreiche und schwierige Prozess ist einerseits mindestens genauso bedeutend wie die Wiedervereinigung Europas nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und er wird viel Energie binden müssen. Andererseits könnte er möglicherweise auch zu einem neuen Kraftzentrum um den Mittelmeerraum (z. B. als Gegenpol zum fernen Osten) herum führen, eine Vision die durchaus umsetzbar wäre, im Kontext der arabischen Diktaturregime aber nie verwirklicht werden könnte.

Diese Vorstellung einer Zukunft, die Europa und die Länder der arabischen Welt vielleicht aus ihrer Krise retten könnte, würde jedoch ohne eine vernünftige Lösung der Palästinafrage ein Trugbild bleiben. Das bedeutet aber, dass Europa ihrer bisherigen Politik der bedingungslosen Unterstützung der hegemonialen Politik des israelischen Staates, auch im Sinne Israels, ein Ende setzen muss. Dass die arabische Massenbewegung ihren Platz in der modernen Geschichte eingenommen und andere Völker inspiriert hat, beweisen die Massendemonstrationen junger Menschen in den Straßen von Tel Aviv. Noch erstaunlicher ist die ebenfalls von den Arabern inspirierte US-amerikanische Bewegung ‚Occupy the Wall Street‘, die am 17. September 2011 etwa 2.500 Anhänger bzw. Gegner des amerikanischen Systems auf die Straßen New Yorks brachte und binnen weniger Tage mehr als 11.000 Anhänger zählen konnte. Die Bewegung prangert die soziale Ungerechtigkeit in den Vereinigten Staaten an und sieht in sich das 99% der Bevölkerung, die nicht länger die Gier und Korruption des restlichen 1% hinnehmen will. Die Kritik richtet sich gegen einen zu starken Einfluss der reichsten Amerikaner auf die Politik und Gesetzgebung, sowie gegen eine extrem banken- und wirtschaftsfreundliche Politik, während etwa 45 Millionen Amerikaner (15% der Bevölkerung) unter der Armutsgrenze leben müssen.¹⁷³

Der arabische Frühling und folgerichtig der Nahost waren bei den Protesten allgegenwärtig. Sie sind ein Zeugnis der Schwäche der US-Politik, die sich in sinnlose Kriege hineinzerrn ließen und das Land nicht nur finanziell, sondern auch politisch an den Rand des Bankrotts brachten. Die Botschaft dieser kleinen Menschen ist einfach und für die Eliten der USA erschreckend zugleich: die bisherige Politik kann nicht so weitergehen und das System muss reformiert werden. Dass dieses *profit-over-people-system* organisch mit der Außenpolitik der USA verbunden ist, führt logischerweise dazu, dass die geforderte Reform auch die Konstanten der US-amerikanischen Politik seit Präsident Trumann, insbesondere was den ressourcenreichen Nahen Osten betrifft, einschließen müsste. Die mehrfach wiederholte Kapitulation Barak Obamas vor dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu, selbst in Sachen, die die nationale Sicherheit der USA und den Schutz der US-Soldaten im Mittleren Osten betreffen, hat deutlich gezeigt, wie sehr man im Nahen Osten inzwischen das, was der *mächtige Mann* im Weißen Haus sagt, nicht ernst nimmt.¹⁷⁴ Seine Rede vor der UNO-Vollversammlung im September 2011 war profillos, initiativlos und zeigte vor allem, wie schwach die US-Regierung ist und wie hilflos Präsident Obama angesichts der Realität im Nahen Osten ist.¹⁷⁵ Eine Änderung des Status Quo der US-Nahostpolitik würde in diesem Sinne auf alle Fälle bedeuten, dass diese Politik nicht mehr von der Israel-Lobby, sondern von gewählten US-Politikern und ausschließlich entsprechend den nationalen Interessen der USA skizziert wird.

173 Zu den Protesten hatte das kanadische Magazin Adbusters (Adbusters.org) aufgerufen. Durch eine friedliche, längerfristige Besetzung der Wall Street sollen entsprechende politische Änderungen bewirkt werden. Hierbei wurde ausdrücklich der Arabische Frühling, insbesondere die Besetzung des Tahrir-Platzes in Ägypten, als Vorbild genannt.

174 Fisk, Robert, ‚Who cares in the Middle East what Obama says?‘, The Independent, 30 May 2011, online unter: <http://www.independent.co.uk/opinion/commentators/fisk/who-cares-in-the-middle-east-what-obama-says-2290761.html>.

175 Fisk, Robert: ‚A President who is helpless in the face of Middle East reality‘, The Independent, 23 September 2011, online unter: <http://www.independent.co.uk/opinion/commentators/fisk/robert-fisk-a-president-who-is-helpless-in-the-face-of-middle-east-reality-2359433.html>.

4.7 Sind die Araber optionslos im arabisch-israelischen Konflikt?

Der Friedensprozess muss sich in seiner heutigen Form einer längst fälligen (in Wahrheit seit einigen Jahren) Generalrevision unterziehen, die in Form einer offenen und verantwortungsvollen Debatte geführt werden sollte, um die nationalen Interessen der Palästinenser zu wahren. Der Grund dieser Überprüfung der Osloer Ära, speziell der Art wie die Verhandlungen bisher geführt werden, kann man in 3 verschiedene Aspekte zusammenfassen:

I/ *Der erste Aspekt* ist Israels starrköpfige Siedlungspolitik. Das hat nicht nur mit dem Fehlen des Willens der internationalen Gemeinschaft, Druck auf Israel auszuüben, sondern auch mit der Sinnlosigkeit der Friedensgespräche zu tun. Nach etwa zwei Jahrzehnten Verhandlungen ist die Weltgemeinschaft (nicht zuletzt, da diese nicht wirklich beteiligt wird) nicht einmal in der Lage, die in Oslo II auf 5 Jahre fest gelegte Übergangsphase durchzusetzen. Nach dieser Tendenz und Logik, würde man viele Jahrzehnte Zeit brauchen, um die offenen Fragen des Konfliktes (z. B. das Flüchtlingsproblem) beilegen zu können;

II/ *Der Zweite Aspekt* ist die stark schwindende Hoffnung der Palästinenser und Araber darauf, dass die Weltgemeinschaft, insbesondere die USA und Europa, den nötigen Druck auf Israel zur Durchsetzung eines gerechten Nahost-Friedensabkommens ausüben würden. Selbst die Obama-Regierung musste ihre verblühte Rhetorik über die *illegalen* israelischen Siedlungen zurücknehmen und übt nicht nur großen Druck auf die Araber aus, damit diese die bedingungslosen direkten Gespräche mit Israel akzeptieren, sondern macht Israel noch mehr Versprechungen und Zugeständnisse als ihre Vorgängerin (die Bush-Regierung), damit Israel die Siedlungsaktivitäten auch nur für 2 Monate einfriert; und

III/ *Der dritte Aspekt* leitet sich aus der Tatsache ab, dass die Verhandlungen, in ihrer unglaublichen und erniedrigenden Form (für die Araber) zum „Ausverkauf“ der palästinensischen Rechte führen. Die Verhandlungen verliefen in Wahrheit so, als hätten sie zwischen zwei *israelischen* Parteien stattgefunden, denn Israel bestimmte bisher den zeitlichen Rahmen, die Inhalte, die Prioritäten und die vor allem Bedingungen der Verhandlungen. Der palästinensische Verhandlungspartner war bisher als Einziger gezwungen, den israelischen und US-amerikanischen Diktatbestimmungen nachzugeben, da er aus der Position der absoluten Schwäche heraus verhandelt. Israel nie; weder ein internationales politisches Gleichgewicht (dieses Existiert seit der Wende 1989 nicht mehr) noch das zerrissene arabische Staatensystem ermöglichen ein Mindestmaß an Gerechtigkeit bei diesen Verhandlungen.

Das heißt, dass die heutigen Friedensgespräche nichts anderes als inhaltslose, unechte Gespräche sind, nicht viel mehr als ein Akt des Schwindels und der Öffentlichkeitsarbeit, mit denen sich Israel seinen politischen Verpflichtungen immer wieder entziehen kann.

Und dennoch besteht Präsident Abbas darauf, die Gespräche mit der Netanyahu-Regierung fortzuführen, obwohl er von einem Friedensprozess als „Zeitverschwendung“ im Falle der Fortsetzung des israelischen Siedlungsbaus, sprach. Er lehnte es ab, die Gespräche wegen der beispiellos radikalen Haltung der israelischen Regierung abzubrechen und wollte bis zum 04. Oktober 2010 abwarten, um mit den arabischen Außenministern im Rahmen der ‚Kommission zur Verfolgung der arabischen Initiative‘ (des Königs Abdullah von Saudi Arabien, 2002) darüber zu beraten. Abbas suchte bei dieser Kommission die politische Rückendeckung zu sinnlosen Gesprächen, die er bereits wenige Wochen vorher schon zur Teilnahme an diesen Gesprächen bekommen hat. Ihre Unterstützungserklärung (für Abbas) beginnt die arabische Kommission mit den verwirrend tragisch-komischen Worten „Obwohl die Kommission von der Ernsthaftigkeit der israelischen Seite in den Friedensgesprächen“. Abbas suchte bei diesen Politikern, die in ihren Ländern auf allen Ebenen sträflich versagt haben, politische Unterstützung, nicht etwa um seine Position zur Wahrung der palästinensischen Rechte zu stärken, sondern um die politischen Folgen für noch mehr politische und territoriale Abtretung zugunsten Israel tragen zu können.

In diesem Kontext sollte die palästinensische Initiative kurz diskutiert werden, in der Präsident Abbas den Antrag zur einseitigen Anerkennung eines Palästinenserstaates innerhalb der Waffenstillstandslinie von 1949 (mit Ostjerusalem als Hauptstadt) im Zuge der UNO-Vollversammlung am 23. September 2011 beim Generalsekretär einreichte. Dies ist wichtig, da die Initiative nicht nur von Israel und großen Teilen des Westens, sondern auch von breiten Teilen der Palästinenser und der inoffiziellen arabischen Welt abgelehnt wird.

Die Anerkennung eines solchen Staates würde den Palästinensern juristisch eine stärkere Ausgangsposition in

den Verhandlungen mit Israel geben. Allerdings dürfen die Palästinenser in keinem Fall die wichtigste Konstante der Palästinafrage, sprich das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimatorte zugunsten eines solchen Staates aufgeben. Schließlich ist das Rückkehrrecht von einigen den Konflikt betreffenden UNO-Resolutionen bekräftigt worden und mehr als 60 Resolutionen haben die palästinensischen Rechte bestätigt. Diese Resolutionen müssen auch hier im internationalen Gremium erläutert und bekräftigt werden. Territorial gesehen, ist die UNO-Teilungsresolution 181 (II) von 1947 bis heute das einzige völkerrechtlich verbindliche Dokument, nach dem Israel gegründet wurde und der Palästinenserstaat gegründet werden sollte. Der hebräische Staat von 1947 war nicht nur territorial wesentlich kleiner, sondern es sollte laut Teilungsresolution hinzu ein multinationaler Staat sein, der seine arabischen Bewohner (damals etwa 60% der Bevölkerung des hebräischen Staates) aufnehmen sollte. Erst mit Hilfe von militärischen Aktionen der zionistischen Terrororganisationen gegen die arabische Zivilbevölkerung konnte Israel die Mehrheit der arabischen Bevölkerung vertreiben und sich territorial expandieren. Sich dieser historischen Tatsache und der berechtigten Aufforderung nach den Rechten der Palästinenser in allen UNO-Resolutionen bewusst, war das einer der Gründe, warum Israel und die USA auf einen Alleingang der schwachen Palästinenser im Verhandlungsmarathon bestanden haben – sowohl die UNO als auch Europa durften nie wirklich in die Verhandlungen involviert werden. Die wahre Absicht Israels von den Verhandlungen war die Entziehung der Palästinafrage von ihrer Geschichtlichkeit und Rechtmäßigkeit. Das heißt, die Palästinafrage sollte von einer Rechtsfrage in eine humanitäre Frage staatsloser Menschen verwandelt werden. Folglich ist das vielleicht verhängnisvollste Ergebnis Oslo II die Tatsache, dass hier die historischen Rechte der Palästinenser auf das Land Palästina relativiert und veräußerbar gemacht wurden.

Eigentlich sind PLO-Chef Abbas und die Araber insgesamt gar nicht so optionslos, wie manche Oslo-Anhänger der breiten Öffentlichkeit zu unterbreiten versuchen – und im Kontext des arabischen Frühling schon gar nicht. Denn Abbas hat immer noch die Option eines medienwirksamen Rücktrittes bzw. der Auflösung der palästinensischen Autonomiebehörde und folglich der Wiederherstellung der politischen Zustände der Vor-Oslo-Zeit. Das würde bedeuten, dass Israel die politische und materielle Last der Besatzung wieder tragen müsste, wie es das internationale Recht vorschreibt. Dann hätten die Palästinenser und die Weltöffentlichkeit zwei Optionen, um aus der Misere heraus zu kommen, nämlich

Erste Option: Das von vielen als *rassistisch* wahrgenommene Israel rechtlich und moralisch zu verfolgen, um ihm, ähnlich wie dem ehemaligen Apartheid-Südafrika, seine Legitimität als ‚Staat‘ zu entziehen. Dieser Prozess hat seit den letzten Ereignissen tatsächlich bereits begonnen und war einer der Gründe für die Verhandlungen in Washington (September 2010) – das logische Ziel eines solchen Prozesses wäre, einen binationalen Staat auf dem Gebiet *Mandat Palästinas* zu errichten; und/oder

Zweite Option: Das Arbeiten an einer Lösungsfindung der ‚Israel-Frage‘, statt der ‚Palästina-Frage‘, denn Israel hat, wie oben ausführlich geschildert wurde, enorme Identitätsprobleme und versucht sich als eine ‚Ethnokratie‘ mittels einer von vielen als rassistisch wahrgenommenen legislativen und militärischen Staatsstruktur zu positionieren, also mittels Segregation von anderen Ethnien sowie Anwendung von maßloser Gewalt gegen das besetzte Volk Palästinas und gegen benachbarte Länder. Es ist ein Staat, dem viele nicht vertrauen können und der ständig seine Nachbarn bedroht.

Natürlich geht das nur mit Hilfe der Weltöffentlichkeit, insbesondere Europas, denn dieses ist unmittelbar am Geschehen beteiligt und betroffen. In diesem Kontext muss man sagen, dass die Verhandlungen im September 2010 zwischen Abbas und Netanyahu bereits eine andere Keimzelle des Scheitern in sich trugen, nämlich die Tatsache, dass sowohl Europa als auch die Hamas (die im Gegensatz zu Abbas und trotz ihren zum Teil gravierenden Fehlern immerhin eine legitime demokratisch gewählte Vertreterin der Palästinenser ist und die eine breite Zustimmung in der arabischen Öffentlichkeit genießt), von den Verhandlungen in Washington und danach in Kairo ausgeschlossen wurden. Die Europäer waren von diesem Umstand schwer beleidigt, aber sie schwiegen, wie auch sonst immer. Insgesamt 13 palästinensische Gruppierungen mit der Hamas an ihrer Spitze erklärten ihre ausdrückliche Ablehnung der Verhandlungen, so wie sie bislang durchgeführt wurden, und fühlten sich den potenziellen Ergebnissen nicht verpflichtet.

Netanyahu und viele andere zionistisch denkende Politiker mit und vor ihm, haben es bis heute offensichtlich nicht verstanden, dass die Tatsache, dass sie in der Region mit großer militärischer Stärke anwesend sind, noch lange nicht bedeutet, dass sie dort auch eine starke Position haben. Denn schließlich entscheiden es die

Völker und weniger die Politik durch gegenseitige Akzeptanz und Respekt, ob ein Friedensabschluss erfolgreich ist oder nicht. Eine starke Anwesenheit der Israelis setzt in diesem Sinne voraus, ein Teil der positiven Wahrnehmung und Bewusstsein ihrer arabischen Umgebung zu sein – mit Exklusivität der *eigenen* Ansprüche und Mauern ist das nicht getan. Wie bereits in der Einleitung zu Kapitel 1 erwähnt wurde, wechselten im Laufe der Jahrtausende unzählige Weltreiche in der Herrschaft über Palästina und ihre Region. Sie alle waren mächtigere und in ihrer Ausdehnung weit größere *Fremd*-Herrschaften als der Staat Israel. Die Völker des Nahen Ostens haben alle diese Besatzer überlebt, aber die kulturellen Impulse dieser Weltreiche sind geblieben und wurden zum Bestandteil der mentalen Wahrnehmung der Völker des Nahen Ostens. Somit waren diese Mächte nur bedingt *Fremdmächte*.

Der kulturelle Aspekt in diesem Konflikt ist von herausragender Bedeutung, denn bezieht man die gesamte geschichtliche Erfahrung der Palästinenser auf eine seit Anfang der Geschichtsschreibung andauernde interkulturelle Transaktion, so haben die Bewohner Palästinas alle *Fremdherrschaften* nicht nur überlebt, sondern (und das ist noch viel wichtiger) sie absorbierten darüber hinaus die Kultur der Besatzer, ihr Wissen und ihre zivilisatorischen Elemente und bereicherten immer wieder ihr kulturelles Erbe. Das *interkulturelle Dasein* bzw. die Weltoffenheit in Palästina waren schon immer eine Geheimwaffe und Überlebensgarantie der stets materiell *ohnmächtigen* Palästinenser in den Turbulenzen ihrer Geschichte, die sie – bedingt durch die besondere strategische Lage und nicht zuletzt wegen der spirituellen Kraft ihres Landes – immer wieder begegnen mussten. Es war immer eine, so zu sagen, magische kulturelle Immunität, die die mächtigen Herrscher in ihren Bann zog, sie absorbierte oder verwarf.

Mit solchen Federstrich-Spielen der mächtigen Parteien bzw. mit der Resignation der Vertreter der schwächeren Seite, kann kein nachhaltiger Frieden geschaffen, sondern nur der aktive Konflikt auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden, um später mit einer noch größeren Wucht auszubrechen. Die vielleicht wichtigste Lehre aus dem jüngsten oben geschilderten Gaza-Krieg im Winter 2008/09 ist die Tatsache, dass wenn Israel sich eine dauerhafte Integration im arabisch dominierten Nahen Osten garantieren will, Israel auf die Stärke der Politik setzen muss, statt sich auf eine Politik der Stärke zu verlassen. Die israelische Regierung hat seit dem Beginn des arabischen Frühlings keine Sprache für die neu entstehende politische Lage gefunden und antwortet stattdessen mit der alten hegemonialen Politik. Die Israelis wären gut beraten, wenn sie die geographischen und die kulturellen Koordinaten ihres Staates nicht nur erkennen und akzeptieren, sondern auch respektieren würden – Frieden ist die Voraussetzung einer politischen und kulturellen regionalen Integration. Die Aufarbeitung der Geschichte und die Rückgabe der Rechte unterdrückter Gruppen sind wiederum eine fundamentale Voraussetzung für Frieden. Es ist nicht schwer, mit dem Gegner eine Debatte zu führen. Viel schwieriger ist eine aufrichtige Debatte mit sich selbst zu führen, um den Gegner zu verstehen bzw. die Wahrheit seiner Darlegungen einzusehen.

Kapitel 5: Planung in Palästina, ein weiteres Merkmal israelischer Subtilität

Barrieren gegen palästinensische Bauentwicklung

Die Planung von Städten ist in den meisten Ländern der Welt ein relativ neuer und ebenso experimenteller Aspekt der öffentlichen Verwaltung. Sowohl große Schemen der Planung als auch die täglichen Operationen der Planungssysteme erfordern politische Debatten, die sie durchlaufen müssen. Diese Debatten sind meistens nur teilweise erfolgreich, da sie nur selten eine breite Zustimmung erreichen. In diesem Zusammenhang muss man bemerken, dass Stadtplanung im Westjordanland seit 1967 nicht das Ergebnis solcher politischen Debatten war und ist, die aus den verschiedenen Standpunkten der debattierten Parteien, sprich zwischen der Besatzungsmacht und den einheimischen Palästinensern, entstanden ist. Planungshoheit war und ist bis heute in den Händen der israelischen Militärstrategen geblieben. Dennoch, und gerade deswegen, hat Stadtplanung einen direkteren und intensiveren Einfluss auf die Lebensqualität der Palästinenser als auf die Einwohner fast aller anderen Staaten.

Diese Tatsache gilt sowohl für die Zeit vor der Unterzeichnung der Osloer Verträge (die Zeit der *offiziellen* israelischen Besatzung) als auch für die Zeit der faktischen aber inoffiziellen Besatzungszeit nach Oslo. Denn das Besatzungsregime hat nie aufgehört zu existieren – mit allen seinen Kontrollmechanismen und allen seinen Instrumenten zur Verhinderung palästinensischer Entwicklung in den von Israel besetzten Gebieten.

Wie im Kapitel 2 beschrieben wurde, sind die Folgen der israelischen subtilen Siedlungspolitik im Westjordanland und im Gazastreifen für die Palästinenser und ihr Territorium verheerend. Es wütet bis heute ein israelischer Krieg gegen die palästinensische Topographie und Demographie. Der Teil des palästinensischen Lebensraums, den die israelischen Panzer und Bomben nicht zerstört haben, wird mittels Architektur und Städtebau nach dem Prinzip von ‚Destruktion durch Bauen‘, sprich mit dem israelischen Siedlungsbau, systematisch eingeschränkt. Zu diesem destruktiven Design gehört die Alleinherrschaft der Besatzungsmacht über die Planungshoheit in den besetzten Gebieten. Um Wachstum und Entwicklung in den palästinensischen Gebieten zu verhindern, hat das Planungssystem der Besatzer seit 1967 dafür gesorgt, dass die Palästinenser nie ihre eigenen Städte planen konnten und dürften.

Man spricht hier von einem Planungssystem, das von einer militärischen Regierung dominiert wird. Insbesondere nach 1977, nach der Machtergreifung der konservativen Likud-Regierung in Israel, legte die Besatzungsmacht großen Wert auf die Formalitäten des (gesetzlichen) Planungssystems in ihren Entscheidungen in Bezug auf die Entwicklung der Palästinenser. Die Planungspolitik war dauerhafter und die Entscheidungen innerhalb dieser Politik waren strikt konsequenter als in fast allen anderen Ländern.¹ Diese Entscheidungen, durchgeführt durch die Mechanismen der Stadtplanung, haben bis heute Einfluss auf die soziale und ökonomische Entwicklung der Palästinenser, auf Mobilität und Umweltqualität und bestimmen gegenwärtig nicht nur, welche Palästinenser ihre eigene Häuser und Arbeitsplätze bauen können, sondern vor allem auch, ob diese Bauobjekte überhaupt gebaut werden dürfen.

Mit den Mitteln der Raumplanung verfolgten die israelischen Regierungen seit 1967 eine doppelte Planungsstrategie, die sie dem zionistischen Ziel (der Kontrolle über das ganze *Mandat Palästina*) immer näher brachte, nämlich

1. die ‚Verbindung‘ zwischen den verschiedenen israelischen Kolonien im Westjordanland einerseits und dem Mutterland andererseits, um die territoriale Kontinuität der israelischen Siedlungen zu schaffen (Netzwerk); und zugleich
2. die ‚Separation‘ zwischen palästinensischen Städten und Dörfern zu bewirken, um deren Kooperation einzuschränken (Vgl. Abschnitt 2.2.2/ Schema-Karte 2-2).

Die Strategien, die von Israel für die Kolonisation des Westjordanlands angewendet wurden, waren je nach spezifischen Charakteristiken des jeweiligen Areals unterschiedlich. Jedoch kreisten sie alle um zwei Hauptleitbilder,

¹ Coon, Anthony, *Town Planning under military Occupation, an Examination of the law and practice of town planning in the Occupied West Bank*, Dartmouth, Aldershot, 1992, S.3.

die von allen israelischen Regierungen adaptiert wurden, nämlich

1. Die Schaffung von israelischen administrativen Systemen und Planungsschemen sowie die Enteignung von arabischem Land, um die Kontrolle über die Entwicklung in den palästinensischen Dörfern und Städten zu gewährleisten; und
2. Die Transformation der physischen Besonderheiten der (arabischen) gebauten Umwelt, indem man (a) israelische Siedlungen als vollendete Tatsachen in das Territorium der West Bank einnistet, (b) arabische Häuser und Infrastrukturen zerstört und (c) die israelische militärische Präsenz im Gebiet intensiviert.

Daran erkennt man deutlich, welche Bedeutung ‚Planung‘ in diesem Prozess eingenommen hat, insbesondere die ‚negative‘ Planung der arabischen Dörfer und Städte der West Bank, die man als die ‚Kehrseite‘ der israelischen Planung der zwischen den Städten der West Bank penetrierenden zionistischen Siedlungstaschen sehen kann.

Die Planungsabteilungen der israelischen Militärregierung verfolgten im Zuge der Kolonisation der West Bank klar definierte Ziele und Strategien, um schließlich nicht nur die Kontrolle über das Territorium, sondern und vor allem auch eine dominierende Einflussnahme auf die Identität der ‚gebauten Umwelt‘ der West Bank, sprich auf das arabische kulturelle Erbe Palästinas, zu erlangen, um sie schließlich mittels genau studierten raumplanerischen ‚Entarabisierungsmaßnahmen‘ unterminieren zu können (Graphik 5-1).

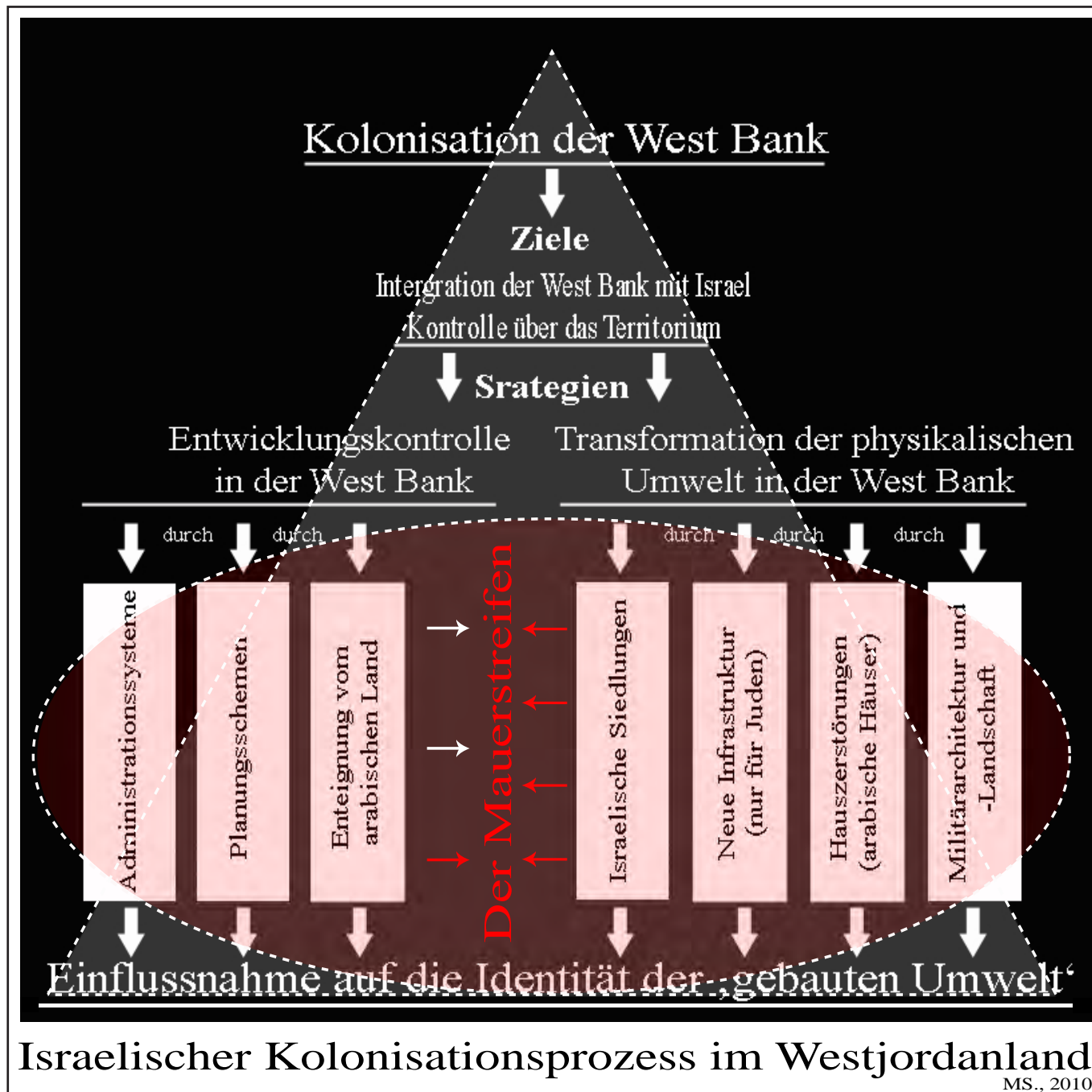
In diesem Kontext soll man die Tatsache nicht außer Acht lassen, dass die Präsenz des israelischen Staates in den besetzten palästinensischen Gebieten in seiner Form als eine ‚vorübergehende Besatzungsmacht‘ nur innerhalb einer zeitlich begrenzten Übergangszeit und *nur unter der Einhaltung aller im Sinne des internationalen Rechts dazu gehörenden Verpflichtungen* aufrecht erhalten darf. Wenn eine Gesellschaft im Wesentlichen gespalten ist, nicht geographisch², aber viel mehr ethnisch, historisch, in der Religion und nicht zuletzt in den Zukunftsplänen und wenn ein Teil der Gesellschaft (in dem Fall die jüdischen Israelis) in der Lage ist, die militärische Kontrolle über den restlichen Teil (die Palästinenser) auszuüben, wie ist es dann möglich, unter diesen Umständen, Gerechtigkeit zu sichern und die öffentlichen Interessen zu schützen? Und überhaupt, wessen öffentliche Interessen sind damit gemeint? Das Definieren dieser Interessen ist an sich beinahe beinahe vollkommen aussichtslos und man stößt dabei schnell auf harte Grenzen und manchmal auf Gegebenheiten, die mittels herrschender asymmetrischer Machtstrukturen produziert worden sind und die mit *normalen* Mitteln nicht überwindbar sind. Hier wird deutlich, dass man es mit einer ganz besonderen Situation bzw. mit einem vielleicht einmaligen Musterfall in der Geschichte der Stadtplanung zu tun hat. In den meisten Ländern ist Stadtplanung als Thema der politischen Debatte von größter Bedeutung. Jedoch ist sie nur selten eine „internationale Angelegenheit“³, wie dies im israelisch-palästinensischen Konflikt offensichtlich ist.

Für viele Palästinenser bedeutet das Planungssystem der Besatzung ein *illegales* Instrument der Zerstörung ihrer gebauten Häuser und ein Mittel zur Destruktion ihrer Stadtstrukturen. Stadtplanung in der West Bank ist aber auch wegen den großen Veränderungen in der Entwicklung seit Mitte der 1970er Jahre bedeutend. Die Palästinenser mussten machtlos und mit Bestürzung zusehen wie auf ihrem Grund und Boden neue israelische Städte und große Siedlungsblöcke sowie hoch moderne und spektakuläre Straßennetze entstanden, die sich schleichend in ihren Lebensraum hineinfräßen. Während sie von der Besatzungsmacht daran gehindert werden, ihre eigene Städte und Dörfer zu entwickeln, sind diese neuen Städte auf arabischem Boden speziell für Juden geschaffen, und werden auch nur von diesen exklusiv benutzt.

Stadtplanung in der West Bank hat sich seit 1967 zu einem Planungssystem und Mechanismus entwickelt, mit dessen Hilfe die Ausbreitung von Juden in dem vom Heimatland der Palästinenser übrig gebliebenen Territorium forciert wird. Mit den Mitteln aggressiver Planungspolitik wird von Seiten der Besatzungsmacht eine ständige Reduzierung der Fläche, in der die Palästinenser das Recht auf Eigentum, Vergnügen, Produktivität und Landesentwicklung haben, systematisch vorangetrieben. Gerade dieser Prozess der Enteignung und Unterdrückung der palästinensischen Entwicklung und Aktivität macht Stadtplanung in der West Bank zu einer internationalen Angelegenheit.

2 Der Bau der israelischen Mauer sowie die Versuche der israelischen Regierung seit 2000, einen ‚rein jüdischen Staat Israel‘ zu forcieren, sind Versuche zu einer geographischen Spaltung beider Gesellschaftsteile, die die bereits existierende kulturell-religiöse Spaltung abrunden soll.

3 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O., S.4.*



Graphik 5-1: Israelischer Kolonisationsprozess in der West Bank.

Obwohl Planungsschemen normalerweise eine zivile Angelegenheit sind, sind sie in der West Bank eine gänzlich militärisch-strategische Angelegenheit der israelischen Besatzungsmacht, inklusive der Erteilung von Baugenehmigungen, von der Raum- und Ressourcenkontrolle einmal ganz zu schweigen. Das gleiche gilt ebenso für den Gazastreifen, aus dem sich Israel im August 2005 zwar zurückzog, diesen jedoch als ein verwüstetes Land zurück ließ, das heute als das größte Freiluftgefängnis der Welt gilt. Es ist klar, dass in Gaza selbst vor Machtübernahme durch die Hamas im Juni 2007 keine wirkliche palästinensische Raum- oder Regionalplanung betrieben werden konnte. Gebäudemassen konnte man frei planen und bauen, Raumkanten (Grenzen) des Gazastreifens, ob entlang der Landgrenzen oder der Meeresküste, konnte man jedoch nie in einen Masterplan einbeziehen. Hinzu kommt, dass Israel nicht nur alles zerstört, was die Palästinenser bisher mit dem Geld der Geberländer aufgebaut haben, sondern es kontrolliert darüber hinaus seit der Auferlegung der umfassenden Blockade gegen Gaza – und in besonderem Maße nach der jüngsten zerstörerischen militärischen Strafaktion ‚Operation gegossenes Blei‘ (27.12.2008-17.01.2009) gegen Gaza – alles was in den Streifen ein und ausgeht. Neben den strengen Einschränkungen auf die Einfuhr von Grundlebensmitteln und Medikamenten gelten vor allem für den Einlass von Baumaterialien besonders strenge Regeln. Das hat, wie oben geschildert, verheerende Folgen für den inzwischen lebenswichtigen Wiederaufbau des zerstörten Landes.

Hier scheint der Gedanke nicht uninteressant zu sein, dass Architektur, die bis heute für die Israelis als wirksame Waffe im Konflikt eingesetzt wird, den Palästinensern von der israelischen Militärregierung vorenthalten wird. Nach dieser Logik gleicht das Territorium einer Kampfarena, eine Hauseinheit einem Panzer und ein zerstörtes palästinensisches Haus eben einem Panzer weniger für den Feind – und der Sieg wird noch greifbarer, je mehr Häuser des Gegners zerstört bzw. je weniger Häuser (wieder-) aufgebaut werden. Die systematische und intelligente Planung wurde bereits im Abschnitt 2.3.2 als die *vierte Tragsäulen der israelischen subtilen Siedlungsstrategien* erklärt. Die Subtilität dieser Planungspolitik besteht nicht nur darin, für die palästinensische geopolitische und sozioökonomische Existenz destruktive jüdische Siedlungsstrukturen zu planen, sondern auch das ‚Planen‘ selbst zu einem israelischen Monopol zu machen und folglich die bauliche und ökonomische Entwicklung in den palästinensischen Gebieten selbst zu bestimmen. Das galt sowohl in der Vor-Oslo-Zeit (1967-1994) als auch in der Nach-Oslo-Zeit (1995-heute). Mit der Gründung der PA hat sich bezüglich der Planung in der West Bank bis auf wenigen Ausnahmen innerhalb von Städten eigentlich so gut wie nichts geändert. Die oben ausführlich geschilderte Wasserpolitik könnte man als Musterbeispiel für das Planen im Westjordanland seit Oslo verwenden. Auch wenn sich seit Oslo de facto kaum etwas geändert hat (im Verhältnis zur direkten Besatzungszeit) ist es zum besseren Verständnis sinnvoll, von der Planung im Westjordanland vor und nach Oslo zu sprechen.

5.1 Planung im Westjordanland vor ‚Oslo II‘ (1967-1994)

Mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch die israelische Armee, wurden diese administrativ und militärisch von der Militärregierung der Besatzung völlig kontrolliert, nachdem man beinahe alle bisher geltenden Regeln und Rechtssysteme (West Bank: Jordanisch; Gazastreifen: ägyptisch) suspendiert hat. Gleich nach der Besetzung der Gebiete verkündete der Befehlshaber des israelischen Militärs in der West Bank folgende Erklärung:

„alle Regierungs-, legislativen, personellen und administrativen Befugnisse in Bezug auf die Region oder seine Bewohner sollen augenblicklich an mich alleine übertragen werden und sollen nur von mir oder von Personen, die von mir zu diesem Zweck bestellt wurden oder in meinem Namen handeln, ausgeübt werden“.⁴

Die Befugnisse, die der israelische Befehlshaber per Diktat an seine Person übertragen hatte waren umfassend. Dabei fällt der Stadt- und Regionalplanung ein ganz besonderes Gewicht zu, denn diese fassen alles zusammen, was die Militärregierung an Befugnissen exklusiv für sich beansprucht hat. Kein Wunder also, dass Stadt- und Regionalplanung seitdem eine *seltsame Bedeutung* im Leben der Palästinenser gewonnen hat. Denn seit Juni 1967 existiert eine solche Planung für die Palästinenser, für ihre Städte und Regionen faktisch nicht mehr. Und sie entwickelte sich von ihrer ursprünglichen Aufgabe als Instrument der Wahrnehmung humaner Angelegenheiten für soziale Bedürfnisse und Umweltschutz, in ein Instrument des Unterdrückens der nationalen Interessen eines anderen, nämlich die des palästinensischen Volkes. Und die Planung selbst, die ein Instrument und ein Prozess zur Beilegung von Konflikten sein soll, verursacht in den besetzten arabischen Gebieten bereits seit vielen Jahrzehnten Konflikte und führt ständig zur Wandlung des Lebensraumes der Menschen dort zu einem Horrorszenarium bzw. ändert deren Dasein zu einer quasi surrealen Wirklichkeit.

Wie in den letzten Kapiteln ausführlich geschildert wurde, wird gegen diese Menschen Krieg geführt, nicht nur mit der Gewalt der übermächtigen Besatzungsarmee, sondern und vor allem auch mit den Mitteln von Architektur, Städtebau und Raumplanung, geplant und ausgeführt durch die israelische Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten. Indem diese Planung *nur* die ohnehin laut internationalem Recht illegalen Bedürfnisse und Wünsche der jüdischen Siedler in der West Bank nachgeht und erfüllt, werden die einfachsten menschlichen und materiellen Grundrechte der Palästinenser mit den gleichen Mitteln schwer missachtet. Denn weder beteiligt die Besatzungsbehörde die Palästinenser am Planungsprozess ihrer Städte, Dörfer und der Peripherien, noch geht sie ihren Pflichten als Besatzungsmacht den Einwohnern der besetzten Gebieten gegenüber nach, sprich die heutigen und künftigen Bedürfnisse des besetzten Landes und seiner Menschen zu berücksichtigen.

⁴ West Bank Military Government: Collection of Proclamations and Orders, Proclamation no. 2, sec. 3, June 7, 1967, in: Benvenisti, Meron: *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.37.

5.1.1 Gesetzliche und administrative Basis von Planung vor Oslo⁵

Es besteht eine Übereinstimmung zwischen den Regierungen, dass die Regelungen der *IV. Haager Konvention* von 1907 für die von Israel besetzten arabischen Gebiete anwendbar sind. Die absolute Mehrheit der Staaten akzeptieren ebenso, dass die *IV. Genfer Konvention* von 1949 auch für den Fall des besetzten Westjordanlandes gilt. Israel akzeptiert dies jedoch nicht, da es nicht akzeptiert, dass die West Bank im Sinne der Genfer Konvention „beschlagnahmte“ ist. In Israel vertritt man die Meinung, dass es sich bei den besetzten palästinensischen Gebieten (WB & GS) um ein *umstrittenes* Territorium handle, sprich dass diese Gebiete kein ‚durch Krieg okkupiertes Territorium‘ seien, denn Israel habe nie die Gebiete als ‚Feindesland‘ angesehen und deswegen seien die Bestimmungen der Genfer und Haager Konventionen für Israel nicht bindend. Diese Position Israels basiert auf dessen Behauptung, dass der rechtliche Status der Territorien *einzigartig* sei, da die jordanische Herrschaft über die West Bank nie international anerkannt worden sei und da Ägypten nie seine Souveränität über den Gazastreifen eingefordert hätte.⁶ Israel erklärt zwar immer wieder, dass es die „humanitären Prinzipien“ der Genfer und der Haager Konventionen respektieren werde, jedoch ohne diese Prinzipien zu definieren und ohne dies je zu tun.

In Wahrheit steht Israel mit dieser Meinung ziemlich alleine, nicht nur unter den Ländern der Weltgemeinschaft, sondern auch unter den internationalen Organisationen, insbesondere der internationalen Kommission des Roten Kreuzes, welche die Position vertritt, dass das *IV. Genfer Abkommen* bei jeder militärischen Besetzung eines Territoriums anwendbar ist, ganz gleich welchen hoheitlichen rechtlichen Status dieses vor der Besetzung hatte.

Bezüglich ‚Planung‘ in den besetzten palästinensischen Gebieten schreibt das internationale Gesetz vor:

1. Die Besatzungsmacht soll eine effektive Verwaltung in den besetzten Gebieten errichten, die getrennt von der des Staates der Besatzungsmacht operieren kann. Diese Verwaltung hat nicht nur die Pflicht, ein Minimum an Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern auch das gesamte soziale, kommerzielle und ökonomische Leben des Landes zu leiten;
2. die Besatzungsmacht übernimmt nur eine vorläufige Autorität und keine Souveränität, so muss der Besatzer, sofern dieser nicht grundlegend davon abgehalten wird, die vorherigen Gesetze des Landes respektieren. Änderungen, die von der eigenen Regierung ausgehen, sollten nicht permanent stattfinden und sollten nur zum Schutz und Sicherheit der eigenen Militärmacht und/oder um das Wohlergehen der lokalen Bevölkerung zu fördern durchgeführt werden.⁷ Stadtplanung ist sicherlich eine zentrale Angelegenheit der Verwaltung, deren Fortbestand die Besatzungsmacht (und an die bis dato gültigen *Bau-Gesetze* des Landes bzw. der bisherigen Autorität anschließend) zu gewährleisten hat. Gewählte lokale Körperschaften sollten erlaubt werden und Wahlen sollten stattfinden.

Jordanisches Gesetz Nr. 79 (1966) versus israelische Militärorder

Die laut internationalem Recht illegale Annexion Jerusalems war eine der ersten Maßnahmen der israelischen Regierung unmittelbar nach der Eroberung der Stadt im Juni 1967.⁸ Die Altstadt Jerusalems (Ostjerusalem) wurde im Juni 1967 innerhalb eines Monats annektiert und mit dem westlichen Teil der Stadt vereinigt. Ostjerusalem und die jüdischen Siedler in der West Bank stehen seitdem unter dem israelischen Gesetz, inklusive dem Baugesetz.

Laut UNO-Teilungsplan von 1947 hatte die Heilige Stadt den Sonderstatus eines *Corpus Separatum* (Deutsch: abgesonderter Körper) und sollte international verwaltet werden bzw. dem internationalen Recht direkt unterliegen. Außer dem internationalen Gesetz (für Jerusalem), hat es zwei Gesetzeschreibungen in der West Bank gegeben, nämlich (a) das jordanische Gesetz, das zum großen Teil abgeändert bzw. von (b) den so genannten

5 Siehe z. B. das Buch der Rechtsexpertin Playfair, Emma (Hrsg), *International Law and the Administration of Occupied Territories*, Oxford University Press, 1992 (reprinted 2003), insbesondere den Beitrag von Christopher Greenwood: *The Administration of Occupied Territories in International Law*, S.241-266, sowie den Beitrag von Mona Rishmawi: *The Administration of the West Bank under Israeli Rule*, S.267-293. Ein Beispiel der Teilaspekte der Besatzungspraktiken ist die Studie von Al-Haq, *Israeli Proposed Road Plan for the West Bank: A Question for the International Court of Justice*, eine Studie über den damals noch geplanten Road 50 (1982) – siehe unten – von den Juristen Aziz Shehadeh, Fuad Shehadeh und Raja Shehadeh, Nov. 1984, siehe insbesondere die Kritik der Autoren an die israelische Justiz, S.5-8.

6 Benvenisti, Meron: *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.37.

7 Greenwood, Christopher, *The Administration of Occupied Territories ... a.a.O.*, in: Playfair, Emma (Hrsg): *International Law ... a.a.O.*, S.246-247.

8 Vgl. Abschnitt 3.7.4 bzw. Fußnote 172 dieser Arbeit.

‚Sicherheitsverordnungen‘ (*Military Orders*) der israelischen militärischen Besatzungsmacht ersetzt wurde. Diese lösen, in klarer Verletzung des internationalen Rechts, beinahe alle vorherigen Gesetze in den besetzten Gebieten ab. Laut der palästinensischen Menschenrechtsorganisation ‚Al-Haq‘ wurden mehr als 1.300 militärische Verordnungen, die so genannten *IDF- Military Orders*, zwischen 1967 und 1989 für die besetzten arabischen Gebiete seitens der militärischen Regierung bzw. der zivilen Administration der West Bank und Gaza erlassen. Diese Orders wurden ab 1981 alle 6 Monate veröffentlicht, oft einige Zeit nachdem sie in Kraft getreten sind.⁹

Administratives System in der West Bank, vor und nach Juni 1967		
	<i>Angewandtes Gesetz bis Juni 1967</i>	<i>Ab Juni 1967, abgeändert durch</i>
<i>Palästinenser</i>	Jordanisches Gesetz Nr. 79	Israelische Militärorder
<i>Jüdische Siedler</i>	<i>Keine jüd. Siedler, aber kleine jüd. Gemeinden unter dem jordanischen Gesetz</i>	Israelisches Gesetz
MS., 2010		

Tabelle 5-1: Administratives System in der West Bank, vor und nach 1967.

Es ist allgemein bekannt, dass die Leitung der Stadtplanung vielleicht der schwierigste Aspekt für die öffentliche Administration ist. Die Aufgabe wird umso komplizierter, wenn repräsentative politische Sichtweisen fehlen und wenn die Beteiligung der öffentlichen Meinungsäußerung nicht vorhanden ist. Auf den israelisch-palästinensischen Konflikt projiziert, gibt es somit ein fundamentales Missverhältnis zwischen der Erwartung des internationalen Gesetzes, nämlich dass Besatzung eine temporäre Sache bzw. ein vorübergehender Umstand ist und der Stadtplanung, die ein Mittel ist, mit dessen Hilfe Menschen einen vorsorgenden mittel- bis langfristigen Blick in ihre eigene Zukunft haben und diese gestalten können.

Wenn es auch aufgrund des Konfliktes auf den ersten Blick nicht ersichtlich ist, hatte Palästina vor 1967 eine besonders interessante Geschichte moderner und viel versprechender gesetzlicher Stadtplanung, die erst durch die israelische Besatzung ab 1967 blockiert worden ist:

I/ Unter osmanischer Herrschaft

Unter osmanischer Herrschaft wurde ein Baugenehmigungssystem in städtischen Gebieten eingeführt. Laut diesem osmanischen Gesetzespaket (*Gesetz zur Verwaltung der Vilayet* von 1871; *Gesetz zur Konstruktion und Ausrichtung von Straßen* von 1891) konnten bis 25% des Privatbesitzes zwecks Stadtentwicklung oder des Straßenbaus von Seiten der Behörden enteignet werden und es wurden Steuern erhoben, wenn ein Grundstück infolge einer neuen Straßenkonstruktion an Wert gewonnen hat. Dieser Aspekt des osmanischen Baugesetzes besteht bis heute. Jedoch wurde dieses Gesetz kritisiert, da seine Bestimmungen nie angemessen umgesetzt und, wie alle osmanischen Gesetzespakete der Zeit, bloß als eine „erlösbringende Maßnahme“ angesehen wurden.¹⁰ Einer der kritischsten Aspekte der osmanischen Gesetzgebung war die Tatsache, dass der ländliche Raum entwicklungstechnisch beinahe komplett vernachlässigt wurde. Indem lediglich der urbane Raum berücksichtigt wurde, existierte in den osmanischen Bauvorschriften so etwas wie der regionalplanerische Aspekt faktisch nicht. Dieser Umstand hatte vor allem für die Rechte der palästinensischen Bauern verheerende Folgen, denn infolge des nebulösen legislativen Status des ländlichen Raumes (überwiegend fehlende Landregistrierung) und der fehlenden Bauvorschriften, war eine Entwicklungsplanung für den ländlichen Raum nicht möglich.

II/ Unter britischer Herrschaft

Unter britischer Herrschaft wurde Stadtplanung in Palästina durch die so genannte ‚Town Planning Ordinances‘ von 1921 und 1936 reguliert, welche zu einem erheblichen Teil auf zeitgenössischen britischen Rechtsvorschriften basierten, wenn auch viele Befugnisse durch die Zentralregierung des Mandats ausgeübt wurden. Wichtig an den britischen Verordnungen war, dass diese (vor allem das Gesetz von 1936) nicht nur die Basis der aktuellen Gesetzgebung in Jordanien (also auch in der West Bank) und Israel bildeten, sondern auch eine moderne Stadtplanung in den Städten und in den Hauptdörfern der West Bank begründeten. Unter der ‚Ordinance‘ von 1921 wurden ‚Rahmenpläne‘ für Gesamt-Jerusalem angefertigt und vermutlich wurden bereits in dieser Zeit

⁹ Al-Haq: *A Nation under Siege – Al-Haq annual report on human rights in the occupied palestinian territories*, Ramallah, 1989.

¹⁰ Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.40.

Flächennutzungspläne zur Entwicklung anderer Städte wie Nablus und Tulkarm skizziert.¹¹ Vor allem für die Planung der Stadt Jerusalem hatte die Mandatsregierung bis zum Ende der britischen Herrschaft über Palästina ein besonderes Interesse gezeigt, und eine Reihe von wichtigen Plänen wurden für die Stadt zwischen 1918 und 1946 angefertigt, die nicht nur den ‚besonderen Charakter‘ der Stadt bewahren sollten, sondern auch versuchten, den offenen Charakter der alten Stadt gegen Osten (d.h. Ölberg und Kidron-Tal) zu erhalten, während sie eine Expansion der Stadt in Richtung Norden, Westen und Süden erlaubten.¹²

Rahmenpläne (outline plans) für die Gemeinden der West Bank, bis 1991						
Gemeinde	Einwohnerzahl 1000) ¹	(x Mandatsplan ²	Jordansicher Plan ³	Aktueller Plan (1991)		Bürgermeister (BM)
				angefertigt von	Aktuelle Stand (Okt.1991)	
Ostjerusalem	136	Ja	Ja	(Verschiedene)	(Nicht feigegeben)	Israelischer BM
Nablus	107	Ja	1961	Khayat (1984)	Studie	Kein BM seit 1988
Hebron	79	Ja	-	Keinem	-	Von Israel ernannt
Betlehem	34	Ja	1965	Khayat (1983)	Teil angefertigt	Gewählt
Tulkrem	30	Ja	1962	C.E.P.	Fertiggestellt (1987)	Gewählt
Jenin	26	Ja	1962	Khayat (1985)	Abgelegt	Von Israel ernannt
Ramallah	25	Ja	1964	Khayat (1983)	Fertiggestellt	Von Israel ernannt
El-Bireh	23	-	1966	Khayat (1983)	Fertiggestellt	Von Israel ernannt
Yatta	21	-	-	Abu Shalbak	Freigegeben (1975)	Von Israel ernannt
Qalailya	19	-	-	Israelischer Berater	Studie	Von Israel ernannt
Dura	13	-	-	Romem	Abgelegt	Von Israel ernannt
Jericho	13	Ja	1961	Abu Shalbak	Fertiggestellt (1973)	Von Israel ernannt
Beit Jalla	11	Ja	-	Israelischer Berater	Studie	Gewählt
Tubas	11	-	1961	C.E.P. (1982)	Fertiggestellt	Von Israel ernannt
Qabatya	11	-	-	Khayat (1983)	Fertiggestellt	Gewählt
Beit Sahur	10	-	1953	C.E.P. (1982)	Abgelegt	Kein BM
Halhul	10	-	-	Khayat (1983)	Teil angefertigt	Gewählt
Yaabad	9	-	1963	Abu Shalbak	Freigegeben (1978)	Von Israel ernannt
Anabta	6	-	1960	C.E.P. (1982)	Fertiggestellt	Gewählt
Arraba	6	-	1965	C.E.P. (1982)	Fertiggestellt	Von Israel ernannt
Salfit	5	-	-	C.E.P.	Teil angefertigt	Von Israel ernannt
Silwad	4	-	-	Ravid	Freigegeben (1974)	Gewählt
Deir Dibwan	4	-	1966	C.E.P.	Angefertigt	Gewählt
Bani Zayd	3	-	1966	Treish (1980)	Teil angefertigt	Gewählt
Bir Zeit	3	-	1963	Abu Shalbak (1990)	Studie	Von Israel ernannt
Betunia	3	-	-	C.E.P.	Teil angefertigt	Von Israel ernannt
(26 Gemeinden)	486 (+ Ostjerusalem)	9	16			

1) Palästinensische Bevölkerungsabschätzung, abgeleitet aus: *The West Bank and Gaza Atlas*. The West Bank Data Project, 1988.

2) Die Pläne, die während der Mandatszeit und der jordanischen Herrschaft angefertigt wurden, erfassen nur das Gebiet des seinerzeit ausgewiesenen Stadtbezirkes.

3) Die angegebenen Zeitdaten sind entweder der Ablegungs- oder -Genehmigungstermine der Pläne. Es ist möglich, dass einige von ihnen, darunter Anabta, nicht genehmigt wurden.

Quelle: Coon, 1991, übers. v. MS., 2010

Tabelle 5-2: Rahmenpläne für die Gemeinden der West Bank, bis 1991.

Mit den britischen Bauverordnungen von 1936 wurde eine neue Zwischenstufe der administrativen Hierarchie eingeführt, nämlich den so genannten ‚Distrikt-Planungsausschuss‘ mit Komitees, die zwischen den loka-

11 Luke, H. R. and Keith-Roach, E.: Handbook of Palestine, p.352, MacMillan and Co., London, 1922, in: Coon, Anthony: *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.40.

12 Die bekanntesten Pläne für Jerusalem (nach Planverfasser benannt): Mclean (1918), Geddes (1919), Ashby (1922), Holliday (1924) und Kendall (1946). Angaben aus Efrat, Elisha, *Changes in the Town Planning of Jerusalem 1919-1969*, Planning Department, Ministry of Interior, Israel, 1971, Vgl. Coon, Anthony: *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.41.

len Behörden und der zentralen Mandatsregierung fungierten. Diese Planungskomitees fertigten unter der ‚Town Planning Ordinance‘ von 1936 eine Vielzahl von Rahmenplänen (*outline plans*, siehe Tabelle 5-2) für die wichtigsten Gemeinden (Städte und Hauptdörfer) der West Bank sowie Regionalpläne an, die das ganze Territorium der West Bank erfassten. In Wahrheit war die Progressivität von Planungsergebnissen in der West Bank während des britischen Mandats beachtlich und war, was die Aufbereitung von gesetzlichen Plänen betrifft, in der Gründung eines umfassenden Entwicklungskontrollsystems und in der Einführung der ‚Steuer auf Wertsteigerung von Grundbesitz‘ sogar fortschrittlicher als in England selbst. Dieses vielversprechende Gesetz hatte jedoch seine Fehler, die man unter anderem in den leidigen Fragen nach der Definition von ‚Wertsteigerung‘ sowie dem ‚Maß der zentralen Kontrolle‘ sehen konnte.¹³ Dies veranlasste die britische Mandatsregierung, einen neuen Gesetzesentwurf im Jahre 1945 zu veröffentlichen, der jedoch nie in Kraft gesetzt wurde.¹⁴

III/ Unter jordanischer Herrschaft

Die britische Verordnung von 1936 blieb im Westjordanland in Kraft bis das erste Planungsgesetz unter jordanischer Herrschaft im Jahre 1955 erlassen wurde. Dieses Gesetz (*Planungsgesetz für Städte, Dörfer und Bauten Nr. 31, 1955*) wurde wiederum im Jahre 1966, also kurz vor der israelischen Invasion im Juni-Krieg 1967, durch ein neues jordanisches Gesetz, nämlich durch das *Gesetz Nr. 79* ersetzt.¹⁵ Bis zur israelischen Besetzung des Landes im Juni 1967 wurde Bauplanung im Westjordanland nach diesem Gesetz reguliert, das 1967 noch in Wirkung war. Dieses Gesetz war eine komplexe Mischung aus osmanischen, mandatsbritischen und jordanischen Gesetzen.

Die Planungshierarchie im Gesetz Nr. 79 baute auf den Planungsautoritäten der britischen Verordnung von 1936 auf, jedoch dieses Mal mit dem ‚Jordanischen Hohen Planungsrat‘ (Jordanian High Planning Council ‚HPC‘) als oberster Planungsautorität. Unter dem HPC gab es insgesamt drei Distrikt-Planungsausschüsse in Nablus, Jerusalem und Hebron, deren Mitglieder Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Recht und lokalen Interessen waren. Die dritte Instanz bildeten die städtischen und ländlichen Planungsräte.¹⁶ Diese wurden von den Bürgern zumeist direkt gewählt und waren nur für Gebiete innerhalb von Stadtbezirken zuständig. Später wurde eine *Zentralplanungsbehörde* als Oberaufsichtsorgan errichtet, das dem HPC – bezüglich der Vorbereitung und Genehmigung von Plänen sowie bei der Bewilligung bzw. Berufung von Baugenehmigungen – mit technischem Rat zur Seite stehen sollte.¹⁷

Das Gesetz Nr. 79 sah drei Entwicklungsplanhierarchien vor, die alle mit der Landnutzung zu tun hatten. Hinzu kamen Vorschläge, die sich mit der Landbesitzfrage und dessen Parzellierung auseinandersetzen. Das wesentliche Ziel des Gesetzes war es, eine Abfolge von (1) Regional-, Rahmen-, (2) Detail- und (3) Parzellierungsplänen anzufertigen, um eine zunehmend detaillierte Definition und Illustration zukünftiger Entwicklung zu bestimmen.¹⁸

IV/ Unter israelischer Herrschaft (Militärbesatzung)

Laut internationalem Recht sollte die israelische Besatzungsmacht bestrebt sein, das bis zum Juni 1967 in der West Bank geltende jordanische Gesetz aufrechtzuerhalten. Es hätte auch während der israelischen Besatzung weiter seine Wirkung haben sollen. Die lokalen Planungskörperschaften und Autoritäten sollten ihre Funktionen im Einklang mit diesem Gesetz fortführen. Die zentrale administrative Körperschaft sollte ihre Arbeit separat und unabhängig von den israelischen Institutionen erledigen, und die Objekte bzw. der Inhalt der Planung sollte die Förderung der sozialen und ökonomischen Interessen der Palästinensischen Bevölkerung sein.

Den israelischen Regierungen und deren Stadtplanern kam es aber schon aus ideologischen Gründen nie in den Sinn, die Kontrolle über die Planung den einheimischen Palästinensern zu überlassen oder diese wenigstens am Planungsprozess zu beteiligen. Während der 27 Jahre direkter israelischer Besatzung (1967-1994) hatten weder die *Zentrale Planungsabteilung* noch irgendeine andere Abteilung der Besatzungsregierung, die sich

13 Anglo-American Committee of Enquiry: a Survey of Palestine, p. 781, 1946, in: Coon, Anthony: *Town Planning under ... a.a.O.*, S.41.

14 Town and Country Planning and Building Bill, veröffentlicht in Palestine Gazette No. 1431 vom 13. August 1945, in Coon, Anthony: *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.41.

15 Jordanisches Gesetz für Städte, Dörfer und Gebäude Nr. 79, 1966.

16 Benvenisti/Khayat, *The West Bank and Gaza Atlas*, Map 11, West Bank Data Project, 1988.

17 Coon, Anthony: *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.42. Die Verortung des Distriktplanungskomitees der West Bank laut Gesetz Nr. 79 kann man in: Benvenisti/Khayat: *The West Bank and Gaza Atlas ... a.a.O.*, Map 11, sehen.

18 Ebenda.

mit Entwicklungsschemen befasste je versucht, repräsentative palästinensische Gruppen, ob politische, kulturelle, religiöse, professionelle, ökonomische oder gesellschaftliche Gruppen, in den Planungs- und Strategien-Prozeduren zu konsultieren. Ganz im Gegenteil, die Israelis waren und sind bis heute palästinensischen Entwicklungsprojekten gegenüber feindselig. Diese erfordern naturgemäß eine unabhängige palästinensische Planung und Verfügung über die eigenen Landesressourcen. Um die Entwicklung in der West Bank zu kontrollieren, brachten die israelischen Autoritäten nach 1967 eine Reihe von Strategien ein und änderten einige Gesetze im Land. Sie verwendeten verschiedene Instrumente um dieses Ziel zu erreichen:

1. Die Revision des bis dato gültigen administrativen Systems, um die Landesbewohner zu kontrollieren;
2. die Annexion von palästinensischem Land, um es als Reserveland für den jüdischen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten zu sichern; und
3. die Einleitung neuer Planungsschemen für die Region, um den Kolonisationsprozess anzuordnen und zu legitimieren.

Diese Instrumente basierten ideologisch auf dem fundamentalen zionistischen Denken. Die Grundeinstellung der israelischen Gründerväter und -vordenker hat sich im Planen und Handeln der israelischen Regierungen bis heute faktisch nicht verändert. Dass die zionistischen Politiker seit den Anfängen das Problem entwicklungspolitisch einseitig sahen, bezeugen unzählige Aussagen der Politiker, der Staatsgründer und -vordenker. Bereits 1921 bemerkte Dr. Eder, ein Mitglied des zionistischen Komitees: „Es kann in Palästina nur eine nationale Heimstätte geben, und die muss jüdisch sein. Zwischen Juden und Arabern ist keine Gleichheit möglich, sondern nur ein jüdisches Übergewicht, das sich dann einstellen wird, wenn die Vertreter unserer Rasse sich genügend vermehrt haben“.¹⁹ Ben-Gurion, der später erster Premierminister Israels wurde, äußerte 1937: „Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner [...] Wenn man sagt, dass Erez Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt [...] Palästina muss und soll nicht die Frage beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt“.²⁰

Während die jordanischen Gesetze, die vor der israelischen Besetzung der West Bank in Kraft waren, die Struktur, die Jurisdiktion, die Befugnisse, die Aufgaben und die Ziele einer jeden Regierungsabteilung klar identifizierten, waren die israelischen Militärorder für die besetzte West Bank seit 1967 hingegen ziemlich vage. Folglich war es nicht möglich, die Struktur der israelischen Administration in der West Bank durch eine Überprüfung der Militärorder zu beschreiben, da die Funktionen der Institutionen, die durch diese Anordnungen entstehen durften, eben nicht definiert worden sind. Ein gutes Beispiel für diesen Umstand ist die unten erläuterte Militärorder 418 für die Steuerung der Planung in der West Bank. Eine Ausnahme bildete hier die Militärorder 947, die 1981 die Basis für die Schaffung der israelischen ‚Zivilverwaltung‘ in der West Bank bildete.²¹ Das System hinter der israelischen Administration in der West Bank zielte offensichtlich darauf, die zentrale Regierung in Amman mit der zentralen Regierung in Jerusalem zu ersetzen, um den kolonialen Zielen Israels zu dienen. Die oben geschilderten israelischen Instrumente zur Restriktion der palästinensischen Entwicklung in den besetzten Gebieten schufen in den Jahren der Besetzung die idealen Rahmenbedingungen zur Verwirklichung der zionistischen Wunschziele in Palästina, insbesondere die schleichende Vertreibung der Palästinenser bzw. die Schaffung eines möglichst araberfreien Territoriums, um einen rein jüdischen Staat in Gesamtpalästina zu schaffen.

5.1.2 Militärorder Nr. 418 (1971): Israelisierung der Planung im Westjordanland

Nach Meron Benvenisti waren die Prozeduren für Raumplanung und für Baugenehmigungen in der West Bank während der ersten Jahre der israelischen militärischen Besetzung vollkommen unkontrolliert. Die israelische Militärregierung erkannte die Bedeutung des Planungsprozesses für ihre Herrschaft über die West Bank und begann damit, den Prozess mittels Militärbefehlen zu kontrollieren. Bereits 1970 erließ die Regierung die *Militärorder 393*, die den israelischen militärischen Oberbefehlshaber in der West Bank autorisierte, Baukonstruktionen zu verbieten, durchzuführen oder ihre Auflagen zu bestimmen.²² Der oben genannten *pro-*

¹⁹ Dr. Eder, Vorsitzender der Zionistischen Kommission in Palästina vor dem Untersuchungsausschuss zu den Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Siedlern und Palästinensern im Jahr 1921. Zitat nach: Ziff, Williams: *The Rape of Palestine*, London 1948, S.149, in: Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.30.

²⁰ David Ben-Gurion, *Zionistische Außenpolitik*, Berlin 1937, S.28, zitiert in: Zschiesche/Waltz: *Die Erde habt ihr ... a.a.O.*, S.30.

²¹ Rishmawi, Mona, *The Administration of the West Bank ... a.a.O.*, in Playfair, Emma (Hrsg): *International Law ... a.a.O.*, S.268.

²² Bahiri, Simcha, *Construction and Housing in the West Bank and Gaza – Research Report for The West Bank Data Base Project (WBDDP)*, published by

clamation no. 2 vom 07. Juni 1967 des israelischen Befehlshabers (Vgl. Fußnote 4) folgten insgesamt 10 israelische Militärorder, die sich auf das jordanische Planungsgesetz Nr. 79 bezogen²³ und, die alle den gezielten Abbau der palästinensischen Entwicklung verfolgten, die auf jordanischer administrativer Basis hätte erzielt werden können, indem sie sich offiziell als eine geänderte Fassung des jordanischen Gesetzes hinstellten, in Wahrheit aber seine Bestimmungen untergruben und es in der Folge bedeutungslos machten.²⁴ Die erste dieser Militärorders (*Militärorder 418*) wurde im Jahre 1971 veröffentlicht und war eine Novellierung des jordanischen Gesetzes Nr. 79 (Abb. 5-1).

Die israelischen Militärbefehle bezüglich Planung in der West Bank verfolgten und bewirkten tatsächlich

1. einen Transfer der Befugnisse von den im jordanischen Gesetz Nr. 79 vorgesehenen Autoritäten zu benannten Personen der israelischen Regierung; und
2. eine zusätzliche Übertragung von Machtbefugnissen an die HPC, um jede Planungsentscheidung in der West Bank zu beeinflussen.²⁵

Im Text der Militärorder 418 (Artikel 1/b) werden die ‚Sicherheitsbestimmungen‘ als Basis dieser Order (wie bei allen anderen israelischen Orders für die besetzten Gebiete) festgelegt. *Artikel 2* transferiert alle Planungsbefugnisse von den im jordanischen Gesetz Nr. 79 vorgesehenen Autoritäten (bis auf eine Ausnahme) zu Personen, die der militärische Oberbefehlshaber der israelischen Besatzungsregierung ernennt. An erster Stelle kommt die Übertragung der Macht des *jordanischen Ministers* und seine Rolle als *Leiter des High Planning Council* (HPC) an die so genannten „person in charge“, die in dieser Order definiert wird als diejenige Person, die im Rahmen dieser militärischen Anordnung vom Gebietsbefehlshaber zur Übernahme von Verantwortlichkeiten berufen wird. Die Rolle des palästinensischen Distrikt-Planungskomitees für Städte und Dörfer – eine wichtige progressive Errungenschaft aus mandats-britischer und jordanischer Zeit – wurde zugunsten des israelischen HPC abgeschafft. Die Befugnisse der lokalen Planungskomitees wurden an so genannte ‚speziellen Planungskomitees‘ übertragen, die von der israelischen Militärregierung ernannt wurden. Die Dorfräte sollten laut diesem Gesetze von so genannten ‚Dörfer-Planungskomitees‘ ersetzt werden (Artikel 2, Abbildung 5-1).

Die andere fundamentale Änderung, die die Militärorder 418 mit sich brachte, war, dass die nun israelische HPC jeder Zeit und aus welchen Gründen auch immer (oder auch grundlos) berechtigt war, jeden Plan und jede Genehmigung zu ändern, zu annullieren oder zu ignorieren. Der HPC war ebenso autorisiert, die Befugnisse jeder anderen Planungsautorität zu übernehmen oder jedem Antrag auf Genehmigung zuzustimmen bzw. diesen abzulehnen (*M.O. 418, Artikel 7*). Das bedeutete, dass der HPC in Sachen Planung und Baugenehmigung de facto unbeschränkte Befugnisse hatte und dass alle Vorschriften des Jordanischen Gesetzes Nr. 79 von Seiten der HPC missachtet werden konnten. Und weil die HPC nur dem Oberbefehlshaber der Armee gegenüber verantwortlich war und bestimmte Artikel der militärischen Anordnungen nie in Entscheidungen der Militärregierung zitiert wurden, wussten die palästinensischen Bewohner der West Bank nicht, ob offizielle Maßnahmen im Sinne des Planungsgesetzes (Nr. 79) standen oder mittels Ignorierung der Bestimmungen des gleichen Gesetzes, wie es der Armee-Oberbefehlshaber per Order für sich beansprucht hat, in Kraft traten. Das jordanische Planungsgesetz ist zwar laut Militärorder 418 noch insoweit intakt, dass es für einige formelle Änderungen beansprucht wurde, jedoch war die eigentliche Wirkung der israelischen Militärorder, das Gesetz Nr. 79 als Mittel zur Freisetzung von gründlichen, beständigen, sachkundigen und schließlich fairen Planungsentscheidungen außer Kraft zu setzen.

Der israelische Planungsprozess im Westjordanland war bis 1977 und trotz allen zionistischen Siedlungsplänen eher beschränkt und die Bemühungen der israelischen Behörden in Sachen Planung begrenzten sich hauptsächlich auf die Verhinderung von palästinensischen Baukonstruktionen in der Nähe von empfindlichen Militärgebieten. Mit der Machtergreifung der Likud im Jahre 1977 wurden weitere Restriktionen auf den palästinensischen Raumplanungsprozess für das Westjordanland angeordnet. Ab diesem Zeitpunkt reflektierte

the Jerusalem Post, 1989 (eine analytische Bestandsaufnahme der israelischen Besatzungspraktiken), S.63 (Nach Benvenisti, Merons Report: Demographic Economic, Legal, Social and Political Developments in the West Bank, WBDP, Jerusalem 1986, p.32).

23 Diese sind: M.O. 418 (1971), M.O. 577 (1974), M.O. 604 (1975), M.O. 778 (1979), M.O. 814 (1979), M.O. 860 (1980), M.O. 895 (1981), M.O. 1043 (1983), M.O. 1100 (1983) sowie M.O. 1227 (1988). Vgl. Coon, Anthony: *Town Planning under ... a.a.O.*, Table 11, S.56-58.

24 Bahiri, Simcha: *Construction and Housing ... a.a.O.*, S.62. Siehe auch Coon, Anthony: *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.55.

25 Coon, Anthony: *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.55.

der Planungsprozess exklusiv die israelischen Interessen. Hingegen wurden die Interessen und Bedürfnisse der Araber von Seiten der israelischen Regierung nicht etwa als eine Verpflichtung, die sie als Besatzungsmacht wahrnehmen musste, sondern als Sachzwänge gesehen, die zu überwinden waren.²⁶

Military Order 418

„Israeli Defence Force: Order no. 418 Order relating to the Law of Cities, Villages and Buildings

Since I am convinced that it is necessary for the proper administration of development and construction work in the area, and for the purpose of ensuring timely planning and convenient arrangements for permits for such work, I order the following:

Interpretation:

1. (a) In this Order:
 “*The Law*”: the [Jordanian] Law of Planning Cities, Villages and Buildings no. 79 of the year 1966
 “*The Person in Charge*”: anyone appointed by the Area Commander to assume responsibility under this Order
- (b) Every other term in this Order shall be interpreted as in all other security legislation.

Transfer of Powers:

2. Powers exercised under the Law by:
 1. the Minister shall be transferred to the person in charge
 2. the district commission for planning towns, villages and buildings shall be transferred to the High Planning Council
 3. the local committee appointed following the procedure specified in article 9(1)d of the Law shall be transferred to a special planning committee
 4. the village council shall be transferred to village planning committees.

Decision Making:

3. Committees mentioned in this Order will take decisions by majority of those attending, provided that the number of committee members. (*sic*)

Committee Membership:

4. (a) The High Planning Council and the village planning committees shall be appointed by the military commander
 (b) the special planning committees shall be appointed by the High Planning Council.

Power to Remain:

5. Powers exercised under the Law by a local planning commission in a municipal planning area will continue to be valid.

Translation Regulations:

6. Plans approved and permits issued before the application of this Order will continue to be exercised

Special Powers:

7. Notwithstanding the provision of article 5 of The Law, the High Planning Council may:
 1. Amend, cancel or suspend for a specified period the validity of any plan or permit
 2. Assume the powers allocated to any of the committees mentioned in articles 2 and 5
 3. Grant any permit which any of the committees mentioned in articles 2 and 5 are empowered to grant, or amend or cancel such a permit
 4. dispense with the need for any permit which The Law may require.

Date of Coming into Force:

8. This Order shall come into force on 1 April 1971

Title:

9. This Order shall be referred to as “Order for Planning of Towns, Villages and Buildings (Judea and Samaria) (no 418) of the year 1971.

*Rafa'el Vardi, Brigadier General
Commander of the Judea and Samaria area.”*

The above is translated from the Arabic version of the military order

Abb. 5-1: Israelische Militär-Order 418, 1971.

Die israelischen Militärbefehle, insbesondere die Militärorder 418, führten in Wahrheit zur Aushöhlung der

²⁶ Bahiri, Simcha, *Construction and Housing ... a.a.O.*, S.63.

Bestimmungen des bis dato gültigen Jordanischen Gesetzes Nr. 79. Mit anderen Worten: die undemokratischen, nebelösen, hastig verfassten und vor allem zweckfremden Bestimmungen dieser Anordnungen haben das Gesetz als Mittel zur Freisetzung von gründlichen, sachkundigen, nachhaltigen und schließlich fairen Planungsentscheidungen, de facto außer Kraft gesetzt.

Zweifelsohne kontrollierte die israelische Militärregierung das Geschehen in den besetzten Gebieten sehr präzise. Dennoch hatte diese Kontrolle der eisernen Hand der Militärbesatzung für Israel (spätestens nach Friedensabschluss mit Ägypten im Jahre 1979) einen starken politischen Beigeschmack, nämlich die Tatsache, dass die alles andere als gewaltfreie Militärverwaltung und gewöhnliche Militärdiktaturen der Zeit sich einfach assoziieren ließen. Und das passte nicht ins israelische Opfer-Bild als eine „demokratische Oase“ mitten im feindlichen Kontext hinein. Es musste daher eine neue Form des israelischen Regierens in den besetzten arabischen Gebieten gefunden werden, die die israelische Besatzung nach außen hin besser verkaufte und dennoch die Ziele der Zionisten im Territorium ermöglichte, nämlich die Kontrolle über Land und Leute zuerst durch Revision des bis dato gültigen administrativen Systems. Das Zauberwort hieß dann ab 1981 die „Zivilverwaltung“.

Zivilverwaltung und ‚jüdische Siedlungsräte‘ in der West Bank

Die Suspendierung des administrativen Systems in der besetzten West Bank wurde in die Tat umgesetzt, indem die israelischen Autoritäten gleich nach dem Junikrieg 1967 eine ‚Militärregierung‘ zur Verwaltung der besetzten West Bank errichtete. 1981, etwa zwei Jahre nach dem Unterzeichnen des *Camp-David-Friedensabkommens* (1979) zwischen Ägypten und Israel, wurde die so genannte ‚Zivilverwaltung‘ (Civil Administration) als Ersatz für die Militärregierung errichtet. Die Zivilverwaltung war die israelische Interpretation der im *Camp-David-Abkommen* vorgesehenen „Autonomiepläne“ für die West Bank. Denn nach israelischer Sicht ruft das Camp-David-Abkommen zum Rücktritt (*withdrawal*) der ‚Militärregierung‘ in den besetzten Gebieten und nicht zu deren ‚Abschaffung‘ (*abolition*) auf. Demzufolge blieb der militärische Kommandeur weiterhin für jeden ‚selbstregierenden Gemeinderat‘ direkt zuständig.²⁷

Damals hatte der israelische Premierminister *Menachem Begin*, ganz im Sinne der bisherigen zionistischen Politik, die arabischen Palästinenser aus wohlbekanntem Gründen nicht als eine ‚politische Entität‘ (Volk) anerkannt und setzte sich bei deren Bezeichnung im Text des Friedensabkommens als ‚die Bewohner von Judäa und Samaria‘ durch. Ein unabhängiger palästinensischer Staat kam für Israel erst gar nicht in Frage, eine vollständige territoriale Autonomie für die Palästinenser wurde von Israel ebenfalls abgelehnt, da diese den Kern für einen PLO-Staat bilden würde. Die einzige tolerierte politische Lösung wurde Begins „Autonomie für die Bewohner“ der besetzten Gebiete.²⁸ Im so genannten ‚autonomy proposal‘ Menachem Begins (März 1979), setzten die Israelis offen und unmissverständlich ihre Absichten und Ziele in den besetzten Territorien fest: „Die jüdischen Bewohner von Judäa, Samaria und Gaza werden den Gesetzen Israels unterworfen sein“ und „Die jüdischen Siedlungen sollten unter israelischer Kontrolle bleiben.“²⁹ Die Position der Israelis bezüglich ihrer Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten war von Anfang an klar: Sie beabsichtigen, *dauerhaft* im Land zu bleiben, die bereits existenten israelischen Siedlungen dort zu festigen und neue Siedlungen zu bauen.³⁰ Die israelische Zeitschrift *Haaretz* veröffentlichte am 19. April 1979 Israels Position über Staatsland und Autonomie in den besetzten arabischen Gebieten:

- Das so genannte ‚Staatsland‘ in den besetzten arabischen Gebieten sollte für militärische Nutzungen sowie zwecks des Siedlungsbaus unter israelischer Kontrolle bleiben. ‚Unkultiviertes Land‘ soll in diesem Sinne Staatsland werden;
- die israelische Armee sollte sich im Falle einer Autonomie für die besetzten Gebiete keineswegs zurückziehen. Die Truppen sollten lediglich in speziell vorgesehenen ‚Sicherheitsstandorten‘ innerhalb der besetzten Gebiete (vor allem der West Bank) umgruppiert werden;
- Die Frage der Autorität, der Befugnisse oder präziser der *Quelle der Autorität* einer Selbstregierungsautonomie der Palästinenser war eng mit Israels Status als aggressive Besatzungsmacht verbunden. Und Israel wollte

27 Rishmawi, Mona, *The Administration of the West Bank ... a.a.O.*, in: Playfair, Emma, *International Law... a.a.O.*, S.275.

28 Benvenisti, Meron: *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.46.

29 Menachem Begin, *Haaretz*, 8. März 1979, zitiert in: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.39.

30 Nach einem Zitat von Moshe Dayan, in: Arieh Shalev: *The Autonomy – Problems and Possible Solutions*, Center for Strategic Studies, Tel Aviv University, no. 8, 1979, p. 115, in: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project – a Survey ... a.a.O.*, S.39.

diesen Status, der ihm imperiale Rechte brachte, beibehalten und nur eine palästinensische Autorität zulassen, die lediglich exekutive und im besten Fall nur untergeordnete legislative Befugnisse haben durfte. Die Quelle der Autorität, aus der eine eventuelle palästinensische Autonomie ihre Befugnisse im Westjordanland und im Gazastreifen ausschöpft, musste israelisch sein.³¹

Man kann hier klar erkennen, dass es für Israel bezüglich der Herrschaft in den Gebieten nur zwei Alternativen gab:

1. die israelische Souveränität im Beisein einer Scheinautonomie der Palästinenser, wie sie heute von der Palästinensischen Autonomiebehörde verkörpert wird; oder
2. die Aufrechterhaltung der militärischen Regierung bzw. die weitere *direkte* Besetzung der Gebiete.

Und in jedem Fall würde Israel in den Gebieten herrschen, wenn auch die zweite Variante für Israel in jeder Hinsicht die kostspieligere wäre.

Die israelische Regierung hat in diesem Sinne von Anfang an versucht, die Ergebnisse der Autonomiegespräche (mit Ägypten) zu diktieren, indem sie – geleitet von verschiedenen ministeriellen Gremien und Expertenkomitees – gleichzeitig zu den Gesprächen (1979-1981) eine Reihe von legislativen und physischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten ergriffen hat, wie³²

1. die Erfassung alles nicht registrierten arabischen Ländereien sowie die Neudefinition von ‚Staatsland‘. Mit der Bewilligung der ersten diesbezüglichen ‚Erklärungen‘ durch die israelische Regierung versuchte der israelische Staat mit großem Erfolg, das definierte Land später an sich zu reißen;
2. die umfangreiche Umgruppierung der militärischen Truppen sowie die massiven Baukonstruktionen militärischer Infrastrukturen innerhalb der besetzten Gebiete;
3. massiver jüdischer Siedlungsbau;
4. Übertragung der Zuständigkeit für die Wasserressourcen von der Militärregierung zur israelischen ‚Nationalen Wassergesellschaft‘ (Mekorot);
5. Umgestaltung der Aufgaben der Leitung der Militärregierung;
6. Streichung der Haushaltspläne für Entwicklung und Zusammenschaltung der Versorgungsnetze (Wasser-, Elektrizitäts- und Straßennetze) für arabische Städte und Dörfer in den besetzten Gebieten;
7. die Schaffung einer *Zivilverwaltung* für die arabischen Bewohner der West Bank, die die Aufgaben der Militärregierung offiziell übernehmen sollte; und schließlich
8. die Schaffung von *regionalen und lokalen Siedlungsräten* (*Jewish Councils*) für die jüdischen Siedler der West Bank und des Gazastreifens.

Für diesen Abschnitt der Arbeit sind die letzten beiden Aktionen (Punkte 7 und 8), nämlich die Schaffung der ‚Zivilverwaltung‘ sowie der ‚jüdischen Siedlungsräte‘ im Westjordanland von besonderer Bedeutung. Denn beide Maßnahmen waren die unmittelbarsten politischen Schritte, die ‚Planung‘ als solche zu einem Gegenstand der Kontrolle über die besetzten Gebiete machen sollten. Während die ‚Jewish Councils‘ die innerisraelische (keineswegs internationalrechtliche) legislative Basis zur Präsenz der jüdischen Siedler und Siedlungen schufen und folglich die tatsächliche physische Kontrolle in den besetzten Gebieten festigte, war die Schaffung der Zivilverwaltung im Kontext der Friedensgespräche mit Ägypten mehr als eine Notwendigkeit, denn sie war vor allem ein Versuch, dem hässlichen Gesicht der brutalen Besetzung eine neue freundlichere Maske zu geben, ohne die Ziele der Militärregierung aufgeben zu müssen. Die Zivilverwaltung nahm immer die gleichen Kernaufgaben der Militärregierung wahr und das Oberhaupt dieser Administration war weiterhin immer ein Israeli und zumeist ein General der israelischen Armee. Die Zivilverwaltung wurde bezeichnet als eine Verwaltung, die *nicht* etwa von Zivilisten gelenkt wird, „sondern eine, die sich mit zivilen Angelegenheiten befasst“.³³

Die Zivilbehörde hatte 4 Abteilungen, nämlich Administration, Inneres, Infrastruktur und Gesundheit. Jede

31 Haaretz, 19. April 1979.

32 Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.39.

33 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, 37.

Abteilung wurde von einem israelischen Militäroffizier geleitet. Es gab dann für jede Abteilung jeweils mehrere Unterabteilungen, die ebenfalls von Militäroffizieren geleitet wurden. Unter diesen war die so genannte *Zentrale Planungsabteilung* (Central Planning Department), die wie alle anderen Abteilungen enge Bindungen zu den entsprechenden israelischen Ministerien hatte. Oft wurde das Personal aus dem israelischen Planungsministerium in den besetzten Gebieten eingesetzt. Vor allem das Territorium der West Bank wurde als ein fester Bestandteil von ‚Erez Israel‘ betrachtet und deren Raumplanung wurde durch die zuständigen israelischen Ministerien bestimmt. An dieser Tatsache hat sich selbst nach Gründung der PA, also nach Oslo II, faktisch nichts geändert.³⁴

Die West Bank wurde daraufhin von der israelischen Besatzungsmacht in 7 militärische Regierungsbezirke aufgeteilt (Vgl. Karten-Anhang 2). Diese Aufteilung wurde teilweise zur Basis vieler Funktionen der Abteilungen der Zivilverwaltung, inklusive der Planungsabteilung. Und nach der Zunahme der Anzahl kleiner und verstreuter jüdischer Siedlungen im Westordanland, gründeten die Israelis ab 1979 einen parallelen administrativen Rahmen für die jüdischen Siedlungen, die so genannten ‚Jewish Councils‘ (jüdische Siedlungsräte), der die Siedlungen innerhalb einer regionalen Administration miteinander verlinken und so das Fundament zur Kontrolle des ganzen Territoriums der West Bank schaffen sollte.

Die jüdischen Siedlungsräte wurden in ‚regionale‘ und ‚lokale‘ Siedlungsräte aufgeteilt. Sie alle bildeten (neben den 7 militärischen Regierungsbezirken für die palästinensische Bevölkerung) ein gänzlich paralleles Verwaltungssystem, das von Anfang an die Struktur eines Apartheidsystems innehatte. Der Mangel an gewählten Körperschaften, an politischer und administrativer Beteiligung und nicht zuletzt das Fehlen von zivilen Rechten charakterisierten die Administration der Palästinenser. Das gleiche konnte keineswegs über die jüdische Administration der neuen jüdischen Bevölkerung (Siedler) der West Bank behauptet werden. Denn diese genossen (und genießen bis heute) weit mehr als die vollen israelischen bürgerlichen Rechte. Selbst gegenüber anderen israelischen Staatsbürgern wurden sie von der Regierung durch das Einräumen zusätzlicher Rechte gänzlich privilegiert behandelt. Zuerst wurden die israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten nutzungsrechtlich exklusiv für *die eigene (jüdische) Bevölkerung* errichtet. Darüber hinaus errichtete die israelische Regierung ein separates System des öffentlichen Transports, des Postdienstes, der Telekommunikation, der Besteuerung, der landwirtschaftlichen Vermarktung, des Schulwesens, der KFZ-Zulassung sowie von teilweise getrennten Dienstleistungen für Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die exklusiv von den neuen Herren des Landes, den israelischen Siedlern, benutzt werden durften.³⁵

Das gleiche galt auch für das legislative System, dem die israelischen Siedler in der West Bank unterstellt waren. Nicht zuletzt der Wille zur exklusiv jüdischen Besiedlung der West Bank war Anreiz für die Schaffung einer separaten kommunalen Verwaltung sowie eines separaten Rechtssystems für die Siedler. Weder in kriminellen noch in zivilen Angelegenheiten konnten israelische Siedler vor lokalen Gerichten belangt werden. Sie unterliegen bis heute tatsächlich ausschließlich der israelischen Gerichtsbarkeit und können nur vor israelischen Gerichten (in Israel oder in den größeren Siedlungen) zur Rechenschaft gezogen werden.³⁶

Am 20. März 1979, nur 6 Tage vor der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen Israel und Ägypten, unterzeichnete die israelische Regierung die *Militärorder 783*, die die Errichtung von *drei* ‚regionalen jüdischen Siedlungsräten‘ in der West Bank bestimmte. *Zwei* weitere Regionalräte in der West Bank und *einer* im Gazastreifen wurden später gegründet. Diese und der massive Zuwachs im neuen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten waren zwei von vielen vorsätzlichen israelischen Maßnahmen, die den Ergebnissen der Friedensgespräche mit Ägypten zuvorkommen sollten.³⁷

Mit der *Militärorder 982* vom März 1981 wurden die ersten 5 ‚lokalen‘ jüdischen Siedlerräte (Siedler-Stadträte) in der West Bank gegründet.³⁸ Die West Bank wurde in 7 ‚regionale jüdische Siedlungsräte‘ geteilt, die (aus israelischer Sicht) die legislative Basis für die israelischen Siedlungen in der West Bank darstellen sollten. Bis 1991 hatten insgesamt 9 israelische Siedlungen im Westjordanland den Status eines ‚lokalen jüdischen Siedlerrates‘

34 Alle israelischen administrativen Änderungen sowie die Militärbefehle für das Westjordanland hätten zwar mit der Gründung der PA obsolet sein sollen, doch sind sie in ihrer Essenz noch gültig, da die Besatzung faktisch noch nicht zu Ende ist.

35 Peretz, Don: *The West Bank: History, Politics and Economy*, page 68. Westview Press, Boulder, 1986, in: Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, 182. Siehe auch Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.40-41.

36 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, 182.

37 Shehadeh, Raja: *Occupiers' Law*, Institute for Palestinian Studies (Publ.), Washington DC, 1985, page 65.

38 Die folgenden Angaben über die ‚Jewish Councils‘, wenn nicht Anders angegeben, aus: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.39-43.

(Stadtbezirkes). Und dass die Gründung dieser lokalen jüdischen Siedlerräte beinahe zeitgleich mit der Gründung der oben geschilderten Zivilverwaltung für die West Bank geschah, war keineswegs ein Zufall. Während die Zivilverwaltung als israelische Interpretation der im *Camp-David-Abkommen* vorgesehenen „Autonomiepläne“ für die West Bank gesehen werden konnte, waren die ‚jüdischen Siedlerräte‘ in ihren beiden Varianten – als ‚vollendete physische und administrative Tatsachen‘ – ein zwar illegales aber durchaus raffiniertes israelisches Zuvorkommen der Ergebnisse möglicher zukünftiger Gespräche mit den anderen Konfliktseiten. Das war deutlich sichtbar, nicht nur an der physischen Natur der destruktiven Siedlungstaschen im Herzen der West Bank, sondern auch an ihren von der israelischen Regierung (Order 982) beschlossenen legislativen und administrativen Machtbefugnissen. Die Siedlungsräte, insbesondere die lokalen (städtischen) Räte, entwickelten sich zu jüdischen Autoritäten innerhalb der arabischen West Bank, deren administrative Machtbefugnisse denen der anderen Kommunen im Kernland Israel identisch waren. Die ‚Order 982‘, die Gründungsbasis der jüdischen Kommunen in der West Bank, war an sich, bis auf wenige Änderungen, eine Kopie der ‚Israeli Municipal Ordinance‘ (der israelischen Gemeindeordnung). Gemäß Order 982 waren und sind die jüdischen Gemeinderäte im Westjordanland bis heute befugt, folgende Aktivitäten zu tätigen:³⁹

1. Die Versorgung von sämtlichen herkömmlichen städtischen Dienstleistungen;
2. das Recht auf Steuereintreibung und das Recht auf das Erlassen von Gemeindefestsetzungen;
3. Order 982 begründete die Errichtung eines Amtsgerichtes der ersten Instanz sowie eines Berufungsgerichtes, die beide nach israelischem Recht handelten, deren Zuständigkeit sich jedoch auf das Gemeinderecht sowie auf Verletzungen vom Planungsrecht beschränkten;
4. die ‚Siedlungsräte‘ der West Bank (regionale und lokale) waren, wie Städte in Israel selbst, von diesem Zeitpunkt an anerkannte Planungs- und Baugenehmigungsautoritäten. Die israelischen Siedlungsgebiete wurden zu ‚Planungsgebieten‘ erklärt und die Planungsautoritäten der Siedlungsräte, die voraussichtlich nach jordanischem Gesetz ausgeübt werden sollten, wurden anschließend zu ‚speziellen Planungskomitees‘ ernannt.

An dieser Stelle ist ein Siedlungsrat als ‚Planungsautorität‘ bzw. seine Bezeichnung als ‚spezielles Planungskomitee‘ von großem Interesse. Der Begriff ‚speziell‘ ist dabei ein Schlüsselwort das darauf hindeutet, dass die Hauptaufgabe des ‚Komitees‘ die exklusive und umfassende Vergünstigung von Juden in den West-Bank-Siedlungen sein soll. Diese Favoritenstellung geht bis heute (auf Kosten der palästinensischen Kommunen) über die gewöhnlichen kommunalen Fragen hinaus und bietet den ‚jüdischen Siedlungsräten‘ in den besetzten arabischen Gebieten seltene machtpolitische Befugnisse. Denn theoretisch sind Befugnisse der ‚jüdischen Siedlungsräte‘ zwar auf städtische Angelegenheiten beschränkt, aber „wegen des speziellen Status der kommunalen Autoritäten und der Tatsache, dass sie eine israelische □ Insel □ in Judäa und Samaria darstellen, gibt es [hier] Platz, die Ausdehnung der Befugnisse dieser lokalen Autoritäten zu erwägen, damit sie als Kanäle dienen, durch die die Behörden der israelischen Regierung operieren können“.⁴⁰

Die lokalen jüdischen Autoritäten in der West Bank haben mit aktiver Assistenz der israelischen Politik und der Militärregierung tatsächlich einen quasi-Regierungsstatus angenommen. Dieser Status zeigte sich deutlich in der Art, wie die Bezirksgrenzen der Siedlungsräte bzw. der Zuständigkeitsbereiche der dazugehörigen Autoritäten angelegt wurden. Als die oben genannte ‚Order 783‘ im März 1979 ausgestellt wurde, wurden die Bezirks- und Planungsgrenzen der jüdischen Siedlungsräte noch als die Kombination aller ‚bebauten Gebiete‘ der Siedlungen (die zum jeweiligen Siedlungsrat gehörten) definiert. Dass diese Grenzen dem jeweiligen regionalen Siedlungsrat die beschränkte Aufgabe eines Garanten von städtischen Dienstleistungen auftrugen, war den jüdischen Siedlern sowie den Falken in der israelischen Regierung unzureichend. Die Definition dieser Grenzen und Zuständigkeitsbereiche der israelischen Stadtverwaltungen (in der West Bank) beinhaltete einen klaren politischen Aspekt. Daher wurde diese Definition wenig später in der ‚Order 848‘ entsprechend abgeändert. Laut dieser Änderung wurden alle Gebiete, *die vom israelischen Staat für ‚militärische Zwecke‘ beschlagnahmt oder zum ‚Staatsland‘ erklärt worden sind, einfach zum Zuständigkeitsbereich der Siedlungsräte und ihrer Planungsabteilungen hinzugefügt*.⁴¹

Die israelischen regionalen und lokalen ‚Siedlungsräte‘ wurden offensichtlich zu ernst zu nehmenden Autoritäten

³⁹ Ebenda, S.40.

⁴⁰ Drori, Moshe: The Israeli Settlements in Judea and Samaria: Legal Aspects, in Daniel J. Elazar, ed.: Judea, Samaria, and Gaza: Views on the Present and Future (Washington D.C.: American Enterprise Institute, 1982), p. 66, in: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.40.

⁴¹ Ebenda, pp 66, 64, in: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.40.

innerhalb der West Bank. Sie verfügten nun per Gesetz (*Order 982*) über beachtliche Befugnisse – vor allem Planungsbefugnisse – über arabisches Land, das vom israelischen Staat zwecks exklusiver jüdischer Nutzung beschlagnahmt worden ist oder später beschlagnahmt werden würde. *Order 848* sorgte für den Nachschub beschlagnahmten Bodens zwecks der Ausdehnung ihrer Bezirks- bzw. Zuständigkeitsgrenzen. Innerhalb der jüdischen West-Bank-Kommunen wurde jeweils eine Distrikt-Planungskommission aus Vertretern der Siedlerräte und aus Regierungsbeamten gebildet. Es ist an dieser Stelle interessant zu erwähnen, dass die oben diskutierten ‚speziellen Planungskomitees‘ bereits im israelischen ‚Planning and Building Law‘ aus dem Jahre 1965 dort vorgesehen wurden, wo eine *neue* Siedlung (jüdische Siedlung) errichtet werden sollte. Wenn auch tatsächlich keine einzige neue Siedlung in Israel unter diesem Gesetz errichtet worden ist, wurden hingegen einige jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten (wie z. B. Ariel, Emmanuel, Maale Adumim und viele andere Siedlungen im Westjordanland) unter der Kontrolle der israelischen ‚speziellen Planungskomitees‘ gegründet. Diese speziellen Planungskomitees waren Experten im israelischen Planungsrecht, das zwei Jahre vor dem Junikrieg 1967 in Kraft getreten war. Sie wendeten bei der Errichtung der Siedlungen israelisches Gesetz an.⁴² Abgesehen von der Tatsache, dass der Bau jüdischer Siedlungen in der West Bank wider internationales Recht geschah, deutete die Anwendung des israelischen Gesetzes für den Bau dieser Siedlungen (auf arabischem Boden) auf zwei wichtige Aspekte hin:

I/ **Erster Aspekt:** Der Siedlungsbau war in diesem legislativen Kontext sowie unter Berücksichtigung der Exklusivität seiner Nutzung (für Juden) eine de facto Annexion von Territorien, jedoch ohne die arabische demographische Masse mit aufzunehmen bzw. ihre Interessen auch nur annähernd zu berücksichtigen;

II/ **Zweiter Aspekt:** die Anwendung des israelischen Gesetzes (Artikel 32: für den Bau neuer Siedlungen, sprich für den Bau neuer jüdischer Kommunen) für städtebauliche Bauvorhaben in den besetzten Gebieten widersprach dem ‚provisorischen‘ Charakter dieser Vorhaben, wie es das internationale Recht für Besatzungsmächte vorschreibt und wie es Israel selbst immer wieder propagierte. Dies ist ein Indikator für die versteckten Absichten hinter dem Siedlungsbau (entgegen israelischer Behauptung, dieser würde ausschließlich aus Sicherheitsgründen vollzogen) und eine weitere Erklärung für die Entwicklung einiger dieser ehemals kleinen Siedlungen zu aufrechten Siedlerstädten, insbesondere im Raum Jerusalem.

Meron Benvenisti definiert insgesamt 3 Arten von Zuständigkeitsgrenzen der ‚jüdischen Siedlungsräte im Westjordanland:⁴³

1. *Lokale Siedlungsräte*, deren Zuständigkeitsbereiche sich auf die *geplanten* (nicht existenten) Flächen der städtischen Zentren beschränken. Einer dieser jüdischen Siedlungsräte ist Kiryat Arba (im Herzen der arabischen Altstadt Hebron). Diese Siedlung verfügt über ein nichtzusammenhängendes Zuständigkeitsgebiet, das alle beschlagnahmten palästinensischen Flächen in der Umgebung umfasst;

2. *Regionale Siedlungsräte mit zusammenhängenden Flächen*, wie z. B. das Jordantal und das Gebiet des Toten Meeres (Megilot) im Westjordanland. Der ehemalige Siedlerrat Hof Azza (umfasste alle Siedlungen im Gazastreifen) galt auch als ein zusammenhängendes Gebiet; sowie

3. *Regionale Siedlungsräte mit nicht-zusammenhängenden Flächen:* das Westjordanland wurde in 4 allgemeine Siedlungsgebiete aufgeteilt. Diese sind (von Nord nach Süd): (a) Shomoron (Region Nablus/Jenin/Tulkarm), (b) Mati Binyamin (Region Ramallah), (c) Etzion (Jerusalem/Bethlehem), sowie (c) Har Hebron (Hebron). Innerhalb dieser erklärten Siedlungsgebiete wurde eine Vielzahl nicht-zusammenhängender Stellen der Zuständigkeitsgebiete abgegrenzt. Diese unregelmäßigen Gebiete decken die Staatslandflächen und bestehen aus allen ‚unkultivierten und nicht registrierten‘ Gebieten.

Eine Untersuchung der Forscherin Mona Rishmawi im Jahre 1986 zeigte am Beispiel ‚Kiryat Arba‘ auf, wie in direkter Nachbarschaft zum historischen Zentrum der arabischen Stadt Hebron unter der israelischen Militärorder Nr. 418 und Co. eine den Palästinensern gegenüber höchst feindselige koloniale (jüdische) Gemeinschaft errichtet wurde und dass gemäß Masterplan (Nr. 510) die Siedlung ‚Kiryat Arba‘ zu einer ‚speziellen Planungszone‘ erklärt wurde, die beinahe 30.000 Dunum enteignetes arabisches Land umfasste.⁴⁴ Der Masterplan Nr. 510 ver-

42 Die ‚special committees‘ werden in ‚Article 32/ Planning and Building Law 1965‘ des Staates Israel beschrieben. Vgl. Coon, Anthony: *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.183.

43 Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.40. Siehe auch Karten-Anhang 2 dieser Arbeit.

44 Rishmawi, Mona, *Planning in whose Interest? Land Use Planning as a Strategy for Judaization*, Al-Haq, Dez. 1986, S.9. Siehe auch: *Journal of Palestine Studies (JSP)*, Vol. 16, no. 2, p. 105., Winter 1987.

folgte laut Meron Benvenisti 3 Hauptziele, nämlich (a) dem palästinensischen Land in der Nachbarschaft des jüdischen Hausbesitzes einen Stillstand, bezogen auf seinen eigenen siedlungstechnischen Ausbau, aufzuzwingen; (b) das zum Erschließen und Versorgen der jüdischen Siedlungstaschen benötigte palästinensische Land zu enteignen; und (c) sicherzustellen, dass das jüdische Areal im Herzen der arabischen Stadt Hebron flächendeckend für den jüdischen Wohnungsbau benutzt wird.⁴⁵

Das meiste beschlagnahmte Land, das von den Siedlungsräten beansprucht wurde, war jedoch in der Regel schwer zugänglich und nutzlos für den Siedlungsbau oder für sonstige andere Landnutzungen. Dennoch wurde dieses Land, dessen Kontrolle einen hohen strategischen Wert für den israelischen Staat darstellte, sorgfältig demarkiert. Die Planverfasser der oben genannten Zuständigkeitsgrenzen der Siedlungsräte im Westjordanland hatten zweifelsohne gespürt, dass sie mit ihrer Arbeit dabei waren, jene palästinensischen Territorien zu definieren, die de facto vom israelischen Staat einverleibt werden sollten. Obwohl die nicht-zusammenhängenden Zuständigkeitsgebiete verstreut lagen und bedeutungslos waren, umfasste die Planungshoheit der regionalen jüdischen Siedlungsräte die Gesamtheit der ‚generellen Gebiete‘, die ihnen zugeteilt wurden. In diesen Gebieten existierten hunderte von arabischen Städten und Dörfern, die Lebensraum für ein Vielfaches der Anzahl der Bewohner der jüdischen Siedlungen im Westjordanland boten. Der Umfang der arabischen Bevölkerung hinderte in keiner Weise die jüdischen regionalen Siedlungsräte daran, Planungsrichtlinien zu definieren und diese mit Hilfe der Militärregierung zu realisieren. Wie bereits im Abschnitt 2.3.2 erwähnt, wurden die arabischen demographischen Fakten von den israelischen Planern im Rahmen der *Dekonstruktion der Landkarte* einfach ausgeblendet, so als wären sie nicht existent. In Wahrheit verkörperten die jüdischen ‚generellen Gebiete‘ der regionalen Siedlungsräte in jeder Hinsicht eine „jüdische administrative Teilung der West Bank, ohne Bezug zur und getrennt von der administrativen Teilung für die arabischen Distrikte in der West Bank“ – eine gänzlich ethnische administrative Trennung der West Bank.⁴⁶

5.1.3 Pläne für Entwicklung: für wessen Interesse?

Jedes intakte gesetzliche Planungssystem müsste in seiner Funktion zwei zentrale und zusammenhängende Aufgabenkomponenten beinhalten, nämlich die Förderung von „Entwicklungsplänen“ und die „Entwicklungskontrolle“.⁴⁷

In einem brauchbaren Planungssystem geht es gewiss nicht um Entwicklungspläne als Selbstzweck, sondern darum, diese als wichtige Mittel zur Bestimmung gewünschter Entwicklungen und Änderungen anzufertigen bzw. deren Bestimmungen durchzuführen. Sie sollen den Planungsautoritäten ermöglichen, zwischen einer mit den eigenen Zielen vereinbaren und einer anderen unvereinbaren Entwicklung zu unterscheiden. Die Planungsautoritäten können und sollen jene Entwicklung auswählen und fördern, die die erklärten gesellschaftlichen Anliegen unterstützen kann. Unpassende Entwicklungen sollen entsprechend verhindert werden. Das Erreichen dieser gewünschten Ziele erfordert jedoch (a) eine wohlwollende und angemessen ausgestattete lokale Autorität, sowie (b) die Erneuerung überholter Pläne, um neuen Bedürfnissen oder Begebenheiten gerecht zu werden. Der Eignungsumfang eines Entwicklungsplanes hängt von drei wesentlichen Aspekten ab, nämlich

1. von den *Möglichkeiten*, die der Plan für gegenwärtige Entwicklungsbedürfnisse liefert;
2. von der *Orientierungshilfe*, die er eventuellen Entwicklern gibt; und
3. von der *Relevanz* seiner Bestimmungen für Entscheidungen über die Entwicklungskontrolle.

Das oben geschilderte jordanische Gesetz Nr. 79 gilt in seinem Wesen selbstverständlich auch als ein solches Planungssystem. Wie oben erwähnt, zielt dieses relevante Gesetz bezüglich der Landnutzung im Wesentlichen auf die Anfertigung von 4 verschiedenen Arten von Entwicklungsplänen bzw. Planhierarchien, nämlich

1. Regionalplänen;
2. Rahmenplänen (Stadtumrissplänen);
3. Detailplänen (Bebauungsplänen); sowie

45 Ebenda, S.9-10, nach Angaben von Meron Benvenistis Report: Demographic Economic, Legal, Social and Political Developments in the West Bank, WBDP, Jerusalem 1986, p.34.

46 Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.40.

47 Coon, Anthony: *Town Planning under military ... a.a.O.*, S63.

4. Vorschlägen für Land-Parzellierung, die sich mit der Landbesitzfrage auseinandersetzen.

Das jordanische Gesetz Nr. 79, das im Jahre 1966 in Kraft getreten war, konnte zwar wegen des Junikrieg 1967 nur für den kurzen Zeitraum von einem Jahr angewendet werden und folglich entwicklungstechnisch so gut wie keine wirkliche Änderung bewirken, dennoch bildete es eine gute Basis für eine moderne Entwicklungsplanung im Westjordanland. Und wäre dieses Gesetz nicht von der israelischen Besatzungsregierung faktisch suspendiert und durch eine Reihe von Militärbefehlen ersetzt worden, so hätte es eine große Wirkung haben können, denn es definiert die Planungsautoritäten in der West Bank und ihre Zuständigkeiten bei der Vorbereitung von Planungsschemen. Der Aspekt *Relevanz* spielt daher eine besonders wichtige Rolle in der West Bank, in dem das Gesetz (Nr. 79) einem Entwicklungsplan eine bestimmende Rolle bei der Entscheidung einräumt, ob ein Bauantrag bewilligt werden soll oder nicht.

Legislativ hätte das jordanische Baugesetz sinnvollerweise auf mandats-britischen Gesetzen bzw. auf britischer Regionalplanung – diese hat es offensichtlich gegeben – aufbauen müssen. Die britische ‚Town Planning Ordinance‘ von 1936 sah vor, dass jede ‚Entwicklung‘ in der West Bank eine Genehmigung erforderte und dass diese Entwicklung mit irgendeinem ‚Stadtplanungsschema‘ konform sein musste. Solche ‚Stadtplanungsschemen‘ würden laut britischem Gesetz von 1936 für solche Gebiete entweder in Form von Rahmenplänen, von Detailplänen oder von Parzellierungsplänen vorbereitet. ‚Regionalpläne‘ wurden im Gesetz nicht wörtlich erwähnt. Zwischen 1938 und 1940 wurden jedoch britische Anordnungen veröffentlicht, die die ganzen ‚administrativen Distrikte‘, die später Teile der West Bank wurden, als ‚Stadtplanungsgebiete‘ definierten. Diese Anordnungen wurden in einer Anordnung der Mandatsregierung im Jahre 1941 zusammengefasst, die jeden Distrikt, mit Ausnahme von existierenden oder künftigen Kommunen innerhalb des Bezirkes, als ein ‚Regionalplanungsgebiet‘ definierte. Die Kommunen selbst wurden zuvor (im Gesetz von 1936) als ‚Stadtplanungsgebiete‘ ausgewiesen. Daher benötigten alle Entwicklungsvorhaben in Palästina ab 1940 theoretisch eine Genehmigung, die mit irgendeinem Rahmenplan (outline Plan) konform sein musste.⁴⁸

Die Praxis der Regionalplanung war zu dieser Zeit noch in ihrem Anfangsstadium und ihre Einführung nach Palästina erfolgte im Kontext einer Reihe von Besonderheiten. Das Gesetz von 1936 machte zwar keine konkreten Bestimmungen über ‚Regionalpläne‘, dafür wurde aber ein neues „Wesen“ erfunden, nämlich das so genannte „outline regional planning scheme“ (Regionalplanungsumriss). Jedoch wurde nie klar gemacht, wie sich dieses auf ‚Stadtplanungsschemen‘ bzw. auf die Gewährung von Entwicklungsgenehmigungen bezieht. Da das Gesetz ‚Regionalpläne‘ nicht wörtlich erwähnte, konnte nicht definiert werden, bis zu welchem Grad Entwicklungs- und Rahmenpläne konform mit den Regionalplänen sein würden.⁴⁹

Britische Regionalpläne ‚S15‘ und ‚RJ5‘

Während des britischen Mandats wurden zwei Pläne entwickelt, die die Planung in der West Bank während der israelischen Besatzung (praktisch bis heute) weiterhin beeinflusst haben. Diese waren bzw. sind:⁵⁰

1. Samaria Regionalplan (bekannt als ‚S15‘-Plan), der die Distrikte Jenin, Nablus und Tulkarm (nördliche West Bank) deckt; und
1. Jerusalem-Regionalplan (bekannt als ‚RJ5‘-Plan) für die südliche West Bank.

Die britische Regionalplanung in der West Bank wurde damals vorbereitet, um die Bedürfnisse der damaligen palästinensischen Bevölkerung zu decken. Die Regionalpläne RJ5 und S15 bestanden aus Vorschlägen zur künftigen Flächennutzung (Entwicklung) des Gebietes, das später als das Westjordanland bekannt wurde, sowie aus einer Reihe von Regelungen zur Kontrolle dieser Entwicklung. Beide Pläne deckten zusammen einen großen Teil von *Mandatspalästina* und beinahe der Gesamtfläche der West Bank ab und wurden in den 1940er Jahren seitens der Mandatsregierung in diese Pläne eingezeichnet und in Zonen aufgeteilt. Sie wurden in einer kritischen Zeit angefertigt und eingereicht, schienen aber mehr oder weniger in Vergessenheit geraten zu sein. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass diese Pläne je regulär benutzt wurden, weder während der Mandatszeit, noch während der jordanischen Herrschaft oder zwischen 1948 und 1967.⁵¹

48 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S69.

49 Ebenda.

50 Ebenda, S65.

51 Waltz, Viktoria (Hrsg.), *The Fabrication of Israel – About the usurpation and destruction of Palestine through Zionist spatial planning- A Unique Planning Issue*, Dortmund 2010, S.127.

In der West Bank hatte man es also mit einem besonderen Fall der Regionalplanung zu tun, denn obwohl verschiedene Regionalpläne während des britischen Mandats offensichtlich erstellt worden sind, konnte das eigentliche Ziel von Regionalplanung nicht weiter verfolgt werden, nämlich den Rahmen zur Vorbereitung von Entwicklungsplänen und folglich von Bebauungsplänen speziell für den ländlichen Raum zu bieten: hier wurden diese Rahmen-Pläne nie gezeichnet oder genehmigt und die einzigen oben genannten brauchbaren Regionalpläne wurden später von den Israelis (nach einer langen Zeit seltsamer Unkenntnis dieser Pläne von Seiten der jordanischen Planungsbehörden) unilateral verwendet, um Schemen der lokalen Entwicklung, an denen sie nie wirklich interessiert waren, zugunsten ihres eigenen Projektes zu regulieren.⁵²

Es war ziemlich eigenartig, dass diese britischen Regionalpläne (RJ5 und S15) für einen Zeitraum von beinahe 30 Jahren, sprich für die ganze Dauer der jordanischen Herrschaft über das Westjordanland sowie für die ersten 13 Jahre israelischer Besetzung, von den Planungsbehörden unberücksichtigt geblieben sind, so als hätte es sie nie gegeben. Die Tatsache, dass sie gegen Ende der britischen Besetzung, sprich in einer sehr turbulenten Zeit, angefertigt worden sind, lässt verschiedene mögliche Gründe für dieses Desinteresse von Seiten der Planungsbehörden zu. Ein möglicher Grund hätte sein können, dass die Pläne im Kontext der sich politisch eskalierenden Lage an Plausibilität verloren haben, so dass sie einfach um 1948 untergetaucht waren. Weder wurde je eine Übersetzung der Pläne aus dem Englischen ins Arabische angefertigt, noch wurden sie je als Grundlage für die Planungspolitik verwendet, auch nicht vom jungen israelischen Staat, dessen Territorium zum Teil von diesen Plänen gedeckt wurde.

Dass der jordanische Staat, in seiner Form als legislativer Erbe der Mandatsmacht die britischen Pläne nicht gekannt haben sollte, scheint besonders unglaubwürdig zu sein. Diese Behauptung wird von der allgemein bekannten Tatsache untermauert, dass bezüglich der damaligen jordanischen Entwicklungspolitik in den Regionen des Reiches eine Schieflage zugunsten der Gebiete östlich des Jordans vorherrschte. Die jordanische Regierung hatte zwischen 1948 und 1967 verhältnismäßig wenig im Gebiet westlich des Jordans investiert und fokussierte ihre Bemühungen in den Aufbau des Reiches im östlichen Teil, insbesondere in und um die Hauptstadt Amman. Das Königreich Jordanien hatte nicht viel für die Entwicklung der Infrastruktur in der West Bank unternommen. Zu dieser Zeit gab es durchaus eine leichte Entwicklung auf den Sektoren ‚sozialer Dienstleistungen‘, ‚Krankenhäuser‘, ‚Schulen‘ und ‚Kindergärten‘, aber Straßen, Wasser- und Elektrizitätsnetze waren während dieser Zeit in einem schlechten Zustand.⁵³ Das dichtbevölkerte und fruchtbare Westjordanland war für das Königreich zwar von vitalem Interesse, denn es stellte für den ärmlichen östlichen Teil des Königreiches nicht nur sinngemäß den ‚Lebensmittelkorb‘ dar, sondern es versorgte das gesamte Land vor allem mit der nötigen demographischen Masse, die das Land erst zum Königreich machte. Das war einer der wesentlichen Gründe zur Angliederung der West Bank an Jordanien im Jahre 1950/51. Dennoch wurde die West Bank von der jordanischen Zentralregierung entwicklungspolitisch nicht annähernd gleichberechtigt behandelt wie der östliche Reichsteil.

Der Jerusalem-Plan ‚RJ5‘ wurde offensichtlich erst kurz vor 1980 von den israelischen Autoritäten *wiederentdeckt* und blieb den Palästinensern mindesten bis 1986 unbekannt. Die Israelis nahmen diesen alten Plan wieder auf und begannen, ihn umzusetzen, offensichtlich ohne den natürlichen demographischen Zuwachs der palästinensischen Bevölkerung in den 40 Jahren seitdem der Plan zuerst skizziert wurde. Dass die israelischen Behörden von der Existenz dieses Planes wussten, erfuhr man erst nachdem das israelische *High Planning Council* (HPC) 1980 ein Projekt für kooperatives Wohnen für Lehrer in Qalandya bei Jerusalem vor Gericht mit der Begründung widerrief, dass dieses mit dem RJ5-Plan nicht konform gewesen sei. Am 02.02.1986 erklärte das israelische HPC überraschend insgesamt 16 Dunum des Dorfs Bil'in im Ramallah-Distrikt zu einem Naturschutzgebiet. Der Plan für dieses erklärte Naturschutzgebiet wurde von einer Unterbehörde des HPI, der Behörde für Naturschutzgebiete, angefertigt und trug den Namen ‚*Outline Detailed Plan No. 43/51 – an amendment plan to RJ 5 Plan*‘.⁵⁴

Jedoch existiert der britische Originalplan wohl nicht mehr. Nur eine teilweise lesbare Schwarz-Weiß-Kopie des Planes kam 1986 zusammen mit nur einem Teil des schriftlichen Teils ans Licht. Der wichtige schriftliche Teil

52 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.69.

53 Waltz, Viktoria, *The Fabrication of Israel ... a.a.O.*, S.125.

54 Rishmawi, Mona, *Planning in whose Interest? ... a.a.O.*, S.13-14.

mit der Regelung des *Umfangs der baulichen Nutzung* blieb größtenteils verschwunden. Der Plan trug einen Stempel mit dem Genehmigungsdatum vom 04. April 1942. Die Plankopie war wie fast alle Pläne dieser Zeit unvollständig, nicht übersetzt und sehr schlecht lesbar. Den Plan selbst konnte man in keiner Planungsbehörde oder -büro einsehen, noch hat je ein Gericht entschieden, dass er offiziell noch in Kraft ist. Daher mussten erhebliche Zweifel an der Natur und dem legalen Status dieses Planes bestehen.⁵⁵

Im Fall des Samaria-Plans ‚S15‘ ist es viel komplizierter als beim Jerusalem-Plan, da es für die Region (nördliche West Bank) nicht nur einen Mandats-Plan, sondern (höchstwahrscheinlich) *drei* Pläne gibt:⁵⁶

- A) Der *erste* Plan ‚S15 (i)‘ wurde im Jahre 1942 genehmigt. Er war vermutlich artgleich wie der ‚RJ5‘-Plan;
- B) Ein *zweiter* Plan ‚S15 (ii)‘ wurde 1946 eingereicht und sollte 1948 von den mandats-britischen Behörden in Kraft gesetzt werden. Die Karte (zeichnerischer Teil) dieses Plans ist jedoch verschwunden. Nur der schriftliche Teil (die Vorschriften) dieses Plans existiert heute noch und trägt den Titel ‚Samaria Regional Outline Planning Scheme (Modification) 1945‘; und
- C) Ein *dritter* Plan ‚S15 (iii)‘ wurde 1948 von Henry Kendall, dem Chefplaner unter britischem Mandat als ‚genehmigter Plan‘ beschrieben und Kendall reproduzierte von diesem Plan eine Karte, jedoch ohne Verwendung der dazugehörigen maßgeblichen Regelungen.⁵⁷

Der Plan ‚S15 (iii)‘ unterschied sich sehr von der ersten Version ‚S15 (i)‘, da Kendall die altbekannte ‚Theorie der zentralen Orte‘ von Walter Christaller, die kurz nach Staatsgründung Israels in dessen Staatsterritorium massive Anwendung fand als Basis für die Entwicklungsplanung für das Gebiet des Westjordanlandes anwendete. Nach Meinung von Antony Coon wurde der Plan nie ernsthaft genehmigt und vermutlich habe Kendall die damals modische ZOT von Walter Christaller benutzt, da der Plan vermutlich keine gesetzliche, sondern eher eine beratende Funktion haben sollte. Dem Direktor der israelischen Zentralplanungsbehörde bis 1981, Shlomo Khayat, galt der Plan jedoch als „genehmigt“ und er reproduzierte ihn (in vereinfachter Form) für den von ihm herausgegebenen ‚The West Bank and Gaza Atlas‘.⁵⁸ Von den *drei* Plänen für das nördliche Westjordanland sind heute noch zwei Sätze über Vorschriften – beide stammen aus dem zweiten Plan (‚S15 (ii)‘) – sowie der zeichnerische Teil des dritten Planes (‚S15 (iii)‘), erhalten. Der zeichnerische Teil ist nachfolgend weiter unten in Karte 5-1 dargestellt.

Die israelischen Behörden waren nie in der Lage gewesen, die konstituierenden Dokumente des Plans ‚S15‘ ans Licht zu bringen, noch konnten sie beweisen, dass dieser je genehmigt worden ist. Dennoch wurde dieser Plan zielbewusst als Referenz zur Verhinderung der palästinensischen Entwicklung, eben durch die Ablehnung von palästinensischen Bauanträgen, angeführt, da diese mit dem britischen Plan angeblich nicht konform seien. Das an die Öffentlichkeit gelangte Protokoll einer Sitzung des israelischen ‚High Planning Council‘ gab einen Einblick in die Entdeckung des lange verschollenen britischen Regionalplans ‚S15‘ sowie darüber, wie die israelischen Behörden ihn zu realisieren gedachten: der Plan hätte laut Protokoll als Vorwand für die Verweigerung der Genehmigungen palästinensischer Bauanträge und Stadtentwicklungsplanung verwendet und folglich als wirksame Waffe zur Zerstörung der palästinensischen Entwicklung instrumentalisiert werden können.⁵⁹

Die vielleicht wichtigste Bedeutung der britischen Pläne ‚RJ5‘ und ‚S15‘ ist die Nutzung beider Pläne durch israelischen Behörden, genauer der Schemata der Zoneneinteilung für das Land, bis heute, um ihre Beschränkungen für die Entwicklung palästinensischer Städte und Dörfer zu begründen. Wie man Karte 5-1 entnehmen kann, definieren beide Regionalpläne ‚Landnutzungszonen‘ für verschiedene Arten von Entwicklungen: Zonen für (a) urbane Entwicklung, (b) Landwirtschaft, (c) Ackerbauabfertigung, (d) Naturreserven sowie für (e) staatskontrolliertes Land. Diese Einteilung der Gebiete in Zonen wurde von den israelischen Behörden benutzt, um die Entwicklung des Territoriums zu kontrollieren und um Baugenehmigungen für die Palästinenser abzuweisen. Vor allem aufgrund ihrer skizzenhaften (unfertigen) Natur, haben sie im besten Fall einen Missbrauch dessen herbeigeführt, wie das betroffene Territorium entwickelt werden sollte. Sie beinhalten diesbetreffend eine Reihe

55 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.71. Nach Mona Rishmawi wurde dieser Plan von den britischen Mandatsbehörden beschlossen und am 11.09.1941 veröffentlicht und wurde schließlich am 16.04.1942 genehmigt; siehe Rishmawi, Mona, *Planning in whose Interest? ... a.a.O.*, S.14.

56 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.71.

57 Kendall, Henry: *Village Development in Palestine During the British Mandate*, p.17. Crown Agents for the Colonies. London, 1949, in: Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.71.

58 Benvenisti/Khayat, *The West Bank and Gaza Atlas...a.a.O.*, S. 55 (Karte ebenda auf Seite 86).

59 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.72.

von höchst fraglichen Bestimmungen und Definitionen:

1. Die Struktur der Zoneneinteilung in diesen Plänen halfen den Israelis, ihre Pläne für die West Bank durchzusetzen, denn tatsächlich wurde hier das meiste Land der West Bank als landwirtschaftliches Land außerhalb existierender Städte und Dörfer ausgewiesen. Hinzu wurde eine beachtliche Fläche (Südost) als Staatsland vorgesehen;
2. Die Vorschriften von Plan ‚RJ5‘ und Plan ‚S15‘ verboten es, mehr als ein Haus pro bebaubarem Grundstück zu errichten;
3. Um die Bebauung noch weiter zu erschweren, verhinderten die israelischen Behörden gleichzeitig die Teilung von Grundstücken;
4. Ein zentrales Problem der britischen Pläne betraf deren Definition der so genannten (urbanen) ‚Entwicklungszone‘.⁶⁰ Diese Zonen wurden von den britischen Planern mehr skizziert als gezeichnet und die Planer hatten offensichtlich nur eine grobe Idee über die Bevölkerungszahlen der von Ihnen geplanten Distrikte. Die Pläne trafen daher keine Vorsorge für das explosive Bevölkerungswachstum in den Städten des Westjordanlandes, das bis zum heutigen Tage anhält. Daher sind diese Pläne – bis auf wenige Ausnahmen – grundsätzlich mehr Darstellungen über den Stand bestehender Entwicklung als Richtlinien über den Stand der zukünftigen Entwicklung. Die einzigen Ausnahmen bildeten hier die im Plan ‚RJ5‘ bestimmten (a) ‚Entwicklungszone‘ rund um Ramallah, rund um Bethlehem-Bait Dschala und östlich von Jericho, sowie (b) ‚Stadtplanungszonen‘ rund um Jerusalem, Hebron und Jericho;

Beide Pläne identifizierten die Lage der Dörfer durch kreisförmige Symbole, wobei die Planvorschriften deutlich klarlegten, dass die Entwicklungszone auch die Dörfer umfasste. Es wurde jedoch niemals der Versuch gemacht, die Ausdehnung der Entwicklungszone für jedes Dorf zu definieren. Auch die Form des Wortlautes, der bei der Definition der ‚Dorfentwicklungszone‘ im Plan benutzt wurde (Gebiete, die „mit einem schematischen Kreis markiert bzw. demarkiert“ sind) könnte dazu verlockt haben, dass die Kreise ungenau interpretiert wurden, nämlich dass sie nicht nur die Lage, sondern auch das *Maß der Ausdehnung* der Dorfentwicklungszone definierten. Es wäre jedoch unlogisch anzunehmen, dass es von den britischen Planern beabsichtigt war, die Kreissymbole ernsthaft in diese Weise zu interpretieren, wie es manche Leute getan haben. Dennoch bildete genau diese Interpretation die Grundlage der Entwicklungskontrollpolitik der israelischen ‚Zentralen Planungsbehörde‘ in den frühen 1980er Jahren;

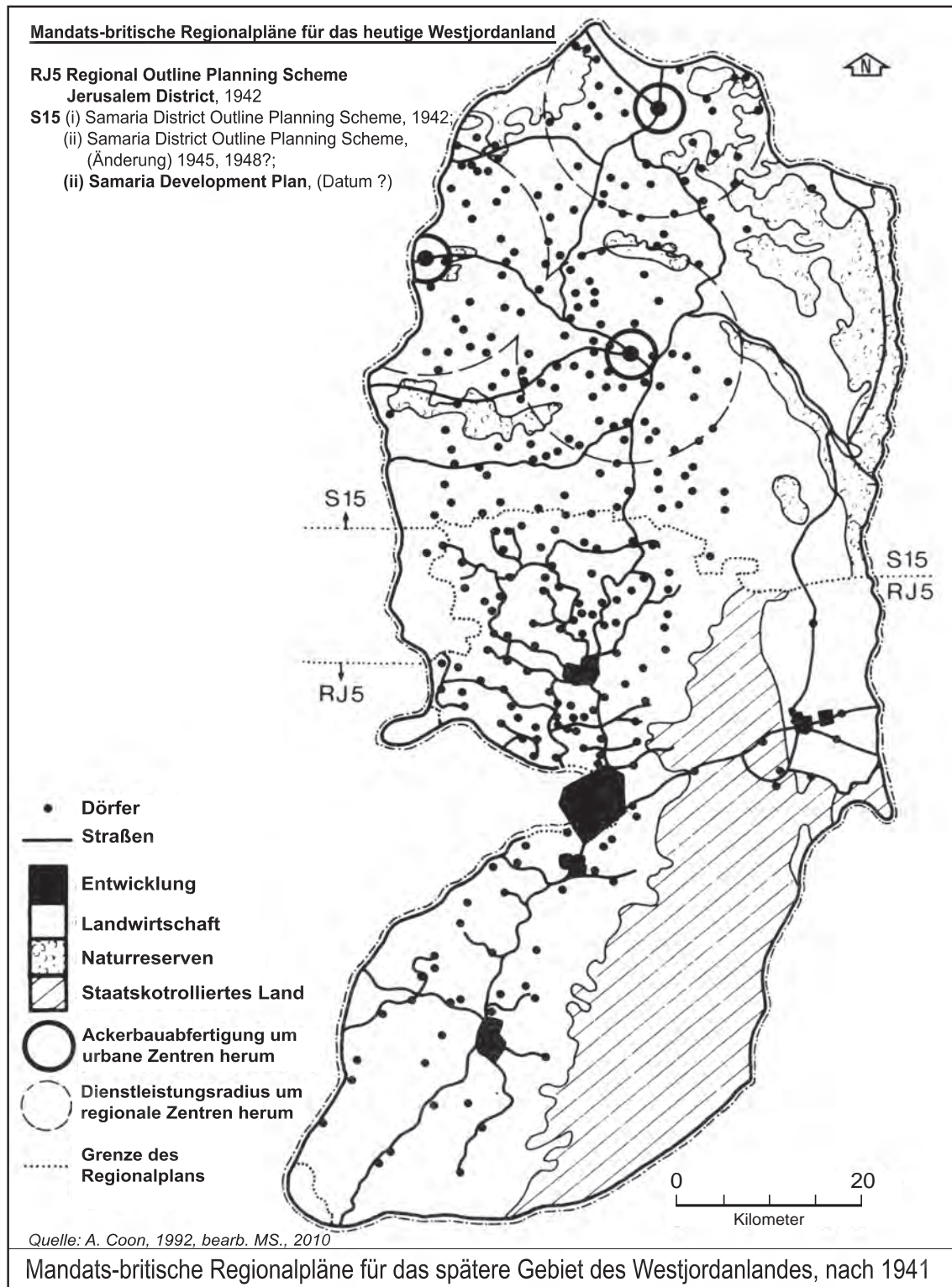
Ein weiterer Umstand im Verlauf der unsinnigen israelischen Interpretationen von Begriffen und Bezeichnungen aus der britischer Zeit betraf die britische Erklärung einer ‚Entwicklungszone‘ im Kontext eines Regionalplans. Diese wurde vom zuständigen Beamten für die Fertigung der Pläne ‚RJ5‘ und ‚S15‘, Henry Kendall, wenig später mit folgenden Worten erklärt: „... die Entwicklungszone umfasste nicht nur die Städte, sondern auch alle Siedlungen innerhalb der Region. Die Fläche dieser Zone wurde schematisch dargelegt und es ist nie ein Versuch gemacht worden, alle Siedlungen und alle Dörfer exakt abzugrenzen, wobei dies offensichtlich ein Bestandteil von Detailplänen gewesen wäre, der erst dann hätte erstellt werden können, wenn eine sorgfältige Untersuchung der Bedürfnisse von jedem Dorf oder Siedlung gemacht worden wäre.“⁶¹

machten, jedoch die Ausdehnung der Dorfentwicklungszone nicht definierten, machte deren Konzeption einer ‚Entwicklungszone‘ im Grunde nur auf städtischer Ebene, sprich in bebauten Gebieten, anwendbar, auf regionaler Ebene war sie jedoch nur von geringer Bedeutung. Die israelische Besatzungsmacht hatte diesen Umstand systematisch ausgenutzt, um einerseits arabische, urbane Entwicklungen (im städtischen wie im ländlichen Bereich) auf ein Minimum zu halten bzw. auf die bebauten Gebiete zu beschränken. Andererseits wurde der allgemeine Begriff ‚Siedlung‘, wie ihn Kendall zur Erklärung der ‚Entwicklungszone‘ niederschrieb, benutzt, um neue Siedlungen (nur jüdische Siedlungen) auf palästinensischem Boden zu errichten, das man als Staatsland klassifizierte oder seinen arabischen Besitzern wegnahm, um es dann zum Staatsland zu erklären. Der israelische Staat betrachtete sich als legislativer Erbe der Mandatsmacht und als solcher auch befugt, neue *jüdische* Siedlungen auf der Basis britischer Pläne, die nicht wörtlich definiert haben, um wessen Siedlungen es sich handelte, zu errichten. Ein Begriff wie ‚Siedlung‘ im schriftlichen Teil des britischen Regionalplans – damals er-

60 Angaben zu diesem Thema hauptsächlich aus Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.74-77.

61 Kendall, Henry: *Village Development in Palestine...a.a.O.*, p.8, zitiert in: Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.76.

stellt für ein vollkommen arabisches und damals fast nur von Arabern bewohntes Gebiet – wurde seit 1967 von israelischen Planern derart spitzfindig ausgelegt, so dass sie dadurch eine rein jüdische Entwicklungsplanung, eben für den jüdischen Siedlungsbau in den besetzten palästinensischen Gebieten, durchführen konnten, ohne dabei die Bedürfnisse der mehrheitlich palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern, für die diese britischen Pläne ursprünglich angedacht waren, auch in geringstem Maße zu berücksichtigen.



Karte 5-1: Mandats-britische Regionalpläne (RJ5 und S15) für das später Gebiet des Westjordanlandes, nach 1941.

Der Gebrauch des Wortes *Siedlung* erweist sich im obigen Zitat im Kontext des territorialen Konfliktes als hinderlich, wenn nicht problematisch. Als das Team der Planer unter der Leitung von Henry Kendall die Pläne anfertigten, haben weder jüdische Siedlungen im Gebiet des Westjordanlandes existiert, noch wurden welche geplant. So konnte Henry Kendall mit dem von ihm benutzten Wort ‚Settlements‘ nur die arabischen Städte und Dörfer gemeint haben. Die oben erwähnte Erkenntnis, dass beide britische Pläne zwar fast alle Dörfer kenntlich

Durch die Klassifizierung der größten Fläche als ‚landwirtschaftliche Zone‘ sowie die massive Einschränkung vom Maß der baulichen Nutzung für arabische Grundstückspartellen, wurde hier eine systematische Verhinderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch eine Fremdmacht praktiziert. In Zusammenhang mit der Definition großer Flächen als ‚Staatsland‘ war es für palästinensische Städte und Dörfer beinahe unmöglich, normal zu expandieren. Durch weitere Militärorder hat die israelische Regierung noch mehr Land in der West Bank zu Staatsland erklärt (z. B. durch das Gesetz ‚unkultiviertes Land ist Staatsland‘⁶²), das dann mühelos durch die israelischen Behörden beschlagnahmt werden konnte. Der Jordangraben ist ein klassisches Beispiel dieses Bodenklassifizierungsspiels, mit dessen Hilfe große Flächen palästinensischen Bodens von Israel beschlagnahmt werden konnten.

Israelische Entwicklungspläne – für die jüdischen Siedlungen

Die israelischen Versuche, palästinensische Entwicklung auf ein Minimum zu begrenzen, beschränkten sich nicht nur darauf, weiter auf zusätzliche Auswirkungen früherer Planung zu setzen oder die dadurch hervorgegangenen Bestimmungen wohl überlegt für die eigenen Zwecke auszulegen. Die israelischen Planer haben stets versucht, mittels Planung die jüdische Präsenz durch den Bau von Siedlungsstrukturen auf Kosten des palästinensischen städtebaulichen und sozioökonomischen Gewebes zu stärken. Sie leiteten während der Besatzungszeit vor Oslo einige neue Planungsschemen für die West Bank – sprich *Regionalpläne für die israelischen Siedlungen* — ein, die man im Grunde als eine zionistische Berichtigung der britischen Regionalplanung deuten kann. Diese Pläne waren nicht nur eine effektive Methode zur Einverleibung palästinensischen Bodens, sondern sie hatten darüber hinaus bestimmte Vorschriften und zumeist Sicherheitsverordnungen, welchen es oft an Logik und Durchführbarkeit mangelte, wie beispielsweise der Umstand, dass für den Bau einer geplanten Umgehungsstraße für die jüdischen Siedler mitten in einem arabischen Gebiet beinahe 70% der arabischen Häuser entlang der Route der neuen Straße hätten zerstört werden müssen. Insgesamt existierten *drei* neue wichtige israelische Planungsschemen, von denen ein Plan zur Kontrolle der Entwicklung im palästinensischen ländlichen Raum erstellt wurde. Die restlichen Pläne verfolgten das Ziel, die jüdische Besiedlung im Land zu stärken bzw. die jüdischen Siedlungen mittels eines Verkehrsnetzes miteinander und mit dem Mutterland zu verknüpfen. Dabei handelte es sich um den Teilregional Plan 1/82⁶³, den ‚Road Plan 50‘ sowie die ‚Village Plans‘, die größtenteils gegenwärtig immer noch wirksam sind.

Teilregional Plan 1/82

Der ‚Teilregionalplan 1/82‘ (Karte 5-2) zur jüdischen Kolonisation rund um Ostjerusalem wurde 1982 veröffentlicht, also nach der Machtergreifung der Likud in Israel, und war zusammen mit dem ‚Road Plan 50‘ (Karte 5-3) der erste israelische Versuch, das bis dato (etwa 40 Jahre) unverändert gebliebene und größtenteils unberücksichtigte britische Regionalplanungssystem zu aktualisieren. Sowohl der Siedlungsbau als auch das Verkehrsnetzwerk, die in beiden Plänen beabsichtigt wurden, waren in Wahrheit bereits einige Jahre vor Veröffentlichung der Pläne (praktisch seit 1977) fortschreitende Prozesse.

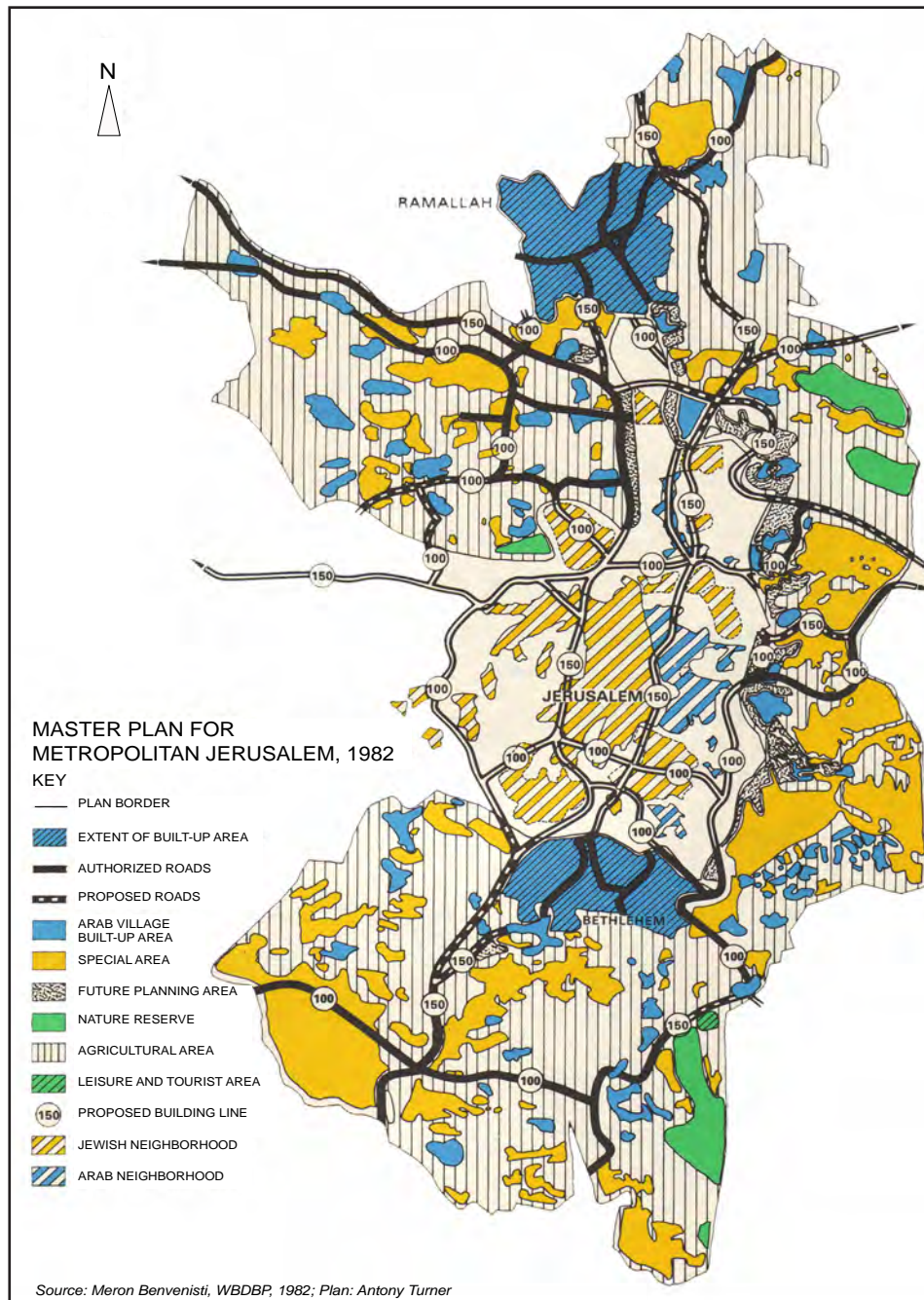
Bemerkenswert war hierbei die Tatsache, dass, obwohl keiner der Pläne je genehmigt wurde, beide die Basis der Planungspolitik der israelischen ‚Zentralen Planungsbehörde‘ für die Entwicklung des Westjordanlandes bildeten. Mit dem Wort ‚Entwicklung‘ war in diesem Zusammenhang der ‚jüdische Siedlungsbau‘ gemeint, zumal die Israelis nie irgendwelche Regionalpläne vorbereitet hatten, um eine palästinensische Entwicklung zu ermöglichen. Zwecks Selbstlegitimierung zitieren beide Pläne das jordanische Gesetz Nr. 79 und beschreiben sich als Änderungen („amendments“) der Mandatsregionalpläne (diese waren den Palästinensern bis dato nicht bekannt), obwohl die betroffene palästinensische Gemeinschaft in keiner der Vorbereitungsphasen dieser *Änderungen* konsultiert wurde und man in keinem Fall die örtlichen Räte der palästinensischen Gemeinden von der Registrierung dieser Pläne in Kenntnis gesetzt hatte.⁶³ Das zitierte jordanische Gesetz Nr. 79 erlaubt jedoch keine Änderung bzw. Überarbeitung eines Regionalplans. Wenn gewisse Umstände die Vorbereitung einer neuen regionalen Politik erfordern, dann sieht das Gesetz Nr. 79 vor, dass dies erst dann erfolgen kann, nachdem der Originalplan aufgehoben und ersetzt worden ist. Das gilt auch für Teil-Regionalpläne. Die Tatsache, dass die Israelis neue Entwicklungspläne erstellt haben, scheint eines der vielen Beispiele zu sein, in denen sie dem *israelischen Planungs- und Gebäudegesetz* von 1965 folgten, während sie vordergründig den Anschein erwecken

62 Siehe die Siedlungsstrategie der Likud, Abschnitt 2.2.2 sowie Abschnitt 3.7.8 (Fußnote 230 dieser Arbeit).

63 Vgl. Studie der AL-Haq über den geplanten Road 50 (1982): *Israeli Proposed Road Plan for the West Bank: A Question ... a.a.O.* (Anm. 5), S.6.

wollten, dem jordanischen Gesetz zu folgen.⁶⁴

Während ‚Plan 1/82‘ vorgibt, eine „...Änderung 1/82 des Regionalplanungsumrisses [Outline Regional Planning Scheme]...“ zu sein, gibt der ‚Road Plan 50‘ an, dass er „...alle existierenden Regionalpläne überarbeitet“. Jedoch gaben die israelischen Planänderungen nie an, welche Pläne sie gerade korrigiert haben. Das konnten sie auch nicht, da sie sich unsicher waren, ob irgendwelche andere Regionalpläne außer RJ5 existiert haben. Und keine der Planänderungen machte auch nur einen Versuch zu identifizieren, welche der Bestimmungen des Originalplans (oder der Originalpläne) bei den Korrekturen annulliert worden sind.⁶⁵



Karte 5-2: Masterplan für Metropolraum Jerusalem (Teil des Regionalplans 1/82).

Nach dessen Beauftragung durch die israelische Zentrale Planungsbehörde, wurde ‚Plan 1/82‘ vom israelischen Beraterbüro Shamshouni angefertigt. Wie bereits zuvor angesprochen, wurde ‚Plan 1/82‘ kurz nachdem die Likud 1977 in Israel an die Macht kam erstellt. Wie im Abschnitt 2.2.2 dargelegt wurde, ist die Politik der Likud darauf fokussiert worden, den Siedlungsbau mitten in den besetzten arabischen Gebieten und vor allem in direkter Nachbarschaft zu den arabischen Städten anzulegen und zu intensivieren. Die neuen israelischen Siedlungsstrukturen sollten jegliche arabische Entwicklung und Expansion blockieren, indem sie die

⁶⁴ Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.185-186.

⁶⁵ Ebenda, S.186.

arabischen Städte umzingeln und dadurch deren sozioökonomischen und städtebaulichen Kontext paralisieren. Insbesondere für die Stadt Jerusalem, wo die israelischen Versuche der Judaisierung faktisch ab 1967 begonnen hat, begann von Seiten der israelischen Planer eine beispielhaft durchdachte Stadtplanung, die mit dem Drobless-Plan 1977, was Raffinesse und Subtilität betrifft, einen wichtigen Wendepunkt darstellte. Der ‚Plan 1/82‘, der faktisch ein Teilregionalplan des Drobless-Plans war, sah die Errichtung von rein jüdischen *Pendlerstädten* (Vororten) für Arbeiter in Jerusalem und Tel Aviv mitten in dicht bewohnten Flächen der West Bank vor.

‚Teilregionalplan 1/82‘ deckte das entscheidend wichtige urbane Randgebiet der Stadt Jerusalem innerhalb der West Bank ab, eine Fläche von 4.460 Hektar in Form eines Gürtels, der sich etwa 5 km östlich der Stadt und um das Mehrfache gen Norden und Süden erstreckt.⁶⁶ Diese Fläche beinhaltete insgesamt 48 palästinensische Städte und Dörfer, in denen im Jahr 1982 insgesamt 150.000 Araber (ohne Ostjerusalem) lebten. Der Plan hatte ein präzises Landnutzungsschema und legte insgesamt 6 Hauptlandnutzungsarten fest, nämlich (1) Stadtgebiete und bebaute Dorfflächen, (2) Reserveflächen (Spezialgebiete), (3) Flächen für künftige Entwicklung, (4) ‚Naturreserven‘, (5) landwirtschaftliche Flächen sowie (6) Straßen.⁶⁷

Die als *Stadtgebiete* oder *bebaute Dorfflächen* identifizierten Areale sind zusammengesetzt aus den bestehenden palästinensischen Gemeindegrenzen sowie den ungefähren Flächen der meisten sich entwickelnden palästinensischen Dörfer, ohne Angaben über die Berücksichtigung künftiger Entwicklungen. Für die *Reserveflächen* (Spezialgebiete) wurde im Plan keine Erklärung angegeben, die für die Teilregionalplanung von Relevanz gewesen wäre, obwohl es hundert solcher Eintragungen im Plan gab, die 20% der vom Plan gedeckten Fläche ausmachten. Der größte Teil dieser Fläche bestand aus Land, das von Israel als ‚Staatsland‘ klassifiziert worden war, sowie zum Teil aus so genannten ‚geschlossenen Gebieten‘ (für militärische Zwecke). Was die *Flächen für künftige Entwicklung* betraf, so machten diese Flächen nur einen relativ kleinen Anteil an der Gesamtplanfläche aus und befanden sich fast alle (mit Ausnahme einer winzigen Fläche südlich von Ramallah) in direkter Nachbarschaft zu Ostjerusalem, wo sie zum größten Teil die palästinensischen Dörfer von der Stadt Jerusalem trennten. Auch über diese Flächen wurde keine Erklärung darüber angegeben, welche Entwicklung hier beabsichtigt war. Insgesamt hatte dieser Plan folgende signifikante Merkmale:⁶⁸

1. Der Plan gab keinen Hinweis darauf, wie für die Entwicklungsbedürfnisse der palästinensischen Städte und Dörfer innerhalb der Plangrenzen gesorgt werden sollte. Vor allem die so genannten Spezialgebiete (Reserveflächen) und die Flächen für künftige Entwicklung (2 und 3) waren von entscheidender Bedeutung, da sie den größten Anteil der Fläche des potentiell entwicklungsfähigen Landes in Anspruch nahmen. Der Plan gab bezüglich diesen beiden Flächentypen lediglich an, dass das israelische *Hohe Planungskomitee* entscheiden würde, wann diese benutzt werden konnten und durften. Es wurden keine Angaben darüber gemacht, welche Art von Entwicklung hier erlaubt, noch darüber, welches Verfahren benutzt werden sollte, um die künftige Nutzung dieser Flächen zu bestimmen. Wenige Jahre später erlaubten die israelischen Behörden, dass bereits bestehende palästinensische Landwirtschaft in den für künftige Entwicklung vorgesehenen Flächen weiterbestehen durfte, nicht aber in den Spezialgebieten;

2. Der Plan zeigte keine israelischen Siedlungen, weder die damals bereits existierenden noch die geplanten. Fakt ist, dass zum Zeitpunkt der Vorbereitung des Planes mindestens 11 israelische Siedlungen im Plangebiet bereits gegründet waren und dass bis zum Jahre 1987 weitere 9 Siedlungen dort errichtet wurden. Die meisten dieser Siedlungen wurden auf den so genannten ‚Reserveflächen‘ angelegt, was den Verdacht verstärkte, dass diese Boden-Klassifizierung dem Zweck dienen sollte, Land für weitere *jüdische* Siedlungen zu reservieren. Wie oben bereits geschildert, wurden den israelischen Siedlungsräten weitgehende legislative und planungstechnische Machtbefugnisse in den Flächen gegeben, die als Staatsland klassifiziert oder als Land, das für militärische Zwecke beschlagnahmt wurden. Diese Befugnisse ermöglichen den israelischen Siedlern bis heute die eroberten Flächen (und als Reserveland oder Sondergebiet klassifiziert sind) frei zu planen. Die Leute, für die diese Flächen vorgesehen sind, sind Juden, denn unter israelischem Gesetz können Nicht-Juden Staatsland weder kaufen noch pachten;

3. Obwohl ‚Regionalplan 1/82‘ die extensive Gelegenheit der jüdischen Kolonisation in den ‚Sondergebieten‘ ermöglichte, scheuten sich die israelischen Behörden nicht davor, den israelischen Siedlungsbau in Gebieten zu

⁶⁶ Der Plan gibt an, eine Gesamtfläche von 2.750 hektar zu decken. Jedoch deckt er nach Angaben von Ibrahim Dakkak in Wahrheit eine Fläche von 4.460 Hektars; siehe Aruri, Naseer (ed.): *Occupation—Israel over Palestine*, Zed Books, 1984, S.84 (Table 4.1/ Notes), Angaben nach Dakkak, Ibrahim: *The Transformation of Jerusalem—Juridical and Physical Changes*.

⁶⁷ Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.187.

⁶⁸ Ebenda, S.189/190.

betreiben, die laut Regionalplan 1/82 für andere Zwecke bestimmt waren. Zum Beispiel wurden die Siedlungen Abbir Ya’Akov, Teqo’a und Pesagot (bei Al-Bireh) in Gebieten errichtet, die im Plan entsprechend als landwirtschaftliche Flächen, Naturreserven und als arabische Stadtgebiete bzw. bebaute Dorfgebiete ausgewiesen waren. In diesem Kontext wurden „Flächen für künftige Entwicklungen“ im Bezirk Jerusalem, in dem entwicklungsfähiges Land äußerst knapp ist, als Landflächen interpretiert, die für die Deckung der Bedürfnisse des Stadtbezirkes Jerusalem bestimmt werden sollten. Das bedeutete, dass dieses Land zu einem späteren Zeitpunkt von und für die Stadtverwaltung enteignet und entwickelt werden sollte – zweifelsohne zum exklusiven Nutzen der jüdischen Seite;

4. Schließlich ist beim ‚Plan 1/82‘ bemerkenswert, dass er *keine* Vorschläge zur Stadtentwicklung in den Randzonen großer und wachsender arabischer Städte des Westjordanlandes beinhaltete. Die mit Abstand größte Bedeutung dieses Plans war das Verhindern einer Entwicklung, die auf palästinensischer Seite auf der Basis der jordanischen Gesetzgebung stattfand, während er umfangreiche Gebiete definierte, innerhalb denen keine Richtlinien erklärt wurden, die aber exklusiv für Juden unter israelischem Recht geplant werden sollten. Der Plan zielte deutlich darauf, den israelischen Besatzern und keineswegs den Palästinensern des Westjordanlandes zugute zu kommen.

Road Plan No. 50

Ein anderer kritischer Plan, der durch die israelische Besatzungsmacht eingebracht wurde, war der oben genannte *Road Plan No. 50*, der 1981 veröffentlicht wurde.⁶⁹ Dieser Plan zeigte ein Netzwerk aus Haupt- und Regionalstraßen, das sich über das gesamte Westjordanland erstreckte. Der Plan basierte zweifelsohne auf einer frühen zionistischen Straßenplanung in der West Bank, die praktisch seit 1967 „israelischen geostrategischen Konzepten“ folgte. Diese Straßennetzwerkskonzepte waren immer ein wesentlicher Bestandteil der bekannten zionistischen Siedlungsstrategien im Westjordanland und in ihrer Funktion als Erschließungsmittel ein unverzichtbarer Garant für Mobilität und folglich für jüdische Expansion dort. Wie bei den oben geschilderten Siedlungsstrategien kann man auch hier von *zwei israelischen Konzeptionen* sprechen, die seit 1967 Hand in Hand mit den Siedlungskonzepten einhergingen. Und keine dieser früheren Strategien wurde unter der dort noch gültigen jordanischen Gesetzgebung vorbereitet:⁷⁰

1. Bis Mitte der 1970er Jahre war der ‚Allon-Plan‘ das vorherrschende geostrategische Konzept, das lineare Nord-Süd-Verbindungen zwischen dem besetzten Jordantal und Israel aber keine Hauptverbindung mit dem Westen vorsah. Zwei Haupt-Nord-Süd-Straßenachsen wurden entwickelt, die einerseits dem israelischen Militär in der West Bank dienen sollten und andererseits der Gründung neuer jüdischer Siedlungen im Jordantal dienen und diese fördern sollten.

2. Mitte der 1970er Jahre begann die Arbeiterregierung mit der Herstellung von Ost-West-Verbindungen zwischen dem besetzten Jordantal und dem israelischen Kernland entlang der Mittelmeerküste: die ‚Trans-Judäa-‘ und ‚Trans-Samaria-‘-Straße, sowie eine neue nördliche Autobahn zwischen der Küste und Jerusalem wurden geplant. Bis 1980 waren alle diese geplanten Straßennetzwerke bereits gebaut;

3. Ab 1977 gab die Regierung der Likud – getreu ihrem geostrategischen Konzept für die Annexion der gesamten Gebiete – die Nord-Süd-Strategie der Arbeiterregierung auf. Stattdessen betonte sie die komplette Integration des Straßennetzwerkes des besetzten Westjordanlands in das israelische System. Zwischen den Jahren 1983 und 1986 entwickelte die israelische Regierung (zusammen mit der ‚zionistischen Weltorganisation‘) einen Masterplan für die Besiedlung der West Bank, der vor allem den neuen Verkehrsachsen ein besonderes Gewicht einräumte.⁷¹ Der zionistische Masterplan für Straßen definierte (nach abnehmender Priorität) folgende Grundsätze und Ziele:⁷²

- a) Der Zusammenschluss des israelischen nationalen Straßennetzwerkes mit dem der besetzten West Bank;
- b) die Erschließung von (besetztem) arabischem Land für den jüdischen Siedlungsbau durch Bildung neuer Straßenachsen, die die städtischen Zentren mit diesen Gebieten verbinden sollten;

69 Regional Partial Outline Plan for Roads – Order no. 50, wurde im Februar 1984 (in hebräischer und arabischer Sprache) veröffentlicht. Das undatierte Dokument der ‚Order no. 50‘ trug den Titel: ‚Judea-Samaria Area: Regional Road Plan‘. Als Urheber des Plans gilt das israelische ‚Department of General Works, Ministry of Development and Housing‘. Vgl. Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.191. Siehe vor allem auch Al-Haq-Studie über diesen Road 50 (1982): *Israeli Proposed Road Plan for the West Bank: A Question ... a.a.O.*

70 Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.23; siehe auch Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.191.

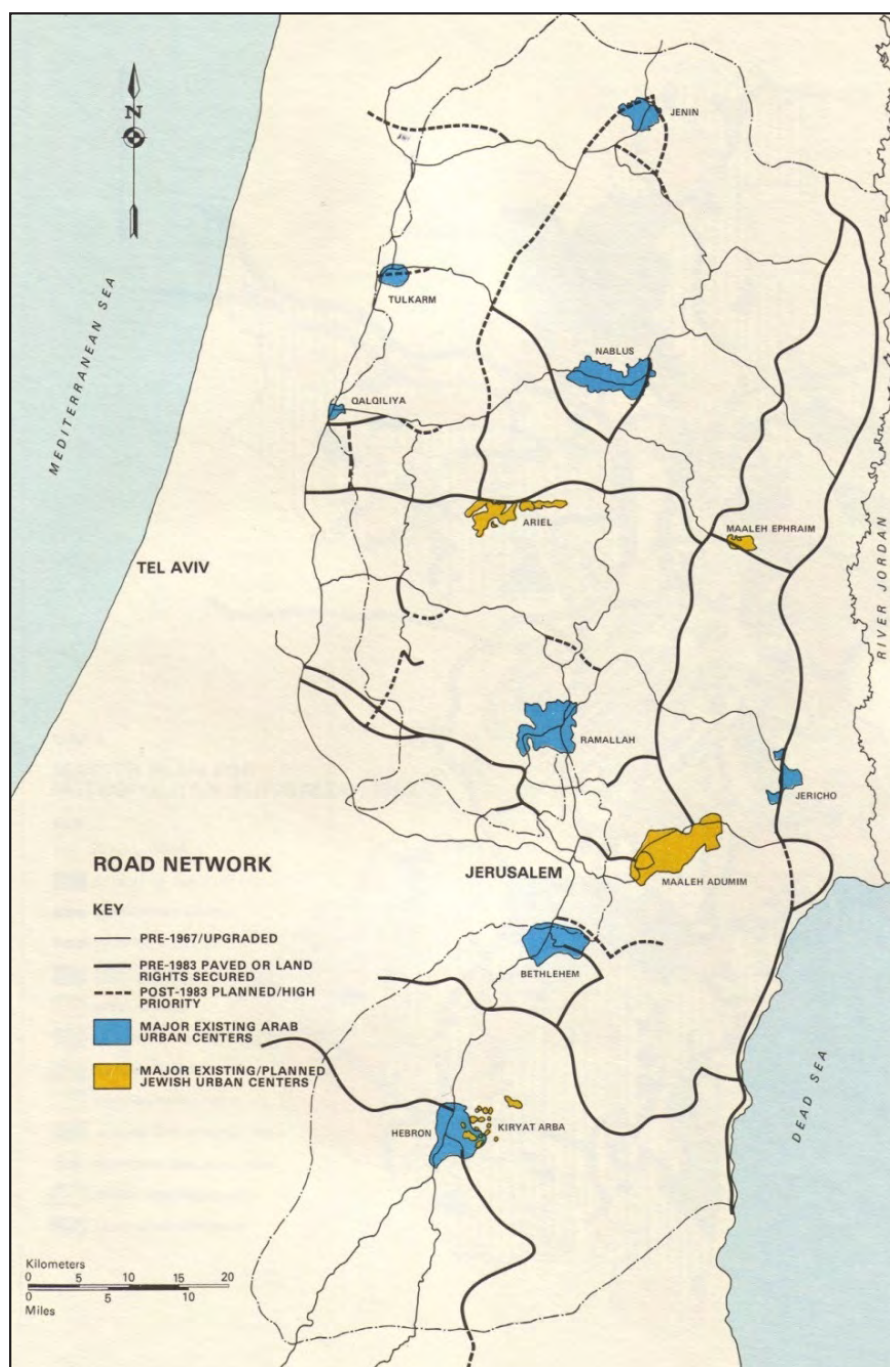
71 Siehe Abschnitt 2.2.2, [Schema-Karte 2-2](#) dieser Arbeit.

72 WZO Plan, 1983-1986, sec. 2.2.1.2, zitiert in: Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.23.

- c) die Wertsteigerung der neuen Flächen durch Verbesserung der Straßennormen und durch ‚Umgehen der Gebiete der arabischen Einheimischen‘;
- d) die Vernetzung bestehender israelischer Siedlungsblöcke in der West Bank; sowie
- e) Die Angliederung arabischer Siedlungsgebiete an das Straßennetzwerk.

Der kurzfristige Likud-WZO-Entwicklungsplan (1983-1986) kreierte eine Abfolge von Prioritäten für den Straßenbau im Westjordanland, die auf klar definierten Kriterien basierte. Diese Kriterien waren bzw. sind:⁷³

1. Ausdehnung des Landanspruchspotenzials durch Straßenerschließung bzw. durch Erreichbarkeit der beanspruchten Gebiete. Die Priorität wurde hier in der Regel an den geplanten jüdischen Hauseinheiten gemessen;
2. Vernetzung von Regionen hoher jüdischer Siedlungspriorität; sowie
3. Umgehung arabischer Gebiete und Erschließung neuer Siedlungsgebiete.



Karte 5-3: Straßennetz in der West Bank 1984.

Das Straßennetzwerk (Karte 5-3) reflektierte eindeutig diese oben genannten israelischen Prioritäten und den

73 Ebenda, sec. 2.3.1, zitiert in: Benvenisti, Meron: The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O., S.23.

israelischen Wunsch nach Ost-West-Verlinkung, nach Vernetzung der Siedlungsblöcke im Osten, Westen und Norden des Westjordanlandes sowie nach Umgehung arabischer urbaner Gebiete im Norden der West Bank (Nablus, Qalqilya, Tulkarm und Jenin). Die wichtigste Nebenwirkung dieses jüdischen Straßennetzes war die Kontrolle über die Zwischenräume der palästinensischen urbanen Zentren: mit seiner überdimensionalen Konstruktion und durch seine Nutzungsexplosivität für Israelis, funktionierte es wie ein System von Schleusen, das das Land physisch auseinander riss und die arabischen Agglomerate voneinander trennte. Das sozioökonomische Gewebe des Westjordanlandes wurde dadurch beinahe vollständig gelähmt. Nach Meron Benvenisti reflektiert das israelische Straßennetzwerk deutlich die „israelische voreingenommene Planung“ im Westjordanland. „Alle Straßen sind dazu bestimmt, Israels örtlichen, regionalen und nationalen Interessen zu dienen, während arabische Transportbedürfnisse ignoriert werden oder als Beiprodukt der israelischen Interessen gedeckt werden“.⁷⁴

Das neue israelische Straßensystem im Westjordanland war in Wahrheit ein Dualsystem, das die Idee der Segregation im Verkehrswesen festigte und ihr neue Dimensionen gab: hier standen neue ‚jüdische Straßen‘, die die israelischen Siedlungen und Regionen dienen, einem alten und inzwischen maroden ‚arabischen Straßennetz‘ von vor 1967 gegenüber, das laut Plan weiterhin die inzwischen auf das Vielfache gewachsenen arabischen Städte und Dörfer versorgen sollte. Die Vernetzung beider Systeme wurde auf ein Minimum gehalten. Wie im Abschnitt 2.3.2 dieser Arbeit aufgezeigt wurde, spiegelte sich diese minimale Vernetzung in den dreidimensionalen Lösungsansätzen (Brücke, Tunnel, Unterführung) wider, die das Terrain verkomplizierten und die Separation von Juden und Arabern festigten.⁷⁵

Die israelischen Straßen waren geplant, um arabische urbane Entwicklung und Zersiedelung zu drosseln, und das auch mittels formaler und legislativer Bestimmungen der Planung:⁷⁶

- A) Laut festgelegter Baulinie in den neu erschlossenen jüdischen Gebieten innerhalb der West Bank sollten die neuen israelischen Straßen eine Gesamtbreite zwischen 40 und 120 Metern haben. Die geplante Baulinie (*proposed Building line*) entlang dieser Straßen sollten in der Regel 100 Meter, an vielen Stellen sogar 150 Meter betragen (siehe *Karte 5-2*), während beinahe alle existierenden (arabischen) Straßen eine Gesamtbreite von weniger als 10 Metern hatten;
- B) Sie sind in den Randgebieten arabischer Städte und Dörfer geplant, um deren Expansion einzuschränken und eine bandartige urbane Entwicklung entlang der Straßen zu verhindern;
- C) Darüber hinaus mussten die arabischen Bewohner des Westjordanlandes für die Straßen zahlen, da zehntausende Dunums von arabischem Land für den Bau des neuen Straßensystems den arabischen Eigentümern entnommen wurden (ohne Entschädigung für ‚allgemeine Zwecke‘).

Die oben geschilderten israelischen Pläne (‚Regional Plan 1/82‘ und Road Plan No. 50‘) haben die Grundstruktur der geplanten Kontrolle über das besetzte Westjordanland skizziert. Die so genannten ‚Village Plans‘ waren ein weiterer Schritt in Richtung Kontrolle des palästinensischen ländlichen Raumes.

Die ‚Village Plans‘⁷⁷

Im Jahre 1981 beauftragte die israelische ‚Zentralplanungsbehörde‘ das israelische Beraterbüro Shamshouni, Rahmenpläne (Outline Plans) für 183 palästinensische Dörfer im Westjordanland anzufertigen. Die Pläne wurden 1983, etwa zeitgleich zum ‚Teilregionalplan 1/82‘, bei den Behörden hinterlegt. Zwei Jahre später (1985) wurden vom gleichen Büro neue Pläne für weitere 100 palästinensische Dörfer erstellt. Die Pläne des Büro Shamshouni basierten hauptsächlich auf Daten aus lokalen Informationsquellen (Mukhtars: Dorfvorsteher), die durch die Militärregierung weitergeleitet wurden. Den Plänen standen keine realen örtlichen Bestandsaufnahmen der jeweiligen Dörfer zugrunde und es wurden keine Unterschiede zwischen den Dörfern gemacht: weder die sozialen, noch die kulturellen oder die ökonomischen Gegebenheiten der einzelnen Dörfer wurden bei der Bearbeitung der Pläne berücksichtigt. Wie ernst es die israelischen Behörden mit den Plänen meinten und wie gleichgültig diese mit den Belangen der Palästinenser umgingen, zeigt die Art und Weise wie die Pläne angefertigt wurden: diese waren keine herkömmlichen Zeichnungen professioneller Planungsbüros, sondern

⁷⁴ Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.23.

⁷⁵ Ebenda, S.23, 31 und 32.

⁷⁶ Ebenda, S.23. Siehe auch Coon, Antony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.193/194.

⁷⁷ Angaben über Dorf-Planung unter der israelischen Besatzung, soweit nicht anders angegeben, aus: Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.85-90.

lediglich Skizzen und Flächenmarkierungen, die mit Filzstift auf Luftaufnahmen des israelischen Militärs grob aufgetragen wurden. In diesen Plänen wurden so gut wie keine Schemen bestehender Entwicklung in den arabischen Gemeinden dargestellt. Dafür wurden sie von einem neuen israelischen Standard-Regelwerk begleitet, das Planungen der arabischen Gemeinden beträchtlich erschwerte. Denn der Fokus des Interesses der israelischen Behörden bei diesen Plänen war nicht, auf die bestehende Entwicklung arabischer Ortschaften zwecks Wachstums und Weiterentwicklung aufzubauen, sondern diese überhaupt zu verhindern.

Das signifikanteste Merkmal dieser Pläne war die jeweilige ‚Plangrenze‘: diese definierte nicht etwa – wie man hätte erwarten können – das Gebiet, für das die baupolitischen Konzepte entwickelt werden sollten, sondern vielmehr die Zone, innerhalb der die ganze arabische urbane Entwicklung eingeschränkt werden sollte. Wenn man bedenkt, dass diese ‚Village Plans‘ aus einer Hand stammen (Shamshouni) und zeitgleich mit dem ‚Regionalplan 1/82‘ für die israelischen Siedlungen entstanden sind, so wird sofort klar, dass die ‚Plangrenze‘ in den ‚Village Plans‘ sich stark auf die oben beschriebenen ‚development areas‘ des ‚Regionalplans 1/82‘ bezog, die, wie man gesehen hat, ausschließlich für die Entwicklung jüdischer Siedlungen im Westjordanland bestimmt waren. Außerhalb der ‚Plangrenze‘ zeigten die ‚Village Plans‘ auch Teile der Reserveflächen, der Flächen für die künftige Entwicklung sowie der landwirtschaftlichen Flächen, die vom ‚Plan 1/82‘ abgeleitet wurden. Daher waren diese Pläne nicht mit dem mandatsbritischen Regionalplan konform, sondern waren in Wirklichkeit Änderungen oder Planbeilagen zu Plan 1/82, der bis heute nicht genehmigt worden ist.

Die ‚arabischen bebauten Flächen‘ (built-up areas) und deren Ausdehnung im Westjordanland verdienen einer genaueren Überprüfung, denn die arabische Bauaktivität schien die effektivste Art des Widerstandes gegen die israelische Landnahme zu sein. Der erste Eindruck, den man aus Karte 5-4 gewinnen kann, ist der relativ hohe Anteil der bebauten Fläche (8,1%) im Vergleich zu andern Landnutzungen im Westjordanland Anfang der 1980er Jahre, und das in einer grundsätzlich ländlichen Gesellschaft, in der 70% der Bevölkerung in Dörfern lebte.⁷⁸ Der Eindruck rührt daher, dass die modernen Baumodelle der palästinensischen Araber die sehr extensive ‚städtische Bandenentwicklung‘ (lange und schmale bebaute Flächen auf beiden Seiten einer Zufahrtsstraße) begünstigte, bei der Einfamilienhäuser zwischen großen Flächen von Obstplantagen und Bauernhöfen eingestreut wurden (Skizze 5-1, weiter unten).

Diese Art städtischer Entwicklung erhöhte den Flächenverbrauch erheblich und bestimmte eine niedrige Bebauungsdichte, die 1982 auf 0,5 (1984 auf 0,8) *Familien pro Dunum* geschätzt wurde.⁷⁹ Diese geschätzte Bebauungsdichte war aufgrund der Tatsache, dass der bebaute Bereich zum großen Teil für landwirtschaftliche Nutzungen verwendet wurde, zwar verwirrend, dennoch sahen die israelischen Behörden diese Entwicklung für das eigene Projekt als alarmierend gefährlich, denn sie nahmen zutreffend (wie es sich später herausstellen sollte) an, dass die landwirtschaftlichen Flächen innerhalb der Einflusszonen der bebauten Bereiche arabischer Dörfer wegen des demographischen Druckes schrittweise in Wohnungsbau umgewandelt werden würden.

Diese Annahme hatte ihre Gründe, denn die Besatzungsbehörden wussten anhand der Statistik sehr genau, wie schnell die arabische Gesellschaft demographisch wuchs und dass diese Menschen immer mehr Wohnraum brauchten. Vergleicht man die Zahlen über Bauaktivitäten in der West Bank zwischen 1968 und 1981, so stellt man fest, dass im Jahre 1981 etwa 14 Mal so viel Bauten auf dem privaten Sektor (hauptsächlich Wohnungsbau) begonnen wurden als im Jahre 1968. Dieser Entwicklungstrend sah jedoch für öffentliche Bauten völlig anders aus, denn es wurden im Jahre 1968 7 Mal so viel öffentliche Bauten begonnen als im Jahre 1981 (Vgl. Abschnitt Entwicklungstrends weiter unten). Insbesondere im südlichen Teil der West Bank hatte man bereits zwischen 1968 und 1979 einen enormen Zuwachs bebauter Fläche, hauptsächlich auf dem Privatsektor, beobachtet, während Bait Dschala einen urbanen Zuwachs von 55% und Bethlehem von 125% hatte, betrug dieser Zuwachs in Salfit (Norden) 162% und in Beit Sahur sogar 267%.⁸⁰

Die Grenzen der neuen israelischen Planungsschemen für die palästinensischen Dörfer wurden sehr nahe an den existierenden arabischen Bauten konzipiert. Manchmal wurden einige Häuser im Dorf ausgegrenzt und lagen plötzlich außerhalb der neu bestimmten Dorfgrenze. So konnten die israelischen Behörden die palästinensischen Dörfer so klein wie möglich halten. Häuser außerhalb der Plangrenze hatten faktisch keinen

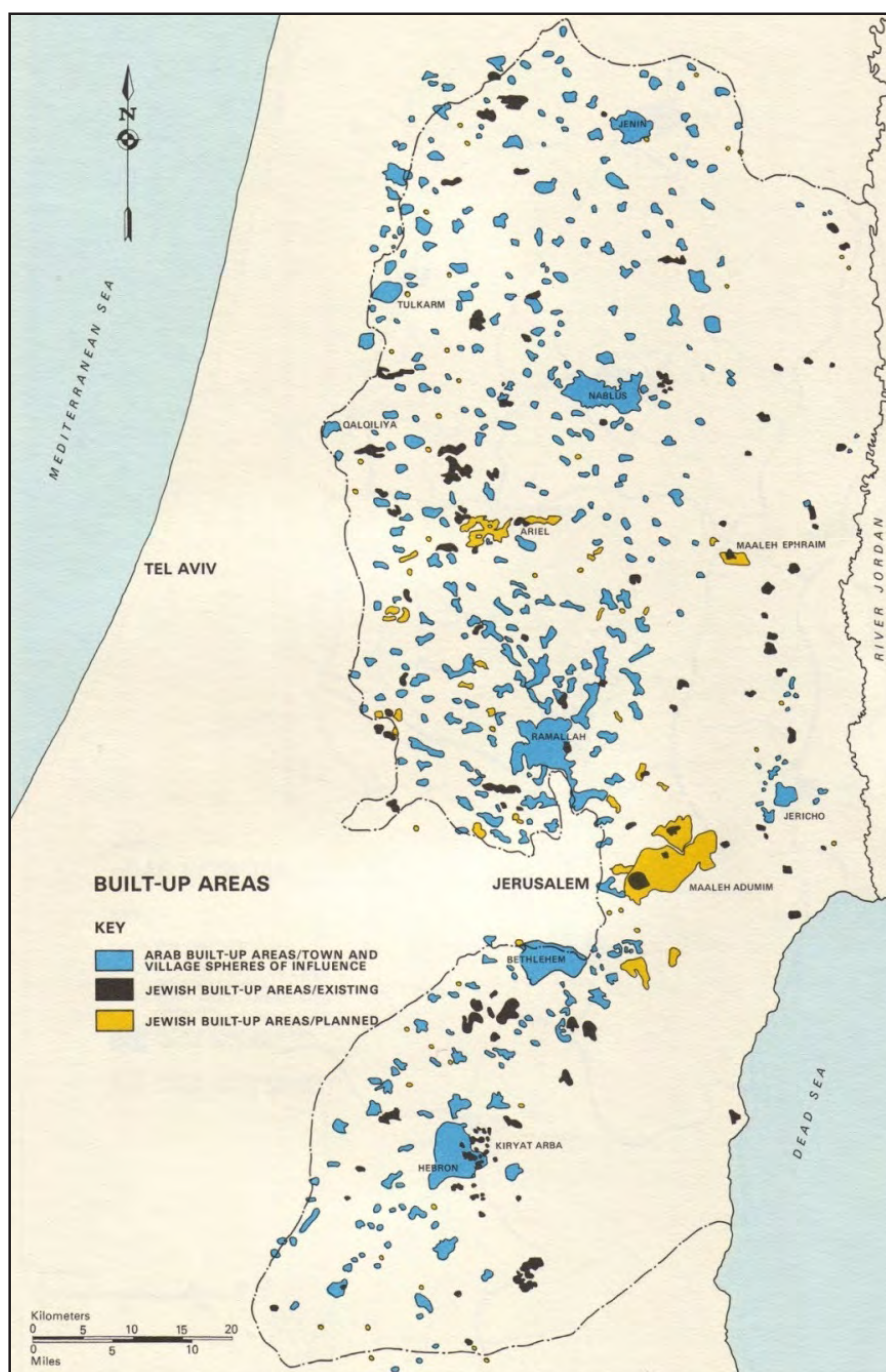
78 Benvenisti, Meron, *The West Bank Data Project: a Survey ... a.a.O.*, S.20.

79 Ebenda, S.21.

80 Ebenda.

Bestandsschutz und waren daher ab diesem Zeitpunkt vom kostenpflichtigen Abriss durch die israelischen Behörden bedroht. Zudem überraschte es nicht, dass laut dieser Pläne ein Stück Land in zwei Teile geteilt war, in einen Teil innerhalb der Plangrenzen und in einen Teil außerhalb dieser Grenzen. Die zur Verfügung stehende Baufläche hatte sich somit in vielen Fällen halbiert, während die expandierenden demographischen Zahlen der Dorfbevölkerung diese unter enormen Druck setzten. Die für den ländlichen Raum bis dato unübliche vertikale Bauweise (Mehrgeschossbauten) reichte schon lange nicht mehr aus, um den Bedarf an Wohnraum zu decken. Die Folge war die Zersiedelung jeder zur Verfügung stehenden Fläche – auf Kosten der Umwelt und der Wohnqualität – oder einfach der *Zwangsumzug* vor allem junger Menschen und Familien in die Städte.

Man darf hier nicht übersehen, dass der Hauptgrund für diese von den israelischen Behörden bereits seit Ende der 1960er Jahren befürchtete Entwicklung das Fehlen von nachhaltiger Planung für die Bedürfnisse der palästinensischen Städte und Dörfer war, die es ihnen erlaubt hätte, normal zu wachsen. Aber genau das war das vorrangige Ziel der israelischen Planer, die palästinensischen Gemeinden in dichtbevölkerte und isolierte Ghettos zu verwandeln. Die Planungsschemen wurden mittels politischer Entscheidungen geschaffen und von Politikern realisiert, um politische Ziele durchzusetzen, ohne die Bedürfnisse der Landesbewohner zu berücksichtigen. Der Erfolg dieser destruktiv subtilen Planung wurde bereits in den Kapiteln 4 und 5 dieser Arbeit geschildert.



Karte 5-4: Bebaute Flächen der West Bank 1984.

Antony Coon kommentierte diese Pläne und schrieb hierzu:

„Es wurden weder eine Erklärung der Logik dieser Pläne, noch über die Höhe der Flächennutzung gegeben. Es scheint klar, dass das Ziel der Pläne ist, nicht für Entwicklung zu *sorgen*, sondern diese zu *beschränken*. Die Pläne würden ermöglichen, dass eine "auffüllende" Entwicklung stattfindet, jedoch machen sie keinen Versuch den zukünftigen Umfang oder die Vielfalt der Entwicklungsbedürfnisse dieser Kommunen, die zu dieser Zeit eine beispiellos rapide Entwicklung erlebten, vorzuberechnen. Außerdem beinhalten die willkürlichen Plangrenzen eine erhebliche Menge an Entwicklung nicht, die außerhalb der Plangrenzen bereits stattgefunden hat“.⁸¹

Wie bereits im Kapitel 2 dieser Arbeit aufgezeigt wurde, hat die israelische Militärregierung ständig versucht, ihre gnadenlose militärische Kontrolle über das Westjordanland durch die Besiedelung des Landes durch Juden zu festigen. Die oben geschilderten umfassenden Regionalpläne für das besetzte Westjordanland zwischen 1982 und 1985 waren das Ergebnis einer subtilen engen Zusammenarbeit zwischen der Regierungsplanungsabteilung und den jüdischen Siedlungsräten. Diese Regionalpläne für die West Bank wurden von den israelischen Planern bei den (israelischen) Behörden widerrechtlich eingereicht. Sie berücksichtigten die Interessen der Palästinenser so gut wie gar nicht und waren daher gemäß internationalen Rechts null und nichtig bzw. nicht genehmigungsfähig. Dieser juristische Umstand war offensichtlich eine Erklärung dafür, warum die israelischen Behörden (als Organe einer Besatzungsmacht) es unterlassen haben, die übliche Genehmigungsprozedur für diese Pläne ernsthaft zu verfolgen. Andererseits aber bildeten diese Planungsschemen die Richtlinie fast jeglicher israelischer Siedlungsbauaktivitäten in den besetzten Gebieten.

Die israelischen Behörden handelten grundsätzlich in Übereinstimmung mit diesen Plänen, oft zum Nachteil der einheimischen Bewohner des Landes, so als wären diese Pläne offiziell genehmigt. Die Regionalplanung in der West Bank war in Wahrheit nur für die dortigen jüdischen Gemeinden und deren Weiterentfaltung gedacht. Die Entwicklung der palästinensischen Gemeinden wurde hingegen systematisch vernachlässigt und man hatte im Ergebnis eine äußerst gefährliche sozioökonomische Entwicklung in den palästinensischen Städten und Dörfern, die bis heute andauert und deren wichtigsten Symptome die politische und ökonomische Stagnation sowie eine unterentwickelte Infrastruktur, die den heutigen Anforderungen einer modernen und wachsenden Bevölkerung in keiner Weise entsprechen kann, sind.

Der Umstand, dass das israelische Planungssystem in der West Bank (die *Militärorders*) ‚Entwicklungsplanung‘ ausschließlich für den Bau der israelischen Siedlungen förderte, während es zugleich im Falle der palästinensischen Städte und Dörfer fast ausschließlich ‚Entwicklungskontrolle‘ im destruktiven Sinne anwendete, war und bleibt eine der entscheidenden Entwicklungen bzw. der wesentliche Grund für die sozioökonomischen und politischen Fehlentwicklungen in den besetzten arabischen Gebieten nach 1967. Ein kurzer Blick auf die Entwicklungstrends dieser Zeit bezeugt diese Fehlentwicklungen.

5.1.4 Entwicklungstrends im Westjordanland vor der Zeit der PA

Bis 1967 waren neben Ostjerusalem insgesamt bereits 25 Städte sowie 87 Landräte in der West Bank gegründet worden. Manche, aber nicht alle, Dörfer besaßen den Status eines Landrats. Während die Gemarkungen der Städte per Gesetz bestimmt bzw. verändert wurden, sind die Dorfgrenzen auf dem Land inoffiziell auf der Grundlage der Landbesitzurkunden *festgesetzt* worden. Auch als Ergebnis der Vernachlässigung des ländlichen Raumes lebten in vielen Dörfern tatsächlich mehr Einwohner als in manchen Städten. Die Besatzungsmacht hat über Jahrzehnte hinaus jegliche Entwicklung der Dorfgebiete blockiert. Die Methode war ziemlich einfach: dort wo die Menschen gerade wohnten, befand sich das Dorf. Dorfmarkierungen durften so gut wie nicht verändert werden. Das natürliche Wachstum der Agglomerate wurde blockiert.⁸² Signifikant für die Zeit der israelischen Besatzung (die de facto bis heute andauert) ist die Tatsache, dass die Besatzungsbehörden während dieser Zeit und trotz des enormen arabischen Bedarfs an neuem Wohnraum die Gründung neuer palästinensischer Städte oder Dörfer oder gar Siedlungen nie zugelassen haben. Zur selben Zeit wurden Hunderte israelischer Siedlungen im besetzten Territorium errichtet, die sich zum Teil zu regelrechten Siedlerstädten entwickelt haben.

Alle lokalen Gemeinderäte in Städten und Dörfern der West Bank wurden seit 1976 seitens der israelischen Besatzungsmacht untersagt. Im Jahre 1982 wurden die Bürgermeister der meisten größeren Städte der West

81 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.86.

82 Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.38.

Bank entlassen, manche Bürgermeister wurden deportiert, auf andere wurden Mordanschläge verübt, wie zum Beispiel auf den Bürgermeister von Nablus Ghassan Shak'a, dem nach einem Attentat beide Beine amputiert werden mussten. Zwischen 1982 und 1985 wurden israelische (jüdische) Bürgermeister in Nablus, Hebron, Ramallah und AL-Bireh durch den Oberbefehlshaber der israelischen Besatzungsmacht ernannt.

Bereits 1987 besaßen 9 der 25 Städte der West Bank Bürgermeister, die 1976 gewählt worden sind. Weitere 14 Städte hatten Bürgermeister, die von Israel ernannt und geschützt wurden. Zwei andere Städte, inklusive Nablus, hatten weder einen Bürgermeister noch ein Dorfkomitee (Vgl. Tabelle 5-2, oben). In dieser Zeit konnte man nur in sehr wenigen Fällen sagen, dass diese Bürgermeister, ganz gleich ob gewählte oder von Israel ernannte, repräsentativ für die Bürgerinnen und Bürger der West Bank einstanden.

In den Dörfern versuchte die israelische Besatzungsmacht die lokalen Dorfräte zu schwächen, indem sie die Stellung der traditionellen ‚Mukhtars‘ (Dorf-Vorsteher oder -Auserwählter) gestärkt hat. Im Zuge der Versuche der israelischen Militärregierung, den Einfluss der PLO in den besetzten Gebieten einzudämmen, gründete sie im Jahre 1978 den so genannten „Dörfer-Bund“ oder die „Dorf-Liga“ (Village Leagues) für die Landbevölkerung. Diese von Israel finanzierten und bewaffneten Dorfkomitees bestanden hauptsächlich aus Personen, die dem Haschemitischen Königreich Jordanien nahe standen. Sie lehnten die nationalen Ziele der PLO ab und wurden von Israel als Instrumente verwendet, für die damals in Israel und in bestimmten jordanischen Kreisen noch salonfähigen so genannten ‚jordanischen Option‘ (Jordanien als Heimat oder Staat für die Palästinenser) zu werben. Diese Dorfliga gewann ihren Einfluss unter anderem dadurch, in dem sie die Ausgabe israelischer Genehmigungen (auch Baugenehmigungen) vereinfachen und beschleunigen konnte.

Ähnliche Praktiken der israelischen administrativen Kontrolle in der West Bank fanden ebenfalls in den meisten anderen Dienstleistungseinrichtungen, wie Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft, statt. Mit Ausnahme von weniger Dienste innerhalb der Städte unterlagen alle öffentlichen Dienstleistungen in der West Bank der Verantwortung der Zivilverwaltung, deren Angestellte entweder vom israelischen Militärkommandeur ernannt wurden oder diesem unterstellt waren. Des Weiteren beschloss die Besatzungsmacht Restriktionen gegen Meinungs-, Publikations- und Bewegungsfreiheit sowie gegen die Bildung politischer Parteien.

Kurz: die israelische Besatzungsmacht erlaubte den Palästinensern keine Selbstverwaltungsfunktion in den besetzten Gebieten. Ein Menschenrechtsreport, der 1987 für die amerikanische Regierung angefertigt wurde, stellte fest: „Palästinensern ist es nicht erlaubt, an bedeutenden politischen Entscheidungen teilzunehmen, die die Land- und Ressourcennutzung und Planung betreffen“. Während der Besatzungszeit gab es von Seiten der israelischen zentralen Planungsbehörde tatsächlich keinen Versuch, repräsentative palästinensische, egal ob es sich um politische, kulturelle, religiöse, professionelle, gesellschaftliche oder kommerzielle Gruppen handelte, zu Rate zu ziehen oder gar zu beteiligen, wenn es um die Planung in den besetzten Gebieten ging. Und wurde es in jedem Department praktiziert, das sich mit Entwicklungsangelegenheiten in der West Bank befasst hat.⁸³

Traditionell lebte der größte Teil der palästinensischen Bewohner der West Bank in Dörfern und Kleinstädten. Nur ein geringer Anteil der Bevölkerung lebte außerhalb dieser Gemeinden. Die Städte und Dörfer (mit Ausnahme von Jerusalem) waren umgeben mit Land, das zum jeweiligen Dorf bzw. Stadt gehörte. Der Wohlstand und das Bevölkerungswachstum hingen von der Landwirtschaft ab.

Städtebaulich waren die Dörfer kompakt gebaut und die traditionelle Bauform war die massive Steinkonstruktion mit gewölbten Steindecken. Wie zuvor bereits beschrieben wurde, kam mit dem demographischen Druck sowie aufgrund des wachsenden Lebensstandards der Bewohner der besetzten Gebiete in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf die Dörfer eine dramatische Welle in der Entwicklung zu: eine breite Ausdehnung der Entfaltung außerhalb der kompakten traditionellen Dörfer, insgesamt weniger dicht und meistens entlang einer Hauptstraße (‚städtische Bandenentwicklung‘). Die Bauten waren nun meistens aus Stahlbeton, wenn auch mit Stein verkleidet, größer als bisher üblich und zweigeschossig oder mehr.

Im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern war der Schritt zur Urbanisierung langsamer gewesen. Eigentlich stand der Entwicklung der sogenannten ‚informellen Siedlungen‘ für Immigranten aus dem ländlichen Raum,

⁸³ Country Report on Human Rights for 1987: The West Bank. Report to the Committee on Foreign Affairs, US State department, in Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.39.

wie man es in vielen anderen Ländern der Dritten Welt kennt, beinahe nichts im Weg. Dennoch gab es diese städtische Entwicklung im Westjordanland nie wirklich. Die Dorfbewohner waren und sind mit ihrem Land sehr tief verwurzelt. Sehr viele haben trotz des schlecht ausgebauten Straßennetzes lieber das tägliche Pendeln vom Dorf zur Stadt bevorzugt.



Skizze 5-1: Struktur eines typisch traditionellen palästinensischen Dorfes und spätere Entwicklung, MS. 2002.

Wie wenig Entwicklungsarbeit von Seiten der Besatzungsmacht für die besetzten Gebiete unternommen wurde, bezeugen die Zahlen der Bauaktivitäten, insbesondere auf dem öffentlichen Sektor während der (offiziellen) Besatzungszeit: Tabelle 5-3 zeigt die absoluten Zahlen der Bautätigkeiten von öffentlicher und privater Hand in der West Bank, die im Jahre 1987, also kurz vor den ersten offenen politischen Gesprächen zwischen der PLO und Israel in Madrid (1991) begonnen wurden.

Anhand dieser Zahlen kann man unschwer die wesentlichen Charakteristiken der *Bau*-Entwicklung in der West Bank in dieser Zeit erkennen. Diese waren:

1. Der winzige Anteil der Entwicklung, unternommen durch die öffentliche Hand, insbesondere auf dem Bausektor;
2. Der überwältigende Teil der Gesamtentwicklung wurde vom privaten Sektor angetrieben. Auffallend ist hierbei das Minimum an Entwicklung im ländlichen Raum.

Diese Entwicklung kam nicht einfach plötzlich, sondern sie war ein Ergebnis exakt kalkulierter Politik der Besatzungsmacht. Sofort nach dem Juni-Krieg von 1967 und mit der Besetzung der arabischen Gebiete durch die israelische Armee hat es eine große demographische Dislokation auf der palästinensischen Seite gegeben und erst nach 1970 erreichten die projektierten Bauflächen dort wieder ähnliche Größen wie vor 1967. Nach Angaben des israelischen Forschers *Simcha Bahiri* betrug diese Baufläche bereits im Jahre 1968 insgesamt nur noch 50% der Fläche von 1966. Dennoch hat es in der West Bank zwischen 1968 und 1979 eine durchschnittliche Wachstumsrate der begonnenen und fertiggestellten Bauflächen von 26,3% *pro Jahr* gegeben, während (in Kontrast dazu) diese Rate zwischen 1979 und 1986 nur noch 1,5% *pro Jahr* betrug. Diese Entwicklung lief keineswegs konform mit dem rapiden Bevölkerungswachstum in der West Bank. Die in der West Bank begonnenen Wohnungsbaumaßnahmen stiegen von 51.000 m² im Jahre 1968 auf 655.700 m² im Jahre 1979, eine Wachstumsrate von 26,1% *pro Jahr*. Im Gazastreifen wuchs die gleiche Wohnungsbaufäche viel extremer, nämlich von einer winzigen Fläche von 3.800 m² (1968) auf 342.500 m² (1979), sprich einer Wachstumsrate von 50,6% *pro Jahr*.

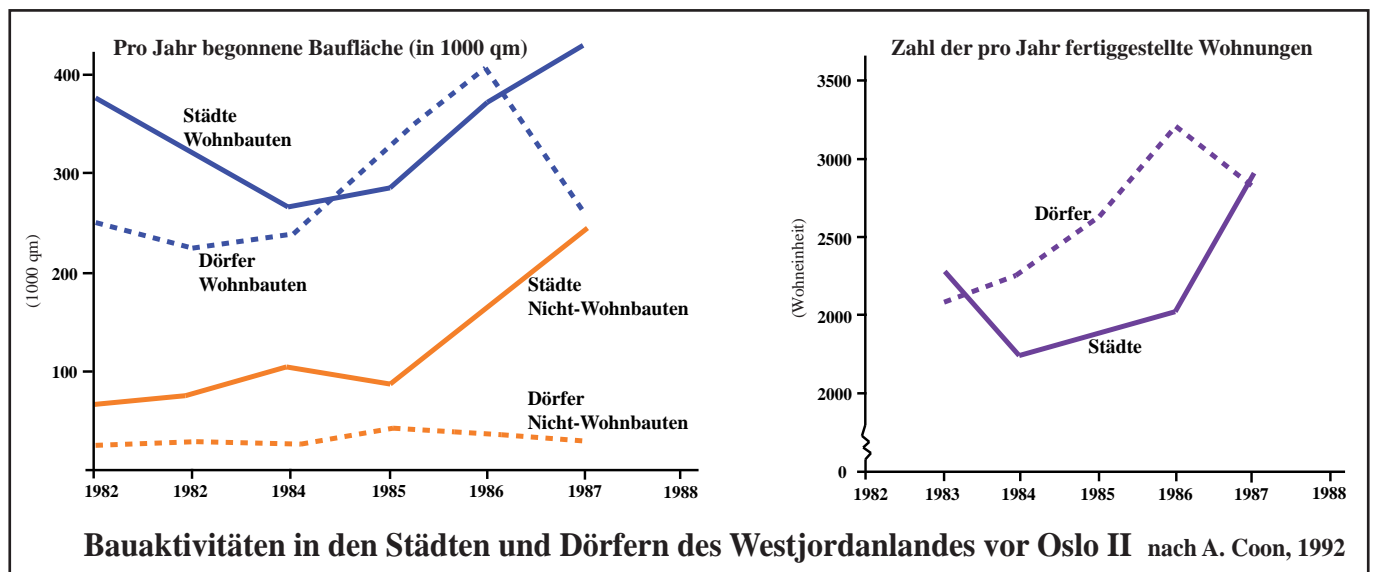


Abb. 5-2: Bauaktivitäten in den Städten und Dörfern der West Bank vor Oslo, MS. 2010, nach A. Coon, 1992.

Bautätigkeiten in der West Bank, begonnen im Jahre 1987 (in 1000 qm)					
Bausektor	Privatsektor			öffentliche Hand	Gesamt
	Städte	Dörfer	Gesamt		
Wohnungsbau	442	278	720	0	720
Nichtwohngebäude	245	29	274	11	285
Gesamt	687	307	994	11	1005

Quelle: Coon, Anthony, Town Planning under Military Occupation, Dartmouth, 1992, Daten entnommen aus Statistical Abstract of Israel. Originaldaten basieren auf Musteruntersuchungen; laut Coon schien es so zu sein, dass nicht-genehmigte Bauentwicklungen in der West Bank nicht in die Statistik berücksichtigt wurden. Coon beruft sich hier auf Bahiri, Simcha: Construction and Housing in the West Bank and Gaza, page 38. West Bank Data Project.

Die obigen Daten gelten für die West Bank ohne Ostjerusalem und ohne die jüdischen Siedlungen. Bearbeitet v. MS., 2010

Tabelle 5-3: Baukonstruktion in der West Bank 1987.

Tabelle 5-3 spiegelt ziemlich genau die planungspolitischen Verhältnisse im Land und vor allem die Tatsache, dass die Planungsbehörde der Besatzungsmacht ihren Pflichten den Menschen in den besetzten Gebieten gegenüber (auf dem Bausektor) in keiner Weise nachging, wider. Das ist wie nachfolgend beschrieben erklärbar: die offensichtliche Vernachlässigung des palästinensischen ländlichen Raumes seitens der Besatzungsmacht hatte politische Gründe. Im Gegensatz zu den bereits zersiedelten Städten galt die Peripherie für die Besatzungsmacht schon immer als leichte Beute der Annexion. Die israelischen Behörden verfolgten eine Politik, die diesen Raum von der ohnehin minimalen Planung palästinensischer Gebiete ausklammerte. Später, nach der Unterzeichnung von Oslo II (1995), wurde die palästinensische Peripherie der West Bank als ‚Gebiet C‘ bezeichnet, das komplett (zivilrechtlich und sicherheitstechnisch) unter israelischer Zuständigkeit bleiben sollte. Planung spielte bei

dieser Klassifizierung in Oslo eine wesentliche Rolle. Wie die Tabelle zeigt, wurde im Jahre 1987 in der West Bank mit dem Aufbau von insgesamt 720.000 m² Wohnfläche begonnen. Keine einzige Wohneinheit wurde durch die öffentliche Hand (in diesem Fall der israelischen Besatzungsmacht) gebaut oder gar gefördert. Auf dem Sektor Nicht-Wohnungsbau (Gewerbe-, Büro-, Schulbau, etc.) hat die öffentliche Hand lediglich 11.000 m² von ursprünglich 285.000 m² Baufläche selbst gefördert.⁸⁴

Offizielle Statistiken in der West Bank sollten aufgrund der offensichtlichen Schwierigkeit, Informationen zu sammeln, mit Vorsicht betrachtet werden. Ein großer Teil der baulichen Entwicklungen in der West Bank, vor allem in den Dörfern, geschah ohne Baugenehmigungen, da diese von der Besatzungsmacht ausgestellt werden mussten und aufgrund dessen äußerst schwierig zu erhalten waren. Darüber hinaus ist nicht erkennbar, ob die palästinensischen Flüchtlingslager, die seit 1948 ein fester Bestandteil der städtischen Landschaft sind, überhaupt in diesen Statistiken mit einbezogen worden sind.

Wohn-Tendenzen in der West Bank vor Oslo II	Vergleichsjahre	
	1975	1987
Personen pro Haushalt	6,4	6,51
Personen pro Zimmer	2,79	2,31
Zimmer pro Haushalt	2,29	3,06
Anteil der Haushalte mit internen Toiletten (in %)	79	91
Anteil der Eigentümshäuser (in %)	73	86
Durchschnittliche Größe der neuen Wohnungen (qm)	90	127

Tabelle 5-4: Wohntendenzen in der West Bank 1975-1987, nach Coon, 1992.

Im Jahre 1987 konnte man in den Städten mehr als zwei Mal so viel Bauentwicklung beobachten wie im ländlichen Raum (Tabelle 5-3; Abb. 5-2). Der große Unterschied war unter anderem wegen der seit 1985 (unerklärlichen) beträchtlichen Zunahme im Bau städtischer öffentlicher Gebäude, bei gleichzeitigem starkem Rückgang der Wohnbauten in den Dörfern zwischen 1986 und 1987. Letzteres könnte dadurch erklärt werden, dass es seit 1986 immer schwieriger wurde, eine Baugenehmigung in den Dörfern zu erhalten und nicht zuletzt wegen der systematischen Zerstörung arabischer Häuser durch die israelische Besatzungsautoritäten, die ohne israelische Baugenehmigung errichtet wurden.

Abbildung 5-2 (links) deutet auch an, dass die Menge der in den Dörfern begonnenen Wohnungsbaukonstruktionen in der Zeit zwischen 1984 und 1986 ungefähr die gleiche war wie in den Städten. Die Anzahl der im gleichen Zeitraum in den Dörfern fertiggestellten Wohnhäuser (Abbildung 5-2, rechts) war jedenfalls erheblich größer als in den Städten.

Die Schwierigkeit, eine Baugenehmigung in den besetzten Gebieten, insbesondere im ländlichen Raum, zu bekommen, war ganz sicher der Hauptgrund, dass *Überbevölkerung* eines der Hauptprobleme in den Städten und Dörfern der West Bank, vom Gazastreifen ganz zu schweigen, geworden ist. Das war bereits Anfang der 1980er Jahre akut spürbar. Ein anderes Problem ergab sich verständlicherweise aus dem sich steigenden Lebensstandard und einem entsprechend angemessenen Wohnkomfort der palästinensischen Gesellschaft. 1980 lebte fast die Hälfte der Bevölkerung zu dritt oder mehr in einem Zimmer. Dies hat sich bis 1987 jedoch leicht geändert. Tabelle 5-4 zeigt ausgesuchte Trends der Behausung in der West Bank:

- Die durchschnittliche Wohnungsdichte (Personen pro Haushalt) wuchs leicht. Die Gesamtschlussfolgerung lautet jedoch, dass sich die Wohnstandards zwischen den beiden Auskunftsjahreszahlen verbessert haben;
- Die durchschnittliche Dichte (Person pro Zimmer) nahm ab, obwohl Überbevölkerung mit durchschnittlicher Dichte von über 2 Personen pro Zimmer noch vorherrschte;
- Häuser sind in Bezug auf die Anzahl der Räume pro Haushalt deutlich größer geworden. Die durchschnittliche Fläche pro Haushalt wuchs in dieser Periode bis auf 127 m²;
- Die Menge der Haushalte mit Annehmlichkeiten innerhalb des eigenen Wohnraumes, wie Toiletten, wuchs

⁸⁴ Mit der öffentlichen Hand ist, juristisch gesehen, die Israelische Besatzungsmacht gemeint. Diese ist nach internationalem Recht für das Wohlergehen von Land und Leute in den von ihr besetzten Gebieten verantwortlich.

ständig; und

- Der Anteil der Eigentümshäuser belief sich gegen Ende der 1980er Jahre auf etwa 86%.

Verstädterung

Die Wanderungswelle aus den Dörfern in die Städte ist in der West Bank nicht ausgeprägt. Tatsächlich wuchs die Bevölkerungszahl während der jordanischen Herrschaft (1949-1967) in den 11 größten Städten der West Bank um 45%, während im gleichen Zeitraum die Landbevölkerung um 111% wuchs. Dieser Umstand könnte ganz oder zumindest teilweise in Verbindung mit dem Wachstum der Anzahl der Dörfer in diesem Zeitraum gebracht werden, da sich diese Zahl der Dörfer von 264 auf 400 Dörfer erhöhte. Die meisten dieser (neuen) Dörfer waren neue Siedlungen für Beduinen oder permanente Dorfsiedlungen, die zu bestimmten Jahreszeiten genutzt wurden. Es gab aber auch Erweiterungen von sehr kleinen Hausgruppen bzw. Ruinen, die früher nicht als Dörfer bezeichnet wurden. Die Mehrzahl dieser neuen Dörfer fand sich in den Stadtbezirken von Hebron, Jerusalem und Jenin.

Tendenzen der Verstädterung in der West Bank vor Oslo II					
Bevölkerungs- größen- ordnung	Zahl der Städte/Dörfer	Gesambevölkerung der Städte/Dörfer		Bevölk.-Zuwachs 1967-1987	Bevölk.-Zuwachs (in%) 1967-1987
		1967	1987		
Mehr als 80.000 EW	2	99.000	186.000	87.000	88%
12.000 - 16.000 EW	5	69.000	138.000	69.000	100%
2.500 - 9.000 EW	24	113.000	227.000	114.000	100%
< 2.500 EW	361	302.000	517.000	215.000	71%
West Bank insgesamt (ohne Ostjerusalem)	392	583.000	1.068.000	485.000	83%

Quelle: Coon, Anthony, Town Planning under Military Occupation, Daramouth, 1992. Daten entnommen aus „Israeli Central Bureau of Statistics, Figure for 1967“, sowie aus „West Bank Data Project for 1987, for individual towns and Villages“. Beide abgeleitet aus „West Bank and Gaza Atlas - West Bank Data Project, 1988“.

Die obigen Daten gelten für die West Bank ohne Ostjerusalem und ohne die jüdischen Siedlungen. Bearbeitet v. MS., 2010

Tabelle 5-5: Trends der Verstädterung in der West Bank, bis 1987.

Die Messung von Vorgängen der Verstädterung ist immer schwierig. Im Fall der West Bank war dies wegen des Mangels an zuverlässigen Informationen bzw. Statistiken jedoch besonders schwierig. In Wahrheit gab es in der West Bank bis zur Gründung der palästinensischen Autonomiebehörde keinen erkennbaren Verstädterungsprozess, d.h. keine massive Bewegung der Landesbevölkerung in die Städte. Allgemein wird ein Verstädterungsprozess von zwei Hauptfaktoren angetrieben, nämlich

1. vom Wachstum der Landbevölkerung über die Tragekapazität des Landes hinaus; sowie
2. von der Schaffung neuer Industrien bzw. neuer Arbeitsplätze in den Städten.

Beide Faktoren schienen zu dieser Zeit in der West Bank weniger bedeutend bzw. weniger präsent als an beliebigen anderen Orten zu sein. Der in der Landwirtschaft tätige Bevölkerungsanteil stieg zwar seit 1967 fortwährend an, der Anteil der Arbeitskräfte in der palästinensischen Landwirtschaft ging jedoch zurück. Zu dieser Zeit tendierten die Palästinenser, bewegt von der ökonomischen Not, zur Arbeit in Israel oder immigrierten ins Ausland, statt sich in Richtung Städte zu bewegen. Dabei ließen sie sehr oft ihre Familien in den Dörfern zurück.

Auf der anderen Seite konnten Anzeichen von Verstädterung in der West Bank beobachtet werden, insbesondere in den Bezirken Nablus und Hebron. Diese Bewegung der palästinensischen Landesbevölkerung in Richtung Stadt könnten durch zwei Faktoren, die beide ein Ergebnis der israelischen Besatzung waren, verursacht worden sein:

1. Die Beschlagnahme von Ackerland durch die israelische Besatzungsregierung und somit der Entzug der einzigen Möglichkeit zum Lebensunterhalt der Dorfbewohner; sowie
2. Der extrem schwierige Erhalt einer Baugenehmigung in den Dörfern im Gegensatz zu den Städten bei

gleichzeitiger hoher Wachstumsrate der Bevölkerung.

Die Verteilung der Bevölkerung zwischen Städten und Dörfern verschiedener Größen ist in Tabelle 5-5 analysiert, in der die Verstädterungstrends beleuchtet werden. Die Bevölkerungszahlen in den nach Größe unterteilten Städte und Dörfer in den Jahren 1967 und 1987 werden in der Tabelle verglichen:

- Von den etwa 400 Städten und Dörfern der West Bank sind Nablus und Hebron die größten. Weitere fünf Städte hatten 1967 eine Bevölkerungszahl von bis zu 16.000 Einwohnern, während in über 90% der Dörfer jeweils weniger als 2.500 Menschen lebten;
- Zwischen 1967 und 1987 wuchs die Gesamtbevölkerung um 83%: Anhand der Tabelle ist erkenntlich, dass die Bevölkerung der kleinsten Dörfer unverkennbar langsamer wuchs als in den Städten. Unter Berücksichtigung der auf dem Land gegenüber den Städten maßgeblich höheren Geburtenrate ist eine klare Bevölkerungsbewegung aus den kleineren Dörfern in Richtung Städte erkennbar;
- Ungeachtet des Bevölkerungswachstums und der Bewegung in Richtung Stadt ist aus der Tabelle klar zu erkennen, dass der Anteil der Bevölkerung des Westjordanlandes, der zwischen 1967 und 1987 in kleinen Dörfern lebte (1967: etwa 52%; 1987: etwa 48%) relativ konstant blieb. Das Missverhältnis zwischen der hohen Geburtenrate und des Wachstums der Bevölkerung (mindestens 30%) ist nur mit der Bewegung eines beachtlichen Teiles der Landbevölkerung in Richtung größere Städte zu erklären;
- Die beiden größten Städte Nablus und Hebron schienen dagegen nicht so stark gewachsen zu sein wie die kleineren Städte. Das könnte mit der Schwierigkeit gehabt haben, bei den gewachsenen Städten eine klare Bestimmung von Stadtgrenzen zu definieren. Zudem fehlten die nötigen Entwicklungsrahmenpläne für diese Städte, die eine solche Entwicklung übersichtlich und kontrollierbar gemacht hätten.

Ökonomie

Die israelische Militärbesatzung und der damit verbundene Mangel an politischer Stabilität ließen faktisch keinen Raum für eine wirtschaftliche Entwicklung in den besetzten palästinensischen Gebieten. So stagnierte die palästinensische Wirtschaft nicht nur auf ihrem ohnehin schwachen Stand aus der jordanischen Zeit, sondern sie wurde darüber hinaus mit den oben geschilderten subtilen legislativen bzw. administrativen Mitteln der Besatzungsmacht derart grundlegend zerschlagen, dass man hier nur noch symbolisch von einer Ökonomie sprechen kann. Denn diese war in der Folge der Besatzungspraktiken nicht das Produkt eines wachsenden kaufmännischen Prozesses, sondern vielmehr das Überbleibsel weniger bereits 1967 im Westjordanland existierender Wirtschaftsstrukturen, von denen faktisch nur noch *drei* Hauptressourcen übrig geblieben sind, die auch noch völlig unter israelischer Kontrolle standen:

1. Ackerland (Landwirtschaft)
2. Grundwasser
3. Bausteine (Steinbrüche)

Die Nutzung und Ausbeutung dieser Ressourcen wurde von der israelischen Besatzung strikt kontrolliert. Die Israelis bestimmten, ob beispielsweise eine Genehmigung zur Wassergewinnung erteilt wurde. Die anderen zwei Ressourcen unterlagen einer großen Abhängigkeit von Wasser und folglich von den Bestimmungen der Besatzungsmacht.

Als 1949 das Westjordanland an Jordanien angegliedert wurde, war das Land industriell weiter entwickelt als der Rest des Königreiches östlich des Jordans (heutiges Jordanien). Mit der Argumentation einer *vorschwebenden israelischen Gefahr*, bevorzugten die jordanischen Regierungen dieser Zeit eine Wirtschaftspolitik, die den östlichen Teil des Königreiches stark begünstigte. Diese streng genommen ausbeutende Wirtschaftspolitik erachtete das fruchtbare Westjordanland hauptsächlich als ein für den Aufbau Ost nötiges Reservoir wichtiger Ressourcen, als einen Lebensmittelkorb und vor allem als einen Schwerpunkt demographischer Masse, die dem dünn besiedelten östlichen Teil die nötige Menschenmasse bot, die aus ihm sozusagen erst ein ansehnliches Königreich machte. In den frühen 1960er Jahren konzentrierte sich bereits der größte Teil der jordanischen Industrie östlich des Jordans, und das pro Kopf Einkommen war im Osten doppelt so hoch wie im Westen.

Nur zwei Industriezweige waren unter jordanischer Herrschaft in der West Bank errichtet worden, und bei-

de in Nablus, nämlich (a) die Produktion von Pflanzenöl (überwiegend Olivenöl)- und (b) die Streichhölzer-Produktion. Die berühmte Seifenproduktion in der Stadt Nablus ist weiterhin mit der alten Tradition der Olivenölproduktion in Palästina eng verbunden. Nablus gilt seit mehreren Jahrtausenden als ein wichtiges Handels- und Gewerbezentrum in Palästina, das die landwirtschaftlichen Produkte der fruchtbaren nördlichen West Bank und des Jordangraben absorbierte bzw. verarbeitete. Während der osmanischen Herrschaft über Palästina spielte die Stadt eine zentrale administrative und politische Rolle und galt als ein kleines Istanbul im Heiligen Land. Die meisten Industriebetriebe während der jordanischen Herrschaft verblieben jedoch in den Händen von Familien und wurden von diesen auch betrieben. Das hatte Einfluss auf die Zahl und die Größe dieser Betriebe, die aufgrund fehlender Planung seitens der Autoritäten nicht in der Lage waren, insbesondere volkswirtschaftlich zu arbeiten und entsprechend Arbeitsplätze zu schaffen. Die geringe Gesamtgröße der Industriebetriebe sowie die beschränkte Auswahl der Industrieanlagen (Lebensmittel, Getränke, Tabak, Textilien, Möbel) änderten sich wenige Jahre später unter der israelischen Besatzung lediglich geringfügig. Nur 7 Anlagen hatten mehr als 100 Personen beschäftigt. Hinzu kam, dass durch die Schließung der Grenze zu Jordanien der Gewinn erbringende Export gänzlich in israelischer Hand blieb und dass daher viele der Produkte (vertraglich) an israelische Firmen weitergegeben werden mussten.

Die wirtschaftliche Stagnation des Westjordanlandes war und ist weiterhin ein Ergebnis der systematischen Benachteiligung des Landes zugunsten externer Herrscherregime, zuerst von Seiten jordanischer Autoritäten und später durch die israelische Militärmacht. Für die Fehlentwicklung auf dem wirtschaftlichen Sektor können einige Gründe genannt werden, die zu dieser Blockierung der palästinensischen Industrie hätten geführt haben können:⁸⁵

1. *Finanzprobleme*: Der Mangel an Kreditinstituten, im Gegensatz zur israelischen Industrie. Es ist außerdem enorm schwierig, mit den staatlich subventionierten israelischen Firmen zu konkurrieren. Ein Umstand der unvergleichbar massiven wirtschaftlichen Unterstützung der USA und der EU für Israel im Vergleich zur Hilfe an die Palästinenser. Es wurde geschätzt, dass die Israelis Mitte der 1980er Jahre konkret 476 US\$ für *jeden einzelnen* US\$ Auslandshilfe an die Palästinenser bekamen;
2. *Notdürftige Infrastruktur*: die ärmliche, rückständige und teilweise systematisch zerstörte Infrastruktur;
3. *Logistische Probleme*: die einschränkenden Anordnungen der israelischen Besatzungsmacht über Reiseaktivitäten und den Transport von Rohstoffen und Exportprodukten; und schließlich
4. *Legislative Probleme*: die komplizierten Genehmigungsverfahren für Entwicklungsprojekte. Es werden in der Regel über 20 verschiedene Teil-Genehmigungen gebraucht, damit ein Entwicklungsprojekt in der West Bank von der Besatzungsmacht genehmigt wird. Wie man sich vorstellen kann, scheitern diese Projekte meistens an mindestens einer der vielen Vorlagen;

Zusammenfassend kann gesagt werden: wurden die ökonomischen Aktivitäten in der West Bank zwischen 1949 und 1967, wenn auch stark benachteiligt, in die jordanische Wirtschaft integriert, so wurden sie seit 1967 größtenteils in die israelische Wirtschaft, mit dem Ergebnis der völligen Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von der israelischen, einverleibt.

Die Quintessenz israelischer Planung im besetzten Westjordanland ist zweifelsohne die Verhinderung jeglicher palästinensischer Entwicklung. Die Israelis stehen daher palästinensischen Entwicklungsprojekten feindselig gegenüber, die auch nur die geringste Unabhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von der dominierenden israelischen Wirtschaft begünstigen könnten. Der damalige israelische Verteidigungsminister Yitzchak Rabin brachte die Wirtschaftspolitik seines Landes auf den Punkt, als er 1985 laut *Jerusalem Post* folgende Aussage machte:

„[...] keine Genehmigungen werden gegeben für expandierende Landwirtschaft oder Industrie, die mit dem Staat Israel konkurrieren könnte“.⁸⁶

An dieser Politik, die in klarem Widerspruch zu den Bestimmungen der *Haager Landeskriegsordnung* (1907) und der *IV. Genfer Konventionen* von 1949 steht – beide untersagen einer Besatzungsmacht, die Ökonomie der besetzten Gebiete zugunsten der eigenen Wirtschaft auszubeuten⁸⁷ – hat sich bis heute nichts geändert.

85 Vgl. Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.29.

86 Jerusalem Post 15 February 1985, in Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.30.

87 Vgl. Greenwood, C, *The Administration of Occupied Territories ... a.a.O.*, in: Playfair, Emma, *International Law ... a.a.O.*, S.251.

In der ersten Hälfte der 1970er Jahre wuchs die israelische Wirtschaft rapide, so auch die Arbeitsmöglichkeiten für Palästinenser. Diese waren für Israel willkommene billige Arbeitskräfte, die nicht nur weniger Lohn erhielten als andere israelische Staatsbürger, sondern sie waren darüber hinaus auch rechtlose Arbeitskräfte, ohne ein Minimum an Sicherheit nach den allgemein bekannten Regeln des Arbeitsschutzes für israelische, vor allem aber für jüdische, Arbeitnehmer. Zusätzlich hatte diese Beschäftigung hunderttausender palästinensischer Bewohner der besetzten Gebiete einen anderen gefährlichen politischen Beigeschmack, die Tatsache, dass diese palästinensischen Arbeiter einen enormen Beitrag zum Wachstum der israelischen Wirtschaft leisteten, nicht selten auf eigenem enteignetem Grund und Boden, während sie für die eigene Wirtschaft im Westjordanland und im Gazastreifen, außer dem Bau von Eigentümshäusern, so gut wie nichts beitragen konnten. Dieses Faktum war ein verhängnisvoller Umstand für die palästinensische Wirtschaft und eine subtile israelische Politik der wirtschaftlichen Stagnation des Gegners. Dennoch wuchs das Einkommen der Palästinenser selbst während dieser Periode, wobei es strittig ist, wie viel Anteil der in Israel erworbene Arbeitslohn am Gesamtwohlstand gegenüber der finanziellen Hilfe der Verwandten in der Diaspora, insbesondere in den arabischen Golfstaaten, hatte.

Beschäftigungsverhältnisse der Palästinenser der West Bank nach Wirtschaftssektor und Standort, 1987			
Wirtschaftssektor	Beschäftigt in der West Bank (ohne Ostjerusalem)	Beschäftigt in Israel (auch in Ostjerusalem)	Gesamtanteil des jeweiligen Wirtschaftssektors
<i>Landwirtschaft</i>	17%	3%	20%
<i>Fertigungswirtschaft</i>	11%	6%	17%
<i>Baugewerbe</i>	8%	17%	25%
<i>Dienstleistungen</i>	29%	9%	38%
Gesamtanteil und Standorte	65%	35%	100%

Notiz: Diese Tabelle schließt die arabischen Bewohner Ostjerusalems und die jüdischen Siedler der West Bank nicht mitein. Datenausgabe für das Jahr 1987.
Quelle: Statistical Abstract of Israel 1988, Table XXVII/22; sowie Coon, Anthony, Town Planning under Military Occupation, Daramouth, 1992. Bearb. v. MS., 2010

Tabelle 5-6: Beschäftigungsverhältnisse in der West Bank (ohne Ostjerusalem) 1987.

Der Rückgang des Wirtschaftswachstums in der West Bank begann seit etwa 1985. Zu Beginn der ersten Intifada Ende 1987 wurde dieser Rückgang deutlich spürbar: zwischen 1987 und 1988 wurde ein Rückfall im gesamten Bruttonationaleinkommen von 35% und von 40-50% auf dem Sektor der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion registriert.⁸⁸ Tabelle 5-6 gibt ein interessantes Bild der Beschäftigungsverhältnisse der Palästinenser des Westjordanlandes zum Zeitpunkt des Ausbruchs der ersten Intifada (1987) wider, das ebenfalls die Grundlinien bzw. die Ergebnisse der israelischen Wirtschaftspolitik seit 1967 beleuchtet. Dieses Bild wird anhand folgender Merkmale sichtbar:

1. Die Tragsäule der palästinensischen Wirtschaft, die Landwirtschaft, die 1970 etwa 40% der arabischen Bevölkerung der West Bank beschäftigte, konnte 1987 nur noch 17% aufnehmen;
2. Das zumeist auffallende Merkmal der Beschäftigung von Palästinensern vor der Intifada von 1987 ist der Fakt, dass mehr als *ein Drittel* aller palästinensischen Arbeitnehmer, eine Erwerbstätigkeit in Israel, zumeist auf dem Bausektor, gefunden haben;
3. Auffallend ist der geringe Anteil der Palästinenser, die auf den entwickelten und produktiven Sektoren in Israel beschäftigt wurden (Landwirtschaft: 3%; und Fertigungswirtschaft / Manufaktur: 6%). Auf der anderen Seite bildeten die palästinensischen Bauarbeiter in Israel die größte Gruppe dieser Beschäftigten (17%), während die auf dem Sektor der Dienstleistungen beschäftigten Palästinenser die größte Gruppe im Westjordanland bildeten (29%).

Die systematische Degradierung der palästinensischen Landwirtschaft als wichtigste Einnahmequelle führte zwangsläufig dazu, dass immer mehr Palästinenser aufgrund der finanziellen Nöte in Israel ihr Glück suchen mussten und somit zu einer *Reservearbeiter-Armee* reduziert wurden, die sich in völliger Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft befanden.⁸⁹

⁸⁸ Recent Economic Development in the Occupied Palestinian Territory. (TD/B/1221). U.N.C.T.D., July 1989, in: Coon, Anthony, *Town Planning under military ... a.a.O.*, S.30.

⁸⁹ Abu-Lughod, Janet, *The demographic Consequences of the Occupation*, in: Aruri, Naseer (Hrsg.), *Occupation – Israel over Palestine ... a.a.O.*, S.263.

Die erste Intifada im Dezember 1987 ermutigte jedoch viele Palästinenser, ihre Jobs in Israel aufzugeben. 1988 haben mindestens 20% der palästinensischen Arbeiter ihre Stellen in Israel gekündigt. Später folgten noch viele andere. Das Problem für diese Menschen war, dass die Palästinenser in der West Bank insgesamt nicht einmal über ein Minimum an wirtschaftlicher Infrastruktur verfügten bzw. frei kontrollieren konnten. Daher waren viele der Jobs in der Konstruktion in der West Bank nicht in einheimischer Hand, sondern als Gelegenheitsjobs in den Händen der Israelis und ausgerechnet auch noch zum Aufbau neuer jüdischer Siedlungsstrukturen (Siedlungen, Straßen, etc.). Also nicht nur in Israel, sondern auch innerhalb der West Bank waren die palästinensischen Arbeiter auf die israelische Ökonomie angewiesen. Die Zahl der Jobs auf dem arabischen Sektor innerhalb der West Bank in den Bereichen Produktion und Konstruktion hat sich unter der israelischen Besatzung drastisch reduziert.

Diese Entwicklung ist an sich äußerst gefährlich für die Bildung eines künftigen Palästinenserstaates, denn dieser würde im Falle seiner Gründung nach vieler Expertenmeinungen ökonomisch erst einmal auf zwei Hauptsäulen stehen müssen: auf der Landwirtschaft und auf dem Bausektor. Schwerpunktmäßig würde man sich höchstwahrscheinlich auf klein- bis mittelgroßen Betriebe konzentrieren, die unmittelbar mit den zwei oben genannten Wirtschaftssektoren zusammenhängen müssten und sich geographisch im ganzen Land verteilen würden. Sollte der neue Staat auch nur einen Teil der palästinensischen Flüchtlinge aufnehmen, so stünde man vor dem Problem der Schaffung *hunderttausender* neuer Arbeitsplätze für die sehr junge palästinensische Gesellschaft.

Aber ausgerechnet die zwei wichtigsten Wirtschaftssektoren werden seit 1967 systemisch abgebaut – so sehr, dass man zu Beginn der 1990er Jahre nicht einmal mehr von einer Mindestbasis oder Infrastruktur sprechen konnte die solide genug wäre, um auf deren Basis eine gesunde palästinensische Wirtschaft bzw. einen intakten und nachhaltigen palästinensischen Städtebau gründen zu können.

5.2 Planung im Westjordanland nach Oslo II (1994-heute)

Es könnte nun der Eindruck entstehen, die besetzten palästinensischen Gebiete (die ‚West Bank‘ und der ‚Gazastreifen‘) seien seit der Gründung der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) im Jahre 1994 nicht mehr von Israel direkt besetzt und die Planungen deswegen dort eine gewisse Normalität angenommen hätten. Dem ist aber leider nicht so. Die heutige Art der Planung in der West Bank ist trotz der Existenz der Palästinensischen Autonomiebehörde und wegen ihrer fehlenden Souveränität in fast allen Angelegenheiten im Alltag der Palästinenser, immer noch die gleiche geblieben wie zur Zeit der *offiziellen* Besatzung, und das auch nur unter der Annahme einer beendeten Besatzung. Es ist nicht übertrieben, wenn man überdies behauptet, die Stadtplanung in den palästinensischen Städten (Zone A, laut Oslo II) ist gerade wegen der immer ungezügelter werdenden Siedlungspolitik der israelischen Militärregierung in der West Bank seit dem Scheitern in Camp David (2000) sogar noch komplizierter und in mancher Hinsicht undurchführbarer geworden als zu Zeiten der direkten israelischen Besatzung. Von den Zonen B und C, die planerisch vollkommen in israelischer Hand liegen, braucht man hier nicht ausdrücklich zu sprechen. Das Westjordanland ist zwar nur zum Teil und der Gazastreifen militärisch nicht direkt besetzt, dennoch ist das israelische Militär in beiden Territorien allgegenwärtig.

Ein Studium der Planung in dieser Phase müsste mit den Anfängen der PNA beginnen,⁹⁰ denn in der Arafat-Ära wurde die Autonomiebehörde mit der Mentalität der Revolution weiter regiert. Charakteristisch für diese wichtige Phase im Leben der Palästinenser war die Tatsache, dass Yasser Arafat viel mehr loyale – wenn auch auf verhängnisvolle Weise gekaufte Linientreue – als eine effektive und kritische politische Teilnahme seiner Mitstreiter wollte. Diese fand er hauptsächlich bei seinen Rückkehrern (den so genannten Tunesiern). Nicht dass die Bewohner der West Bank und des Gazastreifens keine Loyalität gegenüber Arafat besaßen, ganz im Gegenteil. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten durchlebten jedoch im Gegensatz zu den Exil-PLO-Funktionären über Jahrzehnte eine vielfältige und bunte zivile Revolution, die eine strategische Tiefe der Palästinensischen Revolution der PLO im Exil war und die sich vor allem während der ersten Intifada (ab 1987) zu einer einzigartigen demokratischen Bewegung entwickelte. Vor allem beherrschten sie die alltägliche politische Sprache im Umgang mit ihren israelischen Gegnern an den Straßensperren, in den Schulen, in den Universitäten und nicht zuletzt in den politischen Gefängnissen. Für den Regierungsstil Arafats waren Menschen wie die relativ hoch gebildeten Bewohner der besetzten Gebiete grundsätzlich nicht empfänglich. Und das, obwohl Arafat damals wie heute (nach seinem Tod) eine mythische Wirkung auf sie hatte. Arafat und vor allem einigen seiner Tunesier war dies zu gefährlich. Die darauf folgenden Ereignisse, haben deutlich gezeigt, wie korrupt manche Politiker im engen Kreis um Arafat waren bzw. warum sie eine angemessene Teilnahme der durchaus fähigen sogenannten einheimischen Bewohner der besetzten Gebiete an den politisch-strategischen Entscheidungen der Autonomiebehörde ablehnten. Und tatsächlich, nur ein winziger Teil der palästinensischen Führung waren keine ehemaligen Exil-PLO-Funktionäre. Die Schlüsselpositionen lagen überwiegend in den Händen der Rückkehrer, die oft nicht über die professionelle Eignung für ihre Positionen verfügten.

Fairerweise muss man hier erwähnen, dass die Institutionen der PA alles in ihrer Macht stehende versucht haben, um eine gesunde Entwicklung in ihrem Territorium in Gang zu setzen, und es wurde auch in der kurzen Zeit, bewegt durch den tatsächlich existierenden Bedarf, sehr viel getan, insbesondere auf dem Bausektor. Dennoch konnte diese Entwicklung nur in dem Rahmen bleiben, der ihr durch Oslo II vorbestimmt war. Und dieser Rahmen erlaubte im besten Fall, dass nur eine „auffüllende Entwicklung“ innerhalb der palästinensischen Gebiete stattfindet (in den Zonen A und B), die gerade noch einer Explosion in den schnell wachsenden palästinensischen Städten und Dörfern entgegenwirkte. Jedoch konnte hier in keiner Weise von einer Stadtplanung oder gar Raumplanung gesprochen werden die den Versuch unternimmt, den zukünftigen Umfang oder die Vielfalt der Entwicklungsbedürfnisse der Gebiete bzw. ihrer Bewohner vorauszuberechnen.

Gemäß den Bestimmungen der Prinzipienklärung zwischen Israel und der PLO (1993)⁹¹ war der erste Schritt der PA zum Aufbau des zukünftigen Palästinenserstaates nicht nur die Bildung des Arafat-Sicherheitsapparats,

⁹⁰ Der Autor bezieht sich in den nächsten Zeilen auf Gespräche, die er während einer Studienreise zwischen Juli und August 2006 im Westjordanland geführt hatte. Besonders wichtig waren hier zwei Gespräche: mit Herrn Azzam Al-hdschusch, Abteilungsleiter der Regionalplanung im MoLG sowie die Gespräche mit Herrn Khalil Nejm und Herrn Bashar Jumaa vom MOPIC. Weitere konstruktive Gespräche über die Planungsstruktur der PA wurden mit Herrn Ahmad Hammad, Universität Bir-Zeit/ Abteilung für Geographie geführt.

⁹¹ In der Prinzipienklärung (Israel und die PLO, 1993) wurde der PLO (PA) von Seiten Israels die Regelung der Angelegenheiten der ‚Local Government‘ sowie der ‚Planning and Zoning‘ in den Zonen ‚A‘ und ‚B‘ zugesprochen. Siehe: *Israel und die PLO: Prinzipienklärung ... a.a.O.*, Anhang III/ Artikeln 24 (Local Government) und 27 (Planning and Zoning).

sondern auch (richtigerweise) die Schaffung von Institutionen, denen unter anderem die Planung der Gebiete oblag. Zu den ersten dieser Institutionen gehörten die in dieser Phase vielleicht wichtigsten für Planung zuständigen Ministerien, nämlich das Ministerium für Kommunalverwaltung (Ministry of Local Government, *MoLG*) und das Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit (Ministry of Planning and International Cooperation (MOPIC), später: Ministry of Planning (MOP); heute: Ministry of Planning and Administrative Development (MOPAD)).⁹² Beide Ministerien haben durchaus versucht, einen *Planungsprozess* in Gang zu setzen. Jedoch scheiterten sie aufgrund interner struktureller und externer politischer und finanzieller Umstände, die die Erstellung und Umsetzung eines umfassenden Plans für das Westjordanland und für den Gazastreifen maßgebend blockiert haben.

Beide Ministerien haben im ersten Jahrzehnt ihrer Entstehung trotz aller internen und externen Schwierigkeiten eine verhältnismäßig beachtliche Leistung geliefert, auch wenn sie aus verschiedenen politischen und technischen Gründen bei weitem nicht alle angestrebten Ziele erreichen konnten.

Im folgenden Abschnitt sollen die durchaus hochgesteckten Ziele und Aufgaben beider Ministerien, wie sie sich diese selbst vorstellen, kurz geschildert werden:

5.2.1 MoLG und MOPIC (MOPAD): Euphorie versus Realität

Als 1993 die zivile Verwaltung des Westjordanlands an die Palästinensische Autonomiebehörde übergegangen war, hatte diese hauptsächlich aus Zeitmangel das o. g. Jordanische Gesetz 79 von 1966 übernommen. Laut diesem Gesetz sind Stadt- und Regionalplanung Aufgabe des Ministeriums für innere Angelegenheiten (Innenministerium). Das adäquate Ministerium in der Autonomiebehörde wurde das 1994 gegründete Ministry of Local Government (MoLG). Dieses Ministerium sollte eine Planungsabteilung beinhalten, die für die Entwicklung und Koordination der Landesplanung verantwortlich war, insbesondere auf dem Gebiet der städtischen Dienstleistungen (Rathäuser bzw. Dorfkomitees). Ein Organ des MoLG ist der sogenannte *Höchste Planungsrat* (Majles Attantheem Ala'la), ein Planungsgremium dessen Entscheidungen nur über das Höchste Verwaltungsgericht angefochten werden können. Da die Planung von Landesflächen ein fester und zentraler Bestandteil der Aufgaben der PNA sein sollte, wurde das Ministry of Planning (MoP) im Jahre 1996 gegründet. Das Planungsministerium sollte die Richtschnur und allgemeine politische Linie für die Planung in ihren drei Ebenen – der nationalen, regionalen und lokalen Ebene – festsetzen und entsprechende Pläne entwickeln.

Im palästinensischen Fall kam dieses System aufgrund interner Unstimmigkeiten durcheinander. Wie unten ausgeführt wird, hat es die Autonomiebehörde aufgrund ihres oben erwähnten Führungsstils versäumt, die Aufgaben der verschiedenen Ministerien klar zu definieren. Das führte dazu, dass in beiden Ministerien verschiedene Interessensgruppen entstanden sind, die die Frage der Planung in den Territorien als ihre Aufgabe sahen und nicht bereit waren, mit den anderen zu koordinieren. Hinzu kam, dass Israel Planungen auf regionaler bzw. nationaler Ebene im Westjordanland und im Gazastreifen nie zugelassen hat. Planung auf lokaler Ebene war möglich. MOPIC war demnach nicht in der Lage, seine ursprüngliche Aufgabe, nämlich die Festsetzung der allgemeinen politischen Linie für die Planung, wahrnehmen zu können. Planung auf lokaler Ebene, die normalerweise Aufgabe der Kommunen ist, wurde vom älteren und stärkeren Ministerium für lokale Kommunalverwaltung (MoLG) übernommen. Seine eigentliche zentrale Aufgabe, nämlich die Entwicklung von nationalen Strategien für Landflächennutzung, konnte es ebenfalls nicht wirklich wahrnehmen. Eine der Errungenschaften des MoLG war zweifelsohne die verwaltungstechnische Schaffung vieler neuer Kleinstädte. Dies war zur Zeit der israelischen Direktbesetzung nicht möglich und war in der Tat eines der Hauptprobleme für die Entwicklung in den besetzten Gebieten.

*Das Ministerium für Kommunalverwaltung (MoLG) versuchte seit seiner Gründung im Jahre 1994 das Hauptziel zu verfolgen, die lokale Administration der PA zu einem modernen, dezentralen Regierungssystem zu entwickeln. Dieses System sollte wiederum folgende Aspekte beachten:*⁹³

1. Die lokalen Regierungen sollten hohe und aktive institutionelle Fähigkeiten erhalten;

⁹² MoLG: Ministry of Local Government (Ministerium für Kommunalverwaltung der PA); MOPIC: Ministry of Planning and International Cooperation (Ministerium für Planung und Internationale Zusammenarbeit der palästinensischen Autonomiebehörde (PA)) wurde später in „Ministry of Planning (MOP)“ umgetauft, heute trägt es den Namen „Ministry of Planning and Administrative Development“ (MOPAD).

⁹³ Aufgaben und Ziele des MoLG aus dessen offiziellen Webseite entnommen, siehe unter: <http://www.molg.pna.ps/Studies.aspx?id=1>.

2. Die qualitative Aufwertung der Arbeit des MoLG, damit es die Arbeit der kommunalen Verwaltung effizienter planen, steuern und beaufsichtigen konnte;
3. Mehr Demokratie, Transparenz und gesellschaftliche Partizipation an der Arbeit der lokalen Verwaltung, sowie
4. Stärkung des Begriffes ‚Partnerschaft‘ zwischen den lokalen Behörden und dem privaten und öffentlichen Sektor, um einen Beitrag zum Erzielen eines lokalen Wachstums und Festigung der finanziellen Unabhängigkeit der lokalen Behörden zu leisten.

Damit beabsichtigte das MoLG einerseits die Steigerung der Dezentralität in den lokalen Behörden und andererseits die Verstärkung der institutionellen gesellschaftlichen Partizipation sowie die Förderung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Behörden mit dem Privatsektor und der Institutionen der Zivilgesellschaft, um ein nachhaltiges Wachstum in den palästinensischen Territorien zu erreichen.

Das Ministerium für Planung und Internationale Zusammenarbeit (MOPIC) sollte nach seiner Gründung im Jahre 1996 für die Raumplanung auf nationaler und regionaler Ebene zuständig sein. Das heutige MOPAD sieht diese Ziele umfassender, da Entwicklung ein dauerhaft komplizierter und überlappender Prozess ist, zu dem alle Sektoren und Institutionen der Gemeinschaft beitragen und folglich der Entwicklungsprozess die Schaffung einer breitmöglichsten Partnerschaft zwischen allen am Prozess beteiligten Akteuren in einem Netzwerk von klaren Koordinations-Verhältnissen und -Mechanismen ist.

In dieser Hinsicht sieht das Ministerium seine Rolle darin, den Entwicklungsprozess zu koordinieren, zu planen und zu steuern. Hinzu kommen die Weiterverfolgung der Umsetzung dieses Prozesses, die Aufklärung seiner Ergebnisse auf nationaler Ebene sowie die Koordination zwischen den verschiedenen palästinensischen Ministerien und Institutionen, um geeignete Lösungen für Probleme und überschneidende Fragen zu finden. Eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums ist schließlich die Sicherung und Verwaltung der internationalen (finanziellen) Unterstützung für den gesamten Entwicklungsprozess.⁹⁴

Im Kontext der israelischen Besatzung sind die oben geschilderten Ziele beider für *Planung* zuständigen palästinensischen Ministerien alles andere als bescheiden, wobei die Praxis dies auch bestätigt hat. Dennoch wurden in beiden Ministerien erfolgreiche grundlegende Schritte unternommen, die als erste Bausteine für die Planung eines künftigen palästinensischen Staates äußerst wichtig waren und sind:

5.2.2 MoLG: Errungenschaften, Versäumnisse und Hindernisse

Die Änderung des Gesetzes für lokale Kommunalwahlen war ebenfalls ein wichtiger Schritt auf dem Demokratisierungsweg der palästinensischen Gesellschaft. Das wird deutlich, wenn man sich die undemokratischen Strukturen der lokalen Behörden in den palästinensischen Gebieten vor der Gesetzesänderung bzw. vor den Wahlen von 2004/2005 vor Augen hält und diese über die Zeit vergleicht. Vor 2004 herrschte in den palästinensischen lokalen Behörden ein Umstand, in dem Mitglieder viel mehr von der zentralen Behörde ernannt und selten gewählt wurden. Diese waren folgerichtig finanziell, politisch und in ihrer Arbeit allgemein von der zentralen Autorität stark abhängig. Dies hat ihre Rolle in der Planung der gesellschaftlichen Entwicklung stark eingeschränkt und die Kluft zwischen der Behörde und der Gesellschaft vergrößert. Das Gesetz wurde wenig später im August 2005 nochmals zwei weitere Male geändert. Die dritte Änderung betraf die Frauenquote in den lokalen Behörden. Mit dieser Änderung wurde der Frauenanteil in den Parteilisten so festgelegt, dass die Teilnahme der Frauen dadurch gewährleistet wurde, dass mindestens zwei weibliche Mitglieder in den jeweiligen lokalen Behörden die Frauen vertreten werden. Vor dieser Änderung schrieb das Gesetz vor, dass 20% der Kandidaten Frauen sein sollten, ohne die Gewährleistung, dass Frauen in den Gremien auch tatsächlich vertreten waren.⁹⁵

⁹⁴ Die Selbstdefinition, Aufgaben und Ziele des MOPIC wurden 1998 in Form eines „White Paper“ veröffentlicht. Siehe MOPIC: National Policies for physical Development, the West Bank and Gaza Governorates, englisch, Ramallah, Dez. 1998. Das Ministerium mit der neuen Bezeichnung definiert sich und seine Aufgaben bzw. Ziele relativ ausführlich in seiner offiziellen Webseite. Siehe online unter: <http://www.mop-gov.ps/> (About MOPAD/the Rule and Mission of the Ministry). Es ist wichtig in diesem Kontext zu erwähnen, dass hier vom Planungsministerium in Ramallah und nicht von dem in Gaza die Rede ist. Letzteres hat seit der PA-Spaltung zwischen der WB und dem GS (2007) die alte MOPIC-Webseite (<http://www.mop.gov.ps/>) beibehalten.

⁹⁵ Zubeidi, Basem: *nahwa siyaghat ru'ya lil hokm al mahalli fi filastin* (Dtsch.: Hin zur Gesataltung eines Leitbildes für Kommunalverwaltung in Palästina), eine Studie (arabisch), MoLG, Ramalla, 2010, S.20.

Die Lokalen Regierungsbehörden (Stadt- und Landräte) gehörten ganz sicher zu den wenigen Errungenschaften der aus Oslo II hervorgetretenen PNA. Sie gelten als ein fundamentaler Bestandteil des Aufbaus eines künftigen Palästinenserstaats. In diesen kleinen Einheiten palästinensischer Demokratie wird zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten der Versuch unternommen, eine institutionelle Unabhängigkeit (von der israelischen Besatzung) als Vorstufe zur Bildung einer modernen, demokratischen palästinensischen Gesellschaft, die in der Lage sein kann, einen Staat der Institutionen aufzubauen, zu schaffen.

Der Umstand, dass die palästinensischen Territorien seit 100 Jahren, faktisch seit etwa 500 Jahren, immer wieder fremden Besatzungsmächten und ihren zentralen Verwaltungsapparaten unterworfen waren (und sind) stellte ein objektives Hindernis zur Entstehung einer dezentralen Administration im Land dar. So wurde den lokalen Behörden und den Stadt- und Landräten vorenthalten, aus dem Modell der *dezentralen* Verwaltung von Städten und Gemeinden, mit seinen signifikanten Merkmalen und seiner Rolle in Entwicklung und Wachstum, Vorteile zu ziehen. Die bisherigen aufeinander folgenden fremden Besatzungsmächte waren darauf bedacht, die wenigen lokalen Behörden und Rathäuser für ihre kolonialen Ziele zu instrumentalisieren. Diese Autoritäten zielten bezüglich der lokalen Behörden darauf ab, diese an das Zentrum anzugliedern und nicht zu entwickeln damit sie zu keinen offiziellen Institutionen würden, die in ihren Zielen, Aktivitäten und im Rahmen ihrer Repräsentation der Bevölkerung unabhängig sein könnten.⁹⁶ Von der osmanischen Herrschaftszeit einmal ganz abgesehen wurde Palästina während der Mandatszeit nach diesem Leitbild der zentralen Administration verwaltet und kontrolliert. In der Zeit zwischen 1948 und 1967 wurden die Gebiete ‚Westjordanland‘ und ‚Gazastreifen‘ weiterhin und zum Nachteil der Kommunen zentral verwaltet. Dazu folgende Punkte:

I/ Im Gazastreifen, der nach 1948 in die Verwaltungszuständigkeit des ägyptischen Staates übergang, wurden die einzigen Stadträte im Territorium, nämlich die der Städte Gaza und Khan Yunus, weiterhin nach dem englischen Mandatsgesetz verwaltet. Ihre Aufgaben beschränkten sich auf die Versorgung der Bewohner des Gazastreifens mit den Grunddienstleistungen. Sie besaßen keine politischen oder legislativen Befugnisse und blieben bis 1967 umfassend von Ägypten abhängig. Der ägyptische Staat hatte während dieser Zeit keine nennenswerte Entwicklung der lokalen Governance im Gazastreifen bewirkt.⁹⁷

II/ Im Westjordanland, das zwischen 1948 und 1967 unter jordanische Herrschaft fiel, war die Lage bezüglich der Entwicklung der lokalen Kommunalverwaltung ein wenig anders als im Gazastreifen. Am Vorabend des Krieges von 1948 existierten im Westjordanland (ohne Ostjerusalem) insgesamt 8 Stadträte. Diese Zahl wuchs bis 1967 (wie bereits im Abschnitt 5.1.3 erwähnt) auf 25 Stadträte sowie 87 Landräte. Diese lokalen Behörden arbeiteten gemäß jordanischem Gesetz für Kommunen, das der zentralen Autorität die völlige Kontrolle über die Stadt- und Landräte des Landes gab, so dass diese in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich des Innenministers bzw. seines Stellvertreters fielen. So beschränkten sich die Befugnisse der Stadt- und Landräte im Westjordanland in dieser Zeit auf die Grundaufgaben bzw. auf die Versorgung der Städte und Dörfer mit den städtischen Grunddienstleistungen. Während dieser Zeit wurden einige Stadträte aufgelöst und neue wurden – ohne Wahlen – von den jordanischen Behörden eingesetzt. In einigen Fällen ernannte die jordanische Regierung auch die Bürgermeister.⁹⁸

III/ Bezogen auf die Administration der Städte und Dörfer der besetzten palästinensischen Gebiete war die Verhinderung jeder Form palästinensischer administrativer Unabhängigkeit, sprich in Form von entwickelter frei gewählter lokaler Kommunalverwaltung, eine der wesentlichen Konstanten der israelischen Besatzungspolitik. Die israelische Besatzungsmacht stand palästinensischen Kommunalwahlen feindlich gegenüber. Und dennoch hat sie in den Jahren 1972 und 1976 die Durchführung von freien Wahlen im Westjordanland und im Gazastreifen zugelassen, um *einerseits* der Besatzung ein demokratisches und folglich legitimes Gesicht zu verleihen und *andererseits*, um auf diesem Weg Kandidaten zu unterstützen, die Israel gegenüber nicht feindselig gegenüber standen und durch die die Besatzungsmacht leicht die internen palästinensischen Angelegenheiten indirekt verwalten konnte. So hätten diese Kandidaten im Falle ihres Wahlsieges schrittweise eine Fassade

96 Zubeidi, Basem: *nahwa siyaghat ru'ya ... a.a.O.*, S.16, nach Mohammad Shtiyeh und Osama Habbas: *al baladiyyat wa hay'at al hokm al mahalli fi Filastin: al nash'a, al wathifa wa dawruha fi tanmiya al iqtisadiyya* (Dtsch.: Stadträte und die lokalen Regierungsbehörden in Palästina: Entstehung, Aufgabe und ihre Rolle im wirtschaftlichen Wachstum), Arabisch, Palestinian Economical Council for Development and Reconstruction (PECDR), Ramallah, 2011, S.11.

97 Ebenda, S.17, nach Shtiyeh/Habbas: *al baladiyyat wa hay'at al hokm ... a.a.O.*, S.14.

98 Ebenda; mehr Details über die lokale Kommunalverwaltung während der jordanischen Herrschaft im Westjordanland, siehe die Studie von Jarbawi, Ali: *Dawr al baladiyyat in Filastin addawla* (Dtsch.: Die Rolle der Stadträte in (dem Staat) Palästina), veröffentlicht in majallat addirasat al filastiniyya (Journal for Palestine Studies ‚JPS‘), Vol. 9, Ramallah, , 1992.

bilden sollen, die die Rolle der PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten hätte ersetzen können. Aber aus den Wahlen im Jahre 1972 kamen entgegen den Erwartungen der Besatzungsmacht jene Persönlichkeiten als Wahlsieger hervor, die der palästinensischen nationalen Linie angehörten und die Besatzungspraktiken grundsätzlich ablehnten. Die Wiederholung dieser Wahlerfahrung im Jahre 1976 diente den israelischen Zielen noch weniger, da die Sieger dieser Wahlen PLO-nahe Persönlichkeiten waren. Ab diesem Zeitpunkt wurden alle Gemeinderäte in Städten und Dörfern der West Bank von Seiten der israelischen Besatzungsmacht aufgelöst. Die PLO-nahen Mitglieder der gewählten Gemeinderäte wurden entlassen, verhaftet oder deportiert. Im Jahre 1982 wurden die Wahlergebnisse von 1976 von Israel offiziell annulliert, um den Weg für die Schaffung der oben geschilderten israelischen ‚Zivilverwaltung‘ (1986) für die West Bank zu ebnen. Die Befugnisse der dann von Israel ernannten Bürgermeister und Mitglieder der ‚Dorfliga‘ beschränkten sich auch hier (wie bei den anderen Fremdmächten) auf die Versorgung der Bewohner der besetzten Gebiete mit den Grunddienstleistungen. Die lokalen Behörden in den besetzten Gebieten wurden komplett den Besatzungsbehörden bzw. ihrer Besatzungspolitik untergeordnet.⁹⁹

IV/ Während die Jordanier am Vorabend der israelischen Besatzung 1967 insgesamt 25 Stadträte im Westjordanland und die Ägypter nur 2 Stadträte im Gazastreifen hinterließen, wurden in 24 Jahren israelischer Besatzung (1967-1991) *ein einziger* Stadtrat im Westjordanland (Yatta bei Hebron) und 2 Stadträte im Gazastreifen (Dair Albalah und Rafah) neu gegründet. Das bezeugt die beabsichtigte extreme Vernachlässigung der Entwicklung palästinensischer Kommunalverwaltung durch die Besatzungsmacht. Und selbst nach Gründung der Autonomiebehörde hat sich diesbezüglich nichts am israelischen Denken und Planen geändert. An die Autonomiebehörde wurde laut Oslo II nur die Last der Verwaltung interner ziviler Angelegenheiten der Bewohner der besetzten Gebiete übertragen, die Kontrolle über das Land, die Ressourcen und die Grenzen blieb gänzlich in israelischer Hand.

Die neue Qualität, die mit der Gründung der PA aufkam bestand darin, dass die lokalen Behörden in den palästinensischen Städten und Dörfern komplett dem Zuständigkeitsbereich des 1994 gegründeten MoLG unterstellt wurden. Die Hauptaufgaben des MoLG waren die Festlegung der politischen Gesamtstrategien der Bezirke, die Schaffung administrativer Strukturen, die Institutionalisierung der Arbeit der lokalen Behörden sowie die Beaufsichtigung der Finanzierung.

Das überarbeitete palästinensische Grundgesetz galt als der legislative Rahmen, der die lokale Kommunalverwaltung bestimmte. Das Grundgesetz bestimmte die Bildung von eigenständigen lokalen Einheiten (Behörden), deren Aufgaben und Befugnisse, Finanzquellen und Beziehung zur zentralen Autorität das Gesetz bestimmte. Auf dem Grundgesetz aufbauend wurde im Jahre 1997 das *Local Governance Law* erlassen. Dieses wichtige Gesetz bestimmte, dass eine lokale Behörde „eine eigenständige und finanziell unabhängige Körperschaft ist, deren Aufgaben und Mandat gemäß dem (gleichen) Gesetz definiert werden“. Zu den wichtigsten durch dieses Gesetz ermächtigten Aufgaben der lokalen Behörden zählten:

1. Die Versorgung der Städte und Dörfer mit den Grundinfrastrukturen und anderen städtischen Dienstleistungen;
2. Administration und Entwicklung; sowie
3. Bevölkerungs- und wirtschaftliches Wachstum.¹⁰⁰

Die palästinensischen Gebiete wurden, wie *Karte 6-6* zeigt, gleich zu Beginn der Autonomiebehörde in 16 administrative Einheiten (Distrikte) aufgeteilt, von denen 14 Distrikte als Gouvernements galten, während die Stadtkreise Tubas und Salfit jeweils noch den Status eines Bezirkes innehatten.¹⁰¹ Das Ministerium für lokale Kommunalverwaltung kategorisiert die lokalen Autoritäten wie folgt:

- Municipality (Stadtbezirk): für Orte mit einer Einwohnerzahl von mehr als 5000 Menschen;
- Village Council (Landrat): für Orte mit weniger als 5000 Einwohnern; und

⁹⁹ Zubeidi, Basem: *nahwa siyaghat ru'ya ... a.a.O.*, S.17/18, nach Shtiyeh/Habbas, *al baldiyyat wa hay'at al hokm... a.a.O.*, S.21-23.

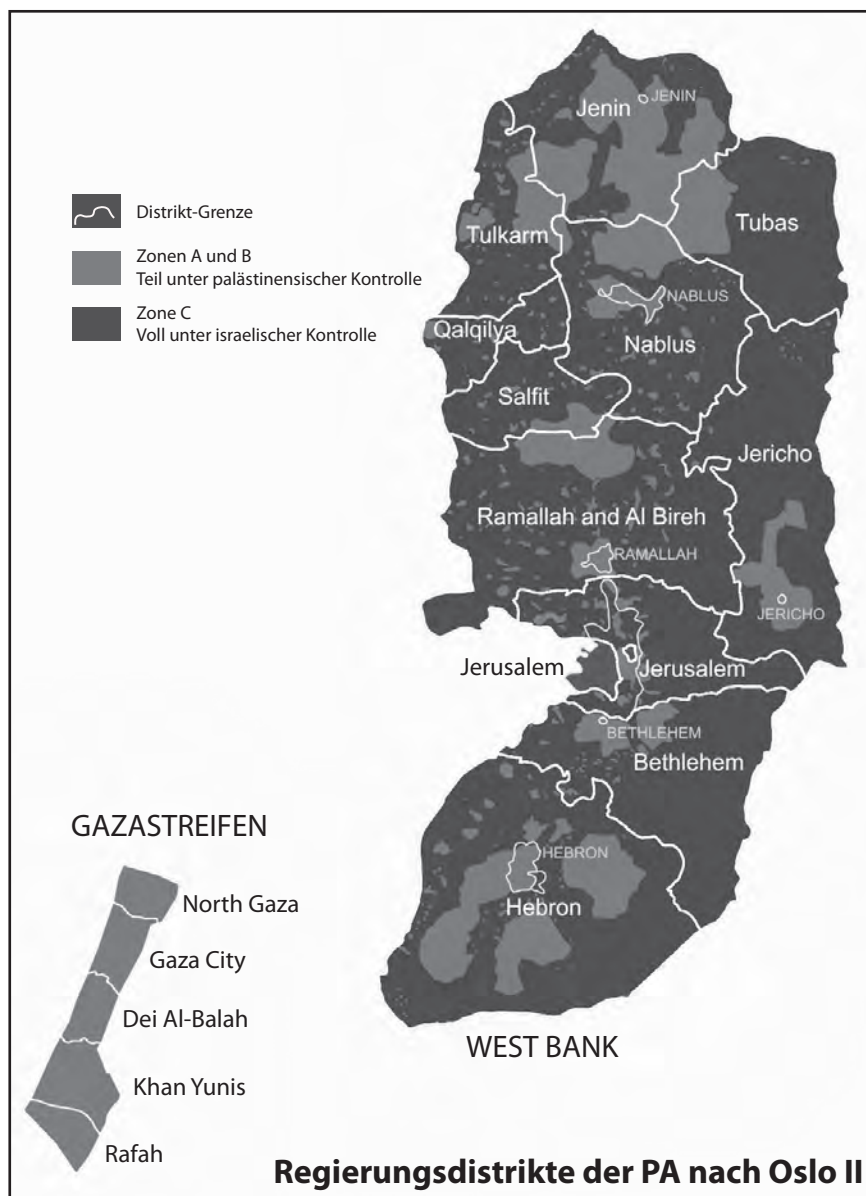
¹⁰⁰ Ebenda, S.20.

¹⁰¹ Beide Stadtkreise erlangten erst nach Gründung der PA den Status eines Bezirkes. Das mag ein Grund dafür sein, dass sie den Status eines Gouvernements nicht haben. Jedoch befinden sich beide Bezirke an geopolitisch für Israel äußerst empfindlichen Stellen: während Tubas in den Hängen des nördlichen Teils des von Israel bis heute indiskutabel beanspruchten Jordangraben platziert ist, befindet sich Salfit in direkter Nachbarschaft zur umstrittenen aber ebenfalls von Israel beanspruchten Siedlerstadt Ariel. Eine palästinensische Ausdehnung in beiden Gebieten würde Israel strikt ablehnen.

- Project Committee (Projektausschuss): für sehr kleine Kommunen.¹⁰²

Die Anzahl der jeweiligen Gemeinderatsmitglieder in den palästinensischen Gebieten war je nach Größe der Kommune unterschiedlich: In den Zentren der Regierungsbezirke (z. B. in Ramallah, Nablus, Jenin, Gaza, etc.) wurde die Kommunalverwaltung von einem Gemeinderat aus 15 Mitgliedern verwaltet. In Ortschaften mit mehr als 15.000 Einwohnern zählte der Gemeinderat insgesamt 13 Mitglieder. Bei Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern waren es 11 Mitglieder, und bei kleinen Gemeinden mit mehr einer Einwohnerzahl zwischen 1.000 und 5.000 gehören insgesamt 9 Mitglieder dem Gemeinderat an.¹⁰³

Es war kein Geheimnis, dass die Lage der palästinensischen Gemeinden alles andere als zufriedenstellend war. Dennoch bezeugen die Zahlen, dass sich, was die Anzahl der neu geschaffenen Gemeinderäte betraf, wenigstens etwas in den palästinensischen Territorien bewegt hat. Dank dem *Local Governance Law* von 1997 setzt sich die heutige lokale Kommunalverwaltung in den palästinensischen Gebieten aus einer großen Zahl lokaler Autoritäten zusammen. Bereits im Januar 2005 hat es in den palästinensischen Territorien insgesamt 483 lokale Autoritäten gegeben, von denen 121 als *Stadtbezirke*, 241 als *Landräte* und 121 als *Projektausschüsse* kategorisiert wurden. Mit anderen Worten: das MoLG verwaltete und kontrollierte bis Anfang Januar 2005 *drei Mal so viel* lokale Autoritäten als zur Zeit seiner Gründung im Jahre 1994.



Karte 5-5: Regierungsbezirke der palästinensischen Autonomiebehörde nach Oslo II.

102 Angaben aus: PNA & JICA (Japan International Cooperation Agency): *Jericho Regional Development Study Project, Interim Report, Kap.7/S.150* Ramallah, Januar 2006.

103 Zubeidi, Basem: *nahwa siyaghat ru'ya ... a.a.O.*, S.20.

Interessant ist hier die Anzahl der palästinensischen lokalen Autoritäten im Raum des Jordantals (Distrikte Jericho und Tubas) – das Israel seit 1967 militärisch besetzt hält und es als ein Fundament israelischer Nationalsicherheit zu keiner Diskussion in den Verhandlungen zwischen ihnen und den Palästinensern freistellt –, die bis Januar 2005 auf insgesamt 24 Gemeinderäte gestiegen ist. In den Distrikten Jericho und Tubas existieren jeweils 3 Stadtbezirke und 5 Landräte. Das bedeutet, dass 2/3 aller lokalen Behörden im Jordantal den Status eines Stadt- oder eines Landrates haben. Mit Ausnahme der Städte Jericho (Ariha) und Tubas (jeweils über 15000 Einwohner und mehr als 50 Jahre alte Gemeinderäte) ist die Mehrzahl der dortigen Autoritäten nach 1994 gegründet worden, auch wenn die Einwohnerzahl der betroffenen Gemeinden jeweils weniger als 5000 Menschen betrug. Eine ähnliche Entwicklung konnte man auch in den anderen Bezirken des Westjordanlandes beobachten, insbesondere im Raum des neu erschaffenen Bezirks Salfit, in dem inzwischen 19 lokale Autoritäten gezählt werden können, von denen 10 Kommunen den Status eines Stadtrates und 9 Kommunen den Status eines Landrates haben.¹⁰⁴

Und dennoch hat es bezüglich der Planung schwerwiegende Versäumnisse seitens des MoLG gegeben: die Mehrzahl dieser palästinensischen Städte besitzen keine Stadtpläne. Das MoLG hatte es versäumt zu berücksichtigen, dass die neuen, so wie ein großer Teil der alten Städte, keine Pläne besaßen. Neue Pläne zu schaffen, überstieg aber die technischen und administrativen Fähigkeiten des Ministeriums. Es hätte vor diesem Schritt fundierte Studien und geographische Vermessungen der verschiedenen Lokalitäten geben müssen. Diese Aufgabe hätte aber die Existenz verschiedener technischer Abteilungen und enorme finanzielle Mittel erfordert.

Der palästinensische Sektor der lokalen Kommunalverwaltung, insbesondere im Westjordanland, ist aufgrund der faktisch immer noch präsenten israelischen Besatzung, aber auch wegen internen palästinensischen Faktoren, wie struktureller Probleme und Unstimmigkeiten sowie wegen der schlechten Führung, auf verschiedenen Ebenen – strukturellen, administrativen und funktionellen – mit ernsthaften Problemen konfrontiert.¹⁰⁵

- Die israelische Besatzung ist ganz sicher der wichtigste einschränkende Faktor für die Arbeit palästinensischer lokaler Kommunen und der PA-Einrichtungen insgesamt. Das Fehlen der Souveränität, die israelische Kontrolle über Hauptressourcen (wie Land, Wasser, Grenzen, Transportwege und den meisten Infrastrukturen) und eine israelische Deluxe-Besatzung sind einige Ergebnisse der von der PLO und Israel unterzeichneten Verträge. Das Oslo II-Abkommen und das Pariser Protokoll (Wirtschaftsabkommen vom April 1994) schufen in Wahrheit den legitimierenden Rahmen für die politischen und juristischen Einschränkungen der Besatzungszeit vor Oslo und somit auch das Haupthindernis der Arbeit der Autonomiebehörde, das die nötige Reform bzw. Aufbau eines Leitbildes für eine effiziente palästinensische lokale Kommunalverwaltung wesentlich komplizierter machte;
- Das zweite zentrale Problem für die Arbeitsweise des MoLG war das Fehlen eines demokratischen Arbeitsstils der PA-Führung. Das zuvor genannte *Local Governance Law* von 1997 bildete die Basis der Beziehung der zentralen Autorität, vertreten durch das MoLG, mit den lokalen Behörden und gab dem MoLG weitreichende Befugnisse, wie u. a. die strategischen Planungen für die lokalen Behörden, die Kontrolle der Aufgaben und Zuständigkeiten der einzelnen Abteilungen sowie die Organisation der öffentlichen Projekte.
- Durch die Änderung des Gesetzes für lokale Kommunalwahlen in den Jahren 2004 und 2005 wurde zwar ein wichtiger Schritt auf dem Demokratisierungsweg der palästinensischen Gesellschaft getan und die Menschen konnten inzwischen ihre Vertreter in den Gremien direkt wählen, jedoch verursachte der immer noch teils undemokratische Führungsstil der zentralen Autorität, die sich das Recht vorbehielt, die Gouverneure der Bezirke sowie die Oberhäupter der wichtigsten Behörden direkt und nach politischer Loyalität zu ernennen, eine noch tiefere finanzielle und politische Abhängigkeit dieser Behörden von der zentralen Autorität. Das zeigte sich nach der politischen und territorialen Spaltung der PA infolge des Wahlsieges der Hamas bzw. der blutigen Bruderkämpfe zwischen den Anhängern der Fatah und der Hamas besonders deutlich.
- Der innerpalästinensische Konflikt zwischen beiden Kontrahenten führte nicht nur zur Fatah. Dies schwächte folglich die Rolle dieser Behörden in der Planung der gesellschaftlichen Entwicklung, was sich wiederum auf das Verhältnis der einzelnen lokalen Behörden zum Ministerium in Ramallah widerspiegelte. Das MoLG mit seinen weitreichenden Befugnissen konnte den von ihm völlig abhängigen lokalen Behörden weder den gesetzlichen Rahmen zur wirtschaftlichen unabhängigen Entfaltung anbieten, noch konnte es sie mit den

104 Vgl. PNA & JICA: *Jericho Regional Development... a.a.O.*, Table 7.9.1, Kap.7, S.150.

105 Mehr dazu in Zubeidi, Basem: *nahwa siyaghat ru'ya ... a.a.O.*, S.21-25.

nötigen Hilfsmitteln versorgen.¹⁰⁶ Der Grund hierfür lag auf der Hand: wie die gesamte Autonomiebehörde war das MoLG von der internationalen Finanzhilfe abhängig – und diese schwankte je nachdem, wie die Geberländer die politische Lage einschätzten und entsprechend zahlungswillig waren oder nicht. Eine der fatalen Folgen dieses Umstandes war die immer größer werdende Kluft zwischen den lokalen Behörden und der palästinensischen Gesellschaft, da die letztere zwar Armut vielleicht noch akzeptiert hätte, wenn die Korruption in der Struktur der Autonomiebehörde nicht so offensichtlich allgegenwärtig gewesen wäre.

Die Knappheit der finanziellen Mittel und die undemokratische Struktur der palästinensischen Autonomiebehörde waren geeignete Voraussetzungen für Veruntreuung und Misswirtschaft. Und spätestens nach der dramatischen Änderung des Gleichgewichts der politischen Kräfte innerhalb der Autonomiebehörde, die dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 folgte, wurde deutlich, wie wackelig und abhängig die Arbeitsstruktur der PA war. Es war klar, dass die infolge des Wahlergebnisses im Januar 2006 herbeigeführte innerpalästinensische territoriale und politische Spaltung die Arbeit der Institutionen der Autonomiebehörde wesentlich erschwert hat. Unmittelbar nach der Machtergreifung durch die Hamas wurde auf dem finanziellen Sektor ein Großteil der internationalen Hilfeleistungen an die Autonomiebehörde im Westjordanland und im Gazastreifen gestoppt. In manchen lokalen Behörden wurden die Hilfeleistungen vollständig eingestellt, sofern diese von der Hamas mehrheitlich kontrolliert wurde.¹⁰⁷

Der Gouverneur eines Regierungsbezirkes wird nicht gewählt, sondern von der zentralen Autorität ernannt. Außerdem verfügen die Regierungsbezirke, anders als es das Gesetz bestimmt, über keine finanzielle Unabhängigkeit. Das gilt als ein ernsthaftes strukturelles Problem in der politischen Entwicklungsarbeit. Die Arbeit der lokalen Behörden war und ist auch nach Gründung des MoLG mit großen Problemen konfrontiert, die einerseits mit den knappen Mitteln und dem Mangel an Erfahrung und andererseits mit dem Führungsstil der Autonomiebehörde zu tun hatten.

Dennoch bildeten sie in dieser Phase erste bedeutende Bausteine für die Festigung einer institutionellen Präsenz der Palästinenser in ihrem Land. Trotz aller Mängel und Hindernisse in der Arbeit dieser lokalen Behörden, brachte ihre Präsenz den Palästinensern kurz- bis mittelfristig enorme Vorteile mit sich. Diese konnten in zwei Aspekten zusammengefasst werden:

1. Die erstmalige Schaffung einer rechtlichen Basis zur Gründung neuer palästinensischer Kommunen schien hier von besonderer Bedeutung zu sein, denn dies bedeutete faktisch die kurzfristige Festigung der Präsenz der Palästinenser in ihrem Land und eine stufenweise Verbesserung ihrer Lebenslage und folglich ihrer Standhaftigkeit auf ihrem Boden;
2. Gleichfalls durfte auch der gesellschaftspolitische Effekt dieser noch in der Wiege liegenden Kommunalarbeit nicht außer Acht gelassen werden, nämlich die Demokratisierung der Gesellschaft durch Partizipation als wichtige Vorstufe zum Aufbau eines demokratischen Staates.

5.2.3 MOPIC (MOPAD): Planen im komplexen Kontext

Während das MoLG gemäß dessen Aufgaben und Zielsetzungen versucht hat, die ersten Bausteine für eine institutionelle und demokratische lokale Kommunalverwaltung in den Zuständigkeitsgebieten der palästinensischen Autonomiebehörde zu errichten, oblag die Aufgabe der Koordinierung, Steuerung und vor allem der Finanzierung (überwiegend aus Fremdmitteln) des Raumplanungsprozesses auf nationaler und regionaler Ebene dem *Ministerium für Planung und internationaler Zusammenarbeit* (MOPIC). Später (nach 2005) umfasste die Arbeit des Planungsministeriums, mittlerweile unter dem Namen MOPAD, auch den Sektor der administrativen Entwicklung als Teil eines dauerhaft komplizierten und überlappenden Planungsprozesses. Mittels Vernetzung aller am Prozess beteiligten Akteure, beabsichtigte MOPAD eine breitmöglichste Partnerschaft zwischen den Prozessteilnehmern zu erzielen. Und dadurch, dass die beiden Ministerien MOPAD und MoLG in ihren Kernaufgaben Planungsministerien sind, gab und gibt es Überschneidungen der Befugnisse, die nicht immer konfliktfrei verlaufen sind und die zu einem kontraproduktiven Wettrennen zwischen beiden Ministerien geführt haben, insbesondere wenn es um große Prestigeprojekte wie ‚The Regional Plan for the West Bank

¹⁰⁶ Ebenda, S.20.

¹⁰⁷ Ebenda, S.23.

Governorates‘ (siehe unten) ging. Mit der neuen Bezeichnung (MOPAD) reagierte die PNA auf die politischen Umstände nach Camp-David II.

Infolge der Unterzeichnung des Interimsabkommens im September 1995 und dem israelischen Rückzug aus den Gebieten fielen die Gebiete unter palästinensische Zuständigkeit. Die palästinensischen Zivilangelegenheiten im Westjordanland (außer in der C-Zone) und im Gazastreifen wurden der palästinensischen Autonomiebehörde zugesprochen. Die Israelis hinterließen jedoch weder Grunddaten noch Planungskapazitäten für die zukünftige Entwicklung der palästinensischen Gebiete. Infolgedessen sah es MOPIC, das ein Jahr später gegründet wurde, als seine Aufgabe an, sich um die Schaffung eines Raumplanungssystems aus dem Nichts zu kümmern.

Mit der Unterzeichnung der Osloer Verträge wurden aber auch neue politische Fakten geschaffen, die die konzeptionelle Grundstruktur der palästinensischen Entwicklungsstrategien neu definierten. Die neuen Entwicklungskonzepte mussten nun *drei* voneinander abhängige Strategie-Pakete berücksichtigen und diese organisatorisch miteinander verbinden.¹⁰⁸

1. Auf der einen Seite befanden sich bedeutende Teile der palästinensischen Territorien weiterhin unter israelischer Besatzung. Dies erforderte die Fortsetzung von widerstandsorientierten Strategien;
2. auf der anderen Seite waren Rekonstruktionsstrategien erforderlich, um den Weg zur Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates zu bahnen; und
3. eine dritte Strategie wurde benötigt, um den neuen sozioökonomischen und kulturellen Inhalt der zukünftigen palästinensischen Gesellschaft zu definieren.

Naturgemäß setzten die neuen konzeptionellen Rahmenbedingungen die Beständigkeit des laufenden politischen Prozesses (Oslo) voraus, wobei die drei Strategiepakete die oben genannte konzeptionelle Grundstruktur äußerst flexibel machten, um sich den Höhen und Tiefen im Friedensprozess bzw. den resultierenden qualitativen und quantitativen Änderungen anzupassen.

Da es im territorialen Konflikt mit Israel hauptsächlich um Land und Naturressourcen ging, sollten geopolitische Gesichtspunkte im Zentrum aller palästinensischen Entwicklungsstrategien liegen. Folglich musste die Raumplanung gegenüber allen anderen Planungsarten Vorrang haben. Deswegen war es für das MOPAD von großer Bedeutung, nationale Strategien zur Raumentwicklung (National Policies for Physical Development (NPPD)) zu definieren, die alle Planungsaktivitäten auf allen Ebenen regulieren und lenken würden. Alle Prioritäten im Planungssektor, sei es in der national-ökonomischen Planung oder in der Realisierung größerer Entwicklungsprojekte, müssten auf ihre *geopolitische* Auswirkung hin geprüft und bewertet werden. Demzufolge müssten alle diese Planungsprozesse in Zusammenhang mit der NPPD stehen und sich nach deren Bestimmungen richten.¹⁰⁹

Der Regionalplan für die Distrikte der West Bank und des Gazastreifens, MOPIC, 1998¹¹⁰

Die relativ früh von der PA erkannte Notwendigkeit einer nationalen Raumplanungspolitik in Palästina war also eine vitale Frage der Geopolitik, mit deren Instrumenten die Palästinenser erstmalig der bis dato dominanten zionistischen Strategie eine Gegenstrategie – sprich eine Gegenkarte – hätten skizzieren können. Während der direkten israelischen Besatzung war es den Palästinensern nicht erlaubt, an irgendeiner Planungsform teilzunehmen, so dass eine Entwicklung (soweit es diese überhaupt gab) gänzlich von der israelischen Zivilverwaltung kontrolliert wurde.

Das Planungsministerium (MOPIC) erkannte die Bedeutung eines Masterplans für die palästinensischen Territorien und begann relativ früh (1995), die ersten Studien und Dokumente zur Skizzierung eines zweiteiligen provisorischen Regionalplanes für die Bezirke des Westjordanlandes bzw. des Gazastreifens vorzubereiten. Das Projekt wurde von der norwegischen Regierung finanziert und dauerte insgesamt 3 Jahre. Im Dezember 1998 präsentierte MOPIC das Ergebnis dieser Arbeit: ‚The Regional Plan for the West Bank and Gaza Governorate‘.

¹⁰⁸ MOPIC: *National Policies for Physical Development, the West Bank and Gaza Governorates*, Ramallah, Dez. 1998, S.1.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ MOPIC: *The Regionalplan for the West Bank Governorates*, Englisch und Arabisch, Ramallah, Dez. 1998. Siehe auch die Zusammenfassung des Buches: *MOPIC, The Regionalplan for the West Bank Governorates (Executive Summary)*, Ramallah, Dez. 1998. Vgl. Karten-Anhang 10 dieser Arbeit.

Eine Regionalplanung, die Raumentwicklungspläne beinhaltet, die mit ökonomischen und sozialen Neuerungsprogrammen verbunden ist, ist im Prinzip ein umfangreiches Mittel zur Festigung der nationalen politischen Prioritäten sowie des gewünschten Modells der physischen und sozioökonomischen Entwicklung im ganzen Land. Als erste palästinensische Planung dieser Art, sollten beide Regionalpläne (für die West Bank und für den Gazastreifen) die Basis für die in der NPPD präsentierten Planungsstrategien festlegen. Und gemäß der oben geschilderten Definition von Regionalplanung sollte eine umfassende Entwicklungsplanung ein politisches Steuerungsmittel sein, mit dessen Hilfe die gewünschten regionalen und lokalen Entwicklungen in Übereinstimmung mit den nationalen Zielen forciert werden. In diesem Sinne sollte Regionalplanung – nach MOPIC – folgende Aufgaben erfüllen:¹¹¹

- *Auf nationaler Ebene* ist sie ein Instrument der Politik, welches gemäß regionaler Strategien Inputs in die nationalen Pläne gibt;
- *Auf regionaler Ebene* ist sie in Zusammenhang mit Planungsfragen ein strategisches Instrument für Raumentwicklung;
- *Auf kommunaler Ebene* ist sie ein leitendes Mittel, das die Kommunen mit den nötigen Richtlinien zur lokalen Entwicklung versorgt, um die gewünschte Entwicklung der Gesellschaft und die optimale Nutzung von Land und anderen Ressourcen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erreichen.

Das Erreichen der Ziele der Raumentwicklung in Palästina und folglich die Erfüllung der oben genannten Aufgaben der Regionalplanung war schon immer und ist weiterhin mit großen Herausforderungen konfrontiert. Beinahe alle diese Herausforderungen kann man auf die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel zurückführen. Besonders erwähnenswert sind folgende Herausforderungen:¹¹²

1. Politische Instabilität im Land;
2. der Mangel an Souveränität über das Land, insbesondere in Jerusalem und in der ‚C‘-Zone;
3. die Räumliche Trennung der palästinensischen Gebiete (Fragmentierung der Fläche);
4. physische Hindernisse durch die israelischen Siedlungsstrukturen (Siedlungen und Straßennetze);
5. verfallene physische Umwelt, die durch Israel in seiner 30 jährigen Besetzung der Gebiete systematisch vernachlässigt wurde;
6. die demographische Struktur der palästinensischen Gesellschaft, bei der mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter 15 Jahre alt ist;
7. das erwartete, aber unsichere Bevölkerungswachstum durch Rückkehrer¹¹³;
8. begrenzte natürliche Ressourcen des Landes, hauptsächlich Wasser; sowie
9. die hohe Arbeitslosigkeit in den palästinensischen Gebieten, gekoppelt mit begrenzten Beschäftigungsmöglichkeiten.

Aufgrund mancher politischer, technischer und institutioneller Ungewissheiten wurde der ‚Regionalplan für die Bezirke der West Bank‘ als erster Schritt in einem umfangreicheren Planungsprozess, wie oben beschrieben, gesehen. Deswegen beschränkte sich das erklärte Ziel dieses Regionalplanes auf zwei Zentralpunkte:¹¹⁴

1. Die Definition der Prinzipien und der Grundlagen umfassender Entwicklungspolitik für die Territorien, die von den sozioökonomischen Aspekten bezüglich ihrer räumlichen Auswirkungen handelt; und
2. Die Darstellung der Einwirkung der städtischen und ländlichen Entwicklung auf die Umwelt und die anderen nationalen Ressourcen sowie die Klärung der einer physischen Entwicklung zugehörigen Kollisionen und Widersprüche auf allen Ebenen.

Dementsprechend kann man die erwarteten Hauptergebnisse der Landentwicklungsplanung in der West Bank auf folgende Punkte zusammenfassen:¹¹⁵

111 Siehe: *MOPIC: The Regionalplan for the West Bank ... a.a.O.*, S.1.

112 *MOPIC: National Policies for Physical Development ... a.a.O.*, S.2.

113 Diese Allgemeine Definition der ‚Rückkehrer‘ von Seiten der PA zeigt die große Unsicherheit bezüglich der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge auf. Eine Rückkehr in die Territorien der West Bank und des Gazastreifens ist gewiss nicht das, was die palästinensischen Flüchtlinge anstreben – das, wenn das kleine Land diese Rückkehrer überhaupt aufnehmen könnte. Wenn die PA von einer unsicheren Rückkehr spricht, dann ist es offensichtlich, dass sie dieses Thema (auf Wunsch der Gesprächspartner) nebulös halten wollte.

114 Siehe: *MOPIC: The regional plan for the West Bank ... a.a.O.*, S.2.

115 Ebenda.

1. Sie (die Landentwicklungsplanung) soll Vorschriften für physische Landentwicklung in einer Weise bestimmen, die zukünftigen Investment Programmen und Projekten den Vorrang gibt.
2. Sie soll außerdem Vorschriften für nationale oder interministerielle Richtlinienabfassungen bestimmen;
3. Sie soll ein Instrument schaffen, um die nationalen politischen Prioritäten sowie die gewünschten Modelle zur Raum- und sozioökonomischen Entwicklung in der gesamten West Bank zu fördern;
4. Aus der Landentwicklungsplanung soll ein Plan resultieren, der die Landesflächen in der gesamten West Bank für künftige Landentwicklung bzw. -Schutz klassifiziert;
5. Sie soll mittels Anweisungen an die lokalen Planungsautoritäten die Kontrolle der Landnutzung von nationaler Bedeutung erreichen; und
6. Sie soll Informationssysteme hinsichtlich der Grunddaten, der menschlichen Ressourcen und der Grundvoraussetzungen für eine Planung bilden, die für weitere nationale oder regionale Planungen sowie in den Verhandlungen zwischen der PNA und der israelischen Regierung verwendet werden sollen.

Das Entwicklungsgebiet umfasst die Bezirke des Westjordanlands, wie sie die Waffenstillstandslinie von 1949 markiert. Das Entwicklungsgebiet beinhaltet außerdem das Niemandland und andere umstrittene Gebiete, die in der Begleitkarte des Regionalplans klar markiert wurden.

Auch wenn MOPIC, was die Entwicklungsplanung in den palästinensischen Territorien betraf, ziemlich hohe Ziele verfolgte, blieb es in seiner Darstellung des Regionalplans für die West Bank und aufgrund der oben genannten pragmatischen Herausforderungen relativ bescheiden. Der Plan beschränkte seine Behandlung der Probleme der natürlichen Entwicklung auf einem sehr allgemeinen Level. Der verwendete Maßstab des beigefügten gezeichneten Plans (M 1: 250.000, vgl. Karten-Anhang 10) kann nur als eine allgemeine Grundlage für weitere Planungsaktivitäten dienen. Und genau diese Planbeschreibung wurde vom MOPIC angegeben:

„Dieser Plan soll als Grundlage für Entscheidungen und [Planungs-]Aktivitäten benutzt werden, die die Landnutzung auf verschiedenen Ebenen betreffen. Der Plan ist problemorientiert und sucht kurz- bis mittelfristig nach Lösungen. Langfristig beabsichtigt der Plan, die lokalen und nationalen Bedürfnisse in Strategien zu übersetzen, die in Form von politischen Empfehlungen erscheinen.

[..]

Die Hauptintension der [erwarteten] Ergebnisse ist, zu zeigen, wie die angesprochenen physikalischen Hauptprobleme formuliert werden könnten, um die Bedürfnisse und Anforderungen für künftige Entwicklungen innerhalb der verschiedenen Bereiche zu bestimmen. Sie sollten die künftige Entwicklung des Landes und seiner Infrastruktur hin zu mehr Kapazitäten für wirtschaftliches Wachstum und eine bessere soziale und kulturelle Entwicklung lenken“.¹¹⁶

Das im Plan beinhaltete Organisationsschema (Abbildung 5-3) zeigt die Grundstruktur der Arbeit des Regionalplans, von der Datensammlung bis zum Flächennutzungsplan und Richtlinien, deutlich. Sie zeigt aber – in diesem Fall – auch die immensen Schwierigkeiten, die der Arbeit einer Planungsautorität begegnen, die im gegenwärtigen politischen Kontext nicht über die wichtigsten Landesressourcen verfügt. Sehr wichtige Aspekte wie ‚Flüchtlinge‘ und ‚Grenzen‘ bleiben offen und haben somit einen direkten Einfluss auf die empirische Datenermittlung über Land und Bewohner des zukünftigen Palästinenserstaates. In dieser Phase und in diesem hoch komplizierten machtpolitischen Kontext kamen für den Plan grundsätzlich drei Ziele und Aufgaben in Frage:

1. Er konnte nur ein Grundlagenplan sein, der die Grundsätze und die Basis eines *Ansatzes* für Landnutzung auf nationaler und regionaler Ebene definiert;
2. Er deutete auf praktische Aktivitäten hin, die Fortschritt und ökonomisches Wachstum bringen könnten; und
3. Auf lokaler Ebene würde er als eine gesetzliche und administrative Grundstruktur zur physischen Entwicklung in den palästinensischen Territorien dienen und ein Instrument zur Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen werden.

Was die Theorie und Organisation des MOPIC-Regionalplans für die West Bank und den Gazastreifen betrifft,

so ist dieser gewiss ein progressiver und überschaubarer Plan, der in einem normalen politischen Kontext eine durchaus brauchbare Grundlage für Entwicklungen darstellen könnte. Kritiker des Plans bemängeln bei diesem, dass er in sich keinen praxisorientierten Masterplan enthielt, der in brauchbaren Maßstäben Planungsschemen für die Teilgebiete der Territorien aufzeigt bzw. die Entwicklung dort stärkt. Diese auf den ersten Blick nachvollziehbare Kritik des Plans muss etwas differenzierter betrachtet werden, da sie zwei Aspekte nicht wirklich berücksichtigt, nämlich:

1. die außergewöhnlichen Umstände, die aufgrund der Bestimmungen des Osloer Vertrages eine wirkliche palästinensische Entwicklungsplanung kategorisch verhindert hat. Hier bekommt die innerpalästinensische Dialektik über Oslo und ihre Konsequenzen weiteren Nährstoff. Auf politischer Ebene ist eine Kritik des Planes in Wahrheit eine Kritik am Osloer Vertrag. Erst die fatalen Fehler Oslos ermöglichten die Machtlosigkeit der PA in Bezug auf die Kontrolle über ihre zugesprochenen Territorien, auch wenn die Oslo-Anhänger den Plan mit seinen hoch gesteckten Zielen als ersten Schritt in einem langwierigen Prozess betrachten, dessen Ziele sie im gegenwärtigen politischen Kontext nicht erreichen könnten;
2. die vertragliche Zielsetzung des Plans durch Norwegen und die PA: im Jahre 1995 entschied sich die norwegische Regierung, mit der Geldsumme von 12 Mio. US \$ ein Projekt mit dem Ziel zu unterstützen, einen Regionalplan für die West Bank zu erstellen. Das Abkommen zwischen der PA und der norwegischen Regierung sah vor, mit Hilfe von insgesamt 40 norwegischen Experten, eine konkrete Studie über die palästinensische Realität zwischen 1995 und 1998 zu erstellen. Diese sollte die Basis für eine fundierte Landesplanung des jungen Staates sein.¹¹⁷

Das Ziel war also erst einmal eine Studie über die palästinensische Realität in den immer noch faktisch besetzten Gebieten – von einer Landesplanung war nur in weiteren darauffolgenden Schritten die Rede. Das Ergebnis der Studie konnte unter diesen Umständen nichts anderes als eine ‚Bestandsaufnahme‘ wertvoller Informationen über den sozioökonomischen, demographischen und geographischen Kontext der West Bank und des Gazastreifens bis 1998 sein. Das Ergebnis war zwar eine gründliche Bestandsaufnahme, es war jedoch keine analytische Studie, die Lösungsansätze für akute Fragen bot. Diese als Regionalplan zu bezeichnen war grundsätzlich übertrieben und konnte nur mit den Versuchen der PA erklärt werden, durch Öffentlichkeitsarbeit für Oslo zu werben.

Und dennoch ergibt es keinen Sinn, die Ergebnisse des Plans zu kritisieren ohne Oslo II selbst in Frage zu stellen. Aus diesem Grund hat das MLG, als zuständiges Ministerium laut Gesetz eben diese Bestandsaufnahme nicht genehmigt, teils aus fachtechnischen Gründen und teils aus Rivalitätsgründen. Von der Tatsache, dass Israel eine Entwicklungsplanung in den palästinensischen Gebieten nie zuließ, einmal abgesehen, sorgte die strukturschwache PA für eine gefährliche nebulöse Definition der Aufgaben der verschiedenen Ministerien, die eine effiziente koordinierte Arbeit zwischen den Ministerien faktisch blockierte. Davon waren beide für die Planung zuständige Ministerien, nämlich MoLG und MOPIC, besonders betroffen.

Laut administrativer Struktur des MOPIC (März 1997) sollte was die Raumplanung auf regionaler und nationaler Ebene betraf, die ‚Abteilung für Stadt- und Landesplanung‘ (*Directorate for Urban and Rural Planning* (DURP)) für die Entwicklung der gesamten Strategien, der Entwicklungsprogramme, -Normen und -Standards sowie der Richtlinien zuständig sein. In diesem Kontext wurde eine Übereinkunft verfasst, die die Aufgaben beider Ministerien definierte. Laut dieser ist MoLG für die Planung auf lokaler Ebene und MOPIC für Planung auf nationaler Ebene zuständig. Regionalplanung soll eine gemeinsame Verantwortung beider Ministerien sein, wobei Regionalpläne vom MOPIC und mit der Assistenz des MoLG vorbereitet werden sollten.¹¹⁸ Die Entwicklungsplanung des Landes erforderte eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und Autoritäten, da diese Zusammenarbeit ein vitales Bedürfnis aller Sektoren ist. Im Falle des MOPIC-Regionalplans hat diese Kooperation nicht oder nur wenig stattgefunden. MOPIC begründete die fehlende Teilnahme vom MoLG am Planungsprozess mit dem Zeitfaktor bzw. damit, dass durch den akuten Bedarf nach schnellstmöglicher Fertigstellung des Plans die offizielle Beteiligung der anderen Ministerien in den Anfängen nicht stattfinden konnte.

¹¹⁷ Angaben aus einem Gespräch vom 01.08.2006 mit Herrn Azzam Al-hdschusch, Abteilungsleiter der Regionalplanung im MoLG, während einer Studienreise des Autors (Juni-August 2006) im Westjordanland.

¹¹⁸ Vgl. *MOPIC: The Regionalplan for the West Bank ... a.a.O.*, S.3.

Eine solche palästinensische Regionalplanung, die zudem erstmalig durchgeführt werden sollte, hätte normalerweise nicht hastig und nicht ohne das Involvieren aller am Prozess beteiligten Gremien unternommen werden dürfen. Die Argumentation des MOPIC für den Ausschluss anderer Ministerien war unglaublich und bezeugte ein Rivalitätsdenken in der Arbeit der PA-Gremien, die durch schlechte Regierungsführung herbeigeführt worden ist. Dass Regionalplanung eine gemeinsame Aufgabe beider Ministerien wäre, war an sich eine gefährlich grobe Definition, die früher oder später zu Konflikten führen musste. Dennoch ist das MOPIC auch in dieser Form zu einer Zusammenarbeit mit dem MoLG in allen Phasen des Planungsprozesses verpflichtet.

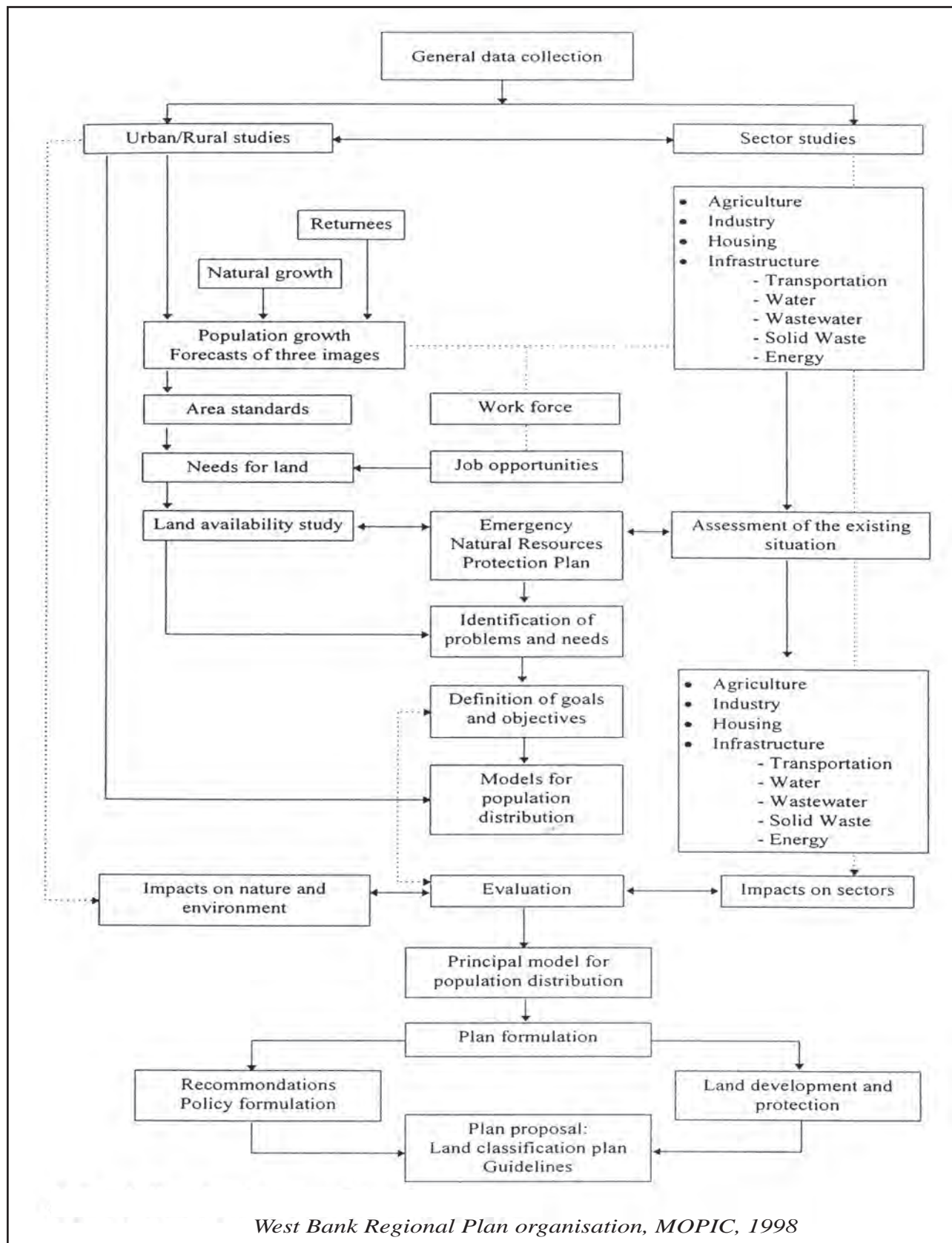


Abb. 5-3: Organisation des Regionalplans für die West-Bank-Distrikte 1998.

Der MOPIC-Regionalplan führte wie erwartet zu Rivalitäten zwischen MOPIC mit seinem damaligen zuständigen Minister Dr. Nabeel Shaath und MoLG mit seinem damaligen zuständigen Minister Dr. Saeb Erekat. Da die Erstellung eines solchen Plans eine politische Aufgabe war, betrachtete Erekat sie als die Aufgabe seines Ministeriums und weigerte sich deswegen den Plan als zuständiger Minister zu unterschreiben. Der Plan wurde damit de facto verworfen und nicht weiter verfolgt, erst recht nicht nach Ausbruch der zweiten Intifada im Dezember 2000.

Ein anderer Aspekt, der für Unbehagen unter den Palästinensern sorgte, betraf die Finanzhilfen der Geberländer und wie diese verwaltet und ausgegeben wurden. Das Projekt des MOPIC-Regionalplans diente hier als ein gutes Beispiel – dieses wurde, wie bereits erwähnt, vom norwegischen Staat finanziert. Das Gesamt Budget für das Projekt betrug 10 Mio. \$. Der norwegische Staat setzte aber auch voraus, dass etwa 20 Experten aus Norwegen für die Dauer von 2 Jahren an diesem Plan maßgebend beteiligt und vom gleichen Budget finanziert werden sollten. Bei den astronomischen Monatsgehältern von mind. 10.000 \$ zuzüglich Spesen, Aufenthalt und Mobilität, beliefen sich die Kosten für diese Experten auf mehr als die Hälfte der finanziellen Unterstützung. Die Tatsache, dass die Palästinenser selbst über genug Experten verfügten, wurde von der norwegischen Regierung einfach nicht berücksichtigt. So gesehen war dies zwar eine großzügige Finanzhilfe, aber keineswegs eine Entwicklungshilfe. Die Palästinenser hätten nicht nur für viel weniger Geld ihre Erfahrungen im eigenen Lande einsetzen, sondern auch den Anfang eines dringend notwendigen Lernprozesses in Sachen Staatsaufbau markieren können. Was den Palästinensern, wie vielen Menschen in Entwicklungsländern, wirklich fehlte (und weiterhin fehlt) sind Planungsinstrumente, die den Anfang und den Grundstein einer progressiven und intakten Stadt- und Regionalplanung bilden könnten – der MOPIC-Regionalplan war diesbezüglich eine vertane Chance.

Das norwegische Projekt bildete jedoch keine Ausnahme, wie die Geberländer eigene Ziele und Programme verfolgten, die nicht unbedingt mit den Interessen der palästinensischen Bevölkerung in Einklang gebracht werden konnten. Diese Fehlentwicklung zeigte sich in zwei Hauptmerkmalen, die die Hilfe der Geberländer kennzeichneten:

- Alle Gelder mussten über den israelischen Staat laufen. Faktisch galt diese Unterstützung zuerst der israelischen Wirtschaft. Hinzu kam, dass der israelische Staat diese Gelder oft verspätet und meistens nur tropfenweise an die Palästinenser weiter gab;
- Die Geberländer orientierten sich nicht wirklich nach den Bedürfnissen der Palästinenser. Jedes Geberland hatte stattdessen eine klare programmatische Vorstellung der Art und Weise, wie die Hilfe aussehen sollte. Die Hilfe aus Deutschland beispielsweise hatte vorwiegend mit Wasserprojekten zu tun. Die Amerikaner übernahmen den Straßenbau. Auch hier galt diese Hilfe zuerst der israelischen Wirtschaft, denn Baumaterialien und Geräte mussten zuerst und hauptsächlich in Israel eingekauft werden. Die Kritik an dieser Art von Hilfe ist, dass sie nie flexibel genug war, um die tatsächlichen Bedürfnisse der Palästinenser zu berücksichtigen. Wie es sich herausstellen sollte, hatte dies fatale Folgen: die palästinensische Führung hatte begonnen, teilweise Scheinprojekte zu entwickeln, um Finanzhilfen in Anspruch nehmen zu können. Betrug, Undurchsichtigkeit in der Finanzierung dieser Projekte, Bestechlichkeit und Veruntreuung hoher Summen durch eine korrupte Elite in der PA-Führung waren einige dieser Folgen.

Ein wichtiges Ziel der Entwicklungsplanung, nämlich für nachhaltiges Wachstum zu sorgen, wurde in Palästina nie richtig verfolgt. Wie bereits erwähnt, untersagt es das Pariser Protokoll (Wirtschaftsabkommen vom April 1994) den Palästinensern, ohne das Einverständnis der Israelis Betriebe zu gründen, die mehr als 15 Angestellte beschäftigen. Dies mussten die palästinensischen Verhandlungspartner unterzeichnen. Die Geberländer haben ihre Finanzhilfen einigen korrupten und skrupellosen palästinensischen Politikern, eben einer erlesenen Auswahl des israelischen Staates, überlassen. Diese Hilfe erreichte sehr oft weder die palästinensische Bevölkerung noch die zivilen Organisationen. Die kleinen und mittleren sozioökonomischen Projekte zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit in den palästinensischen Städten und Dörfern haben hingegen wenig bis gar keine Förderung bekommen. Eine dominierende Arbeitslosigkeit und eine immer größer werdende Kluft zwischen armen und reichen Schichten bestimmten seit Anfang der 1990er Jahre das Gesamtbild der palästinensischen Gesellschaft im Westjordanland und im Gazastreifen. Diese neue Qualität in der gesellschaftspolitischen Entwicklung in Palästina bot ideale Bedingungen und Nährboden für Korruption und Vetternwirtschaft.

Der Regionalplan für die Distrikte des Gazastreifens 2005-2015¹¹⁹

Wie bereits erwähnt wurde, hat MOPIC im Jahre 1998 einen Regionalplan für die südlichen Distrikte der palästinensischen Gebiete (die Distrikte des Gazastreifens) angefertigt, der sich im Rahmen einer umfassenden Entwicklungssicht und der geopolitischen Lage des Gebietes, seine Entwicklungsprioritäten und seine starken demographischen Änderungen berücksichtigend hauptsächlich auf die allgemeine Landnutzung und Naturschutz fokussierte.¹²⁰ Ähnlich wie im Fall des Regionalplans für die West Bank wurde dieser Plan aufgrund der Rivalitäten zwischen MOPIC und MoLG nie genehmigt. Dennoch wurde er oft als Basis für einige Planungsaktivitäten auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene verwendet.

Der Plan von 1998 sollte sich jedoch auf eine andere Weise entwickeln als der West-Bank-Regionalplan, denn der Ausbruch der zweiten Intifada im Jahre 2000 führte vor allem im Gazastreifen zu einer beispiellosen Zerstörung des Landes und Strangulierung der Lebensumstände seiner Bewohner durch die israelische Armee. Große landwirtschaftliche Flächen, Wohnhäuser und industrielle Einrichtungen sowie der größte Teil der Infrastrukturen, inklusive dem Flughafen und dem Wasserhafen, wurden planiert bzw. zerstört. Daraus entstanden enorme politische, sozioökonomische und sicherheitstechnische Änderungen und Herausforderungen. Das größte und folgenreichste Ereignis für den Gazastreifen wäre jedoch der damals noch beabsichtigte Abzug der israelischen Armee aus dem Territorium sowie die Räumung aller israelischen Siedlungen dort gewesen. Ariel Sharon hatte ständig von seinem Disengagement-Plan für den Gazastreifen gesprochen und handelte mit der US-Regierung die politischen Rahmenbedingungen eines israelischen Abzuges aus dem Gazastreifen aus, sprich die Bedingung, dass Israel quasi freie Hand bei der Besiedlung des Westjordanlandes bekommen sollte. Er erkannte, dass die Besetzung des Gazastreifens für Israel politisch, finanziell und sicherheitstechnisch nicht mehr tragbar war. Die Israelis ließen zwar ein gänzlich zerstörtes Land zurück, aber dieser Schritt öffnete neue Möglichkeiten und rief eine Euphorie für eine bessere Zukunft, die man im geräumten Gazastreifen und anders als im Westjordanland theoretisch planen könnte.

Das war der Beweggrund für MOPIC in Zusammenarbeit mit vielen anderen Ministerien, Planern und Institutionen, noch vor dem israelischen Rückzug aus Gaza einen Überarbeitungs- und Aktualisierungsakt des Regionalplans von 1998 zu unternehmen. Das Ziel war die Erstellung eines neuen mittelfristigen Entwicklungsplans für den Gazastreifen, der dann den Namen ‚Regionalplan für die Distrikte des Gazastreifens 2005-2015‘ trug. Das Team traf sich regelmäßig und diskutierte über die Szenarien, Annahmen und Optionen, die der Plan von 1998 vorschlug. Es bestand ein grundsätzlicher Konsens darüber, dass die allgemeinen Prinzipien des Plans von 1998 nach einer Aktualisierung der statistischen Angaben und unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingung die Grundlage für die Überarbeitung des alten Plans bilden sollten. Dabei sollte in erster Linie untersucht werden, welche Konsequenzen und Chancen der israelische Rückzug aus dem Gazastreifen für eine umfassende Planung im Gazastreifen haben würde, insbesondere in den geräumten Gebieten der ehemaligen israelischen Siedlungen.

Die Überarbeitung des Plans basierte auf einer Vielzahl von Erwartungen, wie¹²¹

- Der Bedarf nach Planungen für die geräumten Gebiete nach dem erwarteten israelischen Rückzug, um diese in das Gesamtgefüge zu integrieren und die Bestimmung derer Nutzungsmöglichkeiten nach palästinensischen Gesichtspunkten und Prioritäten;
- Der Bedarf nach einer fundierten Bestandsaufnahme der Änderungen, insbesondere nach der zweiten Intifada und einer Bestimmung ihrer Konsequenzen für Bauentwicklung;
- Die mögliche Öffnung der nationalen und internationalen Grenzübergänge für Personen und Waren und ihre Folgen für den Wiederaufbau des Flughafens sowie den Ausbau des Gaza-Seehafens zu einem internationalen Seehafen; und
- Das zunehmende internationale Interesse zur Unterstützung der zusammengebrochenen palästinensischen Ökonomie und die daraus folgende Zunahme der Finanzierung von Investments- und Dienstleistungsprojekten.

119 MOPIC: *Al-Mukhattat Al-Iqlimi lil Mohafathat al dschanubiyya 2005-2015, Draft* (Dtsch.: Der Regionalplan für die südlichen Bezirke [Gazastreifen] 2005-2015, Entwurf), Arabisch, Ramallah, 2005. Siehe Karten-Anhang 12 dieser Arbeit.

120 MOPIC: *Regionalplan for Gaza Governorates, April 1998*. Siehe Karten-Anhang 11 dieser Arbeit.

121 MOPIC: *Al-Mukhattat Al-Iqlimi lil Mohafathat al dschanubiyya ... a.a.O.* (Anm. 119), S.2.

Das Hauptziel des Plans war die Schaffung eines allgemeinen Rahmens zur optimalen Nutzung der verschiedenen Landflächen im Gazastreifen und zum Schutz der Landflächen von besonderer nationaler und regionaler Bedeutung sowie zur Versorgung der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger mit den Grundbedürfnissen, wie Infrastruktur, Wohnungsbau, städtischen Dienstleistungen, ökonomischem Wachstum und Umweltschutz. Er sollte die offizielle Basis für jede urbane Expansion und jede ökonomische Entwicklung im Gazastreifen darstellen.

Obwohl die Planverfasser die enormen Herausforderungen und Hindernisse für die Umsetzung der Ziele – wie die politische Instabilität, die fehlende Kontrolle über Land und anderen Ressourcen, die geographische Trennung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland, die hohe Bevölkerungsdichte und -Wachstum, Arbeitslosigkeit und Armut usw. – erkannten, haben sie sich nicht nur hoch gesteckte Ziele für eine relativ kurze Zeit von 10 Jahren (2005-2015) gesetzt. Sie gingen darüber hinaus von einigen Hypothesen aus, die sich bald als zu euphorisch erwiesen haben, um auch nur teilweise in dieser kurzen Zeit umgesetzt werden zu können. Die wichtigsten dieser Annahmen waren:

- Der vollständige israelische Rückzug aus allen 1967 besetzten palästinensischen Gebieten und die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates mit Ostjerusalem als Hauptstadt;
- Das Westjordanland und der Gazastreifen als geopolitische Einheit, die mittels eines Korridors miteinander verbunden werden sollten;
- Bewegungsfreiheit für Menschen und Waren zwischen den Distrikten und der Außenwelt;
- Vollständige palästinensische Kontrolle über Land, Luft und Wasser, über die eigenen Landesressourcen, insbesondere Wasser und Energie sowie über die Grenzübergänge; und
- Die Lösung des Flüchtlingsproblems gemäß den betreffenden UNO-Resolutionen, die das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge in ihr Heimatland bekräftigen.

Es ist bekannt, dass der israelische Staat nie daran dachte, auch nur in einem einzigen Punkt diesen Anforderungen nachzugeben und den Palästinensern zu erlauben, gemäß diesem Plan zu handeln. Sharons wahre Absichten und Pläne hinter dem Rückzug aus dem lästigen Gazastreifen, nämlich die Verstärkung des jüdischen Siedlungsbaus im Westjordanland, waren allen gut bekannt. Die oben geschilderten Ereignisse in den wenigen Monaten danach, sprich nach dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 und der Bildung der nationalen Einheitsregierung, führte zum Boykott der PNA und zur weiteren Verstärkung der Blockade gegen den Gazastreifen von Seiten Israels und des Westens. Der Gazastreifen verwandelte sich in ein großes Freiluftgefängnis und der finanziell komplett abhängigen PNA drohte der finanzielle Kollaps. Alleine aus diesem Grund wäre eine Umsetzung des Plans nicht denkbar gewesen. Aber es gab auch andere innerpalästinensische Gründe für das Scheitern dieses Planes, die darauf basierten, dass das MoLG den Plan in seiner Form – genauso wie beim Vorgänger-Plan – nicht genehmigen wollte. Nicht nur aus Rivalitätsgründen, sondern auch aus formalen und professionellen Gründen die bezeugen sollten, dass es dem MOPIC oft an der klaren Sicht und Logik in seiner Planung und Zielsetzung mangelte.

In einer Stellungnahme des Ministeriums für Lokalverwaltung (MoLG) zum Regionalplan für die Distrikte des Gazastreifens von 2005, hat sich der Leiter der Abteilung für Regionalplanung kritisch mit dem Plan auseinandergesetzt und begründete, warum sein Ministerium den Plan in seiner eingereichten Form nicht genehmigte oder nicht genehmigen konnte.¹²² Die erste Kritik des Plans betraf die Zuständigkeit der Planung auf diesem Niveau. Genauso wie 1998, wurden die anderen Akteure, insbesondere das MoLG, nicht von Anfang an in das Planungsgeschehen involviert, um die grundsätzliche Politik des Plans effektiv mitbestimmen zu können. Die voreilige Ausarbeitung des Plans führte dazu, dass der zur Genehmigung eingereichte Plan sehr allgemein gehalten wurde und in seiner Form und in seinen Maßstäben eine Gruppe von Empfehlungen zu Entwicklungsstrategien auf den privaten und öffentlichen Sektoren waren, die die Vorstellungen seiner Verfasser über die Landnutzung im Gazastreifen zeigte. Es wäre also ein fataler Fehler gewesen, dieses eingereichte Dokument als einen herkömmlichen Regionalplan zu verstehen, der als zweite Stufe der Planung normalerweise der gesamtnationalen Entwicklungspolitik oder den vom MoLG vorbestimmten Nationalstrategien untergeordnet und verpflichtet sein sollte. Ein Regionalplan hat die Aufgabe, die gesamt nationale Strategie

¹²² MoLG/Abteilung für Regionalplanung, Dr. Azzam Al-hdschudsch: *Qira'a Naqdiyya fi Muhtawa Al-Mukhattat Al-Iqlimi li Mohafathat al dschanub 2005-2015* (Dtsch.: Eine kritische Studie über den Inhalt des Regionalplans [des MOPIC] für die südlichen Bezirke 2005-2015), Ramallah, 2005.

innerhalb eines begrenzten Gebietes etwas ausführlicher programmatisch und zeichnerisch zu entwickeln. Das Dokument in dieser Form erreichte ein Niveau der höchsten nationalen Planung, der laut palästinensischem Gesetz ein Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Lokalverwaltung (MoLG) ist, das nie ordentlich in das Planungsgeschehen involviert wurde.¹²³

Für die Ablehnung des Plans durch MoLG hat es aber auch andere Gründe gegeben, die dessen Inhalt und Logik betreffen, wie z. B.:¹²⁴

1. Die Planverfasser zeigten ein besonderes Interesse für die Landnutzung und der Plan kann was dies betrifft als detailliert angesehen werden. Jedoch präsentiert er im technischen Teil keine klaren, zusammenhängenden und ausgeglichenen Entwicklungspläne für die verschiedenen Sektoren. Der angehängte technische Teil des Plans wurde in einer sehr kurzen Form zusammengefasst und mangelt an objektiver Analyse, da er weder Ergebnisse der Studien beinhaltet, die zu den Entscheidungen bzw. der Festlegung der Strategien geführt haben, noch beinhaltet er irgendwelche Tabellen, Graphiken oder Vergleichsszenarien für die Entwicklungssektoren des Plans. Das führte dazu, dass er nur schwer verständlich war und dadurch viel mehr für einen Landnutzungsplan als für einen nationalen Entwicklungsplan gehalten wurde;
2. Der verwendete Maßstab des Plans erlaubt kein klares Erklären und Ablesen der Grenzen der verschiedenen Nutzungen bzw. der Nutzungsüberschneidungen.
3. Der Plan vernachlässigte Problemzonen wie die Flüchtlingslager und ging davon aus, dass sie aufgrund der politischen Umstände zum richtigen Zeitpunkt entwicklungspolitisch behandelt werden würden, obwohl sie sich als Teile der Städte mitten in den urbanen Entwicklungsgebieten befanden.
4. Fragwürdige Annahmen über das Bevölkerungswachstum: einer der bestimmenden Aspekte des Planes bezüglich des Bevölkerungswachstums im Gazastreifen, auf dessen Basis die Planer ihre Konzepte zu Bauentwicklungen ausgestalteten, ist die Annahme, dass dort im Jahre 2015 insgesamt 2.300.000 Menschen leben würden. Das würde eine Zunahme von etwa 1 Million Einwohner zwischen 2005 und 2015 bedeuten. Diese Schätzung basiert auf einem natürlichen Wachstum der Einwohner um ½ Million Menschen und einer angenommenen Zuwanderung von einem weiteren ½ Million palästinensischer Flüchtlinge aus der Diaspora, die auf der Basis der UNO-Resolution 194 zurückkehren dürften. Im Plan wurde geschätzt, dass in den ersten 5 Jahren (2005-2010) etwa 260.000 Flüchtlinge in den Gazastreifen zurückkehren würden. Der Rest (240.000) würden zwischen 2010 und 2015 zurückkehren können. Diese Annahmen und Vorstellungen des Plans lassen einige Fragen offen, wie z. B.

^{D)}

- a) Das vorgestellte Szenarium, dass ½ Million palästinensische Flüchtlinge in zwei Stufen in den Gazastreifen zurückkehren würden, gibt Grund zu der Annahme, dass ein Entwicklungsplan, der auch die Entwicklung neuer Baugebiete und Wohnungsbau vorsehen sollte, die Aufnahme dieser Flüchtlinge im Rahmen eines Bauentwicklungsplans gekoppelt mit einem entsprechenden Zeitplan vorsieht. Aber dies entspricht nicht den Gegebenheiten des Plans, denn der Plan macht die einfache Aussage, dass ½ Million Flüchtlinge bis 2015 hinzukämen, ohne zu sagen wie und wo sie leben sollen;
- b) Der Plan läuft mit der Annahme der Aufnahmefähigkeit des Gazastreifens von einer weiteren ½ Million Flüchtlinge bis 2105 an den demographischen und ressourcenbezogenen Fakten vorbei. In Wahrheit könnte der dicht besiedelte Gazastreifen aufgrund des akuten Mangels an Trinkwasser und an geeignetem Bauland nicht einmal die natürliche Entwicklung seiner Bewohner aufnehmen, geschweige denn die Aufnahme von weiteren Hundertausenden neuer Flüchtlinge, die noch gar nichts besitzen. Und selbst MOPIC leugnet diese Tatsache nicht. Es verwundert daher, dass MOPIC, das in den bisherigen Annahmen (z. B. im Regionalplan von 1998) davon ausging, dass, wenn eine Flüchtlingsaufnahme innerhalb der palästinensischen Gebiete stattfinden muss, dann nur das Westjordanland in Frage käme, nun den Bevölkerungszuwachs durch die Rückkehrer innerhalb Gaza aufnehmen will. Dieser Aspekt zeigt deutlich, dass die Planer des MOPIC keine klare Sicht in ihren Entscheidungen und keine überzeugende und realistische Entwicklungsstrategie haben, die mit dem Plan übereinstimmt.

Im Kontext der vorherrschenden politischen Labilität und Unklarheit in der Umsetzung der UNO-Resolutionen bezüglich der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge ist es Aufgabe eines Entwicklungsplans, Szenarien zu

¹²³ Ebenda, S.4.

¹²⁴ Ebenda, S.5-10.

entwickeln, die in der Lage sind, eine gewisse Flexibilität im Umgang mit dieser Thematik zu erlauben – für den Fall, dass das Erwartete nicht zutrifft, muss das vorgeschlagene Ersatzszenarium ein Überdenken der bisherigen Strategie einleiten. Der Plan für den Gazastreifen enthielt in Bezug auf die urbane Entwicklung eine einzige aber klare Strategie und ließ anderen Optionen keinen Raum. Interessant wäre zum Beispiel das Szenarium, in dem auch die gegenwärtigen Flüchtlinge im Gazastreifen im Falle der Anwendung des Rückkehrrechts aus Gaza in ihre Heimatorte (in Israel) zurückkehren könnten – ein solches Szenarium müsste der Plan ebenfalls berücksichtigen.

Eines der hausgemachten Probleme der palästinensischen Planung – soweit diese überhaupt existiert – ist die Tatsache, dass sie, was die nationalen Zielsetzungen betrifft, relativ präzise Vorstellungen hat. Aber sobald man diese Zielsetzungen in einem kleineren Level umsetzen soll, werden diese Pläne nicht nur mit realer israelischer Ablehnung, sondern und vor allem auch mit innerpalästinensischer Unstimmigkeiten und Rivalitäten konfrontiert, die deutlich zeigen, dass die palästinensische Politik immer noch keinen Konsens darüber hat, wie der künftige Staat Palästina eigentlich aussehen soll. Es ist zwar verständlich, dass im Kontext der umfassenden israelischen Kontrolle keine wirkliche palästinensische Raumplanung stattfinden kann. Man darf aber zumindest erwarten, dass selbst eine visionäre Planung – wie dies die PNA zu tun versucht – eine gewisse Logik und Wissenschaftlichkeit nachweisen und planerisch verschiedene tragbare und reale Szenarien vorschlagen sollte.

Medium Term Development Plan (MTDP) 2005-2007, MoP, 2004

Die Erfahrungen, die die PNA bezüglich Planung gemacht hat, waren sehr enttäuschend. Die palästinensischen Autoritäten waren selbst in den euphorischen Jahren zwischen 1994 und 1999 nicht in der Lage, Entwicklungsplanung für ihre zugesprochenen Gebiete, geschweige denn einen Plan wie der MOPIC-Regionalplan umzusetzen. Selbst die Oslo-Anhänger wussten nun sehr genau, dass Israel einen umfassenden Entwicklungsplan für die palästinensischen Gebiete nie akzeptieren würde und suchten nach neuen Strategien bzw. bald nach neuen Umgangsarten mit den neuen Gegebenheiten nach dem Camp-David-Gipfel (2000).

Im März 2004 leitete das Planungsministerium (MoP) die Arbeit an einem neuen Entwicklungsplan für die besetzten palästinensischen Gebiete, der den Namen ‚Medium Term Development Plan (MTDP)‘ (Mittelfristiger Entwicklungsplan)¹²⁵ trug. In dieser Arbeit wurde dieses Mal – anders als im Falle des MOPIC-Regionalplans – neben einem Kern-Team des Planungsministeriums (MoP) eine breite Vielzahl von Ansprechpartnern aus anderen leitenden Ministerien der PNA involviert.

Der MTDP baute auf frühere Versuche der PNA auf, sich mit den Entwicklungsbedürfnissen des besetzten palästinensischen Territoriums seit September 2000 zu befassen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen im Camp David II und dem Ausbruch der zweiten palästinensischen Intifada im September 2000 brach eine neue Phase der politischen Unruhen und beispielloser israelischer Restriktionen auf jegliche palästinensische Bewegung von Menschen und Waren innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete und interessanterweise der gleichzeitigen Erhöhung der internationalen Hilfe an die Palästinenser an.

Bis zum Jahre 2000 wurde die Unterstützung der Geberländer in Form von Entwicklungshilfe, sprich in den Sektoren des Aufbaus von Institutionen sowie des Wiederaufbaus des Landes ausgegeben. Seit September 2000 wurde das Verhältnis von Notfall- zu Entwicklungsausgaben mit dem Ergebnis umgekehrt, dass der Großteil der Soforthilfe (Nothilfe) seitdem für die Unterstützung des (öffentlichen) Haushalts aufgewendet werden muss. Die Krise, die die Folge verschärfter israelischer Besatzungsmaßnahmen war, führte zu einer Schwächung der Leistungsfähigkeit sowie der institutionellen Kapazitäten der PNA und zu einer entsprechenden Erhöhung der humanitären Hilfe. Dies versetzte die Autonomiebehörde in eine noch größere Abhängigkeit von der internationalen Hilfe als sie es ohnehin war. Ohne die Hilfe der Geberländer wäre die Notlage des palästinensischen Volkes unermesslich schlimmer geworden.

Man sieht hier, dass die internationale Hilfe nach Camp-David II, ausgehend von der israelischen Variante der alleinigen Schuld Arafats am Scheitern der Verhandlungen, mit neuen Bedingungen verknüpft waren, was die PNA in die Zwangslage brachte, nach neuen Prioritäten zu suchen, die dazu helfen sollten, weniger Entwicklungsplanung und mehr sozioökonomische Stabilität zu ermöglichen, um den Forderungen Israels und folglich der Geberländer nachzufolgen.

¹²⁵ PNA/MoP: *Medium Term Development Plan 2005-2007*, PNA/MoP, Ramallah, 2007.

Einer dieser Versuche war der vom Planungsministerium ‚MoP‘ im Jahre 2003 angefertigte ‚sozioökonomische Stabilisationsplan‘ (Socio-Economic Stabilization Plan (SESP)), ein Studienplan, der das Ziel verfolgte, die Hilfe der Geberländer dahin zu steuern, eine Reihe von PNA-Prioritäten zu treffen, die helfen würden, eine gewisse Stabilität in das sich verschlechternde soziale und wirtschaftliche Umfeld zu bringen. Damals befand man sich im dritten Jahr einer bewaffneten palästinensischen Intifada bzw. einer sich radikalierenden israelischen Politik und Gesellschaft. Damals wurde ziemlich klar, dass im gegenwärtigen sicherheitspolitischen Kontext die Finanzierung mittel- bis langfristiger Prioritäten, wie Entwicklungsprojekte, nicht mehr nachhaltig war, insbesondere da die israelische Armee – wie im Kapitel 3 gezeigt wurde – diese von den Geberländern finanzierten Entwicklungsprojekte und die daraus entstandenen Infrastrukturen und Institutionen (Ministerien- und Sicherheitsbauten, Straßen, Brücken, Schulen, etc.) in einigen militärischen Operationen systematisch zerstörte, um die infrastrukturellen und symbolischen Fundamente für den Bau eines künftigen Palästinenserstaates zu untergraben. Die Geberländer, die nichts gegen das unverhältnismäßig aggressive Vorgehen Israels zu unternehmen vermochten, fanden es paradox, palästinensische Entwicklungsprojekte zu finanzieren, wenn die israelische Armee diese willkürlich zerstören konnte.

Die neuen Prioritäten der PNA reduzierten sich von der Planung zum institutionellen Aufbau der palästinensischen Staatswesen in einen Plan zur Versorgung der palästinensischen Bürgerinnen und Bürger mit Alltagsbedürfnissen und Nothilfen. Die schrittweise Umsetzung der Fürsorge- und Notpläne, die von den tatsächlichen Entwicklungsbedürfnissen in den palästinensischen Gebieten abgekoppelt waren, führte zu mehr Abhängigkeit und zu Ermüdungserscheinungen der Geberländer, die verständlicherweise keine Perspektive mehr sahen.

Die PNA strebte mit dem oben genannten mittelfristigen Entwicklungsplan (MTDP) die Führung ihrer Entwicklungsagenda wieder zu erlangen und die Dialogqualität mit den internationalen Gebern aufzuwerten, indem sie einen Rahmen für die Auslandshilfe bereit stellte. Auf der Koordinations- und Planungserfahrung durch den ‚sozioökonomischen Stabilisationsplan‘ aus dem vorigen Jahr (2003) aufbauend, strebte der MTDP an, die Hilfeleistungen fortzuführen und sich zugleich mit Entwicklungsfragen in einer Weise zu befassen, die nachhaltig zwei besonders stark verbreitete Bedürfnisse in den palästinensischen besetzten Gebieten ansprachen: die Reduzierung der Armut und den Aufbau der Institutionen.¹²⁶

Normalerweise wäre dies die Aufgabe eines Planers, Vorbereitungen für verschiedene Eventualitäten zu treffen. Der MTDP war ein Versuch, sich auf die möglichen Auswirkungen verzögerter und rascher politischer und sozioökonomischer Fortschritte in den besetzten palästinensischen Gebieten vorzubereiten. Die politischen Ereignisse gegen Ende 2004 und während des Monats Januar 2005 brachten eine gewisse Hoffnung zu vorsichtigem Optimismus mit sich. Mit dem Tod Yasser Arafats im November 2004 dachten viele Leute, auch manche seiner ehemaligen Mitstreiter, eine große Erschwernis überstanden zu haben. Die darauffolgende palästinensische Präsidentschaftswahl am 09. Januar 2005 brachte Mahmoud Abbas – und seine politische Linie der ‚bedingungslosen Gespräche‘ und der Forderung nach Beendigung des bewaffneten Widerstands gegen Israel – mit 62,3% der Wahlstimmen als neuen Präsidenten der PNA hervor. In der westlichen Welt wurde das Ergebnis als eine neue historische Chance für eine neue Friedenslösung positiv aufgenommen und mit Mahmoud Abbas dachte man, den Gesprächspartner gefunden zu haben, den man seit 2000 in Yasser Arafat nicht mehr zu finden glaubte.

Der neue politische Kontext nach dem Tod Arafats schuf neue Rahmenbedingungen, die noch extremer als das Osloer Abkommen das Palästina-Problem von seinem politischen und geschichtlichen Inhalt aushöhlten und es beinahe vollständig in ein humanitäres Problem verwandelte. Das spiegelte sich besonders in den Sektoren Entwicklung und Regionalplanung wider. Während der MOPIC-Regionalplan im Jahre 1998 als Basis für weitere Planungsschemen vorgesehen wurde, präsentierte sich der neue MTDP (2004) als Rahmenwerk für den Entwicklungsprozess und als Leitfaden für die Beziehung zwischen den PNA-Institutionen und den Geberländern und Organisationen. In Wahrheit wussten alle, dass die erste Aufgabe nur pro forma präsentiert wurde und dass nur die zweite Aufgabe zählte. Der MTDP verkörperte somit viel weniger einen Plan für eine künftige Entwicklung als vielmehr einen Leitfaden für die Verwaltung von Almosen an Menschen in Not.

Der MTDP konnte unter den vorherrschenden Bedingungen nur eine solche Rolle spielen, die die ökonomischen

Lebensbedingungen der Palästinenser vielleicht etwas verbessern würde, jedoch in keiner Weise einen wirklichen Entwicklungsprozess in den Territorien ins Rollen bringen könnte. Sicherlich ist Armut ein zentrales Problem der gegenwärtigen sozioökonomischen Krise in den palästinensischen Gebieten. Die Lösung des Armutsproblems erfordert jedoch mehr als *nur* ökonomische Maßnahmen. Sie erfordert ein umfassendes Entwicklungsrahmenwerk und ein systematisches Vorgehen beim Aufbau palästinensischer Regierungsinstitutionen, die das Potenzial einer Marktwirtschaft ermöglichen. Aber dies widerspricht zutiefst dem ökodiktatorischen Design der israelischen Besatzungsmacht, die jegliche Form palästinensischer Souveränität als Bedrohung für die eigenen politischen und ökonomischen Ziele sieht.

Wie oben gezeigt wurde, hat die gegenwärtige Netanyahu-Lieberman-Regierung in Israel die wahren Absichten der israelischen Politik offen ausgesprochen. Die israelische Regierung und mit ihr Teile der ideologisch gelingensinnten US-amerikanischen Neokonservativen wollen keine Friedensgespräche mehr mit den Palästinensern führen, die auf der bis dato von der Weltgemeinschaft propagierten Basis von ‚Land gegen Frieden‘ beruhen. Stattdessen fordert die gegenwärtige ultrarechte israelische Regierung die Palästinenser dazu auf, bedingungslos Gespräche mit Israel zu akzeptieren, die der Basis ‚Frieden gegen Frieden‘ zugrunde liegen. Netanyahu bietet den Palästinensern im besten Fall einen „wirtschaftlichen Frieden“ im Rahmen des politischen und territorialen Status Quo an, nach dem sie keinen eigenen souveränen Staat haben, dafür aber in ihren Städten und Dörfern (in Frieden) und in relativ besseren ökonomischen Bedingungen leben dürften. Dass die Palästinenser – auch Mahmoud Abbas – dies ablehnten, war zu erwarten.

Eines der Probleme dieser israelischen Haltung ist der Umstand, dass die westlichen Staaten diese Politik nicht nur dulden, sondern auch mittragen, indem sie immer mehr Druck auf die palästinensische Führung ausüben, damit diese sich dem israelischen Druck beugen und die neuen Bedingungen akzeptieren. Der MTDP ist die Frucht eines solchen Druckes. Er sollte nicht nur den neuen Rahmenbedingungen einen legalen palästinensischen Rahmen schaffen, sondern auch er mündete streng genommen genau in die Vorstellung der israelischen Regierungen vom sogenannten ‚wirtschaftlichen Frieden‘ hinein, die das Palästinaproblem politisch und historisch aushöhlt und auf den humanitären Aspekt minimiert.

Man findet selten Palästinenser, die diese Diktatbedingungen akzeptieren und versuchen, das bestmögliche daraus zu machen. Und keine palästinensische Persönlichkeit verkörpert diesen Diskurs des wirtschaftlichen Friedens mehr als der damalige palästinensische Finanzminister (unter Arafat) und seit Juni 2007 Premierminister Salam Fayyad, ein Ökonom und Bürokrat, dessen Kabinett im Jahre 2009 im Kontext der herrschenden Hegemonie der USA und Israels nach dem 11. September 2001 sowie der innerpalästinensischen Spaltung einen gänzlich umstrittenen und vom bisherigen Verhandlungsdiskurs der PLO bis in den Gegensatz abweichenden *Dritten Weg* gegangen ist.

5.2.4 Salam Fayyad und der dritte Weg: revolutionäre Technokratie?

Staatsbildung von unten nach oben

Im Juni 2007, nachdem die palästinensische Autonomiebehörde infolge der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen in zwei Teile gespalten wurde, ist der Ökonom Salam Fayyad von Mahmoud Abbas an die Spitze einer Notstandsregierung aus Technokraten in Ramallah gesetzt worden. Aber die Autonomiebehörde – das Gremium, das die internen (zivilen) Angelegenheiten der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen verwaltet – war keine vereinte Körperschaft mehr. Das Kabinett Fayyad beaufsichtigt seitdem die Hälfte der Autonomiebehörde, die die West Bank verwaltet. Die Autonomiebehörde im Gazastreifen steht seitdem unter der Kontrolle des Hamas-Kabinetts.¹²⁷

Das Kabinett Fayyad – es regiert mit einigen Umschichtungen seit 2007 das Westjordanland – wurde aufgrund seines Programms Empfänger enormer internationaler materieller und moralischer Unterstützung, und sein Programm wurde von seinen internationalen Unterstützern als Kern eines künftigen Palästinenserstaates gesehen. Der Finanzexperte und langjähriger Mitarbeiter des Internationalen Währungsfonds (IMF) Salam Fayyad

¹²⁷ Es ist üblich, den Ausdruck „Palästinensische Autonomiebehörde“ nur auf den Teil zu beziehen, der vom Kabinett Fayyad regiert wird. Dies ist aber irreführend, da hier zum einen ignoriert wird, dass nicht das Kabinett Fayyad, sondern die Regierung der Hamas tatsächlich gewählt worden war; und zum anderen fehlt bei dieser Bezugnahme die tiefe Verankerung der Hamas in der anderen Hälfte der PA, wo in vielerlei Hinsicht der Aufbau von Institutionen erfolgreicher gewesen war als im Westjordanland, wenngleich auch ebenso autoritär regiert wurde.

wurde 2001 vom Präsidenten Yasser Arafat auf massivem Druck der damaligen G. W. Bush-Administration als Finanzminister und Reformierender der inzwischen als korrupt in Verruf geratenen PNA ernannt. Innerhalb weniger Monate entließ er im Rahmen eines Sparaktes etwa 40.000 *überflüssige* Gehaltsempfänger der PA, erklärte der Hamas den Krieg und war für die Schließung dutzender Hamas' karitativer Institutionen im Westjordanland verantwortlich, die neben der Bekämpfung von Armut als politische und militärische Front der Bewegung gedient haben sollten.¹²⁸

Die Regierung von Salam Fayyad folgte einem völlig neuen politischen Diskurs und präsentierte im August 2009 ihr Programm zum Aufbau eines Palästinenserstaates binnen nur zwei Jahren (2009-2011). Fayyads viel diskutiertes Konzept „Ending the Occupation – Establishing the State“¹²⁹ verfolgte die einfache Idee, *einen Palästinenserstaat aufzubauen, ohne ihn zu deklarieren*, indem man im Rahmen eines gewaltfreien Systems zur Beendigung der israelischen Besatzung den Ausbau von Institutionen und Landesentwicklung sowie den palästinensischen Staatsaufbau förderte. Die Regierung Fayyad vertrat die Meinung, dass die PNA, einschließlich aller ihrer jeweiligen staatlichen Institutionen und Agenturen, den Auftrag habe, die alltäglichen laufenden Geschäfte des palästinensischen Volkes unter der Besatzung zu verwalten. Durch eine gute Leistung der Regierung, als Arm der Exekutive, könne die PNA entscheidend zur Steigerung der Fähigkeit der PLO in ihrem politischen Kampf (Verhandlungen) beitragen, indem sie (die PNA) in den besetzten Gebieten eine starke und vereinte Nationale Front verwalte. Dabei sah sich die Regierung (a) in erster Linie dazu verpflichtet, Maßnahmen zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen, die die palästinensische Gesellschaft stärkten und ihren Zusammenhalt und ihre Ausdauer förderten; die Regierung trage außerdem (b) große Verantwortung für die Erleichterung des nationalen Dialogs zur Beendigung des Zustandes der politischen Zersplitterung und zur Wiederherstellung der nationalen Einheit; und schließlich (c) war die Bildung einer demokratisch gewählten Führung, die eine regionale und internationale Anerkennung genießt, ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung des höchsten nationalen Zieles, nämlich der Gründung des Staates Palästina.¹³⁰

Was die nationalen Ziele seiner Regierung betraf, hat Fayyad nichts Neues in die politische Agenda der PNA gebracht, denn sie waren mit wenigen Umschichtungen immer wieder Teil der Programme palästinensischer Regierungen seit 1995. Der wesentliche Unterschied lag allerdings im Diskurs der Umsetzung dieser Ziele. Während breite Teile der bisherigen PNA-Führung die Staatsgründung als eine politische Aufgabe sah (und weiterhin sehen), die nur *von oben nach unten* (erst verhandeln, befreien und dann den Staat aufbauen) gelöst werden könnte, wollte der Technokrat Fayyad mit seinem Konzept zum Staatsaufbau eine revolutionäre umgekehrte Richtung einschlagen und schrittweise *von unten nach oben* innerhalb von zwei Jahren einen de facto Staatsapparat gründen.

Im Wesentlichen lässt sich der ehrgeizige Plan in zwei Punkten zusammenfassen:

1. Eine administrative Basis für einen Staat aufzubauen statt abzuwarten bis die internationale Diplomatie diese Basis liefert oder gar diktiert;
2. Ein diplomatischer Prozess wäre notwendig, um einen de facto-Status in einen de jure-Status zu wandeln, jedoch wäre eine solche Aufgabe wesentlich einfacher, würde ein funktionierender palästinensischer *staatsähnlicher Apparat* tatsächlich existieren.

Die Essenz des Plans war es also mit dem Ziel zu bauen, das Ende der Besatzung zu beschleunigen – zu bauen *trotz* der fremden Besatzung, um die gleiche Besatzung zu *beenden*.

Fayyad argumentierte seine neue Vorgehensweise mit der Schieflage im internationalen politischen Klima. Die Suche nach neuen Lösungen wird in einer Zeit erforderlich, wenn zunehmend verstanden wird, dass der alte Lösungsweg nicht funktioniert. Interessant ist hier Fayyads Kritik an den Osloer Verträgen: diese wären in Bezug zu den politischen Rechten der Palästinenser, insbesondere im Hinblick auf die Staatlichkeit *nicht deut-*

128 Ein Beispiel des westlichen Enthusiasmus bezüglich der Person Fayyad bzw. dessen Plans, siehe Josef Joffes Artikel: Nur ein bisschen Korruption. Neue Schulen, mehr Sicherheit, solidere Finanzen: Der Staat Palästina nimmt Form an, in: Die Zeit, 01. Juni 2010.

129 Fayyad, Salam: *Palestine: Ending the Occupation, Establishing the State, Program of the Thirteenth Government*, August 2009; das Programm der 13. Palästinensischen Regierung unter Premierminister Fayyad wurde veröffentlicht unter: http://www.mop-gov.ps/web_files/issues_file/090825%20Ending%20Occupation,%20Establishing%20the%20State%20-%20Program%20of%20the%2013%20government.pdf.

130 *A Palestinian State in Two Years: Interview with Salam Fayyad, Palestinian Prime Minister*, Journal of Palestine Studies (JPS) Vol. XXXIX, No. 1, Herbst 2009, pp. 58-74.

lich. Diese Unklarheit wurde in zahlreichen internationalen Treffen reflektiert, die vertagt oder abgebrochen wurden, sobald irgendein Satz genannt wurde, der eine spätere palästinensische Souveränität angedeutet hat. Fayyad war dennoch davon überzeugt, dass bezüglich des Konflikts in der internationalen Gemeinschaft ein Konsens darüber vorherrscht, dass die israelische Besatzung beendet werden müsste. Es gab diesbezüglich viele politische Ausdrücke und Äußerungen aus zahlreichen Quellen. Die wichtigste dieser Äußerungen war Mitte 2002, als Präsident G. W. Bush in seiner berühmten Rede (Vgl. Bushs Road Map) explizit erklärte, dass die israelische Besatzung auf der Basis der Zwei-Staaten-Lösung enden sollte – sprich die Gründung eines lebensfähigen Palästinenserstaates. Fayyad meinte, dass, wenn die USA einen Palästinenserstaat so ausdrücklich befürworten, die Israelis dann einem solchen Arrangement in der einen oder anderen Form zustimmen müssten.¹³¹ Außerdem stand man machtlos vor einer Erosion der Bedingungen zur Erhaltung des Friedensprozesses als geeignete Referenz zur Lösung des Konfliktes. Denn jedes Mal, sobald die Palästinenser Verhandlungen mit den Israelis eingingen, war ihre Position anschließend schwächer als in der vorherigen Gesprächsrunde. Das machte die Rückkehr zum Völkerecht als Referenz zur Erlangung der Rechte dringend notwendig. Das eigentliche Problem war in Wahrheit nicht, ob es eine Bewegung im Friedensprozess gab, sondern viel mehr Israels fortgesetzte Verletzung des internationalen Rechts. Das Ziel musste sein, die ganze Angelegenheit durch die UNO-Vollversammlung an den UNO-Sicherheitsrat zu bringen, um das Recht der Palästinenser zu stärken, einen eigenen Staat in allen von Israel seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten zu etablieren, woran das Osloer Regime seinerzeit offensichtlich scheiterte. Erst eine verbindliche Resolution des Sicherheitsrates würde die Aufgabe der Beendigung der israelischen Besatzung zu einer Zuständigkeit der internationalen Gemeinschaft machen und zu keiner Angelegenheit, die von der Zustimmung oder Ablehnung der israelischen Regierung abhängt.¹³² Berücksichtigt man die Zeitwahl der Bekanntmachung des Plans (August 2009), so lässt er sich wie eine direkte Reaktion auf die Kairoer Rede des US-Präsidenten Barak Obama im Juni 2009 lesen, in der er die Palästinenser dazu aufforderte, „sich darauf zu konzentrieren, was sie aufbauen können“.¹³³

Der Plan Fayyads verstand sich als eine Blaupause zum Staatsaufbau, die ein anderes Extrem des bisherigen PLO-Fahrplans darstellte. Die Osloer Funktionäre wollten durch bedingungslose Verhandlungen das Land befreien und dann den Staat aufbauen. Fayyad konzentrierte sich in seinem Plan hingegen auf folgende Aspekte:

1. Das Aufzwingen von Sicherheit, die die Sicherheit der israelischen Siedlungen im Westjordanland einschließt; und
2. überschaubare öffentliche Finanzen und verbesserte Erbringung öffentlicher Dienstleistungen durch den Bau von Institutionen.

Das beabsichtigte Reform-Paket Salam Fayyads umfasste

1. die Einsetzung eines professionellen diplomatischen Dienstes;
2. die Reaktivierung bzw. Ausarbeitung eines inzwischen lahm gelegten Rechtskorpus, der das Nebeneinander jordanischen, ägyptischen, britischen und osmanischen Rechts überwinden sollte;
3. die Ausbildung und Einsetzung eines professionellen Polizeiapparates; aber auch
4. nahezu illusionäre Projekte wie die Planung eines internationalen Flughafens im Jordantal.

Unterstützer mit fraglichen Sicherheitsauflagen

Man kann leicht erkennen, dass der Plan einen starken Reformcharakter in sich trägt, der ganz sicher in der Hinsicht viel Lob verdient hat, dass er die Selbstsabotage der PA-Führung – wenn Misserfolg eben als eine gute Leistung verkauft wird – bekämpft. Die Besatzung war schon immer das größte Hindernis und stellte für die Palästinenser das größte Problem dar. Aber dies rechtfertigt keine Tatenlosigkeit oder Missmanagement von Seiten der PA. Der gleiche Reformcharakter des Plans bietet aber auch eine große Angriffsfläche aus mächtigen Kreisen der palästinensischen und der israelischen Politik zugleich.

Die Bush-Administration gab diesem Ansatz der Fayyad-Regierung einige Rückendeckung und die Obama-Administration verdoppelte ihren Einsatz auf die Person Fayyad als „der beste Partner für Frieden, den Israel je hatte“, wie ihn der in Harvard lehrende Rechtswissenschaftler Alan Dershowitz bezeichnete. Und der Fayyad-

131 Ebenda, S.59.

132 *A Palestinian State in Two Years ... a.a.O.*, S.60.

133 Barak Obamas Grundsatzrede an die islamische Welt „Ein Neuanfang“ in der Kairoer Universität, 04. Juni 2009.

Plan wurde von den internationalen Unterstützern mit einem Geldtransfer zu den Kassen der Autonomiebehörde in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar jährlich gesponsert. Das Zauberwort und Grund dieser Unterstützung dürfte ‚Sicherheit‘ sein. Denn der Plan fokussierte sich im Zuge der „Schaffung von institutionellen facts on the ground“ in erster Linie auf eine starke innere Sicherheit, die sich in der professionellen Ausbildung Tausender junger palästinensischer Polizisten und Sondereinheiten durch US-General Keith Dayton manifestierte, den Koordinator der Sicherheitsfragen zwischen Israel und der Autonomiebehörde nach Yasser Arafat. Diese Truppen wurden definitiv nicht dazu ausgebildet, gegen Israel zu kämpfen und auch nicht, um die eigene Bevölkerung gegen Angriffe von außen (z. B. durch die israelischen Siedler oder Soldaten) zu schützen, sondern um für Recht und Ordnung in den Gebieten zu sorgen, so dass die Palästinenser in Frieden und Sicherheit mit Israel zusammen leben können. Die neue Qualität in der Kooperation zwischen der Regierung Fayyad und Israel war, dass Salam Fayyad in seinem Plan Israel die systematische Bekämpfung aller palästinensischen Widerstandsgruppen, insbesondere der Hamas, anbot, um die gewünschte Ruhe zu schaffen. Die Dayton-Truppen versinnbildlichten diese Kooperation und standen aufgrund ihres Vorgehens mit den politischen Gegnern und Widerstandsgruppen der Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung ernsthaft im Wege.¹³⁴

Durch seine Sicherheitspolitik gegen die Hamas und andere Organisationen machte sich Fayyad sehr viele Feinde unter den Widerstandsgruppen und erfuhr eine gewisse Ablehnung durch breite Teile der palästinensischen Bevölkerung. Und selbst (und vielleicht gerade) unter den Mitgliedern der Fatah-Bewegung hat er heute einige mächtige Feinde. Die Ernennung des ‚Bürokraten‘ Fayyad im Juli 2007 zum Premierminister, der nie Mitglied der Fatah oder sonst einer anderen PLO-Fraktion war, ärgerte von Anfang an einige Spitzenpolitiker der regierenden Fatah.¹³⁵ Was diese zum Teil korrupten Politiker am Plan Fayyads besonders beunruhigte, war das erklärte Ziel des Ausbaus von Institutionen und überschaubarer Finanzen der PNA. Für diese Politiker würde dies bedeuten, dass sie nicht nur aufgrund ihrer kriminellen Akte nicht mehr ihre privilegierte Stellung behalten dürften, sondern auch dass sie deswegen durch einen geplanten Ausbau des Rechtskorpus aufgrund ihrer Verantwortung für die Misswirtschaft zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Was Abbas selbst betrifft, so ist Fayyad ein existenzielles Kapital, denn solange der vom Westen favorisierte Premierminister durch das Westjordanland herumzieht, kann Präsident Abbas durch die Welt reisen, so oft er möchte. Die Amerikaner haben immer wieder erklärt, dass wenn sich die PA entscheiden würde, ihre Ziele ohne Fayyad zu verfolgen, sie dies dann ohne die amerikanische jährliche Finanzhilfe in Höhe von 500 Mio. Dollar tun müsste.

Am meisten verwirrend und kennzeichnend zugleich war jedoch die gespaltene Meinung über Salam Fayyads Programm in der israelischen Politik:

- Einerseits wussten die israelischen Politiker, dass sie in Salam Fayyad einen palästinensischen Technokraten haben, der nie in seinem Leben eine Pistole in der Hand gehalten hat und der für sie programmatisch eine beinahe kostenlose gewünschte Ruhe in den palästinensischen Gebieten bietet, indem er die Unterdrückung der Gegner lediglich als einen ‚Job‘ sieht. Auf dem ersten Blick liegt seine Vorstellung von einem Frieden nicht sehr weit weg von Benjamin Netanyahus ‚wirtschaftlichen Frieden‘, der die Essenz der Palästinafrage schwer missachtet. Die israelische Kritik bezieht sich auf der anderen Seite hauptsächlich auf die Bestimmungen des Osloer Interimsabkommens, die den Handlungsraum der PA stark einschränken, sowie auf sicherheitstechnische Aspekte des israelischen Staates;
- israelische Politiker unterstützten angeblich eine palästinensische Staatsbildung „von unten“, haben jedoch rechtliche und sicherheitstechnische Bedenken gegenüber den Absichten Fayyads geäußert. Die israelischen Kritiker des Fayyad-Plans meinten, dass der Plan gänzlich enthusiastisch sei, denn von der Tatsache, dass der Plan an sich eine Anti-Fatah-Haltung repräsentiert einmal abgesehen, widerspreche die laut Plan beabsichtigte *einseitige Errichtung* eines Palästinenserstaates nach zwei Jahren innerhalb der Grenzen von 1967 einer Schlüsselposition des Osloer Interimsabkommens, nach dem „keine der beiden Seiten [] einen Schritt initiieren oder unternehmen [soll], der den Status des Westjordanlandes und des Gazastreifens ändert, solange ein permanentes Statusabkommen noch nicht beschlossen ist“,¹³⁶
- ein weiteres Problem für Israel war der Aufruf des Plans zur massiven palästinensischen Entwicklung in der ‚C-Zone‘ (den nach israelischer Vorstellung umstrittenen West-Bank-Gebieten), die unter israelischer

134 Zum Thema der palästinensischen Dayton-Truppen, vergleiche Abschnitt 4.2.2 dieser Arbeit.

135 Anfang 2006 gründete Fayyad zusammen mit Hanan Ashrawi und Yasser Abed Rabbo eine neue politische Partei ‚der dritte Weg‘, die in den palästinensischen Legislativwahlen im gleichen Jahr nur zwei Parlamentssitze gewonnen hat.

136 *Das Interimsabkommen zwischen Israel und der PLO...a.a.O.*, Kapitel 5 (sonstigen Bestimmungen)/ Artikel XXXI (Schlussklauseln), Nr. 7.

Zivil- und Sicherheitskontrolle steht, womit die vereinbarten empfindlichen Rahmenbedingungen des Osloer Abkommens von 1993 direkt in Frage gestellt wurden. Eine Konstante der israelischen Sicherheitspolitik und ein Haupthindernis für eine territoriale Lösung des Konfliktes ist Israels proklamiertes Bedürfnis nach ‚verteidigungsfähigen Grenzen‘, die eine fortgesetzte Kontrolle der ‚C-Zone‘ erforderte, einschließlich des strategisch wichtigen Jordantals sowie des Hochlands um Jerusalem.¹³⁷

Hier sieht man, dass die israelische und westliche Unterstützung von Salam Fayyad viel weniger mit dem Staatsaufbau als mit der Schaffung von Sicherheit in den besetzten Gebieten zu tun hat. Die Israelis ließen ihn einfach an seiner Matrix aus kleinen Projekten weiter arbeiten, denn sie wussten, dass nur sie bestimmen konnten, wie lange und wie weit er mit seinen Plänen gehen konnte – und dies auch nur, solange er ihren Sicherheitswünschen in den besetzten Gebieten nachging. Die Vorgehensweise des palästinensischen Premierministers erinnerte sehr an die subtile Taktik der zionistischen Bewegung vor Staatsgründung und Fayyad wird in Teilen der israelischen Politik als der palästinensische Ben-Gurion gefeiert.¹³⁸ Jedoch kann man die Situation der Palästinenser von heute in keiner Weise mit der der Juden in Palästina während der Mandatszeit vergleichen. Wie man zuvor gesehen hat, war der Aufbau der jüdischen Institutionen als Vorstufe zur Gründung des hebräischen Staates die wichtigste Aufgabe der britischen Mandatsmacht in Palästina, die auch im Mandatstext ausdrücklich manifestiert wurde. Eine solche schützende Hand einer Großmacht wie damals Großbritannien genießen die Palästinenser nicht.

Rechtstaat ohne gewählte Legislative – Rezept für eine sanfte Diktatur?

Das Feiern des *Dritten Wegs* Salam Fayyads durch die internationalen Unterstützer stellte sich als eine Illusion und Selbsttäuschung heraus. Diese neue gängige Meinung über die palästinensische Eignung zur Selbstregierung wurde vom Politikwissenschaftler Nathan J. Brown in Frage gestellt. Seine jüngsten Forschungen ergaben, dass der Aufbau von Institutionen der palästinensischen Autonomiebehörde in den Bereichen Sicherheit, Menschenrechte, Verfassung und Justiz mehr autoritär als demokratisch und mehr kosmetisch als transformativ war. Brown kam zum Ergebnis, dass die Palästinenser etwa ein Jahr nach dem Start des Fayyad-Programmes der Gründung ihres Staates nicht näher gekommen waren und sich faktisch sogar weiter davon entfernt hatten und dass Fayyad, trotz seiner bewundernswerten Qualitäten und seinem Kampf für mehr Effizienz in den palästinensischen Institutionen, sein Programm in einem autoritären Kontext umsetzte, der die Ergebnisse ihrer inländischen Legitimität beraubt. Er deutet dabei auf die Brutalität hin, mit der die palästinensischen Sicherheitskräfte unter Fayyad mit den politischen Gegnern umgingen.¹³⁹ Auf langer Sicht wären weder Fayyad noch seine internationalen Unterstützer gut beraten, wenn sie weiterhin das unglaubliche Wesen der gegenwärtigen Strategie ignorieren.

Der zentrale Aspekt in Fayyads Politik sollte die „Rechtstaatlichkeit“ (rule of law) sein. Und genau diese funktioniert bis heute nicht richtig. Gewiss gibt es hier positive Entwicklungen, da die Gerichte begonnen haben, einen Teil ihrer Effizienz wieder zu gewinnen, die sie in den Jahren der zweiten Intifada verloren haben. Aber meistens handelt es sich *nicht* um wirklich existente dringende politische Fälle (der politischen Gegner). Der merkbare Rückgang der Rückstände in der Behandlung von zehntausenden von Fällen ist gewiss ein Indiz dafür, dass die Gerichte mehr an Effizienz gewonnen haben. Und die Tatsache, dass immer mehr neue Fälle behandelt werden, ist Zeuge für das Vertrauen und Akzeptanz der Gerichte als Instrumente der Konfliktlösung. Das ist durchaus eine Entwicklung, die sich zeigen lässt, aber Fayyads Programm ist mit seinen erhabenen Ansprüchen noch viel ehrgeiziger als das bisher Erreichte. Dieses setzt fest:

„Government is to be based on the principles of justice and rule of law, equality and tolerance, safeguarded by clear separation of powers of the executive, the legislature and judiciary. All government authorities, agencies, departments and individuals shall abide by the law and work in the service of citizens without discrimination on any grounds whatsoever. The independence and immunity of the judiciary are constitutionally guaranteed and the law shall punish any infringement on its dignity. Crime and punishment are to be determined under the law, under which all Palestinians are equal;

¹³⁷ Mehr über die israelische Kritik des Plans, siehe den kritischen Artikel der israelischen Experten für Außenpolitik Dan Diker und Pinnhas Inbari am Jerusalem Center for Public Affairs: Prime Minister Salam Fayyad's Two-Year Path to Palestinian Statehood: Implications for the Palestinian Authority and Israel, published in Jerusalem Issue Briefs/ Vol. 9/ No. 11, 02.Oct. 2009.

¹³⁸ Shimon Peres, der israelische Staatspräsident und ein ehemalige enger Mitarbeiter des ersten israelischen Premierminister David-Ben-Gurion, bezeichnete Salam Fayyad am Abend des 03.02.2010, kurz bevor Fayyad seine Rede auf der letzten Herzliya-Konferenz hielt, als den „palästinensischen Ben-Gurion“, da er auch einen Staat während und trotz einer Fremdbesatzung aufbaue.

¹³⁹ Nathan J. Brown, *Are Palestinians Building a State?*, Carnegie Endowment for International Peace, June 2009. Artikel online unter: http://carnegieendowment.org/files/palestinian_state1.pdf, erhältlich.

collective punishment is absolutely prohibited.

All Palestinians are equal before the law. They enjoy civil and political rights and bear public duties without discrimination, regardless of race, gender, color, religion, political opinion, or disability. Human rights and fundamental freedoms are binding and must be respected. The state shall guarantee religious, civil, political, economic, social, and cultural rights and freedoms to all citizens and their enjoyment on the principle of equality and equal opportunity. A person may not be deprived of his rights, fundamental, or legal competence for political reasons".¹⁴⁰

Das Problem ist, dass viele dieser mehr allgemein versprochenen Entwicklungen einfach nicht einsetzten: man darf hier nicht vergessen, dass die Regierung Fayyad eine Notstandsregierung ist, die 2007 infolge der innenpolitischen Spaltung der PA vom Präsident Abbas ernannt wurde. In der palästinensischen Autonomiebehörde unter Premierminister Fayyad existiert bis heute keine Gewaltentrennung. Stattdessen gibt es eine zunehmende Konzentration von Autorität im exekutiven Bereich; der Legislative Bereich existiert hier nicht. Die meisten gewählten Hamas-Abgeordneten des palästinensischen Legislativrats sind von Israel inhaftiert und folglich existiert dort keine parlamentarische Mehrheit, die politische Entscheidungen mittragen könnte; gerichtliche Anordnungen wurden von der Regierung Fayyad, insbesondere von den Sicherheitsapparaten, missachtet; die Unabhängigkeit der Justiz ist kaum gewährleistet und Richter mussten sich in einigen sensiblen politischen Fragen vorbeugend fügen.¹⁴¹

Das Grundübel des Justizsystems in der PNA unter Fayyad ist die Tatsache, dass dieses instrumentalisiert wird, um Fayyads Programm wenn nötig auch unter Missachtung des Gesetzes und Verletzung der Menschen- und politischen Rechte der Gegner durchzusetzen. Das sieht man an folgenden Anhaltspunkten:

1. Die Sicherheitskräfte handeln weiterhin außerhalb des Gesetzes; Zivilpersonen werden weiterhin vor (palästinensische) Militärgerichte gestellt; gerichtliche Anordnungen werden von den Dayton-Sicherheitskräften oft ignoriert; und jene Zielpersonen, die aus Sicherheitsgründen diskriminiert werden, geben oft in ganz bestimmten Fällen (z. B. wenn sie ihren Job verlieren oder weil sie immer wieder ohne erkenntlichen Grund von den Sicherheitskräften verhaftet werden) bei den Gerichten auf;
2. Beschwerden über Störungen durch die Sicherheitskräfte in sensiblen politischen Fällen oder Einschüchterungen von Offizieren in palästinensischen Gerichten gehören weiterhin zum Alltag der palästinensischen Justiz; und
3. Die Mängel in der Achtung der Menschenrechte im gegenwärtigen System, insbesondere die breit angewendete Folter-Praxis gegen die politischen Gegner durch die Sicherheitskräfte. Obwohl diese Folterpraxis seit Jahren von Menschenrechtsorganisationen festgestellt wird, ist die offizielle Erklärung grundsätzlich die, dass es sich hier um Einzelfälle handle und keine offizielle innenpolitische Praxis der PA sei.¹⁴² Entgegen offiziellem Versprechen werden solche Fälle nur selten untersucht und die Täter werden nie vor Gericht gestellt.

Natürlich wird eine PA-Kampagne für „Sicherheit“ oft mit dem Versuch, die Hamas zu unterdrücken, gleichgesetzt, begründet und schließlich abgesegnet. Als Ergebnis sind andere Probleme wie die Einmischung der Exekutive in das politische Geschehen und die ungesetzlichen Festnahmen politischer Gegner auf höchster Sicherheits- und politischer Ebene angesprochen und entschieden worden. Diese haben offensichtlich entschieden, dass der Kampf gegen die Hamas die Priorität vor dem Gesetz hat. Ein prominentes Beispiel der politischen Diskriminierung ist die Entlassung von Lehrern aus rein politischen Gründen (oft aufgrund der Mitgliedschaft der Hamas-Bewegung). Das Hohe Gericht entschied in einem höchst fraglichen Urteil zugunsten der Regierung. Dieses Gerichtsurteil wird von den Menschenrechtsorganisationen als ein Präzedenzfall gesehen, der gestatten wird, dass eine politische Säuberung der Bürokratie ohne juristische Aufsicht stattfindet.¹⁴³

Und schließlich begegnet die *nicht gewählte* Regierung Fayyad dem großen Problem der politischen und juristischen Legitimität. Dies drückt sich im Kontext des oben genannten Programms im potenziellen Hindernis des Fayyad-Plans darin aus, dass viele der politischen Gegner Fayyads ihn dazu auffordern, eine Verbindung des von der Hamas kontrollierten Gazastreifens mit dem Fatah regierten Westjordanland zu gewährleisten. Dies erfordert jedoch, dass die Hamas der Abhaltung von Wahlen zustimmen müsste. Die PA im Westjordanland sah

140 Fayyad, Salam, *Palestine: Ending the Occupation, Establishing the State...a.a.O.*, S.6.

141 Nathan J. Brown, *Are Palestinians Building a State? ... a.a.O.*

142 Ebenda.

143 Ebenda.

im Januar 2010 Wahlen vor, die daran scheiterten, dass die Hamas sie ablehnte. Die Hamas lehnt hauptsächlich die Person Fayyad ab. Im Mai 2009 wurde Fayyad von Präsident Abbas zum zweiten Mal in seinem Amt als Premierminister bestätigt. Tatsächlich haben die Hamas-Politiker daraufhin Fayyad als ‚Verräter‘ bezeichnet, und sie drohten mit heftigen Reaktionen auf seine Ernennung. Wenige Tage später waren Sicherheitskräfte der Fayyad-geführten PA und einige Hamas-Aktivisten in einen tödlichen Schusswechsel in der Stadt Qalqilya im nördlichen Westjordanland verwickelt, bei dem 3 Sicherheitskräfte und 3 der Hamas-Aktivisten getötet wurden.

Die Unterbrechung des parlamentarischen Lebens im palästinensischen Legislativrat stellt eine große Hürde in der Arbeit der Regierung Fayyad dar. Die hochgesteckten Ziele des Plans können niemals ohne eine legislative Instanz erreicht werden. Wenn Rechtsstaatlichkeit herrschen soll, dann müssen Gesetze erlassen werden. Das Kabinett Fayyad hat tatsächlich keine Institutionen zur Füllung dieser Lücke entwickelt, improvisierte aber einen ad-hoc-Mechanismus, der vielmehr eine solche Entwicklung im Rahmen der herrschenden schwierigen politischen Umstände auslöst. Dieser kann jedoch weder als eine gesunde institutionelle Entwicklung oder einen Staatsaufbau betrachtet werden, noch kann sie benutzt werden, um die ehrgeizigen Ziele des Fayyad-Plans zu treffen.

Das Kabinett Fayyad versuchte diese legislative Lücke zu füllen, indem es einen Prozess der Gesetzgebung entwickelte, der sich auf die Autorität des Präsidenten (Abbas) stützt, Kraft des Gesetzes Notstandsbeschlüsse zu erlassen, wenn das Parlament nicht tagen kann bzw. nicht beschlussfähig ist. Die Regierung hatte zwar keine bessere Alternative zu diesem System, trotzdem verursachte dieser erzwungene Weg enorme Probleme, wie

Erstens: statt die Wiedervereinigung des Westjordanlandes und des Gazastreifens zu beschleunigen, vertiefte jeder vom Kabinett Fayyad unternommene legislative Schritt den Riss zwischen beiden PNA-Teilen;

Zweitens: der Prozess des institutionellen Aufbaus ist ein administrativer Prozess, der viele kleine Schritte beinhaltet, die in einen legislativen Prozess involviert werden müssten: es gibt keine Gewaltentrennung und wenig Übersicht. Faktisch handelt es sich um ein *nicht gewähltes* Kabinett ohne öffentliche Überprüfung und ohne parlamentarische Zuversicht und transformierte sich selber ohne Verfassungsbasis in eine legislative Körperschaft; und

Drittens: dieses den Prozess begleitende politische Problem führte dazu, dass das Kabinett seine Aufgaben in hohem Maße auf technische und administrative Bereiche beschränkte. Das Kabinett ist bis heute politisch zu unbeliebt, um mit so einer brüchigen ad-hoc-Struktur die Erwartungen seines umfassenden Programms der legislativen Entwicklung und der Modernisierung, die der Fayyad-Plan verspricht, zu erfüllen.¹⁴⁴

In Wahrheit verfügen weder Abbas noch Fayyad über eine legitime demokratische politische Basis. Sie haben faktisch kein Mandat, das ihnen Befugnisse zu politischen Entscheidungen über die Schicksale der Palästinenser überträgt. Da Fayyad im Moment (nur) von Abbas *ernannter* Premierminister ist, wird er nur dann in der Lage sein, seinen Plan eines einseitig erklärten Palästinenserstaates 2011 umzusetzen, wenn er durch Kandidatur überzeugend entweder die Präsidentschaft oder das Amt des Premierministers gewinnt – das dürfte jedoch äußerst schwierig sein, da die Person Fayyad von der Hamas grundsätzlich abgelehnt wird und dessen Programm bzw. dessen politischer Ehrgeiz von mächtigen Teilen der Fatah mit großem Missfallen gesehen wird.

Es ist merkwürdig und für viele Beobachter beängstigend zugleich, dass bei der Umsetzung des Fayyad-Plans, der einen gänzlich demokratischen Charakter besitzt, auf höchst fragliche undemokratische Mittel zurückgegriffen wird. Während er den Staatsaufbau *von unten nach oben* propagiert, versuchen seine Anhänger ihn *von oben nach unten* zu forcieren, indem sie die politischen Gegner massiv unterdrücken. Dies macht es seinen Gegnern einfach zu behaupten, dass Fayyads Matrix aus Projekten nur im Rahmen von Israels Vorstellung eines ‚wirtschaftlichen Friedens‘, aufrechterhalten werden darf. Nur wenige dieser Projekte stellen konkrete Pläne zur Übernahme von souveränen ökonomischen Funktionen dar. Insgesamt ist der Aufbau von wirtschaftlichen Institutionen der Regierung Fayyad nicht darauf ausgerichtet, die palästinensische Souveränität in den betreffenden Gebieten zu gewährleisten, was notwendigerweise eine Rücknahme der israelischen Souveränität dort bedeuten würde.

5.2.5 Kann die PA auf diesem Wege einen Staat Palästina aufbauen?

Seit Gründung der PNA im Jahre 1995 haben die Palästinenser, bewegt von einer beispiellosen Euphorie – vor allem in der Ära Fayyad – mit großer Mühe und in einem enorm schwierigen politischen Kontext eine Vielzahl kleiner Projekte und Hürden bewältigt, die das Leben der Palästinenser im Westjordanland etwas leichter gemacht haben. Aber von Planung oder gar Regionalplanung ist die PNA weit entfernt und diese Projekte haben erwartungsgemäß im besten Fall eine sporadische Wirkung und deren Früchte kommen nur einem kleinen Teil der Bevölkerung im Westjordanland zugute, vom belagerten Gazastreifen einmal ganz abgesehen. Die akuten politischen Probleme, Mobilität, Armut und Arbeitsplatzbeschaffung werden dabei nur wenig berührt.

Zweifelsohne hat es in den palästinensischen Gebieten, wie die Zahlen dies bezeugen, eine relativ beachtliche Entwicklung, vor allem auf dem Bausektor, gegeben. Wie Tabelle 5-7 deutlich zeigt, ist die jährliche Erteilung von Tausenden Baugenehmigungen für Neubauten und Bauergänzungen in den Zonen ‚A‘ und ‚B‘ eine – verglichen mit der Besatzungszeit – durchaus positive Entwicklung der letzten Jahre. Diese bleibt jedoch nur eine beschnittene Entwicklung, da die fertiggestellten Baumassen *erstens* bei weitem nicht den enormen Bedarf decken können und *zweitens* nicht im Rahmen eines hoheitlichen Entwicklungsplans stattfinden, der die tatsächlichen Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung berücksichtigt oder vorausplant. Vielmehr stellen die Bauaktivitäten eine eher reflektive und kosmetische Entwicklung dar, die keineswegs der Ursache der bestehenden Probleme entgegenwirkt.

Anhand der Zahlen über Entwicklungstendenzen der verschiedenen Sektoren in den palästinensischen Gebieten (Tabelle 5-8) kann leicht erkannt werden, dass diese Entwicklung durchaus positiv ist, solange dies im Rahmen der weniger hoheitlichen Sektoren, wie z. B. Schul- und Krankenhausbau, bleibt. Das Bild sieht völlig anders aus, wenn es um hoheitliche Bereiche wie Infrastruktur, Landnutzung und Ökonomie geht. Dazu ein paar Beispiele:

- Im Jahre 1997 hatte es insgesamt 1.611 Schulen und 43 Krankenhäuser in den palästinensischen Territorien (ohne Ostjerusalem) gegeben. Im Jahre 2009 stiegen diese Zahlen auf 2.577 Schulen und 75 Krankenhäuser. In der gleichen Zeitperiode stieg die Zahl der beschäftigten Ärzte von 2.867 auf 7.606 Ärzte, und die Analphabetismus-Quote reduzierte sich von 13,9% im Jahre 1997 auf 4,5% im Jahre 2009;
- Andererseits stellt die Abwasserentsorgung weiterhin eine große Herausforderung für die Palästinenser dar. Nur wenige Fortschritte wurden hier erzielt: Im Jahre 2009 waren weiterhin nur 52,1% der palästinensischen Haushalte an eine öffentliche Abwasserkanalisation angeschlossen (1997: 33,7%); 47,2% der Haushalte entsorgen ihr Abwasser über Jauchegruben (1997: 62,5%). Der Grund für diesen Umstand befindet sich zweifelsohne in der Landnutzung. Der Bau von Kläranlagen erfordert nicht nur enorme Geldsummen, die die Geberländer tatsächlich bereit gewesen wären zu zahlen, es bedarf vor allem auch der Genehmigung Israels, das die entsprechenden Flächen in der Zone ‚C‘ hätte freistellen müssen – und genau das ist äußerst selten erfolgt;
- Auf dem Landwirtschaftssektor hat es in den palästinensischen Gebieten kaum Entwicklungen gegeben. Das sieht man anhand der Menge der kultivierten Agrarflächen sowie anhand des Missverhältnisses zwischen den bewässerten und den vom Regen abhängigen Agrarflächen. Es ist bekannt, dass die Landwirtschaft wenigstens in den ersten Jahrzehnten nach Entstehung eines Palästinenserstaates eine Hauptstütze der palästinensischen Wirtschaft sein würde. Israel kontrolliert nicht nur das Land, es überwacht vor allem das Wasser und hat kein Interesse daran, dass die palästinensische Landwirtschaft einen signifikanten Aufschwung erlebt. Ohne Zugang zu Wasser und ohne die Erschließung neuer Märkte (arabische Länder und Europa) schaffen es die Palästinenser nicht, einen modernen und effizienten Landwirtschaftssektor aufzubauen. Dadurch gehen nicht nur enorm viele Arbeitsplätze auf diesem lebenswichtigen Sektor verloren. Das vorher nie bekannte schleichende Schwinden der Nahrungssicherheit in einer traditionellen Bauerngesellschaft ist darüber hinaus ein tragischer Nebeneffekt der drastischen Einengung der Landwirtschaft. Und wie der nächste Punkt zeigt, entsteht dadurch eine hohe Abhängigkeit der Palästinenser von der israelischen Wirtschaft;
- Die Entwicklungstendenzen auf dem Sektor Außenhandel zeigen eine deutliche Schieflage und eine gänzlich ungesunde palästinensische Ökonomie. Trotz der *großzügigen* internationalen Unterstützung der Regierung Fayyad betrug das palästinensische Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahre 2009 lediglich etwa 5,15 Milliarden US-Dollar (etwa 1.390 US\$ pro Kopf). Im Vergleich wurde in Israel ein BIP von mehr als 205

Milliarden US-Dollar (etwa 28.500 US\$ pro Kopf) im gleichen Jahr verzeichnet.¹⁴⁵ Eine genauere Betrachtung der Zahlen über die palästinensische Industrie, Landwirtschaft und den Außenhandel ist hilfreich, um diese Schieflage zu verstehen bzw. um eine Antwort auf die Frage zu finden, warum die israelische Gesellschaft mehr als 41 mal mehr als die palästinensische Gesellschaft produziert: die PA hat im Jahre 2009 insgesamt nur 518 Millionen US\$ aus dem Außenhandel (Export) erwirtschaftet. Etwa 87% dieser Exporte gingen nach Israel, nur ein geringer Teil ging in die umgebenden arabischen Staaten. Auf der anderen Seite importierte die PA im gleichen Jahr Waren und Dienstleistungen im Wert von insgesamt 3,6 Milliarden US\$. Die Importe aus Israel machen etwa 74% der palästinensischen Gesamtimporte aus. Von dieser Schieflage profitiert die israelische Wirtschaft kräftig, denn während die Israelis im Jahre 2009 palästinensische Billigprodukte über insgesamt 518 Millionen US\$ kauften, erwirtschafteten sie durch Exporte in die von ihnen belagerten und völlig abhängigen palästinensischen Gebiete insgesamt 3,6 Milliarden US\$. In den Jahren zuvor sah das Bild nicht anders aus. Insgesamt entstand durch diese Politik des Oslo-Regimes eine von Beginn an *steigende* negative PA-Handelsbilanz. Sie ist ein Ergebnis der Stagnierung der palästinensischen Wirtschaft, von der die Israelis profitieren, während die wirtschaftlichen Aktivitäten (Handel, Export, Import) zwischen der PA und den arabischen Staaten drastisch eingeschränkt werden. Im Jahre 2004 betrug diese *negative* Handelsbilanz der PA etwa 2 Milliarden US\$, im Jahre 2007 etwa 2,77 Milliarden US\$, im Jahre 2008 etwa 2,91 Milliarden US\$ und im Jahre 2009 sogar etwa 3,1 Milliarden US\$ (Vgl. Tabelle 5-8).

Entwicklung der erteilten Baugenehmigungen in den palästinensischen Territorien 1997-2009						
Jahr	Zahl der erteilten Baugenehmigungen			Genehmigte Bauflächen (1000 m ²)		
	Insgesamt	Neubauten	Bauen im Besatnd	Insgesamt	Neue Flächen	Bestehende Flächen
1997	8.388	4.789	3.599	2.891,9	2.391,8	500,1
1999	9.918	5.803	4.115	3.414,4	2.860,1	554,4
2004	5.008	2.981	2.027	2.025,8	1.803,9	222
2005	7.108	3.996	3.112	2.901,6	2.427	474,2
2006	6.061	2.703	3.358	2.346,1	1.666,9	679,2
2007	4.488	2.456	2.032	1.774,2	1.448,4	325,8
2008	4.459	2.418	2.041	1.729,2	1.390,6	338,6
2009	5.306	2.814	2.492	2.096,1	1.660,2	435,8
Erteilte Genehmigungen für neue Wohnbauten und Zahl der genehmigten Wohneinheiten						
Jahr	Wohnbauten			Zahl der genehmigten Wohneinheiten (WE)		
	Insgesamt	Neubauten	Bauen im Besatnd	Zahl neue WE	Zahl besteh. WE	Fläche neu (1000 m ²)
1997	7.330	4.118	3.212	12.894	2.732	1.729,1
1999				14.587	3.675	2.050,6
2004	4.424	2.524	1.900	8.099	1.221	1.231,8
2005	6.376	3.519	2.875	10.238	2.452	1.707,4
2006	5.391	2.330	3.061	5.767	3.249	1.175,2
2007	3.928	2.101	1.827	7.395	1.622	961,1
2008	4.459	2.418	2.041	5.197	1.170	922,5
2009	5.306	2.814	2.492	5.730	1.501	1.096
<i>Quellen:</i>						
PCBS: Building Licenses Statistics Second Quarter, 2011						
PCBS, Kitab Filastin Al-Ihssai Al-Sanawi (Statistisches Jahrbuch Palästinas), Nr. 11, Dez. 2010; Nr. 10, Dez. 2009 und Nr. 8, Nov. 2007.						

Tabelle 5-7: Entwicklung der erteilten Baugenehmigungen in den palästinensischen Territorien nach Oslo II (1997-2009).

Vor allem die Import-Export-Zahlen der PA-Wirtschaft machen es deutlich, wie abhängig die palästinensische Wirtschaft von Israel ist. Der Belagerungszustand, in dem sich die PA befindet, macht es für die Palästinenser unmöglich, neue Märkte zu erschließen. Ihre wenigen Produkte – zumeist landwirtschaftliche Produkte – müssen sie notgedrungen größtenteils billig an Israel verkaufen. Nur äußerst wenige Waren dürfen nach Jordanien oder nach Ägypten exportiert werden. Israel erlaubt dies nicht, da dies nicht nur bedeuten würde, dass die Palästinenser aufgrund der dann entstehenden größeren Nachfrage mehr Geld erwirtschaften könnten, sondern

145 Zahlen über die israelische Ökonomie (BIP), Vgl. Abschnitt 1.6.8 dieser Arbeit.

vor allem auch deshalb, da sie die seit 1967 auferlegte eiserne Mauer zwischen ihnen und ihrer arabischen geo-politischen Tiefe durchbrechen würden. Und darüber hinaus importiert darf grundsätzlich nur über und hauptsächlich aus Israel importiert werden. Das sind ideale Voraussetzungen für einen immensen Profit der israelischen Wirtschaft auf Kosten der besetzten palästinensischen Gebiete und liefert zugleich eine logische Erklärung dafür, warum 87% des palästinensischen Exports nach Israel geht und 74% der Importe aus Israel stammen.

Entwicklungstendenzen in den palästinensischen Gebieten nach Oslo II							
Ausgewählte Jahre	1997	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Ökonomische Indizes							
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3.701,6	4.198,4	4.559,5	4.322,3	4.554,1	4.820,9	5.147,2
Bruttonationaleinkommen (BNE)	4.218,6	4.430,4	4.896,9	4.719,9	4.993,9	5.249,0	5.604,3
BIP pro Kopf (\$)	1.437,7	1.317	1.387,2	1.275,4	1.303,2	1.340,4	1.389,9
BNE pro Kopf (\$)	1.638,5	1.389,8	1.489,9	1.392,7	1.429,1	1.459,4	1.513,8
<i>Industrielle Produktion</i>	1.303,9	1.681,1	1.819,7	1.692,5	1.612,8	1.770,6	
<i>Landwirtschaft und Fischerei</i>	712,1	619,5	689,0	649,7	581,9	635,2	
<i>Dienstleistungen</i>	938,3	1.141,5	1.310,5	1.046,2	1.101,2	1.244,6	
<i>Inländischer Handel</i>	547,0	633,7	666,0	630,6	629,4	746,2	
<i>Baukonstruktion</i>	935,5	771,9	693,3	586,5	629,1	630,9	
<i>Transport und Logistik</i>	242,1	347,6	414,0	423,7	446,0	461,1	
Außenhandel (in Mio. \$)							
Exporte insgesamt		313,0	335,0	367,0	513,0	558,0	518,0
<i>Exporte nach Israel</i>		281,0	290,0	327,0	455,0	499,0	453,0
<i>Exporte in die arabischen Staaten</i>		20,0	26,0	30,0	35,0		
<i>Totale Export Westjordanland (Ohne Ostjerusalem)</i>		273,0	294,0	333,0	491,0		
<i>Totale Export Gazastreifen</i>		40,0	41,0	34,0	22,0		
Importe insgesamt		2.373,0	2.667,0	2.759,0	3.284,0	3.466,0	3.601,0
<i>aus Israel</i>		1.748,0	1.873,0	2.002,0	2.443,0	2.795,0	2.651,0
<i>aus arabischen Ländern</i>		65,0	69,0	67,0	78,0		
Handelsbilanz (Minuswerte)		2.060,0	2.332,0	2.392,0	2.771,0	2.908,0	3.083,0
Landnutzung							
Agrarfläche (Km ²)	1.486,4	1.488,1	1.490,6	1.481,5	1.500,2	1.513,0	
Waldfläche (Km ²)		91,7	91,7	91,7	94,3	94,3	
Agrarfläche, nach Art des Kultivierens (Km²)							
Dauerprodukte (wie Fruchtbäume, Oliven, etc.)							
<i>Bewässert</i>				68,8	82,8	75,6	
<i>Nicht bewässert (Regenwasser-Abhängig)</i>				1.067,8	1.082,1	1.096,6	
Saisonale Produkte							
<i>Bewässert</i>				96,3	93,8	94,0	
<i>Nicht bewässert (Regenwasser-Abhängig)</i>				248,6	241,5	246,8	
Bildung (ohne Jerusalem)							
Anzahl der Kindergärten*	789	901	935	933	972	671	731
Anzahl der Schulen	1.611	2.192	2.277	2.337	2.430	2.488	2.577
Analphetismus (Personen älter als 15 Jahre), in %	13,9	7,7	7,1	6,5	6,1	5,9	5,4
Gesundheit							
Zahl der Krankenhäuser	43	74	76	78	77	76	75
Zahl der Ärzte	2.867	5.687	6.109	6.246	6.389	7.316	7.606
Krankenbetten/1000 Einwohner	1,2	1,4	1,3	1,4	1,3	1,3	1,3
Haushalte und Wohn-Tendenzen							
Haushaltsgröße (Personen/ Haushalt)					6,4		
Personen/ Zimmer	2,0	1,8	1,8	1,8	1,7	1,7	1,6
Zimmer/ Haushalt	3,4	3,4	3,6	3,3	3,6	3,6	3,6
Anteil der Haushalte mit Telefonanschluss, in %	19,5	40,8	44,1	47,2	43,9	42,2	38,9
Anteil der Haushalte, die über einen PC verfügt, in %				32,8			49,2
Anteil der Haushalte mit Internetanschluss, in %				15,9			28,5
Transport und Telekommunikation							
Straßennetzwerk (Km)	2.055,0	4.965,9		5.146,9			5.588,2
Anzahl der Haupttelefonanschlüsse	110.893	271.458	337.025	321.999	348.788	354.804	368.216
Mobilfunktelefonanschlüsse (ohne Jerusalem)		436.628	567.584	821.800	1.021.481	1.314.406	1.800.000
Umwelt/ Art der Abwasserentsorgung							
Mittels Jauchegrube (anteilig in %)	62,5		51,9	54		53,7	47,2
Anschluss an Abwasserkanalisation	33,7	42,9	44,7	45,3		45,5	52,1
Öffentliche Wasser- und Stromversorgung							
Anschluss an öffentliches Wassernetz, in %	83,6	89,2	90,5	90,8		88,2	88,4
Anschluss an öffentliches Stromnetz, in %	99,9	99,5	99,6	99,2		99,8	99,9
Tourismus							
Anzahl der Hotels	85		77	79	82	87	100
Anzahl der Hotelzimmer	3.425		3.648	3.897	4.094	4.346	4.552
Quellen: PCBS, Kitab Filastin Al-Ihsai Al-Sanawi (Statistisches Jahrbuch Palästinas), Nr. 11, Dez. 2010; Nr. 10, Dez. 2009 und Nr. 8, Nov. 2007. PCBS, Palestine in Figures 2008 (Mai 2009), 2007 (Mai 2008), 2004 (Mai 2005) und 2001 (April 2002). PCBS: Foreign Trade, Current Main Indicators 2000-2009, http://www.pcbs.gov.ps/ . * Zahlen für 2008 und 2009, ohne den Gazastreifen / ** Die WHO definiert als arm, wer monatlich weniger als die Hälfte des aus der Einkommensverteilung seines Landes berechneten Medians zur Verfügung hat.							

Tabelle 5-8: Entwicklungstendenzen in den palästinensischen Gebieten nach Oslo II, 1997-2009.

Arbeitslosigkeits- und Armutstendenzen in den palästinensischen Gebieten nach Oslo II							
Ausgewählte Jahre	1997	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Arbeitskräfte							
Erwerbsquote von Personen im arbeitsfähigen Alter (16-64), in %	40,5	40,4	41,7	41,0	41,7	41,2	41,6
Anteil der Vollbeschäftigten, in %	70,4	66,8	70,3	68,3	70,3	66,5	69,6
Anteil der Teilbeschäftigten, in %	9,3	6,4	8,0	8,0	8,0	6,9	5,9
Durchschnittliche Arbeitslosigkeit	20,3	26,8	21,7	23,7	21,7	26,6	24,5
Armutquoten/ Anteile in %							
Relative Armut*** (Pal. Territorien)		25,6	29,5	30,8	31,2		21,9
<i>im Westjordanland</i>		19,8	22,3	24,0	20,5		15,5
<i>im Gazastreifen</i>		37,2	43,7	50,7	49,4		33,2
Extreme Armut, <1,25\$/Person/Tag (Pal. Territorien)		16,4	18,1	18,5	18,8		12,0
<i>im Westjordanland</i>		11,6	13,1	13,0	10,5		7,5
<i>im Gazastreifen</i>		26,0	27,9	34,8	32,8		20,0
Armutquoten nach Ortstyp (Pal. Territorien), in % , 2007							
<i>Relative Armut im städtischen Raum</i>					33,1		
<i>Relative Armut im ländlichen Raum</i>					30,3		
<i>Relative Armut in Flüchtlingslagern</i>					47,7		
<i>Extreme Armut im städtischen Raum</i>					5,5		
<i>Extreme Armut im ländlichen Raum</i>					5,0		
<i>Extreme Armut in Flüchtlingslagern</i>					9,7		
Arbeitslosigkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten ohne Ostjerusalem, 2009							
	West Bank		Gazastreifen		Gesamt		
<i>Landfläche in Km²</i>	5.655		365		6.020		
<i>Bevölkerungszahl (2007)</i>	2.345.107		1.499.369		3.844.476		
<i>Bevölkerungszahl (2009)</i>	2.482.500		1.592.000		4.075.500		
<i>Bevölkerungsdichte (2009) EW/Km²</i>	439		4.362		677		
Arbeitslosigkeit (in %)	17,8		38,6		24,5		
Nach Territorium							
<i>spricht unter arbeitsfähigen</i>	<i>Männern</i>	<i>Frauen</i>	<i>Männern</i>	<i>Frauen</i>	<i>Männern</i>	<i>Frauen</i>	
	17,6	18,8	37,3	45,8	24,1	26,4	
Besonders betroffene Altersgruppen: 15-24 Jahre					38,9		
					<i>nach Geschlecht</i>		
					37,2	46,9	
Nach Stadtbezirken	<i>Qalqilya</i>	23,4	<i>Khan Junis</i>	49,3			
	<i>Hebron</i>	22,5	<i>Rafah</i>	38,4			
	<i>Tulkarm</i>	21,8	<i>Nordgaza</i>	36,6			
	<i>Bethlehem</i>	20,2	<i>Dair Albalh</i>	35,2			
	<i>Jenin</i>	18,8	<i>Gaza Stadt</i>	34,4			
	<i>Ramallah/Albi reh</i>	17,1					
Quellen:							
PCBS, <i>Kitab Filastin Al-Ihsai Al-Sanawi (Statistisches Jahrbuch Palästinas)</i> , Nr. 11, Dez. 2010; Nr. 10, Dez. 2009 und Nr. 8, Nov. 2007.							
PCBS, <i>Palestine in Figures 2008 (Mai 2009), 2007 (Mai 2008), 2004 (Mai 2005) und 2001 (April 2002)</i> .							
Zahlenangaben über 2009, nach <i>Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), Presseerklärung vom 20. April 2010, online unter:</i>							
http://www.pcbs.gov.ps/Portals/nchs/PressRelease/LaborForce_A2009.pdf							
Zusammengestellt von MS., 2010							

Tabelle 5-9: Arbeitslosigkeit und Armutstendenzen in den palästinensischen Gebieten nach Oslo II.

Hierbei handelt es sich um offizielle Zahlen, die von einigen Menschenrechtsorganisationen in Frage gestellt werden, da sie der Realität nicht ganz entsprechen würden. Vor allem infolge der gegen den Gazastreifen auferlegten israelischen Blockade und der Zerstörung der dortigen Infrastruktur haben zehntausende Menschen durch die Schließung von gewerblichen und industriellen Einrichtungen im Jahre 2008 ihre Lebensgrundlagen verloren. Der Bau der Mauer und mehrere Hundert Checkpoints des israelischen Militärs haben bis heute ähnliche Konsequenzen für die Ökonomie und den Arbeitsmarkt im Westjordanland. Dies war einer der Gründe für das drastische Wachsen der Arbeitslosenzahlen (50%) und dafür, dass etwa 79% der Haushalte im Gazastreifen unter der Armutsgrenze lebten, von diesen 70% sogar in tiefer Armut. Die Auswirkung ist, dass über 70% der Bevölkerung für ihr tägliches Brot auf die Hilfe der internationalen Organisationen angewiesen ist.¹⁴⁶ Hier wird offensichtlich, dass der von Netanyahu gewollte und von Fayyad faktisch umgesetzte ‚wirtschaftliche Frieden‘ nur eines bedeutet, dass nämlich die Palästinenser keine tatsächliche Volkswirtschaft und stattdessen höchstens eine Vielzahl von Mikroökonomien, mit anderen Worten ökonomische Aktivitäten, haben dürfen, die primär der israelischen Wirtschaft dienen bzw. auf diese bezogen sind.

Die Zahlen in Tabelle 5-8 dokumentieren eine ungesunde palästinensische Entwicklung und lassen vor allem das Fayyad'sche Prinzip ‚Aufbau vor Befreiung‘ in einem anderen Licht erscheinen. Ein solches ökonomisches Konzept im Kontext eines Siedlungskolonialismus wie im Falle der israelischen Besatzung kann einfach nicht

146 Angaben nach *BtSelem: Human Rights Report in the Occupied Territories 2008*, S.8/9. Siehe Abschnitt 4.2.3 dieser Arbeit.

zu Wachstum und Wohlstand führen, da es finanziell und logistisch von der politischen Agenda der Geberländer und nicht zuletzt von der Besatzungsmacht Israel vollständig abhängig ist. Und dies bezeugen auch die erschreckend wachsenden Zahlen über Armut und Arbeitslosigkeit in den palästinensischen Gebieten (Tabelle 5-9): wie bereits im Abschnitt 4.2.3 beschrieben wurde, ermittelte das Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS) für die sämtliche besetzte palästinensische Gebiete *offizielle* Arbeitslosenzahlen die aufzeigen, wie gefährlich die wirtschaftliche Lage in den palästinensischen Gebieten ist. Ende 2009 verzeichnete man im Westjordanland eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von 17,8%, im Gazastreifen betrug sie sogar 38,6%. Die beunruhigenden Zahlen über Armut in den palästinensischen Gebieten geben ein noch drastischeres Bild über die sozioökonomische Lage dort: im Jahre 2009 schätzte das PCBS etwa 21,9% der Gesamtbevölkerung der palästinensischen Territorien als *arm* (15,5% im Westjordanland und 33,2% im Gazastreifen) und 12% als *extrem arm* (7,5% im Westjordanland und 20% im Gazastreifen) ein.

Ökonomie versus politische Rechte?

Die vom Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS) analysierten Zahlen sind ein Armutszeugnis der Politik der PA, insbesondere im Westjordanland. Die Regierung Fayyad hatte es trotz (und vielleicht gerade wegen) der immensen Unterstützung durch den Westen nicht einmal geschafft, die Armutsquote im Westjordanland auf ein akzeptables Minimum zu reduzieren. Denn das, was die Regierung plant und baut kann nicht als wahre Entwicklungsplanung gesehen werden. Auf dem Papier erscheint die palästinensische Autonomiebehörde, als würde sie für ein Staatsmodell und für eine moderne Marktwirtschaft planen. Dies ist allerdings nicht der Fall, weder politisch noch ökonomisch. Ein solches Staatsmodell würde, seiner für den Erfolg erforderlichen Voraussetzung (Souveränität) beraubt, nur brüchige und unfähige Strukturen hervorbringen. Das Projekt zur Schaffung von Voraussetzungen für einen Staat durch die Bildung von Institutionen ohne Souveränität kommt einer Liberalisierung ohne Strukturwandel gleich, einem Rezept für eine ökonomische Katastrophe.¹⁴⁷

In diesem Konflikt hat man es mit einer merkwürdigen Politik der USA, Israels und der internationalen Gemeinschaft zu tun. Dieses Verhalten ist geprägt von einer fehlerhaften Sichtweise der Angelegenheit, das den Konflikt ausschließlich oder mindestens hauptsächlich durch das Prisma der Ökonomie betrachtet. Hier wird die Ökonomie ganz nach dem Prinzip der „Karotte und Peitsche“ auf der einen Seite als Waffe gegen den Hamas-regierten Gazastreifen und auf der anderen Seite als Aufputzmittel für eine korrupte und gänzlich versagende PA-Politik im Westjordanland instrumentalisiert. Diese Politik geht in Wahrheit weit über das Verbot der Einfuhr von Zement und anderen Baumaterialien in den Gazastreifen hinaus. Ohne die Versöhnung zwischen beiden palästinensischen Hauptfraktionen und die politische Wiedervereinigung des Westjordanlandes und des Gazastreifens bleibt sowohl eine bessere Zukunft für die Menschen als auch die propagierte Zwei-Staaten-Lösung weiterhin außer Reichweite.

Die ökonomische Notlage in den palästinensischen Gebieten ist in Wahrheit nur ein Symptom eines größeren Fehlers in der westlichen, insbesondere der US-amerikanischen Nahostpolitik. Die Politik der USA – die den Ton für die Politik der Europäer und anderer Interessierten festlegt – basierte bis zum Sturz des ägyptischen Mubarak-Regimes im Januar 2011 fälschlicherweise auf zwei grundsätzlichen Annahmen:

- Die erste Annahme: Indirekte Gespräche zwischen Netanyahu und Abbas können zu direkten Gesprächen führen, die wiederum zu einem umfassenden Friedensabkommen führen könnten und Abbas erlauben würde, die Hamas zu überlisten und den Gazastreifen wieder zu kontrollieren;
- Die zweite Annahme: US-Politiker glauben, dass der Prozess der international finanzierten Reform, die vom palästinensischen Premierminister Salam Fayyad geführt wird, die starken und effizienten Institutionen eines künftigen Palästinenserstaates schaffen könnte, zunächst ohne den Status quo der israelischen Besatzung zu ändern und ohne die offenen Fragen des Konflikts ernsthaft zu diskutieren.

Das Manko dieser beiden Annahmen ist die Tatsache, dass beide palästinensische Spitzenpolitiker Abbas und Fayyad aufgrund des politischen, sozialen und territorialen Risses zwischen dem Hamas-kontrollierten Gazastreifen und den Fatah-regierten Enklaven im Westjordanland extrem schwach sind. Ohne die Rückendeckung einer vereinten palästinensischen Gesellschaft bzw. ohne ein politisches Mandat durch siegreich erzielte demokratische Wahlen kann der politisch schwache Abbas es nicht riskieren, die Ergebnisse von Verhandlungen mit einem starken und friedensunwilligen israelischen Gegner zu verantworten. Diese Tatsache

147 Khalidi, Raja, *Is Fayyadism working?*, Haaretz, 12.10.2010.

ist eine politische Spielkarte, die israelische Politiker gerne selbst gegen ihren langjährigen Verhandlungspartner Abbas einsetzen. Während Netanyahu Abbas Friedensgespräche anbot (damit dieser die einseitige Anerkennung eines Palästinenserstaat durch die UNO-Vollversammlung im September 2011 aufgibt), sprach sein ultrarechter Außenminister Avigdor Lieberman im israelischen Rundfunk am 11. Juli 2011 Abbas die Legitimität der palästinensischen Verhandlungsführung ab, da dieser im besten Fall nur die Hälfte der Palästinenser der besetzten Gebiete vertrete.¹⁴⁸ Und Fayyads Möglichkeiten sind aus vielen Gründen viel zu beschränkt, um dauerhafte, demokratische Institutionen aufbauen zu können. Einer dieser Gründe ist die oben genannte Tatsache, dass der palästinensische Legislativrat seit Juni 2007 unfähig war zu tagen und in seinen legislativen und politischen Aufgaben systematisch behindert wurde. Es ist wahrhaft schwierig Palästinenser zu finden, die ernsthaft daran glauben, dass der von Fayyad forcierte institutionelle Fortschritt ohne Souveränität aufrechterhalten werden könnte. Diese Tatsache gilt auch für diejenigen Palästinenser, die an Fayyads Programm aktiv teilnehmen. Und Fayyads Kabinett selbst sieht seine Bestrebung um Institutionen nicht als einen unbegrenzten Ersatz für reale Staatlichkeit. Und selbst die internationalen Unterstützer Fayyads geben zu, dass das gegenwärtige „time out“ eine nicht nachhaltige Abwesenheit des diplomatischen Ablaufs ist. Die Menschen in den besetzten Gebieten wissen sehr genau, was in ihrem Umfeld abläuft und sind damit auch sehr unzufrieden. In einer Umfrage des ‚Palestinian Centre for Policy and Survey Research‘ im Juni 2011 wurde folgendes festgestellt:¹⁴⁹

I/ *Erste Feststellung:* Würden heute (im ersten Quartal 2012) Wahlen in den palästinensischen Gebieten abgehalten, dann würden 42,4% der Palästinenser in beiden Teilen der PA die Liste der Fatah und 28,3 die Liste der Hamas (Änderung und Reform) wählen, während nur 1,1% der Bevölkerung die Partei Salam Fayyads (Dritter Weg) wählen würden. Auf die Frage der Dringlichkeit der Probleme in den palästinensischen Gebieten kam die Verbreitung von Armut und Arbeitslosigkeit an erster Stelle (35,5%), gefolgt von der anhaltenden israelischen Besatzung und des Siedlungsbaus an zweiter Stelle (29,6%). Insgesamt meinten 18,2% der Befragten, dass die herrschende Korruption in den öffentlichen Institutionen ein echtes Problem für die Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten darstelle. Und die Blockade gegen den Gazastreifen kam mit 10,6% der Stimmen an vierter Stelle;

II/ *Erste Feststellung:* Auf die Frage, welche ihrer wichtigsten existentiellen nationalen Ziele die Palästinenser zu erreichen versuchen sollten, gaben 40,3% der Befragten das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge als erste Priorität an, während 24,9% der Befragten den israelischen Rückzug aus den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, die Gründung eines Palästinenserstaates im Westjordanland und im Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt als zweite Priorität angaben. Mit 19,1% der Stimmen kam die Gründung eines demokratischen politischen Systems, das die Grundfreiheiten und Rechte der Palästinenser achtet, an dritter Stelle. 15,7% der Befragten wünschen sich die Bildung einer moralischen und religiösen Gesellschaft, in der alle islamischen Lehren angewendet werden.

Diese Umfrage zeigt, dass sich die Prioritäten der Menschen in den palästinensischen Gebieten von denjenigen der Regierung Fayyad wesentlich unterscheiden. Die Menschen wünschen sich von ihren Politikern offensichtlich eine Rückkehr zu den fundamentalen palästinensischen Kernproblemen des Konfliktes, insbesondere dem Rückkehrrecht der Flüchtlinge und Jerusalem. Sie sind von der Hamas nicht sehr begeistert und die Fatah findet weiterhin die breitere Basis in der Bevölkerung, wobei nur ein winziger Anteil der Bevölkerung dem Diskurs Fayyads bzw. des ‚Dritten Wegs‘ sein Vertrauen schenken würde.

Die Neigung der US-amerikanischen Politik, interne palästinensische Politik zugunsten von kurzfristigen Zielen in Bezug auf die israelisch-palästinensischen Verhandlungen zu hemmen, zu ignorieren oder zu manipulieren war schon immer ein fundamentaler Fehler der US-Politik in der Region. Die Bill Clinton-Administration hat in den 1990er Jahren die autoritären Tendenzen von Jasser Arafat, der dann Präsident wurde, ignoriert und erlaubte ihm, den gewählten palästinensischen Legislativrat zu unterminieren und eine korrupte und ineffektive palästinensische Autonomiebehörde zu entwickeln; nach Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 versuchte die G.W. Bush-Administration die palästinensische innenpolitische Architektur zu manipulieren, um den inzwischen für sie inakzeptablen Arafat zu entmachten. Der zuvor ausführlich geschilderte Sieg der Hamas in den Wahlen von 2006 und die darauffolgende Ablehnung des Wahlergebnisses durch Israel und die USA brauchen hier nicht näher erläutert zu werden. Letztendlich setzt die Obama-Administration die Bemühungen

148 Süddeutsche Zeitung, 13.07.2011.

149 Palestinian Center for Policy and Survey Research (PCPSR), Survey Research Unit, Poll Number 40, 16-18 June 2011. Umfrage online erhältlich, unter: <http://www.pcpsr.org/survey/polls/2011/p40e.pdf>.

ihrer Vorgängerin fort, die Hamas und den Gazastreifen zu isolieren, während sie massive Anstrengungen zur ökonomischen und sicherheitstechnischen Unterstützung im Fatah-regierten Westjordanland unternimmt.

Aber die erwünschten Ergebnisse einer solchen Politik sind heute wie damals (2006) illusorisch, wenn nicht trügerisch, denn die Hamas beweist mehr als erwartet ihre Fähigkeit, den Gazastreifen zu kontrollieren und zu regieren, während die palästinensische Führung in Ramallah zunehmend politisch isolierter und von der Unterstützung der USA und Europa abhängiger wird.

Genauso wie in der Ära Arafats, ist die PA heute mit dem Fayyad-Plan nicht in der Lage, aus dem Schatten der israelischen Besatzungsmacht zu treten und für die eigene Bevölkerung selbständig zu planen. Die extrem sicherheitsorientierte Position der Arafat-PA basierte bezüglich Planung darauf, den hoch gesteckten und oft illusionären Zielen der Befreiung und des *State Building* zu folgen, ohne den alltäglichen Bedürfnissen der Palästinenser nach Aufbau von intakten Institutionen ausreichend Achtung zu schenken – es folgte eine höchst passive und kontraproduktive Planungspolitik, die (wie oben erwähnt) auf ihre Art Misserfolg als eine gute Leistung und politisches Versagen als Sieg präsentiert hat und folglich einen destruktiven Akt der *Selbstsabotage* begünstigte. Fayyads Plan hat hingegen einen starken Reformcharakter, der in der Hinsicht Lob verdient hat, dass er versucht, die bisherige Linie der Selbstsabotage zu verlassen und der unbegründeten Tatenlosigkeit sowie dem Missmanagement der PA ein Ende zu setzen. Und doch sind Fayyads *institutionelle* „facts on the ground“ im Wesentlichen kosmetische, lückenfüllende Konstruktionsaktivitäten, die man faktisch nicht als *Planung* bezeichnen kann und die hinzu in Bezug auf die Rechte der Palästinenser einen sehr hohen politischen Preis abverlangen. Fayyads beinahe rein technokratisches und sicherheitsorientiertes Vorgehen mit den gänzlich politischen Belangen der Palästinenser verursacht – ob beabsichtigt oder nicht – eine politisch nicht tragbare *Entpolitisierung* und *Entgeschichtlichung* des Palästinaproblems. Sein Plan könnte im Rahmen eines Masterplans für das ganze Land, der demokratisch durch ein Parlament und die zivile Gesellschaft politisch getragen würde, nicht nur funktionieren, sondern er wäre sogar notwendig, denn in seinen institutionellen Aspekten und demokratischen Prinzipien der Partizipation in der Planung könnte er die Instrumente und die Basis für eine demokratische Gesellschaft schaffen.

Salam Fayyad und der arabische Frühling

Eine interessante Beobachtung zu den jüngsten Ereignissen in der arabischen Welt ist die folgende: Während Millionen von Menschen in Tunesien, Ägypten, Yemen, Syrien und Libyen auf die Straße gehen, um mehr Mitbestimmung, soziale Teilhabe und das Ende der *von-oben-nach-unten-Dominanz* einzufordern, ist Salam Fayyads Kabinett von seinem Konzept der *Planung von unten nach oben* weiterhin überzeugt, auch wenn dieses mit undemokratischen Mitteln *von oben nach unten forciert* werden muss. Dank der großzügigen Hilfe der Geberländer herrscht im Westjordanland noch ein trügerischer konstruktiver Trend, der das Territorium im Kontext der zunehmenden politisch-wirtschaftlichen Stagnation in der arabischen Umgebung ziemlich spezifisch aussehen lässt. Die Massenproteste in der arabischen Welt haben sich inzwischen auf die sozio-ökonomisch und politisch sehr unzufriedene israelische Öffentlichkeit ausgedehnt – die israelische Jugend geht inzwischen auf die Straße, um mehr soziale Gerechtigkeit einzufordern, besser gesagt mehr Sozialwohnungsbau im Kernland und weniger Siedlungsbau im Westjordanland. Obwohl israelische Soziologen (wie Oren Yiftachel) seit Jahren ein Ende des umstrittenen und materiell wie politisch kostspieligen Siedlungsbau im besetzten Westjordanland fordern, war dies wenige Monate vor dem arabischen Frühling in der Wahrnehmung der israelischen Gesellschaft ein Tabuthema. Dass zehntausende junge Israelis der Nach-Rabin-Zeit auf die Straße gingen, um mehr soziale Gerechtigkeit einzufordern war ebenso undenkbar und ist eindeutig eine völlig neue Entwicklung.

Der arabische Frühling hat zweifellos eine starke Wirkung in den palästinensischen Gebieten gezeigt. Er hat vor allem erkennen lassen. Er hat gezeigt, wie subtil die Menschen dort, genauso wie in anderen arabischen Ländern, mit dem politischen Kontext umgehen können und vor allem hat er die Ängste vor einer Radikalisierung der Gesellschaft(en) wegen eines politischen Islams im Falle des Sturzes der Diktaturregime in der arabischen Welt (eine beliebte These breiter Teile der *neocons* und der israelischen Politik) revidiert. Es ist erstaunlich, wie sehr die Versöhnungsgespräche die Stimmung in den palästinensischen Lagern positiv verändert hat, was beiden palästinensischen Hauptkontrahenten, der Fatah und der Hamas, aber auch Salam Fayyad innenpolitisch zugutekam. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung mit dem politischen Diskurs Salam Fayyads nicht zufrieden

ist, hat die oben genannte Umfrage des PCPSR ein erstaunliches Ergebnis ergeben: In einer Wahl für das Amt des Premierministers einer Einheitsregierung zwischen Salam Fayyad (Kandidat der Fatah) und Jamal Khodari (Kandidat der Hamas) – beides unabhängige Persönlichkeiten – würden 45% der Befragten Salam Fayyad wählen und sich nur 22% für Khodari entscheiden. Wahrscheinlich aus dem gleichen Grund wünscht eine große Mehrheit von 61%, dass eine Einheitsregierung der Friedenspolitik und Agenda von Abbas und der PLO folgen sollte, während nur 18% Friedenspolitik der Hamas bevorzugen.

Auf dem ersten Blick scheint dieses Ergebnis ein Widerspruch zu den obigen Ergebnissen zu sein, die deutlich die Politik Fayyads in Frage stellt. Aber man darf hier nicht außer Acht lassen, dass die Palästinenser nicht nur große Sensibilität für politisches Geschehen haben, sondern auch von der harten Realität der Belagerung gezeichnet sind. Das letztere Ergebnis ist ein Ausdruck der Sorge dieser Menschen, dass sobald die Versöhnung, die immer noch israelisch und westlich unerwünscht ist, in eine Einheitsregierung umgesetzt ist, internationale politische und finanzielle Sanktionen sowie Boykott mit sich bringen würde. Abbas' Agenda und Fayyads Technokratie sollen, so denken die Befragten, die Gefahr der Sanktionen abwenden. Und dennoch beinhalten beide Ergebnisse der Umfrage, so sehr sie auch widersprüchlich erscheinen, zwei wichtige Botschaften an Israel und den Westen, nämlich dass die Palästinenser mehrheitlich zwar ihre Hand zu einer friedlichen Lösung ausstrecken, die Konstanten und Prioritäten ihrer Nationalen Ziele aber nicht außer Acht lassen. Die Umfrage zeigt vor allem, dass die Versöhnung zwischen der Fatah und der Hamas nicht unbedingt zu einer Radikalisierung der palästinensischen Gesellschaft führen würde, wie die Gegner dies befürchten, ganz im Gegenteil: nicht die Ideologie, sondern allein dasjenige Programm, das die gegenwärtigen und zukünftigen Belange sowie die Rechte des palästinensischen Volkes besser sicherstellt, würde die Gunst und die Unterstützung der politisch-bewussten Wähler gewinnen. Das war wohl auch der Grund, warum Mahmoud Abbas seinen oben genannten mutigen Schritt zur einseitigen Anerkennung eines Palästinenserstaates durch die UNO am 23.09.2011 trotz des unglaublichen Gegendrucks von Seiten Israels, der USA und einigen europäischen Staaten wagte und aus diesem Versuch innenpolitisch gestärkt herauskam.

Und dennoch haben sich die Voraussetzungen für die Planung im Westjordanland unter der PA-Herrschaft faktisch kaum verändert. Das Land steht, auch was die Planung betrifft, weiterhin und gemäß den Bestimmungen des Osloer Interimsabkommens von 1995 unter israelischer Kontrolle. Lückenfüllende und reflektive Bauaktivitäten, die die dringenden alltäglichen Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung adressieren, können verfolgt werden, vorausgesetzt diese fügen sich in den gesamtpolitischen Kontext Israels und der USA ein. Das ist das Maximum dessen, was die PA planen, präziser verwalten, kann. Der Aufgabe ernsthaft vorsorgender Stadt- und Regionalplanung in Palästina fehlen weiterhin die Rahmenbedingungen: Souveränität und Kontrolle über die eigenen Landesressourcen, mit deren Hilfe die volle Kontrolle über den Entwicklungsprozess in den besetzten palästinensischen Gebieten erst möglich wäre. Dass der arabische Frühling die politischen Spielregeln im Konflikt ändern wird, ist unbestreitbar. Aber ob sich die Rahmenbedingungen für eine Planung in Palästina positiv ändern werden, muss man noch abwarten.

Kapitel 6: Schlussfolgerung und (ein) Blick in die Zukunft

6.1 Raum, Macht und Architektur(-Planung)

Territoriale Konflikte haben in der Regel eine symbiotische Beziehung zur Landschaft und zur Peripherie. Das Terrain bestimmt die Natur, Intensität und die Brennpunkte der Konfrontation, indem sich der Konflikt im Prozess der Produktion, Transformation, Bearbeitung und Auslöschung der Landschaft und der gebauten Umwelt am deutlichsten zeigt.

Die Elemente von Planung und Architektur werden in Krisenregionen als *taktische Instrumente* in den Dienst der dominierenden Konfliktpartei zwangsverpflichtet. In Palästina liegt ein fundamentales Problem von Planung in dem Missverhältnis zwischen Besetzung als temporäre Angelegenheit und der Stadtplanung als Instrument der mittel- bis langfristigen städtebaulichen, sozioökonomischen Vorsorge bzw. für einen nachhaltigen Umgang mit Raum bzw. Raumgütern. Es liegt in der Natur einer militärischen Besetzung, dass den tatsächlichen sozialen, gesundheitlichen und städtischen Bedürfnissen der Menschen in der Planung der Gebiete gar nicht oder nur wenig Beachtung geschenkt wird – ein Grund mehr für die Eskalation der Lage und für Gewalt.

Nach der militärischen Besetzung des Westjordanlands 1967 hat Israel den überwiegenden Teil der dortigen Wasserressourcen für sich selbst beansprucht und den Zugang auf die lebensnotwendige Ressource mit Machtinstrumenten durchgesetzt. In derselben Weise beansprucht Israel nach Belieben Grundstücke im Westjordanland für eigene Siedlungen, Infrastrukturprojekte oder zwischenzeitlich (seit Juni 2002) auch für den Bau eines Sicherheitszauns, und das entgegen sämtlicher UN-Resolutionen in dieser Angelegenheit und wider internationales Recht, das das Verhalten einer Besatzungsmacht der besetzten Bevölkerung bzw. ihrem Land gegenüber regelt. Mit seinem Verhalten gegenüber dem Land und der Bevölkerung Palästinas bietet Israel, insbesondere nach dem 11. September 2001, ein Lehrbeispiel für einen ökodiktatorischen und sicherheitsorientierten Ansatz.¹

Die israelische Mauer im Westjordanland ist ein Phänomen, das die Mentalität israelischer Architektur bzw. deren Diskurs und deren bestimmende Elemente mustergültig aufzeigt. Die zionistische Gesellschaft entwickelte in ihrer Bestrebung nach Kolonisierung des Landes Palästina – ohne Rücksicht auf die anwesenden Bewohner des Landes – immer wieder neue Instrumente zumeist planerischer Natur und äußerst subtile Methoden, um nicht nur rein-jüdische Siedlungen mitten in einem arabischen Kontext aufzubauen, sondern und vor allem um ihre *Gegner* (die Palästinenser) auch von ihrer natürlichen Umgebung zu trennen, präziser: um den arabischen sozioökonomischen Kontext so auszuschließen, als wäre er nicht vorhanden. Die neuen zionistischen Siedlungen befinden sich seit den Anfängen der ersten zionistischen Einwanderungswelle (Alija) im späten 19. Jahrhundert zusammen mit ihrer arabischen Umgebung in einer Zwangslage, die sich architektonisch in der Dominanz von zwei Begriffen ausdrückte, die ihren Diskurs bis heute bestimmen: ‚Grenze‘ und ‚Befestigung‘. Ergebnis ist, dass Aspekte wie Sicherheit und Verschanzung im feindlichen Kontext bis heute eine höhere Priorität gegenüber allen anderen Aspekten im Diskurs des jüdischen Siedlungsbaus haben. Nicht ‚Witterung und Klima‘, sondern einzig das ‚politische Klima‘ bestimmen die architektonischen Parameter Israels, und folglich versinnbildlichen Begriffe wie ‚Mauer‘ und ‚Turm‘ den Urtypus israelischer Architektur, genauso wie eine historische Berghütte in den Alpen das Urbild der einheimischen Architektur darstellt.

Diese Architektur schuf einen Kontext, in dem das existente palästinensische sozioökonomische und städtische Gewebe ideologisch verneint wurde, so als wäre es ‚unsichtbar‘ gewesen. Und die Konfrontation der Neankömmlinge mit dem bestehenden Kontext – menschlich und materiell – war faktisch vorprogrammiert. Der neue Baustil war und ist zwar in seiner Form und Funktion defensiver Natur, er verbirgt jedoch in seiner Essenz ein offensives Design und einen schleichenden Prozess der Demontage der historischen Strukturen des Landes. Die zionistischen Segregationsgedanken, die sehr bald geometrische Formen annahmen, waren vielleicht die ersten Auffälligkeiten des zionistischen Projekts, die die konservative, aber einfache, offene und gastfreundliche Bauerngesellschaft Palästinas gesehen und gespürt hat.

Und selbst nach der militärischen und politischen Überlegenheit der jüdischen Gesellschaft in Palästina nach

¹ Radermacher, Franz Josef: *Balance oder Zerstörung ... a.a.O.*, S.206.

1948 blieb dieses Phänomen weiterhin bestehen. Das Bedürfnis des inzwischen starken israelischen Staats nach Sicherheit war offensichtlich noch wichtig genug. Im israelisch-arabischen Konflikt, der gänzlich ein territorialer Konflikt ist, sind die Begriffe ‚Territorium‘ und ‚die Bildung einer Nation‘ bestimmend in der Entstehungsgeschichte des Landes Israel. Der ‚neue Platz‘ und eine ‚neue Konstruktion‘ waren und sind weiterhin der Ort und das Werkzeug mit denen das Projekt der Ansiedelung von Juden in das Land von Israel realisiert wird. Beide, der Boden und dessen Planung lagen und liegen bis heute im Herzen des territorialen Konflikts und sind zentrale Werte und Hauptmetapher des nationalen Ethos Israels. In den Anfängen des israelischen Staats führte dieser Umstand dazu, dass man bereits sehr früh begonnen hat, Planung als Kontrollmechanismus zu betrachten, der gewonnenes Land absichert und die indigenen Nachbarn, die Palästinenser, ausschließt. Mit architektonischen Mitteln schufen die zionistischen Planer-Pioniere *interne Grenzen* und eine Architektur der Verschanzung, nicht etwa um sich selbst zu verteidigen, sondern – und entsprechend der neuen Machtverhältnisse eines souveränen und militärisch starken Staates und gemäß einem neuen Diskurs des Zionismus, der die Prioritäten seiner Ziele wechselte – um zwei hervorgehobene Projekte, nämlich die *Judaisierung* des Staates und die *Aufnahme* und *Assimilierung* der jüdischen Emigranten umzusetzen.

Im Kontext der neu gewonnenen Macht konnte die Verfolgung der zionistischen Ziele in Palästina, nämlich die Eroberung und Sicherung von arabischen Gebieten, ständig von einer beispiellos schnellen Bewegung und Anpassung der Grenze begleitet werden. Der Staat Israel verfolgt seitdem nicht etwa die Erfüllung seines Bedürfnisses nach der Schaffung von sicheren Grenzen, die dem blutigen Konflikt ein Ende setzen könnte. Vielmehr kann man in diesem israelischen Bestreben seit 1948 von einer Politik der ‚elastischen Geographie‘ sprechen, die sich fatalerweise nach der Eroberung des Westjordanlands und des Gazastreifens im Juni 1967 fortsetzte und den Konflikt weiter verschärfte.

Daher bedeutet der Begriff ‚Grenze‘ in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht mehr Befriedungslinie zwischen zwei Hoheitsräumen, die die Bewohner beider Volksteile in ihre Schranken verweist und dem Raum seine Gestalt, seine Ränder, und seine Eigenheit gibt. Stattdessen verdrängt die Grenze hier Menschen, löscht ihre bestehenden Sektoren und zersetzt ihren Lebensraum, so sehr, dass Raum dort etwas *Feindliches* geworden ist, denn er ist ein inhalts- und konturloser bzw. ein nebulöser Raum, der Unsicherheit schürt.

In keinem anderen Staat wird Raumplanung so inszeniert und das Land transformiert wie dies die Besatzungsmacht Israel in den besetzten arabischen Gebieten praktiziert. Hier wird Raumplanung als Mechanismus benutzt, um einen Raum zu schaffen, der gleich einer kollektiven physikalischen Bestrafung in eine *Waffe* umfunktioniert wird. Und nach Israels Verständnis von Geopolitik werden hier Menschen- und Bodenrecht dem Wunsch nach Sicherheit und umfassender Kontrolle untergeordnet. Die Taktik israelischer Planung in Palästina insgesamt und speziell in den 1967 besetzten arabischen Gebieten ist ein ständiges Wechselspiel zwischen Fakt und Akt der *substanziellen Grenzverschiebung*, vielmehr eine Expansion des israelischen Staates im neuen eroberten Land, dessen Instrumente die Schaffung von *Fakten* durch Präsenz und das Forcieren von *Siedlungsakten* verkörpern, die wiederum als Basen für weitere Expansionsmechanismen fungieren.

Die israelische Besetzung der arabischen Gebiete im Juni-Krieg 1967 kennzeichnete nicht nur eine folgenschwere epochale Wende, sondern auch den Beginn eines Planungsprozesses, den man durchaus als Fortsetzung der zionistischen ‚Bildung der Nation‘ der 1950er Jahre sehen kann, in diesem Fall jedoch in den Höhen des Westjordanlands, dessen historischer Raum den Fokus des zionistischen Planungsinteresses bildete – Architektur, gleichbedeutend ob destruktiv oder konstruktiv, spielte in diesem Kontext immer eine zentrale Rolle. Bis Ende der 1950er Jahre wurden Siedlungen im Kernland und in Grenzgebieten als Bollwerke gebaut. Ab 1967 sollten Architekturkonzepte weiterhin als ein Mittel zur Sicherung erobelter Gebiete funktionieren und neue Siedlungen so konzipiert werden, dass in den Grenzgebieten eine *Architektur der Befestigungsanlagen* entsteht. Kein Wunder also, dass die vorherrschende Doktrin des Siedlungsaktes des regierenden Arbeiterblocks (bis 1977) die sogenannte *Frontierarchitektur* thematisierte und umsetzte. Die wichtigste *Bauaktivität* dieser Zeit war die Schaffung von zwei verschiedenartigen Fronten unter der Leitung von zwei Generälen der israelischen Armee (Chaim Bar-Lev und Yigal Allon), die jedoch Produkte der gleichen Doktrin waren: General Bar-Lev erschuf die weltberühmte und nach ihm benannte *Bar-Lev-Linie* entlang des strategisch wichtigen Suezkanals, und General Allon agierte mit anderen Mitteln zur Absicherung der Kriegsbeute ‚Westjordanland‘ und entfachte mit seinem nach ihm benannten *Plan* zur Besiedlung des arabischen Territoriums westlich des Jordans einen territorialen und demographischen Transformationsprozess, der bis heute andauert – das zentrale Element des

Allon-Plans betrifft neben dem Jerusalemer Raum auch das Jordantal: das dünn besiedelte Gebiet wird seitdem von Israel militärisch kontrolliert, ausgebeutet und als geostrategische Pufferzone für eine Trennung des Westjordanlands von seinem arabischen Umland (Jordanien) benutzt.

Nach dem Wahlsieg der Likud im Jahre 1977 nahm die zionistische Planungssubtilität mit der Besiedlung des Inneren des Westjordanlands und der Einnistung von jüdischen Siedlungstaschen (Block- und Verbundsystemen) in unmittelbarer Nachbarschaft arabischer Städte und Dörfer neue Dimensionen an. Die neue Taktik bedeutete eine Umkehrung von der Defensive in die Offensive, um jegliche palästinensische Entwicklung zu blockieren, nicht nur in der Peripherie und in Randgebieten, sondern und vor allem auch in und um den Bevölkerungszentren selbst.

In beiden israelischen Planungsgrundsätzen kann man von einer subtilen israelischen Strategie der Expansion und der Landkontrolle sprechen, bei der (a) die subtile rechtliche Auslegung des laut internationalem Recht illegalen Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten, und (b) die Verkomplizierung des Terrains durch Fragmentierung die wichtigsten Merkmale bilden. Der Erfolg des israelischen Siedlungsprojekts wird (1) in einem raffinierten Zusammenspiel zwischen *militärischem Denken*, (2) im rechtzeitigen Einsatz militärischer Übermacht bei günstigen Machtverhältnissen im internationalen politischen Kontext und vor allem (3) in der systematischen und *intelligenten Planung* ermöglicht.

Aus diesem Zusammenspiel, das bis heute seine Gültigkeit hat, resultierte, dass der palästinensische Raum zerstört wurde und vor allem, dass dessen Landkarte dermaßen manipuliert wurde, dass die Fläche des Territoriums in einen unerträglichen fragmentierten Zustand überführt wurde. Das ‚intelligente Planen‘ bildet die wichtigste Tragsäule dieser Strategie, denn das Endprodukt dieses umfassenden Prozesses nimmt auf jeden Fall geometrische Formen dergestalt an, die in ihren konstituierenden Elementen die *Dreidimensionalität* des Konflikts bzw. dessen *Raum-Kontroll-Matrix* expressiv widerspiegeln. Eine Verbindungssachse erschließt einen von jüdischen Siedlern auf besetztem arabischem Land aufgestellten Wohncontainer als kleinste Siedlungseinheit, die sich binnen kurzem zu einer Mini-Siedlung entwickelt, die gemäß israelischem Recht einen Anspruch auf Versorgung und Schutz hat. Eine Multiplikation dieses Prozesses produziert eine Kontrollmatrix aus einer Vielzahl von Kontrollzellen, die mittels eines raffinierten Straßen-, Brücken- und Tunnelsystems vernetzt sind, das exklusiv nur von den jüdischen Siedlern benutzt werden darf. Durch diese Exklusivität der jüdischen Nutzung von Infrastrukturen entwickelte sich eine neue destruktive Qualität des Konflikts, die eine gewisse technisch-philosophische Tiefe hatte: wenn beispielsweise eine *jüdische* Brücke auf arabischem Land gebaut wird, um eine *jüdische Siedlung A* mit einer *jüdischen Siedlung B* miteinander zu verbinden und das *palästinensische Dorf C*, dem das Land gehört, zugleich von der Nutzung der Brücke ausgeschlossen wird, dann entwickelt sich die Verbindungslinie (Brücke) zu einer Trennungslinie, sprich zu einer ethnischen *Grenze*. Durch die Besitzverhältnisse des Landes (arabisch), auf dem sich die Tragstützen der Brücke (jüdisch) befinden, hat man es hier nicht nur mit einer interessanten juristischen Frage der Souveränität über Land und Luft, sondern und vor allem auch mit der Tatsache zu tun, dass diese künstliche Grenze eine dreidimensionale Form angenommen hat, die für diesen Konflikt typisch ist. Dieses gilt auch für das umfassend ausgebaute Straßen- und Tunnelsystem im gesamten Westjordanland, zwischen und manchmal auch unterhalb von palästinensischen Städten und Stadtzentren.

Israelische Planung im Westjordanland wird – im Nebel des täglichen politischen Diskurses verdeckt – einer militärischen Logik unterworfen, die in der Architektur ein Mittel zur *Kontrolle über Raum* sieht und diese entsprechend instrumentalisiert, um nicht nur die Oberfläche des Territoriums, sondern und vor allem auch um ihre Hand auf die sich im Gesamtraum befindlichen Ressourcen des Landes zu legen – in der Höhe wie in der Tiefe, von der Lufthoheit bis zu den Grundwasser-Aquifern, vom Quellwasser bis zum Abwasser und von der Kulturlandschaft bis zur Archäologie. Ein durch Infrastruktur- und Siedlungsbau bestimmter Prozess zunehmender *räumlicher Fragmentierung* des Westjordanlands ist dann deutlich ablesbar. Diese Situation könnte problemlos als die schwerwiegendste Konsequenz des zionistischen Siedlungsprojekts in Palästina aufgefasst werden.

Diese *territoriale Komplexität* ist das Ergebnis der zionistischen Manipulationsarbeit vieler Jahrzehnte in Palästina, die vor allem mit Hilfe eines durchdachten israelischen Planungssystems das exklusiv jüdisch-israelische Interessen fördert und die arabische Entwicklung in den besetzten Gebieten systematisch blockiert. Das

Planungssystem, das von der israelischen Militärregierung dominiert wurde und wird, schuf ein destruktives Design. Die Eckpfeiler dieses Designs sind:

1. Die Alleinherrschaft der israelischen Besatzungsmacht über die Planungshoheit in den besetzten Gebieten.;
2. Planung wird von der israelischen Besatzungsbehörde als ein Machtinstrument zur Eroberung und *rein jüdischen* Besiedlung des arabischen Landes instrumentalisiert.

Um Wachstum und Entwicklung in den palästinensischen Gebieten zu verhindern hat das israelische Planungssystem seit 1967 dafür gesorgt, dass die Palästinenser nie ihre eigenen Städte planen konnten und durften. Stattdessen sorgt das gleiche Planungssystem für eine umfassende Unterstützung und Forcierung des rein jüdischen Siedlungsprozesses mitten im arabischen sozioökonomischen Kontext auf dessen Kosten. Daher wütet seit 1967 ein israelischer Krieg gegen die palästinensische Topographie und Demographie, in dem mit den Mitteln der Architektur und des Städtebaus eine Planungspolitik der ‚Destruktion durch Bauen‘, gewissermaßen durch den Bau von exklusiv jüdischen Siedlungsstrukturen, die den palästinensischen Lebensraum immer intensiver paralisieren und reduzieren und folglich eine destruktive Wirkung auf das arabische Kulturerbe haben, kompromisslos umgesetzt wird.

Insbesondere nach 1977, nach der Machtergreifung der konservativen Likud-Regierung in Israel, legte die Besatzungsmacht großen Wert auf die Formalitäten des (gesetzlichen) Planungssystems in ihren Entscheidungen in Bezug auf die Entwicklung der Palästinenser. Die Planungspolitik war dauerhafter und die Entscheidungen innerhalb dieser Politik waren entschieden konsequenter, als in fast allen anderen Ländern. Bekanntermaßen verfolgten die Militärregierungen Israels seit 1967 konsequent eine doppelte Planungsstrategie, die sie dem zionistischen Ziel (der Kontrolle über das ganze *Mandat Palästina*) immer näher brachte, nämlich

1. die territoriale Kontinuität der israelischen Siedlungen mit dem Mutterland mittels eines ‚Verbindungssystems‘ zu schaffen; und
2. die ‚Separation‘ zwischen palästinensischen Städten und Dörfern zu bewirken, um deren Kooperation einzuschränken.

Dabei bedienten sie sich in Bezug auf die arabischen Städte und Dörfer (die Peripherie wurde immer ausgeschlossen) zwei Hauptleitbilder, nämlich

1. die Kontrolle über die Entwicklung in den palästinensischen Dörfern und Städten zu gewährleisten, indem man israelische administrative Systeme und Planungsschemen schuf; sowie
2. die Transformation der physischen Besonderheiten der (arabischen) Baukultur und Landschaft, indem man jüdische Konstruktionen als vollendete Tatsachen in das Territorium einnistete (Siedlungsbau), die arabische Baukultur und Infrastruktur zerstörte und schließlich die israelische militärische Präsenz im Gebiet intensivierte.

Die klar definierten Ziele und Strategien der Planungsabteilungen der israelischen Militärregierung beschränken sich nicht auf das Erlangen der Kontrolle über das palästinensische Territorium. Das inzwischen wichtigste erklärte Ziel der zionistischen Planer ist, vor allem eine dominierende Einflussnahme auf die Identität der ‚gebauten Umwelt‘ des Westjordanlands, gewissermaßen auf das arabische kulturelle Erbe Palästinas zu haben, um sie schließlich mit Hilfe von genau studierten raumplanerischen ‚Entarabisierungsmaßnahmen‘ unterminieren zu können. Der Fokus des zionistischen Interesses galt stets ‚Palästina‘ als ein *leeres* Land ohne seine arabischen indigenen Bewohner. Das stellte den Drehpunkt der zionistischen Arbeit in Palästina dar, die von ihren drei Komponenten ‚Besetzen‘, ‚Entwurzeln‘ und ‚Ersetzen‘ nie abwich. Das zionistische Unternehmen in ‚Palästina‘ kann man daher als ein Projekt der ‚räumlichen Säuberung‘ bezeichnen. Planung des Lebensraums der Palästinenser durch ihre Besatzer gewinnt in diesem Kontext eine besondere Bedeutung, da sie in ihrer Form in Wahrheit eine *Anti-Planung* bzw. eine Destruktion des Raums ist, die zu einem provozierten und unabweichlichen *freiwilligen* Transfer, präziser: zu einem freiwilligen Exodus der Palästinenser führen soll.

Jedoch erkannten die zionistischen Politiker spätestens nach dem Ausbruch der ersten palästinensischen Intifada im Dezember 1987 die Unmöglichkeit der Vollendung ihres zionistischen Projekts in den besetzten arabischen Gebieten. Weder konnten die Militärregierungen das isolierte und umfassend diskriminierte Volk dort zäh-

men, noch konnte das intensive jüdische Siedlungsprogramm in den besetzten Gebieten trotz allen angebotenen lukrativen finanziellen Vorteilen genügend freiwillige jüdische Siedler anlocken, um das „Heilige Land“ zu kolonisieren und ein gewünschtes Gegengewicht zur lauernden demographischen Gefahr der stark wachsenden palästinensischen Bevölkerung zu bilden. Die Demographie ist in Wahrheit die einzige effektive Waffe und *das* Druckmittel, das die Palästinenser seit Mitte der 1980er Jahre gegen die israelischen Pläne in *Mandatspalästina* haben.

Die Aufnahme der Friedensgespräche zwischen Israel mit den arabischen Staaten und der PLO im Jahre 1991 (Madrid) und die daraus resultierende Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) 1995 waren tatsächlich ein Ausdruck des Scheiterns des zionistischen Projektes im Mandat Palästina. Sie waren aber auch ein letzter Versuch Israels, mittels Zeitgewinn in sinnlosen Verhandlungen mit der Arafat-PLO aus der Stärke heraus nicht nur die Ernte der letzten 20 Jahre zionistischer Arbeit in den besetzten Gebieten (die Siedlungsblöcke, Jerusalem und das Jordantal) als Kriegsbeute zu behalten und mit Hilfe von willigen Verhandlungspartnern um Arafat eine Möglichkeit in den Gebieten zu erhalten, die ihnen erlaubte, das Land bequem und beinahe kostenlos weiterhin zu kontrollieren. Durch diese Deluxe-Besatzung konnte Israel seinen Siedlungsprozess fortsetzen und immer mehr vollendete Tatsachen in den immer noch faktisch besetzten Gebieten schaffen, die die Endstatusgespräche stark beeinträchtigen würden bzw. in diesen auch berücksichtigt werden müssten.

Diese israelische Kontrolle galt in besonderem Maße für das so genannte Osloer Planungssystem, das dem israelischen Staat uneingeschränkt erlaubte, seinen Siedlungsbau auszudehnen und zugleich Einspruch gegen jede palästinensische Planung zu erheben, die nicht mit seinen politischen und ökonomischen Interessen konform gehen würde. Nach Oslo II durften die Palästinenser zwar Planungsbehörden aufbauen, jedoch (so wie die ganze Autonomiebehörde) ohne die nötige Souveränität zu erhalten, die es ihnen ermöglicht hätte, eine ernsthafte Entwicklungsplanung – eine Planung, die den gegenwärtigen und künftigen Bedürfnissen der Menschen dort nachgeht bzw. vorsorgt – in Gang zu setzen und diese auch umzusetzen. Im Schutze des scheinbaren Friedens und mit aktiver Hilfe der Sicherheitsapparate der PA hatten Israel und seine Siedler im Westjordanland beinahe freie Hand, bequem, intensiv und gefahrlos ihre Siedlungsstrukturen auszubauen und zu expandieren. Während und obwohl man über die Gründung eines Palästinenserstaates innerhalb der Grenzen der Waffenstillstandslinie von 1949 auf der Basis von ‚Land gegen Frieden‘ verhandelte, hat sich die Zahl der jüdischen Siedler im Westjordanland (ohne Ostjerusalem) auf dieser Art von 93.000 Siedlern im Jahre 1991 auf 290.000 Siedler im Jahre 2008 mehr als verdreifacht – das sind Zahlen, die Israel vor dem Osloer Prozess aufgrund seines Status als offizielle Besatzungsmacht, sprich aufgrund des offensichtlichen Verstoßes des israelischen Siedlungsbaus gegen das internationale Recht, nicht einmal in seinen kühnsten Träumen zu erreichen gehofft hatte.

Mit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 kam eine neue Qualität des Raumdesigns in den palästinensischen Gebieten hervor, nicht zuletzt angesichts des Ausbruchs der zweiten bewaffneten Intifada im September 2000, nachdem im gleichen Jahr die *Camp David Verhandlungen* zwischen PLO-Chef Yasser Arafat und dem israelischen Premierminister Ehud Barak gescheitert waren. In diesem außerordentlichen weltpolitischen Kontext, der unter der Leitung der *Neokonservativen* um Präsident G. W. Bush im Zuge seines Kampfs gegen den internationalen Terror zum *Radikalen* tendierte, wurde (von Ariel Sharon angeregt) eine politische Symbiose zwischen Israel und der USA produziert, um den US-Kampf gegen den Terror der AL-Qaida mit dem jahrzehntealten Kampf des israelischen Staates gegen den palästinensischen *Terror* (für Palästinenser: Widerstand) in Verbindung zu bringen und folglich die israelischen hegemonialen Praktiken in den besetzten arabischen Gebieten zu begründen und politisch zu legitimieren. Eine beunruhigende Gegebenheit bzw. Nebenerscheinung des gegen einen zumeist unsichtbaren *Subjekt-Feind* (Terror) erklärten Krieges ist die Tatsache, dass mit diesem Krieg *militärisch-räumliche Praktiken* umgesetzt wurden, die eine neue Qualität in der Beziehung zwischen Macht und Raum herstellten: Werkzeuge der Raumplanung sind hier neu inszeniert worden, um *rechtsfreie Räume* zu kreieren, in denen Menschenrechte schwer verletzt wurden.

Der Bau der Trennungsmauer zwischen Israel und dem Westjordanland konnte faktisch erst nach dem 11. September 2001 vom israelischen Parlament beschlossen werden. In der oben genannten Symbiose zwischen Israel und den USA sollte man eigentlich vielmehr von einer Nachahmung der israelischen Schule in der US-amerikanischen und folglich in der Weltpolitik nach dem 11. September sprechen. Denn ideologisch hat Israel schon immer die besetzten arabischen Gebiete – und dies bezeugen die israelischen Praktiken dort – als *rechtsfreie Räume* gesehen, in denen *rechtlose Menschen* leben. Insofern hat sich die israelische Doktrin im Umgang

mit Raum und Mensch in dieser kritischen Phase bedauerlicherweise gegen die demokratischen und liberalen

Der Bau der Trennungsmauer zwischen Israel und dem Westjordanland konnte faktisch erst nach dem 11. September 2001 vom israelischen Parlament beschlossen werden. In der oben genannten Symbiose zwischen Israel und den USA sollte man eigentlich vielmehr von einer Nachahmung der israelischen Schule in der US-amerikanischen und folglich in der Weltpolitik nach dem 11. September sprechen. Denn ideologisch hat Israel schon immer die besetzten arabischen Gebiete – und dies bezeugen die israelischen Praktiken dort – als *rechtsfreie Räume* gesehen, in denen *rechtlose Menschen* leben. Insofern hat sich die israelische Doktrin im Umgang mit Raum und Mensch in dieser kritischen Phase bedauerlicherweise gegen die demokratischen und liberalen Prinzipien vieler westlicher Staaten durchgesetzt.

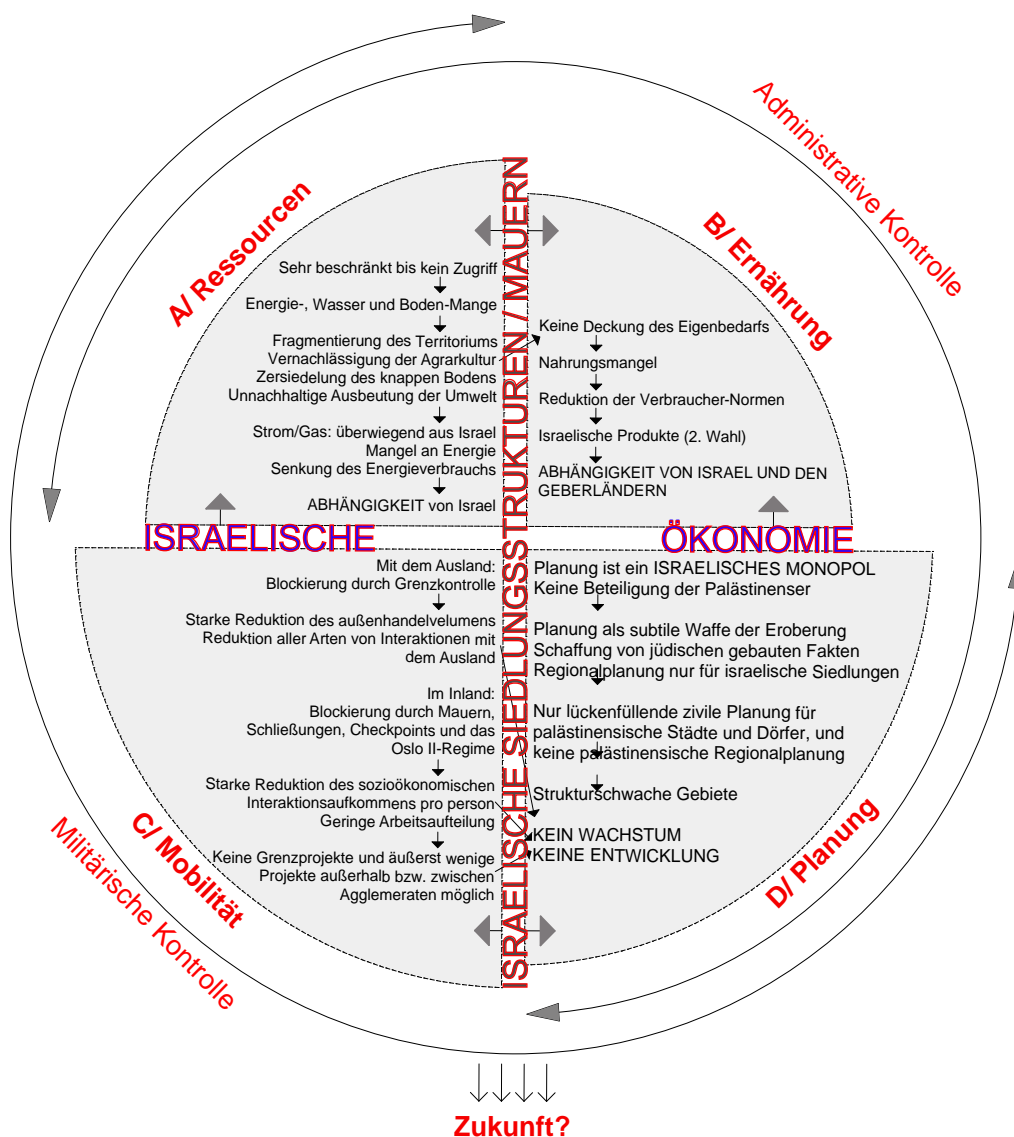
Vor dem 11. September konnte Israel diese Politik nur subtil und schleichend gegen ihre arabischen Nachbarn praktizieren. Um den Bau eines folgeschweren interregionalen Monuments wie dem der israelischen Mauer zu unternehmen, bedurfte Israel weit mehr als seine regionale militärische Stärke, nämlich so etwas wie eine machtpolitische *Absolution* von Seiten einer schützenden Großmacht. Diese war nur im Rahmen eines außerordentlichen Ereignisses wie der Anschläge des 11. Septembers möglich. Verbindet man diese Tatsache mit der Krise Israels in Bezug auf den Stillstand im Friedenprozess, auf die arabische demographische Gefahr im gesamten *Mandatspalästina* und die damit verknüpfte *Identitätskrise* eines Staates, der unbedingt ein ‚jüdischer‘ und zugleich ein ‚demokratischer‘ Staat sein möchte, so wird klar, dass der Bau der Mauer im Herzen des Westjordanlands nicht nur auf das Einverleiben der Siedlungsstrukturen und die Aufrechterhaltung der territorialen Komplexität abzielt, um die Lebensfähigkeit bzw. der Souveränität eines unerwünschten Palästinenserstaates in einem *Archipel* namens ‚Palästinensische Gebiete‘ zu untergraben. Die Mauer ist vor allem auch ein explosiver Ausdruck des Scheiterns des zionistischen Projektes an den demographischen Zahlen im Westjordanland – wenn der demographische Aspekt nicht *der* Hauptgrund ist, dann ist er für die Zionisten mindestens einer der wichtigsten Gründe für eine räumliche Demontage und eine ethnische Segregation im Heiligen Land, nachdem die Kriegsbeute abgesichert und der Lebensraum des Gegners bis zur Unkenntlichkeit paralysiert wurde.

Im Kontext der arabischen ‚*demographischen Gefahr*‘, bekommt das israelische Verständnis von Land und Leute in Palästina ein neues Erscheinungsbild, das von einer Politik bestimmt wird, die eine israelische *unilaterale* Separation anstrebt, nachdem die politische Zauberformel ‚*Maximum Land – Minimum Palästinenser*‘ forciert worden ist. Aus dieser Politik wird eine *gewünschte* ‚Unsichtbarkeit‘ der Palästinenser bewirkt, die in einer einzigartigen Wechselwirkung mit den alltäglichen israelischen Kolonisierungspraktiken im Westjordanland steht. Die Mauerroute verschlingt ganze Gebiete samt palästinensischer Dörfer, die sich plötzlich westlich der Barriere liegend im Niemandsland befinden und faktisch unsichtbar sind, und sie werden auch tatsächlich in keiner israelischen Landkarte markiert, sprich sie werden ausgeblendet. Insgesamt sind 16 palästinensische Dörfer davon betroffen, von denen sich 8 Dörfer im nördlichen Mauersektor zwischen Salem und Qalqilya befinden. Diese visuelle Beseitigung bzw. erzwungene Unsichtbarkeit von einigen palästinensischen Dörfern im Mauergebiet ist in Wahrheit eine Fortsetzung der israelischen Politik der Zerstörung der Landkarte des arabischen Westjordanlands.

Und hier ist der Hinweis auf einen äußerst wichtigen Aspekt und Absicht hinter dem Mauerbau unumgänglich, nämlich seine historische Dimension als ein Versuch, den Status Quo im ganzen *Mandatspalästina* aufrechtzuerhalten, was vollkommen mit der Programmatik der letzten israelischen Regierungen konform geht. In der Programmatik aller israelischen Regierungen seit Ariel Sharon (2001) wird nämlich die Gründung eines Palästinenserstaats mit der Anerkennung von Israel als ‚jüdischen Staat‘ durch die Palästinenser als Bedingung verknüpft. Von der Einverleibung des arabischen Lands durch Israel und vom territorialen Zugewinn einmal abgesehen, stellt die israelische Mauer heute in diesem Zusammenhang einen Versuch der israelischen Regierung dar, die Vertreibungen (die ethnische und räumliche Säuberung), die in den bisherigen Kriegen (vor allem 1948/49) stattfanden, mit einer *Bantustan-Lösung* für den Rest des Landes zu *decken*. Denn die Trennung soll hier eine unumkehrbare physikalische Form annehmen, die die Menschen nicht nur von ihrem Land, sondern und vor allem auch von ihrer Geschichte trennen soll. Die Mauer ist de facto ein Versuch, diesem durch und durch geschichtlichen Konflikt seine geschichtliche Dimension zu entziehen und verkörpert ein unilaterales Ende der Geschichtsschreibung, die den historisch sehr labilen Status Quo der israelischen *vollendeten Tatsachen* sowie der *künstlich erzeugten* zwischenstaatlichen Barrieren arabischer Diktaturregime aufrechter-

halten soll.

Es ist offensichtlich, dass die Erbauer der israelischen Barriere im Westjordanland auch auf die palästinensischen Flüchtlinge abzielen, deren Rückkehr ein Punkt wäre, der alle bisher erreichten Erfolge der zionistischen Strategie in Frage stellen bzw. ihren *kolonialen Aspekt*, ihre Grundlage, widerlegen würde. Der im Land der Palästinenser gelegene ‚Ausnahmestatus‘ ist an sich eine permanente Struktur juristisch-politischer Anordnungen der Besatzungsmacht, die als Mechanismen der Abschiebung oder Verlagerung von Menschengruppen auf die Umsiedelung der palästinensischen Bevölkerung abzielt, unabhängig davon, ob innerhalb oder außerhalb der undefinierten israelischen Staatsgrenzen. So gesehen hat dieser neu forcierte Status, wenn auch nicht hauptsächlich, die Aufgabe, ein Rückkehrszszenarium der palästinensischen Flüchtlinge in das israelische Kernland (also in ihre ehemaligen Wohnstätten) bzw. in das heutige Territorium des Westjordanlands – wegen der inzwischen paralyisierten und fragmentierten Fläche des Territoriums (so zu sagen vor der Haustür) – zu verhindern.



Schema des Status Quo in Palästina/ Eine gefährdete Region

Abb. 6-1: Schema einer gefährdeten Region Palästina, MS. 2011..

Planung hat in diesem Prozess tatsächlich eine signifikante Bedeutung, insbesondere die ‚negative‘ Planung für die arabischen Dörfer und Städte des Westjordanlands, die man als die ‚Kehrseite‘ der israelischen Planung der zwischen den palästinensischen Ortschaften penetrierenden zionistischen Siedlungstaschen sehen kann. Diese Tatsache bildet den Kern des Kampfs um die Hügel des Heiligen Landes und das zentrale Hindernis einer territorialen Lösung des Konflikts auf der Basis der Zwei-Staaten-Lösung, die offiziell vom Nahost-Quartett (den USA, Europa, der Russischen Föderation und der UNO) als einzige Option zur Lösung des israelisch-

palästinensischen Konflikts verfolgt wird. In Wahrheit hat bis heute keine Seite, außer der palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland einen Schritt unternommen, territoriale Vorstellungen dieser Option zu konkretisieren, am wenigsten Israel. Auch haben weder Israel noch die PLO diese hoch sensible Angelegenheit (die verschiedenen Lösungsoptionen) ernsthaft der eigenen Öffentlichkeit als Memorandum unterbreitet. Die Unterstützung der Öffentlichkeit ist enorm wichtig für den Erfolg eines Friedensabkommens. Arafat wusste, dass er diese Unterstützung gesamtpalästinensisch nicht bekommen hätte, denn Oslo II reduzierte auf Kosten der historischen Rechte der palästinensischen Araber die Palästinafrage darauf, die Bildung eines Palästinenserstaates auf einem winzigen Teil des historischen Palästina anzustreben – daher sein Alleingang.

Die Blockade gegen die palästinensischen Gebiete ist umfassend und ihre Abhängigkeit vom politischen und ökonomischen Willen des israelischen Staates ist ein einzigartiges Lehrbeispiel eines ‚ökodiktatorischen Raumdesigns‘. Die administrative und militärische Kontrolle der Gebiete durch die Besatzungsbehörden umfasst jedes Detail im Leben der Palästinenser und dient mittels ethnischer Segregation, des Siedlungsbaus und ökonomischer Penetration in den besetzten palästinensischen Gebieten ausschließlich der israelischen Interessen. Durch systematische *jüdische* Planung kontrollieren die Israelis die Landesressourcen inzwischen beinahe vollständig und können die Mobilität der Palästinenser in ihrem Land so stark einschränken, dass eine palästinensische sozioökonomische Interaktion so gut wie unmöglich ist. Das israelische Monopol auf Planung macht bis heute palästinensische Entwicklung und Wachstum zum Wunschdenken. Der Lebensraum der Palästinenser wurde als Ergebnis von 44 Jahren Besatzungspraktiken dermaßen degradiert, dass man ernsthaft von einer ‚gefährdeten Region Palästina‘ sprechen kann.

6.2 Blick in die Zukunft²

6.2.1 Planung: eine komplizierte Aufgabe, auch ohne Fremdbesetzung

Eines der herausragenden Merkmale von Architektur und Ingenieurkunst ist die Tatsache, dass sie schon immer und mit ziemlicher Präzision den Zeitgeist des Ortes und die Werte seiner Schöpfer reflektierten. In Wahrheit bezieht diese Disziplin ihre Stärke und Auszeichnung aus ihrem interdisziplinären Charakter, der sie zu einer Wissenschaft macht, die sich mit allen zeitgenössischen Problemen, Erwartungen und Errungenschaften der Gesellschaft auseinandersetzt. Architektur wird immer dann gerufen, wenn Visionen kreative Formen annehmen sollen. Nirgendwo sonst ist eine wissenschaftliche Leistung so physikalisch fassbar und erlebbar, wie in der von Menschenhand erbauten Umwelt. Wenn man heute von der Evolution der Technik spricht, dann ist Ingenieurkunst ihre Ausdruck, Städtebau und Architektur die Gussform und „Höhle“ zugleich. Beide spiegeln in der Tat den Zeitgeist bzw. zeigen auf, wie eine Gesellschaft lebt und funktioniert. Jacques Neirynek geht soweit, die Leistung des Ingenieurs hinsichtlich ihres Gewichts in der Menschheitsgeschichte als „göttlich“ zu bezeichnen.³ Erstaunlich sind auch die Leistungen der Ingenieure in der Umsetzung der Mathematik im banalen Alltag. Dass die Mathematik den Alltag des Menschen mitbestimmt, ist seit Menschendenken eine Gegebenheit. Beispielsweise reicht die Geschichte der Vermessung, die mit der Ingenieurkunst eng verbunden ist, zurück bis in die Zeit der Pyramidenerbauer in Ägypten und war schon von Anfang an in unterschiedliche Arbeitsbereiche gegliedert. Die jährlichen Überschwemmungen des Nil zwangen immer wieder zu Neubestimmungen oder Herstellung der Grundstücksgrenzen. Die Nachbarschaftsprobleme der Grundstückspächter wurden mittels technischer Errungenschaften der Kunst des Vermessens gelöst.

Untersucht man aufmerksam, was die *Utopie* in der Menschheitsgeschichte mit der *Stadt* zu tun hat, so stellt man fest, dass das Problem der Utopien sehr oft anhand einer Stadt als Demonstrationsbeispiel dargestellt wurde. Die Stadt selbst ist – streng genommen – eine, wenn nicht sogar die erste, verwirklichte Utopie. Die *agrарische Revolution*, sprich die Evolution, die von einer Gesellschaft der Sammler, über eine Organisation der Jäger und eine Hirtengesellschaft bis zur sesshaften Gesellschaft der Ackerbauern führte, war nicht nur auf allen Ebenen der menschlichen Errungenschaften bahnbrechend, sondern sie bestimmt bis heute aufgrund der Zentralität der Landwirtschaft die Grundstruktur unserer modernen Gesellschaft, die man ohne jeden Zweifel immer noch als eine agrарische Zivilisation bezeichnen kann. Die Landwirtschaft ging als Folge der Arbeitsteilung der Industrie und der Produktion voraus bzw. sie zog den Gedanken der Industrie nach sich. Die Stadt im modernen Sinne entstand allem Anschein nach zeitgleich mit dieser agrарischen Zivilisation und wurde als Zentrum und Drehpunkt der Organisation und Warenverarbeitung zur Notwendigkeit. In der Geschichte der Stadt wird bei den meisten ‚Utopien‘ das Ziel verfolgt, die Organisation zu verbessern, die die Stadt darstellt, da die Stadt in erster Linie eine Organisation ist, und nicht so sehr ein besetztes Territorium. Ein Aspekt der Komplexität und der Vielschichtigkeit der Idee ‚Stadt‘ ist ihr Wesen als Schutzpunkt, Sammelbecken der Spezialisten und Zulaufstelle für regionale Bauern und fremde Händler.⁴ Dass die ersten Staaten in der Menschheitsgeschichte *Stadtstaaten* waren, bezeugt die Komplexität dieser verwirklichten Utopie bzw. den enormen Bedarf nach Organisation und Planung zur Bewältigung der Aufgaben – Stadt- und Regionalplanung sind daher seit jeher eine komplizierte und mit der gesellschaftlichen und technischen Evolution eng verbundene Angelegenheit.

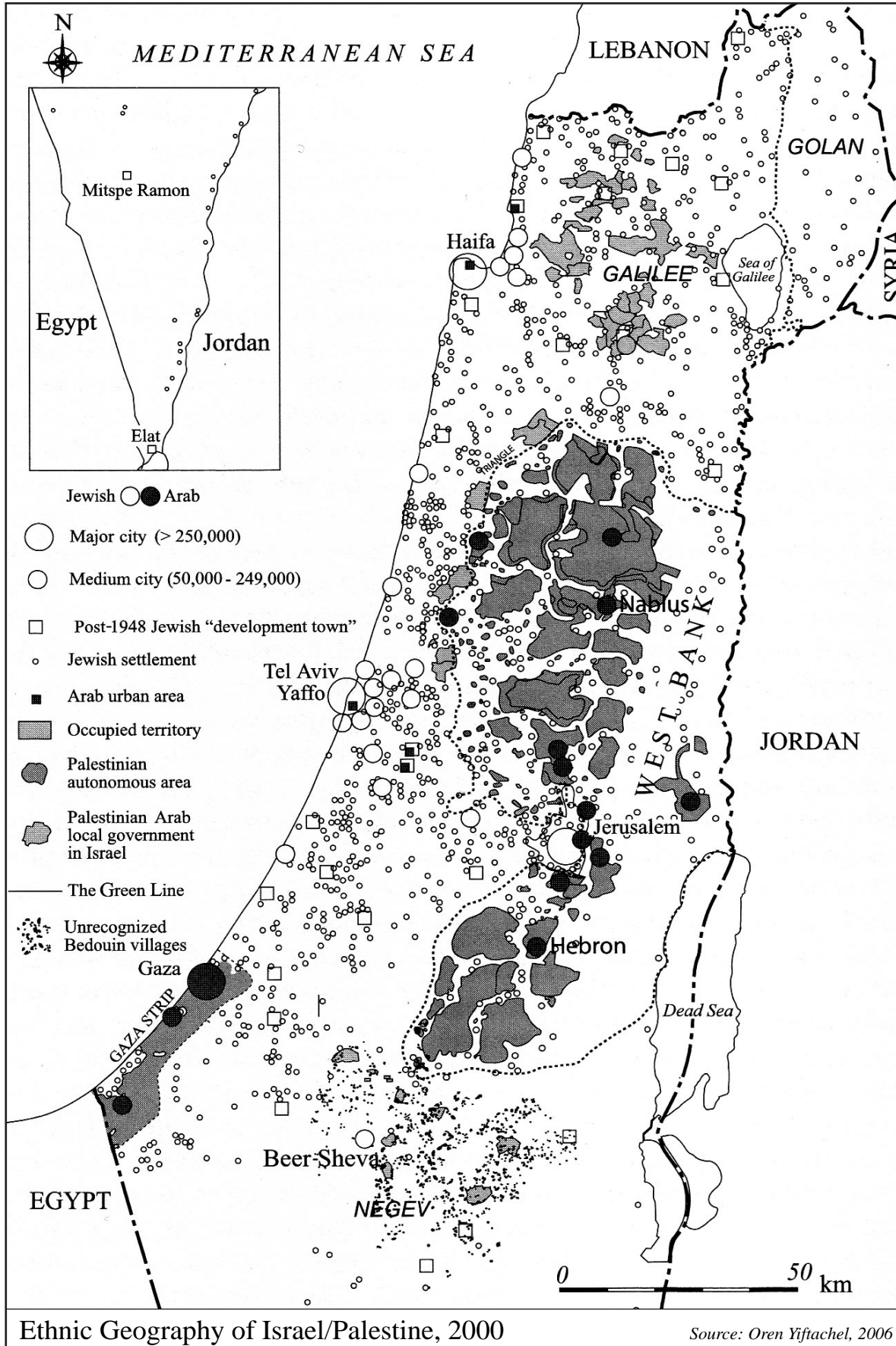
Wie Städte gebaut und gestaltet werden, ist in der Regel auch eine Messlatte für die Komplexität der Gesellschaft, in der sie erschaffen werden. In unserem modernen Zeitalter der Globalisierung, müssen sich Stadt- und Regionalplanung mit zunehmend komplexen urbanen Strukturen bzw. mit Themen auseinandersetzen, die noch vor wenigen Jahrzehnten in keiner Weise irgendwelche Prioritäten oder gar Relevanz besaßen. Durch die neue Entwicklung im Zeitalter extremer Geschwindigkeit ist der Umgang mit den klassischen Themen des Städtebaus überholt und benötigt daher die Entwicklung einer neuen Methodik zur Bewältigung der modernen Herausforderungen in den Bereichen Demographie und Wohnungsbau, sozialer Funktionen, Kultur und Bildung, Informationsgesellschaft, Umwelt, Wirtschaft, Mobilität, Frage der Auswahlmöglichkeiten und

² Vgl. auch die Forschung des Verfassers über das Thema ‚Planung des Nahen Ostens‘ in Zusammenarbeit mit Professor Alexander Wall, die im Rahmen seiner Arbeit am Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen/ KIT im SS 2010 sowie im WS 2011/2012 entstanden ist. Zwei Entwurfsseminare wurden hier als wichtige Bausteine veröffentlicht: ‚Designing Palestine – The Day after‘, eine Publikation zum gleichnamigen Entwurfsseminar (SS 2010); sowie ‚Designing Gaza – Masterplan(s) für eine gefährdete Region‘ (WS 2011/2012).

³ Neirynek, Jacques: Der göttliche Ingenieur – Die Evolution der Technik, Expert Verlag, 6. deutsche Auflage, 2006.

⁴ Mehr zur Utopie ‚Stadt‘, siehe Friedman, Yona: Machbare Utopien – Absage an geläufige Zukunftsmodelle, Fischer Verlag, F. a. M., 1977, Kapitel VIII, S.115-126.

Vielfalt in einer Wohlstandsgesellschaft, der Bedürfnisse nach Sicherheit und Gesundheit, sowie in der progressiven aber komplexen Synthese ‚Städtebau und nachhaltige Stadt‘ – und nicht zuletzt in der Frage der Energie.



Karte 6-1: Ethnische Geographie Israels/Palästinas, 2000, Oren Yiftachel, 2006.

In diesem Zusammenhang hat Stadtplanung die große Verantwortung und Herausforderung, einen Prozess des Umdenkens zu starten, um den bisherigen Diskurs zu korrigieren und – im Einklang mit ihrer alten Tradition

– die richtige Methodik zu finden, die dem von den Menschen geschaffenen (ökologischen) Ungleichgewicht entgegenwirken kann, indem sie kreative Antworten auf die akuten Probleme der Städte und der Umwelt gibt und vor allem eine gesunde dialektische Beziehung zwischen Tradition, Moderne und Landesidentität reproduziert. Der Mensch bzw. der Bürger muss wieder in den Mittelpunkt und in den Fokus des Interesses von Planung gesetzt werden. Die Stadt als Lebensraum hat ihre wahre Rolle und Aufgabe zurückzugewinnen, nämlich die geistige und materielle Freiheit der Persönlichkeit sicherzustellen, die gesellschaftlichen Interaktionen zu fördern sowie unser soziales und historisches Gedächtnis zu bewahren.

Alle diese genannten Aspekte soll ein künftiger Plan für den künftigen Palästinenserstaat berücksichtigen.

Stadt- und Regionalplanung ist also selbst in stabilen und wohlhabenden Ländern schwer genug und erfordert die Bewegung vieler Kräfte, um die ersehnte Balance zu erzielen. Wenn politische Instabilität und asymmetrische Machtstrukturen zugunsten einer *ethnischen* Gruppe der Gesellschaft hinzu kommen, wie es in Palästina der Fall ist, dann wird es ein äußerst kompliziertes Unterfangen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Politik im Nahen Osten in ihrer jetzigen Konstellation versagt hat, nicht nur einen lang ersehnten Frieden herbeizuführen, sondern und vor allem auch die sozioökonomischen Bedürfnisse und Sehnsüchte der Menschen nach funktionierenden Städten, nach sozialer und ökonomischer Sicherheit sowie nach gesunder Umwelt, zu erfüllen. Rational gesehen sind das Themen, die zwar politisch entschieden werden müssen, jedoch Kernaufgaben von mittel- bis langfristiger Planung sind – hier kommt der Stadt- und Regionalplanung ein ganz besonderes Gewicht zu. Das Missverhältnis zwischen Besatzung als temporäres Ereignis und Stadtplanung als Instrument der mittel- bis langfristigen Vorsorge hat nie aufgehört zu existieren, auch nicht nach Gründung der PA.

Das reflektive Handeln der PA: weder tüchtig noch weise

Der Osloer Friedensprozess zwischen der israelischen Regierung und der PLO, der 1993 begann, hatte das Ziel, den palästinensisch-israelischen Konflikt beizulegen, indem ein lebensfähiger Palästinenserstaat innerhalb der sogenannten Grenze von 1967 gegründet wird, der Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel leben kann. Das im Jahre 1995 von beiden Seiten unterschriebene Interimsabkommen brachte die PA mit Yasser Arafat an ihrer Spitze hervor und skizzierte die Grundlinien und Mechanismen für eine palästinensische Selbstverwaltung in Teilen der besetzten Gebiete, die sich durch die Bildung von *staatsähnlichen* Institutionen und Apparate schrittweise und bis zum Erreichen einer Endstatuslösung zu einem Palästinenserstaat entwickeln sollte. In Wahrheit entwickelte bzw. verfügte die PA während der Anfangszeit formal über alle wichtigen Elemente eines Staates: Territorium, Bevölkerung, einen gewählten Legislativrat, Sicherheitsapparate, Institutionen und sogar staatliche Symbole wie eine Flagge und eine Nationalhymne. Von der vom Westen geduldeten Korruption und Misswirtschaft der PA-Führung einmal abgesehen, wurden diese Errungenschaften vor allem aufgrund der fehlenden Souveränität und des faktischen Fortbestehens der israelischen Besatzung zunichte gemacht. Insbesondere auf den Sektoren Stadt-, Regional- und Entwicklungsplanung haben die Osloer Verträge keine wirkliche Besserung im Vergleich zur Zeit der israelischen direkten Besatzung vor Oslo gebracht.

Die PA leitete tatsächlich einige nationale Projekte ein, wie den Bau eines Flughafens und eines Seehafens im Gazastreifen, die Aktienbörse, Hotels, Regierungsbauten und einige Wohnviertel, um Vorsorge für die Bedürfnisse der Palästinenser zu treffen und um ihre Abhängigkeit von Israel zu reduzieren. Aber aufgrund der oben genannten Gründe, insbesondere der fehlenden Souveränität, entbehren alle diese Projekte offizieller strategischer und umfangreicher Raumpläne, durch die größere und länger andauernde Antriebskräfte erzielt werden könnten. Gegenwärtig existieren diese Projekte – oder was davon übrig blieb – ohne die Planungs doktrin, die in dieser kritischen Phase der nationalen Entwicklung notwendig ist. Neben der Nutzung der Finanzhilfe der Geberländer für einige nationale Projekte ist der Wunsch der PA, Exil-palästinensisches Investment oder internationale Entwickler anzulocken, wohl auch der Hauptbewegungsgrund für die PA, diese Projekte umzusetzen, bevor sie eine nationale Raumplanung festlegt, zumal das von der PA kontrollierte Gebiet begrenzt ist. Laut dem Oslo II-Abkommen sind weniger als 20% der palästinensischen Gebiete (Zonen A und B) unter PA-Kontrolle, in denen sich die meisten palästinensischen Dörfer befinden. Diese Umstände könnte die PA ermutigt haben, eine *reflektive* Strategie der ‚einmaligen Gelegenheit‘ zu verfolgen, im Sinne von schneller und bequemer Umsetzung aller Projekte oder Vorschläge, die sich durch die Grundbedürfnisse der Palästinenser ergeben haben, um den Weg für volle palästinensische Souveränität in den Territorien zu ebnen.

6.2.2 Rahmenbedingungen für ein konzeptionelles Rahmenwerk für Palästina

Die geopolitische Sachlage in den besetzten palästinensischen Gebieten, aber auch in den arabischen Bevölkerungszentren im Kernland Israel, ist eine aus 60 Jahren zionistischer territorialer und ethnischer Segregationspolitik produzierte Fläche aus zusammenhanglosen Fragmenten. Der israelische Sozialforscher Oren Yiftachel bezeichnet diese sonderbare Situation zutreffend als eine „ethnische Geographie“ (Vgl. Karte 6-1). Diese erschaffenen, weiter oben sehr ausführlich beschriebenen, israelischen „facts on the ground“ betreffen also nicht nur den Teil Palästinas, den man die besetzten palästinensischen Gebiete nennt, sondern tatsächlich das gesamte historische Land. Die zuvor beschriebene Aufgabe der Maueranlage im Westjordanland als ein israelischer Versuch, die Ergebnisse der schrecklichen Ereignisse (Vertreibungen, Raumeroberungen) in den Kriegen zu *decken* und als endgültige indiskutable Fakten darzustellen, war bzw. ist weiterhin ein fundamentaler Teil dieser Strategie. Diese Tatsache ist für einen Planer durchaus verlockend, die ganze Angelegenheit aus einer anderen Ausgangsposition zu sehen, nämlich nicht etwa die Szenarien für einen künftigen Staat der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen zu skizzieren, sondern sich kritisch mit dem israelischen Planungsdiskurs im ganzen Land auseinanderzusetzen und folglich eine völlig andere Ausgangsbasis zur Planung für beide Konfliktgruppen zu schaffen.

Im Kontext der israelischen Fakten in den besetzten Gebieten ergibt sich aus der bisher verfolgten Option, dass die Grüne Linie von 1949 die Ausgangsbasis für Verhandlungen über die Grenzen des künftigen Staates Palästina sein soll, das ernsthafte Problem, dass sich dadurch territorial am obigen Bild der Fragmentierung faktisch nichts ändern würde. Denn die Grüne Linie als Ausgangsbasis der Verhandlungen würde politisch bedeuten, dass diese definitiv nicht die tatsächliche Grenzlinie eines Palästinenserstaats sein würde und dass weder die Siedlungsblöcke samt Trennungsmauer noch das lebenswichtige Jordantal Gegenstand der Verhandlungen sein würde – und dies haben alle israelischen Regierungen seit 2001 deutlich zu verstehen gegeben.

Ein kritisches Überdenken des gesamten zionistischen Planungsdiskurses in *Mandatspalästina* würde hingegen bedeuten, dass die bisherige Planung von vielen ideologischen Zwängen befreit und auf einmal ihre ursprüngliche Aufgabe wieder bekommen würde. Und im Kontext dieser Richtigstellung des bisherigen Diskurses – sprich im Kontext eines Abbaus statt Aufbaus von Mauern – sind auf einmal selbst beschwerliche Probleme, wie die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, der Status Jerusalems und die illegalen israelischen Siedlungsstrukturen im Westjordanland eine Frage der normalen innenpolitischen Übereinstimmung und Administration.

Es kann und soll nicht die Aufgabe dieser Arbeit sein, Überlegungen bezüglich einer politischen Entscheidung darüber zu treffen, welches politische Szenarium als eine Zielstatuslösung des Palästinakonflikts geeignet sein könnte. Aber die Frage der zu bestimmenden Landesfläche und -Grenzen ist vor allem aufgrund der Notwendigkeit der Sicherstellung der Lebensfähigkeit des erstrebten Staates bzw. der Funktionalität seiner Strukturen außerordentlich wichtig und kann unter diesen Umständen durchaus auch eine Aufgabe der *vorstaatlichen Planung* sein. Die Option eines ‚binationalen Staates‘ – eines demokratischen Staates für beide Völker im Mandatspalästina – wäre sicher eine ideale und in vieler Hinsicht befreiende Lösung. Jedoch würde sie bei allen ihren Vorzügen einige offene Fragen und Herausforderungen mit sich bringen. Die von der Weltgemeinschaft verfolgte Zwei-Staaten-Lösung wäre im heutigen territorialen Kontext (a) politisch aufgrund des Mangels an Souveränität für die Palästinenser (Ressourcen, Grenzen, Sicherheit) nicht bzw. im besten Fall sehr schlecht zu bewältigen, (b) technisch aufgrund des stark fragmentierten Territoriums zu kompliziert und (c) in der Umsetzung zu aufwändig und zu kostspielig, um lebensfähig zu sein – vorausgesetzt die Israelis würden den Aufbau einer tragfähigen ökonomischen Grundstruktur für diesen Staat überhaupt zulassen.

Der territoriale und politische Status Quo beinhaltet große offene Fragen und Hürden auf dem Weg einer Umsetzung der favorisierten Zwei-Staaten-Option und lässt diesen Ansatz im heutigen Kontext als beinahe aussichtslos erscheinen. Das Schema der gefährdeten Region Palästina (Abb. 6-1) zeigt deutlich, dass es sich bei den palästinensischen Territorien um ein Gebiet handelt, das aufgrund systemtischer Anti-Planung einer höheren gegnerischen Macht sehr viel an Lebensqualität verloren hat. Durch die destruktiven Praktiken der israelischen Besatzungsmacht und der daraus entstandenen politischen Instabilität wurden alle drei Aspekte, die die Lebensqualität in einer Region ausmachen, nämlich Gerechtigkeit, Ökonomie und Umwelt schwer an-

gegriffen.⁵ Wenn keine Gerechtigkeit gewährleistet ist, die Ökonomie stranguliert wird und die Ressourcen des Landes einseitig und nicht nachhaltig zugunsten einer ethnischen Gruppe ausgebeutet wird, dann entsteht eine umfassende Schieflage und man kann in den palästinensischen Gebieten zu Recht von einer gefährdeten Region sprechen, in der eine niedrige Lebensqualität und vor allem *keine* soziale Sicherheit besteht.

Die schlechte Lebensqualität in den besetzten palästinensischen Gebieten drückt sich in drei Hauptsymptomen aus, nämlich

1. **Umwelt:** in einseitigem und verschwenderischem Verbrauch der Ressourcen durch die israelische Besatzungsmacht;
2. **Ökonomie:** in einem trägen Aufschwung und einem schlechten Wachstum; sowie
3. **Gerechtigkeit:** in einer vorherrschenden Diskrepanz zwischen Reichen und Armen;

Die Änderung dieser katastrophalen Gegebenheiten, die Verbesserung der Lebensqualität in den palästinensischen Gebieten und folglich die Erhöhung der Lebensfähigkeit eines künftigen Palästinenserstaats erfordern eine Reihe von planungspolitischen Maßnahmen, deren Umsetzung wiederum – wie man unten sehen wird – ganz wichtige Rahmenbedingungen voraussetzt.

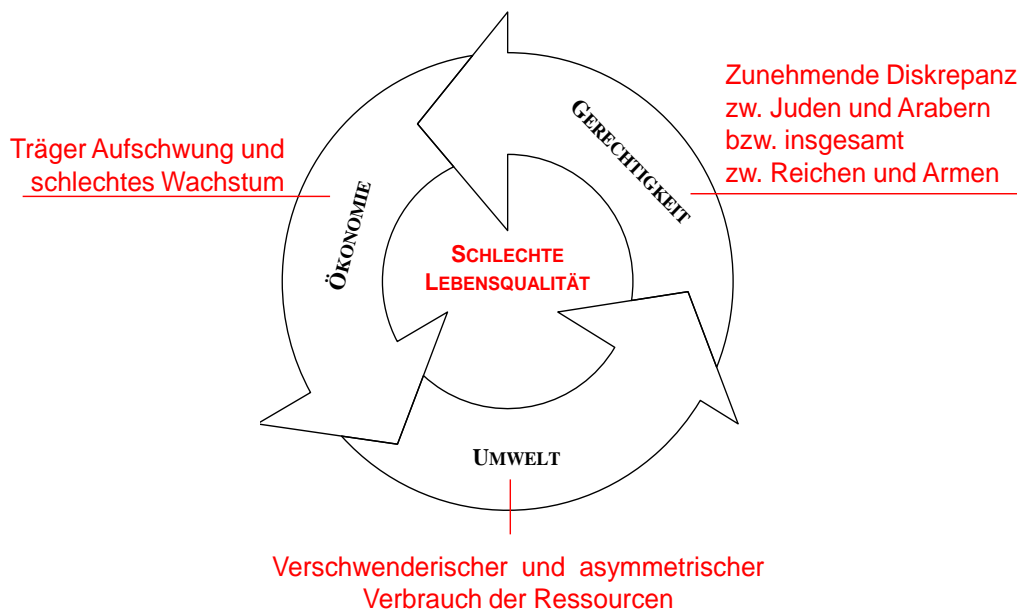


Abb. 6-2: Indikatoren für Lebensqualität in Palästina – drei Aspekte für schlechte Lebensqualität in Palästina.

Erfordernisse zur Erhöhung der Lebensfähigkeit eines Palästinenserstaats

Die Hindernisse, die der Entstehung eines neuen palästinensischen Staats entgegen stehen, hängen sowohl mit der Politik der PA als auch mit der gegenwärtigen israelischen Dominanz über die Landesressourcen und Grenzen sowie mit der Rivalität zwischen politischen Interessengruppen zusammen. Die Herausforderungen sind tatsächlich außerordentlich groß und es gibt eine Vielzahl von Voraussetzungen, die zu erfüllen sind, wenn das Ziel ein zukünftiger überlebensfähiger Staat Palästina ist:

1. Eines der primären Anliegen der Palästinenser betrifft die Schaffung eines politischen, administrativen und ökonomischen Kerns in den palästinensischen Gebieten. Der neue „Körper“ wird die Palästinenser vereinen, die Situation der Streuung beenden und die Abhängigkeit von anderen externen Staaten wie Israel und Jordanien reduzieren;
2. Es besteht ein dringender Bedarf nach einem Beschluss einer Strategie zur Raumordnung in den besetzten palästinensischen Gebieten, die eine fundierte und nachhaltige Raumplanung ermöglicht. Diese Strategie sollte nicht nur aus der palästinensischen Sachlage abgeleitet werden und von den bestehenden Trends abhängen, son-

⁵ Vgl. Yaro, Robert D. & Hiss, Tony (Regional Plan Association), *A Region at Risk – The third regional plan for the New York-New Jersey-Connecticut Metropolitan Area*, Island Press, Washington D.C., 1996.

dem sie sollte vor allem auch die Anordnungen für Siedlungsbau und die Prioritäten der öffentlichen Ausgaben umstrukturieren. Eine im und für den Kontext der Knappheit erschaffene Raumplanung muss hoch effizient mit den äußerst knappen Ressourcen des Landes (Land und Wasser) umgehen und dem jahrzehntlang auseinandergerissenen Land seine langersehnte, für jede soziale und ökonomische Interaktion vitale Mobilität sicherstellen. Konsequenterweise muss diese erforderliche nationale Strategie Lösungsansätze für eine Reihe von wichtigen kurz- bis langfristigen Aufgaben bieten.

Die wichtigsten Herausforderungen für eine palästinensische nationale Strategie sind:

I/ Die Herausforderung des rapiden Bevölkerungswachstums in den palästinensischen Gebieten und die Beschaffung von Arbeitsplätzen zur Bekämpfung der gegenwärtigen erstickenden Arbeitslosigkeit und um den künftigen Bedürfnissen einer jungen Gesellschaft gerecht zu werden

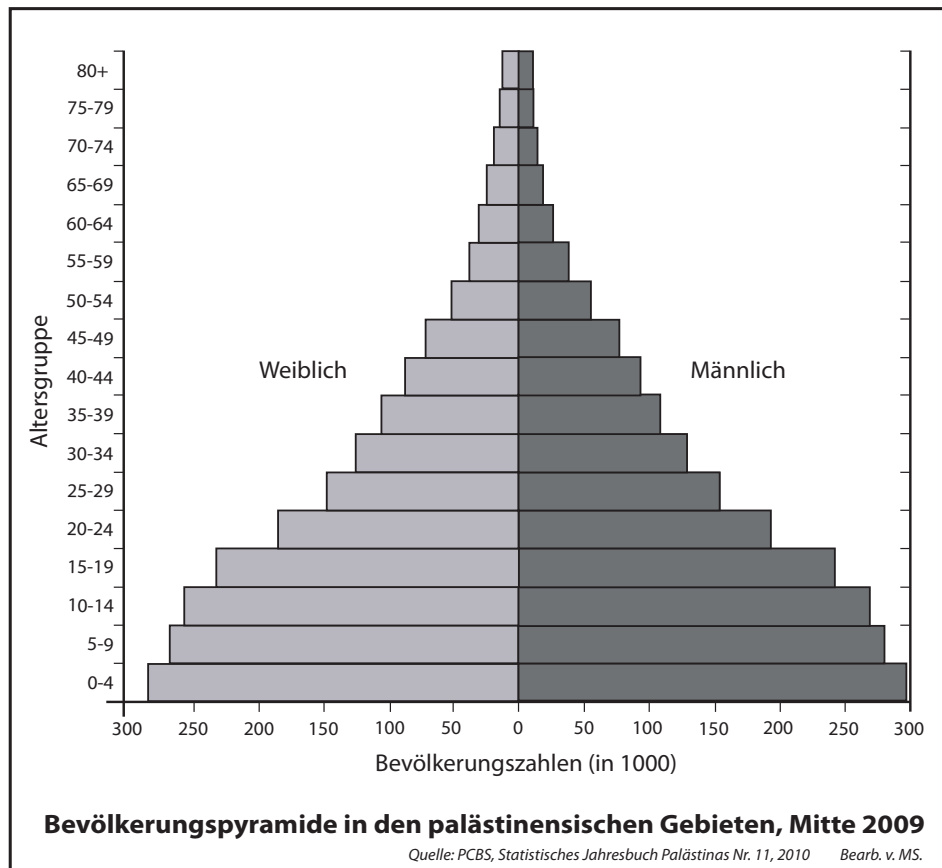
Das von Israel befürchtete demographische Problem einer jungen und schnell wachsenden palästinensischen Bevölkerung stellt auf der einen Seite für einen künftigen Staat Palästina zwar eine große Chance und Hoffnung auf eine wachsende und produzierende Gesellschaft dar. Demographie ist aber auf der anderen Seite eine große Herausforderung für die Planer, denn sie kann sehr bald ein ernstzunehmendes Problem werden, wenn nicht die nötigen Schritte zur Beschaffung von Lebensraum und Arbeit für diese jungen palästinensischen Menschen gemacht werden.

Die demographische Pyramide in den palästinensischen Gebieten zeichnet sich mit einer auffallend breiten Basis aus: Mitte 2006 waren etwa 46% der Gesamtbevölkerung dort jünger als 15 Jahre, während 72,5% der Gesamtbevölkerung unter 30 Jahre alt waren. Menschen im Rentenalter (älter als 65) bildeten mit 3,2% die Spitze der Pyramide (in entwickelten Ländern: etwa 16% und in anderen Entwicklungsländern: etwa 6%). Im Jahre 2009 änderte sich kaum etwas an diesem demographischen Bild (Graphik 6-1). Die jüngsten statistischen Zahlen des PCBS (Mitte 2011) dokumentieren weiterhin eine sehr junge palästinensische Gesellschaft, in der 40,8% der Bevölkerung unter 15 Jahre alt und weniger als 2,9% älter als 65 Jahre alt ist, obwohl die Bevölkerungswachstumsrate vor allem im Westjordanland deutlich abnimmt (Tabelle 6-1).

Die Abteilung für demographische Studien im palästinensischen Planungsministerium veröffentlichte am 11. Juni 2006 eine Studie über Demographie und Entwicklung in den palästinensischen Gebieten.⁶ Das wichtigste Ergebnis dieser Studie war das folgende: in den nächsten zwei Jahrzehnten wird ein schrittweiser Rückgang der Zahlen der Bevölkerungsgruppe unter 15 Jahren zugunsten einer Zunahme der Zahlen der Bevölkerungsgruppe(n) im Arbeitsalter erwartet. Das wird dazu führen, dass die durchschnittliche Pro-Kopf-Verpflichtung (d.h. wie viele Personen ein Arbeitender Mensch finanzieren bzw. ernähren muss) einen Tiefstand erreichen würde. Dieses Szenarium erlaubt das Zustandekommen eines so genannten „demographischen Fensters“, einer Übergangsperiode des „demographischen Blühens“, in der aufgrund geringerer Geburtenraten eine große Zahl an Menschen im berufstätigen Alter eine vergleichsweise geringe Zahl an alten und jungen wirtschaftlich Abhängigen unterstützt. Ein Land, in dem sich ein solches demographisches Fenster öffnet, hat eine einzigartige Gelegenheit, seine Wirtschaft voranzubringen. Allerdings geschieht das in der Regel nur für kurze Zeit. Das Fenster schließt sich wieder mit der Alterung der Bevölkerung, die erneut zu einem Anstieg der Quote der in ihrem Lebensunterhalt abhängigen Menschen in der nächsten Generation führt.

Das sich in den palästinensischen Gebieten seit Anfang des 21. Jahrhunderts tatsächlich öffnende demographische Fenster stellt für die Palästinenser eine echte Chance und gleichzeitig eine enorme Herausforderung dar, die sie ernsthaft nutzen sollte. Dies erfordert jedoch nicht nur das Beenden der israelischen Besatzung und die Wiedererlangung der Kontrolle über eigene Ressourcen, sondern auch eine sofortige Bündelung der Kräfte und eine mühsame Arbeit und Vorbereitung, um bereit zu sein, aus dieser besonderen demographischen Lage für die Dauer von 30 bis 35 Jahren den höchstmöglichen Nutzen zu gewinnen. Das geht nur durch die Investition in das menschliche Kapital bzw. in die Entwicklung des palästinensischen Menschen, vor allem junger Menschen. Bildung und Wissenschaft, das Fördern technischer und handwerklicher Berufe nach Marktbedürfnissen sowie der Aufbau moderner technischer und städtebaulicher Infrastrukturen sind Fundamente für die ökonomische Entwicklung in den palästinensischen Gebieten. Das Stärken des Privatsektors und des Wettbewerbs zur Sicherung der Qualität der abzuwickelnden Projekte ist hierbei von immenser Wichtigkeit.

⁶ *Assukan wattanmiyah* (Dtsch.: Bevölkerung und Wachstum), eine Studie der Abteilung für Wohnstrategien des Planungsministeriums der PA (www.mop.gov.ps) zum Weltjahrestag der Bevölkerung, 11.06.2006 (Arabisch), Ramallah.



Graphik 6-1: Bevölkerungspyramide in den palästinensischen Gebieten, Mitte 2009.

Eine junge palästinensische Gesellschaft				
Altersgruppe	0-14 Jahre	0-30 Jahre	≥ 65	Bevölkerungswachstum (%/Jahr)
Mitte 20061	45,7%	72,5%	3,2%	3,30 (WB: 3,0, GS: 3,8)
Mitte 20091	42,0%	71%	3,0%	2,88 (WB: 2,65; GS: 3,8)
Mitte 20112	40,8%	-	2,9%	-

1) PCBS: Statistical Yearbook of Palestine No. 8, 2007 bzw. No. 11, 2010
 2) PCBS: Statistical review on the status of the Palestinian Population on the Eve of the International Population Day 11/7/2011, online unter: www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/InternationalPopDay2011E.pdf.

Tabelle 6-1: Eine junge palästinensische Gesellschaft.

Wie oben (Tabelle 5-9) gezeigt wurde, herrschte in den palästinensischen Gebieten im Jahre 2009 eine *offizielle* Gesamtarbeitslosenquote von 24,5%. Die Jugendarbeitslosigkeit (15-24 jährige) betrug sogar 38,9%. Die Armutsquote war ebenfalls erschreckend: 12% der palästinensischen Bevölkerung (im Gazastreifen sogar 20%) lebte in extremer Armut. Dieses düstere Bild hat sich seitdem nicht oder nur sehr wenig geändert. Man muss ebenfalls hinzufügen, dass diese Arbeitslosenquote stark von den Launen der israelischen Macht abhängt und schlagartig auf 50% steigen kann, wenn Israel sich entscheidet die Kontrolle innerhalb des Westjordanlands zu stärken bzw. die Grenze entlang der Grünen Linie zu schließen und folglich damit verhindert, dass die palästinensischen Arbeitskräfte ihre Arbeitsplätze erreichen. Eine palästinensische *Strategie zur Beschaffung von Arbeit* würde

- die hohe Arbeitslosigkeit unter den Palästinensern und folglich die starke Abhängigkeit der palästinensischen Wirtschaft von Israel reduzieren;
- die Erwerbsquote der Menschen im Arbeitsfähigen Alter (2009: 41,6%) erhöhen;
- die Rolle der Frau am Arbeitsmarkt stärken; sowie
- Arbeitsmöglichkeiten für qualifizierte palästinensische Rückkehrer schaffen;

II/ Die Deckung des enormen Bedarfs an Wohnraum für Hunderttausende von Menschen in den besetzten Gebieten

Eine der großen Herausforderungen auf dem Bausektor betrifft vor allem den Wohnungsbau, eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Die letzten statistischen Zahlen weisen einen sehr starken Bedarf nach Wohnraum in den besetzten Gebieten auf. Insgesamt werden 2/3 (72%) aller palästinensischen Haushalte im kommenden Jahrzehnt neuen Wohnraum benötigen. Das bedeutet, dass die heutigen Bewohner der Gebiete insgesamt 470.000 neue Wohneinheiten bis zum Jahr 2020 bauen müssen, um diesen Bedarf zu decken. Im Kontext der verbreiteten Armut können es sich nur 37% dieser Familien leisten, neue Wohneinheiten ohne staatliche Förderung zu bauen⁷;

III/ Die neue Strategie soll außerdem Lösungen für die akuten Probleme der palästinensischen Städte und Regionen anbieten

Die Strategie muss Lösungsansätze für die interne Emigration aus dem Land in die Städte sowie für die Schaffung von neuem Wohnraum für Hunderttausende von Menschen und eventuell für ebensoviele Rückkehrer bieten. Hinzu müssen gestalterische Auswege (Landesmasterpläne) für die palästinensischen dichtbesiedelten historischen Städte gefunden werden, denn diese müssen auf einmal nicht nur entsprechend dem demographischen Wachstum neuen Wohnraum bieten, sondern auch höhere Standards und Ansprüche erfüllen und wie moderne Städte funktionieren. Die schwache Infrastruktur und die sehr mangelhaften Dienstleistungen in den palästinensischen Lokalisationen müssen verbessert werden. Diese Aufwertung der Städte würde neue Arbeitsmöglichkeiten anbieten und der Umwelt zugutekommen;

IV/ Eine nationale räumliche Strategie kommt nicht um den Status Palästinas als internationales religiöses und kulturelles Zentrum herum. Dies bietet enorme Chancen für den vitalen Tourismussektor, der die Basis für einige anderen wirtschaftlichen Aktivitäten bildet;

V/ Eine nationale offizielle Raumordnung schafft ideale Bedingungen für palästinensische, arabische und internationale Investitionen. Investoren bevorzugen es in der Regel, in Ländern zu investieren, in denen politische Stabilität und eine klare nationale Raumstrategie bzw. Planungspolitik herrschen, damit sie sicher sind, dass ihre Investments sichere Konditionen haben.

Diese oben genannten Gegebenheiten – die schwache Infrastruktur, das demographische Fenster und die akute Wohnungsnot – sind die klassische Antriebskraft für eine neue *nachhaltige* und *effiziente* palästinensische Planung. Die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge – falls diese überhaupt in die Gebiete zurückkehren wollen – stellt eine weitere große Herausforderung für künftige Planung dar. Dies alles erfordert ein konzeptionelles Rahmenwerk für Palästina, das gewisse politische und territoriale Rahmenbedingungen haben muss.

Rahmenbedingungen für ein konzeptionelles Rahmenwerk eines Palästinenserstaates

Planung hat in diesem Kontext die bedeutende und darüber hinaus komplexe Aufgabe, mittels einer Reihe von Maßnahmen eine gefährdete Region mit sehr niedriger Lebensqualität in eine konkurrenzfähige Region, in der die Menschen Lebensqualität wiedererlangen können, umzuwandeln. Das Erzielen von ausreichendem ökonomischen Wachstum sowie einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung ist eine bedeutende Frage, mit der jeder neue, aber auch bereits existierende, Staat konfrontiert wird. Und demokratische Regierungen versuchen stets, diese Ziele mittels einer Reihe von räumlichen Strategien und Planungsrichtlinien – als öffentliche Eingriffsmittel – zu erreichen. Das Entwicklungs- und Siedlungsnetzwerk im Land gemäß vordefinierter nationaler Strategien umzugestalten bzw. umzuorganisieren bildet die Essenz der Arbeit von Staatsplanern. Staatsplaner versuchen unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands im Land Modelle für das Siedlungsgefüge zu entwickeln bzw. Landmasterpläne zur Umgestaltung der Besiedlungskarte des Landes zu fertigen.

Das Umgestalten der Besiedlungskarte für einen Staat beinhaltet *drei* geometrischen Dimensionen: eine *horizontale*, eine *vertikale* und eine *funktionelle* Dimension. Die horizontale Dimension bezieht sich auf die räumliche Zerstreung der Siedlungen in den verschiedenen Regionen. Die vertikale Dimension betrifft die

⁷ Angaben nach einer Studie des PCBS vom 02.10.2011 zum ‚arabischen Tag für Wohnbau‘ (Arab Housing Day). Studie Online erhältlich unter: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/HousingDy_2011E.pdf.

Rangordnungsstruktur der Siedlungen wie die Hierarchie innerhalb und zwischen Regionen. Die funktionelle Dimension betrifft die Verteilung der ökonomischen Aktivität in den verschiedenen Regionen. Die Bestimmung der Rangordnung in den Masterplänen hängt in der Regel stark von den relativen Vorzügen der Siedlung oder der Region ab, außer man verfolgt eine Strategie der dezentralen räumlichen Ordnung.⁸

Der Umstrukturierungsprozess des Siedlungsgewebes eines Landes beginnt generell nach Erlangung der Unabhängigkeit und bleibt später weiterhin als Verbesserungs- bzw. Änderungsmechanismus der räumlichen Siedlungs- und Regionalstruktur des Staates erhalten. Daher ist es wichtig, dass Planer sich Grundgedanken wenigstens über die territorialen Zukunftsperspektiven eines künftigen Staates Palästina machen bzw. wichtige Eckpunkte für die Lebensfähigkeit dieses Staates bestimmen, die die Politiker in die laufenden Verhandlungen einbauen könnten. Denn es geht hier um nicht weniger als um die Nachhaltigkeit eines Friedens in der Region, die nur mittels einer ‚doppelspitzigen‘ Strategie, nämlich der Rückgabe der politischen Rechte und der territorialen Lebensfähigkeit eines Palästinenserstaates, erreicht werden könnte. Aus dem Blickwinkel eines Planers sind hier folglich einige Eckpunkte zu beachten. Die wichtigsten sind:

3. Ganz gleich welche politische Form und welches territoriale Szenarium eine Endstatuslösung haben wird, ein regionalplanerisches Konzept müsste mittel bis langfristig, in welcher Form auch immer, zu einer Wiedervereinigung des historischen Landes führen. Das wäre nicht nur politisch und sozioökonomisch nachhaltiger, sondern auch technisch und infrastrukturell effizienter und würde letztendlich Frieden und Sicherheit in der Region schaffen. Nicht das Mosaik selbst stellt in einem multiethnischen Staat die Quelle der Gefahr dar, sondern viel mehr dessen politische Rahmenbedingungen und ob diese eine Grundlage für dieses Mosaik bieten kann, auf der das demokratische *bürgerliche* Dasein ein starkes Fundament vorfindet.

4. Sollten beide Seiten darauf bestehen, die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin zu favorisieren, so müssen die Palästinenser darauf bestehen, dass grundlegende Korrekturen des heutigen politischen und territorialen Kontexts gemacht werden. Die Beendigung der israelischen Besatzung muss zeitgleich mit einigen Maßnahmen geschehen. Die wichtigsten dieser Maßnahmen sind:

- a) der vollständige israelische Rückzug aus dem Westjordanland, so dass das Gebiet den Palästinensern als ein zusammenhängendes Territorium zur Verfügung steht, in dem sie die volle Souveränität haben;
- b) der Rückzug gilt insbesondere für das strategisch wichtige und ressourcenreiche Jordantal;
- c) ein besonders wichtiger Aspekt betrifft das Grenzgebiet zwischen dem Gazastreifen und Ägypten;
- d) die territoriale Kontinuität beider Teile der palästinensischen Gebiete, sprich die Landverbindung zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen, muss gewährleistet werden und von Israel in keiner Weise und zu keiner Zeit abgeschnitten werden. Idealerweise wäre ein Straßen-Tunnelsystem mit gemeinsamen Entwicklungsprojekten entlang der Route (wie z. B. Solaranlagen zur Energiegewinnung, IT-Parks, Experimentelle Landwirtschaft, Naturparks und Touristendörfer), die Mobilität und nachhaltige sozioökonomische und urbane Entwicklung erlauben würde. Eine solche Hauptentwicklungssachse im dünn besiedelten Süden des Landes wäre für eine mittel- bis langfristige gemeinsame Zukunft von großer Bedeutung.

6.2.3 Raumplanungsstrategien zur Verstärkung der nationalen Entwicklung

Für eine Region, die mit einer Vielzahl maßstabsübergreifender dringender und langfristiger Probleme befallen ist, mögen visionäre regionale Entwurfspläne im besten Fall naiv und im schlimmsten Fall bloß als ein illusorischer Zeitvertreib erscheinen. Aber, wie sollte man sich sonst die Planungsstruktur vorstellen, die die Grundlage für jede gedachte oder gewünschte Zukunftsalternative sein könnte? In Wahrheit stellen die Zeiten der scheinbar ausweglosen Not ideale Bedingungen für visionäres Denken und den Drang zum progressiven Wechsel dar. Das hat uns die Geschichte Israels gelehrt. Und die Zukunft kann in der Tat geplant werden, genauso wie das gegenwärtige israelische Siedlungs- und Enklaven-System in der Region das Produkt eifriger und subtiler Planung ist. Wenn eine für alle Seiten friedliche und nachhaltige Entwicklung in der Region gewünscht wird, dann kann die Antwort auf die oben ausführlich geschilderte Subtilität der planerischen Segregation nur eine subtile Gegenplanung des Brückenbaus und der Konfliktentschärfung sein. Und eine ganzheitliche überregionale Planung kann die Grundlage für eine produktive Ruhe sein, genauso wie sie seit mehr als 4 Jahrzehnten (faktisch aber seit der Nakba 1948) die Grundlage für den gegenwärtig entflammten Krieg gegen die Topographie und den Lebensraum der Menschen im Nahen Osten ist. Eine Richtigstellung des Planungsdiskurses würde in

⁸ Khamaisi, Rassem, *Urbanization Strategy for Strengthening of National Development in the new State of Palestine*, in: *Urban Geography*, 1999, Vol. 20, No. 2, pp. 168-187, V. H. Winston & Son, 1999.

diesem Sinne bedeuten, dass ein ganzheitliches und maßstabsübergreifendes Design angestrebt wird, das eine balancierte Zusammenfügung von Tradition, Progressivität und der Herausforderung des Klimawechsels und der Nachhaltigkeit ermöglichen kann.

Stadtplanern kommt hier eine ganz besondere Rolle zu, die ihr klassisches Berufsbild als Gestalter übertrifft. Denn Stadtplanung bringt heute zusätzlich vier weitere komplexe Aufgabenfelder mit sich. Gefragt ist vor allem der Vordenker, Organisator, Kommunikator und Moderator. Wir wissen heute, dass 50% der Weltbevölkerung in Städten lebt und, dass sich diese Quote bei anhaltender Entwicklung in etwa 3 Jahrzehnten auf 75% erhöhen wird. Die zentrale Funktion der Städte nimmt in Zukunft enorm zu, und dementsprechend auch die Probleme. Der Zukunftsforscher Franz Josef Radermacher beschreibt, je nachdem wie sich die Strukturen entwickeln, drei mögliche Zukunftsmodelle: den globalen Kollaps, die Brasilianisierung, d.h. Re-Feudalisierung der Gesellschaft und zuletzt das Balance-Modell. Die besten Städte entstehen aus der Balance. Einzig im Wechselspiel der Kräfte, wie sie eine soziale Demokratie entfaltet, können solche Ausgleichsmodelle entstehen.⁹ In seinem Balance-Modell für unsere Städte, Regionen und Länder manifestiert Radermacher insgesamt *acht* Aspekte, die ein Land reich machen, nämlich (1) ein funktionierendes, leistungsfähiges Governance-System; (2) exzellent ausgebildete und geeignet orientierte und motivierte Menschen; (3) hervorragende Infrastrukturen auf internationalem Niveau; (4) ein hervorragender Kapitalstock (Industrieanlagen, Maschinen, Rechner, etc.); (5) Zugriff auf benötigte Ressourcen im weitesten Sinne, (6) ein leistungsfähiges Finanzsystem; (7) eine leistungsfähige Forschung und international konkurrenzfähige Innovationsprozesse; sowie (8) eine enge Einbettung der Unternehmen und Menschen in weltweite Wertschöpfungsnetzwerke – Internationalität der Ökonomie.¹⁰ Die Tragstütze dieser Aspekte ist eine fundierte und umfassende Planung zukunftsfähiger Regionen und Städte in einem äußerst komplizierten fortlaufenden Globalisierungsprozess.

Das angestrebte Design soll in diesem Sinne ein Rezept anbieten, das den Weg zur Aufwertung der Städte und Regionen bzw. zur Renaturierung der ausgebeuteten Landschaft ebnen kann. Ein solches Konzept wäre das Instrument, mit dessen Hilfe der Traum zur Realität wird.¹¹ Die Asymmetrie der Chancenverteilung in den arabischen Ländern nahm oft regionalplanerische und städtebauliche Formen an, die die im Abschnitt 4.1.2 geschilderte Korruption und Vetternwirtschaft förderten. Das Fehlen intensiver Nutzung nationaler und regionaler Raumplanung war bisher in der Tat ein Kontrollmechanismus in den Händen der Herrscher über die Geschehnisse der arabischen Länder, was selbst in den ressourcenreichen Ländern (wie in manchen Golfstaaten und in Libyen) katastrophale sozioökonomische Folgen hatte. Ein wesentlicher Grund für den Ausbruch der arabischen Revolten im Frühjahr 2011 ist die Tatsache, dass die arabischen Herrscher einige Jahrzehnte nach der (Unabhängigkeit) das Fehlen von Planung nicht mehr plausibel begründen konnten.

Die Planungsprobleme in den Ländern des Nahen Ostens resultieren zumeist aus dem Umstand, dass in diesen Ländern einerseits eine schlechte Regierungsführung vorherrscht und andererseits aufgrund der oft fehlenden Souveränität der Planungsorgane im Staat. Für Palästina kommt die politische Instabilität bedingt durch die israelische Besatzung hinzu. Um die Probleme der oben beschriebenen ‚gefährdeten Region‘ Palästina zu lösen, bedarf es einer Organisation der Raumentwicklung im neuen Staat Palästina, die nicht nur den Bedürfnissen der Menschen dort gerecht wird, sondern und vor allem die Lehren aus den Erfahrungen einiger neu entstandener Staaten am Ende der Ära des Kolonialismus um die Mitte des 20. Jahrhunderts vermeidet, auch wenn der Fall Palästina sich von anderen Staaten in einigen Punkten grundsätzlich unterscheidet.

Die meisten neuen Staaten in Afrika und im Nahen Osten wurden gleich nach der Unabhängigkeit für sehr lange Zeit (zum Teil bis heute) mit der Mentalität der Revolution regiert. Diese Länder hatten zumeist keine Erfahrung auf dem Gebiet der nationalen Raumplanung und kannten im Schatten der vorherrschenden absolutistischen oder Militärregime so gut wie keine Gewaltentrennung und folglich auch keine zivile Landesplanung. Sie waren daher nicht in der Lage bzw. nicht dafür vorbereitet, eine Raumentwicklung ihrer Länder zu organisieren, die aus einer nationalen Strategie abgeleitet werden muss. Man muss dazu sagen, dass die Demarkationslinien

9 Diese Zukunftsmodelle stellen einen zentralen Kern der Forschung von Franz Josef Radermacher und werden in seinen vielen Vorträgen und Büchern (siehe Bibliographie) ausführlich beschrieben, z.B. in seinem Buch ‚Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Siehe auch Claudia Knodels Beitrag: ‚Brasilianisierung, Balkanisierung, Afrikanisierung ...‘, in: Deutsches Architektenblatt, Ausgabe BaWü, DAB Regional 08/2007, S. 5 (nach einem Vortrag von F. J. Radermacher beim ersten baden-württembergischen Stadtplanertag am 05. Juli 2007 in Stuttgart).

10 Vgl. Radermacher, Franz Josef: *Die Zukunft unserer Welt, Navigieren in ... a.a.O.*, S.42-43.

11 Vgl. Wall/Shalbak: *Designing Palestine – The Day after*, eine Publikation zum gleichnamigen Entwurfseminar, KIT/ Fachgebiet Städtebau (Hrsg), Karlsruhe, SS 2010.

dieser Staaten von den Kolonialstaaten beeinflusst waren. Die Demarkierung der Grenzen wurde zumeist nicht als Ergebnis von Planung zur Erhöhung der Lebensfähigkeit des neuen Staates definiert. Sie war meistens ein Ausdruck externer und interner politischer und ethnischer Überlegungen zur Verwirklichung von Selbstbestimmung.¹²

Das Fehlen der Raumplanung in diesen Ländern vor der Unabhängigkeit konnte daher resultieren, dass es keine klare politischen Grenzen und ökonomische Alternativen in diesen Ländern gegeben hat. Nationalplanung kommt als zuständiges Organ für das öffentliche Interesse gewöhnlich mit der Staatsgründung zustande. In vielen neuen Staaten, und ganz sicher in den meisten arabischen Staaten, in denen die Prioritäten der Interessengruppen, die das Ziel der Bildung eines neuen Staates verfolgten, klar politisch waren, wurde Raumplanung nicht als ein *rationales* Verfahren zur Bewertung der Landesressourcen für Lebensfähigkeit des angestrebten Staates angesehen. Stattdessen wurde Raumplanung von einigen korrupten Herrschern für die eigenen persönlichen Ziele instrumentalisiert. Die meisten arabischen Herrscher sehen Raumplanung, im Zuge des Veruntreuens des Landesvermögens bzw. des „Teilen des Kuchens“, als Mittel und Rahmen für die Erfüllung der vielen Interessen ihrer Anhänger. Für sie ist das Fehlen von Entwicklungsplänen ein wichtiges Mittel, um mehr politischen Spielraum bei ihren Entscheidungen über Ressourcenzuweisungen und -vergaben bekommen zu können. Auf diese Weise sind sie in der Lage, die politische Loyalität der Anhänger aufrechtzuerhalten und sich das Schweigen der Gegner zu erkaufen.

Statt eine für das *ganze* Land vorausschauende Planung einzuleiten, haben viele dieser neuen Staaten – und entsprechend dem absolutistischen Herrschaftsprinzip vieler Diktaturregime, aber auch aufgrund der oben genannten fehlenden Erfahrung – eine stark polarisierte Siedlungs- und Regionalstruktur erfahren, in der normalerweise die meisten sozioökonomischen und politischen Aktivitäten in einer Hauptstadt als ‚Zentrum des Staates‘ konzentriert waren, während die anderen Städte des Landes klein und unterentwickelt blieben und in starker Abhängigkeit von der Hauptstadt lebten. Stadtplanung in diesem Sinne spiegelt in Wahrheit die vorherrschende Machtkonzentration in diesen Ländern wider und lehnt – wohl aus Angst der Machhaber vor Machtverlust durch Gewaltenteilung – jegliche Form der Partizipation ab. Dies ist einer der wesentlichen Gründe für das Versagen des arabischen politischen Systems, ein Mindestmaß an menschlicher Entwicklung in der arabischen Welt zu erzielen. Viele der Entwicklungsprobleme der Städte in diesen Ländern könnte man mittels gut durchdachter Nationalpläne lösen oder wenigstens entschärfen, denn Nationalpläne streben eine Verteilung von Siedlungen im Raum an, sprich die zentralistische Struktur einer Hauptstadt durch eine Rangordnungssiedlungsstruktur zu ersetzen, die ein regionales Gleichgewicht ermöglicht und folglich die soziale und politische Stabilität im Land fördert.¹³

Stehenbleiben steht nicht zur Wahl

Bei aller Kritik an den Osloer Verträgen, hätte der dazugehörige Umsetzungszeitplan (Zeitphasen) – bei entsprechender Glaubwürdigkeit und Willen zum Frieden von Seiten der dominanten Partei – den Palästinensern die nötige Zeit gegeben, um eine Raumplanungsstrategie zu entwickeln, die aus den Lehren und Erfahrungen anderer Länder profitiert hätte, die sich in ähnlichen Situationen befunden haben. Durch den Umstand, dass die Palästinenser damals die Erfüllung einer solchen Strategie stufenweise parallel zur Erlangung ihrer politischen Souveränität hätten meistern müssen, hätten sie höchst wahrscheinlich ein neues Musterbeispiel für die Formation eines Staates angesetzt, das die vorstaatliche Planung hätte umfassen müssen. Wir wissen heute, dass die Osloer Verträge faktisch tot sind und dass die Zwei-Staaten-Lösung im heutigen Kontext äußerst schwer umsetzbar ist. Aber die Chancen für die Schaffung einer neuen Art von Planung in der Region sind durchaus weiterhin groß, insbesondere da die politische Landkarte in und um Palästina seit Ausbruch des arabischen Frühlings Anfang 2011 beginnt, sich radikal umzuformieren und folglich die Rahmenbedingungen für Regionalplanung und grenzübergreifende Projekte zu ändern. Außerdem ist die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin die von der Weltgemeinschaft favorisierte territoriale Lösung und muss demnach berücksichtigt werden, wenigstens als Option.

Um die nationale Entwicklung im neuen Palästinenserstaat verstärken zu können, benötigt man eine räumliche

12 Driver, F.: Political geography and state formation: Disputed territory. Progress in Human Geography, Vol. 15(3), 1991, pp 163-185, in: Khamaisi, Rassem, *Urbanization Strategy for Strengthening ... a.a.O.*, S.170.

13 Beckman, M.: City Hierarchies and the distribution of city size, Economic Development and Cultural Change, Vol. 6, pp 243-248, in: Khamaisi, Rassem, *Urbanization Strategy for Strengthening ... a.a.O.*, S.170.

Strategie, die im Vorhinein geschilderten Rahmenbedingungen für ein konzeptionelles Rahmenwerk des Staates, mit anderen Worten Souveränität und die territoriale Kontinuität der Gebiete, berücksichtigt. Die Erhöhung der Lebensfähigkeit eines künftigen Palästinenserstaats in allen ihrer Komponenten erfordert – schlicht und einfach – eine fundierte (teils vorstaatliche) *Raumplanung*, die auf ein positives Verhältnis zwischen nachhaltigen Siedlungsmodellen und einer effizienten Grundstruktur setzt, die die Fähigkeit des Staates stärken, seine Hauptziele zu erreichen. Raumplanung für den neuen Staat Palästina müsste grundsätzlich zwei Hauptziele verfolgen, nämlich

1. die eigene Souveränität zu erhöhen; und
2. eine nachhaltige nationale sozioökonomische Entwicklung in Gang zu setzen.

Dies ist erforderlich,

- a) um die zuvor genannten Erfordernisse zur Erhöhung der Lebensfähigkeit des Staates zu erfüllen;
- b) um die territoriale Kontinuität zwischen beiden Teilen der palästinensischen Territorien, wie dies im Osloer Interimsabkommen festgelegt wird, abzusichern. Diese territoriale Kontinuität ist von größter Bedeutung, nicht nur da sie die geopolitische Einheit des Westjordanlandes und des Gazastreifens manifestiert, sondern auch aufgrund ihrer ökonomischen, sozialen und historischen Relevanz;
- c) um die relativen Vorteile der palästinensischen Lokalitäten, neben der besonderen regionalen und internationalen Lage der palästinensischen Territorien am Schnittpunkt dreier Kontinente (Asien, Afrika und Europa), zu nutzen;
- d) um die bestehende Balance in der Bevölkerungsstreuung und der historischen hierarchischen Rangordnungsstruktur der palästinensischen Städte und Dörfer im Westjordanland beizubehalten und eine solche Entwicklung im Gazastreifen planerisch zu bewirken; und schließlich
- e) um die regionalen und internationalen ökonomischen (freier Handel) und politischen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten (Jordanien, Ägypten und Israel) und mit der Außenwelt (Mittelmeerstaaten) zu garantieren.

Palästina verfügt mit seiner besonderen geographischen Lage und Geschichte, sowie mit seiner demographischen Zusammensetzung über einige Qualitäten, über die beinahe alle postkolonialen Staaten nicht verfügten und die die Umsetzung von Raumplanung sehr erleichtern:

- Zu allererst ist es die ununterbrochene geschichtliche Kontinuität des Landes, die das Land aufgrund dessen besonderer spiritueller Bedeutung sehr oft zum Objekt der Planung großer Mächte machte. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern südlich des Mittelmeerraums verfügt das Land nicht nur über wichtige regionale Zentren und Grenzregionen, sondern auch über interessante moderne Planungsschemen und -Gesetze (mandatsbritische und jordanische), die bei eventueller Berichtigung durchaus eine Basis für weitere Planungen bilden können;
- Palästina als Land kennt in seinem städtebaulichen und regionalen Gewebe keinen Zentralismus. Was die demographische Streuung und die hierarchische Struktur der Städte und Dörfer des Landes betrifft, existiert seit jeher eine Balance im Land, die die Verbundenheit der Palästinenser mit ihren Städten, Dörfern und Regionen enorm stärkte;
- Palästina verfügt über eine aufgeklärte Gesellschaft und die Palästinenser genießen eine hohe Bildungsrate sowie eine beachtliche Anzahl von Fachleuten auf allen Gebieten, die bei der wissenschaftlichen und effizienten Umsetzung großer Pläne für die Zukunft des Landes einen sehr wichtigen Beitrag spielen können;
- Die Überschaubarkeit des Landes, oder anders gesagt die relativ kleine Fläche, und die historisch gewachsenen städtischen und regionalen Strukturen machen es möglich, dass das ganze Land planerisch wie eine große Region behandelt werden kann. Dies bedeutet jedoch wiederum eine große Herausforderung für Planer, da hier Effizienz eine zentrale Rolle spielt; und
- Ganz gleich, ob geteilt zwischen zwei Völkern oder binational, Palästina könnte eine wichtige kulturelle und ökonomische Drehscheibe für Auslandsinvestitionen, insbesondere aus der arabischen Welt werden, in der nicht nur internationaler Handel, sondern auch Bildung, Wissenschaft und Innovation ein wichtiges Zukunftskapital bilden können.

Um eine gefährdete Region mit niedriger Lebensqualität wie Palästina in eine florierende und konkurrenzfähige Region mit hoher Lebensqualität zu verwandeln (Abbildung 6-3) müssen einige Schritte und Maßnahmen unternommen werden, die die Balance zwischen Umwelt, Ökonomie und Gerechtigkeit wiederherstellen.

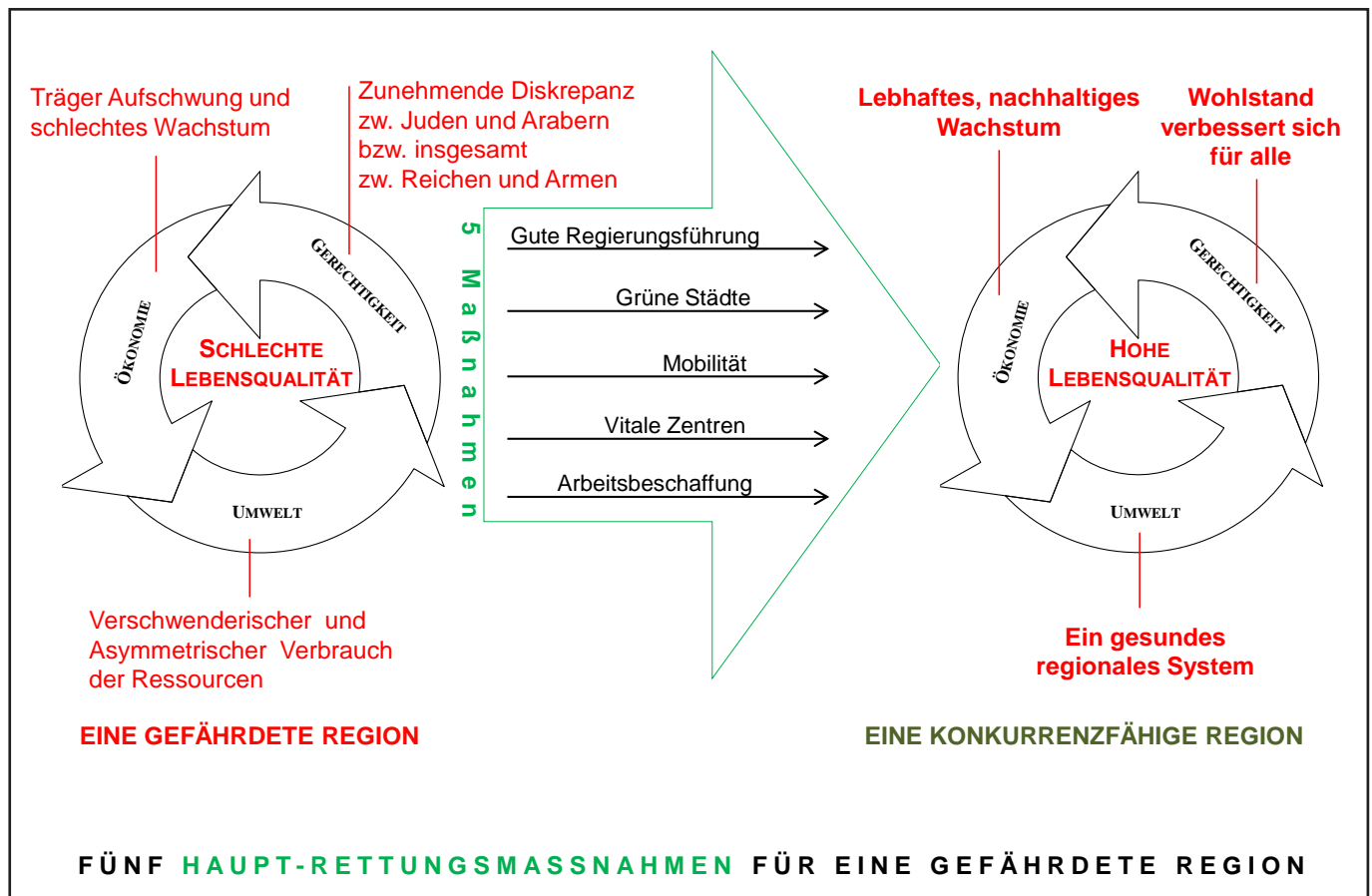


Abb. 6-3: Fünf Hauptrettungsmaßnahmen für eine gefährdete Region, nach Robert D. Yaro and Tony Hiss, *A Region at Risk – the third Regional Plan for the New York-New Jersey-Connecticut Metropolitan Area*, 1996.

Die Basis dieser Rettungsmaßnahmen ist gewiss in einer ‚guten Staatsführung‘ des Landes begründet, die dafür sorgt, dass eine nachhaltige Landesraumplanung stattfindet. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für Hunderttausende von Menschen, die Aufwertung und Vitalisierung der historischen Stadtzentren, der Aufbau der Grundinfrastruktur und die Gewährleistung der Mobilität im Land sowie die Schaffung von Grünstädten und -Achsen, sind weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Lebensqualität in Palästina. Und eine der wichtigsten Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergibt ist die Frage nach der Strategie, die verfolgt werden sollte, um die gewünschte Entwicklung zu erzielen. Der Geograph Rassem Khamaisi gibt **vier grundsätzliche Hauptszenarien** für eine solche Strategie an¹⁴:

14 Die ersten 3 Strategien wurden erwähnt in: Khamaisi, Rassem, *Urbanisation Strategy for Strengthening ... a.a.O.*, S.176-178.

Szenarium 1: Dezentrale Planung der Distrikte

Freie dezentrale räumliche Ansiedlung in den Distrikten

In der Strategie der ‚freien Wahl‘ bestimmen die Distrikte oder gar die Städte selbst, wie sich ihre Räume entwickeln sollen. Man kann die besondere Bedeutung der regionalen Zentren und der Städte des Landes in der ökonomischen Entwicklung und der Lebensfähigkeit des künftigen Palästinenserstaats nicht leugnen. Wie oben erwähnt, gehörten die gut verteilten regionalen Zentren zum historischen städtischen und regionalen Gewebe Palästinas, obwohl das Land für eine solche *dezentrale* Struktur erstaunlich klein ist. Einer der Gründe für dieses, man könnte sagen, hilfreiche Phänomen liegt in der beeindruckenden Vielfalt in den natürlichen Landschaftsbezirken Palästinas. Man zählt hier mehr als *vierzig* voneinander stark abgesetzte Landschaftsbezirke.¹⁵ Diese geographischen Gegebenheiten förderten zwar die Entstehung eines dezentralistischen städtischen Gewebes im Land, führte jedoch (aufgrund der ethnischen und kulturellen Homogenität) mit Ausnahme der Zeit des Kreuzritterreichs (1099 bis 1291 n.Ch.) nie zur Entstehung von geopolitischen Teilungen im Land. Trotz dieser natürlichen Begebenheiten wurden die historischen Städte Palästinas, wenigstens in den letzten 500 Jahren, Teile eines räumlichen Mosaiks, dessen Struktur durch administrative Grenzen für regionale Zentren unterteilt wurde. Die osmanische, aber auch die jordanische, administrative Teilung der Landesdistrikte (Kapitel 1) zeigte dies deutlich.

Man sieht hier, dass eine solche Strategie (im Sinne ihrer Ziele) im historischen städtischen und regionalen Gewebe des Landes die nötigen Voraussetzungen für einen gewissen *Erfolg* haben könnte. Jedoch würde eine solche einfache Strategie verhindern, dass ein staatliches Eingreifen oder eine öffentliche Beteiligung bzw. Debatte stattfindet, die die Umformung oder Organisation des Siedlungsgewebes oder die Bestimmung einer räumlichen (städtischen oder regionalen) Prioritätenpolitik zur Gestaltung der Größenordnung und des wechselseitigen Verhältnisses zwischen Städten und Dörfern des Staates steuert. Sie würde außerdem das Tor für Spekulanten in den Reihen der privaten Entwickler und Unternehmer und vor allem für das internationale politische Kapital öffnen. Denn in einem solchen Szenarium entscheiden Entwickler und Unternehmer, wo sie investieren bzw. entwickeln, je nach ihrer Einschätzung, wo und wie der größte Profit zu erreichen ist und ob eine Ortschaft attraktiv genug ist, um Entwickler und Nutzer anzulocken. Die Rolle der Zentralregierung reduziert sich – in Konkurrenz mit der lokalen Verwaltung – darauf, die besten Rahmenbedingungen und Möglichkeiten für Entwickler zu garantieren, oft auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger und der Umwelt. Dies mussten viele postkoloniale Staaten erfahren, in denen die Hauptstädte bis heute die meisten Investments und Immigranten anlocken. Das Ergebnis einer solchen Strategie sind überbevölkerte und verkehrsüberlastete Hauptstädte und andere nicht voraussehbare Umweltprobleme. Zudem weitet sich die Schere der sozioökonomischen und demographischen Entwicklung zwischen der Hauptstadt und den peripheren Regionen des Landes enorm aus.

Eine mögliche Nebenwirkung dieser Planungspolitik ist das Einschleichen des politischen Kapitals bzw. des von bestimmten politischen Kreisen unterstützten und auf reinem Profit fixierten Investments, die völlig andere Ziele verfolgen als das Wohlergehen des Landes und seiner einheimischen Bevölkerung. Durch das Fehlen einer nationalen Planungspolitik, die die Rahmenbedingungen festlegt, kann eine gewisse Planungsanarchie bzw. ein Balkanisierungssyndrom entstehen, in der die bisherige Planungspolitik der israelischen Besatzung und der machtlosen PA, nämlich das lückenfüllende Bauen, fortgesetzt wird, dieses Mal jedoch in Form einer Zusammenarbeit zwischen lokalen und internationalen Immobilienspekulanten. Erste Anzeichen dieser Entwicklung kann man bereits heute sehen: eine der Privatinitiativen ist das vom palästinensischen Manager und Direktor des ‚Bayti Real Estate Investment Co‘ Bashar Masri geleiteten Projektes ‚Rawabi‘. Sollte dieses bereits begonnene Projekt fertig gestellt werden *können*, so wäre die neue Stadt ‚Rawabi‘ – etwa 9 km nördlich von Ramallah bzw. 20 km nördlich von Jerusalem – die erste geplante palästinensische Gemeinde im Westjordanland. Die als hochmoderne und umweltfreundlich propagierte Stadt soll dann Wohnraum für 40.000 Menschen sowie 5.000 Arbeitsplätze bieten.

Die Vision ‚Rawabi‘ soll durch eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen der palästinensischen Autonomiebehörde und dem Entwickler ‚Bayti‘ realisiert werden.¹⁶ Die Ähnlichkeit zu den viel kritisierten israelischen Bergsiedlungen in der unmittelbaren Nachbarschaft (z. B. Siedlung Ateret) ist verblüffend. Ein auffallend verfremdendes Bild bekommt man vor allem entlang der Route zu dieser für die Mittelstandsklasse

¹⁵ Schwöbel, Valentin, *Die Landesnatur Palästinas*, 2. Teil, 1914, S. 52.

¹⁶ Angaben über ‚Rawabi‘ aus der offiziellen Internetseite des Projekts: <http://www.rawabi.ps/>; siehe auch den Bericht von Stack Perman, A Shining City on a Hill, Time Magazine, 21. März 2011, S.39-42 (auch online erhältlich unter: <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,2058129-1,00.html>).

geplante *palästinensische* Bergsiedlung, denn man passiert auf dem Weg von und nach Rawabi *nicht geplante*, unterentwickelte und traditionell an den Hängen angelegte arabische Dörfer und fährt schließlich durch die gegenwärtige Business- und Politik-Hauptstadt Ramallah, in der man feststellen muss, dass dort wichtige Grundinfrastrukturen, wie Fußgängerwege, angemessene Verkehrsanbindungen sowie ein fußgängerfreundliches städtisches Zentrum fehlen. Während es Hunderten von Städten und Dörfern in den palästinensischen Gebieten an allem fehlt, was sie lebenswert machen könnte, wird mit Rawabi eine neue hoch moderne und perfekt ausgebaute Stadt errichtet. Und statt die bestehenden aber unterentwickelten Lebensräume nach Plan zu sanieren bzw. umzugestalten und zu ergänzen, erschließt man nach dem Vorbild sowohl politisch als auch kulturell und was den Umweltschutz betrifft umstrittener israelischer Siedlungsstrukturen neues Bauland auf der Bergspitze. An diesem *Geschäft* sind viele wichtige Leute maßgebend beteiligt und die palästinensische Autonomiebehörde braucht offensichtlich diese revolutionäre Idee politisch dringend, um das Versagen auf vielen anderen Gebieten ihres Zuständigkeitsbereichs zu verbergen.



Abb. 6-4: Rawabi, die erste geplante palästinensische Stadt im Westjordanland, noch in Bau.

Was an diesem Projekt darüber hinaus beunruhigend ist, ist die weiterhin gegenwärtige umfassende Abhängigkeit der palästinensischen Planung vom guten Willen der israelischen Besatzungsbehörden. Die Genehmigungsprozedur durch die israelischen Behörden dauert übermäßig lange, nicht zuletzt da die Zufahrtsstraßen zu der neuen Ortschaft auf einer Strecke von mehreren Kilometern durch das israelisch vollständig kontrollierte Gebiet ‚C‘ verlaufen müssen. Durch diese Abhängigkeit bauen die Palästinenser ihren ‚Traum‘ auf wackeligen Boden. Denn politische Unruhen oder gar diplomatische Differenzen können die Initiative zerstören. Durch den von Israel abgelehnten palästinensischen UNO-Antrag auf Anerkennung Palästinas als volles Mitglied der UNO vom 23.11.2011 könnte das ganze Projekt blockiert werden.¹⁷

Ein weiteres Beispiel drohenden politischen Kapitals in der Siedlungspolitik betrifft den zerstörten Gazastreifen. Die 1984 gegründete und inzwischen international agierende türkische staatliche Wohnungsbaubehörde des Amtes für Siedlungsbau ‚Toplu Konut Idaresi‘ (TOKI) steht seit Jahren im Zentrum einer politischen Auseinandersetzung über sozialen Wohnungsbau und Siedlungspolitik in der Türkei. Ursprünglich wurde TOKI zur Bündelung des sozialen Wohnungsbaus gegründet, entwickelte sich inzwischen aber zu einem Immobiliengiganten, der die Stadtentwicklungspolitik massiv beeinflusst und in den Bodenmarkt eingreift. Die Instrumentalisierung von TOKI durch die Politik verschaffte TOKI eine Monopolstellung und die Aneignung zahlreicher Kompetenzen bei gleichzeitiger Umgehung demokratischer Kontrolle, so dass eine sachliche Bewertung der städtebaulichen Probleme sowie die Entwicklung geeigneter Lösungsansätze in dieser Debatte bislang vielfach zu kurz kamen. Das staatlich geförderte TOKI, das ursprünglich die Aufgabe hatte, den sozialen Wohnungsbau zügig voranzutreiben und Immobilien für die Mittel- und Oberklasse zu entwickeln, hat in Wahrheit nur 20% der zwischen 2004 und 2007 von der Behörde gebauten 310.000 Wohnungen tatsächlich als Sozialwohnungen errichtet. So lässt sich folgern, dass enorme Summen öffentlicher Mittel für renditeorientierte und vor allem vielfältige Immobiliengeschäfte (nicht nur Wohnungsbau) durch TOKI eingesetzt worden sind.¹⁸

Die türkische Regierung, die das TOKI als ein staatliches Entwicklungsorgan sieht, instrumentalisiert diese Behörde nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch. TOKI hat sich inzwischen für den Wiederaufbau des Gazastreifens beworben und somit auch die Hand nach einem weiteren, für den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan wichtigen Gebiet ausgestreckt.¹⁹ Erdogan genießt gewiss sehr viel Sympathien in der arabischen Welt, insbesondere im Gazastreifen, aber selbst wenn es gut gemeint wäre, würde das Involvieren von TOKI in die Planung des Gazastreifens im Kontext der politischen und territorialen Spaltung der PA und ohne vorher in gesamtpalästinensischem Sinne die entsprechenden nationalen Strategien zu bestimmen, die Probleme des Gazastreifens nicht lösen, ganz im Gegenteil, dies würde die Spaltung vertiefen und das knappe Land und die Zukunft der Menschen dort den Profit fixierten Spekulanten und dem internationalen politischen Kapital ausliefern.

Szenarium 2: Zentrale Entwicklung der Peripherie

Die zentrale Entwicklung des ländlichen Raumes und der Peripherie

In der *zweiten* Alternativstrategie bleiben Macht und Ressourcen in staatlicher Hand. Die wesentlichen Ziele dieser Strategie sind (a) das Verhindern der Land-Stadt-Wanderung, sowie (b) die Vollstreckung einer klaren und erklärten Strategie der sukzessiven städtebaulichen Entwicklung in den Dörfern sowie die Schaffung von Anreizen (durch Planung), die den Dörfern den Vorrang geben und die Attraktivität des ländlichen Raumes insgesamt als Wohn- und Arbeitsraum erhöhen. Die Regierung würde hier versuchen, die existierende Siedlungsstruktur im ländlichen Raum (Dörfer und Kleinstädte), zu bewahren und die Ressourcen hauptsächlich für die Entwicklung der Peripherie des Staates benutzen, während die Entwicklungsstrategie der großen Städte des Landes vom privaten Sektor abhängen würde. Öffentliche Investments würden sich auf die Entwicklung von Dörfern und kleinen Städten konzentrieren, indem man Landwirtschaft als Basis der ländlichen Ökonomie fördert und neue Dörfer gründet, um dem demographischen Wachstum entgegenzuwirken und eventuell Teile der palästinensischen Rückkehrer aufnehmen zu können.

Entgegen der ersten Strategie der ‚freien Wahl‘ zielt diese Strategie – was das maximale öffentliche Eingreifen betrifft – darauf ab, alle Entwicklungsentscheidungen zu zentralisieren. Die Zentralregierung trifft hier die meisten Entscheidungen entsprechend festgelegter nationaler Pläne und Gesetzgebung. Sie entscheidet, wo, wie

17 Vgl. den Artikel von Hagai Amit, *Building the Palestinian dream on shaky ground*, Haaretz.com, 29.07.2011.

18 Siehe Beitrag von Ertug Ucar, *TOKIstan, Wohnungsbau im Schatten der Politik*, in: Arch+ Nr. 195/2009 (Heft-Titel: Istanbul wird Grün), S.62-64.

19 Ebenda.

und durch wen die Entwicklung erfolgt. Sie wählt selbst den Entwickler und bewilligt die Projekte.

Diese Strategie ländlicher und dezentraler Entwicklung beruht auf der Idee, dass die meisten Menschen in den palästinensischen Gebieten Landbewohner sind, die in kleinen Dörfern leben. Die Entwicklung der Dörfer als erste Priorität würde sich also nicht nur auf die meisten Palästinenser positiv auswirken, sondern sie würde vor allem dazu beitragen, die binnenländische Emigration (Landflucht) zu reduzieren, wenn nicht verhindern. Dies hat die wichtige geostrategische Wirkung, dass die traditionelle, balancierte Streuung der palästinensischen Bevölkerung in verschiedenen Teilen der Territorien aufrechterhalten bleibt und die Entwicklung einer Zentrum-Peripherie-Polarität verhindert wird.

Szenarium 3: Geplante Ballungsgebiete und Entwicklungsachsen

Kurzfristige Stärkung der Urbanisierung in den wichtigsten städtischen Zentren der palästinensischen Gebiete.

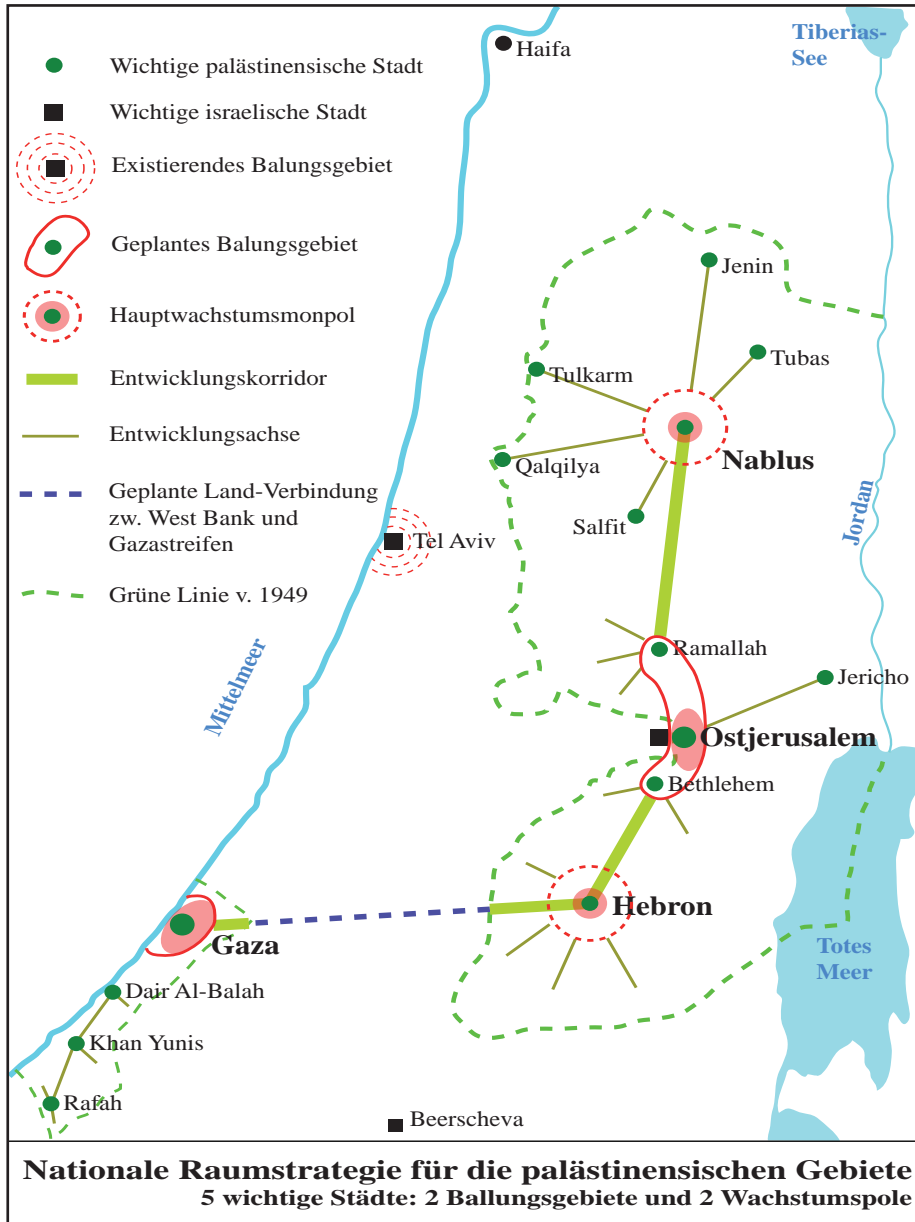
Die *dritte* Alternativstrategie, ist eine Urbanisierungsstrategie, die sich darauf fokussiert, die Entwicklung und Investment der öffentlichen Mittel für eine relativ kurze Zeit innerhalb der wichtigsten Städte der palästinensischen Territorien, die eine historische und/oder religiöse Bedeutung haben (Gaza, Hebron, Ostjerusalem und Nablus) zu konzentrieren und diese sich als Ergebnis rascher Verstädterung und neuen Wachstums zu großen urbanen Zentren des Staates entwickeln. Diese Urbanisierungsstrategie versucht, einen Entwicklungsrahmen durch das Initiieren eines nationalen und regionalen Projekts entlang des urbanen Korridors (Achse) zwischen den oben genannten Zentren (Schema-Karte 6-1) zu schaffen. Nablus und Hebron würden sich zu urbanen Zentren entwickeln, die als Wachstumspole funktionieren, die zwei Großstädte Gaza und Ostjerusalem (inklusive Ramallah und Bethlehem) entwickeln sich zu den Hauptzentren des Staats. Die Dörfer entlang der urbanen Achse entfalten sich dann zu kleinen städtischen Zentren oder Vororten.

Die Festlegung des Standortes dieser Entwicklungsachse zwischen Nablus und Hebron bzw. Gaza würde der geographischen Mitte der palästinensischen Gebiete entsprechen und würde bedeuten, dass die Distanzen zwischen den verschiedenen Teilen der Territorien und dem ‚Staatskern‘ kurz wären, was die Ausdehnung der Entwicklung in anderen Teilen der Territorien ermöglicht. Der ‚Staatskern‘, sprich die entwickelte urbane Achse, würde dann das Zentrum für Kleinstädte bilden, die wiederum als regionale Zentren für ihr Hinterland agieren würden.

Diese Strategie der Entwicklungskonzentration ist eine klassische Strategie der geplanten Verstädterung (hier von 5 Städten), die davon ausgeht, dass es mehr als fraglich ist, sich in einer Zeit des Rückgangs der Landwirtschaft auf die Strategie der ländlichen Entwicklung zu verlassen, um Arbeitsplätze und Industrialisierung zu schaffen. Dafür gibt es einige auf den ersten Blick plausible Gründe, wie z. B. die Boden- und Wasserknappheit in den palästinensischen Gebieten sowie die Tatsache, dass diese ländliche Strategie, was die Finanzen und die Administration betrifft, große öffentliche Kapitalanlagen erfordert. Ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist die Tatsache, dass die Strategie der ländlichen Entwicklung eine zentralistische Strategie ist und somit das Gegenteil der heute weltweit tendenziell verfolgten Strategie der Privatisierung, die in einigen Ländern tatsächlich geholfen hat, wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, Entwicklung zu fördern und die Gemeinkosten des öffentlichen Sektors zu verringern. Dies würde die Palästinenser so erscheinen lassen, als würden sie sowohl national als auch international gegen den Strom schwimmen.

Aber es gibt andererseits Aspekte, die im Falle Palästinas gegen diese Strategie sprechen:

- Zuerst entspricht dieses Modell in keiner Weise der altbewährten und von der palästinensischen Bevölkerung angenommenen demographischen und territorialen Balance im Land. Eine Änderung dieser Struktur würde schwerwiegende sozioökonomische Folgen haben und dazu führen, dass manche Teile des Landes sowie andere wichtige Städte wie Jenin, Jericho, Qalqilya und Tulkarm unterentwickelt und nicht angeschlossen blieben und nicht an den urbanen Korridor angeschlossen bleiben würden. Die politischen Reaktionen infolge eines solchen Szenariums dürften in einer ohnehin politisierten und aufgeklärten Gesellschaft bezüglich der Chancengleichheit zwischen den Distrikten schwer kalkulierbar sein;



Schema-Karte 6-1: ‚Developed Urban Axis of Palestine‘ als nationale Raumstrategie für Palästina, nach Khamaisi 1990.

• Die Verteilung von gegenwärtig 2,5 Millionen Menschen im Westjordanland auf drei urbane Zentren bzw. die demographische Masse des überbevölkerten Gazastreifens (1,5 Millionen Einwohner) im Raum Gaza City zu konzentrieren ist ein Szenarium, das insgesamt in vier total überbevölkerte Städte resultieren würde, die der neuen Herausforderung nicht gewachsen wären und höchst wahrscheinlich an der Ressourcenknappheit scheitern würden: es gäbe weder ausreichend Land noch genug Wasser, um den Bedürfnissen solcher Ballungsräume zu entsprechen²⁰;

• Diese Strategie übersieht in Bezug auf die Landwirtschaft die Meinung vieler Experten, die die Landwirtschaft in den kommenden Jahrzehnten als eine wichtige Stütze der palästinensischen Ökonomie prognostizieren. Die palästinensische Gesellschaft war und ist weiterhin überwiegend eine Bauerngesellschaft. Der Rückgang dieses Sektors erfolgte ausschließlich aufgrund der zwingenden Umstände der systematischen Degradierung der palästinensischen Ökonomie und Landwirtschaft durch die Besatzungsmacht, die sich in der Kontrolle über Boden und Wasser bzw. in der Erschwerung der Vermarktung der Produkte verkörperte. Eine von den Palästinensern bewusst geplante Vernachlässigung dieses lebenswichtigen Sektors wäre sowohl ökonomisch als auch aufgrund der Nahrungssicherheit verhängnisvoll; und

• Nach diesem Szenarium würden die Grenzregionen – das Jordantal, Rafah sowie die westliche Grenze des Westjordanlandes mit Israel – konsequent vernachlässigt, was sowohl regionalplanerisch (Reserveflächen)

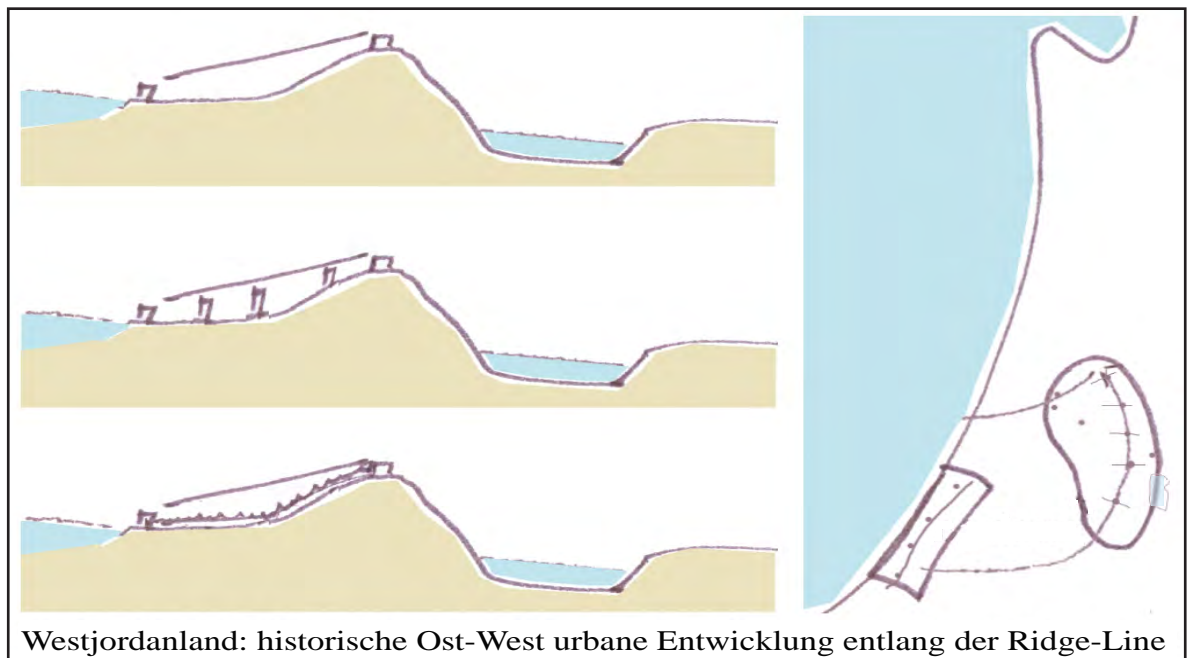
²⁰ Vgl. Suisman, Doug und andere: *the arc – A Formal Structure for a Palestinian State*, published by RAND Corporation, 2005, S.28.

als auch ökonomisch (Landwirtschaft, gemeinsame Grenzprojekte mit Nachbarstaaten) und die nationale Sicherheit betreffend sehr kurzsichtig wäre.

Szenarium 4: Umfassende urbane und ländliche Entwicklung

Mittel- bis langfristige Stärkung und Steuerung der Urbanisierung in den städtischen Zentren und Entwicklung des ländlichen Raums der palästinensischen Gebiete.

Die vierte Alternativstrategie ist eine umfassende mittel- bis langfristige Planungsstrategie die darauf abzielt (die Potenziale der historischen städtischen und regionalen Struktur Palästinas nutzend), die historischen Siedlungsachsen zu stärken, deren Wachstum zu steuern und eine progressive und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes zu ermöglichen. Die Idee dieser Strategie beruht einerseits auf dem Sachverhalt, dass der gegenwärtige Konflikt von Anfang an geplant wurde und dessen friedliche Beilegung ebenso planerisch herbeigeführt werden könnte. Andererseits lässt die nachdrückliche Knappheit der Landesressourcen *nur* einen hoch-effizienten Umgang mit diesen Ressourcen zu bzw. sie erfordert eine entsprechend präzise umfassende Planung, die wenig Raum für einen verschwenderischen Umgang mit den Ressourcen zulässt. Diese beiden Aspekte sind klassische Beweggründe für eine visionäre Landplanung bzw. für die Schaffung von Masterplänen, die die Erwartungen einer (genauer: zwei) sich nach Freiheit, Frieden und Entwicklung sehnenen Nationen erfüllen sollen.



Skizze 6-1: Historische Ost-West urbane Entwicklung entlang der Ridge-Line im Westjordanland.

Visionäre Masterpläne für Staaten und Regionen werden zwar von der Politik gebilligt und getragen, lassen aber Lösungsansätze zu, die quasi vorbehaltlose technisch-konstruktive Vorgehensweisen ermöglichen, die meistens über die verfahrenere Politik hinausgehen und diese maßgebend inspirieren. Im Falle Palästinas müsste eine Lösung sowohl technisch als auch ökonomisch im Rahmen des Machbaren bleiben, denn sie muss im Kontext der Ressourcenknappheit Lösungen für eine Reihe großer Herausforderungen liefern, bei denen es um die Grundinfrastrukturen, die für die Lebensfähigkeit der Region und folglich für die politische und sozio-ökonomische Stabilität eines zukünftigen Staates Palästina entscheidende Elemente sind: es geht hier um nicht weniger als die Bewältigung eines Bündels von Herausforderungen, wie der Mobilität, knappem Wasser, der Energieerzeugung und -transport, der Telekommunikation und der Grünflächen, deren Lösungen die urbane Entwicklung der Städte und Dörfer und die Zukunft der Menschen im Land maßgebend bestimmen.

Interessant an der historischen städtischen und regionalen Struktur im Westjordanland ist nicht nur die bereits erwähnte balancierte Streuung der wichtigsten Städte, sondern vor allem auch der geographische und topologische Umstand, dass die wichtigsten Städte des Westjordanlands – von Hebron im Süden bis Jenin im Norden – sich städtebaulich über Jahrhunderte entlang des Bergkamms (*Ridge Line*) des Westjordanlands einer

idealen Bogenlinie folgend an den Berghängen zumeist in Ost-West-Richtung entwickelt haben. Die Ridge Line (Bogenlinie in Skizze 6-1) hat sich dementsprechend zu einer gedachten *goldenen Linie*, zu einem *Rückgrat* entwickelt, entlang der sich die meisten Städte und Dörfer des Landes in Nord-Süd-Richtung verteilen und sich *linear* quasi orthogonal zu ihr expandierten.

Es ist bekannt (wenn auch oft übersehen), dass der Schauplatz der biblischen Begebenheiten ein Bergland ist. Hebron liegt etwa in einer Höhe von 930 Meter, Jerusalem durchschnittlich 750 Meter, Nablus etwa 440 Meter und Nazareth 350 Meter über Meeressniveau. Dabei ist die Mittelmeerküste von diesen Orten nur 70 bis 75 Kilometer und der Jordangraben, der etwa 300 Meter unter den Meeresspiegel abgesenkt ist, nur 30 bis 35 Kilometer Luftlinie entfernt, so dass die zahlreichen nach Osten und Westen fallenden Täler von der Wasserscheide aus die Oberfläche des Landes in starker Neigung durchfurchen. Aus diesem Grund entstanden die historischen Städte in relativer Unabhängigkeit voneinander. Die illegalen israelischen West-Bank-Siedlungen kapseln sich von dieser Bautradition des Landes ab und sind bekanntlich zum großen Teil auf den Bergspitzen entstanden. Sie bilden daher eine große Ausnahme in der palästinensischen Stadt/Dorf-Beziehung zur natürlichen Umgebung. Befremdend wirken sie bis heute vor allem, da die planerisch subtil genutzte panoptisch hochqualitative Lage der Bergspitze Maßstabübergreifend eine Architektur schuf, die die Gesamtsiedlungsstruktur und die Grundrisse der einzelnen Wohneinheiten mehr zu Kontrollorganen gegen ihre natürliche Umgebung und weniger zu Lebensräumen machte.

Ein heutiges Staatswesen mit seinen vereinheitlichenden Kräften des Wegebbaus, der Verwaltung, der Schule und der wirtschaftlichen Zusammenfassung hätte zwar immer noch Mühe, die natürlichen ‚Besonderheiten‘ der Landesteile zu überwinden, technisch wäre eine solche Aufgabe heute aber wesentlich einfacher als vor wenigen Jahrzehnten. Die Ridge Line als Rückgrat der städtischen Entwicklung im Westjordanland wurde erstmalig vom US-amerikanischen Stadtplaner-Team Suisman Urban Design thematisiert, das im Jahr 2003 von der RAND Corporation beauftragt wurde, eine visionäre „Formale Struktur für einen Palästinenserstaat“ zu entwerfen, die dem neuen Staat ermöglichen sollte, große künftige Herausforderungen zu bewältigen, insbesondere die Aufnahme einer großen Anzahl rückkehrender palästinensischer Flüchtlinge. Der ursprüngliche Wunsch der Spender war eigentlich, ein Konzept zur Ansiedlung der palästinensischen Flüchtlinge im neuen Palästinenserstaat und somit die gefürchtete Instabilität und Gewalt zu vermeiden, die die Rückkehr hunderttausender Flüchtlinge für den neuen Staat verursachen könnte.

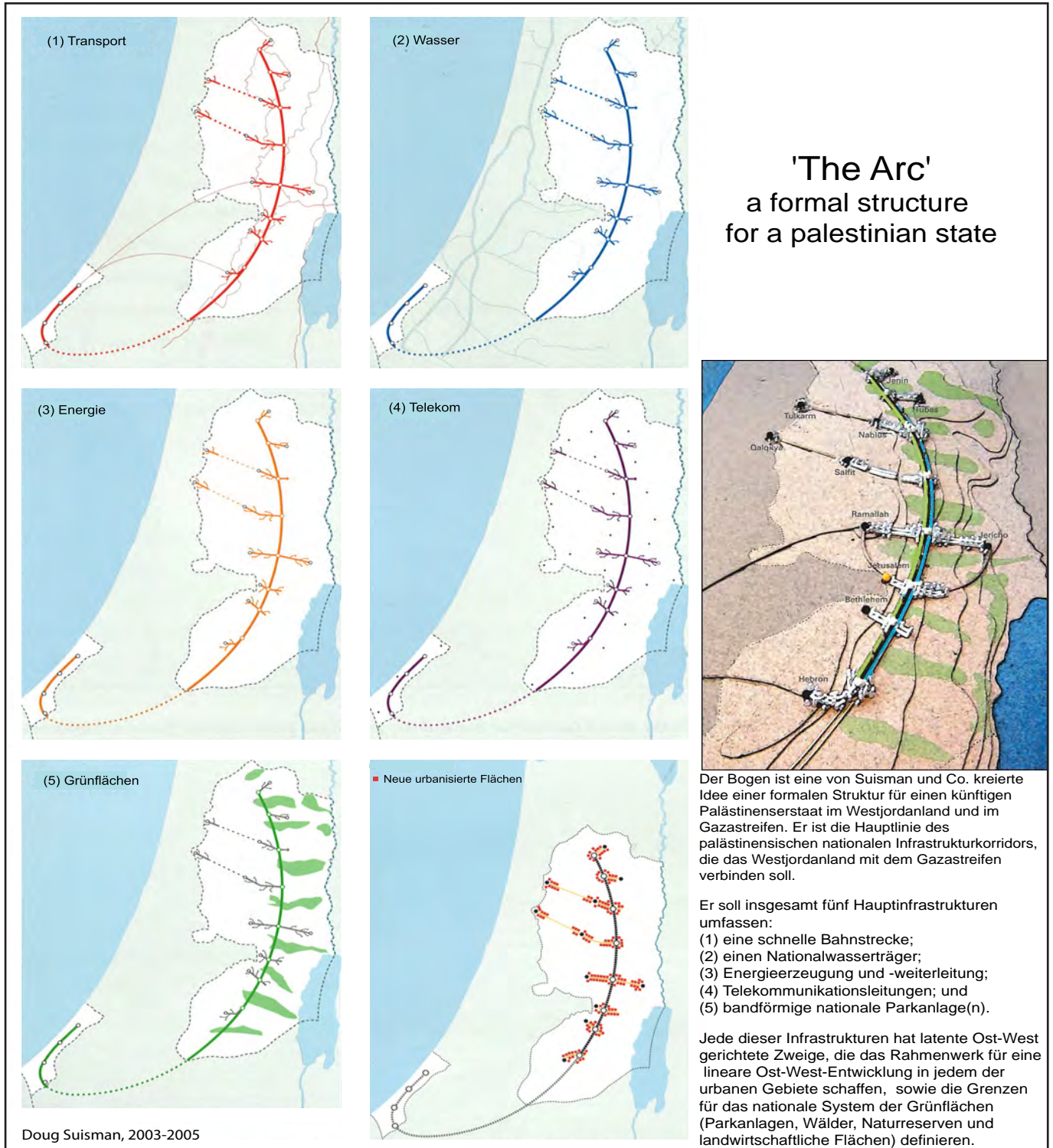
Das Büro ‚Suisman Urban Design‘, das in einigen anderen visionären Planungen wie dem neuen „Plan für Lower Manhattan“ infolge des 11. Septembers involviert war, hat in seiner Planung zwischen 2003 und 2005 die palästinensischen Gebiete (Westjordanland und Gaza) als eine einzige [gefährdete] *Metropolregion* erfasst, die sowohl physikalische als auch ökonomische Einbindungen dringend benötigte. Die vorhandene Topographie der Regionen, die projektierte Größe des Staates bzw. dessen Einwohnerzahl berücksichtigend, haben die Planer angefangen, ein neues Strukturkonzept für zukünftige Ansiedlungen, Grünflächen und Infrastruktur zu entwickeln. Das Rückgrat dieser rationalen Vorgehensweise bildete die Ridge Line der „Heiligen Berge“. Die Planer haben die Bedeutung dieser goldenen Bogenlinie erkannt und entsprechend thematisiert: alle nötigen Infrastrukturen für den neuen Staat sollten entlang dieser Linie verlaufen und somit alle palästinensischen Agglomerate erschließen. Die wichtigsten Städte, die sich ohnehin entlang der Linie verteilen, sollten ihre lineare urbane Entwicklungsachsen ebenso an dem Bogen orientieren. Die ehemals *gedachte Linie* verwandelte sich auf einmal in eine *urbane Linie*, genauer: in einen *urbanen Korridor*, womit das Ergebnis vielmehr ein visionäres Konzept als ein Plan war, das zutreffenderweise den Namen „the arc“ (der Bogen) trug.²¹

Der von Suisman entwickelte Bogen bildete somit das Rückgrat der formalen Struktur für den künftigen Palästinenserstaat im Westjordanland und im Gazastreifen. Er ist die geplante Hauptlinie des palästinensischen nationalen Infrastrukturkorridors, die das Westjordanland mit dem Gazastreifen verbinden und insgesamt fünf Hauptinfrastrukturen umfassen (siehe Schemakarte 6-1) sollte:

1. Eine schnelle Bahnstrecke zwischen Jenin und Rafah bzw. zwischen Rafah und Gaza;
2. Einen Nationalwasserträger;
3. Energieerzeugung und -weiterleitung;
4. Telekommunikationsleitungen; und
5. Bandförmige nationale Parkanlage(n).

Jede dieser Infrastrukturen sollte latente Ost-West-gerichtete Zweige, die das Rahmenwerk für eine lineare Ost-West-Entwicklung in jedem der urbanen Gebiete schaffen, sowie die Grenzen für das nationale Grünflächensystem (Parkanlagen, Naturreserven und landwirtschaftliche Flächen) definieren.

Der vielleicht interessanteste Aspekt des Konzepts des Büro Suisman war die Idee der *technischen* Bündelung der Lösungsansätze in einer Zauberlinie, um ein großes Bündel akuter Probleme sozusagen aus einer Hand zu lösen. Mobilität spielte hier eine außerordentlich große Rolle. Die in den Plänen eingetragenen Stationen einer schnellen Bahnstrecke befinden sich idealerweise im direkten Verlauf der Bogenlinie.



Schema-Karte 6-2: *The Arc, a Formal Structure for a Palestinian State*, Doug Suisman, 2003-2005.

Also nicht die Stadt selbst wird an dieser Linie adressiert, sondern symbolisch die Bahnstation, die genauso wie der Bogen diese Städte in den meisten Fällen tangiert. Den Kern der urbanen Entwicklung bilden diese Stationen, von denen aus sich die Siedlungsachsen der Städte entwickeln und die Grundinfrastrukturen west- oder ostwärts in Richtung historischer Stadtkerne bzw. in entgegengesetzter Richtung neues Land erschließen.

Diese hochtechnische urbane Lösung des Zusammenschnürens hatte eine große Imaginationskraft und übte folgerichtig auch eine gewisse Faszination auf große Teile der palästinensischen Gesellschaft, insbesondere der Fachwelt aus. Aber so groß diese Faszination auch war, die Idee musste daran scheitern, dass es den Planern, und noch mehr den Spendern um die RAND Corporation, an einem Mindestmaß an politischer Sensibilität mangelte. Denn der offensichtliche Fokus dieser faszinierenden Idee war die Ansiedlung von Hunderttausenden palästinensischen Flüchtlingen im neuen Staat Palästina auf dem Territorium des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Der Rest der 6 Millionen Flüchtlinge sollte zwar (wenn sie wollten) die palästinensische Staatsbürgerschaft bekommen, jedoch in den Ländern bleiben wo sie gegenwärtig lebten und arbeiteten. Das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, eine Konstante des Palästinaproblems, wurde hier stillschweigend ausgeklammert und es wurde hier offensichtlich versucht, diese Menschen zu bevormunden. Die Sorge der Israel-nahen RAND Corporation galt hier in erster Linie der Zukunft des israelischen Staats, dessen größte Gefahr die palästinensische Demographie ist.²² Genau aus diesem Grund wurde diese Idee von breiten Teilen der palästinensischen Gesellschaft abgelehnt, so faszinierend die Idee auch war. Aus israelischer Sicht wurde diese Idee ebenso abgelehnt, da die israelische Politik zu keiner Zeit ernsthaft an die Räumung des Westjordanlands zugunsten eines Palästinenserstaats dachte, auch nicht wenn Jerusalem in israelischer Hand bleiben sollte.

Ein anderer Aspekt, der gegen das Konzept sprach war die Tatsache, dass es die Trennung beider Völker manifestierte, ohne die Option eines mittel- bis langfristigen Zusammenkommens in Form einer politischen Konföderation oder gar einer Vereinigung (Binationalität) beider Staaten in Betracht zu ziehen, wie es sich breite Teile der Gesellschaften im Nahen Osten (auch in Israel) wünschten. Denn nicht die erzwungene *Integration* Israels (als Fremdkörper) würde zur dauerhaften Stabilität in der Region führen, sondern viel mehr dessen *Inklusion* in seiner Umgebung, die eine umfassende Aufarbeitung der Geschichte voraussetzt. Weder erfüllt das RAND-Konzept diese Voraussetzung, noch erkennt es das Palästinaproblem als ein politisch-geschichtliches Problem an, das man mit rein technischen Lösungen nicht klären könnte.

6.2.4 Effizienz, Identität und Zukunftsfähigkeit

Wie vorweg bereits erwähnt, erfordert der effiziente Umgang mit den Landesressourcen eine präzise umfassende Planung der Zukunft des Landes, die aber eine beschnittene Planung bleibt, wenn sie die Identität des Landes ignoriert. Planung muss demnach zwar neue Lösungsansätze aufbringen, aber sie muss auch auf die bestehenden historischen Potenziale setzen und diese ausbauen. Der Ansatz der Firma ‚Suisman Urban Design‘ ist insofern interessant, da er versucht hat, einerseits eine neue lineare technische Erschließungsstruktur für das ganze Land zu bestimmen und andererseits die historische Linearität der Stadtentwicklung in Palästina zu bestätigen und fortzuführen.

Es ist tatsächlich so, dass die palästinensischen Gebiete in ihrer territorialen Größe und geschichtlichen Homogenität, einen Planer beinahe dazu verlocken, sie auch als eine einzige Metropolregion zu planen und die angestauten Probleme mittels einer umfassenden urbanen Lösung zu entknoten. Man darf jedoch die geschichtlichen Besonderheiten der Orte nicht außer Acht lassen. Die dringlichen Probleme der Städte und Regionen des palästinensischen Landes sind die Erbmasse eines hundertjährigen politischen Konflikts bzw. einer ebenso langen Politik der eisernen Mauer. Diese Politik führte zu einem unmittelbaren Entwicklungsstopp einer der geschichtsrreichsten Regionen der Menschheitsgeschichte. Eine technische Lösung für Städte des Westjordanlands und des Gazastreifens gewinnt eine gewisse Logik aus dem Versuch, diese technische Entwicklung nachzuholen, indem sie dieser „Erbmasse“ des Rückschritts und des Untergangs der urbanen Landschaft mittels einer *urbanen DNA* als nationalem Rückgrat entgegen zu wirken versucht.

Die urbane DNA verkörpert in diesem Sinne eine Bündelung effizienter Lösungsansätze für ein Bündel dringlicher Herausforderungen, wie Mobilität, Wasser, Ökonomie, Grünflächen und urbane Entwicklung und Siedlungsachsen. Ebenso logisch ist, dass Städte als Standorte sozioökonomischer und kultureller Errungenschaften die Orte mit den meisten vererbten Problemen (Konzentration der genetischen Code bzw. des Erbmaterials) und entsprechend auch mit den kreativsten Lösungsansätzen sind.

Das nationale Rückgrat als formale Struktur des künftigen Staates muss ganz besonders auf die Potenziale der historischen Städte setzen, wenn die Identität des Landes bewahrt werden soll. In diesem Kontext wäre eine

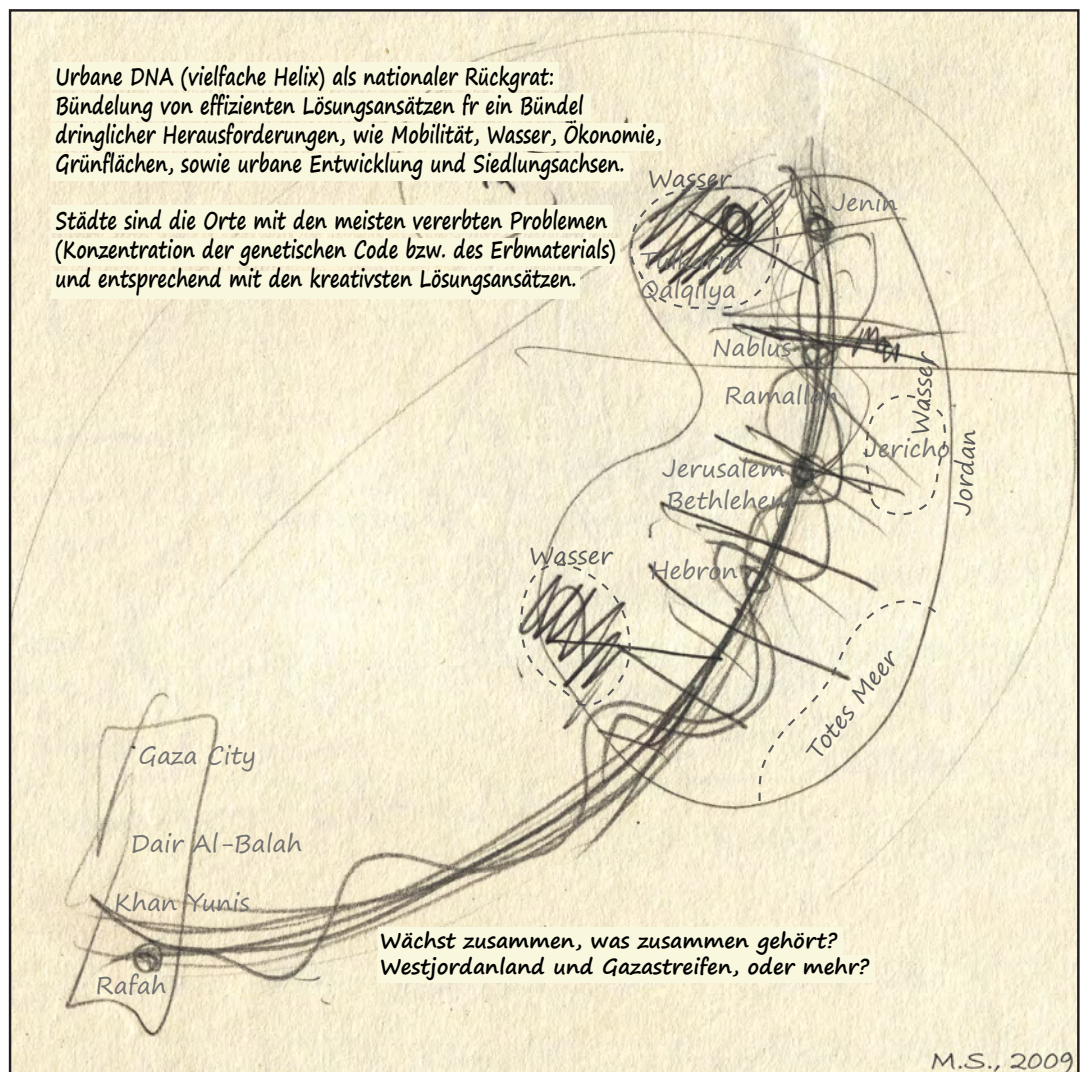
²² Ebenda, S.1 und S.84-87.

sukzessive Entwicklung sinnvoll, die den vorbestimmten nationalen Prioritäten des neuen Staates folgt und den Rahmen seiner politischen und finanziellen Möglichkeiten berücksichtigt.

Eines dieser Potenziale palästinensischer Stadtentwicklung wäre deren *dezentrale* Struktur, eine andere die lineare urbane Ost-West-Entwicklung der meisten Städte des Westjordanlands entlang der Ridge-Line sowie die lineare Anbindung der Städte des schmalen Gazastreifens entlang der Küste.

Diese Gegebenheiten erlauben tatsächlich eine Fortführung der gewünschten Dezentralität und Linearität in der Stadt- und Regionalplanung bzw. die Aufwertung dieser Struktur in aufeinander folgenden Maßnahmen, wie (vgl. Schema-Karte 6-3):

- Nutzung der bestehenden Infrastruktur: Ausbau der Route 60, so dass die Straße nicht durch die Stadtkerne verläuft und eine lineare Entwicklung ermöglicht;
- Ausbau des Nahverkehrs: die Schaffung einer direkten Verbindung der Städte durch eine Zugverbindung sowie der Ausbau eines modernen ÖPNV für die Städte;
- Ausbau der Landesverbindung zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen;
- Stadtentwicklung: Bestimmung der Siedlungs-, Industrie und Grünzonen im Land mittels eines Flächennutzungsplans.



Skizze 6-2: Grundinfrastruktur als Arterie eines künftigen Palästinenserstaats – ein Szenarium.

Eine solche Prioritätensetzung wäre eine nüchterne Option des oben beschriebenen Konzepts des Büro Suisman und ein erster Schritt, dem andere Schritte, wie zum Beispiel der Ausbau eines nationalen Wasserleiters und anderen Grundinfrastrukturen folgen müssen. Außerdem beinhaltet es keine politische Aussage über die offenen Fragen des Palästinakonflikts, insbesondere des Flüchtlingsproblems, was seine Akzeptanz stärken würde.



Schema-Karte 6-3: Potenzielle nutzen, Skizze eines Masterplans für Palästina, Wall/Shalbak, KIT, 2010.

6.2.5 Designing Palestine: ein besonderes Fenster ‚internationaler Urbanistik‘?

Die oben genannten Rahmenbedingungen für ein konzeptionelles Rahmenwerk eines Palästinenserstaates sind maßgebend wichtig für die Zukunftsplanung der palästinensischen Gebiete.

Die wichtigsten Aspekte für die Planung der Zukunft eines Palästinenserstaates betreffen die territoriale Kontinuität der palästinensischen Gebiete sowie die palästinensische Kontrolle über die Grenzräume, und zwar das fruchtbare Jordantal und das Grenzgebiet zwischen Ägypten und dem Gazastreifen. Der dafür erforderliche israelische Rückzug aus dem palästinensischen Territorium betrifft insbesondere das strategisch wichtige Jordantal. Israel sollte wissen, dass es ohne eine Landverbindung zwischen dem palästinensischen Westjordanland und Jordanien keinen Frieden geben kann, das heißt Israel muss das Jordantal wieder räumen und dessen Besetzung beenden. Nur so kann die seit 1967 von Israel auferlegte Belagerung des Westjordanlandes bzw. seine Trennung von dessen arabischer geopolitischer Tiefe und der Außenwelt beendet werden. Das fruchtbare Jordantal ist außerdem eine lebensnotwendige sozioökonomische Stütze für den künftigen Staat Palästina. Es ist eine Grenzregion, die über eine natürliche und kulturhistorische Vielfalt (Totes Meer, Landwirtschaft, reiche Geschichte) sowie die nötigen Bodenreserven und -schätze verfügt, die einige wichtige zukünftige, städtische, infrastrukturelle und kulturlandschaftliche Projekte des Landes Palästina (New Towns, Flughafen, Autobahn, Tourismus, etc.) ermöglichen könnte. Den Grenzprojekten mit dem Nachbarstaat Jordanien fällt hier ein besonderes Gewicht zu, ebenso der Befreiung von Wirtschaft und Handel aus der ‚Würgegriff‘-Kontrolle durch Israel.

Ein ähnlich wichtiger Aspekt betrifft das Grenzgebiet zwischen dem Gazastreifen und Ägypten. Nach der Befreiung Ägyptens von der Diktatur Mubaraks eröffnen sich neue Fenster und Hoffnungsschimmer, nicht nur für die unterdrückten Ägypter, sondern auch für die Palästinenser, die bis dato von der erniedrigenden Außenpolitik Mubaraks völlig abhängig waren. Vor allem der Gazastreifen hat unter der durch das Mubarak-Regime mitgetragenen Blockade und dem Belagerungszustand gelitten. Die neue ägyptische Außenpolitik muss neue Prioritäten setzen und bisher nicht verfolgte Aspekte der nationalen Sicherheit adressieren, zu denen seit jeher die südliche Grenze bzw. die südliche Mittelmeerküste Palästinas (der Gazastreifen) als konstanter und sensibler Bestandteil gehören.

Da sich der Gazastreifen juristisch (bis zur Errichtung eines Palästinenserstaates) immer noch in einem nebulösen Zustand der rechtsfreien Territorialität befindet, kann Israel im heutigen internationalen politischen Kontext immer wieder Klauseln im internationalen Recht finden, um das Territorium im Namen seiner nationalen Sicherheit oder der internationalen Terrorismusbekämpfung militärisch anzugreifen, den instabilen Status Quo zu festigen und schließlich die ohnehin erbärmlichen Lebensumstände der Menschen dort noch mehr zu erschweren – bis Israel seine Vorstellung vom Frieden den Palästinensern diktiert hat. Um diesen Belagerungszustand zu beenden, ohne mit der bisher sehr oft erprobten israelischen Willkür konfrontiert zu werden, brauchen die Palästinenser die wirksame effektive Hilfe ihres Nachbarlands Ägypten, aber auch die Hilfe der Europäer, die ein reales Interesse an einem stabilen Nahen Osten haben müssten. Das geht mit der (internationalen) Finanzierung von großen regionalen Projekten einher, die Palästinenser und Ägypter gemeinsam umsetzen könnten.

Das interessanteste Szenarium dieser Projekte wäre der Bau eines gemeinsamen internationalen Flughafens, vielleicht 10-20 km von Gaza entfernt (Zwischen Rafah und El-Arish), und eines gemeinsamen Seehafens auf ägyptischem Territorium unmittelbar an der gemeinsamen Grenze (Nordsinai), die beide Völker benutzen könnten und Israel aus völkerrechtlichen Gründen nicht angreifen dürfte, es sei denn, Israel wollte die Souveränität eines Landes wie Ägypten verletzen. Aufgrund der angeordneten Land- und Seeblockade gegen Gaza kann man den ohnehin zerstörten palästinensischen Flughafen weder benutzen noch wiederaufbauen. Der Bau eines leistungsfähigen Seehafens vor der Küste Gazas ist wegen der Seeblockade in absehbarer Zeit bedauerlicherweise ebenfalls nicht umsetzbar. Ein denkbarer und sinnvoller Standort des Seehafens wäre die Küste vor der ägyptischen Stadt Rafah in unmittelbarer Nähe ihrer Zwillingsstadt Rafah im Gazastreifen.

Die Weltgemeinschaft könnte mit der Finanzierung eines solchen Projektes einen großen Schritt in Richtung Frieden ermöglichen, denn der Bau einer solchen Infrastruktur – gemeinsam mit der Öffnung des seit Jahren faktisch gesperrten Rafah-Grenzübergangs – würde nicht nur die Mobilität der Menschen im Gazastreifen

signifikant verbessern und folglich eine florierende Wirtschaft ermöglichen, sondern auch die umstrittenen Tunnel, die seit Jahren einzigen Lebensadern entlang der Grenze, überflüssig machen. Dadurch würde den Waffenschmugglern durch den Verlust der Lieferwege ihre Basis und Israel ein Vorwand für seine permanente Aggression entzogen. Eine solche Einrichtung wäre eine win-win-Strategie, denn sie könnte auch nach der Gründung eines Palästinenserstaates weiterhin wie bisher als eine wirtschaftliche Union zwischen beiden Ländern und letztlich den Nahoststaaten, inklusive Israel, als Vorbild für mehr regionale Kooperation dienen.

In diesem Zusammenhang sollte die Entwicklung des Gazastreifens im Kontext einer längst überfälligen Entwicklung im Sinai gesehen werden. Infolge des Camp-David-Abkommens von 1979 kehrte das 1967 von Israel besetzte Gebiet zwar wieder unter ägyptische Herrschaft zurück, aber das ägyptische Regime hat bekanntlich nie den Versuch unternommen, dieses geostrategisch wichtige und ressourcenreiche Territorium zu entwickeln. Es besteht der Verdacht, dass das Regime aufgrund geheimer Klauseln des Camp-David-Abkommens eine solche zivile Entwicklung nicht initiieren konnte. An dieser Stelle muss jedoch angemerkt werden, dass es sich hier um einen Verdacht handelt, dessen Richtigkeit nicht nachgewiesen werden konnte. Den veröffentlichten Dokumenten zufolge kann das Abkommen auch anders interpretiert werden:

Wie bereits im Abschnitt 4.3.3 geschildert, verfügt Ägypten nach der Rückgabe des Territoriums infolge der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens nur über eine stark beschnittene Souveränität auf der Halbinsel. Diese starken Einschränkungen beziehen sich jedoch, so wie dies aus den veröffentlichten Bestimmungen des Vertrags jedenfalls ersichtlich ist, hauptsächlich auf die Stationierung von ägyptischen Truppen im Sinai.²³ Daraus ist allerdings nicht ersichtlich, ob der ägyptische Staat Entwicklungsprojekte im ressourcenreichen Sinai unternehmen darf oder nicht. Zugegeben, die Einteilung in militärische Zonen des Territoriums gemäß des Friedensvertrags brachte eine starke Verkomplizierung der Entwicklung mit sich und der veröffentlichte Teil des Abkommens (etwa sechs DIN A4-Seiten) kann nicht annähernd den ganzen Umfang der Vereinbarungen umfassen. Auch wurden die Anhänge und Begleitkarten des Vertrags nicht veröffentlicht. Im allgemeinen, veröffentlichten Teil des Abkommens wurde keine Aussage über eine eventuelle zivile Entwicklung der Städte und Regionen des Sinai gemacht. Diese Ungewissheit über den tatsächlichen Vertragsinhalt und seine Klauseln ließ viel Raum für zahlreiche Spekulationen über die Existenz von Geheimklauseln im Vertrag, die Ägypten verbieten würden, den demographischen, städtischen und infrastrukturellen Status Quo im Sinai ohne Erlaubnis Israels zu ändern.²⁴

Bei aller Kritik am Camp-David-Abkommen, steht diese These jedoch in Widerspruch zur erklärten Friedensstrategie des ehemaligen ägyptischen Präsidenten Sadat, die drei politische Ziele verfolgte, nämlich (1) die Befreiung der ägyptischen Wirtschaft, (2) den disziplinierten demokratischen Wandel und (3) die politische Allianz mit dem Westen, insbesondere den USA. Die damalige ägyptische Politik ging davon aus, dass Israel den Schlüssel für Sadats Annäherung an den Westen darstellte. Aus dieser Sicht sah Sadat das Friedensabkommen mit Israel als eine Chance für die Umschichtung und Instrumentalisierung der möglichen und verfügbaren Ressourcen des Landes für die Bekämpfung der umfassenden Bedrohungen der nationalen Sicherheit jenseits des Konflikts mit Israel. Diese waren (1) die schwache Ökonomie und Infrastruktur, (2) der große demographische Druck einer rapide wachsenden Bevölkerung und (3) die Knappheit der Ressourcen. Sadat und seine Anhänger dachten und hofften, dass das Friedensabkommen ihnen die Möglichkeit geben würde, die militärischen Ausgaben zugunsten der zivilen Entwicklung des Landes zu reduzieren. Die Entwicklung des Sinai nahm in ihren Plänen eine besonders wichtige Stellung ein, denn von dort aus hätte diese Entwicklung für das ganze Land tatsächlich starten sollen. Der Grund lag bzw. liegt weiterhin auf der Hand: das Land (Sinai) ist bezüglich seiner Potenziale – des Ressourcenreichtums (Erdöl, Erdgas und andere Bodenschätze) und der Vielfalt seiner geographischen und geschichtlichen Sehenswürdigkeiten (Tourismus) – in seinem Umfeld einzigartig.

Das alles spricht eher dafür, dass der Grund für die fehlende zivile Entwicklung im Sinai nicht irgendwelche Geheimklauseln im Camp-David-Vertrag waren, sondern vielmehr die oben genannte „Zonierung“ des Sinai und die Hervorhebung des Sicherheitsfaktors auf Kosten der zivilen Entwicklung dort. Die nachfolgende Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat, bei der bis heute viele Fragen offene geblieben sind, und das Verhängen des Ausnahmezustandes im Land nach der Machtergreifung Mubaraks, machten einer möglichen Entwicklung im

23 Vgl. Abschnitt 4.3.3 dieser Arbeit.

24 Vgl. z.B. den Artikel des Politikwissenschaftlers Abdessatar Qassem, *Tahdid Al-Amn Al-Qawmi Al-Massri* (Dtsch: Die Bedrohung der ägyptischen nationalen Sicherheit), Al.Jazeera.net, 12.01.2010.

Sinai ein Ende. Denn die Sorge Mubaraks, der der US-amerikanischen und israelischen Linie bis zu seinem bitteren Ende treu geblieben war, galt in erster Linie der Machterhaltung in Ägypten als Regime. Er war bereit, als Gegenpreis die gewünschte Sicherheit Israels zu liefern und den Sinai als Sicherheitspufferzone verkommen zu lassen, und von den Touristenorten am Roten Meer einmal abgesehen, keine zivile Entwicklung zu planen.

Nach Auffassung des Verfassers stünde einer Entwicklung im Sinai nur der politische Wille der ägyptischen Regierung im Weg, selbst wenn sich die Spekulationen bezüglich geheimer Klauseln des Vertrages als wahr erweisen würden. Denn eine politisch so weitgehende Beschränkung der Souveränität Ägyptens in zivilen Angelegenheiten wäre ein für die nationale Sicherheit Ägyptens unakzeptabler Umstand, der eine Überarbeitung des Vertrags unbedingt erforderlich machen würde. Das Abkommen sollte Frieden und Sicherheit schaffen und den Krieg verhindern. Das Blockieren sozioökonomischer Entwicklung bzw. der Raumentwicklungsplanung einer der Vertragsparteien würde dem Sinn eines Friedensvertrags widersprechen. Ohne zivile Entwicklung und Wachstum ist Frieden und Nachhaltigkeit auf Dauer nicht möglich.

Natürlich stünde eine zivile Entwicklung dort in keiner Weise in Widerspruch zu den bekannten Sicherheitsbestimmungen des Camp-David-Abkommens, denn für die Entwicklung der Städte und Gemeinden Sinais wäre die Militarisierung des Gebiets nicht erforderlich und sogar störend. Aber das mögliche Schlüsselwort für die Begründung einer eventuellen Ablehnung der Entwicklung im Sinai durch Israel wäre gewiss die ‚Demographie‘. Es ist kein Geheimnis, dass die israelischen Strategen arabische Demographie ständig als eine lauernde Gefahr sehen, die sie – wie sie meinen – bekämpfen müssen. Dabei wird die nationale Sicherheit eines Landes in einem seiner Territorien in Wahrheit weniger mit seiner militärischen Präsenz erreicht, als vielmehr durch Entwicklung des Territoriums und durch Ansiedelung seiner Bürger dort.

Das Regime Mubarak hat es durch seine Regime-bezogene Politik sträflich versäumt, Planungsschemen für die Entwicklung der dünnbesiedelten und ressourcenreichen Regionen Sinais im Rahmen einer Gesamtplanung des Landes (Ägypten) zu erstellen, um das Land und seine dicht besiedelten Agglomerate entlang des Niltals umfassend zu entlasten, insbesondere da die aus dieser Planung resultierenden Projekte die Umsiedelung hunderttausender Arbeiter und Fachleute aus dem Mutterland sowie die Gründung neuer Städte im Sinai hätte mit sich bringen können. Israel hat aus Sicherheitsgründen großes Interesse daran, dass der Sinai weiterhin dünn besiedelt bleibt. Aber ob Israel einen *vertraglichen* Anspruch auf einen menschenleeren Sinai hat, ist mehr als fraglich. Alleine das Regime Mubarak hat es Israel leicht gemacht, diesen Wunsch zu erfüllen, indem das Regime die Entwicklung nur solcher landwirtschaftlicher Projekte sowie touristischer Erholungsstätten (wie Scharm El-Scheich) im Sinai zuließ, die keine strategischen Auswirkungen haben und einfach zu kontrollieren sind.

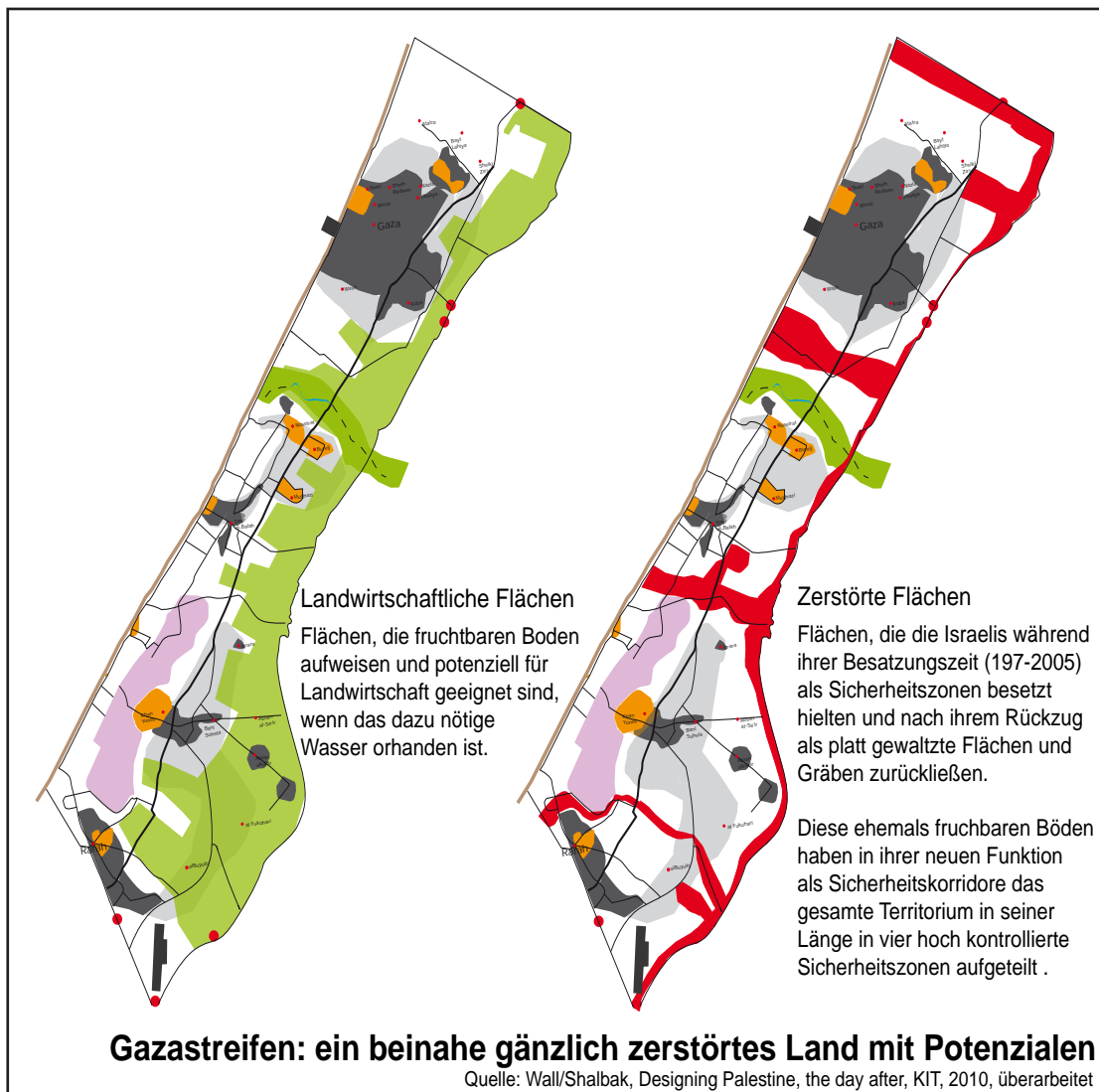
Für viele ist die Sinai-Halbinsel nur ein Wüstenland. Dem ist aber nicht so: das Gebiet ist eine reiche und vielfältige Landschaft mit Bodenschätzen und sogar Grundwasser. Beide Meeresseiten des Landes (Mittelmeer und Rotes Meer) verfügen über äußerst interessante und schöne Küsten. Dies alles macht den Sinai zu einem Land, das bei entsprechender Entwicklungsplanung nicht nur Wohnraum für einige Millionen Menschen des bevölkerungsreichen Landes, sondern vor allem auch Arbeit bieten könnte und somit eine ökonomische und demographische Entlastung des Landes bzw. des dicht besiedelten Raumes entlang der ‚Landeslebensader (Nil)‘ darstellen würde.

Die Ankurbelung der Entwicklung des Sinai in Verbindung mit der Entwicklung des Gazastreifens könnte eine politische Grundlage und eine Basis für die progressive Planung – und weniger den Wiederaufbau – des Gazastreifens bilden. Eine Zusammenarbeit mit der dicht konzentrierten Bevölkerung des Gazastreifens könnte für die Entwicklung des Sinai aus ägyptischer Sicht ein weiteres interessantes Element darstellen. Dies gilt auch für die Bereitstellung von Energie (vielleicht im Rahmen von Megaprojekten in der Größenordnung von DESERTEC) und von Wasser aus Ägypten/Sinai für den Gazastreifen. Die zu erwartende internationale Finanzierung der Entwicklung in Gaza könnte so für Ägypten und den Sinai nutzbringend gemacht werden. Der Gazastreifen wurde faktisch nie als Region geplant, dabei verlocken seine territorialen Qualitäten und vor allem seine Überschaubarkeit (Form und Größe) jeden Planer dazu, einen Masterplan für eine der gefährdetsten Regionen der Welt zu erstellen. Die politische Rückendeckung Ägyptens wäre enorm wichtig, um diese dringende Aufgabe zielorientiert in Angriff zu nehmen.

Für solche interregionale Projekte braucht man aber auch die Unterstützung der Nachbarn am anderen Mittelmeerufer, der Europäer. Signale aus der europäischen Union für einen ökonomischen und kulturellen Sonderstatus eines künftigen Palästinenserstaats hat es mehr als einmal gegeben. Die Stabilität in Ägypten ist Europa ebenso wichtig, wie die Sicherheit Israels. Es darf jedoch nicht bei den Signalen bleiben, denn Palästina und die Region hat es nicht nur aus moralischen Gründen verdient, wenigstens für die Übergangszeit des Staatsaufbaus eine erhebliche ökonomische Begünstigung zu erhalten. Eine solche enge Kooperation wäre auch für Europa, das ja immer die kulturelle Brücke zum Heiligen Land – und zu Ägypten – gesucht hat, ein besonders wichtiges Element für Sicherheit und Frieden im geostrategischen Mittelmeerraum. Somit wäre ein finanzielles und politisches Investment in solchen Projekten aus europäischer Sicht eine rentable Angelegenheit, dass es zu verfolgen lohnt.

Masterplan für den Gazastreifen: man muss nur das Richtige anpacken

Das Gebiet weist infolge des letzten israelischen Angriffs im Winter 2008/09 eine gigantische Zerstörungsrate von etwa 70% auf. Der sehr dicht besiedelte Gazastreifen hatte aber bereits lange vor 2009 große raumgestalterische Probleme. Der israelische Rückzug aus dem Gazastreifen im Jahre 2005 hinterließ ein ausgebeutetes, zerstörtes Land mit enormen ökonomischen und Umwelt-Problemen sowie unvorstellbaren Mängeln auf den Gebieten der Stadt- und Regionalplanung und der städtischen und infrastrukturellen Grundversorgung. In diesem 365 km² großen Gebiet leben zusammengedrängt 1,5 Millionen Menschen, von denen mehr als 1 Million Menschen Flüchtlinge sind, die darauf warten, in ihre Heimatorte im heutigen israelischen Staatsgebiet zurückzukehren. So erschreckend diese Zerstörung ist, sie bildet jedoch einen zwingenden Grund für eine wirklich neue und umfassende Planung und die Erstellung eines Masterplans, wie dies die europäischen Städte unmittelbar nach Ende des II. Weltkriegs ebenso geleistet haben.





Schema-Karte 6-5: Ein Masterplan-Szenarium für den Gazastreifen, Wall/Shalbak.

Ein Masterplan für den Gazastreifen muss ergänzend zu einer umfassenden Raumplanung der palästinensischen Gebiete Lösungen für die akuten Probleme des Territoriums bieten. Das betrifft Lösungen für die Fragen der Mobilität, der Ökonomie, des Wassers, der Siedlungsentwicklungsachsen, der Flüchtlingslager, der Grünflächen und der Landwirtschaft. Die Grenzgebiete (insbesondere der Grenzlinie mit Ägypten) sollen dabei gesondert betrachtet werden. Vor allem die Machbarkeit verschiedener Alternativen bezüglich des oben erwähnten Baus eines gemeinsamen Flughafens und eines Wasserhafens auf ägyptischem Boden, sollte aufgrund ihrer enormen Bedeutung für die Lebensfähigkeit des Territoriums geprüft und schließlich planerisch entwickelt werden.

Es müssen darüber hinaus Lösungen für die dringlichen Probleme der Flüchtlingslager gefunden werden, selbst wenn die Bewohner dieser Lager jede Form der Ansiedelung ablehnen. Die Tatsache, dass sie in ihre Heimatorte zurück kehren wollen, ist kein Grund für das Fortbestehen menschenunwürdiger Lebensumstände in den 8 Flüchtlingslagern des Gazastreifens. Ein umfassender Plan für den Gazastreifen ist eine Voraussetzung für weitere Planungen in der gesamten Region, ohne die die Region keine Zukunft haben kann. Und um mit den anderen Kräften mitspielen zu können, müssen die Palästinenser ein Mindestmaß an politischer und ökonomischer Stärke aufweisen, insbesondere wenn es um eine künftige Zusammenarbeit mit den direkten Nachbarn, also dem Staat Israel, geht.

Ein besonderes Fenster für *Internationale Urbanistik*?

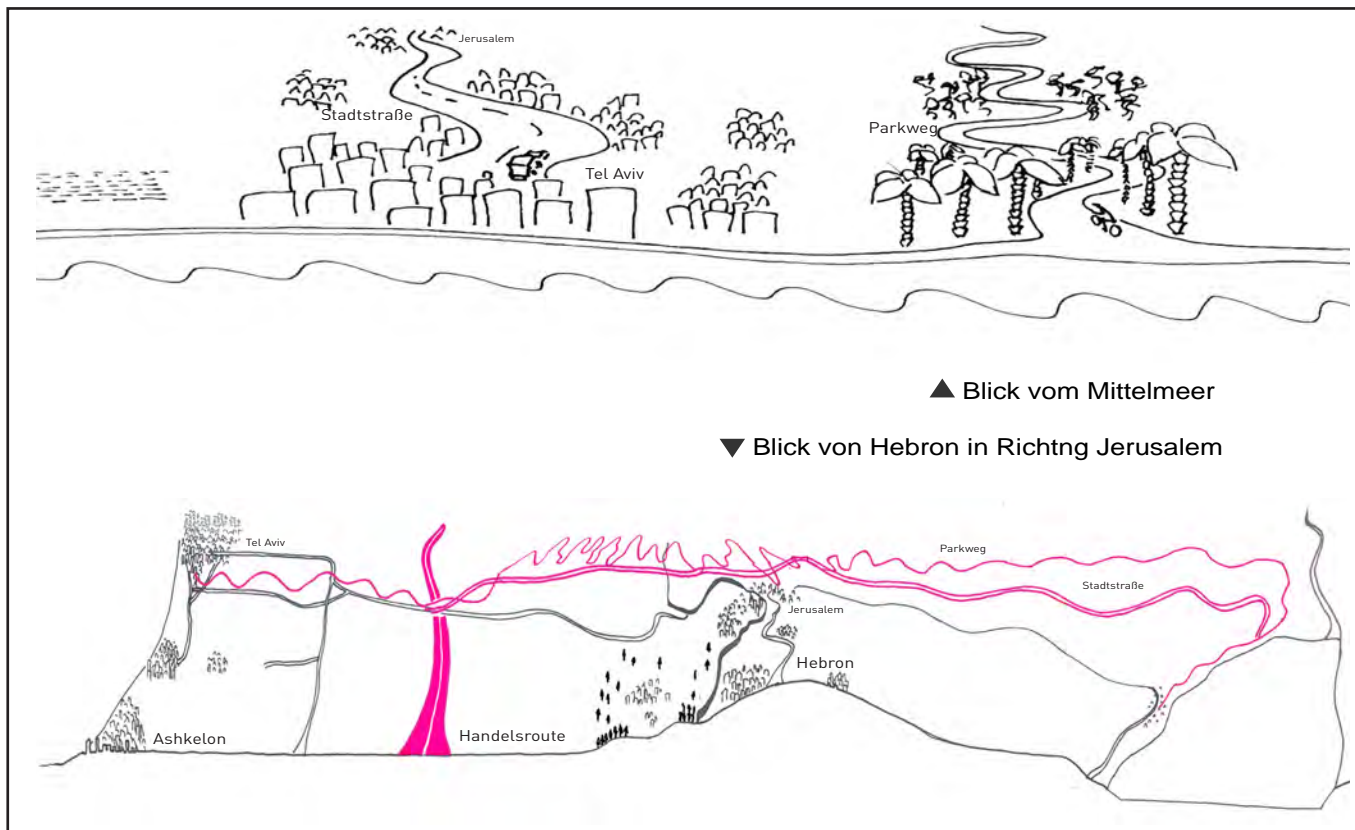
Was die politische Zukunft des Landes betrifft, so spielen in diesem Zusammenhang zwei Aspekte eine zentrale Rolle. Der *erste Aspekt* betrifft die Frage, welche Rolle ein regionalplanerisches Konzept (unabhängig von der politischen Form oder dem territorialen Szenarium einer Endstatuslösung) für die Wiedervereinigung des historischen Landes spielen könnte, um politische und sozioökonomische Nachhaltigkeit, technische und infrastrukturelle Effizienz und vor allem Frieden und Sicherheit in der Region zu schaffen. Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, etc. müssten als *zweiter Aspekt* hinzukommen, auch entlang der Logik des DESERTEC-Projekts, für das sich der ‚Club of Rome‘ schon lange einsetzt und das langsam Gestalt annimmt. Anders als die gegenwärtige Politik, müssen regionalplanerische Ansätze in diesem Sinne das bestehende ethnische Mosaik nicht als Gefahrenquelle, sondern viel mehr als eine positive Vielfalt sehen, der die progressiven politischen Rahmenbedingungen bzw. eine funktionsfähige und beständige demokratische *bürgerliche* Grundlage fehlt, die auch städtebauliche Planung erfordert.

Die Zukunft Israels und der palästinensischen Gebiete kann man nicht getrennt voneinander sehen. Ebenso wenig kann die Zukunft des so genannten Mandatspalästina – ob vereint oder nicht – getrennt von seiner arabischen Umgebung gesehen werden. Daher wäre es nicht nur vernünftig, sondern auch sinnvoll, wenn Regionalplaner ihre Energie in eine gemeinsame Zukunft der Völker der Region investieren würden, inklusive der Entwicklung des Sinai. Eine sukzessive Entwicklung in Richtung einer Nahostunion könnte von Skeptikern vielleicht zuerst als sinnloser Zeitvertreib gesehen werden. Aber bei genauerem Hinsehen wird man einsehen, dass das Miteinander die einzige Chance ist, die die Völker der Region haben, wenn sie ein friedliches Nebeneinander schaffen wollen.

Nach Tunesien, Ägypten und Libyen ist der Sturz der restlichen arabischen Diktaturen nur eine Frage der Zeit. Israel sollte darin nicht eine Gefahr, sondern eine Chance sehen und darauf hinarbeiten, in Partnerschaft mit seinen Nachbarn eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. Jedoch setzt das Kooperieren mit den Nachbarstaaten zwangsläufig ein Miteinander oder zumindest ein konstruktives und fortgeschrittenes Nebeneinander zwischen Israelis und Palästinensern voraus. Dies erfordert eine Reihe von raumplanerischen Maßnahmen innerhalb des *Mandatspalästinas*, die den ersten Schritt dieser oben genannten sukzessiven Entwicklung in Richtung einer Nahostunion ermöglichen. Diese Maßnahmen sind von drei Begriffen geprägt: ‚Impulse Schaffen‘, ‚Öffnen‘ und schließlich ‚Vereinen‘.

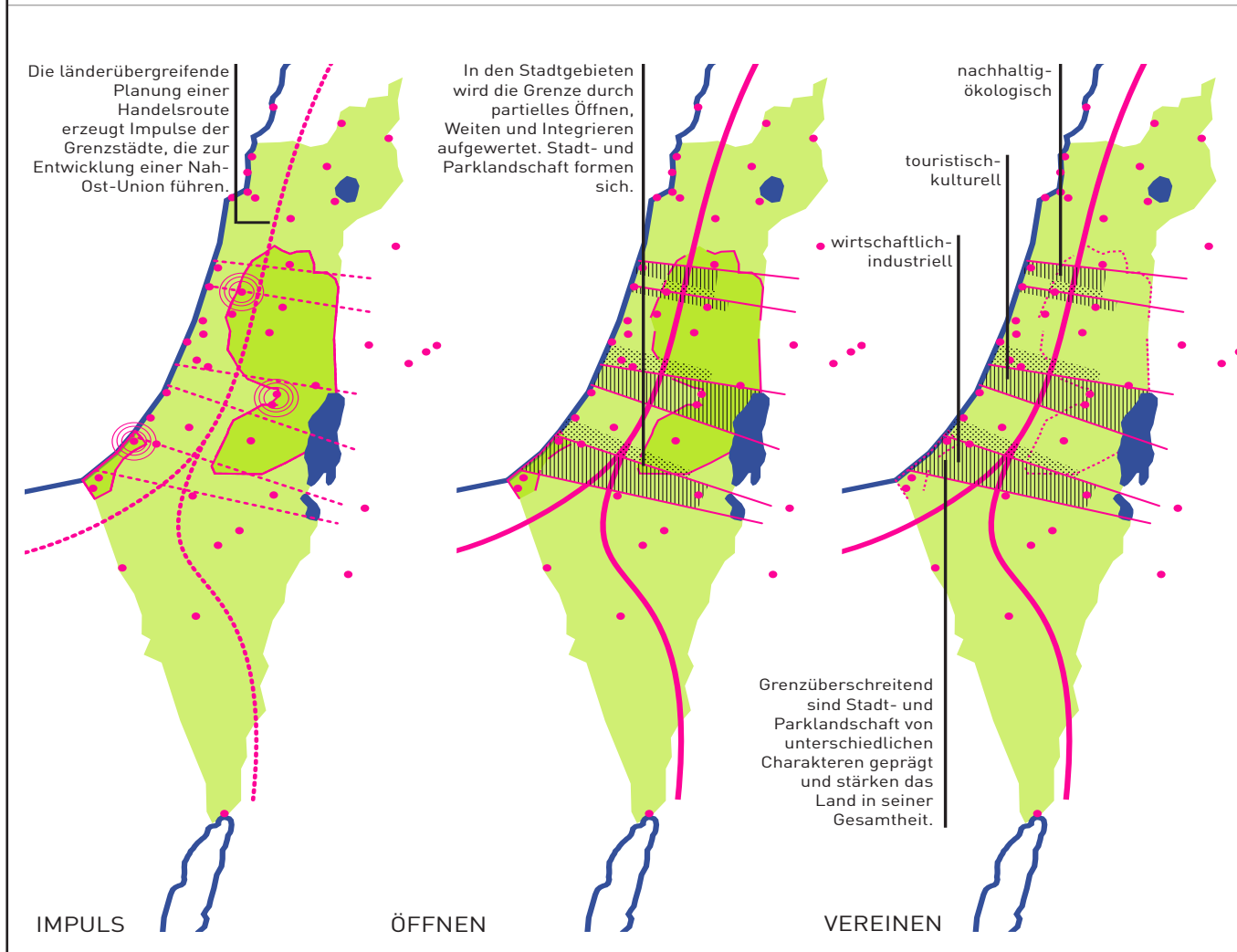
Ein Szenarium dieser sukzessiven Entwicklung könnte wie folgt ablaufen: die länderübergreifende Planung einer Handelsroute würde einen Anreiz für die Grenzstädte erzeugen, die ihrerseits wesentlich zur Entwicklung einer Nahost-Union beitragen würden. In den Stadtgebieten wird die Grenze durch partielles Öffnen, Weiten und Integrieren aufgewertet, eine Stadt- und Parklandschaft entwickelt sich. Durch das Öffnen wird der historische Zusammenhang sichtbar und es entwickeln sich verschiedene Zonen, gewissermaßen nachhaltig-ökologische, touristisch-kulturelle und wirtschaftlich-industrielle Zonen, die als grenzüberschreitende Stadt- und Parklandschaften von unterschiedlichen Charakteren geprägt sind, jedoch das Land als *Ganzes* stärken. Nachhaltigkeit ist dabei ein übergeordnetes Ziel und eine notwendige Grundlage (Schemakarte 6-6).

Ein solches Szenarium würde nicht nur beispielhaft für Konfliktlösungen sein. Es würde darüber hinaus im Kontext einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts eine Chance für grenzübergreifende Zusammenarbeit der Nahost-Staaten schaffen und somit ein besonderes Fenster für eine so genannte internationale Urbanistik öffnen. Natürlich gibt eine Reihe von Herausforderungen und Hindernisse. Jedoch müssen alle Nachbarstaaten in der Region an einem Strang ziehen, wenn sie eine nachhaltige gemeinsame Zukunft gestalten wollen.



▲ Blick vom Mittelmeer

▼ Blick von Hebron in Richtung Jerusalem



Sukzessive Entwicklung in Richtung einer Nahost-Unio, Schema & regionale Skizzen

Quelle: Wall/Shalbak, Designing Palestine, the day after, KIT, 2010

Schema-Karte 6-6: Sukzessive Entwicklung in Richtung einer Nahost-Union, ein Entwurf, Wall/Shalbak

Eines der fundamentalen Entwicklungshindernisse in den zumeist undemokratischen Entwicklungsländern ist

zweifelloos das Fehlen von effizienten und demokratischen Planungsinstrumenten. Dort herrscht in der Regel eine reaktive und eher lückenfüllende, aber keineswegs vorausschauende und den tatsächlichen gegenwärtigen und künftigen Bedürfnissen der Menschen berücksichtigende Planung vor. Auch fehlen ernsthafte Debatten über Planung als Prozess zur Herstellung einer Balance zwischen Tradition, Moderne und Nachhaltigkeit. Die *Wieder*-Herstellung der oben genannten Balance setzt den Aufbau moderner Planungsgremien, -Instrumente und -Mechanismen voraus, die eine Orientierung des Diskurses in Stadt- und Regionalplanung, in der Ressourcenwirtschaft mit dem Ziel der Nachhaltigkeit in diesen Ländern leisten.

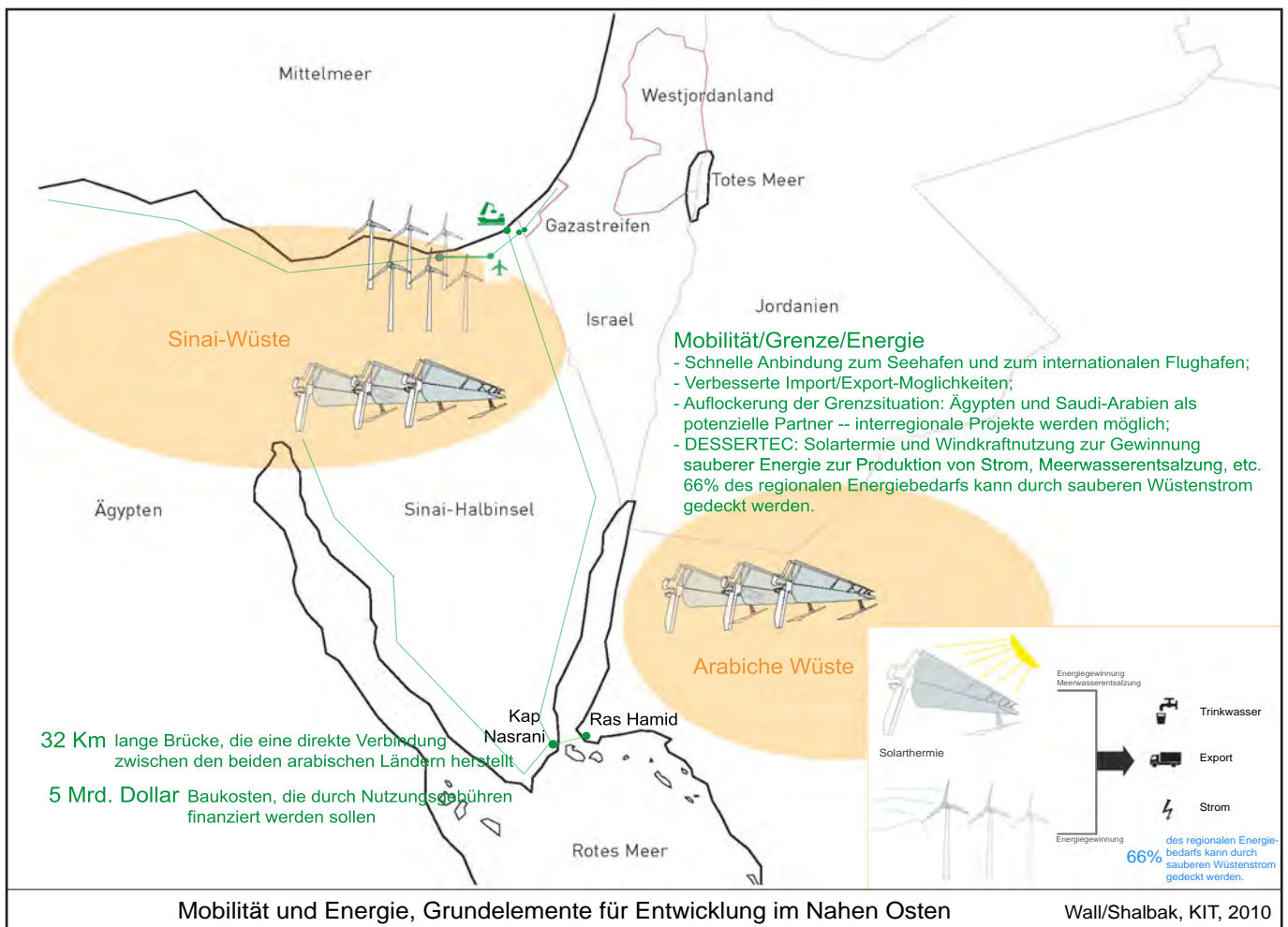
Die komplizierte Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Internationale Urbanistik‘ gewinnt immer mehr an Bedeutung, da sie im Kontext der heutigen klimatischen und ökonomischen Krisen, die den Nord-Süd-Konflikt noch mehr verschärfen, ein für den Weltfrieden weit wichtigeres Unterfangen sind als sie es je waren. Die Herausforderungen, die sich hier für Planungen bzw. für ‚Besonderes Entwerfen und Internationale Urbanistik‘ ergeben, sind groß, da hier viele miteinander verknüpfte vitale Fragen und Themen berücksichtigt werden müssen – ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische. Dazu gehören der Zugang zu Wasser und Nahrung, infrastrukturelle Bedingungen, Energie, die Frage des Klimas und schließlich das Sicherstellen einer nachhaltigen Entwicklung in Kooperation zwischen Nord und Süd. Und das alles unter Beachtung des jeweiligen historischen Kontextes sowie der regionalen Unterschiede.

Der komplexe Palästinakonflikt, mit seiner besonderen geopolitischen Dimension, vereint alle diese Faktoren in sich. Eine territoriale Lösung in der Region würde erlauben, eine Sichtweise in der Internationalen Urbanistik zu entwickeln, die beispielhaft zur Entschärfung vieler Konflikte auf dem Globus sein kann. Die besonderen Herausforderungen der Stadt- und Regionalplanung im Nahen Osten in einem sozio-politisch und territorial beispielhaft komplizierten Kontext lassen Raum für die Frage nach der Rolle der „göttlichen Ingenieurskunst“ in der Bildung von Alternativen und Szenarien für mutige und phantasievolle planerische Prozesse, die dort wirken könnten, wo die Politik scheiterte. Solche Szenarien würden keineswegs eine Abkoppelung von der Politik bedeuten, aber sie könnten einen Prozess anregen, zu dessen Ergebnissen eine Vielzahl für Politik und Wirtschaft inspirierender Ideen mit visionärer Kraft gehören sollten. Anstatt der bisherigen planerischen Segregationsmechanismen durch die dominierende Macht Israels, aber auch einiger arabischer Diktaturregime, kann Stadt- und Regionalplanung die wichtige Aufgabe haben, in Wechselwirkung mit realistischen Einschätzungen eine Mehrzahl territorialer Friedensskizzen für Palästina/Israel und seinen Nachbarstaaten zu produzieren.

Aufgrund der dynamischen Umwandlungen in den arabischen Gesellschaften im so genannten ‚arabischen Frühling‘, im Zuge dessen die arabischen Völker (bis heute) für den Aufbau einer friedlichen und demokratischen Zukunft kämpfen, wird sich das Thema ‚Nahost‘ als zunehmend relevant für die ‚internationale Planung‘ erweisen. Die arabischen Regime, die in der Vergangenheit fatalerweise Begriffe wie Kooperation und Interaktion mit Nachbarstaaten als eine Beschneidung ihrer Souveränität und folglich als Bedrohung ihrer Existenz (als Regime) verstanden haben, haben stets verhindert und alle ihre Macht dafür eingesetzt, dass keine interregionalen Projekte entstehen, die den Völkern der Region zugutegekommen wären. Der Wechsel in Ägypten und der bevorstehende Wechsel in Syrien werden, was das Thema interregionale Planung betrifft, ganz sicher ihre große Wirkung haben. Denn die arabischen Regime, ebenso wie der israelische Staat, sind bis heute ein fester Bestandteil der errichteten Mauern auf dem Weg der Entwicklung nahöstlicher Völker und Staaten. Die arabischen Revolten und die neuesten Jugend-Proteste in den Straßen der israelischen Städte bedeuten nicht nur eine epochale Wende im politischen Nahostsystem, sondern auch und vor allem neue Fenster für die Entwicklung neuer Planungsschemata, -Vorgehensweisen und -Prioritäten in und zwischen den Staaten der Region.

Palästina wird in diesem Zusammenhang erwartungsgemäß eine besonders wichtige Rolle spielen. Die verschiedenen Szenarien für einen unabhängigen palästinensischen Staat können einen Einfluss darauf haben, wie diese Interaktion aussehen wird und sie können eine vitale Rolle im Aufbau einer neuen Art von ‚Staat‘ und ‚Region‘ spielen. Und eine umfassende interregionale Planung, einschließlich aller kulturellen und wirtschaftlichen Akteure, kann eine Basis für einen produktiven Frieden im Nahen Osten bilden. Im Westjordanland und in Gaza findet sich eine der größten Bevölkerungsdichten weltweit und dies mit einer vergleichsweise gut ausgebildeten, jüngeren Bevölkerung. Es finden erhebliche Transformationsprozesse statt, die sich weiter beschleunigen werden. Sie gewinnen eine besondere weltpolitische Relevanz angesichts der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen im Nahen Osten und Nordafrika (arabischer Frühling). Diese gewinnen

auch für die internationale Planungscommunity eine viel größere Bedeutung als bisher. Die völlig ungenügenden Infrastrukturen in diesen z.T. reichen Ländern müssen saniert bzw. komplett neu ausgebaut werden. In absehbarer Zukunft werden länderübergreifende friedensstiftende und arbeitsplatzschaffende Projekte für Mobilität (Lockerung oder sogar Abschaffung der Grenzen), für erneuerbare Energie (besonders erwähnt sei DESERTEC)²⁵ sowie für die Schaffung von Wohnraum und Arbeitsplätze für Millionen von Menschen einen wichtigen Beitrag für die Gestaltung der Zukunft leisten können. Es geht um einen Weg zur nachhaltigen Planung von Städten und Regionen mit dem Ziel einer gesunden Umwelt, um Wohlstand und schließlich um Frieden und soziale Sicherheit. In diesem Zusammenhang liegt in einer Zusammenarbeit zwischen Europa und den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens (EMA-Region), auch mit Blick auf Umwelt und erneuerbare Energien, eine große Chance.²⁶



Schema-Karte 6-7: Mobilität und Energie, Grundelemente für Entwicklung im Nahen Osten, Wall/Shalbak, KIT, 2010.

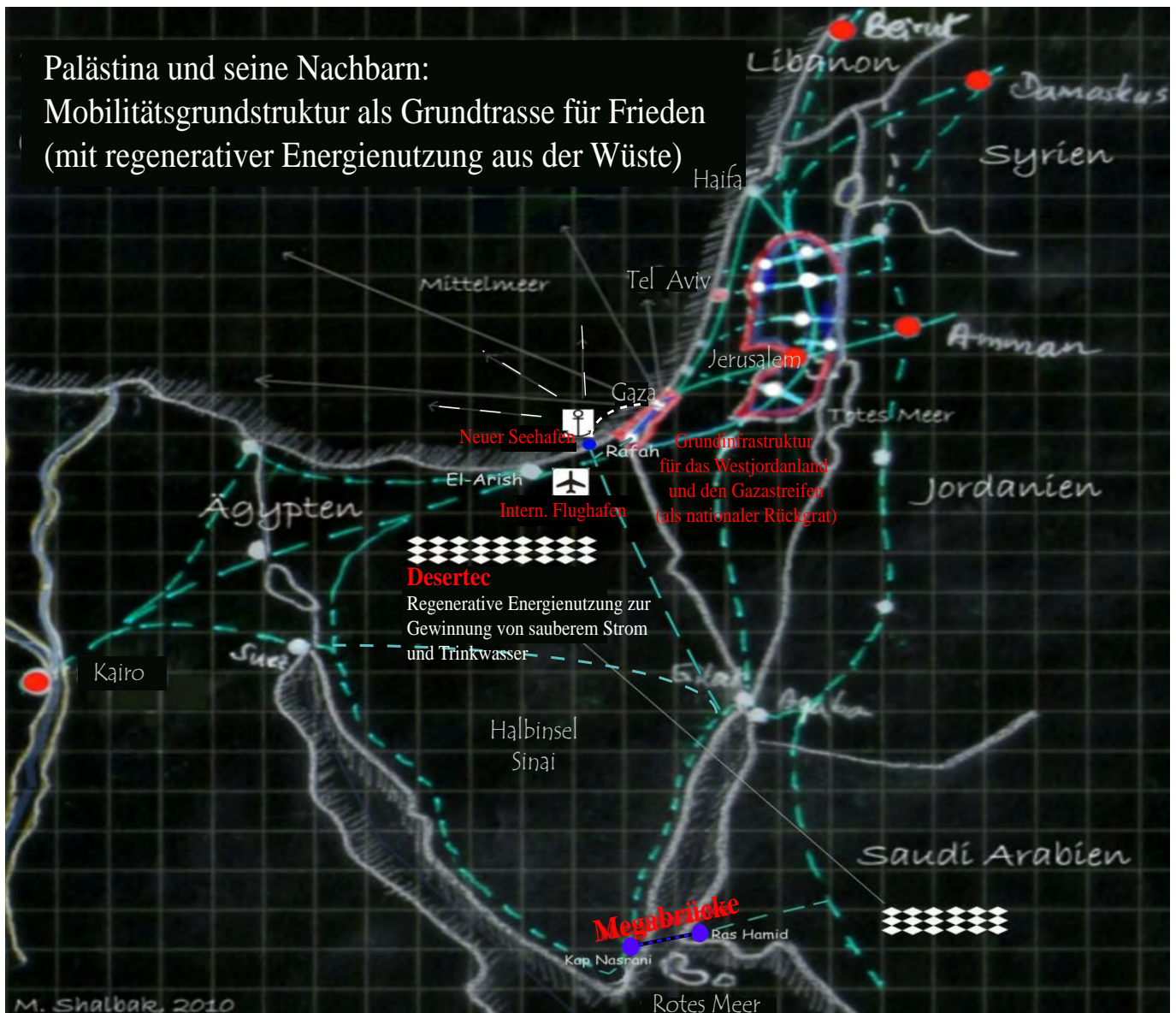
Die ersten konstruktiven Früchte der Arabellion hinsichtlich interregionaler Projekte und arabisch-arabischer Interaktionen haben sich nur wenige Monate nach dem Sturz des ägyptischen Regimes im Januar 2011 ergeben. Das Megaprojekt einer Brücke über dem Golf von Aqaba, die das ägyptische Staatsterritorium nahe Kap Nasrani – unweit des ägyptischen Sinai-Badeortes Sharm El-Scheich – mit dem saudi-arabischen Territorium nahe Ras Hamid östlich des Königsreichs verbinden soll, wurde bereits 1988 ernsthaft diskutiert und scheiterte damals daran, dass Präsident Mubarak dem israelischen Druck gegen dieses Projekt nachgab. Israel, dessen Territorium den afrikanischen Teil der arabischen Welt vom asiatischen Teil geographisch trennt, sah das Bauprojekt als eine Bedrohung der israelischen nationalen Sicherheit. Mubarak hatte im Jahr 2006 das Mammutprojekt kurz vor Beginn der Bauarbeiten aufgrund der israelischen Sicherheitsbedenken abrupt abbrechen lassen.

25 DESERTEC Foundation. DESERTEC ist ein Konzept zur Erzeugung von Ökostrom an energiereichen Standorten der Welt und dessen Übertragung zu den Verbrauchszentren durch Gleichstrom bei hoher Spannung (HGÜ). Alle Arten der erneuerbaren Energien werden einbezogen, jedoch spielen sonnenreiche Wüsten eine besondere Rolle. Das DESERTEC-Konzept wurde von der TREC (Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation/ Clean Power from the Deserts) entwickelt, einem internationalen Netzwerk von Politikern, Wissenschaftlern und Ökonomen, das 2003 vom Club of Rome und dem Jordanischen Energieforschungszentrum gegründet wurde. Offizielle Internetseite: www.desertec.org/de/. Vgl. Schema-Karte 6-7.

26 *Innovativ in eine gemeinsame Zukunft, Umwelt und Erneuerbare Energien in der EMA-Region*, in: *Mediterranes – Das EMA-Magazin*, Nr. 2/ 2011.

Die Regierungen Ägyptens und Saudi-Arabiens haben – unbeeindruckt vom Protest Israels – Mitte Juli 2011 das 5 Milliarden-Dollar-Projekt genehmigt und ließen sich von niemandem in ihre Pläne hinein reden. Die 32 km lange Zug- und Autobahnbrücke sollte sich durch die Nutzungsgebühren von Millionen von Pilgern finanzieren. Für die Araber wäre das Großbauprojekt ein Triumph: zum ersten Mal seit der Staatsgründung Israels 1948 erhalten die Araber Nordafrikas eine Direktverbindung zu ihren Bruderstaaten auf dem asiatischen Kontinent, ohne Israel durchqueren zu müssen. Außerdem könnten damit auch riskante Fährverbindungen über das Rote Meer und arabische Mittelmeerhäfen weitgehend überflüssig werden.²⁷

Die Idee einer Nahost-Union ist zwar aufgrund der noch vorherrschenden Ungewissheit bezüglich des Ausgangs der ‚Arabellion‘ und der zum großen Teil noch unentschlossenen Europäer noch nicht ausgereift. Aber es wäre töricht zu glauben, dass diese Vision nicht der unausgesprochene Wunsch breiter Teile der arabischen Gesellschaften und ganz gewiss bestimmter Kreise der israelischen Gesellschaft seien. Noch törichter wäre zu glauben, dass die aufgeklärte arabische Jugend, die in noch laufenden Revolten in den Städte der arabischen Welt wirklich große Opfer gebracht hat, nicht bereit wäre, für eine solche ihre Zukunft betreffende Vision die nötigen Opfer zu bringen. Die israelische Jugend ist hier besonders in der Verantwortung, diese Zukunft mitzugestalten²⁸, indem sie zu allererst der Politik ihres Landes kritisch gegenüber steht und ein neues Israel schafft, ein Israel der Bürger, das seine Ethnokratie zugunsten echter Demokratie verwirft und das seine Mauer gegenüber seinen Nachbarn einreißt – dann ist eine Nahost-Union nur eine Frage der Zeit.



Schema-Karte 6-8: Palästina und seine Nachbarn/ Mobilitätsgrundstruktur, eine Vorstufe für die Abschaffung der Grenzen, MS, 2012.

27 Vgl. Artikel von Volkhard Windfuhr: Ägypten genehmigt Mega-Brücke nach Saudi-Arabien, in: Spiegel Online, 17.07.2011, online unter: www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,774679,00.html.

28 Vgl. Radermacher, F.J.: *Balance oder Zerstörung...a.a.O.*, Ergänzung Mai 2005: Situation in Palästina, 4. Auflage, Juli 2005, S. 250-252.

ANHANG

- I Abbildungsverzeichnisse**
- II Quellenhinweise/ Bibliographie**
- III Chronik**
- IV Kartenanhang**
- V Tabellenanhang**
- VI Erläuterungen und Begriffserklärungen**
- VII Die wichtigsten UNO-Resolutionen im israelisch-arabischen Konflikt**
- VIII Die Israelische Mauer in den UNO-Gremien**
- IX Friedensgespräche, (-abkommen) und Initiativen im palästinensisch-israelischen Konflikt**
- X Globale Menschenrechte**

I/ Abbildungsverzeichnis

(Nach dem Schrägstrich (/) wird die Quelle kursiv angegeben. Sind keine Angaben vorhanden, wurde die entsprechende Abbildung vom Verfasser erstellt oder maßgebend nach einer Vorlage bearbeitet. Vom Verfasser aus einer bereits bestehenden Vorlage geringfügig bearbeiteten Abbildungen, Karten, Graphiken und Tabelle, sind im Verzeichnis mit (v. V. bearb.) gekennzeichnet.

Abbildungen Hauptarbeit

Liste der Abbildungen

- Abb. 2-1: Walter Christaller: System der Zentralen Orte – Struktur und Hierarchie der Orte / *Wikipedia, Sansculotte & C. Breßler; v.V. bearb.*
 Abb. 2-2: ‚Die zentralörtlichen Systeme der Metropolen in Europa‘, Walter Christaller, 1950 / *Niels Gutschow, 2001.*
 Abb. 2-3: Das Lakish-Projekt, 1955-1967 / *Shalbak, bearb nach V. Waltz, 1985 und Erika Spiegel, 1966.*
 Abb. 2-4: Israelische Pionierarchitektur – Immigrantenaufnahme, Frontier und Aufbau / *Fotos aus: Segal/Weizmann, A Civilian ..., 2003; v. V. bearb.*
 Abb. 2-5: Architektur der Kontrolle – Luftaufnahme der Siedlung Pisgat Ze‘ev, nördlich von Jerusalem / *Karte: UNOCHA, 2012; v. V. bearb.*
 Abb. 2-6: Prozess der israelischen räumlichen Manipulation in den besetzten palästinensischen Gebieten.
 Abb. 2-7: Segregation im Verkehrssystem – die Schaffung komplizierter Grenzen mittels exklusiv jüdischen Infrastrukturen / *Aufnahmen aus: E. Weizmann, Hollow Land, 2003; v. V. bearb.*
- Abb. 3-1: Trennungsmauer in Bagdad – zwischen Schiiten und Sunniten / *US Army, Süddeutsche Zeitung online, April 2007.*
 Abb. 3-2: Naval Base Guantanamo Bay – ein ‚rechtloser Raum‘ / *Wikipedia.*
 Abb. 3-3: Ein ganzes Volk unter dringendem Verdacht / *Eine Karikatur von Naji Al-Ali.*
 Abb. 3-4: Israelische Operation ‚Schutzschild‘, April 2002 – ‚Urbicide‘ im Flüchtlingslager Jenin / *Wikipedia, Isareli Ministry of Foreign Affairs.*
 Abb. 3-5: Israelische Operation ‚Schutzschild‘, April 2002 – ‚Urbicide‘ im Weltkulturerbe ‚Qasbah von Nablus‘ / *Karte: E. Weizman, in: Stadtbauwelt 172, Dez. 2006, v. V. bearb.*
 Abb. 3-6: Rachels Grab, Bethlehem – eine israelische Mauer-Enklave auf arabischem Land mit Folgen für die Nachbarschaft / *Fotos: www.openbethlehem.org, v. V. bearb.*
 Abb. 3-7: Ghettos in und um ‚Qalqilya‘, eine surreale Wirklichkeit / *Fotos aus: Michael Sorkin, Against the Wall, 2005, v. V. bearb.*
 Abb. 3-8: Das türkische ‚Südostanatolische Projekt GAP‘ – Atatürk-Damm / *National Geographic, May 1993, v. V. bearb.*
- Abb. 4-1: Die entmündeten arabischen Regime / *Karikatur von Naji Al-Ali.*
- Abb. 5-1: Israelische Militär-Order 418, 1971 / *A. Coon, 1991, v. V. bearb.*
 Abb. 5-2: Bauaktivitäten in den Städten und Dörfern der West Bank vor Oslo/ *Shalbak 2010, nach A. Coon, 1992.*
 Abb. 5-3: Organisation des Regionalplans für die West-Bank-Distrikte 1998 / *MOPIC.*
- Abb. 6-1: Schema einer gefährdeten Region Palästina / *Shalbak, 2011.*
 Abb. 6-2: Indikatoren für Lebensqualität in Palästina – drei Aspekte für schlechte Lebensqualität in Palästina / *Shalbak 2011, nach Yaro & Hiss, 1996.*
 Abb. 6-3: Fünf Haupttrettungsmaßnahmen für eine gefährdete Region / *Shalbak 2011, nach Yaro & Hiss, 1996.*
 Abb. 6-4: Rawabi, die erste geplante palästinensische Stadt im Westjordanland, noch in Bau / *Aufnahmen aus: <http://www.rawabi.ps/municipality.php>, v. V. bearb.*

Liste der Bilder

- Bild 2-1: Wachstum/ Kibbutz Hanita- West Galiläa, 1939 / *Segal/Weizman, A Civilian Occupation, 2003.*
- Bild 2-2: Brücke-Tunnel-Verbindung zwischen Gilo und Ostjerusalem – Komplizierte Grenze mittels einer s. g. ‚Apartheid-Straße‘, einer rein Siedler-Brücke / *Fotos: Christian Schmidt.*
- Bild 2-3: Aufnahmen der offiziellen Siedlerstädte Maale Adumim, Betar Illit und Ariel / *Aufnahmen: offizielle Webseiten der Städte.*
- Bild 3-1: Mauerdetail Gazastreifen: „Sensor-and-Shooter-System“ / *Bild: Rafael/IDF, veröffentlicht in Telepolis, 09.02.2009.*
- Bild 3-2: Die israelische Mauer und zerrissene städtische Landschaft von Abu Dis / Jerusalem / *Foto: Jim Hollander, 09.11.2009.*
- Bild 3-3: Mauerstreifen / Zaunbereich: Trennungsanlage südlich von Hebron, Mai 2006 / *Wikimedia Commons.*
- Bild 3-4: Orwell’sche Mauerlandschaft in Qalandya, 2006 / *Foto-Urheber dem Verfasser unbekannt.*
- Bild 3-5: Mauersegment – Fertigteile vor Montage / *Foto aus: Michael Sorkin, Against the Wall, 2005.*
- Bild 3-6: Mauer-Checkpoints im urbanen und im ländlichen Raum – der Mauer lange sozioökonomische Schatten / *Fotos aus: Michael Sorkin, Against the Wall, 2005, v. V. bearb.*
- Bild 3-7: Satellitenbild Mauer – mit den Mauertoren, Qalqilya-Region, September 2003 / *PA-MoP, Januar 2004, v. V. bearb.*
- Bild 3-8: Vor und nach – Passage zw. dem Großmarkt und der historischen Qasbah, 1990 und 2007 / *Fotos: Btselem, v. V. bearb.*
- Bild 3-9: Jenin und Rafah nach der israelischen Operation ‚Schutzschild‘, 2002 / *Fotos: Goran Tomasevic, Reuters, v. V. bearb.*
- Bild 3-10: Aufnahmen von Höhlenhäusern in der ‚closed Zone‘, Süd-Hebron-Bezirk, 2005 / *Btselem.*
- Bild 4-1: Gaza – Mensch, Tier und Ware durch einen Schlauch Schmuggeln / *Fotos aus: nationalgeographic.com, time und Al-Monitor, V. bearb.*
- Bild 4-2: ‚Weißer Phosphor‘ – Nicht konventionelle Waffe in der militärischen Operation ‚Gegossenes Blei‘ / *Spiegel.de, v. V. bearb.*
- Bild 4-3: Gaza nach der Operation ‚Gegossenes Blei‘, 2009 – vom Wohnhaus ins Zeltlager / *Btselem, April/Mai 2009, v. V. bearb.*
- Bild 4-4: Die Rafah-Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen / *The Independent, Dez. 2009.*
- Bild 4-5: Spunddielen / *Wikipedia Commons.*

Liste der Graphik

Graphik 3-1: Eine Welt aus Mauern– Interkontinentale Beispiele.

Graphik 3-2: Konstruktion der israelischen Maueranlage / Sperrzaun- und Betonmauer-Bereich (Schnitt/ Zaunbereich nach einer in Haaretz am 09.05.2003 veröffentlichten Skizze).

Graphik 3-3: Diskriminierende Flächennutzung Ostjerusalems / Karte: PLO/NAD-NSU, 2012.

Graphik 4-1: Kosten des Wirtschaftszweigs ‚Gaza-Tunnel‘ / *Business Management ME* (www.busmanagementme.com).

Graphik 4-2: Die drei Grundsätze Netanyahus für Friedensgespräche – ein klassisches Rezept für eine Apartheid-Strategie / *Shalbak*, 2010.

Graphik 5-1: Israelischer Kolonisationsprozess in der West Bank / *Shalbak*, 2010.

Graphik 6-1: Bevölkerungspyramide in den palästinensischen Gebieten, Mitte 2009 / *Statistisches Jahrbuch Palästinas Nr. 11, 2010*, v. V. bearb.

Liste der Karten

Karte 1-1: Palästina, Teil des Osmanischen Reiches (1517-1917) / *Wikimedia Commons*, 2008, v. V. bearb.

Karte 1-2: Palästina und Transjordanien unter britischem Mandat (1920-1948).

Karte 1-3: Ausdehnung, Grenzen und Verwaltungsgliederung Palästinas (1517-1918) / *W. Richter*, 1979.

Karte 1-4: Das von der WZO gewünschte Territorium eines Künftigen Judenstaates, Versailles (1919), San Remo (1920) / *PASSIA*, v. V. bearb.

Karte 1-5: Jüdische Siedlungen in Palästina, 1885-1914 / *W. Laqueur*, 1972, v. V. bearb.

Karte 1-6: Völkerbundmandate im Nahen Osten 1920/1922 / *Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung 2007*.

Karte 1-7: Landverkauf an die Zionisten in Palästina bis 1947 / *W. Richter*, 1979, v. V. bearb.

Karte 2-1: UNO-Teilungsplan von 1947 und israelische Landerobung bis 1949/ Plan ‚Dalet‘, März 1948 / *PASSIA*, v. V. bearb.

Karte 2-2: Grenzsiedlungen als Ausgangspunkte der militärischen Eroberungsoperationen.

Karte 2-3: Bar-Lev-Linie & Allon-Plan: Doktrinäre Frontierarchitektur Israels in den besetzten Gebieten / *Fotos: IDF Film archive*, v. V. bearb.

Karte 2-4: Der Allon-Plan, 1967 und 1970 (detailliert) / v. V. bearb., nach *NAD-NSU der PA*.

Karte 2-5: Siedlungsschwerpunkte des Arbeiter-Blocks in der WB, 1967-1977.

Karte 2-6: Sharons ‚Plan Sirius‘, vor 1973 – Flexibles Verteidigungssystem in der territorialen Tiefe / *E. Weizman, Hollow Land*, 2007, v. V. bearb.

Karte 2-7: Sharons ‚Strongpoints‘ auf den Hügeln der West Bank, Ende 1970er Jahre / *E. Weizman, Hollow Land*, 2007, v. V. bearb.

Karte 2-8: Der Drobbles-Plan, 1977.

Karte 2-9: Der Sharon-Plan (H-Plan), 1981.

Karte 2-10: Raum Jerusalem, fragmentiert und völlig kontrolliert.

Karte 2-11: Destruktion der Landkarte in ‚Oslo II‘ und ‚Camp David II‘ – ein Ergebnis der Asymmetrie des Konfliktes / v. V. bearb., n. *PASSIA*.

Karte 2-12: Israelische Siedlungsphasen in der West Bank 1984 / v. V. bearb., nach *M. Benvenisti*, 1984.

Karte 2-13: Israelische offiziellen Siedlerstädte im Westjordanland (‚Maale Adumim‘, ‚Betar Illit‘ und ‚Ariel‘).

Karte 3-1: Israelische Sperrzonen und Mauern im nördlichen Weste Jordanland, 2000 bis 2006.

Karte 3-2: Agglomerator ‚Israelische Mauer‘ / *Karten: PA/NAD*, v. V. bearb.

Karte 3-3: Die Berliner Mauer – eine Stadtteilung und Symbol des kalten Krieges / *Karten: Wikipedia*, v. V. bearb.

Karte 3-4: Westsahara-Konflikt – eine Maueranlage gegen Polisario / *Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung 2007*.

Karte 3-5: Festung Europa – Schengen-Raum / *Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung 2007*.

Karte 3-6: Melilla (Melicha) – Spanien in Marokko / *Wikipadia*.

Karte 3-7: Globale Ausgrenzung der Armen / *Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung 2007*.

Karte 3-8: Der Süden – abgeschnitten von Geld-, Waren- und Touristenströmen / *Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung 2007*.

Karte 3-9: Bushs Garantien, 2004 – ein territorialer Zugewinn für Israel.

Karte 3-10: Die israelische Barriere, PA-Karte für das ICJ, Januar 2004 / *PA-Ministry of Planning*.

Karte 3-11: Camp-David II, 2000 – das s. g. großzügige Angebot Baraks an Arafat / *PASSIA*, v. V. bearb.

Karte 3-12: Der Gazastreifen und sein Mauerstreifen (1994-1996 errichtet) – Vorbild für die Mauer im Westjordanland, 2007 / *PASSIA*.

Karte 3-13: Die Mauer, laut Yediot Aharonot vom 23. Mai 2003 / *Yediot Aharonot*.

Karte 3-14: Vorstufen des Mauerplans – Sharons H-Plan (1977) und Bantustan-Plan (2001).

Karte 3-15: Maueroute Region Qalqilya – schneller Routenwechsel, Ghettos bilden und Landfläche paralisieren.

Karte 3-16: Wechselwirkung Mauer und Siedlungsstrukturen, August 2005 / *PLO-NAD/NSU*.

Karte 3-17: H1/H2-Kategorisierung des Stadtzentrums von Hebron, 2007 / *BtSelem*.

Karte 3-18: Besetztes nördliches Jordantal, ein Teil der organischen Mauer, Juni 2006 / *Karte: PLO/NAD-NSU*, 2005, v. V. bearb.

Karte 3-19: Schließung Jerusalems durch Mauern, Oktober 2003.

Karte 3-20: Die Mauer: Baufortschritt und Gettoisierung der dicht bewohnten palästinensischen Regionen, 2005-2008 / *Btselem*, v. V. bearb.

Karte 3-21: Mauer-Kanton Betlehem, Juli 2005 / *PLO-NAD/NSU*.

Karte 3-22: Südliche West Bank – das geschlossene Gebiet ‚Firing Area 918‘ / *Btselem*.

Karte 3-23: Westjordanland: zwei parallele Straßensysteme für Israelis und Palästinenser – Kontinuität vs. Fragmentierung / *NAD-NSU*.

Karte 3-24: Wasser im Nahen Osten – eine kritische Ressource / *National Geographic, May 1993*, v. V. bearb.

Karte 3-25: Wasserressourcen in der West Bank und Gaza / *PASSIA*, 2002.

Karte 3-26: Nördlicher Abschnitt der israelischen Mauer zw. Salem und Elkana: Wasserkontrolle, Oktober 2003 / *NAD-NSU*, v. V. bearb.

Karte 3-27: Wechselwirkung Mauer und Produktivitätszonen im westlichen Berg-Aquifer der West Bank / *NAD-NSU*.

Karte 3-28: Die israelische Mauer und die Wasserressourcen in der West Bank, Januar 2004 / *MoP und Palestinian Water Authority der PA*, v. V. bearb.

Karte 3-29: Home Lands in Apartheid-Südafrika – Reservate für die Palästinenser im Westjordanland / *Karte Home Lands: maps.nationmaster.com*, v. V. bearb.

Karte 3-30: Westjordanland: das Archipel Ost-Palästinas / *Le Monde diplomatique, Atlas der Globalisierung 2009*.

Karte 4-1: Sharons Disengagement-Plan (2005), raus aus Gaza, rein in die West Bank.

Karte 4-2: Der Gazastreifen heute, größtes Freiluft-Gefängnis unserer Zeit / *UNOCHA, August 2011*.

Karte 4-3: Reichweiten von Raketen, die aus dem Gazastreifen und bedrohte Städte in Israel, 01/2009 / *Wikimedia Commons*.

Karte 5-1: Mandats-britische Regionalpläne (RJ5 und S15) für das später Gebiet des Westjordanlands, nach 1941 / *A. Coon, 1991, v. V. bearb.*

Karte 5-2: Masterplan für Metropolraum Jerusalem (Teil des Regionalplans 1/82) / *M. Benvenisti, WBDBP, 1984.*

Karte 5-3: Straßennetz in der West Bank 1984 / *M. Benvenisti, WBDBP, 1984.*

Karte 5-4: Bebaute Flächen der West Bank 1984 / *M. Benvenisti, WBDBP, 1984.*

Karte 5-5: Regierungsbezirke der palästinensischen Autonomiebehörde nach Oslo II.

Karte 6-1: Ethnische Geographie Israels/Palästinas, 2000 / *Oren Yiftachel, 2006.*

Liste der Schema-Karten

Schema-Karte 2-1: Israelische Verbundsysteme im Westjordanland, Beispiele / *v. V. bearb., nach Skizze v. Zschiesche/Waltz, 1986.*

Schema-Karte 2-2: Siedlungsstrategien Gush Emunim & WZO - Neue israelische Städte und Straßen im besetzten Westjordanland, 1978-1983 / *v. V. bearb., nach Vorlage v. A. Coon, Town Planning under ..., 1992.*

Schema-Karte 2-3: Palästina zwischen Allon und Sharon, ein schrumpfendes Land.

Schema-Karte 3-1: Israelische Mauer – erste Sektion, Juni 2002, 110 Km Sperrzonen.

Schema-Karte 3-2: Israelisches Schließungssystem im Westjordanland, Folgen für Mobilität, 11/2006 / *OCHA/OPT, Nov. 2006, v. V. bearb.*

Schema-Karte 3-3: Wasserprojekte in Israel/Palästina bis 1966 / *Karte: GEO special Nr. 4, 08/1988, v. V. bearb.*

Schema-Karte 6-1: ‚Developed Urban Axis of Palestine‘ als nationale Raumstrategie für Palästina / *Shalbak 2011, nach Khamaisi 1990.*

Schema-Karte 6-2: The Arc, a Formal Structure for a Palestinian State, Doug Suisman, 2003-2005 / *v. V. bearb.*

Schema-Karte 6-3: Potenziale nutzen, Skizze eines Masterplans für Palästina / *Wall/Shalbak, Designing Palestine, KIT, 2010.*

Schema-Karte 6-4: Gazastreifen – Ein beinahe gänzlich zerstörtes Land mit Potenzialen / *Wall/Shalbak, Designing Palestine, KIT, 2010.*

Schema-Karte 6-5: Ein Masterplan-Szenarium für den Gazastreifen, Wall/Shalbak / *Wall/Shalbak, Designing Palestine, KIT, 2010.*

Schema-Karte 6-6: Sukzessive Entwicklung in Richtung einer Nahost-Union, ein Entwurf / *Wall/Shalbak, Designing Palestine, KIT, 2010.*

Schema-Karte 6-7: Mobilität und Energie, Grundelemente für Entwicklung im Nahen Osten / *Wall/Shalbak, Designing Palestine, KIT, 2010.*

Schema-Karte 6-8: Palästina und seine Nachbarn/ Mobilitätsgrundstruktur, eine Vorstufe für die Abschaffung der Grenzen / *Shalbak 2011.*

Liste der Schema-Pläne

Schema-Plan 2-1: Beispiele von Siedlungsgrundrisse (Hinanit und Shaqed: Art der Bebauung als subtile Legitimierungsstrategie) / *Segal/Weiman, A Civilian Occupation, 2003, v. V. bearb.*

Schema-Plan 2-2: Schemadarstellung: B. Clintons konstruktive Vorstellung zur Teilung des Alharam Al-sharaif, 2000 / *Shalbak 2010.*

Schema-Plan 4-1: Skizze zur ägyptischen unterirdischen Grenz-Stahlmauer entlang der Grenze mit dem Gazastreifen / *Shalbak 2010.*

Liste der Skizzen

Skizze 5-1: Struktur eines typisch traditionellen palästinensischen Dorfes und spätere Entwicklung / *Shalbak 2002.*

Skizze 6-1: Historische Ost-West urbane Entwicklung entlang der Ridge-Line im Westjordanland / *Wall/Shalbak, Designing Palestine, KIT, 2010.*

Skizze 6-2: Grundinfrastruktur als Arterie eines künftigen Palästinenserstaats – ein Szenarium / *Shalbak 2009.*

Liste der Tabellen

Tabelle 1-1: Jüdische Einwanderung nach Palästina 1920-1946.

Tabelle 1-2: Israelische Militärausgaben, anteilig vom BIP, 2003-2008.

Tabelle 2-1: Siedlungsaktivitäten des israelischen Arbeiterblocks in den besetzten arabischen Gebieten, 1967-1977.

Tabelle 2-2: Chicago – Einwohnerzahlen 1830-1900.

Tabelle 2-3: Ergebnisse der Siedlungspolitik in der West Bank, Ende 2008.

Tabelle 2-4: Grunddaten der offiziellen ‚Siedlerstädte‘ im Westjordanland.

Tabelle 3-1: Todesopfer nach Ausbruch der 2. palästinensischen Intifada, Sep.2000 – Dez.2008.

Tabelle 3-2: Baufortschritt der israelischen Maueranlage, 2007-2008.

Tabelle 3-3: Lage und Zahlen der israelischen Siedlungen/Siedler, bezogen auf die Mauer.

Tabelle 3-4: Von der Mauer betroffene Menschen, Gemeinden und Bodenflächen, laut Maueroute, April 2006.

Tabelle 3-5: Mauerpläne 2002-2007 – Route und Umfang der Landnahme.

Tabelle 3-6: Mauerdurchgangstore, nach Gebiet, Juli 2008.

Tabelle 3-7: Hauszerstörungen in der West Bank und in Jerusalem, 1987-2008.

Tabelle 3-8: Zahl der durch Hauszerstörungen beeinträchtigten Palästinenser im besetzten Westjordanland, Januar-Mai 2011.

Tabelle 3-9: Greater Jerusalem – demographische Entwicklung, 2000-2008.

Tabelle 3-10: Süßwasserverfügbarkeit und Bevölkerungsanteil in den Kontinenten, 2001.

Tabelle 3-11: Wasserverfügbarkeit in den Jordan-Uferstaaten, 2005.

Tabelle 3-12: Wasserverteilung in Israel/Palästina, im Vergleich, 2003.

Tabelle 4-1: Israelische Operation ‚Gegossenes Blei‘ (Winter 2008/2009), menschliche und materielle Verluste.

Tabelle 5-1: Administratives System in der West Bank, vor und nach 1967.

Tabelle 5-2: Rahmenpläne für die Gemeinden der West Bank, bis 1991.

Tabelle 5-3: Baukonstruktion in der West Bank 1987.

Tabelle 5-4: Wohntendenzen in der West Bank 1975-1987, nach Coon, 1992.

Tabelle 5-5: Trends der Verstädterung in der West Bank, bis 1987.

- Tabelle 5-6: Beschäftigungsverhältnisse in der West Bank (ohne Ostjerusalem) 1987.
 Tabelle 5-7: Entwicklung der erteilten Baugenehmigungen in den palästinensischen Territorien nach Oslo II (1997-2009).
 Tabelle 5-8: Entwicklungstendenzen in den palästinensischen Gebieten nach Oslo II, 1997-2009.
 Tabelle 5-9: Arbeitslosigkeit und Armutstendenzen in den palästinensischen Gebieten nach Oslo II.
 Tabelle 6-1: Eine junge palästinensische Gesellschaft.

Abbildungen Anhang

Karten-Anhang

- Karten-Anhang 1: Ein territorialer Konflikt – Landkarte Palästinas zwischen den Kriegen, 1922-1967.
 Karten-Anhang 2: Administrative Grenzen in der West Bank während der militärischen Besatzung, 1984.
 Karten-Anhang 3: Israelischer Landanforderungsplan (zur Beschlagnahme) für die West Bank, 1984.
 Karten-Anhang 4: Geplante jüdische Siedlungspolitik für die West Bank (für das Jahr 2010), 1998
 Karten-Anhang 5: Israelische und palästinensische Kontrollzonen (laut Oslo II), Stand: März 2000.
 Karten-Anhang 6: Israelische Siedlungen im Westjordanland, BetSelem, 2002.
 Karten-Anhang 7: Die israelische Separationsmauer im Westjordanland und Landzugriffsrestriktionen in der C-Zone, UNOCHA, 2012.
 Karten-Anhang 8: Israelische Mauer und (Straßen-)Sperrungen im Westjordanland, UNOCHA, 2012.
 Karten-Anhang 9: Karte des vorgesehenen Regionalplans für die Distrikte des Westjordanlands, MOPIC, Sept. 1998.
 Karten-Anhang 9: Regionalplan für die Distrikte des Gazastreifens 1998-2015, MOPIC, April 1998 .
 Karten-Anhang 10: Regionalplan (Entwurf) für die Distrikte des Gazastreifens, MOPIC, 2005.

Tabellen-Anhang

- Tabellen-Anhang 1: Demographische Entwicklung in Palästina (Gesamtzahlen), 1882-2011.
 Tabellen-Anhang 2: Bodenbesitzverhältnisse in Palästina gegen Ende der Mandatszeit sowie laut UNO-Teilungsresolution, 1947.

Liste der Chroniken

- Chronik 1: Zeittafel der Palästinafrage - Politischer und territorialer Konflikt um Palästina (1799-2011).
 Chronik 2: Israelische Regierungen und ihre Siedlungsaktivitäten im besetzten Westjordanland, 1967-2009
 Chronik 3: Räumliche Besitzergreifung von Palästina durch die Zionisten, 1897-heute

II/ Bibliographie - Quellenhinweis

Buch- und Studien-Literatur

Abu-Annaml, Hussein, *Al-Daffah wal Qita' 1967-1978, bayna al-ilhaq wa damdsch (Dtsch.: Die West Bank und der Gazastreifen 1967-1978, zwischen Abhängigkeit und Annexion)*, eine Studie über die demographischen und ökonomischen Umwandlungen in der West Bank und im Gazastreifen, ihre politische Deutungen und mögliche Zukunftsszenarien sowie über die Ziele des Projektes der Regierung Menachem Begin zu einer palästinensischen Selbstverwaltung, das an einem wirtschaftlichen Frieden zwischen den Arabern und Israel angekoppelt ist; PLO- Research Center- Samed: Department of Studies (Hrsg.), Beirut, 1978 (Arabisch).

Abu El-Haj, Nadia, *Facts on the ground: archaeological practice and territorial self-fashioning in Israeli society*, The University of Chicago Press, 2001.

Abu-Sitta, Salman, *Atlas of Palestine 1948*, first published by Palestine Land Society, London, 2004.

Al-Azzi, Ghassan, *Muawwiqat al-dawr al-aurobi fi taswiyat al-ssira' al-Arabi-al-Israili (Hindernisse der europäischen Rolle in der Beilegung des Arabisch-israelischen Konfliktes)*, aus der Reihe sillselat dirasat istiratidchiyyah (Strategische Studien) Nr. 13 am Ibrahim Abu-Lughod Institute of International Studies/ Birzeit University (<http://www.home.birzeit.edu/giis>), 2005, ISBN 9950-316-29-4 (arabisch).

Al-Haq (das Recht), *palästinensische Menschenrechtsorganisation (seit 1979)*, Online: <http://www.alhaq.org/>, unzählige Berichte und Veröffentlichungen, hier wurden verwendet:

- *A Nation under Siege – AL-Haq annual report on human rights in the Occupied Palestinian Territories, Ramallah, 1989;*
- *Israeli Proposed Road Plan for the West Bank: A Question for the International Court of Justice, Eine AL-Haq-Studie über den geplanten Road 50 (1982) von den Juristen Aziz Shehadeh, Fuad Shehadeh und Raja Shehadeh, November 1984, online unter: <http://www.alhaq.org/pdfs/Israeli%20Proposed%20Road%20Plan%20For%20The%20West%20Bank.pdf>*
- *Israel's Deportations and forcible Transfers of Palestinians out of the West Bank during the second Intifada, occasional Paper 15, April 2006, online unter:*
- <http://www.alhaq.org/pdfs/Deportations%20and%20Forcible%20Transfers.pdf>;
- *Legitimising the Illegitimate? The Israeli High Court of Justice and the Occupied Palestinian Territory, Al-Haq, 2010, online unter: <http://www.alhaq.org/pdfs/legitimising.pdf>.*
- *Monitoring and Documentation Department, Al-Haq's Field report January-March 2007 (human rights abuses committed by the Israeli Occupying Power and the Palestinian National Authority (PA)), online unter <http://www.alhaq.org/pdfs/Al-Haq%20MDD%20Quarterly%20Report%201-3.2007.pdf>;*
- *Monitoring and Documentation Department, Al-Haq's Field report April-June 2007 (human rights abuses committed by the Israeli Occupying Power and the Palestinian National Authority (PA)), online unter: <http://www.alhaq.org/pdfs/MDD%20report%20April-June%202007.pdf>;*
- *One Year after the 'Disengagement': Gaza still Occupied and under Attack, August 2006, online unter: <http://www.alhaq.org/pdfs/Gaza%20still%20occupied%20and%20under%20attack.pdf>*
- *Operation Cast Lead and the Distortion of international law. A legal Analysis of Israel's Claim to Self-Defence under Article 51 of the UN Charter, Al-Haq Position Paper , April 2009, online unter:*
- http://www.alhaq.org/publications/publications-index/item/operation-cast-lead-and-the-distortion-of-international-law?category_id=4.
- *Rishmawi, Mona, Planning in whose Interest? Land Use Planning as a Strategy for Judaization, Al-Haq, Dez. 1986.*
- *The Annexation Wall and its Associated Regime, Lisa Monaghan & Gracia Carreca (Authors), Al-Haq, June 2009, online unter: <http://www.alhaq.org/pdfs/Annexation+Wall+english.pdf>.*

Al-Majidi, Khas'al, *Tarikh Al-Quds Al-Qadim (die alte Geschichte Jerusalems)*, Al-Muassasah Alarabiyyah lildirasat wannaschr (Publ.), Beirut, 2006 (Arabisch).

Anand, Ruchi, *Self-Defence in International Relations*, Palgrave MacMillan (publisher), Basingstocke, 2009.

Aruri, Naseer (Hrsg.), *Palestinian Refugees: the Right of Return* (Pluto Middle East Studies), Pluto Press, London, 2001.

Aruri, Naseer (Hrsg.), *Occupation – Israel over Palestine*, Zed Books, 1984.

Bahiri, Simha, *Construction and Housing in the West Bank and Gaza -- Research Report for The West Bank Data Base Project (WBDP)*, published by the Jerusalem Post, 1989 (eine analytische Bestandsaufnahme der israelischen Besatzungspraktiken).

Baier, Franz Xaver, *Der Raum*, Verlag der Buchhandlung Walther König, Köln, 2. Auflage, 2000.

Baumgarten, Helga, *Hamas – Der Politische Islam in Palästina*, Heinrich Hugendubel Verlag, 2006.

Ben-Gurion, David

- *Israel*, Roven Verlag, Olten, 1960
- *Erinnerung und Vermächtnis*, von Thomas R. Bransten (Hrg.), S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., 1971.

Bednarz / Lüders, *Palästina Protokolle: Bestandsaufnahmen und Perspektiven – Dieter Bednarz und Michael Lüders führten Gespräche über Menschenwürde mit Israelis und Palästinensern*, Fackelträger Verlag, Hannover, 1981.

Benvenisti, Gans, Hanafi (Eds), *Israel and the Palestinian Refugees – Beiträge zum ausländischen Recht und Völkerrecht*, Max-Planck-Institut, begründet von Viktor Bruns, herausgegeben von Armin von Bogdany und Rüdiger Wolfrum, Band 189- Springer Verlag, Berlin / Heidelberg / New York, 2007.

Benvenisti, Miron,

- *Sacred Landscape: The Buried History of the Holy Land since 1948*, University of California Press, 2000.
- *The West Bank Data Project: A Survey of Israel's Policies*, (American Enterprise Institute/ Studies in Foreign Policy; 398), Washington/ London, 1984.

Benvenisti, Miron & Khayat, Shlomo, *the West Bank Data Project: West Bank and Gaza Atlas*, 1988.

Bollnow, Otto Friedrich, *Mensch und Raum*. 10. Auflage, Kohlhammer Verlag, 2004.

Bothe, Michael, *Die Mauer im Westjordanland. Ein Crashtest für das Völkerrecht?*, Beitrag in Standpunkte, Heft 02/2004, HSFK Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt.

Bowen, Jeremy, *Six Days – How the 1967 War shared the Middle East*, Pocket Books, London, 2003.

Brecher, Michael, *Decisions in Crisis – Israel, 1967 and 1973*, University of California Press, London, 1980.

Bredt, Friederike, *Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts im Israel-Palästina-Konflikt*, Schriften zum Völkerrecht/ Band 187, Duncker & Humboldt, Berlin, 2009.

Bökemann, Dieter, *Theorie der Raumplanung*, Oldenbourg Verlag, München, 1982.

Botschaft Israels, *Das Abkommen zwischen Israel und der PLO – Die erste Phase: Das „Gaza-Jericho-Abkommen“ : die Palästinensische Selbstverwaltung im Gaza-Streifen und im Gebiet Jericho*, Botschaft des Staates Israel, Presse- und Informations-Abteilung, Bonn, 1994.

BtSelem (*the Israeli Information Centre for Human Rights in the Occupied Territories*), Offizielle Webseite: www.btselem.org. Eine Vielzahl von Studien und Berichte über die Praktiken der israelischen Besatzungsmacht in Palästina (Englisch), wie:

Thema ‚Mauer‘

- *The Gaza Strip - One big Prison*, Mai 2007, online unter: http://www.btselem.org/sites/default/files2/publication/200705_gaza_insert_eng.pdf.
- *A Wall in Jerusalem – Obstacles to Human Rights in the Holy City*, Summer 2006;
- *Behind The barrier – Human Rights Violations as a Result of Israel's Separation Barrier*, Position Paper, März 2003, Online unter: www.btselem.org/Download/200304_Behind_The_Barrier_Eng.pdf;
- *The Separation Barrier: Position Paper*, September 2002, Online unter: www.btselem.org/Download/200209_Separaion_Berrier_Eng.rtf;
- *Not all it Seems – Preventing Palestinians Access to their Lands west of the Separation Barrier in the Tulkarm-Qalqiliya Area*, written and researched by Shlomo Suissa/ BtSelem, Juni 2004;

Thema ‚Wasser‘

- *Disputed Waters – Israel's Responsibility for the Water Shortage in the Occupied Territories*, Information Sheet, September 1998, Researched and written by Yehezkiel Lein;
- *Ground to a Halt – Denial of Palestinians' Freedom of Movement in the West Bank*, August 2007, online unter: www.btselem.org/Aug.2007_Ground_to_a_Halt_Restr.ofMovem.pdf;
- *Not Even a Drop – The Water Crisis in Palestinian Villages without a Water Network*, Researched and Written by Yehezkel Lein, Jerusalem, July 2001;
- *Thirsty for a Solution – The Water Crisis in the Occupied Territories and its Resolution in the Final-Status Agreement*, Researched and Written by Yehezkel Lein, Jerusalem, July 2000;

Thema ‚Menschenrechte‘

- *Act of Vengeance – Israel's Bombing of the Gaza Power Plant and its effects*, Status Report, September 2006, online unter: http://www.btselem.org/download/200609_Act_of_Vengeance_Eng.pdf;
- *Burred from Contact – Violation of the Right to visit Palestinians held in Israeli Prisons*, an Information Sheet, September 2006 (palästinensische (politische) Gefangene in israelischen Gefängnissen);
- *Human Rights in the Occupied Territories – Annual Report(s) 2007, 2008 and 2009 (01.01.2009-30.04.2010)*;
- *Means of Expulsion: Violence, Harassment and Lawlessness against Palestinians in the Southern Hebron Hills*, Researched and written by Antigona Ashkar, Juli 2005, ISSN0792-8114, Online in PDF-Format erhältlich unter: http://www.btselem.org/Download/200507_South_Mount_Hebron_Eng.pdf;
- *Without Trial – Administrative Detention of Palestinians by Israel and the Internment of Unlawful Combatants Law*, October 2009 (Administrative Haft der Palästinenser durch Israel).

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.), *Städte der Zukunft: Dokumentation des Welt-Habitat-Tag am 6. Oktober 1997*.

Carter, Jimmy, *Palestine. Peace not Apartheid*, Simon & Schuster, New York, 2006, (Englisch).

Chanoff, David, *Warrior: the Autobiography of Ariel Sharon*, 2. Auflage, Touchstone, New York, 2001.

Chomsky, Noam

- *Faithful Triangle: The United States, Israel, and the Palestinians*, South End Press, 1999.
- *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Deutsche Erstausgabe, Europa Verlag, Hamburg . Wien, 2003 (Originalausgabe: ‚Hegemony or Survival‘, Henry Holt and Co., NY, 2003).
- *Keine Chance für Frieden – Warum mit Israel und den USA kein Palästinenserstaat zu machen ist*, deutsche Ausgabe, Europa Verlag, Leipzig, 2005.
- *Media Control. The Spectacular Achievements of Propaganda, 2nd Edition, an Open Media Book*, Seven Stories Press, New York, 2002.
- *Profit Over People. War Against People – Neoliberalismus und globale Weltordnung, Menschen Rechte und Schurkenstaaten*, Deutsche Ausgabe, Piper Verlag, München/Zürich, 2006
- *Wirtschaft und Gewalt. Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung*, zu Klampen Verlag, Lüneburg, 2. Auflage, 2001.

Cooke, Stephanie, *Atom: Die Geschichte des Nuklearen Zeitalters*, (Übersetzer: Hans Günter Holl), Verlag: Kiepenheuer & Witsch, 2010.

Coon, Anthony, *Town planning under military occupation. An examination of the law and practice of town planning in the occupied West Bank*, by Anthony Coon (University of Strathclyde), A Report for AL-HAQ, the West Bank Affiliate of the international commission of Jurists, Dartmouth, Aldershot, Brookfield, 1992

Darwisch, Mahmoud,

- *Belagerungszustand, Gedichte*, Verlag Hans Schiler Berlin 2006.
- *Ein Gedächtnis für das Vergessen (Prosa, Beirut, August 1982)*, Lenos Verlag Basel 2001.
- *Palästina als Metapher – Gespräche über Literatur und Politik*, Palmyra Verlag, 1998.
- *Wir haben ein Land aus Worten: Ausgewählte Gedichte 1986–2002*, Ammann Verlag Zürich 2002.

Deutscher Städtebau, *Zukunft der Stadt? – Stadt der Zukunft!* Dokumentation der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2001 in Leipzig, Kohlhammer, Stuttgart 2001.

Diner, Dan

- *Grenzprobleme im Palästinakonflikt*, in : *Militärpolitik Dokumentation, Heft 28/29, 7. Jahrgang 1983 (ISSN 0171-9033), Militärpolitik Dokumentation e. V. (Hrsg.), Haag + Herchen Verlag, 1983*
- *Israel in Palästina: Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient*, Athenäum Verlag, Königstein/Ts, 1980.

Dommel, Lutz, *Wasser: Schlüssel zu Krieg und Frieden im Nahen Osten: zurück zu den Ursachen des Nahostkonflikts*, Books on Demand GmbH, Nordstedt, 2002.

Dünne, Jörg & Günzel, Stephan (Hrsg.), *Raumtheorie – Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, F. a. M., 2006.

Fayyad, Salam, *Palestine: Ending the Occupation, Establishing the State, Program of the Thirteenth Government*, August 2009; das Programm der 13. Palästinensischen Regierung unter PM Salam Fayyad wurde veröffentlicht unter: http://www.mop-gov.ps/web_files/issues-es_file/090825%20Ending%20Occupation,%20Establishing%20the%20State%20-%20Program%20of%20the%2013%20government.pdf.

Finkelstein, Norman G.

- *Antisemitismus als politische Waffe: Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte*, Piper Verlag, 2008;
- *Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird*, 6. Auflage, Piper Verlag, 2001.

Finkelstein, Israel/ Silberman, Neil A., *Keine Posaunen vor Jericho: Die archäologische Wahrheit über die Bibel*, Deutscher Taschenbuch Verlag, 2004.

Fisk, Robert, *The Great War for Civilisation – the Conquest of the Middle East*, Fourth Estate, London, 2005.

Flottau, Heiko, *Die eiserne Mauer : Palästinenser und Israelis in einem zerrissenen Land*, 1. Auflage, Links Verlag, Berlin, 2009.

Flüchtlingskinder im Libanon e.V. (Hrsg.), Begleitheft zur Wanderausstellung ‚Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948‘, Druck: Deile, Tübingen, 2007. Die Ausstellung läuft noch (2011). Heft online ersichtlich unter: <http://www.lib-hilfe.de/>.

Foucault, Michael, *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Suhrkamp Verlag Frankfurt a.M., 1977.

Franke, Anselm & Weizman, Eyal, *Ausstellungskatalog: Territories - The Frontiers of Utopia and other Facts on the Ground*. Malmö Konsthall, Malmö, May-August 2004, Katalog Nr. 197, Verlag der Buchhandlung Walther König, Köln, 2004.

Friedman, Yona, *Machbare Utopien – Absage an geläufige Zukunftsmodelle*, Fischer Verlag, F. a. M., 1977.

Frick, Dieter, *Theorie des Städtebaus – Zur baulich-räumlichen Organisation von Stadt*, Ernst Wasmuth Verlag, Tübingen/ Berlin, 2006

Frisch, Max, *Die Chinesische Mauer*. Eine Farce (Version für Paris, 1972), Edition Suhrkamp 65 (Erste Auflage 1964), hier wurde die neue Fassung von 1972 verwendet.

Fritz, Hans-Joachim, *Vitruv: Architekturtheorie und Machtpolitik in der römischen Antike*, (Oktogon Studien zu Architektur und Städtebau, Band 15), Lit Verlag, Münster, 1995.

Global Marshall Plan Initiative (Hrsg.), *Impulse für eine Welt in Balance* – zum Start eines globalen Netzwerks im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentags, Mai 2005 in Hannover.

Gore, Al (Albert Arnold), *Angriff auf die Vernunft*, 1. deutsche Auflage, Riemann-Verlag, München, 2007.

Goytisolo, Juan, *Gläserne Grenzen. Einwände und Anstöße*, Edition Suhrkamp 2375, deutsche Erstausgabe, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 2004

Gutschow, Niels, *Ordnungswahn – Architekten planen im „eingedeutschten Osten“ 1939-1945*, (Bauweltfundamente; 115), Birkhäuser Verlag, 2001.

Graichen, Gisela (Hrsg.), *Limes : Roms Grenzwall gegen die Barbaren*, Scherz Verlag, Frankfurt a. M., 2009.

Hadawi, Sami, *Bittere Ernte: Palästina 1914-1967*, Verlag für Zeitgeschichtliches Dokumentation, 1969.

Hardinghaus, Mathias, *Zur amerikanischen Entwicklung der Stadt*, überarbeitete Fassung einer Dissertation an der Fakultät Architektur der Bauhaus-Universität Weimar (2003), Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M., 2004.

Heikal, Mohamed Hassanain, *Secret Channels – the Inside Story of Arab-Israeli Peace Negotiations*, Harper Collins Publishers, London, 1996.

Hess, Moses, *Ausgewählte Schriften*, ausgewählt und eingeleitet von Horst Lademacher, Josef Melzer Verlag, Köln, 1. Auflage 1962.

Herzl, Theodor

- *Der Judenstaat: Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*, Breitenstein Verlag, Wien, 1896 (1. Auflage). Hier wurde die 2. Auflage verwendet, Manesse Verlag, Zürich, 1996 (Manesse Bücherei; Bd. 18);
- *Der Basler Congress [Basel 29.-31. August 1897]*, Verlag der Welt, Wien, 1897;
- *Die Rede von Dr. Theodor Herzl, gehalten auf dem dritten Zionisten-Congress zu Basel [15.-18. August 1899]*, Verlag des Congressbureaus Welt, Wien, 1899;;
- *Briefe und Tagebücher/ Band 1-3 (Briefe 1866-1895; Zionistisches Tagebuch 1895-1899 bzw. 1899-1904); bearbeitet von Johannes Wachten und Chaya Harel, Propyläen Verlag, Berlin / Frankfurt/M. / Wien, 1983.*

Hildebrandt, Alexandra: *Die Mauer. Zahlen. Daten.* 2. Auflage, Verlag Haus am Checkpoint Charlie, Berlin, 2005.

Hirst, Paul, *Space and Power – Politics, War and Architecture*, Polity Press, Cambridge, 2005 (English).

Jabotinsky, Vladimir (Ze'ev), *The Iron Wall - We and the Arabs*, ein Artikel, der am 26. November 1937 in der Jewish Herald (Südafrika) in englischer Sprache veröffentlicht wurde. Die Originalausgabe in russischer Sprache erschien am 04. Nov. 1923 in der russischen Zeitschrift Rassvyet. Artikel online lesbar unter: <http://www.marxists.de/middleast/ironwall/ironwall.htm>.

Jiryis, Sabri, *A History of Zionism, Vol. 1: Zionist Infiltration into Palestine (1862-1917)*, PLO- Research Centre (Hrsg.), Beirut, 1977 (Arabisch).

Kanafani, Ghassan, *Thawrat 1936 fi Filastin: Khalfiyyat wa tafasil wa tahlil* [Die Revolte von 1936 in Palästina: Hintergründe, Details und Analysen], Beirut, Volksfront zur Befreiung Palästinas, 1974 (Arabisch).

Stein, Kenneth W.: *The Land Question in Palestine, 1917-1939*, The University of North Carolina Press, Chapel Hill and London, 1984.

Khalidi, Walid, *Das Palästinaproblem. Ursachen und Entwicklung 1897-1948*, Verlag für Zeitgeschichtliche Dokumentation, Rastatt, 1972.

Khamaisi, Rassem, *Urbanisation Strategy for Strengthening of National Development in the new State of Palestine*, in *Urban Geography*, 1999, Vol. 20, No. 2, pp. 168-187, V. H. Winston & Son, 1999 (English).

Kimmerling, Baruch, *Polizid. Ariel Sharons Krieg gegen das palästinensische Volk*, deutsche Ausgabe, Diederichs, München, 2003. Die Originalausgabe (Englisch) erschien unter dem Titel *Pliticide* bei Verso, London/New York, 2003

Küng, Hans, *Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft*, 3. Auflage, Piper Verlag, München, 1997.

Lakoff, George,

- *Don't think of an elephant. Know your values and frame the debate*, Chelsea Green Publishing, Vermont, 2004;
- *Thinking Points. Communicating our American Values and Vision*, Farrar, Straus and Giroux (Verlag), New York, 2006.

Laqueur, Walter, *Der Weg zu Staat Israel. Geschichte des Zionismus*, Europa Verlag AG Wien, 1972.

Langer, Felicia,

- *Laßt uns wie Menschen leben! Schein und Wirklichkeit in Palästina*, Lamuv Verlag, 1. Auflage, Göttingen, 1999;
- *Zorn und Hoffnung. Autobiographie*, Lamuv Verlag, 1. Auflage, Göttingen, 1996.

León, Abraham, *Judenfrage & Kapitalismus.* Historisch-materialistische Analyse der Rolle der Juden in der Geschichte bis zur Gründung des Staates Israel. Trikont Verlag, München, 2. Auflage, 1973.

Le Monde diplomatique,

- *Atlas der Globalisierung 2007, deutsche Ausgabe, Le Monde diplomatique/taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, 2006.*
- *Atlas der Globalisierung 2010 – sehen und Verstehen, was die Welt bewegt, deutsche Ausgabe, Le Monde diplomatique/taz Verlags- und*

Vertriebs GmbH, Berlin, 2009

Linde, Horst, *Bericht über eine Exkursion nach Israel, Okt./Nov. 1964*, Lehrstuhl für Hochschulplanung und Entwerfen- Prof. Dr. h. c. Horst Linde, Abteilung für Architektur, Technische Hochschule Stuttgart, 1964.

Loske, R. & Schaeffer, R. (Hrsg.), *Die Zukunft der Infrastrukturen. Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung*, Metropolis-Verlag, Marburg, 2005,

Mallory, Keith & Ottar, Arvid, *Architecture of Aggression. A history of military architecture in North West Europe 1900-1945*, First Published by Architectural Press Ltd, 1973, (Englisch).

Marx, Bettina, *Gaza – Bericht aus einem Land ohne Hoffnung*, erste Ausgabe, Zweitausendeins, Frankfurt a. M., 2009.

Mearsheimer, John J. & Walt, Stephen M.,

- *Die Israel-Lobby: wie die amerikanische Außenpolitik beeinflusst wird*, Campus Verlag, 2007.

- *Die Israel-Lobby und die US-Außenpolitik, ein Arbeitspapier*, März 2006, Original unter: <http://ksnotes1.harvard.edu/Research/wpaper.nsf/rwp/RWP06-011> (13.03.06), Übersetzung aus dem amerikanischen: Lutz Forster (27.04.06). Eine gekürzte und bearbeitete Version dieses [original-] Papiers wurde in der *London Review of Books*, Vol. 28, Nr. 6 (23. März 2006) veröffentlicht und ist online unter: www.lrb.co.uk zu finden.

Melzer, Abraham, *Bericht der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen über den Gaza-Konflikt (Goldstone Report): Menschenrechte in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten* (Deutsch), Melzer Verlag, Neu Isenburg, 2010.

Mende, Hans-Jürgen und Wernicke, Kurt (Hrsg.), *Lexikon der Berliner Stadtentwicklung*, Verlag Haude & Spenersche, Berlin, 2002.

Messerschmid, Clemens, *Separation Wall und Wasserressourcen-Entwicklungsperspektiven / Wechselbeziehung zwischen dem Bau des „Sicherheitszauns“ und der Verteilung des Wassers zwischen Israelis und Palästinensern* (nördlicher Teil der israelischen Mauer), Vortrag im Sept. 2003 in München. Online erhältlich unter: www.genfer-initiative.de/messerschmid_wasser.pdf.

Misselwitz, Philipp, *Rehabilitating Camp Cities: Community-Driven Planning for Urbanised Refugee Camps*, genehmigte Abhandlung (Dissertation) am Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart, Februar 2009. Auch online erhältlich unter <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2009/3949/>.

Misselwitz, Philipp & Rieniets, Tim, *City of Collusion: Jerusalem and the Principles of Conflict Urbanism*, Birkhäuser, Basel, 2006.

Morris, Benny, *1948: A History of the First Arab-Israeli War*, Yale University Press, New Haven and London, 2008.

Moscato, Sabatino, *Geschichte und Kultur der Semitischen Völker. Eine Einführung*, Kohlhammer Verlag, deutsche Ausgabe, 1953.

Nijim, Basheer K. & Bishara, Muammar, *Toward the De-Arabisation of Palestine/Israel 1945-1977*, Kendall/Hunt publishing company, Dubuque, Iowa, 1984.

Nitzan, Jonathan & Bichler, Shimshon, *the Global Political Economy of Israel*, Pluto Press, London, 2002.

Nunn, Astrid (Hrsg.), *Mauern als Grenzen*, 1. Auflage, von Zabern Verlag, Mainz, 2009.

Paech, Norman, *Das Palästina-Problem vor den Vereinten Nationen, EMS, Informationsbrief Nahost 6/1998*.

Pappe, Ilan,

- *Die ethnische Säuberung Palästinas, deutsche Erstausgabe, Zweitausendeins, Frankfurt a. M., 2007. Die englische Originalausgabe wurde in dieser Arbeit ebenfalls verwendet, die 2006 mit dem Titel ‚The Ethnic Cleansing of Palestine‘ im Verlag Oneworld, Oxford erschienen ist.*

- *The Making of the Arab-Israeli Conflict, 1947-1951, I. B. Tauris, London, 2006 (first published, 1992).*

Parnreiter/Novy/Fischer (Hrsg.), *Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien*, Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt a. M., 1. Auflage, 1999.

Peace Now, *Breaking the Law in the West Bank – One Violation Leads to Another: Israeli Settlement Building on Private Palestinian Property*, ein Bericht des Peace Now- Beobachtungsteams, Jerusalem, Oktober 2006, online erhältlich unter: www.peacenow.org.il/data/SIP_STORAGE/files/9/2569.pdf.

Peteet, Julie Marie, *Landscape of Hope and Despair: Palestinian Refugee Camps*, University of Pennsylvania Press, Philadelphia, 2005.

Petschull, Jürgen & Schuller, Victor (Hrsg.), *Die Mauer – August 1961, Zwölf Tage zwischen Krieg und Frieden*. ein Stern-Buch, Verlag Gruner & Jahr AG & Co, Hamburg, 1. Auflage, 1981.

Pinsker, Leon, *Autoemanzipation. Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden*. (1. Auflage, 1882). Als Beleg für Zitate wurde die sechste Auflage verwendet, gedruckt bei Jul. Kittls Nachf., Keller & Co. / Mährisch-Ostrau, Ende 1933. Manuskript auch online erhältlich unter: <http://Idn-knigi.lib.ru/JUDAICA/LPinska.htm>.

Playfair, Emma (Hrsg.), *International Law and the Administration of Occupied Territories*, Oxford University Press, 1992, reprinted 2003.

PLO-NAD,

- *Israel's Wall, Special Edition: First Anniversary of the International Court of Justice's Ruling on Israel's Wall, Ein Bericht, herausgegeben von der PLO- Negotiations Affairs Department, 2005, (English);*

- *Negotiations Primer, Ein Bericht über die bisherigen gescheiterten Verhandlungen, herausgegeben von der PLO- Negotiations Affairs Department, 2011, (Englisch).*

PNA, MoLG (Ministry of Local Government),

- *MoLG, Al-Barghouthi, Bilal, Assiyasat Attaschriyya fi Filastin wa atawadschoh nahwa ascharaka beina alqitaain alaam wal khaas: al waqe' wal manthour (die legislative Politik in Palästina und die Tendenz zur Partnerschaft zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren: Realität und Perspektive), eine Studie (arabisch) im Rahmen des Programms zur lokalen demokratischen Reform (Tawasol), Ramallah, Juli 2009.*
- *MoLG/Abteilung für Regionalplanung, Al-hdschusch, Azzam, Qira'a Naqdiyya fi Muhtawa Al-Mukhattat Al-Iqlimi li Mohafathat al dschanub 2005-2015 (eine kritische Studie über den Inhalt des Regionalplans [des MoP] für die südlichen Bezirke [Gazastreifen] 2005-2015, arabisch, Ramallah, 2005.*
- *MoLG, Zubeidi, Basem, nahwa siyaghat ru'ya lil hokm al mahalli fi filastin (Hin zur Gestaltung eines Leitbildes für Kommunalverwaltung in Palästina), eine Studie (arabisch), Ramallah, 2010.*

PNA, MOPIC (Ministry of Planning and International Cooperation), später: **MoP** (Ministry of Planning)

- *MoP, Al-Mukhattat Al-Iqlimi lil Mohafathat al dschanubiyya 2005-2015, Draft (Der Regionalplan für die südlichen Bezirke [Gazastreifen] 2005-2015, Entwurf), arabisch, Ramallah, 2005.*
- *MOPIC, Al Mukhattat attaare' li himayat Al-Masader attabiyya fi Filastin, mohafathat addaffa al-Gharbiyya (Der Notplan zum Schutz der Naturressourcen in Palästina, West-Bank-Bezirke), arabisch, Ramallah, Dez. 1998.*
- *MoP, Medium Term Development Plan 2005-2007, English, Ramallah, 2007.*
- *MoP, Wall Maps/ ICJ, submitted by Palestine for the International Court of Justice, 2004, erstellt von MoP/ Specialized Technical Support Unit, Ramallah, Januar 2004, English, Arabisch. (Die Karten wurden beim Internationalen Gerichtshof (ICJ) zwecks der weiteren juristischen Untersuchung der israelischen Mauer im Westjordanland eingereicht).*
- *MOPIC, Building Competitive Advantage in the Palestinian Economy, English, Ramallah, Aug. 1998.*
- *MOPIC, Landscape Assessment of the West Bank Governorates, Emergence Natural Resources Protection Plan, English, Ramallah, Okt. 1996.*
- *MOPIC, National Policies for physical Development, the West Bank and Gaza Governorates, English, Ramallah, Dez. 1998.*
- *MOPIC, Sensitive Water Resources Recharge Areas in the West Bank Governorates – Emergency Natural Resources Protection Plan, Ramallah, 1996.*
- *MOPIC, The Regionalplan for the West Bank Governorates, English und Arabisch, Ramallah, Dez. 1998.*
- *MOPIC, The Regionalplan for the West Bank Governorates (Executive Summary), English, Ramallah, Dez. 1998.*
- *MOPIC, The Regionalplan for the West Bank Governorates – Water and Wastewater exsiting Situation, English, Ramallah, Dez. 1998.*
- *MOPIC, The Land-Use Transportation Study on the West Bank, English, Ramallah, April. 1999.*

PNA, PCBS, (www.pcbs.gov.ps), Ramallah

- *Ihssa' at Rukhas Al-Abniyah, Al-Rob' Al-Thani 2011 (PCBS: Building Licenses Statistics Second Quarter, 2011), September 2011.*
- *Kitab Al-Qods Al-Ihsai Al-Sanawi (Statistisches Jahrbuch Jerusalems), Nr. 13 (Juni 2011); Nr. 12 (Juni 2010) und Nr. 11 (Juni 2009), Nr. 10 (Juni 2008), Nr. 9 (Juni 2007), Nr. 8 (Juni 2006), Nr. 7 (Juni 2005) und Nr. 6 (Juni 2004), Arabisch.*
- *Kitab Filastin Al-Ihsai Al-Sanawi (Statistisches Jahrbuch Palästinas), Nr. 11 (Dez. 2010); Nr. 10 (Dez. 2009) und Nr. 8 (Nov. 2007), Arabisch.*
- *Palestine in Figures 2008 (Mai 2009), 2007 (Mai 2008), 2004 (Mai 2005), und 2001 (April 2002), English.*

PNA, PCBS,; (Statistisches Jahrbuch Palästinas), Nr. 11, Dez. 2010; Nr. 10, Dez. 2009 und Nr. 8, Nov. 2007 (Arabisch), PCBS (www.pcbs.gov.ps), Ramallah.

PNA & JICA (Japan International Cooperation Agency), *Jericho Regional Development Study Project, Interim Report, English, Ramallah, Januar 2006.*

Polakow-Suransky, Sasha, *The Unspoken Alliance: Israel's Secret Relationship with Apartheid South Africa*, Pantheon Books, New York, 2010.

Prigge, Walter, *Zeit, Raum und Architektur – Zur Geschichte der Räume*, Lehrstuhl für Planungstheorie an der RWTH Aachen, Schriftenreihe Politik und Planung, Band 18, Deutscher Gemeindeverlag und Verlag W. Kohlhammer, 1986.

Radermacher, Franz Josef,

- *Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, Ökosoziales Forum Europa (Hrsg.), Wien, 2002; Auch 4. Auflage, Juli 2005.*
- *Die Zukunft unserer Welt – Navigieren in schwierigem Gelände, herausgegeben von Andreas Schlüter, Edition Stifterverband, Essen, 2010;*
- *Globalisierung gestalten - Die neue zentrale Aufgabe der Politik, Horizonte Verlag (1. Auflage), 2006;*
- *Kreativität – das immer neue Wunder. Die Menschheit erzeugt durch ihr immenses Wachstum und ihren Konsumhunger immer neue Probleme. Kann die menschliche Kreativität in der Lösungsfindung auf Dauer die Oberhand behalten? Ein Bericht des FAW/n Ulm, 2005; Online unter: http://www.faw-neu-ulm.de/sites/default/files/Kreativitaet_f_1_2005.pdf;*
- *Was macht eine Gesellschaft reich? Die Infrastruktur als wesentlicher Baustein, in: Die Zukunft der Infrastrukturen. Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung (Hrsg.: R. Loske, R. Schaeffer), Metropolis-Verlag, Marburg, 2005, ab S.97 (siehe Literaturangabe oben in dieser Bibliographie);*
- *Weltklimapolitik nach Kopenhagen – Umsetzung der neuen Potenziale, ein FAW/n Report, Mai 2010, <http://www.faw-neu-ulm.de>;*

- *Zukunft der Mobilität. Vortrag „ÖPNV im Jahre 2025“ anlässlich des Kongresses der Landesregierung zum Thema „Innovation im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)“ am 19.02.2003 im Konzerthaus in Freiburg. Online unter: http://www.innovationskongress-bw.de/rueckblick/reden/beitrag_03.pdf.*

Radermacher, Franz Josef und Beyers, Bert, *Welt mit Zukunft – Die ökosoziale Perspektive*, Murmann Verlag (2. Auflage), 2007.

Radermacher, Franz Josef und E. L. A. Herlyn, *Governance, Demokratie, Zukunftsfragen – Zur Rolle der Millenniumsentwicklungsziele und eines Global Marshall Plan im Kontext der Globalisierung*, FAW/n-interner Bericht / 28. Februar 2008. Überarbeitung und Erweiterung eines Vortrags des 2. Autors anlässlich einer Veranstaltung der Initiative für Nachhaltigkeit der Universität Duisburg-Essen am 22. Januar 2007 im Glaspavillon, Campus Essen. Online unter: http://www.faw-neu-ulm.de/sites/default/files/Governance,%20Demokratie,%20Zukunftsfragen_071110%20-3.pdf.

Radermacher, Franz Josef, Riegler, Josef und Weiger, Hubert, *Ökosoziale Marktwirtschaft: Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems*, Oekom Verlag, München, 2010.

Rafidi, Wisam (Editor), *Palestinian Issues – On The Political Stalemate and Horizons for Release*, Ibrahim Abu-Lughod Institute of International Studies / Birzeit University (<http://www.home.birzeit.edu/giis>), 1st Edition, November 2004, ISBN 9950-316-24-3 (Arabisch, Englisch).

Ricci, Andrea, *Gaza - Die Kriegsverbrechen Israels*, Hrsg.: Jürgen Elsässer, Homilius Verlag, 2009

Richter, Werner, *Israel und seine Nachbarräume: Ländliche Siedlungen und Landnutzung seit dem 19. Jahrhundert*, Steiner Verlag, Wiesbaden:, 1979.

Rishmawi, Mona, *Planning in whose Interest? Land Use Planning as a Strategy for Judaization*, Al-Haq, Dez. 1986. Die gleiche Studie wurde in *Journal of Palestine Studies (JSP)*/ Vol. 16, no. 2, p. 105, Winter 1987/ unter dem Titel: 'Land Use Planning as a Strategy for Judaization' veröffentlicht.

Rogan, Eugene L. & Shlaim, Avi, *The War for Palestine – Rewriting the History of 1948*, Cambridge University Press, Cambridge, 2001.

Ruppin, Arthur,

- *Briefe, Tagebücher, Erinnerungen, eine Veröffentlichung des Leo-Beck-Institutes / Arthur Ruppin, herausgegeben von Schlomo Krolik, mit einem Nachwort von Alex Bein, Jüdischer Verlag Athenäum, Königstein im Taunus, 1985.*
- *Die Juden der Gegenwart. Eine Sozialwissenschaftliche Studie, 2. Auflage, Jüdischer Verlag, Köln/Leipzig, 1911;*
- *Dreißig Jahre Aufbau in Palästina: Reden und Schriften, Im Schocken Verlag, Berlin, 1937.*

Sachs, Jeffrey D., *Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt*, Pantheon/Siedler Verlag, München, 2006

Said, Edward W.,

- *Das Ende des Friedensprozesses. Oslo und danach*, Berlin Verlag, Berlin, 2002.
- *Frieden in Nahost? Essays über Israel und Palästina*, Palmyra Verlag, Heidelberg, 1997.
- *Götter, die keine sind – Der Ort des Intellektuellen*, Berlin Verlag, Berlin, 1997.
- *Kultur und Imperialismus. Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht*, S. Fischer, Frankfurt a. M., 1994.
- *Kultur und Widerstand: David Barsamian spricht mit Edward W. Said über den Nahen Osten*, Verlag Edition 8, 2006.
- *Orientalismus, 1. Deutsche Ausgabe*, Ullstein Verlag, 1981.
- *The Politics of Dispossession: The Struggle for Palestinian Self-Determination, 1969-1994, First Edition, Vintage Books, New York, 1994 (Englisch).*
- *Zionismus und palästinensische Selbstbestimmung*, Ernst Klett Verlag, Stuttgart, 1981 (Amerikanische Originalausgabe erschien unter dem Titel „The Question of Palestine“ im Verlag Times Books, NY, 1979).

Sand, Schlomo, *Die Erfindung des jüdischen Volkes: Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand*, Propyläen Verlag, 2010.

Scharenberg, Albert, *Berlin - Global City oder Konkursmasse? Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Mauerfall*, Dietz Verlag, Berlin, 2000.

Schölch, Alexander, *Palästina im Umbruch 1856-1882*, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, 1986 (Berliner Islamstudien, Band 4).

Schwenk, Herbert, *Lexikon der Berliner Stadtentwicklung*, herausgegeben von Hans-Jürgen Mende und Kurt Wernicke, Haude & Spensersche Verlagsbuchhandlung, Berlin, 2002.

Segal, Rafi & Weizman, Eyal, *A civilian Occupation - The Politics of Israeli Architecture*, Babel, Tel Aviv and Verso, London, New York, 2003, (Englisch).

Segev, Tom,

- *Die ersten Israelis – die Anfänge des jüdischen Staates, 1. deutsche Auflage*, Siedler Verlag, 2008.
- *1967. Die zweite Geburt Israels*, Siedler Verlag (2. Auflage), 2007.
- *Es war einmal ein Palästina – Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, Deutschsprachige Ausgabe*, Pantheon Verlag, 2005.

Selby, Jan, *Water, Power and Politics in the Middle East: The Other Israel-Palestine Conflict (Library of Modern Middle East Studies)*, I.B. Tauris, London, 2003.

Sennett, Richard,

- *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Fischer Verlag, F. a. M., 14. Auflage, 2004.
- *Der Flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, BvT Berliner Taschenbuch Verlag, 2006.

Shafir, Gershon & Beled, Yoav, *The New Israel: Peacemaking and Liberalization*, Perseus, 2000.

Shahak, Israel, *Jüdische Geschichte, Jüdische Religion: Der Einfluss von 3000 Jahren*, Lühe Verlag, 1999.

Sharon, Arieh, *Kibbutz + Bauhaus. An architect's way in a new land*, Massada and Karl Krämer Verlag, Stuttgart, 1976 (Englisch).

Shehadeh, Raja, *Occupiers' Law*, Institute for Palestinian Studies (Publ.), Washington DC, 1985.

Shlaim, Avi, *The Iron Wall – Israel and the Arab World*, Penguin Press, London, 2001.

Shuval, Hillel & Dweik, Hassan (Editors), *Water Resources in the Middle East. Israel-Palestinian Water Issues, from Conflict to Cooperation*, Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace/ Vol 2, Springer Verlag, 2008 (Englisch).

Sonder, Ines, *Gartenstädte für Erez Israel. Zionistische Stadtplanungsvisionen von Theodor Herzl bis Richard Kauffmann*, Georg Olms Verlag, Hildesheim/Zürich/New York, 2005.

Sorkin, Michael (Hrsg.), *Against the Wall / Israel's Barrier to Peace*, the new Press, New York, 2005, (Englisch).

Spiegel, Erika, *Neue Städte / New Towns in Israel – Städtische und regionale Planung und Entwicklung*, Karl Krämer Verlag, Stuttgart/Bern, 1966.

Stein, Kenneth W., *The Land Question in Palestine, 1917-1939*, The University of North Carolina Press, 1984 (Englisch).

Steiner, Margreet, *Jerusalem in the 10th / 9th Century BC*, Artikel in 'The Bible and Interpretation', online unter: http://www.bibleinterp.com/articles/Steiner-10th-9th_Century_2.shtml

Stekl, Hannes, *Architektur und Gesellschaft. Von der Antike bis zur Gegenwart*, Verlag Wolfgang Neugebauer, Salzburg, 1980.

Stop the Wall, *Stop the Wall in Palestine - Facts, Testimonies, Analysis and Call to Action*, Research, editing and Writing: Palestinian Environmental NGO's Network (PENGON), Jerusalem, 2003, Website: www.pengon.org, sowie www.stopthewall.org.

Suisman, Doug und andere, *the arc – A Formal Structure for a Palestinian State* [Optionen für die Schaffung einer Infrastruktur für einen neuen Palästinenserstaat 2002-2004] published by RAND Corporation (<http://www.rand.org>), 2005.

Taylor, Frederick, *Die Mauer: 13. August 1961 bis 9. November 1989*, 1. Auflage, Siedler Verlag, München 2009.

Turner, Frederick Jackson, *The Frontier in American History*, Verlag: Holt, Rinehart and Winston, New York/Chicago/San Francisco/Toronto/London, Ausgabe 1962, (Englisch).

UNDP / AHDR, *United Nations Development Program / Regional Bureau for Arab States / Arab Human Development Reports*

- *Band 1: The Arab Human Development Report 2002 – Creating Opportunities or future Generations*, New York, 2002, printed at Icons Printing Services, Amman, Jordan (ISBN: 92-1-126147-3). Online unter: www.undp.org/rba www.undp.org/rbas/ahdr/s/ahdr/.
- *Band 2: Arab Human Development Report 2003 – Building a Knowledge Society*, New York, 2003, National Press, Amman, Jordan (ISBN: 92-1-126157-0).
- *Band 3: Arab Human Development Report 2004 – Towards Freedom in the Arab world*, New York, 2005, National Press, Amman, Jordan (ISBN: 92-1-126165-1).
- *Band 4: Arab Human Development Report 2009 Band 2: Arab Human Development Report – Building a Knowledge Society*, New York, 2003, National Press, Amman, Jordan (ISBN: 92-1-126157-0).
- *Band 5: Challenges to Human Security in the Arab Countries*, New York, 2009, Karaky Printing Press, Beirut, Lebanon (ISBN: 92-1-126211-7).
- *UNDP: The Human Development Report 1990*, Oxford University Press, New York, 1990 (ISBN 0-19-506481-X).

UNO-Berichte über die von Israel besetzten arabischen Gebiete (nach Themen)

Thema ‚Menschenrechte‘:

- *Falk, Richard*, *Human Rights Situation in Palestine and other occupied Arab territories [nach dem Gaza-Krieg]*, ein Bericht des Sonderberichterstatters für die 10te Generalversammlung, Sache 7, New York, 11 Februar 2009 (UN General Assembly A/HRC/10/20), Englisch.
- *Falk, Richard*, *Situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967*, ein Bericht des Sonderberichterstatters für die 63ste Generalversammlung, Sache 67 (c), New York, 25 August 2008 (UN General Assembly A/63/326), Englisch.
- *Dugard, John*, *Human Rights Situation in Palestine and other occupied Arab territories*, ein Bericht des Sonderberichterstatters für die 63ste Generalversammlung, Sache 7, New York, 21 Januar 2008 (UN General Assembly A/HRC/7/17), englisch.
- *Dugard, John*, *Situation of human rights in the Palestinian territories occupied by Israel since 1967*, ein Statement für die 62ste Generalversammlung, Sache 72 (c), New York, 17 August 2007 (UN General Assembly A/62/275), [Punkt VII, S.19: Racial Discrimination and Apartheid] Englisch.
- *Dugard, John*, *Implementation of General Assembly Resolution 60/251 of 15 March 2006 entitled "Human Rights Council"*, ein Bericht des Sonderberichterstatters über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, für die 4te Generalversammlung, Sache 2, New York, 29 Januar 2007, (UN General Assembly A/HRC/4/17), [Punkt VII, S.19: Racial Discrimination

and Apartheid] Englisch.

- Dugard, John, *Situation of human rights in the Palestinian territories occupied by Israel since 1967, ein Statement für die 61ste Generalversammlung, Sache 67 (c), New York, 27 September 2006 (UN General Assembly A/61/470), Englisch.*
- Dugard, John, *Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied by Israel since 1967, ein Statement für die 59ste Generalversammlung, dritter Ausschuss, Sache 105 (c), New York, 28. Oktober 2004, Englisch.*
- UN-OCHA/OPT (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory), *locked in: The Humanitarian Impact of two years of Blockade on the Gaza Strip – Special Focus, August 2009; online unter: http://www.ochaopt.org/documents/Ocha_opt_Gaza_impact_of_two_years_of_blockade_August_2009_english.pdf.*
- UN-OCHA/OPT: *Gaza Flash Appeal, ein dringender Hilferuf vereinigter Hilfsorganisationen für Gaza (www.humanitarianappeal.net), Januar 2009; Bericht (PDF) ist online erhältlich bei ,UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs' unter: [http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/Flash_2009_oPt_Gaza/\\$FILE/Flash_2009_oPt_Gaza_SCREEN.pdf?](http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/Flash_2009_oPt_Gaza/$FILE/Flash_2009_oPt_Gaza_SCREEN.pdf?).*
- UN-OCHA/OPT (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory), *Preliminary Analysis: the Humanitarian Implications of the February 2005 Projected West Bank Barrier Route, February 2005.*
- UN-OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs in the occupied Palestinian territory), *The Agreement on Movement and Access, One Year On, November 2006.*
- Goldstone, Richard, *Human Rights in Palestine and other occupied Arab Territories – Report of the United Nations Fact Finding Mission on the Gaza Conflict (Goldston-Bericht), Bericht für die UNO-Generalversammlung (A/HRC/12/48), 25. September 2009; online unter: <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/>. Siehe diesbezüglich auch das Buch von Abraham Melzer (oben in dieser Bibliographie).*

Thema ‚Wasser‘:

- *The United Nations World Water Development Report 3: Water in a changing World, published by UNESCO (<http://publishing.unesco.org/>) and Earthscan (www.earthscan.co.uk), London, 2009, UNESCO ISBN: 978-9-23104-095-5, Earthscan ISBN: 978-1-84407-839-4 (hardback). Online als PDF-Datei erhältlich unter: http://www.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr3/pdf/WWDR3_Water_in_a_Changing_World.pdf.*
- *The United Nations World Water Development Report 2: a Shared responsibility, published by UNESCO and Berghahn Books, New York, 2006, online erhältlich unter: <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001454/145405E.pdf>.*
- *Human Development Report 2006, Beyond Scarcity: Power, Poverty and global crisis, Chapter 6: Managing Transboundary Waters, S.201-231, ISBN 0-230-50058-7, published for the United Nations Development Programme (UNDP), NY, 2006.*
- *The United Nations World Water Development Report 1: Water for People, Water for Life, published by UNESCO 2003, vollständiger Bericht (Englisch) online erhältlich unter: http://webworld.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr1/table_contents/index.shtml.*
- *Zusammenfassung dieses Berichts in deutscher Sprache: Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen: Wasser für Menschen, Wasser für Leben, Deutsche UNESCO-Kommission e. V. (<http://www.unesco.de/wwdr.html>). Online unter: http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Wissenschaft/WWDR_1_exsum_ger.pdf.*

Vitruv, *Vitruv: De Architectura Libri Decem – Zehn Bücher der Architektur*, Marix Verlag, Wiesbaden, 2004 (Neugesetzte und überarbeitete Ausgabe nach der Ausgabe Berlin 1908).

Waechter, Mathias, *Erfindung des amerikanischen Westens. Die Geschichte der Frontier-Debatte*, Verlag: Rombach Wissenschaft- Reihe Historie; Bd. 9, Freiburg, 1996

Wagner, Heinz, *Der arabisch-israelische Konflikt im Völkerrecht*, Duncker & Humblot (Schriften zum Völkerrecht; Heft 15), Berlin, 1971.

Wall, Alex & Shalbak, Mazen

- , *Designing Palestine – The Day after, eine Publikation zum gleichnamigen Entwurfseminar, Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen (Hrsg.), KIT, Karlsruhe, SS 2010;*
- , *Designing Gaza – Masterplan(s) für eine gefährdete Region' eine Publikation zum gleichnamigen Entwurfseminar, Lehrstuhl für Städtebau und Entwerfen (Hrsg.), KIT, Karlsruhe, WS 2011/2012;*

Waltz, Viktoria (Hrsg.), *The Fabrication of Israel-About the usurpation and destruction of Palestine through Zionist spatial planning- A Unique Planning Issue*, Dortmund 2010. Buch Kapitelweise als Pdf-Dokumente veröffentlicht, siehe unter: <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/2011/02/waltzisaac-fabrication-of-israel-unique.html>.

Warnke, Martin (Hrsg.), *Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute: Repräsentation und Gemeinschaft*, DuMont Buchverlag, Köln, 1984.

Watzal, Ludwig,

- *Feinde des Friedens: Der endlose Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, 2. Auflage, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin, 2002.*
- *Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser*, Böhlau Verlag, Köln Weimar Wien, 1994.

Weinstock, Nathan, *Das Ende Israels? Nahostkonflikt und die Geschichte des Zionismus*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 1975.

Weizman, Eyal, *Hollow Land: Israel's Architecture of Occupation*. Verso, London/New York, 2007

Wolfrum, Edgar, *Die Mauer: Geschichte einer Teilung*, Beck Verlag, München, 2009.

Wood, Denis (with John Fels and John Krygier), *Rethinking the Power of Maps*, Guilford Press, 2010

Yacobi, Haim, *Constructing a Sense of Place. Architecture and the Zionist Discourse*, Ashgate Publishing Co., Burlington, USA, 2004.

Yaro, Robert D./ Hiss, Tony, *Region at Risk: The Third Regional Plan for the New York-New Jersey-Connecticut Metropolitan Area*, Island Press, 1996.

Yiftachel/ Little/ Hedgcock/ Alexander (Hrsg.), *The Power of Planning – Spaces of Control and Transformation*, edited by Oren Yiftachel, Jo Little, David Hedgcock and Ian Alexander, The Geo Journal Library, Volume 67, Kluwer Academic Publishers, Dordrecht / Boston / London, 2001, (Englisch).

Yiftachel, 2006, *Ethnocracy: Land and Identity Politics in Israel/Palestine*, University of Pennsylvania Press, Philadelphia, 2006.

Yousef, Mohsen, *Das saudische Recht im palästinensischen Süd-Negev*, aus der Reihe Strategische Studien (Nr. 6) am Ibrahim Abu-Lughod Institute of International Studies / Birzeit University (<http://www.home.birzeit.edu/giis>), 2003, ISBN 9950-316-081 (arabisch).

Zertal, Idith & Eldar, Akiva, *Die Herren des Landes: Israel und die Siedlerbewegung seit 1967*, Deutsche Ausgabe, DVA Sachbuch, 2007.

Ziegler, Jean,

- *Der Hass auf den Westen: Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren*, C. Bertelsmann Verlag, 2009;
- *Das Imperium der Schande: Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung*, Goldmann Verlag, 2008.

Zschesche, Joachim/Waltz, Victoria, *Die Erde habt Ihr uns genommen. 100 Jahre zionistischer Siedlungspolitik in Palästina*, Das arabische Buch, Berlin, 1986.

Architektur-(Zeit)Schriften

AnArchitektur / Produktion und Gebrauch gebauter Umwelt, An Architektur (Hrsg.), Vice Versa (Vertrieb), Berlin, insbesondere

- Heft Nr. 1/2002: *Material zu Henri Lefebvre (Produktion des Raumes)*;
- Heft Nr. 4/2003: *US Naval Base Guántanamo Bay - Recht und Raum*;
- Heft Nr. 6/2003: *Segal/Weizman, Räumliche Analyse der israelischen Siedlungen*;
- Heft Nr. 11/2004: *Material zu John Harley, ‚Deconstructing the Map‘*;
- Heft Nr. 13/2004: *Philippe Rekacewicz- Karten der Globalisierung*.

Arch+, Zeitschrift für Architektur und Städtebau, Arch+ Verlag, Aachen

- Nr. 34/1977, u. a. Beitrag von Henri Lefebvre ‚Die Produktion des städtischen Raums‘, S. 52-57.
- Nr. 103/1990: *Architektur ohne Architekten*, Beitrag von Otl Aicher ‚Der siebte deutsche Weg‘, S. 20-27.
- Nr. 195/2009: *Istanbul wird grün; Grün: die Farbe des Geldes*, S. 54; *Grün: die Farbe der Zuständigkeit*, S.76.

dérive, Zeitschrift für Stadtforschung, online: <http://www.derive.at/>.

DISP 156, 1/2004, Titelthema: *Berlin-15 Jahre ohne Mauer*, Hrsg.: Netzwerk Stadt und Landschaft (NSL)/ETH Zürich.

inamo, Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V., online: <http://www.inamo.de/index.php/home.html>; insbesondere

- Heft 3/1995; *Der ‚Friedensprozess‘ im Nahen Osten*;
- Heft 5-6/1996: *Konfliktstoff Wasser*;
- Heft 7/1996: *Dialog bei geschlossenen Türen - Europa und das südliche Mittelmeer*;
- Heft 7/1996: *Militär und Gesellschaft*;
- Heft 12/1997: *Medienmacht - Medienkontrolle*;
- Heft 13/1998: *50 Jahre Israel - Hat der Zionismus eine Zukunft?*;
- Heft 16/1998: *Bildung und Globalisierung*;
- Heft 23-24/2000: *Palästina nach Oslo*;
- Heft 27/2001: *Wasserpolitik: Probleme und Perspektiven*;
- Heft 36/2003: *Arab Human Development Report (AHDR)*;
- Heft 38/2004: *Israel- Die einzige Demokratie im Nahen Osten*;
- Heft 45/2006: *Palästina – HAMAS-Wahl*;
- Heft 49/2007: *Der politische Zionismus und die Frage seines Überlebens*;
- Heft 54/2008: *Palästina – 60 Jahre Nakba*;
- Heft 64/2010: *Palästina in Israel*;
- Heft 65/2011: *Libyen [über den arabischen Frühling]*.

Deutsches Architektenblatt, Ausgabe BaWü, Bundesarchitektenkammer (Hrsg.)

- Nr. 9/2006
- Nr. 8/2007

Die Bauwelt, städtebauliche Beiträge, , Bauverlag, Berlin

- *Bauwelt 48.06 / StadtBauwelt 172, 22.Dez. 2006, Thema: Wir Flüchtlinge*
- *Bauwelt 24.07 / StadtBauwelt 174, 22. Juni 2007, Thema: Theorie*.
- *Bauwelt 37.07 , 01. Oktober 2007, Thema: Festungen*.

Lotus international, Quarterly Architectural Review, Sprache: Italienisch/Englisch, Pierluigi Nicolini (Hrsg.), Heft Nr. 48/49 (1985/4 – 1986/1) *Double Cross*, "Other Spaces": Beitrag von Michel Foucault, Seiten 9-17

Trialog – Zeitschrift für das Planen und Bauen in der dritten Welt, Hrsg.: Vereinigung zur wissenschaftliche Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e. V., ISSN Nr.: 0724-6234
Hefte Nr. 5 (1985), Nr. 40 (1994), Nr. 54(1997), Nr. 67(2000), Nr. 87(2005) und Nr. 89(2006)

Planer/in. Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung, SRL (Hrsg.)

SRL- Schriftenreihe, insbesondere Schriften über Berlin bzw. über Grenzerfahrungen.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit – Zeitschrift.

Konfliktbetreffende Foren über Architektur und Stadtplanung

DAAR – *Decolonizing Architecture Art Residency*, online: <http://www.decolonizing.ps/site>.

Rebuilding Alliance: online: <http://rebuildingalliance.org/rebuild/rebuilding-a-future-in-palestine/>.

Zionismus + Raumplanung: between nil + eufrat?, online: <http://zionismus-israel-raumplanung.blogspot.com/>.

Internationale Forschungsinstitute

AG Friedensforschung an der Uni Kassel, online: <http://www.ag-friedensforschung.de/>

ARIJ, The Applied Research Institute of Jerusalem, online: <http://www.arij.org/>.

Al-Zaytouna Centre for Studies & Consultations, Beirut, online: <http://www.alzaytouna.net/>.

AWG (The Arab World Geographer), online: <http://users.fmg.uva.nl/vmamadouh/awg/>, insbesondere Volume 8, Issue No 3 (2005) mit dem Thema: 'Forum on The Viability of a Two-State Solution to the Israel/Palestine Conflict and Possible Alternatives'.

AWIS (Averroes Institut für Wissenschaftliche Islamforschung / Goethe-Universität- Frankfurt) online unter: <http://awis-islamforschung.eu/forschung>

CRS (Reports of Congress/ USA), online über die Internetseite von **FAS** (Federation of American Scientists) erreichbar, unter: <http://www.fas.org/sgp/crs/index.html>.

The Floersheimer Institute for Policy Studies (at the Hebrew University of Jerusalem), online: <http://www.fips.org.il/>.

IPS (Institute for Palestine Studies), online: <http://www.palestine-studies.org/>.

JPS (Journal for Palestine Studies), Hrsg. Institute for Palestine Studies, London, Beirut, Ramallah, auch online unter: <http://www.palestine-studies.com/jps/>

Jerusalem Centre for Public Affairs, online: <http://www.jcpa.org/>.

Jerusalem Quarterly, Hrsg.: Institute of Jerusalem Studies, online: <http://www.jerusalemquarterly.org/>.

Palestinian Center for Policy and Survey Research, online: <http://www.pcpsr.org/>.

The Washington Institute for Near East Policy, Online: <http://www.washingtoninstitute.org/>.

(Online-)Zeitschriften

Al Ahram Weekly Online, ägyptische Online Zeitschrift / English, <http://weekly.ahram.org.eg/index.htm>

Al-Quds Al-Arabi, London, arabische Zeitschrift, <http://www.alquds.co.uk>

Conturen der Zeitenwende und Wendezeiten, Holos Verlag, online: <http://www.conturen.net/>.

Der Bürger im Staat, Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung, Hrsg.: Landeszentrale für politische Bildung BaWü., <http://www.buergerimstaat.de/>

Der Spiegel, Nr. 7, 1999, Nr. 22, 2007 und Nr. 31, 2011, Spiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Auch Spiegel Online (<http://www.spiegel.de>).

Die Gazette, Das politische Kulturmagazin, <http://www.gazette.de/>.

Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte, Hrsg.: Friedrich Ebert Stiftung, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger. GmbH, ISSN:0177-6738.

Die Welt, auch online unter <http://www.welt.de>.

FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), auch online unter <http://www.faz.net>.

FIPS (the Floersheimer Institute for Policy Studies) at the Institute of Urban and Regional Studies, the Hebrew University of Jerusalem, online: <http://www.fips.org.il>.

Foreign Affairs, online: <http://www.foreignaffairs.com/>.

GEO. Das Reportage-Magazin, Heft Nr. 2/ Februar 1987.

Haaretz, israelische Zeitschrift, English, online unter: <http://www.haaretz.com>.

HSFK- Standpunkte (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), ISSN: 0945-9332, auch online unter <http://www.hsfk.de/index.php?id=144>

INAMO (offizielle Zeitschrift des Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V.), offizielle Internetseite: <http://www.inamo.de/>.

IPG (Internationale Politik und Gesellschaft), Hrsg.: Friedrich Ebert Stiftung, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH, ISSN:0945-2419, auch online unter <http://www.fes.de/ipg>

Le Monde diplomatique. Deutsche Ausgabe, online unter : <http://www.monde-diplomatique.de>

Madschallat Al-Siyassa Al-Dawliya (Journal für Internationale Politik), online unter: <http://www.siyassa.org.eg/>.

Mediterranes – Das EMA-Magazin, herausgegeben von der Euro-Mediterranean Association for Cooperation and Development e. V., Hamburg.

National Geographic, Heftausgabe Mai 1993.

OpenDemocracy. *Free thinking for the world* - Freies und unabhängiges Online-Magazin für politische Bildung, online: <http://www.opendemocracy.net>.

Süddeutsche Zeitung, auch online unter: <http://www.sueddeutsche.de>.

TAZ (Die Tageszeitung), auch online unter : <http://www.taz.de/>.

Telepolis. Online Magazin für Politik, Wissenschaft und Kultur, online unter <http://www.heise.de/tp/>.

The guardian, online: <http://www.guardian.co.uk>.

The Independent, online: <http://www.independent.co.uk/>.

The Times, online: <http://www.thetimes.co.uk/>.

The New York Times (NYTimes), online: <http://www.nytimes.com>.

Wall Street Journal, online: www.wsj.com.

ZNet (a community committed to social change), online: <http://zmag.de/>

Elektronische Medien und Nachrichtenagenturen (www.net)

Al-Jazeera Sender (Doha, Qatar), online: <http://www.aljazeera.net/>.

Ma'an News Agency (Bethlehem, Gaza), online: <http://www.maannews.net/eng>.

Reuters (AlertNet), online: <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/MAC145722.htm>.

Palestinian Media Centre (PMC), online: <http://www.palestine-pmc.com/arabic/>.

BBC News, online: <http://news.bbc.co.uk/>

Offizielle Stellen und internationale Organisationen

Attac Deutschland, offizielle Internetseite: <http://www.attac.de>. Der deutschsprachige Newsletter von Attac Österreich, Deutschland und Schweiz: **Sand im Getriebe**, online: <http://sandimgetriebe.attac.at/>.

Botschaft des Staates Israel, Berlin, offizielle Internetseite: <http://berlin.mfa.gov.il/>.

Bundeszentrale für politische Bildung, offizielle Internetseite: <http://www.bpb.de/>.

Central Bureau of Statistics Israel (CBSI), offizielle Internetseite: <http://www.cbs.gov.il>.

CIA –The World Factbook, online: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>.

DESERTEC Foundation, ehemals **TREC** (*Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation*)/ *Clean Power from the Deserts*, offizielle Internetseite: www.desertec.org/de/. Zusammenhängende Themen: *EU-MENA-Region; Union für das Mittelmeer; Solarplan für das Mittelmeer; Euro-mediterrane Partnerschaft*

Europäisches Parlament, <http://www.europarl.europa.eu/de>.

Friedrich Ebert Stiftung, offizielle Internetseite: <http://www.fes.de>.

Generaldelegation Palästinas in der BRD, Berlin, offizielle Internetseite: <http://www.palaestina.org>.

Global Marshall Plan Initiative, offizielle Internetseite: <http://www.globalmarshallplan.org/>.

Heinrich Böll Stiftung, offizielle Internetseite: <http://www.boell.de>.

International Court of Justice ,ICJ' (Internationaler Gerichtshof), Den Haag, online: <http://www.icj-cij.org/>. (siehe auch UNO)

Israel Ministry of foreign Affairs (Israelisches Außenministerium), offizielle Internetseite: <http://www.mfa.gov.il/MFA>.

Konrad Adenauer Stiftung, <http://www.kas.de>.

Ökosoziales Forum Österreich, offizielle Internetseite: <http://www.oesfo.at/>.

Palestinian Center for Human Rights (PCHR) / Gaza, offizielle Internetseite: <http://www.pchrgaza.ps/>

Palestinian National Authority ,PA' (Palästinensische Nationalbehörde), Ramallah,

Offizielle Internetseite: <http://www.pna.gov.ps/>

- **PA/ MOPAD: Ministry of Planning and Administrative Development**, online: <http://www.mop-gov.ps/>
- **PLO / Negotiations Affairs Department (NAD)**, online: <http://www.nad-plo.org/>;
- **PA/ Ministry of National Economy**, online: <http://www.met.gov.ps/>;
- **PA/ Ministry of local Government (MoLG)**, online: <http://www.molg.pna.ps/>.
- **PA/ PCBS: Palestinian Central Bureau of Statistics**, online: <http://www.pcbs.gov.ps/>;
- **Palestinian Economic Council for Development and Reconstruction (PECDAR)**;, online: <http://www.pecdar.org/>;
- **Palestinian Media Centre (PMC)**;, online: <http://www.palestine-pmc.com/>.

RAND Corporation, offizielle Internetseite: <http://www.rand.org>.

UNO, Vereinten Nationen, New York, offizielle Internetseite: <http://www.un.org>

- **ICJ (International Court of Justice; Dtsch.:Internationaler Gerichtshof)**, online: <http://www.icj-cij.org/>.
- **OCHA/OPT (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs / Occupied Palestinian Territory)**, online: <http://www.ochaopt.org/>
- **OHCHR (United Nations Human Rights – Office of the High Commissioner for Human Rights)**, online: <http://www.ohchr.org/>.
- **UN-Millenniumsentwicklungsziele**, online: <http://www.un.org/millenniumgoals/>.
- **UNHRC (United Nations Human Rights Council; UNO-Menschenrechtsrat)**, online: <http://www.unhcr.org/>.
- **UNO-Palästine, Permanent Observer Mission of Palestine to the UN**, online: <http://www.palestine-un.org/>;
- **UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation)**, online: <http://www.unesco.org/>;
siehe auch **Deutsche UNESCO-Kommission** (www.unesco.de);

USAiad /West Bank/Gaza, offizielle Internetseite: <http://www.usaid.gov/wbg/>

Weltbank (The World Bank), offizielle Internetseite: <http://www.worldbank.org/>.

Zionistische Organisationen

- **World Jewish Congress**, offizielle Internetseite: <http://www.worldjewishcongress.org/>.
- **www.Zionismus.info**.
- **Zionist Organization of America**: <http://www.zoa.org/>.

Betreffende Menschenrechtsorganisationen und Foren

Addameer (*Dtsch: das Gewissen*), **Prisoners‘ Support and Human Rights Association**, online: http://www.addameer.org/index_eng.htm.

AL-Haq (*siehe Bibliographie Teil A*)

Badeel, online: <http://www.badil.org>.

Berliner Mauer online, Geschichte, Zahlen und Fakten

<http://www.berlinermaueronline.de/geschichte/berliner-mauer-in-zahlen.htm>.

http://www.berlin.de/mauer/zahlen_fakten/index.de.html.

<http://www.chronik-der-mauer.de/>.

BtSelem, Israelische Menschenrechtsorganisation, offizielle Internetseite: <http://www.btselem.org/english>.

Breaking the Silence, israelische Organisation über Verletzung der Menschenrecht in den besetzten Gebieten, online: http://www.shov-rimshatika.org/index_e.asp.

Deutsch-arabische Gesellschaft, online: <https://www.d-a-g.de>

Electronic Intifada, online: <http://electronicintifada.net/>

FRIEDEN in Israel und Palästina e.V. / Nahostkonflikt Israel Palästina, online unter: <http://www.israel-palaestina.de/Nahostkonflikt-Artikel/Israel-Palaestina-2006.htm>.

Die Genfer Initiative, online: <http://www.genfer-initiative.de>.

Gush-Shalom (Friedensblock): offizielle Internetseite: http://zope.gush-shalom.org/index_en.html.

Human Rights Watch: offizielle Internetseite: <http://www.hrw.org/>.

ICAHD (The Israeli Committee Against House Demolitions), Online: <http://www.icahd.org/eng/>.

If Americans knew – what every American needs to know about Israel/Palestine, online: <http://www.ifamericaknew.org>.

The Jerusalem Fund for Education and Community Development, online: <http://www.thejerusalemfund.org/index.php>.

Jewish Agency for Israel, online: <http://www.hagalil.com/>.

Occupation Magazine, online: <http://www.kibush.co.il/>.

The Palestine Monitor – exposing life under occupation, online: <http://palestinemonitor.org/spip/spip.php?article21>.

Das Palästinaportal, online: <http://www.arendt-art.de/deutsch/palaestina/index.html>.

Palästinensische Flüchtlinge, Thema-bezogene Foren:

- *AlAwda, The Palestine Right to Return Coalition*, online: <http://al-awda.org/>.
- *Flüchtlingskinder im Libanon e.V.*, online: <http://lib-hilfe.de/lib-verein.html>.
- *PRC (Palestinian Return Centre)*, online: <http://www.prc.org.uk/newsite/en/>
- *Palestine Remembered, al-Nakba 1948*, online: <http://www.palestineremembered.com/>.

Palästinensische Gefangene/ Foren:

- *Addameer (Dtsch.: das Gewissen)*, siehe oben.
- *Palestine behind bars (Palästina hinter Gittern)*; online: www.palestinebehindbars.org.

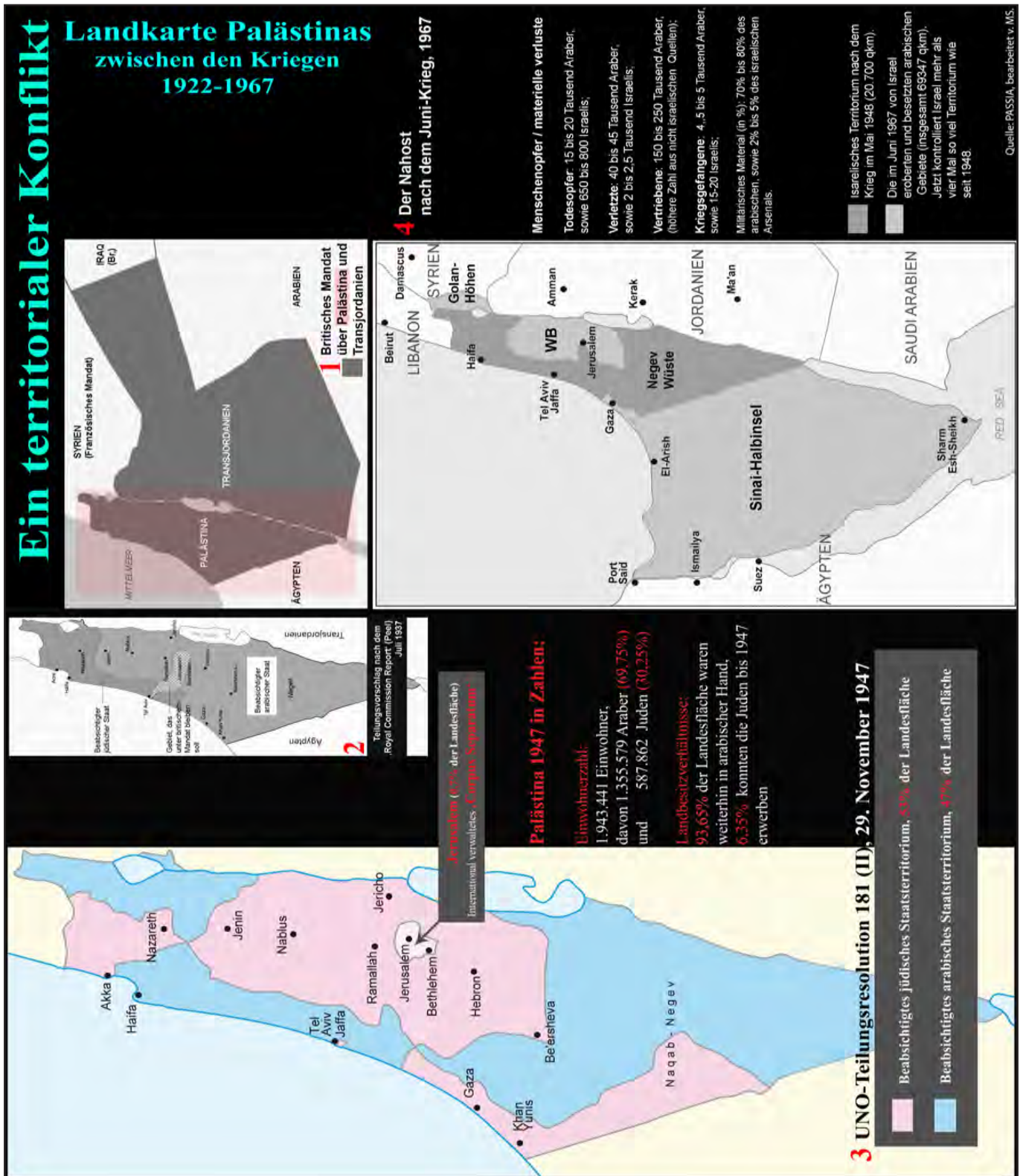
Peace Now, offizielle Internetseite: <http://www.peacenow.org.il/>

Pro-Contra im israelisch-palästinensischen Konflikt, online: <http://www.israelipalestinianprocon.org>.

Stop the Wall Org, online: <http://www.stophthewall.org>.

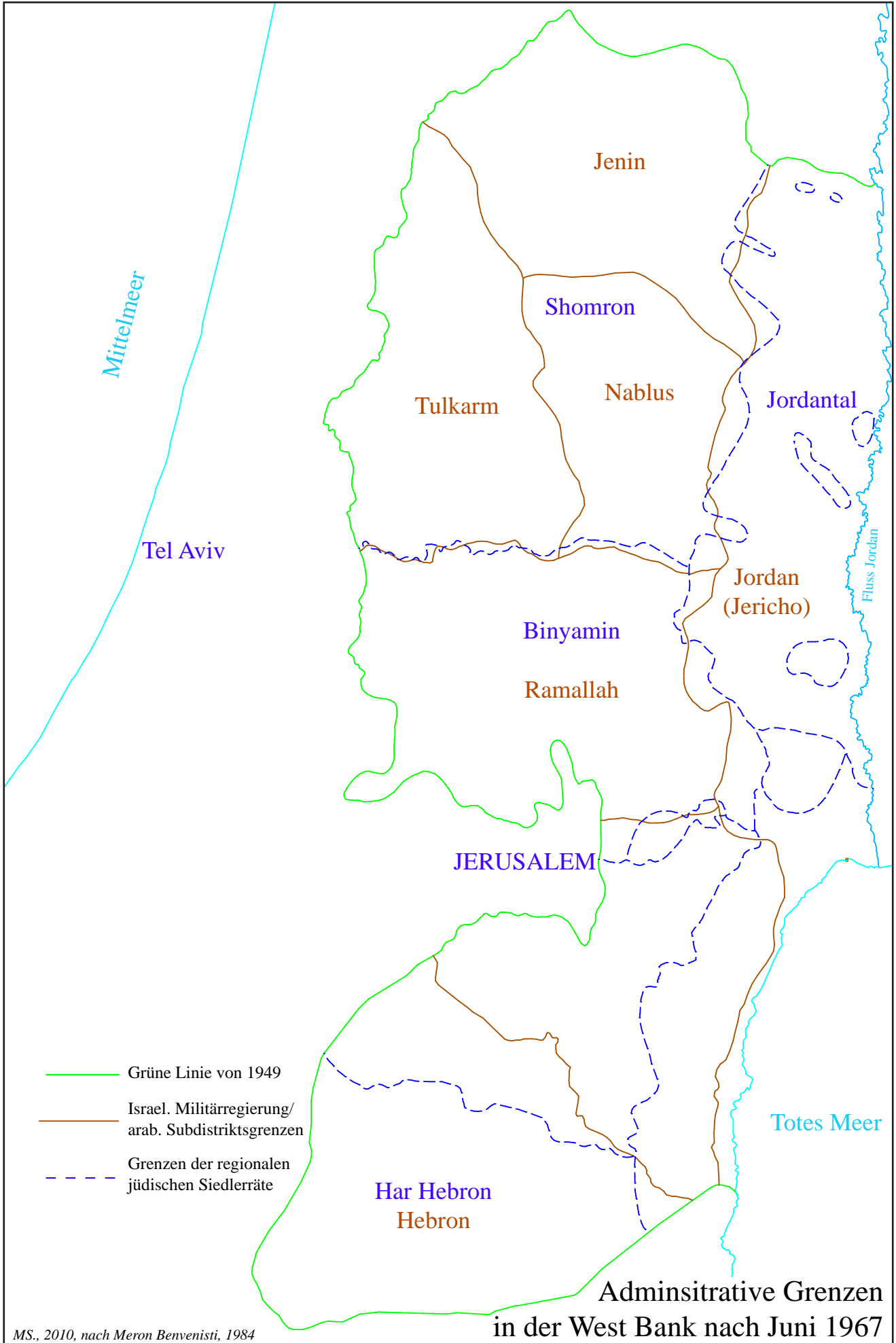
Telepolis (Online-Magazin für Medien/Politik/Wissenschaft), online: <http://www.heise.de/tp/default.html>

III/ Karten-Anhang



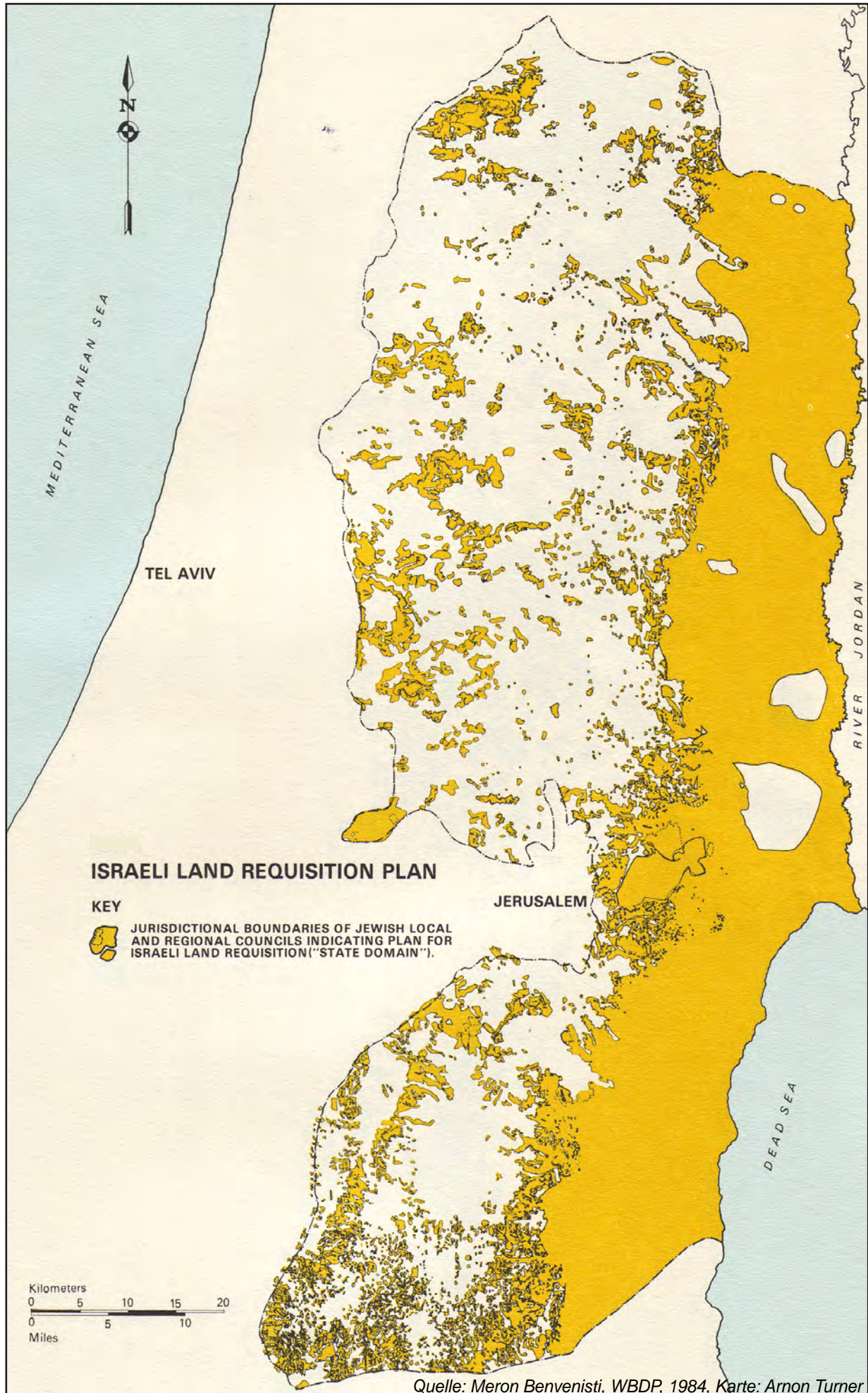
Karten-Anhang 1: Ein territorialer Konflikt – Landkarte Palästinas zwischen den Kriegen, 1922-1967.

Quelle: PASSIA, bearbeitet v. MS.

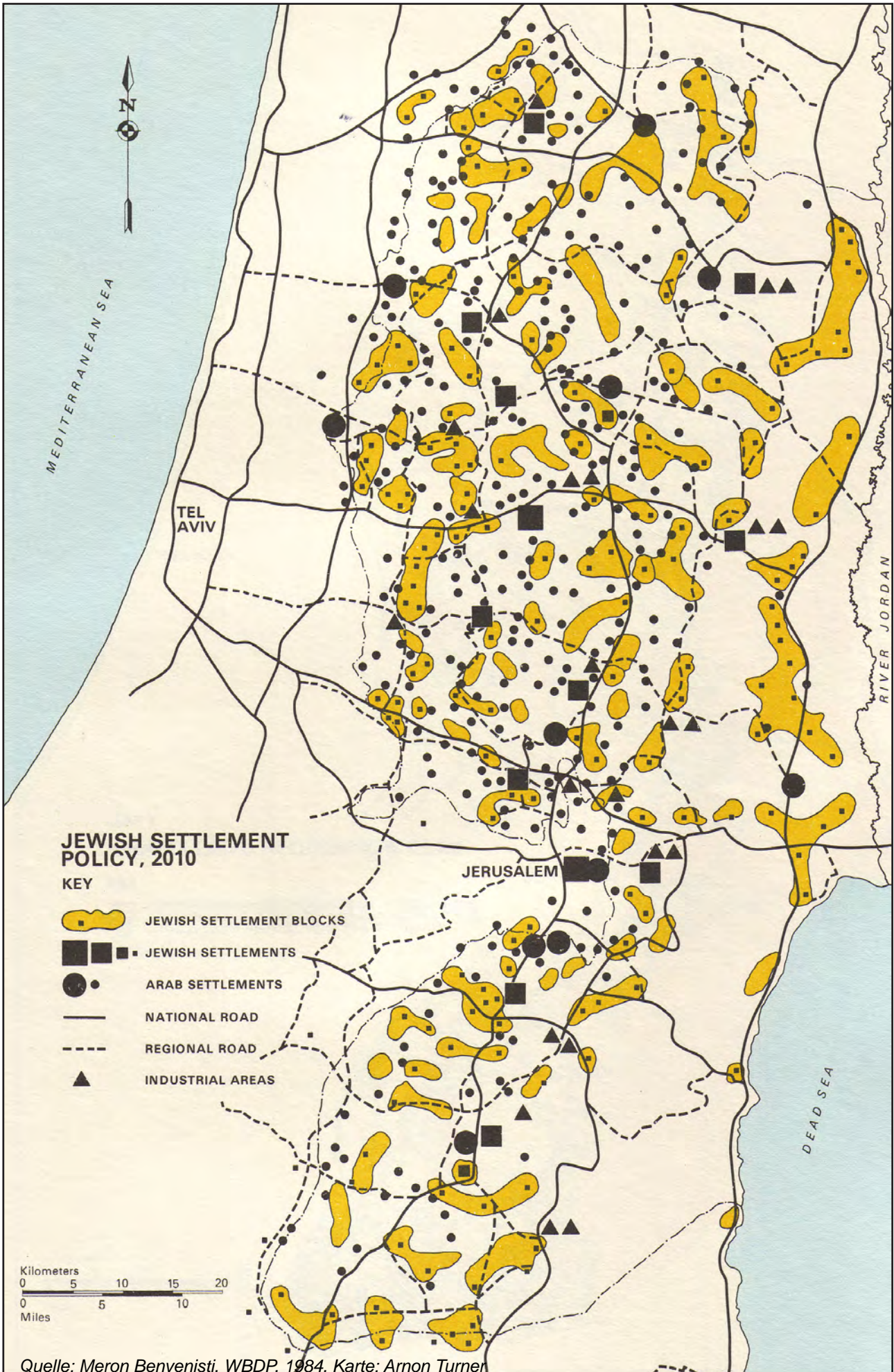


MS., 2010, nach Meron Benvenisti, 1984

Karten-Anhang 2: Administrative Grenzen in der West Bank während der israelischen militärischen Besetzung, 1984.

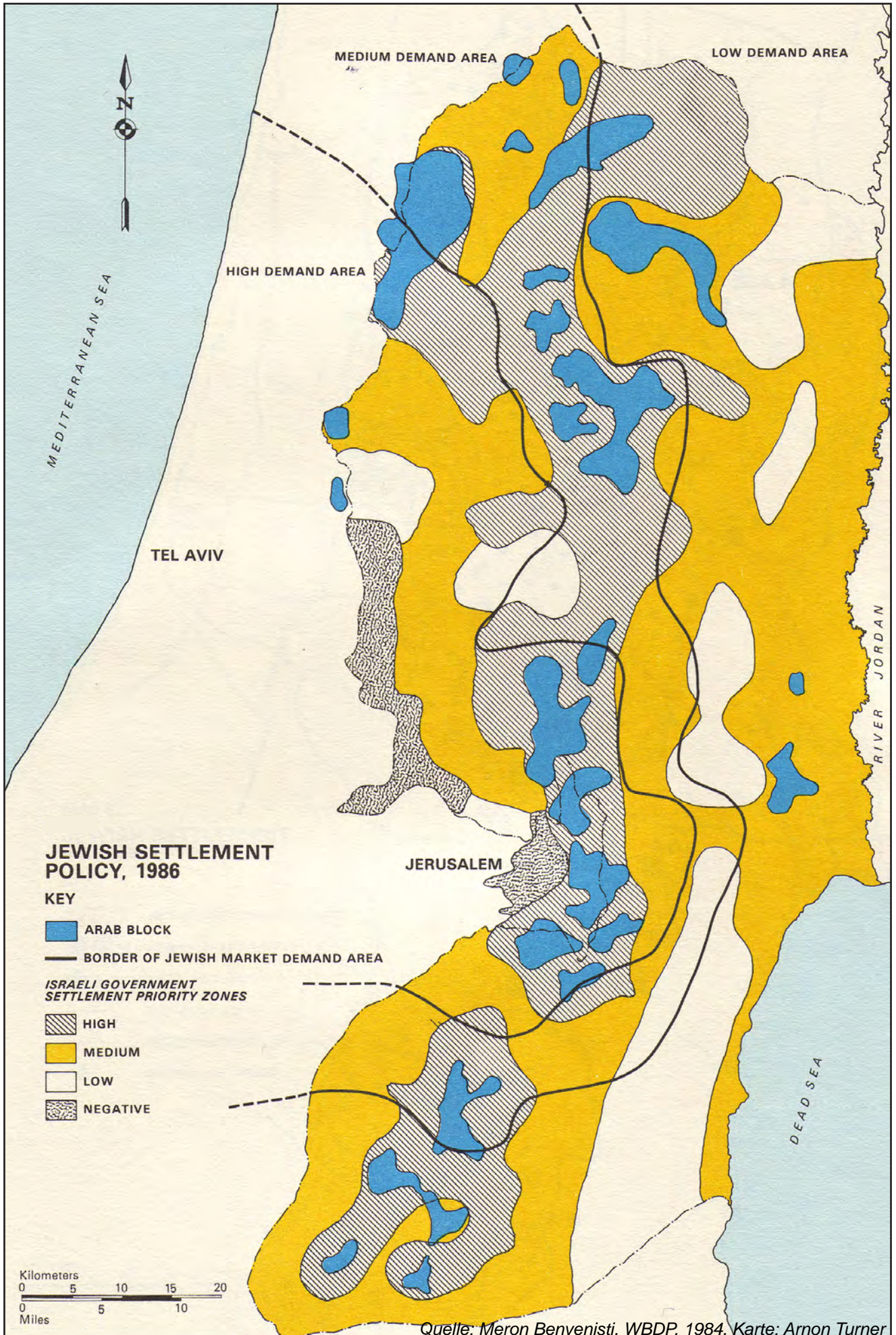


Karten-Anhang 3: Israelischer Landanforderungsplan (zur Beschlagnahme) für die West Bank, 1984.

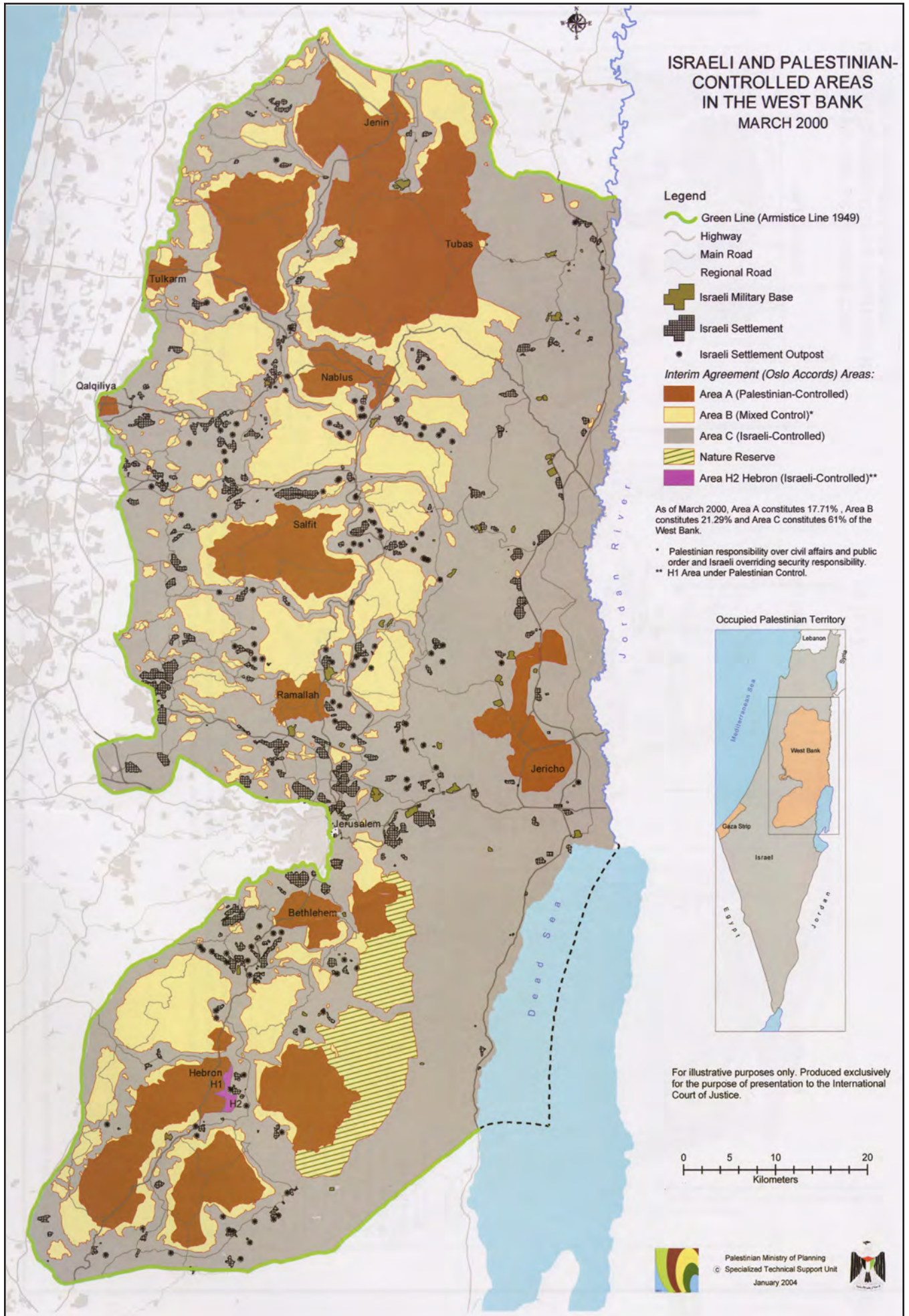


Quelle: Meron Benvenisti, WBDP, 1984, Karte: Arnon Turner

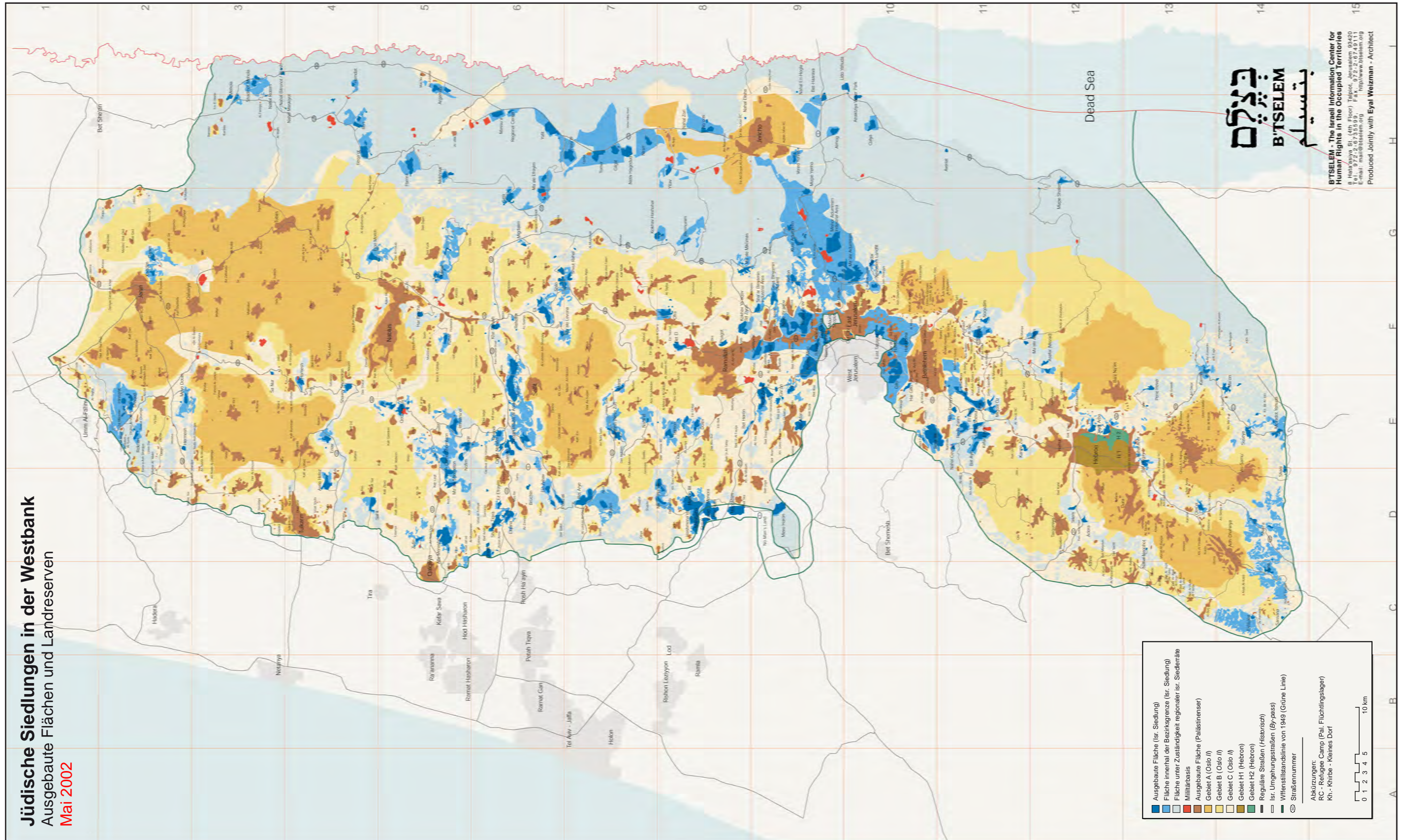
Karten-Anhang 4: Geplante jüdische Siedlungspolitik für die West Bank (für das Jahr 2010), 1998



Karten-Anhang 5: Jüdische Siedlungspolitik in der West Bank / Siedlungsprioritätszonen(1986), 198-



Karten-Anhang 6: Israelische und palästinensische Kontrollzonen (laut Oslo II), Stand: März 2000.



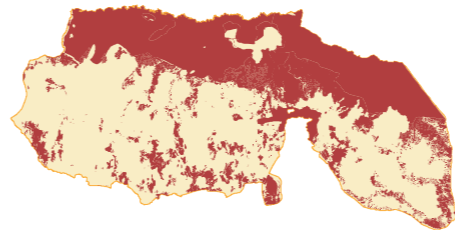
Karten-Anhang 7: sraelische Siedlungen im Westjordanland, BetSelem, 2002.

KEY FACTS

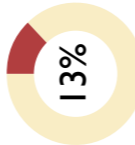
- Over 60% of the West Bank is considered Area C, where Israel retains near exclusive control, including over law enforcement, planning and construction.
- 150,000 (approx.) Palestinians live in Area C in 542 communities, 281 of which are located entirely or mostly (50 per cent or more of their built up area) in Area C. They are among the most vulnerable of West Bank residents.
- Some 325,000 Israeli settlers live in some 135 settlements and about 100 outposts in Area C, in contravention of international law.
- Most of Area C has been allocated for the benefit of Israeli settlements, which receive preferential treatment at the expense of Palestinian communities.
- Palestinian construction in 70% of Area C is prohibited and in 29% it is heavily restricted; less than 1% of Area C has been planned for Palestinian development.
- In 2012, 540 Palestinian-owned structures in Area C, including 165 residential structures, were demolished due to lack of Israeli-issued permits, displacing 815 people, over half of them children.
- Over 70% of communities located entirely or mostly in Area C are not connected to the water network and rely on tankered water at vastly increased cost; water consumption in some of these communities is as low as 20 litres per capita per day, one-fifth of the WHO's recommendation.
- Palestinian movement in Area C is controlled and restricted by a complex system of physical and administrative means. These include the Barrier, checkpoints, roadblocks, and a permit system, which undermine livelihoods and access to basic services.

➔ For more information, please refer to index on page 32.

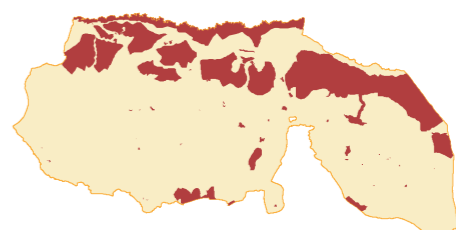
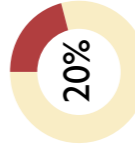
Settlement Areas
Including Local and Regional Councils



Nature Reserves
Israeli & "Wye River Memorandum"



Closed Military Areas
including "firing" zones



Zoning in Area C

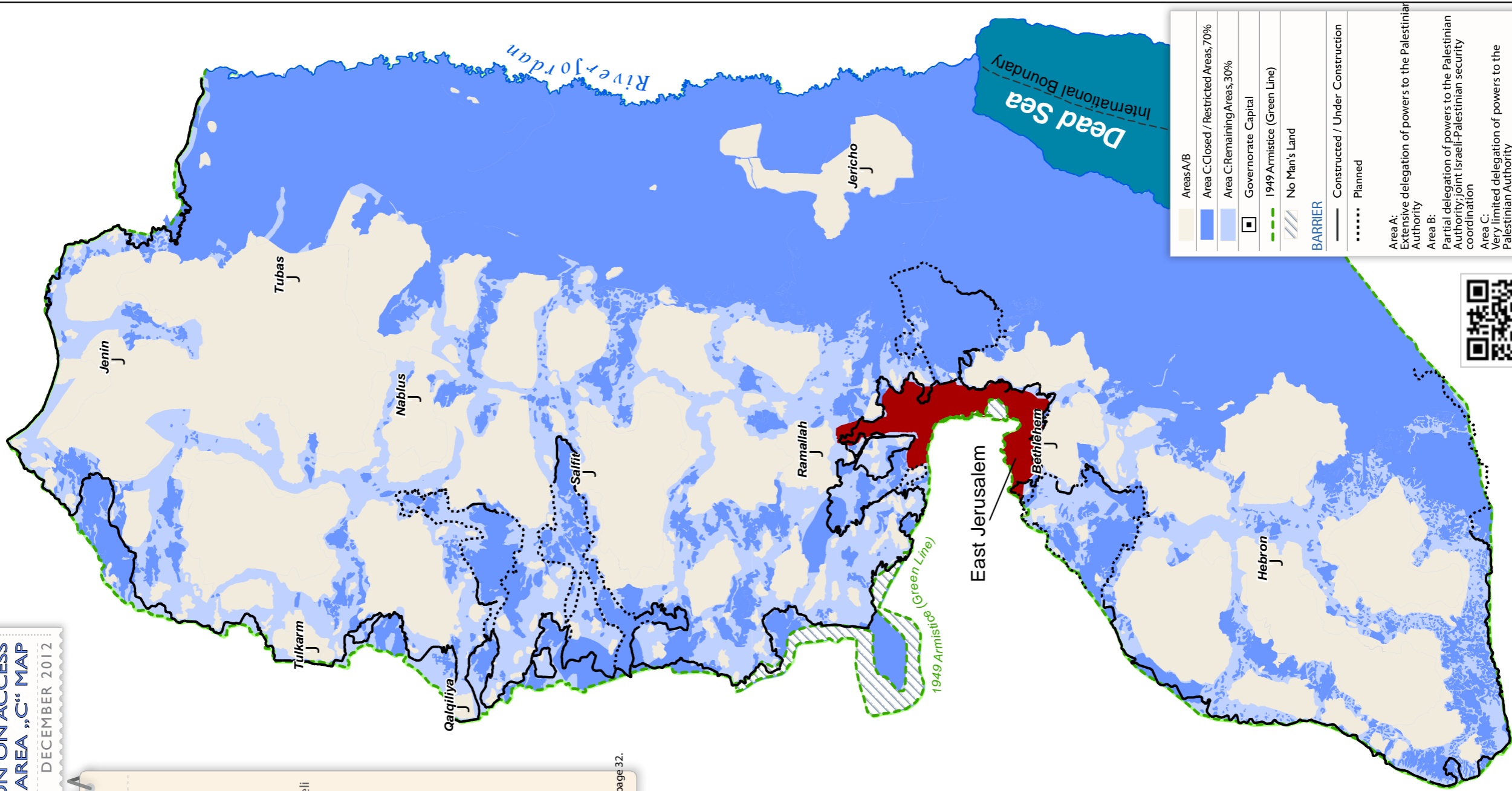


• **70%** Construction Prohibited
 2,451 km²

• **29%** Construction Heavily Restricted
 1,015 km²

• **1%** Planned for Palestinian Development
 35 km²

* Under the Wye River Memorandum of 1998, land reserves, amounting to approximately three percent of the West Bank, were supposed to be handed over to the PA to be set aside as a Green Area/Nature Reserve. To date, the PA has not been allowed to utilize this area.



Legend:

- Areas A/B
- Area C: Closed / Restricted Areas, 70%
- Area C: Remaining Areas, 30%
- Governorate Capital
- 1949 Armistice (Green Line)
- No Man's Land

BARRIER

- Constructed / Under Construction
- Planned

Area A: Extensive delegation of powers to the Palestinian Authority

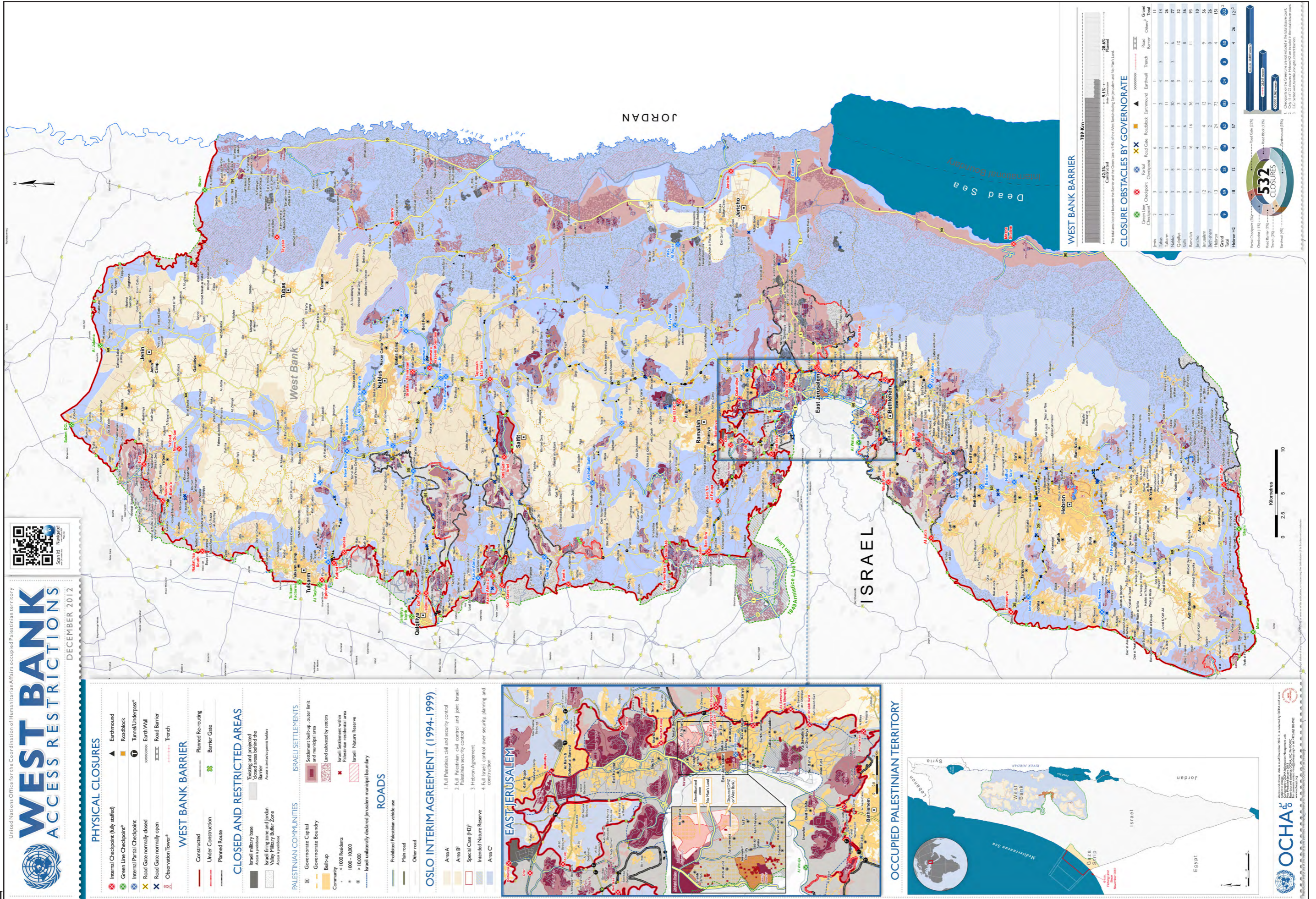
Area B: Partial delegation of powers to the Palestinian Authority; joint Israeli-Palestinian security coordination

Area C: Very limited delegation of powers to the Palestinian Authority

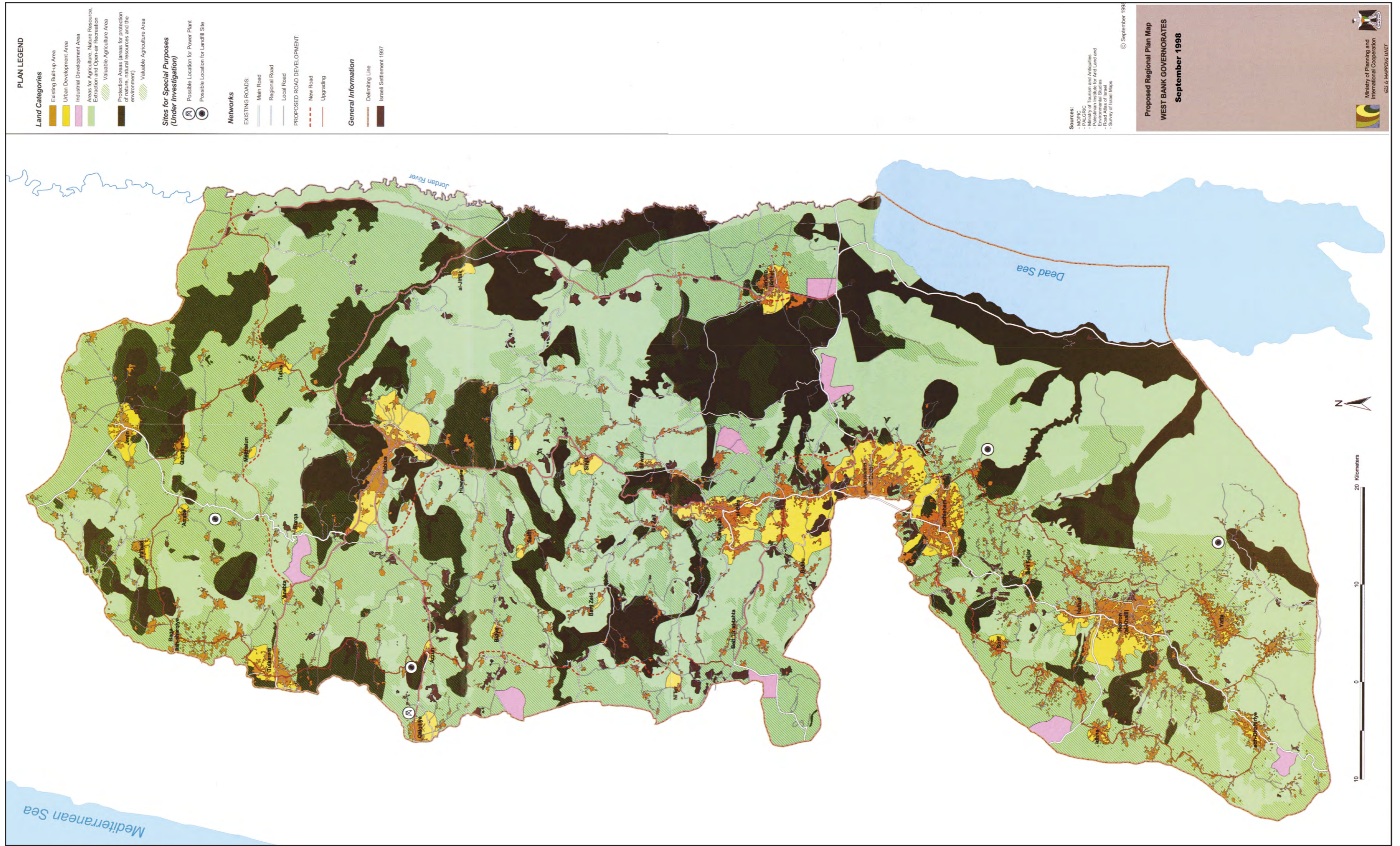
OCHA



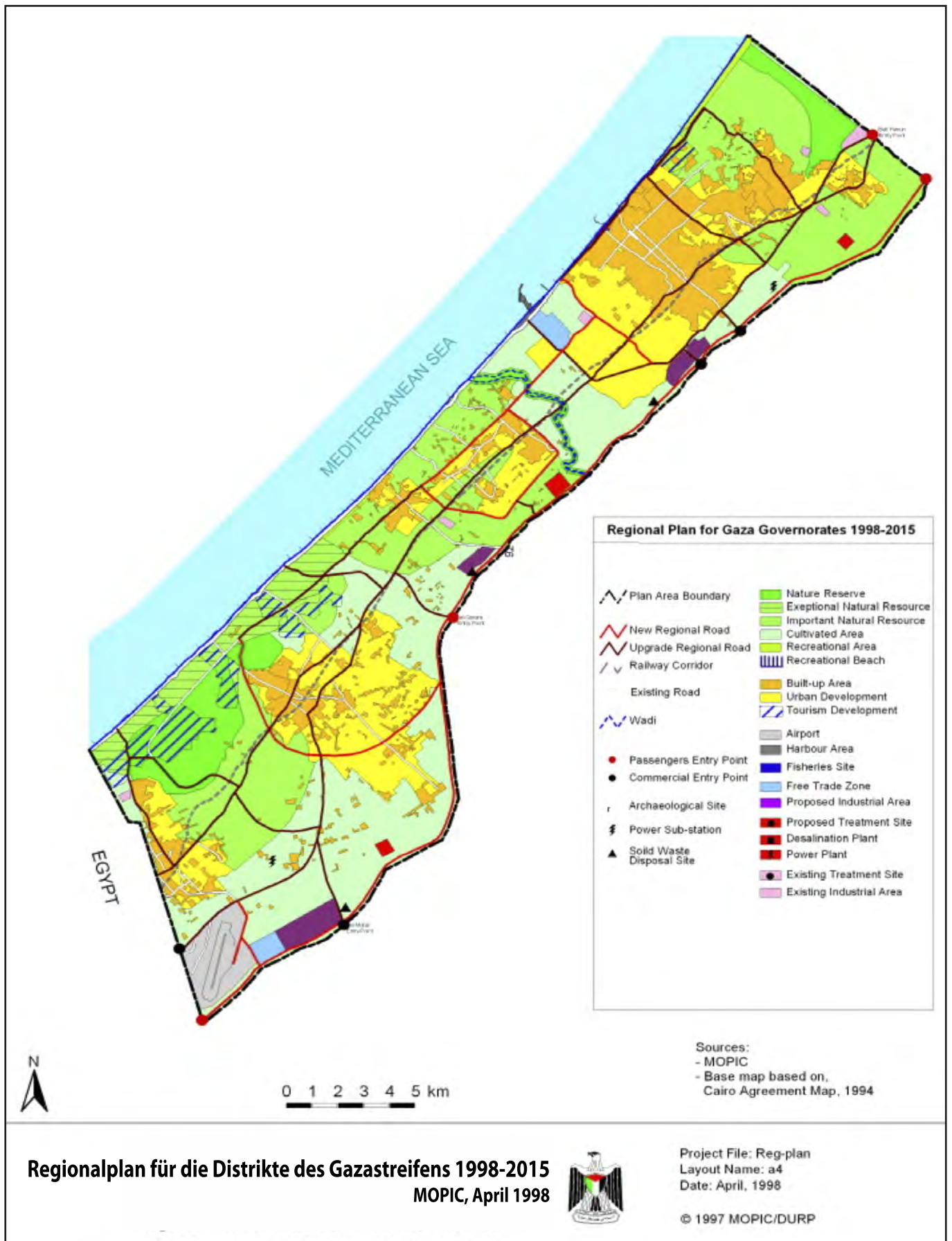
Karten-Anhang 8: Die israelische Separationsmauer im Westjordanland und Landzugriffsrestriktionen in der C-Zone, UNOCHA, 2012.



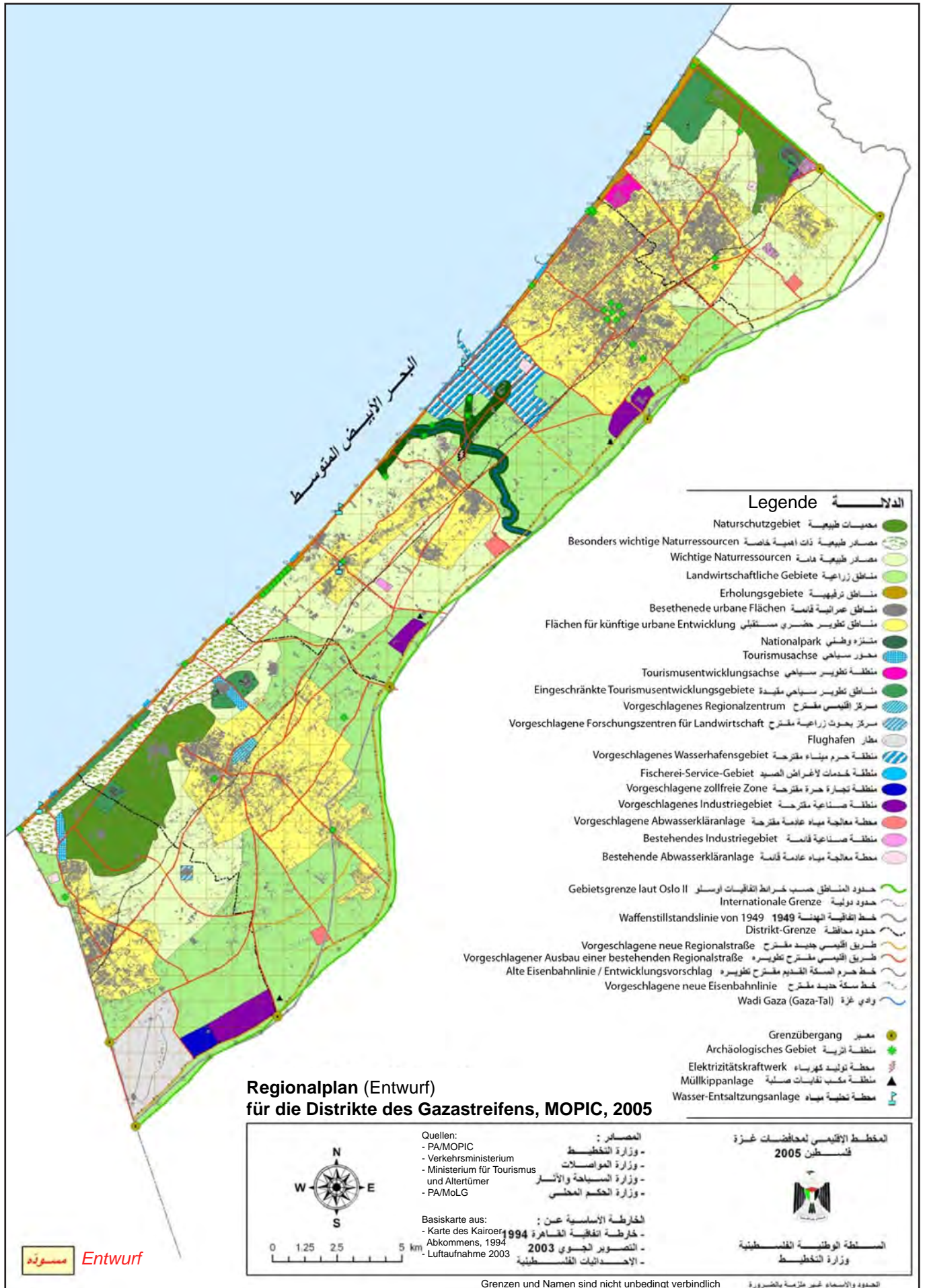
Karten-Anhang 9: raelische Mauer und (Straßen-)Sperrungen im Westjordanland, UNOCHA, 2012.



Karten-Anhang 10: Karte des vorgesehenen Regionalplans für die Distrikte des Westjordanlands, MOPIC, Sept. 1998.



Karten-Anhang 11: Regionalplan für die Distrikte des Gazastreifens 1998-2015, MOPIC, April 1998 .



Karten-Anhang 12: Regionalplan (Entwurf) für die Distrikte des Gazastreifens, MOPIC, 2005.

IV/ Tabellen-Anhang

Osmanische Zeit						Jüdische Einwanderung nach Palästina (1920-1946) (7)	
Jahr	Total	Araber in P.	Juden in P.	Juden in %			
1882	450.000	426.000	24.000	5,3%	1)		
1914/15 (Zensus)	722.143	683.389	38.754	5,4%	2) Zensus		
1918	747.000	600.000	56.000	7,5%	1)		
	689.000	59.000	7,9%	4)			
Englische Mandatszeit (Mandat-Palästina)							
Jahr	Total	Araber in P.	Juden in P.	Juden in %		Zahl der Einw.	Jahr
1920						5.514	1920
1921						9.149	1921
1922 (Zensus)	752.048	668.258	83.790	11,1%	3) Zensus ; 5)	7.844	1922
1923	778.989	669.329	89.660	11,5%	5)	7.421	1923
1924	804.962	710.017	94.945	11,80%	5)	12.856	1924
1925	847.238	725.513	121.725	14,36%	5)	33.801	1925
1926	898.902	749.402	149.500	16,63%	5)	13.081	1926
1927	917.315	767.526	149.789	16,33%	5)	2.713	1927
1928	935.951	784.295	151.656	16,20%	5)	2.178	1928
1929	960.043	803.562	156.481	16,30%	5)	5.249	1929
1930	992.559	827.763	164.796	16,60%	5)	4.944	1930
1931 (Zensus)	1.033.314	858.708	174.606	16,90%	3) Zensus	4.075	1931
Ende 1932	1.073.827	881.690	192.137	17,89%	5)	9.553	1932
Ende 1933	1.140.941	905.974	234.967	20,59%	5)	30.327	1933
Ende 1934	1.210.554	927.579	282.975	23,38%	5)	42.359	1934
Ende 1935	1.308.112	952.955	355.157	27,15%	5)	61.854	1935
Ende 1936	1.366.692	982.614	384.078	28,10%	5)	29.727	1936
Ende 1937	1.401.794	1.005.958	395.836	28,24%	5)	10.536	1937
Ende 1938	1.435.285	1.024.063	411.222	28,65%	5)	12.868	1938
Ende 1939	1.501.698	1.056.241	445.457	29,66%	5)	16.405	1939
Ende 1940	1.544.530	1.080.995	463.535	28,20%	5)	4.547	1940
Ende 1941	1.585.500	1.111.398	474.102	29,90%	5)	3.647	1941
Ende 1942	1.620.005	1.135.597	484.408	29,90%	5)	2.194	1942
Ende 1943	1.676.571	1.173.659	502.912	30,00%	5)	8.507	1943
Ende 1944	1.796.537	1.267.835	528.702	29,43%	5)	14.464	1944
Ende 1945	1.871.271	1.316.942	554.329	29,62%	5) Korrigiert	12.751	1945
	1.810.000	1.256.000	554.000	30,61%	4)		
Ende 1946	1.952.920	1.237.334	583.327	29,87%	5) Korrigiert	7.851	1946
	1.846.000	1.238.000	608.000	32,93%	4)		

Quellen und Notizen:

(1) Friedrich Schreiber, Michael Wolffson, Nahost - Geschichte und Struktur des Konflikts, Leske + Budrich Opladen, 1993, S.164
 (2) Türkischer Zensus von 1914/15.
 (3) Zensus der britischen Mandatsregierung von 1922 und 1931
 (4) Justin McCarthy, "The Population of Palestine", New York: Columbia University Press, 1990 / Daten über WBGS
 (5) Abu Sitta, Abu Sitta, "Atlas of Palestine 1948", Palestine Land Society, 2004, Tabelle 2.1, S. 11
 (6) Für die Jahre 1950-2008, hauptsächlich die Israeli Central Bureau of Statistics (ICBS), Statistical Abstract 2007, 2008
 (7) Abu Sitta, Salman, "Atlas of Palestine 1948", Palestine Land Society, 2004, Tabelle 2.3, S. 12
 (8) Palästina. Bevölkerungsdaten nach Staatsgründung Israels (1948) hauptsächlich aus: Statistical Abstract of Israel sowie aus PCBS (bis 2010); hier wurden auch die Schätzungen des Statistischen Jahrbuches Palästinas Nr. 2 (2001) bis Nr.11 (2010) des PCBS verwendet (arabisch).
 (9) Arabische Bevölkerung Ostjerusalems, nach B'tselem und ICBS 2007 bzw. 2008
 *) Andere: Es sind zum überwiegenden Teil die Gastarbeiter, die man ins Land geholt hat, um die palästinensische Arbeitskraft zu ersetzen
 **) Krieg von 1948: Rund 800000 Palästinenser, etwa 75% der einheimischen arabischen Bevölkerung Palästinas, wurden in diesem Krieg mit Waffengewalt vertrieben oder in die Flucht getrieben. 531 arabische Dörfer zerstört. Die Flüchtlinge bewegten sich Richtung Libanon, Syrien oder im Landesinneren Richtung Südwest (später: Gazastreifen) bzw. nach Ost in die Städte des Westjordanlandes.
 ***) Krieg von 1967: Etwa 430000 weiteren Palästinenser aus der West Bank und dem Gazastreifen wurden 1967 vertrieben. Viele von ihnen wurden zum zweiten oder dritten Mal vertrieben. Dieses Mal bewegten sich die Flüchtlinge hauptsächlich Richtung dem benachbarten arabischen Land Jordanien.

Bevölkerungszahlen in der West Bank und im Gazastreifen nach Oslo II (8)					
Jahr	West Bank	Gazastreifen	Gesamt	Ost-Jerusalem (9)	
1997	1.787.562	995.522	2.783.084		PCBS, statistische Basis
1998	1.857.585	1.039.528	2.897.113		
1999	1.932.188	1.086.970	3.019.158		
2000	2.011.457	1.137.990	3.149.447	216.000	
2001	2.087.259	1.188.130	3.275.389	222.900	
2002	2.157.674	1.236.372	3.394.046	229.700	
2003	2.228.759	1.286.109	3.514.868	236.700	
2004	2.300.293	1.337.236	3.637.529	245.500	
2005	2.372.216	1.389.789	3.762.005	253.500	
2006	2.444.478	1.443.814	3.888.292	261.400	
2007	2.345.107	1.499.369	3.844.476	269.900	2007, für Gaza: hochgerech. (PASSIA)
2008	2.413.115	1.547.349	3.960.464	278.300	2008, hochgerech./ Differenzen bzgl. Gaza
2009	2.448.433	1.486.816	3.935.249		pcbs, geschätzt/ Differenzen bzgl. Gaza
2010/2011	Nur geschätzte Angaben für 2010 und 2011				Siehe Notizen 10 und 11, unten

Demogr. Entwicklung im Staat "Israel" nach dessen Proklamation am 15.05.1948 (8)						
Gesamt	Juden	Araber in Israel	Andere*	Araberanteil in Israel (in %)		
				zu Gesamtzahl	tatsächlich (ohne Andere)*	
1948	716.700	156.000	-	17,88%	17,88%	
1949	650.000	156.000	-	19,35%	19,35%	
1950	1.203.000	167.100	-	12,19%	12,19%	
1955	1.590.500	198.600	-	11,10%	11,10%	
1960	1.911.300	239.100	-	11,12%	11,12%	
1967	2.383.600	392.700	-	14,14%	14,14%	
1970	2.582.000	440.100	-	14,56%	14,56%	
1972	2.752.700	472.200	-	14,77%	14,64%	
1975	2.959.400	533.700	-	15,28%	15,28%	
1977	3.077.300	575.900	-	15,76%	15,76%	
1980	3.282.700	638.900	-	16,29%	16,29%	
1985	3.517.200	749.000	-	17,56%	17,56%	
1989	3.717.100	842.500	-	18,48%	18,48%	
1990	3.946.700	875.000	-	18,15%	18,15%	
1991	4.144.600	914.200	-	18,07%	18,07%	
1992	4.242.500	953.400	-	18,35%	18,35%	
1995	4.522.300	1.004.900	85.100	17,91%	18,18%	
1997	4.701.600	1.069.400	129.000	18,13%	18,53%	
2000	4.955.400	1.188.700	225.000	18,66%	23,99%	
2005	5.313.800	1.377.100	299.900	19,70%	25,92%	
2006	5.393.400	1.413.300	309.900	19,86%	25,80%	
2007	5.478.200	1.450.000	315.400	20,02%	25,47%	
2008	5.608.900	1.499.100	317.100	20,20%	21,08%	
2009	5.703.700	1.535.600	312.700	20,32%	21,21%	

UNO-Resolution 181 (II), 29. November 1947 zur Teilung des Landes zwischen Juden und Arabern					
Jahr	Total	Araber in P.	Juden in P.	Juden in %	
1948	1.417.300	700.600	716.700	50,57%	4); 8)
1949					
1950	2.375.100	1.172.100	1.203.000	50,65%	
1955			1.590.000		
1960	2.375.100	1.340.100	1.911.300	58,80%	4); 8)
1967			2.383.600		Juni-Krieg
1970	4.067.100	1.485.100	2.582.000	63,50%	4); 8)
1972			2.752.700		
1975			2.959.000		
1977			3.077.300		
1980	5.382.600	2.099.900	3.282.700	61,00%	4); 8)
1985	5.842.288	2.325.288	3.517.000	60,20%	4); 8)
1989			3.717.100		
1990	6.719.320	2.772.320	3.947.000	58,74%	4); 8)
1991 / Madrid					
1992					
1995 / Oslo II - PNA	8.029.120	3.506.820	4.522.300	56,32%	4); 8)
1997	8.554.084	3.852.484	4.701.600	54,96%	
2000 / Camp David II	9.293.147	4.338.147	4.955.000	53,32%	
2005	10.414.800	5.139.100	5.275.700	50,65%	
2006	10.694.592	5.301.592	5.393.000	50,43%	
2007	10.778.152	5.299.952	5.478.200	50,82%	
2008	11.056.964	5.448.064	5.608.900	50,72%	8); Zahlen für WB&GS. hochger.
2009	Angaben nicht komple		5.703.700		

10) Ende 2010 betrug die Zahl der Palästinenser weltweit etwa 11 Millionen, von denen insgesamt 4,1 Mio. Palästinenser in den palästinensischen Gebieten (2,5 Mio. im Westjordanland und 1,6 Mio. im Gazastreifen) lebten. Es wird erwartet, dass bei anhaltender demographischer Entwicklung die Zahl der im Mandat Palästina lebenden Palästinenser im Jahr 2014 der Zahl der dort lebenden Juden gleichen wird (50% Araber:50% Juden). Im Jahre 2020 würden 7,2 Mio. Palästinenser neben 6,7 Mio. Juden (51,8% Araber:48,2% Juden leben ; Quelle: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_PCBS/Downloads/book1725.pdf.

11) Mitte 2011 lebten insgesamt 4,17 Mio. Palästinenser in den palästinensischen Gebieten (2,58 Mio. im Westjordanland und 1,59 Mio. im Gazastreifen, Quelle: http://www.pcbs.gov.ps/Portals/_pcbs/PressRelease/InternationalPopDay2011E.pdf.

Zusammengestellt von MS, 2011

Bodenbesitzverhältnisse in Palästina am Ende des britischen Mandats (Mai 1948)					
Landtyp	Araber & andere Nicht-Juden		Juden		Gesamt in Donum
	in Donum	in %	in Donum	in %	
Städtisch	76.662		70.111		146.773
Zitrushainen	145.572		141.188		286.760
Bananenhainen	2.300		1.430		3.730
Landwirtschaftlich an	36.851		42.330		79.181
Plantagen	1.079.788		95.514		1.175.302
Getreide-Land (steuer)	5.503.183		814.102		6.317.285
Getreide-Land (steuer)	900.294		51.049		951.343
Nicht kultivierbares L	16.925.805		298.523		17.224.328
Gesamte Bodenfläche	24.670.455	94,20%	1.514.247	5,80%	26.184.703
Starßen, Eisenbahnlmien, Flüsse und Seen					135.803
GESAMT (in Donums)					26.320.506

Quelle: *Survey of Palestine*, op. Cit., Vol. 2, Table 2, p.566, based on fiscal records. In: Abu Sitta, Salman: *Atlas of Palestine 1948*, London, 2004, Table 2.25, p.33. (Ü. d. V.). Flächenangaben in Donum (1 Donum = 1000 qm)

**Bodenbesitzverhältnisse in Palästina
gegen Ende des britischen Mandats (Mai 1948) sowie
laut UNO-Teilungsresolution 181 (II), 1947**

(Soll)-Bodenbesitzverhältnisse laut UNO-Teilungsresolution 181 (1947) / Anzahl der Städte, Dörfer und jüdischen Kolonien

Bezugsterritorium	Gemessene Gebietsfläche		Anzahl der Dörfer						Gesamzzahl der Agglo- meraten	
	in donums	in % v. der Gesamtläche von Mandat- Palästina	Palästinensische Dörfer		Jüdische Kolonien		Gemeinschte Gemein- schaften	nicht definierte Siedlungen		
			Haupt-dörfer	Kleine Dörfer	Haupt-kolonien	Kleine kolonien				
Jüdischer Staat	14.620.432	55,5%	306	151	159	12	1	3	1	643
Arabischer Staat	11.520.831	43,7%	574	53	10	-	-	-	-	640
Jerusalem	195.997	0,7%	16	-	1	-	-	1	-	18
LAND (GESAMT)	26.337.260	100%	896	204	170	12	1	4	1	1.301
<i>Hola-See</i>	14.703	2,08%							1	1
<i>Tiberias-See</i>	168.278	23,77%							1	1
<i>1/2 Totes Meer</i>	525.000	74,15%								
WASSER (GESAMT)	707.981	100%	-	-	-	-	-	-	2	2
GESAMTFLÄCHE	27.045.241		896	204	170	12	1	4	3	1.303
										183

Notizen:

- Quelle: Abu Sitta, Salman: *Atlas of Palestine 1948*, London, 2004, Tables 1.1, 1.2 and Map 1.1, p.3 (Ü. d. V.)
- Flächenangaben in Donum (1 Donum = 1000 qm)
- Die zehn jüdischen Kolonien im arabischen Staat sind Atarot, Ben Shemen, Har Tuv, Hanita, Kefar Ha Horsh, Kefar Menahem, Kefar Uriya, Nahariya, Neve Ya'akov du Qinyat Avanim
- Die drei gemischten Städte im jüdischen Staat sind Haifa, Safad und Tiberias. Die vierte gemischte Stadt ist Jerusalem;
- virtuelles Dorf oder Kolonie = eine erfundene Stelle, die kreiert wurde, um eine Landfläche abzugrenzen.

Zusammengestellt von MS., 2009

V/ Chronik

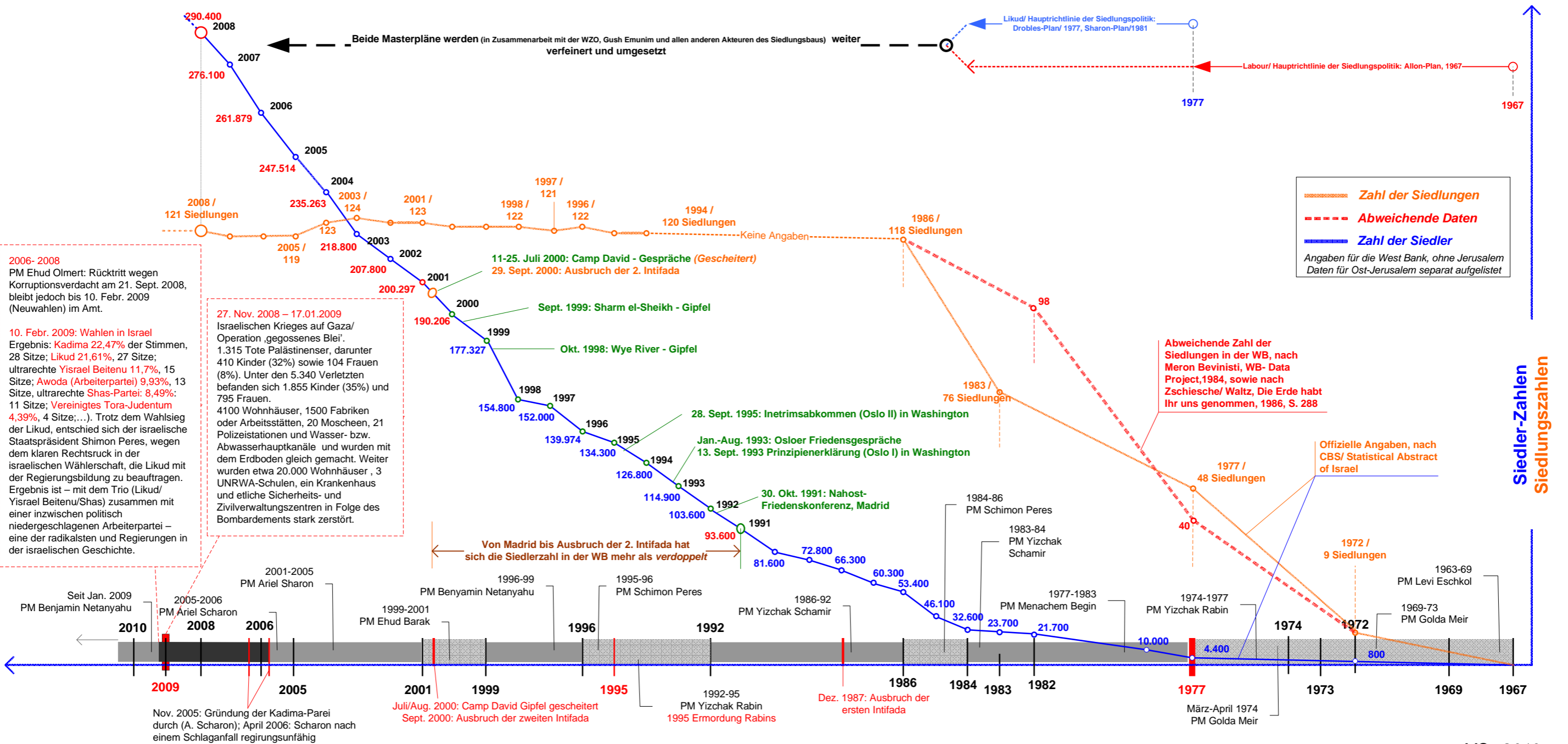
Chronik 1: Zeittafel der Palästinafrage - Politischer und territorialer Konflikt um Palästina (1799-2011).
(Begleitdruck, A2 gefaltet)

Zahl der Jüdischen Siedler im Westjordanland inkl. Ost-Jerusalem

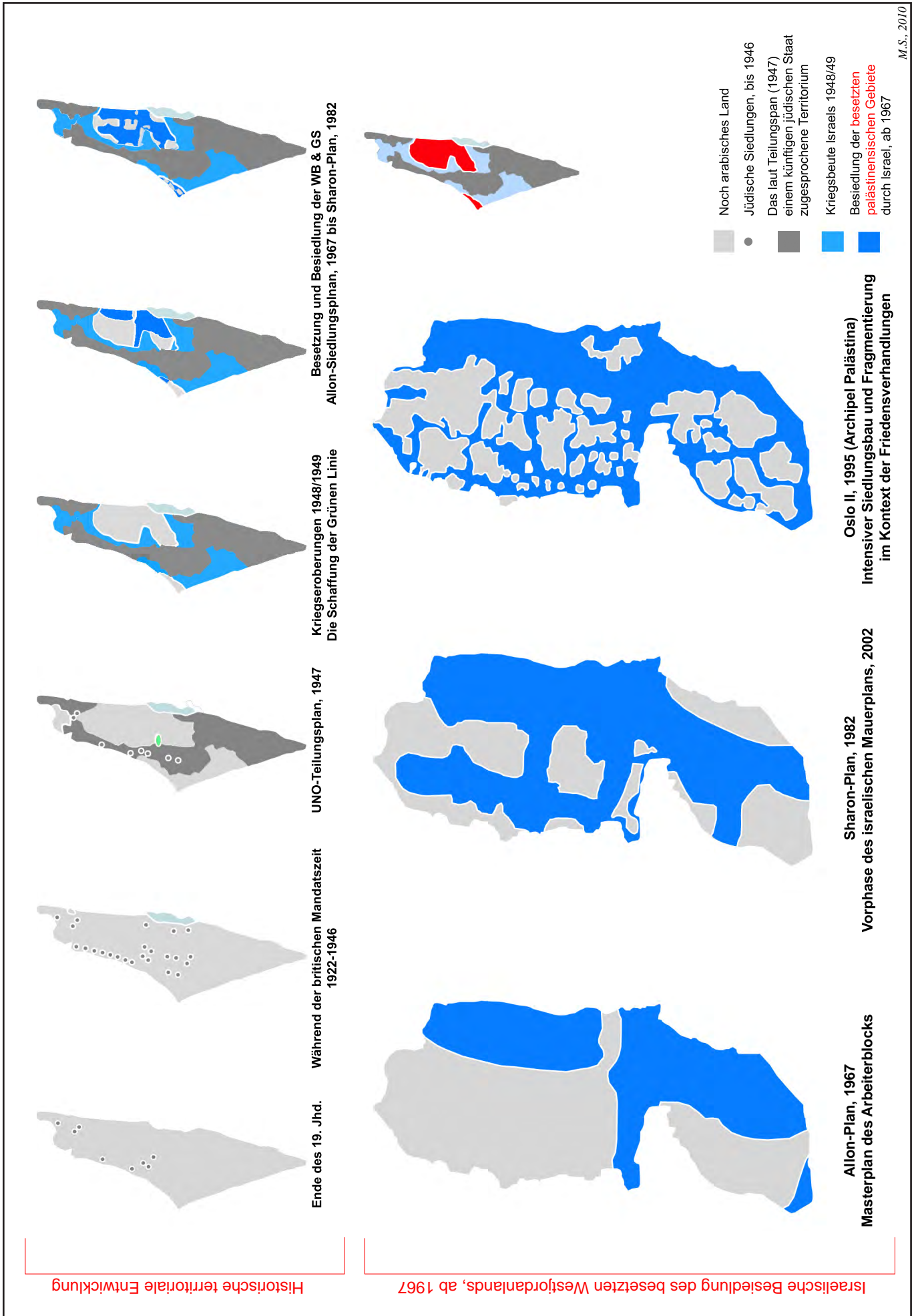
Jahr	1992	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2008*
West Bank	244.472	391.834	411.829	426.337	443.702	470.795	484.100	500.670
Ost-Jerusalem	140.872	173.034	176.566	178.823	181.823	194.695	193.700	198.485

(*: Palestinian Central Bureau of Statistics 2010)

Israelische Regierungen und ihre Siedlungsaktivitäten im Westjordanland und Jerusalem seit 1967



MS., 2010



Chronik 3: Räumliche Besitzergreifung von Palästina durch die Zionisten, 1897-heute

VI/ Erläuterungen und Begriffserklärungen

A/ Begriffserklärungen

1) *Erez Israel* [hebräisch, „Land Israel“]

Der Begriff wurde von den Juden seit Jahrhunderten als biblische Bezeichnung für das Land Israel benutzt.

2) *Alija* [hebräisch, „Aufstieg“ (nach Zion), Pl. *Alijot*]

Die in der zionistischen Bewegung gebräuchliche Bezeichnung für die verschiedenen jüdischen Einwanderungswellen nach Palästina/Israel. Bis zur Staatsgründung werden fünf Einwanderungswellen (*Alijot*) unterschieden:

- Erste *Alija* (1882-1904);
- Zweite *Alija* (1904-1919);
- Dritte *Alija* (1919-1923);
- Vierte *Alija* (1924-1931);
- Fünfte *Alija* (1932-1939).

Zu den Zahlen der jüdischen Einwanderer zwischen 1920 und 1939, siehe *Abschnitt 2.6.3 / Tabelle 2-1*.

Quelle: Sonder, Ines, Gartenstädte für Erez Israel: Zionistische Stadtplanungsvisionen von Theodor Herzl bis Richard Kaufmann, Olms Verlag, 2005, Seite 281 (Glossar hebräischer Begriffe).

3) *Der zionistischen Slogan ‚ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land‘*

Dieser viel zitierte und umstrittene Slogan geht zurück auf den Zionisten *Israel Zangwill* 1901: „Palästina ist ein Land ohne Volk; die Juden sind ein Volk ohne ein Land. Die Verbesserung des Bodens bedeutet die Verbesserung des Volkes“. Die Quelle dieses Aphorismus findet sich wiederum bei dem englischen Philosemiten *Lord Shaftesbury*, der 1839 Palästina, wahrscheinlich unwissentlich, zu einem „Land ohne Volk“ erklärte.

Später wurde der Ausdruck „*Volk ohne Raum*“ eine Wortprägung aus dem Romantitel *Volk ohne Raum* von Hans Grimm aus dem Jahre 1926 und bezeichnet zusammengefasst das *Expansionsstreben* eines Volkes. Der Begriff diente sowohl als Schlagwort für das nach dem *Versailler Vertrag* um einen an seiner höheren Bestimmung entsprechenden Lebensraum beschnittene deutsche Volk, wie auch als antisemitischer Konstrukt zur Denunzierung der „bodenlosen“ Juden, die als kosmopolitisches „Volk ohne Raum“ und „Heimat“ bezeichnet und angegriffen wurden.

Der Nationalsozialismus machte sich des Schlagwortes ‚*Volk ohne Raum*‘ zu Eigen, um den deutschen Eroberungsfeldzug im Osten zu begründen. Der Bevölkerungsdruck sei durch die Eroberung von Raum im Osten aus dem dicht besiedelten Deutschland abzuleiten. Dabei plante man die Ausrottung der Intelligenz in den eroberten Gebieten und die Versklavung der übrig gebliebenen Bevölkerung. Nach Himmlers Vorstellung sollte Deutschland seine Grenze innerhalb von 20 Jahren um 500 km nach Osten ausdehnen.

Seine Vervollständigung erfuhr der Slogan seitens bestimmter Zionisten, die das Territorium Palästina programmatisch zu einem „Raum ohne Volk“ erklärten, um einerseits den falschen Mythos von Palästina als ‚*Land ohne Volk*‘ zu manifestieren und andererseits die Eroberung bzw. Kolonisierung des Landes zu begründen. Der Begriff wurde von den frühen Zionisten immer wieder benutzt, um auf den Fakt hinzuweisen, dass die arabischen Bewohner Palästinas unter osmanischer Herrschaft, sich selbst nicht als ‚Volk‘ oder ‚Nation‘ betrachteten, die sich von den Arabern der umgebenden Ländern abgrenzten bzw. unterschieden. In jenen Tagen bezeichneten sich die Bewohner Palästinas normalerweise als ‚Südsyrer‘ – das verringerte ihre Zugehörigkeit zum Land ‚Palästina‘ bzw. ihre historischen Rechte auf das Land natürlich in keinster Weise.

Quelle: Dieses Thema wurde ausführlich behandelt in: Adam M. Garfinkle, On the Origin, Meaning, Use and Abuse of a Phrase, Middle Eastern Studies, Oktober 1991.

4) Waffenstillstandslinie (Grüne Linie) von 1949

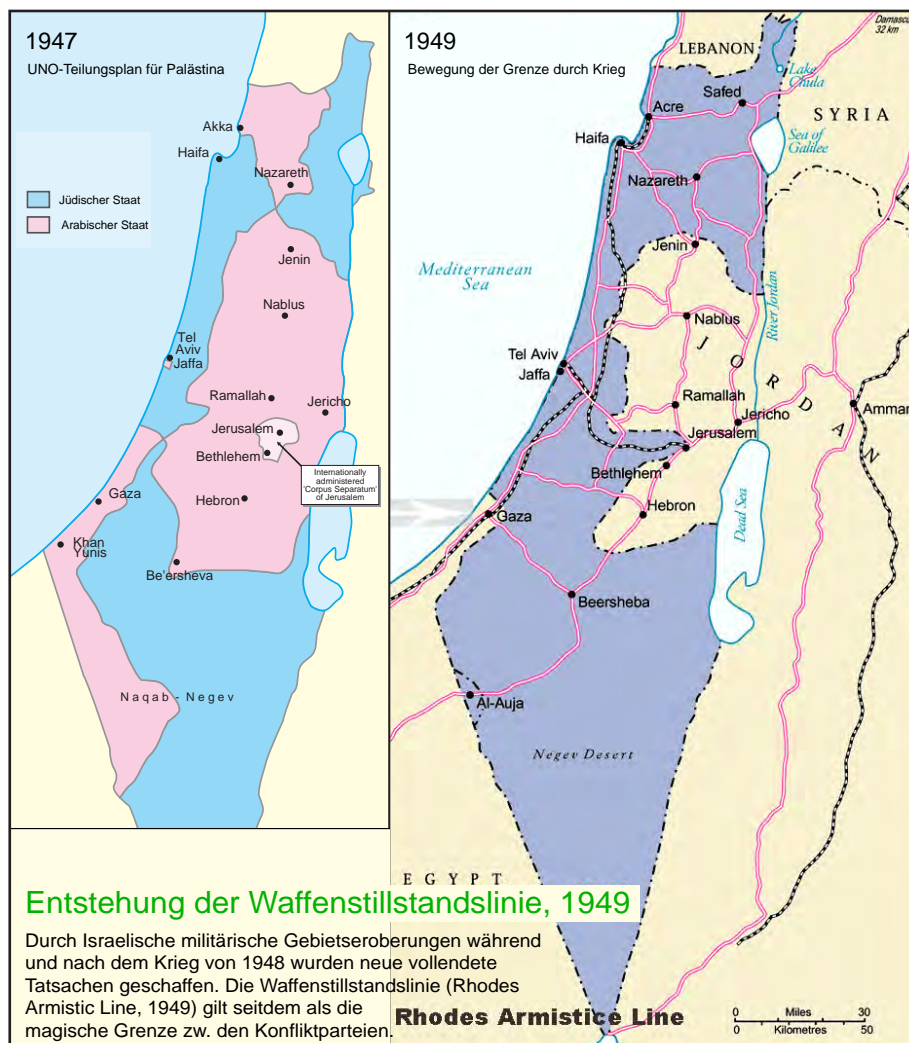
Nach dem israelisch-arabischen Krieg von 1948, haben die Kriegsbeteiligten einen Waffenstillstand (arabisch: Hudna) vereinbart. Da diese Linie auf der Hudna-Landkarte kartographisch grün dargestellt wurde, bezeichnet man sie als ‚Grüne Linie‘. Sie repräsentierte noch bis zum Vorabend des Junikrieges von 1967 eine Art Waffenstillstandsgrenze.

Die Bezeichnung dieser Linie als *Grenze von 1967* war eine Folge der Eroberung der arabischen Gebiete durch Israel im Juni 1967, um die eroberten Territorien vom Rest des Landes zu unterscheiden. Zudem musste Israel als Besatzungsmacht laut internationalem Recht ihren Pflichten in den Gebieten nachgehen. Die Linie grenzt demnach die besetzten arabischen Gebiete vom UNO-Teilungsplan ab.

Folglich ist die Datierung auf das Jahr 1967 nicht völlig falsch, jedoch politisch irreführend und für die Rechte der Palästinenser gefährlich, und das aus folgenden Gründen:

Erstens: Diese Linie sollte laut dem ‚Waffenstillstandsabkommen‘ (armistice agreement) zwischen Israel und Jordanien – unterzeichnet am 03 April 1949 in Rhodos – keine politische Grenze, sondern einen Gebietsstreifen darstellen, der die gegnerischen Militärs voneinander trennte. Man erkennt unschwer, dass ein solcher Zustand provisorisch ist und längstens bis zum Friedensabschluss der Konfliktparteien bestehen kann; und

Zweitens: Die Bezeichnung als Grenze führte letztendlich dazu, dass das politisch wichtige Datum vom Mai 1948 mit seinen für die Palästinenser verheerenden territorialen und menschlichen Folgen (Verlust der Heimat und über 750.000 palästinensische Flüchtlinge, Salman Abu Sitta spricht sogar von 935.000 vertriebenen Palästinensern), einfach verdrängt wird. Palästinensische Gebietsansprüche, gemäß dem UNO-Teilungsplan von 1947, blieben mit dieser Bezeichnung unberücksichtigt und somit wurden die von Israel eroberten Gebiete de facto als Kriegsbeute gesehen.



Karte: Schaffung der Waffenstillstandslinie (Grüne Linie), 1949.

[Mehr zum ‚armistice agreement‘, vergleiche *Abschnitt 4.10* dieser Arbeit: Die israelische Mauer und das internationale Recht / Begründung des Gerichtsurteils des IGH über die israelische Mauer bzw. Siedlungen in der West Bank vom 09. Juli 2004. Daten aus: International Court of Justice: Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction of a Wall in the occupied Palestinian Territory, Advisory Opinion of 9 July 2004, S. 201-203. Gutachten online unter: <http://www.icj-cij.org/docket/files/131/1671.pdf>, (English und französisch) erhältlich].

5) Die West Bank (Westjordanland)

Die Bezeichnung ‚West Bank‘ (oder ‚besetzte Gebiete‘) hat unmittelbar mit der so genannten ‚Grünen Linie‘ zu tun und bezieht sich auf die ehemals vom Haschemitischen Königreich von Jordanien verwalteten Gebiete, die im Juni-Krieg 1967 von Israel besetzt wurden. Dieses Terrain wird von Jordanien sowie von den dort lebenden Palästinensern als die ‚West Bank‘ bezeichnet, seitdem das Gebiet während der jordanischen Herrschaft über das Land als das *westliche Ufer des Fluss Jordan* bezeichnet wurde, während der Rest des Königreiches östlich des Flusses lag. Offizielle israelische Quellen benutzen grundsätzlich die biblische Bezeichnung des Gebietes, nämlich *Judäa* und *Samaria*. Jedoch sprach PM Ariel Sharon in seiner Rede vom 26. Mai 2003 von der West Bank als ein ‚besetztes Territorium‘. Der Begriff ‚West Bank‘ hat sich, insbesondere seit Oslo II (1995), als besetztes Territorium international durchgesetzt.

B/ Kurze Erläuterungen zur Orientalischen Frage und zum Nahostproblem

1) Der Krimkrieg (auch Orientkrieg genannt), 1853-1856

Krimkrieg, 1853/54–56 militärischer Konflikt Russlands mit dem Osmanischen Reich, Großbritannien und Frankreich (ab 1855 auch mit dem Königreich Sardinien); benannt nach seinem Hauptschauplatz, der Halbinsel Krim. Anlass des Krimkrieges war ein im Februar 1853 vom russischen Kaiser Nikolaus I. an die türkische Regierung (die »Pforte«) gerichtetes Ultimatum, die russische Schutzherrschaft über die orthodoxen Christen des Osmanischen Reiches anzuerkennen. Als dies mit diplomatischer Rückendeckung Großbritanniens und Frankreichs abgelehnt wurde, besetzten russische Truppen im Juli 1853 die zum Herrschaftsbereich des türkischen Sultans gehörenden Donaufürstentümer Moldau und Walachei. Nach den Kriegserklärungen der Pforte (4. 10. 1853) und der Westmächte (28. 3. 1854) führten britisch-französische Truppen auf der Krim mit der Einnahme der elf Monate lang belagerten Festung Sewastopol (9. 9. 1855) die militärische Entscheidung herbei (erster Stellungskrieg der Militärgeschichte). Am 28. 11. 1855 eroberte die russische Armee die türkische Festung Kars. Im Pariser Frieden (30. 3. 1856) verzichtete Russland auf das Protektorat über die Donaufürstentümer und die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich, trat die Donaumündungen und das südliche Bessarabien an das Fürstentum Moldau ab, erkannte die Freiheit der Donauschifffahrt unter internationaler Kontrolle an und gab Kars zurück; das Schwarze Meer wurde entmilitarisiert.

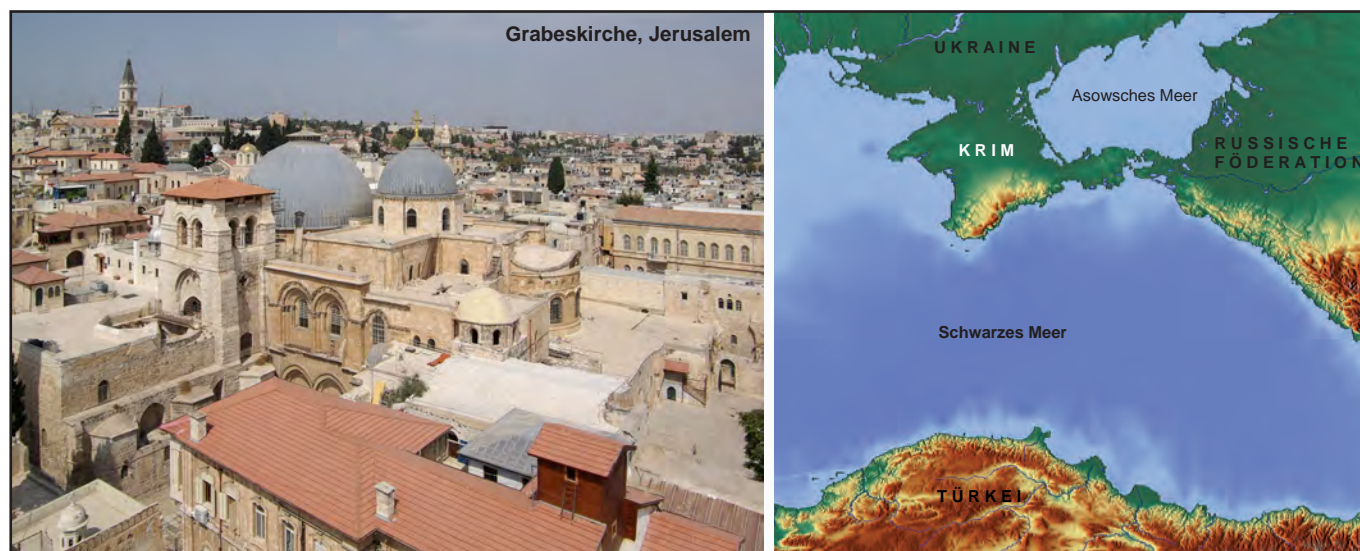


Abbildung: (l.) Blick auf die Grabeskirche in Jerusalem / (r.) Die Krim-Halbinsel, (gehört heute zur Ukraine)

Politisch bedeutete die Orientalische Frage - die Verfallsgeschichte des Osmanischen Reiches und des davon bestimmten Verhältnisses der europäischen Mächte zueinander - einen Entlastungsraum für die innereuropäischen Spannungen. Dort maßen sich die Mächte aneinander, dort wurden die Gewichte der Balance tariert. Insofern war es nicht verwunderlich, dass vom zentralen Ereignis der Orientalischen Frage, dem Krimkrieg - einer Art „Weltkrieg“ des 19. Jahrhunderts -, erhebliche Erschütterungen für das europäische Staatensystem ausgingen. Nicht zuletzt wurde in seinem Gefolge der deutsche Dualismus im Sinne Preußens gelöst und damit die kleindeutsche Reichsgründung vorbereitet.

Quellen: Meyers Lexikon (<http://lexikon.meyers.de/meyers/Krimkrieg>, sowie ZEIT Online: http://www.zeit.de/1995/36/Die_Wiederkehr_der_Orientalischen_Frage).

2) McMahon - Sheriff Hussein-Korrespondenz – Briefwechsel, 14. Juli 1915 bis 30. Januar 1916

Während des ersten Weltkrieges verhandelte Großbritannien gleichzeitig und widersprüchlich mit mehreren Parteien, um seine Interessen durchzusetzen. Im Briefwechsel zwischen dem britischen Hochkommissar von Ägypten Sir Henry McMahon und dem Sheriff von Mekka ‚Hussein Ben Ali‘ verpflichtete sich Großbritannien, die Errichtung eines arabischen Landes auf dem Gebiet der Länder zu unterstützen. Mit Ausnahme des Gebietes nördlich bzw. nordwestlich von Syrien sollten alle bisher unter osmanischer Herrschaft stehenden arabischen Territorien, inklusive Palästina, zum Großreich gehören. Als Gegenleistung sollen die Araber die Briten bei ihrem Feldzug gegen das osmanische Reich militärisch unterstützen. Zur gleichen Zeit führten die Briten geheime Gespräche mit den Franzosen, um die gleichen an Hussein versprochenen Gebieten unter sich zu teilen. Ergebnis dieser geheimen Gespräche war das berühmte Sykes-Picot-Abkommen vom 16. Mai 1916 (Anhang 2). Nach diesem Abkommen, das Sir Mark Sykes und Francois Georges-Picot aushandelten, wurde die Region in Einflusszonen (*spheres of influence*) aufgeteilt, die nach dem Krieg unter britischer oder französischer Kontrolle kommen sollte.

Der Brief vom 24.10.1915 von McMahon an Sheriff Hussein zeigt dieses Versprechen Großbritanniens an die Araber deutlich. Der wichtigste Teil des Wortlautes dieses Briefes ist nachfolgend wiedergegeben. Die Karte zeigt das Territorium des versprochenen arabischen Staates:



Karte: Die versprochenen Staatsgrenzen, wie sie dem Brief McMahaons an Scherif Hussein Bin Ali (1925) zu entnehmen sind.

Wortlaut (Ausschnitt) des Briefes

„ (...)

Die beiden Distrikte von Mersina und Alexandretta sowie Teile Syriens, die westlich der Distrikte von Damaskus, Homs, Hama und Aleppo liegen, kann man nicht als rein arabisch bezeichnen. Daher sollten sie von den geforderten Staatsgrenzen ausgeschlossen werden.

Abgesehen von den genannten Änderungsvorschlägen ist Großbritannien bereit, die Unabhängigkeit der Araber in allen vom Sheriff von Mekka geforderten Gebieten anzuerkennen und zu unterstützen.

Ich bin davon überzeugt, dass diese Erklärung Sie zweifellos von der Sympathie überzeugt, die Großbritannien ihren arabischen Freunden entgegenbringt. Sie wird eine feste und dauerhafte Allianz begründen, deren sofortiges Ergebnis die Vertreibung der Türken aus den arabischen Ländern und die Befreiung der arabischen Völker vom türkischen Joch sein wird, das so lange auf ihnen lastete.“

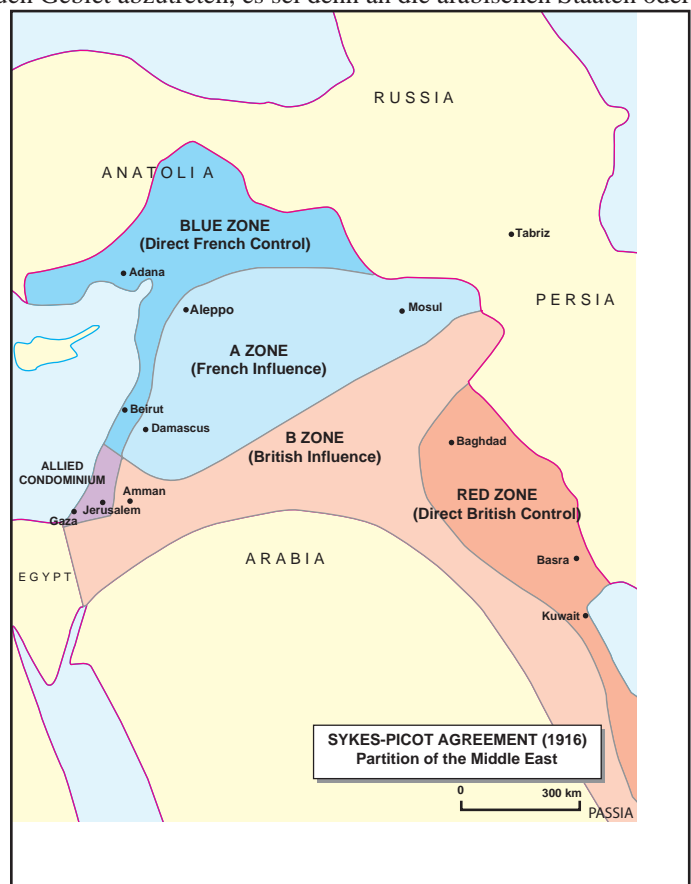
3) Sykes-Picot-Abkommen zur Aufteilung des Osmanischen Reiches vom 16.05.1916

Die wichtigsten Bestimmungen dieses Abkommens:

- Frankreich und Großbritannien sind bereit, innerhalb bestimmter Gebiete (die auf der beigegebenen Karte mit A und B bezeichnet wurden), einen unabhängigen arabischen Staat bzw. eine Konföderation arabischer Staaten unter der Souveränität eines arabischen Oberhauptes anzuerkennen und zu schützen. Frankreich hat in Gebiet A und Großbritannien in Gebiet B festgelegte Vorrechte.
- Beiden Mächten soll es erlaubt sein, in diesen Gebieten direkte oder auch indirekte Verwaltung respektive Kontrollen einzurichten in Zusammenhang mit den arabischen Staaten oder der arabischen Konföderation, wie sie es für notwendig erachten.
- In dem auf der Karte braun eingetragenen Gebiet soll eine internationale Verwaltung eingerichtet werden, deren Wesensmerkmale nach Absprache mit Russland und den anderen Alliierten noch festgesetzt werden soll.
- Großbritannien werden die Häfen von Haifa und Akre zugesprochen, und die Wasserversorgung von Tigris und Euphrat über Gebiet A in B garantiert. Ohne vorherige Verständigung mit der französischen Regierung wird Großbritannien mit keiner dritten Macht in Verhandlungen hinsichtlich der Abtretung Zyperns eintreten.
- Alexandretta soll für den Handel des Britischen Empires Freihafen werden, entsprechend Haifa für den Handel Frankreichs, dessen Herrschaften und Protektorate; gleiches gilt für den Transithandel auf den Eisenbahnstrecken zw. beiden Städten.
- Die Bagdad-Bahn soll in dem Gebiet A südl. Richtung Mossul und im Gebiet B nördl. gegen Samara erst dann weiter ausgebaut werden, sobald eine Eisenbahnverbindung zwischen Bagdad und Aleppo über das Tal des Euphrat hergestellt worden ist.
- Großbritannien hat das Recht zu bauen, zu verwalten und der alleinige Eigentümer der Bahn zu sein, die Haifa mit dem Gebiet B verbindet; darüber hinaus hat Großbritannien das dauerhafte Recht, jederzeit Truppen entlang dieser Linie zu transportieren. Da beide Mächte die Wichtigkeit der Bahnverbindung Bagdad - Haifa anerkennen und sich beim Bau technische Schwierigkeiten ergeben könnten, ist von der französischen Regierung zu erwägen, ob die in Frage kommende Linienführung nicht das Polygon Banyas - Keis Marib - Salkhad Tell Ötsda - Mesmi überqueren soll, bevor sie das Gebiet B erreicht.
- Für die Dauer von weiteren 20 Jahren soll der bisherige türkische Tarif in Kraft bleiben, und zwar in den sog. blauen und roten Gebieten wie in denen von A und B. Zwischen diesen Gebieten sollen keine inneren Zollschränken errichtet werden.
- Frankreich verspricht, zu keiner Zeit Verhandlungen mit einer dritten Macht über die Abtretung von Rechten einzugehen und insbesondere keine dieser Rechte an eine dritte Macht im blauen Gebiet abzutreten, es sei denn an die arabischen Staaten oder die Konföderation arabischer Staaten, ohne sich zuvor mit der britischen Regierung darüber verständigt zu haben, die ein entsprechendes Versprechen für die roten Gebiete abgibt.
- Die britische und die französische Regierung, als Schutzmächte der arabischen Staaten, stimmen darin überein, dass sie selbst keine territorialen Ansprüche erheben und zudem auch nicht zustimmen werden, dass eine dritte Macht auf der arabischen Halbinsel territoriale Besitzrechte erwirbt, noch Flottenbasen an der Küste oder auf den Inseln des Roten Meeres errichtet. Eine Grenzberichtigung bei Aden ist davon ausgenommen.
- Die Verhandlungen über die Grenzführung der arabischen Staaten oder der entsprechenden Konföderation sollen auf den bisherigen Wegen weiter fortgesetzt werden.
- Maßnahmen zur Kontrolle der Waffeneinfuhr in die arabischen Territorien werden von beiden Mächten in Erwägung gezogen. Um die Vereinbarung zu vervollständigen, soll der russischen Regierung vorgeschlagen werden, analoge Noten unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 26. April auszutauschen.

Karte: Einfluss-Zonen der Großmächte laut dem Sykes-Picot-Abkommen, 16. Mai 1916.

Quellen: Text: Generaldelegation Palästinas- Berlin, (<http://www.palaestina.org/dokumente/...>); Karte: PASSIA, 2008.



4) Die Balfour-Deklaration vom 02.11.1917

Ein Brief vom 2. November 1917, unterzeichnet von Arthur James Balfour, zu jener Zeit Außenminister Großbritanniens, der weit reichende Folgen für den Nahen Osten haben sollte.

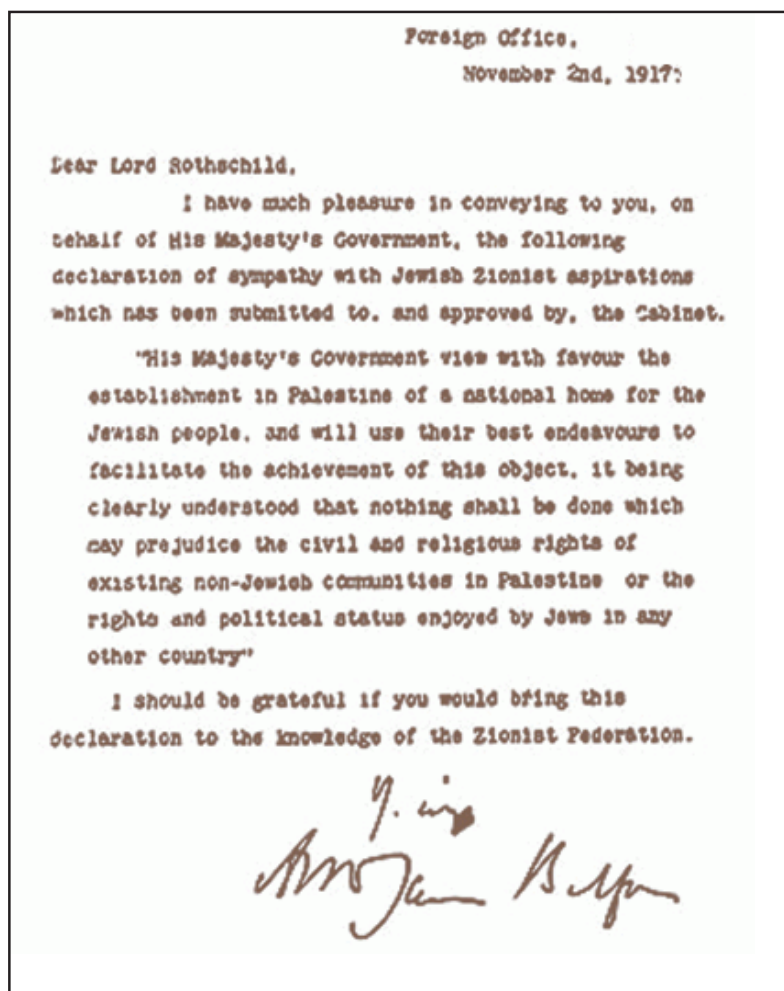
Lord Rothschild und andere führende Vertreter der jüdischen Gemeinde, vor allem aber die Zionisten in Großbritannien, hatten eigentlich mehr erwartet. Seit dem Zionisten-Kongress in Basel (1898) strebten sie, so wie Theodor Herzl es ausdrückte, nach einer „Charta“, d. h. einer öffentlich-rechtlichen Garantie seitens einer Großmacht wie Großbritannien, dass die Juden das Recht auf einen eigenen Staat zugesprochen bekommen.

Wortlaut der Balfour-Erklärung

Verehrter Lord Rothschild, ich bin sehr erfreut, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der Sympathie mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen übermitteln zu können, die dem Kabinett vorgelegt und gebilligt worden ist. „Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnten“.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Weltorganisation bringen würden.

Ihr ergebender
Arthur Balfour



Abbild: Kopie des Originaltextes der Balfour-Deklaration, 02.11.1917.

5) *Mandat-Charta des Völkerbunds für Palästina, 24.07.1922*

Aus dem im Anschluss angegebenen Wortlaut (an dieser Stelle nur der der ersten Seite) der Mandats-Charta des Völkerbunds von 1922 wird sehr klar ersichtlich, dass das Palästinensische Volk – das in Palästina ansässige Volk – an keiner Stelle als politische Gemeinschaft erwähnt wird. Seine historischen und politischen Rechte werden ausgelöscht, in dem die alliierten Mächte lediglich von der Nichtbeeinträchtigung religiöser und bürgerlicher Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften sprechen. Dagegen sprechen sie im gleichen Wortlaut – in Anlehnung an die (biblisch)-historische Verknüpftheit – ausdrücklich von der Schaffung einer nationalen Heimatstätte für die Juden in Palästina. Das kam einer Entrechtung der palästinensischen Araber gleich.

Wortlaut des Mandats:

Mandat 24. Juli 1922

Der Völkerbundrat:

In Anbetracht dessen, daß die alliierten Hauptmächte zur Durchführung der Bestimmungen des Artikels 22 des Völkerbund-Vertrages* übereingekommen sind, die Verwaltung des Territoriums von Palästina, das früher zum türkischen Reich gehörte innerhalb der von ihnen zu fixierenden Grenzen einem von den erwähnten Mächte zu wählenden Mandatar anzuvertrauen, und

daß die alliierten Hauptmächte ferner übereingekommen sind, daß der Mandatar verantwortlich sein soll für die Verwirklichung der ursprünglich am 2. November 1917 durch die Regierung Seiner Britischen Majestät erlassenen und von den erwähnten Mächten anerkannten Deklaration zugunsten der Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina, wobei klar verstanden ist, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und die religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung, deren sich die Juden in irgendeinem anderen Lande erfreuen, beeinträchtigen würde; und

daß dadurch die Anerkennung der historischen Verknüpftheit (historical connection) des jüdischen Volkes mit Palästina und der Grundlagen für die Wiedererrichtung seiner nationalen Heimstätte in diesem Lande erfolgt ist; und

daß die alliierten Hauptmächte Seine Britische Majestät als Mandatar für Palästina gewählt haben; und

[...]

Begleitkarte des Mandats: siehe **Karte 1-6** dieser Arbeit.

Quelle:

*) Dieser Teil I. des Völkerbund-Vertrags ist Bestandteil aller fünf Pariser Vorortverträge – Versailler Vertrag, Staatsvertrag von St. Germain, Friedensvertrag von Trianon (1920), Friedensvertrag von Neuilly (1919), Friedensvertrag von Sevres (1920). Artikel 22 handelt über die Entwicklung von Völkern, die infolge des Kriegs aufgehört haben, unter der Souveränität der Staaten zu stehen, die sie vorher beherrschten, und von solchen Völkern, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der heutigen Welt selbst zu leiten. Das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker bilden eine heilige Aufgabe der Zivilisation, indem diese die vorübergehende Vormundschaft über diese Völker übernehmen bis diese Völker imstande sind, sich selbst als unabhängige Staaten zu regieren. Im gleichen Artikel heißt es, dass gewisse Gemeinwesen, die ehemals zum Türkischen Reiche gehörten, eine solche Entwicklungsstufe erreicht haben, daß sie in ihrem Dasein als unabhängige Nationen vorläufig anerkannt werden können, unter der Bedingung, daß die Ratschläge und die Unterstützung eines Mandatars ihre Verwaltung bis zu dem Zeitpunkt leiten, wo sie imstande sein werden, sich selbst zu leiten. Bei der Wahl des Mandatars sind in erster Linie die Wünsche jener Gemeinwesen zu berücksichtigen (Quelle: <http://www.versailer-vertrag.de/vv1.htm>).

VII/ Die Wichtigsten UNO-Resolutionen im israelisch-arabischen Konflikt

1) *UNO-Teilungsresolution 181 (II) der Generalversammlung vom 29.11.1947 (A/RES/181 (II))* (Ausschnitte)

181 (II). Die künftige Regierung Palästinas

A

Die Generalversammlung,

nachdem sie auf Ersuchen der Mandatsmacht zu einer Sondertagung *zusammengetreten ist*, um einen Sonderausschuss zu bilden und ihn anzuweisen, die Prüfung der Frage der künftigen Regierung Palästinas auf der zweiten ordentlichen Tagung der Generalversammlung vorzubereiten;

nach Bildung eines Sonderausschusses mit dem Auftrag, alle für das Palästina-Problem erheblichen Fragen und Probleme zu untersuchen und Vorschläge zur Lösung des Problems auszuarbeiten, und

nach Entgegennahme und Prüfung des Berichts des Sonderausschusses (Dokument A/364)1, der eine Reihe einstimmiger Empfehlungen und einen von der Mehrheit des Sonderausschusses gebilligten Teilungsplan mit Wirtschaftsunion enthält,

ist der Auffassung, daß die gegenwärtige Situation in Palästina geeignet ist, das Gemeinwohl und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen zu beeinträchtigen;

nimmt Kenntnis von der Erklärung der Mandatsmacht, wonach sie plant, die Räumung Palästinas bis zum 1. August 1948 abzuschließen;

empfiehlt dem Vereinigten Königreich als der Mandatsmacht für Palästina und allen anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen hinsichtlich der künftigen Regierung Palästinas die Verabschiedung und Durchführung des nachstehend dargelegten Teilungsplans mit Wirtschaftsunion (Siehe Karten-Anhang 1 bzw. Karte zu VI/4);

ersucht darum,

- a) daß der Sicherheitsrat die erforderlichen Maßnahmen ergreift, die in dem Plan zu dessen Durchführung vorgesehen sind;
- b) daß der Sicherheitsrat prüft, sofern die Umstände während der Übergangszeit dies erfordern, ob die Situation in Palästina eine Bedrohung des Friedens darstellt. Entscheidet der Sicherheitsrat, daß eine solche Bedrohung vorliegt, so soll er zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit die Ermächtigung der Generalversammlung dahin gehend ergänzen, daß er gemäß den Artikeln 39 und 41 der Charta Maßnahmen ergreift, um die Kommission der Vereinten Nationen wie in dieser Resolution vorgesehen mit der Befugnis auszustatten, in Palästina die ihr mit dieser Resolution zugewiesenen Aufgaben wahrzunehmen;
- c) daß der Sicherheitsrat jeden Versuch, die in dieser Resolution vorgesehene Regelung gewaltsam zu ändern, als eine Bedrohung oder einen Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung, gemäß Artikel 39 der Charta, betrachtet;
- d) daß der Treuhandrat darüber unterrichtet wird, welche Verantwortlichkeiten ihm nach dem Plan obliegen;

fordert die Einwohner Palästinas *auf*, die Schritte zu unternehmen, die ihrerseits erforderlich sind, um den Plan zu verwirklichen;

appelliert an alle Regierungen und alle Völker, alles zu unterlassen, was die Durchführung dieser Empfehlungen behindern oder verzögern könnte, und

ermächtigt den Generalsekretär, die Reise- und Aufenthaltskosten der Mitglieder der in Teil I Abschnitt B Ziffer 1 genannten Kommission auf der Grundlage und in der Form, die ihm unter den Umständen am geeignetsten erscheinen, zu erstatten und der Kommission das Personal zur Verfügung zu stellen, das sie zur Wahrnehmung der ihr von der Generalversammlung übertragenen Aufgaben benötigt.

[...]

B

Die Generalversammlung

ermächtigt den Generalsekretär, dem Betriebsmittelfonds einen 2.000.000 US-Dollar nicht überschreitenden Betrag für die im letzten Absatz der Resolution über die künftige Regierung Palästinas genannten Zwecke zu entnehmen.

Auf ihrer 128. Plenarsitzung am 29. November 1947 wählte die Generalversammlung im Einklang mit den Bestimmungen der obigen Resolution die folgenden Staaten zu Mitgliedern der Kommission der Vereinten Nationen für Palästina:

BOLIVIEN, DÄNEMARK, PANAMA, PHILIPPINEN UND TSCHECHOSLOWAKEI.
TEILUNGSPLAN MIT WIRTSCHAFTSUNION

TEIL I

Künftige Verfassung und Regierung Palästinas

A. Beendigung des Mandats, Teilung und Unabhängigkeit

1. Das Mandat für Palästina endet so bald wie möglich und in jedem Fall spätestens am 1. August 1948.
2. Die Streitkräfte der Mandatsmacht werden schrittweise aus Palästina abgezogen, wobei der Abzug so bald wie möglich abzuschließen ist, in jedem Fall spätestens am 1. August 1948.

Die Mandatsmacht unterrichtet die Kommission so lange wie möglich im Voraus von ihrer Absicht, das Mandat zu beenden und jedes Gebiet zu räumen.

Die Mandatsmacht tut alles, um sicherzustellen, daß ein in dem Hoheitsgebiet des jüdischen Staates gelegenes Gebiet, einschließlich eines Seehafens und eines Hinterlandes mit ausreichenden Möglichkeiten für eine beträchtliche Einwanderung, zum frühestmöglichen Zeitpunkt und in jedem Fall spätestens bis zum 1. Februar 1948 geräumt ist.

3. Zwei Monate nach Abschluss des Abzugs der Streitkräfte der Mandatsmacht, **in jedem Fall spätestens am 1. Oktober 1948, entstehen in Palästina ein unabhängiger arabischer Staat und ein unabhängiger jüdischer Staat sowie das in Teil III dieses Plans vorgesehene internationale Sonderregime für die Stadt Jerusalem.** Die Grenzen des arabischen Staates, des jüdischen Staates und der Stadt Jerusalem sind die in den Teilen II und III beschriebenen Grenzen.

[...]

B. Vorbereitende Maßnahmen zur Unabhängigkeit

[...]

3. Nach ihrer Ankunft in Palästina beginnt die Kommission mit der Durchführung der Maßnahmen zur Festlegung der Grenzen des arabischen und des jüdischen Staates sowie der Stadt Jerusalem gemäß den Grundzügen der Empfehlungen der Generalversammlung zur Teilung Palästinas. Dabei sind jedoch die in Teil II des Plans beschriebenen Grenzen so anzupassen, daß Dorfgebiete in der Regel nicht durch Staatsgrenzen geteilt werden, sofern dies nicht zwingende Gründe gebieten.

[...]

9. Spätestens zwei Monate nach dem Abzug der Streitkräfte der Mandatsmacht hält der Provisorische Regierungsrat eines jeden Staates Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung ab, die demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Die Wahlordnung in jedem Staat wird von dem Provisorischen Regierungsrat ausgearbeitet und von der Kommission gebilligt. Stimmberechtigt bei den Wahlen sind in jedem Staat alle Personen, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben und die a) in dem Staat ansässige palästinische Staatsbürger sind oder b) in dem Staat ansässige Araber oder Juden, die, ohne palästinische Staatsbürger zu sein, vor der Stimmabgabe eine Erklärung unterzeichnet haben, daß sie Staatsangehörige des betreffenden Staates werden wollen.

In der Stadt Jerusalem ansässige Araber und Juden, die eine Erklärung unterzeichnet haben, dass sie Staatsangehörige werden wollen B die Araber Staatsangehörige des arabischen Staates und die Juden Staatsangehörige des jüdischen Staates B sind im arabischen beziehungsweise im jüdischen Staat wahlberechtigt.

[...]

C. Erklärung

[...]

Kapitel 2: Religiöse Rechte und Minderheitsrechte

[...]

1. Die Gewissensfreiheit und die freie Entfaltung aller Formen der Religionsausübung werden allen gewährleistet, unter dem

einzigem Vorbehalt der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Sittlichkeit.

2. Zwischen den Einwohnern wird keinerlei Unterschied aufgrund der Rasse, der Religion, der Sprache oder des Geschlechts gemacht.
3. Alle der Herrschaftsgewalt des Staates unterstehenden Personen haben Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz.

[...]

Quelle: Deutscher Übersetzungsdienst, Vereinte Nationen, New York, Februar 1993 (Das Dokument beinhaltet 22 Seiten), siehe kompletten Text unter: <http://www.un.org/Depts/german/gv-early/ar181-ii.pdf>.

2) **Resolution 194 (III) der UNO-Generalversammlung vom 11. Dezember 1948 (Das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr und Entschädigung)**

Die Generalversammlung,

nach weiterer Erörterung der Lage in Palästina

1. drückt ihre höchste Anerkennung aus für den durch die Schlichtungsbemühungen des dahingeshiedenen UN-Vermittlers erzielten Fortschritt bei der Förderung einer friedlichen Regelung der künftigen Situation Palästinas, für die er sein Leben geopfert hat;

[...]

7. beschließt, daß die heiligen Stätten - einschließlich Nazareth -, sowie Gotteshäuser und religiöse Stätten in Palästina geschützt und der freie Zugang zu ihnen gesichert sein sollen in Übereinstimmung mit bestehenden Rechten und der überlieferten Praxis;

[...]

8. beschließt, daß wegen seiner Bedeutung für drei Weltreligionen dem Bereich von Jerusalem, zu dem der gegenwärtige Stadtbezirk und die umgebenden Land- und Stadtgemeinden gehören, deren östlichste Abu Dis, südlichste Bethlechem, westlichste Ain Karim (einschließlich des bebauten Gebietes von Motsa) und nördlichste Shu'fat ist, eine besondere und vom übrigen Palästina getrennte Behandlung eingeräumt werden und er unter wirksame UN-Kontrolle gestellt werden soll; ersucht den Sicherheitsrat, weitere Schritte zur Entmilitarisierung von Jerusalem zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unternehmen;

[...]

11. beschließt, daß denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und daß für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum, auf der Grundlage internationalen Rechts oder nach Billigkeit von den verantwortlichen Regierungen und Behörden Entschädigung gezahlt werden soll;

12. beauftragt die Schlichtungskommission, solche ihrer Aufsicht unterstehenden Hilfsgremien und technische Experten einzusetzen, wie sie zur wirksamen Erfüllung ihrer Aufgabe und Verantwortung aus der vorliegenden Resolution für notwendig hält. Die Schlichtungskommission wird ihren Sitz in Jerusalem haben.

[...]

13. beauftragt die Schlichtungskommission, dem Generalsekretär zur Weiterleitung an den Sicherheitsrat und die Mitglieder der Vereinten Nationen über die Fortschritte periodisch Bericht zu erstatten;

[...]

Quelle: Generaldelegation Palästinas, Berlin, Online erhältlich unter http://www.palaestina.org/dokumente/resolutionen/resolution_194.pdf.

3) **Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22.11.1967**

Der Sicherheitsrat,

mit dem Ausdruck seiner anhaltenden Besorgnis über die ernste Situation im Nahen Osten,

unter Betonung der Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Krieg und der Notwendigkeit, auf einen gerechten und dauerhaften Frieden hinzuarbeiten, in dem jeder Staat der Region in Sicherheit leben kann,

ferner unter Betonung dessen, dass alle Mitgliedstaaten mit der Annahme der Charta der Vereinten Nationen die Verpflichtung eingegangen sind, in Übereinstimmung mit Artikel 2 der Charta zu handeln,

1. *erklärt*, dass die Verwirklichung der Grundsätze der Charta die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten verlangt, der die Anwendung der beiden folgenden Grundsätze einschließen sollte:

- i) Rückzug der israelischen Streitkräfte aus (*den*)* Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden;
- ii) Beendigung jeder Geltendmachung des Kriegszustands beziehungsweise jedes Kriegszustands sowie Achtung und Anerkennung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Androhungen oder Akten der Gewalt in Frieden zu leben;

2. *erklärt ferner*, dass es notwendig ist,

- a) die Freiheit der Schifffahrt auf den internationalen Wasserwegen in der Region zu garantieren;
- b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems herbeizuführen**;
- c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, die auch die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der sich in den Nahen Osten begeben soll, um mit den beteiligten Staaten Verbindung aufzunehmen und zu unterhalten, mit dem Ziel, eine Einigung zu fördern und die Bemühungen zur Herbeiführung einer friedlichen und akzeptierten Regelung im Einklang mit den Bestimmungen und Grundsätzen dieser Resolution zu unterstützen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat baldmöglichst über den Stand der Bemühungen des Sonderbeauftragten Bericht zu erstatten.

Auf der 1382. Sitzung des Sicherheitsrats einstimmig verabschiedet.

Anmerkungen des Verfassers:

* *Englisch: from territories; Französisch: des territoires;*

** *Dieser Punkt war der Grund, warum die PLO diese Resolution Jahrzehnte lang ablehnte. Er ist nebulös in seinen Auslegungsmöglichkeiten und gilt als ein großer Rückschritt zur Res. 194 (II) von 1948 (siehe oben), die das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge ausdrücklich bestätigte.*

Quelle: Deutscher Übersetzungsdienst, Vereinte Nationen, New York (http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_67u73/sr242-67.pdf).

4) **Resolution 338** vom 22. Oktober 1973 (**Oktober-Krieg**)

Der Sicherheitsrat,

- 1. *fordert* alle an den gegenwärtigen Kampfhandlungen Beteiligten *auf*, sofort, spätestens 12 Stunden nach dem Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Beschlusses, in den von ihnen jetzt besetzten Stellungen jedes Feuer einzustellen und jede militärische Aktivität zu beenden;
- 2. *fordert* die beteiligten Parteien *auf*, sofort nach Einstellung des Feuers damit zu beginnen, die Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrats in allen ihren Teilen durchzuführen;<
- 3. *beschließt*, dass sofort und gleichzeitig mit der Feuereinstellung Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien unter geeigneter Schirmherrschaft mit dem Ziel aufgenommen werden, einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herzustellen.

Auf der 1747. Sitzung des Sicherheitsrats mit 14 Stimmen ohne Gegenstimmen verabschiedet¹.

¹) Ein Mitglied (China) nahm an der Abstimmung nicht teil.

Quelle: Deutscher Übersetzungsdienst, Vereinte Nationen, New York, http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_67u73/sr338-73.pdf

VIII/ Die israelische Mauer in den UNO-Gremien

(UNO-Generalversammlung und die ,ICJ')

1) *Resolution A/RES/ES-10/13 – Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebieten – Reaktionen auf den Baubeginn der israelischen Mauer.*

Zehnte Notstandssondertagung / Tagesordnungspunkt 5 , 22. Oktober 2003

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre einschlägigen Resolutionen, einschließlich der auf der zehnten Notstandssondertagung verabschiedeten Resolutionen,

sowie unter Hinweis auf die Resolutionen des Sicherheitsrats 242 (1967), ...

[...]

in Bekräftigung des Grundsatzes der Unzulässigkeit des gewaltsamen Gebietserwerbs,

sowie in Bekräftigung der Vision einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben,

[...]

unter Betonung der Notwendigkeit, der gegenwärtigen von Gewalt gekennzeichneten Lage am Boden umgehend ein Ende zu setzen, die 1967 begonnene Besetzung zu beenden und einen Frieden auf der Grundlage der genannten Vision von zwei Staaten herbeizuführen,

besonders besorgt darüber, dass der geplante Verlauf der Mauer, die in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, von der Besatzungsmacht Israel derzeit gebaut wird, die künftigen Verhandlungen beeinträchtigen und die Durchführung der Zwei-Staaten-Lösung physisch unmöglich machen und neues humanitäres Leid über die Palästinenser bringen könnte,

mit der erneuten Aufforderung an die Besatzungsmacht Israel, die Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten in vollem Umfang und wirksam einzuhalten;

erneut ihren Widerspruch gegen die Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten sowie gegen alle Aktivitäten *bekundend*, die die Beschlagnahme von Grundstücken, die Beeinträchtigung der Existenzgrundlagen geschützter Personen und die De-facto-Annexion von Land zum Inhalt haben,

1. *verlangt*, dass Israel den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, die von der Waffenstillstandslinie von 1949 abweicht und im Widerspruch zu den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts steht, beendet und rückgängig macht;

[...]

22. Plenarsitzung

21. Oktober 2003

Quelle: Deutsche Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York (<http://www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/ar-es-10-13.pdf>)

2) Resolution A/RES/ES-10/14 – Illegale israelische Maßnahmen im besetzten Ost-Jerusalem und in dem übrigen besetzten palästinensischen Gebiet. Beschluss der Vollversammlung, ein Gerichtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) in Bezug auf die Legalität der israelischen Mauer zu holen.

Zehnte Notstandssondertagung / Tagesordnungspunkt 5, 08. Dezember 2003

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung ihrer Resolution ES-10/13 vom 21. Oktober 2003, *geleitet* von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, *im Bewusstsein* des feststehenden völkerrechtlichen Grundsatzes der Unzulässigkeit des gewaltsamen Gebietserwerbs, *sowie im Bewusstsein* dessen, dass die Entwicklung freundschaftlicher, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker beruhender Beziehungen zwischen den Nationen zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen gehört,

unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung, namentlich Resolution 181 (II) von 1947, die das Mandatsgebiet Palästina in zwei Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, teilte, *sowie unter Hinweis* auf die Resolutionen der zehnten Notstandssondertagung,

ferner unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, namentlich die Resolutionen 242 (1967),...

[...]

in Bekräftigung der Anwendbarkeit des Vierten Genfer Abkommens sowie des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen auf das besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalems, *unter Hinweis* auf die Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs in der Anlage zu dem Haager Abkommen von 1907,

erfreut über die Einberufung der Konferenz der Hohen Vertragsparteien des Vierten Genfer Abkommens über Maßnahmen zur Durchsetzung des Abkommens in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, am 15. Juli 1999 in Genf,

[...]

insbesondere *unter Hinweis* auf die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, in denen erklärt wird, dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalems, rechtswidrig und ein Hindernis für den Frieden und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind, sowie auf die Resolutionen, in denen die vollständige Einstellung der Siedlungstätigkeiten verlangt wird,

sowie unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, in denen erklärt wird, dass die von der Besatzungsmacht Israel ergriffenen Maßnahmen zur Änderung des Rechtsstatus und der demografischen Zusammensetzung des besetzten Ost-Jerusalems keine rechtliche Gültigkeit besitzen und null und nichtig sind,

Kenntnis nehmend von den zwischen der Regierung Israels und der Palästinensischen Befreiungsorganisation im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses geschlossenen Abkommen,

tief besorgt darüber, dass die Besatzungsmacht Israel begonnen hat und damit fortfährt, in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, eine Mauer zu bauen, die von der Waffenstillstandslinie von 1949 (Grüne Linie) abweicht, was mit der Beschlagnahme und Zerstörung von palästinensischem Land und palästinensischen Ressourcen, der Beeinträchtigung der Lebensbedingungen tausender geschützter Zivilpersonen und der De-facto-Annexion großer Gebietsteile verbunden ist, und den einhelligen Widerstand der internationalen Gemeinschaft gegen den Bau der Mauer unterstreichend,

sowie tief besorgt über die sogar noch verheerenderen Auswirkungen geplanter Teilabschnitte der Mauer auf die palästinensische Zivilbevölkerung und auf die Aussichten für eine Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts und die Herstellung von Frieden in der Region,

unter Begrüßung des Berichts des Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission über die Menschenrechtssituation in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten vom 8. September 2003, insbesondere des Abschnitts betreffend die Mauer,

erklärend, dass der Konflikt auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung beendet werden muss, bei der Israel und Palästina auf der Grundlage der Waffenstillstandslinie von 1949 Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung, *mit Befriedigung über den Erhalt* des im Einklang

mit Resolution ES-10/13 vom 21. Oktober 2003 vorgelegten Berichts des Generalsekretärs 2, *eingedenk* dessen, dass die Schwierigkeiten an Ort und Stelle um so größer werden, je mehr Zeit verstreicht, da die Besatzungsmacht Israel sich weiterhin weigert, in Bezug auf den Bau der genannten Mauer, mit allen seinen schädlichen Auswirkungen und Konsequenzen, das Völkerrecht einzuhalten,

beschließt, im Einklang mit Artikel 96 der Charta der Vereinten Nationen ein dringendes Gutachten des Internationalen Gerichtshofs gemäß Artikel 65 des Statuts des Gerichtshofs zu der folgenden Frage einzuholen:

Welche Rechtsfolgen ergeben sich aus der Errichtung der Mauer, die von der Besatzungsmacht Israel in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, gebaut wird, wie in dem Bericht des Generalsekretärs beschrieben, unter Berücksichtigung der Normen und Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich des Vierten Genfer Abkommens von 1949, und der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung?

23. Plenarsitzung
8. Dezember 2003

Quelle: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York (<http://www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/a-res-es-10-14.pdf>).

3) *Mauer-Gerichtsurteil des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) in Den Haag vom 09. Juli 2004*

Die UNO-Generalversammlung beschloss auf der 10. Notstandssondertagung am 08. Dezember 2003, im Einklang mit Artikel 96 der Charta der Vereinten Nationen ein dringendes Gutachten des Internationalen Gerichtshofs gemäß Artikel 65 des Statuts des Gerichtshofs zu der folgenden Frage einzuholen (*Resolution A/RES/ES-10/14*) :

„Welche Rechtsfolgen ergeben sich aus der Errichtung der Mauer, die von der Besatzungsmacht Israel in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, gebaut wird, wie in dem Bericht des Generalsekretärs beschrieben, unter Berücksichtigung der Normen und Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich des Vierten Genfer Abkommens von 1949, und der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung?“.

Gemäß Auftrag der UNO-Generalversammlung (*Resolution A/RES/ES-10/14*, siehe Punkt 2 oben) prüfte der *Internationale Gerichtshof (ICJ) / Den Haag* den legalen Status der Mauer, die von der Besatzungsmacht Israel in der West Bank, einschließlich Jerusalem, gebaut wird. Im Rahmen dieser Untersuchung setzte sich das Hohe Gericht auf zwangsläufig auch mit dem legalen Status der israelischen Siedlungen in der West Bank sowie im Raum Jerusalem auseinander, und sie fällten ein historisches Urteil. Die Richter des ICJ befanden in ihrem Urteil vom 09.07.2004 den Bau der israelischen Mauer sowie der israelischen Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten als *illegal* und **diese**, so die Richter, **„seien eine ernste Verletzung des internationalen Rechts sowie ein Hindernis zum Frieden. Israel hat die bereits errichteten Abschnitte der Mauer abzureißen, das beschlagnahmte Land an ihre Eigentümer zurück zu geben und diese zu entschädigen“**.

Mehr zu diesem Gerichtsurteil, siehe Bericht des ICJ:

International Court of Justice: Report of Judgments, Advisory Opinions and Orders – Legal Consequences of the Construction of a Wall in the occupied Palestinian Territory, Advisory Opinion of 9 July 2004, online unter: <http://www.icj-cij.org/docket/files/131/1671.pdf> (English und französisch) erhältlich.

Auch im Folgenden Punkt 4 (unten), Resolution A/RES/ES10/15, kann man die wesentlichen Bestimmungen des ICJ-Gutachtens lesen, wie sie in der UNO-Generalversammlung am 20. Juli 2004 behandelt wurden.

4) *Resolution A/RES/ES-10/15 zum Gutachten des Internationalen Gerichtshofs über die Rechtsfolgen des Baus einer Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung*

Zehnte Notstandssondertagung / Tagesordnungspunkt 5, 20. Juli 2004

Die Generalversammlung,

geleitet von den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen, *in Anbetracht* dessen, dass die Förderung der Achtung der sich aus der Charta und anderen völkerrechtlichen Übereinkünften und Regeln ableitenden Verpflichtungen zu den wichtigsten Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen gehört,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2625 (XXV) vom 24. Oktober 1970 über die Erklärung über Grundsätze des Völkerrechts be-

treffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

erneut erklärend, dass jedweder Gebietserwerb durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt rechtswidrig ist,

unter Hinweis auf die Landkriegsordnung in der Anlage zum Haager Abkommen IV von 1907,

sowie unter Hinweis auf das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten² und die einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechtswidrigkeitsrechts, namentlich auf die im Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen³ kodifizierten Bestimmungen,

ferner unter Hinweis auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte⁴, den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte⁴ und das Übereinkommen über die Rechte des Kindes,

in Bekräftigung der ständigen Verantwortung der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Palästinafrage, bis diese unter allen Aspekten und auf der Grundlage der internationalen Legitimität zufriedenstellend gelöst ist,

unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, namentlich die Resolutionen 242, ...

[...]

sowie in Bekräftigung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat Palästina,

ferner in Bekräftigung des Eintretens für die Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina, nach der sie innerhalb anerkannter Grenzen, unter Zugrundelegung des Grenzverlaufs von vor 1967, Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben,

[...]

erneut erklärend, dass alle Staaten das Recht und die Pflicht haben, im Einklang mit dem Völkerrecht und dem humanitären Völkerrecht Maßnahmen zu ergreifen, um tödlichen, gegen ihre Zivilbevölkerung gerichteten Gewalttaten entgegenzuwirken und das Leben ihrer Bürger zu schützen,

unter Hinweis auf ihre Resolution ES-10/13 vom 21. Oktober 2003, in der sie verlangte, dass Israel den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, beendet und rückgängig macht,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution ES-10/14 vom 8. Dezember 2003, in der sie den Internationalen Gerichtshof um ein dringendes Gutachten zu der folgenden Frage ersuchte:

„Welche Rechtsfolgen ergeben sich aus der Errichtung der Mauer, die von der Besatzungsmacht Israel in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, gebaut wird, wie in dem Bericht des Generalsekretärs beschrieben, unter Berücksichtigung der Normen und Grundsätze des Völkerrechts, einschließlich des Vierten Genfer Abkommens von 1949, und der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung?“

nach achtungsvoller Entgegennahme des am 9. Juli 2004 abgegebenen Gutachtens des Gerichtshofs über die Rechtsfolgen des Baus einer Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet,

insbesondere feststellend, dass der Gerichtshof die von der Generalversammlung in ihrer Resolution ES -10/14 gestellte Frage wie folgt beantwortet hat:

„A. Der Bau der Mauer durch die Besatzungsmacht Israel in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, sowie die mit der Mauer verbundenen Vorkehrungen verstoßen gegen das Völkerrecht;

B. Israel ist verpflichtet, sein völkerrechtswidriges Verhalten zu beenden; es ist verpflichtet, die Bauarbeiten an der in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, im Bau befindlichen Mauer umgehend zu beenden, die dort befindlichen Strukturen unmittelbar abzubauen und im Einklang mit Absatz 151 dieses Gutachtens alle einschlägigen Gesetze und Verordnungen umgehend aufzuheben oder außer Kraft zu setzen;

C. Israel ist verpflichtet, für alle durch den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung, verursachten Schäden Wiedergutmachung zu leisten;

D. Alle Staaten sind verpflichtet, die rechtswidrige Situation nicht anzuerkennen, die sich aus dem Bau der Mauer ergibt, und Hilfsmaßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der durch den Bau der Mauer geschaffenen Lage beitragen, zu unterlassen; alle Parteien des IV. Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten sind darüber hinaus verpflichtet, unter Achtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts sicherzustellen, dass Israel das in diesem Abkommen niedergelegte humanitäre Völkerrecht einhält;

E. Die Vereinten Nationen und insbesondere die Generalversammlung und der Sicherheitsrat sollten prüfen, welche weiteren

Maßnahmen erforderlich sind, um die sich aus dem Bau der Mauer und den dazugehörigen Vorkehrungen ergebende rechtswidrige Situation zu beenden, und dabei das vorliegende Gutachten gebührend berücksichtigen.“

feststellend, dass der Gerichtshof zu dem Schluss kam, dass „die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet (einschließlich in Ost-Jerusalem) unter Verstoß gegen das Völkerrecht errichtet wurden“,

sowie feststellend, dass der Gerichtshof erklärte, dass „Israel und Palästina verpflichtet sind, die Regeln des humanitären Völkerrechts, dessen Hauptzweck unter anderem der Schutz der Zivilbevölkerung ist, genauestens einzuhalten“ und dass „nach Auffassung des Gerichtshofs diese tragische Situation nur beendet werden kann, wenn alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere die Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973), nach Treu und Glauben durchgeführt werden“,

in Anbetracht dessen, dass die Achtung vor dem Gerichtshof und seinen Funktionen für die Herrschaft von Recht und Vernunft in den internationalen Angelegenheiten unerlässlich ist,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 über die Rechtsfolgen des Baus einer Mauer in dem besetzten palästinensischen

Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem und seiner Umgebung;

2. *verlangt*, dass die Besatzungsmacht Israel ihre in dem Gutachten genannten rechtlichen Verpflichtungen erfüllt;

3. *fordert* alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen *auf*, ihre in dem Gutachten genannten rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, ein Register der Schäden zu erstellen, die allen im Sinne der Ziffern 152 und 153 des Gutachtens betroffenen natürlichen oder juristischen Personen entstanden sind;

5. *beschließt*, erneut zusammentreten, um die Durchführung dieser Resolution zu bewerten, mit dem Ziel, der rechtswidrigen Situation ein Ende zu setzen, die sich aus dem Bau der Mauer sowie den damit verbundenen Verordnungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in Ost-Jerusalem, ergibt;

6. *fordert* sowohl die Regierung Israels als auch die Palästinensische Behörde *auf*, in Zusammenarbeit mit dem Quartett ihre Verpflichtungen nach dem in der Resolution 1515 (2003) des Sicherheitsrats gebilligten „Fahrplan“⁶ unverzüglich zu erfüllen, um die Vision zweier Staaten, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, zu verwirklichen, und betont, dass sowohl Israel als auch die Palästinensische Behörde verpflichtet sind, die Regeln des humanitären Völkerrechts genauestens einzuhalten;

7. *fordert* alle Vertragsstaaten des Vierten Genfer Abkommens von 1949 *auf*, die Einhaltung des Abkommens durch Israel sicherzustellen, und bittet die Schweiz in ihrer Eigenschaft als Verwahrerin der Genfer Abkommen¹¹, Konsultationen abzuhalten und der Generalversammlung über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten, namentlich auch über die Möglichkeit, die Konferenz der Hohen Vertragsparteien des Vierten Genfer Abkommens wieder aufzunehmen;

[...]

27. Plenarsitzung

20. Juli 2004

Quelle: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York (<http://www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/ar-es10-15.pdf>).

IX/ Friedensgespräche, -initiativen und -abkommen im palästinensisch-israelischen Konflikt

1) *Friedenskonferenz von Madrid, 1991*

Unter der Schirmherrschaft der damaligen Sowjetunion und den USA fanden in Madrid zwischen 31.10. und 01.11.1991 erstmalig direkte Verhandlungen zwischen allen beteiligten Parteien des israelisch-arabischen Konfliktes statt. Offiziell war die PLO bei diesen Gesprächen nicht beteiligt. Stattdessen wurden ihre Interessen von einer palästinensisch-jordanischen Delegation vertreten. Die in Madrid begonnenen Verhandlungen wurden jedoch bis 1993 ohne nennenswerte Ergebnisse geführt. Parallel zu den Madrider Verhandlungen führten Abgesandte der PLO und der israelischen Regierung in Oslo Geheimgespräche, die in der Unterzeichnung der Prinzipienerklärung am 13. September 1993 mündeten.

2) *„Die Prinzipienerklärung“ zwischen Israel und der PLO vom 13. September 1993*

Am 13. September 1993 unterzeichneten Israel und die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), vertreten durch PM *Rabin* und PLO-Chef *Arafat* im Beisein des US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, in Washington die Prinzipienerklärung als Grundlage für die Schaffung der palästinensischen Selbstverwaltung in West Bank sowie im Gaza-Streifen. Die Vereinbarung sollte als Interimsabkommen fünf Jahre Gültigkeit haben und als Vorbereitung für die Verhandlungen über eine dauerhafte Regelung dienen. In der Prinzipienerklärung wurde vereinbart, dass die Selbstverwaltung in der ersten Phase im Gaza-Streifen und in Jericho eingeführt wird.

Vier Wochen später begannen die Delegationen Israels und der PLO im ägyptischen Badeort Taba über die Umsetzung der ersten Phase der Selbstverwaltung zu verhandeln. Dabei standen *vier Bereiche* im Vordergrund:

Sicherheitsaspekte: Israel legte bei den Verhandlungen großen Wert auf die Wahrung seiner Sicherheitsinteressen. Das Gaza-Jericho-Abkommen bestimmte unter anderem, dass Israel für die Dauer der Übergangsphase die Verantwortung für die äußere Sicherheit und für die Sicherheit von israelischen Bürgern und Siedlungen behalten sollte.

Zivilverwaltung: Übertragung von Befugnissen der israelischen Zivilverwaltung auf die palästinensische Selbstverwaltungsbehörde.

Justizwesen: Struktur des Justizwesens, Gesetzgebungsverfahren sowie Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche Israels und der palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde.

Wirtschaft: Über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und den palästinensischen Selbstverwaltungsgebieten wurde am **29. April 1994** in Paris ein Protokoll unterzeichnet (das so genannte **Pariser-Protokoll**)

Am **04. Mai 1994** und nach monatelangen Verhandlungen unterzeichneten *Rabin* und *Arafat* in Kairo einen Vertrag, der das Abkommen von Washington (Prinzipienerklärung) detaillierter regelt. Jericho und Gaza-Streifen werden autonome Gebiete.

3) *Das „Gaza-Jericho-Abkommen“ (Oslo I) vom 04. Mai 1994*

Gaza-Jericho (Oslo I) ist auch als das ‚Kairo- Abkommen‘ bekannt. Die wichtigsten Arrangements dieses Vertrages sind:

Israelischer Rückzug aus dem Gazastreifen und der Stadt Jericho
Sicherheitsarrangements
Übertragung der zivilen Angelegenheiten an die Palästinensische Nationalbehörde
Juristischer und ökonomischer Rahmenvertrag

Noch im gleichen Jahr, am **26. Oktober 1994**, schlossen Israel und Jordanien einen Friedensvertrag ab. Dieser enorme politische Gewinn für Israel wäre ohne das Gaza-Jericho-Abkommen nicht möglich gewesen.

Quelle: Dis erste Phase: Das „Gaza-Jericho-Abkommen“: die Palästinensische Selbstverwaltung im Gaza-Streifen und im Gebiet Jericho; das Abkommen zwischen Israel und der PLO/ Botschaft des Staates Israel, Bonn, 1994. Siehe auch Die offizielle Webseite der Generaldelegation Palästinas in der BRD: www.palaestina.de (Friedensprozess).

4) *Das Interimsabkommen zwischen Israel und der PLO (Oslo II) vom 28. September 1995*

Am 28. September 1995 unterzeichneten Israel und die PLO in Washington das Abkommen über die Ausweitung der palästinensischen Autonomie im Westjordanland. Dieses Abkommen löste die am 13. September 1993 unterzeichnete Prinzipienklärung sowie die hieran anschließenden Vereinbarungen des Gaza- Jericho-Abkommens vom Mai 1994 ab. Drei Grundsätze bestimmen dieses Abkommen:

Hauptziel des Interimsabkommens ist die weitere Ausweitung der palästinensischen Selbstverwaltung im Westjordanland durch eine gewählte Selbstverwaltungsbehörde – den Palästinensischen Rat. Hierdurch sollte den Palästinensern ermöglicht werden, ihre internen Angelegenheiten selbst zu regeln, Spannungspunkte zwischen Israelis und Palästinensern abzubauen und eine neue Ära der Zusammenarbeit und des Zusammenlebens auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, der Würde und der gegenseitigen Achtung einzuleiten. Zugleich schützt dies Israels grundlegende Interessen, insbesondere seiner Sicherheitsinteressen, sowohl in Bezug auf die äußere Sicherheit als auch in Bezug auf die persönliche Sicherheit seiner Bürger im Westjordanland.

Regelung der palästinensisch-israelischen Beziehungen: Das Interimsabkommen („Oslo II“) zwischen Israel und der PLO umfasst einschließlich der verschiedenen Anlagen etwa 400 Seiten, in denen die zukünftigen Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern dargelegt sind. Neben dem Hauptteil des Abkommens gibt es *sechs* Anlagen, die sich mit folgenden Bereichen befassen: a) Sicherheitsvereinbarungen, b) Wahlen, c) zivile Angelegenheiten (Übertragung von Befugnissen), d) Rechtsfragen, e) wirtschaftliche Beziehungen und f) Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinensern.

Zeitrahmen zur Konfliktlösung: Das Abkommen legte fest, dass ein Palästinensischer Rat für einen Übergangszeitraum gewählt wird, der *fünf Jahre* nach Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens (d.h. **spätestens im Mai 1999**) beendet sein musste. Die Verhandlungen über die Regelungen des endgültigen Status würden spätestens im **Mai 1996** beginnen und befassen sich mit den noch offenen Fragen, darunter Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsvereinbarungen, Grenzen, Beziehungen und Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten.

Wichtigste Ecksteine des Übergangsabkommens (Oslo II):

Erstens/ die Haltung freier Wahlen in den palästinensischen Gebieten: Nach der Ausweitung der palästinensischen Autonomie im Westjordanland sollen freie demokratische Wahlen unter internationaler Aufsicht abgehalten werden. Ein neuer palästinensischer Exekutivrat sollte als politisches Organ geschaffen werden;

Zweitens/ Umstationierung der israelischen Truppen in den besetzten Gebieten: Die israelischen Verteidigungskräfte sollten im Westjordanland entsprechend dem im Abkommen festgelegten Zeitplan umgruppiert werden.

In der ersten Phase, die die Abhaltung von Wahlen erleichtern sollte, würde sich die IDF aus den Ballungsgebieten des Westjordanlandes; den sechs Städten Jenin, Nablus, Tulkarm, Qalqilya, Ramallah und Bethlehem (für die Stadt Hebron gelten besondere Sicherheitsvereinbarungen entsprechend dem Abkommen) und aus 450 Städten und Dörfern zurückziehen. In Hebron würden spezielle Regelungen zum Tragen kommen. *Überall im Westjordanland und im Gaza-Streifen würde Israel generell die gesamte Zuständigkeit für die äußere Sicherheit und die Sicherheit der Israelis und der Siedlungen haben.*

In Bezug auf die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung legte das Abkommen verschiedene Regelungen für *drei* Gebietstypen fest:

- **Das Gebiet „A“** umfasste die sechs oben genannten Städte. In diesen Gebieten hatte der Palästinensische Rat die volle Zuständigkeit für die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung sowie uneingeschränkte zivile Verantwortlichkeiten;
- **Das Gebiet „B“** umfasste die palästinensischen Städte und Dörfer im Westjordanland. In diesen Gebieten, in denen etwa 68 % der palästinensischen Bevölkerung lebten, wurde dem Rat die umfassende zivile Zuständigkeit wie im Gebiet „A“ bewilligt [diese zivile Zuständigkeit beinhaltete keine hoheitlichen Befugnisse wie Planung und die Erteilung von Baugenehmigungen, Anm. d. V.]. Der Rat wurde mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betraut, wohingegen Israel die gesamte Zuständigkeit für die Sicherheit hatte. Diese Zuständigkeit hatte Vorrang vor der palästinensischen Zuständigkeit für die öffentliche Ordnung; und
- **Das Gebiet „C“**, umfasste die Peripherie und das dünn besiedelte Hinterland der palästinensischen Städte und Dörfer. Dieses Gebiet nahm einen Teil der israelischen Siedlungen auf und war für Israel von strategischer Bedeutung. Deswegen hatte Israel in diesem Gebiet die volle Zuständigkeit für die Sicherheit und öffentliche Ordnung beibehalten;

Drittens/ Außerkraftsetzung der PLO-Charta: Das Abkommen enthielt die Verpflichtung, innerhalb von zwei Monaten nach Konstituierung des Rates die Artikel der Palästinensischen Charta außer Kraft zu setzen, in denen die Zerstörung Israels gefordert wird;

Viertens/ Sicherheitspolitik für die Verhütung von Terrorismus und Gewalt: Hier verpflichteten sich die Palästinenser zu einer Zusammenarbeit mit den israelischen Sicherheitskräften und im Rahmen ihrer erlaubten Polizeigewalt (Die palästinensische Polizei, 12.000 Mann stark, ist die einzige palästinensische Sicherheitsbehörde) systematisch gegen alle Äußerungen von

Gewalt und Terror vorzugehen;

Fünftens/ Bewegungsfreiheit der Israelis: Die IDF und die Israelis durften sich auf den Straßen des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens weiterhin frei bewegen. In Gebiet „A“ sollten israelische Fahrzeuge von gemeinsamen Patrouillen begleitet werden. Israelis durften von der palästinensischen Polizei unter keinen Umständen verhaftet oder inhaftiert sondern nur dazu aufgefordert werden, Ausweis- und Fahrzeugpapiere vorzuzeigen. Auf Straßen, durch die gemeinsam patrouilliert wurde, durfte die Aufforderung an eine Person, sich auszuweisen, nur von israelischer Seite erfolgen;

Sechstens: Der Sonderfall Hebron - Angesichts der Präsenz der jüdischen Siedler im Herzen Hebrons galten in dieser Stadt besondere Vereinbarungen. Diese Vereinbarungen ermöglichten es der palästinensischen Polizei, ihren Verantwortlichkeiten gegenüber palästinensischen Bewohnern nachzukommen, während Israel gleichzeitig die Befugnisse und Verantwortlichkeiten beibehielt, die zum Schutz der Israelis notwendig waren, die in Hebron lebten bzw. die Abraham-Moschee besuchten; und

Siebtens: Wasser - Das Abkommen enthielt die Verpflichtung Israels, die den Palästinensern zugewiesene Wasserquote um 128 Millionen m³ zu erhöhen. Eine mögliche beiderseitige Steigerung dieser Quote war von einer Erhöhung der verfügbaren Wasserressourcen abhängig, die mit Hilfe internationaler Finanzmittel erschlossen werden mussten. Hierzu zählte das amerikanisch-palästinensisch-israelische Dreiparteienforum, das seine erste Tagung nach der Unterzeichnung des Interimsabkommens abhalten sollte. Das Abkommen sah die Einrichtung eines israelisch-palästinensischen Wasserausschusses vor, der die Wasserressourcen bewirtschaften und Wasserwirtschaftsmaßnahmen durchsetzen sollte, wobei die Interessen beider Parteien durch Vermeidung unkontrollierter Bohrtätigkeiten, Durchsetzung von Normen usw. geschützt wurden.



Karte: Oslo II-Gebietskategorisierung des Westjordanlandes.

Quelle (Text): *Der Friedensprozeß im Nahen Osten- Ein Überblick/ Botschaft des Staates Israel, Presse und Informationsabteilung, Bonn, 2000.*
 Originaltext (Englisch) unter: <http://www.mideastweb.org/meosint.htm>; Karte: PASSIA.

5) Hebron-Abkommen vom 15. Januar 1997

Am 31. März 1996 begann gemäß *Oslo II* die so genannte Umgruppierung der israelischen Armee und Behörden in Hebron.

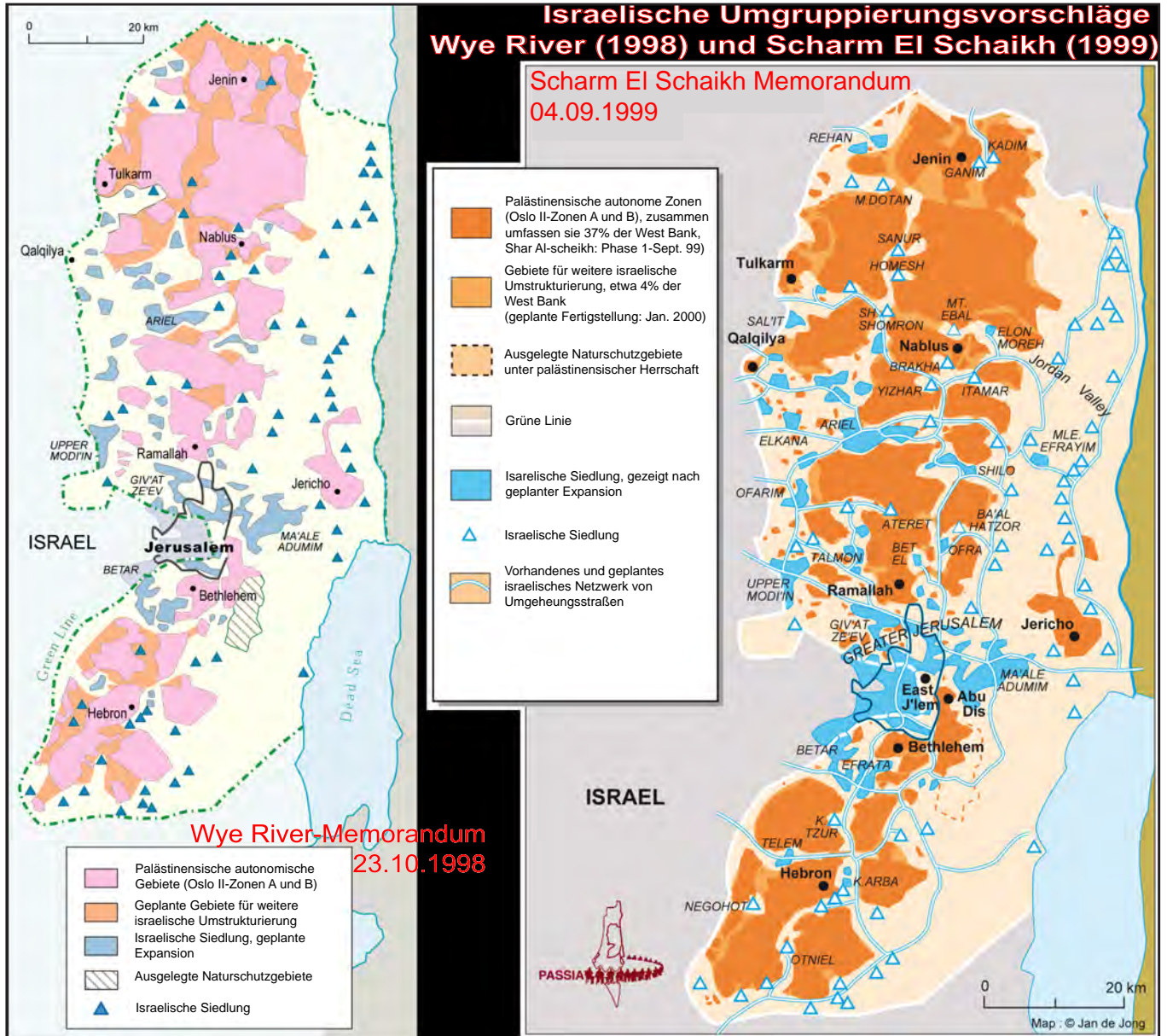
Im Januar 1997 wurde das Hebron-Abkommen unterzeichnet und 80% der israelischen Rückzugsmaßnahmen aus Hebron (H1) wurden realisiert und weitere Sicherheits- und Zivilarrangements vereinbart.

Der geplante Abschluss der Oslo II-Vereinbarungen mit weiteren Umgruppierungen der israelischen Armee in Hebron wurde nicht realisiert.

6) *Wye River Memorandum* vom 23. Oktober 1998

Wichtigste Punkte dieser Denkschrift:

- Inkraftsetzung von *Oslo II*;
- Wiederaufnahme der Endstatus-Gespräche zwischen der PLO und Israel;
- Weitere israelische Umgruppierung (13% der West Bank);
- Änderungen in der PLO-Charta;
- Öffnung des Flughafens von Gaza sowie einer sicheren Passage zwischen dem Gazastreifen und der West Bank; sowie
- Freilassung von palästinensischen politischen Gefangenen.



Karte: Israelische Umgruppierungsvorschläge Wye River (1998) & Scharm El-Scheich (1999).

7) *Sharm El-Scheich- Abkommen* vom 04. September 1999

Auch als *Wye II-* oder *Wye Plus-*Abkommen bekannt. Wichtigste Punkte dieser Abmachung:

- E) Inkraftsetzung der Wye River- Übereinkunft;
- F) Wiederaufnahme der Endstatus-Gespräche zwischen der PLO und Israel (13. September);
- G) Israelischer Rückzug (11% der West Bank in drei Stufen);
- H) Öffnung von sicheren Passagen; sowie
- D) Freilassung von 350 palästinensischen politischen Gefangenen.

8) *Camp-David-Gipfeltreffen (Camp-David II), – Friedensgespräche zwischen der PLO und Israel in Camp-David, 05. bis 25. Juli 2000.*

In Camp David, dem Sommersitz der US-Präsidenten, fanden im Jahre 2000 Gespräche zwischen Präsident Bill Clinton, PLO-Chef Jassir *Arafat* und dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak über den Nahostkonflikt statt. In Camp David wurde die Vorarbeit für den 1979 zwischen Ägypten und Israel unterzeichneten Friedensabkommen (Camp-David I) geleistet. Deswegen bezeichnet man dieses Treffen als **Camp David II**. Camp David II sollte auf der Basis des Oslo-Abkommens von 1993 (zwischen Yitzchak *Rabin* und Jassir *Arafat*) zu einer weit reichenden Entschärfung des Nahostkonfliktes führen.

Präsident Clinton sprach seine Einladung an Barak und *Arafat* aus, am 5. Juli 2000 nach Camp David zukommen, damit die Bemühungen um den Friedensprozess weitergeführt werden könnten. Erst am 11. Juli trat der Gipfel zusammen. Er endete am 25. Juli ohne dass ein Ergebnis erzielt werden konnte. Als Resultat wurde ein trilaterales Statement veröffentlicht, das die Übereinstimmungen enthielt, welchen Leitlinien zukünftige Verhandlungen folgen sollten. Diese waren an sich nichts Neues und drehten sich um einen zentralen Punkt, nämlich dass die Verhandlungsparteien sich verpflichten, ihre Bemühungen um ein Friedensabkommen – auf der Basis der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates 242 und 338 – baldmöglichst weiter zu führen und dass die USA ein notwendiger Partner auf der Suche nach Frieden sind.

Ziele der Verhandlungspartner

Die PLO wollte in den Verhandlungen Folgendes erreichen:

1. Ein Rückkehrrecht oder eine »angemessene Entschädigung« für die Flüchtlinge gemäß UNO-Resolution 194;
2. Einen vollständigen Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten in der West Bank und im Gazastreifen in Übereinstimmung mit den UNO-Resolutionen 242 und 338;
3. Die Räumung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten; und
4. Die Anerkennung Ostjerusalems als Hauptstadt eines künftigen Staates Palästina.

Israels Position wurde durch **die fünf »roten Linien** markiert, die Barak nicht zu überschreiten bereit war:

5. Kein Rückzug Israels auf die (Grenzen) von 1967. Israel wollte die Waffenstillstandslinie von 1949 nicht als Grenze anerkennen;
6. Jerusalem bleibt ungeteilt und unter israelischer Souveränität;
7. Westlich des Flusses Jordan darf sich keine andere Macht etablieren als Israel (kein souveräner Palästinenserstaat);
8. Die meisten israelischen Siedler bleiben unter israelischer Souveränität, auch im Falle eines Endabkommens (Siedler bleiben innerhalb von israelischen Exklaven in den besetzten Gebieten) ;
9. Keine moralische oder rechtliche Verantwortung für das Problem der palästinensischen Flüchtlinge.

Was umfasste das so genannte »großzügige Angebot « Ehud Baraks tatsächlich?

Territorial (Karte): Die Palästinenser hätten einen Staat bekommen sollen, der aus drei Landstücken besteht, die durch Korridore miteinander verbunden werden sollten; die Kontrolle über diese Korridore und die Außengrenzkontrollen der drei Landstücke würde in israelischer Hand bleiben. Zudem hätte Israel 10 Prozent im Herzen des Westjordanlandes für die israelischen Siedlungen legal annektiert. Dafür sollten die Palästinenser mit einem Stück Wüste entschädigt werden. Weitere 10 bis 12 Prozent, die den Jordangraben ausmachen, wollte Israel für 100 Jahre pachten. Das kommt einer Abkopplung des Palästinenserstaates von Jordanien gleich. De facto wären die Palästinenser die Besatzung nicht losgeworden, sondern sie hätten sie sogar legalisiert;

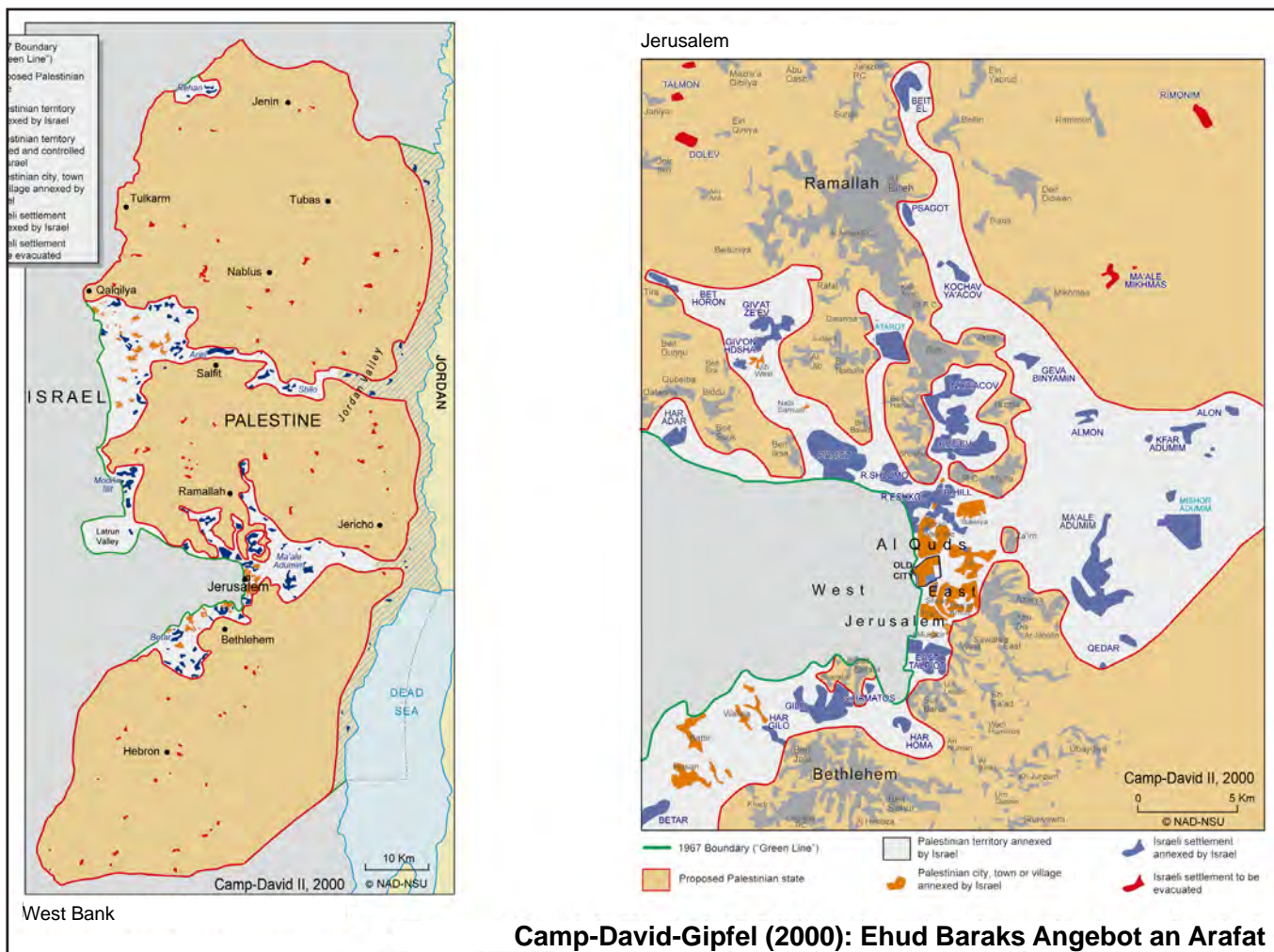
Flüchtlingsproblem: Israel war zu keinen Zugeständnissen in der Flüchtlingsfrage bereit, weder moralisch noch rechtlich. Für damals 3,7 Millionen Flüchtlingen kein tragbarer Umstand. Die Palästinenser unter *Arafat* waren durchaus zu einem Kompromiss bereit und bestanden nur auf einer prinzipiellen Anerkennung ihres Rechts auf Rückkehr;

Der Status Jerusalems: Vor allem Israels Haltung bezüglich des Status Jerusalems erregte das Misstrauen der Palästinenser. Barak forderte plötzlich, dass die Juden auf Al-Haram Al-Scharif (Tempelberg) beten sollten. Das wiesen die Palästinenser entschieden zurück. Dann schlugen amerikanische Rechtsexperten vor, dass mit Hilfe eines internationalen Komitees, bestehend aus dem UNO-Sicherheitsrat und Marokko, die Palästinenser die Aufsicht über den Tempelberg bekommen sollten, während die Souveränität über den Ort bei Israel liegen würde. Der Vorschlag wurde durch Clintons Idee abgerundet, dass die Palästinenser den oberirdischen Teil des Al-Haram-Al-Scharifs (Tempelberg) benutzen dürften, während Israel den unter-

irdischen Teil kontrollierte. Jerusalem sollte nach diesem Vorschlag fragmentiert werden. Für verschiedene Stadtteile sollten verschiedene Systeme gelten. Alles in allem wäre die palästinensische Souveränität auf die Teile Ostjerusalems beschränkt worden, die nicht Teil Jerusalems in den Stadtgrenzen von 1967 gewesen waren. Die so genannte Hauptstadt Ostjerusalem der Palästinenser hätte aus drei Dörfern bestanden: Abu-Dis, Al-Aisaria und Salwan.

Die Amerikaner und die Israelis haben versucht, den Palästinensern diese Lösung für Jerusalem – und für die anderen beiden Aspekte – aufzudrängen und mit der Unterschrift Arafats das Ende des Konfliktes besiegeln. Aber die Palästinenser lehnten dies strikt ab. Der Gipfel scheiterte.

Hinzu muss gesagt werden, dass die Kontrahenten auf dem Camp-Davids-Gipfel in 15 Tagen nur ein einstündiges Gespräch hatten. Eine vertrauensvolle Atmosphäre oder ein persönlicher Draht konnte sich zwischen ihnen niemals entwickeln. Baraks damaliger Begleiter und israelischer Justizminister Yossi Beilin berichtete, dass das israelische Verhandlungsteam auf Anweisung von PM Ehud Barak den Palästinensern niemals etwas Schriftliches unterbreitet habe. Für die Palästinenser habe es immer nur die Wahl zwischen der Annahme der Vorschläge oder deren Ablehnung gegeben. Auch seien die amerikanischen Vorschläge jedes Mal mit der israelischen Delegation besprochen worden, bevor sie den Palästinensern unterbreitet wurden.



Karte: Camp David II, 2000 – Ehud Baraks Angebot an Arafat (ein territorial nicht lebensfähiger und nicht souveräner Staat, definitiv ohne Ostjerusalem und zweifelsohne kein Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge).

Beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig für das Scheitern der Verhandlungen: Die Palästinenser behaupteten, dass ihnen nicht genug angeboten worden sei, während die Israelis zum Ausdruck brachten, dass sie Nichts mehr anbieten könnten. Zum Abschluss des Gipfels wurde vereinbart, die Verhandlungen in Taba (Ägypten) weiterzuführen, was jedoch ebenfalls scheiterte.

Quellen:

PLO Negotiations Affairs Department (NAD) – www.nad-plo.org
Ludwig Watzal, Der Mythos von Camp David, ein Artikel in der Neue Züricher Zeitung, 22.06.2002;
Karte: NAD-NSU.

9) *Roadmap des Quartetts vom 30. April 2003 – Fahrplan zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts*

Im Folgenden ist eine Zusammenfassung (Text gekürzt) der wichtigsten Punkte der ergebnisorientierten ‚Road Map‘ des Quartetts (EU, USA, Russische Föderation und die UN) angegeben, deren Inhalt eine dauerhafte Zwei-Staaten-Regelung bzw. eine Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts herbeiführen sollte:

[A]

Gegenstand der politischen Verhandlungen ist die Option einer Zwei-Staaten-Regelung. Die Palästinenser sollen einen eigenen unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen Staat bekommen, der in Frieden und Sicherheit mit Israel und seinen anderen Nachbarn bestehen soll.

[1] Der Grundsatz ‚Land gegen Frieden‘ (Konferenz von Madrid), [2] die Resolutionen 242, 138 und 1397 des Sicherheitsrates der VN, [3] die von den Parteien bereits erzielten Vereinbarungen und [4] die vom Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Beirut (2002) gebilligte Initiative des saudischen Kronprinzen Abdullah (genannt arabische Initiative) bildeten die Grundlage der Gespräche. Die arabische Initiative rief zur Beilegung des israelisch-arabischen Konflikts auf, im Rahmen einer umfassenden Einigung, nach der Israel sich zur Waffenstillstandslinie von 1949 zurückziehen und ihre Besetzung der arabischen Gebiete (auch der *Golanhöhen* in Syrien und dem *Scheb'a-Gebiet* in Libanon) beenden sollte. Im Gegenzug sollte Israel von allen arabischen bzw. von insgesamt mehr als 50 islamischen Staaten als ein Staat anerkannt werden, der mit seinen Nachbarländern in Frieden und Sicherheit lebt. Diese Initiative ist weiterhin ein wichtiger Bestandteil der internationalen Bemühungen zur Förderung eines umfassenden Friedens auf allen Verhandlungswegen, einschließlich der zwischen Syrien und Israel sowie zwischen Libanon und Israel.

[B]

Der Fahrplan hat das Ziel, durch jeweilige Schritte der beiden Parteien in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft, humanitäre Lage und Aufbau von Institutionen unter der Schirmherrschaft des Nahost-Quartetts Fortschritte zu erzielen. Das Endziel ist eine endgültige und umfassende Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts bis 2005, wie Präsident G. W. Bush in seiner Rede vom 24. Juni dargelegt hat (*Bush Vision*) und wie es von der EU, Russland und den Vereinten Nationen in den Ministererklärungen des Nahost-Quartetts vom 16. Juli und 17. September (2002) begrüßt worden ist. Demnach enthält der Plan eine klare Phaseneinteilung, eine Ablaufplanung, Zieltermine und Bewertungsmaßstäbe, die durch jeweilige Schritte der beiden Parteien in den Bereichen Politik, Sicherheit, Wirtschaft, humanitäre Lage und Aufbau von Institutionen unter der Schirmherrschaft des Nahost-Quartetts Fortschritte erzielen sollen;

[C]

Die *drei Phasen* zur Beilegung des Konflikts:

Phase I (Zeitpunkt der Fertigstellung der „Roadmap“ bis Ende Mai 2003)/ Beendigung des Terrors und der Gewalt, Normalisierung des palästinensischen Lebens und Aufbau palästinensischer Institutionen:

In dieser Phase verpflichten sich beide Parteien, auf jegliche Form von Terror und Gewalt zu verzichten. Die Palästinenser verpflichten sich, wiederholt das Existenzrecht Israels schriftlich zu bestätigen und, in Vorbereitung auf die Staatlichkeit, umfassende politische Reformen durchzuführen, darunter die Ausarbeitung eines palästinensischen Verfassungsentwurfes sowie die Abhaltung freier, gerechter und ergebnisoffener Wahlen. Israel zieht sich aus den seit dem 28. September 2000 besetzten palästinensischen Gebieten zurück und unternimmt alle erforderlichen Schritte, um die Normalisierung des palästinensischen Lebens zu unterstützen, wie die Unterlassung diskriminierender Maßnahmen jeglicher Art gegen die palästinensische Zivilbevölkerung und die aktive Hilfe und Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der palästinensischen Institutionen und Sicherheitsapparate.

Die israelische Regierung baut umgehend Siedlungsaußenposten ab, die seit März 2001 errichtet worden sind. Im Einklang mit dem Mitchell-Bericht stellt die israelische Regierung jede Siedlungsaktivität ein (einschließlich des natürlichen Wachstums der Siedlungen).

Phase II (Juni-Dezember 2003)/ **Übergang:**

In der zweiten Phase richten sich die Bemühungen auf die Option der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit **vorläufigen Grenzen** und **Merkmale der Souveränität** auf der Grundlage der neuen Verfassung als Zwischenstation auf dem Weg zu einer Einigung über den endgültigen Status.

Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn das palästinensische Volk eine Führung hat, die entschieden gegen den Terror vorgeht sowie willens und fähig ist, eine funktionierende Demokratie auf der Grundlage von Toleranz und Freiheit aufzubauen. Wenn es eine solche Führung sowie reformierte zivile Institutionen und Sicherheitsstrukturen gibt, werden die Palästinenser

für den Aufbau eines unabhängigen, lebensfähigen Staates die aktive Unterstützung des Quartetts und der internationalen Gemeinschaft im weiteren Sinne erhalten.

Der Übergang zu *Phase III* beruht auf der einvernehmlichen Einschätzung seitens des Quartetts, ob die Bedingungen für ein Fortschreiten gegeben sind, wobei das Verhalten beider Parteien berücksichtigt wird. In dem Bemühen, die Normalisierung des Lebens der Palästinenser und den Aufbau palästinensischer Institutionen kontinuierlich fortzuschreiben, beginnt Phase II nach den palästinensischen Wahlen und endet mit der Option der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit vorläufigen Grenzen im Jahr 2003.

Die Hauptziele dieser Phase sind fortgesetzte umfassende Anstrengungen zur Gewährleistung von Sicherheit und eine wirkungsvolle Sicherheitskooperation, die fortgesetzte Normalisierung des Lebens der Palästinenser und der fortgesetzte Aufbau von Institutionen, die Beibehaltung und Fortschreibung der für *Phase I* definierten Ziele, die Ratifikation einer demokratischen palästinensischen Verfassung, die förmliche Einrichtung eines Amtes des Premierministers, die Konsolidierung der politischen Reformen und die Schaffung eines palästinensischen Staates mit vorläufigen Grenzen;

Phase III (2004-2005)/ Vereinbarung über den endgültigen Status und Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts:

Der Übergang zu Phase III erfolgt auf der Grundlage der einvernehmlichen Beurteilung durch das Quartett sowie unter Berücksichtigung des Verhaltens beider Parteien und der Überwachungserkenntnisse des Quartetts.

Die Ziele der Phase III sind [1] die Konsolidierung der Reformen und [2] die Stabilisierung der palästinensischen Institutionen, nachhaltige und wirkungsvolle Anstrengungen der Palästinenser zur Gewährleistung von Sicherheit sowie israelisch-palästinensische Verhandlungen mit dem Ziel einer Einigung über den endgültigen Status im Jahr 2005.

Quelle: Generaldelegation Palästinas, Berlin, Den ungekürzten Text findet man unter: <http://www.palaestina.org/dokumente/friedensprozesse/roadmap.pdf>.

10) **Genfer Initiative** vom 01. Dezember 2003

Am 1. Dezember 2003 haben israelische und palästinensische Persönlichkeiten die „Genfer Initiative“ unterzeichnet. Mehr als zwei Jahre hatte es gedauert, bis ein Entwurf vorgelegt werden konnte, der dem Frieden zwischen beiden Völkern den Weg ebnen sollt. NACHfolgend sind Artikel 4 (Territorium) und 7 (Flüchtlinge) beschrieben, an denen die Initiative gescheitert war. Der Sicherheitsaspekt (Artikel 5) wird hier nicht berücksichtigt, da dieser unverhältnismäßig lang ist. Viele Experten meinen, dass die Genfer-Initiative mehr einem Sicherheitsabkommen zugunsten Israels und weniger eine Friedensinitiative darstelle. Wesentliche Sicherheitsaspekte kann man zwischen den hier liegenden Zeilen der Artikel 4 und 7 deutlich ablesen. Diese Initiative scheiterte letztendlich an der Ignoranz des *wirklichen* Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge. Die immer wieder genannte Anlage X liegt nicht vor, es ist die große Unbekannte in der politischen Gleichung. Diese nebulöse Verhaltensweise in Bezug auf dieses Dokument vergrößerte das ohnehin vorhandene Misstrauen der Konfliktparteien.

Begleitkarte der Genfer-Initiative, 01.12.2003.

Ausschnitte der Genfer Initiative:

Entwurf eines Abkommens über den endgültigen Status

[...]

Artikel 4: Territorium

1. Die internationalen Grenzen zwischen den Staaten Palästina und Israel

a) Gemäß den UNSC-Resolutionen 242 und 338 basiert die Grenze zwischen den Staaten Palästina und Israel auf dem Grenzverlauf vom 4. Juni 1967 mit gegenseitigen Modifikationen auf einer 1:1-Basis, wie sie in der beigegeführten Karte in diesem Anhang dargelegt ist.

b) Die Parteien stimmen der in der beigegeführten Karte zwischen ihnen dargestellte Grenze als der dauernden, sicheren und anerkannten internationalen Grenzlinie zu.

2. Souveränität und Unverletzlichkeit

[...]

3. Rückzug Israels

[...]

4. Grenzfestlegung

- a) Es wird eine Gemeinsame Technische Grenzkommision eingerichtet („Kommission“), der beide Parteien angehören, um die technische Demarkation der Grenze gemäß diesem Artikel durchzuführen. Die für die Arbeit dieser Kommission maßgeblichen Verfahren sind in Anhang X angeführt.
- b) Alle Meinungsverschiedenheiten in der Kommission werden in Übereinstimmung mit Anhang X an die IVG verwiesen.
- c) Die physische Demarkation der internationalen Grenzen wird von der Kommission spätestens neun Monate nach Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossen.

5. Siedlungen

- a) Der Staat Israel ist dafür verantwortlich, die auf palästinensischem Hoheitsgebiet lebenden Israelis außerhalb dieser Gebiete umzusiedeln.
- b) Die Umsiedlung erfolgt gemäß dem in Artikel 5 festgesetzten Zeitplan.
- c) Bestehende Regelungen im Westjordanland und dem Gazastreifen in Bezug auf israelische Siedler und Siedlungen, einschließlich Sicherheitsregelungen, behalten in allen Siedlungen bis zu dem im Zeitplan für den Abschluss der Evakuierung der jeweiligen Siedlung vorgesehenen Datum ihre Gültigkeit.
- d) Die Modalitäten für die Übernahme der Autorität über die Siedlungen durch Palästina sind in Anhang X angeführt. Die IVG legt alle während der Umsetzung eventuell entstehenden Streitigkeiten bei.
- e) Israel sorgt für die Unverletztheit des unbeweglichen Vermögens, der Infrastruktur und Einrichtungen in israelischen Siedlungen, die an die palästinensische Souveränität zu übertragen sind. Zusammen mit der IVG erstellen die Parteien vor der Durchführung der Evakuierung und gemäß Anhang X ein abgestimmtes Bestandsverzeichnis.
- f) Der Staat Palästina hat das ausschließliche Eigentumsrecht an allen Ländereien und Gebäuden, Einrichtungen, Infrastruktur oder anderem Eigentum, das in jeder der Siedlungen zu dem im Zeitplan für die Durchführung der Evakuierung dieser Siedlung festgesetzten Datum verblieben ist.

6. Korridor

- a) Die Staaten Palästina und Israel errichten einen Korridor, der das Westjordanland mit dem Gazastreifen verbindet. Dieser Korridor:
 - i) Untersteht israelischer Souveränität.
 - ii) Ist ständig offen.
 - iii) Befindet sich gemäß Anhang X zu diesem Abkommen unter palästinensischer Verwaltung. Personen, die diesen Korridor benutzen sowie diesen Korridor betreffende Verfahren unterliegen palästinensischem Recht.
 - iv) Verursacht keine Störung des israelischen Verkehrs oder anderer Infrastrukturnetze und stellt keine Gefährdung der Umwelt, öffentlichen Sicherheit oder öffentlichen Gesundheit dar. Wo dies erforderlich ist, wird nach technischen Lösungen gesucht, um solche Störungen zu vermeiden.
 - v) Erlaubt die Einrichtung der notwendigen Infrastruktureinrichtungen für die Verbindung zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen. Als Infrastruktureinrichtungen gelten unter anderem Rohrleitungen, Kabel für Stromversorgung und Kommunikation sowie zugehörige Ausrüstungsteile, wie in Anhang X angeführt.
 - vi) Darf nicht in Verletzung dieses Abkommens verwendet werden.
- b) Entlang des Korridors werden Verteidigungssperren errichtet, wobei weder Palästinenser noch Israelis über diesen Korridor das jeweils andere Land betreten dürfen.
- c) Die Parteien bemühen sich um die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Sicherung der Finanzierung des Korridors.
- d) Die IVG garantiert die Implementierung dieses Artikels in Übereinstimmung mit Anhang X.
- e) Alle zwischen den Parteien auftretenden Streitigkeiten infolge des Betriebs des Korridors werden gemäß Artikel 16 beigelegt.
- f) Die in diesem Punkt festgelegten Regelungen können nur über eine Vereinbarung beider Parteien beendet oder abgeändert werden.

[...]

Artikel 7: Flüchtlinge

1. Bedeutung des Flüchtlingsproblems

- a) Die Parteien erkennen an, dass im Kontext von zwei unabhängigen Staaten, Palästina und Israel, die nebeneinander in Frieden leben, eine abgestimmte Lösung des Flüchtlingsproblems erforderlich ist, um einen gerechten, umfassenden und dauernden Frieden zwischen ihnen zu erzielen.
- b) Eine derartige Lösung wird auch zentral für den Aufbau der Stabilität und die Entwicklung in der Region sein.

2. UNGAR [4] 194, UNSC Resolution 242 sowie die arabische Friedensinitiative

- a) Die Parteien stimmen zu, dass UNGAR 194, die UNSC-Resolution 242 und die arabische Friedensinitiative (Artikel 2.ii.) betreffend der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge die Grundlage für die Lösung der Flüchtlingsfrage darstellt und vereinbaren, dass diese Rechte gemäß Artikel 7 dieses Abkommens erfüllt werden.

3. Entschädigung

- a) Die Flüchtlinge haben ein Anrecht auf eine Wiedergutmachung für ihren Flüchtlingsstatus und für den Verlust von Eigentum. Dies gilt freibleibend des und unabhängig vom ständigen Wohnsitz des Flüchtlings.
- b) Die Parteien akzeptieren das Recht derjenigen Staaten auf Vergütung, die palästinensische Flüchtlinge aufgenommen haben.

4. Wahl des ständigen Wohnsitzes („Permanent Place of Residence“ [PPR])

Die Lösung des aus dem Flüchtlingsproblem resultierenden PPR-Aspekts erfolgt mittels Entscheidung auf einer breiten Informationsgrundlage seitens des Flüchtlings, die entsprechend den in diesem Abkommen dargelegten Optionen und Modalitäten zu erfolgen hat. Die Flüchtlinge können unter folgenden PPR-Optionen wählen:

- a) Der Staat Palästina, entsprechend nachstehendem Punkt a.
- b) Gebiete in Israel, die im Landtausch nach der Übernahme der palästinensischen Souveränität an Palästina transferiert wurden, entsprechend nachstehendem Punkt a.
- c) Drittländer, entsprechend nachstehendem Punkt b.
- d) Der Staat Israel, entsprechend nachstehendem Punkt c.
- e) Gegenwärtige Aufnahmeländer, entsprechend nachstehendem Punkt d.

[...]

6. Ende des Flüchtlingsstatus

[...]

7. Ende der Ansprüche

[...]



Quelle: Der ganze Wortlaut des Entwurfes (deutsch) ist auf der Homepage der Genfer Initiative von Reiner Bernstein erhältlich, siehe unter: http://www.reiner-bernstein.de/pdf/deutsch/genfer_initiative_ger.pdf. Siehe auch unter www.genfer-initiative.de.
 Quelle Karte: Reiner und Judith Bernstein: www.Genfer-initiative.de

11) *Letters of Assurances (Bushs Garantien) - G. W. Bushs Brief an den israelischen PM Ariel Sharon vom 14.04.2004*

Wortlaut - Originaltext.

His Excellency
Ariel Sharon
Prime Minister of Israel

Dear Mr Prime Minister:

Thank you for your letter setting out your disengagement plan.

The United States remains hopeful and determined to find a way forward toward a resolution of the Israeli-Palestinian dispute. I remain committed to my June 24, 2002 vision of two states living side by side in peace and security as the key to peace, and to the road map as the route to get there.

We welcome the disengagement plan you have prepared, under which Israel would withdraw certain military installations and all settlements from Gaza, and withdraw certain military installations and settlements in the West Bank.

These steps described in the plan will mark real progress toward realizing my June 24, 2002 vision, and make a real contribution towards peace. We also understand that, in this context, Israel believes it is important to bring new opportunities to the Negev and the Galilee. We are hopeful that steps pursuant to this plan, consistent with my vision, will remind all states and parties of their own obligations under the road map.

The United States appreciates the risks such an undertaking represents. I therefore want to reassure you on several points.

First, the United States remains committed to my vision and to its implementation as described in the road map. The United States will do its utmost to prevent any attempt by anyone to impose any other plan.

Under the road map, Palestinians must undertake an immediate cessation of armed activity and all acts of violence against Israelis anywhere, and all official Palestinian institutions must end incitement against Israel. The Palestinian leadership must act decisively against terror, including sustained, targeted, and effective operations to stop terrorism and dismantle terrorist capabilities and infrastructure. Palestinians must undertake a comprehensive and fundamental political reform that includes a strong parliamentary democracy and an empowered prime minister.

Second, there will be no security for Israelis or Palestinians until they and all states, in the region and beyond, join together to fight terrorism and dismantle terrorist organizations. The United States reiterates its steadfast commitment to Israel's security, including secure, defensible borders, and to preserve and strengthen Israel's capability to deter and defend itself, by itself, against any threat or possible combination of threats.

Third, Israel will retain its right to defend itself against terrorism, including to take actions against terrorist organizations. The United States will lead efforts, working together with Jordan, Egypt, and others in the international community, to build the capacity and will of Palestinian institutions to fight terrorism, dismantle terrorist organizations, and prevent the areas from which Israel has withdrawn from posing a threat that would have to be addressed by any other means. The United States understands that after Israel withdraws from Gaza and/or parts of the West Bank, and pending agreements on other arrangements, existing arrangements regarding control of airspace, territorial waters, and land passages of the West Bank and Gaza will continue. The United States is strongly committed to Israel's security and well-being as a Jewish state.

It seems clear that an agreed, just, fair, and realistic framework for a solution to the Palestinian refugee issue as part of any final status agreement will need to be found through the establishment of a Palestinian state, and the settling of Palestinian refugees there, rather than in Israel.

As part of a final peace settlement, Israel must have secure and recognized borders, which should emerge from negotiations between the parties in accordance with UNSC Resolutions 242 and 338. In light of new realities on the ground, including already existing major Israeli populations centers, it is unrealistic to expect that the outcome of final status negotiations will be a full and complete return to the armistice lines of 1949, and all previous efforts to negotiate a two-state solution have reached the same conclusion. It is realistic to expect that any final status agreement will only be achieved on the basis of mutually agreed changes that reflect these realities.

I know that, as you state in your letter, you are aware that certain responsibilities face the state of Israel. Among these, your government has stated that the barrier being erected by Israel should be a security rather than political barrier, should be temporary rather than permanent, and therefore not prejudice any final status issues including final borders, and its route should take into account, consistent with security needs, its impact on Palestinians not engaged in terrorist activities.

As you know, the United States supports the establishment of a Palestinian state that is viable, contiguous, sovereign, and independent, so that the Palestinian people can build their own future in accordance with my vision set forth in June 2002 and with the path set forth in the road map. The United States will join with others in the international community to foster the development of democratic political institutions and new leadership committed to those institutions, the reconstruction of civic institutions, the growth of a free and prosperous economy, and the building of capable security institutions dedicated to maintaining law and order and dismantling terrorist organizations.

A peace settlement negotiated between Israelis and Palestinians would be a great boon not only to those peoples but to the peoples of the entire region. Accordingly, the United States believes that all states in the region have special responsibilities: to support the building of the institutions of a Palestinian state; to fight terrorism, and cut off all forms of assistance to individuals and groups engaged in terrorism; and to begin now to move toward more normal relations with the state of Israel. These actions would be true contributions to building peace in the region.

Mr Prime Minister, you have described a bold and historic initiative that can make an important contribution to peace. I commend your efforts and your courageous decision which I support. As a close friend and ally, the United States intends to work closely with you to help make it a success.

Sincerely,
George W. Bush

Quelle: <http://www.bitterlemons.org/docs/bushletter.html>

(Text-Hervorhebungen durch den Verfasser)

X/ Globale Menschenrechte

1) *Genfer Konventionen (IV. Genfer Abkommen) über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten*

Abgeschlossen in Genf am 12. August 1949

Von der Bundesversammlung genehmigt am 17. März 19503

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 31. März 1950

In Kraft getreten für die Schweiz am 21. Oktober 1950

[...]

Art. 33

Keine geschützte Person darf für eine Übertretung bestraft werden, die sie nicht persönlich begangen hat. Kollektivstrafen wie auch jede Maßnahme zur Einschüchterung oder Terrorisierung sind verboten.

Die Plünderung ist verboten.

Vergeltungsmaßnahmen gegen geschützte Personen und ihr Eigentum sind verboten.

[...]

Abschnitt III: Besetzte Gebiete

[...]

Artikel 49

Zwangswise Einzel- oder Massenumsiedlungen sowie Deportationen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besetzungsmacht oder dem irgendeines anderen besetzten oder unbesetzten Staates sind ohne Rücksicht auf ihren Beweggrund verboten.

Immerhin kann die Besetzungsmacht eine vollständige oder teilweise Evakuierung eines bestimmten besetzten Gebietes durchführen, wenn die Sicherheit der Bevölkerung oder zwingende militärische Gründe dies erfordern. Solche Evakuierungen dürfen nicht die Umsiedlungen von geschützten Personen in Gebiete außerhalb der Grenzen des besetzten Gebietes zur Folge haben, es sei denn, eine solche Umsiedlung ließe sich aus materiellen Gründen nicht vermeiden. Unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten in dem in Frage stehenden Gebiet soll die so evakuierte Bevölkerung in ihre Heimstätten zurückgeführt werden.

Die Besetzungsmacht hat bei der Durchführung derartiger Umsiedlungen oder Evakuierungen im Rahmen des Möglichen dafür zu sorgen, dass angemessene Unterkunft für die Aufnahme der geschützten Personen vorgesehen wird, dass die Umsiedlung in Bezug auf Sauberkeit, Hygiene, Sicherheit und Verpflegung unter befriedigenden Bedingungen durchgeführt wird und Mitglieder derselben Familie nicht voneinander getrennt werden.

Die Schutzmacht soll von allen Umsiedlungen und Evakuierungen verständigt werden, sobald sie stattgefunden haben.

Die Besetzungsmacht darf geschützte Personen nicht einer in besonders den Kriegsgefahren ausgesetzten Gegend zurückhalten, sofern nicht die Sicherheit der Bevölkerung oder zwingende militärische Gründe dies erfordern.

Die Besetzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.

[...]

Artikel 53

Es ist der Besetzungsmacht verboten, bewegliche oder unbewegliche Güter zu zerstören, die persönliches oder gemeinschaftliches Eigentum von Privatpersonen, Eigentum des Staates oder öffentlicher Körperschaften, sozialer oder genossenschaftlicher Organisationen sind, außer in Fällen, wo solche Zerstörungen wegen militärischer Operationen unerlässlich werden sollten.

[...]

Art. 64

Die Strafgesetze des besetzten Gebietes bleiben in Kraft, außer wenn sie durch die Besetzungsmacht endgültig oder vorübergehend außer Kraft gesetzt werden, weil sie eine Gefahr für die Sicherheit dieser Macht oder ein Hindernis bei der Anwendung des vorliegenden Abkommens darstellen. Unter Vorbehalt dieser letzteren Erwägung und der Notwendigkeit, eine wirksame Justizverwaltung zu gewährleisten, sollen die Gerichte des besetzten Gebietes fortfahren, alle durch die erwähnten Gesetze erfassten Vergehen zu behandeln.

Immerhin kann die Besetzungsmacht die Bevölkerung des besetzten Gebietes Bestimmungen unterwerfen, die unerlässlich

sind zur Erfüllung der ihr durch das vorliegende Abkommen auferlegten Verpflichtungen, zur Aufrechterhaltung einer ordentlichen Verwaltung des Gebietes und zur Gewährleistung der Sicherheit sowohl der Besetzungsmacht als auch der Mitglieder und des Eigentums der Besetzungstreitkräfte oder -verwaltung sowie der durch sie benutzten Anlagen und Verbindungslinien. [Art. 64 ist der einzige Artikel in dieser Konvention, den Israel immer wieder und gezielt bzw. nach eigener Auslegung anwendet, Anm.d.Verf.]

Quelle: Die Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft/ Schweizerische Bundeskanzlei, online unter: http://www.admin.ch/ch/d/sr/0_518_51/a49.html;

Siehe auch Deutsches Rotes Kreuz: <https://www.drk.de/alt/voelkerrecht/pdf/Buch-GA.pdf>.

2) Haager Landkriegsordnung (IV. Haager Abkommen)

Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18.10.1907

[...]

Anlage zum Abkommen

Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs.

[...]

Dritter Abschnitt.

Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet.

Artikel 42.

Ein Gebiet gilt als Besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.

Artikel 43.

Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Artikel 44.

Einem Kriegführenden ist es untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, Auskünfte über das Heer des anderen Kriegführenden oder über dessen Verteidigungsmittel zu geben.

Artikel 45.

Es ist untersagt, die Bevölkerung eines besetzten Gebiets zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten.

Artikel 46.

Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden.

Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Artikel 47.

Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Artikel 48.

Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiete die zugunsten des Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren, so soll er es möglichst nach Maßgabe der für die Ansetzung und Verteilung geltenden Vorschriften tun; es erwächst damit für ihn die Verpflichtung, die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes in dem Umfange zu tragen, wie die gesetzmäßige Regierung hierzu verpflichtet war.

Artikel 49.

Erhebt der Besetzende in dem besetzten Gebiet außer den im vorstehenden Artikel bezeichneten Abgaben andere Auflagen in Geld, so darf dies nur zur Deckung der Bedürfnisse des Heeres oder der Verwaltung dieses Gebiets geschehen.

Artikel 50.

Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen der Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann [Kollektivstrafen].

[...]

Artikel 55.

Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.

Artikel 56.

Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.

[...]

Quelle (deutscher Text): <http://www.brandtcomputer.de/Voelkerrecht/>.

3) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948 (auch UN-Menschenrechts-Charta genannt)

PRÄAMBEL

Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, dass einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt, da es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen, da es notwendig ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern, da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken, da ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist, verkündet die Generalversammlung diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2: Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten.

Artikel 3: Das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit.

Artikel 4: Verbot aller Formen der Sklaverei.

Artikel 5: Verbot von Folter und Verletzung der Menschenwürde.

Artikel 6: Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 7: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz.

Artikel 8: Recht auf ein faires Gerichtsverfahren.

Artikel 9: Schutz vor willkürlicher Verhaftung.

Artikel 10: Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.

Artikel 11:

Jeder, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem

oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

Artikel 12: Recht auf Schutz vor willkürlichen Eingriffen in das Privatsphäre.

Artikel 13: Das Recht auf Bewegungsfreiheit;

Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14: Das Recht auf Asylsuche;

Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Artikel 15: Das Recht auf Staatsangehörigkeit;

Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.

Niemand darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16: Das Recht auf Eheschließung;

Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne jede Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.

Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17: Das Recht auf Eigentum;

Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit Anderen Eigentum innezuhaben.

Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18: Das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit.

Artikel 19: Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Artikel 20: Das Recht auf Vereinigungsfreiheit;

Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen.

Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21: Das Recht auf demokratische Teilhabe in seinem Land;

Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.

Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.

Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22: Das Recht auf soziale Sicherheit;

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 23: Das Recht auf Arbeit, Berufswahl und Familienschutz;

Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24: Das Recht Erholung und Freizeit.

Artikel 25: Das Recht Gesundheit, Ernährung und Wohnung.

Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

Artikel 26: Das Recht auf Bildung;

Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.

Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.

Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteilwerden soll.

Artikel 27: Das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben;

Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.

Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Artikel 28: Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29: Die Pflichten gegenüber der Gemeinschaft;

Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.

Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30: Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

Quelle : Regionales Informationszentrum der UN für Westeuropa, online: <http://www.unric.org/index.php/>.

4) *Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen, September 2000*

Im September 2000 versammelten sich die führenden Politiker der Welt zu einem Gipfeltreffen am Sitz der Vereinten Nationen in New York, um ihre Nationen, zeitlich begrenzt, zu einer Reihe von globalen Zielen zu verpflichten, die mittels konstruktiver globaler Partnerschaft der Weltgemeinschaft bis zum Jahre 2015 erreicht werden sollten. Neben der Bekämpfung extremer Armut in der dritten Welt sollten hier bis zur gesetzten Frist insgesamt acht Entwicklungsziele erreicht werden. Diese Ziele erstreckten sich von Armutsbekämpfung, über das Verzögern von HIV/AIDS-Ausbreitung bis zu einem globalen Grundbildungsrecht für alle. Die Acht Millenniumsentwicklungsziele wurden mit der Millenniumsdeklaration der Vereinten Nationen vom 18. September 2000 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossen und bildeten nie da gewesene Anstrengungen, den Bedürfnissen der Ärmsten der Welt entgegenzukommen.

Die *acht Millenniumsentwicklungsziele* (MEZ) sind

MEZ 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, soll zum Jahre 2015 um die Hälfte gesenkt werden;

MEZ 2: Verwirklichung der Allgemeinen Primärschulbildung

Bis zum Jahre 2015 sollen alle Jungen und Mädchen eine vollständige Grundschulbildung abschließen können;

MEZ 3: Förderung der Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen

In der Grund- und Mittelschulbildung soll bis zum Jahre 2005 und auf allen Ausbildungsstufen bis zum Jahre 2015 jede unterschiedliche Behandlung der Geschlechter beseitigt werden;

MEZ 4: Senkung der Kindersterblichkeit

Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren soll bis zum Jahre 2015 um zwei Drittel gesenkt werden;

MEZ 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Die Müttersterblichkeit soll zum Jahre 2015 um drei Viertel gesenkt werden;

MEZ 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Die Ausbreitung von HIV/Aids soll zum Stillstand gebracht und zum Rückzug gezwungen werden. Der Ausbruch von Malaria

und anderer schwerer Krankheiten soll bis zum Jahre 2015 unterbunden und ihr Auftreten zum Rückzug gezwungen werden;

MEZ 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung sollen in der nationalen Politik übernommen werden; dem Verlust von Umweltressourcen soll Einhalt geboten werden. Die Zahl der Menschen, die über keinen nachhaltigen Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügen, soll um die Hälfte gesenkt werden. Bis zum Jahr 2020 sollen wesentliche Verbesserungen in den Lebensbedingungen von zumindest 100 Millionen Slum-Bewohnern erzielt werden; und

MEZ 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

Quellen:

<http://un.org/millenniumgoals/bkgd.shtml>, sowie <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf>.

Siehe auch: die UN-Millenniumskampagne Deutschland, <http://www.millenniumcampaign.de/>, sowie Deutsche UNESCO-Kommission e.V. (das MEZ: Bildung für alle), <http://www.unesco.de/efa.html>.

